

ZEITSCHRIFT FÜR

GEOPOLITIK

VERBUNDEN MIT DER ZEITSCHRIFT

WELTPOLITIK UND WELTWIRTSCHAFT

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer*, Honorarprofessor an der Universität, München, General-Major a. D., *Dr. E. Obst*, o. Professor an der technischen Hochschule, Hannover, *Dr. H. Lautensach*, Studienrat, Hannover, *Dr. O. Maull*, a. o. Professor an der Universität, Frankfurt am Main, für Weltpolitik und Weltwirtschaft: *A. Ball*, Berlin. Unter ständiger Mitarbeit von *Dr. Kurt Wiedenfeld*, Geh. Legationsrat, o. Professor an der Universität, Leipzig, und des Hamburger „*Wirtschaftsdienst*", Hamburg. Schriftleitung: Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83.

IV. JAHRGANG 1927

II. HALBBAND

HEFT 7—12 / JULI—DEZEMBER

BERLIN-GRUNEWALD

KURT VOWINCKEL VERLAG

GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG



INHALTSVERZEICHNIS

VON HEFT 7–12 / JULI–DEZEMBER 1927

ES BEDEUTEN: L LEITAUFSATZ, U UNTERSUCHUNG, B BERICHT,
** MIT KARTENBEIGABEN ODER ILLUSTRATIONEN*

Dr. Rudolf Pommrich:

GEOPOLITISCHE ZIELE IN DER LUFTPOLITIK

Der Abchluß des Weltkrieges 1914/18 hat durch den restlosen Zusammenbruch der Mittelmächte die politischen Ansichten der Alliierten zur unbedingten Grundlage der anschließenden Neugestaltung der Welt gemacht.

Mit jedem Jahre klingt der unmittelbare Schmerz über erlittene Personen- und Sachverluste mehr und mehr ab; dafür treten die in den Friedensverträgen keimartig niedergelegten neuen Weltgestaltungstendenzen um so klarer in wachsender Entwicklungsschärfe in die Erscheinung.

Frankreich hat den Ruhm und das Odium der Diktatfriedensverträge durch ihre Unterzeichnung in und Benennung nach französischen Orten wie Versailles, St. Germain, Trianon, Neuilly und Sèvres auf sich genommen; während England sich mit einer stillschweigenden Verankerung seiner Ziele in den Paragraphen der Friedensinstrumente begnügt hat.

England wartet das Reifen seiner Saat ruhig ab, aufs intensivste mit der Heilung der Kriegsschäden, dem Umbau seines Empire und Einstellung auf die neue politische Gesamtlage beschäftigt.

Ohne viel Aufhebens von den Tatsachen zu machen, hat England die unmittelbaren Siegesfrüchte geerntet, so im Waffenstillstandsvertrag u. a. die Auslieferung der deutschen Kriegsflotte, im Versailler Vertrag selbst die Liquidierung des deutschen Auslandseigentums, der Kauffahrteiflotte und der Kolonien. Durch Knebelbestimmungen wurde die etwa noch vorhandene Kraft des an sich physisch und psychisch weitgehendst erschöpften Hauptgegners fast restlos auf die nächsten Jahre hinaus gelähmt.

Besonders einschneidend zeigten sich dabei die Luftfahrtbestimmungen. Militärische und wirtschaftliche Ohnmacht Deutschlands waren die unmittelbar auffallenden Ziele der Gegner; aber die ganze Tragweite der insbesondere englischen Absichten enthüllt sich erst bei einer Einordnung der deutschen Hemmungen bezüglich der Luftfahrt in das System der englischen Geopolitik.

Die Kriegszeit brachte außer dem Nachweis beschränkter Kriegsfähigkeit der Luftschiffe vor allem eine spezielle Entwicklung der Flugzeuge in bezug auf Steigungsfähigkeit und Geschwindigkeit. Diese rein militärische Ausbildung war für die veränderten Aufgaben der anhebenden Nachkriegszeit mit ihren in erster



Linie friedlichen Zielen nur zu geringen Teilen brauchbar. Die neue Lage hatte das Flugzeug bzw. das Luftschiff aus einem militärischen Operationsinstrument zu einem Instrument des Handelsverkehrs und damit der Politik umzuschaffen; d. h. es war aus der taktischen Sphäre von Einzelkriegshandlungen in das Gebiet der politischen Strategie, der nationalen Geopolitik, zu überführen.

Nachdem 1919 die wichtigsten technischen Wandlungen um Flugkörper und -motor, wie erhöhte Stabilität des Gesamtwerkes, stärkere Betriebssicherheit und gesteigerte Nutzlast durchgeführt wurden, sind die Jahre 1920/22 eine erste Versuchsperiode des Luftverkehrs. Trotz der überaus drückenden Friedensbestimmungen von Versailles versuchten die Ententestaaten durch das Pariser Abkommen vom 13. X. 1919, Art. 5, Deutschlands Handelsluftfahrt mit anderen europäischen Staaten auszuschließen. Dieser erste Versuch schlug zwar fehl infolge Ablehnung dieses Ansinnens durch die Neutralen; die Entente glaubte aber ihr Ziel 2 Jahre später durch die erpreßten Begriffsbestimmungen des Londoner Ultimatums von 1921 erreicht, bis ihr die deutsche Technik auch hier durch Anpassungsfähigkeit an die Zwangslage einen Strich durch die Rechnung machte.

Die ersten Versuche des friedlichen Luftverkehrs wurden auf der historischen Strecke Paris—London gemacht und erweiterten sich schließlich von dieser Grundlinie aus zum Luftverkehrsdreieck London—Berlin—Paris.

Bezieht man die großen Kriegsflüge 1914/18 wie die des L 59-Zeppelins nach Oberägypten sowie die Fernflüge der schweren Flugzeuge mit ein, so kann man bereits von einer Art Luftpolitik während des Krieges selbst sprechen. Aber seinem eigentlichen Wesen nach ist der Begriff „Luftpolitik" in berechtigter Anwendung erst für die Nachkriegszeit begründet, denn erst jetzt machen sich über die Eigenschaften des angewandten Flugzeuges selbst hinaus noch andere Faktoren geltend, deren wichtigste die geographische Lage und die Staatskunst der Länder sind. Selbst nicht fliegerisch tätige Länder können hierdurch eine hohe Wichtigkeit infolge der geopolitischen Zusammenhänge gewinnen. Dies trifft zum guten Teile für die vom Westen Europas aus südostwärts und nach Osten direkt gelagerten europäischen und asiatischen Staatsgebiete zu; insbesondere Deutschlands Lage als mitteleuropäisches Kernland erweist sich dabei als günstig, während seine scharf rechnende Technik ihm zu gleicher Zeit einen führenden Platz in der aktiven Handels-Luftschiffahrt Europas verschafft.

Indessen Deutschlands Wirken ist räumlich auf sein eigenes Gebiet und dasjenige ihm befreundeter Staaten beschränkt; die großen Kolonialstaaten Frankreich und England verschließen deutschen Flugzeugen und deutscher Linienführung zwar nicht mehr ihre Heimatländer, wohl aber ihre Kolonialgebiete.

So kommt es, daß sich der deutsche Kolonialverlust geopolitisch durch das Flugwesen katastrophal auswirkt; diese Gebietsverluste sind selbst durch Höchstleistungen deutscher Flugzeugkonstruktionen nicht ausgleichbar, denn der einzig



wirklich politisch sichere und national wertvolle Landungsboden und Stützpunkt auf der Welt ist für deutsche Flugzeuge der im geopolitischen Flugsinne so enge Heimatboden, Deutschland selbst.

England hat diese Erdgebundenheit im Nutzungswert der Luftfahrzeuge längst erkannt und mit der Wegnahme der deutschen Kolonien die erste Folgerung daraus gezogen.

Man vergegenwärtige sich einmal, welch ein ungeheueres fliegerisches Kraftfeld sich auf der Grundlage unseres alten kolonialen Besitzstandes ergeben würde: Afrika, Asien (Kiautschou), Südsee, Heimat. Hier lagen die Keimpunkte für die politische Ausbreitung des Deutschtums um die ganze Erde. Diese geopolitisch-fliegerische Ausschaltung des Deutschtums ist eine noch wenig beachtete reifende Siegesfrucht Englands.

Aber England begnügt sich nicht mit dieser rein negativen Seite fliegerischer Geopolitik. Es hat so lange die „Begriffsbestimmungen" für Deutschland festgehalten und sich nicht selbst um die Aufstellung von flugtechnischen Rekorden bemüht, als die Innenentwicklung des britischen Empire noch nicht geklärt war. Erst seit England die territoriale Weiterentwicklung seines weltumspannenden Reiches in gesunde Zukunftswege seit der Reichskonferenz im November 1926 geleitet weiß, gibt es deutscher Flugtechnik den Weg freier, wacht aber eifersüchtig darüber, daß keine territorialen Stützpunkte außerhalb Europas von Deutschland politisch gewonnen werden. Überhaupt wird England in Zukunft noch mehr als früher bereits den Erwerb von nicht-europäischen Außenbesitzungen seitens anderer Mächte zu verhindern suchen.

Für England sind eben seine Besitzungen das Fundament seiner Weltherrschaft — auch fliegerisch. Mit allen Mitteln versucht es, seine Dominions für die Ersetzung der Weltbeherrschung mittels Schiffahrt durch das Flugwesen tüchtig zu machen; es bemüht sich, ein materiell einheitlich machtvolles und gleichmäßiges Kraftfeld des British Empire zu schaffen durch Befreiung der Dominions von der Vormundschaft des Mutterlandes. So ist die Reichskonferenz vom November 1926 wesentlich ein Ergebnis der durch das Flugwesen klar gewordenen geopolitischen Notwendigkeiten.

England ist heute nicht mehr nur das eigentliche England, sondern England ist ebensogut Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika. Auf dieser neugeschaffenen breiten Grundlage arbeitet die Flugzeugtechnik der ganzen Welt durch ihre Erfolge für die Festigung der englischen Weltherrschaft. Die Sicherheit der Konstruktionen erhöht die Festigkeit des inneren Reichsbaues ebenso wie die höhere Entfernungsleistung der Luftfahrzeuge die Verbindungen unter den einzelnen Reichsteilen enger gestaltet und verkürzt.

Es ist abwegig zu glauben, daß Englands territoriale Ansprüche befriedigt seien. Im Zeitalter der Seeschiffahrt schien dieser Punkt nahegerückt. Aber schon

der Ausgang des Weltkrieges brachte gewaltige Landmassen, wie Mesopotamien, Hedschas unter direkten englischen Einfluß; dies ist in erster Linie so zu erklären, daß die technische Beherrschung des englischen Weltreiches in Zukunft in immer steigendem Maße durch das Luftfahrzeug, sei es Luftschiff oder Flugzeug, geschehen soll. Beide sind raumgreifende Mittel erster Ordnung, die klar und bestimmt den Sättigungspunkt englischer Herrschaft über weitere Teile der Welt wieder in die Ferne rücken.

Da sich die Flugtechnik in sehr raschem Maße der absoluten Verkehrsreife, d. h. bequemer Massenbeförderung von Fracht und Mensch nähert, dürfte bereits in dem nächsten Jahrzehnt das weitest gesteckte englische Kriegsziel erreicht sein:

Weltherrschaft durch Fliegen!

(„Britannia rules the waves — and the air!")

GILBERT C. LAYTON:

DIE DEUTSCH-ENGLISCHEN HANDELSBEZIEHUNGEN

Die Entwicklung im 1. Quartal 1927

Die britische Industrie hat sich von dem lang anhaltenden Bergarbeiterstreik, der der Wirtschaft im vorigen Jahr so unermeßlichen Schaden zufügte, im allgemeinen mit ungeahnter Schnelligkeit erholt. Obwohl die Zahl der Erwerbslosen im Lande noch etwa 1 Million beträgt, ist die Geschäftstätigkeit in den verschiedensten Zweigen der Industrie in den letzten Wochen doch erheblich besser geworden; in manchen Zweigen der Wirtschaft ist die Lage sogar günstiger als zu irgendeiner Zeit seit dem Weltkriege. Besonders die Stahlindustrie arbeitet in einem Rekordtempo und ist in einem sehr erheblichen Ausmaße beschäftigt. Wenn auch ein Teil der laufenden Aufträge sicherlich darauf zurückzuführen ist, daß Rückstände, die aus der vor dem Bergarbeiterstreik liegenden Zeit stammen, nunmehr aufgearbeitet werden, so scheint die Zeit für eine Betrachtung der deutsch-englischen Handelsbeziehungen trotz dieses das allgemeine Bild der Wirtschaftslage etwas entstellenden Faktors doch durchaus geeignet zu sein.

Wenn man die deutsch-englischen Handelsbeziehungen des Jahres 1926 als Grundlage dieser Betrachtungen nimmt, so zeigt es sich zunächst, daß der Bergarbeiterstreik als unmittelbare Folge eine starke Erhöhung der englischen Einfuhr aus Deutschland brachte und gleichzeitig einen wesentlichen Rückgang des englischen Exportes nach Deutschland herbeiführte. Die Einfuhr Englands aus Deutschland betrug im Jahre 1926 über 73 Millionen Pfund Sterling gegen 80 Millionen im Jahre 1913 und nur 48 Millionen Pfund im Jahre 1925. Deutschland hat es also verstanden, aus der sich ihm bietenden vorteilhaften Gelegenheit ge-



schickt Nutzen zu ziehen, im Gegensatz zu anderen Ländern, denen das gleiche nicht gelang. Frankreichs Zufuhren nach Großbritannien gingen z. B. im vergangenen Jahre wesentlich zurück. Ein Gleiches war im Verkehr mit Italien und mit der Schweiz der Fall. Eine Steigerung des Imports nach England trat außer bei Deutschland auch bei Belgien zutage, das ebenso wie Deutschland eine wesentliche Erhöhung seiner Zufuhren nach England aufwies.

Der Handel Großbritanniens und Nordirlands mit den europäischen Ländern

Januar bis März der angegebenen Jahre

(In Tausenden)

	Einfuhr				Ausfuhr			
	1914	1925	1926	1927	1914	1925	2926	1927
Deutschland	20,054	10,854	14,892	15,705	9,323	11,855	6,487	9,032
Frankreich	12,454	18,446	17,816	17,825	8,464	11,670	8,973	7,597
Italien	2,284	5,049	4,435	4,462	3,979	5,307	4,491	3,652
Schweiz	2,849	5,031	3,520	3,855	1,063	2,519	2,184	1,676
Spanien	4,099	6,434	5,985	5,971	2,431	3,431	2,975	3,191
Belgien	5,957	9,694	9,386	13,057	3,415	5,915	4,753	4,541
Rußland	6,748	3,246	4,063	3,465	3,371	1,502	1,901	1,363
Schweden	2,430	4,112	3.924	4,739	1,804	2,670	2,450	2,177
Norwegen	1,868	3,290	11,723	3,549	1,718	2,083	1,955	1,643
Dänemark	6,037	11,921	11,723	11,280	1,585	3,053	2,720	2,411
Niederlande.	6,760	14,992	15,474	14,903	1,840	9,984	8,682	7,182
Gesamtsumme (einschl. anderer europ. Länder	75,818	105,655	105,110	110,168	44,261	68,719	54,916	51,854

Die englische Ausfuhr nach Deutschland ging andererseits von 44 Millionen Pfund im Jahre 1925 auf 26 Millionen im Jahre 1926 zurück, während die Ausfuhr im Jahre 1913 etwa $41^1/_2$ Millionen betragen hatte. Auch nach anderen europäischen Ländern zeigte die Ausfuhr einen starken Rückgang, mit der einzigen unwichtigen Ausnahme von Ungarn. Der Gesamtexport nach Europa sank von 254 Millionen im Jahre 1925 auf 176 Millionen im Jahre 1926 gegenüber einer Ausfuhr von 194 Millionen Pfund im Jahre 1913.

Diese Ziffern geben natürlich nur ein Bild von der durch den Bergarbeiterstreik geschaffenen anormalen Situation. In der Regel vergehen aber 2–3 Monate, bevor sich irgendwelche Änderungen der englischen Wirtschaftslage in der Export- und Importstatistik auswirken. Die Statistik für das 1. Quartal 1927 läßt daher noch nicht den ganzen Umfang der Wiederbelebung der englischen Industrie deutlich genug erkennen, trotzdem zeigt sie, daß in normalen Zeiten die recht bedeutende Spannung zwischen Ausfuhr und Einfuhr aus Deutschland, die wir

in dem letzten Jahr infolge des Bergarbeiterstreiks entstehen sahen, nicht aufrecht erhalten werden dürfte.

Die folgende Tabelle zeigt den deutsch-englischen Handel im 1. Quartal der letzten drei Jahre sowie im Jahre 1914. Zu Vergleichszwecken sind auch die Ziffern im Handelsverkehr mit einigen andern Ländern angeführt.

Wie aus der obigen Aufstellung ersichtlich, ist seit 1925 eine erhebliche Steigerung der englischen Importe aus Deutschland eingetreten. Die oben angegebenen Ziffern des ersten Quartals des Jahres 1926 berücksichtigen noch nicht den Bergarbeiterstreik und können daher im großen und ganzen mit den Ergebnissen des laufenden Jahres durchaus verglichen werden. Die Einfuhrsteigerung gegenüber 1926 ist lange nicht so erheblich, wie dies im Jahre 1926 im Vergleich zu 1925 der Fall war. Das Gesamtergebnis für den Import im 1. Quartal 1927 beträgt jedenfalls nicht mehr als 75% der entsprechenden Zeit des Jahres 1914, und es ist daher mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretene Preissteigerung aller Waren durchaus klar, daß noch einige Zeit vergehen muß, bevor die deutsch-englischen Handelsbeziehungen ihren Vorkriegsstand erreicht haben werden. Der Fortschritt, der bereits in diesem Jahre gemacht wurde, ist durchaus erfreulich, wenn man die Gestaltung der Handelsbeziehungen mit anderen europäischen Staaten zum Vergleich heranzieht. Mit der einzigen Ausnahme von Belgien und Schweden hat kein anderes europäisches Land außer Deutschland einen nennenswerten Zuwachs seiner Zufuhren nach England aufzuweisen.

Die Schlüsse, die man aus dieser ganzen Entwicklung ziehen kann, sind daher im allgemeinen erfreulich. Im Zeichen der ungeheueren vorjährigen Wirtschaftserschütterungen hat der deutsch-englische Handel größere Widerstandskraft gezeigt, als unter Berücksichtigung der Nachwirkungen des Weltkrieges angenommen werden konnte. Die Ergebnisse des 1. Quartals 1927 zeigen, daß im Gegensatz zu anderen Ländern Deutschlands Handelsbeziehungen mit Großbritannien sich weiterhin günstig entwickeln. Das Tempo der Entwicklung hat sich vielleicht verlangsamt, doch ist der Gesamtumfang der gegenseitigen Handelsbeziehungen — Deutschland steht im Handelsverkehr mit England an erster Stelle — als durchaus zufriedenstellend zu bezeichnen. Es bleibt zu hoffen, daß eine weitere Erhöhung der Ziffern in den nächsten Monaten dieses Jahres eintritt.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Rußlands Abschnürung. — Die Genfer Tagung. — England und Ägypten. — Südafrika: Eingeborenenfragen. — Die Handelsbeziehungen zu Italien

Wir hatten im vorausgegangenen Bericht den Bruch zwischen England und Rußland als Alarmsignal von höchster Wichtigkeit bezeichnet, zugleich aber betont, daß eine kriegerische Auseinandersetzung wenig wahrscheinlich sei. Inzwischen haben sich die Ereignisse überstürzt, und wenn es auch vorläufig nicht zu einem bewaffneten Konflikt gekommen ist, so sind doch die Fäden endgültig zerrissen, die Spannung zwischen den beiden großen Flankenstaaten Europas hat sich bis zum äußersten gesteigert. Was nun?

Rußland, von jeher daran gewöhnt, sich in dem Bilde einer belagerten Festung zu begreifen, spürt mit rasenden Pulsen den konzentrischen Druck, den die nichtbolschewistische Welt unter englischer Führung auf das große Ostreich ausübt. Mit Recht oder Unrecht wittert es allenthalben die würgende Faust Albions: Kündigung des 1921 geschlossenen Handelsabkommens zwischen Kanada und Rußland, sowjetfeindliche Rede des amerikanischen Botschafters Herrick in Paris, Ermordung des russischen Gesandten Woykoff in Warschau, Wiedererstarken der antibolschewistisch-monarchistischen Bewegung in Rußland selbst u. a. m. Was will es demgegenüber besagen, daß trotz des Abbruchs der englisch-russischen Beziehungen der Handelsvertrag zwischen Rußland und Lettland (Regelung des Transitverkehrs durch Lettland) perfekt geworden ist (Anfang Juni), was nützen die Besprechungen Tschitscherins in Paris und Berlin. Gewiß, die Kontinentalstaaten West- und Mitteleuropas sind dem englischen Beispiel vorläufig nicht gefolgt, aber auch sie drängen doch verblümt und unverblümt darauf, daß das Verhältnis zwischen der russischen Staatsregierung und dem Komintern geklärt und neu geregelt werde. Das aber ist der Kardinalpunkt, in dem die augenblicklichen Machthaber Rußlands beim besten Willen nicht nachgeben können, wenn sie nicht ihr eigenes Leben und die Existenz des von ihnen geführten Staates aufs Spiel setzen wollen. Die Verbindungen zwischen der Leitung des jetzigen russischen Staates und der Zentrale der kommunistischen Internationale sind derartig innige, daß eine reinliche Scheidung schlechterdings unmöglich ist. Wehe dem russischen Staatsmann, der der Masse des fanatisierten und jahrzehntelang bearbeiteten Volkes die Heilsidee der Weltrevolution nun wieder rauben wollte! Man hat weiß Gott auf wirtschaftspolitischem Gebiet bereits Entgegenkommen genug bewiesen; an der Grundthese und dem letzten Hoffnungsanker rütteln, auf heimliche Propaganda verzichten, die Hoffnung auf die heißersehnte Weltrevolution aufgeben, hieße wahrhaftig das Werk Lenins gänzlich verleugnen. Hier ist eine Grenze gezogen, die der bolschewistische Staatsmann nicht ungestraft überschreiten darf. Was aber soll werden, wenn die nichtrussische Welt in steigender Geschlossenheit das Wirken für die Welt-

revolution bekämpft und eine grundsätzliche Umstellung fordert? Nachgeben und den russischen Staat evolutionär in neue Bahnen lenken? Unmöglich, ganz und gar ausgeschlossen für den jetzigen Führerkreis, in dem keine einzige Persönlichkeit von dem Format Lenins vorhanden ist. Einen neuen Weltkrieg wagen, Rußland zum revolutionären Kampf gegen alle waffen- und wirtschaftsstarken Mächte des Erdenrunds aufrufen? Auch wieder unmöglich, trotz des ostentativen Säbelgerassels des bolschewistischen Kriegsministers und der energisches Handeln fordernden Entschließungen vieler russischer Verbände, Städte usw. Nirgends mehr ein klarer, leicht gangbarer Weg, Zwiespalt und Ratlosigkeit im kleinen und großen! In der daraus geborenen Verzweiflung haben die russischen Machthaber zu einem ebenso billigen wie schändlichen Mittel gegriffen: Hinschlachten von Dutzenden und Aberdutzenden von Menschen, die, wehrlos der Willkür der Bolschewisten überantwortet, kein anderes Verbrechen begangen haben, als sich zu einem entgegengesetzten Gesellschafts- und Staatsideal zu bekennen. Man hat, statt sich selbst zu einem Entschluß aufzuraffen, die Zügel der G. P. U., jenem gefürchteten Staat im Staate, überlassen und duldet das blutgierige Wüten der politischen Polizei in der Befürchtung, daß, wenn man ihr jetzt nicht Opfer hinwirft, die zuverlässigste Garde des Bolchewismus womöglich ihre eigenen Wege gehen könnte. Alle Freunde des russischen Volkes — und wir bekennen uns offen als ein solcher — verfolgen mit Entsetzen und Abscheu diese Irrwege des gegenwärtigen russischen Staates. Mag auch in dem stark asiatisch gefärbten Rußland ein Menschenleben wesentlich weniger wiegen als in dem eigentlichen Abendland, auch die russischen Machthaber sollten am Ende einsehen, daß ihre augenblickliche Taktik barbarisch ist, unmenschlich und zwecklos zugleich, sinnlos, weil auf diesem Wege das russische Problem bestimmt nicht gelöst, die dem russischen Menschen von dieser und jener Seite ehrlich entgegengebrachte Sympathie aber entschieden herabgemindert wird. Wenn irgend etwas geeignet ist, das englische Streben nach einem Antisowjetbund zu fördern, so sind es derartige Grausamkeiten, wie sie die russische Regierung jetzt begangen hat und leider auch noch weiter dulden zu wollen scheint. Ein Schrecken ohne Ende, zu dem die Bolschewisten offenbar verurteilt sind, ist gewiß schwer erträglich; die augenblickliche Politik Rußlands aber muß von selbst zu einem Ende mit Schrecken führen.

England beobachtet die Vorgänge in Rußland naturgemäß mit gespanntestem Interesse. Daß es an der Ermordung Woykoffs unschuldig ist, darf ohne weiteres als wahr unterstellt werden. Nicht minder zweifellos ist, daß England dem stark bedrohten Polen weitgehende Zusicherungen gemacht hat und entschlossen ist, dem polnischen Pufferstaat notfalls mit Waffen zu Hilfe zu kommen. Polen spielt zur Zeit in der englischen Politik eine so große Rolle, daß man, offenbar um Polen nicht irgendwie zu verletzen, in Genf nicht einmal eine endgültige Regelung des für Danzig so brennenden Westerplatteproblems zugelassen hat. Im übrigen wird man feststellen dürfen, daß Polen in bezug auf die Woykoffaffäre durchaus loyal gehandelt hat und bestrebt gewesen ist, den russischen Sühneforderungen so weit als irgend möglich gerecht zu werden. Die verhältnismäßig milde Bestrafung des Attentäters kann an diesem Urteil über die Erledigung des Gesamtkonfliktes nichts ändern. Sollte es trotzdem zu einem Waffengang zwischen Rußland und Polen kommen, so werden England und Frankreich gleichermaßen für Polen in die Bresche springen und nicht ohne Grund Rußland als Angreifer brandmarken. — Inzwischen bemüht sich England, auf diesem oder jenem Wege eine britischen Interessen entsprechende Lösung des Konfliktes mit Rußland herbeizuführen. Nachdem die Genfer Besprechungen klar erwiesen haben,



daß Frankreich und Deutschland sich nicht einfach in das Schlepptau der britischen Politik nehmen lassen, taucht der Gedanke einer besonderen „Rußland-Konferenz" auf; gegebenenfalls unter Hinzuziehung von Sowjetvertretern möchte man den ganzen Fragenkomplex gründlich durchsprechen und womöglich zu einer Verständigung gelangen. Aus unseren obigen Ausführungen ergibt sich ohne weiteres, daß wir uns von einer solchen Konferenz nicht eben großen Erfolg zu versprechen vermögen. Aber England kann den Dingen nicht einfach ihren Lauf lassen und wird irgendwie handeln müssen, denn ein sehr großer Teil der britischen Wirtschaftskreise beklagt das Zerschlagen des Geschäftes mit Rußland sehr bitter, und die Fusion zwischen Labour Party und Cooperative Party gibt ebenfalls zu denken.

Das Problem England-Rußland beherrschte zweifellos die diesmalige Tagung des Völkerbundrates durchaus. Nach dem kläglichen Ergebnis der Abrüstungskonferenz und dem ebenfalls nicht gerade sehr erhebenden Verlauf der Weltwirtschaftskonferenz hatte man sich von der jetzigen Ratssitzung ganz besonderen Erfolg und Fortschritt versprochen. Zur Enttäuschung weiter Kreise aufrichtiger Völkerbundsfreunde kam es anders. Hat sich der „Rat" ganz allgemein zu einer Institution entwickelt, die der Idee eines universalen Völkerbundes keineswegs mehr gerecht wird, so wurde dieses Mal auch im „Rat" wenig positive Arbeit geleistet, und der Schwerpunkt der Konferenz verlegte sich mehr und mehr in die von geheimnisvollem Schweigen begleiteten Aussprachen der drei Außenminister Stresemann, Chamberlain und Briand. Wir haben gegen eine solche Entwicklung keineswegs grundsätzliche Bedenken, aber man sollte dann vollends konsequent sein und zugeben, daß sich die ursprüngliche Idee des weltumfassenden Völkerbundes überlebt hat und zum mindesten eine Differenzierung in Erdteilgruppen notwendig geworden ist.

Mit besonderer Freude stellen wir fest, daß sich Stresemann nicht dazu hat verleiten lassen, um augenblicklicher Erfolge und innerpolitischer Rücksichtnahme willen für den Westen zu optieren. Deutschlands weltpolitische Belange fordern in der Tat, daß sein Außenminister auf lange Sicht und für den allgemeinen Frieden arbeitet. Die Befreiung der Rheinlande liegt uns natürlich genau so wie jedem anderen Deutschen am Herzen, und eine Beteiligung an der Mandatskommission mag ihre Vorteile haben, aber um unserer Zukunft willen wird gerade jetzt noch ein wenig Geduld notwendig sein. Ein allzu eiliges Erraffen von Augenblickserfolgen mag für die Wahlpropaganda sehr nützlich sein, kann uns jedoch gar zu leicht die Zukunft verderben. Eine achtunggebietende Weltstellung wird Deutschland nur erlangen, wenn es die durch seine geopolitische Lage bedingte Aufgabe erfüllt, d. h. West und Ost des Abendlandes zu friedlicher Kooperation zusammenführt und so einen ganz Europa umfassenden, nach den Grundsätzen nationalkultureller Autonomie gegliederten Block schaffen hilft. An der Erreichung dieses Zieles als der deutschen Weltmission sollten alle Deutschen durch Generationen hindurch arbeiten, ohne selbstverständlich die kleineren Probleme des Tages aus den Augen zu verlieren. Wer dem zustimmt, wird anerkennen müssen, daß Fragen, wie die der Kontrolle der Ostfestungen, der strikten Durchführung des Mememelstatuts u. a. m. selbstverständlich irgendwie gelöst werden müssen, daß es aber für einen in Generationen denkenden Staatsmann noch größere und wichtigere Probleme gibt.

Frankreich hat sich in Genf mit Deutschland und England für Aufrechterhaltung und weiteren Ausbau der Locarno-Politik ausgesprochen. Hoffentlich bringt Briand die Kraft auf, diesen Worten recht bald und in genügendem Ausmaß auch die Tat folgen zu lassen. Die jetzt vollendete Räumung des Saargebiets von regu-

lärem französischen Militär ist an sich natürlich erfreulich, aber sie bedeutet doch nur einen winzigen Schritt auf der Bahn der für Deutschland und Frankreich gleich notwendigen allgemeinen Verständigung. Warum läßt man das Saargebiet nicht endlich wieder zum Reich heimkehren, warum versteift man sich darauf, die Besatzung im Rheinland, wenn überhaupt, nur um höchstens 15000 Mann zu reduzieren, statt sie in kühnem Entschluß entsprechend dem Geist von Locarno gänzlich verschwinden zu lassen? Vielleicht muß Briand auch seinerseits, mehr als ihm lieb ist, auf innerpolitische Dinge Rücksicht nehmen. Die Stellung des französischen Kabinetts ist durch die in der Kammer erfolgte endgültige Ablehnung der Verpachtung des Streichholzmonopols an den Schwedentrust in der Tat erschüttert worden. Der Verzicht auf die vom Trust angebotene „Kaution" (lies Anleihe) in Höhe von 80 Mill. Dollar wird Poincaré gewiß sehr hart werden und erschwert eine Regelung der französisch-amerikanischen Schuldfrage ungemein. — Poincaré hat vielleicht geglaubt, die innerpolitischen Schwierigkeiten durch eine außenpolitische Extratour lösen zu können. Seine kürzlich in Lunéville gehaltene Rede hat mit Recht in der ganzen Welt das allergrößte Aufsehen und Befremden erregt. Es ist Sache des französischen Volkes zu entscheiden, ob die Außenpolitik von Poincaré im Geiste von Versailles oder von Briand im Geiste von Locarno betrieben werden soll. Wir Deutsche haben nur ein Recht darauf zu wissen, woran wir sind, und dieses Recht wollen wir sehr deutlich geltend machen. In dieser Zeitschrift ist trotz grundsätzlicher Bejahung einer ehrlichen und nach allen Seiten gerechten Verständigungspolitik der „Geist von Locarno" stets mit einer gewissen Skepsis behandelt worden. Will Herr Poincaré uns in dieser Skepsis bestärken und der Welt klarmachen, daß, solange er am Ruder ist, von einer wahrhaften deutsch-französischen Aussöhnung keine Rede sein wird? Oder handelt er im Einverständnis mit England und versucht, Deutschland durch Androhung gänzlicher Isolierung für eine aktive antirussische Politik gefügig zu machen? Wir werden ruhig Blut bewahren und getrost die weitere Entwicklung der Dinge abwarten. Am Ende, des sind wir sicher, werden die Völker Europas weitsichtiger sein als manche der jetzt führenden Staatsmänner. Die europäische Verständigung muß kommen, weil jeder einzelne Staat des Abendlandes für sich zu schwach ist, um dem wirtschaftlichen und politischen Druck der überseeischen Riesenreiche erfolgreich begegnen zu können.

Der oben behandelte Gegensatz England-Rußland findet im Südosten unseres Erdteils sein minder bedeutungsvolles Gegenstück in dem Konflikt Albanien(Italien)-Jugoslawien. Auch hier war der Völkerbund nicht imstande, den völligen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu verhindern, wenn es ihm auch bislang glückte, das Anrufen einer Waffenentscheidung vorerst zu vereiteln. Wie hier Ruhe und Frieden wiederhergestellt werden sollen, ohne daß Mussolini zu einer grundsätzlichen Änderung seiner Balkanpolitik gebracht wird, ist schlechterdings unerfindlich. Die Entscheidung liegt hier letzten Endes bei England, auf dessen Wohlwollen Mussolini unbedingt angewiesen ist und bleibt.

Über Vorderasien ist dieses Mal nichts von Bedeutung zu melden. Alle Staaten dieses Gebiets horchen gespannt auf die englisch-russische Auseinandersetzung und behalten sich ihre endgültige Stellungnahme einstweilen vor. Im Grunde ihres Herzens liebäugeln wohl alle vorderasiatischen Staaten im Interesse ihrer nationalen Unabhängigkeitspolitik (auch aus instinktiver Abneigung gegen die maschinisierte Kultur des Abendlandes?) mit den Russen, vermeiden aber vorläufig eine klare Entscheidung, weil sie wissen oder ahnen, daß sie ohne die westliche Zivilisation und ohne Zustrom westlichen Kapitals nicht gut vorwärtskommen können. — Hinsichtlich Arabiens



möchten wir nicht unterlassen, auf den in der „Vossischen Zeitung" erschienenen vorzüglichen Reisebericht Wolfgang von Weisls aufmerksam zu machen: „Wie Arabien schwarz wird", eine ausgezeichnete Darstellung der unaufhaltsamen Vernegerung Arabiens.

Ägypten hat wieder einmal einen Versuch gewagt, sich der englischen Bevormundung zu entziehen. Durch Nichtbewilligung der für den englischen Militäroberbefehlshaber bestimmten Mittel sollte den Briten das Verfügungsrecht über die ägyptische Armee bestritten werden. Einige sehr deutliche englische Noten und das Erscheinen britischer Kriegsschiffe vor der Nilmündung haben genügt, um diese Regung eines zielbewußten ägyptischen Strebens nach Selbstbestimmung im Keime zu ersticken; der Übermacht weichend hat Ägypten auf der ganzen Linie klein beigegeben. Bezeichnend für die politische Mentalität der Engländer ist es, daß selbst der „Manchester Guardian" die Möglichkeit eines Zusammenhanges zwischen dem englisch-russischen und dem englisch-ägyptischen Konflikt offen läßt.

Geopolitisch interessant, wenn auch nicht sonderlich wichtig ist eine Meldung der „Dépêche coloniale" (7. IV. 27). Man erwägt in Madagaskar, den Hafen von Tamatave zugunsten von Diego-Suarez aufzugeben, weil Tamatave fortwährend von schweren Wirbelstürmen heimgesucht wird. Im letzten Jahrhundert sind hier im Kampfgebiet zwischen NO-Monsum und SO-Passat nicht weniger als 139 starke Taifune beobachtet worden, und fast stets lag Tamatave im Zentrum der Wirbelstürme.

In Südafrika spukt die leidige Flaggenfrage noch immer. Eine besondere Kommission ist jetzt durch die Regierung damit beauftragt, zu erwägen, ob man den Union-Jack beibehalten, bzw. ob und welche eigene Flagge dem Südafrikanischen Bund beschert sein soll. Daneben beschäftigt das Farbigenproblem die Gemüter allerorts mit Recht außerordentlich stark; in fast keiner Nummer der „African World" fehlt ein Aufsatz über das „native problem, South Africa's greatest problem". „Wirtschaftliche und politische Gleichstellung aller Rassen" fordert die Eingeborenenbevölkerung, „Schutz der weißen Rasse, dem Afrikander, als alleinigem Kulturträger" die Gegenseite. Von einer Lösung ist man einstweilen noch sehr weit entfernt, aber deutlicher und immer deutlicher wird offenbar, daß die weiße Rasse bereits in die Defensive gedrängt ist. Als bezeichnenden Beleg hierfür führen wir einen Satz aus der Rede Sir Abe Baleys in Queenstown an (nach „African World" vom 7.5. 1927): „Wenn die Eingeborenen auf eigene Gebiete beschränkt werden, so wird sich wegen der billigen schwarzen Arbeitskräfte die Industrie sicherlich früher oder später hier einfinden und Waren zu viel niedrigeren Preisen erzeugen, als sie im Gebiet der Weißen hergestellt werden. Der Eingeborene geht auf politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung aus, aber ich hoffe, er wird auf ein falsches Pferd gesetzt haben. Warum sollen wir dazu beitragen, billige und zahlreiche Konkurrenten für unsere Kinder und Kindeskinder aufkommen zu lassen?" Das klingt allerdings sehr einleuchtend; aber wird man auf die Dauer wirklich Mittel finden, diese stetig wachsende Konkurrenz ohne Waffengewalt hintanzuhalten? Ist nicht im übrigen der erstaunliche wirtschaftliche Aufschwung Südafrikas z. T. ein Ergebnis der massenhaft zur Verfügung stehenden billigen schwarzen Arbeitskräfte? Von 1926 auf 1927 hat die südafrikanische Diamantenindustrie ihre Ausbeute verdoppelt (von 4 auf 7 Millionen), so daß jetzt unter dem Einfluß des Überangebots die Preise wesentlich gefallen sind und ein besonderes Beschränkungsgesetz, die „Precious Stone Bill", eingebracht wurde. Die Eisen- und Stahlindustrie der Südafrikanischen Union wird auch von europäischen Sachverständigen als sehr gut und stark entwicklungsfähig beurteilt. Zu der alten

Union Steel Corporation in Vereeniging (gegr. 1912) haben sich inzwischen die South African Iron and Steel Corporation in Pretoria (gegr. 1920) und die Newcastle Iron and Steel Works in Natal (gegr. 1920) hinzugesellt. Neuerdings berät man im Parlament eine Gesetzesvorlage betr. Errichtung eines großen staatlichen Eisen- und Stahlwerkes in Pretoria. Da der jährliche Verbrauch von Eisen und Stahl (ohne Maschinen usw.) in Südafrika zur Zeit rund 370 000 t beträgt, die gegenwärtige Inlandsproduktion sich aber nur auf annähernd 50 000 t beläuft, so ist der Absatz einer wesentlich gesteigerten Erzeugung kaum zu bezweifeln. Die „Los-vom-Abendland-Bewegung" wird also dank der protektionistisch eingestellten Wirtschaftspolitik der Union weitere Fortschritte machen; man spricht in Südafrika sogar bereits von einer nahe bevorstehenden Eisen- und Stahlausfuhr nach anderen Teilen Afrikas, vielleicht gar nach Südamerika. Wie stark der Gedanke einer wirtschaftlichen Expansion der Union in der Richtung auf Zentralafrika schon Fuß gefaßt hat, erhellt übrigens u. a. auch aus einem lehrreichen Aufsatz der „African World" (30. 4. 1927) über die Flugverbindungen zwischen Südafrika bzw. Belgien und dem Kongostaat. — Zum Schluß müssen wir noch kurz auf einen Punkt hinweisen, der sowohl vom europäischen als auch vom südafrikanischen Standpunkt aus eines gewissen Interesses nicht entbehrt: den stark wachsenden Handelsverkehr zwischen Italien und Südafrika. Vor dem Kriege war dieser Handel so minimal, daß die amtlichen statistischen Werke der Union ihn gar nicht gesondert aufführten. Im Jahre 1920 machte die Einfuhr aus Italien 383 000 £, die Ausfuhr der Union nach Italien 197 000 £ aus. Für das Jahr 1925 ergibt sich für die Einfuhr aus Italien (Baumwollwaren, Automobile, Maschinen, Hüte usw.) die Summe von 600 000 £ und für die Ausfuhr nach Italien (Wolle, Häute und Felle, Weizen, Mais, Asbest usw.) der Betrag von rund 1 000 000 £. Die „African World" behauptet, daß „the geographical position of Italy is ideal for a most successfull trade development with South Africa" und erwartet eine noch wesentlich umfangreichere Ausgestaltung dieses Handelsverkehrs. Die sehr geschickte Politik des italienischen Vertreters in Südafrika, Grafen Labia, wird sicherlich nichts unversucht lassen, um diese Erwartung zu erfüllen. Die Entsendung des italienischen Messeschiffes „Sistiana" nach Südafrika darf als wichtiges Glied in der Kette dieser Annäherungsversuche nicht übersehen werden. Und was sagt das englische Mutterland dazu? Hat es überhaupt noch viel dareinzureden oder gab es sein Einverständnis dazu, als es galt, Italien voll und ganz für die britische Politik zu gewinnen?

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

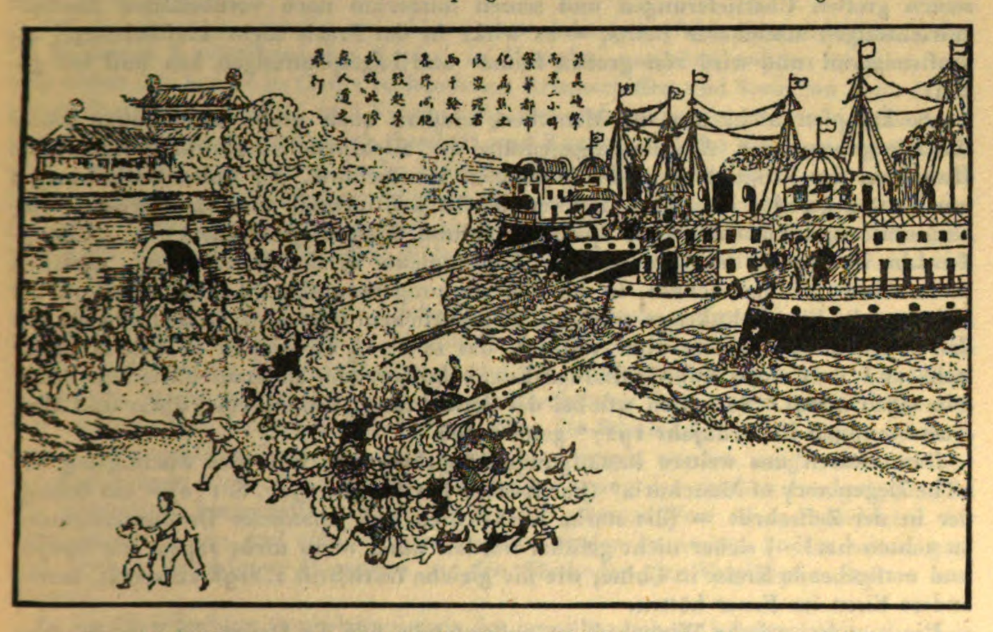
Das Zusammensinken des chinesischen Nordens. — Weitere Verkehrsdurchdringung der Gobi. — Zeugnisse für die Einstellung der breiteren Schichten in Süd- und Mittelchina nicht nur zum britischen, sondern auch zum französischen und amerikanischen Imperialismus. — Stimmung der Philippinen. — Doppelverankerung der japanischen Politik in China und Südsee; ihre Aufmerksamkeit auf Malaien- und Südseefragen. — Neue Hebriden und ihr Pandämonium von Kondominium. — Ein französisches Pazifikbuch. — Indische Grenzflüge und Mahratten-Jubiläum. — Verkehrs-Erkundungen zwischen oberem Yangtse und Assam. — Araber- und Ölreibungen zwischen englischer und italienischer Araberpolitik in Assir. — Expeditionen.

Lange, ehe das Vordringen der Ideen des chinesischen Südens gegen den unteren Hwangho — trotz der Uneinigkeit ihrer Träger — die innere Schwäche der Vorkämpfer



des Nordens enthüllte, ist unsern Lesern im Nachrichtenspiel das unvermeidliche Heraufkommen dieser Lage gezeigt worden, womit wohl auch der Wert geopolitischer Arbeit für eine Prognose bis zu einem gewissen Grad erwiesen wurde. Eine Zusammenfassung von mir darüber findet sich in Nr. 4287 der Leipziger Ill. Zeitung vom 12. 5. 1927, der eine Skizze von „China als wehrgeographisches und politisches Kraftfeld" beigegeben werden konnte, in der die wesentlichen Kraftlinien eingetragen sind.

The Communist Propagandist's View Nanking



Propaganda-Verwertung angelsächsischer Marine-Tätigkeit durch Chinesen und Russen

Throughout North China posters and handbills are being distributed declaring foreigners made a wanton and unprovoked attack on the city of Nanking on March 24 and killed thous ands of innocent Chinese. This is the face of overwhelming evidence to the contrary. The speed with which these agents of anti-foreign propaganda spread the misleading pictures through the north country is evidence of their thorough organization.

In the foreground are shown the Chinese moved down according to the imaginative artist, whose idea of a modern warship is about equal with his information about the actual oc currences at Nanking. The wording at the top of the poster is translated'as follows:

„The British and American men-of-war bombarded Nanking for nearly two hours, razing the most beautiful city to the ground, and killing more than two thousand people. All our people should rise up in protest against this wanton and inhuman act." — North China Standard.

Damals schon rangen Marschall Chang Tso Lin und seine Freunde im Raum- und Kraftverhältnis von 1 : 3 (für das eigentliche China). Da seither die einzige, bis heute musterhaft verwaltete und aus den Verwüstungen herausgehaltene Kohlenprovinz Schansi aus dem nördlichen Machtkreise herausgebrochen ist, und die menschenreichen, aber heute männerarmen Landschaften Chili und Shantung sich seit Jahrzehnten als unsichere Kantonisten erwiesen haben, sind es tatsächlich nur mehr die

Kräfte der Mandschurei, die einer vorübergehenden Zusammenfassung des eigentlichen China unter den Ideen der Kuo-Min-Tang im Wege stehen. Aber hier ist allerdings die geopolitische Wehrlinie, (die südlich Jehol und dem Liauho-Mündungsland noch immer äußerlich durch den Lauf der chinesischen Mauer von Nankau bis Shan-Hai-Kwan bezeichnet wird), eine bedenkliche Schranke.

Solange diese Schranke nicht überwunden wird — und sie hat ihre zähe Haltbarkeit schon oft in der chinesischen alten und neueren Geschichte erwiesen, so daß sie wohl als geopolitische Erfahrung registriert werden kann —, solange ist Peking mit seinen großen Überlieferungen und seinen immerhin noch vorhandenen Zentraleinrichtungen unsicherer Besitz, — es wirkt in der Praxis mehr kraftbelastend als kraftsteigernd und wird von großen Raum- und Lagespannungen hin und her gezerrt.

„So kämpfen nicht nur die Menschen, sondern auch uralte Raummotive hinter ihnen gegeneinander. Alte Rassengegensätze der altchinesicheu Kulturlandschaft am Hwangho, der Yangtseländer, der kolonialen Mandschurei, der Kolonialmischungen um Kanton gesellen sich dazu und verschärfen kontinentale und ozeanische, strombestimmte und küstenhaftende Spannungen und Spannungsursachen." . . . „Chang-Tso-Lin ist Sprosse nordgewanderter Shantungleute in der Mandschurei, nordisch unter Räubern aufgewachsen, in der Beherrschung raumweiter Landschaften, in der Führung des Eisenbahnkriegs erfahren, in natürlichem Gegensatz zu den Sowjets mit der nahen Macht Japans wohl vertraut, das mit 2 1/2 Divisionen in seinem Lande steht und dort einen Zwei-Milliarden-Eisenbahnwert (der südmanschurischen Bahn) sein eigen nennt." So hatten wir bei der Betrachtung „Chinesische Führer und Massenströmungen im Frühjahr 1927" geschrieben.

Dann waren uns weitere Bestätigungen zugekommen. Eine der wuchtigsten ist: „The Degeneracy of Manchuria" (Far Eastern Review, III. 1927, S. 110) — ein Schlag, der in der Zeitschrift — (die starke Rücksichten auf japanische Großunternehmen zu achten hat! —) sicher nicht geführt worden wäre, wenn nicht Japan, die Sowjets und maßgebende Kreise in China, wie die gleiche Zeitschrift v. S. 98 an verrät, bereits andere Eisen im Feuer hätten.

Die mandschurische Wirtschaft ist außerstande, auf die Dauer die Kriegführung für den chinesischen Norden allein aufrechtzuhalten. Der Mukden-Dollar (Feng-Piao) schwankt zum Yen zwischen 54 und 650; das Papiergeld ist das schmutzigste der Welt: „leprous-appearing rags of paper!" Dennoch führt der starke Anteil an den pol. Bewegungen Mandschurei und Mongolei immer weiterer Verkehrserschließung zu: Aufmerksame Durchsicht der Tagesausgaben der Canton-Gazette, Organ of Chinese National Opinion (Canton 82 Wing Hon Road, für Lehrer und Studenten um 50% billiger! monatlich 2 $) liefert, außer bedeutenderen Aufschlüssen über den wahren Stand der öffentlichen Meinung in Ostasien, auch kleinere geopolitische Notizen von Wert. So (3. 11. 1927) die Nachricht über eine weitere Kraftwagenstraße durch die Wüste Gobi von Kansu über Maomuhsien, nicht mehr Wuyuan nach Urga, die seit Oktober 1926 eröffnet, breit und gut genug ist, um Kraftwagen volle Entfaltung ihrer Geschwindigkeit zu gestatten.

In der politischen Erklärung der acht großen proletarischen Organisationen findet sich (1. 4. 1927) folgende Stelle über die „Heuchelei" des französischen Imperialismus: „Der französische Imperialismus gibt vor, eine sogenannte Neutralität innezuhalten. Das ist nur Heuchelei. Die französische Regierung hat nicht nur heimlich die Militaristen von Yünnan bewaffnet, sondern auch offen die britische Interventions-



politik unterstützt. Auch die sogenannte freundliche Politik Amerikas ist nur ein falscher Ton. Der amerikanische Imperialismus hat immer die chinesischen Opportunistenelemente benützt oder ermutigt, um die chinesische Emanzipationsbewegung zu schwächen. Seine Heuchelei ist genügend beim Vorschlag der Neutralisation von Shanghai demaskiert worden . . . usw."

Man sieht: der Tarnversuch beider großen Konkurrenzvölker Englands hat gegenüber der radikalen Härte der chinesischen Arbeiterbewegung nichts genützt. Recht viel böseres steht in der jungchinesischen Presse über den britischen Imperialismus auch nicht zu lesen.

Am 31. 3. 1927 schreibt ein chinesischer Arbeiter: „Silas Strawn erklärt, daß 70 Millionen $ amerikanisches Kapital in Shanghai geschützt werden müssen, und daß außer den bereits in China vorhandenen Kriegsschiffen und Seeleuten 3000 Mann versandbereit in Quantico und Virginia für Honolulu gehalten werden . . . Christentum und Zivilisation sind gleich Geschäft und Kapital, und das Kreuz nimmt $-Form an." „Von England aber sind 130 Millionen £ in China investiert, und ein freilich seit 1924 rapid zurückgehender Millionenhandelswert ist in Gefahr." Auch von der Brüsseler Konferenz gegen den kolonialen Imperialismus weiß er Kluges zu sagen, wie auch von dem wachsenden Widerstand europäischer Arbeiter gegen Eingreifen in China.

Lebendigen Widerhall finden solche Ergüsse nicht nur — trotz allen schönen Reden von chinesischen Millionären in Malaia vor Londoner Versammlungen — in der chinesischen Presse der Malaien-Halbinsel und der niederländischen Inselwelt, sondern vor allem, mit scharfen Spitzen gegen die Vereinigten Staaten, in den Philippinen. Ein ausgezeichnet unterrichteter Aufsatz über die Stimmung der Philippinen nach dem Thompson-Gutachten, den wir demnächst bringen werden, zeigt auch, warum die Widerstände gegen die Selbstbestimmungsbewegung der reichen Inselgruppe und das beständige, hinterhältige Abrücken vom gegebenen Wort eines Präsidenten der Vereinigten Staaten und eines Kongreßbeschlußes den an andern Stellen mit so großen Opfern beruhigten Gegensatz zu den Methoden der Vereinigten Staaten nur steigern.

Es ist die offenbare Doppelzüngigkeit der amerikanischen Ostasienpolitik, die viele Gegenarbeit mit doppeltem Boden erst notwendig gemacht hat: Japans, der Sowjets und selbstverständlich der erst noch um ihre Selbstbestimmung ringenden Völker, voran Chinas. In dieser Richtung wird der neue französische Botschafter Robert de Billy in Tokio, der in kluger Reklame an Bord des neuen Prachtdampfers Chenonceaux im fernen Osten eintraf, besonders dankbare Aufgaben finden. Eine Laufbahn, die durch ein erfolgreiches Preßreferat, durch Bulgarien, durch Marokko (von 1911 bis 1914 — Agadir!), durch die ersten drei Kriegsjahre in Rom, dann über Saloniki und Athen in Hauptspannungszeiten, schließlich Bukarest führte, hat ihn für Segeln in der Nähe von Sturmzentren vorbereitet. Um die Steuerung des japanischen Staatsschiffs in seiner chinesischen Politik ringen sehr starke innere Interessengegensätze: Wirtschafts- und Klanwiderstreit. Ganz war die japanische Außenpolitik des verflossenen Außenministers Baron Shidehara nicht von der Tatsache des Kampfes zwischen den Multimillionären Iwasaki und Mitsui zu trennen und von seiner Eigenschaft als Schwiegersohn des invasionsfeindlichen Prinzen Iwasaki. Die ursprüngliche Großreederfirma setzt sich stark für kontinentale Interessen in China und bei den Sowjets ein. Mitsui bekämpfte diese Politik anglophil in seiner Zeitung „Chugai Shogyo". Der Selbstmord des Leutnants Araki, der die Demütigung Japans in Nanking nicht über-

leben wollte, hatte außerdem die Ehrenempfindungen der großen Heer(Choshu)- und Marine(Satsuma-)Klane aufgerüttelt, das echt japanische Motiv des Wettbewerbs um die Wahrung der Staatsehre entfacht und manches zum Umschwung der japanischen Außenpolitik unter Baron Tanaka in kriegerische Haltung beigetragen. Dem stand wieder der pazifistische Charakter eines großen Teils der führenden Presse, mit Ausnahme von „Chugai Shogyo" (anglophile Wirtschaftsinteressen), von „Yamato" und „Yorodzu" (vaterländisch) entgegen.

Man muß diese Lage kennen, um zu begreifen, daß die Nicht-Einmischungspolitik Japans schon zur Zeit Baron Shideharas Grenzen hatte, und daß Baron Tanaka wohl der Versuchung unterliegen könnte, eine sentimentale Regung der unter äußerer guter Form leidenschaftlichen Volksseele zu benützen Er würde dadurch großen inneren Schwierigkeiten (z. B. mit dem kommenden 13 Millionenwahlrecht bei 4 1/2 Millionen Wurzelloser) durch einen nationalen Ausbruch, etwa zur Aufrechterhaltung von Japans mit so viel Blut erkaufter Stellung in der Mandschurei, begegnen können.

In der Beurteilung solcher Möglichkeiten geht die japanische öffentliche Meinung weit auseinander. Dr. S. Washio erörtert (Transpacific, 9. 4. 1927) unter der Frage „Imperialism or Birth-Control?" das Bevölkerungs-, Ausdehnungs- und Rüstungsproblem Japans in einer etwas weinerlichen Weise, die schwerlich im Sinne des jetzigen Ministerpräsidenten sein dürfte.

Ein britischer Freund sagt ihm: „Aber Imperialismus ist einfach in Japans Daseinsbedingungen begründet." Er erwidert: „Kein liberales Argument scheint stark genug zu sein, dieses Vorurteil in der Meinung von Fremden zu zerstreuen. Sie nehmen es hin, wie eine Naturgewalt. Diese virile Rasse hat im vergangenen Halbjahrhundert soviel Anpassungsfähigkeit, Fortschritt und Ausdehnungskraft bewiesen, wächst in der unerhörten Menschenvermehrung von 700 000 bis 800 000 jährlich in diesem engen, übervölkerten Land — welche andere Lösung hat ihm die Natur anzubieten, als Imperialismus?" Washio hält entgegen, der Prozentsatz der Seestreitkräfte von 5 : 5 : 3 der Washingtoner Konferenz sei in Wahrheit einer von 10 : 3! Er begegnet dem Hinweis auf Japans Möglichkeiten in China mit dem überlegenen Bevölkerungsdruck der Chinesen. Dann wirft er die Frage auf, ob Japan nicht, wie schon einmal von 1638 an, in Geburteneinschränkung sein Heil suchen solle.

Dann kommen schmerzliche Zahlen, die uns auch von Mitteleuropa vertraut sind: Hinweise auf überreizte Sozialstruktur. Nur etwa 20 % der von den Hochschulen abgehenden Studenten haben Aussicht auf Unterkommen; diese 20 % werden mehr durch Protektion als nach Verdienst ausgewählt. Junglehrerelend und gebildetes Proletariat, Überangebot an Kräften! Washio meint trübe, dieselbe Ursache wirtschaftlicher Ausdehnungsunmöglichkeit werde dieselbe Wirkung wie einst haben, also erneute Trägestauung der Bevölkerung und eben schließlich doch Geburteneinschränkung bewirken.

Andere Volksführer weisen aber demgegenüber in die warmen Meere, in die Weite des Pazifischen Ozeans hinaus, da schon einmal auf dem Festland die chinesische Konkurrenz wirtschaftlich nicht zu überwinden sei. Dazu gehört die Schule, die immer mehr auf die Rassenzusammenhänge mit den Malaio-Polynesiern verweist und der mit ihren 60 Millionen heute vereinsamten japanischen Rasse den größeren Zusammenhang innerhalb von heute schon etwa 150 Millionen nahverwandter Rassen zeigt.

Bunkichi Horjoka: „Nihon oyobi Han Taiheiyo Minsoku no Kenkyu." Tokio, Januar 1927 (Japanische und Südpazifische Rassenstudien) weist Zusammenhänge



in dieser Richtung auf. Schon Dixon (Oceanic Mythology) wies auf das alte malaiische Kulturgut in der frühjapanischen Literatur hin. Horioka hat 12 Jahre in der Südsee verbracht, um die uralten Rassenzusammenhänge zu untersuchen.

Sein sehr bemerkenswertes Werk stellt eine durchaus annehmbare Theorie der Gesamtbesiedlung des westpazifischen Wanderraumes auf; das geopolitisch bemerkenswerte daran ist, daß es Schlüsse, zu denen ich auch in der „Geopolitik des Pazifischen Ozeans" gekommen war, zu wissenschaftlichen Grundlagen weit aussehender Politik bereitlegt, freilich auch dem japanischen Staatsmythus historische und rationalistische Auflösung seiner Schöpfungsagen und Reichsbildungslegenden ankündigt.

Daß die angelsächsische Politik ihr möglichstes tut, um die nächst ihren eigenen Machtträgern (Britenreich u. Ver. St.) stärkste Seemacht von dem naturgemäßen Ausdehnungsweg in das rassenkongeniale Südseegebiet abzulenken, ist begreiflich. Aus diesem Grunde erklärt sich auch die jüngste Sendung einer Untersuchungskommission nach einer der wundesten Stellen, den „Neuen Hebriden", über die wir demnächst einen zusammenfassenden Aufsatz veröffentlichen, der damit in deutlichem Zusammenhang steht.

An dieser königlichen Kommission, die im April ihres Amtes walten sollte, war England durch den Oberkommissar für den westlichen Stillen Ozean, Australien durch General Griffiths, den Administrator von Nauru, und Neuseeland durch General Richardson, den Administrator von Samoa, vertreten. Auf den Neuen Hebriden wird ein paradiesisches Stück Erde, das höchster Entwicklung fähig wäre, durch Rivalität zwischen Briten und Franzosen, die es sich gegenseitig nicht gönnen, in künstlicher Untersiedlung und wirtschaftlicher Unentwicklung erhalten, die neben der Verwaltung der Mandatgebiete zu den öffentlichen Ärgernissen der Südsee gehört. Auf den Neuen Hebriden, mit 12300 qkm, ca. 60000 E., könnten nach den Erfahrungen auf anderen Inseln 1 bis 2 Millionen Japaner oder Malaio-Polynesier ihr Brot finden; es könnte also immerhin dem Bevölkerungsüberschuß von drei Jahren abgeholfen werden, wenn man den Standpunkt höchstmöglicher Bonitierung der Erde zu Grund legt und nicht den der beati possidentes.

Daß sich Frankreich seiner großen Vergangenheit im Pazifischen Ozean doch zuweilen erinnert und sich nicht gern völlig von der angelsächsischen Politik dort als überwundene Größe hinstellen läßt (wie das namentlich der amerikanische Flottenbesuch in Tahiti in verletzenden Formen getan hatte), beweist ein kleiner, aber inhaltreicher Band von André Duboscq, („Le Problème du Pacifique", Paris, Delagrave, 1927), den wir im Literaturbericht würdigen, der von ähnlichen Gesichtspunkten wie meine „Geopolitik des Pazifischen Ozeans" ausgeht, aber bei den immerhin noch vorhandenen und in Verbindung mit einer anderen Macht wohl anwendbaren überseeischen Mitteln Frankreichs weniger objektiv zu sein braucht.

In welchen Richtungen ein Kraftaufwand immerhin möglich wäre, zeigt der Abschnitt „Das Zusammenspiel der drei fernöstlichen Mächte" mit dem Schlußsatz: „Wir glauben auf keinen Fall, daß um einer Frage des Einflusses auf ein Stück der Mandschurei willen, die Russen eine Politik jemals kompromittierten, zu der sich Japan, aus Verbitterung wie aus Notwehr, darbieten könnte, wobei — nach unsern Nachrichten — die einer Politik der Entente zwischen beiden Mächten günstigen Elemente in Rußland wie Japan immer zahlreicher und tätiger werden." — Wir sind ganz einig!

Alte Kolonialmächte haben freilich gewisse Bindungen untereinander, von denen z. B. Sowjets und Mitteleuropa frei sind. Das hindert Herrn Duboscq, manche letzte Schlüsse auszusprechen, die ihm sicher nicht entgangen sind.

Die am meisten mit Werten beteiligte angloindische Herrschaft schwankt inzwischen hin und her zwischen dem Wunsch, auszugleichen und dem Wunsch, zu imponieren. Die Bauten von Neu-Delhi sind dafür ein sprechender Beweis. Aber es sind eben zwei Stühle, auf denen man schwer gleichzeitig sitzen kann.

Während sich Lord Irwin, der Vizekönig von Indien, in wenigen Überlandflügen ein Bild der Grenzlandschaft zwischen Wasiristan und Kelat verschaffte, das sich seine Vorgänger mühsam erwandern mußten mit Karawanen von tausenden von Tragtieren oder einfach nicht erlangen konnten, zeigt die Dreihundertjahrfeier des Geburtstages des Gründers der Mahrattenreiche, Sivadji (geb. 3. Mai 1627) doch, wie festgewurzelt durch alle neuen Formen hindurch altindische Raumüberlieferung sich erhält. Die Staatsbildungen der Mahratten, die heute auf etwa 20 Mill. geschätzt werden mögen, umfaßten einst den gewaltigen Landraum zwischen Goa und Daman, Wijajapura und Golkonda mit den Sitzen in Puna und Sattara. Heute noch sind Baroda, Gwalior und Indore zwar unterworfene, aber im inneren Gefüge noch bestehende Mahrattenstaaten.

Die Feier selbst zeigte in Bombay — außer Reibungen zwischen Mahratten und Muhammedanern, Nachwirkungen alter Spaltungen noch aus der Großmogulzeit — eine merkwürdige Umkehrung insofern, als sie zur Werbung für gewerkschaftliche Organisierung unter den Mahratten benutzt wurde, die doch ursprünglich eine strenge und grausame Herrenschicht über weiten unterworfenen Gebieten dunklerer Rassen gewesen waren.

Ein ausgezeichneter Beobachter, eben aus Indien zurück, bestätigt uns aber, daß — trotz diesen inneren Spaltungen, die niemand besser kenne, als die Indier selbst, z. B. ihr kluger Führer Malaviya — die Britenherrschaft, das „british raj" es doch in Indien niemand mehr zu Dank machen könne.

Weist man auf die prächtigen, wenn auch monotonen, unindischen Bauten in Neu-Delhi hin, so heißt es: „Ja, von unserm Gelde ist alles erbaut, erpreßt, und der vizekönigliche Palast, das Haus des Zwanges von außen, ist eben doch darauf an gelegt, alles übrige zu übertrumpfen."

Daneben werden auch heute noch ganz gewaltige Leistungen überlegener Verwaltungspraxis erzielt, mit einem anderwärts unerhörten Minimalaufwand von Persönlichkeiten.

In der Grenzverfestigungsarbeit stecken hervorragende Einzelleistungen, wovon wir diesmal im äußersten Osten und äußersten Westen des indischen Lebensraums eine Probe zu geben haben. Die unmittelbare Verkehrsverbindung zwischen dem oberen Yangtse und Indien, womöglich ohne Vermittlung von Oberburma mit dem schwer zu sanierenden oberen Irawaddyquellboden, ist — neben der Verbindung Südbrasiliens mit dem Amazonasbecken — vielleicht die augenblicklich geopolitisch bedeutendste Verkehrsschwierigkeit der Erde: eine von den wenigen Stellen, wo fast unüberwindlich scheinende Landverkehrshemmungen einem notwendigen, beiderseits erwünschten Güteraustausch im Wege stehen.

Deshalb ist der Vortrag von Kapitän F. Kingston Ward v. 28. 4. 27 in der United Service Institution über die „Überland-Route von China nach Indien" (veröffentlicht u. a. China Expreß & Tel. v. 5. u. 12. Mai 1927, S. 333 u. 360) so wichtig, daß wir mit einem kurzen Bericht darauf zurückkommen wollen. Ward bestätigt die enormen Hemmungen durch Klima und Insektenwelt, namentlich der obersten Irawaddyquellböden, (die in tropische Ausmaße übersetzt, dem Quellenboden der Isar gleichen müssen), aus denen es in der ganzen Breite eines ansehnlichen Talkessels überall quillt und rinnt. Er nennt als besten Weg für spätere Großverbindungen



nach jahrelanger Erkundung die Strecke von Pang-Tzu-La am oberen Yangtse über den Pai-Ma-La nach Atuntzu, von dort an den Mekong über Dong, über den Chu-La an den Wi-Fluß, nach Menkung am Salween. Von dort nach Rima, den Rong Thod Chu aufwärts über den Gleipaß nach Tawliang am Lohit, und von dort nach Sadiya.

Ausgezeichnetes wird vom geopolitischen Standpunkt über den Zusammenhang von Stammesnatur und Eigenart ihres Bergreservats in dem sog. Tribal-Belt (Stämmegürtel) zwischen dem indrobritischen Reich und der chinesisch-tibetanischen Kampfzone gesagt. Die schneearmen Pässe zwischen Yangtse und Mekong, von 2700 m auf über 5000 m ansteigend, sind trotz der Höhe das ganze Jahr offen.

Die zwei großen geschichtlichen Wege: Peking-Kashgar-Karakorumpaß-Gilgit-Leh, wie der Lhassaweg werden als überholt bezeichnet. Der nächste sei aber „eine

Not a Patent Fire Extinguisher

Was der ferne Osten von Locarno hält
North China Daily News

Hintertür", von Indien aus verstärkt verschanzt „durch die glänzende Abwehrlinie, welche die unabhängigen Stämme bildeten, freilich eine zweischneidige Waffe: wenn sie uns auch oft Anlaß zu politischen Wirren gegeben haben, so bilden sie doch ein Bollwerk, das zu stärken und nicht zu schwächen, wir allen Anlaß haben." In dieser instinktmäßigen Furcht vor einem unmittelbaren Zusammenkommenkönnen der zwei großen südostasiatischen Kulturnationen liegt eines der Hauptmotive zur Aufrechterhaltung der Verkehrsschwierigkeiten zwischen ihnen, das der wirklichen Erschließung — trotz solcher Vorarbeit — im Wege steht. „Kein Stückchen Diplomatie im nahen Osten würde ganz sein ohne eine kleine Ölepisode!" So meint der wohlunterrichtete römische Korrespondent des Manchester Guardian in seiner beachtenswerten Aufsatzreihe „Italy in the Red Sea" (II, 17. 5. 27). „Gegenüber der Küste von Assir

(wo Italien heftig um Freundschaft mit Imam Jahia um dieses künftigen Schlachtfelds zwischen dem Imam und Ibn Saûd willen wirbt) liegen die Farsaninseln, in deren Boden eine Art Versprechen von Ölfunden liegt. Von den schwankenden Idrisi (die sich nun, zusamt dem bei ihnen als Gast lebenden, Italien todfeinden Groß-Senussi unter die panislamische Protektion von Ibn Saûd begeben haben) hat nun eine englische Gesellschaft rasch die Ölkonzession erworben, ehe die Idrisi sanft in den Armen von Ibn Saûd veratmen." Selbst der Manchester Guardian gibt zu, daß diese Ölgesellschaft kontinentalen Augen als zweifelhafte Gründung von Whitehall aus erscheinen könnte.

An dieser Stelle also gehen der alte religiöse Haß der Senussi (von der italienischen Einnahme von Jarabub, ihrer heiligen Stadt 1925 herstammend), das Ringen um Südarabien zwischen Ibn Saûd und Imam Yahia, dem Italienerschützling, und ein ganz kleines britisches Interesse an einem möglicherweise unmittelbar von Inseln aus in Kriegsschiffe zu pumpendem Öl in wunderlichen Fäden durcheinander.

In kurzen Worten: an dieser unauffälligen Stelle der Erde spielt das Arabertum sehr gewandt England und den neuen „Colonialismo" des Palazzo Chigi gegeneinander aus; und manche geräuschvolle europäischen Vorgänge erklären sich zwangslos aus Entwicklungen (auf weite Sicht!) an einer für das übrige Europa leicht zu wenig beachteten, als Schwelle der indopazifischen Welt vom Mittelmeer her aber sehr wichtigen Reibungsfläche zwischen den drei Westmächten.

An dieser Stelle ist einiger geographischer Forschungsreisen zu gedenken, die gleichfalls den eurasischen Grenzräumen des indopazifischen Gebietes gelten. Der Reise Dr. Trinkler-de Terra, von Kashmir aus gegen chin. Turkestan; einer in Organisation befindlichen deutsch-russischen von den Pamiren aus; einer deutschen in der Nord-Mandschurei; der endlich zum Aufbruch gekommenen von Sven Hedin in das westchinesische Übergangsgebiet zu den mongolischen Sowjets; und endlich der abgeschlossenen, eben berührten Untersuchung der unmittelbaren Übergangsverhältnisse von China nach Indien (Assam), vom oberen Yangtse her.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Nationale Bedeutung der „Meteor"-Expedition und der deutschen Forschungs- und Studienreisen in Amerika. — Chamberlins Rekord. — Zur Seeabrüstungskonferenz. — Verhältnis der Union zu Frankreich. — Nicaragua und Mexiko. — Wahlen in Amerika (Union, Brasilien, Argentinien, Chile). — Putsch in Ecuador. — Kommunistische Fäden.

Die deutsche Geographie, die ja bestimmt als die Mutter der Geopolitik anzusehen ist, wenn ihr die letztere überhaupt nicht als Sonderdisziplin im Sinne einer angewandten Wissenschaft zuzurechnen ist (vgl. dazu meine Ausführungen „Politische Geographie und Geopolitik" im Geographischen Anzeiger 1926, S. 245 ff. mit einem Nachwort von K. Haushofer), blickt mit Stolz auf den Abschluß des größten Forschungsunternehmens, das nach dem Kriege durchgeführt werden konnte. Es ist die erfolgreiche Beendigung der „Meteorexpedition", die nach mehr denn zweijähriger Arbeit im Atlantischen Ozean unter der Leitung des Fregattenkapitäns z. S. Spieß kurz vor Pfingsten in die Heimat zurückgekehrt ist. Es ist hier natürlich nicht die Auf-

gabe, auch nur eine knappe Übersicht der wissenschaftlichen Resultate auf gesamtmeereskundlichem Gebiet, besonders der Umwälzung unserer Vorstellungen vom Boden der einzelnen Meeresteile auf Grund der durch die Lotungen gemachten Entdeckungen zu geben. Auch auf die grundlegende Erkenntnis der atlantischen Zirkulation kann nur hingewiesen werden, die die Lehren des genialen Organisators und Leiters der Expedition, Alfred Merz, bestätigten, dem zu unserer tiefen Trauer der Tod bald nach dem Beginne der Expedition die Führung aus der Hand genommen hat. Es verdient aber volle Bewunderung, daß die organisatorische Fähigkeit und Kraft dieses Mannes weiterzuwirken vermochte lange über seinen Tod hinaus, und daß die Expedition in seinem Geist und genau nach seinen Angaben durchgeführt werden konnte. Dank dieser Durchführung, einer Vermessung und Beobachtung auf einer langen Reihe von Querprofilen, darf heute der Atlantische Ozean als das am besten erforschte Weltmeer gelten. Die Wirkung dieser Expedition beschränkt sich aber nicht auf das rein wissenschaftliche Gebiet, sondern die Unternehmung ist als eine nationale Großtat anzusprechen. Der „Meteor" erschien wieder als das erste deutsche Kriegsschiff nach dem Krieg in den atlantischen Häfen, achtungsvoll begrüßt von den fremden Nationen und freudig bejubelt von den Auslandsdeutschen. So hat er fast alle größeren südamerikanischen Häfen auf der atlantischen Seite angelaufen. Darunter seien nur Para, Pernambuco, Bahia, Rio de Janeiro, Desterro, Rio Grande, Punta Arenas genannt. Buenos Aires war neben Kapstadt, das viermal angelaufen wurde, der Hauptstützpunkt. Dreimal wurde es von dem „Meteor" erreicht. So konnten unmittelbare Beziehungen geknüpft werden zu den deutschen Kolonien dieser Hafenstädte und auch weit darüber hinaus. Vor allem aber verkörperte der „Meteor" wie keine andere Unternehmung in jener Zeit den hohen Ernst und die Durchschlagskraft deutscher wissenschaftlicher Forschung. Sein Besuch fand besonders volle Beachtung bei den wissenschaftlich aufstrebenden südamerikanischen Staaten. So hat die „Meteorexpedition" dem Ansehen des deutschen Namens und besonders der deutschen Wissenschaft unvergängliche Dienste geleistet.

In dem Zusammenhange darf wohl erwähnt werden, daß der Doppelkontinent Amerika, besonders Lateinamerika, seit einer ganzen Reihe von Jahren nach dem Kriege wieder zum bevorzugten Felde deutscher erdkundlicher Forschung geworden ist. In Argentinien ist die Tradition deutscher Forschung nie abgerissen. Kühn und Schmieder, der neuerdings in Kalifornien wirkt, haben von geographischer Seite außerordentlich Beachtenswertes geleistet. Einer der Ersten, der wieder von Deutschland aus kommend draußen und zwar in Mittelbrasilien arbeitete, war der Berichterstatter selbst. Etwa zur gleichen Zeit hat Linke Argentinien bereist, Krieg hat dort seine Erfahrungen gesammelt, die er dann später bei einer großzügigen Chacoexpedition verwertete; Klute durchquerte von Argentinien aus die Anden und reiste in Nordchile. A. Haushofer lernte das östliche Mittelbrasilien kennen. Von Mexiko aus führte Sapper durch ganz Mittelamerika hindurch bis nach Kolumbien und Venezuela hin eine großangelegte Reise aus. Stutzer arbeitete als Geologe in Kolumbien und organisierte dort den geologischen Dienst, und Georgii studierte ebendort, ferner in Venezuela und im angrenzenden Mittelamerika die Bedingungen für den Luftverkehr. Später wandte sich Termer Guatemala zu, Mortensen und Berninger lernten eingehend Chile kennen. Jaeger und Waibel arbeiteten in Mexiko. Bessel-Hagen weilt zur Zeit dort. Noch einmal wandte sich Koch-Grünberg vom Amazonas aus dem Orinoko zu auf einer Reise, auf der er den Tod gefunden hat. Dietrich durchquerte in zwei Reisen die Vereinigten Staaten. Tuckermann hatte sich das östliche und

mittlere Kanada als Arbeitsfeld gewählt. Abermals Klute und Krueger besuchten das westliche Grönland. Troll arbeitet zur Zeit in Bolivien, das auch neuerdings von Wegner zu völkerkundlichen Untersuchungen aufgesucht worden ist. Penck bereist in Begleitung von A. Haushofer die Vereinigten Staaten. Quelle ist nach Nordostbrasilien ausgefahren, und Sapper steht vor der Ausreise nach Argentinien, bei der er auch andere südamerikanische Staaten besuchen will.

Das ist bestimmt eine Liste, die in ihrer Reichhaltigkeit der Zielsetzung und in ihrer großen Zahl der Beobachter neben der Großtat des „Meteor" angeführt werden darf, wie ja diese einzelnen Unternehmungen zeitlich die „Meteorexpedition" rahmen bzw. ihr parallel gegangen sind. Auch von diesen Einzelunternehmungen sind ganz sicher nicht zu unterschätzende Wirkungen ausgegangen, die dem Ansehen der deutschen Wissenschaft und des Deutschtums überhaupt voll gedient haben.

In den letzten Tagen vor der Berichterstattung haben die Bestrebungen um die Raumüberwindung zwischen Europa und Amerika mit dem Flugzeug wieder einen neuen Rekord zu verzeichnen. Chamberlin hat zusammen mit Levine mit der „Columbia" vom 4. zum 6. Juni in einem Flug von 43 Stunden den Nordatlantischen Ozean von New York nach Mitteldeutschland gequert. Bei einer durchschnittlichen Stundengeschwindigkeit von 165 km hat er im ganzen über 7000 km zurückgelegt. Eine Notlandung aus Benzinmangel mußte erst bei Eisleben stattfinden. Dann flog die „Columbia" nach abermaliger Landung bei Cottbus nach Berlin, dem eigentlichen Ziel, weiter. Auf der Fahrt bis Eisleben war Chamberlin 9 1/2 Stunden länger unterwegs als Lindbergh bei seiner Ozeanüberquerung.

Fast will es scheinen, als ob im Augenblick in den Beziehungen zwischen Amerika und Europa durch solche kulturellen Aufgaben das Interesse an der politischen Arbeit, an dem Verhältnis der beiden Kontinente zueinander in den Hintergrund gedrängt werde, als ob die Erinnerung an nicht allzuweit zurückliegende Vergangenheit völlig ausgeschaltet worden sei. Daneben lagern aber nach wie vor die großen Weltprobleme, die kaum von den Einzelleistungen irgendwie auf die Dauer tangiert werden können. Eine der brennendsten Fragen ist die, ob es in der im Lauf des Juni in Genf beginnenden Seeabrüstungskonferenz den Vereinigten Staaten gelingt, das Wettrüsten der beiden andern Hauptseemächte einzudämmen. Von einem solchen Erfolge wird unweigerlich die Möglichkeit der Durchführung der vereinsstaatlichen Politik der nächsten Zeit abhängen. Denn es sind, wie eine Übersicht zeigt, die Vizeadmiral a. D. Hollweg auf Grund amerikanischer Ausführungen in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" kürzlich gegeben hat, die Amerikaner mit ihrer Seerüstung gegenüber England und Japan ganz offensichtlich ins Hintertreffen gelangt. Der Vergleich der Kreuzerflotten der drei Mächte ergibt zunächst ein sehr ungünstiges Verhältnis für die Union:

Kreuzer:	England	Union	Japan
vorhandene	40 (194 300 t)	10 (75 000 t)	19 (102 000 t)
im Bau befindliche	11 (110 000 t)	2 (20 000 t)	6 (54 200 t)
bewilligte	3 (28 000 t)	3 (30 000 t)	
	54 (332 300 t)	15 (125 000 t)	25 (156 200 t)
in Aussicht genommen:	9	3	

Ungleich günstiger für die Vereinigten Staaten ist freilich das Verhältnis zwischen den Seemächten hinsichtlich der vorhandenen oder im Bau begriffenen Torpedebootszerstörer:



England	Union	Japan
18 Führerboote	267	4 Führerboote
171 Zerstörer	(330 000 t)	92 Zerstörer
(197 000 t)		(113 270 t)

Dagegen verschiebt sich aber beim Vergleich der Unterseebootflotten das Verhältnis wieder sehr zu ungunsten der Vereinigten Staaten:

U-Kreuzer:	England	Union	Japan
vorhandene	7	6	6
bewilligte	9	3	17
Gesamttonnage	23 566 t	15 675 t	32 000 t
Kleinere U-Boote			
(Nicht Hochsee-U-Boote):	28	50	43
	(25 000 t)	(43 822 t)	(36 500 t)
Seeflugzeuge:			
im Dienst	120	212	193
in Reserve	620	125	236

Seit Abschluß des Washingtoner Vertrags haben die Vereinigten Staaten, alle Typen zusammengenommen, 16, England 37, Japan 116 Schiffe gebaut. Außerdem weisen England eine Handelsschifftonnage von 796 000 t mit einer Geschwindigkeit von mehr als 18 Sek.-Meter, die Vereinigten Staaten nur eine solche von 175 000 t auf. Soll das Verhältnis der Washingtoner Konferenz 5 : 5 : 3 zwischen den drei Seemächten England, Vereinigte Staaten, Japan hergestellt werden, so steht die Abrüstungskonferenz vor einer äußerst schweren Verhandlungsaufgabe — oder aber den Vereinigten Staaten erwächst eine ganz bedeutende Bautätigkeit. Der Vorsitzende des Marineausschusses des Kongresses, Thomas S. Butler, hat berechnet, daß die Vereinigten Staaten, um die Seerüstung Englands zu erreichen, 21 Kreuzer, 1 Flugzeug, 18 U-Hochseekreuzer und 17 andere U-Boote bauen müßten.

In den Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Frankreich stellt zur Zeit noch das amerikanisch-französische Schuldenproblem eine völlig ungelöste Frage dar. Es ist charakteristisch für Amerikas Einstellung, daß der von Briand angebotene Freundschaftsvertrag, der den ewigen Frieden zwischen den beiden Nationen sichern soll, erst nach der Ratifizierung des Mellon-Berenger-Abkommens ernstlich in Betracht zu ziehen sei. Allerdings scheint die amerikanische Regierung geneigt zu sein, bald in diplomatische Verhandlungen über einen solchen Freundschaftsvertrag einzutreten.

Wie vorauszusehen war, ist noch keine vollkommene Befriedung in Nicaragua eingetreten. Die Entwaffnung der Revolutionäre ist nicht ganz reibungslos vor sich gegangen. Das Lager der amerikanischen Truppen bei Chinandega wurde sogar von einer Bande angegriffen. Etwa 2000 Aufständige befanden sich in der zweiten Hälfte Mai noch in kleineren Banden zerstreut im Lande. Um so unzweideutiger scheint aber der diplomatische Sieg der Union in Nicaragua. Einer Veröffentlichung von „La Prensa" zufolge häben die Vereinigten Staaten mit dem Präsidenten Diaz ein Militärbündnis abgeschlossen, das auf Wunsch der Vereinigten Staaten zu einer Kriegserklärung gegenüber einer anderen Macht erweitert werden kann. Es wird weiterhin bestimmt, daß Nicaragua eigenmächtig keinen Krieg erklären darf; dagegen steht der Union jederzeit das Recht der bewaffneten Intervention zu. Die Gendarmerie tritt unter nordamerikanisches Kommando. Ebenso werden nordamerikanische Kontrolleure für das Zollwesen und die Staatsfinanzen eingesetzt. Nicaragua erhält eine Anleihe

von 20 Mill. Dollar. Die Ratifizierung dieses Vertrags stellte Nicaragua unter die Militär- und Finanzhoheit der Vereinigten Staaten, die damit nahezu kampflos eine allerdings lange belagerte Position von außerordentlicher Wichtigkeit in Mittelamerika gewonnen hätten. Nicaragua scheint so immer mehr eine Stellung wie Panama, Kuba oder Haiti einzunehmen. Es darf wohl kaum mehr zu den politisch selbständigen Staaten gezählt werden. Dafür ist seine Abhängigkeit von der Union nach den neuesten Bestimmungen zu groß. Im ganzen dürfte damit, wenn man auch vor Nachspielen nicht sicher sein kann, der Nicaraguakonflikt beendet sein. Nicaragua bedeutet eine Etappe auf dem Wege der Ausbreitung der vereinsstaatlichen Herrschaft im amerikanischen Mittelmeergebiet. Daß die Union trotz stärksten lateinamerikanischen Protestes ihren Machtwillen anscheinend mit aller diplomatischen Zähigkeit durchgesetzt hat, ist sehr wesentlich durch das Gegenspiel Mexikos ausgelöst worden. Die Etappe Nicaragua gilt ebensosehr der Festigung des vereinsstaatlichen Einflusses in dem Raum selbst, wie sie eine Kämpferstellung gegenüber Mexiko darstellt. Mit den westindischen Inseln, Panama und Nicaragua, haben die Vereinigten Staaten einen fast zu dreiviertel geschlossenen Ring um ihren größten Gegner, Mexiko, im amerikanischen Mittelmeergebiet herumgelegt. Diese räumliche Einkreisung Mexikos läßt die zur Zeit ruhige Haltung der Union gegenüber Mexiko selbst verstehen. Dagegen ist die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber China nicht ganz durchsichtig.

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten eines amerikanischen Wahlkampfes, daß vielfach die auswärtige Politik eine äußerst geringe Rolle spielt. Trotzdem die Wahl des vereinsstaatlichen Präsidenten erst in anderthalb Jahren erfolgen wird, hat das Vorpostengefecht schon begonnen. Dabei geht es aber nicht um die großen brennenden Fragen der Außenpolitik, sondern um das Prohibitionsproblem, um „naß oder trocken oder gemäßigt trocken“, und um Parteiführer. Ist das Selbstverständlichkeit der amerikanischen Politik, die aus der eigenartigen Sonderstellung des Landes heraus ihre Wege sicher zu finden weiß? Ist es instiktive Hinlenkung zur Klärung der innerpolitischen Verhältnisse, die einer solchen vielfach bedürfen? Oder aber ist es ein einfaches Hervordrängen des Reinpersönlichen? Die Antwort wird erst die weitere Entwicklung zu geben vermögen.

Auch andere amerikanische Staaten stehen im Zeichen von Wahlen. Schon vor geraumer Zeit, im Februar, fanden in Brasilien die Kongreßwahlen, die Neuwahlen zur Deputiertenkammer und zum Senat, statt. Die Wahlbeteiligung soll sehr gering gewesen sein. Die offizielle Republikanische Partei hat einen mühelosen Sieg gegenüber der Opposition erfochten. Wie in der Union so haben auch in Argentinien die Vorbereitungen zur Präsidentenwahl begonnen, die im Jahre 1928 erfolgen wird. Im Gegensatz zu der in der Außenpolitik außerordentlich ruhigen Haltung Argentiniens wird darum seine Innenpolitik von dem merkwürdig geschäftigen Leben eines erbitterten Wahlkampfes beherrscht. Es handelt sich dabei wiederum nur um den Kampf zweier Richtungen und zwar — ein und derselben Partei, nämlich der Radikalen Bürgerpartei, der Union Civica Radical. Sie hat sich im Jahre 1890 unter Zusammenschluß des freiheitlichen Bürgertums zur Bekämpfung der persönlichen Herrschaft einzelner Führer gebildet. Im Weltkrieg kam die Partei 1916 mit Hipolito Irigoyen zur Regierung. Es ist das Verdienst Irigoyens, Argentinien dem Krieg ferngehalten zu haben. Dagegen ist aber seine Regierung als eine Periode finanzieller Mißwirtschaft zu betrachten. Die Wahl eines mehr neutralen, dem Parteigetriebe fernerstehenden Nachfolgers, Dr. Marcelo T. de Alvears, des jetzigen Präsidenten, hat sofort zur Absage an die irigoyenistischen, recht persönlichen Regierungsmethoden



und damit bald zum Bruche mit Irigoyen und seinem nächsten Parteianhang geführt. Das bedeutete aber die Spaltung innerhalb der Radikalen Partei in die Gruppe der Personalisten, den irigoyenistischen Flügel der Radikalen, die Freunde des personalistischen Regiments, und in die Antipersonalisten, den alvearistischen Flügel, die Feinde des persönlichen Systems. Um den Sieg einer dieser Richtungen geht es. Auch hier wird also der Kampf ganz von der Innenpolitik, z. T. sogar von stark persönlichen Motiven beherrscht. Eine schon einige Zeit zurückliegende Nachricht spricht von einem Wahlbündnis zwischen den Antipersonalisten und Konservativen, den traditionellen Gegnern der Radikalen. Die Verhandlungen waren bis vor kurzer Zeit noch nicht zum Abschluß gekommen. Die Sozialisten, eine weitere Partei, die ihre Anhänger unter den Arbeitern haben, sind faktisch Gegner der Radikalen, besonders der Antipersonalisten. Sie dürften keine irgendwie bedeutende Rolle im Wahlkampf spielen. Durch die Wirtschaftspolitik des Staates geht eine schutzzöllnerische Bewegung, die für die Einführung von Differentialzöllen eintritt, und zwar sollen die Produkte der Länder mit einem Zuschlagszoll belegt werden, die die Einfuhr argentinischer Erzeugnisse mit hohen Einfuhrzöllen belegen. Hervorgerufen wurde diese Bewegung durch die Maßnahme der Vereinigten Staaten, die Gefrierfleisch, Trauben und Kleesamen aus Argentinien mit hohen Zöllen bedenken. Sie wendet sich aber auch gegen die Beschränkung der Gefrierfleischeinfuhr und die erhöhten Weizenzölle, die Deutschland festgesetzt hat.

Mit der Wahl des Obersten Ibañez zum Präsidenten von Chile hat die chilenische Militärpartei den Sieg errungen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 80%. Ibañez wurde mit 96% aller abgegebenen Stimmen gewählt. Das zeigt klar, daß er der Kandidat des Volkes ist. Wir haben auf die politischen Folgen dieser Wahl schon in einem früheren Heft aufmerksam gemacht. In Ecuador ist ein von Anhängern der konservativen Partei geplanter revolutionärer Putsch, eine Revolte einiger Regimenter, durch die Regierung unterdrückt worden.

Die Haussuchungen im Arcosgebäude haben kommunistische Fäden aufgedeckt, die nach Gesamtamerika hin laufen. Darauf sind Verhaftungen in Argentinien, Brasilien und Kanada erfolgt. In diesem Zusammenhang hat auch Kanada sein Handelsabkommen mit Rußland gekündigt.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST“ (HAMBURG)

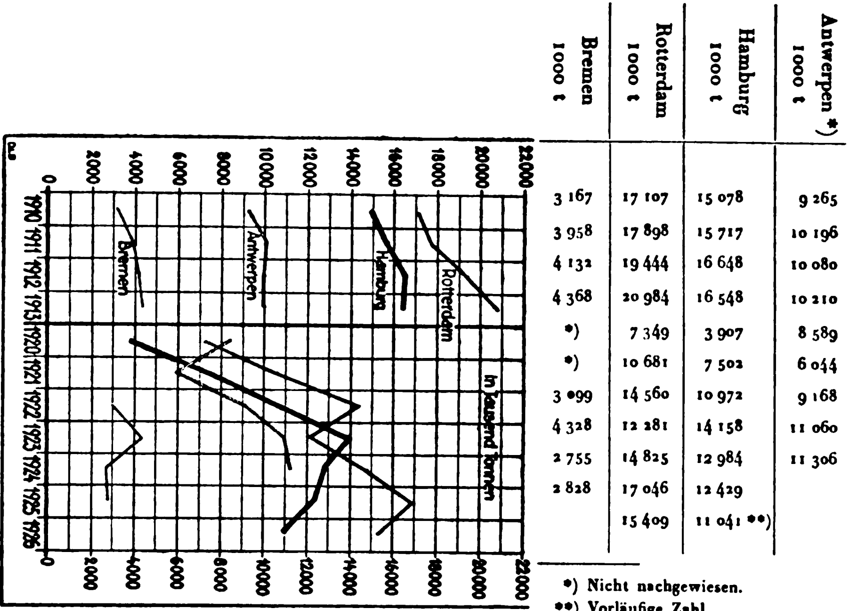
Das Material stellte freundlicherweise die Staatliche Pressestelle, Hamburg, zur Verfügung

Wareneinfuhr zur See in Hamburg, Rotterdam und Antwerpen in den Jahren 1910/1913, 1920/1926, mit Unterscheidung der wichtigsten Massengüter

	Einfuhr zur See insgesamt	darunter						Massengüter zusammen	übrige Waren
		Erze	Getreide	Holz	Steinkohlen und Koks	Mineralöle	Metalle, rohe		
Hamburg:	Mengen in 1 000 t								
1910	15 078	304	2 370	430	4 282	465	531	8 382	6 696
1911	15 717	372	2 841	551	3 786	473	488	8 511	7 206
1912	16 648	479	2 651	577	3 974	511	570	8 762	7 886
1913	16 548	486	2 623	526	4 241	541	417	8 834	7 714
1920	3 907	352	788	361	120	326	116	2 063	1 844
1921	7 502	188	2 679	939	608	305	170	4 889	2 613
1922	10 972	290	2 056	174	3 026	657	370	6 573	4 399
1923	14 158	293	1 702	180	6 072	511	441	9 199	4 959
1924	12 984	301	1 757	269	3 997	651	348	7 323	5 661
1925	12 429	278	1 890	413	2 455	905	380	6 321	6 108
1926*)	11 041	393	2 020	270	1 048	741	330	4 802	6 239
Rotterdam: *t brutto*									
1910	17 107	6 237	4 071	1 509	1 448	256	350	13 871	3 236
1911	17 898	6 462	4 098	1 693	1 360	331	433	14 179	3 719
1912	19 444	8 018	3 948	1 634	1 479	321	351	15 751	3 693
1913	20 984	8 617	4 832	1 418	1 253	295	335	16 750	4 234
1920	7 349	932	1 037	233	2 707	378	280	5 567	1 782
1921	10 681	2 412	3 313	176	2 154	434	133	8 622	2 059
1922	14 560	4 924	2 523	254	4 348	533	119	12 701	1 859
1923	12 281	1 773	2 289	262	5 171	441	127	10 063	2 218
1924	14 825	5 106	3 300	487	1 760	669	151	11 473	3 352
1925	17 045	7 766	2 917	1 008	831	698	257	13 477	3 568
1926	15 409	6 131	3 528	843	348	857	381	12 088	3 321
Antwerpen:									
1910	9 265	394	3 072	636	731	199	188	5 220	7 045
1911	10 196	481	3 536	633	873	186	207	5 916	4 280
1912	10 080	503	3 517	657	808	522	222	6 229	3 851
1913	10 210	579	3 139	717	941	497	256	6 129	4 081
1920	8 589	1 058	2 017	490	1 688	566	403	6 222	2 367
1921	6 044	874	2 317	352	416	289	106	4 354	1 690
1922**)	*6 610*	*826*	*2 036*	*575*	*1 374*	*261*	*140*	*5 212*	*1 398*
1923	11 060	1 390	2 649	597	3 553	457	246	8 892	2 168
1924***)	*9 661*	*1 264*	*2 841*	*681*	*1 846*	*467*	*313*	*7 412*	*2 249*
1925	Material liegt noch nicht vor.								
1926									

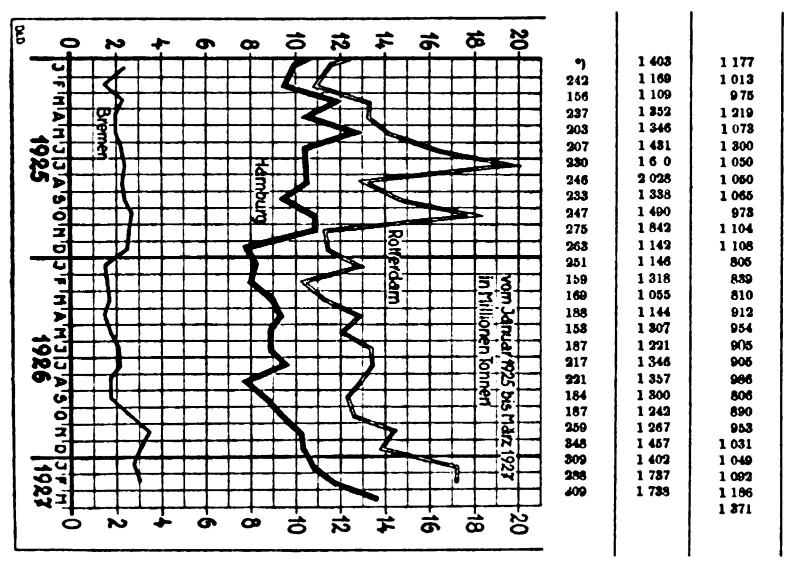
*) *Vorläufige Ziffer.* **) *1922 wurde der Zollvertrag zwischen Belgien und Luxemburg abgeschlossen. Für die einzelnen Warengruppen liegen nur die Ziffern der Einfuhr während der Monate Mai-Dezember vor. Die Gesamteinfuhr betrug 9 168 000 t.* ***) *1924 liegen für die vorstehenden Warengruppen nur die Ziffern für den Zeitraum vom 1. Januar bis 9. November vor. Für den Rest des Jahres sind die Ziffern nur für die Hauptgruppen nachgewiesen. Die Gesamteinfuhr betrug 11 306 000 t.*

Einfuhr zur See in Hamburg, Rotterdam und Bremen



Bremen 1000 t	Rotterdam 1000 t	Hamburg 1000 t	Antwerpen *) 1000 t
3 167	17 107	15 078	9 265
3 958	17 898	15 717	10 196
4 132	19 444	16 648	10 080
4 368	20 984	16 548	10 210
*)	7 349	3 907	8 589
*)	10 681	7 502	6 044
3 •99	14 560	10 972	9 168
4 328	12 281	14 158	11 060
2 755	14 825	12 984	11 306
2 828	17 046	12 429	
	15 409	11 041 **)	

*) Nicht nachgewiesen.
**) Vorläufige Zahl.



Bremen	Rotterdam	Hamburg
*)	1 403	1 177
242	1 169	1 013
156	1 109	975
237	1 352	1 219
203	1 346	1 073
207	1 431	1 300
230	1 6 0	1 050
246	2 028	1 060
233	1 338	1 065
247	1 490	978
275	1 842	1 104
263	1 142	1 108
251	1 146	806
159	1 318	839
169	1 055	810
188	1 144	912
158	1 307	954
187	1 221	905
217	1 346	906
221	1 357	966
184	1 300	806
187	1 242	890
259	1 267	953
348	1 457	1 031
309	1 402	1 049
288	1 737	1 092
409	1 733	1 166
		1 371

Für die Darstellung der Monatszahlen ist ein um das 12 fache vergrößerter Maßstab gewählt worden, um eine unmittelbare Vergleichung der Eintragungen zu ermöglichen.

*) Jahresziffern von 1925 und 1926 noch nicht veröffentlicht. —˙ Monatsziffern liegen nicht vor.

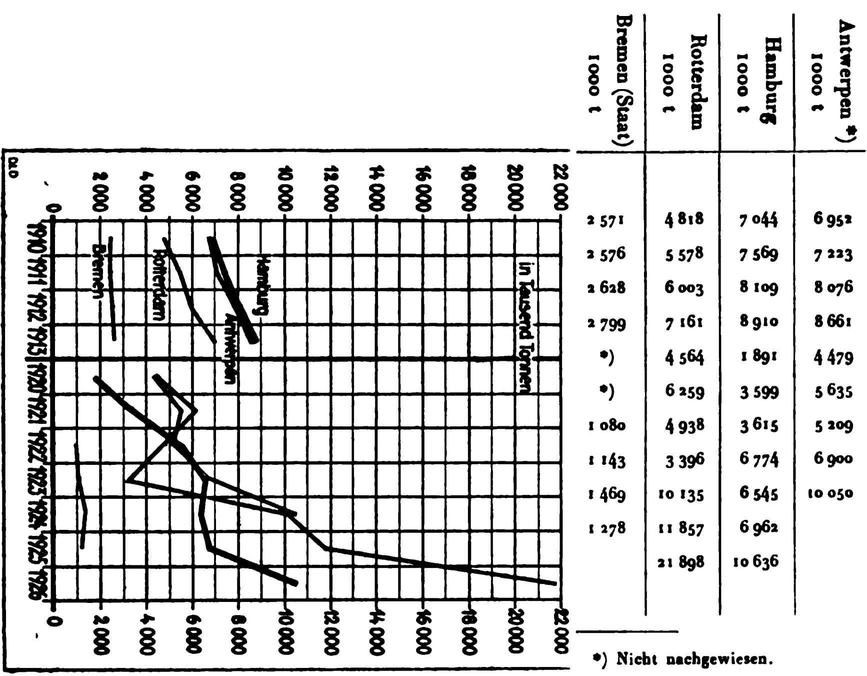
Warenausfuhr zur See in Hamburg, Rotterdam und Antwerpen in den Jahren 1910/1913, 1920/1926, mit Unterscheidung der wichtigsten Massengüter

	Ausfuhr zur See insgesamt	darunter: Steinkohlen und Koks	Getreide, Malz	Petroleum	Bauholz, Nutzholz	Erden und Steine	Erze	Metalle, rohe	Salpeter	andere Düngemittel	Palmöl und and. veget. Öle u. Fette	Mineralöle, Asbest, Teer, Pech	Zement	Massengüter zusammen	andere Waren
	Mengen in 1000 t														
Hamburg:															
1910	7044	154	552	107	143	37	29	274	187	964	166	126	270	3009	4035
1911	7569	190	669	73	162	42	26	278	190	923	174	128	326	3181	4388
1912	8109	195	789	109	195	45	31	275	205	1022	193	160	450	3669	4440
1913	8909	229	874	80	206	45	39	296	215	1008	189	168	497	3846	5063
1920	1891	7	59	25	43	29	22	104	5	237	2	40	46	619	1272
1921	3599	37	530	20	69	32	12	147	31	197	41	54	216	1386	2213
1922	5615	12	629	37	216	90	20	195	69	467	51	98	213	2097	3518
1923	6774	10	669	20	315	.	.	281	.	546	106	36	244	2227	4547
1924	6545	13	593	39	330	76	24	189	96	570	94	139	254	2417	4128
1925	6962	5	725	37	182	84	18	212	78	706	94	145	343	2629	4333
1926	10636	2589	658	29	177	103	81	545	95	779	100	168	297	5621	5015
Rotterdam:															
1910	4814	2344	14	1	27	168	22	505		153	146	9	123	3512	1302
1911	5578	2998	17	3	27	91	9	596		191	150	7	103	4192	1386
1912	6003	3086	28	3	35	107	18	587		273	196	9	126	4468	1535
1913	7161	3867	20	3	46	170	16	594		359	123	11	133	5342	1819
1920	4564	2855	72	1	13	47	9	231		214	32	27	3	3504	1060
1921	6259	4117	152	1	13	45	155	403		57	140	83	32	5198	1061
1922	4938	2947	65	.	17	81	14	383		32	167	131	28	3865	1073
1923	3396	979	80	.	25	105	13	450		41	178	101	13	1985	1411
1924	10135	6464	159	2	29	115	11	993		112	186	120	56	8247	1888
1925	11857	8010	97	.	19	16	10	1080		207	93	89	34	9655	2202
1926	21902	17504	65	.	16	11	21	1437		164	138	154	49	19559	2343
Antwerpen:															
1910	6952	932	35	.	14	327	39	387		462	46	38	503	2783	4169
1911	7223	978	22	.	16	360	22	416		455	49	56	554	2928	4295
1912	8076	1402	75	.	21	358	25	390		682	50	55	654	3712	4364
1913	8661	1241	90	.	36	475	34	537		556	50	43	644	3706	4955
1020	4479	1120	48	.	34	524	31	218		102	25	15	137	2254	2225
1921	5635	1717	105	.	12	317	23	797		107	18	25	217	3339	2296
1922*)	*3740*	*488*	*62*	.	*6*	*267*	*35*	*360*		*100*	*12*	*29*	*241*	*1600*	*2140*
1923	6900	810	118	.	28	462	43	631		287	22	64	469	2934	3966
1924**)	*8673*	*1505*	*46*	.	*12*	*414*	*47*	*998*		*256*	*20*	*98*	*509*	*3905*	*4768*
1925	Material liegt noch nicht vor.														
1926	Material liegt noch nicht vor.														

*) *1922 wurde der Zollvertrag zwischen Belgien und Luxemburg abgeschlossen. Für die einzelnen Warengruppen liegen nur die Ziffern für die Monate Mai—Dezember vor. Die Gesamtausfuhr betrug 5 208 901 t.*

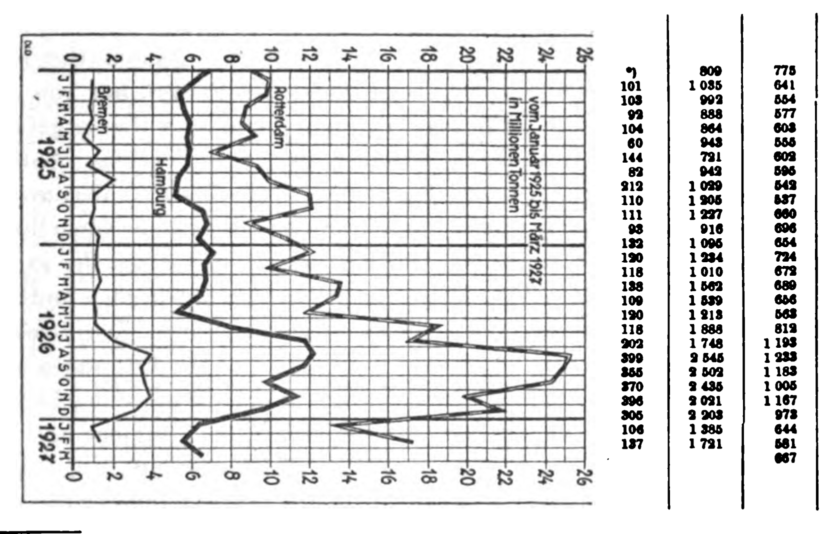
**) *1924 wurde im November ein neues, vollständig umgearbeitetes Warenverzeichnis herausgegeben. Die Nachweisung der einzelnen Warenarten wurde daher für den Rest des Jahres nicht mehr gegeben. Die Gesamtausfuhr beträgt 10 049 835 t.*

Ausfuhr zur See in Hamburg, Rotterdam und Bremen



Bremen (Staat) 1000 t	Rotterdam 1000 t	Hamburg 1000 t	Antwerpen *) 1000 t
2 571	4 818	7 044	6 952
2 576	5 578	7 569	7 223
2 628	6 003	8 109	8 076
2 799	7 161	8 910	8 661
*)	4 564	1 891	4 479
*)	6 259	3 599	5 635
1 080	4 938	3 615	5 209
1 143	3 396	6 774	6 900
1 469	10 135	6 545	10 050
1 278	11 857	6 962	
	21 898	10 636	

*) Nicht nachgewiesen.



Bremen	Rotterdam	Hamburg
*)	809	775
101	1 035	641
103	992	554
92	888	577
104	864	603
60	943	555
144	721	602
82	942	595
212	1 029	542
110	1 205	537
111	1 227	660
98	916	696
132	1 096	654
120	1 234	724
118	1 010	672
138	1 562	689
109	1 539	656
120	1 213	563
118	1 888	812
202	1 748	1 193
399	2 545	1 233
355	2 502	1 183
370	2 435	1 005
396	2 021	1 167
305	2 203	973
106	1 385	644
137	1 721	581
		667

Für die Darstellung der Monatszahlen ist ein um das 12 fache vergrößerter Maßstab gewählt worden, um eine unmittelbare Vergleichung zu ermöglichen.

*) Jahresziffern von 1925 und 1926 noch nicht veröffentlicht. — Monatsziffern liegen nicht vor.

KAPITÄN Z. SEE GADOW:

DIE ERGEBNISSE DER ABRÜSTUNGS-VORKONFERENZ

I.

In einem vorausgegangenen Bericht*) waren die Studienergebnisse der militärischen und der gemischten Unterkommissionen der „Vorbereitenden Abrüstungskommission" in Genf behandelt worden. Die Tagungen dieser großen Unterkommissionen waren Ende 1926 beendigt und wurden nur noch durch diejenigen zweier Spezialkommissionen ergänzt, nämlich einer solchen von Sachverständigen für Zivilluftfahrt, in Brüssel im Februar 1927 und von Sachverständigen für Militärbudgets, in Paris und Genf, Anfang März. Mit Abschluß dieser Voruntersuchungen technischer Art war das Material vollständig, welches der politischen Hauptkommission als Unterlage für einen internationalen Vertragsentwurf zur Herbeiführung einer allgemeinen Abrüstung zu dienen hatte. Die Hauptkommission wurde daher zum 21. März 1927 nach Genf einberufen. Zuvor wurde jedoch noch versucht, einen nebenhergehenden Vertragsentwurf „zur Kontrolle der privaten Fabrikation von Waffen und Munition" zustande zu bringen. Dieser Vertrag ist als Fortsetzung der bereits 1925 abgeschlossenen „Konvention über den Waffenhandel" gedacht, der seit dem Tage seines Abschlusses, nur von drei Staaten — darunter Frankreich — ratifiziert, ein wenig beachtetes Dasein geführt hatte. Der systematische Zusammenhang zwischen den drei Begriffen Waffenhandel, Waffenfabrikation und Abrüstung liegt zutage. Ihre Rolle als Gegenstand wichtiger politischer Verhandlungen geht zurück auf die allgemeine Vorstellung, welche den Kreisen um Wilson entsprang, daß die Mengen und Arten der in der Welt vorhandenen materiellen Rüstungen zuerst beschränkt werden müßten, um dem Gedanken des dauernden Weltfriedens näherzukommen. Zweifellos ist der ganze Gedanke schief, wenn er überhaupt aufrichtig ist. Die Rüstungen sind selbstverständlich nur die Symptome vorhandener Gegensätze, die aus vielen Dingen entspringen, um nur die Wirtschafts- und Machtrivalität, die Raumnot und das physische Auf- und Absteigen der Völker zu nennen. Solche Begriffe liegen aber noch zu tief, um in Konferenzen von Staatsvertretern erörtert zu werden. Ihre freie Behandlung wird vorläufig nur der unabhängigen Literatur und Wissen-

*) Vgl. Geopolitik, Dezember 1926.



schaft, allenfalls auch Männern der praktischen Wirtschaft möglich sein (Weltwirtschaftskonferenz!), nicht aber politischen und militärischen Delegierten. Mit einem gewissen Recht hat sich daher die praktische Erörterung zunächst den realen Rüstungen zugewandt, weil in diesen, dort, wo das machtpolitische Gleichgewicht fehlt, immerhin der praktische Anreiz zu Friedensstörungen erblickt werden kann.

Um den ersten Gegenstand der diesjährigen Verhandlungen vorwegzunehmen, so lag der Kommission ein Vertragsentwurf für die Kontrolle der privaten Waffen- und Munitionsfabrikation vor. Gegen diese enge Fassung des Themas hatten sich bereits Belgien, Amerika u. a. erklärt und die Forderung erhoben, daß auch die Herstellung in den Staatsanlagen Gegenstand der öffentlichen Kontrolle sein müsse. Deutschland konnte dieser Auffassung nur zustimmen, und zwar aus dem besonderen Grunde, daß uns durch den Friedensvertrag jegliche staatliche Rüstungsfabrikation mit Ausnahme der Kriegsschiffe verwehrt ist. Eine Kontrolle der jährlich hergestellten Mengen und Arten würde also nur auf eine wirtschaftliche Bespitzelung unserer durch Jagd- und Handwaffen, sowie Sprengstoffe und Pulver immer noch an dritter Stelle stehenden Privatindustrie hinauslaufen, während die Masse der in den Staatsbetrieben der Mächte hergestellten eigentlichen Kriegsmittel unbekannt geblieben wäre. Andere in ähnlicher Lage befindliche Länder (wie Belgien) und wieder solche, die keinerlei eigene Rüstungsindustrie besitzen, hatten sich hierin zur Opposition zusammengefunden. Zum Erfolg hat diese Opposition gegen den Widerstand der großen Rüstungsmächte einstweilen nicht geführt; die Staatsproduktion bleibt unkontrolliert, so daß das Vorhaben als im Sinne des Friedensgedanken einstweilen als gescheitert anzusehen ist. Aus den sonstigen Bestimmungen des Vertragsentwurfs in seiner durchberatenen Gestalt ist zu erwähnen: Art. 1. Die Waffen und Rüstungen sind in 5 Kategorien eingeteilt, jedoch die 5. Kategorie „Pulver und Sprengstoffe" von der internationalen Kontrolle wieder befreit (Art. 7) gemäß deutschem Verlangen. Nach Art. 3 hat jede Waffenfabrikation der staatlichen Lizenzerteilung zu unterliegen, diese Lizenzen sind (Art. 4) nach Art und Umfang und Sitz der Fabrikation zu veröffentlichen, ferner ist (Art. 5) halbjährlich ein statistischer Nachweis der gefertigten Mengen bekanntzugeben. Für den Bau von Kriegsschiffen auf Privatwerften werden (Art. 6) die zu veröffentlichenden Angaben festgesetzt, wie im Vertrage von Washington, nämlich Kontraktabschluß, Stapellegung, Deplacement, Länge, Breite und Tiefgang (also ohne die militärischen Einzelheiten), ferner werden Bestimmungen für Außerkrafttreten des Vertrages im Kriegsfalle (Art. 9) und auf einjährige Kündigung (Art. 12) festgesetzt. In Art. 10 ist nicht vergessen, an die weiterhin bindenden Bestimmungen der mitteleuropäischen Friedensverträge zu erinnern, ferner wird die Möglichkeit einer Revision drei Jahre nach der Ratifikation und die Niederlegung der Urkunden bei der franzö-

sischen Regierung vorgesehen, um den nicht zum Völkerbund gehörenden Mächten die Teilnahme zu erleichtern, auch ein Zeichen der nicht zu leugnenden politischen Führerstellung Frankreichs, der sich selbst die größten anderen Mächte nicht versagen können.

In diesem Zustand geht der Entwurf an den Völkerbundsrat.

2.

Nach Betrachtung dieses Vorspiels, das übrigens für 4 Wochen durch die wichtigeren Verhandlungen der Hauptkommission unterbrochen und erst nach ihnen abgeschlossen wurde, wenden wir uns den Hauptverhandlungen über die Abrüstung zu.

Zu Beginn der Tagung saßen sich die politischen Delegierten, jeweils verstärkt durch ein stattliches Aufgebot von Offizieren der drei Hauptwaffen, einigermaßen verlegen gegenüber. Die Masse des von den Unterkommissionen gesammelten Materials zu den Rüstungsfragen bedrückte die Gemüter, und man kam aus den allgemeinen Redensarten und Komplimenten über die umfassenden, ja „enzyklopädischen" Vorarbeiten nicht eher heraus, als bis England einen fertigen Abrüstungsvertragsentwurf niederlegte. Dieser Schritt bewog Frankreich zur schleunigen, angeblich „improvisierten", aber dafür sehr eingehenden und durchdachten Nachahmung, und so sah die Konferenz sich alsbald zwei Entwürfen gegenüber, die in getreuer Weise die abweichenden macht- und militärpolitischen Auffassungen der beiden führenden Mächte wiederholten, wie sie in den sechsmonatigen Verhandlungen der Unterkommissionen bereits hervorgetreten waren. Der englische Entwurf war nur 1 ½ Seiten lang und hatte 5 Artikel. Er kam bezgl. der Seerüstungen unbekümmert auf seine alten Grundsätze zurück: Beschränkung nach Schiffskategorien, Maximalwerte für Einzeltonnage, Geschütze und Torpedorohre. Das Personal fehlte. Bei den Landrüstungen war das Material nicht erwähnt, bei den Luftrüstungen wurde versucht, nur die Heimatstreitkräfte der 1. Kampflinie der Beschränkung auszusetzen, und für das Inkrafttreten wurde die Ratifizierung durch die 6 Großmächte (einschl. Deutschlands) zur Bedingung gemacht. Ein Hinweis auf die Friedensverträge fehlte. Der französische Entwurf dagegen umfaßte 29 Artikel auf 6 ½ Seiten, dazu 3 Seiten Tabellen für die zahlenmäßigen Beschränkungen. Seine sonstigen Kennzeichen waren: Die Nichterwähnung der ausgebildeten Reserven an Personal und Material, Beschränkung der gesetzlichen Dienstzeit, die Festsetzung der Luftstreitkräfte, in Beziehung gesetzt zur Entwicklung der Zivilluftfahrt, die Beschränkung der Flotten nach Gesamttonnage, nicht nach Kategorien, die Beschränkung der Wehrmachtbudgets nach einem in der eingangs erwähnten Spezialkommission aufgestellten internationalen Schema, die Einrichtung einer „Ständigen Abrüstungskommission" in Genf, mit Befugnissen zur Sammlung von Material, Entgegennahme von Rüstungsbeschwer-



den und Veranstaltung von Untersuchungen an Ort und Stelle, sowie schließlich der Hinweis auf die voraufgegangenen bindenden Friedensverträge. Weitere Entwürfe lagen nicht vor.

In den nun folgenden Verhandlungen wiederholten sich wie gesagt die aus den Unterkommissionen bereits hinreichend bekannten Gegensätze und Argumente, teilweise verschärft durch das höhere politische Gewicht der Delegierten und das Näherkommen wichtiger Entscheidungen, jedoch auch beeinflußt durch die Empfindung eines gewissen Zwanges, daß dieses Mal ein halbwegs greifbares Resultat den Beratungen entspringen müsse. Der Kreis der handelnden Personen verengte sich hierbei einigermaßen; es traten neben den Vertretern der Großmächte namentlich noch Schweden, Holland und Belgien führend und fördernd hervor. Über die einzelnen Stadien der Aussprache sei hinweggegangen und alsbald das Ergebnis betrachtet, wie es in Gestalt eines Vertragsentwurfs „in erster Lesung" zum 25. April 1927 fertiggestellt wurde. Der belgische Berichterstatter wies darauf hin, daß eine Einigung in allen Punkten nicht erreicht, jedoch eine gewisse Flurbereinigung erfolgt sei. Die von der Mehrheit abweichenden Auffassungen sind nämlich sämtlich in dem Entwurf kenntlich gemacht.

Die Einleitung (franz. Herkunft) kommt zurück auf die Beziehungen zwischen der allgemeinen Sicherheit und einer Beschränkung der Rüstungen, erwähnt das Scheitern des Sicherheitspaktes von 1919 und des Genfer Protokolls (Mc Donald-Herriot) und spricht von einer ersten Etappe auf dem Wege der Abrüstung. Die englische Einleitung bezieht sich auf die Verminderung der Angriffsmöglichkeiten durch die Abrüstung und die schweren wirtschaftlichen Lasten durch die Rüstungen. Der deutsche Entwurf verweist auf den Art. 8 des Völkerbundvertrages, der die allgemeine Abrüstung und Vorgang der Mittelmächte vorschreibt. Allgemein wird gesagt, daß die erste Lesung anderen Entschlüssen nicht vorgreifen soll.

Der Vertragstext ist dann in 5 Kapitel eingeteilt, nämlich Einschränkungsbestimmungen für I. Personal, II. Material, III. Ausgaben, IV. Chemischen Krieg und dann V. Ausführungsbestimmungen. Alles sind einstweilen nur Rahmenbestimmungen ohne Zifferninhalt.

Unter Kapitel I wird ausgesprochen, daß das aktive Militärpersonal sowie dasjenige der „militärisch organisierten, ausgebildeten und ausgerüsteten Verbände" zahlenmäßig begrenzt werden soll, und zwar getrennt nach Mutterland und Kolonien. — Die italienischen Einwände gegen solche Trennung haben dazu geführt, auch das Maximum der im Mutterland zulässigen Heimat- und Kolonialtruppen festzulegen. Für das Marinepersonal wird gleichfalls die Höchstzahl begrenzt, was Amerika von dem Zustandekommen eines Abkommens über die Schiffe abhängig macht. England hat sich gefügt. Die Zahl der Berufssoldaten (Offiziere, Unteroffiziere und Kapitulanten) in den Heeren mit Dienstpflicht soll begrenzt werden.



Dann werden die „militärisch organisierten Verbände" definiert als solche, die auch militärisch ausgebildet und ausgerüstet sind, die Berechnungsweise der Kopfstärken erläutert und die Innehaltung der gesetzlich festgelegten Dienstzeit für jeden Staat vorgeschrieben. Deutschland erhebt gegen das ganze Kapitel grundsätzlichen Einwand, da die ausgebildeten Reserven nicht genannt sind, England macht hierzu einen abgeschwächten Vorbehalt und Amerika einen solchen bezgl. der Polizei.

Beim II. Kapitel (Material) fehlt das gelagerte Kriegsmaterial, wogegen Amerika und Deutschland Einspruch erheben; Japan und Italien beanstanden die Materialbegrenzung überhaupt. Der Vertrag sieht nur eine Begrenzung der Ausgaben für Beschaffung und Anfertigung von Kriegsmaterial vor, was offensichtlich im Interesse der wohlausgerüsteten Staaten liegen muß. Deutschand verlangt die ausdrückliche und wirksame Beschränkung des Materials im einzelnen nach 7 Gruppen, von den Handwaffen bis zum Panzerwagen. Die Seerüstungen sollen gegen den englischen Einspruch nach Gesamttonnage festgestellt werden, die entgegenkommenderweise in 4 Schiffsklassen (Linienschiffe, Flugzeugträger, Schiffe unter 10 000 t und Unterseefahrzeuge) eingeteilt wird, jedoch soll jedem Staat auf einjährige Voranzeige hin eine Umstellung in den 4 Klassen (z. B. von Linienschiffen auf Kreuzer und U-Boote!) gestattet sein. In der Luft wird die Höchstzahl und Gesamtmotorstärke der im Dienst befindlichen militärischen Flugzeuge sowie Gasinhalt und Motorstärke der Luftschiffe vorgeschlagen, unter Beziehung auf den gegenwärtigen Stand der Zivilluftfahrt. Deutschland verlangt die Einbeziehung des Reservematerials, England und Frankreich machen einen Vorbehalt im Interesse einer Unterscheidung swischen Luftstreitkräften in der Heimat und in Übersee. Deutschland protestiert weiter gegen jede Bezugnahme auf die Zivilluftfahrt. Ferner wird im Text zur Erwägung gestellt, zwischen Militär- und Zivilluftfahrt eine reinliche organisatorische und personelle Scheidung vorzusehen, von militärischen Bauvorschriften für Zivilflugzeuge und Subventionen für vorwiegend militärische Luftlinien abzusehen und die internationale Verständigung zwischen den Luftfahrtgesellschaften zu fördern. Die Militärbudgets (Kap. III) sollen zahlenmäßig begrenzt und die jährlichen Etatsabrechnungen veröffentlicht werden, beides nach gemeinsamem Schema, wogegen sich England, Italien, Japan, Amerika und Deutschland erklären, da eine solche Begrenzung auf einen Vergleich hinauskommt, der angesichts der großen Verschiedenheiten in Rohstoffbesitz, Industrieverhältnissen, Löhnen, Kaufkraft und anderem nicht zulässig ist. Der Chemische Krieg (Kap. IV) wird ebenso wie der bakteriologische verboten und Beschaffung, Fabrikation und Handel mit den betr. Substanzen untersagt.

Die Ausführungsbestimmungen endlich (Kap. V) sehen die beim französischen Entwurf bereits erwähnte Errichtung einer Ständigen Kommission vor (gegen deren Funktionen die Vereinigten Staaten sich endgültig und grundsätzlich er-



klären), welche genaue statistische Nachweise aller der Beschränkung unterworfenen Rüstungswerte sammeln soll, einschl. der Kriegsschiffbauten und jährlichen Ausgaben, die „Fortschritte der Abrüstung“ studieren, jährlich darüber berichten und Verfehlungen feststellen soll. — England will hierzu Handlungsfreiheit für alle Staaten „im Falle eines Krieges, eines Aufstandes, und mit Einverständnis des Völkerbundrats“. — Ferner wird das Verfahren bei Rüstungsbeschwerden eines Staates gegen einen anderen, und für die Vornahme von Untersuchungen an Ort und Stelle (nur franz. Vorschlag) sowie die Einzelheiten für die Ratifizierung geregelt. Für die östlichen an Rußland grenzenden Staaten wird das Bestehen „besonderer Umstände“ anerkannt, die Kündigungsfrist des Vertrages auf 2 Jahre festgesetzt und die Revisionsmöglichkeit erläutert. — Das ganze letzte Kapitel wimmelt von Gegenerklärungen und -vorschlägen.

3.

Eine Kritik dieses Vertragswerkes im ganzen wäre vielleicht verfrüht. Der deutsche Standpunkt ist bereits bei den einzelnen Positionen zur Geltung gekommen. Programmatisch ist der weitere Verlauf so gedacht, daß etwa im November d. J. zu einer zweiten Lesung geschritten werden soll, wobei dann eine weitere Annäherung der Ansichten erhofft wird. Inzwischen wird im Juni die von den Vereinigten Staaten einberufene Konferenz der drei Seemächte stattfinden, von der aber entgegen der amerikanischen Absicht eine stärkere Einwirkung auf den Stand der vorstehend geschilderten Gegensätze kaum zu erwarten ist. Die Vereinigten Staaten hatten mit ihrer Einladung beabsichtigt, durch die Fortführung der Abrüstung zur See einen Druck auf die kontinentalen, von Frankreich geführten Mächte ausüben zu können und dadurch die Abrüstung zu Lande zu beschleunigen. Hieraus wird voraussichtlich nicht viel werden, da Frankreich sich immermehr von Rücksichten dieser Art freizumachen verstanden hat und Amerikas Bemühungen mit Gleichgültigkeit betrachtet. Vielmehr könnte der Leidtragende bei der kommenden Seekonferenz nur England sein, gegen dessen Flotte, namentlich die Bestände an Kreuzern, sich Amerikas Bestrebungen zu richten scheinen. Als englischer Gegenzug ist daher wohl der bekannt gewordene Plan zu werten, auf dieser Konferenz mit ganz neuen Vorschlägen hervorzutreten, wie Herabsetzung der Linienschiffe auf 20000 t (bisher 35000 t nach dem Washington-Vertrag) und der Kreuzer auf 6000 t (bisher 10000 t). Möglicherweise wird aber England auch mit Hinweis auf die unvollkommen geförderte europäische Land- und Luftabrüstung weitere Angriffe gegen seine Seemacht abwehren können. Was jedenfalls Europa angeht, so ist die Lage unverändert die geblieben, daß der Vertragsentwurf in allen wesentlichen Punkten den Stempel der französischen Machtpolitik trägt. Die englisch-französischen Verhandlungskämpfe haben lediglich der Machtabgrenzung zwischen beiden Mächten dienen können und sind

sozusagen in der Stellung erstarrt oder versandelt, wobei England eher als der abgewiesene Angreifer erscheint. Wie bereits im Vorjahre zu erkennen war und hier festgestellt wurde, ist es Frankreich gelungen, gestützt auf seine immer noch wirksamen Bündnisse, den Plan der „Abrüstung" so zu gestalten, daß er sich mit den im neuen französischen Wehrgesetz vorgesehenen militär-politischen Reformen genau deckt und diese damit zum Modell der Abrüstung stempelt, und das in einem Moment, wo das Land seine Bevölkerung bis zum letzten Schulkind für den Krieg militarisiert und sich für Milliarden eine chinesische Mauer von der Maas bis zur Schweiz erbaut. Tatsächlich ist der ursprüngliche Begriff der Abrüstung (désarmement) in den Händen der Genfer Delegationen erst zu einer Herabsetzung (réduction) und dann zu einer Begrenzung (limitation), d. h. einfachen Festsetzung der gegenwärtigen militärischen Machtverhältnisse verwässert worden, ja gelegentlich, wie oben gezeigt, zur einfachen Anzeigepflicht (publicité) herabgesunken. Der Gedanke des Art. 8 der Völkerbundsatzung und der Einleitung zu Teil V des Friedensvertrages, der die deutsche Entwaffnung als Vorgang zur allgemeinen behandelt, stirbt dabei eines berechneten Todes. Dabei soll nicht verkannt werden, daß in einzelnen Teilen des Entwurfes Positives zur Abrüstung beigetragen wird, nur mit dem Vorbehalt, daß es ohne Ausnahme den in der Macht befindlichen Parteien zum ausschließlichen Vorteil gereicht. — Hiernach ist schwer zu ersehen, mit welcher Begründung die von dem französischen lückenlosen Erfolge berührten Staaten einem solchen politischen Machtinstrument ihre Zustimmung geben sollen.

ELEMÉR HANTOS:

PANEUROPÄISCHE VERKEHRSPROBLEME

Unter allen Kräften, die zu einer Expansion über das Gebiet der nationalen Volkswirtschaften hinausdrängen, steht die Kraft, internationale Verkehrsbeziehungen anzuknüpfen, an erster Stelle. Der Verkehr besitzt eine mächtige Stoßkraft, die mit unwiderstehlicher Gewalt alle Hemmnisse und Hindernisse, die Kleinmut und Eigenwille ihm entgegenstellen, beiseite zu schieben pflegt, um sich siegreich freie Bahn zu brechen. Der Verkehr verspricht deshalb den europäischen Völkern am allermeisten eine neue Zeit, weil er Hand in Hand mit der Technik sich entwickelt und daher die größte Zukunft hat. Während auf allen anderen Gebieten des menschlichen Schaffens etwas Ähnliches immer schon dagewesen ist, vermag der Verkehr in der Luft, auf der Erde, unter der Erde, auf dem Wasser, unter dem Wasser immer völlig Neuartiges, niemals Erwartetes, der erstaunten Menschheit darzubieten. Und wenn heute die Völker Europas sich nach



neuen Formen, nach neuen Feldern der Gemeinschaftsarbeit sehnen, so kann man ihnen keinen besser vorbereiteten und auch keinen fruchtbareren Boden weisen, als es das Gebiet des europäischen Verkehrs ist.

Die Vorbedingungen zu einem wirtschaftlichen Paneuropa sind auf dem Verkehrsgebiete infolge der bisherigen parallelen und vielfach übereinstimmenden Entwicklung der Verkehrsmittel in viel höherem Maße vorhanden, als dies bei der ins Auge gefaßten Vereinheitlichung des Zollwesens zutrifft. Es liegt daher nahe, auf dem Gebiete des Verkehrswesens die Verwirklichung jener innigen wirtschaftlichen Gemeinschaft zu suchen, die bei der Frage der Zolleinigung mehrfachen Schwierigkeiten begegnet. Man darf aber auch auf dem Gebiete des Verkehrswesens nicht die Zwischenstufen überspringen. Es ist erfreulich, daß die Vereinheitlichung auch ohne gegenseitige Abmachungen der Regierungen durch die den Verkehrsmitteln innewohnende Kraft vorwärtsschreitet.

Auch auf dem Verkehrsgebiete ist jedoch der Zusammenschluß nicht ohne Übergang, nicht ohne Zwischenstufen erreichbar. Wie die irdische Wirtschaft im allgemeinen, so steuert die Verkehrswirtschaft im besonderen der allumfassenden Vereinigung der Wirtschaftsbezirke der Erde in einer Weltwirtschaft zu. Wie aber die Schaffung der Weltwirtschaft, ja sogar die Schaffung von Erdteilwirtschaften gewisse Zwischenstufen nicht überspringen kann, so kann auch die Gemeinschaft im Weltverkehr gewisse Übergänge nicht entbehren.

Einzelnen Verkehrsmitteln kommt überhaupt keine universale Bedeutung zu, sie eignen sich nur zu lokalem oder zu regionalem Zusammenschluß, während die zwischenstaatliche Regelung anderer bereits so weit gediehen ist, daß sie sich zu Weltverkehrssystemen entwickelten. Die Linie zwischen dem, was für den Weltverkehr, für den Verkehr Europas als bindende Gemeinschaft zu gelten hat, und dem, was der autonomen Gestaltung einzelner Gebiete, wie beispielsweise Mitteleuropa, überlassen werden soll, ist nicht immer leicht zu ziehen.

Das Wirkungsfeld der Seeschiffahrt erstreckt sich auf die ganze Welt und erzeugt eben deshalb das dringende Bedürfnis gesamtweltlicher Regelung, was in den Forderungen nach der „Freiheit der Meere", der „Gleichberechtigung aller Schiffe in allen Häfen" zum Ausdruck kommt. Die Internationalität der Seeschiffahrt führt zu ihrer Widerstandsfähigkeit gegenüber Staatseingriffen, die durch einfachen Flaggenwechsel leicht umgangen werden können. Auf dem Gebiete des Post- und Telegraphenwesens ist ebenfalls eine weltumfassende völkerrechtliche Einigung geschaffen, wie sie bisher in keinem anderen Zweige des internationalen Völkerlebens erreicht worden ist. Einheit des Verkehrsgebietes, volle Freiheit und möglichste Billigkeit des Transits, Einheit der Gebühren, diese Ideale aller Verkehrsorganisationen haben sich im Weltpostverein Anerkennung zu schaffen vermocht. Seeschiffahrt und Postverkehr sind schon heute weit über die Grenzen Europas hinaus einheitlich geregelt, eine paneuropäische Ausgestal-

tung dieses Verkehrs kommt nicht in Betracht. Dagegen harren Luftverkehr, Fernsprechverkehr und Eisenbahnverkehr noch einer gesamteuropäischen Lösung.

1. Der paneuropäische Luftverkehr

Europas engmaschiges Netz politischer Einheiten schließt einen innerstaatlichen Luftverkehr von irgendwelcher Bedeutung aus. Andererseits ist der gegenwärtige Stand des internationalen Luftverkehrs noch entfernt davon, um an einen Weltluftverkehr denken zu können. So entstand das Bemühen, aus den Anfängen des europäischen Luftverkehrs einen gesamteuropäischen Luftverkehr erstehen zu lassen. Mit der Organisierung des Luftverkehrs in Europa soll Anfang gemacht werden. Der Luftverkehr darf ja als ein Kind Europas angesprochen werden, und auch die künftige Ausdehnung des Luftverkehrs über die anderen Kontinente wird die Stellung Europas als bleibendem Zentrum der Expansion des Weltluftverkehrs kaum erschüttern.

Wenn trotz der allgemein erkannten Notwendigkeit des gesamteuropäischen Luftverkehrs dieser noch in seinen Anfängen liegt, so ist es deshalb, weil der Luftverkehr noch allzusehr beschwert ist durch die allgemeine Nachkriegsatmosphäre Europas. Die luftpolitischen Erschwerungen der Friedensverträge sind noch teilweise in Geltung. Die Friedensverträge brachten für die Besiegten außer dem Verbot der miltärischen Luftfahrt eine Reihe von Erschwerungen für die Handelsluftfahrt. Das Londoner Ultimatum vom 5. Mai 1925 an Deutschland ging noch weiter, indem es selbst den bis dahin uneingeschränkt zugelassenen Bau von Zivilflugzeugen unterband. Die Note der Botschafterkonferenz vom 24. Jnni 1925 hätte die von Deutschland beanstandeten Begriffsbestimmungen („Militärische Luftfahrt", „Zivile Luftfahrt") den Fortschritten des Flugwesens anzupassen gehabt, hat aber die Zugeständnisse auf diesem Gebiet (Hinaufsetzung der Geschwindigkeit und der Tragfähigkeit) durch eine Reihe neuer Hemmungen (Beschränkung des Motorbaues, Erhöhung der Gipfelhöhe) überkompensiert.

Die Entwicklung des europäischen Luftverkehrs ist erst Ende 1925 an einem Wendepunkte angelangt. Man erkannte, daß der Geist der Friedensverträge aufgegeben werden muß, um zur Einheit des paneuropäischen Verkehrs gelangen zu können.

Die konzernmäßige Zusammenarbeit selbständiger Luftverkehrsgesellschaften verschiedener Staaten in einer zwischenstaatlichen Verkehrsunion schuf zuerst den Grundstock der Trans-Europa-Union, aus der wieder die Europa-Union hervorwuchs, die eine betriebstechnische Einheit für die Weiterarbeit darstellt. Die Luftverkehrskonferenz, die 1925 zu Stockholm tagte, einigte sich über die Errichtung eines ständigen Büros für die Gemeinschaftsarbeit der luftverkehrtreibenden europäischen Völker. Aus der Gesamtsituation des europäischen Luft-



verkehrs entspringt die Tendenz zur Beseitigung der Luftbarrikaden in Europa. Die bisherige Hemmungspolitik hat nicht nur die Besiegten, sondern auch die übrigen Nationen geschädigt und sie aus wesentlichen Teilen des europäischen Luftverkehrs ausgeschlossen, da der größte Teil der europäischen Luftlinien über Mitteleuropa führt. Eine europäische Kooperation setzt das Verständnis für die Tatsache voraus, daß nicht der Luftkrieg, sondern der Luftverkehr die zentrale Aufgabe ist. Gegenüber der Gemeinsamkeit der Verkehrsinteressen sollen die gegensätzlichen politischen Interessen zurücktreten.

2. Der paneuropäische Fernsprechverkehr

Als eine der wichtigen Aufgaben zur wirtschaftlichen Gesundung unseres Erdteils wird die Schaffung eines paneuropäischen Fernsprechnetzes angesehen. Das europäische Fernkabelnetz hätte alle Gebiete Europas durch den Ausbau der Kabelanlagen miteinander in Verbindung zu bringen. Das Ziel ist in Europa durch ein oberirdisches Leitungsnetz wegen der vielen Störungen, denen diese Leitungen ausgesetzt sind, nicht zu erreichen. Dazu kommt die Unmöglichkeit, in den verkehrsdichten Gebieten überhaupt neue Leitungen in der erforderlichen Menge durchzuführen. Ein gutfunktionierender Schnellnachrichtenverkehr wäre nur durch den Ausbau des europäischen Kabelnetzes zu sichern, das unabhängig von Witterungseinflüssen und sonstigen, den oberirdischen Leitungen eigentümlichen Störungen die Schnelligkeit und Zuverläßlichkeit der Beförderung gewährleistet.

Die Gesamtausdehnung der für den Ausbau des europäischen Netzes erforderlichen Kabellinien ist schätzungsweise mit 24000 km angegeben, davon waren Ende 1925 rund 14000 km Fernkabellinien fertiggestellt, und zwar 5000 km in Deutschland, 4000 km in England und 5000 km in den übrigen europäischen Staaten. Die technischen Kräfte, die noch fehlenden Teile des europäischen Fernkabelnetzes binnen einem Jahrzehnt herzustellen, sind bei zweckmäßiger Ausnützung vorhanden. Außer den technischen Erfordernissen handelt es sich aber um die nicht minder wichtigen Fragen des Betriebes, der Organisation und — last not least — um die Finanzierung, die für die Bewältigung der Aufgabe von entscheidender Bedeutung ist.

Die einheitlichen technischen Bedingungen für den Bau und den Betrieb der Anlagen des Fernsprechweitverkehrs in Europa zu schaffen, ist der Beratende internationale Ausschuß für den Fernsprechweitverkehr. Dieses Komitee setzt sich aus Sachverständigen der Fernsprechverwaltungen zusammen und hat zur Aufgabe die Untersuchungen der technischen und betrieblichen Fragen des internationalen Fernsprechweitverkehrs, die Sammlung aller Unterlagen, deren es für diese Untersuchungen bedarf und die Aufstellung von Richtlinien für diese Fragen. Die beteiligten Sachverständigen haben sich schon bisher über alle wesentlichen Vorschriften für den Bau der zwischenstaatlichen Fernsprechanlagen ge-

einigt, womit die Grundlage für die notwendige Einheitlichkeit der Bauausführungen gegeben ist.

Weniger günstig steht die Sache um die Beschaffung der notwendigen Geldmittel und die Behandlung der Verkehrs- und Tariffragen. Einige Staaten haben trotz ihrer schweren Finanzlage bedeutende Summen für den Bau von Fernkabeln ausgesetzt. Da aber die im allgemeinen Interesse benötigten Anlagen in mehreren Ländern zu hohe Anforderungen an die Finanzverwaltungen stellen, würde eine auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage aufgebaute „Finanzgemeinschaft der europäischen Fernsprechverwaltungen" nur zu begrüßen sein. Eine solche Finanzgemeinschaft ist aber nur denkbar, wenn der paneuropäische Fernsprechdienst auch in verkehrs- und tarifpolitischer Beziehung zusammengefaßt und einheitlich geregelt werden könnte. Die Verkehrs- und Tariffragen gehören heute zu dem Arbeitsgebiet des Welttelegraphenvereins mit der Zentrale in Bern. Da aber dieselben Verwaltungen, die dem Internationalen Ausschuß angehören, auch im Welttelegraphenverein vertreten sind, erschiene es zweckmäßig, das gesamte Gebiet des europäischen Fernsprechwesens unter Abzweigung der einschlägigen Arbeitsgebiete vom Aufgabenreich des Welttelegraphenvereins zur ausschließlichen Bearbeitung auf den internationalen Ausschuß zu übertragen.

Diesem Vorschlage gemäß hätten die europäischen Länder, und zwar zunächst diejenigen, deren Netze sich für den internationalen Verkehr eignen und deshalb zusammengeschlossen werden können, einen europäischen Fernsprechverband zu bilden. Der europäische Fernsprechverband erläßt die für alle Mitglieder bindenden Vorschriften für den Bau und den Betrieb der zum internationalen Netz gehörenden Anlagen und überwacht deren Ausführung. Seine Satzungen lehnen sich an die des internationalen Eisenbahnverbandes an. Soweit Länder nicht imstande sind, die für den internationalen Verkehr benötigten Anlagen selbst zu schaffen, wird die Finanzierung von einer zu diesem Zwecke zu bildenden „Finanzgemeinschaft europäischer Fernsprechverwaltungen" übernommen. Die Entwicklung der Verhältnisse wird zeigen, ob dieser Weg zum Ziele führt, aber es ist schon als bedeutender Fortschritt zu werten, daß ein Anfang auf dem Wege gemacht wurde*).

Daß für die Verbreitung des Fernsprechers in unserem Erdteile, besonders aber in einzelnen Staaten Mitteleuropas, noch ein weiter Spielraum besteht, geht aus der jüngsten Weltfernsprechstatistik hervor, die uns vom 1. Januar 1925 zur Verfügung steht. Darin fällt vor allem der große Anteil der Vereinigten Staaten am Fernsprechverkehr auf. Auf rund 7 Personen kommt dort bereits ein Fernsprecher, während bei uns auf 100 einer entfällt. In Europa genießt Dänemark den Vorzug größter Verbreitung des Fernsprechers; aber erst auf reichlich 11 Per-

*) Näheres über den Zusammenschluß der europäischen Fernsprechnetze siehe in den Schriften sowie in der Zeitschrift P. Crämers „Europäischer Fernsprechdienst", Berlin, Jg. 1922—1927.



sonen entfällt hier ein Apparat. Im Deutschen Reiche, das hinsichtlich der Verbreitung des Fernsprechers an fünfter Selle in Europa steht, erst auf je 25 Personen ein Fernsprechanschluß. Die Verbreitung des Fernsprechers weist in Mitteleuropa folgende Reihenfolge auf: Auf je 100 Bewohner entfallen in Deutschland 3,9, in Österreich 2,2, in Ungarn 1,0, in der Tschechoslowakei 0,8, in Polen 0,4, in Rumänien nnd Jugoslavien 0,2 Sprechstellen. Der große Vorsprung, den in der Verbreitung des Fernsprechers die die skandinavischen Länder haben, lehrt, daß man im mitteleuropäischen Fernsprechwesen fast überall noch in den Anfängen einer aussichtsvollen Entwicklung steht.

3. Der paneuropäische Eisenbahnverkehr

Wenn wir uns dem derzeit noch hauptsächlich in Betracht kommenden Verkehrsmittel für Personen- und Güterbeförderung, der Eisenbahn zuwenden, so finden wir, daß die gesamteuropäische Ausgestaltung derselben zwar manches zu wünschen läßt, die Entwicklung zur Erleichterung und Förderung des gegenseitigen Verkehrs aber durch zahlreiche internationale Abkommen gewährleistet wird.

Den verhängnisvollen Einfluß, den der Krieg auf die zwischenstaatlichen Verkehrsbeziehungen ausübte, gelang es zunächst auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens abzuschwächen oder ganz auszuschalten. Der paneuropäische Eisenbahnverkehr kann vielmehr seit dem Weltkriege in mancher Hinsicht Fortschritte aufweisen. Das Berner Internationale Übereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890 hat nicht nur die Stürme des Weltkrieges überstanden, es hat nach dem Kriege eine Renaissance erlebt. Auf Grund der Friedensverträge wurde eine Revision des internationalen Übereinkommens vorgenommen, die zu zwei neuen Übereinkommen führte. Das erste Übereinkommen betrifft den internationalen Personen- und Gepäckverkehr (I. Ü. P.), das andere den internationalen Güterverkehr (I. Ü. G.). Die beiden Übereinkommen beziehen sich nicht allein auf Eisenbahnen, sondern können auch auf anschließende Schiffahrtslinien und Automobillinien ausgedehnt werden. Für die Eisenbahnen besteht die gesetzliche Verpflichtung, alle mit einem internationalen Frachtbrief aufgegebenen Gütersendungen nach jeder Station eines anderen Vertragsstaates zu befördern (sog. Zwangsgemeinschaft). Im Personen- und Gepäckverkehr bezieht sich dieser Zwang nur auf Strecken, für die direkte Fahrkarten aufgelegt sind.

Alle internationalen Abkommen der Nachkriegszeit sowie die Ausgestaltung des Völkerbundkomitees für Verkehr und Transit wurden auf Wunsch der Konferenz von Genua (3. Mai 1922) ergänzt durch die Einsetzung einer dauernden Organisation zur Vereinheitlichung und Verbesserung der Verkehrs- und Betriebseinrichtungen der Eisenbahnen im internationalen Verkehr. Die Organisation wurde dem bewährten Muster des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen nachgebildet



und nahm am 1. Dezember 1922 unter dem Titel Internationaler Eisenbahnverband ihre Tätigkeit auf. Die Satzung des Vereins gibt als Zweck an, „im internationalen Verkehr die Bedingungen für die Anlage und den Betrieb der Eisenbahnen zu vereinheitlichen und zu verbessern". Das Organ des Vereins ist die alle fünf Jahre zusammentretende Generalversammlung, die eigentliche Arbeit wird von fünf dauernden Ausschüssen geleistet. Der Sitz des geschäftsführenden Ausschusses ist Paris. Dem Verein gehören nicht nur alle europäischen — einschließlich der großbritannischen und russischen —, sondern auch die orientalischen, die chinesischen und japanischen Eisenbahnen an. Das Verbandsgebiet umfaßt ein Netz von mehr als 330 000 km Eisenbahnen. Die russischen Bahnen mit über 72 000 km nehmen darin die erste Stelle ein, dann kommt Deutschland mit über 52 000 km der Reichsbahn, an dritter Stelle Frankreich mit 41 000 km. Der teilweise auf deutschen Gebieten arbeitende, seit 80 Jahren wirkende Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen besteht weiter fort, es ist bei der Gründung des neuen Vereins ausdrücklich betont worden, daß der alte seine Selbständigkeit auch weiterhin bewahren soll.

Für die Regelung und Förderung des internationalen Eisenbahnverkehrs ist von größter Bedeutung die Konvention über das internationale Eisenbahnregime, die auf der zweiten vom Völkerbund veranstalteten allgemeinen Verkehrskonferenz im November 1923 in Genf zustandegekommen ist. Die Konvention hat sich zum Ziele gesetzt, im Sinne der Statuten des Völkerbunds die Entwicklung der internationalen Kooperation auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zu erleichtern und hierbei den Grundsatz des traitement équitable du commerce zur Geltung zu bringen. Dieses Ziel kann dem Wortlaute der Konvention gemäß praktisch und konkret am ausgiebigsten durch besondere Übereinkommen erzielt werden. Die allgemeine Eisenbahnkonvention soll jedoch dazu dienen, den Abschluß solcher Sonderübereinkommen in Hinkunft tunlichst zu fördern und den Grundsätzen, die mittels dieser Sonderabkommen zwischen den einzelnen Staaten oder Eisenbahnverwaltungen schon gelten, die weiteste Anwendung auf breitester Basis zu sichern. Die Konvention bezieht sich auf alle Gebiete des Eisenbahndienstes, während die früheren zwischenstaatlichen Übereinkommen nur bestimmte Abschnitte regelten.

Wenn man die Neuordnung des europäischen Eisenbahnverkehrs in der Nachkriegszeit ins Auge faßt, so kann man sich angesichts der zahlreichen Zentralen und Institutionen nicht des Eindruckes erwehren, daß die vielen Köche den Brei verderben könnten. Neben dem alten Zentralamt für den internationalen Eisenbahntransport in Bern besteht das neue Komitee des Völkerbundes für Verkehr und Transit und parallel mit dem 80 jährigen Verein Deutscher Eisenbahnverwaltungen ist der neugegründete Internationale Eisenbahnverband tätig. Der Wagen des europäischen Verkehrs wird dadurch nach verschiedenen Richtungen gezogen und nicht selten auch mit außereuropäischen Interessen bepackt. Die



internationalen Organe greifen bald auf andere Kontinente hinüber, bald umfassen sie nur einen Teil Europas. Wünschenswert wäre es, wenn die großen internationalen Instutitionen wie Völkerbund, Internationaler Eisenbahnverband für die mit den übrigen Erdteilen nicht immer kongruenten europäischen Interessen innerhalb der bestehenden Rahmen selbständige Sektionen unterhalten würden.

Die Entwicklung des europäischen Eisenbahnverkehrs kann an den Grenzen des heutigen Bereichs nicht haltmachen. Man muß mit der Möglichkeit und Notwendigkeit rechnen, auch Sowjetrußland in den europäischen Güteraustausch einzubeziehen. Es ist festgestellt worden, daß es nicht nötig ist, zur Überwindung des Unterschieds zwischen russischer und normaler Spur, deren Grenze jetzt auf lettischem Gebiet an der Düna liegt, andere Wagen zu benützen, vielmehr hat es sich als möglich erwiesen, alle breitspurigen Wagen ohne Bremse durch Abnehmen von ihren Achsen und Setzen auf Achsen, deren Räder auf Normalspurweite zusammengepreßt sind, auf diese übergehen zu lassen. Ebenso ist es grundsätzlich auch schon festgestellt, daß es technisch keinen großen Schwierigkeiten begegnen wird, normalspurige Wagen zu bauen, deren Umsetzung auf Breitspurachsen in wenigen Minuten möglich ist. Eine weitere Ausbreitungsmöglichkeit des bisherigen europäischen Eisenbahngebiets ergibt sich aus der Tatsache, daß seit 1924 zwischen England und Belgien ein Fahrverkehr von Harwich nach Zeebrügge zur Überführung von Güterwagen eingerichtet ist. Die Einbeziehung Englands und Sowjetrußlands in die internationalen Übereinkommen des Eisenbahnwesens würde durch solidarische Wirtschaftsinteressen die friedliche Verbindung der europäischen Völker stärken.

Die Bestrebungen in der europäischen Verkehrspolitik zusammenfassend, kommt man zum Ergebnis, daß auch das Verkehrswesen wie alle unsere zukunftsgestaltenden Interessen auf das eine Grundproblem hinweist, auf die wirtschaftliche Zusammenfassung der europäischen Staaten in eine höhere Einheit. Im gleichen Schritt mit der Förderung dieses Zieles werden eine Menge der heutigen Lasten und Opfer von uns fallen. Die Förderung selbst ist durch gemeinsame Institutionen und gegenseitige Abmachungen möglich, für die der Boden auf dem Gebiete des Verkehrs seit langem fruchtbar gemacht wurde.

Europa ist zu klein an Gebiet und an Menschenzahl, um für die verschiedenen Verkehrsmittel als Tummelplatz gegenseitiger Bekämpfung dienen zu können. Europa ist aber auch zu groß an technischem Können und organisatorischen Kräften, um diese Energien durch die zu Recht bestehende Absperrungspolitik verdorren zu lassen.

Paul Wentzcke:

DREI „BRÜCKENKÖPFE" AM RHEIN

In Zeiten tiefster deutscher Ohnmacht hatte die Rheinpolitik Kardinal Richelieus und Ludwigs XIV. zunächst nur am Oberrhein die angeblich „natürliche Grenze" des französischen Staates erreicht. Ein geopolitischer Zwang trieb zugleich Staatsmänner und Feldherren über den Strom hinaus. Brückenköpfe mußten den Weg ins Herz des alten Reiches offen halten und den überwiegenden Einfluß Frankreichs auf das Schicksal Mitteleuropas sichern. Den wichtigsten Übergang deckte damals die Festung Breisach, in den Nöten des Dreißigjährigen Krieges der „Schlüssel" und das „Ruhekissen" des Heiligen Römischen Reiches. Von hier aus führten nach den strategischen und politischen Anschauungen der Zeit die bequemsten Straßen über den Schwarzwald nach München und Wien. Die süddeutschen Staaten der Wittelsbacher und Habsburger aber bildeten nach wie vor den Rückhalt der Nation. Soweit es in den Händeln und in der Wirtschaftspolitik der Welt als selbständiges Glied noch galt, war Deutschlands Mittelpunkt hier zu suchen. In den nächsten fünf Menschenaltern erst verschob sich das Schwergewicht von Süden nach Norden: Neben Österreich trat als zweite deutsche Großmacht Preußen in den Kreis der europäischen Mächte. Als wichtigster Übergang galt den Heeren der französischen Revolution nunmehr Mainz, das den großen Heerweg nach Mitteldeutschland deckte, in feindlicher Hand Nord- und Süddeutschland gleichmäßig bedrohte. Nach den Erfolgen, die Friedrich der Große in siebenjährigem Kampfe errungen hatte, mußte auch die allgemeine Politik der Höfe den strategischen Rücksichten den Vorrang vor den diplomatischen Winkelzügen des 17. Jahrhunderts geben. Mainz war und ist in diesem Sinn die Schicksalsstadt eines deutschen Reiches, das Nord- und Süddeutschland zu umfassen und zu einheitlicher Macht nach außen hin zu vereinigen sucht. Wiederum aber verschob das 19. Jahrhundert das Schwergewicht weiter rheinabwärts. Neben die diplomatischen und strategischen Erwägungen trat der Zwang einer fein verästelten Wirtschaft. Seit der Jahrhundertwende etwa stellte jeder neue Vorstoß von Westen her auch diese Gedankengänge in seine Rechnung ein. Neben dem Ober- und Mittelrhein erhielten die großen Verkehrsstraßen des Niederrheins neue Bedeutung. In den Plänen, die die Grundzüge eines künftigen Weltkriegs seit langem vorsahen und vorbereiteten, nahm die Besetzung des Ruhrgebiets und die Vernichtung der hier gesammelten deutschen Wirtschaftskraft von Jahr zu Jahr größeren Raum ein. Der sieglose Anfang des Weltkrieges und der eigene Kampf um das Dasein nur drängte die neue Erwägung zurück.

Mit dem Rückgewinn des Elsasses war am 11. November 1918 erst der Oberrhein „gesichert". Die willkürliche Besetzung des Kehler Brückenkopfes, die im



Januar 1919 sogar den eben beschlossenen Waffenstillstand durchbrach, störte darüber hinaus den Durchgangsverkehr und damit die Wirtschaftsverbindung auch jenseits des Stroms. Wichtiger wurde die Besetzung von Mainz und Koblenz, die von vornherein einen stattlichen Sicherungsabschnitt jenseits der angeblich so heiß ersehnten „Grenze der Zivilisation“ umfaßte. Der Niederrhein aber unterhalb des von den Briten beanspruchten Kölner Brückenkopfes blieb frei, langsam erst trat in die „historische Rheinpolitik“ der Gelehrten und Staatsmänner ein neuer Zug. Die Führer der französischen Wirtschaft und insbesondere der Schwerindustrie, der seit vier Jahrzehnten die enge Verbindung von Lothringer Minette und Ruhrkohle zur Grundlage ihrer Arbeit geworden war, stellten neben den „Sicherungs“gedanken mit der gleichen Begründung die Forderung der „Entschädigung“, der Reparationen und Sanktionen auf rein wirtschaftlichem Gebiet.

Die „Friedensbedingungen“ des Ministerpräsidenten Aristide Briand noch hatten sich im Weltkriege selbst mit der Forderung eines „autonomen Rheinstaates“ auf dem linken Ufer des Stroms begnügt. Amtlich verlangte erst Louis Loucheur, der sich als Vertreter der französischen Schwerindustrie im Ministerium fühlte, im Februar 1919 zur Ergänzung der militärischen Entwaffnung Deutschlands die schärfste Aufsicht über die deutsche Industrie, um auch „die Erzeugung neuer Kriegswaffen“ zu verhindern. Insbesondere sollten sich die Verbündeten die unbedingte Überwachung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, des wichtigsten deutschen Wirtschaftskerns, durch militärische Besetzung sichern, „Essen und die hauptsächlichsten Kruppschen Betriebe, den größeren Teil der rheinisch-westfälischen Kohlenfelder und die von diesen abhängigen Metallindustrien“ umfassen. Wie stark solche Äußerungen damals noch der Meinung der Welt widersprachen, zeigt die Antwort Präsident Wilsons, der Loucheurs Leitsätze kurzweg als ein Programm der Panik bezeichnete. Am Vorabend des „Friedensschlusses“ selbst erst, als die Staatsmänner der alliierten und assoziierten Mächte in einem Gemisch von Besorgnis und Schadenfreude die deutsche Entscheidung auf ihr Diktat erwarteten, konnte Clemenceau persönlich die Besetzung von Essen fordern. Unvergessen sind die Tage, als sich damals zum erstenmal vor Düsseldorf und Duisburg jenseits des Rheins französische und belgische Truppen zu neuem Vorstoß sammelten, unvergessen der Anblick der schweren britischen Batterien, die bei Solingen eingebaut wurden, um von hier aus Remscheid und die anderen Kernpunkte der unangenehm rührigen Kleineisenindustrie des Bergischen Landes bei erneutem Widerstand Deutschlands zu vernichten! Die Unterzeichnung des „Vertrags“ im Spiegelsaal von Versailles endete den Spuk, und allzu schnell vergaßen die Deutschen unter den drängenden Sorgen des Friedens auch am Niederrhein die Drohung.

Ein halbes Jahr etwa, so dürfen wir heute die sich drängenden Ereignisse scheiden, blieb von Juli 1919 bis Anfang 1920 die „friedliche Durchdringung“

des linken Rheinufers das erste und wichtigste Ziel des französisch-belgischen Strebens. Dann erst begann in der „öffentlichen Meinung" ein zweiter Umschwung. Die Wirtschaftsnot der „Siegerstaaten", die die Rüstungsarbeiten für das eigene Heer und für die Heere der neuen Vasallenstaaten im Osten sowie der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich zeitweise zurückgedrängt hatten, erhob auch in Paris ihr Haupt. Auf ein Zeichen von oben erörterte man die notwendig werdende Verlängerung der Besatzungsfrist und forderte aufs neue die Einbeziehung des Ruhrreviers in das seit Ende 1918 besetzte rheinische Gebiet. Die schweren sozialen und politischen Unruhen, die der Kapp-Putsch in Deutschland Mitte März 1920 auslöste, der unselige „Abwehrstreik" stärkte, gaben willkommenen Anlaß zum Angriff. Als „Strafmaßnahme", weil das Einrücken der Reichswehr in die „neutrale Zone" und ihr Kampf gegen den „Roten Schrecken" in Essen, Duisburg und Düsseldorf den Versailler „Vertrag" verletzt habe, brachen französische Truppen in den Maingau ein. Die alte Rheinpolitik, die einst von M a i n z aus das alte Reich aus den Angeln gehoben hatte, lebte auf, denn immer noch deckte Frankfurt die wichtigsten Klammern zwischen Ober- und Niederdeutschland; zugleich aber setzten sich die Machthaber ein zweites, größeres und moderneres Ziel. Am 10. April forderten französische Generäle in Mainz, weit über die amtlichen Denkschriften der Pariser Friedenskonferenz hinaus, „denjenigen Teil des rechten Rheinufers, der Frankfurt am Main und Umgegend, das Ruhrgebiet und die Düsseldorfer Industrie umfasse", für den von Frankreich besetzten, wirtschaftlich und politisch verwalteten rheinischen Pufferstaat! Rumpfdeutschland, so meinte man, könne dann leicht in fünf bis sechs Bundesrepubliken zerlegt werden, die auf alle Fälle die französische Herrschaft nicht zu stören vermöchten. „Im Bunde mit dem schwer zerstörten Belgien können wir auf Grund verschiedener Paragraphen des Friedensvertrages einmarschieren und uns festsetzen." Mit Frankfurt sei der rechte Flügel der Rheinstellung bereits in französischer Hand, neue Unruhen im Ruhrgebiet böten auch im Norden die Möglichkeit des Einmarsches: „Die Mitte fällt uns dann gegenüber dem englischen und amerikanischen Abschnitt wie aus einer Zange von selbst zu und damit wäre die rheinische Republik geschaffen, aber auf beiden Ufern des Rheins!"

Der schnelle Erfolg der Reichswehr im Ruhrgebiet nur und die innere Auflösung der „Roten Armee" haben die Weiterentwicklung dieser alt-neuen Entwürfe verhindert. Das entscheidende Wort aber war gefallen. Immer wieder seitdem nahm es die französische Presse auf. In den amtlichen Noten und Verhandlungen der Regierung bezeichnete es seit dem Herbst 1920 das nächste Ziel der französischen Politik, die die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft über Mitteleuropa sowie die strategische Sicherung als Glieder e i n e r Kette betrachtete.



Die Hoffnung auf die Zertrümmerung der politischen Einheit des Reiches freilich mußte nach den Mißerfolgen von Frankfurt zurücktreten. Um so stärker setzte sich das Verlangen nach ausreichender und dauernder „Entschädigung“ durch den besiegten deutschen Gegner durch. Wie das linke Rheinufer seit Jahrhunderten die fleischgewordene Verkörperung des politischen Ehrgeizes der Nation war, sammelten sich jetzt alle Wünsche und Hoffnungen auf Wiederbelebung von Industrie und Verkehr, von Handel und Gewerbe und nicht zuletzt auf die Stützung der Kriegsanleihen und Renten in einer neuen Forderung: Die Besetzung des deutschen Ruhrgebietes sollte der französischen Wirtschaft Gewähr sein für die restlose Durchführung aller Leistungen, die im Grunde auch im Frieden die künstliche Überhöhung und Blüte der Kriegsindustrie ermöglichen sollten. Deutlich glaubte General Allen, der amerikanische Vertreter in Koblenz, in seiner Unterredung mit General Degoutte wie mit dem Oberkommissar Tirard herauszufühlen, daß bei beiden „militärische, politische und wirtschaftliche Gründe die Besetzung des Ruhrgebietes als dauernde Schwächung Preußens und des Reiches forderten“. Unmittelbar nach Abschluß der Konferenz von Spa, auf der zum erstenmal deutsche Vertreter vor den versammelten Machthabern der Gegenseite sprechen durften, arbeitete der französische Oberbefehlshaber eifrig die Pläne für einen neuen Vormarsch aus. Während sich Amerika versagte, unterstützte Großbritannien diese Einstellung. Nach dem frühen Verzicht Paul Dechanels nahm der neue Präsident der Republik Alexandre Millerand die Pläne und Wünsche seines Freundes Poincaré auf, der nun als Senator und als Schriftsteller eifriger denn je die Asche der Revanche zu glühender Flamme entfachte. Ende Dezember 1920 wußte auch die deutsche Presse zu melden, daß Lloyd George der Besetzung des Ruhrgebiets zustimmen werde, wenn Deutschland den Entwaffnungsforderungen der Verbündeten nicht nachkomme. Neue amtliche Noten aus Paris leiteten die Entscheidung ein.

Noch immer aber war der Vormarsch an den Niederrhein in den strategischen Plänen Marschall Fochs, soweit wir heute sehen, aufs engste mit einer Wiederholung des Frankfurter Abenteuers verbunden! In den gleichen Tagen, da der Stoß ins Ruhrrevier Preußen ins Herz seiner Wirtschaft traf, sollte ein zweiter Schlag Bayern in der Mainlinie bis Bayreuth hinauf von Norddeutschland trennen und zur Befolgung einer „eigenen“ Politik nötigen. Die geplante Zollinie zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem Rheintal, die im März 1921 in der Tat aufgerichtet wurde, sollte nach den hochfliegenden Wünschen der Pariser Führer nicht nur wirtschaftlichen Nutzen bringen, sondern vor allem „das Rheinland dem preußischen Einfluß entziehen“. Man muß in Deutschland, so klingen die alten Lockungen auf, „alle partikularistischen Bewegungen gegen die preußische Hegemonie unterstützen, die endgültige Zerstückelung des Reiches vorbereiten und erzwingen.“ Schweizer Blätter befürchteten von den neuen Beschlüssen, in denen

Großbritannien und Frankreich die Vollendung des Versailler Diktats sahen, die „Ottomanisierung Deutschlands", eine „europäische Schmach": „Ein großes Land werde balkanisiert, ein Land, das hohe Aufgaben vollende und dem hohe Aufgaben winken."

In dieser Lage schob der deutsche Außenminister Dr. Simons bekanntlich die Kohlenlieferungen in den Vordergrund und umging in den Londoner Verhandlungen Anfang März 1921 die politischen Folgerungen, die man in Paris bereits zog. Vergebens aber bot er Leistungen, die ein ehrlicher Wille zur Verständigung annehmen konnte und annehmen mußte. Alle Vorschläge, in denen Deutschland zum erstenmal das Weltproblem der Kohlenerzeugung und Kohlenversorgung über den engen Kreis der Reparationen herauszuheben versuchte, verhallten. In den gleichen Stunden, in denen die Diplomaten angeblich noch am grünen Tisch einen Ausgleich erstrebten, rückten französische Truppen bereits durch den amerikanischen Abschnitt zum Niederrhein vor. Lloyd George aber verkündete, daß die Verbündeten „im Hinblick auf die schon begangenen Verletzungen des Friedensvertrages und auf die Entschlossenheit Deutschlands, weiterhin dem Vertrag zu trotzen, übereingekommen seien", die Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf auf dem rechten Rheinufer zu besetzen, auf den Verkaufspreis von deutschen Waren in den verbündeten Ländern Abgaben zu erheben und endlich am Rhein und an den Grenzen der Brückenköpfe eine Zollgrenze zu errichten.

Als die Abordnung des Reiches am 8. März 1921 London verließ, flog ihr bereits die Nachricht von dem Vormarsch fremder Truppen über die Rheingrenze entgegen. Unter dem Schutz und auf die besondere Weisung der verbündeten Mächte hatten Frankreich und Belgien den Fuß auf das Sprungbrett zum Ruhrgebiet gesetzt! Neben den Brückenköpfen am Ober- und Mittelrhein bezeichnete jetzt ein neuer Übergang am Niederrhein die Wege und Ziele der französischen Politik. Neben Kehl, Mainz und Koblenz traten Düsseldorf und Duisburg als Außenwerke des verschleierten französischen Protektorats. In erschütternder Stärke verband sich seitdem vor aller Welt das Schicksals des Rheins mit dem Schicksal der Ruhr! Die neue Staatenordnung aber, die mit dem Versailler Diktat angeblich die Befriedung Europas erreicht hatte, erhielt ein neues Zeichen. Ebenbürtig, ja übermächtig trat die Kohle in den Kreis der politischen Mächte, als ein Sinnbild der Wirtschaft, die auch nach außen hin jetzt den Vorrang vor der Kunst der Diplomaten und vor den Forderungen der Strategie behauptete. In der „historischen Rheinpolitik" Frankreichs aber decken die Namen der Brückenköpfe Breisach, Mainz und Düsseldorf zugleich drei Epochen weltgeschichtlicher Entwicklung, die alle drei nach scheinbarem Aufstieg und Erfolg mit dem Rückzug der Angriffskolonnen enden.



R. HENNIG:

DIE SCHELDEMÜNDUNG ALS GEOPOLITISCHER GEFAHRENPUNKT*)

(Zum gescheiterten belgisch-holländischen Vertrag)

Die seit einer Reihe von Jahren zwischen Holland und Belgien gepflogenen Verhandlungen, deren letzte Phase die am 24. März d. J. erfolgte endgültige Ablehnung des zwischen den Regierungen am 3. April 1925 geschlossenen Vertrages durch die holländische Erste Kammer war, haben im allgemeinen in Deutschland durchaus nicht die Aufmerksamkeit gefunden, die sie wohl verdienen. Nicht nur ist Deutschland daran direkt interessiert durch seine Verpflichtung zum Bau des im Versailler Diktat festgelegten Rhein-Schelde-Kanals (wobei freilich in Versailles eine bemerkenswert ungeschickte Führung vertragsmäßig fixiert wurde), der nie in Angriff genommen werden kann, solange Holland den Belgiern nicht die Kreuzung seines Limburger Gebiets gestattet hat, sondern darüber hinaus handelt es sich um geopolitisch ungemein reizvolle, ja, geradezu einzig dastehende Probleme, und schließlich darf auch nicht verkannt werden, daß Holland mit der Verweigerung der Ratifizierung des geschlossenen Vertrages einen entschlossenen Schritt zur Vereitelung der von Frankreich, Belgien und wohl auch von England genährten Bestrebungen getan hat, die Niederlande von der Ententepolitik abhängig zu machen und bis zu einem gewissen Grade hineinzuziehen in Frankreichs Absichten, sich eine überragende militärische Stellung tunlich auch im Bereich der Scheldemündung zu sichern.

Der von Holland abgelehnte Vertrag sah zunächst einmal Hollands Zustimmung zur Aufhebung der belgischen Neutralität vor, die im Londoner Abkommen vom 19. April 1839 durch alle Großmächte sowie Holland und Belgien verabredet und garantiert worden war und deren Beseitigung Belgien zur Zeit mit allen Fasern seines Herzens anstrebt, ferner eine Möglichkeit, Antwerpen auch als Kriegshafen zu verwenden, dann Hollands Einwilligung in den Bau des Rhein-Schelde-Kanals und die Erlaubnis zum Bau eines weiteren, von Belgien begehrten Kanals Antwerpen-Moerdijk auf holländischem Gebiet, schließlich eine Art von Internationalisierung der holländischen Scheldemündung, auf der Holland seine Hoheitsrechte zum Teil zugunsten Belgiens und der Entente aufgeben sollte. Hauptsächlich wegen dieser letzteren Bestimmung hat der holländische Nationalstolz den Vertrag scheitern lassen, der im übrigen von A bis Z nur Vorteile für Belgien und nur Nachteile für Holland enthielt. Es ist daher kaum zu begreifen und nur als ein Zeichen sehr weitgehenden Verständigungswillens zu betrachten, daß der

*) Vgl. den Aufsatz von Godfried Rooms „Der belgisch-holländische Vertrag" im Februar-Heft 1927 dieser Zeitschrift.



niederländische Außenminister van Karnebeek (er ist inzwischen am 25. März wegen der Ablehnung des Vertrages zurückgetreten) sich auf den Abschluß eines so ungünstigen Abkommens überhaupt eingelassen und daß auch die holländische Zweite Kammer am 11. November 1926 seine Ratifizierung, wenn auch nur mit 50:47 Stimmen, beschlossen hat. Nun hat die letzte Instanz dennoch den Vertrag zu Fall gebracht, und wann und ob die schon seit über sieben Jahren schwebenden, bereits zweimal gescheiterten Verhandlungen wieder aufgenommen werden, ist durchaus nicht zu sagen.

Nachdem nunmehr die Tatsache der Verweigerung der Ratifizierung durch die niederländische Erste Kammer feststeht, hat man sich seit acht Jahren im Kreise gedreht und befindet sich noch immer an derselben Stelle wie im Jahre 1919. Deutschlands Antwerpen-Schiffahrtsinteressenten wird dies nicht angenehm sein. Sonst aber können wir der weiteren Entwicklung der Dinge sehr gelassen zusehen, ja, die weitere Vertagung des Rhein-Schelde-Kanalprojektes auf ganz ungewisse Zeit kann uns sogar durchaus willkommen sein, ganz abgesehen davon, daß dieser durch das Versailler Diktat uns aufgezwungene Kanalplan allmählich etwas groteske Formen angenommen hat und wirtschaftlich heute wohl schon als veraltet und überholt bezeichnet werden kann.

Holland hat schließlich ebensowenig Eile wie Deutschland, daß ein neuer Vertrag mit Belgien möglichst bald unter Dach und Fach kommt. Je länger der alte Zustand dauert, um so angenehmer kann es den Holländern nur sein, denn inzwischen bauen sie ihre Maasregulierung, vielleicht auch einen neuen Anschlußkanal Amsterdams an den Rhein fertig und verschaffen damit ihren eigenen Seehäfen einen schwer angreifbaren Vorrang gegenüber Antwerpen.

Belgien denkt mit seinem Interesse an der Änderung des vertraglichen Zustandes wohl auch weniger an die neuen Kanäle, die selbst im günstigsten Fall erst in vielen Jahren benutzbar sein könnten, als vielmehr an Hollands Zustimmung zur Aufhebung seiner Neutralitätspflicht aus dem 1839er Vertrage. Nachdem seine anderen Nachbarn, Deutschland (bzw. Preußen), Frankreich und England, teils gezwungen, teils freiwillig, teils sauersüß, die Aufhebung der Neutralitätspflicht genehmigt haben, liegt den Belgiern am holländischen Plazet ganz besonders viel. Sie haben es ja recht eilig gehabt, den kommenden Rechtszustand vorwegzueskomptieren, so daß sie mit Frankreich schon ein Militärbündnis geschlossen haben, bevor ihre Pflicht zur Neutralität staatsrechtlich beseitigt ist! Diese Übereilung bringt sie nun in einen sehr unbehaglichen völkerrechtlichen Zustand, da sie zur Zeit vertraglich gleichzeitig (!) zu unbedingter Neutralität nach allen Seiten und zur Waffenhilfe für Frankreich verpflichtet sind. Eine Rechts-Groteske, wie sie nur in der jetzigen Nachkriegszeit möglich, in dieser aber gar nicht vereinzelt ist!

Auch der belgische Wunsch, Antwerpen zum Kriegshafen machen zu können, spielte eine ausschlaggebende Rolle beim Drängen auf baldige Ratifizierung des



nun gescheiterten Vertrages von 1925. Der Londoner Friedensschluß vom 19. April 1839 hatte ausdrücklich bestimmt, daß Antwerpen, „die aufs Herz Englands gerichtete Pistole" (Napoleon I.), ausschließlich Handelshafen sein dürfe, und England erwirkte, da diese „Versicherungspolice" ihm noch nicht genügte, jene wunderliche Grenzziehung in der Scheldemündung, die vor den belgischen Hafen einen bis heute erhalten gebliebenen holländischen Gebietsriegel legte. Jetzt nun sollte mit der belgischen auch die Antwerpener Neutralitätspflicht fallen. An Hollands Zustimmung hierzu, die im 1925er Vertrag vorgesehen war, liegt den Belgiern besonders viel. Aber gerade auch aus diesem Grunde war Hollands Zögern und Abneigung, den Vertrag vom 3. April 1925 zu ratifizieren, sehr wohl zu verstehen, denn ein Recht künftiger belgischer Kriegsfahrzeuge, zwischen Antwerpen und der offenen See über holländische Gewässer zu verkehren, hat naturgemäß wenig Verlockendes für die Niederländer. Es müßte wunderlich genug zugehen, wenn nicht gerade auch aus diesem Grunde England dem holländischen Widerstand gegen die Ratifizierung hinter den Kulissen energisch den Rücken steifte . . .

Selbst wenn übrigens Holland wider jene Wahrscheinlichkeit die Ratifizierung jetzt vorgenommen und die bittere Pille geschluckt hätte, wäre damit noch immer nicht das letzte Hindernis für die endgültige Aufhebung der belgischen Neutralität und für das Verbot, Antwerpen als Kriegshafen zu benutzen, gefallen. Es kann staatsrechtlich nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß eine internationale Verpflichtung erst dann endgültig aufgehoben ist, wenn alle ihre Garanten zugestimmt haben. Von den Unterzeichnern des Londoner Vertrages von 1839 hätten aber, selbst wenn Holland jetzt seine Einwilligung noch geben sollte, der Aufhebung der damals stipulierten belgischen Neutralitätspflicht bis dahin nur zugestimmt: Preußen-Deutschland, Frankreich, England, die Niederlande und Österreich. Es fehlt noch die Zustimmung eines Vertragspartners — Rußlands! Gewiß ist Rußland neben Österreich heute am wenigsten an der Frage interessiert, ob die belgische Neutralitätspflicht aufgehoben und die Stellung Antwerpens geändert wird oder nicht. An sich hätte es gar keinen Grund, sich zu sträuben. Aber wie kommt andererseits Rußland dazu, Belgien zuliebe, das die Sowjetregierung nicht anerkannt hat und offenbar auch nicht anerkennen will, eine Vertragsänderung gutzuheißen? Solange ihm nicht ein entsprechendes belgisches Anliegen vorgetragen wird, hat es keine Veranlassung, seiner Meinung Ausdruck zu geben. Aber Belgien kann doch nicht einer Regierung, deren Anerkennung es ablehnt, einen so weittragenden Wunsch unterbreiten?

Angesichts dieser verzwickten Sachlage hätte Belgien sich gern mit der holländischen Einwilligung begnügt und die russische Unterschrift ignoriert. Daß unter solchen Umständen der Londoner Vertrag von 1839 völkerrechtlich nach wie vor Geltung hätte, kann keinem Zweifel unterliegen. Aber die Verwilderung der inter-

nationalen Rechtsbegriffe ist seit 1914 so weit vorgeschritten, daß die Welt an solchen kleinen Schönheitsfehlern rechtlicher Art keinen Anstoß mehr nimmt. Man hat einwandfrei russisches Land in einem Vertrage, an dem Rußland nicht beteiligt war, an Rumänien gegeben (Bessarabien) und diesem den Besitz garantiert; man hat Rußland, ohne es auch nur zu fragen, aus der Europäischen Donaukommission, in der es Sitz und Stimme hatte, ausgeschlossen; man hat das Tanger-Statut, das Rußland mit unterzeichnet hat, 1923 ohne Zuziehung Rußlands abgeändert und ist bekanntlich gegenwärtig dabei, es weiter zu ändern, ohne sich im geringsten um Rußland zu kümmern. Warum soll man also nicht auch die internationalen Vereinbarungen über Belgien und Antwerpen abändern, ohne von der Existenz Rußlands Kenntnis zu nehmen? Hollands Ablehnung des Vertrages hat nun freilich auch ohne Rußlands Zutun der Änderung des 1839er Vertrages vorläufig einen Riegel vorgeschoben.

Betrachtet man die Dinge vom geopolitischen Standpunkt, so ist es ja eigentlich kaum zu begreifen, daß eine so groteske Grenzziehung, wie sie in der Scheldemündung durch das 1839er Londoner Abkommen festgelegt worden ist, sich überhaupt schon rund 90 Jahre bewähren konnte. An keiner anderen Stelle der Erde besteht der wunderliche Zustand, daß der vornehmste Seehafen eines Landes, zur Zeit der verkehrsstärkste Seeplatz ganz Kontinental-Europas, nur durch eine Fahrt über fremde Territorialgewässer erreicht werden kann! Daß Belgien die vollkommene Abriegelung Antwerpens vom Weltmeer durch holländische Gewässer peinlich, wie ein Stuhlbein auf dem Fuße, empfindet, kann man ihm wohl nachfühlen, aber es hat seiner Sache empfindlich geschadet, daß es auch dem holländischen Nachbar gegenüber zeitweilig den „vainqueur"-Standpunkt herauskehrte und die von Holland im ersten Vertrag freiwillig gewährten Zugeständnisse in der Wielingen-(Scheldemündungs-) Frage am 2. Juli 1921 vom Parlament als ungenügend verwerfen ließ. Jetzt nun, nach dem Scheitern des zweiten Vertrages, ist es genau so weit wie im Jahre 1919 und 1839. Die Reibungsfläche ist rauher denn je, und dem phlegmatischen und nationalstolzen Holländer gegenüber sind Maßnahmen, wie die Brüsseler Demonstrationen, die eine Durchsetzung des belgischen Standpunktes nötigenfalls selbst durch Krieg forderten, oder die in Holländisch-Limburg heimlich angeschlagenen Plakate, die eine Vereinigung mit Belgien predigten, ganz sicher die denkbar ungeeignetsten Methoden zur Erzielung von Nachgiebigkeit.

Auch der in Belgien aufgekommene Plan, auf alle weiteren Verhandlungen mit Holland zu verzichten und eine Beschwerde an den Völkerbund zu richten, ja, bei diesem womöglich gar eine offizielle Internationalisierung der Schelde zu beantragen, muß als eine sanguinische Unbesonnenheit bezeichnet werden, die niemals zum Erfolg führen kann. Was für staatsrechtliche Unterlagen hat denn der Völkerbund, um ein nicht freiwillig gebendes Holland zur Abänderung



gültiger Staatsverträge zu zwingen? und wie kann man in Genf eine Internationalisierung der Schelde auch nur ins Auge fassen, geschweige denn durch Mehrheitsabstimmung beschließen, da man doch gebunden ist an den unter den Auspizien des Völkerbundes zustande gekommenen, wenn auch bisher noch nicht allgemeines Völkerrecht gewordenen Beschluß der Internationalen Verkehrskonferenz von Barcelona vom 20. April 1921, wonach (Art. 2) neue Ströme nur durch freiwillige Übereinkunft (consentement) der Stromanlieger-Staaten internationalisiert werden können? Eine Internationalisierung durch Mehrheitsbeschluß wäre nicht nur eine Vergewaltigung, der niemals staatsrechtliche Bindung zukommen kann, sondern auch ein Präzedenzfall, der die düstersten Perspektiven eröffnet und überdies dem Völkerbund sein letztes bißchen moralischen Kredit nehmen würde.

Daß die bestehenden Zustände in der Scheldemündung eine geopolitische Ungeheuerlichkeit sind, ist rundweg zuzugeben. Aber sie sind nun einmal bindendes Völkerrecht seit 88 Jahren, und mit moralischen Deklamationen wird Belgien sie so wenig wie mit Säbelrasseln ändern, sondern nur in neuen Verhandlungen mit Holland gemäß dem do ut des-Prinzip.

Karl Bertram:

ENGLANDS SCHULD AM WELTKRIEGE

Englische Geständnisse

Dem guten Beispiel Deutschlands, vor aller Welt seine der Vorkriegsperiode angehörende große Politik offen darzulegen, ist angeblich nun auch England gefolgt. Erst eine spätere Zeit wird völlig einwandfrei feststellen können, ob in Englands Aktenpublikation tatsächlich auch die ganze Wahrheit dargeboten worden ist oder, wie wir zu vermuten wagen, nur bis zu dem Grade, der die Möglichkeit eines Zweifels an Englands hoher „Kulturmission" völlig ausschließt. Kennzeichnend ist jedenfalls, daß die der Welt gebietende öffentliche Meinung in England bereits unumwunden erklärt hat, das Aktenmaterial der englischen Archive könne die bisherige Auffassung von der Schuld Deutschlands am Kriege nur bestätigen.

Aus diesem Grunde dürfte es für uns in dem Bestreben, den gegenteiligen Beweis zu erbringen, wichtig sein, nichts außer acht zu lassen, was dazu beitragen kann, das Gesamtbild zu vervollständigen.

Zunächst ein kurzer geschichtlicher Rückblick. Im September 1916 erschien in der englischen Zeitschrift „National Review" ein Aufsatz, der sich mit den Friedensbedingungen befaßte, die man Deutschland zu diktieren gedachte. Zu diesem Artikel nahm unser damaliges Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in so entschiedener und klarer Weise Stellung, daß die gesamte

nationale Presse „mit großer und ungeteilter Genugtuung" quittieren konnte. In dem Regierungsorgan aber standen die Worte: Die Ausführungen des Engländers „lassen erkennen, daß der mit niedriger Habgier gepaarte Vernichtungswille, der aus jeder Zeile des Aufsatzes spricht, in England nicht etwa auf wenige überspannte Köpfe beschränkt ist, sondern daß er weite Kreise des Volkes durchdringt. Auch in den andern gegen uns verbündeten Staaten setzt der Verfasser den gleichen Willen voraus. Er täuscht sich darin auch zweifellos nicht; denn die feindliche Presse gibt ihm ja täglich recht".

Mit Genugtuung hob man in nationalen Kreisen hervor, daß auch an leitenden Stellen endlich der englische Vernichtungswille nicht nur klar erkannt, sondern auch unzweideutig als solcher gekennzeichnet worden sei. Englands niedrige Habgier aber war hier das kennzeichnende Stichwort! Und in der Tat hat es sich für England noch stets in seinen Kriegen — oder sagen wir zutreffender: in seinen Raubzügen — gegen Spanien, Holland, Frankreich usw. letzten Endes doch nur darum gehandelt, das in Besitz zu nehmen und festzuhalten, was bis dahin einem andern gehörte, und den bisherigen Besitzer, wenn er nicht gutwillig von seinem Besitz lassen wollte, zu vernichten oder, wo das nicht anging, ihn so zu schwächen, daß er nachgeben mußte.

Stand also die Habsucht als Leitmotiv der britischen Politik obenan, so war man doch klug genug, diese Eigenschaft, die nun mal nicht zu den edelsten gerechnet wird, geschickt zu verbergen; durch persönliche Veranlagung wie durch langjährige Übung hat es England darin zweifellos zu einer gewissen Virtuosität gebracht. Somit stellen sich Englands Raubzüge im Lichte seiner „Kulturmission" folgendermaßen dar: England bringt fremden Völkern die Freiheit, armen Heiden die christliche Lehre, es befreit bald vom Papsttum, bald durch endlose Kriege von napoleonischer Kriegslust; bald von der Moskowiterherrschaft, bald vom preußischen Militarismus. Besonders aber für die Heiligkeit der Verträge ist der edle Brite stets bereit, alles in Bewegung zu setzen. Selbstverständlich ist demnach das Endziel die britische Freiheit und der britische Friede, die „Pax Britannica", die allein in der Welt zu regieren ein Recht haben soll; denn in ihrem Gefolge ist die Kultur, die Zivilisation, der freie friedliche Verkehr der Völker untereinander, woraus sich ganz von selbst ergibt: die Sicherung des Weltfriedens für immer! Das sind die bewährten, bisher wenigstens immer wirksam gebliebenen Masken, hinter denen sich die wahre englische Politik verbirgt.

Sollte diese Einschätzung, von unserem heutigen Standpunkt aus betrachtet, anderen weniger schwer betroffenen Völkern vielleicht etwas reichlich übertrieben, wenn nicht gar gehässig erscheinen, so möchten wir die Erinnerung wachrufen an die recht offenherzigen Worte eines englischen Seeoffiziers, die dieser bereits im Jahre 1909 in einer preisgekrönten Arbeit niedergeschrieben hatte und die zu Anfang des Weltkrieges die Runde durch viele deutsche Zeitungen



machten. Dieser Engländer schrieb damals: „Wir ziehen nicht aus gefühlsmäßigen Gründen in den Krieg. Ich bezweifle, daß wir das jemals getan haben. Krieg ist das Ergebnis von Handelsstreitigkeiten. Sein Ziel ist, unseren Gegnern diejenigen Handelsbedingungen mit dem Schwert aufzuzwingen, die wir als geschäftlich vorteilhaft ansehen müssen. Wir führen unter allen möglichen Anlässen Krieg, aber jedem von ihnen liegt der Handel zugrunde. Ob wir als Anlaß benutzen das Behalten oder Erlangen einer strategischen Stellung, den Bruch von Verträgen und was sonst noch — alles führt letzten Endes auf den Handel zurück, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Handel unser Lebensblut ist."

Hier haben wir den Engländer in Reinkultur, und zwar nicht nur in der robusten Wahrheit, zu der er sich hier unumwunden bekennt, sondern noch vielmehr in der faustdicken Lüge, hinter der er zum Schluß all sein niedriges Gebaren verbirgt: die Lüge, daß nicht unersättliche Gier Britanniens Söldner von Volk zu Volk, von Land zu Land, von einer Eroberung zur anderen trieb, sondern ausschließlich und allein die Sicherung seiner Existenz, die in seinem Handel, seinem „Lebensblut", den sichtbaren Ausdruck fände. Leider aber gab es viele Deutsche, die als Bewunderer, Liebhaber und Nachläufer des Angelsachsentums diese Lüge nicht erkannten oder nicht erkennen wollten und sich deshalb stets und nicht selten aufdringlich zu der Ansicht bekannten, daß es zwischen Großbritannien und Deutschland schlechterdings überhaupt keinen wirklichen Konfliktsgrund gäbe, alle scheinbare Feindschaft vielmehr nichts als die Folge der Hetze kleiner Cliquen sei. Auf so tiefgründiger Erkenntnis englischen Wesens und englischer Politik beruhten denn auch die Ansichten, die nach Ausbruch des Krieges die Schuld allein der unglücklichen deutschen Flottenpolitik zuschrieben. Die Verfechter solcher Ansichten gingen sogar so weit, zu behaupten, daß es trotz allem dennoch nicht zum Kriege gekommen wäre, wenn nicht der gute Grey und der prächtige Lloyd George und der aufrichtig deutschbegeisterte Haldane gegen ihren Willen in den Krieg hineingezogen worden wären, irregeleitet und übertölpelt durch die bösen Franzosen und Russen. Das Helfferichsche Wort, daß Rußland der Brandstifter gewesen sei, wurde zum Schlagwort jener ganzen Richtung. Und doch stand hinter dem Verbrecher, der die Brandfackel in das Gebälk des deutschen Hauses schleuderte, England als der Anstifter; denn niemals hätte Rußland den Kampf an Frankreichs Seite allein gewagt, wenn es nicht der Unterstützung, ja der Teilnahme Englands sicher gewesen wäre.

Daß die von uns hier vertretene Ansicht gleichfalls von englischer, und zwar von autoritativer Seite her eine Bestätigung erfahren würde, dürfte wohl niemand erwartet haben. Und doch finden wir den Beweis für Englands völliges Einverständnis mit der russischen Mobilmachung in dem Aktenstück 132 der amtlichen englischen Aktenpublikation, datiert vom 25. Juli 1914. In diesem Dokument erklärte Grey dem russischen Botschafter in London: er sei bei seiner Unterredung

mit dem deutschen Botschafter über den englischen Vorschlag einer Vermittlung durch die vier Mächte „von der Annahme ausgegangen, daß Rußland mobilisieren werde, während die deutsche Regierung bisher offiziell angenommen habe, daß Serbien keine Unterstützung erhalten werde". Umschließt diese „Annahme" schon den Wunsch, daß Rußland mobil machen möchte, so enthält der folgende Satz geradezu die Aufforderung hierzu an Rußland; denn Grey fügte die Worte hinzu: „In der Tat verlangte ich von der deutschen Regierung, die die österreichischen Forderungen an Serbien unterstützt hatte, sie solle, wenn Rußland gegen Österreich mobilisiere, Österreich auffordern, unter der Drohung der russischen Mobilmachung eine Einschränkung seiner Forderungen in Betracht zu ziehen. Das zu tun, wäre nicht leicht für Deutschland, selbst wenn wir gleichzeitig vereint Rußland ersuchen würden, von einem aktiven Vorgehen vorläufig abzusehen." Die hierin liegende Aufforderung wurde zwei Tage später in verstärktem Maße durch die sofort nach Petersburg weiter gedrahtete Nachricht wiederholt, daß Deutschland soeben tatsächlich das Versprechen gegeben habe, nicht zu mobilisieren, wenn Rußland nur gegen Österreich mobil mache. Ganz unzweideutig aber erkennt man Englands Wunsch und Willen zum Kriege in einem unter Nr. 239 abgedruckten Privatbrief*) an den britischen Botschafter in Petersburg. Dort heißt es, daß England unzweifelhaft alle Hoffnung auf ein freundschaftliches und dauerndes Einvernehmen mit Rußland würde aufgeben müssen, wenn Rußland sich jetzt in England getäuscht sähe; aber, fährt der Briefschreiber fort, „ich denke, wir haben es völlig klargemacht, daß auf jeden Fall weder Deutschland noch Österreich mit einiger Sicherheit auf unsere Neutralität würden rechnen können" — — „Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß, falls wir in den Brand hineingezogen werden, dies auf seiten unserer Freunde geschehen würde."

Machen wir nunmehr von der Vorkriegserinnerung aus dem Jahre 1909 einen Sprung mitten in den Weltkrieg hinein, so finden wir die Ansicht jenes englischen Seeoffiziers vollkommen bestätigt in Diskussionen, die sich damals in der großen englischen Presse, also in aller Öffentlichkeit abspielten. Mag dieser Vorgang auch sehr sonderbar anmuten, da England offiziell natürlich nur zum Schutze des Rechtes der Schwachen, zur Verteidigung der verletzten belgischen Neutralität das Schwert gezogen hatte, so kann man die Lösung des Rätsels vielleicht darin finden, daß das englische Volk niemals auch nur einen Augenblick daran gezweifelt hat, daß Großbritannien auch aus diesem Riesenkampfe schließlich als Sieger hervorgehen würde, daß man alsdann auch keine Kritik zu scheuen brauchte, da ja der Erfolg dem Sieger noch immer recht gegeben habe. Daß im übrigen diese Kalkulation durchaus zutreffend gewesen ist, hat ja die Nachkriegszeit leider vollauf bestätigt; denn von dem sonst so viel zitierten „Weltgewissen" ist es dann immer recht still

*) Des Unterstaatssekretärs A. Nicolson.

geworden, wenn es sich darum handelte, daß schwächere Staaten einem mächtigen oder gar einer Koalition „nur um des Rechtes willen“ entgegentreten sollten.

Mit der Auseinandersetzung aber, die damals in der englischen Öffentlichkeit vor sich ging, hatte es folgende Bewandtnis. Der englische Politiker Artifex hatte zu Anfang des Jahres 1917 im „Manchester Guardian“ einen längeren Aufsatz veröffentlicht, in dem er zur Rechtfertigung für Englands Eingreifen in den Krieg die nicht mehr neue Ansicht verfocht, England habe nur deshalb zum Schwerte gegriffen, weil Deutschland die Neutralität Belgiens verletzt habe. Infolge vieler Zuschriften, die ihm diese Darstellung eintrug, veröffentlichte er in dem gleichen Blatt am 19. April 1917 einen Artikel mit der Überschrift: „Die Gerechtigkeit unserer Sache“. Er nimmt hierin kurz Bezug auf seinen vorhergegangenen Artikel und fährt dann also fort:

„Ich wußte, daß ich eine Anzahl von Protestbriefen erhalten würde. Ich ließ mir jedoch nicht träumen, daß es ihrer so viele sein würden, und daß in ihnen eine so merkwürdige Übereinstimmung zutage treten würde. Deshalb gebe ich einen von ihnen als typisch wieder. Er lautet:

Sie sagen, daß wir die Nation bekämpfen, die Belgien angriff. Formell ist Ihre Behauptung zwar richtig. Wenn Sie aber damit sagen wollen, daß wir nur deshalb kämpfen, weil Deutschland Belgien angegriffen hat, dann sagen Sie wissentlich oder unwissentlich die Unwahrheit. Denn wir kämpfen gegen eine Nation, die uns schon seit langer Zeit im Wege stand. Wir kämpfen für Handelsvorteile und für das Recht, zu unserem eigenen Nutzen eine noch größere Anzahl unentwickelter Rassen in Asien und Afrika ausbeuten zu können. Für jeden, der auf Wirklichkeit sieht und nicht bloß auf Worte, bekämpfen wir nicht die Nation, die Belgien angegriffen hat, sondern die Nation, die unsere Stellung als Handelmacht bedrohte.“

Nach diesem Zitat fährt der Verfasser des Artikels fort: „Ich habe gerade diesen Brief ausgewählt, weil er derjenige ist, der die Ansichten der Einsender am besten ausdrückt und am leichtesten zu zitieren ist. Aber ich habe zahlreiche Briefe derselben Art erhalten. Alle sind gekennzeichnet durch eine seltene Einmütigkeit in der Ansicht, daß es sich keinesfalls darum handeln könne, über die Gerechtigkeit der Sache zwischen uns und Deutschland ein Urteil zu fällen, und daß es deshalb auch abwegig sei, den einen oder den andern Teil wegen seiner Kriegsmethoden zu loben oder zu tadeln.“

Jedenfalls besagt die Tatsache genug, daß derartige Auseinandersetzungen in einem so angesehenen und weitverbreiteten Blatte überhaupt stattfinden konnten. Recht beachtenswert ist auch die in dem zitierten Briefe ausgesprochene Ansicht, daß England besonders viel an der ungehinderten Ausbeutung der Kolonialvölker gelegen sei; denn falls diese Absicht in leitenden englischen Kreisen auch heute noch vorherrschend sein sollte, woran nach den zuletzt bekannt gewordenen maß-

geblichen Äußerungen über die Kolonialmandate kaum gezweifelt werden kann, dürfte Deutschland recht wenig Aussicht auf Wiedererlangung solcher Kolonien haben, deren Besitz irgendwelche namhaften Vorteile bieten würde. Jedenfalls aber dürfte es auch nach dem Vorstehenden ganz unzweifelhaft sein, daß England in allen Fragen zuerst an sich selbst denken würde, nach dem bewährten Grundsatz: „right or wrong, — my country!"

Für das hier behandelte Thema spielt noch eine entscheidende Rolle die Frage der Kriegsbereitschaft, in der sich England beim Ausbruch des Krieges befunden hat; ebenso die Propagandatätigkeit des Lord Kitchener, der im Jahre 1913 unter Billigung der Regierung Propagandareisen durch ganz England unternahm und in großen Volksversammlungen in voller Uniform Hetzreden gegen Deutschland hielt, um zur Bekämpfung der schweren, von Deutschland drohenden Gefahr aufzurufen. In diesem Zusammenhange darf auch die Rolle nicht vergessen werden, die derselbe edle Lord in dem Kronrat gespielt hat, der im Juli 1913 in London stattgefunden hat. Die Behandlung all dieser schwerwiegenden Tatsachen soll einem späteren Artikel vorbehalten bleiben.

JOSEF WENZLER:

DIE BEVÖLKERUNG SÜDOSTASIENS

Zwei Ereignisse der jüngsten Zeit sind von der gesamten europäischen Presse nicht mit der Aufmerksamkeit verfolgt worden, die sie eigentlich verdienen: Der Brüsseler Kongreß der unterdrückten Völker und die noch andauernden Wirren in China. Und doch ist soviel klar, daß die gegenseitige Bekämpfung rivalisierender Generale, die in ihrem Ursprung auf das Jahr 1912 zurückgeht, wo an die Stelle der theokratischen Regierungsform der verfassungsmäßige Freistaat trat, ihrem Höhepunkt entgegentreibt und daß die Bewegung zu gleicher Zeit fremdenfeindlichen Charakter trägt. Der gegenwärtige Prozeß ist ein Läuterungsprozeß, der mit der Abschüttelung der „Fremdherrschaft" sein Ende finden wird. Die Autorität der weißen Rasse scheint in der Folge des vergangenen europäischen Kriegs, in dem die weiße Rasse sich selbst bekämpfte, gebrochen zu sein. Dies hat auch deutlich genug die Stimmung gezeigt, welche den Brüsseler Kongreß der unterdrückten Völker beherrschte. Auch die Annäherung, welche dieser Kongreß zwischen Indern und Chinesen gezeitigt hat, sollte nicht unbeachtet übergangen werden. Und Japan? In den Neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist das Wort geprägt worden von der „gelben Gefahr", das seine Symbolisierung fand in dem Gemälde von Professor Knackfuß, das ein Buddhabild in einem Meer von Flammen darstellte, während auf der anderen Seite die Frauen



der europäischen Mächte versinnbildlicht waren. Dieses Bild trug die Unterschrift: „Völker Europas, wahrt Eure heiligsten Güter!" Die damals ausgestoßene Warnung war gewiß verfrüht, heute, wo sie weit eher am Platze wäre, hat das unter wirtschaftlichen Sorgen seufzende Europa nicht die Muße, sich mit dem ostasiatischen Problem zu beschäftigen. Ist dies überhaupt nötig? Es ist vielleicht zweckmäßig, den Engländer L. C. Money zu zitieren, der in seinem Buche: „The peril of the white" (Die Gefahr für die weiße Rasse) schreibt: „Nicht, als ob das Bajonett, das Maschinengewehr, das Flugzeug oder giftige Gase einen gelben Angriff gegen den Westen stützen. Die Möglichkeit eines Untergangs der europäischen Kultur durch die Verwendung ihrer eigenen wissenschaftlichen Zerstörungsmethoden durch die farbigen Rassen kann zwar nicht völlig in Abrede gestellt werden; aber: es sind keine Waffen nötig, um europäisches Leben und europäische Zivilisation zu zerstören, wenn die Weißen in Europa und in der übrigen Welt sich durch Rassenselbstmord (gemeint ist die künstliche Beschränkung der Geburten) und selbstzerfleischende Kriege schwächen." Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß die Frage der „gelben Gefahr" letzten Endes nichts anderes ist als eine Bevölkerungsfrage. Denn die Geschichte lehrt, daß die Kultur über jene Gebiete hinwegschreitet, deren Bevölkerung überaltert, deren Nationen das frische Blut fehlt, das ihre Jugendstärke erhält. Es ist deshalb nicht nur nicht uninteressant, sondern eine bittere Notwendigkeit, daß Europa mit der Neigung zur Selbstkritik die bevölkerungspolitische Bewegung in Südostasien überprüft und wertet.

In Südostasien wohnen 903,5 Millionen Menschen gegenüber 463 Millionen in Europa; und zwar entfallen auf

China	460	Millionen	*[448?*
Indien	319	„	*322*
Japan einschl. Kolonien	80	„	*$85^{1}/_{2}$*
Java	35	„	*Niederl. Kol.-Reich i. G. 50*
die Philippinen	10,5	„	*12*
Siam	9,5	„	*11*
Ceylon	4,5	„	
die Malayen-Staaten	3	„	*3,5] Der Herausgeber.*
Britisch-Borneo	1	Million.	

Die volkreichsten dieser Staaten sind demnach China, Indien und Japan.

Zunächst China. Es beherbergt 460 Millionen Menschen, also eine Bevölkerung, die der europäischen an Zahl gleichkommt. Trotzdem ist dieser Staat nicht übervölkert, denn das Riesenreich hat eine Ausdehnung von 11,2 Millionen Quadratkilometer. Auf dem qkm wohnen also nur 41,5 Einwohner gegenüber 134 in Deutschland, 245 in Belgien. Es ist also so dicht bevölkert wie Gesamteuropa im Durchschnitt oder Spanien. Hierbei sind allerdings die Nebenländer (Mandschurei, Mongolei, Tibet) berücksichtigt. Läßt man diese außer Betracht,

so wohnen auf dem qkm 107 Einwohner, immerhin noch mehr als in Frankreich (71); ja in einigen fruchtbaren Landstrichen wird sogar die Bevölkerungsdichte von Belgien erreicht.

Bei den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen kann China auch keine größere Bevölkerungsdichte ertragen, da die Landwirtschaft noch nicht rationell genug arbeitet und eine Industrie so gut wie ganz fehlt. Ohne Zweifel würde ein weiterer Überschuß an Bevölkerung zur Auswanderung drängen, allerdings nur so lange, als die mächtigen Kohlenlager Chinas, von deren Ausdehnung man heute kaum eine Vorstellung hat, auch weiterhin unabgebaut liegen bleiben. Erwägt man jedoch, von welcher Ausdauer und Anspruchslosigkeit der chinesische Arbeiter ist, so wird ohne weiteres klar, welcher Umschwung der Verhältnisse heute eintreten würde, wenn in einem geeinten Staat eine starke Hand die Arbeit organisieren und den Abbau der Kohlenlager in Angriff nehmen würde. Dem Wachstum der Bevölkerung wäre unter solchen geänderten Verhältnissen für die nächsten Jahrzehnte keine Schranken gesetzt und das gegenwärtige Bevölkerungsmaximum, das den Mord weiblicher Säuglinge und die Auswanderung nach Borneo, Java, Sumatra und nach dem malayischen Archipel begünstigt — zwei Millionen Chinesen leben in diesen Gebieten*) — wäre um Jahrzehnte hinausgerückt. Dem europäisch-amerikanischen Wirtschaftsleben wäre in China eine Konkurrenz erwachsen, die eine totale Verschiebung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse zur Folge haben würde. Daß diese Verschiebung nicht zugunsten der alten Wirtschaftsstaaten wäre und daß die Grundlage dieser Wirtschaft neben dem Reichtum an Kohle vor allem in der Kraft einer wachsenden Bevölkerung zu suchen ist, braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

In Indien wohnen auf 4,7 Millionen qkm (zehnmal so groß wie Deutschlaud) 319 Millionen Einwohner, also 68 auf den qkm. Am dichtesten wohnt die Bevölkerung in Bengalen, wo 200 Einwohner auf einem qkm leben. Über das Wachstum der Bevölkerung Indiens gibt folgende Aufstellung Aufschluß. Es betrug die Bevölkerung dieses Reiches in Millionen

1872:	206,2
1881:	253,9
1891:	287,3
1901:	294,4
1911:	315,2
1921:	319,1

Diese 319 Millionen Inder werden heute von 290 000 Weißen geleitet. Auf 1000 Inder kommt ein Weißer!

Die große Bevölkerungszunahme im 7. und 8. Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts ist auf die Erschließung von Nebengebieten zurückzuführen, im 8. Jahr-

*) 4 in Siam, 9,5 in G. um d. „Nan-Yo“ [Südmeer]. D. R.



zehnt außerdem noch auf eine geringe Sterblichkeit. Unter Berücksichtigung der Gebietszunahme beträgt das Wachstum der Bevölkerung in den fünf Jahrzehnten: 1,5 — 9,6 — 1,4 — 6,4 — 1,2 %. Die geringe Zunahme von 1911/1921 ist zum Teil auf eine Influenza-Epidemie im Jahre 1918 zurückzuführen, die 7 Millionen Menschenleben forderte. Aber obwohl das Wachstum nur 1,2 % betrug, hat die indische Bevölkerung um 4 Millionen zugenommen. Seit 1881 — also in 46 Jahren — hat sich die indische Bevölkerung um rund 65 Millionen vermehrt, das sind mehr Einwohner als Deutschland zählt. Ohne die immer wieder auftretenden Krankheiten und Epidemien — ganz abgesehen von dem üblichen Mord an weiblichen Säuglingen — wäre das Bevölkerungswachstum noch bedeutend größer gewesen. Es würde im Jahrzehnt durchschnittlich 8 % betragen haben, d. h., ohne die Opfer durch Krankheiten und Epidemien würden heute mindestens 350 Millionen Menschen in Indien leben. Die Geburtenziffer ist verhältnismäßig hoch, in einigen Gegenden beträgt sie 40; d. h. auf 1000 Einwohner kommen 40 Neugeborene. (In Deutschland 1913: 27,7; 1925: 20,6; in Frankreich 19,6.)

Das Indische Reich hat neben 650 Eingeborenenstaaten, von denen der größte Hyderabad mit 12,5 Millionen Einwohnern ist, 15 Provinzen, die nach Größe und Bevölkerungszahl europäischen Staaten gleichkommen. So zählen:

	Millionen Einwohner		Millionen Einwohner
Bengalen	46,7	Großbritannien	42,7
Agra und Oudh	45,4		
Madas	42,3		
Behar	34	Italien	38,2
		Frankreich	39,2
Punjab	20,6	Spanien	21,4
Bombay (Provinz)	19,4		
Burma	13,2	Tschechei	13,6

Man vergleiche nun die europäischen Staaten mit den indischen Provinzen analoger Bevölkerungszahl bezüglich der Geburtenziffer. Auf 1000 Einwohner werden geboren

in Bengalen	29,5	in England 18,3 und Schottland 21,9
„ Madras	34,9	
„ Agra	34,7	
„ Behar	35,7	„ Italien 29,3, in Frankreich 19,6
„ Punjab	40,1	„ Spanien 29,3
„ Bombay	35,6	

In allen angeführten indischen Provinzen ist die Zahl der Geburten größer als selbst in den südlichen Staaten Spanien und Italien. Mit Ausnahme von Bengalen, wo ein gewisses Bevölkerungsmaximum schon erreicht ist (200 auf den qkm) ist die Zahl der Geburten in den indischen Provinzen doppelt so groß als in Frank-

reich, dem typischen Land des Geburtenrückgangs. In ländlichen Bezirken steigt die Geburtenziffer selbst bis zu 48,7, in einem Bezirk sogar auf 76!

Infolge der erwähnten Krankheitsepidemien ist der Geburtenüberschuß relativ gering, indem die Zahl der Geburten auf 1000 Einwohner die Todesfälle beispielsweise in der Provinz Bombay nur um 8 übersteigt (gegenüber 6,1 in England, 7,5 in Schottland, 12,7 in Italien, 1,5 (!) in Frankreich, 9,6 in Spanien und 8,7 in Deutschland). Die hohe Zahl der Todesfälle geht aus folgender Gegenüberstellung hervor:

Auf 1000 Einwohner kommen Todesfälle

in Bengalen	25,9	
„ Madras	24,5	in England 12,3, in Schottland 14,4
„ Agra	29,1	
„ Behar	28,3	„ Italien 16,6, in Frankreich 18,1
„ Punjab	43,4	
„ Bombay	27,6	„ Spanien 19,7

Nicht nur die relative Geburtenhäufigkeit, sondern auch die Zahl der Todesfälle ist somit in den einzelnen Provinzen Indiens größer als in den vergleichbaren europäischen Staaten. Das Problem der indischen Bevölkerungspolitik wurzelt demnach in der Sanierung der gesundheitlichen Verhältnisse. Hierüber gibt ein Einzelbericht über die Verhältnisse in der Provinz Bombay in der „Indian Daily Mail" (Bombay) Aufschluß. In der Provinz Bombay starben von 1000 Säuglingen im Jahre 1923: 160, 1924: 191, in der Stadt Bombay sogar 423! (In Deutschland 1923: 132, 1924: 109; in Frankreich 1924: 85, in Großbritannien 75, in Schweden nur 56.) Am größten ist die Sterblichkeit unter den Hindus (29,9), während sie bei Mohamedanern (21) und Christen (19) bedeutend geringer ist. Die Ursachen dieser großen Sterblichkeit sind zunächst die wiederkehrenden Krankheitsepidemien, vor allem Cholera, Malaria, die Pest, die Blattern, Magen- und Darmkrankheiten und Erkrankungen der Atmungsorgane. Bezeichnend ist, daß die Blattern mit einer Regelmäßigkeit von etwa 5 Jahren auftreten, so in den Jahren 1900, 1905, 1909, 1913, 1919 und 1924. Die Influenza dagegen hat seit 1918 keine nennenswerten Opfer mehr gefordert. Als letzte Ursachen der hohen Sterblichkeit werden jedoch benannt: Ungenügende Wasserversorgung, ungenügende Kanalisation, Unreinlichkeit und schlechte Wohnungsverhältnisse.

Nahezu drei Viertel der Gesamtbevölkerung Indiens leben von der Landwirtschaft, nämlich 230 Millionen. Etwa ein Viertel der Bevölkerung ist in der Industrie beschäftigt. Es sind dies „nur" 86 Millionen, immerhin eine Zahl, welche der Einwohnerzahl von Frankreich und England zusammen gleichkommt. Außerdem leben 1,75 Millionen Inder im Ausland; davon im übrigen Asien 936 000, in Afrika 462 000, in Amerika 187 000, in den Südseeinseln und Australien 65 000 und in Europa 8000. Der Religion nach sind von 100 Indern 68 Hindus, 22 Mohammedaner, 3 Buddisten, 1 Christ und 6 Angehörige anderer Religionen.



Nun zu Japan, dem „Großbritannien Ostasiens". Kein Volk der Erde hat je einen ähnlichem Umschwung, einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt als Japan. 1854 hat Japan mit Widerwillen seine Häfen den Schiffen der „Barbaren" geöffnet, den Feudalismus überwunden, 1872 lief die erste Eisenbahn zwischen Tokio und Yokohama und in rascher Folge nahm das anpassungsfähige Volk die Errungenschaften europäischer Zivilisationen in seinen Kulturkreis auf. Seit dem siegreichen Kriege gegen Rußland, 1904, zählt Japan zu den Großmächten und der europäische Krieg hat seine Stellung noch mehr gestärkt und befestigt.

Im eigentlichen Japan, einem Gebiet von 385 000 qkm, wohnen 60 Millionen Menschen oder 156 auf den qkm. Berücksichtigt man die Nebenländer, so ergibt sich eine Landfläche von 681 000 qkm, auf der 81 *) Millionen Menschen wohnen, also 114 auf den qkm. Die Bevölkerungsdichte des eigentlichen Japans ist bedeutend größer als die Deutschlands (134), was sich schon daraus erkennen läßt, daß auf einer Gebietsfläche vom Umfange Preußens eine Bevölkerung von der Stärke Deutschlands wohnt. Auch das Wachstum dieser Bevölkerung steht einzig da. Dies zeigt die folgende Übersicht.

Es hatten Einwohner (in Millionen):

	Deutschland	England	Japan
1872	41,1	31,8	33,1
1925	63,2	42,8	60
Absolutes Wachstum:	22,1	11	26,9
Relatives Wachstum:	53,9 %	34,5 %	81,2 %

Während also in den 53 Jahren von 1872 bis 1925 die Bevölkerungszahl Englands um ein Drittel, die Deutschlands um die Hälfte zugenommen hat, hat sich die Bevölkerung Japans beinahe verdoppelt! Japan, das 1872 1,3 Millionen mehr Einwohner hatte als England, hat diesem Lande gegenüber heute einen Überschuß von 17,2 Millionen, während England einen jährlichen Geburtenüberschuß von 250 000 und Deutschland von 500 000 Einwohnern hat, hat Japan einen solchen von 700 000, im Jahre 1925 betrug der Geburtenüberschuß sogar 875 000. Man hat geschätzt, daß in 5 Jahren der jährliche Bevölkerungszuwachs eine Million betragen wird. Bei Fortdauer dieser Entwicklung wird die Zeit nicht mehr ferne sein, wo Japan eine Bevölkerung von 100 Millionen Köpfen zählen wird, also der gegenwärtigen Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten gleichkommt.

Dieses Wachstum ist beängstigend, denn das Maximum der Bevölkerungsdichte Japans ist heute schon erreicht. Ein weiterer Zuwachs der Bevölkerung muß diesen Staat unwillkürlich in die Arme einer Expansionspolitik hineintreiben. Diese Entwicklung wird begünstigt werden durch den Umstand, daß die Japaner

*) 85 d. R.

ein Schiffahrt treibendes Volk sind, das von Natur aus (vgl. England!) zur Expansion neigt. In der Tat sitzen die Japaner heute schon nicht nur in Korea, Formosa, Tsingtau und in der Südsee, sondern auch in Hawai, wo sie zahlenmäßig am stärksten vertreten sind und selbst am Ostrand des Stillen Ozeans, so besonders in Kalifornien, und es ist noch erinnerlich, welchen Sturm der Entrüstung die einschränkende Einwanderungsgesetzgebung der Vereinigten Staaten in der öffentlichen Meinung Japans hervorgerufen hat. Es bestehen demnach alle Anzeichen, daß das Expansionsbestreben Japans in der Zukunft noch größer und heftiger sein wird als bisher. Der jetzige Zustand wirkt um so beängstigender, als sich in nicht allzugroßer Entfernung des Ausdehnungsbereichs Japans ein Kontinent befindet, der bei großer Ausdehnung eine verhältnismäßig geringe Bevölkerungsmasse hat; nämlich Australien. Auch hier dient am besten ein Vergleich

Es wohnen

	auf qkm	Millionen Einwohner	Bevölk. Dichte
in Australien	8 500 000	8	0,9
in Japan	385 000	60	156

Dabei hat Australien einschließlich der Einwanderer einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 120000, Japan dagegen von 700000 Köpfen. Die Zunahme ist demnach absolut sechsmal so groß in Japan, während das Gebiet dieses aufstrebenden Volkes nur etwa ein Zwanzigstel des Kontinents Australien umfaßt.

Schließlich sei noch ein Blick geworfen auf das Wachstum der Großstädte in den genannten Ländern, da die Großstädte typisch sind als Zentren der Bevölkerungszusammenballung. 1900 wohnten in 28 Großstädten in Indien 6,5 Millionen Menschen, heute in 35 Großstädten 8,2 Millionen. In China wohnten 1900 in 15 Großstädten 7,2 Millionen, heute in ebenfalls 15 Großstädten 8,7 Millionen. Auch in dieser Beziehung stellt Japan die Rekordziffern. 1900 wohnten in 10 japanischen Großstädten 4,5 Millionen Menschen oder 10,4 % der Einwohner; heute wohnen in 22 Großstädten 8,8 Millionen oder 14,8 % der Einwohner. Unter diesen ostasiatischen Großstädten sind fünf Millionenstädte, nämlich in China Hankau und Shanghai, in Indien Bombay und in Japan Osaka und Tokio.

Die Zahlen reden deutlicher als Worte. Sie zeigen, daß im fernen Osten noch alles in Fluß ist. Eine Umwälzung hat angehoben, getragen von dem reckenhaften Wachstum der Bevölkerung, eine Revolution, die hoffentlich ohne Störungen der übrigen Welt und besonders Europas vorläuft. Heute gleicht Ostasien noch einem schlafenden Riesen, einem Riesen jedoch, der durch den Kanonendonner auf den europäischen Schlachtfeldern aus dem tiefsten Schlummer geweckt worden ist. Die Frage ist nun die: Was wird der Riese tun, wenn er zu vollem Bewußtsein, vor allem zum vollen Bewußtsein seiner Kräfte gekommen sein wird?

Karl Sapper:

MITTELAMERIKA UND WESTINDIEN IV

Ein Beitrag zur politischen Geographie kleiner und kleinster Räume

V. Schluß

Überblicken wir nach dem Gesagten nochmals die politischgeographischen Verhältnisse der amerikanischen Mittelmeerländer, so ergibt sich für uns etwa folgendes Bild:

Das festländische Mittelamerika ist ein schmaler Landstreifen von rund $^3/_4$ Mill. qkm Fläche, während die unzähligen Inseln Westindiens noch nicht $^1/_4$ Mill. qkm erreichen. Diese Tatsachen nebst der physischen Ausgestaltung der Landflächen sind die bleibende Grundlage der möglichen politischen Ausgestaltung. Geändert hat sich aber in höchstem Maße seit Ankunft der Spanier die Bevölkerung: Während am Ende des 15. Jahrhunderts nur eine Indianerbevölkerung vorhanden gewesen war (vielleicht 6—8 Millionen auf dem Festland, 3—4 Millionen auf den Inseln?), ist diese in Mittelamerika zunächst außerordentlich stark zurückgegangen, hat sich aber seit dem letzten Drittel des 18. Jahrhunderts, wo sie sich vielleicht in einer Höhe von $^3/_4$ Millionen bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 1 Million Seelen hielt, wieder zu rund 2 Millionen um 1920 bei einer Gesamtbevölkerung des Gebiets von $6^2/_3$ Millionen gehoben. Auf den Inseln ist die Indianerbevölkerung ganz ausgestorben (abgesehen von wenigen hundert Zambos mit indianischer Sprache und Kultur auf Dominica und St. Vincent); dagegen überwiegt dort jetzt Negerbevölkerung sehr stark mit Ausnahme von Cuba und Porto Rico; in Mittelamerika hält sie nur die atlantischen Küstengebiete besetzt, indes im Innern der Landbrücke nur wenige Gegenden stärkere Beimischung von Negerblut erhalten haben (z. B. das Tiefland Nicaraguas). Wenn auf den Inseln Mulatten nicht allzu zahlreich sind, überwiegt dagegen auf dem Festland die Mestizenbevölkerung stark. Weiße sind nur in Costa Rica, Cuba und Porto Rico in großer Zahl vorhanden; sonst bilden sie nur eine dünne Oberschicht.

Dank der starken Sprachzersplitterung und der ungünstigen Landverkehrsverhältnisse wie der geringen Entwicklung der Seeschiffahrt konnten sich in Mittelamerika in alter Zeit sehr viele Staaten herausbilden (man darf auf weit über 100 schätzen, so daß die mittlere Größe des einzelnen recht niedrig blieb — mehrere 1000 qkm? —); nur ganz wenige Staaten im Norden besaßen eine etwas größere Fläche und Einwohnerzahl. Ähnliche Verhältnisse bestanden auf den Großen Antillen, ohne daß man dort auch nur eine Schätzung der Zahl der Staaten versuchen könnte (was auch für die Kleinen Antillen gilt).

In den ersten Jahrhunderten nach der Entdeckung war das ganze Gebiet mit ganz geringen Ausnahmen unter europäische Botmäßigkeit geraten, so daß die dortige Bevölkerung keine eigene politische Meinung betätigen oder räumliche Zusammenfassungen nach eigenem Gutdünken vornehmen konnte: *die Länder waren dienende Glieder europäischer Staaten geworden.*

Während die Wassergrenzen des Inselgebiets natürliche Verwaltungseinheiten schufen, fehlten auf dem Festlande solche naturgegebene Grenzen in den meisten Fällen, weshalb die spanische Verwaltung vielfach an frühere politische Abgrenzungen anknüpfte und die Hauptsitze der Verwaltung in die einstigen politischen Kerngebiete verlegte, um die herum die Reichweite der Sonderverwaltungen häufig ohne genaue Grenzen bestimmt wurde — es sei denn, daß besonders bedeutsame Naturhemmnisse, wie der große Nicaraguasee und der Rio San Juan mit der Urwaldwirrnis zu seinen beiden Seiten wirksame Abschlüsse bewirkten.

Dank der starken Landzersplitterung und der geschichtlich gewordenen politischen Aufteilung wurden manchmal ganz kleine Inseln (z. B. Saba 13, St. Eustatius 18 qkm!) besondere Einheiten, während dagegen manchmal selbst kleine Inseln (wie St. Christopher im 17. Jahrhundert oder St. Martin noch jetzt) sogar zwei politisch verschiedene Verwaltungseinheiten beherbergten.

Die großen Inseln Westindiens wurden unter europäischer Herrschaft natürlich zu Verwaltungseinheiten gemacht. Auf dem Festlande aber wurden recht willkürlich Provinzen geschaffen, deren Fläche mit dem Schmälerwerden der Landbrücke im Süden auch im allgemeinen geringer wurde. Die im Generalkapitanat Guatemala zusammengefaßten Provinzen nahmen rund $^2/_3$ der mittelamerikanischen Landbrücke ein. Damit war das Raumkapital dieser politischen Einheit so gering geworden, daß die Möglichkeit späterer kraftvoller Entwicklung nicht mehr gegeben war, war doch $^1/_3$ der Gesamtfläche der festen Landbrücke benachbarten Verwaltungseinheiten zugewiesen worden, und als die Befreiung vom Mutterland erfolgte, mußten diese Gebiete Glieder der Nachbarstaaten Mexiko und Neu-Granada werden, fielen also — ebenso wie die englische Kolonie Britisch-Honduras und der an Mexiko sich anschließende Staat Chiapas — aus dem Machtbereich der mittelamerikanischen Verwaltungseinheit aus und vermehrten nur die Bedeutung der Nachbarstaaten durch ihre Raum- und Bevölkerungsmaße.

Angesichts der geringen Flächenausdehnung und Volkszahl des Generalkapitanats Guatemala und der aus der völkischen Struktur, den zeitweise schwierigen Verkehrsverhältnissen und der einem straffen Zusammenhalt feindlichen langgestreckten und schmalen Gestalt des Gebiets sich ergebenden inneren Schwäche desselben versteht man, daß es sich nicht aus eigener Kraft zu befreien wagte, sondern erst den Beschluß des Abfalls vom Mutterlande machte, als die beiden Nachbarländer im Norden und Süden siegreich aus ihrem Kampf mit Spanien

hervorgegangen waren (1821). Im Inselgebiet hat nur die robuste Entschlußkraft der Neger Haitis die Unabhängigkeit aus eigener Kraft zu erringen vermocht, während im übrigen alles unter europäischer Herrschaft verblieb und Besitzänderungen nicht durch eigene Kraft, sondern durch Beschlüsse europäischer Kabinette und Kongresse erfolgten. Selbst die Seeschlachten, die zwischen den sich bekriegenden Engländern und Franzosen in Westindien geschlagen worden sind, bedeuteten keine endgültige Entscheidung über die Besitzverhältnisse im Inselgebiet, da die Entscheidung stets in Europa fiel: selbst die Engländer mußten so aus dem während des siebenjährigen Kriegs besetzten Cuba infolge des Friedensschlusses von 1763 wieder abziehen. Wenn Cuba nach vielen vergeblichen Versuchen am Ende des 19. Jahrhunderts frei wurde, so geschah es auch nicht aus eigener Kraft, sondern durch fremde Hilfe — eine Tatsache, die die passive Rolle der Inselgebiete auf politischem Boden sehr klar zum Ausdruck gebracht hat. Wenn aber die Bevölkerung der großen Inseln aus sich heraus nichts Entscheidendes zu erreichen vermochte, so gilt das natürlich erst recht von der der kleineren Eilande. Wohl sind ihre Grenzen völlig klar und bietet die Insellage ein hohes Maß von Schutz, der durch Befestigungen noch wesentlich verstärkt werden kann, aber die Kleinheit der Fläche und vor allem die geringe Zahl der Einwohner machen es kleinen Eilanden in der modernen Zeit unmöglich, sich erfolgreich auf die Dauer gegen überlegene feindliche Streitkräfte zu halten, und auch ein starkes Mutterland kann insulare Kolonialgebiete nur mit Hilfe beträchtlicher Seestreitkräfte halten: denn der Widerstand kleiner Landflächen muß naturgemäß allmählich erlahmen, wenn nicht gar ein jäher Schlag ihn bricht.

Da die Bevölkerung von Inseln, je kleiner diese sind, desto mehr auf Zufuhr von außen angewiesen ist, so ist verständlich, daß ihr Leben nur im Frieden gesichert ist, während in Kriegszeiten eine starke Flotte des Mutterlandes ausreichenden Schutz gewähren muß. Die starke Abhängigkeit und Unselbständigkeit der Inseln ist mit der Vervollkommnung der Kriegstechnik nur noch größer geworden: mit dem Wachsen der Reichweite der Schiffsgeschütze ist auch der Küstenstreifen, der von ihnen bestrichen werden kann, immer breiter geworden, und gegenwärtig ist selbst auf Inseln ganz ansehnlicher Größe oft schon kein Plätzchen des Innern mehr vor den Geschossen der Schiffsgeschütze sicher.

Weit günstiger liegen in solcher Hinsicht die Verhältnisse in Mittelamerika, um so mehr, als die meisten Hauptstädte so weit im Innern liegen, daß sie außerhalb der Reichweite der Schiffskanonen sind. Welch beträchtlichen Schutz diese Binnenlage der Hauptstädte dem ganzen Lande bietet, zeigte in recht augenfälliger Weise ein Disput, der vor rund drei Jahrzehnten sich zwischen dem deutschen Gesandten in Guatemala und der Regierung dieses Landes wegen der Entschädigung der Familie eines ermordeten deutschen Juweliers entsponnen hatte. Die

Regierung verweigerte die Zahlung einer Entschädigungssumme, da sie ihre Verpflichtung dazu bestritt. Und als der Gesandte mit dem Präsidenten auf einer Teegesellschaft zusammentraf und ihm mit dem Herbeirufen eines in der Nähe befindlichen deutschen Kreuzers drohte, meinte der Präsident: „Bitte, rufen Sie den Kreuzer ruhig herbei! Was wollen Sie mit dem Kriegsschiff? Wir sind hier in der Hauptstadt über 100 km vom Meere entfernt, so daß Sie nicht heraufschießen können. Die Landung der paar hundert Mann Besatzung wird sich für Sie auch nicht empfehlen. Und wenn Sie etwa den Hafenplatz San José beschießen wollen, so wissen Sie doch, daß die Regierung dort nur einige Bretterhäuser ihr eigen nennt, während die Hauptgebäude deutschen und amerikanischen Untertanen gehören. Und falls Sie die Küste blockieren und den Handel unterbinden, so schädigen Sie damit vor allem Ihre eigenen Landsleute, denn diese betreiben ja den Haupthandel unseres Landes, nicht die guatemaltekischen Kaufleute!" Nach dieser Aussprache wurde der Kreuzer nicht herbeigerufen, und kurze Zeit hernach bezahlte die Regierung „aus Gründen der Billigkeit" die verlangte Summe an die Familie des Ermordeten!

Die kleine Geschichte kennzeichnet das größere Maß von Sicherheit, das die Festlandsgebiete vor den Inseln auszeichnet, wie mir scheint, sehr deutlich. Aber die Ausdehnung der Landflächen Mittelamerikas ist doch so gering, daß sie leicht überflogen werden könnten — ein Moment, das freilich kaum je in Betracht kommen dürfte, denn die innere Schwäche der einzelnen Länder oder selbst ihrer Gesamtheit ist Großmächten und vor allem den Vereinigten Staaten gegenüber so groß, daß ein Widerstreben auf dem Wege der Gewalt ja doch nicht in Frage kommen könnte. Höchstens wäre daran zu denken, daß der moralische Halt eines gemeinsamen Protestes aller lateinamerikanischen Staaten die Regierung der Union in bestimmten Fällen, wie dem gegenwärtig schwebenden Handel in Nicaragua, zum Nachgeben bewegen könnte — und auch das ist nur denkbar, wenn auch in den Vereinigten Staaten selbst sich gegen derartige Gewaltmaßnahmen energischer Widerspruch erhebt!

Ein gewisses Interesse bietet die Tatsache, daß in unserem Gebiete es nur die größeren Länder zu politischer Selbständigkeit gebracht haben, und zwar sind als untere Raumgrenze etwa 20000 qkm anzusehen (El Salvador), während als untere Bevölkerungsgrenze eines selbständigen Staates zur Zeit der Loslösung vom Mutterland etwa 40000 Einwohner, gegenwärtig rund $^1/_2$ Million Seelen (in beiden Fällen Costa Rica) gelten darf.

Die Kleinheit der Fläche und der Bevölkerung ist ein politischer Hauptnachteil der mittelamerikanischen Länder, denn durch sie ist mancher materielle und ideelle Fortschritt wesentlich erschwert: Das zeigt sich am deutlichsten bei dem volkärmsten der mittelamerikanischen Länder, bei Costa Rica. Wohl ist hier die Bevölkerung politisch, wirtschaftlich und geistig im Durchschnitt am besten veranlagt



und ausgebildet, aber die geringen Staatseinkünfte, die sich aus der kleinen Zahl und zugleich der durchschnittlich niedrigen Vermögenslage der Bewohner ergeben, sind ein großes Hemmnis für den Fortschritt des Gemeinwesens, obgleich dieses an sich sehr gute Einrichtungen zu schaffen verstanden hat. Die Kleinheit der Staatseinkünfte erschwert auch den Betrieb der auswärtigen Vertretungen, die zumeist nicht vom Staat bezahlt werden, sondern ehrenamtlich von reichen Gutsbesitzern oder anderen Bürgern übernommen zu pflegen werden. Eine Folge der Kleinheit der Bevölkerung ist auch die in mannigfacher Hinsicht bis in die Verwaltungs- und Rechtsprechungssphäre hinein nachteilige Tatsache, daß die ersten Familien des Landes, aus denen die höchsten Beamten genommen werden, zum größten Teil miteinander verwandt oder eng befreundet sind, was mancherlei Nachteile im Gefolge hat.

Andererseits ist seinerzeit von den Spaniern (offenbar aus dem Bestreben einer möglichst leichten Verwaltung heraus) die Größe der einzelnen Provinzen des Generalkapitanats Guatemala in den meisten Fällen ziemlich gleichmäßig gewählt worden, und wo eine auffallende Ausnahme vorkam (Salvador), da glich die weit höhere Volksdichte den Mangel der Größe wieder aus. Was aber im Sinn einer Kolonialverwaltung ein Vorzug war, erwies sich nachträglich, als die einzelnen Provinzen selbständige Freistaaten geworden waren, als Nachteil insofern, als nach dem Zerfall der mittelamerikanischen Gesamtrepublik keiner der Einzelfreistaaten die anderen wesentlich an Macht überragte und damit das für die politische Stellung Mittelamerikas so wesentliche Problem der Wiedervereinigung aufs äußerste erschwert wurde, denn auch der volkreichste dieser Staaten, Guatemala, der zudem den Vorzug der geschichtlichen Vormachttradition hatte, versagte bei seinen Versuchen in genannter Richtung, weil der so starke indianische Einschlag in der Bevölkerung das politische Gewicht des Staates stark herabdrückte. Solange aber die Wiedervereinigung der mittelamerikanischen Staaten nicht wieder geglückt ist, sind die einzelnen Staaten zur Bedeutungslosigkeit in der äußeren Politik verurteilt, was dazu geführt hat, daß die Vereinigten Staaten seit der Revolution von 1909 eine ausschlaggebende Stellung in Nicaragua gewinnen konnten.

Im Inselgebiet fehlt das Problem einer Wiedervereinigung verschiedener Freistaaten, denn Haiti und die Dominikanische Republik, die 1795—1808 und 1822 bis 1843 zusammengegangen waren, zeigen keine Neigung, sich wieder zusammenzuschließen, und eine engere Verbindung beider mit Cuba, der bedeutendsten westindischen Republik, ist aus geschichtlichen Gründen kaum denkbar. Dazu kommt, daß alle drei Freistaaten bereits unter der Hand der großen nördlichen Nachbarrepublik stehen und darum wohl kaum wesentliche Vorteile mit einer Vereinigung zu erreichen vermöchten.

Dagegen hatten die kleinen Besitzungen europäischer Mächte in Westindien ein großes Interesse an engerem Zusammenschluß, aber lediglich aus finanzieller

40



Ursache: die Verwaltung wird eben verhältnismäßig immer teurer, je kleiner das Verwaltungsgebiet ist: als ich seinerzeit (1903) beim Besuch der kleinen holländischen Insel Statia (St. Eustatius, wie schon erwähnt, 18 qkm groß!) einen Gezaghebber (Amtmann), einen Arzt, einen Pfarrer und einen Postmeister als Beamte einer nur wenig über 1000 Seelen zählenden Bevölkerung vor mir sah, da wurde mir klar, daß die Verwaltung eines solch kleinen Bezirks viel zu teuer zu stehen kommt und begriff sehr wohl, daß die holländische Kolonialregierung später für ihre drei nördlichen Antillengebiete Statia, Saba und St. Martin nur mehr einen einzigen Amtmann, Arzt usw. genehmigte. Und doch, wenn ich mich erinnere, daß ich bei der Fahrt von Statia nach Saba trotz der geringen Entfernung anderthalb Tage im Segelboot unterwegs war, so muß ich andererseits wieder zugeben, daß die frühere Verwaltungspraxis doch an sich ganz richtig gewesen war, denn ein Kranker kann ja leicht sterben, wenn der Arzt bei widrigen Windverhältnissen erst von einer anderen Insel hergeholt werden muß!

Aus Gründen der Sparsamkeit hatten die Engländer schon lange vor den Holländern ihre Kolonien in der Kette der hohen Kleinen Antillen zu größeren Föderationen (Leeward- und Windward-Inseln) zusammengeschlossen. Aber dessen ungeachtet ist die Verwaltung auch jetzt noch unverhältnismäßig teuer, da die naturgegebenen Verwaltungsräume eben klein bleiben und gewisse Beamtenkategorien auch auf kleinsten Räumen unentbehrlich sind, andererseits aber die Arbeitskraft der Beamten eben wegen dieser Enge des Raumes nicht voll ausgenützt werden kann.

Hinsichtlich der politischen Rechte der Bevölkerung besteht zwischen den englischen und den französischen Kolonien ein durchgreifender Unterschied, indem die Neger der französischen Antillen seit 1848 alle das französische Bürgerrecht haben und ausüben, so daß jede der beiden Kolonien Martinique und Guadeloupe einen Senator und zwei Deputierte (sehr häufig Neger!) ins französische Parlament entsendet, während die englischen Inseln nur örtliche Vertretungen kennen, wie sie übrigens auch auf den französischen vorhanden sind.

Handelspolitisch besteht ebenfalls ein bedeutender Unterschied zwischen den englischen und französischen Besitzungen, indem letztere durch die Zollpolitik des Mutterlandes genötigt sind, fast ausschließlich mit diesem Handel zu treiben, während die englischen Kolonien zwar ebenfalls ihrem Mutterlande Vorzugszölle gewähren, aber im übrigen auch vielfach zu anderen Ländern Handelsbeziehungen unterhalten. Unter diesen ziehen die Vereinigten Staaten einen um so stärkeren Prozentsatz an sich, je näher sie dem betreffenden Ursprungsland liegen. Trotzdem zeigt sich aber in der Bevölkerung dieser englischen Besitzungen keinerlei Hinneigung zum politischen Anschluß an die Vereinigten Staaten, vielmehr hängt die weiße Bevölkerung zumeist streng an den alten Traditionen und dem englischen Mutterlande.



Außerordentlich stark sind die Handelsbeziehungen der Vereinigten Staaten mit den mittelamerikanischen Ländern, noch stärker aber mit den Amerika unmittelbar vorgelagerten Großen Antillen. Reziprozitätsverträge und einwanderndes nordamerikanisches Kapital und Intelligenz stärken den nordamerikanischen Einfluß immer mehr und drängen diese Länder immer entscheidender in das Handelseinzugsgebiet der Vereinigten Staaten, deren Nachbarlage an sich schon in vielen Fällen einen ausschlaggebenden Einfluß gegenüber dem Wettbewerb der europäischen Länder in die Wagschale werfen kann.

Wohl erweist sich Mexiko noch immer als festes Bollwerk auf politischem Gebiet und verleiht auch den angrenzenden Ländern der mittelamerikanischen Landbrücke noch einen gewissen Schutz, aber auf sich gestellt bedeuten weder die festländischen noch die insularen selbständigen Staatsgebilde des amerikanischen Mittelmeers eine achtunggebietende Macht, dazu sind die Einzelgebilde zu klein und ihre Vereinzelung verhindert jede stärkere Machtzusammenballung; die politisch unselbständigen Landgebiete aber stellen nur willenlose Glieder ihrer jeweiligen Mutterländer dar und stärken daher das politische Gewicht des Gesamtgebiets nicht, was ebenso für die europäischen, wie für die mexikanischen Besitzungen auf mittelamerikanischem Gebiet gilt. Die nordamerikanischen Besitzungen dagegen bedeuten eine entschiedene Schwächung der mittelamerikanischen Eigenmacht und eine Lockerung des politischen Gefüges dieses Ländergebiets. Es erscheint demnach das Gebiet des amerikanischen Mittelmeers nicht nur in physischer, sondern auch in politischer Hinsicht als eine große Schwächezone der Erde; die Durchstechung der Landenge von Panama und der Eingriff in Nicaragua haben das politische Gefüge des mittelamerikanischen Gebiets noch weiter gelockert, andererseits aber die Stellung der Vereinigten Staaten in ihm ganz außerordentlich gekräftigt.

Die technische Großtat des Schiffskanals auf der Landenge von Panama hat das amerikanische Mittelmeer praktisch zu einem Durchgangsmeere gemacht und dessen schon vorher hohe Verkehrsbedeutung noch ganz wesentlich gehoben. Wenn auch der Kanal allen seefahrenden Völkern einen bedeutsamen Dienst leistet, so dient er doch in erster Linie den Zwecken seiner Erbauer: er hat Schiffahrt und Handel der Nordamerikaner in den pazifischen Randländern Südamerikas und Ostasiens erst wettbewerbsfähig gegenüber den europäischen Ländern gemacht; er hat den amerikanischen Kriegsflotten des Atlantischen und des Stillen Ozeans die Möglichkeit rascher Vereinigung geschaffen und damit ihre Schlagfertigkeit und Bedeutung außerordentlich gesteigert und der Besitz eines Landstreifens zu beiden Seiten des Kanals gibt den Nordamerikanern einen festen Fußhalt auf der Grenze zwischen beiden Westkontinenten und zwischen beiden Hauptweltmeeren, während die Befestigungen, die Unterseeboot- und Flugzeughäfen u. a. in diesem Gebietsstreifen ihnen die Möglichkeit wirksamer Kontrolle des Verkehrs auf der



großen Weltschiffahrtsstraße verleiht, indeß im Hintergrund zudem die gewaltig gesteigerte Kriegsflotte des mächtigen Staates bereit liegt. So stehen denn jetzt die Vereinigten Staaten als die unbestrittenen Herren des großen Schiffskanals da, eine Tatsache, die das gewaltige Wachstum dieser Macht in der jüngeren Zeit deutlich bekundet, vor allem, wenn man die Bestimmungen des Clayton-Bulwer-Vertrags von 1850 mit der jetzigen Position vergleicht. Vorsichtshalber haben die Vereinigten Staaten sich zudem 1914 von Nicaragua das alleinige Recht des Kanalbaus in jenem Lande, die beiden Corn-Inseln als Kohlenstationen und in der Fonseca-Bucht für 99 Jahre eine Flottenbasis zusprechen lassen, um auch für den Fall des Baus eines neuen Schiffskanals den Verkehr zwischen beiden Ozeanen in Mittelamerika im ganzen Umfang beherrschen zu können. Nachdem zudem die Vereinigten Staaten noch den ausgezeichneten Hafen von St. Thomas, der so lange der Mittelpunkt des ganzen westindischen Schiffsverkehrs gewesen war, gewonnen haben, darf man sie füglich als überragende Vormacht auf dem amerikanischen Mittelmeer ansehen, obgleich die Engländer, gerade dem Panamakanal gegenüber, in Jamaika noch eine äußerst wichtige Stellung einnehmen.

Die erwähnten Tatsachen zeigen uns klar, daß der politische Wert der mittelamerikanischen und westindischen Landgebiete in erster Linie durch ihre geographische Lage gegeben ist. Der Wert der Lage hat sich aber im Lauf der Zeit nicht unerheblich verändert, denn während vor der Eröffnung des mittelamerikanischen Schiffskanals die östlichsten Inseln eine besondere Bedeutung als Stützpunkte der Schiffahrt am Eingang des amerikanischen Mittelmeeres besessen hatten (was namentlich in den Zeiten der Segelschiffahrt von hervorragender Wichtigkeit gewesen war), haben seit Eröffnung der Durchfahrt durch die trennende Landbrücke die Lagen nahe der Kanalmündung an Bedeutung gewonnen, während die östlichen Häfen zwar als Schiffahrtsstationen Bedeutung behielten, aber wegen ihrer weit vom Kanal entfernten Lage politisch nicht mehr dasselbe Gewicht wie früher behaupten können, um so weniger, als sie seit allgemeiner Anwendung der drahtlosen Nachrichtenübermittlung auch ihren Wert als Kabelstationen zum Teil eingebüßt haben.

Betrachtet man die europäischen Besitzungen im amerikanischen Mittelmeer unter dem Gesichtswinkel ihrer Lage zum Panamakanal, so erkennt man, daß nächst Kingston (Jamaika) in erster Linie Curaçao begünstigt erscheint. Vergleicht man aber die tatsächliche politische Bedeutung beider Plätze miteinander, so zeigt sich sofort, daß es die Lage nicht allein macht, sondern daß erst die Machtmöglichkeiten des Besitzerstaates über die politische Bedeutung entscheidet: Curaçao in holländischen Händen wird niemals eine Drohung für den Panamakanal sein, weil zu geringe Machtmittel dahinter stehen. Aber andererseits können auch die französischen Antillen trotz der stärkeren Macht ihres Mutterlandes im Hintergrund für den Panamakanal nicht gefährlich werden, weil sie bei mehr als 2000 km



Entfernung schon zu weit abliegen, um unmittelbar bedrohlich zu sein. So bleibt denn als einzige Gegenmacht gegenüber den Vereinigten Staaten nur die englische übrig, deren Mutterland aber so weit abliegt, daß es kaum wagen dürfte, seine Flotte in amerikanischen Gewässern mit der nordamerikanischen in kriegerische Konflikte einzulassen. So darf man denn erwarten, daß die Klugheit es den im amerikanischen Mittelmeer noch unmittelbar interessierten europäischen Mächten nahelegen wird, die Vorteile der Lage ihrer westindischen Besitzungen nur im friedlichen Wettbewerb des Handels auszunützen.

Unter Umständen kann auch eine besondere physische Beschaffenheit gewissen Inseln trotz erheblicher Kleinheit eine hohe politische Bedeutung verleihen. Während beim früheren Stand der Kriegstechnik manche Inseln oder Inselteile durch natürliche und künstliche Mittel schwer einnehmbare feste Plätze darstellten, ist ihnen dieser Vorzug im Lauf der Vervollkommnung der Angriffswaffen großenteils wieder abhanden gekommen, so daß aus dieser Ursache heraus keine Insel unseres Gebiets mehr eine überragende Bedeutung sich zuschreiben kann. Dagegen blieb der Vorzug eines guten Hafens auch in der Gegenwart noch im vollen Umfang als auszeichnendes Moment erhalten und wird gerade in Westindien, wo die Orkane besondere Gefahren bieten, besonders hoch geschätzt. Freilich muß aber insofern eine gewisse Einschränkung gemacht werden, als bei sehr schweren Orkanen selbst gute Häfen keinen vollkommenen Schutz mehr gewähren können, wie denn selbst im Hafen von St. Thomas noch im 19. Jahrhundert einzelne Schiffe während des Wütens eines Orkans im Hafen untergegangen sind.

Wenn nun gewisse Vorzüge der physischen Beschaffenheit gewisse Inseln und Staaten vor anderen auszeichnen, so wird aber ein solcher Vorzug unter den besonderen Verhältnissen des amerikanischen Mittelmeergebiets nicht selten zum Nachteil für das betreffende Gebiet selbst, indem dadurch die Begehrlichkeit mächtigerer Nachbarn gereizt werden kann. So kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Vereinigten Staaten nur wenig Interesse für die dänischen Inseln bekundet hätten, wenn nicht der treffliche Hafen von St. Thomas sie gelockt hätte, denn die dänischen Antillen hatten seit vielen Jahren ebensogut starke Zuschüsse seitens der Heimatregierung erfordert, wie die überwiegende Mehrzahl der anderen europäischen Kolonien im amerikanischen Mittelmeer. Andererseits aber darf man wohl annehmen, daß die inneren Verhältnisse der Republik Nicaragua die Vereinigten Staaten nicht übermäßig interessiert hätten, wenn nicht Nicaragua der einzige mittelamerikanische Staat außer Panama wäre, durch dessen Gebiet ein Schiffskanal von Meer zu Meer ohne allzugroße Kosten gebaut werden kann. Aus diesem Grund ist auch als sicher anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten sich unter allen Umständen einen entscheidenden Einfluß auf die Verhältnisse von Nicaragua bewahren werden.

Die mittelamerikanischen Länder werden durch diesen Zugriff der Vereinigten Staaten in ihrem Zusammenhalt in stärkstem Maße gestört, denn Costa Rica wird auf solche Weise ganz von amerikanischen Keilen eingeschlossen und auch die übrigen Nachfolgeländer der alten mittelamerikanischen Republik werden dadurch von dem großen Block der südamerikanischen Republiken getrennt, erfahren damit eine weitere Schwächung ihrer Stellung. Selbst Mexiko wird durch dieselbe Tatsache benachteiligt: Es wird allmählich immer mehr ein einsamer Fels inmitten fremder nordamerikanischer Flut, da die südlich daran grenzenden Republiken ihm keinerlei wirklichen Halt zu bieten vermögen. Das ist für das Land um so bedenklicher, als es durch die lange Reihe innerer Kämpfe seit anderthalb Jahrzehnten eine beträchtliche innere Schwächung erfahren hat und bei weitem nicht mehr so stark dasteht, wie es zu Zeiten des genialen kraftvollen Porfirio Diaz gewesen war, sowohl hinsichtlich der politischen Geltung, wie der Finanzen und der inneren Struktur, ja selbst der Zahl des Volkes, die durch die inneren Reibungen der langen Revolutionsjahre schwere Beeinträchtigung erfahren haben*).

ROBERT SIEGER †:

GRUNDLINIEN EINER GEOGRAPHIE DES DEUTSCHTUMS

Nach reiflicher Erwägung, ob solches Tun im Sinne unseres allverehrten Robert Sieger sein würde, wird hiermit ein nachgelassenes Manuskript der Öffentlichkeit übergeben. Es handelt sich um einen Torso, um die ersten Abschnitte eines für weitere Kreise bestimmten Büchleins, das den hierüber verzeichneten Titel tragen sollte. Das Manuskript bricht mitten im Flusse der Darstellung, bei der Entwicklung der Lage des geschlossenen deutschen Sprachbodens in Mitteleuropa, ab. Die wiederholten Verweise auf das folgende, das unausgeführt geblieben ist, wurden nicht gestrichen. Durch sie vermag sich der Leser ungefähr ein Bild von dem geplanten Ganzen zu machen, und ist in der Lage, die Stellung der ausgeführten Abschnitte zum Ganzen abzuschätzen. Es sind dies die letzten Worte, die der allzu früh Verblichene an sein so heiß geliebtes Volk gerichtet hat.

Lautensach.

Das deutsche Volk unterscheidet sich von den anderen Nationen durch seine eigenartige Verbreitung. Wenn wir von den völlig zersplitterten Juden absehen, die kein Kerngebiet haben, ist es das räumlich am stärksten aufgelockerte Volk. An weltweiter Verbreitung stehen ihm die Engländer gleich, aber nicht in der Zersplitterung in viele kleine Außenposten. Und ein wesentlicher Unterschied —

*) Vgl. meine Ausführungen in Petermanns Mitteilungen 1927, S. 153 ff.

das ist der zweite bezeichnende Zug für die Verbreitung des Deutschtums — liegt darin, daß die englischen Siedler so gut wie überall auf britisch beherrschtem Boden sitzen, das deutsche Volk aber auch staatlich zersplittert ist. Schon vor dem Kriege lebte es in einer großen Zahl von Staaten, und durch ihn sind weitere erhebliche Teile unter Fremdherrschaft gekommen. Wie das geschlossen deutsche Kerngebiet von abgetrennten und nach außenhin allmählich immer dünner gesäten, stellenweise aber erheblichen deutschbesiedelten Landstrichen und Orten umgeben wird, so ist auch der Nationalstaat, von dem man ein halbes Jahrhundert behauptet hat, daß er alle deutschen Stämme vereinigt habe, umgeben nicht nur von solchen räumlich abgetrennten deutschen Volksteilen, sondern auch von solchen, die an ihn angrenzen, aber ihm politisch nicht zugehören. Er griff stellenweise über den deutschen Volksboden hinaus, er hat diesen aber nie ganz umfaßt, auch nicht sein geschlossenes Kerngebiet. Und wenn von den ausgeschlossenen Millionen an seinen Grenzen nunmehr ein Teil sich zu einem zweiten reindeutschen Staatswesen, der Republik Österreich, gestalten konnte, so sind dafür Millionen andere unter die Herrschaft von Völkern gekommen, die ihren Staat theoretisch als Nationalstaat ansehen und ihn zu einem solchen tatsächlich machen wollen, indem sie die Deutschen innerhalb ihres Gebiets ihrer Volkheit entkleiden.

Diese bekannten Tatsachen der räumlichen und politischen Verbreitung und Aufteilung des Deutschtums haben für die Wissenschaft die Folge, daß wir nicht einmal mit genügender Sicherheit die Zahl der Deutschen auf der Erde anzugeben vermögen. Es fehlt dazu in vielen Teilgebieten die verläßliche Grundlage. Manche Staaten erheben die nationale oder auch nur die für uns Deutsche mit ihr im großen und ganzen zusammenfallende sprachliche Zugehörigkeit ihrer Einwohner überhaupt nicht, andere nur mangelhaft und wieder andere in einer Art und Weise, die das Ergebnis nicht als glaubwürdig erscheinen läßt. Eine Statistik des Gesamtdeutschtums zu schaffen, ist daher eine notwendige und schwierige Aufgabe der Wissenschaft, deren Lösung hohen praktischen Wert besitzt. Das können wir am besten an den politischen Wirkungen der Statistik ersehen, die sich die Italiener für ihr Gesamtvolk längst geschaffen haben. Solche statistische Erhebungen können sich natürlich nicht auf die Volkszahl allein beschränken, sie müssen auch vieles andere umfassen, was die Lebensverhältnisse des Volks beeinflußt, konfessionelle und berufliche Gliederung, Aufbau nach Geschlecht und Alter, natürliche Vermehrung und Wanderbewegung, soziale Verhältnisse, Schul- und Bildungswesen, wirtschaftliche Verhältnisse und alle Arten von Organisation, und noch so manches, dessen Aufzählung zu weit führen würde. Erfreulicherweise ist man dieser Aufgabe ernstlich nahegetreten. Aus der Zusammenarbeit des Wiener Statistikers Wilhelm Winkler, der das Institut für Statistik der Minderheitsvölker an der dortigen Universität begründet hat, und der Deutschen Statistischen Gesellschaft soll in Bälde der erste Versuch eines gesamt-

deutschen statistischen Handbuches hervorgehen. Aus ihm wird auch eine geographische Betrachtung des Deutschtums auf der Erde wertvolle Anregung und Förderung gewinnen. Denn sie bedarf in vielem der festen Verankerung in zuverlässigen Zahlen. Ohne diese ist sie Stückwerk. Das habe ich lebhaft empfunden, als ich im Sommersemester 1924 in einer Vorlesungsfolge die Geographie des Deutschtums zu behandeln versuchte. Sie war ausdrücklich als Versuch bezeichnet und hat mir und meinen Hörern mehr Anregung als sichere Erkenntnis geboten, uns aber auch in der Überzeugung bestärkt, daß die Würdigung der geographischen Verhältnisse, unter denen das Deutschtum steht, eine Aufgabe von Wichtigkeit und Notwendigkeit ist. Deshalb wage ich es, diese im einzelnen noch zu erforschenden geographischen Bedingungen, die uns sozusagen auferlegt sind, unter denen sich das deutsche Volk zu behaupten hat, indem es günstige ausnützt, ungünstige zu überwinden sucht, in ihren gröbsten und unzweideutigsten Zügen kurz vorzuführen. In den verschiedenen zusammenfassenden Darstellungen des Deutschtums in aller Welt findet man — auch in den trefflichen Übersichten des Grenz- und Auslanddeutschtums — die geographische Lage und Ausstattung der deutschen Lebensräume nur ganz nebenher berücksichtigt. Zahl, soziale und politische, wirtschaftliche und kulturelle Lage, Schulwesen und Organisation stehen hier begreiflicherweise im Vordergrund. Man muß sich das geographische Material aus Einzelschilderungen zusammensuchen, die nicht überall ausreichen, und bedauert stets von neuem, daß die vortreffliche Zeitschrift „Deutsche Erde", die Paul Langhans in Gotha herausgab, mit Anfang des Weltkriegs ihr Erscheinen einstellte. Sie stand im Mittelpunkt der deutschkundlichen Forschung und Darstellung, insbesondere auch durch ihre vielen Sprachenkarten. Die Jüngeren aber kennen kaum mehr ihren Namen. Heute gibt über die Flut von oft recht schwer zugänglichen Arbeiten, auch die geographischen, am ehesten der Stuttgarter „Auslanddeutsche" erschöpfende Auskunft. Für das geschlossene Kerngebiet unseres Volkes aber, das trotz aller Grenzen nicht bloß räumlich eine große Einheit darstellt, fehlt es nicht an vortrefflichen geographischen Arbeiten, auch nicht an solchen, die die Beziehung zwischen dem Wohnraum, seiner Lage, Ausstattung und Nutzbarkeit auf der einen Seite, der Entwicklung und den Aussichten des Volks auf der andern in den Vordergrund der Betrachtung stellen. Wohl aber gibt es deren nur wenige, die das allgemein für den geschlossenen Volksboden als Ganzes tun. Ich könnte hier — abgesehen von älteren Werken, wie sie vor 1866 erschienen und auch mehr gelegentlich diese Fragen berühren — im wesentlichen nur Schriften über Mitteleuropa nennen, wie sie hauptsächlich die Kriegszeit gebracht hat. Denn auch Ratzels schönes, 1924 neu aufgelegtes Buch für alle Gebildeten, das zu lesen ich jedem empfehle, trägt den Namen „Deutschland" zu Unrecht. Es ist dem Deutschen Reiche gewidmet, bietet aber immerhin unserer Betrachtung manches Wertvolle.

Nur Norbert Krebs in seiner kleinen, gedankenvollen Schrift „Die geographischen Grundlagen des deutschen Volkstums" (Karlsruhe 1923) hat Deutschland als das geschlossene deutsche Volksgebiet gefaßt und dieses Land behandelt — wie bei dem im Reich wirkenden Österreicher fast selbstverständlich. Ich danke ihm viel. Hier will ich aber etwas andre Wege einschlagen. Nicht die Grundlagen der bisherigen Entwicklung stehen bei unserer Betrachtung im Vordergrund, sondern der Lebensraum, wie er dem deutschen Volke heute zugemessen ist. Nicht das geographische Verständnis seiner Geschichte ist unser Ziel, sondern ein Einblick in die Möglichkeiten unserer künftigen Entwicklung, die übrigens auch Krebs nicht aus dem Auge verliert.

Ehe ich das Deutschtum in seinen einzelnen Teilen betrachte, muß ich noch ein Wort sagen über die verschiedenen Formen deutscher Siedlung, die diese immer wieder aufweisen, und die sich aus der geschichtlich erwachsenen Zersplitterung dieser Siedlung ergeben. Da haben wir erstens das geschlossene Kerngebiet, in dem die Deutschen als Volk allein sind oder doch keine nennenswerten fremden Einsprengsel aufweisen, wo also der ganze soziale Aufbau rein deutsch ist. Hier kann sich jede Gesellschaftsschicht, jeder Berufszweig aus dem Volk selbst, aus seinem Mutterboden ergänzen und bedarf zu seinem Aufbau weder außendeutscher noch stammfremder Zuwanderung, ist nur an ganz wenig Stellen (und dann meist aus sozialen Gründen) von nichtdeutscher Einwanderung einigermaßen bedroht. Dies Kerngebiet zerfällt politisch a) in das Deutsche Reich, dessen Bewohner man leider selbst im Außendeutschtum noch immer vielfach als „Deutsche" schlechtweg bezeichnet — nennen wir sie folgerichtig und ständig „Reichsdeutsche", so brauchen wir nicht, wie neuerlich im Reich üblich wird, die übrigen Deutschen als Volks- oder Stammesdeutsche zu bezeichnen. Ferner b) Deutschösterreich, das amtlich seit dem Frieden sich nur mehr Republik Österreich nennen darf, c) die von Deutschen bewohnten Teile der Schweiz, die sich zum guten Teil lieber Allemannen als Deutsche nennen, und die wir daher objektiv lieber, gleich den politisch ähnlich eingestellten Luxemburgern und mit Einschluß der Liechtensteiner als deutschsprechende Schweizer usw. bezeichnen, d) diejenigen Teile des geschlossenen Sprachgebietes, die andern Staaten zugehören. Ihre Bewohner gehören in jedem Sinn zu dem nicht immer klar umgrenzten Auslanddeutschtum und werden am besten als Grenzauslandsdeutsche bezeichnet, während jene Deutschen des geschlossenen Gebiets, die innerhalb des Reichs und Österreichs dessen Grenze zunächst wohnen, als Grenzinlandsdeutsche bezeichnet werden können.

Wenn wir die Bewohner des geschlossenen Sprachgebiets als Binnen- oder Innendeutsche zusammenfassen, so stehen ihnen als zweite große Gruppe nicht die Auslands-, sondern die Außendeutschen gegenüber. Die deutsche Sprachgrenze ist, gleich allen andern, nur ausnahmsweise eine scharfe Grenzlinie gegen

ein ebenso geschlossenes Gebiet eines andern Volks. In der Regel stellt sie einen Saum, ein Auflockerungs- und Mischgebiet dar, wie in einem großen Teil der norddeutschen Ostmarken, in Kärnten oder an der Drau bis unterhalb Marburg. Da liegen vorspringende Sprachhalbinseln der reinsprachigen Gebiete (Sprachzungen), dann ausgesprochene Sprachinseln der einzelnen Grenzvölker, und gemischte Siedlungen durcheinander, die jeweiligen Minderheiten sind verhältnismäßig stark. Doppel- und Mehrsprachige, selbst Menschen von unscharfer nationaler Zugehörigkeit sind nicht selten. Die Mundarten beeinflussen sich gegenseitig oft in auffälliger Weise und können den Bewohnern der geschlossenen Kerngebiete als ein halbfremdes, von ihnen belächeltes Kauderwelsch erscheinen. Nach der völkischen Anlage und den wirtschaftlichen Neigungen wie der wirtschaftlichen Lage der aneinandergrenzenden Völker kann eine gewisse berufliche und soziale Arbeitsteilung sich herausbilden, die die Mischung weiter begünstigt, Einwanderungen fördert und von dem einen oder dem andern Teil als nationale Gefahr empfunden wird. Man denke etwa an die Stellung der Tschechen im Handwerk niederösterreichischer Grenzgebiete, und insbesondre auch Wiens, dessen Stellung als Reichshauptstadt überhaupt nichtdeutsche Zuwanderung begünstigte. Solche Zuwanderung kann mehr oder weniger stark aufgesogen, assimiliert werden, umsoweniger, je ausgesprochener das Nationalbewußtsein einer Zeit und eines eindringenden Volkes ist. So kann auch die soziale Struktur eine gemischte werden. Derartige Mischgebiete finden sich auch ferne von der Sprachgrenze; die Ränder großer Sprachinseln weisen sie oft auf, aber auch jung kolonisierte Gebiete und andere. Bezeichnend sind sie aber besonders als Auflockerungserscheinungen für den Randsaum nationaler Kerngebiete. Wir unterscheiden sie daher als eigenen Typus A — mit der Unterteilung in überwiegend deutsche und überwiegend fremdvölkische — scharf von den vereinzelten, mehr oder weniger dicht gesäten Sprachinseln, dem Typus B.

Diese tragen verschiedenen Charakter, je nach ihrer Entfernung vom geschlossenen Gebiet und nach der Lebhaftigkeit der Beziehungen zu ihm, die zum großen Teil von geographischen Verhältnissen abhängt, aber nicht ausschließlich von solchen. Die verschiedene Stellung der Siebenbürger Sachsen und der Südostschwaben ergibt sich großenteils daraus, daß jene unter dem Einfluß ihrer Volkskirche und von deren Schule auf die Pflege enger geistiger und kultureller Beziehungen mit dem deutschen Mutterland besondres Gewicht legten, diese sich in einer wachsenden Abgeschlossenheit entwickelten. Wichtig ist ferner die selbständige Eigenart, die gewisse Sprachinseln, Sprachinselgruppen und mit ihnen durch die Lage verbundenen Minderheiten entwickeln, so daß sie zu eigenen deutschen Stammestypen werden, wie die beiden ebengenannten. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn wir große Sprachinseln oder überhaupt, nach Winklers Ausdruck, Gebietssprachinseln vor uns haben. Andre dagegen erscheinen als bloße



Auslieger des nächsten deutschen Stammes im Kerngebiet. Das gilt besonders von Ortssprachinseln, die sich auf eine oder wenige benachbarte Siedlungen beschränken. Aber nicht Zahl und Ausdehnung allein entscheiden. Auch der Einfluß der Nachbarvölker kann auf die Eigenart einwirken, aber ebenso der bewußte Gegensatz zu ihnen. Hier mag schon erwähnt werden, daß religiöse Unterschiede die Verschmelzung erschweren, konfessionelle Gleichheit den nationalen Gegensätzen aber entgegenwirkt. So waren die Südostschwaben den katholischen Magyaren gegenüber weniger widerstandsfähig und vor allem viel weniger widerstandslustig, als gegen die orthodoxen Rumänen. Der konfessionelle Gegensatz kann aber auch den nationalen Eroberungsdrang verstärken und damit Sprachinseln und Minderheiten stärkerer Bedrohung unterwerfen. Bei der Kolonisation des Nordostens ging Verchristlichung und Eindeutschung ungezwungen Hand in Hand. Die Russifizierung, die z. B. gegen die Balten immer gewaltsamer vorging, war eng verbunden mit den Herrschaftsbestrebungen der orthodoxen Staatskirche. Diese Beziehungen müssen wir uns immer vor Augen halten. Nach ihrem innern Bau aber können wir die deutschen Sprachinseln unterscheiden in reindeutsche mit einer sehr großen Mehrheit unseres Volks und in solche, die eine erhebliche fremdvölkische Minderheit umschließen, somit als mehr oder weniger gemischte anzusehen sind. Die Grenzen sind fließend; können doch sogar schwache Mehrheiten und starke Minderheiten von einer Volkszählung zur andern ihre Stelle vertauschen. Aber der Unterschied etwa zwischen dem reindeutschen Gottscheer Land oder Pettau auf der einen Seite, Orten wie Luttenberg oder St. Leonhard in den Windischen Büheln (1910 je 52% Deutsche) springt in die Augen. Reindeutsche Sprachinseln zeigen uns auch einen reindeutschen sozialen Aufbau, in stärker gemischten wird ein größerer oder geringerer Teil der gesellschaftlichen Schichten oder Berufe leicht von dem andern Volk erobert werden können. Der soziale Aufbau ihres deutschen Volkstums weist Lücken auf. Das ist vielfach bei deutschen Städten geschehen, sobald der Bevölkerungszuwachs nicht mehr durch natürliche Vermehrung erfolgte. Denn Städte von einer gewissen Größe sind für ihr Wachstum, ja für ihre Erhaltung auf die Wanderbewegung angewiesen. Diese kann aus der Nähe, einem bäuerlichen Hinterland, oder von weiter her die Lücken in der Stadtbevölkerung ausfüllen. Fehlt die gleichvölkische ländliche Umgebung und der Zuzug von andern Siedlungsgebieten, vor allem dem Kernland, des Volks, so versinkt die städtische Sprachinsel im fremdvölkischen Meer, das sie umbrandet. Das war und ist das Schicksal vieler Städte in unserem östlichen Verbreitungsgebiet, seitdem die große Ostkolonisation durch die atlantische Einstellung der Welt seit den großen Entdeckungen und durch innere Reibungen und Widerstände um ihren Nachschub gebracht wurde. Aber auch rein bäuerliche Siedlungen haben keine sichere Gewähr nationalen Bestandes. Wenn sie auch in ihren einfacheren Verhältnissen, namentlich bei ungemischt deutscher Bevölkerung, alte



deutsche Sitte und Art leichter bewahren, als der beweglichere Städter, so fehlen ihnen dafür die Mittel kultureller Gegenwehr gegen Unterdrückung nnd Entnationalisierung. So hat der polnische Adel deutsche Bauern in die Sklavenstellung der polnischen herabdrücken und damit entdeutschen können. Andernorts hat sich freilich gerade den Bauern gegenüber gezeigt, daß eine scheinbar fast völlige Entnationalisierung sich bei geänderten Verhältnissen als wenig tiefgreifende Oberflächenerscheinung erwies, etwa bei den Banater Schwaben. Die neue Karte des Deutschtums in Großrumänien von Spek lehrt uns, daß es bei diesen und in Bessarabien viel mehr rein deutsche Dörfer gibt als in Siebenbürgen. Das gleicht manchen Vorteil aus, den die Sachsen sonst voraus haben. Aber auch die Größe und Volkszahl bäuerlicher Sprachinseln ist für ihre Erhaltung nicht minder von Gewicht, als jene städtischer für diese. All die erwähnten Tatsachen zeigen, daß zwischen Sprachinseln mit landwirtschaftlicher Bevölkerung, rein städtischen und solchen, in denen städtisches Deutschtum sich mit ländlichem verbindet, große Unterschiede bestehen, die im Grunde auf ihrem Verhältnis zur Bodenfläche und ihrer Bodenständigkeit beruhen.

Eine dritte Unterabteilung des Außendeutschtums bildet der Typus C, die Minderheiten, im eigentlichen Wortsinn wohl auch Gebiets- und Ortsminderheiten genannt. Das sind Deutsche innerhalb einer vorwiegend fremdvölkischen Landschaft oder Siedlung. Ein Übergang zwischen ihnen und den Sprachinseldeutschen besteht dort, wo die Deutschen zwar nicht die absolute, wohl aber die relative Mehrheit einer mehrsprachigen Siedlung bilden. Dort wird ihr Gewicht in noch höherem Grade als sonstwo nicht von der Zahl allein, sondern von ihren Eigenschaften und Leistungen bestimmt; überdies von ihrem politischen Geschick, das sie bekunden, je nachdem ob sie eine Vereinigung der Mitvölker gegen sie zu verhindern und sich mit einem von diesen zu verbinden wissen oder nicht. Bei den eigentlichen Ortsminderheiten ergibt sich eine Unterteilung, je nachdem sie räumlich geschlossen sind, d. h. einen bestimmten Teil der Siedlung einnehmen, wie vielfach in Siebenbürgen und der Dobrudscha, oder über die ganze Siedlung zerstreut sind.

Wo die Minderheiten absolut und relativ zu klein sind, ja nicht mehr die erforderliche Zahl für eine Schule, Pfarre u. dgl. aufbringen, gehen sie in den vierten außendeutschen Typus D über, die eigentliche Diaspora oder Zerstreuung. Ihr werden wir auch solche Deutsche zurechnen müssen, die in einem fremden Staat sich vorübergehend oder selbst durch Geschlechterfolgen niederlassen, ohne doch bodenständig zu werden, weil die Absicht der Rückkehr ins Mutterland besteht. Wo diese auch dadurch bekundet wird, daß man die heimische Staatsbürgerschaft behält und die des Wohnstaats nicht erwirbt, sich also von dessen politischem Leben selbst ausschaltet, spricht man wohl von der reichsdeutschen Kolonie, den Auslands-Reichsdeutschen und entsprechend von den Deutschen der



österreichischen oder schweizerischen Kolonie usw. Es gibt aber auch bodenständige Deutsche in der Diaspora.

Das Bild der deutschen Siedlungsarten wäre unvollständig, wenn wir nicht den eben berührten Unterschied zwischen Bodenständigen und Nichtbodenständigen hervorhöben. Er gilt, wie innerhalb jedes Gebiets überhaupt, so im besonderen innerhalb der Sprachinseln und Minderheiten. Sie können zu einem großen Teil, ja städtische und industrielle Ortsminderheiten überwiegend, aus nichtbodenständigen, sog. flottanten Elementen bestehen. Staats- und Verkehrsbeamte, Arbeiter u. a. stellen solche dar. Politisch haben sie die gleiche Stellung wie die Bodenständigen, wenn sie nur Inländer sind; geographisch sind sie verschieden von ihnen, weil sie nicht einwurzeln und an der Siedlung, in der sie leben, und deren Geschick weniger seelischen Anteil haben als deren einheimische Bewohner. Das bekannteste Beispiel ist kein deutsches, es sind die tschechischen Bergarbeiter in Deutschböhmen oder auch die polnischen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Es ist immer ungefähr die gleiche Zahl Menschen dort, welche die gleichen Interessen haben, auch sprachlich die gleichen Ansprüche erheben. Aber sie wechseln und sind und bleiben ortsfremd, ja landfremd. Eine Veränderung der wirtschaftlichen Konjunktur, die tief genug greift, oder eine politische, kann sie rasch hinwegfegen. Wir haben erlebt, daß die verlorenen Gebiete des Deutschen Reichs und Österreichs von Hunderttausenden von Deutschen verlassen wurden. Es waren überwiegend Nichtbodenständige.

Dieses mit Absicht breit ausgeführte Bild zeigt uns die Erscheinungsformen des Deutschtums und jeden anderen Volkstums nach seinem Verhältnis zu Boden und Raum, also geographisch betrachtet. Statistisch erscheint uns ein anderes Bild: die Stellung der Deutschen als Mehrheit oder Minderheit innerhalb der Gemeinde, des Verwaltungsbezirkes, des Staates. Wir sprechen von Gemeinde- und Bezirksminderheiten, in bezug auf den Staat meist nicht von Staatsminderheiten, sondern von Minderheitsvölkern. Ein Teil des geschlossenen Deutschtums ist in diese letzterwähnte Stellung gelangt. Das Bezeichnende für die Deutschen gegenüber andern Völkern läßt sich dahin zusammenfassen, daß sie einerseits viel mehr Sprachinseln und Minderheiten aufweisen, andrerseits an viel mehr Staaten als Minderheitsvolk beteiligt sind als jene.

Versuchen wir eine ziffernmäßige Schätzung, so entfallen auf das Deutsche Reich rund 60 Millionen, auf das übrige geschlossene Sprachgebiet an die 15 Millionen, von denen rund 6 in die Stellung eines Minderheitsvolks gelangt sind. Sprachinseln, Minderheiten und Zerstreuung werden auf 15 bis 25 Millionen geschätzt, so daß sich eine Gesamtzahl von 90—100 Millionen Deutscher ergibt.

Wenn wir uns dem geschlossenen Sprachgebiet als erstem zuwenden, so sei zunächst auf eine von Krebs veranlaßte Berechnung hingewiesen, die allerdings die Sprachinseln des unmittelbaren Grenzgürtels vereinfachend miteinbe-

zieht. Darnach umfaßt es rund 600000 qkm, so daß die durchschnittliche Volksdichte 100 nennenswert übersteigt (etwa 120), ein Zeugnis seiner kulturellen Entwicklung und angesichts der Gebirge, die es umschließt, auch der ziffernmäßige Ausdruck dafür, daß es seine Bevölkerung nicht unmittelbar ernähren kann — das zeigt uns auch seine Produktionsstatistik —, somit auf Industrie, Weltexport, Welthandel und Weltverkehr, aber auch ausländische technische und andere Unternehmungen angewiesen ist. In der Tat sind alle seine Teilgebiete Industrie- und Handelsländer. Von dieser Fläche entfallen an 320000 qkm auf das Kernland westlich von Elbe, Saale und Böhmer Wald, gegen 290000 auf das Gebiet jener großen Ostkolonisation, die die größte mittelalterliche Leistung unseres Gesamtvolks darstellt. Das sind 48 v. H., würde allerdings auf 44 herabsinken, wenn wir mit Krebs die Niederländer und die Flamen und Flanderer, die deutsch waren, aber unserem Volkstum durch ihre eigene Schriftsprache und seelische wie politische Einstellung entfremdet wurden, mit einbezögen. Es entfallen rund 60 v. H. der Fläche auf das heutige Reich, 66 auf dessen Gebiet vor dem Kriege, ferner gegen 15 auf Österreich und die südlichen, von ihm abgetrennten Gebiete, gegen 5 auf die Tschechoslowakei, gegen 4 auf die Schweiz, etwas weniger auf Polen und Danzig, 2 auf Elsaß-Lothringen usw. Für die Bevölkerung läßt sich, sehr rund gerechnet, ein Prozentsatz von 79 für das Reich, von gegen 9 für Österreich mit Deutschsüdtirol usw., über $3^{1}/_{2}$ für die Schweiz, über 4 für die Tschechoslowakei, über 2 für Elsaß-Lothringen angeben usw. Rund 23 v. H. von der Fläche des geschlossenen deutschen Bodens und rund 10 v. H. seiner deutschen Bevölkerung stehen unter Fremdherrschaft, wohlgemerkt: vom geschlossenen Volksboden.

Wenden wir uns dessen geographischen Verhältnissen, Lage, Grenzen, Ausstattung zu, so tritt uns vor allem die Tatsache der Mittellage in Europa entgegen, die man mit Ausdrücken, wie „das Land der Mitte", „das Herz Europas" usw. zu bezeichnen pflegt. Sie spiegelt sich in zwei Tatsachen. Auf deutschem Boden schneiden sich einmal, in Berlin, die großen Verkehrsdiagonalen des Erdteils, die heute die Bahnlinien Lissabon—Moskau und Nordsee—Konstanza bezeichnen, und zum anderen, bei Wien, die Südostlinie vom Ärmelkanal nach Konstantinopel (Orientexpreß) und die Nordostlinien von Rußland nach dem Mittelmeer (Petersburg—Nizza-Expreß).

Der deutsche Boden umschließt noch andere Knotenpunkte mehr oder weniger diagonaler Hauptlinien. Anderseits aber ist er das große Schlachtfeld aller europäischen Gesamtkriege. Es sei nur auf die Gegend von Leipzig hingewiesen. So ist der deutsche Volksboden das eigentliche Mitteleuropa.

Sehen wir näher zu, so gliedert sich Europa, sowohl in meridionaler wie in der Richtung der Parallelkreise, in je drei Streifen. Das Innenfeld des Kreuzes, das diese bilden, deckt sich im ganzen mit dem deutschen Land. Von den drei Meri-

dionalstreifen hat Penck den mittleren, auf dessen hohe Bedeutung er hingewiesen hat, als „Zwischeneuropa" bezeichnet, und dieser Name hat sich eingebürgert. Für den mittleren von den drei Längsstreifen, die im Osten in Rußland weniger deutlich ausgeprägt sind, fehlt ein bezeichnender Name. Ich will ihn kurzweg als Stammeuropa hezeichnen, denn er bildet den Stamm des Kontinents gegenüber dessen Verzweigungen oder Gliedern und gegenüber seinem breiten Wurzelstock.

Was bedeutet nun die zwischeneuropäische Lage? Westeuropa ist atlantisch, Osteuropa festländisch. Zwischeneuropa aber grenzt an Binnenmeere. Daraus aber ergibt sich für die Deutschen die Möglichkeit, auf den ihr Land berührenden Binnenmeeren, d. h. der Ostsee und der östlichen Nordsee die wirtschaftliche und politische Vormacht zu gewinnen, und damit entsprechenden Einfluß in den Ländern zu erhalten, die an sie grenzen. Das ergab sich in den Zeiten der Hansa und wieder in der Vorkriegszeit; dazwischen liegt allerdings die Zeit der schwedischen Ostseeherrschaft, die aber von einem zu schwachen Volkskörper getragen war, um sich zu behaupten. Die Deutschen sind dagegen das an Seelenzahl stärkste Volk Zwischeneuropas. Die Lage in diesem Landstreifen bedeutet aber auch die Nachteile einer größeren Entfernung vom Atlantischen, dem Hauptmeer der letzten Jahrhunderte, gegenüber den vormals als „Seemächte" bezeichneten Weststaaten. Durch die festlandnahe Insellage Englands werden diese bis zur Gefahr einer völligen Absperrung vom Weltmeere gesteigert. Haben die Weststaaten durch die Übermacht ihrer Flotten die Beteiligung der Deutschen an der großzügigen Kolonisation der Welt verhindert und alle Versuche des 17. und 18. Jahrhunderts zu überseeischen Erwerbungen im Keime erstickt, so gewann später die gewaltig entwickelte deutsche Handelsflotte trotz der rückwärtigen Lage ihrer Ausgangshäfen eine bedeutende Stellung im atlantischen Verkehr. Aber die Deutschen vermochten sie von ihrer schmalen marinen Basis an Binnenmeeren aus, deren natürlichen Verbindungsweg sie zudem nicht beherrschten, so daß sie erst durch eine Kanalanlage eine innere Verbindung als Ersatz schaffen mußten, dann nicht gegen gewaltsame Bedrohung zu schützen. Auch mit einer der englischen gleichen Kriegsflotte, deren Schaffung den Deutschen schon ihre Binnenlage erschweren mußte, hätte sich die Absperrung vom Ozean, die der Weltkrieg brachte, schwerlich verhindern lassen. Dazu war Englands geographische Lage zu stark. So — aber auch ın vielen anderen Beziehungen — bedeutet die zwischeneuropäische Lage eine starke Abhängigkeit vom Westen. Auch vom Osten her ist Zwischeneuropa leicht zugänglich und leicht zu bedrohen. Aber gerade die Grenzen seines deutschen Mittelstücks sind die offensten, nämlich wenig geschützte Landgrenzen. Klimatisch bedeutet die zwischeneuropäische Lage einen Übergang: das deutsche Volk konnte sich weder das milde Seeklima des atlantischen Westens zunutze machen, noch die Fruchtbarkeit kontinentaler Ackerbauländer. Es mußte sich — auch die Bodenbeschaffen-

heit zwang dazu — die Gaben der Natur weit härter erarbeiten, als andre und wurde dadurch in vieler Hinsicht erzogen. Diese und andre Lagewirkungen kann ich aber nicht weiter erörtern.

Stammeuropa, das in seinem östlichen Wurzelstock zur vollen Breite des Erdteils anschwillt, liegt zwischen der nordwestlichen Inselwelt und der Halbinselgruppe Fennoskandia (Skandinavien, Finnland und Kola) auf der einen Seite, den südeuropäischen Inseln auf der andern. In seinem westlichen Teil ist Frankreich als durchgängige und ziemlich schmale Landbrücke zwischen zwei Meeren einer großen Halbinsel verwandt; atlantische Klimazüge treffen auf seinem Boden mit südeuropäischen zusammen, sein Volk findet offene Wege über Wasser oder Land zu den Verwandten des Südens. Das ungegliederte Rußland, in dem die Klima- und Produktionszonen von Nord nach Süd allmählich ineinander übergehen, hat lange aber offene Wege in dieser Richtung. Zwischen dem aufgelokkerten Westen und dem ungefügen Osten aber lehnt sich der mittlere, zwischeneuropäische Teil Stammeuropas im Norden an das Meer, im Süden ans hohe Gebirge. Beide bieten ihm Sicherung und Schutz, — obwohl sich das Hochgebirgsland nach Osten in zwei Mauern gabelt, die sich zwar wieder vereinigen, zwischen denen aber fremde Völker sich ausbreiten und durch die Wiener Pforte und die benachbarten Lücken weit ins deutsche Land einfallen konnten und können. So reicht das deutsche Volkstum nur bis in die Alpen und bis an die Karpathen heran, ohne den Raum bis zu diesen letzteren ganz zu erfüllen.

Die Lage zwischen den Alpen und den nördlichen Binnenmeeren macht das deutsche Land zum Träger des festländischen, westöstlichen Verkehrs in Europa. Die großen Längslinien führen über Berlin und Wien, zum Teil werden sie durch die Anordnung der Gebirge allerdings in diagonale Richtung abgelenkt. Es sei der Bahnen Wien—Paris und der süddeutschen Linien, vor allem auch der vielen Weststraßen des norddeutschen Tieflandes gedacht. Die Lage zwischen den Alpen und den nördlichen Meeren ist aber auch die Grundursache dafür, daß der deutsche Boden der Vermittler des stärksten Nordsüdverkehrs in Europa geworden ist. Es wurde bereits des Gegensatzes zu dem westlichen und dem östlichen Teile Stammeuropas gedacht. In beiden fehlt die starke Verkehrsspannung nach Norden und Süden hin, die in Zwischeneuropa durch den scharfen klimatischen Gegensatz und die Verschiedenheit der Produkte in den drei Längszonen hervorgerufen wird. Grundverschieden ist unser „mitteleuropäisches" Klima von dem mittelländischen der jenseits der Alpen und dem nordischen jenseits der Ostsee. So hat das Land der Südfrüchte und der Seidenraupen wie das Land des Fisch-, Holz- und Erzüberflusses dem Bedarf der im Mittelland angehäuften Menschen viel zu bieten, aber auch von ihrem Gewerbfleiß manche Ergänzung seiner Wirtschaft zu erwarten. Früh mußten daher die Hindernisse überwunden, Meer und Alpenpässe zu Verkehrswegen gemacht werden. Das deutsche Volk



wurde nicht ihr alleiniger Träger; als der Orienthandel durch Südeuropäer nach dem Norden vermittelt wurde, kamen diese ebenso auf unsere Märkte, wie unsere Kaufleute ihre Handelsplätze aufsuchten. Den Norden aber gewann sich die deutsche Hansa. Zum Handel traten andre Beweggründe früh dazu, die allbekannt sind, die ich daher nur andeuten will. Wäre die Sehnsucht der deutschen Seele nach dem sonnigen Süden so seltsam stark geworden, ohne das trennende Eisgebirge, das sich zwischen uns und das ersehnte Land legt? Und spiegelt die heute so große Begeisterung für die nordische Landschaft nicht auch den „Zug über See", der unserem ans Meer grenzenden und doch zu seinem größten Teil recht meerfremden Volke als Erbteil seiner geographischen Lage gegeben ist? Eine Ahnung von der Gemeinsamkeit der zwischeneuropäischen Lage scheint mitzuspielen, wenn die deutschen Könige nach dem Scheitern des universalen Kaisertums doch die Herrschaft über Italien immer wieder anstreben, und wenn sie gelegentlich auch auf den Norden ihr Auge wenden, den sie allerdings immer mehr der wirtschaftlichen Tätigkeit der Hansa überließen. Noch in Österreichs Politik des 19. Jahrhunderts wirkt der zwischeneuropäische Zug nach Italien mit sein wiederholtes Vordringen gegen die Südosthalbinsel, die in ihrem Kern noch zu Stammeuropa gehört, liegt ebenfalls auf zwischeneuropäischem Boden.

FRANCESCO NITTI:

KRIEG ODER FRIEDEN?

Europas Schicksalsfrage

Schwebt Europa heute in Kriegsgefahr? Wer diese Frage beantworten will, muß zugeben, daß drei wichtige Momente bestehen, die als Anzeichen für den bevorstehenden Ausbruch eines Krieges gewertet werden können.

Das erste Moment ist die Fortdauer des Rüstungswahnsinns. Wo große Armeen gehalten werden, besteht Kriegsgefahr, denn schließlich ist es ja die Aufgabe der Heere, Krieg zu führen.

Wie ist nun in militärischer Hinsicht die Lage in Europa? Obwohl das Nationalvermögen der europäischen Länder durch den Weltkrieg außerordentlich zusammengeschmolzen ist und obwohl der Staatshaushalt in den meisten Ländern stark in Unordnung geraten ist, greift der Rüstungswahnsinn immer weiter um sich. Obwohl ferner durch die Friedensverträge die Militärmacht von vier europäischen Ländern rein auf die Bedürfnisse der inneren Sicherheit beschränkt wurde, geben die Völker der Erde zusammen dennoch mehr als 15 Milliarden Mark jährlich für Rüstungszwecke aus, Europa allein mehr als 9 Milliarden Mark. Die Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes hat errechnet, daß diese Summe in Gold beinahe dem Betrage gleichkommt, der im Jahre 1913, in welchem bekanntlich die Kriegsvorbereitungen ihren Höhepunkt erreichten, für Rüstungen aufgewandt wurde. Da die vier besiegten Länder gezwungen wurden, ihre Rüstungen auf ein Mindestmaß zu beschränken, so müssen die Siegerstaaten — und vor allen Dingen diejenigen Länder, die durch die Friedensverträge neu entstanden oder ihr Gebiet als Folge dieser Friedensverträge erweitern konnten — ihre Armeen vergrößert haben. Heute sehen wir in Europa beinahe 1 Million Soldaten mehr unter Waffen als vor dem Kriege.

Der zweite Umstand, der auf einen kommenden Krieg hinzudeuten scheint, ist der Mangel an Vertrauen unter den europäischen Nationen. Mißtrauen entsteht aus dem Gefühl der Unsicherheit. Krieg und Frieden sind letzten Endes Auswirkungen psychologischer Vorgänge; die sich ergebenden Tatsachen sind nur eine Folge der jeweiligen Geisteseinstellung. Im heutigen Europa ist alles in der Schwebe. Vor dem Kriege gab es eigentlich nur ein umstrittenes Gebiet, Elsaß-



Lothringen, und nur ein Land, das eine große Anzahl verschiedener Rassen mit verschiedenartiger Sprache in sich vereinte, Österreich-Ungarn. Heute können wir in Europa mindestens 9 oder 10 Elsaß-Lothringen und mindestens 5 oder 6 Länder feststellen, in denen Menschen verschiedenster Rassen zusammenleben. Wenn Polen, das nur über eine kleine nationale Mehrheit verfügt, seine Armee in ständiger Kriegsbereitschaft hält, so geschieht es deshalb, weil es nicht glaubt, daß Deutschland sich je mit der Regelung seiner Ostgrenzen zufrieden geben wird, oder das Rußland je den Verlust slawischen Gebietes verschmerzen wird. Die polnische Nationalpartei andererseits erstrebt ein Großpolen, das sich von der Ostsee bis zur Ukraine erstreckt.

Rumänien fürchtet, daß Rußland Bessarabien besetzen wird, sobald sich die Gelegenheit hierzu bietet. Rußland andererseits hat deutlich zu erkennen gegeben, daß es die bisherige Regelung der bessarabischen Frage keineswegs anerkennt. Fast in allen Teilen Europas sehen wir eine ungesunde, weil auf Mißtrauen beruhende Geisteseinstellung.

Das dritte Gefahrenmoment endlich ist die Existenz der zahlreichen Diktaturen in Europa. Wir sehen heute eine große mächtige rote Diktatur und mindestens 7 oder 8 kleine weiße Diktaturen, von denen eine immer schlimmer ist als die andere. Nicht nur die Geschichte des Altertums, sondern auch die moderne Geschichte lehrt uns, daß jede Diktatur entweder in einer Revolution oder in einem Kriege — oft in beidem — endet. Bekanntlich ist die Entfesselung eines Krieges oft die letzte Weisheit des Diktators, um sich vor der Rebellion des eigenen Volkes zu schützen. Die reaktionären Parteien in den verschiedenen Ländern liebäugeln oft mit der Diktatur, doch sehen sie nicht die Gefahr, die in ihr liegt. Sie zetern über russischen Terror, ziehen es aber vor, über ungarische, italienische oder bulgarische Behandlungsmethoden den Mund zu halten. So verlieren ihre Angriffe gegen das bolschewistische Rußland viel an moralischem Wert.

Die heutigen Diktaturen in Europa müssen in einem Kriege enden. Mussolini, Italiens Diktator, spricht in allen seinen Reden nur vom Kriege. Obwohl Italien sich in der schwierigsten wirtschaftlichen und finanziellen Lage befindet, hat es doch alles Geld, das es im Auslande aufgenommen hat, nur für Kriegsvorbereitungen verwandt. In seiner hochbedeutsamen Rede vom 26. Mai d. Jhrs. ermahnte Mussolini die Italiener, die Geburtsrate zu erhöhen. „Falls Italien“ — so sagte er — „etwas in der Welt gelten will, so muß es in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts mit einer Bevölkerung von nicht weniger als 60 Millionen Menschen eintreten. Wir müssen in der Lage sein, mindestens 5 Millionen Menschen jederzeit mobilisieren zu können und über das nötige Kriegsgerät zur Führung eines größeren Krieges verfügen.“ „Unsere Rechte“, so sagte Mussolini weiter, „müssen anerkannt werden.“ Was für Rechte meint er und gegen wen will er sie geltend machen? Der Krieg soll nach seinen Angaben zwischen 1935



und 1940 kommen. Ist es nicht Wahnsinn, schon jetzt die Zeit festlegen zu wollen, in der ein Krieg kommen soll? Ist es nicht unter den heutigen gespannten politischen Verhältnissen äußerst gefährlich, davon überhaupt zu sprechen? Zum Kriegführen gehören mindestens zwei Kontrahenten. Dieser Zweite will sich sicher nicht überraschen lassen. Es besteht darum auch jetzt schon vielfach ein geheimer Kriegszustand. Die Streitigkeiten zwischen der faschistischen Regierung und Griechenland, der Türkei, Jugoslawien und die letzten Vorgänge in Albanien sind in sich selbst bereits Anzeichen einer bewußten Kriegspolitik. Wo immer eine Diktatur herrscht, da besteht Geheimdiplomatie, da besteht Geheimpropaganda — ob sie rot oder weiß ist, macht keinen Unterschied — und da wirken ungezügelte Kräfte unter der Oberfläche.

Wie läßt sich die Gefahr dieser Lage bannen? Der Völkerbund, verfehlt in der Anlage und mangelhaft in der Organisation, hat in seiner eigenen Mitte seine schlimmsten Feinde, nämlich die Vertreter der Diktatoren. Einer dieser Delegierten hatte die Stirn, zu erklären, daß er sein Land gegen den Völkerbund vertritt. Das größte kapitalistische Land — die Vereinigten Staaten von Amerika — und das größte antikapitalistische Land — Rußland — ebenso wie der überwiegende Teil von Südamerika stehen noch außerhalb des Völkerbundes. Bei all seinen Maßnahmen hat der Völkerbund nie allzu große Energie bewiesen. Sieht er sich einer schwierigen Lage gegenüber, so wäscht er gewöhnlich seine Hände in Unschuld wie einst Pilatus. Wir haben es oft genug erleben müssen, daß sich der Völkerbund über Streitigkeiten kleiner Staaten aufregte, dagegen bei schwierigen Problemen schwieg, besonders wenn diese Probleme die Großmächte angingen. Die sicherlich ausgezeichneten Persönlichkeiten, die an den einzelnen Sitzungen teilnahmen, bewundern den Völkerbund und preisen seine Einrichtung; aber wollen sie die Verantwortung für seine Handlungen übernehmen?

Wenn es trotz dieser gefahrlichen Situation noch nicht zu einem Kriege kam, so geschah es wegen der großen finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich die meisten Staaten befinden. Fast jeder Staat zeigt wirtschaftlich und finanziell eine Art Erschöpfungszustand. Rußlands Technik ist für einen Krieg nicht genügend entwickelt, Polen steht allein und sieht sich dem Mißtrauen eines entwaffneten Deutschland und der geheimnisvoll drohenden Größe Rußlands gegenüber. Italien hat trotz der Brandreden Mussolinis nicht die Gelder, die zur Kriegsführung nötig sind. Es verfügt weder über die nötigen Kohlen- und Eisenvorkommen noch besitzt es eine genügend entwickelte Rüstungsindustrie; ja selbst seine Lebensmittelproduktion ist nicht ausreichend; Italien könnte nur mit Hilfe Englands oder Amerikas an einen Krieg denken. Die Völker Europas selbst, die im Falle des Krieges gegeneinander loszugehen hätten, sind kriegsmüde. Wer heute einen Krieg anzuzetteln versuchen würde, liefe Gefahr, eine Revolution hervorzurufen. Amerika, das Europas größter Gläubiger geworden ist, befindet sich in der Geistes-

verfassung aller Gläubiger, d. h. es wünscht nicht, daß sich seine Schuldner zugrunde richten.

Aber wer kann prophezeien?

Wenn wirklich Kräfte bestehen, die in wirksamer Weise gegen die Kriegstreibereien gewisser Mächte arbeiten, so sind sicherlich auch starke Kräfte am Werk, die eine Kriegspolitik begünstigen. Torheit kennt beim einzelnen Menschen und im Völkerleben kein Gebot. Hoffen wir, daß diese Episode der Torheit bald ihr Ende nimmt und daß die moralischen Gesetze im Leben der Völker ihre Macht behalten.

MARTIN BLANK:

HANDELSBILANZ UND DAWESPLAN

Der Generalagent für Reparationszahlungen, Herr Parker Gilbert, braucht sich über Mangel an Publizität nicht zu beklagen. Besonders seit sein vom 10. Juni datierter Zwischenbericht über die ersten 9 Monate des laufenden — dritten — Dawesjahres in der Öffentlichkeit erschien, ist die Debatte über den Dawesplan und sein zukünftiges Schicksal in der deutschen Presse nicht mehr abgerissen. Hervorgerufen ist diese Beschäftigung mit dem Reparationsproblem und dem letzten Bericht des Generalagenten in erster Linie dadurch, daß Herr Parker Gilbert an der deutschen Finanzgebarung in einem Maße und mit einer Heftigkeit Kritik geübt hat, wie wir sie aus seinen früheren Verlautbarungen nicht kannten. Gerade über diese Kritik ist denn auch von deutscher Seite viel geschrieben und gesprochen worden, und der Generalagent hat selbst Kritik hinnehmen müssen, die — zum wenigsten hinsichtlich einiger seiner Behauptungen und Schlußfolgerungen — nur zu berechtigt war. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht auch die kritischen Bemerkungen des Generalagenten in gewissen Punkten übereinstimmen mit den Beschwerden, die seit längerer Zeit von verantwortungsbewußter deutscher Seite gegen die deutsche Finanzgebarung vorgebracht wurden. Seine Berechtigung, die deutschen Finanzen kritisch zu untersuchen, leitet der Generalagent von dem Umstand her, daß bekanntlich im Normaljahre die Hälfte der deutschen Reparationsleistungen aus dem Reichshaushalt entnommen werden soll, der damit zur größten einheitlichen Quelle der Daweslasten wird. Außerdem weist er darauf hin, daß für die Stabilität der Währung, die ihn aus Transfergründen höchlichst interessiert, die Ausgeglichenheit des Staatshaushaltes die wichtigste Vorbedingung ist. Diese Ausgeglichenheit des Staatshaushaltes sieht er als durch die „anschwellende Flut der Regierungsausgaben" (the rising tide of Government expenditures) gefährdet an.

Es ist nun interessant, daß der Generalagent sich mit diesen Fragen sehr intensiv beschäftigt, scharfe Tadel erteilt und weitgehende Forderungen aufstellt,



während er einen anderen — für die Durchführung des Sachverständigenplans mindestens ebenso wichtigen — Fragenkomplex verhältnismäßig kurz abtut und sich auf die Wiedergabe der nackten Tatsachen beschränkt: wir meinen die Entwicklung der Ausfuhr aus Deutschland in ihrem Verhältnis zur Einfuhr nach Deutschland, kurz die Gestaltung der deutschen Handelsbilanz. Ein Fundament des ganzen Dawessystems ist die Erkenntnis, daß „Reparationszahlungen nur durch einen Ausfuhrüberschuß finanziert werden und nur so finanziert werden können" (Sachverständigen-Gutachten Teil II, Abschnitt II, b, 4). Es ist ja auch einleuchtend, daß Reparationszahlungen, d. h. Leistungen an fremde Volkswirtschaften nur aus den Überschüssen bewirkt werden können, die die deutsche Volkswirtschaft im Austausch gegen das Ausland erarbeitet, es sei denn, daß man die Leistungen aus dem Volksvermögen, aus der Substanz zu nehmen gesonnen ist. An dieser klaren Alternative wird auch nichts geändert durch die Möglichkeit, im Auslande Schulden zu machen und mit dem geborgten Gelde die fälligen Reparationsverpflichtungen zu begleichen. Es ist bekannt, daß wir in Deutschland von der vorstehend gekennzeichneten Möglichkeit in der hinter uns liegenden Zeit in bedenklich großem Umfange Gebrauch gemacht haben; war doch schon die sog. Dawesanleihe von 1924 nichts anderes als die Aufnahme hochverzinslicher langfristiger Schulden zur Begleichung sofort fälliger Reparationsverpflichtungen. War bei dieser Anleihe doch das Reich — der Träger des Hauptteils der Daweslasten — selbst der Schuldner, so sind an seine Stelle im weiteren Verlauf kapitalbedürftige, deutsche öffentliche Körperschaften und private Unternehmungen getreten. Die von diesen Stellen kontrahierten Schulden hatten zwar nicht die Finanzierung von Reparationsleistungen zum Ziel, sie haben aber — indirekt — diesem Zweck gedient und haben die bisherige glatte Durchführung des Planes mit ermöglicht. Es steht fest, daß die Entwicklung der deutschen Außenhandelsbilanz seit dem Inkrafttreten des Dawesplanes eine Unterlage für die Durchführung des Gutachtens im Sinne seiner Verfasser nicht gegeben hat.

Wie stellt sich nun der Generalagent zu dieser Frage? An den nackten und eindeutigen Zahlen unseres auswärtigen Handels kann er natürlich nicht vorbei; und wenn er es in seinem Bericht vom 30. November 1926 über das zweite Dawesjahr auch fertiggebracht hat, durch geschickte Auswahl einer Periode von 12 Monaten einen Ausfuhrüberschuß der deutschen Volkswirtschaft zu errechnen, so zeigt selbst ihm die weitere Entwicklung bis heute den problematischen Wert solcher Exempel. In den 9 Monaten vom 1. September 1926 bis zum 31. Mai 1927 sind für 2022 Millionen Mark Waren mehr nach Deutschland eingeführt worden, als aus Deutschland ausgeführt wurden. Im gleichen Zeitraum wurden rund 922 Millionen aus deutschen Reparationsleistungen durch den Generalagenten den Gläubigerländern zugeführt. Die Summe dieser beiden Posten reicht

— für $^3/_4$ Jahre — an 3 Milliarden heran, eine Ziffer, die von ihrer bedenklichen Tragweite wenig einbüßt, wenn man den Wert der „unsichtbaren Ausfuhr", der natürlich auch eine „unsichtbare Einfuhr" gegenübersteht, abzieht und die vom Statistischen Reichsamt als zweckmäßig ermittelten Korrekturen an den Werten der Einfuhr (—3%) und der Ausfuhr (+ $1^1/_2$%) vornimmt.

Man darf mit Sicherheit annehmen, daß Überlegungen, wie sie hier angestellt werden, auch dem Generalagenten und seinem Stabe nicht fremd sind; bemerkenswert ist nur, daß über diese dem deutschen Wirtschaftsleben so abträgliche Entwicklung, die auch dem Funktionieren des Planes so gefährlich werden kann, ganz leidenschaftslos und ohne eigene Stellungnahme berichtet wird, während man den angeblichen Gefahren aus der Gestaltung der Reichsfinanzen so viel Aufmerksamkeit zuwendet. Und nun liegen die Dinge nicht etwa so, daß man in der Reichsfinanzgebarung mit Leichtigkeit Änderungen im Sinne des Generalagenten vornehmen könnte, während man die Entwicklung der deutschen Außenhandelsbilanz wie ein kosmisches Geschehen über sich ergehen lassen müßte. Der Gründe für die Verfassung des deutschen Außenhandels sind viele: einer der wichtigsten ist die Absperrung der Welt gegen deutsche Exportwaren, ein anderer die u. a. durch Steuerdruck und Eisenbahnfrachten hochgehaltenen Gestehungskosten der deutschen industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, wobei die Höhe von Steuern und Frachten ihren Ursprung zum Teil im Dawesplan selbst hat. Ein Appell an die fremden Länder, deutsche Waren hereinzulassen, wenn sie deutsche Reparationsleistungen haben wollten, ein allgemeiner Hinweis auf die Erschwernisse der deutschen Ausfuhr wäre hier — als Gegengewicht für die gegen Deutschland in Sachen Reichsfinanzen erhobenen Vorwürfe durchaus am Platze gewesen. Statt dessen zeigt sich bei der Berichterstattung über die Gestaltung des deutschen Außenhandels eine Einstellung, die man als „Verharmlosungstendenz" bezeichnen möchte, d. h. das deutliche Bestreben, die Bedeutung der auf diesem Gebiet gegen die Durchführung des Planes sich auftürmenden Hindernisse weniger wichtig erscheinen zu lassen. Für diese Behauptung finden sich im Bericht des Herrn Parker Gilbert zahlreiche Belege, von denen wir einige anführen möchten. So ist es z. B. nicht uninteressant, daß zum Beleg für den angewachsenen Einfuhrüberschuß an einer Stelle (S. 67) nur der Einfuhrüberschuß in den 6 Monaten vom November 1926 bis April 1927 genannt wird, während der Bericht sonst die Zeit September 1926 bis Mai 1927 umfaßt. An anderer Stelle ist von den starken Schwankungen der Einfuhr die Rede; der Bericht muß zugeben, daß sie mit dem Wiederansteigen der deutschen industriellen Produktion stark gewachsen ist, und an diese Feststellung wird dann die etwas vage Erwartung geknüpft, daß die starken Rohstoffeinfuhren bei einem industriellen Lande wie Deutschland sich nach einiger Zeit in gesteigerten Ausfuhren widerspiegeln würden; wir sagten schon, daß die Steigerung des Exports nicht eine einseitige

Sache Deutschlands ist, das Ausland muß auch kaufen. Wenn dann weiter festgestellt wird, daß die deutsche Fertigwarenausfuhr nahezu stabil geblieben ist und daran abermals die Hoffnung geknüpft wird, daß sie sich im Gefolge des starken Rohstoffimports steigern wird, so wird dieser Optimismus durch Repetition nicht berechtigter. Auch die Behauptung, daß Deutschland seit dem Inkrafttreten des Planes noch nicht zu normalen Verhältnissen in Ein- und Ausfuhr habe kommen können, nimmt den bisher vorliegenden Ergebnissen nichts von ihrer Schwere. Uns Deutschen macht bekanntlich das Anwachsen der Fertigwareneinfuhr gegenüber der Vorkriegszeit Sorgen (Monatsdurchschnitt 1913 = 116 Millionen, November 1926 bis April 1927 — 161,2 Millionen, Mai 1927 — 210,3 Millionen). Der Generalagent tut in seinem letzten Bericht die Einfuhr von Fertigwaren ab als „nur einen kleinen Posten" (but a small element). In den 6 Monaten November 1926 bis April 1927 hat sich die deutsche Gesamtausfuhr — verglichen mit dem gleichen Zeitraum ein Jahr früher — um ganze $^{8}/_{10}$ % gehoben, wobei die Fertigwarenausfuhr sogar um 3 % zurückging. Die Einfuhr stieg in der gleichen Zeit um 48 %, die Fertigwareneinfuhr um 57 %. Das sind erschreckende Ziffern. Sie entstammen sämtlich dem Bericht des Generalagenten; nur ist versäumt worden, die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen.

Aufgabe dieser Zeilen war es, auf das Fehlen dieser Folgerungen hinzuweisen; daß sie fehlen, ist vom Standpunkt des Generalagenten, des Beauftragten der Gläubiger, aus verständlich: wäre man dem Sinn und Wortlaut des Sachverständigengutachtens gefolgt, so hätten Übertragungen an die Gläubigermächte — einerlei ob Bar- oder Sachtransfer, Einziehung durch Recovery Acts oder Leistungen für die Besatzungstruppen — nicht vorgenommen werden dürfen.

HERMANN LAUTENSACH:

BERICHT ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Die Kraftstoffwirtschaft der Erdteile

Kein Zweig der Weltwirtschaft hat im Jahre 1926 eine so plötzliche und einschneidende Änderung seiner Struktur erfahren, wie die Steinkohlenförderung, die volle 7 Monate hindurch unter dem Zeichen des englischen Bergarbeiterstreikes stand. Nach dem Aufhören des Streikes haben sich, wie schon H. Spethmann in Heft 4 dieses Jahrganges der Z. f. G. betont hat, nicht automatisch die alten Förder- und Absatzverhältnisse des Weltkohlenmarktes, wie sie vor Beginn des Streikes bestanden, wieder eingestellt. Dieses elementarste Ereignis in der Nachkriegsgeschichte der Weltwirtschaft hat viel mehr Entwicklungen beschleunigt, die wir in den Berichten S. 108 ff. und 382 ff. auf fast allen anderen Gebieten des Wirtschaftslebens verfolgen konnten; die Enteuropäisierung der Steinkohlenförderung. Die Zahlen der Steinkohlenproduktion, die die nachstehende Tabelle bringt, stehen bei einer Reihe minder wichtiger Staaten für das Jahr 1926 noch nicht genau fest. Die großen Züge der Entwickelung, auf die es hier allein ankommt, ergeben sich aus ihr jedoch mit eindeutiger Klarheit. Die Minderförderung der großbritannischen Gruben 1926 gegenüber 1925 betrug 120,253 Mill. t, ein Betrag, der die reichsdeutsche Steinkohlengesamtförderung von 1924 übertrifft. Die übrigen europäischen Steinkohlenländer sprangen ein, insbesondere das Deutsche Reich, dessen Förderung vom Juni 1926 ab die monatliche Durchschnittsproduktion von 1913 (in den jetzigen Grenzen) überschritt und die zweite der Welt wurde, die Niederlande, Polen, das aber die Förderungsziffer von 1913 trotzdem auch in diesem Jahre längst nicht erreicht hat, Frankreich, Belgien und die Tschechoslowakei. Großbritannien führte das erstemal in seiner Geschichte sehr erhebliche Mengen von Steinkohlen und Koks ein, so daß der Ausfuhrüberschuß der vorhergehenden Nichtstreikmonate nahezu verschwand. Das Deutsche Reich wurde das erste Steinkohlen- und Koksausfuhrland der Erde; seine Ausfuhr an Steinkohle, Preßkohle und Koks stieg auf fast 64 % des Gewichts der Gesamtausfuhr (s. Tabelle von S. 654). Trotzdem konnte keine Rede davon sein, daß das Festland der Europäischen Halbinsel den großbritannischen Riesenausfall voll deckte. Seine Mehrförderung betrug vielmehr nur etwa 28 Mill. t, wozu das Deutsche Reich allein beinahe die Hälfte beisteuerte. Das Endergebnis war, daß die Europäische Halbinsel 1926 um rund 92 Mill. t hinter der Förderung von 1925 zurückblieb. Ihr Anteil an der Weltförderung betrug 1913 immerhin noch 44,4 % und war damit erheblich günstiger als bei allen anderen Bergwerkserzeugnissen (vgl. S. 387) mit Ausnahme des Eisenerzes, und in der Nachkriegszeit hat die Europäische Halbinsel sich zunächst jene Vorkriegsstellung nahezu zurückerobert. 1925 betrug ihr Anteil wieder 44,0. Aber 1926 ist er auf weniger als 37 % gefallen.



Steinkohle und Braunkohle	Steinkohlenförderung in 1000 t			Braunkohlenförderung in 1000 t		
	1913	1925	1926	1913	1925	1926
Großbritannien	292 043	251 533	131 280	·	·	·
Deutsches Reich	190 109	132 729	145 363	87 233	139 792	139 877
Saargebiet		12 990	13 681	·	·	·
Frankreich	40 051	47 047	52 480	793	987	1 056
Tschechoslowakei	14 280	12 553	14 508	·	18 789	18 799
Niederlande	1 873	6 848	8 880	—	208	300
Europ. Halbinsel	*569 230*	*524 035*	ca. *432 000*	*126 948*	*176 822*	*178 500*
Sowjetrußland	*35 752*	*17 004*	ca. *20 000*	—	*1000*	*1000*
Japan	21 316	28 700	29 260	—	—	—
Brit.-Indien	16 468	20 152	20 280	—	—	—
Außerruss. Asien	*58 208*	*80 490*	ca. *83 000*	*100*	*351*	ca. *350*
Südafrikanische Union	7 984	11 800	12 720	—	—	—
Afrika	*8 205*	*12 489*	ca. *13 400*	—	*290*	ca. *300*
Australien	*13 796*	*15 177*	ca. *15 200*	*740*	*1139*	ca. *1100*
Vereinigte Staaten	517 060	530 779	601 680	—	1 000	2 500
Kanada	13 426	8 528	11 640	193	2 285	3 254
Nordamerika	*530 486*	*539 307*	*613 320*	*193*	*3 285*	*5 754*
Südamerika	*2 484*	*3 311*	ca *3 300*	—	—	—
Ganze Erde	1 281 161	1 191 813	ca. 1 180 000	127 981	182 887	ca. 187 000

Den größten Teil jener Minderförderung der Europäischen Halbinsel von 92 Mill. t hat Nordamerika übernommen, dessen Mehrförderung gegenüber 1925 den ungeheuren Betrag von 76 Mill. t aufweist. Nordamerikas Anteil an der Weltförderung ist damit von 41,4% (1913) über 45,3% (1925) auf rund 52% (1926) gestiegen. Allein die U. S. A. erzeugten 1926 mehr als die Hälfte der ganzen Weltförderung. Die Führung Nordamerikas selbst auf diesem Gebiete, das auch heute noch den einen Grundpfeiler der wirtschaftlichen Erzeugung bildet, ist damit endgültig entschieden. Europa, das die Maschinenkultur nur eben dank dem Vorhandensein sehr reicher Kohlenschätze erfinden und entwickeln konnte, ist unwiederbringlich entthront worden.

Auch nach Berücksichtigung der nordamerikanischen Förderung bleibt noch ein Förderungsdefizit von etwa 16 Mill. t. Ungefähr 12 Mill. t wirken sich in einer Minderung des Weltförderungsbetrages aus. 4 Mill. t jedoch sind als sehr bemerkenswerte Fortschritte der übrigen Erdteile, insbesondere Afrikas (Südafrikanische Union) und des Außerrussischen Asien zu buchen.

Nach Beendigung des Streikes hat England mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit die Förderungsziffern der Vorstreikzeit wieder erreicht. Aber die Förderung des festländischen Teiles der Europäischen Halbinsel ist bisher erst wenig unter die Rekordziffern der Streikmonate heruntergegangen. Stand das festländische Europa in den letzten Streikmonaten schon so weit unter den Zeichen einer Produktionskrise, daß der Reichskohlenkommissar dem Ruhrgebiet Sonderlieferungen auferlegen mußte (S. 352), so droht jetzt auf der Europäischen Halbinsel eine Absatzkrise, die ihresgleichen bisher noch nicht gehabt hat. Besonders ernst ist die Lage in Polen und Belgien. Aber auch in England beginnen schon wieder die Preisabschläge, Produktionseinschrän-

kungen, Feierschichten und Arbeiterentlassungen. Frankreich sucht sich durch ein Dekret betreffs Beschränkung der Kohleneinfuhr zu helfen, das England schwer zu treffen geeignet ist. Während Großbritannien sich im übrigen die festländischen Absatzmärkte im alten Umfang zurückerobert hat, betrug die Kohleneinfuhr nach Frankreich in den ersten 5 Monaten dieses Jahres nur 4,074 Mill. t gegenüber 4,944 Mill. t in den gleichen Monaten des Jahres 1925. Bei dieser Lage ist es für Europa ein schwacher Hoffnungsstrahl, daß der in den Weichkohlenzechen der usamerikanischen Staaten Pennsylvanien, Illinois, Ohio und Indiana am 1. April d. J. ausgebrochene Streik die Monatsförderung der Vereinigten Staaten vom März zum April von 60,10 auf 37,92 Mill. t gesenkt hat. So dürfte 1927 vielleicht für die Kohlenförderung und -ausfuhr der Europäischen Halbinsel schließlich doch nochmals wieder etwas günstiger abschließen als 1926. Aber die große Entwicklungslinie ändert sich damit nicht. Sie ist gekennzeichnet durch das Steigen der außereuropäischen Förderung, und zwar nicht nur Nordamerikas, sondern in der Nachkriegszeit auch der übrigen Erdteile.

Ausfuhr (—) = bzw. Einfuhr (—) = Überschuß von Steinkohlen mit Einschluß von Preßkohlen und Koks

in 1000 t	1913	1925	1926
Großbritannien	—77919	—54959	— 1114
Deutsches Reich	} —32888	—24518	—36906
Saargebiet		} +19439	+17152
Frankreich	+21424		
Verein. Staaten	—21859	—18514	—35072
Kanada	+15096	+14557	+15447

Trotz der Ähnlichkeit der verschiedenen Verwendungsarten ist die geopolitische Bedeutung der Braunkohle eine gänzlich andere als die der Steinkohle. Der zwischenstaatliche Braunkohlenhandel beschränkt sich im wesentlichen auf eine gewisse Ausfuhr der Tschechoslowakei, die 1926 2,849 Mill. t betrug, und von der 2,015 Mill. t nach dem Deutschen Reich gingen. Ein unmittelbarer politischer Kampf um Absatzmärkte oder um Produktionsgebiete fehlt hier also nahezu völlig. Die Braunkohle ist ein Objekt einzelner Staatswirtschaften, aber nicht der Weltwirtschaft. Nur dadurch, daß sie bis zu einem gewissen Grade als ein Steinkohlenersatz auftritt, hat sie indirekt weltwirtschaftliche und damit politische Auswirkungen. Diese stellen sich aber nur da ein, wo die Braunkohle in großen Massen gefördert wird, vorzugsweise also im Deutschen Reich und der Tschechoslowakei, wo die geförderten Stein- und Braunkohlenmengen in den letzten Jahren ungefähr gleich gewesen sind, ja die Braunkohlenförderung die der Steinkohle zeitweilig sogar überholt hat (s. die Tabelle von S. 653). Infolgedessen hat die Europäische Halbinsel ihre führende Vorkriegsstellung in der Braunkohlenförderung ungestört in die Nachkriegszeit hinüberretten können. Ja, der überlegen führende Staat der Braunkohlenförderung, das Deutsche Reich, hat infolge der zwingenden Not des Versailler Diktates und des Ruhreinfalles seine Produktion von 1913 auf 1926 gewaltig zu steigern vermocht. Wenn die Weltförderung in dieser Zeit um rund 59 Mill. t (=46%) gestiegen ist, so entfallen 52,644 Mill. t dieser Steigerung eben auf das Deutsche Reich. Zukunftswichtig sind aber immerhin die Nachkriegsansätze der Braunkohlenförderung, die sich in Sowjetrußland, Australien, Kanada und den U. S. A. zeigen.



Wie neben zahlreichen anderen Aufsätzen der Z. f. G. die Abhandlung von Wilser in diesem Jahrgang S. 461 ff. und 539 ff. gezeigt hat, ist kein Objekt der Weltwirtschaft in dem Maße Gegenstand der großen Politik wie das Erdöl. Die „Erdölpolitik" ist jedoch eine ebenso junge geopolitische Erscheinung wie die Verwendung des Erdöls als Kraftstoff. Erst vor einem Menschenalter endete die Periode, in der das Petroleum an erster Stelle für Leuchtzwecke Verwendung fand, und Kaukasien sich mit der Union fast allein in die Erdölförderung der Welt teilte (1900: 149 Mill. Barrels, 50,9% davon Rußland). Als dann das Zeitalter der Explosions- und Dieselmotoren sowie der Ölfeuerung einsetzte, da hob sich mit einem Schlage Nordamerikas Förderung rapide. Es hat die Führung seither überlegen in Händen, und die Entdeckung immer neuer Felder, wie z. B. 1926 des Seminolefeldes (Okla.), das am 30. Juni d. J. die Rekordtagesproduktion von 428 000 Barrels lieferte, straft vorläufig die düsteren Prophezeiungen einer Erschöpfung der nordamerikanischen Lager in 1—2 Dezennien immer wieder Lügen. So steht die Union heute unter den ausgesprochenen Zeichen einer Überproduktion an Erdöl (siehe umstehende Tabelle). Das Jahr 1927 dürfte dort die ungeheure Zahl von 800 Mill. Barrels erreichen. Mexikos Förderung dagegen, die 1921 193 Mill. Barrels betragen hatte, geht von Jahr zu Jahr weiter zurück. Der Hauptgrund ist der Erdölkonflikt zwischen der mexikanischen Regierung und den amerikanischen Ölfirmen, die den größeren Teil der mexikanischen Förderung kontrollieren. Er veranlaßt die letzteren, zumal unter dem Eindruck der nordamerikanischen Überproduktion, zu zeitweiliger Zurückhaltung. So kommt es, daß die nordamerikanische Jahresförderung 1926 den Wert von 1925 nicht ganz erreicht hat (s. Tabelle). Südamerika dagegen hat kraft des amerikanischen Kapitals, insbesondere der Standard-Oil-Gesellschaften, seine Produktion um nicht weniger als 63% gesteigert; das Bestreben, auf diesem jungfräulichen Boden vor den Konkurrenten Fuß zu fassen, überwiegt hier die volkswirtschaftliche Vernunft. Besonders mächtig ist der Förderungsanstieg in den am Amerikanischen Mittelmeer im Angesicht der Union gelegenen Staaten Venezuela und Kolumbien. Durch den Panamakanal hindurch haben die Nordamerikaner die Produktion Perus entwickelt und beginnen eben, auch in Ekuador nennenswerte Ölmengen zu fördern.

Gegenüber dieser von der Union verursachten stürmischen Entwicklung des Westfeste verharrt die Ostfeste in den letzten Jahren in einer gewissen Konstanz der Entwicklung. Im außerrussischen Asien ist der Hauptgrund hierfür die ausgesprochene Aufsparungspolitik der britisch orientierten Royal Dutch Shell und Anglo-Persian Co. Die russische Förderung hat sowohl im Bezirk von Baku wie auch von Grosnyi-Maikop und ganz besonders von Emba ansehnliche Fortschritte gemacht; so daß die russische Produktion den Stand von 1913 nahezu wieder erreicht hat. Eine Rohrleitung Grosnyi-Tuapse (Schwarzes Meer) ist im Bau, die Leitung Baku-Batum soll mit finanzieller Hilfe der Standard Oil Co. verdoppelt werden. Da die Royal Dutch infolge des Abbruches der Handelsbeziehungen zwischen dem Britischen Reich und den Sowjets gegenüber dem russischen Asneft eine sehr schroffe Haltung annimmt, scheint sich ein engeres Zusammengehen der Russen mit den Amerikanern anzubahnen. Auf der Europäischen Halbinsel ist die Steigerung der rumänischen Förderung sehr bemerkenswert; im zweiten Erdölland, Polen, hindert Mangel an Kapital und Organisationsgeschick die Entwicklung. Im übrigen ist die Förderung der europäischen Staaten gleich der ganz Afrikas und Australiens aus geologischen Gründen sehr bescheiden. Bemerkenswert ist immerhin, daß das Deutsche Reich, dem Frankreich seine ertragreichsten Lager, die von Pechelbronn im Elsaß, durch das Versailler

Diktat geraubt hat, seine Restförderung zwischen 1920 und 1926 von 246 000 auf 717 000 Barrels zu steigern vermochte (Reviere von Hänigsen-Nienhagen, Wietze und Oberg-Godenstedt). Alles in allem besitzt die Europäische Halbinsel heute bei einer bescheidenen Förderung einen Riesenverbrauch an Erdöl und steht damit in sklavischer Abhängigkeit von Nordamerika, Persien und Kaukasien. Die Verarbeitung der Kohle zu flüssigen Brennstoffen, die mit der am 1. April erfolgten Eröffnung des Merseburger Werkes der I. G. Farbenindustrie praktische Bedeutung zu gewinnen beginnt, scheint in der Zukunft dazu berufen zu sein, diese Fessel für Europa und besonders Deutschland zu lockern.

Erdöl	Erdölförderung in 1000 Barrels (1 Barrel = 1,59 hl)		
	1913	1925	1926
Rumänien	13 555	16 646	23 299
Polen	7 818	5 960	5 835
Deutsches Reich	857	554	717
Europ. Halbinsel	*22 297*	*23 776*	*30 448*
Sowjetrußland	*62 834*	*52 448*	*61 000*
Persien	1 857	35 038	35 460
Niederländ.-Indien	11 172	21 422	22 200
Britisch-Indien	7 930	8 000	8 728
Außerruss. Asien	*23 040*	*70 637*	*72 588*
Afrika	*98*	*1 263*	*1 194*
Australien	—	—	—
Vereinigte Staaten	248 446	763 743	766 504
Mexiko	25 696	115 515	90 072
Nordamerika	*274 370*	*879 258*	*856 915*
Venezuela	—	20 913	37 284
Peru	2 071	9 115	10 782
Argentinien	131	5 818	7 835
Kolumbien	—	1 010	6 446
Südamerika	*2 706*	*41 470*	*67 593*
Ganze Erde	385 345	1 068 852	1 089 718

Wasserkräfte	Wasserkräfte insgesamt vorhanden in Mill. PS	1925 ausgenutzt in %
Norwegen	9,5	19
Schweden	8,0	18
Deutsches Reich	2,0	55
Schweiz	2,5	60
Europ. Halbinsel	*54,0*	*21*
Sowjetrußland	*11,0*	*2,2*
Indien	27,0	0,7
China	20,0	0,01
Außerruss. Asien	*73,75*	*0,5*
Belgisch-Kongo	90,0	0,0003
Französisch-Kongo	35,0	—
Kamerun	22,0	—
Afrika	*190,0*	*0,01*
Australien	*4,25*	*3,3*
Vereinigte Staaten	35,0	29
Kanada	18,25	17
Nordamerika	*59,25*	*23*
Brasilien	25,0	1,8
Südamerika	*60,75*	*1,4*
Ganze Erde	453,0	6,4

Es verdient schließlich noch betont zu werden, daß die obige Erdöltabelle auf Grund einer kritischen Vergleichung der vom American Petroleum Institute publizierten Ergebnisse mit der von Wunstorf im Maiheft der Zeitschrift für praktische Geologie 1927 (Lagerstättenchronik S. 70) veröffentlichten Zahlen sowie mit den teilweise noch nachträglich bekannt gewordenen amtlichen Angaben einzelner Staaten zusammengestellt worden ist. Die Zahlen, die die schon im März d. J. abgeschlossene Abhandlung von Wilser (Z. f. G. 1927, S. 469) enthält, konnten nur auf Vorschätzungen fußen und sind, wie sich erst nachträglich herausgestellt hat, teilweise etwas zu hoch gegriffen.



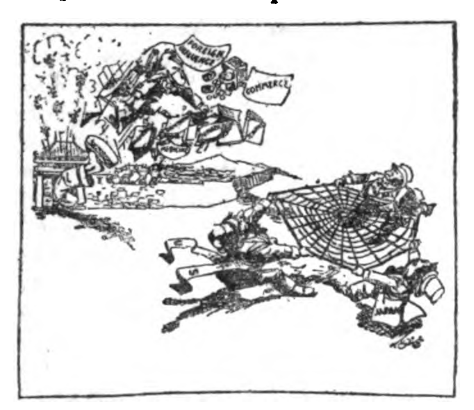
Das Bild von der Kraftstoffwirtschaft der Erdteile wird schließlich vervollständigt durch eine Übersicht über die nicht durch Abbau erschöpfbaren Kraftquellen, die Wasserkräfte. Da zeigt es sich, daß der Erdteil, der trotz seiner Größe in der Kohlen- und Erdölwirtschaft die denkbar bescheidenste Rolle spielt, Afrika, vermöge seines orographischen Baues und der Niederschlagsfülle seines äquatorialen Teiles in bezug auf nutzbare Wasserkräfte allen anderen weit voransteht. Afrika umfaßt von der festen Landoberfläche — von dem in vorstehender Tabelle unberücksichtigt gelassenen Antarktischen Festland abgesehen — 22 %, von den ausnutzbaren Wasserkräften dagegen 42 %. Bis heute spielt dieser Reichtum, der noch nahezu ungenutzt ist, allerdings weder eine wirtschaftliche noch eine politische Rolle. Aber er kann dermaleinst dem Erdteil erlauben, auch bei hoher wirtschaftlicher Entwicklung ein in seiner Kraftversorgung autarkes Leben zu führen. Wie in ihrem tektonischen Bau, so gleichen sich die beiden Erdteile der Westfeste auch in der Menge der zur Verfügung stehenden Wasserkräfte. Was das Glazialrelief des nordamerikanischen Nordens an nutzbaren Gefällssprüngen voraus hat, das holt der Südkontinent durch seine größere durchschnittliche Niederschlagshöhe wieder ein. Beide unterscheiden sich aber scharf durch den Grad der Ausnutzung, der im romanischen Amerika im Gegensatz zum germanischen noch sehr bescheiden ist. Das letztere nutzt seine Wasserkräfte zu 25 % und steht damit an der Spitze der erdteilgroßen Länderräume. Das kohlen- und erdölarme Kanada steht seinem südlichen Nachbarn wenig nach und gleicht in seiner Kraftstoffwirtschaft den europäischen Staaten, ähnlicher natürlicher Ausstattung: Norwegen, Schweden und der Schweiz. Was der Europäischen Halbinsel in politischem Sinne soviel Unsegen gebracht hat, die Kästelung durch zahlreiche einzelne Gebirgszüge, das gibt ihr in hydrotechnischer Hinsicht einen hohen Wert und verleiht ihr, deren wirtschaftliche Stellung in fast jeder sonstigen Hinsicht sich erschreckend schnell verschlechtert, unverlierbare Kraftreserven, die schon jetzt in der ansehnlichen Höhe von 21 % genutzt werden. Es besteht nur die große Gefahr, daß die Wassernutzung von den eigensüchtigen Sonderinteressen der die Stromgebiete zerreißenden Einzelstaaten geleitet wird, und daß sich die engstirnige Eigenbrödelei Europas in den Wasserbauanlagen verewigt. Der berühmte französische Plan des Canal d'Alsace (von Kembs unterhalb Basel bis Straßburg), der den natürlichen Wasserweg des Rheines lahmzulegen droht, ist ein Schulbeispiel in dieser Richtung. Sowjetrußland, der Riesenflachlandsstaat, dem noch eine gewaltige landwirtschaftliche und bergbauliche Zukunft blühen kann, steht hydrotechnisch sehr ungünstig da. Aus klimatischen Gründen gilt das gleiche vom Australischen Festland; dagegen bergen Tasmanien und besonders Neuseeland beachtliche Wasserkräfte, die in ständig steigendem Maße genutzt werden. Das außerrussische Asien schließlich, das etwa zur Hälfte aus Monsunasien mit seinen mächtigen Niederschlagsmengen und seinen riesigen Höhendifferenzen besteht, nimmt in der Reihe der hydrotechnischen Leistungsfähigkeit den zweiten Platz ein. Aber sein Nutzungsprozentsatz hebt sich nur durch Indien und besonders Japan etwas über den afrikanischen Tiefstand.

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

Imperialismus und Kolonialmächte. — Ernst der Lage in Ostasien und im Pazifik: Persönliche und Presse-Belege dafür. — Wanderdrucks-Nachweise. — K. K. Kawakami über den Wechsel in der japanischen diplomatischen Orientierung. — Indische Warnungen zu vermehrter deutscher Aufmerksamkeit auf den Osten. — Professor Sata. — Die Flotten-Spar-Konferenz in Genf und die Stimmen von Bywater, Hollweg und Sims. — Russische Dauerpolitik und internationale Fehlschläge des Kommunismus. — Weiterentwicklung des chinesischen Problems auf alten geopolitschen Kraftlinien. — Länder-Eifersucht in ihrer Rolle beim „Fall of Wuhan". — Die Rote-Speer-Bewegung als moderner Bauernkrieg. — Groß-Yokohama als Probe japanischen Lebenswillens und geschickter politischer Mache.

„Down with imperialism"



One view of the „open door" policy
—New York Herald-Tribune

Anxious seat for imperialists



„Angst-Sitz" für Imperialisten" — „Nieder mit dem Imperialismus", so überschreibt die amerikanische Presse hemmungslos ihre Spottbilder, und die chinesische druckt sie freudig nach, wie wir oben zeigen, und sorgt für größtmögliche Verbreitung in China, wie dafür, daß auch der amerikanische Missionär, Geschäftsreisende, Kaufmann und Wissenschaftler genau so mit hinausfliegt wie der britische, französische und, wenn es sich fügt, auch der japanische — ganz wie es so richtig New York Herald Tribune darstellt.

Auf der einen Seite müssen doch Britenreich, Frankreich, Vereinigte Staaten und Japan mehr oder weniger gemeinsam das Sprungnetz für ihre in China überlästig gewordenen Landsleute halten, die unsanft am Rande niederfallen; und immer noch leitet den hinausbefördernden Chinesenstiefel der Sowjet-Ratschlag, wenn auch weniger aufdringlich, als vor Chiang Kai Sheks Wiederherstellung der beiseitegedrängten Sun-Yat-Sen-Überlieferung der Kuo-Min-Tang.

Da will es auf der andern Seite unzweckmäßig scheinen, wenn Mächte, die so sehr in demselben Boot, auf demselben Ast sitzen, sich gegenseitig die Grundlage ihres Sitzes gefährden. Wie sehr sie es tatsächlich tun, das zeigt die Kopfleiste dieses Berichtes; und die um Selbstbestimmung ringenden Kräfte im indopazifischen Gebiet freuen sich daran und nützen die Uneinigkeit.



Die wahre Herzensmeinung





Chinesen feiern „Humiliation Day"
Cargill, Philippines Herald

Interested Spectators



Wie ernst die Lage in Ostasien sich jederzeit entwickeln kann, dafür zeugen so grundverschiedene Äußerungen, wie die der pazifischen Arbeiterverbände, des in der Regel sehr gut unterrichteten und gut beobachtenden Mitherausgebers des Transpacific, E. Sokolsky, Chamberlains und Vanderveldes, Silas Strawns und die derben Einleitungsworte von Admiral Sims zur See-Abrüstungskonferenz vom 20. 6. 27 in Genf. Sie alle setzen den Pazifischen Ozean ganz ohne weiteres, wie in der Annahme selbstverständlicher Tatsachen, als den nächsten Kriegsschauplatz der großen imperialistischen Mächte voraus, die einen mit Abscheu und Furcht vor dem Kriege, die andern mit sichtlichem Anteil an seiner sachgemäßen Führung, aber keiner mit dem Gedanken, er könne sich anders, als höchstens durch einen gemeinsamen Riesenstreik der arbeitenden Hände vermeiden lassen.

Um welche Massenbewegungen, zuweilen auf Jahre verteilt, zuweilen aber auch in kurzen Zeiträumen gehäuft, es sich bei der indopazifischen Bevölkerungsdynamik

handelt, dafür einige Zahlenbeweise: Generaldirekter Baron Okura der Südmandschurischen Eisenbahn schätzt die Zahl der nur in den drei Monaten Februar, März und April 1927 aus den kriegdurchtobten nordchinesischen Landschaften in die Mandschurei gedrängten Siedler auf über 800 000, die sich größtenteils der mongolischen Grenze entlang geschoben haben. Der Geburtenüberschuß Japans 1926 beträgt sicher 940 000, wahrscheinlich eher mehr, so daß der Reichszuwachs — trotz Dr. Washios trübseligen Betrachtungen (über notwendige Geburteneinschränkung) 1927 zum erstenmal über 1 Million kommen könnte.

In Niederländisch-Indien stecken nach sicheren neueren Nachrichten über 2 Millionen Chinesen, in Siam über 4, in den Straits und den Malaienstaaten werden sie in absehbarer Zeit, wie jetzt schon in Singapore, zwei Drittel der Bevölkerung ausmachen. Dieser Außendruck macht sich jetzt schon geltend in einer Zeit innerer Dezimierungen (vgl. Belagerung von Sianfu, Hungersnot in Kansu und Schensi, Bürgerkrieg in zwei Dritteln des Landes); wie erst bei einem Sieg der Nationalisten!

Ebenso dringt die japanische Seefischerei, namentlich auf Salme, ob mit oder ohne Erlaubnis in die russischen Fischgründe ein, die von den Sowjets praktisch wenig aktiv, theoretisch aber desto eifersüchtiger gehütet werden. Eine peinliche Aussprache darüber fand jüngst zwischen Premierminister Tanaka, dem Sowjetbotschafter Dovgalewsky und dem Vizeaußenminister Debuchi statt. Die japanischen Zeitungen „Kokumin Shimbun" und „Jiji Shimpo" unterstützen die Regierung beim stillschweigenden Gewährenlassen dieser Invasion, der gegenüber die Sowjets jeden formalen Ausgleichsversuch durch Pachten der von ihnen ja so gut wie nicht verwerteten Fischgründe ablehnen. Es ist aber eben zwar gegen das geltende Recht, aber menschlich verständlich, wenn ein hungriger Menschenzuwachs von 1 Million nicht dauernd die von andern nicht verwertete Seenahrung sich vor der Nase herumschwimmen sehen will, die nur durch einen imaginären grünen Strich auf der Weltkarte vor seinem Zugriff geschützt ist, nicht mehr durch das entfestigte Wladiwostok und die nicht fahrenden russischen Fischereischutz-Kreuzer.

Darin liegt aber der Kern fast aller wirklich heiklen pazifischen Fragen, in dem, was Albert Sarraut sehr hübsch: „Eine Frage des demographischen Equilibriums zwischen Japan, Amerika und Australien" nennt, und André Duboscq in seinem neuen „Problème du Pacifique", Paris 1927, variiert. Nur gesellen sich dazu, den Ausgleich wesentlich erschwerend, Sowjetbünde, China, die spannungsreichen Landschaften des Australasiatischen Mittelmeers und die darin noch hausenden pazifikfremden Kolonialmächte als Erweiterung des demographischen Problems, das doch wohl noch mehr geopolitisch ist.

Eine weitverbreitete Spottzeichnung aus dem Fernen Osten zeigt den britischen Außenminister Chamberlain in keineswegs imposanter Haltung auf einem Vulkangipfel, sichtlich erschöpft, mit einem Spritzkrug in der Hand, auf dem die Inschrift steht: „Spirit of Locarno", vor dem chinesischen Krater, der in wüsten Bomben Bolschewismus, Mord und Brand, Bürgerkrieg und ähnlich überschriebene vulkanische Unannehmlichkeiten ausspuckt. Darüber steht: „Kein verlässiges Beruhigungsmittel für Alles!" [Geopolitik, Heft VII].

Die sämtlichen großen Arbeiterverbände des pazifischen Gebietes, die chinesischen auf Veranlassung der australischen, überschreiben ihre Einladung zum panpazifischen Arbeiterkongreß: „Alle Autoritäten sind einig, daß der Pazifik das Feld für den kommenden Weltkrieg der imperialistischen Nationen ist. Die Saat dazu ist ausgestreut; und hier, und besonders auf dem asiatischen Festland wird der nächste Krieg



aller Wahrscheinlichkeit nach ausgefochten. Die Gefahr dieses Krieges ist immer drohender, und niemand kann voraussagen, in welcher Stunde sie ausbrechen wird. Es ist die größte Gefahr für die menschliche Rasse, und ganz besonders für die arbeitende Klasse, die die Hauptlast des Krieges trägt. Gegen diese Kriegsdrohung anzukämpfen ist eine Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt; aber ganz besondere Pflichten fallen auf die Arbeiter der nächstbeteiligten Länder. Diese Kriegsgefahr im Pazifik ist ein Hauptgrund für die panpazifische Arbeiterkonferenz ...“ So die Einladung. Dann erst kommen die Leitsätze des Programms. Dabei sind, wie die im Lit. Bericht besprochene Abfassung der chinesischen Dokumente der Geheimanweisungen der Sowjetberater bezeugt, diese großen Arbeiterverbände (auch die chinesischen sind millionenstark) an einem Leitseil der russischen Politik gegangen; und sicher ist eines der besten dieser Art inzwischen gerissen und aus Hankau entfernt worden.

Aber das ändert nichts an der Vorgewitterstimmung, die der Bericht verrät. Denn auch George E. Sokolsky, Mitherausgeber der Far Eastern Review, die probolschewistischer Neigungen ganz unverdächtig und dem angelsächsischen wie japanischen Großkapital gleich verpflichtet ist, überschreibt seinen großen Leitaufsatz in Nr. 4 seiner Zeitung (1927, Shanghai): „Die Unvermeidlichkeit eines fernöstlichen Krieges! Die Russen haben nichts zu verlieren; sie benützen China und andere asiatische Völker, um Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Japan anzugreifen: die Kosten wird China tragen ...“

Ein so ruhiger wissenschaftlicher Beobachter, wie Richard Goldschmidt (Neu-Japan, Lit. Ber.) spricht vom „künftigen Sturmzentrum der Weltpolitik“. Angesichts so bestimmter Äußerungen, des Wehrufs des Manchester Guardian: „A failure at Geneva“ berührt es seltsam, wenn eine große westdeutsche Zeitung vom gleichen Ort, an dem nun die sehr nüchterne Verbilligungskonferenz des Seekriegs, nicht Abrüstungskonferenz der drei Hauptflottenzahler tagt, sich schreiben läßt: „Niemand kann heute Krieg führen“. Die Vereinigten Staaten, Japan, eben erst die Führer der Sowjetbünde behaupten sehr bestimmt von sich, daß sie es könnten. China beweist es mit etwa 2 Millionen Mann Bewaffneter auf den Beinen in der Praxis, und Singapore wird ja doch nicht als Tafelaufsatz ausgebaut.

K. K. Kawakami — erprobt als im innersten sozialer Mensch, als einst sehr sozialistisch denkender Friedensfreund, schreibt in einem sorgenvollen Aufsatz (The People, 29. 5. 1927) am Schluß: „Im gegenwärtigen Zustand von Englands Außenbeziehungen scheint es für Japan nicht praktikabel zu sein, das eigne Los mit dem Englands zusammen zu werfen, ohne seine eigene Lage in China zu gefährden oder seine freundlichen Beziehungen mit Sowjetrußland. Japan ist zum erstenmal im Begriff seine Außenpolitik auf einen Grund zu stellen, den es im Gegensatz zu einem künstlichen, für den scharf davon zu unterscheidenden natürlichen hält“ ... also zur Geopolitik zurückzupendeln — von angelsächsischen Bindungen hinweg.

Aber gerade in der Neuorientierung Japan, dessen chinesische Politik unter Baron Shidehara allgemeines Vertrauen gefunden hatte, in seiner nun viel unsicheren inneren Stellung ist, wie K. K. Kawakami richtig durchfühlt, ein erschwerendes Moment bei an sich schon verworrener Lage neu hinzugetreten.

Jungchinesische Kreise erkennen in immer weitergehendem Maße an, daß die japanische Stellung in der Südmandschurei vielleicht China große wirtschaftliche und nationale Werte gerettet hat, die sonst in fremde Hände gefallen wären. Die fast 70 Mill. Mark Reingewinn der japanischen Bahn, die 200 Mill. Haikwan Taels landwirtschaftliche Ausfuhr, deren Ureinnehmer eben doch Mandschuren und eingewanderte

Chinesen sind, die vielen Millionen Yen für Wohltätigkeitseinrichtungen längs der Bahn, die eine kluge Verwaltung bei ihrem zwanzigsten Jubiläumstag ausstreute; das alles hat die Gefahr einer feindseligen Einstellung zwischen den beiden ostasiatischen Mächten sehr gemildert. Sogar das Projekt eines nationalistischen Bahnbaues von Nanchang nach Fuchau mit japanischem Kapital wurde erörtert. Warmherzige deutschfreundliche Inder schreiben uns: „Wir sind fest überzeugt, daß die chinesischen Nationalisten Erfolg haben werden, wie die Türken ihn gehabt haben. Längstens 1929 werden die ungleichen Verträge revidiert sein, und China und Japan in enger Freundschaft dastehen. Deutschland müßte unbedingt Schritte tun, um engere Beziehungen zwischen dem Osten und Deutschland herzustellen." Die Meinung solcher Ratschläge ist sicher gut, und aufmerksame kulturpolitische Beobachtung, etwa des erfolgreichen Weges, den Professor Sata durch Mitteleuropa machte, noch mehr der Ratschläge, die er gab, zeigt auch, daß Vieles auf diesem Gebiet geschieht. Aber es bleibt noch viel, viel mehr zu tun; und das großartige Beispiel Englands zur Zeit Lord Cannings gegenüber dem aufstehenden Südamerika könnte wirklich lehren, daß ideale und materielle Güter dabei gleich gut fahren können.

Berechtigte Spannung und Aufmerksamkeit begleitet unter diesen Verhältnissen die Flotten-Spar-Konferenz — nicht Abrüstungskonferenz! — der drei großen Seemächte in Genf. Die geopolitischen Grundlagen zu ihr haben drei seewehr-geographisch wohlbekannte Admirale in überaus charakteristischer Weise auseinandergesetzt: Hector C. Bywater in einem Buch: „Navies and Nations". London. Constable & Co. 1927; Vizeadmiral Karl Hollweg in einem ausgezeichneten Aufsatz in der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 19. Juni 1927, den wir Wort für Wort wiederholen müßten; und der U. S. Amerikanische Admiral Sims in Äußerungen von großer Offenherzigkeit, in denen er die Wertlosigkeit der U. S. amerikanischen Linienschiffe dadurch kennzeichnete, daß er nahelegte, sie im Kriegsfall am besten im Mississippi zu verankern, während moderne U-Boote von 3000 T. ohne Brennstoffauffüllung die ganze Erde umfahren könnten, keine Schlachtflotte aber wagen dürfte, sich mit leeren Bunkern einer feindlichen Küste zu nähern ..." Admiral Hollweg hat die Richtigkeit unseres Wortes in einem Vortrag in München bezweifelt, daß die deutsche Flotte durch die eigene und die heroische Opferung des ganzen Volkes 1914—1918 eigentlich das Ideal der Freiheit der Meere praktisch erfochten habe. Aber beherrscht noch irgend jemand das Meer, der offen solche Dinge ausspricht, wie der amerikanische Flottenführer? Oder beherrscht noch jemand das Meer, so wie das Britenreich es früher verstand, der — wie der sehr streitbare H. C. Bywater — zugibt: „Das wahre britische Interesse liegt in Förderung der Sache der Flotteneinschränkung mit allen uns verfügbaren Mitteln ...!" Wer hätte vor 1914 in Großbritannien in einem großen bügerlichen Blatt schreiben dürfen: „Sein Buch zeigt, wie wir uns bei dem Verlust einer absoluten Vormacht bescheiden müssen; es ist erfrischend, einen Flottenschriftsteller von solcher Autorität, so hingegeben der Sache der Flotte erklären zu sehen, daß eine durch Übereinkommen stabilisierte Stellung in jeder Richtung unendlich vorzuziehen sei einer neuen Aera des Wettbewerbs im Schiffbau, die nur im Bankrott enden könne." Hier wird nun der längere Hebelarm der Vereinigten Staaten sichtbar, den zu schaffen, die hohen alliierten Mächte sich so sehr in Unkosten gestürzt haben; aber auch die Tatsache, daß nicht nur die Neue Welt, sondern auch die großen Kontinentalmächte der Alten Welt: Rußland und China der Bevormundung durch die ozeanischen Mächte entglitten sind. Das bringt uns dazu, trotz der Entlassung der meisten sowjetentstammten Berater aus dem Dienste Jungchinas zu



behaupten, daß von einem Zusammenbruch der asiatischen Politik Tschitscherins und Radeks keine Rede sein kann. Was zusammenbrach, sind törichte Überspannungen der III. Internationale, Kraftproben von fremden Beratern auf Gebieten, in denen sich die Chinesen nur von Chinesen führen lassen, nicht — wie Mitteleuropäer — von hergelaufenen, der Geopolitik ihres Lebensraumes fremden Aufpeitschern. Aber, was aus den Raumbedingungen des alten russischen Machtbodens erwuchs und klug weitergepflegt wurde, das ist den ozeanischen Mächten heute noch gerade so unangenehm, wie damals, als Borodin noch in Hankau saß, und — je weniger es ihnen gelingt, Japan in ihrem Bunde zu halten — desto mehr.

In der Weiterentwicklung des chinesischen Problems sind inzwischen notwendige Rückschläge aus der Abwehr des chinesischen Volkscharakters gerade so gegen russische Bevormundung, wie gegen angelsächsische, zu falschen Schlüssen darauf verwendet worden, daß es sich dabei um britische Erfolge handle. In Wirklichkeit haben sich aber bei dem Zusammenbruch der vor den Hwangho südwärts vorgeschobenen Nordtruppen, wie der Nationalisierung Shantungs uralte geopolitische Kraftlinien ausgewirkt, die Chiang-Kai-Sheck, wie Feng-Yu-Hsiang und die Hankauer Kraftgruppe trotz ihrer Uneinigkeit nutzen und zu Erfolgen verwerten konnten.



Das wird sich vielleicht am einfachsten aus einem Vergleich der hier eingefügten, für die Leipziger Illustr. Zeitung zu einem Aufsatz: „Chinesische Führer und Massenströmungen im Frühjahr 1927“ (12. Mai 1927) gezeichneten wehrgeographischen Skizze mit den seitherigen Fortschritten ergeben. Von dem Augenblick, wo Chang-Tso-Lin — trotz der Erklärung zum Generalissimus mit 108 Kanonenschüssen — die wichtige Südlinie des Eisenbahnvierecks Peking-Kaifong-Hsitschau-(Tsinanfu) Tientsin aus den Händen glitt, und, nach seinem Ausgleich mit Chiang-Kai-Sheck, der Druck Feng-Yu-Hsiangs aus den in der chinesischen Geschichte oftmals als lebenswichtig erprobten Hwangho-Pässen stromabwärts vordrang, gab es kein Halten mehr; und auch Shantung fiel, wie so oft in der Geschichte, mit seinen wankelmütigen Menschenmassen, dem zu, der seine Verbindungen mit dem Hwangho-Hinterland beherrschte. Die gewandte Unterminierung der nordchinesischen Stellungen durch Abfall und Arbeiterverbände hielt auch leicht mögliche Reibungen in Tsingtau und Tsinanfu mit den Japanern aus dem Spiel; und der „Muster“-Gouverneur von Schansi verhinderte dadurch, daß er sich in verdächtiger Neutralität (wie die chinesische Presse schrieb) „auf den Zaun setzte“, daß Chang-Tso-Lin noch einen kräftigen Vorstoß nach Süden machen konnte.

So verfügt die „Ankuochun“ (Landfriedensheer)-Front in Nordchina nur mehr über Chili, den eher Schwächung, als Stärke bedeutenden Reichshauptstadt-Distrikt, und die in ihrer unverwüstlichen wirtschaftlichen Kraft doch sehr angegriffenen drei mandschurischen Länder Fengtien, Kirin und Hei-Lung-Kiang, (das wohl nur durch den japanisch-russischen Geheimvertrag vor russischem Zugriff geschützt worden ist). Die Kuo-Min-Chun (Land fürs Volk-Armee) aber hat sich seit der Ausgangslage mit großem Raumerfolg nach Norden geschoben, und man weiß in ihren Reihen genau, daß die starke Kohlenprovinz Schansi und der größte Teil des Beamtentums in Peking selbst mit allen Sympathieen auf Seite des Kuo-Min-Tang-Gedankens steht.

Die Aufbauschwierigkeit freilich beginnt erst, wenn die Bewegung auf Peking endet, die Frage der Hauptstadtwahl, der Schwerpunktslage für den neuen Reichsmittelpunkt drängend wird, und der Herrenkampf innerhalb des Triumvirats aufflammt. Wir standen für diesen Bericht vor der peinlichen Wahl, ein übersichtliches Bild der wichtigsten Züge des Gesamtkraftfeldes zu geben, oder aus der Fülle drängenden Stoffes die wichtigsten Einzelheiten zu bringen, und haben uns für das Erstere entschieden, auch weil es möglich war, manches im Literarischen Bericht anzubringen. Den höchst interessanten Zusammenbruch der kommunistischen Vorherrschaft in Wuhan behandelt Dr. S. Washio in „The Fall of Wuhan“ (Transpacific 28. Mai 1927). Innere Provinzial-Eifersucht zwischen Hunan und Hupe scheint dabei eine ganz ähnliche Rolle gespielt zu haben, wie früher in größerem Stil der Nord-Süd-Gegensatz, wie ihn Schmitthenner und Andersson geographisch behandeln.

Die Rote-Speer-Bewegung in Hunan und Süd-Chili nimmt Formen an, die an den werdenden Bauernkrieg erinnern; sie mag etwa eine Viertelmillion Menschen unter Waffen gebracht haben; und unberechenbar wäre, wenn die verzweifelte Agitation des linken jungchinesischen Flügels sich nun mit ganzer Kraft auf solche Bewegungen würfe, wie sie es von Nanchang aus angedroht haben.

Unter den vielen Einzelnachrichten muß eine, über den Gedanken eines Groß-Yokohama (Suyeo Nakanao, Transpacific, 16. April 1927) herausgegriffen werden, weil er die zähe Energie des Inselreichs mitten in einem finanziellen Zusammenbruch beweist. Mit der Eingemeindung von Hodogaya und Tsurumi umfaßt die eigentlich beinahe vernichtete Stadt wieder 515000 Seelen und 8,68 Quadratmeilen Raum,



und ihre Neuorganisation, buchstäblich aus Ruinen, bedeutet eine Tat herrischen Lebenswillens, wie kluger politischer Mache.

OTTO MAULL: BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Marineabrüstungskonferenz. — Außen- und Innenpolitisches aus der Union. — Kulturschäden der Mississippiüberschwemmung. — Nochmaliges Aufflackern des Aufstandes in Nicaragua. — Spaltung in der argentinischen Sozialdemokratie.

In Genf, auf der Stätte internationaler politischer Vereinbarungen, aber auch zugleich dem Felde ernstesten politischen Kampfes, spielt sich seit dem 20. Juni ein Ringen von größter Weltbedeutung zwischen den drei großen Seemächten, Großbritannien, Japan und den Vereinigten Staaten ab. Schon die Führung und Zusammensetzung der Marineabrüstungskonferenz läßt sie abstechen von dem Bilde, das im allgemeinen die Beratungen des Völkerbundes vor dem Beschauer entrollen, unterstreicht den militärischen Charakter der Beratung und verrät ohne weiteres, daß es unmittelbar um Machtfragen geht. Führt gleichwohl der Botschafter Gibson die amerikanische Delegation, so steht ihm als erster militärischer Berater Admiral Jones zur Seite. Englands Delegationsführer ist der Erste Lord der britischen Admiralität selbst, Bridgeman. Das Haupt der japanischen Delegation ist der Gouverneur von Korea, Viscomte Saito. Admiräle der drei Mächte bilden einen guten Teil der weiteren Mitglieder der Delegationen. Als Kämpfer am „blauen" Tisch erscheinen die Spitzen der Seestreitkräfte; aber im Hintergrund stehen die letzteren selbst. Es ist ein Bild, das an graue Vorzeiten mahnt, wo die Führer der Heere sich zum Entscheidungskampfe herausforderten, während hinter ihnen die Massen in spannender Ruhe verharrten.

Aus dem Verhandlungsort Genf irgendeine Beziehung zum Völkerbund erschließen zu wollen, geht nicht an; organisatorische Beziehungen dahin sind nicht vorhanden. Die Wahl von Genf ist aber doch zweifellos eine gewisse Anerkennung der Völkerbundsarbeit, die sich innerlich mit der der Drei-Seemächte-Konferenz im innersten Kern weitgehend zu treffen scheint. Allein das ist nur Schein, der trügt. Denn der Sinn der Marineabrüstungskonferenz ist unzweifelhaft ein ganz anderer, wie eine vorläufige Analyse (vgl. dafür auch die Berichterstattung im Juliheft) zu zeigen versucht hat, und wie der Verlauf der Konferenz sicherlich erweisen wird. Die Zielsetzung der Marineabrüstungskommission im Völkerbund strebt nach einer idealen Angleichung der einzelnen Streitkräfte aneinander zum Wohle des Ganzen, gleichviel ob sich dabei von den einzelnen Staaten getragene Machttendenzen zeigen oder nicht. Die Drei-Mächte-Konferenz ist dagegen eine amerikanische Angelegenheit. Es ist das Ringen Amerikas mit Großbritannien und Japan, die ihm gegenüber unverkennbar beide in der Vorhand sind. Es ist Amerikas Mühen um den Ausbau seiner Weltstellung zur See. Es ist die Weiterführung der Washingtoner Abmachungen, die das Beschränkungsverhältnis von den Großkampfschiffen auf alle Waffengattungen übertragen will. Die Konferenz soll die Sicherung schaffen, die Amerika braucht, zur Entfaltung seiner Weltpolitik. Sie ist eine machtpolitische und zugleich auch weltpolitische Angelegenheit im allerhöchsten Grade.

Gerade weil es eine Weltangelegenheit für Amerika ist, bleiben — wenigstens zunächst — die Mächte abseits, bei denen im Mittelpunkt ihrer gegenwärtigen politischen Entwicklung die Europapolitik steht: Frankreich und Italien. Das drückt sich

bei Frankreich sogar in der Motivierung seines Nichtbeitritts ziemlich deutlich aus. Die Angabe, die Aufgabe der Dreimächtekonferenz fiele mit den Aufgaben des Völkerbunds zusammen und dürfe von ihnen nicht getrennt behandelt werden, kann doch nicht anders interpretiert werden, als daß es im Völkerbund, der im Grunde europäischen Organisation, ein bequemeres Instrument zur Erreichung seiner Ziele, namentlich auch seiner Rüstungsangelegenheiten sieht. Diesem Verhalten pflichtet aus ähnlicher Erwägung Italien bei. Ganz anteillos stehen sie allerdings den großen Dingen, die sich da vollziehen, nicht gegenüber; sie haben Beobachter geschickt.

Das Interesse der drei Mächte an der Konferenz ist ein von Grund auf verschiedenes, immerhin ist es sowohl bei den Vereinigten Staaten wie bei Japan und England vorhanden. Der Anstoß zur Konferenz geht von den Vereinigten Staaten aus, die ihr Werk von Washington aus dem Jahre 1921/22 vollenden wollen. Wenn man auch den äußeren Anlaß in dem tatsächlichen Stärkeverhältnis der einzelnen Flotten zueinander erblicken kann und muß, wie das in der letzten Berichterstattung im Juliheft geschehen ist, und wenn man dabei feststellen wird, daß die Vereinigten Staaten dabei in mancher Hinsicht ins Hintertreffen geraten sind, so wäre es doch grundfalsch zu meinen, daß die Union etwa aus der Position der Schwäche heraus die Konferenz einberufen hätte. Denn das ginge gegen alle Regeln der Politik; es wäre ein Spiel, das man von Anfang an als verloren bezeichnen müßte. Nicht das Gefühl der Schwäche hat die Einberufung ausgelöst, sondern ein sehr bewußtes Machtgefühl: das Bewußtsein einer Macht, die sich freilich im Augenblick nicht in einer übermächtigen Seerüstung verkörpert, aber sich in ihr dank des fabelhaften Reichtums der Union im Vergleich zu den beiden anderen Seegroßmächten dokumentieren könnte. Wenn auch die Regierung der Union entsprechend den Berechnungen des Schatzamts das Finanzjahr 1926/27 mit einem Budgetüberschuß von mehr als 600 Millionen Dollar abgeschlossen hat — um nur auf eine Finanzquelle für vereinsstaatliche Seerüstung hinzuweisen, — so entspricht es nicht der nüchtern wirtschaftlichen Politik des Vereinsstaatlers, solche Quellen zur Entwicklung militärischer Macht auszuschöpfen. Es ist der Eigenart der Union sehr viel gemäßer, ihre Geldströme in ganz andere Kanäle der Politik zu leiten. Daraus entspringt der Gedanke der Union, sich durch einen Seeabrüstungsvertrag finanziell zu entlasten. Er ist also kein Symptom der Schwäche, wie er ja als solches auch voll und ganz unpolitisch wäre; sondern Wirtschaftlichkeit in der Seerüstung wird zu erreichen versucht. Von keiner Macht der Welt ist noch der Wirtschaftsimperialismus so auf die Spitze getrieben worden wie von der Union; und in diesen machtpolitischen Gedankenkreis passen die Vorschläge der Vereinigten Staaten, die eine Seeabrüstung betreffen, ganz ausgezeichnet. In gewissem Grade sind es auch recht verwandte Erwägungen, die die beiden anderen Seegroßmächte zur Teilnahme an der Konferenz gefügig gemacht haben. Denn wären die drei Mächte unter Verabschiedung des Konferenzgedankens zu einem freien Wettrüsten übergegangen, so wäre ein solches Wettrüsten nicht nur eine unwirtschaftliche Vergeudung der Budget- und Wirtschaftsüberschüsse der Union; noch viel unerträglicher, auf die Dauer überhaupt nicht tragbar wäre ein solches Wettrüsten für die beiden anderen Weltmächte, und zudem hätte bei der heutigen Verteilung der Reichtümer auf der Welt die Union doch alle Aussicht, die Spitzenstellung dabei zu erreichen. So ist auch bei Großbritannien und Japan alles Interesse vorhanden, es nicht zu einer solchen Entwicklung kommen zu lassen. So erweist sich die ganze Angelegenheit als ein Problem, das in erster Linie nur von den Weltseemächten zu lösen ist und an dem Frankreich und Italien weniger beteiligt sind.



Freilich es wird unendlich schwer sein, die Formel für eine Lösung zu finden. Die drei Mächte sind nicht ohne Vorschläge nach Genf gekommen, Vorschläge, die bei ihrer konkreten Behandlung auf unendliche Schwierigkeiten stoßen werden im Hinblick auf die Schwervergleichbarkeit der einzelnen Seewaffen; es sind zugleich Forderungen, die aus grundverschiedenen, nicht zuletzt geographischen Bedürfnissen gestellt werden. So schrieb zum ersten Punkt neulich Vizeadmiral a. D. Hollweg: „Auf Grund von Zahlenvergleichen wird man dem Abrüstungsproblem ebenso wenig näher kommen wie auf Grund von taktisch technischen Erwägungen. Nur zwei Beispiele: am 4. März 1927 wurde, wie alljährlich, dem englischen Parlament eine Stärkevergleichsübersicht der Flotten der Welt vorgelegt. Darin sind — eine Lächerlichkeit — die 18 hochmodernen englischen Großkampfschiffe den 8 völlig veralteten deutschen Linienschiffen zahlenmäßig gegenübergestellt. Ferner ergibt die Tabelle: soll in Bezug auf Kreuzerzahlen das Washingtoner Stärkeverhältnis 5 : 5 : 3 zwischen England, den Vereinigten Staaten und Japan zur Tatsache werden, so müßte, auf die Vereinigten Staaten bezogen, England 25, Japan 16 Kreuzer abwracken. Soll aber die englische Kreuzerzahl von 62 als neuer Ausgangspunkt genommen werden, so müßten die Vereinigten Staaten 25 Kreuzer hinzubauen, und Japan müßte 2 abwracken.“ So zeigen sich ohne weiteres die praktischen Schwierigkeiten, wenn man daran denken wollte, einen rein zahlenmäßigen Ausgleich zu finden. Denn daß England ebensowenig 25 wie Japan 16 Kreuzer abwrackt, ist selbstverständlich. Sollte aber umgekehrt die Seeabrüstungskonferenz zum Neubau einer vereinsstaatlichen Kreuzerflotte führen, so drückte sie den ganzen Widersinn von Idee und Wirklichkeit aus.

Dabei sind aber noch mit keinem Punkt die inneren, in der Struktur der drei Staaten gelegenen Schwierigkeiten erwähnt. Sie bestimmen eigentlich erst die Bedürfnisse der Seerüstung. England und Japan stellen doch in so mancher Hinsicht die Partner, die Gegenspieler, gegenüber den Vereinigten Staaten dar und erscheinen auch als solche auf der Konferenz. Beide sind als Raumorganismen ungleich maritimer als die Union, die allerdings auch über lange, aber einem Angriff viel weniger ausgesetzte Küsten verfügt; beide sind mehrteilige, ja fast vielteilige Staaten, die in einer ganz anderen Weise auf Verbindung ihrer Raumteile über Meer angewiesen sind, als die im Grunde doch einteilige Union. Und last not least — um nur die allerwichtigsten Grundlinien der Struktur herauszuheben — sind beide weit entfernt von jeglicher Autarkie, also auf dauernde Zufuhren und einen darum entsprechenden Seeschutz angewiesen, während man doch immerhin die Union als ein möglichautarkes Land bezeichnen muß. Freilich hat auch die Union ein Lebensinteresse daran, die Wege nach außen offen zu halten, weil sie sich einmal von einer möglichen Autarkie immer weiter weg bewegt, und weil sie stets nach einer Sicherung für ihren gewaltigen Exporthandel trachten wird. Doch eine andere Scheidelinie läuft noch zwischen den drei Staaten hindurch, die Japan in die Nähe der Vereinigten Staaten bringt, während auf der anderen Seite England eine grundlegend andere Stellung einnimmt. Japans und der Union Seeeinflußsphären erscheinen zur Zeit noch raumbeschränkt, wenn auch ihre Weltinteressen weit darüber hinausgreifen. Japans geforderte Einflußsphäre ist im großen Ganzen der pazifische Raum. Dort überschneiden sich seine Interessengebiete mit den vereinsstaatlichen, die ihrerseits mit den englischen im Atlantischen Ozean wieder in Interferenz treten. Englands Interessenbereich ist dagegen das ganze Weltmeer. Dort verfügt es aber auch in einer ganz anderen Weise und in einer ungleich größeren Zahl an den Kontinenträndern und in den Inseln über Seestützpunkte als die Union und Japan. Aus solcher nur



grob skizzierten Struktur und Lage der drei Weltmächte ergeben sich recht verschiedene Bedürfnisse nach Seestreitkräften.

Denn der Mangel an Seestützpunkten kann durch die Art der Waffe aufgehoben werden. So können z. B. moderne U-Boote von 3000 t die ganze Erde umfahren, ohne neuen Brennstoff aufnehmen zu müssen. Die Vereinigten Staaten denken darum im Innersten nicht daran, auf diese Waffe zu verzichten, und Japan baut aus der klaren Erkenntnis der Tatsache heraus U-Boote, ohne freilich die andern Waffen zu vernachlässigen. England dagegen, das sich durch diese U-Bootflotten bedroht fühlt, und dem der Weltkrieg die praktische Gefahr der U-Boote veranschaulicht hat, hat dagegen als einen der wichtigsten Verhandlungspunkte die Einschränkung der Zahl und Größe der U-Boote, wenn nicht gar ihre Abschaffung auf seinem Programm. Damit ist ein Punkt aufgedeckt, wo keineswegs ohne weiteres eine Einigung der so stark kontrastierenden extremen Meinungen erzielt werden kann. Im Sinne der Engländer wäre es auf der anderen Seite, die Grenze für kleine Kreuzer von 10000 t mit achtzölligen Geschützen herabzusetzen auf Schiffe mit 8—6000 t mit sechszölligen Geschützen, und für Schlachtschiffe eine Reduktion von 35000 auf 25000 t vorzunehmen. Aus doppeltem Grunde erscheint aber dieser Vorschlag für Japan und Amerika unannehmbar. Wiederum verlangt bei beiden der Mangel an Marinestationen größere Schiffe mit einem weiteren Operationsradius. Außerdem bestünde bei der Herabsetzung des Geschützkalibers die umso größere Möglichkeit für England, das über die größte Handelsflotte der Welt verfügt, diese im Kriegsfalle zu armieren. Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, lautet der amerikanische Vorschlag auf Anwendung des Washingtoner Beschränkungsverhältnisses auf alle Schiffsgattungen; es ist ein Vorschlag, durch den sich namentlich Japan benachteiligt fühlt. Es verlangt stärkere Berücksichtigung seiner leichten Seestreitkräfte und auch Erhöhung des Schlüssels für seine Großkampfschiffe. Zum Beweis der Ungunst ihrer strategischen Stellung weisen die Japaner gewöhnlich auf die weit in den japanischen Interessenbereich hinein vorgeschobenen Seebollwerke, das englische Singapore und das amerikanische Port Harbour auf Hawai, hin.

Daß es um diese Leitsätze in Genf geht, haben die bisherigen Verhandlungen schon einigermaßen gezeigt, die, zum mindestens von amerikanischer Seite, nicht etwa als eine Revision, sondern als eine Ergänzung des Washingtoner Vertrags aufgefaßt werden. Die einleitenden Erklärungen, die die drei Hauptdelegierten abgaben, treffen sich im ganzen in den schon vorher bekannten und in der Öffentlichkeit vielfach diskutierten Leitsätzen. Von klarer Prägnanz sind vornehmlich die amerikanische und die englische, während die japanische auffällig allgemein gehalten ist. Die amerikanische gipfelt in der Forderung der Anwendung des Washingtoner Beschränkungsverhältnisses auf alle Kategorien von Kampfschiffen, auch auf die leichten Streitkräfte, die Kreuzer, Schiffe von 3000—10000 t, Zerstörer, Schiffe von 600—3000 t, und Unterseeboote. Entsprechend diesem Beschränkungsvorschlag stünden den Vereinigten Staaten und dem Britischen Reich 250000—300000, Japan 150000 bis 180000 Kreuzertonnage zu. Für die Zerstörer errechnete sich für die beiden ersten Mächte eine Tonnage von 200000—250000 t, für Japan eine solche von 120000 bis 150000 t. Hinsichtlich der Unterseeboote wären die entsprechenden Zahlen folgende: 60000—90000 t und 36000—54000 t, die Altersgrenze für Kreuzer wird auf 20, für Zerstörer auf 15—17, für Unterseeboote auf 12—13 Jahre festgesetzt. Völlig neu gegenüber allen Erwartungen ist das Zugeständnis der amerikanischen Regierung, daß sie bereit sei, die Unterseeboote abzuschaffen, wenn in diesem Punkte eine welt-



umfassende Vereinbarung getroffen werden könne. Es mag sein, daß Amerika bestimmt damit rechnet, daß die Bedingung weltumfassender Geltung eines solchen Beschlusses sein Anerbieten nicht praktisch werden lasse. Die britische Erklärung zielt im wesentlichen auf eine Reduktion der Kreuzer auf 7500 t und der Kreuzergeschütze auf 6 Zoll hin, eine Vereinbarung, die für alle künftig zu bauenden Kreuzer gelten soll. Auf die vorhandenen 10000 t-Kreuzer mit achtzölligen Geschützen solle die Verhältniszahl 5 : 5 : 3 angewendet werden. Weiter wird erstrebt: eine Verminderung der gegenwärtig zugelassenen Höchsttonnage von Schlachtschiffen von 35000 auf 30000 t, ihres Geschützkalibers von 16 Zoll auf 13,5 Zoll, eine Reduktion der Tonnage von Flugzeugmutterschiffen von 27000 uuf 25000 t, die Verminderung ihres Geschützkalibers von 8 auf 6 Zoll, die Beschränkung der Zerstörertonnage von 1750 auf 1400 t, ihres Geschützkalibers auf 5 Zoll. Eine Abschaffung der Unterseeboote wird gewünscht; wenn das nicht zu erreichen sein sollte, so wird eine Beschränkung ihrer Tonnage auf 1600 bzw. 600 bei Geschützkalibern von 5 Zoll verlangt. Die Lebensdauer der Kreuzer mit achtzölligen Geschützen wird auf 24 Jahre, der Zerstörer auf 20 Jahre, der Unterseeboote auf 15 Jahre festgesetzt, das Leben der Großkampfschiffe von 20 auf 26 Jahre hinaufgesetzt. Der englische Delegierte sprach in vollem Einverständnis mit den Dominions. Ungleich weniger faßbar waren die Erklärungen des japanischen Delegierten. Die besondere Lage Japans verlange einen anderen Bestand von Schiffen, ein anderes Bauprogramm. Man dürfe sich, wenn man erneute Unsicherheit vermeiden wolle, nicht so sehr vom Boden der Tatsachen entfernen. Während einer bestimmten Periode solle kein Neubau von Schiffen erfolgen. Die bewilligten Bauprogramme sollten bei der Tonnageberechnung berücksichtigt werden. Von diesen Bestimmungen seien auszunehmen Schiffe unter 700 t und Überwasserschiffe, deren Bewaffnung unter einer bestimmten Grenze bleibt, außerdem Flugzeugmutterschiffe unter 10000 t. Als Altersgrenze wird vorgeschlagen für Schiffe über 3000 t 16 Jahre, für solche unter 3000 t 12 Jahre. Die Schiffstypen, die schon von dem Washingtoner Abkommen erfaßt sind, sollen bei den Verhandlungen unberücksichtigt bleiben.

Diese Erklärungen, die als die Ausgangstellungen für die Verhandlungen zu betrachten sind, weichen in ganz wesentlichen Punkten von einander ab, so namentlich in der Kreuzerfrage, in der vor allem Amerika die Gleichstellung mit England erzielen möchte. Auch Japan möchte in besonderer Art die Frage der leichten Streitkräfte nach den Bedürfnissen seines Landes geregelt wissen. Diese Divergenz der Meinungen und Wünsche hat anscheinend besonders in Washington ein gewisses Befremden ausgelöst und wohl zur Weisung an die amerikanische Delegation geführt, daß die amerikanischen Abrüstungsvorschläge als prinzipielle Forderungen aufzufassen seien und ein Eingehen auf die englisch-japanischen Vorschläge als eine Verletzung der Washingtoner Abmachungen zu betrachten sei. Sehr klar drückt sich damit aus, daß die Union die in Washington errungene Gleichstellung mit England hinsichtlich der Großkampfschiffe nicht aufgeben und England auch keine besonderen Vorrechte hinsichtlich der leichteren Streitkräfte einräumen will. Es liegt auf der Hand, daß es bei solchen Schwierigkeiten zunächst zu keiner wesentlichen Verständigung kommen konnte. Untergeordnete Einigungen bedeuteten die Festlegung des Maximalkalibers der U-Bootgeschütze auf 5 Zoll und andere Verständigungen über Größenklassen der Schiffe. An der Kreuzerfrage, dem Streit um die Kreuzertonnage, drohte jedoch die Konferenz zu scheitern. England forderte 600000 t Kreuzer und 220000 t Zerstörer, während der amerikanische Vorschlag eine Kreuzertonnage von 300000 t

vorsah. Die Forderung Englands bedeutete keinerlei Abrüstung sondern eine ganz bedeutende Aufrüstung. Auch Japan lehnte ebenso die englische Forderung wie einen amerikanischen Kompromiß ab. Unmittelbare politische Verhandlungen zwischen Washington und London, ein amerikanischer Druck auf England, scheinen die Konferenz über diesen toten Punkt hinausgebracht zu haben, ohne daß aber die Krisis der Konferenz damit schon überwunden gewesen wäre. Denn auch in der zweiten Vollsitzung steht das Kreuzerproblem noch ganz im Vordergrund, ohne daß der Weg zu seiner Lösung gezeigt worden wäre. Wohl scheinen sich Amerika und Japan in ihren Auffassungen genähert zu haben. Dagegen ist aber zunächst noch keine englisch-amerikanische Annäherung zu erkennen.

Für die vereinsstaatliche Außen- und Innenpolitik ist weiterhin auf ein paar Vorgänge aufmerksam zu machen. Das amerikanische Kontingent in Nordchina hat genau so wie das britische und japanische eine Verstärkung erfahren. Der Carnegie-Professor James Shotwell hat in der Columbia-Universität über einen amerikanischen „Locarno"vertrag gesprochen, der in seinem ersten Teil dem europäischen Locarno nachgebildet sei. Die Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Frankreich, Italien und Japan wurden von ihm als Vertragsschließende in Aussicht genommen. Man nimmt an, daß sich die Regierung mit einer solchen Vertragsfrage ernsthaft befassen werde. In einer Rede hat Coolidge eine scharfe Warnung an die radikalen Elemente des Landes ergehen lassen, die sicher nach links hin gewendet war; doch auch im Hinblick auf die vom Ku-Klux-Klan verursachten Unruhen eine Wendung nach rechts vertragen hätte. Eine Kommunistenrazzia in Havanna hat zu dreißig Verhaftungen geführt.

Die Mississippiüberschwemmung hat dem Mittel-Westen einen ganz erheblichen Schaden mit zum Teil recht unangenehmen Folgewirkungen zugefügt. Man schätzt den unmittelbaren Schaden auf 1 Milliarde Dollar. Denn mehr als 16000 Quadratmeilen fruchtbaren Bodens sind überschwemmt worden. Zahlreiche kleine Städte und einige hundert Meilen Eisenbahnen fallen in diesen Bereich hinein. Etwa die Hälfte der Baumwollernte wurde vernichtet, ein Schaden, der freilich infolge der Überproduktion der letzten Jahre leichter zu tragen ist. Empfindlich wirkt aber der Verlust der Samen und der Maschinen. Stark wurden die Mais-, Erbsen-, Bohnen-, Zuckerrohrkulturen in Mitleidenschaft gezogen. Gewaltig ist der Viehschaden und die Zerstörung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden. Groß ist der Ausfall der Verkehrseinnahmen der Eisenbahnen. Recht schwierig werden sich in der nächsten Zeit die Arbeitsverhältnisse gestalten, da zahlreiche von der Katastrophe betroffene Bewohner des Gebiets weggezogen sind und ihre Arbeitskraft dieser Landbauregion verloren gegangen ist. Neben der Aufbauarbeit gilt es Schutzmaßregeln zu treffen, da mit einer Wiederholung solcher Überschwemmung zu rechnen ist. Auch diese Regulierungs- und Eindeichungsarbeiten werden Kosten etwa in der Höhe des direkten Schadens verursachen. Wie die Überschwemmung zeigte, hat man seit der letzten großen Flut im Jahre 1879, die freilich keine solche Verheerungen anrichten konnte, weil das Gebiet damals nur relativ dünn besiedelt war, an den Dammbauten erfolglos gearbeitet. Mit der Errichtung moderner Deiche wird die amerikanische Regierung ein großes Kulturwerk zu leisten haben. — Wie wir schon früher vermuteten, sind die revolutionären Kräfte in Nicaragua noch nicht erloschen. Eine Truppe aufständischer Liberaler hat Okatal, wenn auch erfolglos, angegriffen. — Für die Weiterverfolgung der Vorbereitung der argentinischen Präsidentschaftswahlen ist die Spaltung der argentinischen Sozialdemokratie nicht unwichtig.



SCHEFFLER:

GRUNDFRAGEN ZUM PROBLEM DER DEUTSCHEN HANDELS- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Im Mittelpunkt des wirtschaftlichen Denkens und Handelns aller auf ein positives Ziel gerichteter Kräfte steht die Frage, ob die Wege und Mittel unserer Handels- und Wirtschaftspolitik, die in der Nachkriegszeit beschritten wurden, zu einer relativen Gesundung unseres Wirtschaftslebens führen konnten. Wir wissen, daß die wirtschaftspolitischen Experimente der ersten Nachkriegsjahre nicht dazu beitrugen, den Aufbau unserer zerstörten Wirtschaft zu fördern.

Ein Hauptgebiet, auf dem der Staat Handel und Industrie unterstützen kann, ist das der Außenhandelspolitik; diese ist wiederum ein Zweig der Außenpolitik. Sie nutzbringend für die eigene Nation zu gestalten, bringen nur innerlich starke und machtgebietende Staaten zuwege. Daher haben wir es leider erleben müssen, daß unsere früheren Gegner auch auf dem Gebiete der Handels- und Wirtschaftspolitik uns auf das ärgste zu schädigen suchten, ohne daß es uns möglich war, hiergegen mit nur annähernd gleichen Mitteln zu antworten.

Die Weltwirtschaft hat durch den Ausgang des Krieges und durch den Willen der „Siegerstaaten" weitgehende Strukturveränderungen erfahren. Neue Staaten entstanden und schufen sich eigene Industrien, gleichwie ehemalige neutrale Staaten ihren Charakter als Rohstoff- oder Importländer verloren. Der festgefügte Wirtschaftskomplex unseres Vaterlandes wurde in seinen Grundmauern zerstört.

Damit die neuentstandenen Staatengebilde sich lebensfähig erhalten konnten, umgaben diese sich mit Zollnetzen, führten neue Tarife, Lizenzen und Verbote ein, die in Verbindung mit willkürlichen, nach politischen Gesichtspunkten festgesetzten Eisenbahntarifen eine künstliche Verteuerung aller Waren zur Folge hatten.

Diese Stichworte zeigen zur Genüge, vor welche schweren Aufgaben die Leiter unserer Handels- und Wirtschaftspolitik gestellt waren und es noch jetzt sind. So liegt z. B. die große Gefahr, die heute die Weltwirtschaft bedroht, nicht etwa nur in dem teilweise sich wieder bemerkbar machenden Wiederaufleben der alten Schutzzollpolitik der Vorkriegszeit, sondern vielmehr in der allgemeinen Tendenz zur Monopolisierung der Rohstoff- und Lebensmittelkammern des Erdballes, wobei politisch starke Staaten auf Kosten schwächerer Nationen sich den Löwenanteil sichern konnten. Die deutsche Handelspolitik der Nachkriegszeit geht seit einer Reihe von Jahren, gleich jener vor dem Kriege, von dem Gedanken aus, daß es zum Zwecke unserer Selbstbehauptung und -erhaltung erforderlich ist, ein wirtschaftspolitisches Eigenleben zu führen. Eine sachliche Beleuchtung dieser Frage ist für Deutschland insofern bedeutungsvoll, als der Außenhandel wegen unserer Belastung durch das Dawes-Gutachten, aber auch wegen seiner Rückwirkung auf den Inlandsmarkt innerhalb der deutschen Wirtschaft eine hervorragende Stellung einnimmt. Bei der zweckvollen Lösung dieses Problems hat es

sich gezeigt, daß die privaten Wirtschaftsführer der Welt entschieden mehr weltwirtschaftlich denken und abgestimmt sind als die offiziellen Regierungskreise der einzelnen Staaten. Daher ist das Problem der deutschen Außenhandelsbeziehungen, das rein an sich schwer zu lösen ist, weil in ihm tatsächliche, große, echte oder vermutete Interessengegensätze, besonders finanzieller Art, mitsprechen, für uns von sehr schwerwiegender Tragweite geworden. Nächst dem Export bildet der Import den anderen wichtigen Fragenkomplex einer gesunden Handelspolitik. In der Vorkriegszeit war 1 Milliarde Goldmark der Jahresdurchschnittssatz unserer wirtschaftlichen Verschuldung an das Ausland. Diese Passivseite der deutschen Handelsbilanz wurde aber durch ein Aktivum der Zahlungsbilanz – des eigentlichen wirtschaftspolitischen Schicksalsfadens der Völker und Staaten – vollauf ausgeglichen. Dieses Aktivum der Zahlungsbilanz ergab sich bekanntlich aus den Gewinnen der deutschen Transport- und Schiffahrtsunternehmungen, wie aus den Erträgnissen der deutschen im Auslande arbeitenden Kapitalanlagen. Beide Faktoren sind durch das Diktat von Versailles bewußt und systematisch zerstört worden. Jedoch ist es der Wirtschaft mit Unterstützung des Reiches gelungen, unsere 1919 völlig vernichtete Handelsflotte auf 60 Prozent des Volumens von 1914 wiederaufzurichten, wobei wir im Augenblick noch den Vorzug haben, nur ganz moderne und technisch vollkommene Schiffe zu besitzen.

Mit dem 10. Januar 1925, dem Tage, der uns unsere handelspolitische Freiheit zurückgab, ist es in kurzer Zeit erreicht worden, mit einer Reihe von Staaten Handelsverträge abzuschließen, die auf der gegenseitigen Meistbegünstigung fußen. Dies hat bekanntlich zur Folge, daß deutsche Erzeugnisse zu den gleicheu Einfuhrbedingungen in das betreffende Vertragsland hineingelassen werden, wie die Waren gleicher Gattung aus dritten Ländern. Bei der Vielgestaltigkeit des deutschen Exportes, dessen größerer Teil auch heute noch in Europa abgesetzt wird, – trotz des Wiederaufbaulebens des Transitverkehrs –, ist jede Einschränkung der Meistbegünstigung durch andere Staaten für uns bedenklich. Es gilt namentlich von der listenmäßigen Meistbegünstigung — dem sogenannten Tarifsystem – abzukommen. Dieses System wendet z. B. Frankreich an, indem es jedem einzelnen Lande je nach Gunst besondere Vorteile für den Zolltarif, der tausende von Warenpositionen enthält, gewährt. Auf Grund seiner heutigen Machtstellung huldigt also dieser Staat gleich England dem Gedanken der Autarkie und des Handelsprotektionismus, so daß die Gefahr naheliegt, daß Polen und die Tschechei als Vasallen Frankreichs sich diesem Vorgehen anschließen werden.

Von besonderer Wichtigkeit erscheint, aber ferner für Handel und Industrie die Langfristigkeit der Handelsverträge, da es für beide Faktoren unseres Wirtschaftslebens fast ausnahmslos vielfach wichtiger ist, auf bestimmte Zeit im voraus kalkulieren zu können, als daß sie von einer augenblicklichen kleinen Zollermäßigung Vorteile haben. Die Stetigkeit der Wirtschafsverhältnisse ist nach der Unrast der vergangenen Jahre für die Gesundung und das Wiedererstarken unserer Wirtschaft, und somit letzten Endes auch für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft von größter Bedeutung. Die deutsche Wirtschaft ist in zäher und opferbereiter Arbeit willens, sich den Weg der Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft zu bahnen, es ist aber Sache der deutschen Politik, sie in dieser Richtung wirksam zu unterstützen. Hierbei darf auch die deutsche Kolonialfrage nie und nimmer aus den Augen gelassen werden! Es muß uns aber unter allen Umständen gelingen, die Weltmeinung dergestalt zu überzeugen, daß wir ein Recht darauf haben, uns an der kolonialen Erschließung des Erdballes zu beteiligen.



In Genf muß auch einmal die heikle Frage des Verhältnisses zwischen National- und Weltwirtschaft gelöst werden; es wird sich zeigen, ob man zur Gründung einer Europäischen Zollunion gelangt, oder aber ob die durch den Versailler Vertrag neugeschaffenen Staatsgebilde unseres Kontinents weiterhin bei ihren autarkischen Tendenzen, die fast an wirtschaftlichen Imperialismus grenzen, verharren werden. Einige dieser Länder mögen vielleicht wirtschaftlich stark genug sein, um die von ihnen verfolgte Hochschutzzollpolitik noch weiter durchhalten zu können, aber soviel ist sicher: Deutschland kann auf die Dauer den gegenwärtigen Zustand im Außenhandel nicht ertragen. Selbst als Optimist kann man bei Kenntnis der Sachlage nur glauben, daß der augenblickliche Zustand der weltpolitischen Konstellation in Verbindung mit unserer wirtschaftlichen und politischen Einengung zunächst nur kurze Kurven einer wirtschaftlichen Besserung gestattet. An dieser Tatsache kann auch die augenblicklich in langsamer, aber stetiger Steigerung begriffene Ausfuhr — nach Asien und Teilen von Afrika nichts ändern, die bereits in beiden Ländern den Vorkriegsstand überschritten hat.

Es muß ferner ein weiteres Endziel unserer wirtschaftlichen Rationalisierung sein, alle brauchbaren Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern, sowie die Hebung der Kaufkraft und eine bessere Lebensgestaltung weitester Kreise unserer Bevölkerung zu erreichen. Hierbei ist jedoch jede weitere Schwächung unseres inneren Marktes zu vermeiden, denn in einer von der Inflation zerrütteten Volkswirtschaft stellt die Gesamtsumme der Löhne und Einkommen die Kaufkraft der Bevölkerung dar.

Im Rahmen des gestellten Themas kann auch das schwierige und vielumstrittene Problem der Arbeitszeit nicht unerwähnt bleiben, da es sowohl die Rationalisierung der Wirtschaft als auch die Frage des inneren Marktes berührt. Der nach dem Umsturze bei uns eingeführte Achtstundenarbeitstag bildete einen der wichtigsten Programmpunkte der Sozialdemokratie. In dem Augenblick aber, wo nur angespannteste Mehrarbeit uns vor dem völligen Ruin schützen konnte, diesen sozialpolitischen Fortschritt zu verwirklichen, war — rein wirtschaftlich gedacht — zumindestens eine große Torheit. Zwar mußten auch die anderen am Kriege beteiligten Nationen 1918 den Massen ihrer werktätigen Bevölkerung eine Entschädigung für die Strapazen des Weltkrieges bieten. Sie beschränkten sich aber im wesentlichen darauf, in Genf ein „Internationales Arbeitsamt“ zu gründen. Hier wurde beschlossen, daß der achtstündige Arbeitstag zwar die Norm sein sollte; die Einführung und die praktische Handhabung der 48stündigen Arbeitswoche sollte aber der Gesetzgebung der einzelnen Länder vorbehalten bleiben. Dieser Entschluß wurde später auf der Washingtoner Übereinkunft sanktioniert; daß diese Konvention aber zum Weltgebot wird, diese Aussicht ist immer mehr geschwunden. Nun ist eine schematische Regelung der Arbeitszeit für alle Industrie- und Agrarvölker der Erde auch deshalb nicht durchführbar, weil eine Nation mit kürzerer Arbeitszeit — und infolgedessen verringerter Produktion — einem Volke gegenüber, das mehr arbeitet, stark benachteiligt ist. Kein Staat hat sich jedoch bis heute auf Grund der erwähnten Abmachungen in die internationale Zwangsjacke stecken lassen, wenn es sich um das Wohl und Gedeihen seiner eigenen nationalen Wirtschaft gehandelt hat. Andererseits ist diese Konvention von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen, da die Verschiedenheit der Lebenshaltung, der Unterschied der Lohnverhältnisse und das ungleiche Lebenstempo, sowie die verschiedene Arbeitsintensität, endlich auch Klima und Bodenschätze eine einheitlich durchgeführte internationale Regelung der Arbeitszeit von vornherein zur Unmöglichkeit machen. Heute gilt es aber immer noch die Schäden des Weltkrieges durch eine gesteigerte Produktion wettzumachen, und erst, wenn dieses Ziel erreicht ist, dann mag man mit vollem Recht dazu übergehen, die Ar-

beiter an dem erhöhten Gewinn zu beteiligen; dies könnte entweder in Form von Lohnerhöhungen oder in Gestalt einer verkürzten Arbeitszeit geschehen.

Was nun noch das System der Tarif- und Meistbegünstigungsverträge betrifft, so sind hierbei in den letzten Jahren wohl einige Fortschritte zu verzeichnen, aber totzdem kommt man zu dem Gesamtergebnis, daß weder die ersten, noch die reinen Meistbegünstigungsverträge recht befriedigen können. Wir haben unseren Vertragskontrahenten beträchtliche Zollermäßigungen zugestehen müssen, die z. T. vom Gesichtspunkte der Stärkung unseres inneren Marktes zu denken Anlaß geben; andererseits ist es uns nicht immer gelungen, die Zölle der Vertragspartner so herabzudrücken, wie dies für unseren Export wünschenswert erscheint. Auf Grund solcher Erfahrungen muß aber erstrebt werden, das System der beschränkten Meistbegünstigung mit demjenigen der Reziprozität zu vertauschen, da reine, bzw. beschränkte Meistbegünstigungsabkommen, solange wir noch neben solchen Tarifverträge abschließen, immer ein großes Risiko bleiben werden. Was nun die Tarifverträge anbetrifft, so sind bei ihnen die Auslandszölle fast durchweg — trotz mancher Ermäßigungen — noch immer viel zu hoch. Es gilt hier für das gegenseitige Überbieten beim Hochschrauben der Zölle dasselbe wie für das Wettrüsten der Staaten untereinander, wobei jede Nation dem Nachbar zuvorkommen will.

Die Wirtschaftskreise aller Staaten haben aber ein lebhaftes Interesse daran, daß der unerträgliche Zollwirrwarr, der in der Welt jetzt besteht, beseitigt wird und ein Ende findet, da er eine direkte Verhöhnung jedes ökonomischen Wirtschaftssystems bedeutet. In der Frage der Annäherung der Zolltarifschemata könnten aber die Wirtschaftsminister aller Länder dem privaten Unternehmertume zwecks Rationalisierung der einzelnen Volkswirtschaften mit gutem Beispiele vorangehen, wodurch sie der gesamten Weltwirtschaft einen sehr großen Dienst erweisen würden. Der wirtschaftliche Nationalismus nämlich, wie er gegenwärtig in den europäischen Staaten zur vollsten Blüte gekommen ist, bedeutet nicht nur eine schwere Gefahr für die Entwicklung des Warenaustausches in Europa, wie auch für die eigene Wirtschaft der einzelnen Staaten, sondern er gefährdet zugleich die Stellung unseres Erdteiles gegenüber den emporblühenden überseeischen Gebieten. Vielleicht ist es nun der Technik vorbehalten, dem deutschen Volke Brot und Arbeit zu geben, wonach sich weit über 1 Million unserer Volksgenossen sehnen. Die Errungenschaften der Technik brachten uns im 20. Jahrhundert die Überwindung von Ort und Zeit. Es gab hier kaum noch Hemmnisse. Bestehen blieb nur die Gebundenheit an den Stoff, an die Materie — also an die Monopole der Natur, als da sind: Kohle, Erze, Öle, Mineralien. Die Naturschätze eines Landes waren sein Nationalreichtum; ihretwegen führte man Kriege, um sich derselben zu bemächtigen. Die Erkenntnisse der Chemie sollen uns diese Befreiung vom Stoffe ermöglichen. Wir haben es gelernt, uns den Stickstoff aus der Luft zu holen, um mit seiner Hilfe unsere Ernte zu vermehren; die Kohle ist uns nicht mehr nur Kohle, sondern eine Anhäufung von Kohlenstoffverbindungen, die wir verwandeln und zerlegen können, wie wir sie gerade gebrauchen wollen. Wir stehen somit am Anfang eines Zeitalters, in dem unser Volk bodenständig auf eigener Scholle werden kann, wenn es nur den Willen und Fleiß zur Selbstbehauptung aufbringen mag. Hier ist deutschem Findergeiste und deutscher Arbeitsintensität eine Richtung gewiesen, in der sich unsere Nation vielleicht auf friedlichem Wege von den Sklavenketten des Versailler Diktates befreien kann!



GERHARD HERRMANN:
WIRTSCHAFTLICHER LITERATURBERICHT

Conférence Economique Internationale. Guide des Documents Préparatoires de la Conférence. Secrétariat de la Société des Nations. Génève 1927. (C. E. I. 40.)

Fast ein Vierteljahr ist bereits seit der Genfer Weltwirtschaftskonferenz verflossen und einer noch ungewissen Zukunft bleibt es überlassen, ob die gefaßten Beschlüsse, über ihre gedankliche Konzeption hinaus, konkrete Gestalt gewinnen werden. Noch ungewisser erscheint es schließlich, ob, selbst bei geglückter Realisation, hierdurch eine Heilung des mit politischen Giften durchsetzten weltwirtschaftlichen Organismus möglich ist. Bei aller Skepsis in diesen Fragen bleibt auf einem anderen Gebiet der Weltwirtschaftskonferenz ein großes Verdienst unbestritten, das sich als „Nebenprodukt" ergeben hat und von Skeptikern sogar als ihr Hauptprodukt bezeichnet wird: Die Vorbereitung und Bereitstellung eines umfangreichen und schlechthin erschöpfenden Materials über die heutige weltwirtschaftliche Lage. Um eine objektive und zuverlässige Berichterstattung zu gewährleisten, hat das Völkerbundsekretariat die Memoranden nur zum Teil selbst verfaßt, im übrigen sich auf eine redaktionelle Tätigkeit beschränkt. Neben der wirtschaftlichen Sektion des Völkerbundes hat man aus der ganzen Welt Experten, teils Organisationen, teils Wissenschaftler, zur Mitarbeit herangezogen. An führender Stelle haben sich das Internationale Arbeitsamt, Genf, und das Internationale Institut für Landwirtschaft in Rom beteiligt. Monographien über einzelne Industriezweige wurden meist von den betreffenden Fachverbänden angefertigt. An Gelehrten deutscher Zunge wurden zur Mitarbeit herangezogen: E. Großmann, Zürich (Systeme der wirtschaftlichen Verständigung), Kurt Wiedenfeld, Leipzig (Kartelle und Trusts) und Julius Hirsch, Berlin (Die nationalen und internationalen Monopole). Von Praktikern und Mitgliedern des Vorbereitenden Ausschusses wirkten mit Staatssekretär Trendelenburg und Generalsekretär Lammers. Ferner erstattete Prof. G. Cassel ein Gutachten über die monopolistischen Tendenzen in Industrie und Handel.

Systematisch schließt sich die Gliederung des ca. 60 Bände umfassenden Memorondenmaterials eng an die Tagesordnung der Konferenz an. Der Riesenstoff ist danach in vier Teile eingeteilt: I. Die allgemeine weltwirtschaftliche Lage. II. Handel. III. Industrie. IV. Landwirtschaft. Teil I wird eingeleitet von den bereits bekannten Memoranden des Völkerbundes über die Zahlungs- und Handelsbilanzen, über die Zentralnotenbanken und über die öffentlichen Finanzen in den wichtigsten Staaten der Welt. Neben den Berichten über Handel, Industrie und Landwirtschaft vom internationalen Gesichtspunkt ist von besonderer Wichtigkeit der „Rapport" der Internationalen Handelskammer über „die Hindernisse und Hemmungen, die sich dem internationalen Handel entgegenstellen". In einem zweiten Unterabschnitt des ersten Teils sind einige Berichte über die erwerbstätige Bevölkerung der Welt und über die Ein- und Auswanderungsprobleme der wichtigsten Staaten zusammengefaßt. Gibt also Teil I den allgemeinen Rahmen der zu behandelnden Probleme, so beschäftigen sich die folgenden Teile mit den zahlreichen Einzelfragen, die zum Teil technischer Natur sind. Aufbauend auf dem obenerwähnten Referat Großmanns ist die Abteilung „Handel" den Zolltarifen und Handelsverträgen gewidmet, wobei die Frage des Dumping besondere Beachtung erfährt. Abteilung „Industrie" behandelt in einem ersten Unterteil die wichtigsten Industriezweige in monographischer Form. Der zweite Unterabschnitt beschäftigt sich mit der Rationalisierungsfrage und der industriellen Verbandsbildung. Wie sehr man hierbei bemüht gewesen ist, sich objektive und den verschiedensten Gesichtspunkten gerechtwerdende Gutachten zu verschaffen, erhellt daraus, daß allein über das Thema „Kartelle und Trusts" fünf verschiedene Arbeiten vorliegen. Die letzte Abteilung „Landwirtschaft" enthält in

einem fast 700 Seiten langen Gutachten des Internationalen Landwirtschaftsinstituts eine erschöpfende Ausdeutung der vorliegenden Agrarstatistiken. Die übrigen kleinen Aufsätze behandeln die Zusammenhänge mit der Weltwirtschaftskrise, die Bedeutung der Arbeitskosten in der Landwirtschaft und die Genossenschaftsfrage. Inhaltlich auch nur andeutungsweise auf die vorliegenden Gutachten einzugehen, würde ein besonderes Referat erfordern. Die Durcharbeitung dieses überreichen Materials kann dem weltwirtschaftlich interessierten Wissenschaftler wie Praktiker nicht dringend genug nahe gelegt werden. Der vorbereitende Ausschuß der Weltwirtschaftskonferenz hat sich hiermit ein über den unmittelbaren Anlaß weit hinausgehendes und bleibendes Verdienst erworben.

Denkschrift über die Maschinenindustrie der Welt. Berlin-Charlottenburg, Oktober 1926. Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA.) Karl Lange.

Die Deutsche Maschinenindustrie. Bericht des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten über die Jahre 1925 und 1926. 33. und 34. Geschäftsjahr.

Der VDMA. hat seine der Weltwirtschaftskonferenz gelieferte Denkschrift mittlerweile dem deutschen Publikum unmittelbar vorgelegt. Auf 194 Seiten, wovon 130 auf einen alles erreichbare — meist amtliche — Material erfassenden statistischen Anhang entfallen, wird die Weltlage der Maschinenindustrie in den Jahren 1913 und 1925 vergleichend gegenübergestellt. Mögliche und tatsächliche Produktion, Zahl, Leistung und Entlohnung der Arbeiter, Zollfragen, Aus- und Einfuhr, Verbrauchs- und Preisentwicklung in den USA., Großbritannien und Deutschland — auf diese drei Länder entfielen 1925 fast 85% der Gesamtproduktion — werden knapp und klar dargestellt. Am umfangreichsten und für eine allgemeine Information am wichtigsten ist das erste Kapitel „über die wesentlichen Entwicklungsbedingungen der Maschinenindustrie in den letzten Jahren". Hiernach entfielen 1913 auf die Weltmaschinenproduktion von insgesamt 13,5 Milliarden Mark auf die USA. 50%, auf Deutschland 20,6% und Großbritannien 11,8%, während sich 1925 (auf Vorkriegswerte reduziert) das Verhältnis zuungunsten Europas im allgemeinen und Deutschlands im besonderen verschoben hat: Gesamtproduktion 14,7 Milliarden Mark, davon USA. 57,6%, Großbritannien 13,6% und Deutschland 13,1%. Genau dasselbe Bild ergibt sich bei einem Vergleich der Weltmaschinenausfuhr. Auch hier wird Deutschland 1925 von Großbritannien überholt und an die dritte Stelle verdrängt. Ein näheres Eingehen auf die zum Teil sehr interessanten Ergebnisse dieser Denkschrift wäre Aufgabe einer Sonderbesprechung.

In glücklicher Ergänzung hierzu steht die zweite Publikation des VDMA. Die Arbeit enthält weit mehr als der Titel ahnen läßt, gibt sie doch als Einleitung auf 22 umfangreichen Seiten einen hervorragenden Überblick über die Wirtschaftsentwicklung 1925/26, wie man ihn in dieser Prägnanz und Objektivität nur selten erhält. Infolge des beschränkteren Stoffgebietes gegenüber der vorigen Arbeit ist es möglich gewesen, mehr in die Tiefe zu dringen und wichtige Spezialprobleme aufzuwerfen, z. B. den Zusammenhängen zwischen Maschinenabsatz und Handelspolitik und der Rationalisierungsfrage im einzelnen nachzugehen. Dankenswerterweise bringt der Bericht auch genaue Angaben über das Verhältnis von Inlands- und Auslandsabsatz, die in so vielen Industriezweigen vermißt werden und gerade für alle handelspolitischen Verhandlungen von großer Bedeutung sind. Auch eine so ausgesprochene Exportindustrie wie die Maschinenindustrie findet — was oft vergessen wird — ihre Hauptstütze im Binnenmarkt, fanden doch 1925 von einer Gesamtproduktion von 2,9 Milliarden Mark nicht weniger als 2,2 Milliarden Mark in Deutschland selbst Absatz. Die wichtigste Bedeutung hat der Export nicht als solcher, sondern dadurch, daß er ausgleichend und krisenmildernd wirkt. Schwächungen des Binnenmarktes haben regelmäßig eine relative, oft sogar absolute Zunahme des Exports zur Folge, wodurch natürlich die Produktionsverhältnisse des betr. Industriezweiges stabilisiert werden. Während die Maschinenerzeugung in Deutschland von 1925 zu 1926 von 2,9 auf 2,5 Milliarden Mark um 14% abnahm, fiel der Binnenabsatz von 2,2 auf 1,7 um 23%, während der Export von 0,7

Milliarde auf 0,8 Milliarde zunahm. Dieser Zusammenhang ist um so ausgeprägter, je stärker der Binnenmarkt im Verhältnis zum Außenmarkt entwickelt ist, wie das z. B. in der USA.-Wirtschaft der Fall ist. Sehr instruktiv sind auch einige Angaben über die Ursachen des Rückganges des Maschinenexports um 218 Millionen Mark (in Vorkriegswerten) von 1913—1926. 37,1 % des Rückganges entfallen auf die Ausfuhr nach Rußland und Polen, 28,1 % auf Frankreich, 16,4 % auf Österreich-Ungarn bzw. die Nachfolgestaaten, überwiegend also Länder, deren Kaufkraft stark zurückgegangen ist — Rußland, Österreich — oder auf solche, mit denen Deutschland noch keinen Handelsvertrag abgeschlossen hat oder gar im Handelskrieg steht. Eine wie zweischneidige Waffe ein Zollkrieg ist, zeigt der rapide Rückgang des Maschinenexports nach Polen von fast 13 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr 1925 auf knapp 4 Millionen Mark im ersten Vierteljahr 1926. — Zusammenfassend kann von beiden Publikationen des VDMA. gesagt werden, daß sie sich von der Unzahl von Berichten der verschiedensten Verbände und Organisationen aufs angenehmste abheben durch ihr sichtliches, nur ganz selten mißglücktes Bemühen um Objektivität, durch das Streben, die einschlägigen Fragen in weite Zusammenhänge zu stellen und nicht nur vom Interessentenstandpunkt aus zu behandeln.

Neue Weltwirtschaft. Die Lehre von Genf. Von Arthur Feiler. Mit dem Wortlaut der Entschließungen der Weltwirtschaftskonferenz in Genf 1917. Frankfurter Sozietätsdruckerei 1927.

Diese flott geschriebene Broschüre ist für rasche Orientierung sehr gut geeignet und vor allem durch die Übersetzung des authentischen Textes der Entschließungen recht brauchbar. Feiler, der der Konferenz beigewohnt hat, beurteilt die Ergebnisse der Tagung grundsätzlich sehr optimistisch und stellt in seiner Einleitung den Gedanken in den Vordergrund, daß es sich in Genf um die Lösung der europäischen Wirtschaftskrise gehandelt habe.

Hjalmar Schacht: Die Stabilisierung der Mark. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, Berlin u. Leipzig 1926/27.

Dieses Buch hat ein Politiker geschrieben, d. h. es ist aus der Logik des Handelns, und nicht aus der Logik des Denkens gestaltet. Es zeigt wie Geschichte gemacht wurde und verzichtet bewußt darauf, in gedankenblasser „Objektivität" aufzuweisen, wie Geschichte „wirklich" gewesen ist. Dies berechtigt, ja verpflichtet fast den Verfasser dazu, an den Höhepunkten der Darstellung Bekenntnisse statt Deduktionen zu geben und erlaubt ihm, sein Bildnis an den Anfang zu setzen, ohne sich dem Vorwurf der Eitelkeit auszusetzen. Diese Lebendigkeit und blutvolle Erlebnisnähe macht den Wert und die Eigenart des vorliegenden Buches aus, das dadurch nicht nur inhaltlich, sondern auch nach seiner methodischen Stellung in die Nähe des bekannten Bergmannschen Buches rückt*).

Beginnend mit den ersten Inflationserscheinungen während des Krieges und mit interessanten Einzelheiten über die Errichtung von Zwischenwährungen in den verschiedenen besetzten Gebieten, gelangt Schacht über Waffenstillstandsverhandlungen und Ruhreinbruch zur Darstellung der Markstabilisierung, wobei die heftigen Kämpfe hinter den Kulissen lebendig geschildert werden. Die — naturgemäß gegnerische — Auseinandersetzung mit Helfferich und die Frage der Vaterschaft der Rentenmark werden mit großem Takt behandelt. Fast dramatische Gestalt nimmt der Konflikt mit den rheinischen Wirtschaftsführern im November 1923 anläßlich der Abschaffung des Notgeldes an. Die Darstellung ergibt ferner klar, daß die Stabilisierung im November 1923 durchaus noch nicht à la longue geglückt war, daß die Währung endgültig erst durch die Kreditrestriktion vom 7. April 1924 gesichert wurde. Vielleicht erforderte sogar der Restriktionsbeschluß eine noch größere Entschlußkraft und Verantwortungsfreudigkeit als die Aktion im November 1923, denn während damals die gesamte Nation, um nur um jeden Preis aus dem Währungschaos herauszukommen, hinter der Regierung bzw. dem Währungskommissar stand, stellte die Restriktion ein Novum in der Geschichte der Notenbanken dar und mußte

*) K. Bergmann, Der Weg der Reparation, Frankfurter Societätsdruckerei 1926.



gegen das, nicht völlig unberechtigte, Zetermordio der gesamten „Wirtschaft" erzwungen werden.

Die zweite Hälfte des Buches schildert die Verhandlungen Schachts mit dem Daweskomitee, das allmähliche Zustandekommen des neuen Bankgesetzes. Die Schlußkapitel beschäftigen sich mit dem Wiederaufbau des Geld- und Kapitalmarktes: (Einbürgerung des Wechsels, die Frage der Verwendung der öffentlichen Gelder, scharfe Abwehr der Aufwertungsbestrebungen) und der Frage der Auslandskredite; die bekannten Zusammenhänge mit Produktionssteigerungen, Export- und Reparationspolitik werden aufgewiesen, enthalten aber wenig Neues.

Leider, doch mit einer gewissen inneren Notwendigkeit, zeigt der Schluß („Internationale Zusammenarbeit") eine bedenkliche Senkung des Niveaus, da er nicht aus Tat heraus, sondern aus einer recht abstrakten Ideologie konzipiert ist. Als Ganzes verstärkt dieses Buch den bereits anderweitig gewonnenen Eindruck, daß Schacht zu den wenigen Männern in Deutschland gehört, von denen sich sagen läßt: „Der rechte Mann am rechten Platz".

Werner Sombart: Der moderne Kapitalismus. Dritter Band: Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus. Verlag von Duncker & Humblot, München und Leipzig 1927.

Es ist unmöglich, auf so knappen Raum wie hier eine gemäße Würdigung des neuesten Werkes von Sombart zu geben*). So sollen diese Zeilen nur ein kurzer Hinweis sein. Äußerlich als dritter und letzter Band des Sombartschen Lebenswerkes „Der moderne Kapitalismus" erschienen, nimmt „Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus" methodisch wie inhaltlich einen durchaus selbständigen Platz ein. Auf mehr als 1000 Seiten wird uns, ungewöhnlich großzügig und durch und durch dynamisch angelegt, die Wirtschaftsentwicklung der letzten 150 Jahre bis zum Beginn des Weltkrieges vor Augen geführt. Und doch ist das Ganze mehr als eine Wirtschaftsgeschichte, gerade hierin liegt die Eigenart des dritten Bandes gegenüber den beiden ersten. Man spürt, daß der Verfasser sich in der Zwischenzeit stark mit soziologischen und methodologischen Studien befaßt hat, unter dem Einfluß Max Webers stehend. Ein weites System von Begriffshülsen, Idealtypen im Weberschen Sinn, dient dazu, in den uferlosen Stoff Ordnung zu schauen. Freilich ist die naheliegende Gefahr eines Begriffsrealismus nicht immer vermieden. Das Ganze nimmt zwischen historischer und theoretischer Betrachtungsweise (auf letzterer liegt oft der stärkere Akzent) eine durchaus originale Mittelstellung ein und zeigt Sombart als unerreichten Meister geschickter Disponierung. Drei starke Pfeiler stützten den Gesamtbau; A. Die Grundlagen: a) Der neue Menschentyp. b) Der Staat. c) Die Technik). B. Der Aufbau. a) Das Kapital. b) Die Arbeitskräfte. c) Der Absatz). Besonders die bevölkerungstheoretischen Kapitel enthalten eine Fülle neuer Gedanken. Die Hälfte des ganzen Werkes nimmt ein C. Der Hergang (Prozeß). Nach einigen theoretischen Kapiteln, die jedoch nie in logische Spielereien ausarten, sondern immer wirklichkeitsnah bleiben, über Bedarfs-, Markt- und Betriebsbildung, über Konkurrenz und Konjunktur geht Sombart auf „die Gestaltung des wirtschaftlichen Prozesses in der Geschichte" ein, hierbei den Gedanken der Rationalisierung oder „Vergeistung" in den Mittelpunkt stellend. Für alle Teilgebiete der Wirtschaft wird dieser Versachlichungsprozeß gezeigt: In der Bedarfsbefriedigung, in der Markt- und Preisbildung, vor allem aber in der Rationalisierung der Betriebe, die in ihrer mannigfachen Integration und Konzentration in erster Linie die Träger dieser Vergeistungstendenz sind.

Stilistisch ist das Werk ein echter „Sombart": geistreich, oft geistreichelnd und bisweilen durchaus nicht davor zurückschreckend, Tatsachen im Sinne einer Lieblingsthese umzubiegen. Mit der von ihm selbst verdächtig oft erhobenen Forderung der „Wertfreiheit" kommt Sombart jedenfalls häufig in Konflikt. Doch können diese Schönheitsfehler wohl nur dem unkritischen Anfänger gefährlich werden, der freilich vor der Lektüre ebensosehr zu warnen ist, wie sie dem Geschulten anzuraten ist. Leider beschränkt Sombart selbst durch seine ausgesprochene Abneigung

*) Vgl. Edgar Salin, Hochkapitalismus, in Weltwirtschaftliches Archiv, 25. Band (1927), S. 314 f.

gegen dialektische Methode den Erkenntniswert seines Buches, indem er dadurch stets in einer vorletzten Schicht „funktionaler Abhängigkeiten" stehen bleibt. Seine eigene historische Stellung in der Wissenschaft drückt er treffend aus*): „Was Marx sprach, war das stolze erste Wort über den Kapitalismus, in diesem Werke wird das bescheidene letzte Wort über dieses Wirtschaftssystem, soweit es rein ökonomisch in Betracht kommt**), gesprochen." Die bewußte und Sombart selbst sichtlich quälende Beschränkung auf das Teilgebiet Wirtschaft bedingte die Ausschaltung aller kulturphilosophischen und geschichtsmethaphysischen Erwägungen. Und doch zeigt gerade diese imposante Phänomenologie der kapitalistischen Wirtschaft, die uns Sombart geschenkt hat, wie notwendig es ist, nun mit der Sinnfrage an das Phänomen Wirtschaft heranzutreten. Diese Aufgabe aber ist Angelegenheit einer späteren Generation. Verheißungsvolle Ansätze dazu finden sich in dem neuesten Buche Leopold Zieglers, dem künftig noch einige Worte gewidmet werden sollen*).

*) Sombart, a. a. O. Geleitwort S. XXI.

**) von mir gesperrt.

*) Leopold Ziegler, Zwischen Mensch und Wirtschaft. Darmstadt 1927, Otto Reichl Verlag.

GUSTAV BRAUN:

NATIONALITÄTENFRAGEN IN NORDEUROPA

I. Finnen, Schweden und Norweger

Gegenüber den vielen drängenden Nationalitäten- und Minderheitenfragen in unserem engen Mitteleuropa ist es fast unbekannt, daß auch der Norden Europas teilweise eine völkische Durchmischung zeigt, die sich bei der knappen Basis der dortigen Lebensbedingungen trotz der Weiträumigkeit gelegentlich politisch auswirkt.

Ich möchte darüber auf Grund vielfach wiederholter Bereisung jener entlegenen Gegenden, von Unterhaltungen mit eingeweihten Kennern der Dinge und von Literaturstudien kurz berichten. Von einem „zwischenstaatlichen" Volk, den Lappen, sehe ich dabei zunächst ganz ab, da sich aus ihrer Existenz und Lebensweise wohl sehr wichtige Fragen ergeben, aber doch anderer Art als bei den seßhaften Bevölkerungen, von denen hier die Rede sein soll.

Kurz sei der Raum umrissen: Das skandinavische Grenzgebirge läuft mit seinen Erhebungsachsen in nördlicher Richtung gegen das Eismeer aus; so entstehen die tief und einförmig von Norden her in das Land eingreifenden Fjorde, die so ganz verschieden sind von denen des südlichen Norwegen. Das Meer selbst ist hier noch relativ warm, durchflutet von den Ausläufern atlantischen Wassers, immer eisfrei und fischreich, aber auch stürmisch und nebelreich.

Das Innere bilden treppenartig gegen Westen und Norden ansteigende Hochflächen, die in Finnmarken 300 bis 400 m hoch liegen, gegen das Gebirge 1000 m Höhe erreichen und in einförmiges Flachland zum Bottnischen Meerbusen absinken. Ihre tieferen Teile verhüllt dichter Nadelwald, durchsetzt mit Laubbäumen. Wenn man nach Norden wandert, bleibt zunächst die Fichte zurück, dann die Kiefer, so daß eine fast reine Birkenzone die „Tunturi" (= Tundra, baumlose Erhebungen) in vielen Kilometern Breite schließlich säumt. Ackerbau in unserem Sinn hört etwa am Polarkreis auf; nördlich gedeihen noch Gerste, Hafer, Kartoffel, sehr gut die Wiesen. In der Viehzucht ersetzt das Renntier die Kuh, Schafe und Ziegen dringen mehr und mehr ein. Das Klima ist je mehr nach innen desto kontinentaler mit oft sehr heißen Sommern, sehr kalten Wintern, ziemlich trocken und gesund. Eine fast unerträgliche Plage sind die Mückenschwärme des Hochsommers.



In diesen unwirtlichen Erdraum teilen sich drei Staaten: Schweden, Finnland, Norwegen. Die Grenzen verlaufen recht verzwickt und sind vor langer Zeit am grünen Tisch gemacht worden, als man von dieser Gegend keine brauchbare Karte hatte. Doch gehört dieses interessante und abwechslungsreiche Kapitel politischer Geschichte nicht hierher. Tatsache ist, daß unabhängig von den Grenzen im inneren Lappland und Finnmarken, z. T. auch an der Küste, der finnische Volksteil zahlenmäßig die Oberhand hat. In diesen finnischen Bestandteilen wurzelt die Nationalitätenfrage für Nordschweden und Nordnorwegen.

Betrachten wir Schweden. Schon an der Erzbahn von Luleå und Narvik treten finnische Namen auf und die bekanntesten — Kirunavaara und Gellivaara (— vaara = Hügel) — gehören diesem Sprachstamm an. Die Sprachgrenze, wie sie Norrbottens Läns Jubiläumswerk von 1921 malt, verläuft von oberhalb Haparanda (finn. ranta = Strand) in die Gegend von Gellivaara und folgt dann der Bahn bis zur norwegischen Grenze. Nordöstlich dieser Linie „sprechen nur noch die Beamten von Hause aus schwedisch".

Eine kleine Tabelle erläutert das.

Schweden, Finnen und Lappen in der schwedischen Provinz Norrbotten

Bezirk	Schweden			Finnen			Lappen		
	1870	1910	1920	1870	1910	1920	1870	1910	1920
Torneå	2 125	4 528	6 447	11 580	17 400	19 000	113	221	310
Torne-Lappmark	344	7 790	8 650	1 230	3 480	4 630	1573	1465	1520
Gellivaara	761	12 660	14 100	1 164	3 050	4 500	766	537	620
Übrige Lappmarken	4 145	12 500	15 850		106	138	1545	1965	1860
Übriges Küstengebiet	50 400	94 500	104 460	41	688	800	263	143	133
Gesamt	57 775	131 808	149 507	14 014	24 760	29 068	4260	4330	4440

Das finnische Element nimmt also langsam zu, langsamer jedoch als — in der ganzen Provinz — die schwedische Bevölkerung. Immerhin wird im Gebiet des oberen Kalix-, des Torne- und Muonio-Flusses ganz überwiegend finnisch — und nur finnisch gesprochen, so daß die Bereisung für den Nicht-Sprachkundigen schwierig ist.

Verwickelter aber noch liegen die Dinge in Norwegen, da hier die finnische Besiedlung das Meer erreicht hat. Eine sprachliche Bemerkung ist hier notwendig: im Norwegischen wird mit „Finne" ursprünglich der Lappe bezeichnet, der Finne dagegen als „Kvaene". Das führte und führt natürlich zu unzähligen Verwechselungen, die schwer tragbar sind, seit Finnland selbständig ist, und es auch der Staatsangehörigkeit nach erforderlich ist, von Finnen zu sprechen. Deshalb pro-

pagiert man jetzt in Norwegen für die Lappen den Namen „Samen“, mit dem sie selbst sich bezeichnen. Ich glaube nicht, daß sich das einführen wird und gebrauche hier jedenfalls die Bezeichnungen „Finne“ für Angehörige des finnischen Volkes, „Lappe“ für die des Lappenstamms.

Die anökumenische Zone ohne Besiedlung liegt, wie ich vor Jahren schon auf einer Karte darstellte, etwa an der Wasserscheide zwischen Eismeer und Bottnischem Busen, die man sich doch nur als breite Schwelle vorzustellen hat. Nördlich dieser Schwelle liegen die norwegischen Provinzen (Fylke) Tromsö und Finnmarken. Die Nationalitätenverteilung zeigt nachstehende Tabelle:

Norweger, Finnen und Lappen in Nord-Norwegen

Jahr	Provinz Tromsö						Provinz Finnmarken					
	Norweger		Finnen		Lappen		Norweger		Finnen		Lappen	
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%
1845	24 489	78,1	995	3,2	5 867	18,7	4 500	35,3	1 692	13,3	6 545	51,4
1855	29 400	76,8	2 077	5,4	6 793	17,8	6 580	40,2	2 568	15,6	7 240	44,2
1865	34 483	76,0	3 157	7,0	7 700	17,0	8 200	40,4	4 050	19,9	8 076	39,7
1875	41 500	76,8	4 135	7,7	8 380	15,5	10 173	42,3	5 828	24,2	8 074	33,5
1881	51 950	80,0	3 798	5,8	9 260	14,2	13 270	45,2	6 790	23,2	9 280	31,6
1891	53 850	82,8	2 390	3,7	8 770	13,5	13 920	47,5	5 930	20,2	9 490	32,3
1900	63 340	86,8	1 770	2,4	7 852	10,8	18 410	55,1	5 410	16,2	9 572	28,7
1910	72 375	90,2	1 620	2,0	6 279	7,8	23 396	59,8	5 398	13,8	10 332	26,4
1920	78 858	86,9	3 220	3,4	8 670	9,6	25 428	57,5	7 416	16,8	11 346	25,7

[nach der Volkszählung 1920.]

Die Veränderungen sind also im ganzen auch hier gering, und Alarmrufe als Warnrufe vor zielbewußter Fennisierung, wie sie im Herbst 1926 wieder einmal in der norwegischen Presse laut wurden, erscheinen verfehlt und konnten von der Presse Finnlands leicht zurückgewiesen werden.

Immerhin ist in der Neuzeit gegenüber dem früheren Zustand eine Veränderung eingetreten, die ihre Rechtfertigung in der Begründung der Republik Finnland und der neuen Grenzziehung im Norden im Dorpater Frieden von 1920 findet. Finnland erhielt freien Ausgang zum Meer. Es ist nur selbstverständlich, daß es diesen nicht nur auf der Karte, sondern in Wirklichkeit zu besitzen wünscht. So nahm der Staat alsbald mit großer Energie den Straßenbau in Angriff, der unbesiedelte Zonen durchsticht und schon 1921 durch Automobilverbindung die finnischen Siedlungen Törmänen und Ivalo südlich des Enare-See leicht erreichbar machte. Inzwischen ist die Straße nach Petsamo nahezu vollendet und hat die finnischen Siedler im Patsjoki-Tal — 1907 etwa 330 um Salmijärvi herum — mit ihrem Mutterland verbunden. 1907 hatte J. F. Rosberg von ihnen noch schreiben können, es gäbe kaum irgendwo sonst so ungebildete Finnen,

heute ist Neukolonisation und staatliche Pflege im Petsamo-Gebiet bis ans Eismeer zu spüren, und die finnische Bevölkerung zieht weiter und weiter nach Norden, genügsame Kolonisten die sie sind.

Damit berühren wir die Ursachen dieser Nationalitätenverteilung. Sie sind wirtschaftlicher Art. Rektor Qvigstad in Tromsö hat der Frage eine eigene Abhandlung gewidmet, der ich folgendes entnehme, es durch mein eigenes Material ergänzend. Es waren zuerst Mißwuchs und die Verheerungen durch die Russen, die Finnen aus den nördlichsten Teilen dieses Landes zur Wanderung trieben, bei der sie hinter dem Gebirge (Kölen) Schutz und bessere Lebensbedingungen suchten. Die Einwanderung in Norwegen im Gegensatz zu den Handelsbeziehungen ist daher auch keineswegs alt, sie begann im 18. Jahrhundert und richtete sich da meist aus dem Tornetal nach Lyngen, Skjervöy und Alta, wurde im 19. Jahrhundert stärker in West-Finnmarken, zuletzt nach 1850 auch in Ost-Finnmarken durchs Tanatal und über Enare-Südvaranger. Im 19. Jahrhundert zogen die großen Fischereien im Varanger-Fjord und an der Eismeerküste jährlich einige hundert Bewohner des Inneren an, da die Ernährung zum großen Teil auf (eingesalzenem) Fisch beruht und die Süßwasserfische mit zunehmender Bevölkerung abnahmen. 1852 und 1897 wurden einschränkende Bestimmungen von norwegischer Seite erlassen und seither haben diese Fischerwanderungen, bei denen eben ein gut Teil an der Küste zurückblieb, sehr nachgelassen. Die Bevölkerung in den Außenbezirken ist daher auch, wie obige Zahlen zeigen, leidlich unverändert geblieben. Dagegen wurde nun das Innere von Finnland her aufgefüllt:

Zahl der Bewohner in	1880	1921
Muonnioniska . . .	935	1533
Enontekiö	644	1031
Kittilä	2078	4280
Sodankylä	2695	4489
Enare	860	1667
Utsjoki	390	517

Schweden ist ebenfalls und zwar viel früher Ziel der durch die Not erzwungenen Auswanderung der Finnen gewesen. Hier waren es die Waldgegenden in Inner-Dalarne und Värmland, die von den anspruchslosen Kolonisten im 16. Jahrhundert aufgesucht und gerodet wurden. Sie sind heute von den Schweden fast völlig assimiliert, wenn auch in der Erinnerung, in Namen, Bauten und Wirtschaftsform der finnische Grundcharakter fortlebt; nur im sogenannten „Finnskog" in Ober-Värmland wird heute noch finnisch gesprochen. Dagegen behauptet sich das finnische Element in Norrbotten durch seine Zähigkeit und wirtschaftliche Tätigkeit, steht es doch in unmittelbarem Zusammenhang mit dem finnischen Sprachgebiet hinter der Grenze.

So sind also z. Z. die Nationalitätsverhältnisse im äußersten Norden unseres Erdteils. Wie sie sich künftig gestalten werden und ob die Anordnung der Gruppen jemals politische Bedeutung gewinnen wird, das läßt sich erst diskutieren, wenn auch die Lappenfrage dem Leser bekannt ist. Darüber möge ein zweiter Abschnitt unterrichten.

Fortsetzung folgt.

Friedrich Lange:

DAS SÜDLICHE SCHWEDEN

Schwedens Schwerpunkt liegt im Süden. Zwischen Trelleborg und der Linie Uddevala—Oxelösund liegt der Fläche nach nur der vierte Teil des schwedischen Reiches, jedoch fast die Hälfte seiner Einwohner; der Anteil ist nur deshalb nicht noch größer, weil die Reichshauptstadt Stockholm eine Ausnahmestellung im Norden einnimmt.

Das südliche Schweden wird also im Norden durch die Kette der großen Seen begrenzt, im Westen durch das Kattegatt und den Sund, im Süden und Osten durch die Ostsee. Der größte Teil dieses Gebietes wird von Fels und Wald bedeckt, zwischen denen sich teils kleinere, teils aber auch ziemlich große Seen befinden, erreicht doch z. B. der weltabgeschiedene und sagenumkränzte Bolmensee eine Fläche von 183 Quadratkilometern! An den Küsten finden sich 20—30 Kilometer breite Streifen, die den Ackerbau begünstigen, besonders im Westen, während im Süden fast ganz Schonen, eine aus der Ostsee emporgestiegene Gneisplatte, geologisch zu Pommern gehört, wie ja auch heute in bezug auf Landschaftsgepräge, Landbebauung, Siedlungsweise und Lebensgewohnheiten oft gesagt wird: „Schonen könnte Pommern und Pommern Schonen sein!“

Die großen Wald- und Felsgebiete im Innern des Landes erschweren die Lebensbedingungen. Nur mit größter Anstrengung war es im Laufe der Jahrhunderte und Jahrtausende möglich, ganz beschränkte Flächen wenigstens von den kleineren und mittelgroßen Steinen zu befreien, sie in kleinen Dämmen aufzuschichten und den dazwischenliegenden Bodenflecken karge Nahrung abzugewinnen. Die harten, langen und dunklen Winter erschwerten ebenfalls von jeher die Lebensbedingungen. Seit den ältesten Zeiten hat daher das südliche Schweden eine starke Auswanderung zu verzeichnen. Nach einer weitverbreiteten Ansicht liegt hier die Urheimat der Germanen, von der sie strahlenförmig über die benachbarten Meere gingen und insbesondere auch allmählich Mitteleuropa in Besitz nahmen. (Jedenfalls längst vor der slawischen Einwanderung, was gegenüber einigen tschechischen und polnischen „Theorien“ festgehalten sei.) Nachdem mit den napoleonischen Wirren — dem letzten Krieg, an dem Schweden teilgenommen hat — die ständigen



Aderlässe aufgehört hatten, machte sich der Bevölkerungsdruck im südlichen Schweden erneut stark bemerkbar. Von 1850—1925 wanderten nicht weniger als 2 Millionen Schweden in den Jahrgängen stärkster Lebenskraft aus, meist nach Amerika, wo sie trotz vorbildlicher Schutzarbeit kaum dem Schicksal der Aufsaugung entgehen können. Ähnlich wie bei dem deutschen Volke wohnt der dritte Teil des Schwedentums außerhalb des politischen Mutterlandes. Daß im südlichen Schweden immer wieder versucht wurde und wird, der Fels- und Waldwüste weiteren Boden abzugewinnen, verdient festgehalten zu werden.

Der Unsegen dieses Fels- und Waldgebietes wäre noch stärker zum Ausdruck gekommen, wenn nicht das südliche Schweden einen großen Vorzug aufzuweisen hätte, seine günstige Verkehrslage inmitten hochentwickelter, aber verschieden gearteter Staaten. Seine Bedeutung veranschaulicht man sich am besten, wenn man sich das ganze südliche Schweden einmal von der Landkarte wegdenkt. Es ist dann sofort ersichtlich, wie hier die Fäden zwischen Norwegen, Dänemark, Deutschland, Litauen, Estland, Lettland, ja zwischen England und Rußland zusammenlaufen oder doch wenigstens zusammenlaufen können. Die Verkehrshemmungen im Innern des Landes, vor allem der fast vollständige Mangel schiffbarer Flüsse, hat nun freilich von jeher den größten Teil des Verkehrs zwischen den genannten Staaten nicht durch Südschweden geführt, sondern um es herum, und nicht einmal als Umschlagsplatz hat ein südschwedischer Ort überragende Bedeutung erlangt: Falsterbo und Simrishamn konnten wohl einige Zeit eine geachtete und gewinnbringende Stellung einnehmen, allein den Hauptgewinn der natürlichen Lage Südschwedens zog fast stets eine nichtschwedische Stadt: Kopenhagen. Wohl fehlte es nicht an Versuchen, diesem Schlüsselpunkt seine sich selbst zugelegte Bedeutung streitig zu machen; an die älteren Kämpfe der Hanse reihte sich im 19. Jahrhundert die Schaffnng einer schiffbaren Verbindung zwischen Ostsee und Kattegatt in dem Götakanal im Norden und in dem deutschen Nordostseekanal im Süden. Trotzdem hat sich Kopenhagen im wesentlichen seine Bedeutung zu erhalten gewußt. Die südschwedische Wettbewerbsgründung Malmö kann sich demgegenüber nicht entfernt vergleichen, vielmehr steht gerade Malmö geistig und teilweise auch seelisch durchaus im Banne der benachbarten dänischen Hauptstadt.

Die Frage der Beeinflussung Südschwedens hat oft die Gemüter erhitzt. Stockholm liegt weit, und die Wege dorthin waren zur See durch Sturm gefährdet, zu Lande jahrhundertelang kaum gangbar. Erst die Eröffnung der immer noch größtenteils eingleisigen Bahn Malmö—Stockholm im Jahre 1880 schuf ein wenig Wandel. Auch heute noch liegen aber nicht nur Trelleborg und Malmö, sondern auch Ystad, Helsingborg und das halländische Halmstad weiter entfernt von der schwedischen Hauptstadt als von Berlin, von Kopenhagen ganz zu schweigen. Es verdienen daher jene Wege besondere Beachtung, auf denen fremdländische Ein-



flüsse in das Land dringen. Es gibt deren vor allem vier: zwei führen von Dänemark her, nämlich durch die Fährverbindungen zwischen Kopenhagen und Malmö für die Züge nach Stockholm und zwischen Helsingör und Helsingborg für die Züge nach Gotenburg; beide dienen weniger dem durchgehenden Fernverkehr als der engen wirtschaftlichen und geistigen Verknüpfung des südlichen Schwedens mit der dänischen Hauptstadt. Über Gotenburg dringen englische und amerikanische Einflüsse ein und üben an der nördlichen Westküste eine nachhaltige Wirkung aus. Von Süden her bringt die 1909 vollendete Fährverbindung Saßnitz-Trelleborg deutschen Einfluß.

Schon diese Übersicht zeigt, daß der dänische Einfluß weitaus am stärksten ist. Hier wird jene Geistesrichtung gestärkt, die für eine allskandinavische Selbstgenügsamkeit eintritt und in der Sprachverwandtschaft der drei nordgermanischen Völker ebenso ihre Grundlage findet wie in den überaus vorteilhaften wirtschaftlichen Erfahrungen, welche der Norden mit seiner übereinstimmenden Neutralität im Weltkrieg gemacht hat. Dadurch erklärt sich auch gleichzeitig die auffallende Erscheinung, daß der Sitz der ausgesprochenen Deutschfreundlichkeit in Schweden nicht so sehr im Süden liegt, sondern in dem von Deutschland weiter entfernten mittleren Landesteil, um Stockholm und Upsala. Es ergibt sich also die dankbare Aufgabe, gemeinsam mit der schwedischen politischen und der wissenschaftlichen Hauptstadt das südliche Schweden mit dem Gedanken zu durchtränken, daß die gegebene geistige und seelische Ergänzung für das allzukleine eigene Sprachgebiet am besten und natürlichsten im germanischen Süden jenseits des Meeres zu finden ist.

Schweden leidet nämlich wie viele kleine Völker unter dem Nachteil seiner zu geringen Bevölkerungszahl. Die häufig verkündete Forderung, ein Volk solle nicht viele Kinder aufziehen, sondern „Edelkinder", ist eben falsch; nur erstklassige und viele Kinder sichern einem Volke freie Entwicklungsmöglichkeit. Kleine Völker sind auch im Zeitalter des Völkerbunds an allen Enden irgendwie unfrei: Ihre Sprache nützt ihnen wenig jenseits ihrer Grenzen, während Weltsprachen wie die deutsche oder englische in zahlreichen Ländern Bewegungsfreiheit geben; ihre Wirtschaft kann nicht auf allen Gebieten sich selbst genügen. Entweder machen sie den Versuch einer Wirtschaftsautarkie und sich selbst dadurch lächerlich, wie etwa die bisher führenden Slowenen, oder sie beschränken sich auf die Herstellung einzelner Qualitätswaren, in denen sie Spitzenleistungen auf dem Weltmarkt erreichen, und stellen sich im übrigen ganz auf Bezug aus dem Auslande ein. Beispiele für die letztere Art sind Dänemark mit seiner entwickelten Milchwirtschaft und besonders Schweden mit seiner hervorragenden Holzbearbeitung, Kugellagerherstellung, Edelstahlerzeugung und seinem die Welt beherrschenden Zündholztrust. Heute benutzt Schweden als Bezugsquelle für die übrigen Wirtschaftserfordernisse alle möglichen Länder, vor allem England und die Vereinigten Staaten, aus denen



z. B. der größte Teil des riesigen Kraftwagenbedarfes gedeckt wird. Deutschland nimmt demgegenüber einen immer bescheideneren Platz in der Handelsbilanz ein. Im Jahre 1913 lieferte Deutschland noch 34,2 v. H. der gesamten Einfuhr, 1924 nur noch 24,8 v. H. Hier könnte ein planmäßiges Zusammengehen zwischen Deutschland und Schweden gewaltige Möglichkeiten eröffnen, ohne daß dadurch Schweden Schaden leiden müßte (Vorteile fester Lieferungsverträge usw., gemeinsames Vorgehen auf dem Weltmarkt u. a.). Ein wirtschaftliches Zusammen gehen, das beiden Teilen Gewinn bringt, würde auch die geistigen Zusammenhänge fördern.

Diese müssen aber auch unabhängig davon gepflegt werden. Nie war die Ostsee eine strenge Kulturscheide und darf es auch jetzt nicht werden. Der Einfluß wogte vielmehr abwechselnd herüber und hinüber wie Ebbe und Flut. Nachdem einst unsere Vorfahren aus dem Norden kamen, brachte das Zeitalter der Hanse Deutsche nach dem Norden, wo in Wisby, Kalmar, Stockholm und vielen anderen Orten jahrhundertelang die Hälfte der Stadtverordneten aus Deutschen bestand. Alsdann sahen wieder einige Jahrhunderte Schweden auf der südlichen Seite der Ostsee, in Vorpommern, Wismar usw. Gemeinsam hatten Deutschland und Schweden das Erlebnis der Reformation, gleichzeitig die Ausbildung ihrer Schriftsprachen, leider aber nicht auf Grund der so ähnlichen Mundarten in Schonen und Pommern, sondern weit voneinander entfernter Gegenden; das Schriftdeutsch wurde auf das Sächsische gegründet, das Schriftschwedische auf die Mundarten von Upsala usw. Unvergessen ist die wahrhaft neutrale Haltung Schwedens im Weltkrieg, seine Beharrlichkeit gegenüber der feindlichen Verleumdungspropaganda, seine selbstlose und reichliche Hilfe für Kinder und Studenten in den Jahren der Not.

Daß die Beziehungen zwischen hüben und drüben nicht noch enger sind, liegt wohl vor allem daran, daß die unmittelbare Anschauung fehlt. Wohl fahren viele akademisch gebildete Schweden nach Deutschland und benutzen dann gern den „Schwedenweg", den einst die schwedischen Heere zogen, nämlich über Berlin, Wittenberg, Leipzig, die Wartburg nach Heidelberg und Straßburg — ein Musterbeispiel geopolitischer Wegweisung —, aber die Bilder dieser Städte wurzeln nicht im Bewußtsein des Volkes. Neuerdings verstärken auch die Luftverkehrslinien von Kalmar und Karlskrona nach Stettin sowie von Malmö nach dem auch heute eine beachtliche schwedische Kolonie aufweisenden Lübeck die Beziehungen zu Deutschland.

Ein engeres Zusammengehen zwischen Deutschland und Schweden ist nur denkbar auf dem Wege der Gleichberechtigung, möglichst auch unter Ausschaltung rein politischer Fragen. Wirtschaftlicher Nutzen und wechselseitige geistige Befruchtung sind Triebfedern genug. Die engen Beziehungen des südlichen Schwedens zu Dänemark brauchen darunter nicht zu leiden, im Gegenteil wäre zu hoffen, daß Schweden noch weit mehr als bisher ein Mittler zwischen unserem Volke und den übrigen nordischen Verwandten werden würde.

P. Asmussen:

DEUTSCHTUM UND DÄNENTUM

Den deutschen Schleswigern zu beiden Seiten der Grenze wird vorgeworfen, sie stören das gute Einvernehmen Deutschlands mit Dänemark, ja mit ganz Skandinaviens. Der Vorwurf ist schwer, trifft aber nicht zu. Wem könnte friedliches Nebeneinanderleben und Zusammengehen Deutschlands mit dem Norden angenehmer sein als uns im Grenzgebiete!

Der politische Kampf zwischen Deutschen und Dänen ging immer um Schleswig, von vorgeschichtlicher Zeit an bis heute und ist noch nicht entschieden. Das Ziehen einer Grenze durch ein Land, welches immer eine geschichtliche, geographische und wirtschaftliche Einheit bildete, befriedigt niemand. Das abgeschnittene Stück will zum Ganzen zurück oder den Rest nach sich ziehen. Deutschland kann Nordschleswig entbehren, Dänemark will nicht Nordschleswig allein, sondern ganz Schleswig, auf das es ein uraltes Besitzrecht zu haben glaubt. Das sagt nicht viel, Grenzen sind wandelbar. Um Grenzänderungen dreht sich ein Hauptteil der politischen Geschichte aller Länder in der Welt.

Das Altbesitzrecht Dänemarks steht auf schwachen Füßen. Lange bevor die Dänen kamen, haben germanische Stämme Schleswig bewohnt, die keine Nordgermanen, sondern Südgermanen waren. Erst vor tausend Jahren kamen die Dänen vom Norden und eroberten das Land. Aber die Bevölkerung des Landes suchte Anschluß an Holstein und fand ihn. Seit 1460 gibt es kein Schleswig mehr, nur ein Schleswig-Holstein. Dänemark müßte nicht Nordschleswig, nicht Schleswig, sondern Schleswig-Holstein fordern, wenn es nicht ein Band zerreißen will, welches es als unauflöslich gewährleistet hat und welches in der Bevölkerung als unauflöslich empfunden wird.

Es gibt in Nordschleswig Leute, die politisch zu Dänemark neigen, auch in Südschleswig gibt es einige wenige. Das politische Dänentum ist nicht natürlich gewachsen, sondern künstlich geschaffen und bestand vor hundert Jahren noch nicht. Da nannten sich die Schleswiger bis zur Königsau hinauf Holsteiner. Erst jenseits der Königsau fing Dänemark an. Die Leute hingen treu am dänischen König, der ja auch ihr Herzog war, und wollten von keiner Trennung wissen. Das änderte sich, als die Dänen Schleswig von Holstein loszureißen trachteten und als 1863 die in Schleswig-Holsein erbberechtigte Linie des dänischen Königshauses ausstarb.

Man behauptet auch, die Kultur Schleswigs sei nordisch. Man weist auf Personen-, Orts- und Flurnamen hin, die nordisch gebildet sind, auf Brauch und Sitte mit nordischem Anklang, auf die Landessprache, die noch vor 150 Jahren dänisch gewesen sein soll usw. Genau so gut kann man aber auch Beispiele dafür



beibringen, daß Schleswigs Kultur seine nächste Verwandtschaft im deutschen Süden hat. Die Frage, ob das nordische oder das südische Kulturgut in Schleswig das älteste Heimatrecht habe, ist nicht zu beantworten. Die älteste Kulturgeschichte des Landes liegt im argen. Falsch ist es, zu sagen, die deutsche Kultur gleiche einem dünnen Firnis, werde der abgekratzt, so trete unverfälschtes Dänentum zutage. Es ist falsch, nordisch und dänisch zu verselbigen. Nicht einmal, daß alles nordische erst mit der dänischen Eroberung gekommen sei, ist richtig. Nordgermanentum und Südgermanentum berühren, durchkreuzen und durchdringen sich in Schleswig seit mindestens 1000 Jahren.

Nordschleswig liefert das Beispiel. Als das Land unter deutscher Herrschaft stand, behauptete die Mehrzahl der Bewohner, sie seien Dänen. Nun sie dänisch geworden sind, empfinden sie, daß sie es eigentlich doch nicht sind. Die Altdänen möchten sie zu richtigen Dänen machen, das betonten sie gleich nach der Einverleibung, sie aber wollen Schleswiger bleiben. Der Unterschied ist da und wird von beiden Seiten gefühlt. Nicht einmal, daß die Nordschleswiger dänisch sprechen, ist richtig, wenn schon die Sprache gewöhnlich als plattdänisch bezeichnet wird. Sie ist aber westjütisch und nur mundartlich verschieden von der Sprache der Bewohner Mittel- und Westjütlands. Das Westjütische war früher viel weiter nach Süden Haussprache, je weiter nach Süden, desto mehr mit deutschem Sprachgut vermischt. Der Rückgang zugunsten des Niederdeutschen erfolgte nicht aus politischen Gründen. Kultursprache ist das Westjütische nie gewesen.

Die jütische Sprache läßt auf jütische Bevölkerung schließen. Wer waren die Jüten? Man denkt an einen dänischen Stamm. Sie haben auch in ihrer Sprache viel Dänisches, aber doch auch in Sprachbau und Sprachgut manches, was nach dem Süden weist. Obgleich seit etwa 1000 Jahren unter dänischer Herrschaft stehend und vom Dänentum beeinflußt, haben sie doch in Sitte und Eigenart manches Nichtdänische. Selbst körperlich stimmen Dänen und Jüten nicht völlig überein. Sind also die Jüten verdünnte Südgermanen? Sind sie dänische Nordgermanen, die in das Gebiet eines südgermanischen Stammes eindrangen, mit dem sie sich vermischten? Sind sie ein Übergangsvolk zwischen Nord- und Südgermanen? Wir werden auf diese Fragen schwerlich jemals eine ausreichende Antwort bekommen.

Nordgermanische und südgermanische Kultur sind nicht wesensverschieden. Seitdem man die Urheimat der Indogermanen nicht mehr in Hochnstein, sondern im Norden Europas sucht, muß man annehmen, daß die Germanen in ihrer Urheimat eine Eigenkultur herauszubilden vermochten, weil dort eine Beeinflussung durch fremde Kulturvölker unmöglich war. Was sie von da auf ihrer Wanderung nach Süden mitnahmen und weiter entwickelten, kennt man aus Gräber- und anderen Funden. Dürftige Knochenreste lassen die Rasse der

Bestatteten, aber nicht den Stamm erkennen. Diesen aus Grabbeigaben erkennen zu wollen, führt zu unsichern Ergebnissen.

Die Germanen gehören der nordischen Kulturwelt an, damit aber nicht der dänischen. Dänisch ist ein viel engerer Begriff als nordisch. Die Nordgermanen haben die rein nordische Kultur natürlich viel länger beibehalten als die erst abwandernden Südgermanen, die wenigstens in Deutschland schon Bewohner vorfanden, von deren Kultur sie berührt wurden. Sie nahmen an, was ihnen gefiel, gaben aber nicht auf, was sie hatten. Weiter wandernd, kamen sie mit der antik-griechisch-römischen Kultur zusammen und wurden von ihr beeinflußt.

Zwischen Nord- und Südgermanen war keine große Kluft befestigt. Kultureinflüsse gingen von Norden nach Süden, aber auch von Süden nach Norden, und das blieb so. Das Christentum haben die Nordgermanen über, die Reformation aus Deutschland bekommen. Durch das Mittelalter hindurch bis auf unsere Tage hat Skandinavien unter dem bestimmenden Einflusse deutscher Kultur gestanden, ohne zur Eigenschöpfung unfähig zu werden. Es fand im Geben, Nehmen und Befruchten ein steter Wechsel zwischen Süden und Norden statt, auch einmal ein Kulturkampf.

Das soll bleiben. Germanische Eigenart ist vom Slawentum und Romanentum ebenso verschieden, wie vom Amerikanertum, das nur nach Gelderwerb strebt. Will das Germanentum wieder zur Weltgeltung kommen, so muß es sich auf seine Eigenart besinnen und einig sein. Das gilt auch von Deutschen und Dänen. Sie sollen sich nicht in erster Linie bekämpfen, sondern verstehen und jeder am andern achten, was ihm heilig ist.

Davon ein Beispiel. Um zwischen 1851 und 64 in Mittelschleswig das Deutschtum zu unterdrücken, wurde die Kirchensprache zur Hälfte, die Schulsprache fast ganz dänisch gemacht. Und niemals ging die westjütische Haussprache rascher zurück, als in den Jahren. 1889 ordnete die preußische Regierung für die Schulen Nordschleswigs rein deutsche Unterrichtsansprache an, nur die Sprache des Religionsunterrichts blieb wahlfrei. Das geschah aus reinen Nützlichkeitsgründen, selbst dänische Nordschleswiger erkannten an, daß die Kinder in den Schulen nicht genug Deutsch lernten. Aber den Nordschleswigern war die dänische Schulsprache ein Kulturgut, das sie nicht entbehren wollten. Das hat die preußische Regierung nie verstanden.

Und heute soll in Nordschleswig die deutsche Minderheit in kürzester Frist und restlos vom Dänentum aufgesogen werden. Dänemark soll ein Nationalstaat werden, in dem nur das Dänentum Berechtigung hat. So hat man gesagt, danach handelt man, wenn deutsche Schulen, deutsche Gottesdienste verlangt werden. Aber der deutsche Nordschleswiger kann verlangen, an seiner deutschen Kultur festhalten zu wollen, auch wenn er zu Hause westjütisch spricht. Westjütisch ist nicht dänisch. Hat die Berliner Regierung in der Schulsprache einen Fehler gemacht, so ist die Kopenhagener nicht berechtigt, ihn nachzumachen.



Die Verquickung von Kultur und Politik hat ein Jahrhundert hindurch die Lösung der schleswigschen Frage gehindert. Man geht bis zu Olims Zeiten zurück, um Besitz- und Rechtstitel festzustellen, man liest auch einmal aus der Geschichte heraus, was nicht darin steht, und man vergißt darüber das Recht der Lebenden. Schleswig ist Kulturgrenzland, von beiden Kulturen beeinflußt. Jeder einzelne wird vor die Frage gestellt, welcher Kultur er angehört. Bleiben wir bei der Schule stehen. Die deutsche Schule hat ihre Kinder in den deutschen, die dänische Schule die ihrigen in den dänischen Kulturkreis einzuführen. Auf die Sprache allein kommt es nicht an. Jeder Bewohner zu beiden Seiten der Grenze muß das Recht haben, seine Kinder in die Schule zu schicken, in die sie nach seiner Meinung gehören. Dabei darf keinerlei Kulturkataster angewandt werden, aber erst recht keine Werbung.

Die Schule müßte von der Elternschaft der besuchenden Kinder durch einen Vorstand geleitet und, wenn Minderheitsschule, von dieser unter staatlicher Beihilfe unterhalten werden. Die staatliche Schulaufsicht hätte sich darauf zu beschränken, daß das Schulziel erreicht wird. Gibt die Schule den Kindern nicht, was die Eltern erwarten, so muß ihnen eine Umschulung gestattet sein, aber nur eine einmalige. Ein Hin- und Herpendeln von einer Schule zur andern, liegt nicht in den Belängen der Kinder.

Die leidige Politik mit ihrem hie deutsch — hie dänisch! tritt hindernd in den Weg. Sie hat es darauf abgesehen, im Grenzgebiete Proselyten zu machen. Leute zu sich hinüberzuziehen, die nicht zu ihnen gehören, scheint aller Werbung Zweck und Ziel. Daß die Deutschen kaum, die Dänen eifrig werben, auch mit unlauteren Mitteln, muß zur Steuer der Wahrheit gesagt werden. Aus dem Ergebnis der Werbung will man Grenz- und Kulturfragen beantworten. So wird aber die Kluft zwischen Deutschland und Dänemark nur verbreitert, nie geschlossen. Zwischen Deutschland und Dänemark wird nur Friede, wenn die schleswigsche Frage endgültig gelöst ist! sagte jüngst ein Redner. Nur schade, daß die Lösung, welche eine Seite für endgültig hält, von der Gegenseite nur für vorläufig gehalten wird.

Für Deutschland ist der Besitz von Nordschleswig, ja von ganz Schleswig keine Lebensfrage, es kann ohne Schleswig bestehen. Aber auch für Dänemark ist der Besitz von ganz Schleswig so wenig, als der von Nordschleswig Lebensfrage, es hat viel friedlichere Zeiten durchlebt, als es Nordschleswig mit seinen Wirtschaftsnöten und anderen Dingen noch nicht hatte. Nordschleswig macht Dänemark arm! klagen die Dänen. Es liegt etwas Wahres darin, obgleich die anfängliche Großzügigkeit der Dänen im Geldausgeben für Nordschleswig mitschuldig daran ist. Däs Land wird noch viel dänisches Geld verschlingen, und dann weiß man noch nicht, wohin man mit dem nordschleswigschen Warenüberschuß soll. Die Absatzgebiete fehlen.

Könnten sich Dänemark und Deutschland auf den Boden der Gleichberechtigung dänischer und deutscher Kultur in Schleswig stellen, beide unter gleicher Selbstverwaltung stehend, beide auf gleiche staatliche Unterstützung Anspruch habend, dann bedürfte es nur noch einer Volksabstimmung unter Ausschluß jeder Werbung, um die schleswigsche Frage endgültig zu lösen. Das ganze Schleswiger Land müßte abstimmen, und nach dem Ergebnis der Abstimmung könnte eine neue Grenze gezogen werden, und da weder Deutschland noch Dänemark an dem Besitze Schleswigs ein Lebensinteresse haben, können beide sich mit ihr zufrieden geben, ohne Hintergedanken. Schleswig wäre dann nicht mehr der trennende Keil, sondern die verbindende Brücke zwischen Deutschland und Dänemark, zwischen Deutschland und Skandinavien.

DR. TARAKNATH DAS:

CHINAS KAMPF UM SEINE BEFREIUNG
(SIEGESZUG DES CHINESISCHEN NATIONALISMUS)

1. Es können wohl Staaten ihrer Souveränitätsrechte verlustig gehen, indem ihr Gebiet nach einer Niederlage in andre Hände übergeht oder infolge vertraglicher Freiheitsbeschränkungen; eine Nation kann aber ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung niemals verlieren, auch wenn sie Jahrhunderte hindurch der Fremdherrschaft unterworfen gewesen wäre. Als Belege hierfür diene die Geschichte der Befreiung Spaniens von der Herrschaft der Mauren, die der Balkanstaaten und Griechenlands von der Herrschaft der Türken, die Befreiung Polens, Finnlands, Ungarns, Irlands (nach 700jährigem Kampfe gegen England), dann die im Wachsen begriffene Bewegung in Ägypten und Indien und auf den Philippinen zwecks Erstreitung ihrer Unabhängigkeit. Diese Beispiele erhärten die Tatsache, daß bewußt und lebendiggebliebene Nationen sich immer wieder gegen Fremdherrschaft auflehnen, bis sie ihre völkischen Hoheitsrechte wieder erlangt haben. Mit der Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung als eines Ideals für alle Völker ist auch das Recht auf Revolution von allen Rechts- und Staatsrechtslehren ausgesprochen worden. Wurden die Lehren vom Recht auf Selbstbestimmung auch seit dem Weltkriege erst aller Welt laut verkündet, so sind sie dennoch weit älteren Ursprungs, ja so alt wie die Geschichte der Völker, die ihre Unabhängigkeit um jeden Preis verfochten haben. Jedenfalls ist diese Lehre so alt als die Unabhängigkeitserklärung Amerikas. Es ist daher kaum nötig, hervorzuheben, daß dem Kampf des chinesischen Volks um Freiheit und völlige Unabhängigkeit ein mit ihm geborenes Recht zugrunde liegt.

2. Die derzeitige revolutionäre Phase des Nationalismus in China stellt nur eine besonders auffallende Seitenansicht eines Geschehens allergrößter Tragweite dar,



nämlich der endgültigen Befreiung des Ostens von der Herrschaft des Westens; das Streben nach dieser Befreiung setzte vor etwa 100 Jahren ein und dürfte gegenwärtig auf dem besten Wege zum Erfolge sein.

Während des ersten Viertels des 19. Jahrhunderts begannen alle Nationen des Orients, die Türkei, Persien, Indien und China den Druck des vordringenden Westens zu verspüren. Ihre Bemühungen, die Hochflut des übergreifenden Westens zu hemmen, verliefen erfolglos. Die herrschenden Westmächte, die ihre gegen die Mitte des 19. Jahrhunderts erreichten Erfolge gegen die Souveränitätsrechte der asiatischen Völker ermutigt hatten, begannen nun, diesen ihren Willen aufzunötigen, so ungerecht dies auch jeweils sein mochte, und gingen dabei so weit, das Vorrecht für sich in Anspruch zu nehmen, eine ganze „Nation" zu vergiften, um Vorteil daraus zu ziehen. Es geschah dies vermittels des sog. „Opiumhandels". China, das die schlimmen Folgeerscheinungen dieses Handels mit dem Rauschgift empörte und entsetzte, eines Handels, den die Ostindische Gesellschaft in China betrieb, versuchte, sich dieser westländischen Handelsherrschaft zu entziehen, ein Unternehmen, das zum Opiumkriege der Jahre 1839—42 führte. In diesem Kriege siegte England und drängte China den Frieden von Nanking auf.

Dieser Opiumkrieg hat die verschiedensten Beurteilungen erfahren. Einige Gelehrte des Westens treten auch heute noch für seine Berechtigung ein, mit der Begründung, China habe den englischen Handel beeinträchtigt, britisches Hab und Gut vernichtet und den Engländern das Leben im Lande gefährdet. England sei daher im Rechte gewesen, als es in Kanton und an andern Orten durch Beschießungen die Einwohner haufenweise niedermachte; es seien dies eben kriegerische Maßnahmen gewesen. Diese Gelehrten unterschlagen aber die Tatsache, daß es sich die Engländer ihrerseits hatten angelegen sein lassen, das chinesische Volk durch jenes Rauschgift systematisch zugrunde zu richten. Den Nationalisten Chinas und denen, die an die gerechte Sache der endgültigen Befreiung Asiens von der Herrschaft des Westens glauben, erscheint dagegen der Opiumkrieg als erfolgloser Versuch der Mandschuherrscher, die Engländer daran zu hindern, das chinesische Volk zu vergiften, und daher auch als ein Versuch, die Souveränität Chinas aufrechtzuerhalten, indem von den fremdländischen Handelsbeflissenen in China verlangt wurde, sie sollten die Gesetze des Landes befolgen; es darf dabei nicht vergessen werden, daß diese Gesetze die Abschaffung des Opiumhandels verlangten. Die Niederlage Chinas in diesem Kriege hatte zur Folge, daß die Exterritorialitätsrechte eingeführt, die Freiheit, die Zollsätze zu bestimmen, eingeschränkt und eine bedeutende Kriegsentschädigung im Betrage von 21 Millionen Dollars gefordert wurden. China verpflichtete sich im Frieden von Nanking, den Fremdmächten fünf chinesische Vertragshäfen zu öffnen, nämlich Kanton, Amoi, Futschau, Ningpo und Schanghai; Großbritannien wurden außerdem noch verschiedene Handelsvorrechte, einschließlich des „Rechts auf bevorzugte Behandlung" zuerteilt. Man darf



wohl sagen, daß hiermit die Zeit des Zusammenwirkens der Westmächte — der sog. Vertragsmächte — begann, das darauf ausging, China unter ihre wirtschaftliche, politische und richterliche Botmäßigkeit zu bringen.

Der „Pfeilkrieg“ des Jahres 1856 folgte auf diesen ersten Opiumkrieg. 1860 belagerten die vereinigten Streitkräfte Frankreichs und Englands die Stadt Peking. Im Vertrag von Tientsin, geschlossen im Jahre 1860, forderte Frankreich dem besiegten Lande eine bedeutende Entschädigung ab, und England annektierte Kaulun. 1860 gelang es dann Rußland durch geschickte Diplomatie der Überredung und Bedrohung, die chinesische Seeprovinz im Osten des Usuri zu annektieren.

Damals sicherten sich die Fremdmächte endgültig ihre exterritoriale Gerichtsbarkeit und gründeten fremde „Konzessionen“ in den sog. Vertragshäfen; die Mandschuherrscher ließen das Unvermeidliche geschehen. Das chinesische Volk hingegen war empört über die Demütigung der Nation und begann mit dem vaterländischen Werk der Abschaffung der unfähigen Mandschuregierung, die es versäumt hatte, China gegen die Fremden zu verteidigen. Diese vaterländische Bewegung verbreitete sich von Südchina nach dem Norden und nahm die Gestalt des sog. Taipingaufstands an. Er dauerte 20 Jahre und wurde erst mit Hilfe der Fremden bewältigt. (Es mag hier erwähnt werden, daß, während China diesen Aufstand durchzumachen hatte, die Türkei sich gegen das Vordringen Rußlands wehrte und Indien seine sog. Sipoirevolution der Jahre 1856—57 erlebte.)

So endete der zweite Versuch des chinesischen Volks, sich der Übergriffe der Westmächte zu erwehren und ihre eigene bestechliche und schwächliche Regierung loszuwerden.

Nach dem Versagen des Taipingaufstandes taten die Mandschus, was in ihrer Macht stand, um durch gewisse Reformen ihre Stellung wieder zu stärken. Da aber die Regierungsorgane durchaus unfähig und bestechlich waren, gelangten diese frommen Wünsche niemals zur Verwirklichung. Mittlerweile wurden die fremden Übergriffe gegen die chinesische Souveränität allseits in verstärktem Maße fortgesetzt. China verlor die Suzeränität gegenüber Birma während der Jahre 1862—86, die über Indochina im Verlauf der Zeit von 1862—85, und es begannen nun die verschiedenen Völker, Teile des chinesischen Landbesitzes untereinander aufzuteilen. Nach dem Chinesisch-japanischen Kriege des Jahres 1894—95 büßte China die Suzeränität über Korea ein, und die Schwäche des Reichs der Mitte trat so augenscheinlich zutage, daß die Vertragsmächte, insbesondre Frankreich, England, Rußland und Deutschland, im Verfolg der Politik der „Aufteilung Chinas“ sich durch gegenseitige Verträge besondere Einflußsphären im chinesischen Reichsgebiete sicherstellten. Der Erfolg war der, daß mehr als 85 % des Reichsgebietes als „besondere Bezirke“ der einzelnen Mächte abgesteckt wurden. Wieder organisierten chinesische Patrioten in ihrer Verzweiflung eine die ganze Nation um-



fassende Bewegung, um die „fremden Teufel“ in China loszuwerden und die Mandschuherrschaft abzuschütteln. Diese patriotische Bewegung mit dem Ziel, durch Vertreibung der Fremden die chinesische Souveränität zurückzugewinnen, ist als der „fremdenfeindliche Boxeraufstand“ des Jahres 1900 gröblich mißverstanden worden. Es sollten nämlich dieser Unternehmung keine anderen Beweggründe zugrunde gelegen haben als die, christliche Fremde ums Leben zu bringen.

Durch die Anstrengungen der Mandschus und die gemeinschaftliche militärische Aktion der Großmächte gegen die Erhebung des chinesischen Volks wurde der „Boxeraufstand“ überwältigt. Die Westmächte hielten es für angezeigt, sich daraufhin eine weitere Kontrolle über die chinesischen Finanzen zu verschaffen, indem sie sich die Kontrolle der Seezölle zur Sicherstellung der Zahlung der ungeheuren Entschädigungssumme für den Boxeraufstand übertragen ließen, die dem chinesischen Volke auferlegt wurde. Zugleich wurde auch eine militärische Kontrolle ins Auge gefaßt: Es sollten die fremden Besatzungstruppen in Peking verstärkt und auch die in den verschiedenen Vertragshäfen vermehrt werden.

So schlug also auch der dritte Versuch zur Befreiung Chinas anfangs des 20. Jahrhunderts fehl.

Nach der Niederwerfung des Boxeraufstands konnten sich die Westmächte, die an der gemeinschaftlichen Kontrolle Chinas interessiert waren, über die Verteilung der Beute nicht einigen. Ihre Absichten gingen dabei auseinander. Die Angloamerikaner wünschten gleiche Gelegenheit für die Betätigung des Handels für alle in China Beteiligten, auch innerhalb der verschiedenen Interessensphären. Die Russen, die von Frankreich unterstützt wurden (Frankreich war ja der eine Teil der europäischen Doppelallianz) und die selbst seitens Deutschland dazu ermutigt wurden, wünschten Teile der Mandschurei und Mongolei zu annektieren. Aus diesem Interessenwiderstreit unter den Westmächten, die China auszubeuten verlangten, entstand dann die sog. Politik der Offenen Tür der Angloamerikaner, die dann auch Japan eifrig unterstützte. Die Rivalitäten zwischen den Angloamerikanern einer- und den Slawen andererseits führten in der Folge zum Englisch-Japanischen Bündnis, das seitens der amerikanischen Regierung und öffentlichen Meinung volle Unterstützung genoß. Japans Sieg über Rußland in jenem Russisch-Japanischen Kriege, in dem mehr als 100000 Japaner ihr Leben ließen und Japan eine Milliarde Dollars verausgabte, gewährleistete eine Zeitlang die Sicherheit Chinas gegen ein weiteres Vordringen seitens der Russen. Zugleich aber erleichterte er England die Aufgabe, die chinesische Souveränität in Tibet wie auch in andern Teilen der chinesischen Südprovinzen zu schmälern. Trotzdem kann behauptet werden, daß Japans Sieg über Rußland einen Sieg der Sache der chinesischen Patrioten bedeutete, die mit Japan aufrichtig sympathisierten und es gerne sahen, daß den Übergriffen der Westmächte in China und andern Teilen Asiens ein Riegel vorgeschoben wurde. Und es war denn auch in der Tat dieser

Sieg Japans ein bedeutsamer politischer und geistiger Sieg, der ganz Asien zugute kam, das unter dem Joch des westlichen Imperialismus seufzte.

Die chinesischen Vaterländischen empfanden nun nach dem japanisch-russischen Feldzuge mehr denn je, daß China, wenn es gegen fernere europäische Übergriffe sichergestellt werden sollte, zunächst seine eigene bestechliche und unfähige Regierung abschaffen mußte. Sie wußten, daß China sich wie einst Japan der Neuzeit anschließen mußte. Politische Geheimgesellschaften chinesischer Patrioten, die überall auf der Welt ins Leben traten, und unter der Führung des verstorbenen Dr. Sun Yat Sen standen, machten sich an die Aufgabe, die Mandschudynastie zu stürzen und die Chinesische Republik ins Leben zu rufen. Das Leben des Dr. Sun Yat Sen und seine Tätigkeit im Dienst des chinesischen Nationalismus und der Revolution ist das reine Epos. Seine Anhänger haben es zuwege gebracht, die Vorstellungen des chinesischen Volks und Militärs gänzlich umzuschaffen. Sie haben also mit einem Mindestmaß von Blutvergießen ihr Ziel erreicht: 1911 wurde der Mandschukaiser zur Abdankung gezwungen, und China wurde Republik. Es war das der Anfang des Siegeszugs des Nationalismus in China.

Es mag hier erwähnt werden, daß die außerhalb Chinas wohnenden Chinesen Dr. Sun Yat Sen mit Geld unterstützten. Auch erhielt dieser nicht unbedeutende Hilfe verschiedener Art von weitschauenden Japanern, die für die Unabhängigkeit Asiens auf dem Wege über eine chinesisch-japanisch-indische Verbrüderung eintraten.

Dr. Sun Yat Sen legte, um Streitigkeiten unter den Chinesen selbst zu vermeiden, seine Stellung als erster Präsident der Chinesischen Republik nieder zugunsten des Generals Yuan Schi Kai, der die Sache der Chinesischen Republik weiterzuführen versprach. Diese Maßregel aber führte zu einer ernsthaften Gegenrevolution; denn Yuan Schi Kai schaffte innerhalb kurzer Zeit das Parlament ab und machte sich selbst zum Diktator; seine militärischen Untergebenen standen ihm hierin bei. Später, als Yuan Schi Kai sich zum Kaiser ausrufen lassen wollte, genoß er die bereitwilligste Unterstützung der englischen Regierung bei diesem seinem Staatsstreich. Die chinesischen Vaterländischen aber erhoben sich unter der Führung des Dr. Sun Yat Sen gegen Yuan, um die Chinesische Republik zu retten. 1917, als die chinesische Regierung auf das Drängen der Ententemächte in den Weltkrieg eintrat, widersetzten sich Dr. Sun Yat Sen und die Seinen dieser Politik aufs nachdrücklichste. Die chinesischen Vaterländischen hatten die Empfindung, daß China im Kampf mit Deutschland nichts zu gewinnen hatte; wurde dadurch ja nur Englands Macht gestärkt. Sie waren vielmehr der Ansicht, China müsse alle Energien der Aufgabe der eigenen Wiedergeburt widmen. Die britische Regierung haßte Dr. Sun Yat Sen dieser seiner politischen Überzeugung wegen.

Eine Zeitlang schien die Sache der chinesischen Revolution dem Untergang geweiht zu sein; denn der Militarismus und Opportunismus der chinesischen Kriegs-

herrn verdrängte die chinesische Volksregierung von ihrem Platze. Zum Glück für China brachte aber der Weltkrieg das eine Gute, daß Japan durch seine Macht und Voraussicht Deutschland aus China verdrängte und China seine 21 Forderungen überreichte. Das Überhandnehmen des japanischen Einflusses auf die Verhältnisse in China brachte den Angloamerikanern schwere Sorgen. Sie verlegten sich daher darauf, eine antijapanische Propaganda durchzuführen, um China gegen Japan aufzubringen. Dies aber verhalf den chinesischen Nationalisten zu einer Unterstützung von seiten des Auslands. Dann hatte die Gruppe der Ententemächte, um Chinas Eintritt in den Weltkrieg zu erreichen, die Zahlung der Entschädigungen aus dem Boxeraufstande für einige Zeit suspendiert. China durfte auch alle deutschen Konzessionsrechte und die Exterritorialität in China aufheben. Der Weltkrieg ließ wie zur Zeit des Russisch-Japanischen Kriegs erkennen, daß die Westmächte untereinander uneins waren, was die Politik gegenüber China betraf.

Als der Weltkrieg beendet war und alle Rechte Deutschlands an Japan übergingen (infolge gewisser geheimer Abkommen zwischen Japan einer- und Frankreich, Italien, England und Rußland andererseits), erkannten die Chinesen, daß sie seitens der Staatsmänner der Ententemächte und des Präsidenten Wilson der Vereinigten Staaten betrogen worden waren. Diese Erkenntnis erregte die größte Empörung und kam somit dem chinesischen Nationalismus zugute. Die nationalistische Agitation zwang die chinesischen Staatsmänner dazu, die Unabhängigkeit Chinas zur Geltung zu bringen, indem sie den Mächten trotzten und sich weigerten, den Vertrag von Versailles zu unterzeichnen. Dieser Widerstand Chinas stellt den Anfang seiner Verselbständigung auf dem Gebiete der internationalen Politik dar, und zwar ausschließlich zu dem Zweck, seine Souveränitätsrechte wiederzugewinnen. Bei der Versailler Friedenskonferenz brachten es die chinesischen Nationalisten zuwege, daß den Mächten mitgeteilt wurde, chinesische Rechtsansprüche könnten nicht zum Gegenstand eines Kuhhandels anderer Mächte gemacht werden, die geheime Verträge untereinander zu schließen beliebten. Während die chinesischen Nationalisten sich darin betätigten, daß sie die Nation für die Sache des Nationalismus gewannen, Studentenbewegungen ins Leben riefen, einen nationalen Boykott gegen Japan durchführten, wurde der Sieg ihrer Sache schließlich durch den Erfolg auf dem Gebiete internationaler Politik errungen; er war zu verdanken chinesischen Staatsmännern, die sämtlich jung an Jahren waren und in den Ländern des Westens westliche Methoden gelernt hatten. — —

Durch amerikanische Staatsmänner und Journalisten brachten die Chinesen eine Agitation in der Schantungfrage zuwege. Sie wurde hierdurch zu einem gewichtigen politischen Faktor, was die Opposition in Amerika gegen die Zustimmung zum Versailler Vertrag betrifft, und zwar im amerikanischen Senat. Amerikanische Idealisten sowohl als Imperialisten nahmen sich der Sache Chinas an und forderten, Japan dürfe nicht gestattet werden, Schantung zu behalten und dadurch, nämlich



durch einen so bedeutenden Zuwachs an Rohstoffen, im pazifischen Gebiete die Vorherrschaft zu erlangen. Die chinesischen Nationalisten arbeiteten unermüdlich an der Aufgabe, Schantung mit internationaler Hilfe wiederzugewinnen und wußten sich die Unterstützung der Amerikaner und Engländer gegen Japan auf der Washingtoner Konferenz zu verschaffen. Ihre Bemühungen waren von Erfolg gekrönt.

Etwa um diese Zeit einigten sich die chinesischen Nationalisten über ein Verfahren, das im Verkehr mit den Fremden einzuschlagen wäre: China müsse nämlich mit den Fremdmächten jeweils für sich, unabhängig und auf gleichheitlichem Fuße mit ihnen verhandeln. China schloß dementsprechend einen Separatvertrag mit Deutschland und Österreich und befreite sich dadurch von einseitig wirksamen Verträgen. Nach der Washingtoner Konferenz und der Kündigung des Englisch-Japanischen Bündnisses war sich Japan darüber klar geworden, daß ein ungeschriebenes angloamerikanisches Übereinkommen gegen es bestehe. Um der Möglichkeit einer völligen Vereinzelung in der Weltpolitik vorzubeugen, mußte also Japan gute Beziehungen zu China und Rußland zu pflegen unternehmen; Sowjetrußland, das seinerseits der Isolierung entgehen und die Hilfe verschiedener asiatischer Staaten gewinnen wollte, verzichtete auf gewisse besondere Vorrechte in China, Persien und Afghanistan. Zur weiteren Bekräftigung guten Einvernehmens verzichtete Rußland auch auf die russischen Konzessionen, einseitigen Verträge und das Recht der exterritorialen Gerichtsbarkeit in China. Daraus ergibt sich nun offensichtlich, daß, obwohl China durch Bürgerkriege, die die Generale führten, zerrissen war, die chinesischen Nationalisten auf dem Gebiete der Weltpolitik große Siege erfochten.

1925, als die chinesischen Nationalisten unter Führung des Dr. Sun Yat Sen den Einfluß und die Macht der Kuo-Min-Tang-Partei in Südchina und im Gebiet des Yangtse zur Geltung brachten, waren die Vertragsmächte bereits in Gruppen zerfallen, und ein gemeinsames Verhalten ihrerseits in der Richtung auf Unterwerfung Chinas konnte als ausgeschlossen gelten. Von den europäischen Mächten hatten Deutschland und Österreich die einseitigen Verträge aufgehoben: Eines der Ergebnisse des Weltkriegs. Rußland gab diese einseitigen Verträge auf, um sich der Anerkennung Chinas und des guten Einvernehmens mit China zu versichern.

Japan wollte China gerne zum Behuf der Aufhebung der einseitigen Verträge Beistand leisten, weil es dabei hoffte, im Fernosten ein Zusammenwirken Chinas und Japans zum Zwecke seiner eigenen Sicherheit und der Förderung der Unabhängigkeit Asiens in die Wege leiten zu können. Amerika konnte nicht wohl für eine Politik eintreten, die den Bestrebungen Chinas weniger Entgegenkommen zu erweisen den Anschein haben würde als die japanische Politik. Frankreich mit seiner so verwickelten und leicht verletzlichen internationalen Stellung in Europa,



zumal was das Mittelmeer betrifft, wählte den Weg der Mäßigung und Versöhnlichkeit China gegenüber und schloß sich Japan an. England allein von allen den sogenannten Vertragsstaaten stellte sich endgültig gegen die Sache der Nationalisten. Die chinesischen Nationalisten verfochten dafür mit Nachdruck die Politik der Agitation gegen Großbritannien, wie sie es kurz zuvor Japan gegenüber getan hatten. Britische Behörden versuchten, die chinesischen Nationalisten durch Massentötungen einzuschüchtern und verübten auch mehrere derartige Tötungen im Stil des Massakers von Amritsar, und zwar in Shanghai, Shamin und Wanshien. Dies veranlaßte die Chinesen, wie ein Mann aufzustehen, und brachte das antienglische Gefühl in China, wie es seit den Tagen des Opiumkrieges bis auf die jüngste Zeit infolge der vielen Vergewaltigungen entstanden war, zur Verfestigung. Es versteht sich, daß Rußland diesem antibritischen Unternehmen der chinesischen Nationalisten begeisterte Unterstützung angedeihen ließ. Vor 150 Jahren verhalfen die Rivalität der Engländer und Franzosen und die internationale Lage der Dinge in Europa der Sache der Unabhängigkeit Amerikas zum Siege. Heute bildet die Feindschaft zwischen Rußland und England, das Mißtrauen Amerikas gegen Japan und der allgemeine Zustand der weltpolitischen Dinge ein wertvolles Unterpfand für die Sache der Freiheit Chinas. Und außerdem ist der Geist des Nationalismus in China nicht etwa seicht und unreif; er ist vielmehr im Verlauf der Kämpfe des vergangenen Jahrhunderts reif geworden, die mindestens 80 Jahre gewährt haben. Es braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, daß trotz aller Hindernisse der chinesische Nationalismus sich im vollen Siegeszuge befindet.

3. Die chinesische Revolution ist nicht nur eine politische; sie umfaßt vielmehr alle Lebensbeziehungen des chinesischen Volks. Es handelt sich auch um eine Revolution auf dem Gebiet der Literatur, die es auf eine raschere geistige Ertüchtigung und Erziehung der Massen abgesehen hat.

Dann um eine gesellschaftliche Umgestaltuug der Verhältnisse, die auf die Entmündigung der Frauen und die Einimpfung neuer Gesellschaftsideale abzielt. Um die Bewegung unter den Studierenden und Arbeitern, eine Kundgebung des militärischen Geist des neuen China. Um die Revolution auf religiösem Gebiet, die an einigen Orten eine gegenchristliche Haltung angenommen hat. Viele unter den Nationalisten legen die Lehren des Kongfutse in einer bisher nicht dagewesenen Weise aus, die ja einen so großen Wert auf die bürgerlichen Tugenden legen. Unter den jüngeren Nationalisten vertritt die Verehrung des Geistes des Dr. Sun Yat Sen vielfach bereits die frühere Ahnenverehrung. Herr S. Yui, Hilfsprofessor des Völkerrechts an der Tsing Hua Universität in Peking, hat die augenblicklichen Verhältnisse in China ganz vorzüglich darzustellen gewußt: „Die Zeit, in der China heute lebt, ist eine Zeit des Kampfs um Befreiung. Die 1911 begonnene Revolution ist ein Kampf um Befreiung von einem despotischen Re-

giment. Dieser Kampf wird sich fortsetzen, bis die Republik auf festen Füßen steht.

Die chinesische Renaissance-Bewegung, die 1917 einsetzte, ist ein Kampf um die Befreiung von dem Nachteil der Unbildung und um Gedankenfreiheit. Dieser Kampf wird so lange dauern, bis die Ungebildetheit zur Vergangenheit gehört. Aber der Hauptkampf dieser Tage ist der gegen die EINSEITIGEN VERTRÄGE, die seit mehr als 80 Jahren China in Fesseln geschlagen haben. Und dieser Kampf wird so lange währen, bis die Mächte begriffen haben, welche völkerrechtliche Ungerechtigkeit sie gegen China begangen haben und dem Lande seinen rechtmäßigen Platz in der Familie der Nationen einräumen.

Was China heutigen Tags zu erreichen strebt, sind nicht etwa Konzessionen seitens einer Fremdmacht. Es will lediglich die Wiederherstellung seiner verlorenen Unabhängigkeit — weiter nichts — nichts als dies — aber auch nicht weniger."

Der Geist der politischen Umwälzung in China hat vortrefflichen Ausdruck gefunden durch den „christlichen General"-Feng, der die Kasernen seiner Truppen mit dem Weckruf: „Ein fremdem Imperialismus untertäniges Volk ist ein Rudel obdachloser Hunde" plakatieren ließ. Das chinesische Volk will künftighin nichts mehr wissen von einem solchen Zustand obdachloser Hunde. Der revolutionäre Geist hat sich dergestalt vertieft, daß sogar ein Straßenkärrner sich ungestraft von keinem Fremden mehr mißhandeln läßt, wie das früher der Fall war.

China will frei und unabhängig werden. Und die Forderungen Chinas an die Mächte sind von einem amerikanischen politischen Orientalisten folgendermaßen deutlich veranschaulicht worden:

„Abgesehen von nebensächlichen Ansprüchen, die lediglich Kuhhandelszwecken dienen, wie sie in der internationalen Diplomatie im Schwange sind, will China nicht mehr als drei Dinge durchsetzen, in denen die Mächte auf chinesischem Boden Wandel schaffen sollen. Diese drei Dinge betragen· 1. Die Berichtigung der Verhältnisse in Schanghai. 2. Freiheit der Bestimmung der Zollsätze. 3. Abschaffung der Exterritorialitätsvorrechte der Fremden, soweit sie dem seitens aller zivilisierten Staaten anerkannten Grundsatz zuwiderlaufen, daß jeder souveräne Staat das ausschließende Recht besitzt, innerhalb seiner Grenzen, die politische Gerichtsbarkeit auszuüben", vgl. „Our Eastern Assignment"; Felix Verlag. New York 1926. —

Es liegt auf der Hand, daß das Auswärtige Amt Englands und das amerikanische Staatssekretariat diesen Ansprüchen schroffen Widerstand entgegensetzen, sind sie doch die unentwegten Verfechter des Lausanner Vertrags, durch den die Türkei auf dem Wege über die völlige Beseitigung der Kapitulationen ihre nationalen Ziele verwirklicht hat. Der folgende Absatz der türkischen Staatsgrundsätze drückt zugleich die Forderungen des chinesischen Volkes aus: „Es gehört zu den Grundbedingungen unsres staatlichen Lebens und Fortbestehens,



daß wir, wie jedes andre Land, völlige Freiheit und Unabhängigkeit genießen in der Bereitstellung der Mittel und Wege zu unserer Fortentfaltung; nur dadurch kann unsre nationale und wirtschaftliche Fortentwicklung ermöglicht werden, und können die Regierungsgeschäfte in einer der Neuzeit entsprechenden regelmäßigen Art und Weise geführt werden. Wir sind daher gegen Einschränkungen, die unserer Fortentwicklung zuwiderlaufen, was politische, finanzielle, Angelegenheiten der Rechtspflege und andre Belange betrifft."

Nachdem die chinesischen nationalistischen Streitkräfte sich Schanghais bemächtigt hatten, gewährte General Tschiang Kai Schek amerikanischen Reportern eine Unterredung. Dieser chinesische Patriot erklärte bei dieser Gelegenheit:

„Ich bekenne mich zu der Forderung, daß China allenthalben von Chinesen regiert werden muß. Die derzeitige Revolution kann nicht zum Stillstand kommen, bevor die Exterritorialitätsrechte, Konzessionen und einseitigen Verträge abgeschafft sind.... Unsere Beziehungen zu Amerika sind freundschaftliche; doch halten wir Amerika für imperialistisch gesinnt, weil es den Philippinen die Unabhängigkeit verweigert. Die Mächte, die gewillt sind, alle früheren Verträge rückgängig zu machen, die Konzessionen aufzuheben und China auf der Grundlage gleichrechtlicher Verträge Anerkennung zu gewähren, werden dadurch ihre Wohlgesinntheit dartun und auch von seiten Chinas anerkannt werden. Die neue chinesische Regierung wird sich nicht in die Tätigkeiten der Missionare in China einmischen... Wir streiten nicht wieder das Christentum.—"

Es gibt Leute, die die Nationalisten Chinas als „Rote" bezeichnen, die von den Bolschewiken inspiriert sind, die den Kommunismus und die Abschaffung des privaten Eigentums auf ihre Fahnen geschrieben haben. Es darf aber nicht vergessen werden, daß 1911, als Dr. Sun Yat Sen und seine Anhänger die Mandschudynastie stürzten und die Republik ins Leben riefen, es noch keine Russische Kommunistische Regierung gab. Die Mehrzahl der chinesischen Nationalisten, die sich der Lehre Sun Yat Sens angeschlossen haben, sind keine Kommunisten, sondern im Gegenteil nationalistisch gesinnt.

„Die Übersetzung des Wortes Kuomintang ins Englische erklärt den Geist der nationalistischen Bewegung in China recht deutlich. Im Chinesischen bedeutet ‚kuo' Land, ‚min' Volk und ‚tang' oder ‚tong' Verein. ‚Kuomintang' heißt also: Vereinigung, um das Land in den Besitz seiner Bewohner zurückzubringen. Dieser Verein bekennt sich zu drei Grundsätzen. 1. Nationalismus der Bewohner des Lands. Befreiung Chinas von den Fremden, die das Land durch Verträge in Fesseln geschlagen haben, die ihm mit Waffengewalt aufgedrungen wurden. 2. Souveränität des Volkes. Entwicklung der Volksbildung und politischen Demokratie. 3. Lebensbedingungen für den chinesischen Arbeiter."

Gewiß sind die meisten unter den chinesischen Nationalisten, die dabei keinesfalls Kommunisten genannt werden können, Sowjetrußland dankbar für seine

Haltung China gegenüber. Sie wollen die Freundschaft Rußlands ausbauen, ohne aber deshalb zum Werkzeug der Sowjetregierung zu werden. Die Politik der Sowjets gegenüber China hat bisher zwei Hauptbeweggründe gehabt: 1. Selbsterhaltung. 2. Schwächung Großbritanniens in wirtschaftlicher und politischer Beziehung. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß seit dem Aufkommen der bolschewistischen Revolution in Rußland die englische Regierung sich eine Politik zu eigen gemacht hat, die direkt oder indirekt den russischen Interessen zuwiderlief. Britische Truppen haben in Südrußland und Archangel interveniert. Die englische Regierung hat jede gegenrevolutionäre Bewegung wider die Sowjets unterstützt. „Rußland ist immer wieder heimgesucht worden von fremden und hauptsächlich von England geförderten Invasionen der Wrangels, Denikins, Udenitsch, Koltschak, Semionoff und Ungern." Die englische Politik ging darauf aus, Sibirien von Sowjet-Rußland abzulösen nnd einen neuen Staat zu schaffen, wodurch Rußland vom Meer abgeschnitten und der Nachbarschaft Chinas entzogen werden sollte. Die englische Regierung versuchte, Persien zu einem Vasallen Englands zu machen und griff Afghanistan an, um es in ein englisches Protektorat zu verwandeln. Die britische Unterstützung Griechenlands gegen die Türkei war eine indirekte Maßregel, die Sowjetrußland galt. Die Unterstützung Rumäniens seitens Englands in der bessarabischen Frage stellte gleichfalls einen Angriff auf England dar. Sowjetrußland konnte damals auf direktem Wege nicht gegen England losschlagen, half aber der Türkei, Persien und Afghanistan, die britische Oberherrschaft loszuwerden und rief damit neue, ihm freundliche Staaten ins Leben, die dem britischen Imperialismus entgegen waren. Russische Staatsmänner sind sich völlig klar über den Wert der Freundschaft Chinas im Politischen, Wirtschaftlichen, Weltpolitischen, wie insbesondere was die Sicherheit des sibirischen Besitzes betrifft. Vom Bevölkerungsstandpunkte aus gesehen, in Hinsicht auf strategische Lageverhältnisse und wirtschaftliche Interessen ist die Freundschaft Chinas für Sowjet-Rußland wichtiger als die Unterstützung, die ihm die Türkei, Persien und Afghanistan mit vereinten Kräften gewähren könnten. Vom Standpunkt russischer Staatsmänner aus gesehen kann mit der Zeit eine russisch-chinesische Interessengemeinschaft sich zu einer Einigung Rußlands, Japans und Chinas entwickeln, die gegen die Macht Englands in Ostasien gerichtet ist. Jedenfalls aber bedeutet die Stärkung der chinesischen Souveränität einen neuen und sehr wirksamen Faktor im „Kräftegleichgewicht" des pazifischen Gebietes. Ein auferstandenes China wird ganz gewiß im Fernosten dem britischen Imperialismus den Weg verlegen.

In diesem Geiste der Selbsterhaltung, des Wunsches, Großbritannien zu schwächen und China zu unterstützen, hat Tschitscherin schon 1919 Verhandlungen mit China und namentlich mit Dr. Sun Yat Sen gepflogen. Dieser ließ anläßlich einer Unterredung mit Herrn Joffe keinen Zweifel darüber bestehen, daß



die Sowjetbehörden nicht damit rechnen könnten, China würde die Wege des Kommunismus beschreiten. Aber er brachte seine Ansichten über die Beziehungen zwischen China und Rußland folgendermaßen zum Ausdruck:

„Es kommt der Tag, und zwar bald, wo die verbündeten sowjet-sozialistischen Republiken in einem starken und freien China einen Freund und Verbündeten begrüßen dürfen. Beide Verbündete werden im großen Kampf um die Befreiung der unterdrückten Völker der ganzen Welt Hand in Hand gehen."

Diese Botschaft des Dr. Sun Yat Sen hängt heute in der Aula der Universität seines Namens, die die Russische Regierung in Moskau unter der Leitung Radeks für die Schulung junger Chinesen gegründet hat.

Schon 1919 und wiederum 1920 machte die russische bolschewistische Regierung ernstliche Versuche, sich der Unterstützung Chinas zu versichern. Als Entgelt für formelle Anerkennung versprach Moskau, auf die Entschädigung für den Boxeraufstand, auf die Niederlassungen in den Vertragshäfen, auf die Exterritorialität und Beschränkung der Freiheit, die Zollsätze zu bestimmen, zu verzichten; außerdem wurde die chinesische Ostbahn in eine rein kommerzielle Unternehmung verwandelt, die China jederzeit in der Zukunft zurückkaufen konnte. Die Verhandlungen wegen der Anerkennung wurden durch Yiurin, Joffe und Karachan geführt, die einander ablösten, und 1924 erreichte der letztere, daß das Sowjetsystem in Rußland anerkannt wurde; die Stellung des russsischen Geschäftsträgers in Peking wurde daraufhin in die eines Botschafters umgewandelt.

Ungefähr um diese Zeit beantragte Dr. Sun Yat Sen bei den Vereinigten Staaten und andern Mächten die Anerkennung der nationalistischen Regierung in Kanton und bat um Amerikas Unterstützung zwecks Herbeiführung eines einheitlichen nationalistischen Systems in China. Amerika aber ließ diesen Vorschlag unter den Tisch fallen. Dr. Sun Yat Sen wandte sich darauf an Sowjet-Rußland um Ratgeber auf zivilem und militärischem Gebiete; sie wurden bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Die Offiziere der Sowjet-Union betätigten sich in der Folge bei der Ausbildung junger chinesischer Offiziere in der nationalen Militärausbildungsanstalt, die die Kantoner Regierung in Wampoa errichtete. Diese Offiziere sind heute die Führer der nationalistischen Streitkräfte. Man braucht kein Kommunist oder Agent der Sowjets zu sein, um die Wahrheit der Äußerung eines amerikanischen Staatsmanns über die chinesisch-russischen Beziehungen einsehen zu können: „Sowjet-Rußlands Politik in Asien und insbesondere China gegenüber ist die gewaltigste Leistung aufgeklärter Menschenfreundlichkeit von Volk zu Volk gewesen, seit Frankreich mitwirkte, aus Amerika eine Nation zu machen." „Revolt of Asia", Upton Close. New York 1927.

Die chinesische nationalistische Bewegung ist auch als ausgemacht fremdenfeindlich bezeichnet worden. Das chinesische Volk besteht ja nicht aus lauter Engeln; es sind Menschen: Würden alle wichtigen Seehäfen Englands von Frank-

reich besetzt, und hielten die Japaner die pazifische Küste Amerikas unter ihrer Kontrolle, würden die Engländer und Amerikaner ganz gewiß bis auf den letzten Mann kämpfen, um die fremden Eindringlinge loszuwerden. Die chinesische Auffassung von nationaler Ehre verlangt, daß China seine nationale Souveränität behaupte, auch wenn dies einigen Großmächten gegen den Strich gehen sollte. Seine Exzellenz Saoke Alfred Sze, der chinesische Geschäftsträger in Washington, führte in einer kürzlich gehaltenen Ansprache aus, daß die Chinesen nicht von Haus aus fremdenfeindlich seien, und daß Fremde in China keine Gefahr zu gewärtigen hätten, wenn sie sich innerhalb der chinesischen Gesetzgebung betätigten. Er sagte unter anderm: „Diejenigen unter Ihnen, die um die fernöstlichen Verhältnisse nicht wissen, werden vielleicht erstaunt sein, von mir zu hören, daß von den Westländischen, die zur Zeit in China leben — die Japaner abgerechnet — eine größere Anzahl unter der chinesischen Rechtsordnung leben als außerhalb ihrer. Mit anderen Worten: Die Anzahl der Fremden mit einem auf Bevorrechtungsverträgen gegründeten Status ist geringer als die Zahl derer, die keine solchen Rechte und Vorrechte genießen. Dies beweist unwidersprechlich, daß Fremde ohne solchen Bevorrechtungsstatus in China zu leben vermögen."

„Sie haben in letzterer Zeit viel reden hören von Kriegsschiffen, Marinesoldaten und Truppenverschiffungen nach China, die angeblich nur dem Schutz der Fremden dienen sollen, als ob es sich um Angriffe auf das Leben Fremder handelte oder gehandelt hätte, die ohne Herausforderung geschehen wären. Dies ist unzutreffend. Aber es ist chinesisches Blut vergossen worden, und das Leben von Chinesen ist durch das Tun der Fremden vernichtet worden. Während die Engländer und gewisse andre Regierungen ernste Gefahr befürchten für Leben und Eigentum ihrer Staatsangehörigen, fahren Deutsche, Österreicher, Russen und Angehörige andrer Länder fort, in China zu leben und Handel zu treiben, ohne daß ihre Regierungen daheim militärische oder Seestreitkräfte nach China beordern. Niemand hat gehört, daß Berlin, Wien oder Moskau See- oder Landstreitkräfte zum Schutz ihrer Staatsangehörigen nach China geschickt hätten. Die Zwistigkeiten zwischen den Mächten und China werden durch die Drohung mit Schießpulver nicht beigelegt. Aber ich bin der festen Überzeugung, daß sie sich zuletzt dadurch schlichten lassen, daß dem Volke, das das Pulver erfunden hat, Gerechtigkeit widerfährt.

Meine Landsleute sind nicht fremdenfeindlich gesinnt; aber wir sind gegen die Übergriffe der Fremden. Es besteht ein ebenso großer Unterschied zwischen dem Fremdenfeindlichsein und dem Wider-fremde-Übergriffe-Sein wie zwischen Licht und Finsternis. Uns beseelt der ernstliche Wunsch, die berechtigten Interessen der Fremden sicherzustellen. Wir wollen keine Ungerechtigkeiten begehen oder anderen das Leben sauer machen; dagegen wollen wir auch von den andern gerecht und billig behandelt werden und wünschen, daß sie uns die geraubten



Souveränitätsrechte zurückerstatten. Wofür die Chinesen bisher gekämpft haben, ist die Befreiung von dem fremden Überstaat in China. Der Kampf wird, wie billig, fortgesetzt, bis das Ziel erreicht und China innerhalb seiner Landesgrenzen wirklich und wahrhaftig unabhängig ist."

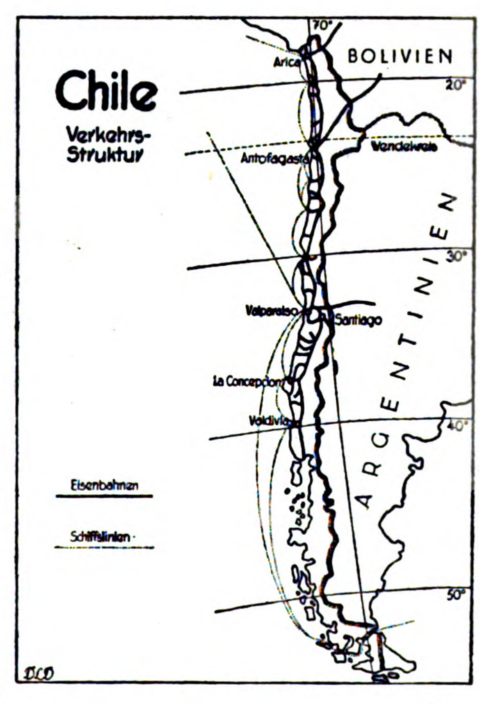
Die chinesischen Nationalisten kämpfen für die Freiheit und für ihr Recht unter den Völkern. Sie sollten von allen freiheitliebenden Völkern der Erde dabei unterstützt werden.

Joachim Heinrich Schultze:

DIE POLITISCH-GEOGRAPHISCHE STRUKTUR CHILES

(Eine Analyse)

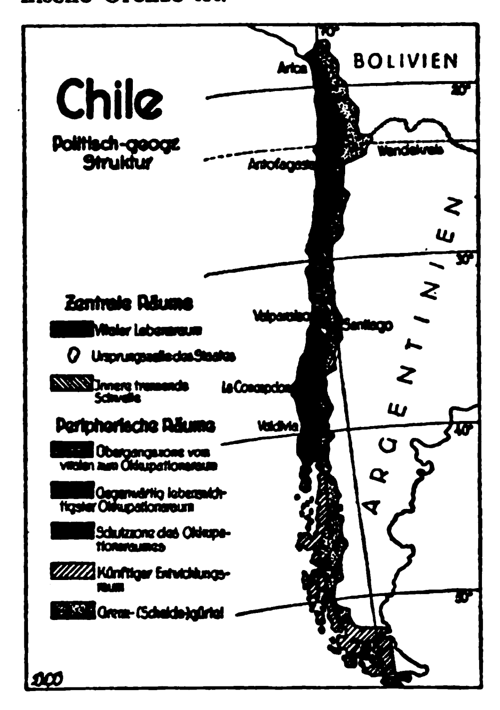
Einer der ausgeprägtesten Längsstaaten ist Chile. Wie ein Wurm zwischen Anden und pazifischen Ozean geklemmt, dehnt es sich von den Tropen bis an die Grenze der südlichen Polarzone. Mit 750 572 qkm ist es kleiner als seine Anrainer Peru, Bolivien und Argentinien; auch an Bevölkerungsgröße zeigt es sich Peru und Argentinien unter- und nur Bolivien überlegen[1]). Fassen wir Gebiets- und Bevölkerungsgröße zusammen, um Chile für eine erste Orientierung in die Maullsche Größenübersicht der Staaten einreihen zu können[2]), so sehen wir es zwar in die Mitte der Raum-, aber erst in die vorletzte Reihe der Bevölkerungsklassen rücken: ein Zeichen, daß es sich um keine Großmacht, sondern im besten Falle um einen Staat mittleren Ausmaßes handelt.



In Chiles Gestalt erscheint nur die Länge betont. Die nordsüdliche Erstreckung vom 18. bis zum 56. Grad südl. Br. (4200 km) gleicht der Ausdehnung Europas vom Nordkap bis Malta, so daß die durchschnittliche Breite von 150—200 km kaum den einundzwanzigsten Teil dieser Länge erreicht. Wenn Chile bei einer Gestalt von so ausgeprägter Grenzentwicklung durchaus lebensfähig ist, so verdankt es das in hohem Maße seiner Lage

und Struktur. Wichtig erscheint sogleich die Einteiligkeit dieses Staates. Denn außerhalb seines Hauptgebietes liegen nur die wenigen Inseln im großen Ozean, aber da es mehr oder weniger öde Klippen sind[3]), die auch als etwaige Flottenstützpunkte in absehbarer Zeit nicht in Betracht zu kommen scheinen, können sie hier vernachlässigt werden.

Die Grenzen des Längsstaates, lange Zeit umstritten, liegen teilweise auch heute noch nicht fest. Denn Chile ist ja ein Teil Südamerikas, eines Kolonialkontinentes also, in dem die Staaten mit dem Raum kämpfen, während Europa nur noch den Kampf um den Raum kennt. So wuchs auch Chile erst allmählich in das Land hinein. Die Grenze gegen Argentinien wurde erst 1902, gegen Bolivien 1904 gefunden. Gegen Peru muß sie erst noch bestimmt werden; sie pendelt hier im Tacna-Arica-Gebiet in einem Grenzsaum hin und her. Durch die Klärung einer geographisch unhaltbaren Angabe hat Chile seine Grenze um ein Stück zurückziehen und den Bezirk von Tarata hergeben müssen[4]). Die Grenze gegen Bolivien läuft auf weite Strecken ohne natürliche Leitlinie. Bolivien ist durch Chile vom Meere abgeschnürt worden; nur durch die Bahn von La Paz nach Arica hat es einen Auslaß. Bereitwillig geht es daher auf den Vorschlag der Vereinigten Staaten ein, den Tacna-Arica-Streit durch eine Abtretung dieses Gebietes an Bolivien zu regeln[5]). Das mag erweisen, wie labil noch die bolivianische Grenze ist.



Weiter im Süden scheidet die Mauer der Anden als breiter Grenzgürtel Chile von seinem Nachbarn. Die Grenze gegen Argentinien liegt heute fest. Als Patagonien noch nicht genug bekannt war, forderte Argentinien den Hauptkamm der Anden als Grenze. Jedoch fehlt in Wirklichkeit eine gleichmäßig nordsüdlich verlaufende, durch Höhe gekennzeichnete Kammlinie. Auch fällt das Gebirge nicht mit der Wasserscheide zwischen atlantischem und pazifischem Ozean zusammen, die Chile als Leitlinie vorschlug. Vielmehr greifen viele Flüsse durch die Anden hindurch. Die Lage der Wasserscheide östlich vom Andenabfall erklärt sich durch die rückschreitende Erosion der pazifischen Flüsse — ein Einschneiden also, das durch die stärkeren Niederschläge der Westseite und



eine aufsteigende Bewegung Patagoniens seit der letzten pliozänen Transgression ermöglicht wurde[6]). So entstand ein immer wieder aufflackernder Grenzstreit zwischen Chile und Argentinien, der vorübergehende Beruhigung durch die Verträge von 1856, 1881, 1893, 1895, 1898 und 1902 erfuhr. 1896 und 1902 beschloß man, die Königin bzw. den König von England durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen. 1907 war die Grenzregulierung endgültig durchgeführt. Die neue Grenze nimmt wenig Rücksicht auf geographische Gegebenheiten, sondern folgt als wahre Kompromißlinie bald dem einen, bald dem anderen Wunsch und wurde wesentlich bestimmt durch den Stand der Landnahme argentinischer und chilenischer Staatsangehöriger zur Zeit der Demarkation[7]).

Die eben kurz umrissenen Grenzsäume scheiden Chile von drei Anrainern. Ihre Nachbarschaftslage bedeutet einen Druckquotient von 4,6. Er ist aber nur zu Lande errechnet, und die außerordentliche Länge der Küste bringt eine weitere, jedoch schwer meßbare Erhöhung des Quotienten mit sich. Der Druckquotient bleibt ein einstweilen problematischer Wert, und interessanter erscheint ein Vergleich der Bevölkerungsdichte[8]) auszufallen. Hier ist Chile allen Nachbarn überlegen, und wirklich hat es sich auf ihre Kosten ausgedehnt.

Am ernstesten dürfte die Nachbarlage Perus sein, das Chile an Gebiets- und Bevölkerungsgröße überlegen ist und aus dem Tacna-Arica-Streit immer neuen Haß gegen den Sieger im pazifischen Krieg schöpft. Bolivien ist Chile an Kräften weit unterlegen, aber es kann nicht leicht vergessen, daß Chile ihm den eigenen Weg zum Meere versperrt und ihm und Peru die Salpeterfelder entrissen hat. — Argentiniens Nachbarschaft ist ruhiger. Im Gegensatz zu Chile, Peru und Bolivien ist sein Gesicht nach dem Atlantik gekehrt. Auch hat die Unwegsamkeit des andinen Hochgebirges entschieden für einen ruhigen Ausgleich etwaiger Spannungen gesorgt. Ist doch die Querverbindung zwischen beiden Staaten äußerst dürftig — die einzige Bahnlinie (Valparaiso—Buenos-Aires) schneit in jedem Winter mindestens auf einige Tage bis zur Unbrauchbarkeit ein. Und im ferneren Süden läßt die spärliche Besiedelung und Unbekanntheit weiter Landstriche seit der Entscheidung der Grenzfrage Reibereien kaum mehr entstehen.

Bei seiner langen, schmalen Gestalt ist es für Chile sicherlich ein Glück, daß es keine weiteren Nachbarn hat. Mit der Hälfte seiner Grenzlänge etwa stößt es ans Meer. Die Küste des besiedelten Raumes ist südlich bis zum 42.° hafenarm und bricht in einem so unwegsamen Steilabfall zum Meer ab, daß besonders in den Wüstenregionen des Nordens kaum Platz für Hafensiedlungen bleibt. Südlich des 42. Grades hat sich die Küste durch das Sinken des Landes in ein Gewirr von Inseln aufgelöst; diese Vergrößerung der Angriffsfläche vermag aber bei dem geringen Reiz des Hinterlandes gegenwärtig kaum Besorgnis zu erregen. Trotz ihrer weitgedehnten Verschlossenheit würde aber die Küste Chiles trotzdem

eine leicht verwundbare Angriffsfläche bieten, wenn ein fremdes Gestade ihr drohend gegenüber läge. Ein solches Gegenland aber fehlt, weil Chile als ein Teil des Spitzendes Südamerikas in die Wasserhalbkugel hinausragt und auf die Wasserwüste des südlichen großen Ozeans hinausschaut. So fehlen ihm Gegengestade und vorgelagerte Inseln — die wenigen, dort liegenden Eilande hat Chile sich angeeignet. Kohlen- und Ölstationen würden einer feindlichen Flotte in weitestem Umkreise fehlen. Nur eine weitere Vergrößerung des Aktionsradius der Schiffe durch die Technik einerseits und der Panamakanal andererseits können diesen für Chile so bequemen Schutz der Weiträumigkeit verblassen lassen. Seit langer Zeit schon hat sich das Land vorgesehen und es besitzt eine Flotte, die in Südamerika nur der argentinischen an Stärke unterlegen ist. Ihre Besatzung rekrutiert sich aus der wetterharten, seetüchtigen Bevölkerung des Südens.

* * *

Gestalt und Lage werden erst richtig beurteilt werden können, wenn die innere Struktur des in diese Umgebung eingefügten Raumorganismus eingehend geprüft worden ist. Zunächst ein Blick auf die Naturlandschaft. Meridional gliedert sie sich in drei Zonen: als rauhe, wilde Hochgebirgsmauer steigen im Osten die Anden auf. Zu ihren Füßen ein terrassenförmig gegen die Küste hin fallendes Land, an dessen Stelle in Mittel- und Südchile (südlich des 33.°) eine Senke tritt — das Längstal, der wichtigste chilenische Lebensraum, dessen durchgängiger Charakter südlich des Rio Cautin unterbrochen wird. Von den Anden vorgeschobene Querriegel und Flüsse kammern diesen Teil des Längstales und erschweren den Bau von Bahnen [9]). An Anden und Längstal schließt sich nach W als drittes Gebiet die Küstenkordillere an, die mit dem schon erwähnten Steilabfall gegen das Meer absetzt.

Von der Straße von Chacao an nach Süden ist das Land unter Wasser getaucht. Auch hier besteht die Dreigliederung in Anden, Längstal und Küstengebirge fort, erscheint aber durch die teilweise Wasserbedeckung verändert. Zwar erreichen die Anden noch Höhen bis zu 3800 m, das Längstal aber ist völlig untergetaucht und zeigt sich als lange, nur durch den Hals der Halbinsel Taitao unterbrochene Wasserstraße. Von der Küstenkordillere sind nur die höheren Teile als ein Gewirr von Inseln sichtbar.

Quer über die morphologische legt sich eine klimatisch-pflanzengeographisch bedingte Dreiteilung von nicht minder wesentlichem Einfluß auf das Staatsleben. Von Norden nach Süden nehmen die Niederschläge zu. Mehr Niederschlag als Verdunstung haben alle Gebiete südlich einer vom Rio Biobio zum Tolten (Provinz Cautin) verlaufenden Linie, nördlich von ihr herrscht Wasserarmut [10]). Regenzauber fand sich deshalb in Nordchile, Gegenregenzauber wurde im südlichen Lande betrieben.



Nordchile ist seiner großen Trockenheit wegen Land der Wüste und Wüstensteppe, das bis zur Südgrenze der Provinz Atacama (29° s. Br.) zu rechnen ist. Dort setzt Mittelchile an, das sich in Strauchsteppe und lichtes Waldland teilt. Das nördliche Mittelchile empfängt vornehmlich im Winter Regen, so daß es bei seiner Breitenlage mediterrane Wesenszüge trägt und von Strauchsteppe bedeckt wird. Ursprünglich reichte diese Strauchvegetation etwas bis 33°, heute aber geht sie weiter nach Süden, etwa bis zum Rio Maule. Dort setzt das Waldland an, und es mag schon hier darauf hingewiesen werden, eine wie wichtige Rolle dieser Grenzfluß zwischen dem nördlichen und südlichen Mittelchile, zwischen Steppe und Wald, dadurch für die politische Geographie gespielt hat. Das südliche Chile zeigt lichte Buchenwaldbestände, die bis zum Beginn des untergetauchten Teiles des Längstales reichen. Mit ihrem Ende beginnt Südchile als Gebiet inniger Verzahnung mit dem Meer, starker Niederschläge und dichten Waldwuchses. Ein düsterer Regenwald von Nadelhölzern (Alerce) überzieht die inselreiche Fjordlandschaft, deren Besiedelung nicht durch zu niedrige Temperaturen gehemmt wird, sondern durch den Überfluß an Niederschlägen, die schon allen Humus aus dem Boden gewaschen hätten, wenn nicht der Blätterfall für immer neue Zufuhr sorgte. Südchile liegt in der Zone der Westwinde, die derartige Massen von Regen und Schnee auf es heruntergehen lassen, daß schon in der Breite der französischen Westküste von La Rochelle ein Gletscher das Meer erreicht. Weiter nach Süden hin folgt auf den Nadelwald antarktisches Buchendickicht und schließlich Steppe.

Interessant sind die Wiederholungen des nordsüdlichen Profiles auf engem Raum in der ost-westlichen Quergliederung Chiles. Da folgen mit dem Aufstieg zu den Anden schnell aufeinander subtropische und gemäßigte Vegetationsgebiete, Laub- und Nadelwald, Knieholz und Matten, schließlich Fels und Schnee.

* * *

Ursprünglich besiedelt war das Waldgebiet Mittelchiles und — jedoch nur äußerst spärlich — Westpatagonien und Feuerland. In diesen beiden Gebieten Südchiles führten Indianervölkchen ein dürftiges Dasein, wie sie es heute noch tun. Eine Umgestaltung der Naturlandschaft haben sie nur in den kleinsten Teilen vollzogen (so beobachtet man größere Muschelhaufen als Reste ihrer Mahlzeiten), und es dürfte sich daran bis heute wenig geändert haben. Nur stellenweise setzen Wald- und Schafwirtschaft verändernd ein. Noch heute sind Einzelheiten der Küstengestaltung (Wellingtoninsel) überhaupt nicht genau bekannt.

Im Waldgebiet Mittelchiles hingegen lag die Heimat der Araukaner, und sie kamen schon in der Mitte des 15. Jahrhunderts mit einer Hochkultur in Berührung. Die Inkaperuaner stießen nach Chile vor, und bezeichnend ist es,

daß sie, die aus dem innerandinen Hochsteppengebiet kamen, nur bis an die Grenze des Waldgebietes, bis zum Rio Maule gelangten. Von Peru aus ist Chile auch durch die Spanier aufgegriffen worden. Pizarro sandte Almagro nach Süden aus, der auf seiner nicht sonderlich glücklichen Expedition von Osten aus nach Chile gelangte.

Auch Pedro de Valdivia erwies sich Chile noch spröde. Während der ganzen Kolonialzeit war und blieb es überhaupt für die Spanier ein Land ohne große Anziehungspunkte, eine Tatsache, die sich auch in der erst 1797 erfolgten Erhebung zu einer selbständigen Verwaltungseinheit, zum Generalkapitanat Chile, äußert. Vor allem wurden keine Minen entdeckt — mit Ausnahme der Bergwerke von Quillota fehlten sie in Chile, und es hatte nichts, was es einem so großen Schatz wie den Silberminen von Potosi gegenüberstellen konnte. Da es den Spaniern auch fern lag, die Landwirtschaft in größerem Stile zu entwickeln, war die Besitznahme Chiles nur möglich mit Hilfe eines dauernden Nachschubes von Menschen und Material aus Peru. Valdivia durchstieß die für ihn wertlose Wüste und gründete in den 1540er Jahren im Steppengebiet La Serena, Valparaiso und Santiago. Zur Erkundung des Landes sandte er auf dem leichtest passierbaren, d. h. auf dem Wasserwege. einen Italiener südwärts. Dieser rekognoszierte die Küste bis zum Westausgang der Magellanstraße. Zu Lande gestaltete sich das Vordringen ungleich schwieriger. Mit dem Eintritt ins Waldgebiet traf Valdivia auf den erbitterten Widerstand der Araukaner. Zwar wurden zwischen Rio Maule und Biobio noch Chillan und Concepcion gegründet, südlich des Rio Biobio aber konnten sich die von dem Eroberer mit seinem Namen beschenkte Gründung (Valdivia 1552, neu gegründet 1645) und Osorno (gegründet 1553, erneut 1792) nicht halten. Immer wieder wurden die spanischen Siedlungen von den Araukanern zerstört. Hartnäckig und tapfer verteidigten die Indianer ihr Heimatland, und erst 1882 ist ihr Widerstand völlig gebrochen, sind sie endgültig „befriedet" worden.

Unbestrittener Herrschaftsbereich der Spanier war von Anfang an das Gebiet von Santiago. Von hier haben sie sich ausgedehnt, und von hier aus nahm auch das Wachstum des selbständigen Staates Chile seinen Ausgang. Hier dürfte die Ursprungszelle des Staates zu suchen sein. Die Eigenart der Umgebung von Santiago hat Ähnlichkeit mit der Umgebung von Madrid, der heimatlichen Hauptstadt der Eroberer. Die klimatischen Bedingungen sind fast die gleichen. Und wenn Santiago damals noch im Grenzgürtel des Waldgebietes lag, so waren die Bestände sicherlich so licht und verstreut, daß auch damals schon der Wesenszug der Landschaft mediterran erschien. Ob die Zellmembrane einen weiteren oder engeren Raum umschlossen, könnte man mit Bestimmtheit nur auf Grund eines großen, mir leider nicht vorliegenden historischen Materials entscheiden. Vermutlich war es ein ziemlich kleiner Raum, denn die künstliche



Bewässerung, die allein eine verbreitetere Siedlung und einen ausgedehnteren Anbau ermöglicht hätte, wurde erst im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts eingeführt[12]). — Ob die ostwestliche Erstreckung der Zelle ihre Ausdehnung im Längstal überwog, wäre weiter zu untersuchen. Fraglich erscheint eine eventuelle Einbeziehung Valparaisos, daß seine Küstenlage mit einer Plünderung durch Drake zu bezahlen hatte. — Ihren Herrschaftsbereich allmählich nach Süden auszudehnen, gelang den Spaniern durch immerwährende Kämpfe mit den Araukanern im 17. und 18. Jahrhundert.

Die spanische Kolonialzeit fand ihr Ende in den Unabhängigkeitskämpfen, die 1810 begannen. 1822 konstituierte sich rechtlich die junge Republik. Auch sie mußte ihre Front schon während ihres Entstehens nach Süden richten, wie schon die Spanier es getan hatten. Unter Vermeidung des Landweges durch die nördliche Wüste gingen die Spanier auf dem Umwege von Süden aus gegen die aufständischen Patrioten vor: General Pareja warb eine Armee in Chiloe und nahm von der Seeseite aus Valdivia, Concepcion und Talcahuano. Die meisten Gefechte fanden im Längstal statt, in dem die Patrioten immer wieder von Süden aus bedrängt wurden. Dann aber kehrte sich Chiles Stoßkraft auch nach Norden, und es sandte 1820 eine Armee zu Schiff zur Unterstützung der peruanischen Freiheitskämpfer aus. Nebenher lief während des 19. Jahrhunderts eine Ausdehnung nach Süden: Punta Arenas wurde 1849, Puerto Montt 1853 gegründet, und die Reste der Araukaner mußten sich der Herrschaft der Chilenen fügen (1882).

Auffallender ist im Lauf des letzten Jahrhunderts die Entwicklung der Front nach Norden. Die früher öde Wüste, in der vornehmlich die Peruaner Salpeterbergbau zu treiben begannen, reizte die Begehrlichkeit Chiles. Die Entdeckung der Verwertbarkeit des Salpeters für die Schießpulververarbeitung und die neue Verwendung als künstlicher Dünger hatten einen lohnenden Minenbetrieb erweckt. Ein Anlaß zum Streit fand sich, und im pazifischen Krieg (1870—1883) konnte Balmaceda, der zielbewußte Präsident Chiles, den Peruanern ihre Reichtümer in der Erde von Tarapaca abnehmen. Dazu kam als strittiger Grenzraum Tacna und Arica, in dem die Bevölkerung 10 Jahre nach dem Friedenschluß selbst bestimmen sollte, ob sie zu Peru oder Chile gehören wollte.

So hat der Lauf der Jahrhunderte eine Umwertung mit sich gebracht: strömte früher alles Drängen nach dem Süden und lagen dort Gefahrenzonen, während die Wüste als isolierender, menschenfeindlicher Raum im Norden Chile selbst zurückhielt und vor Angriffen schützte, so liegt heute im weiter vorgeschobenen Süden ein unwegsames Waldland noch halb wertlos da und alle Aufmerksamkeit gebührt dem lebenswichtigen Norden.

* * *

Von Wichtigkeit für Wertung und Entwicklungsmöglichkeit der einzelnen Räume des chilenischen Staates sind Art und Struktur seiner Bevölkerung. Im großen eine Mischung der einheimischen Araukaner mit den einwandernden Spaniern, schwankt die Zusammensetzung des Blutes in den einzelnen Schichten. In den tieferen Schichten des Volkes wiegt araukanisches Blut entschieden vor, in den höheren klärt es sich zu einem reiner spanischen. Die oberen Schichten haben auch etwas englisches Blut, war doch der erste Präsident des Landes ein Ire, O'Higgins.

Ziemlich gering ist der Prozentsatz an Fremden; am 15. XII. 1920 waren es 115 763. Allerdings zählt die chilenische Statistik nur die im fremden Land Geborenen noch als Ausländer. So gibt sie 8551 Deutsche an, während tatsächlich etwa 22 500 Deutschsprechende in Chile leben[13]). Valparaiso, Santiago und Concepcion sind Häufungspunkte der Deutschen. Hauptsächlich aber leben sie im Süden, und Martin bezeichnet Valdivia als Mittelpunkt des deutschen Sprachgebietes. Oft geschlossen siedelnd, haben unsere Landsleute ihre Nationalität gut bewahrt und hätten es noch besser getan, wenn nicht die unselige Zerrissenheit in Protestanten und Katholiken öfters ihre gemeinsame Arbeit gehindert hätte. — Den größten Einfluß unter allen Fremden haben die Engländer (6899 Köpfe). Sie wohnen vorwiegend in Valparaiso, Santiago und Nordchile; in ihren Händen befindet sich großenteils das Handels- und Bergbaukapital des Landes. — Franzosen (6924), Spanier (24 775) und Italiener (11 535) mögen hier ihrer geringeren Wichtigkeit für die Bevölkerungsstruktur wegen übergangen werden.

Auf einen Nachteil Chiles den anderen südamerikanischen Staaten gegenüber sei hingewiesen: stärker wohl als das aller Länder ist sein Volk in Stände zersplittert. Scharf setzt die dünne Oberschicht gegen die Masse des Volkes ab; ein diese beiden verbindender Mittelstand bildet sich erst ganz allmählich aus mitteleuropäischen Einwanderern.

Fördernd für das Staatsleben ist andererseits die fast durchgängige Homogenität der Sprach- und Religionsgemeinschaft. Einheitlich wird Spanisch gesprochen, das ja das Idiom nicht nur der Chilenen, sondern auch der Irredenta nach innen (Peruaner, Bolivianer) ist. Die Religion ist vorwiegend katholisch — nur einige Nationalitätensplitter haben an ihrem andersartigen Glauben festgehalten. Nicht gleichmäßig ist die Kulturhöhe: während die Indianer Südchiles auf der Stufe der Primitiven stehen, ist für die Mitte und den Norden des Landes wohl die Stufe der europäischen Vollkultur anzusetzen. Das gilt zunächst für die materielle Kultur, die geistige hat, besonders in der Masse des Volkes, noch nicht die entsprechende Höhe erreicht. Ein Nationalgefühl hat sich einheitlich und stark auszuprägen vermocht. Eine Nation konnte und mußte sich bilden und fremde Einwanderer assimilieren, weil Chile einen ganz abgeschlossenen, eigenartigen Raum für sich bildet. Die spanische Herrschaft verhinderte das in



ihrer Zeit; die Inquisition diente ihr als Mittel, um die einzelnen Familien gegeneinander aufzuhetzen und das Entstehen eines Nationalgefühls zu vereiteln. Die Aufständischen nannten sich 1810 „Patrioten" und noch nicht Chilenen.

Dank der regionalen Gliederung Chiles ist die Verteilung seiner Bevölkerung ungleichmäßig. Die Bevölkerungsdichte der einzelnen Provinzen schwankt zwischen 0,2 (Territorium Magellanes) und 70 Menschen qkm (Valparaiso). Dicht besiedelt sind das Kernland im Längstal und Teile der vorgelagerten Küste; nach Norden und Süden, zur Wüste und zum regnerischen Patagonien hin nimmt die Besiedelung dann ab. In Mittelchile, zwischen 32° und 41° südlicher Breite, leben 80% der gesamten Bevölkerung. Der Süden der Provinz Llanquihue ist schon recht menschenarm, die Insel Chiloe zeigt dann noch einmal (in ihrer NO-Ecke) eine kleine Zunahme. In bescheidenem Maße ist es Lieferant von Arbeitskräften; schon beim Beginn der Unabhängigkeitskämpfe raffte Pareja hier eine Soldateska zusammen.

Das Wachstum der Bevölkerung beträgt ungefähr 1,20% im Jahr[14]). Dabei ist die Zunahme in den einzelnen Teilen des Landes verschieden; während die Mitte sich ziemlich stationär verhält, wachsen die Flügel stärker. Die Bergbauprovinz Antofagasta, die Landwirtschaftsgebiete Cautin und Valdivia sowie die Schafzuchtregion im Magellanesterritorium verzeichnen die stärkste Zunahme. Die Städtebildung ist stark betont. 1886 lebten in Ortschaften von mehr als 1000 Einwohnern 34,3, 1920 46,6% der Bevölkerung. Daneben bestehen Einzelsiedlungen als Überreste araukanischer Eigenart, gegen die der spanische König durch eine wohl in zivilisatorischer Absicht erlassene Verordnung 1703 noch vergeblich ankämpfte[15]).

* * *

Zwingen morphologische und klimatische Tatsachen mit allen ihren Folgeerscheinungen die Bevölkerung zu einer ganz bestimmten Gruppierung, so äußern sie auch weiter ihren Einfluß auf die gesamte Struktur des Wohnraumes. Der Bevölkerungsverteilung entspricht das Siedlungsbild: in Südchile auf 1500 km keine Stadt, dann aber eine Häufung in der Landmitte im Längstal und an der Küste. Die Zweireihigkeit des Siedlungsbildes setzt sich im Norden fort; an der Küste Hafenorte, deren Größe mit dem Gedeihen ihrer tributären Bergbauregion schwankt, im Innern einige alte Wohnplätze [die ursprünglich nach dem Gebirge und nicht nach der zu weit entfernten See tendierten[16])] und daneben Bergbausiedlungen, bodenvag, die sich mit der Ausbeutung der Lagerstätten über den Wüstenboden fortschieben.

Der Verkehr ist, der Längsgestalt Chiles entsprechend, vorwiegend nordsüdlich orientiert. Er muß die so verschiedenartigen Zonen miteinander verknüpfen und den Austausch unter ihnen fördern. Die Längsbahn, der „Longi-

tudinal", dessen nördlicher Teil auf Balmacedas Anregung planmäßig vorgetrieben wurde, faßt die Gebiete Nord- und Mittelchiles von Tacna bis Puerto Montt zusammen. Von ihm aus stoßen Querbahnen zu den Häfen und in einige Andentäler vor. Eine von diesen Querbahnen fährt nach Buenos Aires, zwei nach La Paz. Die Brauchbarkeit des Bahnnetzes wird herabgesetzt durch seine Verzettelung in fünf verschiedene Spurweiten. Vor der Fertigstellung des Longitudinal gab es nur eine Möglichkeit der Längsverbindung: die Küstenschiffahrt, und das Territorium Magellanes ist auch heute noch nur auf diesem Wege zugänglich. Das gleiche Bild zeigt das Telegraphennetz. Es umklammert das Land vom äußersten Norden bis südlich von Puerto Montt. Den Süden läßt es aus, und nach Punta Arenas gelangen telegraphische Nachrichten nur durch argentinische Vermittlung. Die Schiffahrt hat unter der geringen Verkehrseignung der Längsküste zu leiden, die Häfen liegen offen vor den West- und Nordwinden. Antofagasta vollendet gerade den Bau eines großen Wellenbrechers. Kaie sind nicht vorhanden, so daß Löschen und Laden nur mit Hilfe von Leichtern möglich ist.

Die Pflege des Verkehrswesens ist für Chile um so wichtiger, als es kein Selbstversorger ist und eine große Verschiedenartigkeit der einzelnen Landschaften zeigt. Erzeugnisse der Urproduktion hat es teilweise, wie den Salpeter, im Überfluß, dagegen fehlt ihm noch eine ausgebaute Industrie. Mittel- und Nordchile sind die Gebiete des Wirtschaftslebens, Landwirtschaft und Bergbau sind seine wichtigsten Zweige. Liegen die großen Kupferbergwerke in O'Higgins und Antofagasta, so ist der Salpeterbergbau naturgemäß auf die Wüstenregionen (Antofagasta und Tarapaca) beschränkt. Hatte einst der Silberbergbau der Provinz Atacama dem Lande viel Geld eingebracht, so ist seit einundeinhalb Menschenaltern der Salpeter an seine Stelle getreten. Des Salpeters wegen entspann sich der Krieg mit Bolivien und Peru, aus seinem Exportzoll deckte der chilenische Staat die größere Hälfte seiner Einnahmen, er bietet 40000 Arbeitern Beschäftigung und Verdienst, und auch das übrige gesamte Wirtschaftsleben des Landes ist — schon wegen der Lieferung nach dem Norden und der Bezahlung der Einfuhr durch die Salpetereinkünfte — in hohem Grade vom Gedeihen dieses Bergbaues abhängig. — Kohlen finden sich, sehr zum Nachteil des Staates, anscheinend nicht in großer Menge in Concepcion und Arauco in der Nähe der Küste.

Den Bergbaugebieten des Nordens treten die landwirtschaftlich genutzten Flächen des Mittellandes gegenüber. Nördlich der schon erwähnten klimatischen Linie von Rio Biobio zum Cautin muß künstlich bewässert werden. Seit einem Jahrhundert ist das getan und das nördliche Mittelchile zu einem Obst- und Fruchtgarten umgewandelt worden, der gerne mit Kalifornien verglichen wird. Ausgedehnte Weinplantagen sind hier in Händen von Großgrundbesitzern, während man in den mehr steppenhaften Strichen Viehzucht treibt. Nach Süden hin verfügt die Technik über größere Wassermassen. So beginnt allmählich der Ge-



treidebau. Weizen ist das bevorzugte Produkt des Landes. Im Durchschnitt der Jahre 1920—1923 wurden nämlich angebaut mit[17])

Weizen	1 250 000	Acres
Wein	167 000	-
Gerste	130 000	-
Bohnen	110 000	-
Kartoffeln	80 000	-
Hafer	75 000	-
Mais	68 000	-
anderen Produkten . .	120 000	-

Nach Süden hin weicht der Weizen wiederum mit zunehmender Feuchtigkeit dem Kartoffel- und Haferbau sowie der Waldwirtschaft, so daß diese Gebiete im südlichen Längstal als Kartoffel- und Holzkeller des Landes bezeichnet worden sind[18]). Aufbauend auf den Erzeugnissen der Urproduktion, entstand während des Krieges mit staatlicher Förderung eine Industrie (Mühlen-, Möbel-, Bekleidungs-industrie), deren Zentren über die Städte des Kerngebietes verstreut sind. Aber sie steckt noch etwas in den Kinderschuhen.

* * *

So schälen sich aus dem über 4200 km gedehnten Gebilde des chilenischen Längsstaates zwei lebenswichtige Räume heraus: im Norden die Bergbaugebiete, in der Mitte die agraren Anbauflächen. Ganz abseits liegen die noch wenig von Waldwirtschaft und Schafzucht in Nutzung genommenen Gebiete Westpatagoniens und Feuerlands. Das Kernland ist Mittelchile: von der Zelle um Santiago umfaßt es nach Süden das ganze Längstal, dazu den schmalen Strich an der Küste mit dem Schwergewicht um Valparaiso und Concepcion. Dies Kernland blickt auf die Salpeterminen im Norden.

Weil die Wüste vitaler chilenischer Raum ist, ist es auch Tacna. Darum hängt Chile so zäh an diesem Gebiet, über dessen Zugehörigkeit zu Peru oder Chile eine Volksabstimmung eigentlich schon 1894 entscheiden sollte. Inzwischen hat Chile dies Grenzgebiet der Salpeterfelder mit aller Kraft chilenisiert[19]) in der Erkenntnis, daß im Falle eines Krieges eine Armee nur nördlich oder südlich von diesen stehen kann. Ein Standpunkt südlich der Salpeterfelder wäre gleichbedeutend mit ihrer Preisgabe; im Wüstengebiet selbst kann sich eine Armee der riesigen Ernährungsschwierigkeiten wegen nicht halten, und so bleibt denn nur die Provinz Tacna als wenn auch ungenügende Ernährungsbasis übrig. Wegen dieser vitalen Bedeutung Tacnas kann man sich auch kaum denken, daß Chile gutwillig für eine Abtretung des Gebietes an wen auch immer es sei stimmen wird; eine Aufgabe dieses Grenzraumes erscheint für Chile nur möglich, wenn es die Gewähr hat, daß er in wahrhaft neutrale Hände gelangt. Der Salpeterbergbau wird aber einmal erlöschen, entweder durch natürliche Erschöpfung der Lagerstätten oder — was

wahrscheinlicher ist und sich in den allernächsten Jahrzehnten entscheiden wird — durch die Konkurrenz des Lufstickstoffs[20]). Wenn bis dahin nicht neue große Werte in der Wüste entdeckt sein sollten, wird Tacna für Chile ein kostspieliger Außenposten und der Staat würde dann wohl gut tun, sich zurückzuziehungen und sich wieder wie früher in den Schutz der Wüste zu begeben, die doch der beste isolierende Grenzraum bleibt.

Noch ehe der Norden wirtschaftlich verloren ist, muß Chile an die Ausgestaltung seines Südens gehen. Die dicht bewaldete Insel- und Gebirgswelt ist noch ein großes Reservoir. Zum mindesten stellen die Wälder noch einen Holzstapelplatz im großen dar. In den südlichsten Teilen, im Gebiet der Magellanstraße bei Punta Arenas, wo der Wald durch weite Steppen ersetzt wird, sind schon große Schaffarmen angelegt worden. Vielleicht aber birgt der Andengürtel auch noch bergbauliche Schätze, an die man aber bisher nur noch nicht gelangte, weil die dichte Pflanzendecke sich schützend darüber breitet und eine Entdeckung bisher verhinderte. Auf Grund der Naturkräfte des Südens wird sich so in den nächsten hundert Jahren eine erneute Umwertung und Verlagerung der Lebensräume im chilenischen Staatskörper anbahnen. Wenn auch die Wüstengebiete zur Bedeutungslosigkeit herabsinken sollten, wird dann weiterhin die große zonare Verschiedenheit seiner Landschaften Chile das Gepräge der Mannigfaltigkeit geben. Eine Gefahr für den Zusammenhalt des Staatskörpers braucht sich daraus ebenso wenig wie bisher zu ergeben. Eine Verselbständigung der Peripherie könnte sich höchstens bei dem Gebiet um Punta Arenas erweisen, das ohnehin Beziehungen zu Argentinien hat. — Der Vorschlag des Präsidenten Alessandri, Provinziallandtage zu schaffen, kommt einer Anpassung der Regierungstätigkeit an die besonderen Belange der Einzellandschaften entgegen. Sehr ernsthafte dezentralistische Bewegungen jedoch sind bisher kaum beachtet worden und sie werden sich auch selten zeigen bei der Wucht, mit der die Summe geographischer Tatsachen hier die Bildung einer Einheit befürwortet.

ANMERKUNGEN

1)

Land	Gebiet 2 qkm	Bevölkerung		auf 1 qkm
Chile	750 572	3 753 799	(15. 12. 1920)	5
Argentinien ...	2 978 590	8 698 516	(Berechnung 21. XII. 1920)	3,1
Bolivien	1 590 000	2 889 970	(Schätzung 1915)	1,9
Peru	1 355 054	5 550 000	(Schätzung 1921)	4

2) Otto Maull: Politische Geographie, Berlin 1925, S. 120 f.

3) Gesamtfläche 315 qkm, 445 Einwohner.

4) Maull in Z. f. G. 1926 I 71.

5) Deutsche Allg. Ztg. 7. XII. 1926; Z. f. G. 1927 I 31.

6) Hans Steffen: Westpatagonien. 1. Bd. Berlin 1919, S. 41.

7) Steffen a. a. O. S. 7, 26; auch über die anderen Grenzen vgl. Geogr. Review 1924, 632, 634, 637 f.

8) vgl. Anmerkung 1.



9) vgl. Steffen in Geogr. Zeitschr. 1914, 525.

10) Knoche in Meteorol. Zeitschr. 1923, 345.

11) Über den genauen Verlauf der Vegetationsgrenzen vgl. Carl Martin: Landeskunde von Chile. 2. Aufl. Hamburg 1923. (Das wichtigste Werk über Chile.) — Knoche in Z. Ges. Erdk. Berlin 1923, 41 ff.

12) Am Rio Maipo, wohl in unmittelbarer Nähe von Santiago. Karl Sapper: Zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsgeschichte von Chile. Z. f. d. ges. Staatswissensch. LXXIX 530.

13) Carlos Keller im Mercurio vom 18. I. 1925. — Martin S. 431.

14) Zu- und Abwanderung werden nicht besonders erhoben; nach Ansicht des chilenischen statistischen Amtes sollen sie unerheblich sein und sich womöglich aufheben. Geogr. Zeitschr. 1922, 410.

15) Ernst Wagemann: Die Wirtschaftsverfassung der Republik Chile. München 1913. S. 205.

16) J. Bowman in Bull. Am. Geogr. Soc. XLI, 1909, S. 204.

17) Whitbeck: Economic geography of South America. New York 1926, S. 190.

18) Otto Maull: Südamerika (im 2. Bd. der Andree-Heiderich-Siegerschen Geographie des Welthandels, 4. Aufl. Wien 1927).

19) vgl. Maull in Z. f. G. 1925, I 285.

20) vgl. meinen demnächst in „Technik und Wirtschaft" erscheinenden Aufsatz „Chiles Salpetererzeugung und der Wettbewerb des Luftstickstoffs".

OTTO FORST DE BATTAGLIA:

ÜBER EINIGE GRUNDBEGRIFFE DES POLITISCHEN DENKENS UND GRUNDTATSACHEN DES POLITISCHEN SEINS

Chaos ringsum. Wie in den Tagen des Turmbaus von Babel. Man fordert Ziegel und bekommt Kalk. Bietet Brot und empfängt Steine. Wo soll, wenn überhaupt, jemals Verständigung über Taten geschehen, da doch zuvor das Verständnis der Worte mangelt, die genug gewechselt sind. Ziemte es nicht zunächst Klarheit über die Begriffe zu schaffen, um derentwillen sich die Menschen hassen, befehden, lieben, vertragen? Nebelhaftes Dunkel ist um sie, die viel zitierten, heiß umstrittenen gebreitet, um die Begriffe menschlicher Gemeinschaften, denen, die Verwirrung zu vollenden, Europas herrschende Sprachen verwandte und doch Verschiedenes bezeichnende Namen liehen; über die nicht nur der gemeine und mit dem angeblich gesunden Hausverstand begabte „Idiotes", sondern auch die Gelehrten der scharfen, eindeutigen Vorstellung ermangeln. Es muß Verständnis werden. Der Ethiker, Prediger, Agitator bleibe mit seinem Maßstab eines erklügelten oder aprioristisch gesetzten Sollens beiseite. Nüchterne Beobachtung hingegen registriere, ohne sie zu werten, die soziologischen Phänomene des wirklichen Seins.

Sie findet vorerst die Binsenwahrheit, daß, je nach Ort und Zeit verschieden, eine ganze Reihe von Momenten die Menschen zu Gruppen verbindet. Daß in der ethischen und faktischen Bewertung dieser Momente eine große Mannigfaltigkeit bestand und besteht. Nüchterne Beobachtung erkennt, was schon weniger an der

Oberfläche liegt, daß zwischen den gemeinschaftsbildenden Tatsachen ein ewiger Kampf ums alleinige oder hegemonische Dasein stattfindet, der eines der treibenden Elemente der Weltgeschichte darstellt. Doch davon später. Und dieses, grundlegend, zum Beginn: Die menschlichen Gemeinschaften erwachsen aus Naturnotwendigkeit, aus äußerem Zwang oder aus freien Willen.

Gesetze der Vererbung, die uns langsam entgeheimnissen, verknüpfen alle die miteinander, die vom gleichen Ahnen abstammen. Keines Sterblichen Zwang oder Wunsch ist nötig, niemand kann es auch verhindern, daß verwandtes Blut die Wahrscheinlichkeit verwandter Physis und verwandter Seele mit sich bringt. Das ist nun, naturgeworden, historisch und dem primitiven Denken die erste menschliche Gemeinschaft: die der Herkunft aus einerlei Stamm, die Familie. Aus physischen Merkmalen erschlossene und durch psychische erhärtete Blutsgemeinschaft von Menschen, die sich im Gegensatz zu den Gliedern einer Familie des genealogischen Zusammenhangs nicht mehr bewußt sind, nennen wir Rasse. Niemand kann aus seiner Rasse, seiner Familie austreten. In dem haben, durch die sich unablässig mehrenden Ergebnisse der Vererbungslehre bestärkt, die Vertreter des Rassengedankens recht. Ob man die natürliche Gemeinschaft indes auch ethisch an die Spitze stellen und faktisch als die stärkste bezeichnen muß, das hängt von der Weltanschauung ab. Die Wissenschaft kann nur das eine energisch betonen: so wenig man die natürlichen Dispositionen hinwegleugnen kann, wie es der Liberalismus tat, so wenig ist zu übersehen, daß beim Menschen nicht wie beim Tier die Rassenzugehörigkeit ein unabwendbares Fatum der Seele bedeutet. Blutsgemeinschaft begründet eine Neigung zu gewissen Meinungen und Eigenschaften; sie ist kein zwingender Beweis für deren Vorhandensein. Rasse kann man, um in der Sprache der Juristen zu reden, als eine relevante Tatsache bezeichnen, die eine Vermutung, bis auf Gegenbeweis, für die Annahme einer bestimmten seelischen Struktur streiten läßt, doch durch aus der Erfahrung am Einzelindividuum geschöpfte Argumente stets zu entkräften ist.

Wirkt die natürliche Gemeinschaft so stark, daß man sich ihr physisch nie, seelisch nur in Ausnahmsfällen entziehen wird, so übt die durch Zwang geschaffene ihre Kraft nur solange wie die von ihm Betroffenen unfähig oder nicht willens sind, sich der Gewalt zu widersetzen. Die Zwangsgemeinschaft ist unmerklich aus der des Blutes entstanden. Die Familie erweitert sich zur Horde, die den einen oder den anderen als Mitglied zählt, der nicht vom Ahnherrn aller abstammt. Man wohnt räumlich einander nahe, weil man verwandt ist und fühlt sich in einem späteren Stadium gleichsam verwandt, weil man einander nahe wohnt. Die Horde hat sich zum Stamm gewandelt. Jetzt ist es nur nötig, daß sich der Stamm seßhaft mache und mit anderen Stämmen zu einer größeren Organisation verbinde und der Staat, die Zwangsgemeinschaft kat' exochen tritt als übermächtiger Konkurrent der natürlichen Verknüpftheit in die Erscheinung.



Nunmehr spielt die Tatsache, derselben oder benachbarter Scholle anzugehören eine größere Rolle als die Stimme des Blutes. Das Familiengefühl empfindet man weniger intensiv; der Patriotismus, letzten Endes aus räumlicher Zusammengehörigkeit entsprossen, hat es übertönt. Die geographische Grundlage des seßhaft gewordenen Lebens ist erst Faktum, dann Gewohnheit, liebgewordene Gewohnheit, schließlich ethischer Wert. Hinter dem steht nicht der naturgewollte, unentrinnbare, nur der durch die Gewalt der Schicksals- und Ortsgenossen geübte, schwer abzuschüttelnde Zwang. Gruppen der Gemeinschaft können sich dessen durch Gegengewalt oder gütliche Übereinkunft entledigen: Revolution, vertragsmäßige Unabhängigkeitserklärung. Einzelne, indem sie dem Staat entfliehen oder auch, mit dessen Zustimmung, von ihm aus der Gemeinschaft entlassen werden. Der Staat ist sonst ein eifersüchtiger Gott. Wohl erlaubt er, daß man sich von ihm abwende, doch nicht, daß er mit einer anderen Gottheit das Herrschen teile. Dem Staate sind, wie wir erwähnten, andere Zwangsgemeinschaften vorhergegangen. Er duldet keine, die nicht von ihm ihre Gewalt ableite. So erklärt es sich, daß heute neben dem Staat nur jene Arten des unfreiwilligen, doch nicht naturgegebenen Verbundenseins existieren, die des Tyrannen Geschöpfe, Handlanger, Teile sind. Administrative Glieder, wie Provinzen, Bezirke, Gemeinden; Korporationen wie Zwangsinnungen; Institutionen wie die obligatorische Waffengemeinschaft (Armee), Wissensgemeinschaft (Schule); alles Gesamtwesen, die ein Solidaritätsgefühl ihrer unfreiwilligen Mitglieder ausgebildet haben, als ihr Anrecht heischen, geliebt und vor anderem, freiwilligen Verknüpftsein hochgehalten zu werden. Frühere Epochen kannten als eine Mischform der natürlichen und erzwungenen Gemeinschaft die Kaste. Sie umfaßt, zu gleichem und von dem anderer Kasten streng geschiedenem Recht, erblich gewisse vom Staat nach seinem Gutdünken und in seinem Interesse vereinigte Personengruppen, denen das einzelne Individuum weder durch Zwang noch durch freien Willen, nur durch die Tatsache seiner Abkunft beigezählt wurde. Das war die eine Form, in der das Blutsprinzip neben dem des räumlichen Nebeneinander fortwirkte. Die andere dauert bis auf unsere Tage: Man gehört zum Staat nicht nur kraft der Gebietshoheit, sondern auch infolge der Abstammung von Staatsmitgliedern.

Während Familie und Rasse, der Staat mit den von ihm abgeleiteten Zwangsgemeinschaften den Einzelnen nicht befragen, ob in ihm der Wille zur Gesamtheit fortlebe, beruhen andere Gebilde des Kollektivdaseins auf der ausdrücklich bekundeten oder stillschweigend, durch konkludente Handlungen bewährten Zustimmung: des Individuums, der Gemeinschaft ein Teil zu sein; der Gemeinschaft, das Individuum sich einzugliedern. Es ist ein fortwährender, jederzeit kündbarer und im Zweifel als stets erneut anzunehmender, zweiseitiger Kontrakt, der im Gegensatz zu Rousseaus geträumtem wirklich vorhandene contrat social, auf dem jede im öffentlichen Leben und in der Geschichte bedeutsame freiwillige Ver-



bindung von Menschen beruht. Daß der einzelne da nach Belieben ein- und austreten kann, ist klar. Weniger bewußt wird in der Regel, daß dessen einseitiger Willensakt nicht genügt; eine Wahrheit, die beim Verhältnis von Rasse und Nation eine besondere Rolle beansprucht.

Bei den — heute — zwangsfreien Gemeinschaften unterscheidet man die auf Verwandtschaft (oder theoretischer Gleichheit) des Denkens aufgebauten von denen äußerlicher Veranlassung. Zu den ersten rechnen wir Gesamtheiten vermöge der Betrachtensweise des Übersinnlichen, die Kirchen und Konfessionen; kraft der Einstellung gegenüber dem irdischen Sein, die Parteien; endlich auf Grund einer Schicksalsgemeinschaft, des gemeinsamen und identischen Erlebens länger währender Vergangenheit und künstlerischen Ausdruckes, die Nationen. Äußerlichkeiten, die aber der Seele tiefe Spuren einprägen können, nähern die Angehörigen des von gleicher Rechtslage vereinten Standes; der durch wirtschaftliche Bedingnisse und die davon bestimmten Lebensgewohnheiten, Sitten geformten Klassen. Zuletzt darf man noch der Gemeinschaften gedenken, die geringeren Einfluß haben und auf den verschiedendsten, oft zufälligen, nichtigen, ja törichten und närrischen Momenten beruhen. Von den Geheimbünden, an deren Schwelle religiöse, nationale Ziele schwebten; die später in ihrer Gemeinschaft Selbstzweck sahen und lange bestanden, tief ins menschliche Sein eingriffen, bis zu den rasch wie eine Seifenblase vergehenden Zufallsgruppierungen, mit deren Soziologie und Philosophie sich der geistvolle Franzose Jules Romains so sehr beschäftigt hat. Alle die freiwilligen Gemeinschaften, nicht anders als die naturgewollten und vom Zwang gebotenen, haben gemeinsame Ziele, Ideale, trachten ein Solidaritätsgefühl zu schaffen, dieses als ethisch unerläßlich den Individuen einzuprägen und womöglich ohne Konkurrenz, jedenfalls vor anderen Kollektiv- und Einzelpersonen über Seele und Leib ihrer Mitglieder zu herrschen.

Es ist zwischen diesen zusammengesetzten Wesen ein ewiger nicht minder heftiger Kampf ums Dasein, um die Hegemonie wie zwischen den Individuen. Je nach dem Ort und nach der Zeit verschieden, erringt das eine oder das andere Moment der Gruppenbildung in der moralischen Vorstellung und in der tatsächlichen Reichweite die Oberhand. In grauer Vorzeit ist es das Blut, dem Altertum die Staatsangehörigkeit, die den Ausschlag geben. Während des Mittelalters nimmt die Kirche die erste Stelle ein. Die Renaissance und die Reformation schieben erneut den Staat in den Vordergrund. Seit der französischen Revolution dominiert das Nationalempfinden. In den letzten Zeiten rückt, wenigstens in manchen Gebieten, hier die Rasse, dort die Klasse an den obersten Platz. Wir können, von den weniger literarischen Urtagen abgesehen, diese Entwicklung stets im Schrifttum, besonders in den moralisierenden Werken und in den Schulbüchern der Epochen verfolgen. Das Gemeinschaftsgefühl der jeweils die Hegemonie erringenden Kollektivperson wird zur Tugend. Äußerungen überwundener und trotz-



dem von einzelnen noch als stärker bewahrten, älteren Gemeinschaftsempfindungen werden als Frevel gebrandmarkt. So ist die antike Literatur voll von Geschichten zur Verherrlichung des Patriotismus, voll des Preises für Helden (wahre oder erdichtete), die des Blutes Stimme zum Schweigen brachten, — die spartanische Mutter, die Horatier und Curiatier, das deutsche Hildebrandslied. Im Mittelalter hingegen wird glorifiziert, wer (was vordem todeswürdiges Verbrechen war) Gott mehr gehorcht als den Menschen, also das religiöse Gemeinschaftsgefühl dem staatlichen — und dem natürlichen — voranstellt. Die Heiligenlegenden des Mittelalters liefern dafür tausendfältig den Beleg. Humanisten, Aufklärer aber verspotten und brandmarken jene, die nicht ihr Land (und ihren Landesfürsten) über alles stellen, über alles in der Welt.

Die französische Revolution wurzelt in einem falsch verstandenen „Retournons à la nature". So rückt dann die lange als naturgewollte Gemeinschaft angesehene Nationalität vor die Zwangsgemeinschaft des Staates. Nur der Staat hat Lebensrecht, der auf das Nationalitätsprinzip sich stützt, also von ihm seine Befugnis ableitet. Folgerichtig die Parteinahme der öffentlichen Meinung: zugunsten aller derer, die im 18. Jahrhundert als verwerfliche Aufrührer gegolten hätten, der nach Emanzipation verlangenden, nach Einheit strebenden Nationalisten. Im allgemeinen ist diese Ansicht von gestern die von heute. Nur schüchtern kündet sich ein Morgen an, das die Nation hinter die Rasse zurücktreten läßt; während die Kommunisten Rußlands und der ganzen Erdkugel die Klasse als höchste Gemeinschaft verehren.

Betrachten wir die Gegenwart, so bestehen die verschiedensten Gemeinschaftsempfindungen nebeneinander. Der noch herrschenden Meinung, der öffentlich bekundeten Anschauung zufolge steht die Nation an erster Stelle — man wird es noch immer den Angehörigen nationaler Irredenten verzeihen, wenn sie gegen den Staat, dem sie unterworfen sind, konspirieren. Hernach folgt der Staat. Dann die Kirche. Nur in einzelnen Schichten werden, wie erwähnt, die Klasse (bei den Sozialisten in Konkurrenz, bei den Bolschewiken ohne Mitempfinden mit der Nation) und die Rasse (bei den deutschen Rassengläubigen und ihnen Gesinnungsverwandten in Osteuropa, zumal in Polen, Rumänien, Ungarn) als ethische Werte bekannt — in Parenthese muß bemerkt sein, daß die Katholiken angesichts des ungeschwächt fortdauernden Anspruchs der Kirche auf den ersten Rang, dem das Staatsgefühl und das Nationalbewußtsein der meisten Laien zu innerst widerstreben, einer deutlichen Kundgebung ausweichen, ob Staat, Nation, ob Kirche im Konflikt vorangehen —. Das sind die Gesamtheiten, zu denen man sich „Unter den Linden" als anständiger Mensch gesellen darf. Als verpönt betrachtet man dagegen, wie seit dem Altertum, das vorzüglich der Familie, der Partei, dem Stand, der Zufallsgruppierung geweihte Gefühl.

Man könnte manche Bände mit den Erscheinungen anfüllen, die ähnliche



affichierte Ansichten zur Heuchelei stempeln. Wie viele — ich bin so kühn zu behaupten, es sei die Mehrheit — werden den Lese- und Gesetzbüchern, den Zeitungen, dem Katechismus, dem Theater und dem Pathos zuwider, im Herzen wie im entscheidenden Moment dem Familieninstinkt gehorchen, was zwar schon im alten Hellas als sehr wenig fair betrachtet wurde, aber in noch älterer Urzeit seine Erklärung und den noch unüberwundenen Urgrund findet. Seltener als die heimlichen Gefangenen des Bluts und der Lebensgewohnheit sind die der Partei, des Vereins. Wer indes in soziologische Phänomene tiefer hineingeblickt hat, wird mir zugestehen, daß oft die absurdesten gruppenbildenden Momente, wenigstens eine knappe Weile lang, stärker wirken als die höchsten, erhabensten Motive. Ein Beispiel: zu einer ausverkauften Kinovorstellung in einem Pariser Lichtspieltheater der großen Boulevards sind in langer Kette Angehörige aller Länder, Nationen, Rassen, Stände, Religionen, Klassen angestellt. Der Verkehr ist gestört. Ein paar Polizeiagenten kommen, die Menge zu zerstreuen. Im Moment wird aus dieser heterogenen, durch die Solidarität des bedrohten, selbständig betrachtet ganz unbedeutenden Interesses am rascheren Besuch der Vorstellung, eine einheitliche Masse, die sich allen sonstigen Solidaritätsbanden entzieht. Ich sah einen vornehmen alten Franzosen, Kaukasier, Katholiken, Edelmann mit einem amerikanischen Nigger zweifelhafter Religion und unzweifelhaften Plebejertums in leidenschaftlicher Solidarität gegen einen Polizeikommissar protestieren, mit dem ihn Rasse, Nation, Staat, Religion, Stand verbanden. Ich bin überzeugt, auch die Bande des Blutes wären in dieser Stunde schwächer gewesen als die gemeinsamer um eine Stunde verschobener Schausucht.

Ergebnis und Lehre: Gemeinschaft und Verschiedenheit haben nicht mit dem Ethos und nicht immer mit dem Logos Zusammenhang. Wer anders, ist darum weder töricht noch frevelhaft. Dann aber, es ist weder töricht noch frevelhaft, anders zu sein. In dieser schlichten, doppelten Wahrheit birgt sich das Urteil — ach, daß es doch das Todesurteil wäre — über Ultrachauvinismus und falsche Sentimentalität des Weltumarmens. Wenn Verschiedenheit und Widerstreit der Kollektivwesen nichts als ein soziologisches Phänomen darstellen, dem naturhistorischen des struggle for life der Individuen parallel zu erachten, dann muß vernünftige Einsicht gebieten, auf jenes Unmögliche zu verzichten, daß sich unser Jammertal in ein Paradies der Eintracht verwandle; muß geläutertes Empfinden den berechtigten Kampf fürs eigene und seiner Genossen unverzichtbare Interesse vom ungerechten Haß gegen die an sich ebenso moralisch einwandfreien Gegner trennen.

Dieses nun ist der Weisheit letzter Schluß, das Ziel eines erstrebenswerten Fortschritts: Nicht nur den Anlaß und die Unabwendbarkeit des Konflikts zu mindern, sondern auch dort, wo er, vermutlich auf ewige Zeiten, unvermeidlich ist; dort, wo tragisches Verhängnis unlösbaren Gegensatz der Nationen schuf — ich



denke ans mir zunächst liegende Beispiel Deutschland-Polen —, Achtung und Gerechtigkeit dem Widersacher zu bewahren. Im Nebeneinander des Friedens, wie vor der Notwendigkeit des geistigen, ja des blutigen Kampfes. Darin liegt resigniertes Sich-Abfinden mit den Tatsachen; damit sind das edle Gefühl der Treue zu Staat und Volk wie die christliche Nächstenliebe vereinbar. Dahin strebt die Linie zu erhoffenden Aufstiegs.

K. HAUSHOFER:

LITERATURBERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Prof. Dr. Heinrich Schmitthenner: „Nord- und Südchina." Petermanns Mitteilungen 1927. Heft 5/6.

Auf nur acht Seiten bringt der jüngst aus China zurückgekehrte V. die entscheidenden Züge der chinesischen Frage in einen nach großen Gesichtspunkten gesehenen, aber allseitig mit vortrefflich verarbeiteten Einzelzügen belegten Zusammenhang; er geht nur freilich weit über den der politischen Erdkunde (z. B. von Tiessen) angewiesenen Rahmen hinaus und fügt die Ergebnisse geschichtlicher Bewegung, volkswirtschaftlicher und soziologischer Erkenntnis des Chinesentums mit den geographischen Einsichten zu einer der vollendetsten geopolitischen Darstellungen zusammen, die wir kennen.

Als solche empfehlen wir sie unsern Lesern, als einstweilige Vertröstung auf das größere, bei Engelhorn in Vorbereitung befindliche Reisewerk des V., als das beste, augenblicklich greifbare Hilfsmittel zum Verständnis der Weiterentwicklung der chinesischen Frage. Nicht nur in den unmittelbar geographisch erweisbaren Grundzügen, sondern auch in Weltanschauung, Verhältnis zu Schrift und Sprache, Rassengefüge, Wirtschaft und Bauweise sind die Gegensätze und Unterschiede, aber auch Übergänge zwischen Nord- und Südchinesen herausgearbeitet. Die Begründung der Kleinräumigkeit der südchinesischen Städte im Verhältnis zu den nordischen, schließlich gipfelnd im Gegensatz Kanton-Peking, das Verhältnis zu Reis und brotartigen Speisen, zum Kang (Ofen-Bett) zeigen Wahrnehmungen von besonderer Feinheit. Mit Recht ist die Propaganda des Südens als „nationalsozialistische" bezeichnet worden. Das bringt tatsächlich die Eigenart des südchinesischen Nationalismus auf die kürzeste, in Mitteleuropa verständlichste Formel. Freilich bewegt sich die meisterhafte Schilderung der Leitzüge der Kantonregierung im nord-südlichen Grenzrain schon sehr auf dem Boden der Geopolitik; und gerade die Vertreter der Meinung, diese müsse von der Geographie aus ihren Hauptauftrieb erhalten, begrüßen Schmitthenners Meisterprobe aus seiner Ostasienreise ganz besonders an der rein geographischen Stelle, in der sie als Zierde zu stehen kam.

Seit Dofleins prächtiger „Ostasienfahrt" gehört es fast zu den vornehmen Verpflichtungen eines längere Zeit im fernen Osten arbeitenden Forschers, daß er außer seinen Spezialarbeiten auch ein allgemeiner gehaltenes Reisewerk für länderkundliche oder geopolitische und wirtschaftliche Zwecke beisteuere. In solcher Art liegen als Neuerscheinungen vor:

Johan Gunar Andersson: „Der Drache und die fremden Teufel." Leipzig 1927. Brockhaus. 208 Abbildungen, 1 Karte.

Richard Goldschmidt: „Neu-Japan." Berlin 1927. Julius Springer. 215 Abbildungen, 6 Karten.

Hans Molisch: „Im Lande der aufgehenden Sonne." Wien 1927. Julius Springer. 193 Abbildungen.

Robert Knauß: „Im Großflugzeug nach Peking." Berlin 1927. Union Deutsche Verlagsgesellschaft. 46 Abbildungen, 2 Karten.

Paul Schebesta: „Bei den Urwaldzwergen von Malaya." Leipzig 1927. F. A. Brockhaus. 150 Abbildungen, 1 Karte.

Alle diese Werke vereinigt in ihrem geopolitischen Wert die wichtige Tatsache, daß sie Nebenfrüchte ihrer eigentlichen Tätigkeit von Männern enthalten, die entweder in langen, stillen Entwicklungen oder in spannungsreichem Kampf mit gemeinsam bestandenen Schwierigkeiten den fernen Osten bei seiner Arbeit kennengelernt haben, und als Mitarbeiter zu großen Zielen, als Meister von ihm aufgenommen wurden. Daraus ergibt sich eine ganz andere Einstellung und eine ganz andere Eindringungstiefe, als sie dem Reisenden aus bloßer Aufnahmetätigkeit, bloßem Zusehen erreichbar ist.

J. G. Andersson hat elf Jahre lang als geo-

logischer Ratgeber des chinesichen Staates, als Nachfolger von F. Solger, die Aufbauarbeit von H. C. Chang, vor allem V. T. Ting und Wong Wen Hao geteilt; er ist, wie Wilhelm und viele gute Kenner, unter den ganzen Zauber geraten, den der Umgang mit hochgebildeten Ostasiaten zu üben weiß. Trotzdem hat er seine Augen auch für die dunklen und stürmischen Teile des von ihm mit seltener Klarheit — auch aus der Gunst seiner schwedischen Neutralität heraus — überschauten Kraftfeldes offen behalten, und zeichnet z. B. S. 29—31 mit überlegener Sicherheit die Charakterzüge der ostasiatischen Kultur, S. 32—41 den Nord-Süd-Gegensatz, dann das Wesen des Chinesen als Ackerbauer (in feiner Kritik des bekannten Werkes von King) und den zähen Fleiß im kleinsten des chinesischen Erwerbslebens.

Anderssons Schilderungen, durch persönliche Beziehungen zu führenden Männern, wie dem Spracherneuerer Ku Shi, bereichert, tragen die Farbe eines zwar in allen Einzelzügen wissenschaftlich beobachteten, aber immer in seinem ganzen Zusammenbau gesehenen vollen Lebens; sie sind, auch in ihrer Würdigung der Missionen in Vorzügen und Schattenseiten, von hohem Wert für die geopolitische Urteilsbildung. Das Schlußkapitel über die Ausgrabungsreise in Kansu ist wohl die beste neuere Schilderung des noch chinesischen Nordwestens und seines augenblicklichen Zustandes in jener für das Abendland so schwer erklärlichen Schwebelage zwischen inneren Unruhen und dennoch sich beharrlich weiter erhaltendem Dasein in seinen uralten Formen.

Richard Goldschmidt: „Neu-Japan“, gibt gute Reisebilder über die als Neu-Japan zusammengefaßten Außenbesitzungen des japanischen Reiches, die seit der Vorkriegszeit zum erstenmal wieder von einem Deutschen so zusammengefaßt werden. Scharfe geopolitische Lichter fallen dabei auf sonst ohne weiteres schwer verständliche Vorgänge, wie die kurze, aber treffende Gegenüberstellung S. 237—38 am mandschurischen Zuge über das Los Koreas und den Unterschied zwischen dem guten Rassentyp der einzelnen Nordchinesen und der so viel besseren Gemeinschaftsleistung der japanischen Staatskultur. Im Anschluß daran ist die rassenbiologische Betrachtung über Südkoreaner und Japaner bedeutend.

So knapp zusammengefaßt die Schilderungen Koreas und des südmandschurischen Pachtgebietes sind: sie sind für uns vielleicht noch wertvoller, als die der freilich sonst vernachlässigten Bonin-Inseln, Formosas (über das wir kurz vor dem Kriege sehr gute Schilderungen seiner Wald- und Wasserwirtschaft von A. Hofmann: Aus den Waldungen des fernen Ostens haben), und der Ryu-Kyu (die Simon ausgezeichnet beschrieben hat, dessen Arbeit freilich Goldschmidts biologische Beobachtungsweise sehr glücklich ergänzt).

Im Gegensatz zu Goldschmidt, der mit scharfer Beobachtungsgabe die Außenposten des Inselreichs und „das künftige Sturmzentrum der Weltpolitik“ betrachtet, wendet sich Hans Molisch, der in Sendai tätig gewesene österreichische Biologe, dem Stamm-Inselbogen selber zu, dem er neben seiner „Pflanzenbiologie in Japan“ (Jena 1926) „ein volkstümliches Buch“ widmen wollte.

Volkstümlich also gehalten, bietet die japanische Nebenfrucht der eigentlichen Arbeit des berühmten Biologen doch auf S. 38 treffliche Streiflichter auf die japanische Lehrfreiheit, S. 40 die lebendige Pietät, S. 51 eine große Auffassung der Totenmesse, S. 69 ein Urteil über das Volk, lauter geopolitisch Wertvolles. Glänzend lebendig ist das Kapitel 7. „Bei Affen und Walfischen zu Besuch“ — ein Bild wirklichen Volkslebens seitab vom Globetrotterwege, wie wenig später, ab S. 81, die Darstellung der Lignitindustrie, ein Muster, wie solche Spezialaufgaben landeskundlich auf knappem Raum lösbar sind. S. 138 zeigen die Aufzeichnungen über die Nogi-Gedenkstätte, wie tief der V. in die Volksseele gesehen hat; von S. 179 an malt sich der Reflex der aus der Nähe miterlebten, beinahe geteilten Erdbebenkatastrophe vom 1. 9. 1923, und sehr deutlich ihr Rückschlag in die nahe gelegenen Landschaften hinein. S. 200 gibt eine Fuji-Besteigung mit vielen wertvollen Nebenbeobachtungen; S. 206 gut Gesehenes über den Selbstmord in Japan, der im Volksempfinden auch heute noch eine so völlig andere Rolle spielt, als in den Ländern mit christlich beeinflußter Kulturgrundlage, und mehr an die antike Auffassung erinnert. Die Schilderungen aus dem äußersten Norden Japans

endlich geben außerordentlich wertvolle, neueste Eindrücke in die Kolonisation auf Hokkaido, auf Sachalin, in dieses Verklingen japanischer Siedelungsfähigkeit und Tätigkeit in allzu nordische Lebensbedingungen hinein. Der Geograph wird sich seine landeskundlichen Einblicke in dem reich sprudelnden, in flüssigem Plauderton neben allem wissenschaftlichen Ernst dahinfließenden Reiseerinnerungsbuch etwas mühsam heraussuchen müssen; aber er wird durch vielseitige Ergänzungen seines Bildes von Japan belohnt werden.

Robert Knauß: „Im Großflugzeug nach Peking" ist eine geographisch und geopolitisch außerordentlich wertvolle Darstellung des gediegen vorbereiteten Einführungsunternehmens für den eurasiatischen Überlandflug, mit kluger Ergänzung durch treffsichere, zweckbewußte Aufnahmen, vortrefflichen Wahrnehmungen über den wichtigen Übergang von den Sowjetbünden zum mandschurischen und chinesischen Eindrucksbereich: ein Vorbild geradezu, wie der Flieger geopolitisch auffassen und berichten soll, und wie tief er dabei eindringen, wie Wesentliches er von oben her durchschauen kann.

Schebesta: „Bei den Urwaldzwergen von Malaya" ist, im Gegensatz zu dem hervorragenden geopolitischen Beobachter aus der Fliegerwelt, Knauß, der ganz der Zukunftsentwicklung zugewandt ist, zu den Anfängen der Hylaea-Kultur der Zwerg- und Negritorassen Südostasiens zurückgewandt. Aber ein Buch wie das seine schafft Bausteine zu jenen Einblicken, die mir beim Entwurf der Pazifischen Geopolitik im Abschnitt V: „Tragende Unterschichten im Rassenbau" vorschwebten.

Gewiß, die Semang Malayas in ihren reinen Urwaldwanderstämmen umfassen heute vielleicht nicht mehr als 2000 Seelen; aber sie stecken doch im Rassengefüge der fünf Millionen der Malayenhalbinsel, der fünzig Indonesiens mit viel größerem Blutanteil; gerade auf S. 37 ff. ist geschildert, wie tatsächlich Rassenmischung zwischen Waldmenschen des Innern und Trägern der Randkulturen entstand, trotzdem man sie später ableugnet, ganz ähnlich, wie auch im indischen, im japanischen Rassengemisch. Und die Rückschlagserscheinungen bezeugen nachher, was dennoch alles in den tragenden Unterschichten steckt, und auf einmal (siehe Morofrage der Philippinen, Hakkafrage in Südchina) wieder mit geopolitischen Nennwerten auftaucht. Auf S. 36 findet sich die Macht des Urwalds über den Menschen des tropischen Inneren. „... Wir müssen Bäume um uns haben!" Mit dem Urwald schwindet vor der Kautschuk-, Reis-, Zinn-, Monokultur auch die Daseinsmöglichkeit der Urbewohner. S. 151/52 ergänzt das über frühe Holz-Bambus-Kultur Gesagte, gute Beschreibungen von Frobenius über ähnliche Zustände in der afrikanischen Hylaea (Waldwüste). S. 65/66 finden sich zutreffende, einfache Feststellungen über die Wurzeln des Totemismus, die uns wahrscheinlicher klingen als manche übersteigerte kunstwissenschaftliche Theorien. Auf jeder Seite fast gibt der opferwillige Teilnehmer an den Freuden frühgeschichtlichen Urwaldnomadenlebens Zeugnis für das enorme, der Natur abgelauschte praktische Können der Negritozwerge, die gewiß zu den bedeutendsten Erfindern und Entdeckern der Menschheit gehören, aber eben erst sich weiter entwickeln können, wo sie aus dem Urwald an die Flußmündungen, das Meer oder in die Lößhochflächen treten, wo sie ihn erst überwinden lernen. Ein interessanter Zeuge des Wertes ethnologischer Bausteine für geopolitische Erkenntnis!

Volkswirtschaft und Soziologie steuern diesmal aus dem indopazifischen Bereich selbst und seinen Randmächten bei: die Fortsetzung der „Economic Review" der Kyoto University, Band I, Nr. 2, Dez. 1926, und zwei, ihrem Bestreben sehr entgegengesetzte Erscheinungen aus dem Bereiche der Sowjets, die eine der chinesischen, die andere der japanischen Volkswirtschaft gewidmet; „The Sowjets in China unmasked!" Documents revealing Bolshevistic Plans and Methods, seized in the U.S.S.R. Embassy Peking, 6. April 1927, Shanghai, North-China Daily News and Herald, Ltd. aber, mindestens in dem diabolisch-klugen Dokument Nr. 6, unzweifelhaft russischen Ursprungs (Die rote Agrarpolitik, vertraulich) und: K. Charinski: Japan in Vergangenheit und Zukunft." Moskau 1926 (Russisch).

Das japanische Selbstzeugnis zur heutigen wirtschaftlichen Grundlage enthält an geopolitisch



bemerkenswerten Beiträgen: E. Honjo, „The Agrarian Problem in the Tokugawa Regime", also eine Darstellung der Grundlage der heutigen japanischen Agrarpolitik in dem unmittelbar der Reichserneuerung vorangehenden Zeitalter von 1600—1868 (S. 75); S. Sakuda: „Einige Charakterzüge der chinesischen Volkswirtschaft" (S. 128); S. Kawada: „Landbauprobleme und ihre Lösung in Japan." Sehr originell ist auch S. Takarabe: „A birds-eye View of Japanese pickles" für den Kenner der Rolle, die sie volkswirtschaftlich in dem übervölkerten Lande mit seiner gefährlichen Neigung zu passiven Handelsbilanzen spielen. Die Arbeit von Honjo bebeleuchtet zunächst scharf den Zusammenhang zwischen Agrarproblem und Bevölkerungsstauung in der Tokugawazeit, in der wir die Hauptstütze des auf Reis-Naturalwirtschaft aufgebauten Staates zu künstlich niederer Lebenshaltung herabgedrückt sehen. Außerordentlich wertvoll ist die Verarbeitung des kurz charakterisierten japanischen, sonst schwer erreichbaren Quellenstoffs für eines der lehrreichsten bevölkerungspolitischen Erlebnisse der Menschheit: die zweihundertjährige Stauung und plötzliche Wiederbelebung der japanischen Bevölkerungsbewegung, in ihrem Zusammenhang mit der Bauernhebung. Sehr bemerkenswert ist auch, wie die moderne japanische Wissenschaft mit Sakuda die chinesischen Landfragen sieht und mit Kawada die Lösung der eigenen Schwierigkeiten sucht.

„Die Sowjets in China demaskiert" (The soviet in China unmasked) zu zeigen, und den Stoff dazu durch regelrechten Raubüberfall auf die Umgebung einer fremden Botschaft, noch dazu des Doyens in einem ganz besonders immunen und fremdmacht-verteidigten eigenen Gesandtschaftsviertel zu gewinnen, ist sicher ein ungewöhnliches Verfahren. Daß Agenten zur Ermietung von Spionen in andern Gesandtschaften angeleitet werden, dürfte sich wohl bei vielen Botschaften durch ähnliche Mittel erweisen lassen (Dokument 1 und 2); daß man Aufstände im Gebiet eines zu bekämpfenden Gegners erregt, kann nach den Vorgängen in den Zentralmächten, die sie selbst veranlaßt haben, die hohen alliierten und verbündeten Mächte von 1914 und später unmöglich mit echter sittlicher Entrüstung erfüllt haben. Daß man die Liste der russischen Helfer der Kantonregierung und den Nachweis ihrer fortwährenden Beziehungen zu den Ämtern der Sowjets dabei fand, ist Pech, und daß sie Waffen und Munition, schließlich Bezahlung für beides wollten, ist menschlich.

Aber, daß man ein Dokument wie das 6., und damit wirklich eine diabolisch überlegene Darstellung der Art und Weise fand, in der die Drähte der chinesischen Revolution auf Grund hervorragender Sachkenntnis der chinesischen Wirtschaftskultur und ihrer revolutionären Möglichkeiten von Moskau aus gezogen wurden, das ist wirklich für die Hauptbeteiligten auf der Sowjetseite ein Unglück, für ihre Gegner ein Glück, für unbeteiligte Forscher aber eine freundliche Zufallsgunst.

Sie beleuchtet grell, worauf sich Mächte, die außenpolitisch mit den Sowjets zusammenarbeiten müßten, innenpolitisch von ihren Agenten gefaßt zu machen hätten; sie zeigt, in welchen Richtungen die chinesische Wirtschaftsstruktur zum Überstürzen in bolschewistischem Sinne gebracht werden konnte, wieviel aber doch noch dazu fehlte, daß es in diesem Sinn wirklich gelang. Man hat versucht, die Echtheit des teilweise, und zwar mit höchster Sachkenntnis angebrannten Stückes zu leugnen; mit Unrecht; es ist viel zu gut unterrichtet, um nicht authentisch zu sein. Etwa 33 Mill. Patronen, 26000 Gewehre, 200 große und kleine Geschütze in Nachweisen, dazu Organisatoren ersten Ranges sind ergiebige Hilfen; aber die Durchdringung des ganzen sozialen Gefüges beweist, daß man sie wahrlich nicht umsonst zu geben gedachte, jedenfalls aber ausgezeichnet unterrichtet war.

Ein weiterer Beweis, daß man praktisch nach Lord Disraelis Wort verfuhr: „Zuletzt regiert der Bestinformierte", also vom Gegner gelernt hatte, ist auch:

Charinski: „Japan" (Japonija w Proschlom i nastojaschtschem). Russisch. Wladiwostock 1926.

Japan in Vergangenheit und Zukunft: der Titel wird derb, aber suggestiv symbolisiert durch die farbige Umschlagzeichnung, die als Vertreter des alten und neuen einen Samurai von übersteigertem Adelstyp mit zwei Schwertern und

Fujiyama als Hintergrund und einen Schwerarbeiter primären Rassenrückschlags mit Schurzfell und Schmiedhammer vor rauchenden Fabrikschloten zeigt.

Auf 400 enggedruckten Seiten gibt der V., nach einer etwas knapp geratenen geographischen Einführung eine ziemlich ausführliche Darstellung der älteren und neuen Geschichte und verbreitet sich besonders über wirtschaftliche Verhältnisse der Neuzeit — widmet z. B. den führenden Großfirmen Mitsui und Mitsubishi je ein eigenes Kapitel, wie auch den Plutokraten des modernen Japan und der Arbeiterbewegung. Die an sich gut und charakteristisch gewählten Illustrationen sind Opfer eines allzu billigen Reproduktionsverfahrens geworden. Wie andere, schon früher angezeigte russische Arbeiten über den fernen Osten und Südosten ist auch dieses Buch für seinen Gehalt wohlfeil (3 Rubel), und bringt eine Menge volkstümlich zusammengefaßter und doch wissenschaftlich wertvoller Information; es beweist wieder das in Sowjetrußland vorwaltende Bestreben, gute geopolitische Literatur zu erschwinglichen Preisen in breite Schichten zu tragen, und die davon erreichten Kreise dadurch tatsächlich zu befähigen, als bewußte Schallkörper für seine Außenpolitik zu dienen.

Hisakatsu Yabe uud Renjirô Aoki: „The GreatKwantô Earthquake of September 1 1923. Geologically Considered. Saito Ho-on Kai, Sendai, Japan. 1926. S. 71—83. Karte.

Hier liegt endlich, auf wenigen Seiten, die Stellung hervorragender japanischer Sachkenner, zugleich mit einer Übersicht der japanischen Literatur dazu, über das große Kwantôerdbeben vor, zu dessen Nachwirkungen auch das Finanzbeben vom Frühjahr 1927 noch gehört, eine Nachwehe des Verlustes von über 5000 Mill. Yen, die — außer 99331 Toten, 103733 Verwundeten, 254499 zerstörten und 447128 verbrannten Häusern, die wenigen Minuten geologischer Unsicherheit gekostet hatten. Indem Prof. Yabe und sein Mitarbeiter die seismischen Einzelheiten, die Veränderungen der Landoberfläche und des Seegrundes einem größeren Werk vorbehalten, auf das man gespannt sein darf, streift der Vorbericht sozusagen nur die großen morphologischen Züge des Störungsbereichs (disturbed area). Der Erdbebenherd wird nun allgemein unter der Sagamibucht gesucht. Außerordentlich interessant ist die kurz zusammengefaßte Schilderung der so grundverschiedenen Hauptelemente der Schütterzone: Kwantôebene; Halbinseln Boso und Miura und Oisoblock als Teile eines einst zusammenhängenden Horstes; das Kwantôbergland im weiteren Sinn (Kwantô und Doshiberge); die vulkanische Fujizone. Es liegt etwas Tröstliches darin, daß sowohl das Erdbeben von 1703 in derselben Gegend, als die Katastrophe von 1923 in viel klareren Beziehungen zur Geotektonik von Japan steht, als seine Gelehrten zuerst glaubten. Aber es ist noch bedenklicher für die Hauptstadtlage und die wichtige Siedelungsanhäufung in ihrer Umgebung, als wir schon 1924 bei der Besprechung des Erdbebens in dieser Zeitschrift andeuteten.

Hisakatsu Yabe: „Excursion to Matsushima and Sandai; Geological Guide."

Hisakatsu Yabe: „Geological Guide to the Excursion to the Ikushunbets Coal-Mining District, Ishikari, Coalfield, Hokkaido."

Hisakatsu Yabe and Takumi Nakao: „Geology of the Miike Coalfield."

Hisakatsu Yabe and Shichihei Nomura: „Geological guide to the Excursion to Kioroschi, Province of Shimosa", sämtlich Sonderdrucke des Führers für die Exkursionen C 3, A 2, E 3, C 6, publ. by the Pan-Pacific Science Congress 1926 Japan: Zeichen des großen wissenschaftlichen Wertes der Kongreßarbeiten, die in Europa viel zu wenig bekannt geworden sind.

Prof. Dr. H. Blink: „Opkomst van Nederland als Economisch-geographisch Gebiet van de oudste Tijden tot heden." Encyclopaedie van de Wereldbibliothekk. Amsterdam 1925. Maatschappij voor goede en goedkoope Lectuur.

R. P. Oßwald: „Die Bevölkerungspolitik der Holländer in Niederländisch-Indien." Deutsche Rundschau 1927, Mai, S. 145—151.

„Deutsches Jahrbuch für Niederländisch-Indien." F. A. Schöppel, Batavia 1925.

„Deutsche Wacht", lfd. Batavia.

Wenn wir scheinbar heterogene Werke, wie die vorbildliche Wirtschaftsgeographie der Nie-

derlande von H. Blink, eine auf wenigen Seiten ein großes Problem aufrollende kolonial-bevölkerungspolitische Arbeit, wie die von Oßwald, und die Zeugen emsiger, liebevoller wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Mitarbeit an ihrem Wahlwirkungskreis der Deutschen in Batavia, unter einen Nenner bringen, so ist es, um unsern Lesern die Wichtigkeit eigener Urteilsbildung über das Weltreich der Niederlande, seine Grundlagen, seine Gefahren und Probleme nahezulegen, und zugleich einige Hilfen dazu im Zusammenhang zu nennen.

Wer sich ins Niederländische einlesen kann, dem wird das Werk von Blink sehr viel Wertvolles bringen. Schon die Art, wie (S. 7—9) der Boden und Raum in Beziehung zu dem ökonomisch aktiven Menschen gesetzt ist, verrät, auf welche großzügige Synthese der Verfasser ausgeht, wie lebendig er wirken will und schon auf den Sprachfremden zu wirken versteht, wieviel mehr erst auf den Niederländer selbst, auf den Mann, der für das Weiterleben des Weltreichs der Niederlande „auf seinem geographischen Platz im großen" verantwortlich ist. Betrug 1920 der europäische Landraum der Niederlande nur 34201 qkm, davon 1598 für Wasserflächen, und 6865314 Menschen mit Volksdichte 210, nur 0,023% der Erdoberfläche und 0,38% der Erdbevölkerung, so gehörten in Asien 1459250 qkm, in Australien 437287 qkm, in Amerika 130230 qkm, im ganzen über zwei Millionen Quadratkilometer, mit heute weit über 50 Mill. Menschen dazu. Auf jeden Niederländer trafen über 7 Koloniale (in Frankreich $1\frac{1}{2}$, in England $9\frac{1}{2}$).

Das Reich als Ganzes hat also die zweitintensivste Kolonialität der Erde.

Dieser durchaus begriffenen Gefahrspannung gegenüber arbeitet nun Blink wie ein wohlbedachtes Gegengewicht die Bodenkraft und Kultur- und Wirtschaftsleistung des europäischen Reichskernes heraus. 25 Karten und graphische Darstellungen helfen ihm dabei, Bildwirkung zu erzielen und Raum zu sparen. Es ist in der ganz besonderen Lage der Niederlande geradezu eine Bibel der Heimatstärke, deren der kleine Reichskern hier mehr als irgendwo anders bedarf.

Die Kraft des niederländischen Heimatwertes begreifen zu lehren, zu zeigen, wie wesentlich gerade sie die koloniale Leistungsfähigkeit bestimmt, haben wir das Buch von Blink so angelegentlich empfehlen zu müssen geglaubt.

Erst aus der Heimatsicherheit des Niederländers wird man gewisse Bedächtigkeiten seiner Eingeborenenpolitik vor allem in Insulinde verstehen, aber auch seine Anziehungskraft auf besonders tüchtige Elemente des plattdeutschen Hinterlandes der Rheinmündungen, die aus den anderen angezogenen Arbeiten hervorgeht.

Die Eingeborenenpolitik der Niederlande in Insulinde scheint uns von Osswald im allgemeinen richtig dargestellt zu sein; nur können wir uns bei der von ihm behaupteten so allgemeinen Befriedigung der Beherrschten die Aufstände in Java und Sumatra von 1926 schwer erklären und glauben sicher, daß ein Buch wie das von Tan Malakka: „Indonesia", Moskau-Leningrad 1925 (russisch) zwar die Aufruhrstimmung übertreibt, aber doch eine gewisse nützliche Gegenkorrektur vom Standpunkt des unzufriedenen Teils der mehr als 300 Menschen auf den Quadratkilometer in Java bedeuten könnte. Der Schluß von Osswald enthält sicher eine ernste Mahnung an die Niederlande als Beati possidentes. Es könnte doch einmal nicht ganz gleichgültig für die Niederlande sein, ob die andern 70 Millionen jetzt für eine nicht beachtenswerte Größe gehaltener und dementsprechend behandelter Rassenverwandten in Mitteleuropa das Abtriften von zwei Millionen Quadratkilometer Kolonialboden in andere Hände oder in den Bereich der Selbstbestimmung mit der gleichen kühlen Uninteressiertheit mit ansehen, die jetzt das wohlhabende Rheinmündungsland den Leiden seines europäischen Hinterlandes entgegenbringt. Alle freundliche Gesinnung der Deutschen in Indonesien würde dann eben nur die Stimme einer kleinen, nicht zur Wirksamkeit kommenden Minderheit sein.

Prof. Dr. A. Krämer: „Westindonesien. Sumatra, Java, Borneo." 45 Tafeln mit erläuterndem Text. Ganzleinen. RM. 16,50. Stuttgart 1927. Frankh'sche Buchhdlg.

Auf einem im Verhältnis zur Riesengröße der selbstgestellten Aufgabe gedrängten Raum, im höchsten Grade preiswert, wenn man die Fülle des dargebotenen Bild- und Wissensstoffes wägt, wird eine Grundlage zur Beurteilung der westindonesischen Kultur geboten; der weitere Be-

reich der ostmalaio-polynesischen Wanderungen soll in einem II. Band folgen. Die Einleitung auf wenigen Seiten (7 bis 11) ist vom geopolitischen Standpunkt der Höhepunkt des allen unsern Lesern angelegentlich zu empfehlenden Werkes. Denn hier ist einmal der ganze Stoff an Symptomen aus dem Bereich von Kunst und Sitte zur selbständigen Beurteilung geopolitischer Lebenskraft ausgebreitet. Hier sind nun Anhaltspunkte zur Bildung eines eigenen Urteils darüber, ob in den mehr als 50 Millionen Malaien die Möglichkeiten und Kräfte zu einem selbständigen Beitrag zur Kultur, Macht und Wirtschaft der Gesamtmenschheit stecken (— namentlich, wenn ihnen ein anderes, rassenverwandtes Inselreich von heute 85 Millionen Menschen, mit der drittstärksten Flotte der Erde zu Hilfe dabei käme —) oder nicht. Je nach dem Ergebnis dieses Abwägens wird man die Aufstände in Java und Sumatra mit positiven oder negativen Vorzeichen zu versehen haben. Wir sehen also, wie wichtige und weittragende Schlüsse die Kunstgeographie, im Stile Krämers betrieben, unterstützen kann. Wem die Malaienwelt nicht schon bekannt war, der wird von der Fülle künstlerischen Lebens und schöpferischer Kraft darin überrascht sein. Er wird sehr schnell die Zusammenhänge über die ganze pazifische Kultur hinweg herausfühlen, auch die mit den noch ungebrochenen völkischen Bestandteilen in Japan wie in den Philippinen. Darum ist der Vorschlag einer neuen Namensbildung „Austronesien" ein gefährlicher Begriff: eine sehr große Sprachfamilie könnte ihn aufnehmen, und Japan dürfte sich plötzlich zu ihrem Wortführer machen: dann steht das Gewicht von mehr als 150 Millionen Menschen dahinter, von Inhabern der reichsten Wirtschaftsgebiete der Erde, die in dem vorgeführten Bildstoff die am meisten eigenartige Periode ihrer Kulturentwicklung anerkennen. Wer über die Politik, Kultur und Wirtschaft des australasiatischen Mittelmeers mitreden will, muß das Buch kennen.

Hermann Lautensach: „Länderkunde. Ein Handbuch zum Stieler." Justus Perthes, Gotha 1927. S. 433—445: Asien; S. 492—512: Südasien; S. 512—522: Inner-Asien; S. 523 bis 576: Ostasien, Australasiatisches Mittelmeer und Australien; S. 796—798: Pazifischer Ozean.

Absichtlich sind hier aus einer der bedeutendsten Einheitsleistungen deutscher Erdkunde der letzten Zeit — über die in ihrer Gesamtheit an anderer Stelle berichtet ist und der wir mit tiefster Achtung als einer vom einzelnen Forscher kaum mehr zu bewältigenden Arbeitsleistung gegenüberstehen — die Seitenzahlen genannt, die selbst in einem so stattlichen Band nur auf den indopazifischen Raum treffen. Nicht hundert Seiten sind für den Lebensraum und die Daseinsbedingungen der größeren Hälfte der Menschheit verfügbar! Das bedingt höchste Zusammenraffung des Wesentlichen, geistvolle Verzahnung zwischen dem, was unbedingt mit Worten gesagt werden muß, und der stets daneben zu lesenden Karte, eine Treffsicherheit in der Prägung farbegebender Einzelheiten und der Auswahl der Werturteile von Sachkennern, fast wie sie die Führer des indo-pazifischen Raumes selbst haben müßten, wenn sie ohne Gefahr für die Gesamtmenschheit seine Angleichung an die Kulturen des Westens vollziehen sollten.

Das Nebenziel, den westlichen Lesern wenigstens eine Ahnung von der Größe dieses Problems, mit den Unterlagen zu eigenem Urteil zu geben, hat Lautensach auf dem engstmöglichen Raum vorbildlich erreicht. An geopolitisch strebenden Lesern ist es nun aber auch, Hand in Hand mit dem durchzupflügenden Stieler-Atlas das höchste Ergebnis aus diesen Schilderungen zu ziehen, die mit echt deutscher Arbeitstreue, bald derber, bald feiner nach dem Bedarf des Objekts, mit Eigenwert in jedem Strich, hingesetzt sind. Namentlich aus der Allgemeindarstellung von Gesamtasien tritt uns die schwerste Krise unserer Zeit in fast atembeklemmender Größe und Klarheit entgegen. Nur durch Aussparen alles irgend entbehrlichen, aus der Karte und Beilagen zu gewinnenden Beiwerks ist solche Plastik erreichbar, wie sie sich S. 445; S. 496: (Monsun-Aufkommen!); S. 499: (Indische Anthropogeographie!); S. 523 ff. (Wesenszüge Ostasiens; China als Großlandschaft); S. 548; (Australasiatisches Mittelmeer) findet. Was wir an länderkundlichen Grundlagen zu geopolitischer Weiterarbeit besonders schätzen müssen: der Mut zur Form, zur Prägung, zur Vereinfachung auf das

Wesentliche, das aber mit kunstgewerblicher Reinlichkeit herausgemeißelt werden muß, gerade das finden wir in hohem Grade bei den Fassungen des indopazifischen Raumes durch Lautensachs Stieler-Handbuch.

André Duboscq: „Le problème du Pacifique." Paris 1927. Librairie Delagrave. 1 Kte.

Auf einer Reihe guter eigener geopolitischer Arbeiten fußend, mit angelsächsischen, russischen, japanischen, wie französischen Vorarbeiten wohlvertraut, in Auseinandersetzungen vor allem mit Sarraut (langjährigem Gen. Gouv. v. Indochina u. Bevollmächtigtem in Washington), Barthélemy, Yoshitomi(?), René Pinon, aber auch Karachan und Baron Goto, Ferrero und Wortführern der Vergangenheit, wie Réclus, hat hier Duboscq in der anmutigen, formsicheren Art, wie der kultivierte französische Politiker solche Fragen behandelt, das Schlußkapitel einer pazifischen Geopolitik vom französischen Standpunkt zu formen versucht.

Alle die Zitate, die — kurz gewürdigt — dem Kenner beweisen, daß der Verfasser sich innerlich mit fast allen Quellen von Rang auseinandergesetzt hat, daß er sie aber nur mit flüchtigen Werurteilen streifen will, um sein schmales Buch nicht damit zu belasten, sondern lesbar für eilige, aber wichtige Leute zu halten —, sie sind eigentlich der unsichtbare Unterbau, auf dem sich die nur 111 Seiten der Schlußfolgerung erheben. In A. Duboscq spricht ein außerordentlich geschickter Wortführer der schönen Reden der Gleichheitsidee seines Volkes und der bösen Taten der Herrschsucht. Mit einem Zitat von Abel Bonnard gleitet er anmutig und formgewandt wie zu Beginn seines Buches (S. 36) an der Frage „des demographischen Gleichgewichts zwischen Japan, Amerika und Australien" — an dem freilich noch Chinesen und Malaien beteiligt sind — vorbei, über die heikle Brücke des Kontrastes in den Worten und Werken Frankreichs gerade im Pazifischen Ozean hinweg. Er hilft auf diese Weise erklären, wie geschickt sich Frankreich außerhalb der Wurflinien in China zu halten wußte, und zeigt ein glänzendes Beispiel jener im Kleinen so großen geopolitischen Kleinkunstarbeit der Franzosen zur Führung der öffentlichen Meinung, nicht nur Frankreichs, auch Europas und der Welt.

Nur glauben wir aus eigener Arbeit zu wissen, daß die Leitfragen des Großen Ozeans zu groß und zu wuchtig für diese Behandlungsweise sind; sie sind es wert, daß man „über ihnen schwer werde", und vertragen spielerisches Herumtändeln an ihnen nicht; dazu nehmen sie die dem Pazifik anrandenden Großvölker zu bitter ernst.

„The Far Eastern Review", Vol. XXIII Januarheft 1927 verdient besondere Erwähnung als abschließendes Zeitdenkmal der japanischen Taisho-Ära von 1912 bis 1926. Fs enthält in zum Teil sehr guten und ähnlichen Bildern, die auch hohen Wert als Rassentypen haben, nicht nur die Kaiserfamilie, sondern auch die wichtigsten Führer des Wirtschaftslebens und die am Schlusse der Ära leitenden Staatsmänner. Man wird sich dem Eindruck nicht verschließen können, daß der feine, vornehme und starkwillige Gesichtsausdruck der älteren Geschlechtsfolge von der jungen nicht mehr erreicht wird, und wird — trotz äußerem zivilisatorischen Fortschreiten — ein Schwinden an innerer Kraft damit in Zusammenhang bringen müssen. Auch führende Japaner, wie Professor Sata, gestehen gewisse Beklemmungen in rassenpolitischer Hinsicht zu.

Es ist ein ausgesprochenes Übergangszeitalter, nicht ohne die feinen und liebenswürdigen Züge, neben überwiegend materiellen, doch fehlt ihm sichtlich die schicksalmeisternde Kraft der Meiji-Zeit. 1922 ebbte die Nachkriegskonjunktur ab, die Konferenz von Washington schnitt Japans Weltrolle zurück, und das Erdbeben von 1923 tötete wahrscheinlich 104 000 Menschen (einschl. Vermißte), verletzte 52 000 schwer, warf zwei blühende Großstädte in Trümmer und kostete den Nationalwohlstand 5 1/2 Milliarden Yen: seither fiel der Schatten zweier weiterer Großbeben über das Land, soziale Unruhe geht der Wahlrechtserweiterung auf 13 1/2 Millionen Wähler voraus, und der ruhige, sichere Kurs der alten Genro-Zeit ist zögerndem, unsichern Tasten gewichen. Zwischen den Gezeiten!

Einen wesentlich zuversichtlichen Stempel trägt die „New Zealand Number" der Times vom 22. 2. 1927, dem „Brighter Britain of the South" gewidmet, das die landschaftliche Schönheit und wirtschaftliche Entwicklung des südlichen pazifischen Inselreiches in hellem Licht erstrahlen

läßt. Trotz der Propagandaabsicht ist es eine gut zusammengefaßte, auch geopolitisch wertvolle Darstellung des vielleicht wohlhabendsten Landes der Erde. Das Hafenbild von Wellington auf S. III mit den 44 Kriegsschiffen der U. S.-Flotte vom August 1925 ist allerdings ein Tropfen Wermut im Freudenbecher des Besuchs des Herzogs v. York. 1 1/4 Mill. Menschen auf 270 000 qkm fruchtbarster Böden mit günstigem Klima, reichen Bodenschätzen und vorzüglichen Häfen, einem Seereich vom Südpol bis fast zum Äquator (8° S. Br.), zwischen 150° W. L. und 160° Ö. L.: d. h. Raum für die nötige Ellenbogenweite, die eine allgemeine Wehrerziehung des Volkes vom 12. bis 30. Jahr! — verteidigen soll: eine bei der Raumnot auf der Erde wohlbegründete Vorsichtsmaßregel.

An Werken von geopolitischem Wert, die der Schriftleitung nicht zugingen, aber ihrem Referenten sonst bekanntgeworden sind, seien noch erwähnt:

S. Uyehara: The Industry and Trade of Japan. London-Westminster, 1927, King & Sohn. (Industrialisierung, Absatzstockung, Krise.)

E. W. Polson Newman: The Middle East. London 1926, Geoffrey Bles. (Arabische Frage.)

Dr. Erich Hauer: Huang-Tsing K'ai-kuo Fang Lüeh. Gründung des mandschurischen Kaiserreichs. Berlin 1926.

H. Sinha: Early European Banking in India. London 1927.

J. C. Sinha: Economic Annals of Bengal. London 1927.

An bedeutenden deutschen Neuerscheinungen über den indopazifischen Bereich auf dem Gebiete der Zeitschriftenentwicklung sei hier vor allem der prächtigen „Sinica", Mitteilungen des China-Instituts zu Frankfurt a. M., herausgegeben von Richard Wilhelm gedacht, die auch in ihrem zweiten Jahrgang, von dem uns die Hefte I und II mit ihren schönen Kunstbeilagen vorliegen, vor eine breitere, kulturwissenschaftliche Anschauung der Ereignisse in China führen und ein wirkliches Verständnis des Wesens der Kuo-Min-Tang zu erschließen suchen. Auch das Berliner Japan-Institut ist mit ersten Veröffentlichungen hervorgetreten und hat die Vorträge von Prof. Sata, dem verdienstvollen Vorsitzenden des deutsch-japanischen Vereins in Osaka, in wichtigen Zentralen deutschen Geisteslebens vermittelt.

Im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik", Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Band 57, Heft 2, findet sich eine außerordentlich wertvolle Arbeit von K. A. Wittfogel über die „Probleme der chinesischen Wirtschaftsgeschichte".

Wittvogel rechnet in seiner scharfen und temperamentvollen Art, immer aber unter kräftiger Charakterisierung, mit den ihm zugänglich gewordenen Quellen, namentlich mit Mabel Ping-Hua-Lee in ihrer 1921 erschienenen Wirtschaftsgeschichte Chinas ab. Auf wenig mehr als 45 Seiten findet sich eine Fülle von Anregung. Nur die vortreffliche Arbeit von Tsur über das wirtschaftliche Leben der Stadt Ningpo (eine der wertvollsten chinesischen Quellenschriften zum Übergangszustand der chinesischen Wirtschaft in ihrem Widerstand gegen das Überangebot in der Erzeugung, statt ihrer Reglung durch die Nachfrage) scheint V. nicht unter die Hand gekommen zu sein und würde ihn sicher im höchsten Grad zur Auseinandersetzung reizen.

Unter den „Schriften des Deutschen Auslandinstituts Stuttgart" ist auf Walther Freudenbergs: Von deutscher Arbeit auf Ceylon — anderwärts besprochen — auch in diesem Zusammenhang besonders hinzuweisen.

In den „Europäischen Gesprächen" 1927 findet sich in der Märznummer von K. H. Norton: „China und die Mächte" auf S. 153 ein höchst wertvoller Beitrag.

„The Journal of the Bengal National Chamber of Commerce", Kalkutta, nimmt unter der Hand von Professor Benoy Kumar Sarkar eine große wirtschaftspolitische Richtung an, von der namentlich Bd. I, Nr. 2, Dezember 1926 (Indiens Handelsmarine, Die Landwirtschafts-Kommission), Zeugnis ablegt.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

PHILIP SNOWDEN:

AMERIKAS GOLDVORRAT

Weshalb die Union Gold thesauriert

Die Vereinigten Staaten besitzen heute etwa 43 % des gesamten Goldvorrates der Welt. Der Wert belief sich Anfang Juli ds. Js. auf etwa 4,5 Milliarden Dollar.

Dieser ungeheuere Goldbestand der Vereinigten Staaten steht in keiner Beziehung zu deren wirklichem Bedarf an Goldreserven. Die Höhe der Goldrücklagen von Zentralbanken unterliegt bekanntlich in allen Kulturländern gesetzlichen Vorschriften. Diese Rücklagen hatten bisher aus traditionellen und psychologischen Gründen den Zweck, das Währungssystem des betreffenden Landes zu sichern und dem großen Publikum das Gefühl des Vertrauens zu geben. Heute weiß man, daß Papiergeld als Wertmittel fast dieselben Dienste leistet wie die Goldmünze. Die Ungefährlichkeit einer Einziehung von Goldmünzen als Umlaufsmittel und deren Ersatz durch Papiergeld wird daher vielfach anerkannt. Die wichtigsten Bestimmungen von Goldreserven liegt heute in deren Verwendung als Zahlungsmittel bei der Regelung der Zahlungsverpflichtungen an das Ausland im internationalen Handelsverkehr. Die Bedürfnisse dieses Verkehrs lassen sich ziemlich genau abschätzen; der Umfang der notwendigen Goldreserven läßt sich also leicht feststellen.

Die Erfahrung in Ländern, deren Finanzen gesund und deren Banksysteme hochentwickelt sind, hat gezeigt, daß es zweckmäßig, zeitweise ratsam ist für die Zentralfinanzinstitute, etwa den Bedarf von 2 Monaten an Goldvorräten in der Hand zu haben, um für die Einfuhrbedürfnisse ihres Landes gerüstet zu sein.

Aber selbst so hohe Goldreserven sind nicht absolut notwendig, wie das Beispiel bestimmter Länder — z. B. der Tschechoslowakei — lehrt. Dieses Land mit seinem ständig zunehmenden Außenhandel hat es möglich zu machen gewußt, mit einer Goldreserve auszukommen, die etwa der Golddeckung seines Geldbedarfes für 2 Wochen entspricht. Mit dieser geringen Goldreserve arbeitet das Land schon seit etwa 3 Jahren, indem es sich für die Durchführung seiner Wechselverbindlichkeiten vornehmlich auf seine Bankguthaben im Auslande verläßt. Wenn wir als Durchschnitt einen Zweimonatsbedarf für Importzwecke als genügend annehmen, ergibt sich, daß die Vereinigten Staaten etwa 700 Millionen Dollar an Goldreserven nötig haben, während sie tatsächlich über sechsmal so groß sind.

Es ist schwer, den wahren Zweck der amerikanischen Goldthesaurierungspolitik zu erkennen. Vor dem Kriege besaßen die Vereinigten Staaten etwa 20 % des



internationalen Goldvorrates, heute über 40 %. Obwohl ihr Reichtum in erheblich stärkerer Weise zugenommen hat als derjenige anderer Länder, erfordert diese Steigerung keineswegs einen so gewaltigen Goldvorrat für währungstechnische Zwecke. Die plausibelste Erklärung für die Goldthesaurierung der Vereinigten Staaten ist es daher, daß die Union sich von der Annahme leiten läßt, die Goldvorräte der Welt werden geringer, weshalb eine Steigerung des Goldwertes und damit ein Absinken der internationalen Warenpreise wahrscheinlich ist.

Die Vereinigten Staaten haben ein vitales Interesse an der Aufrechterhaltung des Goldpreises. Die englischen und anderen europäischen Schulden ruhen auf Goldbasis. Amerika leiht in großem Maße an Länder, deren Währung gleichfalls das Gold zugrunde liegt, so daß die Union ein großes Interesse daran hat, zu vermeiden, daß eine Minderung des Goldwertes eintritt. Der bekannte schwedische Nationalökonom Dr. Cassel hat kürzlich diese Zusammenhänge erörtert und mit Besorgnis auf die Aussichten eines Rückganges der Weltgoldbestände hingewiesen. Wenn dieser Rückgang eintritt, während zu gleicher Zeit der Weltgoldbedarf zunimmt, so müssen wir mit einer Steigerung des Goldwertes und mit einem Fallen der Warenpreise rechnen. Dann bildet natürlich der Besitz von etwa der Hälfte des internationalen Goldvorrates für die Vereinigten Staaten einen Machtfaktor ersten Ranges. Er gibt ihnen eine dominierende Stellung in Finanzfragen und versetzt sie in die Lage, den Stand der Warenpreise zu kontrollieren.

Die Politik des Bundesreserveamtes geht ja in der Richtung möglichster Stabilisierung der Preise, während z. B. die englische Regierung das Bestreben zeigt, auf ein Sinken des Goldwertes hinzuarbeiten. Eine solche Politik ist verständlich, wenngleich ihre Zweckmäßigkeit füglich bezweifelt werden kann. Bei einer Steigerung des Goldpreises um 1 % erhöht sich die Last der englischen Nationalschuld um etwa 77 Millionen, doch kann das, was man infolge einer evtl. Verringerung des Goldwertes an der englischen Nationalschuld erspart, durch den Wertrückgang der englischen Investierungen im Auslande mehr als verlorengehen.

Haben so die Vereinigten Staaten in der Thesaurierung ihrer Goldbestände scheinbar den festen Vorsatz, ein Absinken des Goldwertes zu verhindern, ja vielleicht sogar auf eine Steigerung hinzuarbeiten, so besitzen die anderen Länder durchaus die Möglichkeit, diese Vormachtsbestrebungen Amerikas zu erschweren.

Wenn der auf der Konferenz von Genua empfohlene Plan aufgenommen worden wäre, an Stelle von Gold ausländische Wechsel oder Depots im Auslande als Währungsdeckung zu verwenden, wenn ferner die europäischen und asiatischen Länder einen Teil ihrer Goldvorräte abgäben, um sie internationalen Bedürfnissen zuzuführen, würde sich ein starkes Sinken des Goldwertes ergeben.

Solche Erwägungen haben es bereits ratsam erscheinen lassen, einen Plan für die Kontrolle der internationalen Goldbestände mit dem Ziele der Stabilisierung ihres Wertes zu entwerfen. Eine enge Zusammenarbeit mit Amerika würde hier-



bei von größter Bedeutung sein. Diese Zusammenarbeit ließe sich wahrscheinlich erzielen, wenn man die Union davon überzeugen könnte, daß sie einen sehr unsicheren und zweifelhaften Aktivposten in ihren ungeheueren Goldvorräten besitzt.

Wünscht man die Gefahren, die sich aus einer Verringerung der Goldvorräte ergeben könnten, zu vermeiden, so muß man die Bestände der Vereinigten Staaten im Interesse des internationalen Marktes verteilen. Vor zwei Jahren schien Amerika geneigt, einen Teil seines Goldvorrates abzugeben, doch hat das Land sich kürzlich wieder der Goldthesaurierungspolitik zugekehrt. Diese Umstellung scheint auch durch die indische Währungspolitik beeinflußt zu sein, da Indien seine Goldreserven erheblich vergrößert hat, um seine neue Währung zu sichern.

Amerika wird zweifellos früher oder später einsehen, daß seine eigenen Interessen mit den Weltinteressen identisch sind. Seine Goldreserven werden dann vielleicht dafür verfügbar gemacht werden, die Aufrechterhaltung des Goldwertes und eine Stabilisierung der internationalen Warenpreise in die Wege zu leiten.

Auf der kürzlich erfolgten Zusammenkunft der Zentralbankpräsidenten wurden solche Fragen sicherlich diskutiert. Obwohl die Bank von England zunächst nicht den Anregungen der Konferenz von Genua folgte, die ein gemeinsames Vorgehen der Zentralbanken im Sinne der Festlegung eines Planes für die Stabilisierung des Goldwertes empfahl, haben doch verschiedentlich unverbindliche Besprechungen zur Erreichung dieses Zieles stattgefunden.

William E. Borah:

GEHEIMDIPLOMATIE UND WELTFRIEDEN

Es gibt eine niedliche kleine Anekdote im Zusammenhang mit dem Friedensschluß zwischen Deutschland und Frankreich nach dem Kriege von 1870/71. Sie wirft ein interessantes Licht auf die Methoden der damaligen Geheimdiplomatie. Frankreich war sehr besorgt, die Festung Belfort im Elsaß zurückzuerhalten. Einer der Unterhändler war ein energischer und zäher Geschäftsmann, ein vorzüglicher Menschenkenner und gewiegter Diplomat mit Namen Pouyer-Quertier. Die Vertreter der beiden Großmächte hatten bereits bis spät in die Nacht verhandelt, ohne sich zu einigen; Bismarck, der sich unzugänglich zeigte, teilte endlich mit, daß er müde sei und sich zurückzuziehen wünsche. Pouyer-Quertier bestand indessen darauf, noch eine Flasche Wein zu trinken, und Bismarck gab schließlich nach. Bevor diese Flasche ausgetrunken war, war Belfort Frankreich wieder zurückgegeben worden (? D. Red.).

Seit beinahe drei Jahrhunderten werden hinter verschlossenen Türen bei Empfängen und Gelagen, die mit den Interessen und mit der Wohlfahrt der daran beteiligten Völker doch wirklich nichts zu tun haben, ganze Nationen ver-



schachert. Die Geheimdiplomatie und die Methode, über lebenswichtige Interessen der Nationen hinter verschlossenen Türen zu verhandeln, bildeten eine der Hauptursachen für den Ausbruch des Weltkrieges. Die Geschichte der Diplomatie etwa von der Marokko-Affäre bis zum August 1914 ist in der Tat nichts anderes als die Geschichte vom Beginne des Weltkrieges. Die Völker, auf die eine so große Last fiel, wußten wenig oder gar nichts von dem, was beschlossen war, sie kannten die Verpflichtungen nicht, die man auf ihre Schultern gelegt hatte, sie ahnten nichts von den Beziehungen, deren Fäden im geheimen gesponnen waren. So wurde die Welt an den Rand eines Abgrundes gebracht, ohne daß irgendwer in der Lage war, rechtzeitig zu warnen.

Eine maßgebende politische Zeitschrift führte bereits im Jahre 1912 aus: „Wer macht denn eigentlich die Kriege? Die Antwort finden wir in den Geheimkanzleien der europäischen Großmächte, in den Archiven der Leute, die schon zu lange mit Menschenleben als Figuren im politischen Schachspiel gespielt haben, Menschen, die so in dem diplomatischen Formelkram befangen sind, daß ihnen die ungeheuere Verantwortung ihres Amtes gar nicht mehr bewußt ist. Kriege werden die Menschheit weiterhin bedrohen, bis die großen Volksmassen, die der Spielball von berufsmäßigen Ränkeschmieden und Phantasten sind, das große Wort aussprechen, das zwar nicht den Weltfrieden bringt — denn das ist unmöglich — aber den Entschluß verkündet, daß Kriege nur für gerechte und lebenswichtige Fragen der Nation geführt werden dürfen!"

Trotz des Weltkrieges und seiner fürchterlichen Lehren kehren wir doch mit großer Zähigkeit sowohl in Europa wie in Amerika, im Osten wie im Westen wieder zu dem alten System zurück. Während einige politische Angelegenheiten infolge des Druckes der öffentlichen Meinung nunmehr der Kritik von seiten der Allgemeinheit unterliegen, hat die Tendenz, sich bei internationalen Unterhandlungen der Methoden der Geheimdiplomatie zu bedienen, doch wieder die Oberhand gewonnen. Heute werden wieder lebenswichtige und hochbedeutsame politische Fragen mehr und mehr im geheimen verhandelt.

Weniger wichtige Angelegenheiten von Tagesinteresse werden der Öffentlichkeit preisgegeben, aber bei den Lebensfragen der Völker ist das System genau dasselbe wie vor dem Weltkriege. Verpflichtungen und Abkommen werden in geheimen Sitzungen festgelegt, die auswärtige Politik im geheimen entworfen. Europa und die Vereinigten Staaten sind fürwahr heute noch ebensoweit von einer Kontrolle durch die Öffentlichkeit in allen internationalen Angelegenheiten entfernt, wie sie es je gewesen sind.

Dabei gibt es keine wichtigere Frage für die Nationen, keinen grundlegenderen und die Zukunft mehr bestimmenden Faktor als das System des diplomatischen Verhandelns. Wie lange werden wir es im Hinblick auf die furchtbare Katastrophe, die wir soeben erlebt haben, noch zulassen, daß die Interessen der Na-



tionen ohne Mitwirkung derjenigen bestimmt werden, die die Krise durchleiden müssen mit allem, was sie haben, die kämpfen und sterben müssen, wenn die Folgen der Politik der Geheimdiplomatie eintreten.

Es mag ausnahmsweise auch einmal Bestimmungen in einem Vertrage geben, die nur den Unterhändlern bekannt sein dürfen. Aber das müßten eben Ausnahmen sein, die nicht die Regel bilden dürften. Solch eine Geheimniskrämerei sollte nie über den Punkt hinausgehen, an dem die Politik einer Nation in entscheidender Weise beeinflußt wird, und der politische Kurs dürfte nur festgelegt werden, nachdem vorher in voller Öffentlichkeit eine Diskussion über die verschiedenen Fragen stattgefunden hat. Der Abschluß eines Bündnisses, welches gegenseitige Verpflichtungen enthält, oder das den politischen Kurs eines Volkes richtunggebend bestimmt, sollte der Entscheidung der Allgemeinheit unterliegen. Das Volk hat ein Recht darauf, die großen Linien der Politik, die Beziehungen seiner Regierung zu anderen Regierungen, die Grundlagen dieser Beziehungen, den Zweck dieser Politik kennenzulernen. Es ist berechtigt, über den Lauf der Dinge von Zeit zu Zeit unterrichtet zu werden, und zwar nicht etwa nur aus den Zeitungen, sondern authentisch und autoritativ von den verantwortlichen Stellen.

In keinem Fall ist diese Regel von größerer Wichtigkeit als bei der Haltung der Großmächte den kleinen Nationen gegenüber. Es scheint mir, daß die wichtigsten Probleme der internationalen Politik in den Beziehungen der Großmächte zu den machtlosen Nationen bestehen; nirgend nämlich existiert soviel Verheimlichung von Tatsachen, soviel Täuschung und soviel Unrecht.

China, Marokko, Syrien und Nicaragua sind Beispiele dafür, wie die Geheimdiplomatie Versprechen gibt, nur um sie nachher zu brechen, wie sie Bündnisse schließt, die nachher nicht eingehalten werden, und wie die schwächeren Nationen behandelt und unter dem Mantel der Gerechtigkeit gewaltsam unterdrückt werden. Der Grund für die Maßnahmen, den die Großmächte angeben, ist nicht der wahre Grund; das Ziel, das man dem Volk gegenüber zu verfolgen vorgibt, nicht das wahre Ziel. Beschützung des Lebens ist nur ein Vorwand, mit Hilfe dessen Regierungen gestürzt, Völker ausgebeutet und versklavt werden, unter dem Protektorate entstehen und sich Blutsauger bereichern. Die Haltung der so unterdrückten Länder bietet aber auch Anzeichen für den neuen Geist, der die kleinen Nationen heute beseelt, ein Geist, mit dem die Großmächte besonders seit dem Weltkriege zu rechnen haben werden. Die Rückwirkung dieser geistigen Einstellung auf die eigenen Völker wird die Regierungen auch mehr und mehr unter den Einfluß der öffentlichen Meinung bringen und sie zwingen, ihre Politik mit einem wachsamen öffentlichen Gewissen in Einklang zu bringen. Ohne furchtlose offene Behandlung internationaler Probleme, ohne volle Würdigung der wichtigen Rolle, die das Volk in den Beziehungen zwischen den einzelnen Nationen zu spielen hat, ist jede Demokratie eine Täuschung.

ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Die Staatenwelt des Abendlandes ringt bitterschwer mit ihrem geopolitisch-historischen Schicksal: der Vielzelligkeit des gesamteuropäischen Lebensraumes, dem Nebeneinander einer buntscheckigen Menge selbstbewußter Nationalitäten. Gar zu tief eingewurzelt ist gegenseitiger Neid, gar zu sehr hat der unglückselige Weltkrieg den Haß aufeinander geschürt, als daß nun plötzlich das Zeitalter aufrichtiger und herzlich-brüderlicher Zusammenarbeit anbrechen könnte. Gewiß, in fast allen Völkern Europas ist jetzt eine tiefe Friedenssehnsucht, ein ernster Verständigungswille lebendig; gewiß, die Verfassung der meisten abendländischen Staaten preist den Willen des Volkes als souverän. Aber die Staatsmaschine läuft trotz allem vielfach noch ihren alten Gang, und die führenden Staatsmänner denken und wirken oftmals noch im Banne der alten Anschauungen. Mancher hat sich die europäische Götterdämmerung anders vorgestellt, mancher verzweifelt wie der französische Senator de Jouvenel an dem Sinn und Erfolg des Völkerbundes, der Locarnopolitik u. a. m. Aber was bleibt uns übrig, als trotz aller Enttäuschungen den nun einmal eingeschlagenen Weg bis zu seinem ungewissen Ende weiterzugehen? Werfen wir den Glauben an ein besseres und glücklicheres Europa über Bord, so bleibt nur unfruchtbarer Pessimismus übrig und der Neid auf andere, robustere Weltvölker, die es sich leisten können, ihren Willen mit starker Faust in die Wirklichkeit umzusetzen.

Daß es die ehemaligen Feindbund-Staaten uns Deutschen leicht machten, an ein Zeitalter wirklicher Gerechtigkeit und ehrlichen Zusammenarbeitens zu glauben, kann beim besten Willen niemand behaupten. Wieviel Monate — oder sind es nun schon Jahre? — hat man gebraucht, um endlich den deutsch-französischen Handelsvertrag zustande zu bringen! Und nun er endlich unterzeichnet ist, enthält er solche Ungeheuerlichkeiten wie das Verbot der Niederlassung von Deutschen in Marokko, Verbot der Errichtung deutscher Konsulate in Elsaß-Lothringen usw. — Im Zeitalter des Völkerbundes und des Locarnopaktes bleibt man dabei, nicht nur Unsummen für die Anlage gewaltiger Befestigungswerke an der französischen Ostgrenze zu vergeuden — zum Schutz gegen den völlig entwaffneten, kriegsunfähigen deutschen Völkerbundsgenossen! —, sondern auch weite Strecken deutschen Landes weiterhin besetzt zu halten. Vielleicht reduziert man in absehbarer Zeit, weil eine solche Geste taktisch angebracht erscheint, die Stärke der Besatzung um 5—6—10000 Mann. Was ist damit getan? Wesentliches nichts, gar nichts! Völkerbund und Locarno erheischen die endliche und restlose Räumung deutschen Bodens von fremder Soldateska. Man bekenne sich zu diesem Grundsatz und handele danach, oder man höre auf, ein Loblied auf die in Locarno besiegelte Völkerverständigung zu singen. — Und wie sieht es im Saargebiet aus? Kurz nachdem der neue Präsident der Regierungskommission, Sir Ernest Wilton (Engländer), sein Amt angetreten hat, kam es zu ernsten Unruhen der Bergarbeiterschaft, weil der französische Staat als Arbeitgeber der



Saargruben eine unerhört brutale Ausbeutungspolitik treibt, rücksichtslose Massenentlassungen verfügt, dauernd neue Feierschichten einlegt u. a. m. Wir heißen selbstverständlich die bei diesen Unruhen vorgekommenen Ausschreitungen nicht gut; aber muß man die Wut der mehr und mehr verarmenden Bergarbeiterschaft nicht mitempfinden, wenn man in der französischen Presse Feststellungen wie diesen begegnet: Die Saargruben haben im Jahre 1926 bei starken Rücklagen und Reserven einen Reingewinn von 112 1/2 Mill. Franken abgeworfen! Diebstahl ist es zu alledem, wenn die französische Grubenverwaltung die ertragreichsten Kohlenflöze des Saarreviers vom angrenzenden Lothringen aus abbaut. Warum quält man die Saardeutschen, warum saugt man wirtschaftlich das Saarland so schamlos aus, wenn angeblich „Locarno" Ziel und Inhalt der neufranzösischen Politik ist? Warum wagt Frankreich nicht jetzt freiwillig den Schritt, der ihm sonst 1935 aufgezwungen werden wird?

Das Bild wird nicht wesentlich freundlicher, wenn wir uns von Frankreich nach Belgien wenden. Der belgische Kriegsminister de Broqueville hat es Herrn Poincaré de Lunéville gleich tun zu müssen geglaubt. In der Kammer hielt er eine Rede, in der er von geheimen Neueinstellungen bei der deutschen Reichswehr, geheimen Rüstungen Deutschlands usw. sprach und die Behauptung aufstellte, die deutsche Reichswehr könne bei Kriegsausbruch sofort mit 300000 Mann in Erscheinung treten. Die beiden „Dokumente", auf die sich Herr de Broqueville glaubte stützen zu dürfen, hat er leider und wohl aus guten Gründen nicht verraten. Der Zwischenfall hat einen regen Notenwechsel erzeugt, und mit vieler Mühe ist es gelungen, diesen Versuch einer erneuten Vergiftung der politischen Atmosphäre zu parieren. Die Maus, die der Elefant geboren, heißt: neutrale unparteiliche Untersuchungskommission über den Franktireurkrieg in Belgien. Was jetzt dabei herauskommen soll, wissen die Götter. Hoffentlich ist Petrus dieser Kommission wohl gesonnen und gestattet ihr den Eintritt in den Himmel, um die im Gefilde der Seligen weilenden Opfer dieses Franktireurkrieges zu vernehmen.

Mit Holland verbinden uns nach wie vor die freundschaftlichsten Beziehungen. Die Sorgen der Niederlande um die Zukunft ihres Kolonialreiches in Insulinde begegnen in Deutschland allenthalben vollem Verständnis; mit großem Interesse, wenn auch nicht immer restloser Zustimmung verfolgen wir die Maßnahmen, die Holland ergreift, um sich den Besitz der so unermeßlich reichen Tropeninseln im malaiischen Archipel zu sichern. — Unsere Hochachtung gegenüber Holland wird erheblich gesteigert durch das kühne Unterfangen der Niederlande, der Heimat mit friedlichen Mitteln eine neue Provinz von fast 1/4 Mill. ha zu erobern durch die Abschließung und Trockenlegung der Zuidersee (vgl. die Skizze im Text). Das ist eine wahrhaft nationale Tat, würdig der großen Vergangenheit des niederländischen Volkes! Möchte uns dieses gewaltige Werk ein Vorbild und Ansporn dazu sein, auf dem mit dem Bau des Sylter Bahndammnes beschrittenen Wege zielbewußt fortzuschreiten und die deutsche Nähr- und Siedlungsfläche nach und nach zu vergrößern durch Eindeichung des gesamten Gebiets zwischen der jetzigen Küste und dem Außenrand der nordfriesischen Inseln. Hier vor allem möge produktive Erwerbslosenfürsorge sich betätigen zum Wohle aller!

Von jenseits des Kanals sind aus Irland nicht unwichtige Vorgänge zu melden. Die Partei des unentwegten De Valera (Fianna Fail, irische republikanische Partei) hat ihren bisherigen Standpunkt einer schroffen Ablehnung der Union mit England aufgegeben und den Eid auf die Verfassung des Freistaates geschworen: „Ich schwöre

Treue, Anhänglichkeit und Untertanengehorsam gegenüber der Verfassung des Irischen Freistaates, und daß ich getreu zum König Georg V., seinem Erben und gesetzlichen Nachfolger halten will, kraft des gemeinsamen Bürgerrechtes von Irland mit Großbritannien und Irlands Zugehörigkeit und Mitgliedschaft zu der Gruppe

Die Trockenlegung der Zuidersee

der Nationen, die das britische Commonwealth bilden.“ Welche Ziele die Gruppe De Valeras mit dieser Taktik verfolgt, ergab sich bei der Abstimmung am 16. August: 71 Stimmen für, 71 Stimmen gegen die Regierung. Also statt des bisher passiven jetzt ein parlamentarisch-aktiver Widerstand! Das englandfreundliche Kabinett Cosgrave wird keinen leichten Stand haben. Die Ermordung des irischen Ministers O'Higgens hat deutlich genug gezeigt, wie entsetzlich aufgewühlt die Leidenschaften auf der grünen Insel sind. Sicherlich stehen die irischen Republikaner in



keinerlei Zusammenhang mit dieser verabscheuungswürdigen Tat. Daß es dazu kommen konnte, beweist nur, daß es jenseits der Republikaner noch radikalere Gruppen gibt, die die unter dem Regime O'Higgens vollzogenen zahlreichen Hinrichtungen blutig zu rächen gewillt sind und den anglo-irischen Vertrag von 1925 mit allen Mitteln der Gewalt bekämpfen werden.

England sieht dem Treiben in Irland mit gelassener Ruhe zu. Solange sich die Iren unter sich befehden und hinmorden, braucht England sich nicht zu sorgen; nur eine allirische Einheitsfront gegen England würde bedenklich werden können, aber sie ist im Augenblick weniger zu befürchten denn je. So hat man also glücklicherweise die Hände frei für weltpolitische Dinge, kann bei der Einweihung der neuen australischen Bundeshauptstadt Canberra und der feierlichen Eröffnung der Friedensbrücke an der Grenze zwischen Kanada und der Union geschickte Empirepolitik treiben und im übrigen nach dem Scheitern der Genfer Abrüstungskonferenz eine neue Gruppierung der Weltmächte vorbereiten. Glückliches Land, glückliches Volk, dessen politischer Blick immer wieder fast zwangsläufig in Weltweiten gelenkt wird, derweilen sich die kontinentalen Nachbarn in ihrer Enge und Kleinlichkeit zermürben.

Unser Brudervolk in Deutsch-Österreich hat in der zweiten Hälfte des Juli schwere Tage zu durchleben gehabt. Das Urteil im Schattendorfer Prozeß führte in Wien zu schweren und blutigen Unruhen und als Nachwirkung zu einem Verkehrsstreik, der Handel und Wandel in ganz Österreich für einige Tag lahmlegte. Die Wurzel dieses Unglücks sitzt natürlich tiefer als in dem Schattendorfer Urteil. Der „Friedensvertrag" von St. Germain hat die furchtbare wirtschaftliche und soziale Krisis eingeleitet, unter der Deutsch-Österreich so schwer leidet und weiter wird leiden müssen, solange die Bestimmungen von St. Germain in Kraft sind. Dazu die besondere geopolitische Lage Wiens, die sich unter dem Fluch von St. Germain nicht im Guten, sondern nur im Schlechten auswirken kann, indem Wien zum Unterschlupf aller politischen Hitzköpfe und Phantasten aus ganz Osteuropa und dem Balkan geworden ist. — Wie es sich in der Zeit des Völkerbundes und von Locarno von selbst versteht, hat man auch diese traurige Gelegenheit dazu benutzt, um Deutschland am Zeuge zu flicken. Es ist tatsächlich nichts verrückt genug, um nicht von der Presse des ehemaligen Feindbundes zu Angriffen gegen uns benutzt zu werden. Man hat in jenen Kreisen tatsächlich die Stirn gehabt zu behaupten, Deutschland habe die Wiener Unruhen provoziert, um dadurch die Anschlußbewegung zu fördern! Von der Unwahrheit dieser Anschuldigung ist man natürlich im Grunde durchaus überzeugt, genau so überzeugt wie von der Unhaltbarkeit der jetzigen politischen Verhältnisse im östlichen Mitteleuropa. Nicht umsonst wird in gewissen englischen Blättern einer Revision des ungarischen „Friedensvertrages" das Wort geredet, nicht umsonst spricht man hier und da wieder lebhafter von einer österreichisch-tschechoslowakischen Zollunion bzw. der vielgepriesenen Donau-Konföderation. Alle möglichen Auswege faßt man ins Auge, nur gegen das Eine wehrt man sich mit leidenschaftlicher Verbohrtheit: gegen die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit dem kleindeutschen Reich entsprechend dem Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Von dem Wirrwarr in Polen zu berichten, hieße eine ganze Abhandlung für sich schreiben. Der Diktator Pilsudski hat sowohl den Senat wie den Sejm nach Hause geschickt und herrscht nun völlig frei und unbeschwert von dem Ballast des Parlamentarismus. Männer, die sich mit dem Allgewaltigen nicht zu stehen

wissen, werden verhaftet, wenn sie es nicht vorziehen, rechtzeitig das Weite zu suchen. Die galizischen Gemeinderatswahlen haben eine so erdrückende jüdisch-ukrainische Mehrheit gebracht, daß die Polen auf die Fortsetzung dieser Wahlen trotz des schandbaren Vierklassenwahlrechts am liebsten ganz verzichten möchten. In der Schulabteilung der schlesischen Wojewodschaft sind die beiden Oberschlesier Kulik und Wystrzychowski abgebaut und durch zwei Kongreßpolen ersetzt worden, um die Polonisierung Oberschlesiens energischer zu betreiben. Wir enthalten uns jeglicher Kritik und lassen einer neutralen Zeitung, den „Baseler Nachrichten", das Wort: „Die deutsche Bevölkerung wird tatsächlich in gewissen Ortschaften Oberschlesiens ganz schmählich terrorisiert. Sie wird durch ein scheußliches Bandenregiment verhindert, von ihrem kommunalen Wahlrecht Gebrauch zu machen. Deutsche Führer werden in ihren Wohnungen verhaftet und blutig geschlagen. Die Polizei desinteressiert sich so lange, bis der Erfolg des Terrors erreicht ist. Wir können uns kaum denken, daß die Warschauer Regierung diese Zustände wünscht. Da sie aber diktatorische Gewalt hat, kann sie sich nicht mit dem Hinweis auf eigenmächtige Woiwoden und Starosten um die Verantwortlichkeit drücken. Ihre Passivität ist politisch gänzlich unverständlich. Untätig sieht sie zu, wie das fast universell gewesene Sympathiekapital des polnischen Volkes von Jahr zu Jahr gegen Null herunter verschleudert und verwüstet wird." Und was sagt der ehrenwerte Völkerbund, was der jetzt wieder tagende Genfer Minderheiten-Kongreß dazu? Fürwahr, es ist eine Lust, Deutscher zu sein und die Segnungen der neuen Zeit mitzuerleben!

In Rußland geht der Kampf der Opposition (Trotzki) gegen die augenblickliche herrschende Parteigruppe (Stalin) unvermindert weiter. Heute kriecht man zu Kreuze und gelobt unbedingte Unterordnung unter die Parteileitung, morgen wirft man trotzig und verbittert von neuem den Fehdehandschuh hin. Was diese innere Zersetzung am Ende einmal zeitigen wird, weiß niemand. Aber man hüte sich im Abendland vor Illusionen; eine bedingungslose Kapitulation der bolschewistischen Welt vor dem Kapitalismus liegt ebenso in weitem Felde wie eine innerrussische Revolution. Höchst bedenklich ist allerdings das unaufhörliche Fallen der Tscherwonjez, der kaum mehr ein Drittel seiner ursprünglichen Kaufkraft besitzt. Schon beginnen die Bauern sich des unbeliebten Papiergeldes zu entledigen und dafür auf den schwarzen Börsen Gold zu hamstern. Vielleicht hängt es mit diesem Verfall der innerrussischen Währung zusammen, daß die Sowjets in enge Beziehungen zur Standard Oil Co. getreten und mit ihr einen vorteilhaften Handelsvertrag abgeschlossen haben. Die amerikanischen Dollars sind eben auch und gerade in Rußland höchst gern gesehen. Selbstverständlich will die Standard Oil Co. of New Jersey nichts wissen und nichts zu tun haben mit dem, was die Standard Oil Co. of New York tut. Das Urteil des höchsten amerikanischen Gerichts hat ja 1911 die Selbständigkeit der einst zusammengehörenden 33 Gesellschaften des Standard Oil Trusts proklamiert. Ob wirklich jemand im Ernst an einen Bruch in der Front der Standard-Oil-Gesellschaften glaubt? Ob es Herrn Deterding, dem Leiter der Royal Dutch-Shell, gelingt, mit Hilfe einer geschäftstüchtigen Antisowjet-Propaganda einen Keil in den Block der amerikanischen Standard-Oil-Gesellschaften zu treiben und das für beide Teile recht einträgliche amerikanisch-russische Erdölgeschäft zu stören? Wird am Ende wirklich der faktisch längst bestehende amerikanisch-englische Petroleumkrieg nun offenbar werden?

In Rumänien hat der Tod des Königs Ferdinand (20. Juli) die an sich schon recht schwüle politische Atmosphäre noch um einige Grade gesteigert. Die Thron-



folge selbst ist zwar zunächst geregelt, aber der Parteihader feiert um so tollere Orgien: Averescu—Prinz Stirbey—Bratianu. Der jetzige Sieg der liberalen Partei berührt uns Deutsche nur mittelbar; wir werden geduldig abwarten, wie sich Bratianu, der ungekrönte Herrscher Rumäniens, zum dortigen Deutschtum und zum Deutschen Reiche stellt. Der unglaubliche Wahlterror, den sich bei den letzten Senatswahlen Rumänen sowohl gegenüber den Banater Schwaben als auch gegenüber den Siebenbürger Sachsen haben zuschulden kommen lassen, wird von uns nicht so leicht vergessen werden.

Daß Südslavien in neuerer Zeit auffällig zu Deutschland hinneigt, wurde schon in früheren Berichten mit Freude konstatiert. Die Deutschland-Sondernummer der Belgrader „Vreme", die Wiedereröffnung der seit Kriegsende geschlossenen deutschen evangelischen Schule in Belgrad, die Freigabe des deutschen Eigentums in Südslavien u. a. m. bezeugen diesen Umschwung sehr deutlich. Wir können immer nur erneut betonen, daß wir die von Südslavien jetzt dargebotene Hand mit ehrlicher Freude ergreifen und von Herzen gern willens sind, dem jugoslavischen Staate im Rahmen der für uns in Betracht kommenden Möglichkeiten bei seiner Wiedererstarkung zu helfen. Voraussetzung ist und bleibt aber, daß unsere deutschen Brüder in Südslavien gerecht behandelt werden und daß man ihnen ehestens in weitestgehendem Maße Kulturfreiheit zugesteht. Die mit Recht Aufsehen erregende Kulturautonomie, die der Kärntner Landtag auf Antrag aller Parteien gesetzmäßig der slovenischen Minderheit bewilligt hat, sollte recht schnell in Jugoslavien Nachahmung finden. Wir werden auf diesen Punkt in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift ausführlich zurückkommen.

Im Mittelmeerraum haben sich Ereignisse von geopolitischem Belang kaum abgespielt. In Portugal wieder einmal ein nun schon fast chronisch anmutender Putsch. — Italien will Deutschlands Verlangen nach einem Sitz in der Mandatskommission des Völkerbundes unterstützen, falls Deutschland den ersten in diesem Ausschuß frei werdenden Sitz Italien zugesteht. — In der Türkei erregte der Besuch des Empire builder Mustafa Kemal Pascha in Konstantinopel großes Aufsehen. Er ist dort übrigens mit dem Außenminister Afghanistans zusammengetroffen, was vielfach als Anzeichen einer noch inniger gestalteten Zusammenarbeit der beiden vorderasiatischen Staaten gedeutet wird. — Aus Persien verdient ein neuer Eisenbahnplan verzeichnet zu werden, weil er über Persien hinaus gegebenenfalls politische Bedeutung erlangen kann: die sogenannte Nord-Süd-Linie von Bender Gez an der Südostecke des Kaspischen Meeres zunächst nach Teheran und von da über Hamadan—Burujird—Khoramabad—Dizful—Ahwaz nach Mohammerah am Persischen Golf (1700 km, Baukosten ca. 15 Mill. £). Mit dem Bau dieser Strecke soll gemäß einem vom persischen Parlament angenommenen Gesetz sofort begonnen werden. Es versteht sich von selbst, daß Rußland den Bau der Linie vom Kaspi nach Teheran sehr gern sieht, denn dadurch kann sich in Nordpersien der russische Einfluß in wirtschaftlicher und politischer Beziehung nur verstärken; auch die für später aufgehobenen Ergänzungspläne der persischen Regierung: Teheran—Kaswin—Enseli (Kaspi) und Teheran—Kaswin—Täbris—Dschulfa liegen noch durchaus in der Richtung der russischen Wünsche. Anders urteilt man in Rußland naturgemäß über die Fortsetzung dieser Linien nach S bis zum Persischen Golf; sie läuft russischen Interessen ersichtlich zuwider, weil dann die Frage des Transitverkehrs Batum—Tiflis—Baku—Enseli für Persien mehr oder minder belanglos werden und die russische Einfuhrsperre Persiens überwunden sein würde. England umgekehrt sieht den Bau der Strecke Teheran—Persischer Golf nicht ungern, hilft ihm doch eine solche Eisenbahn sehr

wesentlich das Gebiet seiner südpersischen Erdöldkonzessionen erschließen. Im übrigen aber sähe man aus allgemeinen Empire-Interessen in Persien selbstverständlich viel lieber eine west-östliche Tranversale denn eine nord-südliche. Risa Schah hat es augenscheinlich auch bei der Planung der neuen großen Eisenbahnlinie vorzüglich verstanden, sich aus der russisch-britischen Umklammerung zu lösen und das Wiederselbständigwerden des persischen Reiches vorzubereiten.

Die Länderbrücke zwischen Vorderasien und Nordafrika beschäftigt neuerdings die Politiker Europas wieder in stärkerem Maße. Daß das Mandat über Syrien in Bälde von Frankreich auf Italien übergehen soll, ist ein Gerücht, das sich mit merkwürdiger Hartnäckigkeit erhält. — Transjordaniens Abhängigkeitsverhältnis zu Palästina ist von den Engländern gelöst worden. Transjordanien wurde zum unabhängigen Staat erklärt und erhielt eine eigene Verfassung. Die neue Regierung des Emir Abdullah, Königs von Transjordanien, erließ ein Dekret, durch das Arabisch als Landessprache und der Islam als Landesreligion erklärt wird. — Nach amerikanischen Meldungen will man in absehbarer Zeit daran gehen, das Tote Meer industriell auszubeuten. Das Wasser des Toten Meeres birgt nach den Berechnungen amerikanischer Chemiker 1300 Mill. t Kali in Form von Kaliumchlorid (annähernder Wert 280 Milliarden RM), 852 Mill. t Brom (1040 Milliarden RM), 11900 Mill. t reines Kochsalz (105 Milliarden RM) u. a. m. Mit echt amerikanischer Reklame wird verkündet, daß es hier einen Schatz von rund 5000 Milliarden RM zu heben gilt. In der Theorie ausgezeichnet, ebenso einleuchtend wie der Gedanke, das Gold des Ozeanwassers zu gewinnen; aber wie steht's mit den Produktionskosten? Wir glauben, daß noch sehr viel Wasser den Jordan herabfließen wird, ehe sich im Ghôr industrielles Leben regt. Auf so einfache Weise, wie gewisse Amerikaner es sich vorstellen, wird das deutsch-französische Weltkalimonopol nicht zu brechen sein.

Aus Nairobi in Britisch-Ostafrika wurde Mitte August gemeldet, daß die dort stattgefundene Konferenz der britisch-ostafrikanischen Kolonien den Plan der Schaffung einer ganz Ostafrika umfassenden Föderation noch nicht als spruchreif erachtet habe; namentlich Südrhodesien soll sich sehr deutlich dagegen ausgesprochen haben. Wir können im Augenblick nicht recht beurteilen, ob damit bereits das Schicksal der hochbedeutsamen Londoner Denkschrift vom Juli d. J. und der darin vorgesehenen Studienkommission besiegelt ist, neigen aber eher zu der gegenteiligen Auffassung. Die in der Denkschrift angeregte Kommission sollte durch Untersuchungen an Ort und Stelle die folgenden Fragen klären (vergl. im übrigen den Wortlaut der Denkschrift „British Policy in Eastern Africa" in „European Economic and Political Survey", Paris, 30. Juli 1927, S. 736f.):

1. Herstellung einer Föderationsverwaltung der bisher getrennten Gebiete oder zum mindesten eine engere Kooperation zwischen der Zentralregierung und den ostafrikanischen Kolonialregierungen;

2. insbesondere die fiskalische und administrative Einverleibung von Tanganyika, Uganda und Kenya in ein einziges Verwaltungsgebiet;

3. Änderung der Machtbefugnisse der gesetzgebenden Körperschaften bzw. wieweit diese bei einer gemeinsamen Verwaltung der drei Gebiete gehen soll und wieweit die Einwanderer bzw. die nichtenglischen Weißen an der Verwaltung teilnehmen sollen;

4. das politische und sonstige Zusammenwirken von Eingeborenen und Nichteingeborenen;

5. das engere Zusammenwirken der einzelnen Gemeinden bzw. Entwicklung gemeinsamer Organisationen;



6. die finanzielle Seite des Kolonialgebietes.

Man sieht, England arbeitet zähe und zielbewußt an der Schaffung eines großen ostafrikanischen Dominions. Offenbar will man sich nicht, wie einst in Nordamerika, zukünftig womöglich einmal in Indien von den Ereignissen überraschen lassen, sondern bereitet schon jetzt die Zukunftsentwicklung klug vor. Wie sich nach den Unabhängigkeitskriegen der Schwerpunkt britischer Kolonialmacht von der westlichen nach der östlichen Halbkugel (Indien) verschob, so wird er augenscheinlich in absehbarer Zeit von der nördlichen nach der südlichen Halbkugel (Afrika) wandern.

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Kraftlinien — in Zeitschriftaufsätzen angedeutet. — Lebenszähigkeit Japans: Groß-Yokohama; Bevölkerungsfragen. — Pazifischer Kongreß in Honolulu. — Vergleich chinesischer, koreanischer und japanischer Wanderbewegungen. — Südsee-Skandale in Samoa und Neuen Hebriden. — Niederländisch-indische Arbeiterfragen. — Vorsichtsmaßregeln der Sowjetbünde in Ostasien. — Pazifikflüge. — Indopazifische Bilanz der Flottenkonferenz von Genf.

Einige für den indo-pazifischen Raum besonders wichtige Kraftlinien in ihrer unentrinnbaren politischen Verflechtung und ihrer vielverkannten, aber zwingenden volkswirtschaftlichen, um nicht zu sagen weltwirtschaftlichen Verkettung wurden im Hochsommer 1927 durch wissenschaftliche Streiflichter so zutreffend bloßgelegt, daß wir diese Aufsätze an die Spitze des diesmaligen Berichtes setzen müssen. Es sind, nach der Reihenfolge des Erscheinens: 1. „American Capital, Chinese Labor and Philippine Lands", auf S. 195, und „Economic Bases for New Railways in Manchuria" (C. Walter Young), auf S. 204 der auch sonst höchst aufschlußreichen Mainummer des Bd. XXIII, 1927 der Far Eastern Review in Shanghai; 2. der Aufsatz „Die Ereignisse in China" in seiner Kritik des Berichts der 3. Konferenz der Land-Exekutive in China, in dem auch sonst auf einer bemerkenswerten Höhe nicht nur der künstlerischen und wissenschaftlichen Durchgestaltung, sondern auch praktischer Information stehenden Heft 4/5 der „Sinica" von Prof. Wilhelm-Frankfurt; 3. der Leitaufsatz: „Yangtse Trade" des „China Express and Telegraph" v. 7. Juli 1927, London; und endlich 4. ein kurzer, aber nach meinen wirtschaftlichen Einblicken in die Industrialisierung der Monsunländer treffender, für die Zukunftsgefahr der deutschen Wirtschaft geradezu furchtbar deutlicher und ihr Leben von der Hand in den Mund kennzeichnender Aufsatz: „Weltwirtschafts-Dämmerung" von Friedrich Ebeling in der Standarte v. 10. 7. 27.; 1. zeigt die Not-Gemeinschaft U.S.A.-Geldes, Chin. Arbeit und tropischer Bodenkraft; 2. und 4. geben sich die Hände, um Grundlagen und Gefährdung der autarkischen Wirtschaft zu zeigen, auf die China immer noch jederzeit zurückfallen kann, die aber Mitteleuropa so völlig vernachlässigt; 2. zeigt, von welcher Bedeutung dabei für politische wie wirtschaftliche Dauer und Stetigkeit einer Lebensform der Zusammenhang zwischen Grundbesitzverteilung, Bodenfestigkeit und Größe des Bodenanteils der bodenbauenden Kräfte ist, aber auch wie gefährdet selbst in den 80% landbauender Bevölkerung in China das Verhältnis der nur mehr etwa 56% an der Erhaltung der Lebensform interessierten zu den 44 auf die Gemeinschaft mit den Wurzellosen hingedrängten in seiner knappen Mehrheit ist.



3. Enthüllt, wie unwesentlich in einer labil werdenden Wirtschaftsraum-Struktur ein vorübergehendes Erringen vorwiegenden Handelsanteils sein kann. Er zeigt damit, wie unmöglich es ist, die Handelsbelebung und Industrialisierung so menschenreicher Gebiete wie der Monsunländer auf der einen Seite mit Hochdruck zu betreiben (wie das namentlich die Amerikaner tun) und auf der andern Seite die natürliche Rückwirkung der einmal aufgeweckten Kräfte und ihres Wanderdrucks auf raum- und rohstoffreiche, aber menschenarme Hochlohn-Länder fernzuhalten — namentlich von den Stellen, wo sie, wie die U.S. auf den Philippinen, Neuseeland auf Samoa, aus wirtschaftlichem Egoismus Kolonialzustände aufrechtzuerhalten wünschen.

Wenn in dem Aufsatz über die Verflechtungsmöglichkeit amerikanischen Kapitals, chinesischer Arbeit und Philippinenlandes gar nichts verzeichnet stünde als die Tatsache, daß trotz den amerikanischen Einwanderungsverboten durchschnittlich monatlich 2000 chinesische Einwanderer aus Kanton eingeschmuggelt werden, und daß die Chinesen 90% des Zwischenhandels der reichen Inselgruppe in der Hand haben, könnte das Menetekel an der Wand genügen. Es steht aber noch viel mehr darin, und wir fragen: Wer hat denn schließlich noch immer das Land, den Raum in die Hand bekommen, als wer darin und damit arbeitet? Verrät nicht die Art und Weise, wie das fremde Kapital abgedankt wird — in China, in den Sowjets —, in dem Augenblick, wo die Bearbeiter des Bodens die Macht dazu haben (und sie bekommen sie in der Geschichte immer), wer schließlich in den Philippinen und auch in der Mandschurei hinausgedrängt werden wird, der Bodenfremde oder der Bodenständige, Bodengewöhnte?

Ganz ebenso selbstverständlich kehrt sich die in Massen exportierte Maschine, die Fabrikeinrichtung schließlich gegen den Exporteur, wenn er nicht aus Überschüssen abgegeben hat und abzugeben gewillt ist, wie die Monsunländer, sondern sie verschleudert, wie der Mitteleuropäer, um dafür Notwendiges oder ihm notwendig Scheinendes zu kaufen. Darum treibt die weiße Zivilisation in Ostasien und den Monsunländern eine sich früher oder später rächende Raubwirtschaft, und die Ostasiaten betreiben das für sie auf die Dauer allein Richtige: Rückgewinnung des Volks-, Kultur- und Wirtschaftsbodens zur Erhaltung der autarkischen Möglichkeit und Steigerung der Lebenshaltung dann nur durch Abgabe von Überschüssen ihres reicher bewässerten Bodens. Nur Japans Grundlage ist dafür zu klein; darum versucht es, sich in den Osten landeinwärts zu verankern.

Es zeigt dabei auch auf gefährdetem Boden neuerdings wieder eine bemerkenswerte Lebenszähigkeit.

Einzelheiten über die schon erwähnte Stadterweiterung von Yokohama zu einem Groß-Yokohama mit einem Stadtraum von 40450000 Tsubo, 134294000 qm (vervierfacht), mit 515081 E (statt 405888), und 118299 Firsten (statt 95377) zeigen, wie man dadurch das Wiederaufblühen der so schwer getroffenen Seidenausfuhr-Stadt zu beschleunigen hoffte. Die zwei Küstenstädtchen Tsurumi und Hodogaya und die sieben Dörfer Shirozata, Okuna, Asahi, Ookogawa, Kusaka, Byobugaura und Nishiya wurden einverleibt und dadurch die reine Hafen-Zweckbildung und Fremdkolonie erst zu einem organisch lebensfähigen, landeinwärts greifenden Stadtwesen umgestaltet. Ein mächtiges „Seidenhaus“ betont die „Angel“-Industrie der Landschaft (Pivot-Industry), und man wählte als Tag der Verkündigung erneuten Lebenswillens absichtlich den 2. Juni, an dem im Jahre 1859 die Vertragshafen-Eigenschaft begründet wurde. Erst mit dieser Konsolidierung des Stadtgebiets wird der einstige Vertragshafen eigentlich landfest gemacht und in ein organisches Gleichgewicht gebracht.

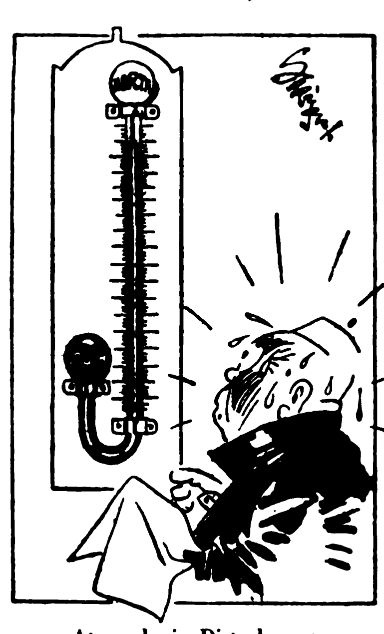


Das Vorgehen hier liegt in einer Linie mit dem großen Stil, in dem seit der Gründung des Pazifischen Instituts die bevölkerungspolitischen Probleme überhaupt in den Mittelpunkt der pazifischen Aussprachen gestellt werden. Eine solche findet wieder vom 15.—29. Juli in Honolulu statt, und die Sorgfalt, mit der man in Japan (wie übrigens auch in Australien, China, den Ver. Staaten) die Vertreter auswählt — die sichtlich auch bei der Flottensparkonferenz im Stabe Admiral Saitos, des vielgewandten Satsumaführers, vorwaltete! —, beweist, wie sehr man sich der Bedeutung guter Wortführung bei diesen Gelegenheiten bewußt ist. Der Einfluß von Geldwirtschaft und Handel auf die transpazifischen Beziehungen; Gesetz und Brauch über das Niederlassungsrecht der Fremden in den pazifischen Randländern; Bevölkerungs-

Conspicuous. But Unimportant



— Kansas City Times



Atmospheric Disturbances

druck und Wanderdrang; Industrialisierungsfragen sind einige der Programmpunkte. Am 20. Juli war die Industrialisierung des Fernen Ostens an der Reihe, und von China wie Japan waren Schriftsätze über das augenblickliche Verhältnis von Fabrikbetrieb und Hausindustrie zu verlesen, von Großbritannien einer über die Wirkung der industriellen Entwicklung des Ostens auf die europäischen Industrien. Lancashire kann allerdings ein Lied davon singen!

Unter den japanischen Delegierten sind T. Harada, Prof. f. japan. Geschichte und Sprache an der Universität Hawaii; S. Nasu, Spezialist f. Ernährungs- und Bevölkerungsfragen, Lehrer d. Bodenwirtschaft an d. Reichsuniversität Tokyo; B. Suzuki, der junge Gewerkschaftsführer d. Japan Labour Union; T. Taketa, der Gen.-Sekr. d. japanischen Zweig-Instituts f. pazif. Zusammenwirken; Y. Tsurumi, langjähriger Berater der Jap. Reichsbahnen und Hersteller ihrer ausgezeichneten Führer durch Ostasien (Baedekerartig, in fünf Bd.), K. Yabuki, früherer Leiter d. Sozial-Abtlg. v. Tokyo, Kenner jap. Religionsfragen.

In der Eröffnungssitzung (offene Sitzungen und intime Aussprachen wechseln) kommen große Reden über Geographie, Rassenfragen und Geschichte des Pazifik. Der 16. Juli gehört in je halbstündigen Aussprachen den „gravamina“ der Anlieger über innere und äußere Fragen, in denen sie sich von den andern mißhandelt oder mißverstanden fühlen. Der 18. Juli gehört den Hilfsmitteln, den Absichten und Zielen und der Haltung der Pazifik-Randländer. Darlegungen der Menschenzahl und Arbeiterzahl, ihrer Verwendung und Ernährungsmöglichkeit, des politischen Lebens und seiner Organe und der Rechtszustände können dabei von jedem Randstaat gemacht werden.

Das ist nun die vierte derartige Zusammenkunft in streng wissenschaftlichem Rahmen (mehr politische und wirtschaftliche, solche von Arbeitern unter sich, bestimmten Forschungsgebieten, von Studenten sind gleichfalls vorangegangen): ein geopolitisches Sicherheitsventil ersten Ranges ist damit geöffnet, ganz im Gegensatz zu den immer noch in Genf und Euramerika landläufigen Todschweigungsversuchen von Minderheiten und erwürgten Völkern. Leider gilt diese Praxis nur für einen begrenzten, freilich mächtigen Teilraum der Erde. Wird angesichts dieser Tatsachen, die von ozeanweiten Entspannungsvorgängen begleitet sind, Eigenart und Nutzen pazifischer Geopolitik in Abrede gestellt werden können?

Die betreffenden großen Reiche und Völker betreiben sie wenigstens alle; sie haben auch alle irgendwie positive oder negative Einstellungen zur Rassenpolitik und stecken ihr gegenüber nicht den Kopf in den Sand, wie die großen Parteien Mitteleuropas. Sie sind sich klar, daß man Sicherheitsventile nicht zuschrauben, sondern in möglichst unschädlichen Richtungen auflassen muß, damit sie sich ausblasen können; so wird gefährlicher Überdruck rechtzeitig gezeigt, nicht erst, wenn Justizpaläste brennen und große Städte explodieren.

Wie guten Grund auch Japan dazu hat, den Bevölkerungsverschiebungen im pazifischen Randgebiet aufmerksam zu folgen, zeigt ein Vergleich der jüngst (Geopolitik VI) genannten chinesischen Einwanderungszahl in die Mandschurei innerhalb eines Vierteljahres von über 800000 mit der Gesamtzahl japanischer Siedler darin in der Höhe von 727628, von denen aber 531685 Koreaner sind. Es ist also mit dem ganzen Aufwand an konzentrierter Staatsgewalt und dem Machtmittel wie der Wirtschaftshilfe der südmandschurischen Eisenbahn in fast einem Vierteljahrhundert nur gelungen, vom eigenen Bevölkerungsüberschuß 95943 Köpfe in einem jungfräulichen, allerdings sehr nordischen Lande unterzubringen und dauernd festzuhalten, in das aus naher Nachbarschaft in einem halben Menschenalter 531685 Koreaner abwanderten, aber innerhalb dreier Monate über 800000 Chinesen strömten, die seit der Jahrhundertwende die Gesamtbewohnerzahl mehr als verfünffacht haben bis auf die etwa 34 Millionen von heute.

Darin liegt eine geopolitische Prognose, eine Aussage über Abstufung der Siedlungskraft, die keiner Erläuterung bedarf.

Die Zahl der japanischen Mitbewohner (Metöken) in den größeren nordchinesischen Zentralen ist (die Koreaner innerhalb der Zahl jedesmal in Klammern beigefügt): für Peking 1585 (628); für Tientsin 4991 (529); für Mukden 20160 (6138); für Charbin 3284 (538); für die Zwischenstation Changchun 8998 (538) und für die japanische Wachstumspitze der Südmandschurei, das große Dairen: 79683 (904). Man sieht daraus, wie sehr im Verhältnis die Japaner die ozeanischen, die Koreaner die kontinentalen Siedelungsmöglichkeiten bevorzugen, aber überhaupt, wie gering die Fähigkeit zur Einschiebung in chinesisches Siedelungsgebiet auch unter den günstigsten Verhältnissen für Koreaner wie Japaner ist.

Man begreift aus dieser Erfahrung, wie resigniert — allerdings auch von Abneigung gegen die Sowjetfeinde Chang-Tso-Lins, seines Brotherrn in Mukden, geleitet — der britische General Sutton die völlige Rückgewinnung der ostchinesischen Bahn durch China als eine politische Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit so eifrig befürwortet. Er ist viereinhalb Jahre lang Chang-Tso-Lins Waffenschmied in der Mandschurei gewesen und kann sich ein Bild davon machen, wer auf die Dauer dort das Feld behaupten wird.

Es kommt für jeden Wissenden, nach Jahren abschätzbar, der Augenblick, wo die Chinesen wieder allein die Herren der gelben Erde sein werden, und der Weitsichtige richtet sich rechtzeitig darauf ein.

Aber dem Altchinesentum steht dazwischen noch ein Fegefeuer bevor. (Vgl.: Skizze „Atmospheric disturbances!")

Wo gar kein Feuer ist, steigt kein Rauch! Wenn die öffentliche Meinung der Südsee von einem geradezu wilden Kolonialregiment älteren Stiles der Neuseeländer im Samoamandat spricht, wo Deportationen und Rangberaubungen von Häuptlingen an der Tagesordnung sind, nur, weil sie taten, was jedem britischen Untertan anderwärts erlaubt ist, sich über Mißstände beschweren und um Abhilfe bitten; wenn aus den Neuen Hebriden die Beschwerden der dortigen britischen Siedler unter den insgesamt 1300 Europäern in den Times vom 18. 5. 27 widerhallen und das heillose Kondominium Großbritanniens und Frankreichs dort anklagen, wo die Wohltäter der Menschheit doch unter sich sind, so ist Feuer hinter so viel Rauch — genau so wie in Deutsch-Ostafrika, wo führende britische Kreise selbst zugeben, daß sie das Land rückentwickelt haben, und daß die eigene Einwanderung aus dem dunklen Gefühl heraus stocke, das ungerechte Gut könnte doch vielleicht nicht auf die Dauer gedeihen.

Feuer glimmt auch, wenn rasch hintereinander der Transpacific in Tokyo (7. und 14. 5. 27) unter der Aufschrift „Workers for Holland" peinliche Fragen des riesigen Inselreiches mit seinen über 50 Millionen beleuchtet, die D. A. Z. (21. 7. 27) „Die Spannung in Insulinde" von der Gefahr weiterer Unruhen schreibt, und die sonst nicht immer mit ihr an einem Strang ziehende Frankf. Ztg. (3. 7. 27, Nr. 485) einen sachlich ausgezeichnet gesehenen Aufsatz über „Die Niederlande und das Erwachen Asiens" bringt. Frank H. Hedges tröstet die Niederlande damit, daß ja nur 4000 Japaner in Insulinde lebten, denen über 2 Mill. Chinesen gegenüberstünden. Die leise Furcht, die in Java überall vor den Japanern bestände, sei schon deshalb unbegründet, weil nicht einmal das dünn bevölkerte Sumatra einen Auslaß für das übervölkerte Japan bedeute, denn der Lohn der reichen Inseln läge zwischen 10 und 30 Cents täglich, eine Summe, die der japanische Arbeiter für seine Zigaretten auszugeben gewohnt sei. Aber wir erinnern uns noch recht gut der Zeiten in Japan, wo die gleiche Summe für den gesamten Lebensunterhalt reichte; und die Zufriedenheit der Javanen und Sumatraner mit ihren Tieflöhnen ist ja nicht mehr so überzeugend, wie uns ehedem erzählt wurde — nach dem aufsteigenden Rauch zu urteilen!

Ein drittes Feuerchen scheint da zu glimmen, wo eine andere feine Rauchsäule von den recht wahrscheinlichen Vorsichtsmaßregeln der Sowjets an ihrer chinesischen Landgrenze herrührt. (North China Daily News S. 459/27.)

Angesichts der enormen Schlagkraft der beiden randständigen Inselreiche der Alten Welt in Ostasien ist für die Sowjetbünde die Bereitstellung von etwa 5 Divisionen mit den nötigen Kraftwagen, Geschützreserven, Flugstreitkräften und sonstigem Rüstzeug, die entsprechende Vorbereitung von Irkutsk, Werchneudinsk und Chita, die Vorbereitung von Etappenstrecken, wie Werchneudinsk, Nischni-Selenginsk, Trotskoswsk,

Ulanbator, Kiachta, die Bereitlegung von Feldbahnen dort, die Bildung eines Oberkommandos in Chita, die Vorbereitung von drei Kavalleriebrigaden und vor allem die Ausnützung der etwa 40000 Mann mongolischer Reiterei nur eine Maßregel vorsichtiger Klugheit.

Einfachste geopolitische Erwägungen sagen, daß es — wenn andere bestimmte Operationsaufgaben, wie Vereinigung mit befreundeten chinesischen Streitkräften fehlen — zu Kraftvereinigungen in Richtung Tsitsikar von Mandschurija und Blagowjeschtensk aus kommen könnte, und späterhin Charbin ein nächstes Ziel sein wird. Darin sind also keine aufsehenerregenden Mitteilungen zu finden; und daß man auf dem Weg über Amur und Sungari die kleine Strom-Flotille der Sowjets nicht brachliegen, sondern emsig mitarbeiten lassen würde, kann bei der gegenwärtigen Flottenparade der Seemächte auf dem Yangtse niemand wundernehmen.

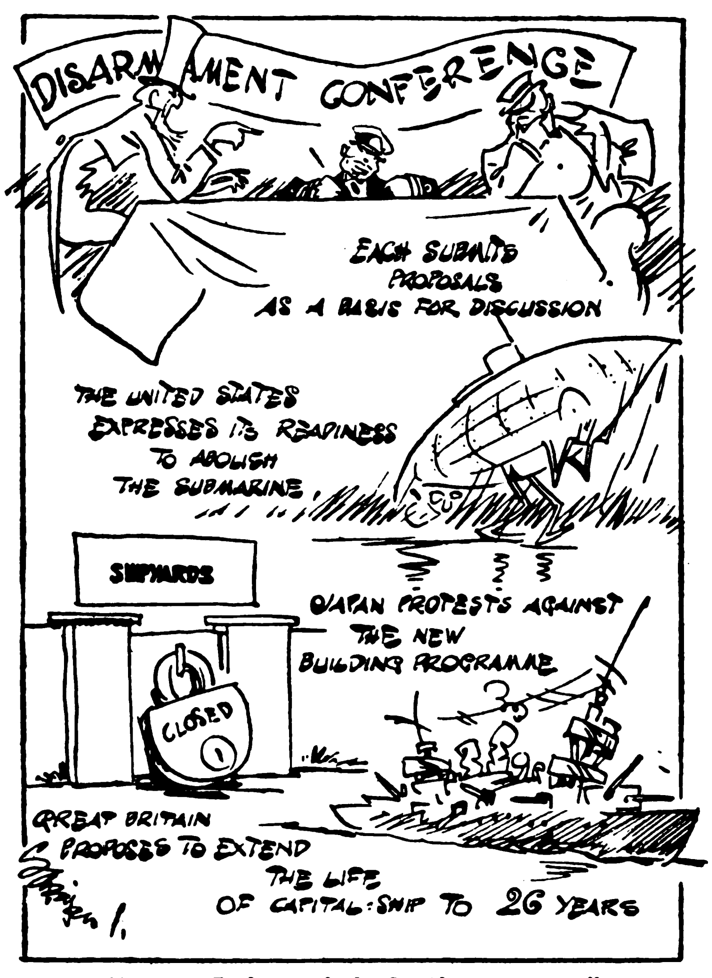
Natürlich wollen die Sowjets damit auch nebenbei einen Druck auf Chang-Tso-Lin ausüben, der ihnen ja doch durch den Einbruch in ihre Pekinger Botschaft wirklich das Prävenire in unfreundlichen Handlungen gespielt hat. Die Sowjetbünde, wie Japan auch haben gegenüber Nordchina eine himmlische Geduld bewiesen, aus ihrer asiatischen geopolitischen Erfahrung heraus, daß in China das Spiel verliert, wer zuerst die Nerven verliert. Es ist immer noch weniger anfechtbar, wenn man — wie die Sowjets — sein Kriegswerkzeug für alle Fälle auf dem eigenen Boden aufbaut, als auf dem fremden Grunde — wie die Seemächte das in Shanghai z. B., aber Baron Tanaka, der Organisator des Sibirienabenteuers auch in Tsingtau, Tsinan, Tientsin unzweifelhaft tun! — Man könnte das Geschrei über den kontinentalen Rauch sogar für ein Ablenkungsmanöver halten! (Vgl. Skizze: „Conspicuous, but unimportant.")

Wir verzeichnen noch als einen japanischen Ansatz zur pazifischen Raumüberwindung nach dem amerikanischen Fliegersturz ins Wasser vor Hawai die Vorbereitung zu dem 8000-km-Flug Tokorozawa-Seattle, wofür man 50 Stunden im nächsten Frühling rechnet, und einen seltsamen Plan del Rosario zur baulichen Verschönerung der Philippinen im amerikanischen Geschmack unter Erfindung eines neuphilippinischen Stils.

Dann aber haben wir uns abschließend — trotz einer für die längst verschwundene Sommerpause geradezu überwältigenden Stoff-Fülle — nur noch mit der indopazifischen Rückwirkung des Konferenzfehlschlages von Genf zu befassen. Das Beste darüber vom indo-pazifischen Standpunkt dürfte von K. K. Kawakami in „Current History", der Beilage der „New York Times" unter dem Titel: „Naval conference at Geneva" erscheinen, wohin die Genfer Beobachtungen des gewiegten japanisch-amerikanischen Zeitungsmannes eben unterwegs sind. Das britische Reich hat seit der gewaltsamen Washingtoner Auflösung der britisch-japanischen Allianz sein Gefühl der Sicherheit verloren und arbeitet zur See nach den Methoden der französischen Republik für die Wehrgeographie zu Lande. Japan hat, nach einem anfänglichen Gefühl der Kränkung und des Unbehagens, entdeckt, daß die Auflösung der Allianz für seine asiatische Stellung eine große Steigerung der Bewegungsfreiheit und des lokalen Sicherheitsgefühls bewirkte. So kam es (wie die Spottzeichnung III zeigt), als ehrlicher Makler zwischen den beiden sehr bitter miteinander sprechenden Angelsachsenmächten, mit einem wirklichen Willen zum Sparen in Nebensachen nach Genf und verließ es mit der besten Weltpresse für Admiral Saito. Es verzeichnete stillvergnügt das U. S. Amerikanische Diktat, und die mit hochgerunzelter Braue genommene britische Gegenstellung, die Krokodilstränen bei der amerikanischen Verzichtbereitschaft für U-Boote, bei dem edlen Verzicht auf neue Bauprogramme des



momentan in Finanznot hängenden Japan, und den Hohn auf die englische Lebensverlängerung wertloser Riesenschiffe, wie es der geniale Spottzeichner von Shanghai illustriert. Ein Hohn auch auf die sogenannten neuen Methoden der Politik war eine vom 20. 6. bis 4. 8. nur dreimal öffentlich tagende Beratung hinter verschlossenen Türen, ein weiterer die seltsam verhaltene Aussprache des Britenreichs mit Kanada und



Wie unser Zeichner sich die See-Abrüstung vorstellt

den Vereinigten Staaten bei der Einweihung der sogenannten Friedensbrücke über den San Lorenzo-Strom, an der freilich nie mehr Krieg geführt werden wird, aber hauptsächlich deshalb, weil die Vereinigten Staaten dort ohnehin bestimmen, was geschieht.

So hat sich das Britenreich durch 1914 und 1922/23 selbst in eine Lage gesteuert, in der es Diktate hinnehmen oder aber als Seefriedenstörer erscheinen muß, so geschickt es 1927 in Genf zu manövrieren meinte.

Es verbucht schwere indo-pazifische Ansehensabschreibungen; die U. S. Ärger und Rüstungskosten (u. a. 20 neue Kreuzer); Japan bescheidenen Gewinn.

OTTO MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Die Endphase der Marineabrüstungskonferenz. — Coolidges Verzichterklärung auf Nominierung als Präsidentschaftskandidat. — Zur mexikanischen Präsidentenwahl und zu ihrem Einfluß auf die Beziehungen zur Union. — Nicaragua. — Grenzvertrag zwischen Brasilien und Paraguay. — Brasiliens Kaffee-Ernte und -Handel. — Wirtschaftsstellung Argentiniens. — Weitere amerikanische Wirtschaftsdaten. — Zur europäisch-amerikanischen Verkehrsfrage. — Geplante Wasserverbindung zwischen dem Marañongebiet und dem pazifischen Nordperu. — Die amerikanische Arbeiterschaft gegen die dritte Internationale. — Elmer Barnes gegen die Kriegsschuldlüge.

Die Marineabrüstungskonferenz, die uns durch zwei Berichterstattungen hindurch beschäftigt hat, endete mit einem völligen Fiasko. Es bleibt nichts anderes übrig, als ihr in einem dritten Bericht einen Nekrolog zu widmen. Der Ausgang überrascht uns keineswegs. Wir haben in der letzten Berichterstattung gemeint: „Freilich, es wird unendlich schwer sein, die Formel für eine Lösung zu finden"; und wir haben dort die „grundverschiedenen Bedürfnisse der drei Weltmächte nach Seestreitkräften" aus ihrer „Struktur und Lage" abgeleitet. Wir haben damit zugleich den Schlüssel zum Verständnis des Mißerfolgs vollkommen in der Hand. Wir brauchten im Grunde kaum weitere Erklärungen hinzuzufügen, wenn es sich nicht um eines der bedeutsamsten Experimente des Verständigungswillens auf machtpolitischer Grundlage handelte. Gerade dieser von uns in keinem Augenblick verkannte machtpolitische Einschlag muß besonders betont werden. Darum hat der letzte Bericht von „Kämpfern" am blauen Tisch gesprochen, darauf hingewiesen, „daß es unmittelbar um Machtfragen geht". „Die Konferenz soll die Sicherung schaffen, die Amerika braucht zur Entfaltung seiner Weltpolitik. Sie ist eine machtpolitische und zugleich auch weltpolitische Angelegenheit im allerhöchsten Grade." Und gleichfalls in der Berichterstattung des Augustheftes hieß es: „Die Drei-Mächte-Konferenz ist dagegen eine amerikanische Angelegenheit".

Wenn man will, so kann man auch ein gut Teil des Mißerfolges aus ihrem amerikanischen Charakter erklären. Man wird bei dieser Mission Coolidges unwillkürlich an die Friedensgeste Wilsons erinnert. Wie damals die Friedensbotschaft des amerikanischen Präsidenten, von der Höhe einer harterkämpften Machtposition herunter verkündet, der Befriedung Europas und der Regelung der Beziehungen zu Amerika dienen sollte, aber, an der harten Welt der Tatsachen gemessen, sich als Utopie erwies, so scheiterte auch dieses Mal die Verständigung an dem amerikanischen Programm, das wiederum in dem Sinne als weltfremd bezeichnet werden darf, weil es auf die Bedürfnisse und Forderungen der anderen Mächte nicht einzugehen gewillt war. Die Amerikaner haben die Konferenz als eine amerikanische Angelegenheit, als eine amerikanische Machtfrage aufgefaßt, und sie sind bis zuletzt dieser Auffassung treu geblieben. Weil sich die Vereinsstaatler und die Engländer nicht einigen konnten, ging die Konferenz am 4. August 1927 — genau dreizehn Jahre nach Englands Kriegserklärung an Deutschland — auseinander.

Man sucht allerdings in der ausländischen und deutschen Presse vielfach nach ganz anderen Gründen des Mißerfolgs, redet vornehmlich von schlechter Vorberei-



tung, von der mangelnden staatsmännischen Kunst, betont Nebensächliches gegenüber den Grundmotiven. Der Wahrheit sehr viel näher kommen die Meinungen, die dem amerikanischen Imperialismus die ganze Schuld zuschieben möchten. Aber auch sie erfassen keineswegs das Problem in seiner ganzen Tragweite, das nur einer vergleichend geopolitischen Betrachtung zugänglich ist, wie wir sie im Augustheft dieser Zeitschrift angedeutet haben. Die dort gegebene knappe Analyse ist durch den weiteren Verlauf und das Ende der Konferenz nur bestätigt worden. Es war in Wirklichkeit „unendlich schwer", „die Formel für eine Lösung zu finden". Die Formel ist darum nicht gefunden worden.

Es hat wenig Sinn mehr, auf Einzelheiten der letzten Phase zurückzukommen. Nur die großen Züge der Verhandlungen mögen hervorgehoben werden, die erweisen, wie stark die Grundforderungen, an denen die Konferenz scheiterte oder wegen deren sie vertagt wurde, durch „Lage und Struktur" der konferierenden Staaten bestimmt wurden. Dabei mag nachdrücklich betont werden, daß es im Laufe der Konferenz, besonders nach der ersten Krisenstimmung, Mitte Juli zu einer ganzen Reihe von Einigungen und Konzessionen gekommen ist, besonders wurden Verständigungen zwischen den Amerikanern und den Japanern erzielt, und man sprach von ermutigenden Fortschritten. Auch England und Japan sollen sich damals über die Tonnage der Kreuzer und Zerstörer geeinigt haben, was durch die Schlußrede des Großadmirals Saito bestätigt wird. Er führte aus, die beiden Staaten seien in ihren Zugeständnissen zu sehr benachbarten Zahlen gekommen: Japan habe England 484000 Tonnen Oberwasserschiffe zugestanden, für sich 315000 Tonnen beansprucht. Die von England vorgeschlagenen Zahlen seien 500000 bzw. 325000 Tonnen gewesen, dazu 25% alte Tonnage.

Die 10000-Tonnen-Kreuzer hätten im Verhältnis 12:12:8 beschränkt werden sollen. Als Unterseebootstonnage habe Japan 70000 Tonnen, England für alle drei Mächte 60000 Tonnen vorgeschlagen. Japan habe sich dem englischen Vorschlage gefügt und damit ein provisorisches japanisch-englisches Einverständnis erzielt. Im großen Zusammenhang kann nicht übersehen werden, daß diese englisch-japanische Einigung eine politische Annäherung zwischen den beiden Staaten bedeutet. Nach der überraschenden Abreise der Führer der englischen Delegation zur Berichterstattung nach London wollte es durchaus scheinen, als ob dieser englisch-japanischen Verständigung von seiten der Engländer mehr Bedeutung beigemessen wurde, als den bis dahin erzielten sonstigen Erfolgen der Konferenz. Doch ist das Ziel, eine Einigung mit Amerika zu finden, in der in London stattfindenden Kabinettssitzung nicht außer acht gelassen worden, so daß die Delegation, mit Kompromißvorschlägen versehen, Ende Juli wieder nach Genf zurückreisen konnte. In einer Rede im Unterhaus präzisierte Sir Austen Chamberlain Englands Forderungen und Entgegenkommen gegenüber Amerika und suchte dabei die Begründung der Kompromißvorschläge aus den stark voneinander abweichenden geographischen Verhältnissen der beiden Reiche zu geben. Im wesentlichen stimmten die von England gemachten Kompromißvorschläge hinsichtlich der Gesamttonnage der leichteren Seestreitkräfte den Forderungen der Amerikaner zu; ebenso wird die Parität der Vereinigten Staaten mit England hinsichtlich der Kreuzer von 6000 bis 10000 Tonnen anerkannt, ohne daß aber England in bezug auf die Zahl und Größe der Einheiten nach der Kalibergröße eine Bindung eingehen mochte. Mit diesen englischen Eröffnungen war das Schicksal der Konferenz entschieden. Nach dem Studium der britischen Vorschläge lehnten die Amerikaner jede weitere Konzession ab. Demonstrativ

verkündet das amerikanische Marinedepartement, daß die Kontrakte für den Bau von sechs 10000-Tonnen-Kreuzern bereits am 13. Juni vergeben worden sind. Eine Erklärung Coolidges bezeichnete die englischen Einigungsvorschläge für unannehmbar, da bei der Durchführung die Flotten der Großmächte weiter anwachsen würden, anstatt reduziert zu werden. Allein noch wurden letzte Versuche gewagt, um die Konferenz zu einem befriedigenden Ende zu führen, wohl zum guten Teil nur, um den Schein zu wahren; amerikanische wie englische Kompromißvorschläge und eine japanische Vermittlungsaktion hatten diesen Sinn. Von ihnen war der amerikanische sehr wenig greifbar, während die beiden letzteren auf englische Kreuzerbauserien bis 1936, um den Amerikanern und Japanern Zeit zum Heranbauen ihrer Kreuzerflotte zu lassen, bzw. Festlegung des Bauprogramms bis 1931 zielten. Zur Zeit dieser letzten Versuche galt aber eine glückliche Beendigung der Konferenz als hoffnungslos; so überraschte es nicht mehr, daß sie am 4. August in einer öffentlichen Sitzung ergebnislos abgebrochen wurde. In einer gemeinsamen Beschlußfassung heißt es, daß in einigen Fragen eine Verständigung erzielt werden konnte.

In der Hauptfrage, der Beschränkung der Kreuzerflotte, sei aber eine Einigung nicht möglich gewesen. Schließlich wird den Regierungen empfohlen, vor dem August 1931 eine neue Konferenz einzuberufen. Auch in den offiziellen Schlußreden wird nachdrücklich von den Engländern und Amerikanern auf die Unvereinbarkeit der Forderungen in der Kreuzerfrage hingewiesen. Bridgeman führt aus, England habe seinen Bedarf an kleinen Kreuzern innerhalb einer kleineren Gesamttonnage begründet; Amerika habe dagegen innerhalb dieser Gesamttonnage die Zahl der Einheiten mit 8-Zoll-Kanonen nicht beschränken wollen. England brauche eine große Zahl kleiner Kreuzer, dafür habe es den Amerikanern die Überlegenheit in Zerstörern und Unterseeboten zugestanden. Nachdem schon Chamberlain die Verschiedenheit der Bedürfnisse der beiden Staaten an größeren oder kleineren Kreuzertypen aus der Verschiedenheit der Lagestruktur der beiden Reiche erklärt hatte, war Bridgemans rhetorisches Erstaunen über das Verlangen der Amerikaner nach großen Kreuzern und größerem Geschützkaliber recht überflüssig. Gibson, der amerikanische Delegierte, unterstreicht in der gleichen Weise, daß die englische Forderung nach einer großen Zahl kleiner Kreuzer für das Britische Weltreich eine absolute, aber für Amerika nicht annehmbar war. Denn sie vertrage sich nicht mit der Voraussetzung einer allgemeinen Abrüstung. Kleine Kreuzer seien für Amerika wertlos; das englische Bauprogramm zwinge Amerika zum Bau solch wertloser 6000-Tonnen-Kreuzer. Auch Amerika spielt den Harmlosen: es begreife den englischen Bedarf an kleinen Kreuzern nicht.

Man muß von solch diplomatischen Auswüchsen, die sich die Delegierten namentlich gelegentlich der Grabreden auf der Konferenz leisteten, absehen, und wird dann stets die tief in der Bedürfnisfrage verankerte Unnachgiebigkeit der einzelnen Staaten, besonders der Union und Englands, erkennen. An ihr ist die Konferenz gescheitert. Es konnte keine Einigung gefunden werden, weil der an den geographischen Verhältnissen orientierte Einzelstaatswille weit stärker war als der Verständigungswille, weil der erstere den letzteren mit einer merkwürdigen Starrheit durchkreuzte. Die Regionalidee hat über eine nur schwach vertretene und von vornherein auch regional umgewertete universale Idee gesiegt, die aber gerade darum nicht Oberhand gewinnen konnte, weil auch sie den Charakter einer Machtidee nicht ganz abzustreifen vermocht hat. Die Abrüstungskonferenz ist ein bezeichnendes Beispiel für die Wirkung der Erdgebundenheit der Staaten bei allen zwischenstaatlichen Regelungen.



Selbst da, wo sich das Leben der Staaten Menschheitsideen unterordnen will, vermag sich die Entwicklung nicht von der Erdenschwere der Staatsräume zu befreien. So ist aus der Abrüstungskonferenz ein lehrreiches wehrgeographisches Kapitel geworden.

Wie letzte englische Äußerungen nach Abbruch der Konferenz lehren, haben die Engländer im Grunde nie daran gedacht, sich Rüstungsbeschränkungen, die auf eine Parität der Staaten abzielten, zu beugen.

Lord Balfour wirft Gibson vor, daß er ihn falsch oder mindest inkorrekt zitiert habe. Auf der Washingtoner Konferenz habe er nie von Kreuzern im allgemeinen, nur von den zur Schlachtflotte gehörigen Kreuzern gesprochen. Nur auf diese, die sog. Aufklärungsstreitkräfte der Hochsee, hätten sich seine Washingtoner Erklärungen bezogen, in der er für beide Mächte eine Kreuzertonnage von 450000 Tonnen für ausreichend erklärte. Dagegen habe er mit keinem Worte der übrigen Kreuzer gedacht, die England für den Überseedienst und den Schutz der Handelswege brauche. Diese seien bei der englischen Forderung von 670000 Tonnen berücksichtigt. Wiederum werden die aus der geographischen Lage erwachsenden Ansprüche betont! Besonders machtpolitisch ist die Erklärung Churchills zugespitzt, der ein internationales Abkommen weit wegweist, das den Grundsatz mathematischer Parität zur Grundlage machen wolle. Das ist Ablehnung der Anerkennung der Gleichberechtigung Amerikas, strikteste Betonung des englischen Strebens nach Überlegenheit zur See. Freilich wird von Churchill den Amerikanern zugestanden, daß sie sich so viel Kreuzer bauen könnten, wie sie möchten.

Amerika läßt sich das anscheinend nicht zweimal sagen, wie die Nachricht besagt, daß außer den acht bereits anfangs des Jahres vom Kongreß bewilligten Kreuzern weitere zwölf Kreuzer in Bau gegeben werden. Coolidge hat dieses Flottenprogramm genehmigt.

Wieweit der Mißerfolg der Konferenz politische Folgewirkungen auslösen wird, muß dahingestellt bleiben. Nur Tatsachen können konstatiert werden. Darunter fällt die englisch-japanische Verständigung; während andererseits die Konferenz am englisch-amerikanischen Gegensatz scheiterte. Der letztere hat zu deutlich bewiesen, daß es keine englisch-amerikanische Solidarität mehr gibt, von der vielleicht zu oft und zu überflüssig gesprochen worden ist. Es mag sein, daß der Ausfall der Konferenz nicht frei ist von Rückwirkungen auf die interalliierte Schuldenfrage. Besonders bedenklich stimmt die Versicherung der Mächte, daß sie als Freunde vom Konferenztisch aufstehen.

In ursächlichen Zusammenhang mit dem Mißerfolg der Konferenz ist Coolidges Verzichterklärung auf eine Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten gebracht worden, vielleicht nicht ganz ohne Grund, so wie man — sicherlich völlig zu Unrecht — den Konferenzgedanken als ein erstes großes Wahlmanöver Coolidges auffassen wollte. Nach dieser Erklärung Coolidges, der eine neue gefolgt ist, daß er am 4. März 1928 zurücktreten werde — die aber vielleicht auch nicht als die allerletzte zu nehmen ist —, werden in republikanischen Kreisen der Staatssekretär für Handel, Hoover, der Vizepräsident Dawes, der frühere Staatssekretär Hughes, auch Senator Longworth, der Schwiegersohn Roosevelts und der frühere Gouverneur von Illinois, Lowden, als etwaige Präsidentschaftskandidaten genannt. Die Kandidaten der Demokraten dürften Smith, der Gouverneur des Staates New York, Mc Adoo, Reed sein.

Kaum weniger als an der Person des künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten ist die Entwicklung in Nordamerika an der Präsidentenwahl in Mexiko



interessiert, die ebenfalls — wie auch die in Argentinien — im nächsten Jahre fällig ist. Weit mehr als die Wahl des vereinsstaatlichen Präsidenten wird ihr Ausfall die Geschicke des Landes und die Beziehungen zur Union beeinflussen. Nach der mexikanischen Verfassung ist die Wiederwahl des Präsidenten Calles für die nächste Amtsperiode ausgeschlossen. Wenn man die führenden mexikanischen Politiker Revue passieren läßt, so wäre General Arnulfo R. Gomez, der Militärgouverneur von Tamaulipas, ein den Investitionen ausländischen Kapitals nicht abholder und darum von Washington aus gern gesehener Mann. General Alvaro Obregon wird als radikal gesinnter Diktator gekennzeichnet, der im Staate Vera Cruz über eine starke militärische Anhängerschaft verfügt, die er auch gewillt wäre, zu politischen Zwecken auszunutzen. Vor wenigen Monaten hat Obregon im Staat Sonora zur Niederwerfung der Jaqui-Indianer 18000 Mann gesammelt. Obregon hat seinerzeit den Warren-Payne-Vertrag mit den Vereinigten Staaten geschlossen, der auch etwaige neuerliche Beziehungen zur Union erleichtern könnte. Auch General Francisco Serrano, der zwischen Sozialismus und Demokratie zu vermitteln sucht, einer der Führer der Nationalen Revolutionären Partei, besitzt wie Gomez und Obregon einen starken militärischen Rückhalt und wird als Kandidat genannt. Es ist höchst beachtenswert und spiegelt die Struktur des in sich nicht sonderlich ausgeglichenen Staatenbundes Mexiko wieder, wie die etwaige Nominierung von Kandidaten viel weniger auf dem Gegenspiel von ein paar großen Parteien beruht, als auf der Tatsache einzelner Regionalgewalten basiert. Eine solche innerpolitische Struktur macht jede Intervention oder Unterstützung von außen besonders leicht. Zur Zeit beschränkt sich die Union gegenüber Mexiko auf ein Abwarten, das jeder Verschärfung der Beziehungen ausweicht. Das hat recht deutlich die Abberufung des Botschafters Sheffield gezeigt, der die Ölinteressen der Vereinsstaatler vielleicht zu scharf vertreten hatte. Die Auseinandersetzung mit den Land- und Ölgesetzen und der Kulturkampf in Mexiko werden die wichtigsten Aufgaben der nächsten Präsidentschaftsperiode sein.

Die Union übt ihr Militärregiment über Nicaragua aus. Den Überfall der Liberalen unter Sandino auf Ocotal haben die vereinsstaatlichen Truppen mit einem Bombardement von fünf Flugzeugen aus beantwortet. Eine öffentliche Protestkundgebung gegen dieses Vorgehen, dem 150 Menschen zum Opfer gefallen sein sollen, war der sofortige Widerhall in Südamerika.

Zwischen Brasilien und Paraguay ist ein Grenzvertrag abgeschlossen worden, der die Verhältnisse an der brasilianischen Paraguaygrenze in der Bahia-Negra-Zone regelt. Die Inseln an der Ostseite des Paraguayflusses fallen an Brasilien, die der Westseite an Paraguay.

Brasiliens wirtschaftliches Manometer ist seine Kaffee-Ernte und sein Kaffee-Handel. Im Jahre 1926 belief sich die Kaffeeausfuhr Brasiliens auf 13,75 Mill. Ballen im Werte von 69,58 Mill. £ bei einer gesamten Warenausfuhr von 93,97 Mill. £. Die Kaffeeausfuhr machte dementsprechend wiederum fast Dreiviertel der Warenausfuhr aus. Die brasilianische Kaffee-Ernte für das Jahr 1927/28 wird auf 21,5 Mill. Ballen bei einer Weltproduktion von 28,5 Mill. Ballen geschätzt. Da dieser Produktion nur ein Weltkonsum von etwa 23 Mill. Ballen gegenübersteht, so besteht eine starke Überproduktion, die notwendigerweise zu einem empfindlichen Sinken der Preise führen müßte, wenn hier nicht die Arbeit des Kaffee-Verteidigungs-Instituts einsetzen könnte. Man ist der Meinung, daß dieses Mal die Valorisation glücken wird, während im Vorjahr trotz der Wirksamkeit des Instituts die Kaffeepreise um über 40% gesunken sind. Dagegen zeigt die Wirtschaftslage Brasiliens im ganzen eine nur mäßig



günstige Entwicklung, da die Handelsbilanz für 1926 nur mit einem Saldo von 15 Mill. £ gegen 18,5 Mill. £ im Jahre 1925 und 27 Mill. £ im Jahre 1924 abschloß.

In Argentinien haben die Anbauflächen von Weizen, Hafer, Gerste, Roggen, Baumwolle z. T. beträchtlich zugenommen; nur das Leinsaatareal ist zuletzt etwas zurückgegangen. Immerhin war im Jahre 1925/26 von den 120 Mill. ha landwirtschaftlich nutzbarer Gebiete nur ein Drittel unter Kultur. Immer mehr scheint Argentinien fähig zu werden, die Weltmarktgetreidepreise nachhaltig zu beeinflussen und besonders als Weizenland der Konkurrent der Vereinigten Staaten und Kanadas zu werden. Von Argentinien werden ferner 65% des Fleischkonsums der Welt gedeckt; allerdings wird der Fleischexport nur zum geringeren Teil von argentinischen, zum größeren Teil von nordamerikanischen und englischen Unternehmungen ausgeführt. Die Wirtschaftslage im ganzen ist außerordentlich günstig; so war die Handelsbilanz des 1. Quartals 1927 stark aktiv, und zwar um 89,4 Mill. Goldpesos gegenüber einer Passivität von 3,1 Mill. Goldpesos im gleichen Quartal des Vorjahres. Die Weizenausfuhr hat sich gegenüber der des Vorjahres mehr als verdoppelt, die Maisausfuhr fast verdreifacht. Auch die Ausfuhr von Gefrier- und Kühlfleisch ist gestiegen.

Bei der Musterung einer Anzahl weiterer Wirtschaftsdaten fällt der Rückgang der vereinsstaatlichen und mexikanischen Goldproduktion auf, während die Kanadas ganz beträchtlich zugenommen hat. Während die vereinsstaatliche Goldproduktion, die auch heute noch an zweiter Stelle steht, 1912 20% der Goldproduktion der Welt ausmachte, fiel sie seit 1922 (14,8%) stetig und betrug 1926 nur 11,3%. Mexiko, das auf der Liste der Goldproduzenten an fünfter Stelle steht, hat in derselben Spanne von 1912 bis 1926 einen Rückgang von 5,3% auf 3,9% zu verzeichnen. Kanadas Produktion ist von 2,7% auf 9% gestiegen; es nimmt heute die 3. Stelle ein. — Auch die vereinsstaatliche Silberproduktion zeigt von 1925 auf 1926 einen schwachen Rückgang, während die Produktion in Mexiko und in Kanada in der letzten Periode stetig gestiegen ist. — Amerika, das schon 1925 in der Steinkohlenförderung ein schwaches Plus gegenüber Europa errungen hatte (Amerika 541,6, Europa 538,7 Mill. Metertonnen), hat im Jahre 1926 Europa weit hinter sich gelassen: Amerika 615 Mill., Europa 459 Mill. Metertonnen. Mehr als die Hälfte der Weltproduktion (1184 Mill. Metertonnen) fällt damit auf Amerika. — Die vereinsstaatliche Handelsflotte nimmt seit dem Kriegsende den 2. Platz unter den Handelsflotten ein und umfaßt 21,6% der Welttonnage (Mitte 1927: 11171000 B.-R.-T. von 60,1 Mill. B.-R.-T.). Nur in mäßigem Umfange waren die Vereinigten Staaten 1926 am Weltschiffbau beteiligt. — Es ist beachtenswert, daß Deutschland nach amerikanischen Stimmen als ein dauernd vordringender Konkurrent der Vereinigten Staaten auf dem Doppelkontinent erachtet wird.

Auf der Hauptstraße des europäisch-amerikanischen Verkehrs im Nordatlantik ist es der Frequenzzahl nach, die sich allerdings in den letzten Jahren ständig wieder gesteigert hat, im Vergleich mit der Vorkriegszeit, namentlich infolge der vereinsstaatlichen Einwanderungsbeschränkung, wesentlich ruhiger geworden. 1913 wurden 2,58 Mill. Menschen, 1926 nur rund 940000 befördert. Unbekümmert um solch starke Schwankungen in der Verkehrsfrequenz steht heute das Problem der raschesten Überwindung größter Entfernungen zur Diskussion und wird in Bälde auf mehreren Atlantikstrecken eine Lösung finden, die den Vergleich mit den Zeitverkürzungen innerhalb eines knappen Jahrhunderts herausfordert. Kanada, das 1840 von London aus erst nach einer Fahrt von 40 Tagen zu erreichen war, liegt zur Zeit nur noch 6 Tage von der Hauptstadt des Britischen Reiches weg. Ein Zeppelinflug

dürfte die Strecke auf $2^1/_2$ Tage kürzen. In der gleichen Weise ist die zeitliche Entfernung zwischen Spanien und Buenos Aires zusammengeschrumpft: 1840 50 Tage, 1927 15—16 Tage, 1928—30 $3^1/_2$ Tage. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß in ganz kurzer Zeit regelmäßige Ozeanpost- und Passagierflüge den Atlantik queren. Schon 1929 glaubt man deutsche Fluglinien nach Amerika zu haben. Anfangs August ist der drahtlose Fernsprechverkehr Berlin—Buenos Aires (11 900 km) aufgenommen worden, der hinsichtlich der Entfernung längst den Vergleich mit London—New York (5500 km), aber auch den mit der Linie Holland—Holländisch-Indien aushält. Von italienischer Seite werden Bildübermittlungsversuche zwischen Italien und Südamerika angestellt. Das sind Daten, die den Prozeß der Raumverengerung der Erde, der Raumverminderung zugleich belegen und in immer höherem Grade an der Aufhebung der Isolierung Amerikas arbeiten.

In Südamerika macht ein Verkehrs- und Wirtschaftsproblem zugleich von sich reden. Es handelt sich um eine künstliche Wasserverbindung zwischen dem Marañongebiet und der pazifischen Küstenregion Nordperus, die der Bewässerung dieser letzten Trockenzone dienen soll. Üppige Zuckerrohr- und Baumwollfelder lohnen die Bewässerung dieses Bezirkes, der zudem das Petroleumfeld Perus darstellt. Ein großes Bewässerungsprojekt, das 225000 ha der Departements Lambayeque und Piura mit Wasser versorgen soll, will Wasser des Marañongebietes in den Dienst dieser Aufgabe stellen. Dabei sollen durch einen 16 km langen Tunnel Wasser des Huancabamba, eines Marañonnebenflusses, durch Andenkämme hindurch der Chira zugeleitet werden.

Wie wenig international die amerikanische Arbeiterschaft eingestellt ist, lehrt der panamerikanische Arbeiterkongreß in Washington, der sich gegen die dritte Internationale gewendet hat, der er die Schuld an den ständigen Unruhen in Mexiko zuschreibt. Trotz der Mißstimmung der Südamerikaner wegen des Vorgehens der Union im Nicaraguakonflikt anerkennt er allgemein den Standpunkt der Vereinigten Staaten in der Ablehnung einer Zusammenarbeit mit Rußland.

Es ist höchst beachtenswert, daß sich neuerdings der Amerikaner Elmer Barnes gegen die Kriegsschuldlüge gewendet hat. Durch die Aktenpublikationen Deutschlands, Englands, Rußlands sei der Beweis erbracht, daß Deutschland nicht die Schuld an der Herbeiführung des Weltkrieges beizumessen sei. Damit seien die Grundlagen des Versailler Diktats und des Dawesplanes, nämlich die angebliche Feststellung der Alleinschuld Deutschlands am Weltkrieg, erschüttert. Zusammenfassend stellte er fest, daß man dagegen Frankreich, Rußland und Serbien eine positive Kriegsschuld zuschreiben müsse.

Letzte Nachricht: Als letzte Nachricht von Wichtigkeit kommt nach Abschluß des Berichts die Kunde von dem Indianeraufstand in Bolivien, auf dessen durchaus symptomatische Bedeutung wir im nächsten Heft eingehen werden.

GUSTAV AMANN:

DER KOMMUNISMUS IN DER NATIONALISTISCHEN REGIERUNG CHINAS

(Sun Yatsens Vermächtnis, VIII. Teil)

Noch wer vor zwanzig Jahren nach China kam, der bekam ein glückliches Bild von diesem fruchtbarkeitsgesegneten Lande. Welche geruhige Daseinsfreude umstrahlte

den Wanderer, der seine sonnenwarmen Straßen zog! — Ein dienstfertiges, emsiges, ungezähltes Volk, ameisenhaft übersät es mit dunklen Pünktchen diese, in der Sonne backende, stromdurchzogene Ungemessenheit trächtiger Felder. Am Horizont, an kahler Hügelkette ermahnt eine aufsteigende Rauchsäule noch ihrer emsigen Gegenwart. Der arbeitsgebeugte Bauer, dem wir begegnen am Straßenrand, richtet sich auf an seiner Hacke und ruft uns freundlich neugierig an: „He, Fremder, wo kommst du her; wo gehst du hin?" —

Da zieht müde eine Pilgerschar des gleichen Wegs. Am knorrigen Wanderstabe schwingend, begleitet der, Pilgerhut aus Orchideen und Gräsern breitrandig gewunden, die beladenen Schritte der Grauröcke nach dem fernen, fernen Kloster der Kuanyin, der Göttin der Barmherzigkeit, der zu Füßen sie ihre Erdenbürde ablegen wollen. Gütige Blicke ernten unsere Kupfermünzen und noch lange klingt uns murmelnd nach: „O Mane Padme Hum." — Fröhlich tappen die nackten Füße unserer Stuhlträger weiter des Weges. In glühendem Dunst versinkt die Sonne im Westen, es winkt die Herberge und ein lustig Liedchen steigt auf: „Vierzig Li haben wir heute getragen und am Abend schenkt uns der Fremde ein Krügchen Wein!" — „He, Freund, wo gehst du hin?" so rufen die Träger dem Wanderer zu, den wir soeben überholen. Ein Bäuerlein im Sonntagshäs, den papiernen Regenschirm unter dem Arm. Rüstig ausschreitend erzählt er lustig, daß er von der Hochzeit der Tochter komme. „Dort in dem kleinen Dorf, ihr seht das Tempeldach noch über jenes Gauliangfeld herüberschauen. Sie bekam einen guten Mann! Der Schwieger hat zehn Mau Land und sein Sohn machte schon das zweite Examen. Er wird bald eine gute Beamtenstelle vom Kaiser bekommen. — Doch sagt mir, wer sind die Fremden, wo kommen sie her? — ist die junge Weibsperson da in der roten Jacke auch eine Braut?" — „Ha, nein," meint stolz der Träger, sich unter der Last des Tragstuhles umwendend, „das ist doch die Frau des Fremden da! — sie hat neun Söhne, und heute abend schenkt sie uns ein Krügchen Wein — und fremde Zigaretten!" — Einen Hut trägt unser Wanderfreund, einen fremden Hut. — „Zeig her, das ist ein schöner Hut." — „Ja, der wird mir auch zehn Jahre halten; er ist aus fremden Filz", meint der Bauer, indem er den Hut herreicht, und innen im Rande lesen wir: Glockner, Freiburg i. Br. Weiß Gott, aus unserer eigenen Heimatstadt! — Noch lange in das Feilschen und Markten in der Herberge hinein (denn ach, das Geld ist eine kostbare Sache und schwer zu bekommen für die Chinesen, da muß gehandelt und gefeilscht werden um jeden erhaschbaren Käsch) unterhielten wir uns noch über den schönen Beruf, diesem guten Volke all unsere herrlichen Dinge des Westens zu bringen. — Diesem friedfertigen Volke, dessen Straßen man auf hundert Meilen bereisen konnte, ohne einen Gendarmen zu treffen. Diesem guten Volke, bei dem uns, trotz aller Dürftigkeit der äußeren Lebensgüter, an jedem Kreuzweg das große Zeugnis begegnete: der ZUFRIEDENHEIT MIT DEM GESCHICK. —

Das waren die Chinesen der unverbrüchlichen Vertragstreue, das China, das wir liebten. —

Noch bis unter die letzten Herrscher der Ching-Dynastie war das chinesische Volk eine homogene Masse geblieben. Homogen und demokratisch gehalten durch den im Familiensystem gezüchteten Sinn für Gegenseitigkeit in der Gesellschaft, der Pflichten des Vermögenden gegenüber dem wirtschaftlich Schwachen; und durch dieses Familiensystem noch fest zusammengehalten zu einem Staat ohne inneren Klassenkampf. Die unangezweifelte Autorität des Familienältesten über alle Familienangehörige, über deren Lebensfragen bis hinab zur Bestimmung der Ehegatten, mit der Pflicht, not-

falls jedem Familienglied Unterkunft und Nahrung zu gewähren und seine Verantwortung nach außen für alle Angehörige, erhielt die gleiche Disziplin unter den Einzelnen aller Kreise, der Bauern, der Handwerker und der städtischen Handelsleute. Berufsgilden, in sonst freiem Handel und Gewerbe, disziplinierten Sitten- und Rechtsanschauungen des sozialen Getriebes, während ununterschiedlich jeder Abkomme jeder Familie (mit Ausnahme von Fleischer, Friseur und Gerichtsdiener), sofern er Neigung für die Obliegenheiten des Staatsbeamten hatte und sich in freiem Studium die nötigen Kenntnisse erwarb, durch öffentliche Examinas die höchsten Staatswürden erreichen konnte. Das alles, neben absolutester Gewissensfreiheit in religiösen Fragen, schuf ein demokratisch beseeltes, homogenes Volk und ein Staatswesen von enger Fühlung und Duldung zwischen Volk und Obrigkeit; einen Staat ohne Klassenkampf und unter allen Chinesen die Zufriedenheit mit dem Geschick. —

Wie sich dieses selbstgenügende und selbstzufriedene Staatswesen dem Eindringen unserer westlichen, mechanistisch-utilitaristischen Zivilisation gegenüber zuerst abschließen wollte und wie diese Isolierung von den Fremden niedergeschossen wurde, wissen wir; — wie seine Staatsmänner und Denker, ein Chang Chitung, Li Hungchang, Kang Yuwei u. a., dann sich mit dem fremden Eindringling politisch und kulturell auseinanderzusetzen versuchten, wie zuletzt nach der Revolution von 1911 gerade der alte, zuunterst auf dem Familiensystem gründende, Staatsmechanismus die Auflösung des Staatswesens verursachte, und wie dann Sun Yatsens Volksgedanke und die Einsicht zur Notwendigkeit eines neuzeitlichen Wirtschaftssystems die Renaissance Chinas anstrebt und, so hoffen wir, anbahnt, das haben wir alles verfolgt, und darum ist es uns jetzt leicht, all das Gute und Schöne, das wir fortgeschrittene Westländer den Chinesen brachten, auch soziologisch recht zu würdigen.

Zuerst brachten wir den Chinesen viele technische Dinge, Hüte aus fremden Filz und noch andere schöne Sachen, die die Chinesen recht sehr freuten. Dann brachten wir ihnen fremde Schulen und Missionare. Durch die ersteren erreichten wir, daß die öffentlichen Examinas abgeschafft wurden, daß jetzt nicht mehr jeder Abkomme jeder chinesischen Familie durch freies Studium zu den höchsten Staatswürden kommen kann, sondern nur die, die für diese neue Schulbildung bezahlen können; und die letzteren, die Missionare, die brachten eine Religion der allein seligmachenden christlichen Kirchen, von der der Japaner, Professor Gito Sakamoto, sagt: „Daß sie weder der Ehrlichkeit noch der Elternverehrung (neither loyality nor filial piety) einen Ausdruck gibt, und daß, weil diese Prinzipien die Hauptpfeiler der asiatischen Moral sind, eine Religion, die diese Prinzipien vergessen läßt, nicht nur ungeeignet, sondern sogar eine positive Gefahr für die Nation ist." — Also, wir brachten den Chinesen, mit einem Wort gesagt, in unseren Schulen und in unserer Religion: unsere westliche Gewissensfreiheit; und die Folge davon ist, daß der Familienälteste nicht mehr unangezweifelte Autorität über seine Familienangehörigen hat, daß er nicht mehr über alle Lebensfragen der jungen Familienglieder und nicht mehr die Ehegatten in der Familie bestimmt, und folglich auch vielfach nicht mehr für Unterkunft und Nahrung der abtrünnigen Angehörigen sorgen mag. Die Familiendisziplin über die Einzelnen im Staat wurde gelöst. — Dann brachten wir den Chinesen auch unsere Rechtsanschauungen. Wir lehrten sie, daß keineswegs die ganze Familie für Engagements eines Einzelnen haften braucht. Wir zwangen sie, Handelsgesetze, GmbH-Gesetze für Handel und Gewerbe aufzustellen und die Disziplin über Sitten und Rechtsanschauungen im Handel und Verkehr den Gilden zu entziehen und diesen GmbH-Gesetzen zu überlassen. Die Folge im Verkehr des Handels davon ist, daß das moralische Ge-



bundenheitsgefühl bei geschäftlichen Engagements rasch schwindet, das früher dem Chinesen den sprichwörtlichen Ruf unverbrüchlicher Vertragstreue gab, und daß dafür bald sprichwörtlich sein wird: „So verräterisch wie ein Chinese." — Zuletzt brachten wir die fremden Fabrikbetriebe in die Hafenstädte Chinas, und damit riefen wir, nicht zuletzt, ein heimatloses, von Hand zu Mund darbendes, aber gieriges Arbeiterproletariat hervor.

Jeder Fremde in China wird beteuern, daß wir den Chinesen nichts genommen haben; auf die schönen Städte deutend, in denen der Fremde wohnt, auf die Dampfschiffe, Eisenbahnen, Post, Telegraphen und Presse deutend, wird er beteuern, daß der Chinese nur gewonnen hat. — Aber, ach, was ist aus der Zufriedenheit mit dem Geschick geworden, haben wir die dem Chinesen etwa nicht genommen? —

Diese Tatsachen, die wir schon früher berührt und hier nun mit dem Finger klar umrissen aufzeigen, als grundlegend vor Augen zu haben, ist notwendig für die richtige Betrachtung der Ereignisse seit unserem letzten Bericht von Ende Januar des Jahres (Sun Yatsens Vermächtnis VII). Ist es doch gerade der Umstand, daß das große Publikum von diesen Tatsachen nichts wissen kann, was es der fremden Presse in China möglich macht, und auch jenen Berichterstattern, die für den Zweck hierhergeschickt wurden, ermöglicht, den Mantel russisch-kommunistischer Intrige über die, aus der tief im chinesischen Volke wuchernden Unzufriedenheit mit einem ihm von außen aufgedrückten Geschick hervorbrechende Revolte zu breiten. Oder ist es, um eigenen, festgefaßten Plan Schritt für Schritt zu verfolgen, um die russischen Sowjets jetzt und hier zu einer Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Welt zu stellen — oder ist es gar um ein Selbstbewußtsein zu bemänteln? —

Wenn das in nationalistischer Bewegung aufgestandene Volk Missionare und Missionsschulen aus dem Innern Chinas vertreibt, so ist es ein kommunistischer Schlag der Russen gegen Englands Weltinteressen! Wenn die gierige Proletariermasse der Hafenstädte streikt und unvernünftige Lohnforderungen brutal erzwingen will, so ist es Kommunismus; wenn in Nanking undiszipliniertes Soldatenpack beim Einzug in die eroberte Stadt raubt und mordet, so ist das „organisiert" von der kommunistischen Partei, die die Regierung in Wuhan terrorisiert. Man umstellt das russische Konsulat in Shanghai und läßt die russische Legation in Peking durchsuchen, wo dann von Chang Tsolin die schönst verfaßten „Funde" russischer Anzettelung zu kommunistischem Umsturz in China durch die Presse geschickt werden. —

Das alles ist sehr geschickt und findet auch fertigen Widerhall bei den vielen fremden Kaufleuten in China, die unbewußt sind der zersetzenden Wirkung der westlichen Zivilisation unter den Chinesen. Denen scheint alles richtig und ohne Zweifel, was in den Zeitungen steht; aber es bleibt unvermögend, den Wissenden zu überzeugen.

Das eine ist wahr, es gibt eine chinesische kommunistische Gruppe. Diese Gruppe wurde noch zu Lebzeiten, und von Sun Yatsen selbst, in die Kuo-Min-Tang aufgenommen, und zwar aufgenommen, um den chinesischen Militärs in der Partei die Möglichkeit zu nehmen, die Organisation für eine Militärdespotie zu usurpieren. Aber diese kommunistische Gruppe soll nicht herrschen, und beherrscht die Regierung in Wuhan nicht. Nicht mehr als ein Drittel des „Zentralexekutivrates" ist bekannt, als zu einer kommunistischen Proletarierdiktatur neigend, und nur einer der Minister, Hsu Chien, der Justiz- und Kultusminister ist, zu Recht oder zu Unrecht, wegen seiner Vertreibung von fremden Schulen und Missionen von den Fremden der Proletarierdiktatur angeklagt.



Von diesem Hintergrunde wird sich eine wahre Bedeutungsgebung der äußeren Ereignisse nun schon abheben lassen, aber noch müssen wir einen Blick auf den Aufbau der nationalistischen Regierung werfen, um auch die Vorgänge im Innern der Regierung richtig in das Gesamtbild zu bringen:

Alle chinesischen Bürger der Provinzen, der Dependenzien und die Überseesiedler wählen oder ernennen die „Kuo-Min-Tang-Delegierten" zu dem jährlich zusammentretenden, allgemeinen Nationalkongreß.

Der allgemeine Nationalkongreß bestätigt 35 Mitglieder für den

Zentralexekutivrat.

Dieser ist das, dreimonatlich einige Tage tagende, allmächtige Organ der Regierung. Er bestellt die Komitee- und Ratsmitglieder (und auch die Minister) aller anderen Regierungsorgane aus der Mitte seiner Mitglieder, und ruft sie wieder ab; er ratifiziert die Gesetzesvorlagen der Komitees und der Räte; er ist die höchste Autorität in Parteifragen und in politischen und militärischen Angelegenheiten des Reichs.

Achtundzwanzig Mitglieder des Zentralexekutivrates konstituieren das

Exekutivkomitee der Nationalistischen Regierung.

Neun Mitglieder werden ernannt zum

Stehenden Komitee des Zentralexekutivrates.

Die Mitglieder des ersteren betätigen sich auf dem ganzen großen Felde der sozialen Aufgaben der Regierung: der Bauern-, Arbeiter- und Handelsangelegenheiten, der Jugend- und Frauenfragen, der Überseesiedler, der Organisation und der Propaganda-Geschäfte; während dem Stehenden Komitee des Zentralexekutivrates die Parteientscheidungen in den Arbeitspausen des Rates obliegen.

Das Stehende Komitee des Zentralexekutivrates ergänzt sich durch weitere sechs Mitglieder zum

Politischen Rat (oder politischen Büro)

und neun Militärs zusammen mit sechs Zivilisten des Zentralexekutivrates bilden den

Militärischen Rat,

als eigentliche Exekutiven oder Geschäftsträger der Außenwelt gegenüber sind

fünf Minister

und Ministerien errichtet.

Das ist das Schema des Aufbaues der Nationalistischen Regierung zu Wuhan. Dabei muß man sich jedoch hüten, dieses Schema als ein gußeißernes anzusehen. Noch ist seine praktische Ausgestaltung und auch die Arbeitsverteilung im Flusse und wird fortschreitend den sich meldenden Bedürfnissen angepaßt. Die Besetzung der Ämter wechselt so, wie es die Besonderheit der gerade zu lösenden Aufgaben erfordert, oder so, wie wechselnde Tendenz in der Regierung zur Geltung kommt; während die Besetzung mehrerer Ämter gleichzeitig durch dieselbe Person herrschender Tendenz starke Auswirkung verleiht. So sind zur Zeit die Minister für Verkehr und für Justiz, Sun Fo und Hsu Chien, gleichzeitig Mitglieder des Militärischen Rates, des Stehenden Komitees des Zentralexekutivrates und Mitglieder des Exekutivkomitees der Nationalistischen Regierung. Der Minister der Finanzen T. V. Soong ist gleichzeitig Mitglied des Politischen und Militärischen Rates und des Komitees der Nationalistischen Regierung; ferner ist der Minister des Auswärtigen, Eugene Chen (Chen Yuren), gleich-



zeitig Mitglied des Politischen Rates und des Komitees der Nationalistischen Regierung.

Es bleibt noch zu erwähnen, daß gegenwärtig der Zentralexekutivrat sich zusammensetzt aus 13 Militärs, 20 Zivilisten und den Frauen der verstorbenen Führer Sun Yatsen und Liao Chungkai.

Als Chian Kaishek, Mitte Januar bei seinem Besuch in Hankau, den Streit vom Zaun brach, besaß er ein Übergewicht persönlichen Einflusses in der Regierung. Er war selbst Vorsitzender des Politischen und Militärischen Rates und des Stehenden Komitees des Zentralexekutivrates. Bei seinem kraftvollen Vorgehen gegen die kommunistischen Extremisten seinerzeit in Kanton war Wang Chingwei in den Urlaub nach Frankreich geschickt worden, und Chiang Chinkiang, der persönliche Berater und Freund Chiang Kaisheks, ward an dessen Stelle Vorsitzender des Zentralexekutivrates, was jetzt seinen nicht geringen Vorteil für Chiang Kaishek hat. — Nach einem glänzenden Feldzug an den Jangtse glaubt jetzt Chiang Kaishek offen diktieren zu können und verlangt die Verlegung der Hauptstadt von Wuhan in den Schatten seiner Macht in Nanchang. — Nun ist es aber leider in der Welt so eingerichtet, daß sich ein geopolitisches Momentum bei der Wahl einer Hauptstadt zwingender melden kann als selbst ein sieggekrönter Chiang Kaishek mit persönlichem Übergewicht in der Regierung, und sein eigennütziger Schlag prallte zurück von der Macht der Naturgegebenheit, auf ihn selbst. Was bleibt einem sieggekrönten Chian Kaishek in Nanchang zu tun, der diese Naturgegebenheit nun einmal nicht beseitigen kann, der darüber sein persönliches Übergewicht in der Regierung verliert und der von einer, von Antiimperialismus und Antimilitarismus getragenen Volkserhebung bitter angeklagt dasteht, der atavistischen Tuchun-Natur, als Militarist und Imperialist: was bleibt ihm zu tun bei einem neuen zentralisierten fiskalischen System, das mit den alten Tuchun-Requirierungen aufgeräumt hat? — Es bleibt ihm der kommunistisch gefärbte Mantel, den die Fremden in China für ihre Zwecke so gut zu verwenden verstehen, und es bleibt ihm, an die Geldquelle Shanghais zu marschieren. — Lammweiße Unschuld von jedem Machtstreben protestierend, schleudert er kommunistische Indizien gegen die restive Wuhan-Regierung und marschiert durch Chekiang nach Shanghai.

In Shanghai und am unteren Jangtsekiang sind inzwischen allerhand Veränderungen vor sich gegangen.

Da haben die fremden Mächte 10000 oder 15000 Truppen gelandet, Stachelzäune um das fremde Stadtgebiet gezogen und befestigte Punkte in das chinesische Territorium hineingeschoben. Wir sind vorbereitet und fühlen uns sicher. —

Am 15. Februar fiel das propagandistisch gut vorbereitete Chekiang, die Haupstadt Hangchow, Eisenbahn und Truppen, nach geringfügigem Widerstand in nationalistischen Besitz.

Sun Chuangfang in Nanking zitterte, zitterte mit Recht, denn Freund Chang Chungchang überschritt den Jangtsefluß von Pukow kommend, um die Verteidigung Kiangsus zu übernehmen, Sun Chuanfang und seine Truppen durch 30000 Shantungleute und weißrussische Regimenter abzulösen. So verschwindet Sun Chuanfang, der Freund der Mächte, die ihre Hand über Shanghai halten, ruhmlos in der Versenkung. — Da ist ein Verschieben der Truppen, ein Kommen und Gehen von Bewaffneten und Waffen auf allen Wegen der Provinz, ein Panzerzug mit weißrussischer Besatzung patrouillierte die Bahn auf und ab von Nanking bis Shanghai; die Zeitungen berichten von einer Verteidigungslinie, an der die nationalistischen Truppen bereits halt-

machten; von Kinshan am Meer, über Hutchou, Jishing, Taiping nach Nanking ziehen sich die Gräben, die Bombenwerfer, die General Sutton in Mukden macht, und eine entschlossene Verteidigung. Der gepanzerte Zug mit weißrussischer Besatzung beschützt Shanghai. —

In der Shanghai-Niederlassung sind wir, wie gesagt, gut vorbereitet und fühlen uns sicher. Sollte da nicht der neugierige Shanghai-Resident an diesem schönen Nachmittag, die Geschäfte sind ja tot und nichts zu tun, in seinem Auto „unsere Verteidigung" inspizieren und vielleicht sich etwas hinaus wagen ins friedlich knospende Land? So geschah es, daß der spazierenfahrende Shanghai-Resident diesen schönen Nachmittag des 20. März einen gestikulierenden chinesischen Offizier und einige Mannschaften auf der Straße traf. Sie deuten in die Ferne, wo auch schon einige Schüsse krachen, und sie beschwören das Auto umzukehren. Sie sind da, die Kantonesen sind da, und in der Nacht bricht denn auch das Pandämonium los in den chinesischen Teilen Shanghais, außerhalb „unserer Verteidigung". —

Der Panzerzug mit weißrussischer Besatzung steht am Shanghai-Nordbahnhof und beschützt die chinesische Stadt Chapei. Ringsum brennt es, die Straßen hallen wieder vom Straßenkampf. Kantonesische Soldaten sind eigentlich fast keine da; Schwarzröcke, Arbeitertrupps überfallen die Polizeistationen, bewaffnen sich mit erbeuteten Waffen und Munition, schlachten, was sie an Nordtruppen finden oder was sich nicht durch unsere Barrikaden hinter „unsere Verteidigung" rettet. Der gepanzerte Zug mit weißrussischer Mannschaft verteidigt sich tapfer, bis zur letzten Patrone, ergibt sich dann — und man hat nie wieder von ihr gehört. —

So fiel Shanghai an die Nationalisten. Aber Wusieh, Chingkiang, Nanking sind uneinnehmbar für die Kantonesen, so sagen uns die fremden Zeitungen, und zum 23. März melden sie drahtlos eine Schlacht, die westlich vor Nanking tobt. — Von Pukow her überschreiten Tausende von Chang Chungchangs Truppen in dichten Massen den Jangtsekiang nach Nanking, so wird drahtlos berichtet; — und — am 24. März ist das reguläre Nordheer, alle 30000 Mann, und die weißrussischen Regimenter, ohne einen Mann im Kampf verloren zu haben, über Chingkiang und den Großen Kanal nach Norden — entflohen; zurücklassend eine gefährliche Horde zersprengter Nordsoldaten, vagabundierender Auflösungsreste von Sun Chuanfangs Macht, in Nankings Straßen stehlend, deren nützlichem Beispiel dann die ersten, planlos schießend, führerlos einziehenden nationalistischen Soldaten marodierend und plündernd folgen.

Wie Missionare und Lehrer, fremde Kaufleute und Konsulate sich, vom Pandämonium überrascht, zusammenrotteten, wie sie von der Soldateska umzingelt, manche verwundet und gar erschossen und schließlich durch die Besatzungen amerikanischer und englischer Kriegsschiffe herausgehauen wurden, auch daß der nationalistische General Chen Chien sofort bei seiner, ach, zu späten Ankunft in der Stadt die Soldateska durch Kommandopfeifen und Trompeten zu sammeln versuchte, das wissen wir schon im einzelnen aus den Zeitungen, die diese ganze, ohne Zweifel kommunistisch organisierte Mordanzettelung von Fremden in Nanking in aller Welt verbreiteten.

Da haben wir nun eine gespannte internationale Lage in China. — Da ist Wuhans kommunistische Mordanzettelung gegen Fremde in Nanking, die nach Sanktionen schreit; da ist eine kommunistische Verschwörung, die die Arbeiter von Shanghai bewaffnete für den unzweifelhaften Zweck, die Fremdenniederlassungen Shanghais zu stürmen, und da ist eine Wuhan-Regierung, die den Fremden schon mit kommu-



nistischer Tücke die Niederlassungen in Hankau und Kiukiang entrissen hat — müssen wir da nicht 35 größte Kriegsschiffe vereint nach Hankau senden, mehr fremde Truppen als nur 15 000 oder 20 000, die schon in Shanghai sind, hierher holen und vereint diesen Russen, die doch selbstverständlich hinter allem stehen, müssen wir nicht auf diese verräterische Note der Sowjets, die beteuert, daß selbst Indignitäten wie die Verletzung der Unantastbarkeit ihrer Gesandtschaft in Peking kein Grund zu einem Weltkriege abgeben soll, mit „entschlossener und positivster" Sanktionspolitik Wuhan gegenüber antworten? —

Das ist die gespannte internationale Situation in China, die natürlich die Hauptsache ist. —

Daneben ruhen aber doch die bösen Geister im chinesischen nationalistischen Lager nicht. — Weiß Gott, ein in Shanghai und Nanking eingezogener Chiang Kaishek und seine Kohorten haben jetzt blutig roten Stoff genug gegen den Stier in Wuhan zu schwenken. Ist diese kommunistische Verschwörung Wuhans, die geschmeidig die Arbeiter Shanghais bewaffnete zum Zweck, die Macht an der Geldquelle einem erobernden Chiang Kaishek zu entwinden, nicht empörender Verrat an der Kuomintang-Sache, ist es nicht tückisch, wie Wuhan die Vorsitzendenämter in der Regierung durch Beschluß des Zentralexekutivrates einfach abschafft, nur zum Zweck, das persönliche Übergewicht Chiang Kaisheks in der Regierung zu vernichten, und wie gefährlich ist der Beschluß Wuhans, nun die Hauptstadt nach Nanking zu verlegen! — Der siegreiche Chiang Kaishek bemerkt, nichts weniger als siegreich zu sein. — Denn wenn diese Wuhan-Regierung nach Nanking kommt, so wird der kommunistische Mantel fallen, der ihr umgehängt ist. Da heißt es handeln, bevor es zu spät ist, und am 18. April erklärt Chiang Kaishek die Militäroligarchie in der Kuo Mintang. Eine neue nationalistische Gegenregierung zu Wuhan wird in Nanking errichtet. Nicht nur mit Militaristen besetzt, es finden sich auch alle Zivilisten ein, die in Shanghai ihrer Chance warteten; jene in England und Amerika erzogenen, von kapitalistischen Instinkten durchtränkten Zivilisten, die vor dem revolutionären Geiste der Kuo Mintang in Kanton nicht hatten bestehen können. Die zivilen Institutionen der Finanzen, des Verkehres, des Auswärtigen werden, wo Chiang Kaishek im nationalistischen Reiche militaristische Anhänger hat, ergriffen, und ein Kreuzzug des Köpfens und Erschießens von unbotmäßigen Arbeitern in der Shanghai Chinesenstadt, nach bestem Tuchun-Muster, sichert die Macht über die Geldquelle.

Ein hoher Berg ängstlicher Fragen versperrt uns jetzt die Aussicht in die Zukunft. Wird die kommunistische Seifenblase wirklich die fremden Mächte zu einer gemeinsamen Intervention, zu einem Krieg mit Rußland in China vereinigen? — Wird sie Chiang Kaisheks Militäroligarchie vor der Rache der getäuschten Volkserhebung bewahren? — Sun Chuanfang und Chang Chungchang mußten dieses selbe Land kampflos verlassen, weil ihr Köpfen und Morden von ihnen unbotmäßigen Arbeitern das Millionenvolk der Bauern und Arbeiter im Innersten erbost hat, weil dieses Millionenvolk fieberisch ist auf Befreiung vom chinesischen Militarismus. Auch kein Chiang Kaishek noch seine Kohorten können mehr ungestraft auf chinesischen Menschenleben trampeln! Wie, wenn Wuhan voran marschierte, Peking eroberte? — noch hat Wuhan eine treugebliebene Waffenmacht.

GEOPOLITISCHE STATISTIK DES „WIRTSCHAFTSDIENST" (HAMBURG)

Der Aussenhandel der Vereinigten Staaten von Amerika

a) Nach Erdteilen und Ländern (Werte in 1000 $)

Erdteile bzw. Länder	1926 Import	1926 Export	1920 Import	1920 Export	1912/13 Import	1912/13 Export
Insgesamt	4 430 890	4 808 465	5 279 398	8 228 759	1 813 008	2 465 884
Europa	1 285 869	2 309 705	1 227 842	4 466 655	892 866	1 479 074
Davon Großbritannien	383 189	972 384	513 846	1 825 029	259 564	597 149
Deutschland	198 460	364 114	88 836	311 437	188 963	331 684
Frankreich	152 030	263 779	165 654	676 193	136 877	146 100
Italien	102 527	157 401	75 357	371 767	54 107	76 285
Niederlande	101 893	135 795	95 226	246 451	38 180	125 909
Belgien	77 799	99 289	47 443	282 479	41 941	66 845
Schweden	43 999	40 861	31 612	114 780	11 174	12 104
Schweiz	42 053	8 253	54 556	44 909	23 260	826
Spanien	41 334	68 204	42 513	151 440	23 220	31 471
Tschechoslowakei	28 309	2 967	10 159	7 077	—	—
Norwegen	25 076	24 880	21 627	94 661	8 418	8 391
Rußland	13 502	48 499	1 825	15 446	26 958	25 363
Dänemark	5 508	50 577	20 573	85 074	2 974	18 687
Nord-, Mittelamerika	1 011 668	1 176 883	1 663 451	1 929 136	361 943	617 413
Davon Kanada	475 886	738 474	611 788	971 854	120 571	415 449
Kuba	250 569	160 487	721 695	515 082	126 088	70 581
Mexiko	169 368	134 994	180 191	207 854	77 543	54 383
Asien	1 400 601	564 543	1 283 800	771 954	276 494	115 056
Davon Japan	400 692	260 754	414 654	377 961	91 633	57 741
Straits Settlements	383 799	13 563	191 778	18 984	35 712	3 606
Britisch-Indien	150 887	50 008	176 073	99 857	67 949	11 040
China	143 146	110 205	192 705	145 736	39 010	21 326
Niederl. Indien	125 615	27 607	167 415	59 078	6 221	3 151
Philippinen	103 796	68 648	112 950	99 830	21 010	25 384
Ceylon	55 805	2 588	33 186	3 220	12 559	462
Hongkong	11 293	12 818	45 859	25 907	4 019	10 431
Südamerika	567 978	443 508	761 053	623 910	217 734	146 147
Davon Brasilien	235 307	95 449	227 587	156 740	120 155	42 638
Argentinien	88 137	143 574	207 776	213 725	26 863	52 894
Chile	81 442	49 043	120 515	55 310	27 655	16 076
Venezuela	23 315	39 690	22 388	29 151	10 852	5 737
Peru	21 796	29 352	63 730	47 037	9 666	7 341
Uruguay	18 423	23 015	33 780	33 720	2 450	7 522
Australien, Südsee	68 344	212 705	192 965	271 441	37 543	79 102
Davon Australien	45 738	168 694	45 982	119 912	10 956	43 351
Neu-Seeland	18 826	41 574	25 568	48 754	4 385	9 079
Afrika	96 427	101 118	150 285	165 661	26 425	29 088
Davon Ägypten	35 221	10 338	97 015	38 123	19 907	1 660
Britisch-Südafrika	19 826	51 079	20 616	60 939	3 305	14 488



b) Nach Warengattungen

Die wichtigsten Importwaren (Werte in Mill. $)

Warengattung	1926	1920	1910/14
Rohgummi	505,8	242,7	86,3
Rohseide	392,8	284,8	77,1
Kaffee	322,7	252,4	101,5
Zucker	232,5	1015,1	104,5
Papier	139,5	80,8	11,4
Petroleum	124,6	66,7	4,9
Zellulose, Holzmasse	121,5	89,4	14,6
Pelzwaren	117,4	92,3	14,8
Wolle	106,7	126,9	39,3
Zinn	104,8	92,6	41,5
Kupfer	99,7	90,0	47,8
Häute, Felle	96,8	243,8	104,6
Früchte	87,3	101,5	28,6
Leinen	82,2	89,3	29,4
Pflanzliche Öle und Fette	79,0	108,0	26,5
Holzwaren	74,6	76,0	17,6
Wollwaren	70,7	58,1	21,5
Ölsaaten	70,5	—	15,1
Düngemittel	69,2	114,8	40,7
Baumwollwaren	67,2	137,5	67,2
Diamanten	66,4	—	34,7
Rohtabak	60,6	81,6	31,7

Die wichtigsten Exportwaren (Werte in Mill. $)

Warengattung	1926	1920	1910/14
Baumwolle, roh	814,4	1136,4	551,9
Petroleum	554,2	589,3	133,1
Maschinen aller Art	400,2	595,6	100,1
Automobile, Teile davon	320,2	298,2	23,4
Weizen, Weizenmehl	284,7	821,4	106,2
Kohlen, Koks	203,9	359,8	55,7
Eisen, Stahl	174,1	498,2	91,3
Kupfer	141,2	141,7	112,4
Rohtabak	136,9	245,5	44,7
Tierische Fette	136,2	191,6	84,5
Baumwollwaren	131,1	402,0	44,9
Früchte	111,8	84,3	28,0
Fleisch	98,7	273,4	62,7
Leder	49,8	108,8	39,1
Wollwaren	37,9	64,3	25,6
Gummiwaren	37,9	85,4	12,4
Schiffsbedarfsgegenstände	36,9	34,5	23,1
Ölkuchen, Ölpulver	26,5	18,0	24,7

Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten von Amerika
im Jahre 1925 (Werte im Mill. $)

Bilanzposten	Kredit	Debet	Bilanz
A. Laufende Beträge			
Sichtbare:			
Warenhandel	4 934	4 268	+ 666
Unsichtbare:			
Zinsen auf die interalliierten Schulden	160	—	+ 160
Private Zinsen, Dividenden	520	165	+ 355
Schiffsfrachten	75	83	— 8
Regierungszahlungen	—	5	— 5
Ausgaben der Touristen	100	660	— 560
Spenden	—	50	— 50
Rücksendungen der Eingewanderten	—	310	— 310
Abgaben auf Filme	75	—	+ 75
Unsichtbare Beträge:	930	1 273	— 343
Insgesamt laufende Beträge:	5 864	5 541	+ 323
B. Kapitalbewegung			
Neue auswärtige Anleihen (ohne Umwandlung)	—	920	— 920
Käufe und Verkäufe von Wertpapieren	411	90	+ 321
Rückzahlung auswärtiger Anleihen	140	—	+ 140
Rückzahlung interalliierter Schulden	27	—	+ 27
Währungsgeld der U. S. A.	—	62	— 62
Insgesamt Kapitalbewegung	578	1 072	— 494
C. Gold und Silber			
Gold	262	128	+ 134
Silber	99	65	+ 34
Insgesamt Gold und Silber	361	193	+ 168
Alle Beträge (A+B+C)	6 803	6 806	— 3
Veränderung der Bankguthaben	—	—	— 61
Verbleibende Differenz	—	—	— 64

An die Regierung der Vereinigten Staaten zu leistende Zahlungen auf Grund der Fundierungsabkommen

Land	Datum der Fundierung	Fundierungssumme in 1000 $	Verzinsungsdauer	Zinssumme in 1000 $
Großbritannien	18. Juni 1923	4 600 000	1923—1984	6 505 965
Frankreich	29. April 1926	4 025 000	1931—1987	2 822 674
Italien	14. November 1925	2 042 000	1931—1987	365 677
Belgien	18. August 1925	417 780	1926—1987	310 050
Jugoslawien	3. Mai 1926	62 850	1938—1987	32 328
Rumänien	4. Dezember 1925	44 590	1940—1987	55 945
Polen	14. November 1924	178 560	1923—1984	257 127
Tschechoslowakei	13. Oktober 1925	115 000	1944—1987	127 740
Estland	26. Oktober 1925	13 830	1923—1987	19 501
Finnland	1. Mai 1923	9000	1923—1984	12 695
Lettland	24. September 1925	5775	1923—1984	8183
Litauen	22. September 1924	6030	1925—1986	8501
Ungarn	25. April 1924	1939	1924—1985	2754

Insgesamt (Fundierungssumme + Zinssumme) 22 143 539 993 $.

Geschätzter Wert der amerikanischen Anlagen im Ausland 1925

(in Mill. $)	Regierungs-seitig garantiert:	Industriell gesicherte und direkte Anlagen	Total:
Europa	1 825	675	2 500
Latein-Amerika	910	3 300	4 210
Kanada und Neu-Fundland	1 175	1 650	2 825
Asien, Australien, Afrika und übrige Gebiete	520	350	870
Zusammen	4 430	5 975	10 405

Oskar Aust:

WELTWIRTSCHAFTLICHER REICHTUMSAUSGLEICH

Zum Transferproblem

I.

Die interalliierte Verschuldung, ferner die internationale Verschuldung, die auch die sogenannte Reparationsfrage mit einschließt: die Weltverschuldung also, die in der Hauptsache eine Verschuldung Europas gegen die Vereinigten Staaten von Amerika darstellt — und demgegenüber die solcher Verschuldung im wesentlichen nicht entsprechenden Außenhandelsverhältnisse der beteiligten Länder: diese sich in den einzelnen Handels- und Zahlungsbilanzen sowie in der Weltschuldenbilanz widerspiegelnden Tatsachen gaben die Veranlassung dazu, ebenso wie sie auch die Berechtigung dafür dartun, daß neuerdings über den weltwirtschaftlichen Reichtumsausgleich intensiver nachgedacht worden ist, als es vorher der Fall war.

Ein neues Gebiet der Sozialökonomie ist damit zwar nicht betreten worden — schon seit Jahrhunderten bemühten sich Wirtschaftstheoretiker darum, es abzuleuchten und zu durchdringen, aus welchen Bemühungen heraus zum Beispiel schon im Jahre 1664 die sogar heute noch erhebliche Bedeutung besitzende Schrift von Thomas Mun, Englands Treasure by Foreign Trade, hervorging. Jedoch tritt dieses Gebiet der internationalen Wertverschiebungen dem heutigen Theoretiker in wesentlich veränderter Gestalt, nämlich ungleich vielseitiger, gegenüber als etwa dem Theoretiker des Merkantilismus: die weltwirtschaftlichen Beziehungen und damit auch weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten sind gegen früher unvergleichlich enger und bedeutsamer geworden. Heute kann und muß man sogar von einer weltwirtschaftlichen Solidarität sprechen, und zwar sowohl im Hinblick auf normale Friedens- als auch auf Nachkriegszeiten, was früher um so weniger der Fall war, je mehr wir zeitlich zurückgehen.

In früheren Zeiten vermochten vor allem auch Kriegskontributionen — womit wir hier Zahlungen von Land zu Land als direkte Folge eines Krieges meinen, ganz gleich, wie man sie im besonderen nannte oder heute nennt — nicht den Einfluß auf die Weltwirtschaft, die es damals im heutigen Sinne vielleicht noch gar nicht gab, auszuüben als heute. Wegen der innigen Verflechtung aller heutigen Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft wird die Wirkung, die heute solche Zahlungen ausüben, eine ungleich stärkere und weitreichendere sein; ihre Wirkung wird sich auf alle der Weltwirtschaft eingegliederten Volkswirtschaften erstrecken. Diese Wirkung, die ja an sich nicht gerade eine ungünstige sein muß, wird sich aber um so unheilvoller gestalten, je höher die Zahlungen sind, um die es sich hierbei handelt. Als Maßstab möge hier schon ein kurzer Hinweis dienen: die Besatzungskosten deutscher Gebietsteile allein bis Ende des Jahres 1922 betrugen bereits mehr als die gesamte Kriegsentschädigung Frankreichs 1871. Diese Kriegsentschädigung machte höchstens 3% des französischen Nationalvermögens aus, während jetzt von Deutschland ca. 50% seines Volksreichtums verlangt werden, den es vor dem Kriege besessen hatte.

Vor allem aber verwirrten und verwirren noch Vorstellungen, die sich auf die Verhältnisse noch früherer Zeiten gründen, die Begriffe der Politiker — und auch mancher „Nationalökonomen" und „Geschäftsleute". So hat England bis zum Jahre 1790, innerhalb der letzten 144 Jahre bis dahin, 66 Kriege geführt, um fremden Handel zu vernichten. Die Bemühungen waren durchaus „produktiv", denn die entsprechenden Zeiten (die Kriegszeiten 1689—1713, 1756—1763 und auch 1793 bis 1815) waren auch die Epochen stärkster Reichtumssteigerung in England*).

Darauf im wesentlichen ist es auch zurückzuführen, daß in der Vorkriegszeit behauptet und es auch geglaubt werden konnte, Aufwendungen zur kriegerischen Niederkämpfung unangenehmer wirtschaftlicher Konkurrenten seien produktiv, denn sie steigern den eigenen Nationalreichtum auf Kosten anderer Nationen.

Die Wirkungen des letzten Krieges auf den Nationalreichtum, vor allem auf den Außenhandel gerade desjenigen Landes widersprechen den von ihm gehegten Erwartungen, in dem die gekennzeichnete irrige Denkweise bekanntlich am festesten Fuß gefaßt hatte: England ist gemeint. Ein Vergleich der englischen Vorkriegsaußenhandelsverhältnisse mit den heutigen wie überhaupt der Zahlungsbilanzen erweist es, daß der aus wirtschaftlichen Erwägungen gegen Deutschland geforderte Krieg durchaus

*) s. Schmoller, Allg. Volkswirtschaftslehre, 2. Aufl., II. Bd., S. 683 u. I. Bd., S. 88.

kein „gutes Geschäft" war. Professor John Busteed erinnert in seinem Aufsatz im „Weltwirtschaftlichen Archiv" *) über „The Foreign Trade and Production of the United Kingdom" daran, daß England durch den Verlust auswärtiger Märkte ein Zwanzigstel seines Nationaleinkommens verloren habe; 1913 betrug der entsprechende Anteil an diesem 30%, 1923 aber nur noch 25% (die Hälfte der Arbeitslosigkeit in England sei darauf zurückzuführen).

Von wesentlicher Bedeutung sind aber auch die Wertverminderungen in einzelnen Volkswirtschaften durch den Weltkrieg selbst, für die wir in der Vergangenheit — man nehme etwa den schon erwähnten Krieg von 1870/71 — keinerlei Vergleichsobjekte zu finden vermögen. So wies Karl Helfferich darauf hin**), daß man hinsichtlich Deutschlands nicht zu hoch greifen werde, wenn man die nur aus einer beschränkten Reihe innerdeutscher Ursachen hervorgegangene Verminderung des deutschen Volksvermögens auf mindestens 50 Milliarden Goldmark schätzt, wozu aber noch der Verlust an ausländischen Kapitalanlagen jeder Art, die — damalige — Verschuldung an das Ausland und der Übergang inländischen Vermögens in fremde Hände tritt, wofür er weitere 30 Milliarden mindestens in Ansatz brachte: im ganzen schätzte Helfferich im Jahre 1924 solchen Verlust an deutschem Volksvermögen auf mehr als 150 Milliarden Goldmark. Bemerkt zu werden verdient es hierbei, daß das Dawes-Komitee in seinem Gutachten „nennenswerte" Verluste Deutschlands solcher Art abstreitet.

Nun zur Höhe der jetzt in Rede stehenden internationalen Wertübertragungen, wobei die überragende Bedeutung des Problems vor allem der finanziellen Liquidierung des Weltkrieges offenbar wird.

2.

Nach einer auf den 31. Dezember 1924 abgestellten Zusammenstellung***) betrug die staatliche Verschuldung der Welt mit Ausschluß der Reparationsforderungen gegen Deutschland an diesem Zeitpunkt insgesamt 190 Milliarden Goldmark.

Verhältnismäßig nicht viel weniger als diese Summe würde nach der gegenwärtigen Lage der Dinge Deutschland allein seinen Reparationsgläubigern insgesamt zu zahlen haben, wenn es pro Jahr „nur" (Wohlstandsindex!) den Satz des 1928 beginnenden Normaljahres von $2^1/_2$ Milliarden Goldmark während eines Zeitraumes von 62 Jahren — gleichwie die Mehrzahl der interalliierten Schuldner — zahlen müßte: dies wären dann bis zum Jahre 1987 von Deutschland ca. 150 Milliarden Goldmark.

Dieser letztere Betrag würde sich auf die einzelnen „Reparationsberechtigten" verteilen; da diese aber selbst wieder (mit alleiniger Ausnahme der Vereinigten Staaten) „interalliierte" Schuldner sind, und diese wieder insgesamt den Vereinigten Staaten verschuldet sind, würde ein erheblicher Teil dieser deutschen Gesamtsumme in Amerika landen: die Vereinigten Staaten erwarten nämlich bis zum Jahre 1987 allein von reparationsberechtigten Ländern 21 306 Millionen Dollar, das sind rund 90 Milliarden Goldmark.

*) 24. Bd., Heft 2, Okt. 1926. Näheres s. in „The Economist" v. 17. Nov. 1923: Prof. Bowley, The Numerical Importance of our Foreign Trade.
Vgl. auch Prof. H. Levy, Der Weltmarkt 1913 und heute, Leipzig 1926, z. B. S. 85.

**) Volksvermögen, Volkseinkommen und Steuerlast einst und jetzt; Zeitschrift Weltpolitik und Weltwirtschaft, Januar 1925, S. 10 ff.

***) s. „Wirtschaft und Statistik", 1925, Heft 16 und 17.

(Von nicht-reparationsberechtigten Ländern erwarten sie kaum 4% dieser Summe*.)

Gesamteuropa und die Vereinigten Staaten von Amerika treten also innerhalb der gesamten Weltverschuldung deutlich in den Vordergrund, wobei jedoch nicht übersehen werden darf, daß hier noch kurz anzudeutende, sich aus der Gestaltung der Zahlungsbilanzen schon ergebende Schwierigkeiten transferpolitischer Art zwischen der Alten und der Neuen Welt auch innerhalb Europas bestehen. Hier gruppieren sich diese Schwierigkeiten erklärlicherweise um Deutschland.

Was die Vereinigten Staaten anlangt, so ist vor allem die bekannte Tatsache hier noch besonders hervorzuheben, daß ihre Handelsbilanz gegen Europa nach wie vor aktiv ist, ja, die Einfuhr der Vereinigten Staaten sich gegenüber der Vorkriegszeit sogar von Europa, insbesondere zugunsten Asiens, immer mehr abgewandt hat**). Dies ist aber noch nicht genug. Nicht nur während der Kriegszeit und in der unmittelbaren Nachkriegszeit gewährten die Vereinigten Staaten europäischen Ländern Kredite — an eigentlichen Kriegskrediten rund 40 Milliarden Goldmark —, sondern auch nachher und bis heute exportieren sie in umfangreichem Maße Kapital, und insbesondere auch nach Europa. An sonstigem Kapital (für Kommunen, gewerbliche Zwecke und ähnl.) investierten die Vereinigten Staaten inzwischen weit über 10 Milliarden Goldmark in Europa; — die Schuldzahlungen, die in der Zwischenzeit erfolgten, auf dem Gebiete der Reparationen sowohl als auch auf anderen Gebieten, finanzierten sie im wesentlichen. Von Entschuldung der Welt infolge solcher Leistungen kann somit nicht die Rede sein; das Gegenteil ist vielmehr der Fall (England allein kann als Schuldner hier ausgenommen werden, da diesem zur Schuldentilgung wahre Überschüsse zur Verfügung stehen).

Die leitenden Motive der heute führenden Völker, insbesondere der Vereinigten Staaten, sind hier nicht zu erörtern — es müßte wohl dann über Wirtschaftsimperialismus wie u. a. auch über das Streben nach Beherrschung wichtiger Rohstoffgebiete gesprochen werden, jedoch können unsere bisherigen Andeutungen mit der Bemerkung abgeschlossen werden, daß schon die oben angeführten Zahlen das „Sachverständigen-Gutachten" des Dawes-Komitees manchem in einem ganz neuen Lichte dürften erscheinen lassen.

3.

Auf die Verminderung der Leistungsfähigkeit Deutschlands ist oben bereits hingewiesen worden. Wir wenden uns nun vor allem Deutschland zu, dem in transferpolitischer Hinsicht ja die weitaus größte Bedeutung zukommt. Entgegen den hierfür in Betracht kommenden Ausführungen im Dawesplan kann behauptet werden, daß Deutschlands Leistungsfähigkeit durch den Krieg bei weitem in größtem Maße geschmälert worden ist; es dürfte dies kaum ernstlich bestritten werden können***), wobei auch an die durch den Ruhreinbruch verursachten ganz enormen Schäden erinnert sei. Durch Kriegsgewinne, vor allem durch territoriale, ist die Verminderung der Leistungsfähigkeit anderer Kriegführender infolge des Krieges, wenn

*) Näheres s. „Wirtschaft und Statistik", 1927, Heft 1.

**) Vgl. hierzu z. B. die Abhandlungen von Dr. Hermann A. L. Lufft, Die weltwirtschaftlichen Bindungen der Vereinigten Staaten, und von Dr. Hermann Bente, Die Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten für 1925; Weltw. Archiv, 24, 2, Okt. 1926.

***) Hingewiesen sei dazu auf den Inhalt der im Zentralverlag Berlin 1923 und 1924 erschienenen amtlichen Denkschriften „Deutschlands Wirtschaftslage unter den Nachwirkungen des Weltkrieges" und „Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen".

teilweise vielleicht nicht gar wettgemacht, so doch sehr erheblich beschränkt worden; man denke hierbei auch an den Zuwachs desjenigen Landes, das die wahren Verhältnisse hier oft genug zu täuschen versucht hat, an den Zuwachs Frankreichs nämlich durch Gewinn der besonders in rohstofflicher und industrieller Hinsicht so überaus wertvollen deutschen Reichslande, durch welchen Gewinn Frankreich erst wahrhaft zu einer Industriemacht aufstieg.

Walter Russell Batsell unterzieht in seinem Buche „The Debt Settlements and the Future*), und zwar im Kapitel VI über „The Coming Financial Anarchy", die Kriegsgewinne der einzelnen Länder einer näheren Betrachtung. Seinen Ausführungen über Frankreich können wir zwar nicht voll zustimmen; aus dem, was er über Italien sagt, möge seine Bemerkung hervorgehoben sein, daß Italien sich nun einer beachtenswerten Stellung in der Welt erfreut, und daß seine produktiven Kräfte wie nie zuvor am Werke sind.

Hinsichtlich der oben schon erwähnten innigen Verbindung der Frage der interalliierten Verschuldung mit der Reparationsfrage möge folgendes, nur die bedeutendsten beteiligten Länder umfassendes Bild hier wiedergegeben sein**):

Staat	Hat an seine Gläubiger auf Grund d. Schuldabkommen im Durchschnitt der ersten zehn Jahre zu zahlen Goldmark	Erhält von Deutschland im Normaljahr jährlich Goldmark	Mehr oder weniger an deutschen Reparationen jährlich Goldmark
England	675 000 000	506 000 000	— 169 000 000
Frankreich	ca. 445 000 000	1 154 000 000	+ 709 000 000
Italien	125 000 000	195 000 000	+ 70 000 000
Belgien	31 000 000	94 400 000	+ 63 400 000

Dieses Bild veranschaulicht es uns deutlich, worauf oben bereits hingewiesen wurde, daß nämlich die deutschen Reparationen letzten Endes zum großen Teil in die Kassen des amerikanischen Schatzamtes fließen.

Über die Schwere der Belastung Deutschlands sei noch einmal auf die Leistung des auch heute noch wohlhabenden Englands an Amerika hingewiesen: für 1927 stellt sich diese auf 672 630 000 Goldmark, und sie steigt allmählich bis auf jährlich rund 780 000 000 Goldmark; bis zum Jahre 1984 sind Jahreszahlungen von insgesamt 46 645 053 000 Goldmark vorgesehen. Im Hinblick schon auf diese Zahlungen Englands sagt J. M. Keynes im Hamburger „Wirtschaftsdienst" vom 16. Januar 1925, daß sie für dieses Land äußerst schwer zu tragen seien: sie entsprechen etwa zwei Dritteln des englischen Flottenbudgets, und sie sind „fast gleich unseren gesamten staatlichen Unterrichtsausgaben". „Mit einem gleichen Aufwand während desselben Zeitraums wären wir in der Lage, die Elendsviertel zu beseitigen und unserer Bevölkerung behagliche Wohnungen zu bauen." So urteilt Keynes über Englands Druck durch seine Schuldverpflichtungen, die jedoch, wie obiges Bild zeigt, der im wesentlichen intakt gebliebenen englischen Volkswirtschaft, und zwar aus deren wahren Überschüssen, noch lange nicht einmal ein Zehntel derjenigen Summe entziehen, die Deutschland zu leisten hat und die es bisher nur aus seiner Vermögenssubstanz (Erhöhung der Verschuldung) zu leisten vermochte.

*) Paris (Lecram-Press) 1927, S. 111.

**) Nach Dr. Kurt Fudickar, Deutsche Reparationen und interalliierte Kriegsschuldenabkommen, Berlin 1926 (Reichsverband der Deutschen Industrie), S. 107.



Auf die beträchtliche Verminderung von Deutschlands Leistungsfähigkeit macht auch, ganz im Sinne etwa von Professor Gustav Cassel, Professor Robert Liefmann in seiner Schrift „Vom Reichtum der Nationen, Untersuchungen über die sogenannten Reparationsfragen und die internationalen Verschuldungs- und Währungsprobleme", Karlsruhe (G. Braun) 1925, aufmerksam. Er betont in dieser Schrift das unglaubliche wirtschaftliche Unverständnis, das auf den hier berührten Gebieten — von Versailles bis Dawes und darüber hinaus — gezeigt worden ist, und zwar, wie Liefmann nachweist, zum schließlichen Schaden aller beteiligten Länder.

Liefmann stellt es heraus, daß die Länder, in denen auch heute noch wirtschaftliche Unvernunft ihre größten Triumphe feiert, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich sind. Auch W. R. Batsell überschreibt einen Teil seines erwähnten Buches mit: „America the Keystone of the European Financial Arch"; und in seinem Schlußabschnitt erwähnt er den Titel eines vor einigen Jahren erschienenen und vielgelesenen Buches „Whither France, whither Europe". W. R. Batsell meint hierzu, daß diese damals erhobene Frage heute noch unbeantwortet ist. An ihrer Stelle möge nun gefragt werden: „Whither Debt Settlements and Reparations, whither Europe", denn Frankreich sei der Schlußstein des Gebäudes, das sich Europas finanzielle Zukunft nennt (— „for France is now only the keystone of the arch named Europe's Financial Future"). Dieser Autor hält es für an der Zeit, in dem Meer, in das unsere Betrachtungen hier hineinführten, Anker zu werfen und Umschau zu halten, bevor ein Auflaufen auf die finanziellen Klippen erfolgt.

Bei einem Teil unserer bisherigen Betrachtungen stand der Begriff der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Mittelpunkte. Liefmann betont es und weist es nach, daß wirtschaftliche Zusammenhänge es verlangen, daß der Reichtum der vorgeschrittenen, namentlich der industriell führenden Völker nicht wesentlich von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abweicht. Wie wenig aber die heutige Reichtumsverteilung der Kulturhöhe und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht, ergibt sich aus folgender amerikanischer Statistik der Volksvermögen (in Millionen Dollar):

	1912	1922
Vereinigte Staaten	186	320
England	79	88
Frankreich	57	67
Deutschland	77	35,7

Liefmann bemerkt hierzu, daß danach vom Volksreichtum 1922 auf den Kopf der Bevölkerung in runden Summen entfällt:

in Amerika ca.	12 000 Goldmark,	
in England und Frankreich ungefähr	7 500 „	und
in Deutschland etwa	2 300 „	

Niemand wird es ernsthaft zu bestreiten vermögen, daß diese Zahlen auch heute noch grundsätzlich richtig sind, jedenfalls aber sehr bedeutungsvoll und vielsagend sind.

Diese Zahlen schon dürfen es verständlich erscheinen lassen, wenn ein anderer Autor unseres Gebiets glaubt zusammenfassend sagen zu können, daß es von den Reparationen abhängen wird, ob man noch von einer Tendenz des weltwirtschaftlichen Reichtumsausgleichs oder aber von einer solchen des weltwirtschaftlichen Armutsausgleichs sprechen kann; es ist dies Dr. R. Schulz in seiner Schrift „Die Gestaltung des Außenhandels in Schuldnerstaaten", Karlsruhe (G. Braun) 1926.



4.

Liefmanns „Theorie des weltwirtschaftlichen Reichtumsausgleichs" kann wegen Raummangels hier nicht näher behandelt werden (es sei auf Liefmanns erwähnte Schrift hingewiesen). Das gleiche gilt hinsichtlich der wirtschaftlichen Mittel und Wege, durch die solcher Reichtumsausgleich sich vollzieht*). Diese Mittel sollen nach ihren Hauptarten nur ganz kurz angedeutet werden. Es kommen so in Betracht:

1. Warenausfuhr,

2. Übernahme von Leistungen der ärmeren Länder für andere Länder (Lohnarbeit im Lande, Veredelungsarbeit, Wanderarbeit, Vermittelungsdienste und Dienste auf dem Gebiete des Verkehrs),

3. Kapitaleinfuhr aus den reicheren Ländern in die ärmeren.

Das stärkste Mittel zur Sicherung der Reichtumsausgleichstendenz liegt darin, daß man mit dem Gelde eines Landes immer nur im Lande selbst kaufen kann.

Deutschland gegenüber wurde bekanntlich schon vor dem Weltkriege der Vorwurf erhoben, es treibe in erheblichem Umfange Dumping. Solcher Vorwurf war nicht ganz unberechtigt: Deutschland gehörte schon damals zu den „Völkern ohne Raum", und es mußte seinen Export forcieren. Auch ohne Kriegstribute wäre es heute in seiner durch das Versailler Diktat herbeigeführten verkleinerten Gestalt und vergrößerten Bevölkerungsdichte zu verstärktem Export gezwungen. Der damit in Verbindung stehende Zwang zur Unterbietung von Konkurrenten — „Dumping" — ist durch seine Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten noch sehr erheblich gewachsen. Das Dumping als das am meisten in die Augen springende Symptom der Wirkung jener Ausgleichstendenz kann nicht aufhören, solange nicht die wirtschaftliche Vernunft in der Weltwirtschaftspolitik wieder zur Herrschaft gelangt ist; deutscher Export setzt sich trotz hoher Zölle durch, weil Deutschland dadurch seinen Konkurrenten gegenüber im „Vorteil" ist, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit aufs Existenzminimum gesetzt ist und billiger als andere liefern kann. Diese aber, die Deutschland so an die Wand drückt, die aber auch dadurch Schaden erleiden, daß das heutige Deutschland für sie nicht mehr der aufnahmefähige Markt ist, der es sein könnte, wenn es wohlhabender bzw. weniger belastet wäre: diese Länder nehmen fortgesetzt an Deutschlands Armut Anteil, ebenso wie Deutschland — richtig gesehen — von ihrem Reichtum „zehrt", ihn mindert: — an einem Punkte der langen Kette, mit der wir es zu tun haben, veranschaulichten wir so die Wirkung, die dynamische Wirkung der erwähnten Ausgleichstendenz.

Die weltwirtschaftliche Solidarität, von der wir eingangs sprachen, macht sich geltend, weil sie auf ökonomischen Gesetzmäßigkeiten beruht**).

Sinngemäß gilt das hinsichtlich Deutschlands Angedeutete für Europa überhaupt, wie es im April 1927 der englische Finanzmann Sir George Paish deutlich aussprach: Europa nähert sich dem finanziellen Zusammenbruch, so sagte er. Eine Abhilfe gebe es nur in der Streichung der Schulden und in der Niederschlagung der Reparationsverpflichtungen. Die Welt sei sich noch nicht völlig bewußt, daß Europa aus einem Großgläubiger ein Großschuldner geworden sei. Der Krieg habe für Europa einen jährlichen Einkommensverlust von 1200 Millionen Dollar bedeutet.

---

*) In späteren Aufsätzen soll Näheres folgen.

**) s. Aust, Probleme der Weltwirtschaft, Ein Rückblick auf die Genfer Weltwirtschaftskonferenz und ein Ausblick, Wirtsch. Nachr. f. Rhein u. Ruhr, Nr. 25 vom 23. 6. 1927.



DR. WILHELM GROTKOPP:

ENTWICKLUNGSTENDENZEN DES AMERIKANISCHEN AUSSENHANDELS

„Dollarisierung der Welt", „Enteuropäisierung der Weltwirtschaft", diese und ähnliche Schlagworte sollten in den letzten Jahren dem „Mann des Volkes" die große Umwälzung klarmachen, die auf dem Weltmarkt vor sich gegangen ist. Ist denn nun tatsächlich den Vereinigten Staaten von Amerika ein so großer Kriegsgewinn verblieben, daß diese Schlagwörter berechtigt sind? Erobert tatsächlich der Dollar die Welt, verdrängt die amerikanische Industrie die europäische? Wird es ein Überrennen der europäischen Wirtschaft geben? Das Wirtschaftsleben aller Länder hat nach der schweren Kriegs- und Inflationszeit wieder relativ normale Formen angenommen, solche Sprünge aufwärts und abwärts wie in den Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren sind fürs erste nicht mehr zu erwarten, so daß eine Beantwortung obiger Frage heute möglich erscheint. Man kann sich fragen: Wo stehen wir, auf welcher Basis werden sich künftig Amerika und Europa treffen?

Da heißt es zunächst: auf einer sehr engen Basis. Der Weltmarkt von heute ist nicht mehr derselbe wie der von 1913, der Weltmarkt hat für die meisten Länder eine relativ geringere Bedeutung als früher, sie kaufen und verkaufen weniger. 1924 belief sich der Welthandel nicht einmal auf den Umfang des der Vorkriegszeit, 1925 war er allerdings schon um 5 % größer als 1913. Aber noch ist die Basis, was die Klagen der Exporteure aller Länder beweisen, zu eng, noch sind zu wenig Möglichkeiten geboten, um für die im Inland nicht absetzbaren Waren auf dem Weltmarkt Käufer zu finden und so den nötigen Import bezahlen zu können. Und in diesem engen Rahmen haben, was ja in diesem Zusammenhang überaus wesentlich ist, die Vereinigten Staaten ihre Stellung verstärkt, sie haben als einziges Land ihren Export wesentlich ausbauen können.

Zunächst kurz einige Zahlen über die Entwicklung des amerikanischen Außenhandels. Der Wert des Exportes amerikanischer Waren belief sich 1913 auf 2448 Mill. Dollar, im Durchschnitt der Jahre 1915—1920 auf 6417 Mill. Dollar, erreichte 1920 mit 8080 Mill. Dollar seinen Höhepunkt, fiel aber, zum Teil entsprechend dem Preisrückgang, auf 3765 Mill. Dollar im Jahre 1922, stieg dann ständig an, und zwar auf 4819 Mill. Dollar im Jahre 1925. Der nominelle Rückgang des Exportwertes auf 4712 Mill. Dollar im Jahre 1926 ist im wesentlichen auf den Preisfall für Agrarprodukte zurückzuführen, unter Berücksichtigung dieser Preisbewegung ergibt sich sogar eine Erhöhung des Exportes um 6 %. Für die Entwicklung des Importes ist fast dieselbe Tendenz festzustellen, nur geht die Linie in den Jahren 1915—1920 nicht so stürmisch aufwärts, und der Rückgang um 1921 ist nicht so stark. 1913 betrug der Wert des Importes 1793 Mill. Dollar, 1920 5278, 1921 2509 und 1926 4431 Mill. Dollar. Sehen wir von den anormalen Verhältnissen der Kriegs-

und ersten Nachkriegsjahre ab, so ergeben sich deutlich zwei wesentliche Tatsachen: 1. Die beachtliche, aber für einen „Kriegsgewinnler“ doch nicht allzu beträchtliche Ausdehnung des Gesamtaußenhandels im Vergleich zur Vorkriegszeit und zwar von 6812 Mill. Dollar (wobei Reexport fremder Waren im Gegensatz zu obigen Zahlen unberücksichtigt bleibt) im Jahre 1922 auf 9046 Mill. Dollar im Jahre 1926. 2. Dies Ansteigen war am schwächsten von 1922 auf 1926, als Englands und Deutschlands Kampf um den Weltmarkt sich stärker fühlbar machte als bisher.

Doch was besagen diese nackten Zahlen? Liegt hier nur eine quantitative Veränderung vor oder auch eine qualitative? Haben wir auf dem Weltmarkt damit zu rechnen, daß die U. S. A. dieselben Waren kaufen und verkaufen wie in der Vorkriegszeit? Keineswegs, aber es ist auch zu beachten, daß schon in der Vorkriegszeit wesentliche Änderungen der Struktur des Außenhandels der U. S. A. festzustellen waren, Änderungen, die deutlich die wachsende Industrialisierung des Landes erkennen ließen. Immer mehr verloren die U. S. A. ihren Charakter als Agrarland, immer stärker ging der Export von Nahrungsmitteln, unverarbeiteten und verarbeiteten, zurück. Auch für den Export von Rohstoffen ließ sich ein leichter Rückgang feststellen, während der von Fertigwaren ständig stieg. Das entsprechende Bild bot die Importseite: Zunahme des Importes von Rohstoffen, Rückgang des von Fertigwaren. Diese Entwicklung hielt an in der Nachkriegszeit, ist also für diese nichts speziell Neues. Ja es zeigt sich sogar, daß die Forcierung des Fertigwarenexportes vor dem Kriege stärker war als nach dem Kriege. Also hat der Krieg diese Entwicklung gar nicht begünstigt? Diese Frage läßt sich einwandfrei nicht beantworten. Doch ist zu beachten, daß die Steigerung des Anteils der Fertigwaren am Gesamtexport von 24,1 % in den Jahren 1901—1905 auf 32 % im Jahre 1913, also um ein Drittel, sehr stark war, daß z. B. für diese Zeit für Deutschland und England ein Rückgang festzustellen ist, und zwar von 65,9 % auf 63,7 % bzw. 80,3 % auf 77,9 %, während sich für Frankreich die geringe Steigerung von 56,4 % auf 60,8 % ergibt. Die Entwicklung wäre wohl nicht in demselben Maße fortgeschritten, wenn nicht der Weltkrieg die Konkurrenten geschwächt und den Absatz von Fertigwaren auf dem Weltmarkt erleichtert hätte. Diese Entwicklung sei an Hand einer Tabelle veranschaulicht:

Export.

Exportjahr	Rohstoffe Mill. Doll.	%	unverarbeitete Nahrungsstoffe a	unverarbeitete Nahrungsstoffe b	verarbeitete Nahrungsstoffe a	verarbeitete Nahrungsstoffe b	Halbfabrikate a	Halbfabrikate b	Fertigwaren a	Fertigwaren b
1881—85	262	33,8	163	21,0	197	25,5	37	4,8	116	14,9
1901—05	432	30,3	174	12,2	316	22,2	161	11,3	344	24,1
1910—14 Fiskalj.	713	33,5	127	5,9	295	13,8	342	16,0	654	30,7
1913	777	31,7	170	6,9	325	13,3	397	16,2	780	31,9
1915—20*)	1169	18,2	588	9,2	1133	17,7	987	15,4	2540	39,6
1921—25	1187	27,5	420	9,7	601	13,9	537	12,5	1566	36,3
1926	1261	26,8	335	7,1	503	10,7	656	13,9	1956	41,5

*) Zeit vom 1. 7. 15—31. 12. 20 (selbstverständlich Jahresdurchschnitt).



Import.

Importjahr	Rohstoffe Mill. Doll.	%	unverarbeitete Nahrungsstoffe a	b	verarbeitete Nahrungsstoffe a	b	Halbfabrikate a	b	Fertigwaren a	b
1881—85	133	20,0	99	14,9	128	19,1	92	13,7	215	32,2
1901—05	325	33,4	126	12,9	120	12,4	162	16,6	240	24,7
1910—14 Fiskalj.	595	35,2	203	12,0	194	11,5	307	18,2	389	23,1
1913	620	34,6	221	12,3	198	11,1	340	19,0	413	23,1
1915—20*)	1348	40,1	408	12,2	545	16,2	574	17,1	484	14,4
1921—25	1290	37,4	383	11,1	448	13,0	609	17,7	720	20,9
1926	1793	40,5	540	12,2	418	9,4	804	18,1	876	19,8

Die heutige Struktur des amerikanischen Außenhandels zeigt sich hier deutlich: Der Import an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Halbfabrikaten überwiegt den Export dieser Waren um gut ein Viertel, während sich 1913 noch ein Exportüberschuß für diese Warengruppen ergab. In dieser Entwicklung kommt klar zum Ausdruck, daß die U. S. A. als Industriemacht auf den Weltmarkt treten, speziell als Verkäufer von Fertigwaren, wobei allerdings im Vergleich zu England und Deutschland der Unterschied besteht, daß diese Industriemacht eine junge ist, noch nicht alle Rohstoffe selbst verarbeitet und ihre agrarische Grundlage noch nicht verloren hat. Zur näheren Veranschaulichung sei ein kurzer Überblick über die wichtigsten Export- und Importgüter gegeben.

Die amerikanische Landwirtschaft liefert noch immer das wichtigste Exportgut, die Baumwolle. Der Wert des Exportes dieser Ware stieg gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1910—14 von 552 auf 814 Mill. Dollar im Jahre 1926, quantitativ beläuft sich diese Steigerung jedoch nur auf 6%, gegenüber 1914 ist sogar ein quantitativer Rückgang festzustellen. Für den amerikanischen Außenhandel bedeutet dies: Die Baumwolle nimmt zwar immer noch die führende, aber doch nicht mehr eine so entscheidende Stellung im Export ein: 1910—14: 26%, 1926: 17% des Gesamtwertes. Diese Entwicklung ist die am meisten zu beachtende rückläufige, sie deutet den durch die Produktionsstatistik bestätigten Rückgang in der Baumwollkultur an: Die Produktion war 1925 um ein geringes kleiner als 1914; 1914 wurden 63%, 1925 58% der Produktion exportiert. Hier zeigt sich denn auch die Bedeutung für den Weltmarkt. Die anderen Länder werden Baumwolle nicht mehr in demselben Maße wie früher aus Amerika beziehen können, da nicht mehr soviel angebaut wird.

Auch sonst zeigt sich deutlich, eine wie geringe Rolle landwirtschaftliche Produkte im Rahmen des Exportes spielen. Diese rückläufige Tendenz war allerdings schon für die Vorkriegszeit typisch, man denke z. B. an den Exportrückgang für Mais von 209 Mill. Bushel im Jahre 1900 auf 36,8 im Jahre 1910, konnte sogar in der Nachkriegszeit infolge der anormalen Lage auf dem Weltgetreidemarkt zum Stillstand gebracht werden, machte sich aber in der letzten Zeit wieder deut-

*) Zeit vom 1. 7. 15—31. 12. 20 (selbstverständlich Jahresdurchschnitt).

lich bemerkbar. Einige Zahlen seien kurz genannt: Der Anteil von Weizen und Weizenmehl am Werte des Außenhandels stieg von 5 % im Durchschnitt der Jahre 1910—14 auf 6 % im Jahre 1926, der von Weizengrütze von 2,6 % auf 4,3 % und der von Tabak von 2,1 % auf 2,9 %.

In diesem Zusammenhang sei ferner noch auf zwei andere wichtige Exportwarengruppen hingewiesen, auf die Produkte der Fleischpackerindustrie sowie auf Nüsse und Früchte. Der Anteil der Produkte der Fleischpackerindustrie am Werte des Gesamtaußenhandels ging im Zeitraum von 1910—14 bis 1926 von 6,9 auf 5 % zurück, der von Früchten und Nüssen stieg von 1,3 auf 2,4 %.

Eine ständig steigende Bedeutung erhält das Petroleum, dessen Anteil am Export im selben Zeitraum von 6 auf 12 % gestiegen ist (einschließlich Rohöl), so daß Petroleum jetzt mit einem Exportwert von 554 Mill. Dollar das zweitwichtigste Exportgut der U. S. A. ist. Die Ursache dieser Entwicklung dürfte so bekannt sein, daß hier wohl nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht. Erwähnt sei nur, daß Rohöl und Petroleum auch in größeren Mengen eingeführt wird. In diesem Zusammenhang seien noch folgende Zahlen genannt: Der Anteil von Kohle und Koks am Gesamtaußenhandel stieg in dem oben angegebenen Zeitraum von 2,6 auf 4,3 %, der der Produkte der Eisen- und Stahlindustrie fiel von 6,3 auf 5,3 %, der der Kupferindustrie von 5,7 auf 3 %, der von Holz von 3,1 auf 2,1 %.

Diesen fallenden Ziffern stehen die steigenden der ausgesprochenen Fertigwaren entgegen. Hier haben wir zwei führende Zweige, die Maschinen- und die Automobilindustrie, die mit einem Exportwert von 400 bzw. 320 Mill. Dollar im Jahre 1926 an dritter und vierter Stelle im amerikanischen Außenhandel stehen. Die Steigerung des Automobilexportes kann wohl als beispiellos bezeichnet werden, sie beträgt mengenmäßig gegenüber 1910—14 1510 %, wertmäßig 1271 %. Zwar wird sich die Steigerung nicht in demselben Maße fortsetzen, aber doch in beachtlichem Umfang, denn wir müssen bedenken, daß die Zeit der billigen „Konfektionsware", der Fordautos, für die U. S. A. vorbei ist, daß an teuren Wagen in den U. S. A. nicht mehr dieselben Massen abgesetzt werden können wie früher und deswegen, wenn die Produktion aufrechterhalten werden soll, der Export zu einer immer dringenderen Notwendigkeit wird, was sich ja auch in den Absatzgebieten bemerkbar macht. (Die Propaganda von General Motors, die Ford verdrängt haben!) Wenn eine Produktionseinschränkung vermieden werden soll, muß der Automobilexport immer mehr forciert werden, so daß es trotz der vielen Filialfabriken im Auslande gar nicht unwahrscheinlich wäre, wenn das Automobil das wichtigste amerikanische Exportgut wird. 1925 wurden 7,3 % der Produktion exportiert, im ersten Quartal 1927, als bekanntlich eine im wesentlichen durch zufällige Momente bedingte Absatzkrisis auf dem heimischen Markt entstand, sogar 10,8 % gegen 4,5 % im Jahre 1914. Von den Motorrädern wurden 59 % der Produktion 1925 im Ausland abgesetzt, gegen 11 % im Jahre 1914.

Viele Maschinen und Apparate müssen schon heute in stärkerem Maße als Automobile auf dem Weltmarkt abgesetzt werden, obgleich viele Firmen Filialbetriebe im Ausland errichtet haben. Einige Zahlen seien für 1925 genannt: Schreibmaschinen 40,7 %, Lokomotiven 32,5 %, Nähmaschinen 23 %, landwirtschaftliche Maschinen 20,5 %. Der Anteil des Maschinenexportes am Gesamtaußenhandel stieg von 7,5 % in den Jahren 1910—14 auf 8,5 % im Jahre 1926.

Diese Betrachtung der Exportseite zeigt uns, wie die Bedeutung des Fertigwarenexportes ständig steigt, eine wie große Bedeutung dieser Export für die heimische Industrie hat. Irgendeine Stockung im Absatz müßte die verhängnisvollsten Folgen zeitigen, deswegen wird es für die amerikanische Industrie und Wirtschaft immer mehr zu einer gebieterischen Notwendigkeit, diesem Export ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Zahlen zeigen uns ferner, welcher verhängnisvollen Selbsttäuschung sich diejenigen hingeben, die da glauben, daß Amerika dank seinem großen inneren Markt auf einen Export nicht angewiesen sei, sondern selbstgenügsam abgeschlossen von der Außenwelt sein wirtschaftliches Leben für sich fristen könne. Wie wenig autark Amerika heute ist, zeigt vor allem ein kurzer Blick auf die Importseite. Über die wichtigsten Importgüter orientiert die Tabelle auf Seite 767.

Es zeigt sich, daß die wichtigsten Importgüter vielleicht an sich nicht lebensnotwendig, aber doch bei dem gegenwärtigen standard of life unentbehrlich sind. Sehen wir von Petroleum ab, da es ja in weit größeren Mengen exportiert wird, so ergibt sich, daß fast die Hälfte des Importes von einigen Waren bestritten wird, die wir „armen" Europäer teilweise als Luxusgüter zu bezeichnen pflegen. Auf vier Konsumtionsgüter oder zu deren Herstellung bestimmte Rohstoffe entfällt sogar ein Drittel des amerikanischen Importes, nämlich auf Kautschuk, Rohseide, Kaffee und Zucker. Deutlich lassen diese Ziffern Typisches heutiger amerikanischer Zivilisation erkennen. Ein wichtiger Schluß läßt sich ziehen: Das reiche Amerika führt nicht im wesentlichen Rohstoffe ein, um sie wie Deutschland und England in verarbeitetem Zustand wieder zu exportieren, sondern Güter, die zur Aufrechterhaltung und Hebung seines standard of life notwendig sind. Man möchte sagen: der Import ist nicht „arbeits-", sondern „konsumorientiert". Es findet ein gewisser Reexport in verarbeitetem Zustand, wie von Autoreifen und Seidenwaren, statt, aber diese „Arbeitsorientierung" tritt doch nicht so stark in Erscheinung wie die „Konsumorientierung". Amerika kann es sich eben dank seinem natürlichen Reichtum erlauben, im wesentlichen Waren zu importieren, denen ein gewisser Luxus anhaftet, dagegen nur in geringen Mengen Waren, die zum Ausbau des Produktionsapparates nötig sind.

Bemerkenswert ist ja auch die rapide Zunahme des Importes dieser Güter, worin deutlich die ständige Steigerung des standard of life zum Ausdruck kommt. Zucker war in der Vorkriegszeit das wichtigste Importgut, die importierte Menge

ist um mehr als das Doppelte gestiegen, aber andere Güter haben eine noch größere Bedeutung erhalten: Der Kautschukimport stieg mengenmäßig auf fast das Neunfache, der Rohseideimport auf fast das Dreifache und der Kaffeeimport auf fast das Doppelte. Vergleichen wir in obiger Tabelle die die Wert- und Mengenveränderungen angebenden Ziffern, so zeigt sich, daß Preisveränderungen die Reihenfolge der Importgüter beeinflußt haben.

Woher bezieht Amerika die Waren, wohin führt es den Überschuß aus, nach welchen Ländern führen die Fäden des Güteraustausches? Hier ist durch den Krieg sehr stark eine Entwicklungstendenz gefördert worden, die sich schon in der Vorkriegszeit bemerkbar machte: Die Enteuropäisierung des Außenhandels der U. S. A. Hierüber möge zunächst eine Tabelle orientieren:

Durchschnitt der Jahre	Total In Mill. Doll.	Nordamerika Nord	Nordamerika Süd	Südamerika	Europa	Asien
		In Prozenten des Gesamtexportes				
Export						
1881—85	792	5,4	5,7	3,6	81,0	2,2
1901—05	1454	8,6	6,7	3,2	72,3	5,3
1910—14**)	2166	14,8	8,4	5,6	62,3	5,6
1913	2484	17,0	8,0	5,9	60,0	5,7
1915—20*)	6521	12,0	7,7	5,5	63,2	8,6
1921—25	4397	14,3	10,1	6,8	52,7	11,3
1926	4808	15,5	8,9	9,2	48,0	11,7
Import						
1881—85	667	6,3	14,4	11,4	55,1	10,5
1901—05	972	5,4	13,3	12,5	51,3	15,4
1910—14**)	1689	7,0	13,5	12,2	49,5	15,3
1913	1793	6,7	13,2	12,0	49,2	16,4
1915—20*)	3358	12,7	17,5	17,6	20,3	21,7
1921—25	3450	11,5	14,9	12,2	36,4	27,3
1926	4431	10,9	11,9	12,8	29,0	31,6

Am wesentlichsten ist ohne Zweifel die Verdrängung Europas aus seiner Stellung als Hauptlieferant Amerikas. Was soll denn auch Europa diesem industrialisierten Land heute noch liefern? Nur einige Waren europäischen Ursprungs nehmen für den Import eine beachtliche Stellung ein und werden es wohl auch noch künftig tun, so Holzschliff, Zellulose, Papier, Kali, viele Waren erscheinen aber auch in der Statistik, für die Europa, bes. England, nur Zwischenhändler ist, so daß hier leicht eine weitere Verdrängung möglich ist. England ist noch der wichtigste europäische Lieferant für den amerikanischen Markt, aber welche Abwärtsbewegung ist hier festzustellen! Seine Beteiligung am amerikanischen Import: 1910—1914 16,5%, 1926 8,6%. Dasselbe Bild für Deutschland: 1910 bis 1914 10,4%, 1926 4,5%. Hauptlieferant ist jetzt Asien, besonders der Osten

*) Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920.

**) Fiskaljahr.



und der Süden des Kontinents. Ostindien liefert Kautschuk, Japan Rohseide, um die beiden wichtigsten Güter zu nennen! China spielt dagegen eine relativ bescheidene Rolle, es deckt nur 3,2 % des amerikanischen Importes, Japan dagegen 9 %, der Süden und Südosten Asiens sogar 18,4 %. Sehr viele Waren bezieht Amerika aus den Nachbargebieten, wie besonders Kanada (Papier), Kuba (Zucker), Mexiko (Petroleum), auch Brasilien (Kaffee) sei hier genannt.

Während Europa seine Stellung als wichtigster Lieferant Amerikas eingebüßt hat, ist es noch immer Hauptabsatzgebiet, Getreide, Baumwolle, Petroleum finden weiterhin in Europa, besonders in England, ein sicheres Absatzgebiet; aber außerdem, was für die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie kein allzu günstiges Zeichen ist, Fertigwaren, wie besonders Maschinen und Automobile. In wachsendem Maße richtet sich aber der amerikanische Export nach den Nachbarländern des amerikanischen Kontinentes, nach Kanada gehen 15,4 %, nach Mittelamerika 8,9 %, nach Südamerika 9,2 %. Dagegen kommt Asien als Abnehmer weniger in Frage, so daß sich im Verkehr mit Asien für Amerika eine Passivität der Handelsbilanz in Höhe von 836 Mill. Dollar im Jahre 1926 ergibt. Aber der Anteil des fernen Ostens am amerikanischen Export stieg stärker als der irgendeines anderen Landes.

Versuchen wir nun, diese Einzelbilder zusammenfassend, die Haupttendenzen aufzuzeigen, so ist vor allem zu betonen: 1. Der Krieg hat im Warenverkehr keine Tendenzen hervorgerufen, die nicht auch schon in der Vorkriegszeit sich deutlich bemerkbar machten. Es ist anzunehmen, daß der ja wie ein Schutzzoll wirkende Krieg gewisse Entwicklungstendenzen gefördert hat, aber Positives läßt sich nicht sagen, da ja keiner weiß, welche Entwicklung der Außenhandel im Falle eines Nichteintretens des Weltkrieges genommen hätte. 2. Für den Export erlangen die Fertigwaren eine ständig steigende Bedeutung, die eingeführten Waren dienen in der Hauptsache der Aufrechterhaltung und Hebung des standard of life. Export und Import sind unbedingt nötig, so daß es falsch ist, von der Möglichkeit einer Selbstgenügsamkeit zu sprechen. 3. Die Frage, ob die amerikanische Industrie die europäische Industrie verdrängt, ist zu bejahen, doch ist es übertrieben, von einer Enteuropäisierung der Weltwirtschaft zu sprechen. Die amerikanische Konkurrenz machte sich schon in der Vorkriegszeit bemerkbar, jetzt jedoch in stärkerem Maße. Der Absatz europäischer Fertigwaren wird deswegen erschwert, und zwar besonders in den U. S. A. 4. Die Handelsbeziehungen zwischen Europa und Amerika verlieren immer mehr an Bedeutung, besonders der europäische Export nach Amerika. Stärker werden Amerikas Handelsbeziehungen mit der „neuen“ Welt, wo es gilt, Naturreichtümer auszubeuten und Fertigwaren abzusetzen, so Europa aus der neuen Welt verdrängend. 5. Alles zielt also auf eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen Amerika einerseits, England, Deutschland und auch Frankreich andererseits hin, auf einen Konkurrenzkampf,

der durch wirtschaftspolitische Maßnahmen Amerikas wesentlich verschärft wird.

Die verschiedensten wirtschaftspolitischen Maßnahmen deuten darauf hin, daß Amerika eine bewußte Außenhandelspolitik betrieben hat, um den Export zu erleichtern und den Import auf das Nötigste zu beschränken. Ja die Zollpolitik, dies wirksamste Mittel zur Hinderung des Importes, ist wohl in keinem Lande so rigoros ausgebaut wie in Amerika. Zielbewußt ist seit Mitte des vorigen Jahrhunderts, besonders seit 1867, als die Idee des Erziehungszolles sich in Amerika durchsetzte, daran gearbeitet worden, durch hohe Zölle den Aufbau einer eigenen Industrie auf Grundlage der einheimischen Naturreichtümer zu erleichtern. 1913 ging man dazu über, diese Erziehungszölle, da sie nun ja die Aufgabe der Schaffung einer Industrie erfüllt hätten, abzubauen und die Prinzipien des Freihandels langsam zu verwirklichen. Aber dieser Underwood-Tarif des Jahres 1913 blieb nur eine Episode, der Krieg machte den Abbau der Zölle illusorisch, förderte den Aufbau neuer Wirtschaftszweige, die nach Wiederherstellung normaler Verhältnisse nur unter dem Schutze höherer Zölle bestehen konnten. Die Vertreter der Hochschutzzollpolitik erzielten einen Sieg nach dem anderen: 1916 traten Erziehungszölle auf Kohlenteerprodukte in Kraft, ferner Antidumpingbestimmungen, 1920 schwenkten die Farmer aus dem Lager der Freihändler in das der Schutzzöllner über, Wilson verhinderte noch einen Sieg der Hochschutzzöllner, aber sein Nachfolger Harding kam den Schutzzollforderungen weitgehend entgegen. Den wichtigsten Forderungen der Schutzzollpolitiker wurde durch den Notstandstarif vom 27. Mai 1921 Genüge getan. Die Republikaner betonten immer wieder die Notwendigkeit, durch hohe Zölle die Produktionskosten der heimischen Industrie und die der ausländischen auszugleichen und brachten den Fordney Mc Cumber-Tarif 1922 zur Annahme. Die Landwirtschaft, die Farben-, Glas-, optische, Spielwaren-, Textilwaren-, ja sogar die Schwerindustrie (Mangan- und Wolframerze) zogen die größten Vorteile aus diesem Hochschutzzolltarif. Zu einem geringen Teil sind diese Zölle Erziehungszölle, zum größten Teil Schutzzölle. So sind die handelspolitischen Mittel gegeben, um fast alle benötigten Fertigwaren und Nahrungsmittel im Lande selbst herzustellen und deren Import einzuschränken.

Weite Kreise des amerikanischen Volkes sehen in dem Schutzzoll eine wesentliche Ursache des rapiden wirtschaftlichen Aufschwunges ihres Landes, für sie ist deswegen der Schutzzoll zu einer heiligen Sache geworden. Zur Begründung ihrer Ansicht führen sie unter anderem folgende Momente an: 1. Dank dem Schutzzoll ist der wohl beispiellose Aufbau der amerikanischen Industrie möglich geworden, die sich ungehindert durch ausländische Konkurrenz von Anfang an einen so rationellen Produktionsapparat aufbauen konnte, daß sie sehr bald zum Preisabbau übergehen konnte. 2. Dank dem Schutz gegen ausländische Konkur-



renz war die Industrie in der Lage, ihre Arbeiter sehr gut zu bezahlen, so daß auch die Arbeiter die Schutzzollforderungen zu den ihrigen machten. 3. Die hohen Löhne schufen wiederum die große amerikanische Kaufkraft, dank der der amerikanischen Industrie ein aufnahmefähiger Markt zur Verfügung steht. 4. Dank der Aufnahmefähigkeit des Marktes ist auch die Möglichkeit des Absatzes ausländischer Waren weitgehend gegeben, so daß die Proteste des Auslandes gegen die amerikanische Schutzzollpolitik unverständlich erscheinen. 5. Da ja nur die Waren, denen gegenüber die amerikanische Industrie nicht konkurrenzfähig sein würde, zollpflichtig sind, kommen noch immer viele Waren ins Land, und zwar macht die Einfuhr zollfreier Waren 65% des Gesamtimportes aus. 6. Jeder Versuch einer freihändlerischen Politik ist bisher gescheitert. Die Geschichte lehrt die Notwendigkeit des Festhaltens an der Schutzzollpolitik. 7. Alle diese Momente bedingen auch, daß der Schutzzoll letzten Endes für die Konsumenten keine Belastung bedeutet, sondern nur den Vorteil der großen Kaufkraft. 8. Die Schutzzollpolitik bringt dem Staat jährlich gut 600 Mill. Dollar Einnahmen und ermöglicht so eine gemäßigte Steuerpolitik. Gelegentlich werden kritische Stimmen gegen diese amerikanische Schutzzollpolitik laut, aber diese Kritiker befinden sich doch zur Zeit in der Minderheit. Die maßgeblichen Kreise, erinnert sei an die Erklärungen von Coolidge, Mellon, Hoover, an die Haltung der amerikanischen Delegation in Genf und Stockholm, halten an der Idee des Schutzzolles fest, die andere Welt muß sich vorläufig mit dieser Tatsache abfinden.

Aber es gibt Waren, die bei noch so hohen Zollsätzen nicht in Amerika hergestellt werden können, weil eben die natürlichen Voraussetzungen fehlen. Diese Waren läßt Amerika selbstverständlich neben einigen anderen zollfrei herein; sie sind ja auch, wie wir schon bei der Übersicht über den amerikanischen Import gesehen haben, die wichtigsten amerikanischen Importgüter, so vor allem Kautschuk, Kaffee und Rohseide. Es muß als eine durchaus natürliche Reaktion angesehen werden, wenn die nichtamerikanische Welt, da sie ja nun einmal bei einem Export von Fertigwaren nach Amerika nichts verdienen kann, mit diesen Waren das große Geschäft machen will, um eben so den finanziellen Verpflichtungen gegenüber Amerika nachkommen zu können. Es erscheint doch z. B. durchaus verständlich, wenn England, das nun ja einmal seine Schulden bezahlen muß, aber nicht mit Hilfe eines Fertigwarenexportes bezahlen kann, dies durch Forderung besonders hoher Preise für Kautschuk erzielen will. Der nichtamerikanischen Welt kam hierbei ein wesentlicher natürlicher Faktor zu Hilfe: Einige Waren, die die U. S. A. unbedingt benötigen, werden auf einem begrenzten Gebiet gewonnen, so daß man ihre Produktion und ihren Export nach Amerika leicht kontrollieren kann. Die Möglichkeit, durch Zusammenschluß der Produzenten und Händler besonders hohe Preise zu erzielen, ist denn auch weitgehend ausgenutzt worden, ja in neun Fällen hat sich sogar der Staat an dieser Ausnutzung

der Monopolstellung beteiligt. Es handelt sich um folgende Güter: Kautschuk (kontrollierender und schützender Staat England), Kaffee (Brasilien), Kali (Deutschland und Frankreich), langstaplige Baumwolle (Ägypten), ferner Chilesalpeter, Kampfer, Jod und Quecksilber. Außerdem haben sich früher schon andere Staaten derartig betätigt, so Japan für Rohseide, oder könnten sich zukünftig so betätigen. Das Department of Commerce machte 1922 zum erstenmal darauf aufmerksam, daß die amerikanischen Konsumenten infolge des Bestehens dieser Monopole für viele Güter viel zu hohe Preise bezahlen müßten, und forderte energische Gegenmaßnahmen. Wir können diesen amerikanischen Kampf gegen die Monopole hier nicht weiter darstellen, das wichtigste, der Stevensonplan, die Kaffeevalorisation und die Kaliklage, dürften wohl auch hinreichend bekannt sein. Hier muß die Feststellung genügen, daß Amerika durch die Führung dieser Antimonopolpolitik klar zu erkennen gegeben hat, daß es eine bewußte Handelspolitik führt, daß es speziell den Import auf ein Minimum beschränken will. Es läßt sich auch nicht abstreiten, daß diese amerikanische Monopolpolitik nicht ohne Erfolg gewesen ist, wodurch sich deutlich zeigt, daß Amerika in der Lage ist, die für nötig gehaltene Importpolitik durchzuführen.

Diese amerikanische Politik weitgehender Abschließung gegenüber dem Auslande dürfte fortgesetzt werden, bis sie schließlich an ihren eigenen Widersprüchen scheitert. Eine Schutzzollpolitik war in Amerika möglich und vielleicht auch nötig, solange amerikanische Wirtschaft ausgesprochene Binnenmarktwirtschaft war. Solange die Industrie, besonders die Fertigwarenindustrie, im wesentlichen, ja vielleicht ausschließlich für den heimischen Markt arbeitete, war ein Protektionismus zur Sicherung des Absatzes auf dem Binnenmarkt gerechtfertigt. Aber genügt heute dieser Absatz auf dem heimischen Markt? Sogar die Führer der amerikanischen Wirtschaft verneinen diese Frage. So hat Hoover Anfang 1926 in einer denkwürdigen Rede darauf hingewiesen, daß der Export für die amerikanische Wirtschaft lebensnotwendig geworden sei, daß nur der Export der Produktionsüberschüsse Amerika die Möglichkeit gebe, alle vorhandenen Produktivkräfte voll zu entfalten, daß Amerika dank dem sich ständig ausdehnenden Export in der Lage sei, die in Amerika nicht vorhandenen Waren zu importieren und so den standard of life zu behaupten und zu heben. Hoover will also, daß die amerikanische Wirtschaft am Export verdient, gibt aber den anderen Ländern nicht die Möglichkeit, durch Export von Fertigwaren nach Amerika zu verdienen, gerät somit in den bekannten Widerspruch: Exportförderung, Importhinderung, stellt jedoch diesen Widerspruch als nicht zu Recht bestehend hin und arbeitet vorläufig gleichzeitig an der Einschränkung des Importes und an der Hebung des Exportes. Wie unter Hoovers Führung alle gegebenen Möglichkeiten zur Einschränkung des Importes angewandt worden sind, so hat auch Hoover andererseits alle Hebel in Bewegung gesetzt, um den Export amerikanischer Waren zu fördern.



Die Darstellung amerikanischer Exportförderung und Exportaktivität kann an dieser Stelle kein Selbstzweck sein. Wir können nur auf einige markante Züge hinweisen. In welchem Lande existiert z. B. eine staatliche Organisation, die mit dem Bureau of Foreign and Domestic Commerce verglichen werden kann? Dieses Bureau ist wohl das Fabelhafteste, was bisher auf dem Gebiet staatlicher Exportförderung geschaffen worden ist. Im Ausland unterhält das Bureau nicht weniger als 44 Zentralen, die jedem Reisenden mit Rat und Tat helfen und jedem Industriellen über jede Frage des Exportes Auskunft erteilen. In jeder größeren amerikanischen Stadt unterhält das Bureau eine Filiale, um so in den denkbar engsten Kontakt mit der amerikanischen Wirtschaft zu kommen. Die Marktlage der wichtigsten Waren wird außerdem durch besondere Unterabteilungen beobachtet. Die Leistungsfähigkeit dieses Bureaus geht am besten daraus hervor, daß es täglich gut 10000 Auskünfte erteilt. In den Dienst staatlicher Außenhandelsförderung sind außerdem selbstverständlich die Gesandtschaften und Konsulate gestellt, erwähnt sei das Recht der Handelattachés, über die Produktionskosten der Waren, die nach Amerika exportiert werden sollen, Untersuchungen anzustellen. Außerdem besteht eine Fülle privater Organisationen. In vielen Wirtschaftszentren des Auslandes, in Deutschland z. B. in Berlin, existieren amerikanische Handelskammern. Die großen amerikanischen Wirtschaftsverbände befassen sich mit der Exportfrage, teils sind auch besondere Exportverbände gegründet worden. Hingewiesen sei auf die National Association of Manufacturers, deren Außenhandelsabteilung z. B. 2400 Korrespondenten im Auslande unterhält, auf The American Manufacturers Export Association, die die amerikanischen Fabrikanten direkt mit den Importeuren in Verbindung bringt, auf The Philadelphia Commercial Museum und auf die vielen Exportclubs, die in den letzten Jahren gegründet wurden, um die Exporteure zwecks Austausch ihrer Erfahrungen miteinander in Verbindung zu bringen. Die beiden größten Auskunftsbureaus unterhalten zur Auskunftserteilung über ausländische Firmen und alle möglichen Fragen im Auslande einen großen Stab von Mitarbeitern, die Banken beziehen die Auskünfte über die Kreditwürdigkeit ausländischer Kunden von eigenen Korrespondenten. 1918 wurden sogar die Bestimmungen der Antitrustgesetzgebung für Exportfirmen außer Kraft gesetzt, seit dieser Zeit ist es amerikanischen Fabrikanten und Exporteuren erlaubt, sich zwecks Erzielung besserer Preise einheitlich zusammenzuschließen. Nicht unerwähnt sei schließlich, daß das neueste Mittel der Exportpropaganda, der Film, so bewußt und mit so viel Erfolg von den Amerikanern angewandt worden ist, daß in Amerika das Wort geprägt werden konnte: Der Handel folgt dem Film. Dank diesen verschiedenen Methoden der Exportpropaganda ist es den Amerikanern geglückt, das einzuholen, was die Europäer an Tradition voraus hatten. Ohne diese Maßnahmen der Exportförderung wäre die Exportsteigerung der letzten Jahre wohl nie möglich gewesen, denn man muß bedenken, daß der

früher fast nur auf den Innenmarkt eingestellt gewesene Amerikaner sich auf den Weltmarkt als auf etwas ganz Neues umstellen mußte. Als diese Notwendigkeit des Exportes klar in Erscheinung trat, entstanden, teils vor dem Kriege, zum größten Teil aber erst während des Krieges und nach dem Krieg, die oben genannten Organisationen zur Förderung des Exportes.

Der Krieg brachte aber zugleich ein anderes großes Plus, wohl das größte Plus auf dem Gebiete der Exportbeförderung, nämlich die Möglichkeit der Exportsteigerung durch Exportfinanzierung. Hier liegt wohl die wesentlichste Wirkung des Krieges, denn dank der Kriegsgewinne konnte Amerika, das noch vor dem Kriege ein kapitalimportierendes Land war, zum Kapitalexport übergehen. Vom Kapitalexport zur bewußten Kapitalexportpolitik war nur ein kleiner Schritt. Es wäre allerdings verfehlt, in den amerikanischen Anleihen der ersten Nachkriegsjahre allzuviel Politik sehen zu wollen. Hier hat doch weitgehend ein allgemein menschliches Motiv der Amerikaner mitgesprochen: Man wollte den notleidenden Ländern der Väter und Großväter helfen, außerdem war man nicht gerade unerfreut darüber, daß man bei guter Sicherheit eine hohe Verzinsung einstecken konnte. Bald erkannten jedoch die Amerikaner, daß ein Kapitalexport mehr bedeutet als eine regelmäßige Zinseinnahme. Als gar aus der Zahlungsbilanz abzulesen war, daß in den letzten Jahren die Höhe des Kapitalexportes mit der des Exportüberschusses identisch war, da wurde der Schluß gezogen: Unser Kapitalexport macht es anderen Völkern möglich, bei uns zu kaufen, dient also auch unseren Industriellen und Farmern, während Rückgang des Kapitalexportes Rückgang des Warenexportes zur Folge hat. Deswegen wurde die Forderung einer bewußten Kapitalexportpolitik, der Dienstbarmachung des Kapitalüberschusses für den Export gestellt, deswegen äußerte schon 1922 das Department of State den Wunsch, der faktisch Befehl war, daß die Banken bei jeder Anleihe das Department of State um Rat fragen sollten. Deutlich zeigt sich die Richtung dieser Kapitalexportpolitik: Das Interesse wendet sich der neuen Welt zu, wo Naturreichtümer ausgebeutet und Absatzgebiete erschlossen werden können, so besonders Südamerika und China. Die Richtung des amerikanischen Kapitalexportes deckt sich also mit der Richtung des amerikanischen Außenhandels, denn bei den vielen Meldungen über europäische Anleihen darf man nie vergessen, daß der amerikanische Kapitalexport zu 36% nach Südamerika, zu 26% nach Kanada, dagegen zu nur 29% nach Europa gegangen ist, daß die entscheidenden wirtschaftlichen Positionen auf dem gesamten amerikanischen Kontinent unter den Einfluß des Dollars gekommen sind, und daß dasselbe Schicksal dem noch unerschlossenen asiatischen Kontinent bevorsteht.

Die Frage, ob durch diese handelspolitischen Maßnahmen die oben aufgezeigte Entwicklung des amerikanischen Warenverkehrs gefördert oder gehemmt wurde, läßt sich einwandfrei nicht beantworten. Während sich die amerikanischen Schutz-



zöllner mit warmen Worten für diese Politik einsetzen, lehnen die Freihändler sie ebenso entschieden ab und weisen z. B. darauf hin, daß der Export zwar gestiegen sei, aber nicht, wofür die Möglichkeiten gegeben wären, auf 7,5 Milliarden Dollar, daß von den 42 Millionen amerikanischen Arbeitern 35 in nicht zollgeschützten Industrien tätig seien, die Verbindung Schutzzoll — hohe Löhne also unberechtigt wäre, daß die Schutzzollpolitik für die Konsumenten eine jährliche Belastung von 5 Milliarden Dollar bedeute. Klar ist aber: Es handelt sich in Amerika nicht um Erziehungszölle, sondern um Hochschutzzölle. Durch den Fordneytarif kam Amerika, das 1921 auf der Höhe der Macht stehend vielleicht in der Lage gewesen wäre, die Führerstellung auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet zu übernehmen, speziell der Lieferant für Fertigwaren zu werden, in eine Periode des Überprotektionismus, in eine Welle der Autarkiepolitik, die sich von Amerika aus über die ganze Welt ausdehnte. Dadurch, daß Amerika sich abschloß, zwang es die anderen Länder, sich ebenfalls abzuschließen, so entstanden Gegensätze, die ständig deutlich in Erscheinung treten, da eben die Handelspolitik des führenden Landes die der anderen Länder bestimmt. Der Geist des absoluten Schutzzöllners Careys hat sich von Amerika aus über die ganze Welt verbreitet. Dadurch sind die Gegensätze wesentlich verschärft worden, die durch die natürliche Entwicklung des Warenaustausches gegeben waren. Es ist eine Animosität zwischen Amerika und Europa entstanden, deren Beseitigung im wesentlichen von Amerika zu erwarten ist und auch erwartet werden kann, da sich doch eines Tages deutlich zeigen muß, daß ein Fordneytarif nicht der Struktur eines Landes entspricht, das heute stärker denn je auf den Weltmarkt angewiesen ist.

HELMUTH DUVE:

DIE BEDROHUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFT DURCH DIE KAPITALISTISCHE HEGEMONIE AMERIKAS

Während der Nachkriegszeit zeigt sich die kulturelle und wirtschaftliche Lage, besonders der am Krieg beteiligten Länder, immer von neuem bedroht durch die Verschuldung Europas gegenüber Amerika, durch die — wegen der Preissenkung — auftretende Erscheinung der Konkurse und der Arbeitslosigkeit. Was Deutschland anbetrifft, so leidet es außerdem unter der Reparationslast und unter der Tatsache, daß nicht nur Ersparnisse von Jahrzehnten während des Weltkrieges verlorengingen, sondern auch darunter, daß zufolge der ausschließlich destruktiven Tätigkeit ein Produktionsausfall von etwa fünf Jahren sich arg fühlbar macht. Die früheren Absatzgebiete für seine Exportartikel sind entweder von anderen Völkern besetzt oder überhaupt nicht mehr aufnahmefähig. Die Beschränkung der umlaufenden Geldmenge im Land auf das Unerläßliche lähmt die innerstaatliche Kauffähigkeit; und da in den Warenlagern nicht die Notwendigkeit besteht, durch den Verkauf gerissene Lücken ständig auszufüllen, so stockt die Produktion der Fabriken, wird der Handel

unterbunden und bleibt — trotz des starken Bedarfs an allen möglichen Dingen — die Nachfrage ein frommer unerfüllbarer Wunsch. Dabei ist alles, was für den Wiederaufbau der internationalen Wirtschaft erforderlich ist, überreichlich vorhanden, nämlich Arbeitskraft und Material; es fehlt nur das zur Verwirklichung aller praktischen Aufgaben erforderliche Mittel, das Geld, das sich dem Verkehr entzogen hat und nur gegen oft erpresserisch hohe Zinsen den Austauschverkehr zwischen Ware und Arbeit besorgt, das also streikt, statt zu arbeiten. Das Wiederaufblühen von Wirtschaft und Kultur ist in erster Linie abhängig von einer Lösung der Wohnungsfrage, die brennender ist als je zuvor, und da es auch hier nur an Geld und nicht etwa an Plänen, Material und Arbeitskraft mangelt, so gleicht die Lebenslage unseres Volkes einem Verhungern bei gefüllten Scheuern. In Deutschland ist allmählich ein Bedarf von etwa 400 000 Wohnungen entstanden. Mit dem Problem der Wohnungsnot wäre gleichzeitig das der Arbeitslosigkeit zu lösen, wenn nicht Zins und Steuer alle Bautätigkeit hemmen würde, weil sie für den Unternehmer unrentabel geworden ist. Die allgemeine Geldknappheit rührt her von der Beschränkung der Geldmenge, woran einmal das System der Golddeckung, dann auch die Amortisation der Reparationssumme schuld ist.

Nach den Feststellungen von Professor Schulze-Gävernitz, Cambridge (U. S. A.), besitzt Amerika über die Hälfte des gesamten Weltbestandes an Gold, so daß diesem Land die Gefahr einer Goldinflation droht, die ebenso verheerend wirken kann wie die Papiergeldinflation. Die unverhältnismäßige Vermehrung der goldgedeckten Geldmenge hat sich dort bereits so ausgewirkt, daß die augenblickliche Kaufkraft des Dollars, an der vorkriegszeitlichen gemessen, um die Hälfte abgenommen hat. Das bedeutet, da die Löhne sich nicht etwa verdoppelt haben, eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten und einen Substanzverlust für die Sparer, die — trotz der erhaltenen Zinsen — fünfzig Prozent ihres finanziellen Eigentums (durch Kaufkraftverlust des Geldes) verlieren. Deshalb ist die Einführung eines auf Indexwährung begründeten wertbeständigen „Warendollars", wie der geniale Wirtschaftstheoretiker Irving Fisher vorgeschlagen hat, eine Forderung, die — verwirklicht — das Vertrauen in die Währung und das Gefühl gerechter Entlohnung erwecken könnte. Immer wird vergessen, daß der Verbrauch eines Landes an Eigenerzeugnissen ja begrenzt wird durch die Zahl seiner Bewohner, durch deren Kaufwillen und Zahlungsfähigkeit überhaupt. Und wenn auch die wirtschaftlichen wie kulturellen Belange der Völker derart zusammenhängen, daß ein symbiotischer Austausch zwischen ihnen erfolgt, so kann doch kein Absatz exportierter Waren und angebotener Arbeitskraft stattfinden, solange ein Land, das ihrer bedarf, nicht selbst genügend konkurrenzlose Erzeugnisse ausführen kann, also solange es zahlungsunfähig ist. Der Gläubiger sollte doch am aufblühenden Geschäft seines Schuldners das größte Interesse haben. Für Amerika ist der Wohlstand seiner Gläubiger eine brennende Lebensfrage; es rechnet ja nicht nur auf Zahlung, sondern mehr noch auf weitere Abnahme seiner Überproduktion.

Neuerdings ist nun eine interessante und recht gehaltvolle Schrift von dem Mitglied des nordamerikanischen Kongresses Ralph Beaver Straßburger erschienen: „Is America a Shylock?" Sie enthält, leidenschaftslos abgefaßt, eine Abwehr Amerikas gegen Angriffe der Ententepresse, die dem ehemaligen Bundesgenossen und Geldgeber den Vorwurf selbstsüchtiger Übervorteilung gemacht hat. Wenn dieser Traktat auch in eigener Sache spricht, so sind die Ausführungen symptomatisch von allgemeinerem Interesse, weil sie in freundlicher Weise die französischen Belange zu verstehen sucht, wohingegen sie den englischen beinahe feindselig entgegentritt. Der Verfasser wirft

die Frage auf, ob seine Nation je etwas getan habe, was nicht durchaus ehrenhaft und nicht im Einklang mit dem freiheitlichen und philanthropen Geist ihrer Tradition geschehen sei. Die Geschichte seines Volkes zeige, daß bei aller Rücksichtnahme auf Zweckmäßigkeit, Edelmut und Gerechtigkeit sein Staatsgeist sich jedem Krieg für Eroberung und eigennützigen Vorteil entschieden widersetzt habe. Angesichts des Vorwurfs, der Amerika von seiten eines englischen Parlamentsmitgliedes gemacht wurde, der behauptete, das Geschäftsinteresse sei der Gott Amerikas, hebt Straßburger die hochgesinnte Selbstlosigkeit der Amerikaner hervor, die nur für Frieden und Freiheit der Menschheit kämpfend in den Weltkrieg eingetreten seien. In diesem Zusammenhang erinnert er an die Differenzen in den Jahren 1861—1864, wo die englische Baumwollindustrie durch die amerikanische Konkurrenz auf dem Weltmarkt bedroht wurde und wo Palmerston dem damaligen amerikanischen Gesandten Adams eine unhöfliche demütigende Behandlung auf dem Foreign Office habe zuteil werden lassen. In dieser Zeit gerade seien die französischen Sympathien für die aufblühenden Vereinigten Staaten entstanden, die der Verfasser offenkundig erwidert.

Zunächst handelt es sich darum, wie hoch der Kostenaufwand Amerikas für den Weltkrieg gewesen ist. Während der neunzehn Monate amerikanischer Kriegsteilnahme seien 94,5, also monatlich etwa 4,5 Goldmilliarden ausgegeben worden. Demgegenüber habe England während des ganzen Krieges nur 142,8 und Frankreich 100,8 Goldmilliarden ungefähr ausgegeben, was bei einer Kriegsdauer von 51 Monaten für England monatlich ungefähr 2,6 und für Frankreich ungefähr 1,8 Goldmilliarden ausmacht. Außerdem habe Amerika nach Kriegsende noch ungefähr 39,7 Goldmilliarden an seine Verbündeten ausgeliehen.

Auf die Frage, welche Gegenleistungen die Amerikaner für die Opfer an Gut und Blut bei Friedensschluß erhalten hätten, weist Straßburger darauf hin, daß nicht ein Pfennig von der durch die Mittelmächte zu zahlenden Reparationssumme, noch ein Zoll des von diesen abgetretenen Bodens seiner Nation zugefallen sei. England habe dagegen in Afrika um 930 000 Quadratmeilen mit ungefähr 11 Millionen Einwohnern sich vergrößert und in Asien Kolonialmandate über ein Gebiet von ca. 143 000 Quadratmeilen mit ungefähr 2 Millionen Einwohnern und außerdem einen Teil der australischen Insulinde von ungefähr 1 500 000 Quadratmeilen Ausdehnung erworben. Der Gebietszuwachs Frankreichs bestehe in der Abtretung von Elsaß-Lothringen mit ungefähr 2 Millionen Einwohnern und in der Kontrolle über das kohlenreiche Saargebiet. Italien habe sich auf Kosten Österreichs vor allem das Gebiet um Triest angeeignet. Hinzu kommen die Vorteile, die jene drei Mächte für ihren Handel und ihre Industrie im Friedensvertrag von Versailles zugestanden erhielten. Nicht zuletzt sei die in jährlichen Raten amortisierbare Reparationsschuld Deutschlands, die auf ungefähr 132 Goldmilliarden geschätzt wird, als Kriegsgewinn der Verbündeten in Rechnung zu stellen.

Was das Problem der interalliierten Verschuldung betrifft, so erhielt England von Amerika eine Anleihe von insgesamt 40 Goldmilliarden, die sich aus einer Grundsumme von ca. 19 Milliarden und einer Zinssumme zusammensetzt, die zu 3% berechnet den Rest ausmacht. Frankreich schuldet Amerika etwa 27,2 Goldmilliarden bei einer Grundsumme von 16 Milliarden und einer hinzukommenden Zinseszinsforderung bei 1,6%, woraus der Rest besteht. Italiens Schuld beträgt ca. 9,4 Goldmilliarden, wobei die verliehene Grundsumme etwa 8 Goldmilliarden beträgt. Zeigt die Differenz zwischen Leihbetrag und Rückzahlung, daß Amerika sein Geld nicht „umsonst“ verleiht, so kündet die unterschiedliche Höhe des Zinssatzes seismographisch den Grad seiner Sympathie für die einzelnen Gläubiger.

Nun besteht aber auch eine Schuld Frankreichs an England, die ungefähr 12 Goldmilliarden beträgt, während diese Nation an Amerika 14,8 Goldmilliarden zu zahlen hat. So soll Frankreich im ersten Dezennium ungefähr 2 Goldmilliarden an England zahlen, während es gleichzeitig, trotz der größern Schuld zu Amerika, an dessen Regierung nur 1,8 Goldmilliarden jährlich zu zahlen brauche.

Der Verfasser weist darauf hin, daß die während des Krieges für Lieferungen vom französischen Staat der Bank von England verpfändete Goldsumme, im Wert von ungefähr 222 Millionen Mark, dem Schuldner bis zur restlosen Erfüllung seiner Verpflichtungen vorenthalten wird, wo sie zur Stabilisierung des Francs augenblicklich doch so wichtig wäre. Gemäß der Balfournote von 1922 beansprucht England von seinem Verbündeten soviel, als es selbst an Amerika zahlen soll. Doch widerspricht dem, daß die englische Regierung von Rußland die Rückzahlung wenigstens eines Teiles der während des Kriegs geliehenen Millionen Rubel erwartet und die Begleichung des eventuellen Fehlbetrags Frankreich und Italien aufbürden will, die für die russische Schuld mithaften sollen. Neuerdings ist durch eine Erklärung Litwinows der Standpunkt der russischen Regierung erneut unterstrichen worden, wonach sich diese nach wie vor weigert, die unter zaristischem Regime eingegangenen Schuldverbindlichkeiten zu übernehmen. Es wird ferner bemerkt, daß England einen Teil seiner amerikanischen Kriegsanleihe für eigne kommerzielle Zwecke verwendet habe. Hinter dem stummen Vorwurf des Verfassers, sein Volk sei für geleistete Kriegshilfe keineswegs entschädigt worden, verbirgt sich die naturgegebene Gegnerschaft Amerikas zu England, die in dem doppelten Kampf um den Goldbesitz und die Märkte der Welt besteht.

Auf der Friedenskonferenz wurde vom italienischen Delegierten vorgeschlagen, die interalliierten Schulden auszugleichen, das heißt, sie unter die Bündnismitglieder nach Leistungsfähigkeit zu verteilen. Dagegen erhob jedoch der Direktor des amerikanischen Schatzamtes Einspruch und erklärte, daß seine von der Regierung autorisierte Stelle das Recht jeglicher Übertragung von Schuldtiteln auf Drittschuldner entschieden bestritte. Auf die Intervention Baldwins hin wurde das ursprüngliche Abkommen, die Anleihe innerhalb von 25 Jahren bei einem Zinssatz von $4^1/_4$ % zu amortisieren, umgeändert, insofern, als Amerika dem Gläubiger des gegenwärtig zahlungsunfähigen Frankreichs entgegenkam und England die Tilgung der eignen Schuld innerhalb von 62 Jahren (bei einem Zinssatz von $3^1/_2$ %) zugestand. Wenn auch die Regierung der Vereinigten Staaten stets der Auffassung gewesen ist, daß die ihr verschuldeten Verbündeten nur nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu zahlen hätten, so hat sie, schon um sich durch eventuelle Ententesanktionen nicht in die europäische Politik hineinziehen zu lassen, jenen englischen Vorschlag, die Anleihetilgung von der Erfüllung alliierter Forderungen an Deutschland abhängig zu machen, stets abgelehnt. Deshalb erklärte Senator Borah in der Foreign Debt Commission: „Wenn sie nicht zahlen können, so werden sie nicht zahlen. Wenn ein unvorhergesehenes Ereignis die verschuldeten Nationen hindert, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so haben wir nicht das Recht, sie dazu zu zwingen. Jeder muß das mit sich selbst abmachen."

Nach dem französisch-amerikanischen Schuldenabkommen hat Frankreich im Jahre 1942 an Amerika als Höchstquote 560 Millionen und an England 240 Millionen Mark zu zahlen, während Deutschland gleichzeitig $2^1/_2$ Milliarden Goldmark an die Verbündeten abführt, wovon Frankreich die Hälfte erhält. Die durch das Mellon-Berenger-Abkommen festgesetzte und in 62 Jahren abzutragende Gesamt-



schuld Frankreichs an Amerika ist auf nicht ganz 17 Milliarden festgesetzt worden, bei $4^1/_2$ proz. Verzinsung der Grundsumme von etwa 8,4 Milliarden berechnet. So wird während der ersten zehn Jahre England 6,7 Milliarden, Belgien gleichzeitig 250 Millionen, Italien 42 Millionen Mark an Amerika zahlen müssen. Die Gesamtschuld Belgiens an Amerika beträgt 1,9 Milliarden Mark, von der es vertragsgemäß während des ersten Dezenniums 15 % abtragen wird; die Gesamtschuld Italiens beträgt etwa 8,5 Milliarden Mark, die es nach der gleichen Zeit um 5 % verringert haben wird. Frankreich wird dementsprechend bis 1935 seine oben bezeichnete Gesamtschuld erst um 11 %, also etwa um 1,8 Milliarden Mark verringert haben.

Das französisch-amerikanische Schuldenabkommen enthält zudem keine Päventivklausel derart, daß bei eventueller Entwertung der Valuta der Schuldner den Kaufwertverlust des zurückzuzahlenden Geldes aufwerten müsse. Trotz alledem fehle es in Frankreich, unter Einwirkung amerikafeindlicher Kreise Englands, nicht an Stimmen, die Uncle Sam mit Shylock vergleichen, der stets auf seinem Pfund Fleisch bestehe, koste es, was es wolle.

Es darf bei Straßburgers Rechtfertigung des amerikanischen Standpunktes, die sich vor allem der nüchternen und doch vielsagenden Zahlen bedient, nicht vergessen werden, daß Amerika weit entfernt davon ist, sein hochwertiges Geld aus reiner Menschenliebe zu verleihen; das geschieht wohlweislich der guten Zinsen wegen und weil ein Geldüberfluß dem Wirtschaftsleben nicht nur entbehrlich, sondern sogar schädlich ist. Es würde trotzdem von sophistischer Gehässigkeit zeugen, wenn man im Gesicht Amerikas etwa statt der Züge Shylocks die Harpagons erkennen wollte. Außerdem ist die Gesinnung des Gläubigers hier wie auch sonst gleichgültig, weil jedes Übereinkommen, auf Grund sachlicher Voraussetzungen geschlossen, vorher nachprüfbar und sodann von den Vertragschließenden willentlich vollzogen ist, also einen beiderseits verpflichtenden rechtmäßigen Vertrag darstellt. Der Krebsschaden dieser finanziellen Tributpflichtigkeit liegt aber in der Sache selbst.

Das zeigt der Dawesvertrag in voller Deutlichkeit. Es kann nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden, daß getroffene Vereinbarungen unbedingt zu erfüllen sind, auch wenn ihre Folgen als hart und ungerecht empfunden werden. Verträge aber verlieren ihren ureigenen Charakter der Rechtmäßigkeit, wenn sie auf Grund einer Vergewaltigung des schwächeren Kontrahenten, beziehungsweise durch Ausnutzung seiner Unkenntnis, zustande kommen oder durch die Dehnbarkeit ihrer Bestimmungen verfälschbar und dadurch rechtswidrig und unsittlich sind. Die Übervorteilung eines Vertragschließenden beruht darauf, daß er bei Annahme der verklausulierten Bedingungen die Tragweite seiner Verpflichtungen nicht ermißt und von dem Kontrahenten buchstäblich überredet wird, wo er sich lieber sachlich selbst überzeugen sollte.

Die Zahlung der von Deutschland zu leistenden Kriegsentschädigung erfolgt, bei Überwachung der Einnahmen und Ausgaben durch die Reparationskommission, durch direkte Überweisung des Gewinns auf deren Konto. Darauf beruht die Zinsversklaverei Deutschlands an Amerika; denn außer der auf 132 Goldmilliarden festgesetzten Reparationsschuld, die amortisiert werden muß, sind der Entente die Schuldzinsen und an Amerika die Anleihezinsen zu zahlen. Diese doppelte Zinspflicht wäre allenfalls erträglich, wenn der deutschen Regierung freie Verfügung über ihre Einnahmen gestattet wäre. Sie hat aber dadurch, daß die ehemalige Staatseisenbahn in eine Privataktiengesellschaft umgewandelt ist, deren Überschüsse der Reparationskommission zufließen, erhebliche Beschränkungen erlitten. Dies Unternehmen, das bisher ein ge-

meinnütziges Verkehrsinstitut war, ist dadurch Geschäftsobjekt geworden, das nur nach dem Prinzip der Rentabilität verwaltet wird. Darüber hinaus wurde der Entente eine Kontrolle über die Handelsbilanz der Ausfuhr und Einfuhr, sowie die Verfügung über den Hauptteil der Steuereinnahmen zugestanden. Erfüllt Deutschland seine Verpflichtungen nicht, so sind bestimmte Sanktionen vorgesehen, die gleichbedeutend sind mit Zwangsbeitreibung. Vor allem ist die Dehnbarkeit der Verpflichtungen, die zuungunsten des Schuldners obendrein dem Gläubiger einen unberechtigten Gewinn zuträgt, am Dawesabkommen grundsätzlich zu tadeln. Die beste Lösung des Reparationsproblems hätte vielleicht ein Abschluß der Wiesbadener Sachlieferungsverhandlungen zwischen Rathenau und Loucheur geboten. Aber dadurch, daß man deutscherseits sich den Bestimmungen des Dawesabkommens unterwarf, sind sie jeglicher Diskussion entrückt worden. Es ist deshalb müßig, darüber zu streiten, ob und weshalb man jenen „Vertrag" hätte ablehnen sollen oder auf welcher Grundlage er hätte abgeschlossen werden müssen. Der direkte und indirekte Steuerdruck, der das deutsche Wirtschaftsleben lähmt, spricht jedenfalls gegen seine Rentabilität für die Gläubiger. Der dadurch herbeigeführte Geldmangel hat notwendigerweise zu Krisen mit Konkursen und Arbeitslosigkeit geführt. Die Auswirkungen jenes unerträglichen Zustandes verhindern das Wiederaufleben der deutschen Wirtschaft.

Der entscheidende Schlag gegen die Tyrannis des Goldes ist nicht geführt worden, weil der richtige Zeitpunkt zum Handeln während der Inflation versäumt ward. Durch Abschaffung der Golddeckung unserer Währung hätte man den scheinbar so wohlwollenden Uncle Sam ins Herz getroffen; denn der Weltmarktpreis für das Gold wäre demzufolge erheblich gesunken und die Reparationsschuld hätte mit der von Fisher vorgeschlagenen Warenindexwährung, das heißt in kaufkraftbeständigem Gelde, ohne eine amerikanische Anleihe gezahlt werden können. Dann hätten sich die kautschukartig dehnbaren Ansprüche der Entente auf ein gerechtes Maß festlegen, aber auch restlos befriedigen lassen.

Die Einführung einer Warenindexmark, die durch den Nennwertverlust, den sie wöchentlich erleidet, einem Umlaufzwange unterworfen ist, würde von größter innenpolitischer Bedeutung sein; weil bei gleichzeitiger Überwachung der Umlaufsmenge durch ein Reichswährungsamt, das diese — dem steigenden oder fallenden Austauschbedürfnis von Arbeit und Ware entsprechend — vermehrt oder verringert, weder zuviel noch zuwenig Zahlungsmittel dann im Verkehr sich befinden würden. Diese Regulierung ließe sich, auf Grund ständiger Beobachtung des Indexes, ermöglichen, so daß einer Überschreitung des Durchschnittspreisstandes durch eine Verknappung und einem fallenden Index durch entsprechende Verreichlichung der umlaufenden Geldmenge zu begegnen wäre. Bei stetigem Nennwertverlust wäre das Geld, der Ware und Arbeit gegenüber nicht mehr überlegen, genötigt, sich anzubieten und dem Wirtschaftsverkehr dienstbar zu sein. Innerhalb einer solchen „natürlichen" Wirtschaftsordnung, zu deren Begründung Volkswirtschaftler wie Gesell, Fisher und Keynes den Richtweg gewiesen haben, gäbe es weder Warenausverkauf noch Lohnentwertung (Inflation), auch keine Produktionsstockung, Konkurse und Arbeitslosigkeit (Deflation); sondern der Austausch der wirtschaftlichen Güter vollzöge sich da nach dem Gesetz einer sozusagen prästabilierten Harmonie. Im Zusammenhang dieser kurzen Ausführungen lassen sich die zur Herbeiführung jenes Idealzustandes erforderlichen technischen Mittel unmöglich darlegen; es kann sich hier nur um die Aufweisung des Prinzips handeln. Seine Verwirklichung aber würde Freiheit, Entwicklung und Aufstieg unseres Volkes gewährleisten, zur Besiegung der Welt durch bestwertigste



Güter des Wertes und des Zweckes führen und einen wichtigen Schritt der Menschheit zum Ziel ihrer Vollendung bedeuten.

Gewiß, auch Amerika will das Beste seiner Mitmenschen, nämlich ihr Geld. Wenn aber die Völker von der kostspieligen und unnötigen Golddeckung des Geldes absehen würden, so wäre das Joch amerikanischer Zinsknechtschaft für alle Zeiten gebrochen. Geld wäre dann ein indirekt kulturförderndes Austauschmittel im Wirtschaftsverkehr, das Menschen verbindet, statt sie zu trennen, und vermöchte so neue Werte zu schaffen, anstatt alte zu zerstören. Gold würde dann nicht mehr Herr, sondern Diener, nicht Kriegsverursacher, sondern Friedenspender sein, Schmuckstück der menschlichen Kleidung für festliche Geselligkeit. Dann erst darf der einst unheilbringende Nibelungenhort aus der Tiefe des Rheins wieder gehoben werden; weil die Stunde geschlagen hat, wo Freiheit, Gerechtigkeit, Menschenliebe nicht mehr papierene Lügen, sondern lebendige Wahrheiten sind. Es wird sich einst zeigen, daß von der Lösung des Problems einer organischen Wirtschaftsordnung das Schicksal unseres Volkes sowie Sein oder Nichtsein der Menschheit abhängt.

Gustav Braun:

NATIONALITÄTENFRAGEN IN NORDEUROPA II

II. Die Lappen

Über das wenig zahlreiche Volk — es mag im ganzen zur Zeit 30000 Lappen geben — findet sich eine umfangreiche Literatur, ohne daß man doch schon Genaueres über ihre Herkunft und früheren Wohnsitze wüßte. Sie sprechen eine Sprache, die große Verwandtschaft mit dem Finnischen hat, sie haben aber unzweifelhaft anthropologisch mit den Finnen nichts zu tun. So hält man sie für ein arktisches Volk, das seit der Steinzeit hier im Norden sitzt, das die finnische Sprache nachträglich angenommen hat. Sie haben noch mehr Eigentümlichkeiten: der romantische Reiz ihrer Existenz geht von den Nomaden aus — dieser Nomadismus ist aber augenscheinlich erst recht spät erworben, und heute ist bei weitem der größere Teil der Lappen seßhaft. Kein Wunder, daß man kaum im südlichen Skandinavien und Finnland, noch weniger bei uns über diese Fragen Bescheid weiß. Schlimmer schon ist es, daß gleichwohl zahlreiche Touristen immer wieder ihre Erfahrungen mit den „Lappländern" — sagt man denn Rußländer? Finnländer doch nur notgedrungen, da man einen Sammelnamen braucht — zum besten geben, ganz schlimm aber, daß auch in dem deutschen Standardwerk der Völkerkunde, herausgegeben von Buschan, der Bearbeiter dieses Teils so Dürftiges ohne Kenntnis auch nur der neueren Literatur bringt.

Hier seien die Lappen zunächst nur in ihrer Bedeutung für die Nationalitätenverteilung in Nordeuropa behandelt. Es gilt also, die seßhaften von den nomadischen Lappen zu scheiden; die Grenzen sind flüssig, doch mögen folgende Zahlen obige Behauptung erhärten, daß nur ein verhältnisweise kleiner Rest noch nomadisiert:

	Seßhafte Lappen	Wanderlappen	Zusammen
Schweden 1920	3950	3200*)	7150
Norwegen 1920	18000	1500	19500
Finnland 1920	1500	100	1600

*) Wanderlappen und Renntierbesitzer.

Betrachten wir nun die einzelnen Länder! In Finnland wurde 1852 durch ein Verbot der russischen Regierung die Grenze für alle norwegischen Wanderlappen gesperrt, worauf Norwegen seinerseits den Übertritt aus Finnland kommender Lappen verbot. Damit wurden die Lappen in Finnland zur Seßhaftigkeit gezwungen, und heute wandern nur noch 5 Familien im Bezirk Enontekiö; auch sie nicht mehr wie einst zwischen dem Innern und der Küste, sondern nur noch im Kreise



umher mit langen Aufenthalten an ein und derselben Stelle, wo sie zum Teil auch schon Häuser besitzen. Die finnischen Lappen wohnen jetzt zum großen Teil im Kirchspiel Utsjoki, ebenso im Bezirk Enare an Flüssen und Seen. Sie gehen fraglos allmählich in der finnischen Neusiedlerschicht auf, und so gibt es für Finnland kein lappisches Problem, nur solche der Renntierzucht; diese freilich sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch.

Wir gehen nach Norwegen hinüber. Es stehen hier nur die dauernden Zustände in den Provinzen Tromsö und Finnmarken zur Diskussion, keineswegs aber der Sommeraufenthalt der schwedischen Renntiernomaden an der norwegischen Küste. Die oben aufgezählten 19 500 Lappen wohnen überwiegend in Finnmarken und Tromsö und sind zum allergrößten Teil seßhaft, besonders in der Provinz Tromsö. Das schließt natürlich Renntierbesitz keineswegs aus; für uns kommt es aber auf die Seßhaftigkeit an.

Die seßhaften Lappen wohnen vornehmlich an den Küsten, treiben überwiegend Fischfang, außerdem Ackerbau und Viehzucht. Ihre Wohnverhältnisse sind oft noch sehr schlechte, wovon man sich schon in der Umgebung von Vadsö überzeugen kann: halb in die Erde gegrabene, mit Torf gedeckte Hütten (Gammen) dienen als Behausung. Gleichwohl geht die Vermischung, wie auch der Augenschein bei einer Bereisung zeigt, rasch weiter. Ständig sinkt in den Zählergebnissen die Anzahl der reinrassigen, steigt die der Mischbevölkerung. Von 1875—1920 hat sich die Zahl der Gemischtrassigen des Typus Norwegisch-Lappisch um 215 % erhöht, die des Typus Norwegisch-Finnisch um nur 80 %, des Typus Lappisch-Finnisch um 140 %, doch haben von dem letzten Typus 40—50 % der Zugehörigen das Norwegische als tägliche Umgangssprache in der Familie.

Zusammenfassend kann man sagen, daß an der nordnorwegischen Küste und im innern Finnmarken in den meisten Bezirken, von Sörfjord-Lyngen an bis zur Grenze, die Nicht-Norweger die Überzahl haben, daß sie dank ihrer zerstreuten Wohnweise dem Land einen fremdartigen Charakter aufdrücken. Die Städte und Ortschaften sind dagegen, mit Ausnahme von Vadsö, in dem die Nicht-Norweger und Norweger sich jetzt das Gleichgewicht halten, ganz überwiegend norwegisch. Die Vermischung schreitet fort; dank der verbesserten Verkehrsmittel (Automobile, mit Motor versehene Boote) breitet sich die Kenntnis der norwegischen Sprache mehr und mehr aus.

Wieder anders liegen die Dinge in Schweden. Lappen kommen in den drei Provinzen Norrbotten, Västerbotten, Jämtland vor; ihre Zahl steigt langsam, sie wird zu 7000—8000, je nach der Zählweise, angegeben. In allen drei Provinzen leben sie ganz überwiegend in den inneren Teilen, sog. „Lappmarken“, die Küstenlandschaften von Västerbotten und Norrbotten sind so gut wie frei von ihnen.

Schweden ist nun das Land, das die meisten Wanderlappen hat, von denen in einem besonderen Abschnitt noch zu handeln sein wird. Die Scheidung aber von

den seßhaften ist gerade hier besonders schwierig, da die Statistik, wie oben schon angegeben, nur zwischen Renntierbesitzern (bzw. von der Renntierzucht lebenden Personen) und denen, die keine Renntiere besitzen, scheidet. Die letzteren sind sicherlich alle seßhaft, aber auch von den Renntierbesitzern sind viele sog. „Waldlappen", die früher in kleinem Umkreis mit ihren Herden wanderten, jetzt sich irgendwo in diesem Bezirk niedergelassen haben, ihre Renntiere aber einem Wanderlappen mitgeben.

Die Zahlen der Volkszählung sind für 1924 folgende:

von Renntierzucht leben 3183 = 44,4%,
anderen Erwerb haben 3979 = 55,6%,
davon Fischerei und Waldarbeit 523,
Ackerbau (und Viehzucht) 2473.

Etwas anders lauten die Zahlen des Lappkomitee von 1919, das 1923 einen ausführlichen Bericht erstattet hat: danach sind nur 2775 = 34,2% Renntierzüchter (bzw. Nomaden), und 5354 = 65,8% leben von anderem Erwerb.

Durch das Innere der drei genannten Provinzen geht nun eine wichtige Verwaltungslinie, die „Odlingsgräns". Dieselbe wurde im Jahre 1750 festgelegt; innerhalb ihres Verlaufs ist allen Nicht-Lappen die Neuansiedlung verboten bzw. nur selten gestattet für Beamte, Waldaufseher, stellenweise Arbeiter usw., und andererseits haben die Lappen besondere Vorrechte bez. Jagd, Fischerei und Benutzung des Landes als Renntierweide. Da die Odlingsgräns etwa zwei Drittel der ganzen Breite Nordschwedens den Lappen zuteilt, nur das an der Küste gelegene Drittel den Schweden usw. überläßt, so steht für die Seßhaftmachung der wenigen tausend Lappen ein gewaltiger Raum zur Verfügung. Gewiß ist derselbe zum großen Teil Gebirge, aber dies Gebirge ist ja eben das Weideland der Renntiere, und in den Tälern finden sich, dank der nacheiszeitlichen Stausee- und Flußterrassenablagerungen, genügend Stellen, an denen Ansatz einer sich selbsterhaltenden Bevölkerung möglich ist.

Das eigentliche Lappenproblem des schwedischen Staates ist daher die Frage der Regelung der Wanderzüge und der Renntierzucht.

III. Die nomadischen Lappen

Die in den vorigen Abschnitten dargestellte „Kreuzschichtung" der verschiedenen Bevölkerungsbestandteile in Nordeuropa wird nun noch dadurch kompliziert, daß durch die Wanderungen der nomadisierenden Lappen immer neue Fäden durch das Gewebe geschlungen werden.

Der Nomadismus der Lappen ist nicht ursprünglich, er ist ein Zwangsnomadismus. Er wird erzwungen durch die nicht aufzuhaltenden Wanderungen des Renntiers, ihres einzigen und wertvollsten Besitzes. Das Renntier ist eine



Hirschart, bei der auch die weiblichen Tiere Geweihe tragen; sie kommt in ganz Nordeuropa und Nordasien vor. Wilde Renntiere gibt es in Skandinavien nur noch in den Hochländern des südlichen Norwegen, in Lappland sind sie alle halb zahm und in Privatbesitz. Ihre Zahl mag folgende Tabelle wiedergeben:

Finnland	160 000	(1912 nach Grotenfeldt)	auf 120 000 qkm
Norwegen (nur Finnmarken)	100 000	(1915 nach Kr. Nissen)	auf 50 000 „
Schweden	170 000	(1921 nach Stat. Jahrb.)	auf 170 000 „

Bemerkung: Die Zahlen sind an sich wenig zuverlässig und schwanken von Jahr zu Jahr sehr.

Die Renntierzucht ist vom Atlantischen Ozean bis zum Stillen Ozean verbreitet, wird auch neuerdings in Amerika geübt. Sie zeigt aber, worauf K. B. Wiklund aufmerksam gemacht hat, in der Hand der verschiedenen Stämme sehr bedeutende Verschiedenheiten, die mit Sicherheit darauf hindeuten, daß es sich dabei keineswegs nur um einfache Übertragung und Übernahme des gleichen Verfahrens von einem zum anderen Stamm handelt, sondern um voneinander unabhängiges Erfinden.

Insonderheit scheinen die Lappen seßhafte Jäger und Fischer gewesen zu sein, ehe sie von den nachwandernden und kulturell besser ausgestatteten Finnen aus den Nadelwäldern von Finnland in die Birkenwälder und Buschsteppen des Nordens und auf die Tundren des Gebirges verdrängt wurden, das sie ja dann zum Teil überschritten (siehe den vorigen Abschnitt). Sie haben während dieses Wanderungsvorganges das Renntier zu zähmen gelernt, wie I. F. Sirelius meint, zunächst in einzelnen Exemplaren, die als Deck- und Locktiere bei der Jagd auf wilde Renntiere benutzt wurden, dabei auch Trag- und Zugdienste leisteten. Die Basis der Zähmung war einerseits die Jagd — noch heute wird ein typisches Jagdgerät, der Lasso, zum Fang benutzt und ist der Schlitten ein Jagdschlitten — andererseits die Viehzucht der südlichen Nachbarn, auf Grund deren das Tier zum Melken und Tragen, aber nicht zum Reiten, wie stellenweise in Nordasien, herangezogen wurde.

Der Nomadismus der Lappen ist also relativ jung und wird sich in der jetzt geübten Form auch nicht lange mehr halten können. Mit der Ausbildung der Staatsgrenzen als Besitzgrenzen auch im Norden, mit der Aufteilung der gemeinsamen Weidegebiete begannen die Schwierigkeiten, da die Menge der Renntiere in der Neuzeit bedeutend zunahm und noch heute zunimmt. Die politische Geschichte von Finnmarken und Lappland ist voll von den dauernden Streitigkeiten Norwegens, Schwedens und Rußlands um den Einfluß auf diese Lande. 1307 wurde das norwegische Vardöhus gegründet, im 15. Jahrhundert entstand als russischer Stützpunkt das Kloster Petsamo und weiter westlich die Kirche Boris-Gleb im Patsjokital, Schweden seinerseits schob Steuerkommissionen ins Innere vor und gründete Blockhäuser zu deren Schutz bis an die Küste heran (Vadsö, Alten), Südvaranger wurde auch noch im Knärödsfrieden von 1613 behauptet.

Die heutigen Grenzen bildeten sich im 18. und 19. Jahrhundert heraus. 1751 wurde die schwedisch-norwegische Grenze festgesetzt, die heute von Kolttajärvi an die finnländisch-norwegische Grenze ist; Kautokeino und Karasjok kamen zu Norwegen, Enontekis, Enare und Utsjoki zu Schweden. 1809/10 trat Rußland an die Stelle des schwedischen Finnland und der Muonio-Torne-Älv vom Kolttajärvi bis Tornio wurde Grenze. 1826 schließlich wurde die Gegend Neiden, Pasvik, Petsamo, zwischen (Schweden-)Norwegen und Rußland geteilt: damit war das letzte gemeinsame Weidegebiet aufgelöst.

Die Wanderungen der Lappen aber konnten trotz vieler Streitigkeiten zunächst in alter Weise fortgesetzt werden. Sie vollzogen sich nach folgendem Schema: Im Mai kalben die Tiere auf geschützten und dann möglichst schon schneefreien Plätzen im Gebirge. Danach wandern sie über das Gebirge und die Hochflächen an die Küste, wo um diese Zeit die Vegetation schon in Entwicklung ist. Hier leben die Herden im Sommer von Gras und Kräutern, bleiben infolge des frischen Seewinds auch von der Ungezieferplage verschont oder weichen ihr durch Aufstieg auf die Schneefelder und Gletscher aus. Ende Juli bis Anfang August beginnt die Rückwanderung, in deren Verlauf nach dem Überschreiten des Gebirges die Herden zusammengetrieben werden, um nach den Besitzern geschieden, gemarkt und zum Gebrauch gesondert zu werden. Danach ziehen sie in die Wälder des Inneren zum Winteraufenthalt, währenddessen ihnen die Renntierflechten zur Nahrung dienen, die im Sommer dürr sind. Im Frühjahr beginnt der Kreislauf von neuem.

1852 aber sperrten Rußland, darauf auch Norwegen die Grenzen und machten dadurch den russischen (finnischen) Lappen das Erreichen der Küste und den norwegischen Lappen das Erreichen der Winterweidegebiete des Inneren unmöglich. Diese Grenzsperre veranlaßte, daß von 1853—1871 rund 275 Lappen mit über 20000 Renntieren von Kautokeino nach Schweden übersiedelten, von wo sie über den Muoniofluß immer noch in den sog. Enontekiszipfel Finnlands hinein durften, der sich durch reiche Winterweide auszeichnet. Diese Übersiedlung störte das natürliche Gleichgewicht in der Torne-Lappmark empfindlich und führte vor allem auch im Tromsö-Amt infolge der zu hohen Zahl der Renntiere zu erhöhten Zwistigkeiten mit den norwegischen Siedlern, die allmählich auch in steigender Zahl sich in die Täler vorschoben. 1843 schon hatte die erste norwegisch-schwedische Lappenkommission getagt, 1866 begann die zweite ihre Arbeiten; aber erst die dritte Verhandlungsphase von 1879 an führte 1883 zu einem für 15 Jahre geltenden Abkommen, das dann bis 1907 verlängert wurde. Inzwischen waren aber wieder entscheidende Ereignisse geschehen und vorbereitet — 1880 sperrte Rußland auch die Grenze gegen Finnland für die schwedischen Lappen — und Norwegen drohte mit einer Grenzsperre bis zum 15. Juni jedes Jahres, die den Zutritt zu den Kalbungsplätzen verwehrt hätte.



Angesichts der weiten zur Verfügung stehenden Räume, der vergleichsweise geringen Zahl der Lappen und auch der Renntiere könnte die Frage aufgeworfen werden, ob denn solche Grenzsperrungen wirklich von vitaler Bedeutung seien, ob nicht die Lappen einfach ihre Weideplätze verschieben könnten. Wir rühren damit an die geographischen Grundlagen der ganzen Lappenfrage. Sie liegen in der Ernährungsweise des Renntiers. Wie oben schon gesagt, fressen die Tiere im Sommer Gras und Kräuter, im Winter aber nur Flechten, deren bekannteste die sog. Renntierflechte ist. Damit zerfällt das Problem in die beiden Fragen nach dem Vorkommen einerseits der Sommerweide, andererseits der Winterweide.

Beide Weidegebiete fallen in keiner Weise zusammen, fast schließen sie sich aus, könnte man sagen. Es handelt sich eben um Pflanzenformationen, die an den Gesteinsuntergrund gebunden sind. Im Bereich der Urgesteine des innerskandinavischen Gebietes überwiegen die Flechtenformationen durchaus, und nur hier und da an Wasserläufen und an den Mooren kommen natürliche Wiesen vor. Diese aber werden von den Ansiedlern ganz allgemein schon gemäht und zur Heuversorgung genutzt. Dagegen liefern die verwitternden Schiefer der kaledonischen Gebirgszone einen Boden, der im Zusammenhang mit den hier reichlicheren Niederschlägen eine üppige Gras-, Kräuter- und Gebüschvegetation ernährt, so dicht, daß sie z. B. beim Besteigen des bekannten Aussichtsberges Nuolja bei der Station Abisko auch dem Touristen auffällt. Hier sind nur die trockensten Stellen flechtenbedeckt.

Die Flechtenvegetation erneuert sich nun, wenn sie einmal abgeweidet ist, sehr langsam. Genaue Zahlen liegen darüber nicht vor, Versuche sind erst seit einigen Jahren im Gange, aber man nimmt etwa an, daß es in Schwedisch-Lappland auf den Hochflächen mindestens 7, an günstigeren Stellen 5, bis zur vollen Entwicklung sogar 12—15 Jahre bedarf.

Nach diesen Gesichtspunkten kann man in großen Zügen sagen: Finnland hat überreichlich Winterweiden, das norwegische Finnmarken hat Sommer- und Winterweiden, Schweden hat überwiegend Winterweiden, fast keine Sommerweiden. So liegen die Verhältnisse in der Tat, und unsere weitere Betrachtung muß diese verschiedenen Verhältnisse je nach den Ländern berücksichtigen.

Am einfachsten liegen die Dinge in Finnland: die Grenzen sind gesperrt. Wanderlappen gibt es nur noch einige Familien im Bezirk Enontekiö, sie wandern aber nur in großen Kreisen durch das Land, abwechselnd verschiedene Weidegebiete berührend. In Enare und Utsjoki sind alle Lappen seßhaft, die Renntiere werden im Sommer des Ungeziefers wegen auf der kahlen Hochfläche (Tunturi) gehalten, im Winter in den Wäldern in der Nähe der Siedlungen.

In Norwegen kommt Renntierzucht bis in die südlichen Hochlande vor, Lappen-Nomadismus aber nur im Finnmarken, weswegen hier nur diese Gegend

berücksichtigt sei. Sitz der Lappen ist hier vor allem der Bezirk Kautokeino mit seinen weiten, flechtenreichen Hochflächen. Im Sommer weiden die Herden 300 km weiter nördlich an der Küste und auf den Inseln, z. B. der Mageröy, auf der das Nordkap liegt. Die Winterweide ist knapp, so daß Kautokeino und Karasjok ein Weidegebiet an der Grenze gemeinsam haben.

Während in Kautokeino die Wanderlappen auch an Zahl durchaus dominieren, ist in Karasjok etwas mehr Seßhaftigkeit zu finden, da die Täler wenigstens schon tiefer liegen und etwas Anbau gestatten. Trotzdem ist auch hier der Nomadismus noch voll entwickelt, die Sommerweidegebiete liegen an der Küste oder auf den hier 1000 m erreichenden Quarzitmassiven der Gaisas. Dagegen hat Polmak weiter im Osten nur noch 6000 Renntiere, und der Nomadismus der Familien hat aufgehört, sie bleiben im Tanatal wohnen. Ebenso hat auf der Varangerhalbinsel und in Südvaranger der Nomadismus seit der russischen Grenzsperre beinahe aufgehört, und auch die Zahl der Renntiere ist seither sehr zurückgegangen. Die Lappen wohnen zum großen Teil am Varangerfjord in torfbedeckten Gammen.

In Schweden sind die Dinge am schwierigsten. Als Weidegebiete bedürfen die schwedischen Flächen der Ergänzung durch die norwegischen und die Finnlands. Die Grenze auf dem Hochgebirge läuft so, daß nur im Süden auch genügend Sommerweiden auf schwedischer Seite liegen, daß schon für die schwedischen Arjeploglappen im norwegischen Gebiet zwischen Ranen und Salten Weideergänzungen notwendig sind. Die größten Schwierigkeiten aber bestehen für die Lappen der schwedischen Tornelappmark nördlich des Torneträsk und der Erzbahn, gerade also in dem Gebiet, das die meisten Renntiere hat und das von der Einwanderung aus Finnmarken am meisten betroffen wurde. Andererseits ist gerade die Provinz Tromsö, das anschließende Sommerweidengebiet, wie sich jetzt zeigt, reich an gutem Boden, hat ein günstiges Klima und gute Verkehrsverhältnisse, was alles dazu beiträgt, daß die Kolonisation hier rasche Fortschritte macht (Vergrößerung der angebauten Fläche um 13% von 1918 bis 1920).

So beziehen sich denn die Ausgleichsversuche der verschiedenen internationalen Kommissionen in der Renntierfrage vornehmlich auf dieses Gebiet. Nach langwierigen Verhandlungen, auch vor einem Schiedsgericht in Kopenhagen 1909/10, wurde auf Grund des von einer 1913 eingesetzten gemischten Kommission 1918 abgegebenen Berichts am 5. Februar 1919 eine Konvention geschlossen, die 1923 in Kraft getreten ist; sie wurde ergänzt durch eine Konvention zwischen Schweden und Finnland vom 9. Mai 1925 und Norwegen und Finnland vom 3. März 1922. Danach ist das in Betracht kommende norwegische Gebiet in Weidebezirke eingeteilt, in deren jeden zu bestimmten Zeiten eine begrenzte Menge Renntiere zugelassen ist; die zu benützenden Wege sind festgelegt, ein Teil führt über die westlichen Hochflächen des finnischen Enontekiszipfels. Die Weidebezirke reichen bis auf die norwegischen Inseln der Gegend von Tromsö hinaus, und die dort im



Sommer in den Straßen des Städtchens und in dem bekannten Lager im Tromstal zu findenden Lappen sind schwedische Lappen aus der Gegend von Karesuando. Im Winter gehen die Herden bis an und über die nördliche Stammbahn hinaus, während die Familien doch mehr in der Nähe der zuständigen Kirchdörfer sich aufhalten.

Die schwedisch-norwegische Konvention soll bis 1952 gelten. Die Schwierigkeit, die aus der fortschreitenden Kultivierung der Provinzen Nordland und Tromsö einerseits, der Zunahme der Lappen und namentlich Renntiere andererseits sich ergeben, sind aber schon jetzt groß. So zeigte eine norwegische Nachprüfung der Bestände in den Weidebezirken, daß 1925 etwa 30000 schwedische Renntiere mehr als zulässig vorhanden. Es hat der schwedischen Provinzialverwaltung in Luleå, der ich diese Angabe verdanke, große Schwierigkeiten gemacht, diese Tiere, die doch Privatbesitz vieler einzelner Lappen sind, abzustoßen, teils durch Verlegung in andere Gegenden, teils durch Verkauf. Deutschland erwies sich als nicht aufnahmefähig für das doch sehr gute und wohlschmeckende Fleisch, das billig zu haben gewesen wäre.

Es ist hier nicht meine Aufgabe, die wirtschaftliche Seite des Nomadismus der Lappen zu beleuchten, ich wollte nur die schwierigen Nationalitätsverhältnisse in diesem Winkel Europas beleuchten. Die drei beteiligten Staaten stehen fraglos vor der Aufgabe, die Lappen wieder seßhaft zu machen, ohne doch die Nutzung der Weiden des Gebirges durch die Renntiere als die einzig mögliche Form einer Produktivität desselben aufzugeben. In Finnland ist die Aufgabe beinahe gelöst, in Norwegen die Lösung noch nicht so dringlich, am dringendsten und schwierigsten in Schweden. Ist sie durchgeführt, so wird ein neuer festwohnender Bestandteil dem Gemisch der Nationalitäten im äußersten Norden beigefügt sein mit dem Erfolg, daß Finnen und Lappen zusammen in weiten Räumen die Majorität haben werden.

Literatur:

Die Einzelnachweise bleiben einem in Vorbereitung befindlichen Werk über Lappland vorbehalten, das zusammenfassend über meine Studien berichten wird. Über die Naturverhältnisse findet sich Literatur in meinem „Nordeuropa“ (Wien, Deuticke 1926); die wirtschaftliche Seite behandle ich in „Finnisch-Lappland und Petsamo“ (Ber. a. d. Inst. f. Finnlandskde. d. Univ. Greifswald 5, 1925).

W. G. Leg.-Rat Kiliani-Schondorf:

COL. THOMPSONS BERICHT UND SEINE WIRKUNG AUF DIE PHILIPPINEN

Von unterrichteter Seite wird uns geschrieben:

Die „7000 Inseln“ hinterlassen auch dem nur oberflächlichen Beschauer zwei nachhaltige Eindrücke, einmal die ganz unglaublich enorme Bucht von Manila



und dann den spanisch-katholischen Schleier, der über dem alten Manila liegt, einzigartig im ganzen Osten Asiens.

Von den 16 Millionen Katholiken Asiens lebt die Hälfte auf den Philippinen. Es gibt dort sogar eine nationale Kirche unter einem farbigen Papst.

Der tiefer Unterrichtete weiß, daß die Inseln stets „gegen die Geographie" von Osten her administriert wurden und daß sie das einzige Kolonialland sind, dem die „Unabhängigkeit" vom weißen Besitzer zugesagt ist.

Heute verlangen sie sie mit immer steigender Leidenschaft. Sie ist ihnen versprochen, sobald sie „fähig" dazu sind, von einem Volke versprochen, das, nach dem bekannten Wort eines amerikanischen Schriftstellers, nicht „wie der Engländer die Freiheit nur bei sich zu Hause liebt, sondern sie jedem Land auf Erden bringen will!"

Die philippinischen gesetzgebenden Versammlungen funktionieren seit 1907. Seitdem geht auch der Kampf um die Unabhängigkeit. Die Philippiner sagen: es kommt nur darauf an, daß wir stabil regiert sind, und das sind wir. Die Amerikaner meinen: „Stabil" seid ihr vielleicht zur Zeit regiert, aber „reif zur Unabhängigkeit" seid ihr kaum. Außerdem müßten wir wohl wissen: wer setzt sich eigentlich hinein in die Inseln, wenn wir hinausgehen? Japan oder eine andere Macht, und wie, militärisch oder nur friedlich und wirtschaftlich?

Auch der demokratischste amerikanische Demokrat wird bei der „weitgehendsten Autonomie" der Inseln doch wahrscheinlich den „amerikanischen Flottenstützpunkt" und die „amerikanische wirtschaftliche Vormachtstellung" im Archipel für Amerika behalten wollen.

Was zuletzt vorging auf den Inseln, bedeutet es nun „Sturmzeichen" oder einfach eine „Erziehungsphase"?

Präsident Coolidge hat voriges Jahr selbst eingegriffen: ohne die Philippinischen gesetzgebenden Körperschaften zuzuziehen, hat er seinen Freund Col. A. Thompson (früherer Privatsekretär Tafts) zur Berichterstattung nach Manila gesandt. Auch weder der amerikanische Kongreß noch das „Department of war", dem die Philippinischen Angelegenheiten bekanntlich unterstellt sind, sind dabei gehört worden. (Die amerikanische demokratische Presse exemplifiziert auch bereits auf den Präsidenten Wilson und seine verfassungswidrigen Versailler Amtsüberschreitungen.) Col. Thompson selbst hat bei der Abfahrt von Seattle im Frühling vorigen Jahres den Zeitungen gesagt: „Gelingt es nicht auf eine Aktion abzukommen, die stabile Verhältnisse und ein Zusammenarbeiten in gemeinschaftlichem Interesse sicherstellt, dann müßte sich Amerika bald von den Inseln zurückziehen."

Darin liegt wohl schon eine gewichtige Variante der Lesart des Unabhängigkeitsproblems, wie sie in Manila gehört wird.

Die Philippiner haben ihrerseits eine besondere doppelparteiliche Kommission eingesetzt, die aus Mitgliedern des Philippinischen Senats und des Repräsentanten-



hauses besteht. Sie hat sich zunächst in Sympathiekundgebungen — Japan gegenüber betätigt. Dazu ist sie eigens nach Tokio gereist.

Es mag sein, daß der Philippinische Senatspräsident Manuel S. Quezon seine Popularität zu Hause zu stärken hoffte, wenn er in der Unabhängigkeitsfrage in Amerika persönlich Fühlung nahm. Jedenfalls ist er von Japan mit der philippinischen Unabhängigkeitskommission nach Washington gegangen. Die Zeitungen hörten dabei von ihm, daß sich in den beiden amerikanischen Häusern eine Majorität für die Unabhängigkeit der Philippinen sicher finden werde.

Coolidge hat zuletzt erklärt, daß diese Frage zur Zeit nicht Gegenstand der Erwägung der Regierung der Vereinigten Staaten sei. Er hat dies auch ausdrücklich in London (auf Grund des Washingtoner Abkommens von 1923 über die Rüstungsbeschränkungen) wissen lassen.

Dies wäre so ungefähr der Auftakt in der Frage.

*

Nun ist der Bericht Col. A. Thompsons veröffentlicht worden. Er hat allgemein enttäuscht und namentlich die Philippiner in allen Lagern verstimmt. Man wirft ihm vor, daß es den bisherigen schwer erträglichen Schwebezustand einfach aeternisiert. Lieber hätte man selbst vielleicht ein glattes Nein gehört.

Es ist bezeichnend, daß sofort mit dem Bekanntwerden des Berichts — trotz der hervorragend politischen Seite der Unabhängigkeitsfrage — auch wieder die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund der philippinischen Presseerörterungen getreten sind.

Automatisch beherrschen die amerikanischen Großrubberpläne wieder die Diskussion (die bekanntlich eine Änderung der philippinischen Landesgesetzgebung zwecks Ermöglichung des Latifundienerwerbs voraussetzen).

Der Bericht hat freilich auch die Beibehaltung der bisherigen philippinischen Zollgesetzgebung, also auch die bisherigen Begünstigungen für die philippinische Zuckereinfuhr nach den Vereinigten Staaten empfohlen.

Auf der anderen Seite ist aber auch die amerikanische Wareneinfuhrpräponderanz beibehalten, die fast den Charakter eines Monopols hat. Sie mag die Kosten des Lebensunterhalts für die eingeborne philippinische Bevölkerung vielleicht mehr verteuern, als es ihrem doch ziemlich primitiven Lebensstandard entspricht. Das Leben in Manila z. B. wäre vielleicht billiger, wenn auch die nicht amerikanischen Waren konkurrenzfähig wären. Wie dem auch sein mag — der Hauptakzent liegt zur Zeit jedenfalls wieder auf der wirtschaftspolitischen „Ausnützung" durch die finanziell und machtpolitisch so überlegene Schutzmacht „Amerika".

Der Bericht rät ferner auch (natürlich) zu einer Reihe Maßnahmen, die die „weitere" autonome Entwicklung der Inseln fördern sollen.

Allein, wenn fortwährend von der „Unabhängigkeit" die Rede ist, dann wirken solche Vorschläge naturgemäß wie „Stückwerk", wie eine Abfindung. Im Herzen



hat wohl kein Mensch gleich die volle „Unabhängigkeit" erwartet, wenigstens jetzt nicht, wo die Gesamtlage im Osten den philippinischen Wünschen ganz offenbar so wenig günstig wie möglich ist.

Bezeichnend ist jedenfalls, daß auch die amerikanische Geschäftswelt in Manila bereits an der „legitimen Sachkenntnis" des präsidentiellen Sonderberichterstatters zu deuteln beginnt. Sie findet, daß er eigentlich nicht genug persönliche Erfahrung von dem Lande habe, dem er in seiner Hauptlebensfrage den Spruch sprechen soll.

Dabei ist es ein offenes Geheimnis, daß die reichen Philippiner bereits Kapital exportieren. Natürlich belebt das nicht die geschäftliche Lage. Ein neuer Aufruf zur Sammlung weiterer Mittel für den Unabhängigkeitsfonds ist auch sofort in Manila erlassen worden. Es ist und bleibt eben eine mißliche Sache, wenn maßgebliche amerikanische Interessenkreise eine Monopolstellung in Weltstapelartikeln wie Kaffee, Gummi usw. anstreben, die den farbigen Schülern abendländischer Demokratie den Eindruck macht, daß sie dafür zur Hörigkeit verdammt bleiben oder ihre Freiheit deswegen auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Den ausgleichenden Standpunkt der britisch-indischen Industriearistokratie hat die philippinische offenbar bisher nicht gefunden (nämlich den der Kooperation), wie die doch den ganzen Archipel schädigende philippinische Großkapitalabwanderung beweist. (Vielleicht ist sie dazu noch nicht „entwickelt" genug.)

•

Nun war es mit der Eintracht zwischen dem Generalgouverneur und den führenden philippinischen Kreisen schon länger und besonders zuletzt nicht immer zum Besten bestellt. Dabei spielt die philippinische „Non-cooperation"-Politik die Hauptrolle, die seit 1923 der amerikanischen Verwaltung die Signatur verliehen hat.

•

Die „Non-cooperation" — bei der jede sich unwillkürlich aufdrängende britisch-indische Reminiszenz abzuweisen ist — datiert im Grunde von der Generalgouverneurschaft Harrison, in der zunächst zwar in der Justiz Philippiner bis in die obersten Stellungen (freilich stets mit der Einschränkung durch den rein amerikanischen „Supreme-Court"), in der Verwaltung aber solche — wenn auch in ständig steigender Anzahl — doch nur in die Mittelstellen gelangt sind. Die Leiter der obersten Verwaltungszweige (also des Innern, des Unterrichts, der Finanz, des Handels, des Verkehrs usw.), die sog. „Secretaries", waren immer ausnahmslos Amerikaner gewesen. 1916 ist dann die weitere Grundlage einer (offenbar etwas überstürzten) neuen Verphilippinisierung in der bekannten „Organic law" (gewöhnlich die „Jones law" genannt) geschaffen worden. Darnach sollten „so bald wie möglich" auch alle höheren Verwaltungsstellen mit Philippinern besetzt werden. Die allzu große Anlehnung dieser Administrationsperiode an



die philippinischen Politiker haben die amerikanischen „republikanischen" Kreise dann bekanntlich später nicht gebilligt.

Der Generalgouverneur Wood (seit 1923) fand diese Entwicklung vor. Er wollte sie bremsen, also die bereits ziemlich große Unabhängigkeit der philippinischen Ressortchefs wieder zurückschrauben. Die finanziellen Mittel zur Schaffung — sagen wir kurz — „amerikanischer Leiter" — der „philippinischen Ministerien"*) sind ihm von den philippinischen gesetzgebenden Körperschaften aber glatt verweigert worden. Er hat sich statt dessen mit der Schaffung eines eigenen „Councils", also eines verfassungsmäßig nicht vorgesehenen, unverantwortlichen Gremiums beholfen, das — aus amerikanischen Offizieren bestehend — im Volksmund bald das „Cavalry Cabinet" hieß.

Dazu kam eine echt philippinische Spieler- und Skandalaffäre in Manila, „die" Krisis des Jahres 1923. Ein nachgeordneter amerikanischer Verwaltungsbeamter hatte in einer Spielklubaffäre gegen seinen philippinischen Departmentschef ausgesagt. Er ist deswegen vor die Verwaltungsinstanzen und den Kadi zitiert worden. Da seine Unschuld dabei vollständig erwiesen wurde, hat der Generalgouverneur seine Wiedereinsetzung von den gesetzgebenden Körperschaften bzw. den „Secretaries" verlangt. Diese Forderung haben sämtliche philippinischen „Secretaries" mit ihrem Abschiedsgesuch beantwortet. Der Generalgouverneur hat es (merkwürdigerweise) angenommen und daraufhin selbst neue Secretaries ernannt.

Seitdem sabotieren die philippinischen gesetzgebenden Körperschaften nun so ziemlich alles, was der Generalgouverneur und die von ihm ernannten Verwaltungschefs vorschlagen. Das geht so weit, daß sie z. B. die Mitwirkung an gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen oder sanitären Maßnahmen, die dem Lande als Ganzes frommen, ablehnen usw.

Gegen diesen unerwünschten Zustand ist zuletzt natürlich eine starke amerikanische Gegenbewegung entstanden, die z. B. die Votierung von Gesetzen durch den Generalgouverneur, ferner die Abschaffung des bekannten „Board of Control" fordert und u. a. auch die Beanstandung einiger philippinischer Finanzmaßnahmen (die immer schon der „schwache Punkt" der philippinischen Verwaltung waren) durch den amerikanischen „Auditor" zur Folge hatte.

Wer wie der Verfasser lange in Südostasien gelebt hat, der kann sich hier der Erinnerung an die alte Diskrepanz zwischen englischen und amerikanischen Kolonialmethoden nicht erwehren. Heute — bei der neuen amerikanischen Finanzübermacht, der — fortbestehenden — alten englischen Kolonialerfahrung und der Selbstbestimmungsbewegung des Ostens ist sie eine Weltfrage**) geworden, die die

*) Mit Ausnahme der „Volkserziehung", die immer schon dem Generalgouverneur unterstellt war.

**) Damals hieß es in englischen Kolonialkreisen (Singapore) nach amtlichen Besprechungen mit amerikanischen Gästen von den Philippinen immer nur — halb pikiert und halb schmunzelnd: „Of course every thing is perfect, if it is only as different as possible from the English way" —.



Grundlage des angelsächsischen Gesamtaufmarsches auf Erden ebenso wie die ganze Zukunft Ostasiens und damit der Welt berührt. Das abendländische Kapital wird eben — so oder so — das „Ausbeuterische" aus dem Philippinenproblem herausbringen und die orientalischen Selbstbestimmungswünsche einerseits mit einem tatsächlich tragbaren „selfgovernment", andererseits auf eine beiderseits akzeptable Gleichung bringen müssen. Deren Generalnenner wird wohl „Cooperation" heißen, also zunächst das genaue Gegenteil der derzeitigen philippinischen Lösung und auch der philippinischen Wünsche, aber genau das, was Col. A. Thompson v. J. in Seattle, in der Hauptsache wenigstens, vorhergesagt hat.

*

Rein philosophisch genommen wäre diese „Non-cooperation-Politik" noch verständlich, wenn sie nur immer auch rein sachlich wäre. Da scheinen aber doch auch Motive des Eigennutzes und der Familien- und Sippenherrschaft häufig mit im Spiel zu sein. Eine neue Eingeborenenbewegung ist jedenfalls bereits entstanden, die für den Generalgouverneur und gegen diese philippinische Sippenherrschaft — sie ist treffend „Kazikenherrschaft" genannt worden — Partei nimmt.

Alles in allem genommen kann man begreifen, daß die Gesamtergebnisse der amerikanischen Verwaltungskunst zur Zeit eben nicht die Herzen in den Vereinigten Staaten höher schlagen lassen.

*

Dazu kommt, daß die Politik Amerikas im Sulu-Archipel zur Zeit eine ungewöhnliche Resonanz durch ganz Ostasien hat.

In der Nähe von Manila befindet sich bekanntlich die amerikanische Marinestation Cavite. Sie ist mit der wichtigste Stützpunkt der amerikanischen Seestreitkräfte im Pazifik und natürlich zur Zeit die Operationsbasis für die nach den chinesischen Gewässern detachierten amerikanischen Kriegsfahrzeuge. Man kann sich denken, wie viel weniger frei und ungehindert die Vereinigten Staaten in China für die „rein wirtschaftliche" Politik der „offenen Türe" eintreten können — dieses Pivot größten Stiles der amerikanischen Weltpolitik —, wenn sich gerade jetzt auf den Philippinen etwas Wesentliches ändern sollte. Die amerikanische Agitation, die immer das Wort von der Verleihung der amerikanischen „Bundesstaatsqualität" an die Philippinen als der angeblich „einzigen" Lösung des Problems im Munde führt, muß zur Zeit in manchen amerikanischen Kreisen unbequem wirken. Sie ruft Gegenargumente, wie das von der „ganz überflüssigen Schaffung noch einer dritten Rasse für die Vereinigten Staaten" auf den Plan (die dann die zweite „farbige" wäre).

*

Alles, was im Sulu-Archipel vorgeht, wird auch eine gewisse Wirkung auf die gesamte Malayenwelt haben (Holländ. Insulinde und im weiteren Verstande auch das französische Indochina mit eingeschlossen). Die dortigen „Selbstbestimmungs-



bestrebungen und ihre Resonanz im Mutterlande sind bekannt. Die Straits sind nach den neuesten direkten Nachrichten von dort — wie für jeden Kenner vorauszusehen war — auch heute noch viel mehr chinesisches als malayisches Land. Freilich können auch für diese etwaige Selbstbestimmungserfolge in China — und daran kann (in irgendeiner Form) nicht mehr gezweifelt werden — ein mindestens „Schule machendes Beispiel" liefern. Dies scheint in Niederländisch-Indien schon ziemlich der Fall zu sein, womit den Chinesen auf Java und Sumatra eine bisher ungewohnte Rolle zugefallen ist. Es sind etwa rund 1 Million, meist kleine Händler aus Südchina, die daher natürlich mit der Kuomintang sympathisieren. — Die Urteile unterrichteter Beobachter mehren sich, die im chinesichen Element, namentlich Insulindes, einen neuen Bundesgenossen der mit der weißen Kolonisation Unzufriedenen erblicken und voraussagen, daß die Wirkungen der politischen Erfolge in der chinesischen Heimat — Erfolge gegen das mächtige England — über die chinesischen Landesgrenzen hinausströmen und auch in Indonesien einen verschärften Kampf der Chinesen um Emanzipation und Erlangung größerer Rechte hervorrufen werden. Die Kuomintang-Propaganda ist in starker Zunahme im Archipel, und wenn der niederländisch-indische Generalgouverneur auf der letzten Pressekonferenz auch eine offizielle Propaganda dagegen als nicht beabsichtigt bezeichnete, so hat er doch eine eventuell private warm begrüßt. Die Leitung dieser Kuomintang-Agitation in Niederländisch-Indien liegt, was bemerkenswert ist, in den Händen der „Oosterliga" und nicht in denen einheimischer javanischer Kommunisten, die nur Helfer der Chinesen sind.

Kann man die Philippinen aus dem südostasiatischen Inselkreis geographisch nicht herauslösen, so geht das auch politisch nicht (bei aller Verschiedenheit im Einzelnen). Und dann muß man schon sagen: die derzeitigen Auspicien sind nicht recht günstig für die baldige Philippinische Unabhängigkeit!

Der Ausgang der Genfer Flottenkonferenz und ihre Affichierung englisch-amerikanischer Konfliktsmöglichkeiten hat sie sicher ebenfalls nicht günstiger gestaltet.

KLAUS BUSCHMANN:

DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

Streiflichter auf ihre Entstehung, Verfassung und Politik

Die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika beginnt um die Mitte des 18. Jahrhunderts, als die Unzufriedenheit mit dem weitentfernten britischen Regiment groß und bewußt genug geworden war, um an einen Aufstand denken zu lassen, und als die Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Kolonien und ihre widerstreitenden Interessen überwunden waren durch das Bewußt-



sein eines gemeinsamen Interesses und eines gemeinsamen Zieles. Am 4. Juli 1776 erklärten 13 von den heute 48 Vereinigten Staaten ihre Unabhängigkeit, und die Amerikaner sind heute noch der Auffassung, daß damit ein völlig neues Zeitalter der Weltgeschichte eröffnet worden sei. Die Verfassung der Vereinigten Staaten, die am 17. September 1787 in Philadelphia angenommen und 1789 erstmals durch zehn Zusatzartikel (Bill of Rights) ergänzt wurde, war ein ehrlicher und praktischer Versuch, unter den damals geltenden Bedingungen die Regierungsgewalt mit der Freiheit auszusöhnen. Das englische Volk legte kraft der Verfassung seine Souveränität in die Hände des Parlaments. Dort gibt es einfach kein Mittel außer der Revolution, die Beachtung der Magna Charta oder der Petition of Rights oder der Bill of Rights zu erzwingen, wenn es dem Parlament gefallen sollte, sich über sie hinwegzusetzen oder sie zu verletzen. Die Regierung der Vereinigten Staaten hingegen ist in keinem Sinne Träger der Souveränität. Umfaßt doch der wesentliche Inhalt der amerikanischen Verfassung als Hauptpunkte: 1. die föderative Regierungsform mit genau bezeichneten Vollmachten und dem sorgfältig aufrechterhaltenen Gleichgewicht zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Einzelstaaten; 2. die Bill of Rights, die ein gewisses Maß persönlicher Freiheit gegen Eingriffe der Regierung sicherstellt; 3. das unabhängige Oberste Gericht mit der Machtvollkommenheit, das Volk als Ganzes vor einer Gewaltanmaßung durch die Gesetzgebung zu bewahren und den einzelnen Bürger gegen Eingriffe der Gesetzgebenden oder Vollziehenden Gewalt in seinem Rechte zu schützen; 4. die republikanische Regierungsform, die durch die Verfassung eingesetzt und durch sie jedem einzelnen Staate der Union gewährleistet ist. Es gibt keine Gewalt, die diese wesentlichen Grundsätze abzuändern oder abzuschwächen vermag, ausgenommen den Willen des Volkes der Vereinigten Staaten selbst. Es gibt aber auch, wie Benjamin Franklin am 17. September 1787 auf der Verfassungsgebenden Versammlung zum Schluß der Beratungen erklärte, keine Regierungsform, die nicht ein Segen für das Volk werden kann, wenn sie gut gehandhabt wird. Ein großer Teil der Stärke und Leistungsfähigkeit einer Regierung, die dem Volke die Wohlfahrt verschaffen und sichern soll, hänge von dem Glauben ab, von dem allgemeinen Glauben an die Güte dieser Regierung wie an die Weisheit und Lauterkeit der Regierenden.

Die amerikanischen Parteiunterschiede lassen sich nicht mit den europäischen vergleichen. Dort gibt es keine zur Bildung einer Partei genügende Zahl für die Vertretung von Ansichten, die man in Europa Tory, Konservative oder Junker nennt. Alle politischen Spaltungen entspringen in Amerika aus dem Anschauungskreis, der in Europa als der liberale gekennzeichnet wird. Die Parteispaltung, die in den Vereinigten Staaten nach der Unabhängigkeitserklärung eintrat, beruhte teilweise auf dem Gegensatz zwischen Föderalisten und Antiföderalisten, teilweise aber griff sie auf einen viel tieferen und dauernden Unterschied



zurück. „Der gesunde Instinkt", sagt Nicholas M. Butler, der Präsident der New Yorker Columbia-Universität, in seinen 1923 an englischen Universitäten gehaltenen geistvollen Vorträgen, die soeben mit einem empfehlenden Geleitwort des deutschen Botschafters in Washington Frhrn. von Maltzan bei Reimar Hobbing, Berlin, auch in deutscher Sprache unter dem Titel „Der Aufbau des amerikanischen Staates" erschienen sind, „läßt die sogenannten höheren Klassen eine Regierung bevorzugen, die stark genug ist, Ordnung und Freiheit im ganzen aufrechtzuerhalten, einschließlich jener Beigabe zur Freiheit, die man Besitz nennt. Der gleiche gesunde Instinkt läßt die sogenannten Massen eine Regierung verwerfen, welche die Privilegien schützt und sichert, oder ihre Macht zur Knebelung und Unterdrückung der großen Volksmasse benützen könnte. Wir sind bei dem immerwährenden Widerspruch in der Demokratie angelangt... Bedeutet Demokratie nichts weiter als eine Regierungsform, so ist sie schon ein trauriger und kostspieliger Fehlschlag; bedeutet sie hingegen ein soziales, wirtschaftliches und politisches System, so ist sie sicherlich die einzige Hoffnung für die Menschheit." — Die heutige Demokratische Partei in den Vereinigten Staaten ist im allgemeinen die Erbin der Traditionen der Antiföderalisten, die für die Rechte der Einzelstaaten eintraten. Sie hält die Namen Jeffersons und Jacksons in Ehren. In ähnlichem Sinne ist die heutige Republikanische Partei die Nachfolgerin der Föderalisten, die Lehren Hamiltons, Marshalls und Websters sind der Fels, auf dem ihre Grundmauern stehen. Sie trat 1854 ins Leben und wollte vor allem der Ausbreitung der Sklaverei entgegentreten, die 1845 in 14 von den damaligen 27 Staaten bestand, aber von Jahr zu Jahr in der Volksmeinung mehr eine Sache der Moral, als eine Sache der Politik wurde. Um sie aufrechterhalten zu können, trennten sich die sklavenhaltenden Südstaaten von der Union und schlossen sich 1861 zu den „Konföderierten Staaten" zusammen. Das führte zum Bürgerkrieg, der bis 1865 dauerte und mit dem Siege der Nordstaaten — und der Ermordung des Präsidenten Lincoln — endete. Durch den in demselben Jahre noch proklamierten 13. Zusatzartikel zur Verfassung wurde die Sklaverei abgeschafft, und durch einen 15. Zusatzartikel wurde 1870 den Vereinigten Staaten und den Einzelstaaten verboten, irgendeinen Bürger mit Rücksicht auf Rasse, Farbe oder frühere Unfreiheit an der Ausübung der Wahl zu verhindern. Die ehemaligen Sklaven erhielten also das Wahlrecht, doch ist die zwangsweise Durchführung der Bestimmungen dieses Zusatzes bis heute noch in denjenigen Landesteilen unterblieben, wo sie der öffentlichen Meinung zuwiderläuft und den weißen Bürgern als eine Gefahr für ihre gesamte Zivilisation erscheint.

Ein 16. Zusatzartikel zur Verfassung betraf die Einkommensteuer, durch die der Bundesregierung 1913 neue, fast unbegrenzte Einnahmequellen erschlossen wurden. Das Gebiet, auf dem die Einzelstaaten für ihren eigenen Bedarf nach Recht und Billigkeit Steuern erheben können, wurde dadurch verengt. Dieser Zu-



satzartikel hatte auch die Festigung und Erweiterung der Macht der Zentralregierung auf Kosten der einzelstaatlichen Regierungen zur Folge. Überhaupt ist die Verfassung im Laufe der Zeit schon des öfteren ergänzt worden auf eine Weise, welche die Autorität und das Ansehen der nationalen Regierung vergrößerte. Bei weiterem Fortschreiten auf diesem Wege dürfte die Föderativrepublik schließlich in eine imperialistische Demokratie übergehen. — Sehr umstritten ist bis heute noch auch der 18. Zusatzartikel zur Verfassung, der Prohibitionszusatz, d. h. das Alkoholverbot von 1919. Vor allem deshalb, weil man das Alkoholverbot, das doch eigentlich nur eine Polizeimaßregel ist, in die Verfassung selbst hineingeschrieben und dadurch jede Zurücknahme oder Milderung nahezu unmöglich gemacht hat, weil schon ein Viertel der Staaten, zuzüglich einem Staate, in der Lage ist, jede Änderung zu verhindern. Bei der Präsidentenwahl im nächsten Jahre dürfte die Prohibition den Hauptstreitpunkt bilden. Schon jetzt ist die Debatte über diese Frage lebhaft im Gange. So sprach sich erst Anfang April auf einer Versammlung in Boston der obengenannte Präsident Butler entschieden dafür, der bekannte Senator Borah aber dagegen aus, daß das nächstjährige republikanische Wahlprogramm den Widerruf des 18. Verfassungszusatzes befürworten soll. Butler steht auf dem Standpunkt, daß es stets eine Gefahr bedeute, die Moral und den Lebenswandel des einzelnen durch Gesetz oder gar durch Verfassungsgesetze ändern und verbessern zu wollen.

Doch ungleich wichtiger als diese und andere interne Angelegenheiten der Vereinigten Staaten ist für die übrige Welt deren Außenpolitik. Wenn der erste Präsident, Washington, in seiner Abschiedsbotschaft das amerikanische Volk 1797 ermahnte, so wenig wie möglich politische Beziehungen zu fremden Nationen zu unterhalten, und wenn auch Präsident Jefferson 1801 in seiner Antrittsbotschaft sich gegen die „Verwirklichung" in Bündnisse mit fremden Nationen wandte, so ist heute die Isolierung Amerikas zur Fabel geworden. Die Zeiten und Umstände haben sich eben geändert. Präsident Mac Kinley erklärte 1901 am Vortage seiner Ermordung in Buffalo: „Die Zeit der Abgeschlossenheit ist vorbei!" Noch eindringlicher und bestimmter sprach später als Expräsident Roosevelt, und Präsident Taft befürwortete oft und nachdrücklich die wirksame Teilnahme der Vereinigten Staaten an einem Programm für internationale Beratungen und internationale Zusammenarbeit. Die Anstrengungen des Präsidenten Wilson in dieser Richtung sind noch in frischer Erinnerung, desgleichen weiß man, daß sein Nachfolger Harding für einen Weltgerichtshof eintrat, und daß der derzeitige (29.) Präsident Coolidge vornehmlich um eine internationale Abrüstung sich bemüht. Nicht unbekannt aber auch ist, daß die Vereinigten Staaten trotz allem bisher dem Völkerbund nicht beitraten. Präsident Butler sagt dazu in seinem obenerwähnten Buche: „Welche Fehler im Senate der Vereinigten Staaten auch begangen worden sind, als man sich dort um die Ratifizierung des Friedensvertrages



von Versailles stritt, so ist doch nichts gewisser, als daß sich bald dem amerikanischen Volk ein Weg eröffnen wird, um in Richtung einer größeren Anteilnahme an der internationalen Zusammenarbeit weiterzuschreiten."

HANS GOLCHER:

GRENZSTRUKTUR UND STAATLICHER ORGANISMUS

Wenn wir einen Blick auf die politischen Landkarten werfen, gewahren wir eine große Mannigfaltigkeit in der Grenzführung der verschiedenen Staatswesen. Wir können den einzelnen Grenzlinien nachgehen, sehen, wie sie plötzlich vorspringen und einen in strategischer oder wirtschaftlicher Hinsicht wichtigen Punkt umschließen, sich an landschaftlich gegebene Abgrenzungen anlehnen oder aber scheinbar ganz unbegründet mitten durch geographisch- und wirtschaftlich-einheitliche Gebiete laufen. Wir können uns diese Grenzen genau einprägen — ihre Bedeutung von strategischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten aus im einzelnen erforschen — aber das Wesen der Grenze selbst wird uns dabei fremd bleiben, ein abstrakter Begriff.

Die Politische Geographie nun lehrt uns, die Grenzen als Organe der Staatswesen anzusehen. Als solche gewinnen die Grenzen plötzlich ein ganz eigenartiges, stark selbständiges Leben. Aus Linien auf der Landkarte oder in der Landschaft, aus rein begrifflichen Fiktionen wird uns die Grenze zu einem lebendigen Wesen, zu einem Spiel von wechselnden Kräften. Der starre Begriff Grenze löst sich auf zu einem dynamischen Werdenden.

Die Grenze wird als organische Einheit empfunden und verliert den begrifflich ihr anhaftenden Charakter der geringeren oder größeren Willkürlichkeit, wenn wir sie von innen heraus, aus dem Wesen der seltsamen Lebewesen, die sich Staaten nennen, verstehen.

Die verschiedensten Wissenschaften haben den Staat zum Objekte — und zwar gehen sie naturgemäß von verschiedenen philosophischen Einstellungen zum Staate aus. Der Jurist wird geneigt sein, in dem begrifflichen Netze, das von der Verfassung ausgeht und mit rechtlichen Beziehungen in den mannigfaltigsten Verästelungen das Leben der Staatsmenschen umspannt, das wesentliche Merkmal des Staates zu sehen. Und sicher ist der inmaterielle doch demantharte Bau der rechtlichen Fiktionen aus dem tiefsten Wesen des Staates geboren. Die geheimnisvollen staatsbildenden Kräfte sind im Rechtssystem gleichsam herauskristallisiert und umgeben wie ein schützendes Ringelhemd den Kulturleib des Staates. Eine solche Betrachtungsweise läßt uns aber sehr bald den Staat zum Begriff erstarren — zur Fiktion über Fiktionen; wir verlieren im wörtlichen Sinn den Boden unter den Füßen. Die Politische Geographie bemüht sich nun, diesem Fehler auszu-



weichen und den Staat als lebendige Einheit von Volk und Boden anzusehen. Hierdurch gewinnen wir eine gewissermaßen kosmische Anschauung: Auf der Oberfläche der gewaltigen Kugel unseres Planeten blühen die Staaten auf — aus den Keimen der Völkerschaften, die sich dem Boden verbanden.

Staat ist im Sinne der Politischen Geographie ein Stück Erdboden mit einem Stück Menschheit, das mit diesem Boden aufs engste verbunden ist — gleichsam eine Ehe von Volk und Boden. Dieser Staat nun ist ein Organismus — und darum gelten für ihn die Gesetze, die allem Lebendigen eingeboren sind. Da ist zunächst die ständige Veränderlichkeit und Bewegtheit des Lebens. Auch der Boden ist nur relativ starr — auch er wird ergriffen vom Fluß der Dinge.

Die staatlichen Organismen sind natürlich nicht mit den hochentwickelten Tier- und Pflanzenkörpern zu vergleichen, die uns beim Klang des Wortes Organismus vor das innere Auge treten. Vielmehr gehört der Staat in die Reihen der sog. unvollkommenen Organismen — und steht etwa dem Tierstaat der Hymenopteren sehr nahe — hier ist der räumliche, der körperliche Zusammenhang zwischen einzelnen Organen und Zelleneinheiten aufgegeben. Organismus ist im biologischen Sinne ganz allgemein ein Komplex von verschiedenen Organen mit verschiedenen Funktionen, die alle auf den gemeinschaftlichen Zweck der Selbsterhaltung und der in dieser eingeschlossenen Fortpflanzung gerichtet sind.

In einem organischen Zellenhaufen tritt sehr bald ein Auseinandertreten einzelner Organe auf, die jeweils verschiedenem Zwecke zu dienen imstande sind. Stellvertretung eines Organes für ein anderes ist in großem Ausmaße nur bei sehr unentwickelten Organismen möglich; im Staatsorganismus nun ist die Differenzierung längst nicht so stark — die soziale Schichtung zeigt nur die allerersten Anfänge einer solchen, was die wirtschaftlichen Funktionen des Staates anbetrifft. Wir müssen den Staat demnach besser als einen Aggregatsorganismus mit größter Selbständigkeit der Faktoren bezeichnen.

Der Kern des Staates ist seine politische Idee. In ihr verkörpert sich die Sorge für sein Fortdauern — seine Selbsterhaltung und sein Wille zum Mehr, sein Wille zur Macht. Diese politische Idee nun ist gleichsam die Seele des Staates — sein zentrales Nervensystem. Sie ist von allen Organen des Staates am stärksten differenziert und umschließt die mannigfaltigsten Kräfte des staatlichen Lebens, seien sie nun materieller oder geistiger Art.

Da der Staat ein Doppelwesen von Volk und Boden ist, so gehen notwendigerweise Bodenelemente in die Staatsidee ein. Das kann sein in der Weise, daß der Charakter des Volkes, das bewußt eine geschichtliche Einheit bildet, und der Rassen, aus denen das Volk zusammengewachsen ist, eine wesentliche Beeinflussung durch die Heimatlandschaft erfahren haben. Diese Einwirkung wird natürlich nicht rein passiv erlitten — sondern je nach den Anlagen, den Fähigkeiten und dem Lebenswillen der verschiedenen Rassen und Völker verschieden ausgewertet.



Es handelt sich auch hier um ein Wechselspiel der Kräfte — Landschaft und Mensch ringen miteinander und prägen sich allmählich einen ganz bestimmten Charakter auf. In einer zweiten Hinsicht kann der Staatsboden an der politischen Idee teilhaben — er kann dem Volk unmittelbar praktische Aufgaben stellen — wie etwa die Halbinseln Spanien und Italien zur Bildung einheitlicher Staaten geradezu herausfordern. Staaten haben die Tendenz, in natürlich geschlossene Räume hineinzuwachsen. Zunächst halten sich die kleineren Staatsgebiete mit noch beschränktem geographischem Horizont an kleinste landschaftliche Einheiten — Talbecken, Buchten, Lichtungen im Urwald sind solche Gebiete. Allmählich wird aber etwa ein Flußlauf in die politische Idee mit einbezogen. Staatenbünde entstehen längs des Flußes — bis wiederum ein neues Motiv in die politische Idee Eingang findet und sich der Staatenkranz bis zu einem ferneren Gebirgszug vorschiebt, und somit der Staatsboden erheblich vergrößert wird. Es scheint, daß dieser Hang der Staaten, in natürliche Grenzen hineinzuwachsen, erst in den Erdteilsgrenzen seine Befriedigung finden wird.

In dem Augenblick, in dem wir von der Betrachtung des einzelnen Staates zu einer Staatengruppe übergehen, wird der Begriff der Grenze wichtig. Zunächst müssen wir den grundlegenden Satz aufstellen, der uns zu einer Anschauung des Wesens der Grenze führt: Grenzen sind niemals bloße Berührungslinien von Staaten — sie sind räumliche Gebilde in zwei Ausdehnungen, besitzen eine gewisse Breite.

Grenzen bezeichnen überall das Aufeinandertreffen von Gegensätzen; „sie sind stets ein Fremdes und doch beiden Teilen Verwandtes". Die Grenze ist gleichsam die ineinandergewachsene Haut zweier Staaten. Sie ist eine der wichtigsten Organe des politischen Organismus. Wie die Haut den Körper gegen die Einwirkungen der Außenwelt schützt — und zugleich doch der durch sie bewirkte Abschluß kein hermetischer ist, sondern durch die Haut eine gewisse Atmungstätigkeit erfolgt — so erfüllt auch die Grenze des Staates zwei Funktionen: sie schützt den Staatskörper und vermittelt gleichzeitig den Verkehr mit der Außenwelt. Als organische Wesenheiten aber besitzen die Grenzen noch eine Eigenschaft, die sie mit allen tellurischen Erscheinungen teilen. Im immerwährenden Wechsel der Zeiten, im Flusse der ununterbrochenen Entwicklung bleibt sich keine Wesenheit auf unserem Planeten gleich. Es wäre darum töricht, an absoluten politischen Grenzen festhalten zu wollen; nein, die politische Grenze ist in jedem Augenblick der Ausdruck eines höchst labilen Spannungsgleichgewichts zwischen verschiedenen Staaten. Jede theoretisch auf dem Papier festgelegte Grenze kann nur als Momentphotographie bewertet werden. Wie die Küstenlinie sich ständig verändert und umgestaltet unter den Einwirkungen des Meeres, und wie jede bestimmte Küstenformation als Querschnitt einer Entwicklungsbewegung aufzufassen ist, so ist auch die politische Grenze — um mit den Worten E. Schönes zu reden: „die



Kontraktion einer Summe von geschichtlichen Prozessen". Die Energie, mit der geschichtliche Prozesse wirken, läßt sich oft an der Art der Grenzen erkennen. Zwischen Staatengebilden, die ihre Kräfte in jahrhundertelangem Ringen gemessen haben, wird die Grenze einen vereinfachten, abgeschliffenen Charakter tragen; das ist der Fall bei der deutsch-französischen Grenze, die einen stetigen Verlauf aufweist — ununterbrochen von kraus vorspringenden oder zurückweichenden Enklaven und Exklaven. Um auf das Beispiel des Meeres zurückzukommen: in stillen Buchten wird die Küstenbildung eine ungleich eigenwilligere sein und buntere, mannigfachere Formen aufweisen als die Küste eines bewegten Meeres. So treffen wir denn auch in Gebieten, in denen ein politischer Dornröschenschlaf herrschte, Grenzen, die durch ihre Zerrissenheit unser Erstaunen erregen. Ich möchte hier vor allem an die Thüringischen Kleinstaaten erinnern.

Sehr häufig ist das Bestreben, Grenzen auf vertraglichem Wege zu vereinfachen. Solches Streben nach Grenzvereinheitlichung und damit verbundene Grenzstreitigkeiten sind vor allen Dingen in Südamerika an der Tagesordnung. Man hat berechnet, daß die umstrittenen Gebiete dort etwa $1^2/_3$ Mill. qkm umfassen, also eine Fläche, die reichlich dreimal so groß ist wie das Deutsche Reich.

Grenzkonflikte werden natürlich in solchen Gebieten am häufigsten sein, in denen es an einer bis ins einzelne gehenden geographischen Erforschung mangelt. Das wird vor allem in außereuropäischen Ländern der Fall sein. Man pflegt hier die Grenzführung nur ganz allgemein in dehnbaren Ausdrücken zu bestimmen, so daß es wohl angebracht ist, hier von elastischen Grenzen zu sprechen. Derartige elastische Grenzen trennen die europäischen Kolonien in Afrika, sowie die sog. Interessensphären in Asien. Trotzdem erweisen sich solche elastischen Grenzen nicht in allen Fällen als zweckentsprechend, wenn bei näherer Erforschung der Grenzgeschichte es sich herausstellt, daß sich dort etwa wichtige Kohlenlager oder schiffbare Stromläufe oder ähnliche wirtschaftliche wichtige Objekte befinden; es erheben sich sofort Grenzkonflikte, es kann im weiteren Verlauf der Angelegenheit sehr leicht zu kriegerischen Entladungen der Spannung kommen.

Wir haben gehört, daß die Grenze kein haarscharfer Trennungsstrich sei, vielmehr als ein eigenes räumliches Gebilde aufzufassen ist. Allerdings tritt diese Eigenschaft der Grenzen bei den europäischen Kulturstaaten nur mittelbar hervor. Der räumliche Charakter der Grenzen stellt sich in seiner ursprünglichsten Form bei der Staatenbildung primitiver Völkerschaften dar. Solche Staaten — wie wir sie etwa bei den afrikanischen Negerstämmen antreffen — grenzen niemals unmittelbar aneinander. Zwischen den Peripherien der staatlichen Organismen erstreckt sich etwa ein unwegsamer Busch — oft bilden auch Mangrovensümpfe und Wüstengebiete den Grenzstreifen. Die Breite dieses Grenzstreifens richtet sich nach den freundschaftlichen oder feindlichen Verhältnissen der beteiligten Staaten. Ursprünglich ist diesem Grenzstreifen nur die Aufgabe des Schutzes erteilt. Man



unterläßt es geflissentlich, Wege und Stege in der unentwirrbaren Grenzwildnis anzulegen. Ganz wenige Verkehrsstraßen dienen der allerunumgänglichsten Verbindung mit der Außenwelt und werden im übrigen auf das schärfste bewacht, um sich gegen das Eindringen fremden politischen Einflusses zu schützen. Solche Grenzwildnisse sind uns von Reisenden und Gelehrten, die den einheimischen afrikanischen Verhältnissen ihre Aufmerksamkeit zuwanden, oft geschildert worden. Auch auf den Staaten der Südseeinseln sind uns unwegsame Grenzgebiete verbürgt. So sind die vier Staatengruppen der etwa $1^1/_2$ qkm Fläche umfassenden Miniaturinsel Mioko im Bismarck-Archipel durch solche unbewohnbaren Gebiete voneinander getrennt.

Auf Neuseeland befinden sich zwischen den einzelnen Maoristämmen meilenbreite Wildnisse. Die Grenzwildnisse in den Vereinigten Staaten machten sich als besonders lästig bei der Abgrenzung der Indianerterritorien bemerkbar.

Auch in Europa stoßen wir auf solche Grenzwälder, wenn wir um zwei Jahrtausende in der Geschichte der europäischen Völkerschaften zurückgehen. Ganz Böhmen war ursprünglich durch gewaltige Grenzwälder gegen seine Nachbarländer abgeschlossen. Die serbischen Gaue waren durch einen Grenzverhack voneinander getrennt.

Oft ist der Marsch der römischen Kohorten durch solche Grenzwildnisse aufgehalten worden; sie begegneten solchem Grenzschutz zunächst in Gallien und in England.

Künstliche Befestigungsmittel verstärken oft den Schutzwert des Grenzsaumes, hierher gehört der römische Limes — der Hadrianswall gegen die Pikten und Skoten — die große Mauer in China, die gegen mongolische Einfälle errichtet war.

Zwischen dem Deutschordenslande und Litauen zogen sich mächtige Grenzwaldungen dahin, die drei Verbindungsstraßen nach Kowno, Grodno und Ortelsburg waren stark befestigt.

Die Grenzwildnisse dienen häufig auch der Ernährung der beteiligten Staaten. Jägerhaufen durchziehen die Wildnis und treffen auf Männer des angrenzenden Staates; so leiten sich freundliche oder feindliche Beziehungen ein.

Das Grenzgebiet ist auch das erste Kolonisationsgebiet eines primitiven Staates. Häufig aber ist die Besiedlung der Grenzgebiete das Anzeichen eines Verfalls der kontrahierenden staatlichen Zentralgewalt. Der Zellkörper des Staates zerfällt — unbotmäßige Elemente sondern sich ab und begründen in den Wäldern und Sümpfen des Grenzstreifens ein unabhängiges, ungesetzliches Dasein. So befanden sich auf der kleinen bei Mioko gelegenen Südseeinsel Nissan zwei Siedlungen politischer Flüchtlinge in den Grenzstreifen, die der mangelnden Konzentrationskraft des die politische Idee verkörpernden Staatsoberhaupts ihr Dasein verdankten. Man hat sogar den Reichtum der deutschen Bundesstaaten an Enklaven und Exklaven zum Teil auf die Niederlassung von politischen Flüchtlingen in Grenzgebieten erklären wollen.



Auch in den alten Kulturländern, in denen die Grenze als abstrakte Linie fingiert wird, verrät sie ihren räumlichen Charakter durch eine ganz eigentümliche Mischung der Sprachen, der Nationalitäts- und der Siedlungsarten. So ist die Psyche Elsaß-Lothringens in starkem Maße durch den Grenzcharakter des Landes bestimmt. Das Streben nach elsässischer Autonomie ist ein deutlicher Beweis dafür, daß sich das Land nicht als bloß deutsch oder bloß französisch fühlt — sondern als ein vom deutschen wie vom französischen Volke deutlich unterschiedenes drittes. Wir müssen nun daran erinnern, daß ja der Staat einen höchst unvollkommenen Organismus darstellt — geradezu einen Aggregatsorganismus, und daß seine Organe ein starkes Eigenleben führen und nur im Falle, daß sie von einer überragenden Kontraktionskraft der politischen Idee eng zusammengehalten werden, sich harmonisch aufeinander einstellen und reibungslos zum Wohle des Ganzen sich betätigen. Wir erleben also in Elsaß-Lothringen den Fall, daß ein Staatsorgan — ein Grenzgebiet — sich vom Staatskörper loszulösen und zu verselbständigen strebt.

In Kriegsfällen wird die Räumlichkeit der Grenze am deutlichsten und ihr Eigenleben am lebendigsten. Die Truppen werden nicht längs einer Grenzlinie — sondern nach strategischen und topographischen Erwägungen in einen Grenzraum verteilt. Bei Waffenstillständen müssen neutrale Gebiete von bestimmter Breite zwischen den Demarkationslinien freibleiben. Ein Beispiel für den räumlichen Charakter der Grenze in neuester Zeit bildet der entmilitarisierte Gebietsstreifen, der sich an die Zonen der feindlichen Besetzung in Deutschland anlehnt. Mit der Entwicklung des Grenzsaumes des Grenzgebietes zur Grenzlinie geht eine völlige Veränderung der Funktionen der Grenze vor sich. Diente sie bisher hauptsächlich dem Schutze, so wird diese Aufgabe nunmehr einigen bestimmten Grenzpunkten zuerteilt. Im übrigen wird das Grenzgebiet möglichst ausgiebig wirtschaftlich nutzbar gemacht und dient ausschließlich dem Verkehr; allerdings wandeln sich nun die Verhältnisse langsamer als man denken sollte, und der frühere Zustand spiegelt sich gleichsam in bestimmten Zügen des neuen Grenzbildes wider. So überquert z. B. auf der ganzen Grenzstrecke zwischen den Eisenbahnverbindungen Mülhausen—Belfort und Straßburg—Nancy kein einziger strategisch wichtiger Schienenstrang die bisherige deutsch-französische Grenze. Stichbahnen kommen der Grenze nahe — auf deutscher Seite acht, auf französischer neun.

An der deutsch-russischen Grenze hatten wir den Fall, daß zwar eine Anzahl deutscher Stichbahnen gegen das Zarenreich vorstießen — auf der Gegenseite aber nur einige große Linien dem Hauptverkehr dienten; Rußland konnte eben seine militärische Sicherheit in der ungeheuren Raumausdehnung seines Reiches erblicken.

Wir haben gesehen, wie die Grenzfunktionen der modernen Grenzen sich änderten, wie die Aufgabe des militärischen Schutzes einigen ausgezeichneten be-



festigten Punkten zugewandt und im übrigen die Grenze dem Verkehr dienstbar gemacht wurde. Diese Doppeleigenschaft der Grenze, zugleich dem Schutz und dem Verkehr zu dienen, hat nun die Begriffe gute und schlechte Grenze recht schwankend gemacht. Eine für den Verkehr günstige Grenze, die etwa quer durch wirtschaftlich verbundene ebene Gebiete führt, wird sich im Kriegsfall als höchst ungeeignet für die Verteidigung erweisen. Umgekehrt mindern Gebirge und unwegsame Sumpfgebiete, die die Verteidigung der Grenze erleichtern, den Güteraustausch in hohem Maße.

Eine absolut gute Grenze kann man wohl nur in der Meeresküste erblicken. Die Blickfreiheit der Küste ermöglicht es, drohende feindliche Kriegsmaßnahmen zur See schon von weitem zu erkennen und ihnen wirksam zu begegnen. Andererseits ist ja das Meer aber mit seinem Güter- und Gedankenaustausch von vitalster Bedeutung für das Leben eines Staates. Der Wert einer Flachküste aber ist wiederum relativ bedingt. Die Seichtheit etwa des der Nordseeküste vorgelagerten Wattenmeeres hindert zwar einen Angriff feindlicher Seestreitkräfte, aber zugleich wird die deutsche Handelsschiffahrt behindert.

Die Wüstengrenze ist etwa der Flachküste zu vergleichen in grenzpolitischer Hinsicht. In dem gleichen Maße, in dem sie vor feindlicher Annäherung schützt, ist sie einem lebhaft flutenden Verkehr feindlich. Dem Angrenzen an das freie Meer läßt sich das Angrenzen an Staaten, deren Neutralität verbürgt ist, gleichstellen. Hier wird die Grenze ihren Schutzfunktionen entzogen und dient lediglich den Verkehrsinteressen.

Nun gibt es aber auch Grenzen, die sowohl in Hinsicht auf Schutz wie auf Verkehr schlecht genannt werden müssen. Solche Grenzen lassen sich die Staaten nur in Zeiten großer Schwäche aufzwingen. In solcher Grenzführung kann man gewissermaßen das Bild des politischen Tiefstandes eines Staates verzeichnet finden. Bestimmte geschichtliche und räumlich-geopolitische Entwicklungszeichen lassen sich aus solchen Grenzführungen herauslesen. Eine der denkbar schlechtesten Grenzen ließ sich Deutschland aufzwingen, als es auf der Strecke Aachen—Kleve von der Maas und unterhalb Emmerich vom Rheindelta abgedrängt wurde.

Wenn sich ein Staat von einem Gebirgskamm herabdrängen läßt, so verliert er auch den schützenden Vorteil des an sich verkehrsfeindlichen Grenzgebietes — und leidet also in doppelter Hinsicht unter schlechten Grenzen. Dieser Art ist vor allem die deutsche Alpengrenze, ferner die Erzgebirgsgrenze Sachsens. Derjenige Staat ist am meisten begünstigt, besitzt die beste Grenzführung, der in seinem Grenzgebiet die meisten Vorteile in strategischer oder verkehrspolitischer Hinsicht besitzt. Jeder Staat sollte sich bemühen, Gebirge und Flüsse möglichst in sein Grenzgebiet einzuziehen — oder sich jedenfalls an solche orographischen Gebiete anzulehnen. Flußinseln und Küsteninseln sollten stets in den Staatsverband

einbezogen werden, da sie sehr leicht Stützpunkte für feindliche Seestreitkräfte abgeben. Eine konvexe Grenzführung, die in das fremde Gebiet vorstößt, ist einer konkaven vorzuziehen, die leicht zu feindlichen Einfällen einladet. Noch ein dritter Faktor ist bei der Beurteilung der Staatsgrenzen in Rechnung zu setzen: das sind die Machtverhältnisse und Kräftekonstellationen dieser Staaten selbst. Diese Konstellationen schwanken ständig. Niemals herrscht im Leben der staatlichen Organismen Ruhe. In gewaltigen Umklammerungen ringen diese riesigen Lebensträger miteinander, und ihre schwankende Gleichgewichtslage läßt auch den Wert der Grenzen schwanken.

Frankreichs Geschichtsseite, das ist das Grenzgebiet, dem das Land die größte Aufmerksamkeit zuwendet, hat sich vom Westen nach Südosten, dann von Osten nach Norden gedreht.

Die politischen Machtverhältnisse der Nachbarstaaten bestimmen nicht ausschließlich den variablen Wert der Grenze. Neuentwicklung wirtschaftlicher Hilfskräfte kann den Wert einer Grenzstrecke erheblich steigern: so kam es zu ernsten diplomatischen Verwicklungen bei der ins einzelne gehenden Gestaltung der Grenze zwischen Alaska und Britisch-Nordamerika, als die reichen Goldfunde an der Alaskagrenze bekannt wurden. Das Acregebiet zwischen Peru, Bolivien und Brasilien ist reich an Gummi. Die Grenzstreitigkeiten der beteiligten Mächte würden ohne diesen wirtschaftlichen Vorzug des Gebietes belanglos sein.

Wenn ein Staat in kräftiger Entwicklung begriffen ist und in einem gewissen geographischen Vorteil — sei dies nun ein Zugang zum Meer oder die Herrschaft über ein Grenzgebirge — eine politische Notwendigkeit sieht, dann wird ihm der so gegebene Wachstumsrand zum wichtigsten Grenzstück. Afghanistan ist ein in politisch-geographischer Hinsicht äußerst interessantes Land, weil hier zwei Wachstumsränder aufeinanderstoßen, die russische und die englische Einflußsphäre. Das starke Interesse, das solche geographischen Wachstumsränder erfordern, zeigt sich in der Tatsache, daß sie einer eingehenden wissenschaftlichen Erforschung gewürdigt werden. Oft bereitet die wissenschaftliche Erkenntnis eines Gebietes den machtpolitischen Anspruch eines Mutterlandes vor; diese Erforschung von Wachstumsrändern hat uns heute den schwarzen Erdteil bekannter gemacht, als es uns viele Strecken Amerikas und Asiens sind, vom Innern Australiens ganz zu schweigen. Die Ausführung schwieriger Tibet-Expeditionen — ich erinnere auch an die Mount-Everest-Expedition — läßt an eine englische Absicht glauben, von Indien her den Himalaja zu überwachen.

Ich möchte diese Darstellung der Grenze und ihrer Funktionen mit einer Zusammenfassung schließen:

1. Politische Grenzen sind eigentümliche organische Gebilde, die gleichsam einen Zwitter der aufeinandertreffenden Gegensätze darstellen. Sie führen ihr eigenes Leben, das sich in fort- oder rückschrittlicher Veränderung äußert.



2. Niemals sind Grenzen bloße Linien, sondern stets räumliche Gebilde, wenn sie auch als solche bei den Kulturstaaten nur mittelbar erscheinen.

3. Bei geographischer Unkenntnis der Grenzgebiete zur Zeit der Grenzziehung treten ununterbrochen Grenzkonflikte auf, die man zum Teil durch elastische Grenzführungen auszuschalten sucht. In Kulturländern dient die wissenschaftliche Grenzfeststellung diesem Zweck.

4. Die Funktionen der Grenze sind solche strategischer und verkehrspolitischer Art; sie liegen häufig miteinander im Widerstreit; der Begriff gute und schlechte Grenze ist relativ aufzufassen.

5. Die Meeresküste ist meistens eine absolut gute Grenze. Schlechte Grenzen werden Staaten in Zeiten der Schwäche aufgezwungen.

6. Der politische Wert der Grenzen ist abhängig von politischen oder wirtschaftlichen Schwankungen in den beteiligten Ländern.

Otto Maull:

LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Scott Nearing und Joseph Freeman: Dollar-Diplomatie. Eine Studie über amerikanischen Imperialismus. Übersetzt von Paul Fohr. Geleitwort von Karl Haushofer. Mit 11 Skizzen. XVI u. 475 S. Berlin-Grunewald. Kurt Vowinckel. 1927.

Das Buch gehört zu den ganz seltenen, unerwarteten, im Grunde unamerikanischen Veröffentlichungen. Denn mit einer verblüffenden Ehrlichkeit und Offenheit reißt es, frei von allem amerikanischen cant, dem politischen Amerikanertum die Maske vom Gesicht und entlarvt es als krassesten Wirtschaftsimperialismus, als „Dollarpolitik". Schonungslos, wie sonst fast nur Deutsche sein können, meint Haushofer, der ein Geleitwort beigesteuert hat, verfahren die Verfasser in ihrer Selbstoffenbarung mit ihrem eigenem Volk und eigenem Staat.

Im ganzen wirkt die Lektüre wie eine wuchtige Anklageschrift, die freilich — und das ist nicht ganz unamerikanisch — gleich einleitend der mildernden Umstände, mit grundsätzlichen Bemerkungen der Entwicklung des modernen Imperialismus überhaupt, gedenkt, in den auch der Lebensweg der Vereinigten Staaten eingemündet hat. Die Verfasser sehen diesen Imperialismus nur in der Form eines immer weiter um sich greifenden Wirtschaftsimperialismus. Zum Verständnis solch notwendiger wirtschaftlicher und finanzieller Machtentwicklung der Vereinigten Staaten wird in markanten Zügen, unterstützt von eindrucksvollen graphischen Diagrammen, ihr Wirtschaftsaufstieg skizziert, der zur Industrialisierung und zur Ausfuhr der Industrieprodukte geführt hat und damit die Tendenz der möglichsten Sicherung von Absatzgebieten, Märkten als wirtschaftspolitische Folgewirkung ausgelöst hat. Dem reich gewordenen Amerika wurde bald die Erkenntnis, daß Handelssphären viel weniger festzuhalten waren, weil sie der Konkurrenz anderer Handelsstaaten ausgesetzt sind, als die Ausfuhr von Kapital dessen Anlagegebiete an die Union zu ketten vermochte. Seitdem spielte die letztere im wirtschaftspolitischen System der Vereinigten Staaten eine gar bedeutsame Rolle, zumal finanzielle Verknüpfungen den Warenverkehr nur erleichterten.

Der Hauptteil der Darstellung ist nicht etwa eine Geschichte des amerikanischen Imperialismus, die bisher noch nicht geschrieben worden ist. Aus der Untersuchung einzelner Fälle werden Typen wirtschafts- und finanzpolitischer

Durchdringung gewonnen. Es wird gezeigt, wie z. B. die friedliche wirtschaftliche Durchdringung als öffnender Keil des vereinsstaatlichen Imperialismus zu gelten hat, ohne daß dadurch für das beeinflußte Land irgendwelche Belastungen zu entstehen brauchen. So sind z. B. die Wirtschaftsbeziehungen mit Kanada seit geraumer Zeit außerordentlich eng geknüpft, und seitdem das englische Mutterland den kanadischen Kapitalbedarf nicht mehr zu decken vermochte, ist das vereinsstaatliche Kapital in größerem Umfange dort eingedrungen. Zu drückenden Abhängigkeitsverhältnissen für den Schuldnerstaat hat dagegen schon die Investierung vereinsstaatlichen Geldes in Bolivia geführt, das dem Gläubigerstaat im Sinne von Verpfändungen lebenswichtigster Betriebe Sicherheiten geben mußte. Genau wie sich die Handelsstellung der Vereinigten Staaten innerhalb Amerikas in geographischen Zonen anordnet, läßt sich auch der Einfluß des Raumes bei der Verteilung des vereinsstaatlichen Kapitals über den Doppelkontinent erkennen. Die allerwichtigsten Anlagegebiete scharen sich — wie ein Kartogramm typisch zeigt — unmittelbar um die Union. Der Größe der Kapitalinvestierung nach sind es Kanada, Kuba, Mexiko; und aus dieser Verteilung ist ohne weiteres das politische Interesse an den Umländern zu erkennen. Kein weiter abseits gelegener Raum hat eine auch nur einigermaßen diesen drei Staaten gleichkommende Berücksichtigung erfahren. Selbst die drei wohlkonsolidierten südamerikanischen ABC-Staaten stehen weit hinter den beiden nordamerikanischen Anrainern und Kuba zurück. Damit wird am deutlichsten der geringere Einfluß bzw. die geringere Konkurrenzfähigkeit der Vereinigten Staaten im südlichen Südamerika dokumentiert, das infolgedessen auch keine zwingende Abhängigkeit von der Union kennt. Die nur mäßige Kapitalinvestierung in der mittleren Zone, im nördlichen Südamerika, in Mittelamerika und Westindien, darf über den Einfluß der Vereinigten Staaten nicht täuschen; denn sie erklärt sich aus der Mittelgröße, z. T. aus der Kleinheit der einzelnen Staaten und ihres entsprechenden Kapitalbedarfs. In Wirklichkeit befinden sich einzelne dieser Staaten in einer außerordentlich drückenden Abhängigkeit von der Union, so daß im ganzen wohl eine Steigerung des finanziellen Abhängigkeitsverhältnisses mit der Entfernung der Lagezonen von dem Gläubigerstaat als die Regel gelten darf. Damit wird nahezu eine Parallele zu den handelspolitischen Verknüpfungen der Union mit dem übrigen Amerika gefunden.

Weitere Kapitel lehren andere Typen vereinsstaatlicher Einflußsphären in Ostasien und in Vorderasien kennen, die in zähem Kampfe von der Union errungen worden sind. Wieder ganz anders sind die Beeinflussungen in Hawai, in Panama, in Mexiko, Westindien und Mittelamerika gewesen, die zu einer ganzen Stufenleiter politischer Abhängigkeitsgrade geführt haben. Hier erfolgten Annexionen, dort wurden Protektorate errichtet. An anderer Stelle (z. B. Mexiko) haben dagegen Staaten trotz stärkster Bedrängung noch ihr politisches Eigengewicht bewahrt und üben einen nicht verkennbaren Gegendruck aus. Überall sind die von der Union inszenierten Revolutionen als beliebte und auch erfolgreiche politische Kampfmittel zu erkennen. In einem Anhang werden quellenmäßig die Belege für die wichtigsten Verträge gegeben.

So ist die umfangreiche Veröffentlichung zwar keine Geschichte des amerikanischen Imperialismus. Sie ist in gewissem Grade vom Standpunkt unserer Betrachtung aus mehr. In der Aufstellung der Typen imperialistischer Kampfmethoden und Abhängigkeitsformen der einzelnen Länder im Umkreis des imperialistischen Zentrums ist es ein echt geopolitisches Buch, eigentlich eines von den nicht allzuvielen, die wir besitzen. Es ist zugleich ein Buch, das in anerkennenswerter Weise nach einem System, nach Grundrichtungen für die Behandlung des Stoffes erfolgreich gestrebt hat, und das darum dem Systembau einer allgemeinen Geopolitik gut zugehauene amerikanische Bausteine liefert. Vornehmlich wird aber auch niemand, der sich für das amerikanische Problem als solches interessiert, an dem Buch vorbeigehen können.

R. Jones and W. Bryan: North America (An Historical, Economical and Regional Geography). XIII und 537 Seiten. 104 Karten. Methuen & Co., Ltd., London 1926. 21 Schilling.

Obgleich dieses Buch hauptsächlich für höhere Schulklassen und für Universitätsstudenten geschrieben ist, ist es eine so gründliche Arbeit, daß es eine wertvolle Bereicherung in der Bibliothek derjenigen ist, die sich für Geopolitik, historische Geographie und allgemeine Geographie interessieren; es ist ein ausgezeichnetes Handbuch der Geographie (im ausgedehntesten Sinne) von Nordamerika. Ein sorgsam angeordneter Index erleichtert die Benutzung des Buches. Wenn man R. Smith: North America, in welchem Werk die Behandlung der ökonomischen Seite vorherrscht, als Ergänzung betrachtet, erhält man die neuesten Tatsachen über das behandelte Gebiet.

Zwei Punkte sind klar hervorgehoben, welche erklären, warum Kanada und die Vereinigten Staaten sich deutlich unterscheiden; erstens daß gewisse geologische Eigentümlichkeiten mehr oder weniger mit der politischen Grenze zusammentreffen (der kanadische Schild, die Niederungen des St.-Lorenz-Tales, das präkambrische Gebiet südlich des östlichen Quebec und das produktive Steinkohlengebirge von Neubraunschweig) und zweitens, daß die Winterstürme in gerader östlicher Richtung vom Pazifischen zum Atlantischen Ozean an Kanadas südlicher Grenze entlang streichen, und daß die zentralen und südlichen Stürme der Vereinigten Staaten eine nordöstliche Richtung einschlagen und sich im südöstlichen Kanada konzentrieren. Die verschiedenen meteorologischen Karten sowie die über Ernteerträgnisse sind sehr instruktiv, da sie die Abhängigkeit der letzteren von den meteorologischen Verhältnissen darstellen. Das Kapitel XIII über die Weizenproduktion behandelt den Norden nicht genügend. Besonders die neuesten Ergebnisse bei der Züchtung des Garnet-Weizens waren noch nicht bei Fertigstellung des Buches bekannt und konnten daher in ihren Folgen nicht erörtert werden. Die nördliche Weizengrenze in Kanada bewegt sich nämlich so schnell weiter nordwärts, daß sie fast jährlich revidiert wird. So viel auch Kanada und die Vereinigten Staaten an Getreide produzieren, könnte die Ernte verdoppelt werden, wenn europäische wissenschaftliche Methoden angewendet würden. Sowohl „Trockenkultur" als auch künstliche Bewässerung sind ausführlich behandelt und erklärt. Das Buch ist eins der wenigen, das den enormen ökonomischen Möglichkeiten der subarktischen Gebiete Rechnung trägt. Der Abschnitt über Neufundland hätte angesichts seiner wachsenden ökonomischen Bedeutung und seines großen Eisenreichtums ausführlicher sein können. Abgesehen davon wird der schärfste Kritiker keine wirklichen Lücken in dem Buch finden, das eine reiche Information gibt. L. Hamilton.

W. P. M. Kennedy: „The Constitution of Canada", Oxford University Press. XX und 519 Seiten. 25 Schilling.

Auf viele Jahre hinaus wird Professor Kennedys Buch das maßgebende Werk über die Verfassung Kanadas bleiben. Der Wert desselben wird noch bedeutend erhöht durch eine sorgfältige, ausführliche, auf Dokumente gestützte historische Einleitung, ferner durch einen ausgezeichneten Index (30 Seiten), eine Tabelle gesetzlicher Entscheidungen in bezug auf die Verfassung und einen wörtlichen Abdruck des British North America Act, 1867, der Magna Charta des Dominions. (Ihr nachgebildet sind die Verfassungen der sich selbst regierenden britischen Tochterstaaten, ebenso die des Freistaates Irland.)

Vom historischen Standpunkt aus betrachtet, zeigt die kanadische Verfassung alle Methoden der kolonialen Regierung. Sie beginnt mit der „Französischen Handelsgesellschaft" und beschränkt sich auf die Verwaltungstätigkeit einiger Faktoreien. Es folgt der Zustand einer königlichen Provinz, die eine den französischen Provinzen jener Zeit ähnliche Verwaltung aufzuweisen hat mit einem Gouverneur, Intendanten, Bischof und Rat (Parlament). Ein Feudalsystem wird eingeführt, und die Macht der Kirche entwickelt sich unter Laval derartig, daß die königliche Autorität geschwächt wird. Mit der Eroberung des Landes durch die Engländer wird eine Militärherrschaft eingerichtet (1759—1764). Man kann sagen, in jener Zeit erkannten die Engländer, daß eine versöhnende Politik das einzige Mittel war, um die Franzosen zu loyalen britischen Untertanen zu machen. Die Zivilregierung wuchs aus den Erfahrungen, die man während der Zeit der Militärverwaltung gesammelt hatte, und die Generäle Murray und Carleton waren vielleicht die

besten Freunde, die die Franzosen je in Kanada gehabt haben. Als die amerikanischen Kolonien für Großbritannien verlorengingen, ergab sich die Notwendigkeit, eine rein englische Provinz (jetzt Ontario) zu gründen, da eine große Zahl loyaler Amerikaner in Kanada unter der britischen Krone Schutz suchte. Von diesem Zeitpunkt datiert die Rassenfrage in Kanada, die heute noch existiert, wenngleich sie an Schärfe verloren hat. Die Entwicklung der Verfassung des Dominions wurzelt also in zwei Rassen. Ihre Eigenart liegt in der Verschmelzung französischer Gesetze mit englischen, unter Hinzunahme solcher, die auf den alten Kolonialgesetzen erwachsen waren, so daß sich allmählich eine vollständig unabhängige Regierung bildete, die mit der einen Ausnahme, daß der englische König auch oberster Herrscher Kanadas ist, fast frei von allen Beschränkungen des Mutterlandes ist.

Ausführlich sind die Föderation und die Einwirkungen des großen Krieges auf die Verfassung behandelt. Wenn es etwas zu kritisieren gibt, so ist es vielleicht dies, daß die frühen Verfassungskämpfe Neuschottlands nicht genügend hervorgehoben sind, und daß die Bildung der neuen Provinzen Saskatchewan und Alberta nicht ausführlich genug behandelt ist. Bei der Behandlung föderativer Konstitutionen besteht immer die Gefahr, daß die einzelnen Bestandteile zu kurz dargestellt werden. Doch sind die Provinzen von Professor Kennedy genügend behandelt, um dem Leser die Entstehung demokratischer Konstitutionen vor Augen zu führen und die Fäden zu verfolgen, die von den Provinzen und Territorien zur Zentralregierung führen. L. Hamilton.

Sir Robert Falconer: „The United States as a Neighbour". Cambridge University Press, 1925. 259 Seiten, Karte, $7^1/_2$ Schilling.

Da Kanada nur einen Grenznachbar, die Vereinigten Staaten, hat, sind die Beziehungen zwischen diesen beiden Ländern sowohl vom politischen wie vom ökonomischen Standpunkt äußerst wichtig. Sir Robert Falconer hat die schwierige Aufgabe unternommen, diese Frage zu behandeln und hat es ebenso erschöpfend wie meisterlich durchgeführt. Als erster hat er die komplizierten Fäden des Problems gesammelt, das zwischen den beiden großen Nachbarn des nordamerikanischen Kontinents besteht, und er hat gezeigt, wie es sich historisch zum jetzigen befriedigenden Zustand entwickelt hat. Man kann ruhig sagen, daß nicht nur der alte Schrei nach Annexion verstummt ist, sondern daß auch alle Reibungspunkte zwischen beiden Ländern aus dem Wege geräumt sind. Die gefährlichsten waren die Grenzfragen. Zuletzt wurde diejenige hinsichtlich Alaskas geregelt (1903). In Verbindung damit spricht — nebenbei bemerkt — der Verfasser auf S. 70 vom 141. Breitengrad statt Längengrad. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß bei all den kanadisch-amerikanischen Grenzstreitigkeiten die Kanadier am schlechtesten abgeschnitten haben. Die kanadische Ansicht ist die, daß das Mutterland das Dominion den Reichsinteressen opferte. Freilich sollte Kanada bedenken, daß im Falle eines Krieges mit den Vereinigten Staaten das Dominion zu leiden haben würde. Und wenn auch wenig Zweifel darüber bestehen kann, daß England den Staaten immer ängstlich nachgegeben hat, so waren doch viele seiner Konzessionen dadurch hervorgerufen, daß die alten Kartenzeichner oft keine Ahnung von der tatsächlichen geographischen Lage hatten. Die amerikanischen Politiker jedoch teilten diese Unwissenheit nicht, und wenn sie ein moralisches Unrecht dadurch begingen, daß sie ihre Kenntnisse für sich behielten, so ist es doch von den Kanadiern naiv, Moral mit Diplomatie zu verwechseln.

Über eine gewisse Amerikanisierung Kanadas kann kein Zweifel sein. Sie ist jedoch oberflächlicher, als der durchschnittliche europäische Beobachter meint. Lehrreich ist in dieser Beziehung der folgende Satz: „— Halifax ist Victoria ähnlicher als ersteres Portland in Maine oder letzteres Portland in Oregon. Es besteht eine größere Ähnlichkeit zwischen Toronto und Winnipeg als zwischen Toronto und Buffalo oder zwischen Winnipeg und Minneapolis. Und trotz der Verschiedenheit der Sprache, Religion und gesellschaftlichen Einrichtungen ist der Geist der Provinz Quebec eher mit dem der Seeprovinzen und dem Ontarios verwandt als dem der Vereinigten Staaten" (S. 2). Die Entwicklung auf dem nordamerikanischen Kontinent ist mit Riesenschritten vorwärts geeilt. Wir in Europa sind zu sehr geneigt, an Amerika als an einen geographischen

Begriff zu denken und die politische Entwicklung zu vergessen. Einige Jahre vor dem Kriege allerdings lag eine gewisse Berechtigung in dem Gedanken, daß Montreal eine Vorstadt von New York werden würde oder Toronto von Pittsburg, Winnipeg von Chicago, Vancouver von San Francisco.

Um zu verstehen, wie die Veränderung vor sich gegangen ist, muß man Falconers bemerkenswertes Buch lesen. Die Entwicklung der Länder geht jetzt parallel. Die Natur beabsichtigte eine nordsüdliche Entwicklung auf dem amerikanischen Kontinent, der Mensch mit seiner Politik hat eine ostwestliche Bahn des ökonomischen Lebens sowohl in Kanada wie in den Staaten hervorgerufen. Was Kanada vor einer nicht nur oberflächlichen Amerikanisierung rettete, war die Existenz der leidenschaftlich nationalistischen und katholischen Franko-Kanadier im Osten und die entschieden britische Erscheinung von kanadischem Protestantismus im übrigen Lande. (Vgl. M. Jaray: „Revue des Sciences Politiques", 1923, und Falconer S. 190.) L. Hamilton.

„The Canadian Annual Review of Public Affairs, 1925—26, Toronto, The Canadian Review Co., 1926. 828 Seiten, 50 Abbildungen.

Dies ist die 25. Ausgabe des ausgezeichneten Handbuchs über kanadische Angelegenheiten und ist seinen Vorgängern vollständig ebenbürtig. Dadurch, daß erst Kanada als Ganzes behandelt wird und die verschiedenen wichtigen Probleme des Dominions in innerer und äußerer Politik berührt werden, und dann jede einzelne Provinz in ähnlicher Weise behandelt wird, entsteht das vollständigste Jahrbuch über kanadische Angelegenheiten, das bis jetzt hervorgebracht worden ist. Bekannte kanadische Autoritäten sind von den Herausgebern als Verfasser der einzelnen Abschnitte gewonnen, und so ist es gelungen, es als informatorisches Buch auf derselben Höhe zu erhalten, die der Begründer des Jahrbuches (J. Castell Hopkins) erstrebte. Es ist eine anerkannte Autorität auf seinem Gebiet geworden, das keiner, der kanadische Verhältnisse studiert, in seiner Bibliothek entbehren kann. Der außerordentlich sorgfältig zusammengestellte Index erhöht den Wert des Buches bedeutend. Er enthält 4000 Gegenstände und zeigt, daß nichts, was in Verbindung mit Kanada von Wichtigkeit ist, ausgelassen ist. L. Hamilton.

John S. Ewart: „The Kingdom of Canada ... and other Essays", Morang, Toronto; „The Kingdom Papers", McClelland Goodchild & Stewart, Toronto (2 Bände); „Canada and British Wars", Selbstverlag, Ottawa; „The Independence Papers", Nr. 1—5, Selbstverlag, Ottawa 1908—1926.

Der Verfasser ist in der ganzen Englisch sprechenden Welt bekanntgeworden durch das Ende letzten Jahres bei G. H. Doran Company, New York), erschienene Werk „The Roots and Causes of the Wars" (1914—1918), das zu den gelesensten Büchern auf diesem Gebiet zählt. Es zeichnet sich durch große Objektivität aus und ist das einzige Werk dieser Art, das Deutschland Gerechtigkeit widerfahren läßt. Obige Werke sind eine Reihe monatlich erscheinender Aufsätze, die weiter fortgeführt wird. Abgesehen davon, daß der Verfasser zu den führenden Autoritäten auf dem Gebiet der kanadischen Verfassung gehört, ist er der unerschrockene Vorkämpfer für die Unabhängigkeit Kanadas. Seine Quellen und Untersuchungen umfassen die gesamte imperialistische Politik. Sie zeugen von einem Fleiß, Scharfsinn, einer Belesenheit und Gedächtnisschärfe, die geradezu verblüffend sind. Mit bewundernswerter Geduld schält er aus den Präzedenzfällen, dem behördlichen Briefwechsel und dem Austausch der Dokumente zwischen Kanada und dem Mutterlande die Vorgänge heraus, die zu der fast selbständigen Stellung Kanadas geführt haben. Doch will er diese Selbständigkeit noch vervollkommnet sehen, so daß alle Bande zwischen den beiden Ländern fallen sollen, doch zunächst mit Ausnahme der Oberhoheit der Krone. Kanada soll aufhören, ein Dominion zu sein und soll ein Königreich werden. Doch soll dies nach seinen Ausführungen nur eine Etappe in der Entwicklung sein. Der Gedanke ist an sich nicht neu. Er wurde in Vorschlag gebracht von den „Vätern der Föderation", durch deren Bestrebungen die British North America Act (1867) zustande kam, aus der sich die heutige Verfassung entwickelt hat. England wollte damals von dieser Bezeichnung nichts wissen, da es dadurch bei der Union Anstoß zu erregen glaubte, die es

als einen Vorstoß gegen die Monroe Doctrine betrachten konnte. Dies Bedenken gilt heute noch. So geht Ewart in seinen Vorschlägen weiter und will Kanada als Republik enden sehen.

Es würde zu weit führen, alle Argumente Ewarts anzuführen. Wie in keinem anderen Werk sehen wir hier eine Seite der kanadischen Politik, von der weder in Kanada noch im Mutterland öffentlich viel gesprochen wird. Es handelt sich nicht darum, daß der Verfasser keine Anhänger hat, sondern darum, daß er den Mut hat, diese Frage öffentlich zu behandeln. Freilich ist nicht anzunehmen, daß seine zwanzigjährige Tätigkeit spurlos an den kanadischen Gemütern vorbeigegangen ist. Er wird möglicherweise in der Geschichte als der Vater des kanadischen Unabhängigkeitsgedankens weiterleben. Durch seine Schriften hat er die gesamten Vorarbeiten dazu geliefert.

Das gewaltige Material hat er zusammengetragen aus Begebenheiten und Fragen, welche nur vom Fachmann als zusammenhängend erkannt werden können. Es genügt, einige der wichtigsten zu erwähnen: Die Trennung vom Kolonialamt, Naturalisation, Urheberrecht, Kauffahrteischiffahrt, die Flagge, der Burenkrieg, Freihandel und Zölle, Imperialismus, Kabel, Grenzstreitigkeiten, die Flotte, die „Ne temere"-Frage, Seekaperei, der Große Krieg, Locarno, Genf. Wenn auch Ewart alle diese Probleme mit einer gewissen Schärfe behandelt und durchaus nicht als anglophil zu bezeichnen ist, so bleibt er immer ein vornehmer Kämpfer und hat einen nicht zu beirrenden historischen Blick für die großen Linien der Politik. Wer seine Schriften nicht kennt, kann die Politik Kanadas nicht verstehen.

L. Hamilton.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Ruckerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

GILBERT C. LAYTON:

DIE DEUTSCH-ENGLISCHEN HANDELSBEZIEHUNGEN

Vor kurzem hat das britische Handelsamt die Ziffern der englischen Handelsstatistik für das erste Halbjahr 1927 veröffentlicht. Sie zeigen im Vergleich zu den entsprechenden Ziffern des Jahres 1925 — die Angaben für 1926 sind infolge des Kohlenstreiks für Vergleichszwecke nicht verwendbar — in runden Ziffern einen Rückgang der Einfuhr um nahezu 60 Mill. £, eine Verringerung der Ausfuhrwerte um etwa 50 Mill. £ und eine Minderung der Wiederausfuhr um etwa 11 Mill. £.

Diese Ergebnisse sind vom britischen Standpunkt aus betrachtet recht enttäuschend. Zum Teil mag dieser Rückgang ja auf die in der Zwischenzeit erfolgte Preissenkung zurückzuführen sein. Selbst wenn man aber diesen Faktor gebührend in Rechnung stellt, so bleibt doch die betrübliche Tatsache bestehen, daß sich der Umfang des englischen Handelsverkehrs in den letzten Jahren nicht nur nicht erweitert, sondern tatsächlich verringert hat. Bei der hohen Bedeutung des deutschen Marktes für den englischen Handel ist hierbei die Frage interessant, wieweit diese ungünstige Entwicklung den deutsch-englischen Handelsverkehr beeinflußt hat.

Das Ergebnis einer solchen Untersuchung ist für Deutschland durchaus erfreulich. Die englischen Importe aus Deutschland sind in den letzten drei Jahren ständig gestiegen. Deutschland hat in dieser Beziehung viel günstiger abgeschnitten als andere Länder. Die nachstehende Tabelle läßt erkennen, wie sich die Einfuhr Großbritanniens aus Deutschland im Vergleich zur Einfuhr aus Kontinentaleuropa, zu derjenigen aus dem britischen Weltreich und der übrigen Welt entwickelt hat:

Britische Einfuhr Januar—Juni der betreffenden Jahre

Land	Gesamtwert der Einfuhr in 1000 £			Prozentuale Zu- oder Abnahme 1927 im Vergleich zu	
	1925	1926	1927	1925	1926
Deutschland	24,147	27,082	29,056	+ 20,3	+ 7,3
Kontinentaleuropa	221,272	206,043	218,374	— 1,3	+ 6,0
Britisches Weltreich	216,328	201,960	185,321	— 14,3	— 8,3
Übrige Welt	293,944	194,553	213,672	— 10,9	— 9,7

Im Jahre 1926 also, als Englands Kaufkraft infolge des Bergarbeiterstreiks erheblich geschwächt war, konnte Deutschland trotzdem seine Verschiffungen nach Großbritannien steigern. Das gleiche gilt für 1927. Ein Vergleich der Ziffern vom Jahre 1927 mit denjenigen des Jahres 1925 — dem letzten Normaljahre — ergibt, daß die britische Einfuhr aus Kontinentaleuropa um etwa 1 1/2 %, diejenige aus den Dominions um etwa 14 % und diejenige aus der übrigen Welt um beinahe 11 % sank. Die Importe aus Deutschland überstiegen dagegen in den entsprechenden Zeitabschnitten um über 20 % diejenigen des Jahres 1925.

Daß die Bilanz des Handels zwischen beiden Ländern in letzter Zeit für Deutschland günstiger wurde, erhellt aus nachstehender Aufstellung:

Deutsch-englische Handelsbilanz Januar—Juni
(In 1000 £)

	1925	1926	1927
Britische Einfuhr aus Deutschland	24,147	27,082	29,056
Britische Ausfuhr nach Deutschland	38,693	21,196	34,853
Hiervon englische Erzeugnisse	22,456	11,414	19,197
Wiederausfuhr	16,237	9,782	15,656
Ausfuhrüberschuß Englands	14,546	5,886*)	6,797

Man sieht also, daß England im Jahre 1925 im Handelsverkehr mit Deutschland einen Ausfuhrüberschuß von 14 1/2 Mill. £, im Jahre 1927 dagegen nur einen solchen von weniger als 6 Mill. £ erzielen konnte. Im Jahre 1926 lag die Bilanz in den ersten 6 Monaten zugunsten Deutschlands, doch findet dieser Vorgang in den normalen Verhältnissen des Bergarbeiterstreiks seine Erklärung.

Was die einzelnen Industriezweige betrifft, so bietet ein Blick auf die britische Handelsstatistik Gelegenheit zu mancherlei interessanten Betrachtungen. So sind z. B. deutsche Kartoffeln fast gänzlich vom englischen Markt verschwunden. Ihre Einfuhr ging von 2,57 Mill. cwts (1 cwt = 50,8 kg) im Werte von 670648 £ im ersten Halbjahr 1925 auf 5297 cwts im Werte von 2247 £ im ersten Halbjahr 1927 zurück. Die Zuckerausfuhr konnte trotz schwieriger Verhältnisse von der deutschen Zuckerindustrie ziemlich in gleicher Höhe gehalten werden. Der Wert der britischen Einfuhr von raffiniertem Zucker betrug in den ersten 6 Monaten dieses Jahres 106722 £ gegenüber 117711 £ im entsprechenden Zeitabschnitt des Jahres 1925. Auch die Zollerhöhung auf Weine scheint die deutsche Weinausfuhr nicht übermäßig beeinflußt zu haben. Sie betrug im ersten Halbjahr dieses Jahres 200282 Gallonen im Werte von 94887 £ gegen 160490 Gallonen (1 Gallon = 4,5 l) im Werte von 83579 £ im ersten Halbjahr 1925. Ganz besonders ist die englische Holzeinfuhr aus Deutschland gestiegen. Deutschland hat im ersten Halbjahr 1927 geschnittenes Weichholz im Werte von 126671 £ nach England geliefert gegenüber 35191 £ vor 2 Jahren. Ein bedeutendes Exportgeschäft nach

*) Englischer Einfuhrüberschuß.



England macht Deutschland auch in Wollumpen, obwohl die Verschiffungen hier einen kleinen Rückgang aufweisen. Ihr Wert betrug in den ersten 6 Monaten 1925 102000 £ und 72000 £ in den ersten 6 Monaten dieses Jahres. In Rohstoffen und Halbfabrikaten für die Papierindustrie nimmt Deutschland eine führende Stellung im englischen Außenhandel ein. Die Einfuhr deutscher chemisch bearbeiteter Zellulose (Trockenzellulose, ungebleicht) stellte sich in den ersten 6 Monaten der letzten 3 Jahre nach Menge und Wert folgendermaßen:

	1925	1926	1927
Mengetons	4,587	23,465	28,235
Wert £	57,719	311,287	377,404

Die Erfahrungen der ersten 6 Monate dieses Jahres lassen erkennen, daß sich der britische Handel im Verkehr mit der Weltwirtschaft nicht den Erwartungen entsprechend entwickelt hat. Deutschland hat indessen sein Handelsvolumen im englischen Handelsverkehr vergrößern können. Aller Voraussicht nach läßt sich eine weitere Verstärkung der Tendenz erwarten. Die Bemühungen der Geschäftswelt beider Länder werden hier natürlich viel ausmachen. Letzten Endes aber wird eine Wiederbelebung der Weltwirtschaft und eine Steigerung der Umsätze des englischen Handels in der Welt die beste Garantie für eine günstige Entwicklung auch der deutsch-englischen Handelsbeziehungen bilden.

FRITZ THYSSEN:

UM DEUTSCHLANDS FINANZWIRTSCHAFT

Nachdem der Dawesplan in Deutschland angenommen worden ist, besteht für Deutschland die Pflicht, alles zu tun, um ihn zu erfüllen. Natürlich muß ein Schuldner, der ernstlich bestrebt ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen, verlangen, daß die Gläubiger auch ihrerseits die Voraussetzungen erfüllen, unter denen der Dawesplan entstanden ist. Diese Voraussetzungen bestehen im wesentlichen darin, daß Deutschland in die Lage versetzt wird, genügende Mengen Waren abzusetzen, um aus dem Verkaufserlös seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Die Möglichkeit, Waren aus Deutschland zu exportieren, muß also in steigendem Maße geschaffen werden. Leider ist jedoch festzustellen, daß diese Möglichkeit Deutschland nicht in ausreichendem Maße gewährt wird. Die langwierigen und schwierigen Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Frankreich beweisen, daß der Wille dazu kaum vorhanden ist. Aber auch bei den übrigen Ländern zeigen sich in steigendem Maße Tendenzen, um die selbstverständlichen Voraussetzungen für die Erfüllung des Dawesplans zu zerstören. Die deutsche Regierung sollte nicht müde werden, immer wieder darauf hinzuweisen, daß, wenn man die Erfüllung des Dawesplans verlangt, man auch die

Möglichkeit zur Erfüllung bieten muß, und daß, wenn die Möglichkeit zum Export Deutschland nicht in ausreichendem Maße gewährt wird, die Verantwortung für die etwaige Nichterfüllung des Dawesplanes nicht auf Deutschland fällt.

Daß man uns die Verantwortlichkeit bei etwaigen Schwierigkeiten zuschiebt, müssen wir unter allen Umständen vermeiden. Deshalb dürfen wir in unserem eigenen Interesse auch die Warnung Parker Gilberts hinsichtlich der Kostspieligkeit und Unübersichtlichkeit unserer öffentlichen Verwaltung nicht auf die lange Bank schieben, ganz abgesehen davon, daß ohne eine umfassende Verwaltungsreform eine Konsolidierung unserer inneren Verhältnisse unmöglich ist. Von maßgebender deutscher Seite ist wiederholt erklärt worden, daß wir unsererseits auch alles tun müssen, um die Möglichkeit der Erfüllung sicherzustellen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung die Rationalisierungsbestrebungen der Wirtschaft unterstützt. Es ist aber bedauerlich, festzustellen, daß alle Bestrebungen bezüglich Rationalisierung der Verwaltung der öffentlichen Hand ohne sichtbaren Erfolg geblieben sind. Wir leisten uns nach wie vor den teuersten und kompliziertesten Verwaltungsapparat der Welt. Es würde unsere Lage unabsehbar erschweren, wenn wir erst im Zeitpunkt kritischer Verhandlungen über die Tragbarkeit der Daweslasten und die Festsetzung der Gesamtlast an ernsthafte Maßnahmen denken wollten. Was von der Wirtschaft verlangt worden ist, nämlich sich auf die Dawesbelastung durch Rationalisierung einzurichten, muß auch von Reich, Ländern und Gemeinden gefordert werden. Man muß Herrn Parker Gilbert meines Erachtens dankbar sein, daß er uns rechtzeitig gewarnt hat.

HERMANN LAUTENSACH:

BERICHT ÜBER ERDUMSPANNENDE VORGÄNGE

Die Industriewirtschaft der Erdteile

Wenn im folgenden versucht wird, in Fortsetzung der Ausführungen von S. 108 ff., 382 ff. und 652 ff. dieses Jahrgangs, die jüngsten Entwicklungsrichtungen der Industriewirtschaft der Welt erdteilweise zusammengefaßt anzudeuten, so ist sowohl in Rücksicht auf den Raum wie auf die in diesen ungemein vielseitigen Bereichen meist nur lückenhafte Weltstatistik von vornherein eine enge Beschränkung auf einige wenige Produktionszweige notwendig. Als solche eignen sich die Roheisen- und Rohstahlerzeugung, die Maschinenindustrie, der Schiffsbau und die Baumwollindustrie besonders gut.

Bis etwa zum Jahr 1894, in dem die englische Roheisenerzeugung letztmalig die U. S.-amerikanische übertraf, hatte die Europäische Halbinsel durch seine Großproduzenten England, Deutschland und Frankreich, deren Erzeugung noch durch die Belgiens, Luxemburgs und des jetzigen Polen vergrößert wurde, die unbestrittene Führung in der Eisenverarbeitung. Das Jahr 1913 (siehe untenstehende Tabelle), in dem die Roheisenerzeugung der Europäischen Halbinsel immerhin noch 52% der

Roheisen *) und Rohstahl	Hochöfen Ende 1926		Roheisenerzeugung in 1000 t			Rohstahlerzeugung in 1000 t		
	vorhanden	im Feuer	1913	1925	1926	1913	1925	1926
Deutsches Reich	206	109	10922	10089	9644	11772	12119	12341
Saargebiet			1368	1452	1640	2076	1572	1740
Frankreich	217	156	9071	8494	9393	6972	7415	8386
Großbritannien	449	78**)	10428	6360	2481	7787	7504	3618
Belgien	56	56	2481	2544	3399	2467	2411	3374
Europ. Halbinsel			*40400*	*34800*	*32800*	*38700*	*39100*	*37500*
Sowjetrußland			*4558*	*1532*	*2424*	*4836*	*2124*	*3096*
Japan			240	350	393	230	550	650
Brit.-Indien			—	570	865	—	230	280
Außerruss. Asien			*240*	*1301*	*1639*	*230*	*983*	*1132*
Vereinigte Staaten	371	209	31463	37290	40134	31803	46122	49163
Kanada	15	5	1032	576	744	1056	768	792
Nordamerika	*386*	*214*	*32495*	*37866*	*40878*	*32859*	*46890*	*49955*
Übrige Erdteile			*700*	*1100*	*900*	—	*1000*	*1200*
Ganze Erde			78400	76600	78600	76600	90100	92900

*) Überall derzeitige Grenzen. **) Im Sept. u. Okt. 1926 nur 5.



Weltproduktion betrug, stellt dank der inzwischen gewaltig gestiegenen Gewinnung Deutschlands noch einen Abglanz jener alten glücklichen Zeit dar. Das Jahr 1925 zeigt ein gänzlich anderes Bild. Die Europäische Halbinsel ist auf 45% der Weltproduktion gesunken. Das Deutsche Reich hat zwar in staunenswerter Kraft, obwohl ihm 80% seiner Rohstoffbasis entrissen sind (Lothringen, Ostoberschlesien), die Vorkriegsförderung innerhalb der alten Grenzen nahezu wieder erreicht. Aber Großbritannien, das durch den Weltkrieg seinen festländischen Rivalen für immer unschädlich zu machen gehofft hatte, verzeichnet einen furchtbaren Niedergang seiner Roheisenerzeugung, und auch Frankreich, das als einziger Großindustriestaat der Europäischen Halbinsel über eine mächtige Rohstoffgrundlage verfügt, hat trotz seines kräftigen Anstiegs in den letzten Inflationsjahren die Produktionsziffer von 1913, die zu 3,864 Mill. t auf Deutsch-Lothringen entfiel, 1925 noch nicht wieder erreicht. Die so gekennzeichnete Entwicklungslinie erfährt 1926 durch den englischen Kohlenstreik eine geradezu krasse Verstärkung. Die Weltproduktion an Roheisen steigt das erstemal über den Wert von 1913, aber der Anteil der Europäischen Halbinsel fällt auf 42%. Des stolzen Großbritannien Erzeugung sinkt infolge des katastrophalen Koksmangels unter die des kleinen Luxemburg; von seinen 449 Hochöfen, die eine während des Weltkrieges ungeheuer aufgeblähte Produktionskapazität andeuten (siehe Tabelle), sind im September/Oktober 1926 nur ganze 5 unter Feuer! Von diesem gänzlichen Zusammenbruch des einst ersten Eisenlandes der Welt ziehen aber nur die Festlandsstaaten wesentlichen Vorteil, die über eine genügende Rohstoffbasis verfügen: Frankreich, das jetzt die Vorkriegsproduktion überschreitet, das Saargebiet, das zur Zeit innerhalb der französischen Zollgrenzen liegt, Luxemburg und Belgien, die eine Zollunion bilden. Belgien ist 1926 der einzige Staat Europas, der seine Produktionskapazität voll auszunutzen imstande ist. Deutschlands Erzeugung bleibt sogar hinter der von 1925 zurück.

Ein allmählich immer stärkerer Teil der Roheisenerzeugung der Welt wird zu Stahl verarbeitet, und da der Stahl außer dem Eisen noch andere Metalle enthält (Chrom, Wolfram, Nickel, Mangan), übertrifft seit 1920 das Gewicht der Weltstahlerzeugung das der Roheisenerzeugung. Es ist schon seit 1923 wieder größer als der Vorkriegswert und hat in den Jahren 1925/26 eine gewaltige, sprunghafte Steigerung erfahren. Wenn man diese Tatsachen berücksichtigt, wird man die Erscheinung richtig werten, daß die Rohstahlproduktion der Europäischen Halbinsel 1925 erstmalig den Vorkriegsbetrag überschritten hat. Es ist das nicht ein Zeichen aufsteigender Entwicklung. Betrug doch der relative Anteil 1913 noch 51%, 1925 dagegen nur noch 43%. Der Fall ist also in Wirklichkeit noch schlimmer als bei der Roheisenerzeugung. Auch hier ist der am schwersten getroffene Staat Großbritannien. Das Deutsche Reich jedoch hat auf diesem Gebiet die Vorkriegserzeugung innerhalb seiner jetzigen Grenzen überschritten, wenn auch nicht in dem relativen Maße, wie die Weltproduktion gestiegen ist. Das Jahr 1926 bringt auch hier mit dem Kohlenstreik den furchtbaren Fall Großbritanniens, und trotz verstärkter Erzeugung fast sämtlicher übrigen europäischen Erzeuger sank dadurch der Anteil der Europäischen Halbinsel jäh auf 40%.

Angesichts der eben gekennzeichneten Entwicklung hat Europa zum wenigsten auf diesem Gebiet den Kleinhader zurückzustellen versucht. Seit dem 1. Oktober v. J. existiert die „Internationale Rohstahlgemeinschaft", der das Deutsche Reich, das Saargebiet, Frankreich, Luxemburg, Belgien und jetzt auch die Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn angehören. Mit einer Gesamterzeugung von (1926) 28,4 Mill. t Roheisen und 30,5 Mill. t Rohstahl stellt diese auf dem Weltmarkt als Einheit in



Erscheinung tretende Gemeinschaft einen mächtigen Faktor dar. Aber Großbritannien, das zur Zeit eine Anlehnung am stärksten nötig hätte, bleibt dem festländischen Eisenkartell fern. Das Land, das innerhalb dieser Gemeinschaft die größten Opfer bringt, ist das Deutsche Reich. Die Mitglieder zahlen nämlich nicht nur einen regionalen Beitrag von 1 $ auf 1 t Rohstahlerzeugung, sondern außerdem 4 $ auf jede Tonne, um die die Erzeugung eine im voraus festgesetzte Normalquote überschreitet. Da diese Normalquote für Deutschland sehr niedrig bemessen ist, ergibt sich für die Bilanz des 1. Halbjahres der Gemeinschaft (1. Oktober 1926 bis 31. März 1927) das folgende Bild:

Bilanz der Internationalen Rohstoffgemeinschaft	Rohstahlerzeugung in 1000 t	Quote in 1000 t	Überschreitung bzw. Unterschreitung der Quote	Strafzahlung für Mehrerzeugung in 1000 RM.	Gesamtzahlung in 1000 RM.
Deutsches Reich	7694	6183	+ 1511	25385	57695
Frankreich	4202	4437	— 235	—	17648
Belgien	1882	1661	+ 221	3717	11622
Luxemburg	1184	1189	— 4	—	4956
Saargebiet	932	825	+ 107	1798	5712
Summe	15894	14295	+ 1599	30900	97633

Dieser für das Deutsche Reich unhaltbare Zustand ist im Juni dieses Jahres dadurch gemildert worden, daß die deutsche Quote in einen Inlandanteil (72%) und einen Auslandanteil (28%) zerlegt worden ist. Für den Auslandanteil ist der Strafsatz der alte; für den Inlandanteil ist er auf 2 $ für 1 t ermäßigt.

Wie die Tabelle von S. 829 zeigt, ist das Land, das aus dem Niedergang der Roheisen- und Rohstahlgewinnung der Europäischen Halbinsel den meisten Nutzen gezogen hat, die Union und mit ihr der Erdteil Nordamerika, der außerdem die beachtliche, wenn auch in der Nachkriegszeit gesunkene Erzeugung Kanadas enthält. Nordamerikas Anteil an der Weltroheisenproduktion ist von 41% (1913) auf 49% (1925) und 52% (1926) gestiegen. Nordamerika hat sich somit genau an die ehemalige Stelle Europas gesetzt. Die Rollen sind exakt vertauscht. Ganz Entsprechendes gilt von der Stahlerzeugung, an der Nordamerika 43% (1913), 52% (1925) und 54% (1926) Anteil hatte.

Geopolitisch wichtiger noch als die Erzeugungszahlen sind die der Ein- und Ausfuhr. Denn sie stellen einen, und zwar einen sehr wichtigen Faden im Geflecht der zwischenstaatlichen Beziehungen dar. Die folgende Tabelle gibt die Ein- und Ausfuhr von „Eisen- und Stahlwaren" für die vier ersten Erzeuger der Welt an. Sie zeigt, daß im Welthandel das Übergewicht Nordamerikas infolge seines ungemein hohen Eigenverbrauchs noch nicht so groß ist wie in der Welterzeugung. Allerdings wäre es verfehlt, die Summe aller Ausfuhrüberschüsse der Europäischen Halbinsel dem Ausfuhrüberschuß der beiden großen nordamerikanischen Länder entgegenstellen zu wollen. Denn die europäischen Zahlen erhalten einen sehr ansehnlichen, aber schwer genau

Handel mit Eisen- und Stahlwaren in 1000 t	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhr (+) bzw. Ausfuhr(—) Überschuß	
	1925	1926	1925	1926	1925	1926
Deutsches Reich	1465	1261	3582	5348	— 2117	— 4087
Großbritannien	2711	3980	3731	3108	— 1020	+ 872
Frankreich	293	279	3860	4576	— 3567	— 4297
Vereinigte Staaten	841	1090	1680	2220	— 839	— 1130



feststellbaren Teil ihrer Größe durch den intereuropäischen Handel und sind daher mit den amerikanischen nicht erdteilsummenmäßig vergleichbar. Die Tabelle zeigt, daß Frankreich sich in machtvollem Aufstieg zum Land mit dem größten Ausfuhrüberschuß an Eisen- und Stahlwaren in der Welt erhoben hat, daß dagegen das Streikjahr Großbritannien zu einem Staat mit einem beträchtlichen Einfuhrüberschuß gemacht hat.

Es verdient bemerkt zu werden, daß in der Eisen- und Stahlproduktion wie in der Steinkohlenförderung (vgl. S. 654) die hier gekennzeichnete Entwicklung, d. h. die Enteuropäisierung, für 1927 den sekundären Zug der zeitweiligen Rückläufigkeit zu zeigen verspricht. Die bisher abgelaufenen Monate dieses Jahres weisen sowohl in Großbritannien wie im Deutschen Reich eine gesteigerte Erzeugung auf, ja, im Deutschen Reich handelt es sich um Rekordzahlen, die weit über den Vorkriegswerten liegen, während in den Vereinigten Staaten die Produktion dieser Monate unter der des Vorjahres liegt.

Schließlich sei auf die verheißungsvollen und zukunftswichtigen Anfänge einer eigenen Eisen- und Stahlerzeugung hingewiesen, die sich auch außerhalb Europas und Nordamerikas seit der Kriegszeit zeigen, und die die Tabelle S. 829 in ihren Grundzügen erkennen läßt. An erster Stelle sind Japan, Britisch-Indien, die Südafrikanische Union, der Australische Bund und Brasilien zu nennen.

*

Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA) hat dem Komitee B des Vorbereitenden Ausschusses der Internationalen Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes vor Jahresfrist eine Denkschrift überreicht, der größtenteils die untenstehenden Zahlen über den Maschinenbau der Welt entnommen sind. Einige weitere Zahlen dieser Tabelle verdanke ich dem persönlichen Entgegenkommen des gleichen Vereins. Die umständliche Arbeit der Berechnung von Zahlen für eine so weitverzweigte und verschiedenartige Industriegruppe läßt es verständlich erscheinen, daß die entsprechenden Werte für 1926 noch nicht vorliegen. Aber auch die Zahlen von 1925 zeigen die Grundlinien der Entwicklung mit völliger Klarheit. Es sei vorweg bemerkt, daß die Tabelle wohl den Bau von elektrischen Maschinen und Lokomotiven, nicht jedoch die Herstellung von elektrotechnischen Erzeugnissen einschließt. Wegen der ungemein großen Verschiedenartigkeit der Produkte des Maschinenbaus sagen Gewichtszahlen hier wenig, und daher erfolgen die Angaben in Millionen Reichsmark. Vergleicht man die Zeitwerte der Maschinenerzeugung 1913 und 1925, so zeigen die Staaten der Europäischen Halbinsel nahezu sämtlich einen Aufstieg. Dieser ist jedoch nur scheinbar, da die Weltpreise 1925 durchschnittlich um 59% höher standen als 1913. Die Zeitwerte 1925 sind daher in unserer Tabelle auf die Vorkriegswerte reduziert. Vergleicht man die letzteren mit den Zahlen von 1913, so zeigt sich, daß auf der Europäischen Halbinsel nur Großbritannien, Frankreich und die Schweiz ihre Erzeugung erhöhen konnten. Furchtbar ist dagegen der Fall in den Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, deren Erzeugung von 460 auf 221 Mill. RM. sank. Kaum irgendwo sonst zeigen sich die Folgen der politischen Zerreißung Europas, die die Friedensdiktate auf die Spitze getrieben haben, so kraß! Ein zweites Beispiel in der gleichen Richtung bietet das Deutsche Reich. So ist denn der Anteil der Europäischen Halbinsel an der Weltmaschinenerzeugung von 43,4% (1913) auf 35,7% (1925) gesunken. Trotzdem ist die Welterzeugung selbst um etwa 10% gestiegen. Auch in diesem Industriezweig, der an die wissenschaftlichen Kenntnisse und das technische Geschick der Völker die höchsten Anforderungen stellt und daher vielleicht nach wie vor als eine wirtschaftliche Domäne



Maschinen-produktion und -ausfuhr in Mill. RM.*)	Maschinenproduktion			Maschinenausfuhr		Maschinenausfuhr(—) bzw. Einfuhr (+) = Überschuß		Stapelläufe von Handelsschiffen in 1000 B.R.T.		
	1913	1925 Zeitwert	1925 Vorkriegswert	1913	1925 Vorkriegswert	1913	1925 Vorkriegswert	1913	1925	1926
Deutsches Reich	2700	2900	1933	738,4	483,5	— 637,2	— 424	465	406	181
Großbritannien**)	1602	3010	2007	721,3	565,0	— 600,5	— 451	1932	1085	640
Frankreich	338	520	347	76,7	106,7	+ 146,5	+ 29	176	76	121
Italien	175	260	173	18,1	16,6	+ 83,2	+ 85	50	142	220
Europ. Halbinsel	*5887*	*7880*	*5253*	*1799,7*	*1466,2*	*— 693,6*	*— 459*	*2870*	*1951*	*1420*
Sowjetrußland	*450*	*405*	*270*	•	•	*+ 341,3*	*+ 104*	*75*	*11*	*17*
*Asien, Außerruss.****)	*47*	*215*	*143*	*4,2*	*8,1*	*+ 283,0*	*+ 305*	*72*	*63*	*57*
Australien	*76*	*152*	*101*	*5,8*	*3,9*	*+ 100,2*	*+ 127*	•	*5*	*4*
Vereinigte Staaten	6775	12697	8465	680,6	805,0	— 652,3	— 815	276	129	151
Kanada	320	710	473	36,9	50,3	+ 119,6	+ 111	40	34	25
Nordamerika	*7095*	*13407*	*8938*	*717,5*	*855,3*	*— 432,5*	*— 533*	*316*	*163*	*176*
Ganze Erde	13555	22059	14705	2537,2	2333,5	—	—	3333	2193	1675

*) Überall heutige Grenzen. **) Mit Irland. ***) Nur Japan, China, Brit.-Indien, Siam, Niederl.-Indien.

Europas gelten könnte, hat Nordamerika seine schon 1913 sehr starke Stellung noch wesentlich ausgebaut. Die Erhöhung seiner Produktion beträgt nahezu das Dreifache des europäischen Defizits. Sollte Europa vielleicht immerhin geneigt sein, sich mit der Überholung durch Nordamerika auf fast sämtlichen Gebieten der wirtschaftlichen Erzeugung als mit einer unabänderlichen Tatsache abzufinden, so wird der Plan, sich wenigstens mit diesem unbesiegbaren Rivalen in den Weltmarkt zu teilen, dadurch aufs schwerste gefährdet, daß sogar die anderen Erdteile mit Macht eine Maschinenindustrie zu entwickeln beginnen. Ihre Produktionsziffern sind zwar absolut noch nicht sehr erheblich. Aber die Steigerung der Erzeugung von 1913 bis 1925 um 33% bei Australien-Neuseeland und sogar 204% bei Japan zeigt die ganze Größe der dem europäischen Exportgeschäft drohenden Gefahr.

In der Tat reden die Zahlen der Maschinenausfuhr und noch mehr die des Ausfuhrüberschusses, die die obige Tabelle ebenfalls enthält, eine nur allzu deutliche Sprache. Während vor dem Weltkriege die Maschinenausfuhr der Union nach der angezogenen Quelle noch etwas unter der der europäischen Großerzeuger Deutschland und Großbritannien stand, hat sie 1925 die beiden Rivalen weit überholt. 1926 ist das Mißverhältnis noch größer geworden; einer U. S.-amerikanischen Ausfuhr von 874,1 Mill. RM. (Vorkriegswert) stand in diesem Jahre eine deutsche von 501 und eine großbritannische von nur 520 Mill. RM. gegenüber. Die hohen Ausfuhrzahlen der Europäischen Halbinsel, die die nordamerikanischen 1913 wie 1925 außerordentlich überragen, dürfen uns nicht täuschen. Enthalten die europäischen Zahlen doch den sehr intensiven Maschinenaustausch der europäischen Staaten untereinander, der im Erdteilsinne nur zum Innenhandel gehört. Es ist vielmehr schon ein sehr bedenkliches Zeichen, daß die Maschinenausfuhrsumme der europäischen Staaten sich so stark verringert hat, obwohl die Zahl der Zollgrenzen in Europa inzwischen stark gestiegen ist. Bemerkenswert ist außerdem, daß auch, abgesehen von der Union, manche außereuropäischen Länder eine steigende Ausfuhr entwickeln. Auf Japan und namentlich Kanada sei besonders verwiesen.

Einen erdteilhaften Vergleich des Maschinenhandels ermöglicht die Spalte des Maschinenausfuhrüberschusses. Sie schaltet den kontinentalen Innenhandel aus und enthält auf Grund einer umfangreichen Rechnung des VDMA die wahren Werte des Ausfuhr- und Einfuhrüberschusses der einzelnen Erdteile. Diese Zahlen zeigen mit packender Deutlichkeit, wie Europa durch Nordamerika von dem sich allmählich verschmälernden Maschinenweltmarkt verdrängt wird.

*

Die Maschinenindustrie teilt mit der Eisenindustrie das Kennzeichen, daß fast nirgends in der Welt die Produktionskapazität voll ausgenutzt ist. Noch viel schärfer zeigt dieses Übel der Weltschiffbau, der unter der akuten Frachtraumnot des Weltkriegsendes 1919 auf nicht weniger als 7,144 Mill. B.R.T. vom Stapel gelassener Schiffe angeschwollen war, um dann 1923 auf das Minimum von 1,643 Mill. B.R.T. abzusinken. Ergaben die Jahre 1924 und 1925 wieder ein Anschwellen auf mehr als 2 Mill. B.R.T., so zeitigte 1926 mit 1,675 Mill. einen neuen Tiefstand (siehe obenstehende Tabelle). Dieses erneute Nachlassen der Schiffbautätigkeit kommt restlos auf das Konto der beiden ersten Schiffbauer der Erde, Großbritanniens und Deutschlands. Bei Großbritannien ist der Kohlenstreik ein wichtiger Grund. Doch kam er bei dieser Spitzenindustrie erst im letzten Vierteljahr 1926 zur Auswirkung, in dem die großbritannischen Stapelläufe noch nicht zwei Drittel von den italienischen ausmachten. Die verstärkte Bautätigkeit der Niederlande, Frankreichs und besonders Italiens haben nicht genügt, jenen Verlust wettzumachen, und so schließt das Jahr 1926 gegenüber den beiden Vorjahren für die Europäische Halbinsel mit einem starken Minus der zu Wasser gelassenen Tonnage ab.

Es ist trotzdem ein Kennzeichen des Schiffbaus, daß in ihm vor dem Weltkriege wie auch heute wieder die Europäische Halbinsel führend ist, und daß ihre relative Bedeutung nur von 85% auf 79% gesunken ist. Es ist im Gegensatz zu den meisten anderen Produktionszweigen auch kaum anzunehmen, daß sie in nächster Zukunft starke weitere Einbuße erleiden wird. Die erste Hälfte des Jahres 1927 hat wieder ein kräftiges Anschwellen der in Arbeit genommenen oder bestellten europäischen Tonnage gebracht, vor allem in Schweden, Deutschland und Großbritannien. Die vom Stapel gelassene Tonnage der außereuropäischen Schiffbaustaaten, insbesondere der Union und Japans, hat zwar um das Weltkriegsende eine gewaltige Steigerung erfahren, entsprechend der plötzlich gewaltig gesteigerten wirtschaftlichen und geopolitischen Bedeutung dieser beiden außereuropäischen Weltmächte, aber in den letzten Jahren, nachdem der Flottenaufbau beendet war, ist die vom Stapel gelassene Tonnage ebenfalls ansehnlich unter den Vorkriegsstand gesunken, und selbst die Entwicklung dieses Jahres läßt bisher keine grundlegende Änderung erkennen. Erscheint somit die nächste Zukunft der Europäischen Halbinsel im Hinblick auf diese Spitzenindustrie in nicht trüberem Licht als die der übrigen Welt, so ist trotzdem unverkennbar, daß auch in ihr später einmal die Entwicklung den so oft in diesen Spalten gekennzeichneten Weg gehen muß. Ist 1926 doch der letzte bewohnte Erdteil zum modernen Schiffbau übergegangen: In Südamerika hat Uruguay 3700 B.R.T. auf Helgen gelegt.

*

Wie die Baumwolle der wichtigste pflanzliche Rohstoff der Erde ist (S. 382), so ist die Baumwollindustrie die nach Mengen und Werten führende unter den Textilindustrien. Die nachfolgende Tabelle zeigt deren Entwicklung nach den Gesichtspunkten a) Rohstoffverbrauch, b) Spinnereibetriebe, c) Webereibetriebe, d) Zahl der



in der Baumwollindustrie beschäftigten Arbeiter. Auch hier offenbaren sich die gleichen hochwichtigen Umschichtungen, die die Ausführungen über die Nährstoff-, Rohstoff-, Kraftstoff- und die übrige Industriewirtschaft enthüllt haben. Ja, sie sind hier ganz besonders einschneidend. Den besten Maßstab für die Intensität der Baumwollspinnerei gibt nicht die Spindelzahl, da diese ja nur ein Maßstab für die Kapazität, nicht für die Produktionsmenge ist, sondern vielmehr der Jahresverbrauch an Baumwollballen. Der Jahresverbrauch der Welt hat sich gegenüber der Vorkriegszahl wenig verändert. Aber es sind sehr starke Umwälzungen in der Verbrauchsverteilung eingetreten. Der Verbrauch der Europäischen Halbinsel ist von 41 % (1913) auf 34,3 % (1926) gefallen, der des ersten Baumwollerzeugers (S. 383), Nordamerikas, dagegen von 25 % auf 27,6 % gestiegen, und der zweite Baumwollerdteil, das Außerrussische Asien, hat seinen Anteil sogar von 21 % auf 26,9 % zu heben gewußt. Verhältnismäßig am allerstärksten ist der Aufstieg Südamerikas. Die Baumwollindustrie steuert somit allmählich einer Planwirtschaft zu in dem Sinne, daß diejenigen Staaten und Erdteile, die große Baumwollerzeuger sind, auch immer stärker Baumwollverarbeiter werden, und die Transporte von Rohbaumwolle wie von Fabrikaten nach Zahl und Weglänge allmählich eingeschränkt werden. Diese Entwicklung gestaltet sich naturgemäß am ungünstigsten für denjenigen Erdteil, der gemäß seiner Klimaverhältnisse in beschränktestem Umfange von allen zum Baumwollanbau geeignet ist, die Europäische Halbinsel. In ihr hindern zugleich die unerquicklichen politischen und sozialen Verhältnisse die volle Ausnutzung der Spinnerei- wie Webereikapazität, die 1913 wie 1925 weit über 50 % der Weltkapazität liegt (vgl. die untenstehenden Zahlen).

Baumwollindustrie	Jahresverbrauch an Baumwolle in 1000 Ballen			Zahl der Baumwollspindeln laut Schätzung in 1000 Stück			Zahl der 1926 vorhandenen		
	1912/3	1924/5	1925/6	1913	1925	1926	Spinnereien	Webstühle	beschäftigten Arbeiter
Großbritannien	4274	3235	3022	55653	57116	57286	1917	788197	630000
Frankreich	1010	1122	1179	7400	9428	9511	572	181900	197540
Deutsches Reich	1728	1211	1148	11186	9500	10480	372	240700	375000
Italien	789	1002	1037	4600	4771	4833	500	130000	260000
Europ. Halbinsel	*10112*	*8514*	*8480*	*91840*	*93778*	*95682*	*4449*	*1762428*	*1948043*
Sowjetrußland	*2509*	*1084*	*1752*	*7668*	*7246*	*7246*	*167*	*270712*	*459055*
Britisch-Indien	2177	2440	2064	6084	8500	8510	337	154262	367877
Japan	1588	2459	2816	2300	5292	5573	242	71702	174140
China	1500	1610	1755	3000	3569	3589	117	24057	210000
Außerruss. Asien	*5265*	*6509*	*6635*	*11384*	*17361*	*17672*	*696*	*250021*	*752017*
Vereinigte Staaten	5786	6127	6395	32149	37937	37585	1700	757647	422000
Nordamerika	*6057*	*6481*	*6828*	*33704*	*40070*	*39582*	*1903*	*824350*	*493171*
*Südamerika**)	*508*	*533*	*782*	*1200*	*1950*	*2493*	*244*	*65651*	*110119*
Übrige Erdteile	*100*	*173*	*204*	*661*	*1077*	*1201*	*60*	*16400*	*27500*
Ganze Erde	24551	23294	24681	146457	161582	163876	7519	3189562	3789905

Am furchtbarsten ist der Rückgang des Baumwollverbrauchs bei Großbritannien. Demgemäß ist die Ausfuhr dieses wichtigsten großbritannischen Industriezweiges von 210 Mill. lbs (1913) auf 189 (1925) und 168 Mill. lbs (1926) gesunken; die Ausfuhr von Baumwollstückgut stieg sogar von 7075 Mill. square yards auf 4435 bzw.

*) Nur Brasilien.

3834 herab. Das Deutsche Reich hat in der gleichen Zeit eine Einbuße nicht nur an Baumwollverbrauch, sondern auch an Spindelzahl erlitten. Das letztere ist die Folge der Abtretung des oberelsässischen Spinnereibezirkes an Frankreich. Dieses weist infolgedessen eine geringe Vergrößerung seines Baumwollverbrauches und eine wesentlich stattlichere der Spindelzahl auf. Sehr bemerkenswert ist die Mehrung der Produktionskapazität und des Baumwollverbrauchs bei einigen europäischen Staaten, deren Industrialisierung erst in der Nachkriegszeit zu voller Entwicklung gelangt ist, insbesondere Italiens (s. Tabelle). Ohne sie wäre der Abstieg Europas noch krasser, aber sie drücken auch stark auf die Ausfuhrmöglichkeiten der großen europäischen Vorkriegsbaumwollverarbeiter, insbesondere Großbritanniens und des Deutschen Reiches.

Der Aufstieg des Außerrussischen Asien kommt vor allem auf das Konto Chinas, Britisch-Indiens und Japans. In China allerdings ist die Baumwollindustrie noch 1926 nur etwa zu 55 % eine nationale gewesen. Die nationale Verteilung der in der Tabelle für China angegebenen Zahlen für Spinnereien, Spindeln und Webstühle war nämlich 1926 die folgende:

	Spinnereien	Spindeln	Webstühle
chinesische	68	2035316	13371
japanische	45	1347947	8338
englische	4	205320	2348
Summe	117	3588583	24057

Es ist somit anzunehmen, daß unter dem Druck der nationalen Bewegung in China die Zahl der fremden Betriebe und damit die statistisch erfaßbare Erzeugung von Baumwollwaren in China zunächst zurückgehen wird. Doch wird das sicher eine vorübergehende Erscheinung bleiben. Für die wachsende Bedeutung Britisch-Indiens, dessen Baumwollindustrie während des Weltkrieges sogar einen von England gezwungenermaßen zugelassenen kräftigen Zollschutz erhielt, ist die Tatsache charakteristisch, daß von 1913 bis 1926 die Spindelzahl von 6084000 auf 8510000, die Webstuhlzahl von 96638 auf 154262, die Arbeiterzahl von 260547 auf 367877 stieg. Am riesigsten aber auf der Erde überhaupt ist die Entwicklung Japans. Sein Baumwollverbrauch hat 1926 den Großbritanniens, des einst bei weitem ersten und heute gerade noch zweiten Baumwollverarbeiters, nahezu erreicht. Vielleicht werden schon die nächsten Jahre die Überholung Großbritanniens durch Japan bringen. Überall in der Welt stößt Großbritannien auf die gefährliche Konkurrenz dieses preisunterbietenden Exporteurs, dessen Einfluß nicht nur nach Niederländisch- und Britisch-Indien, sondern sogar bis nach Britisch-Ostafrika, Ägypten, Mittel- und Südamerika reicht.

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

Grenzen der Industrialisierbarkeit, Mechanisierung und Überorganisation in fernöstlichen Rasseneigenschaften. — Meinungsaustausch der pazifischen Anlieger in Honolulu. — Britenreich und China nach Whyte. — Überflügelung Hongkongs durch Singapore 1926. — Niederbruch der Jung-China-Gruppe um E. Chen. — Verbesserung der japanischen China-Stellung. — U. S. Amerikas Urteil über die koreanische Frage. — Industrialisierungs-Widerstände in Japan. — Hsushi-Hsu: Chinas politische Einheit, und Panikkar: Beziehungen der indischen Staaten zur indischen Regierung. —



Stimmen zur Gefahr der chinesischen Frage. — Leonard Wood und die Ostasienpolitik der Vereinigten Staaten. — Weltbevölkerungskongreß. — Mother India und K. Mayos Buch darüber. — Wenn die Jugend nach Osten geht. — Binnenchinesische Armut und Unruhe. — Chinesische Wanderung. — Australiens Wettborgen mit Japan in Amerika. — Pazifischer Arbeiterkongreß in Prawda. — Nord-Borneo. — Landleben gegen Großgeschäftsbetrieb in Japan.

Schälen wir aus dem Alltags-Nachrichtenspiel dieses Sommers die Zeugnisse von geopolitischer Dauerbedeutung heraus, so sind wohl die wichtigsten die Aufschlüsse über die Grenzen der Industrialisierungsmöglichkeit, der Mechanisierung und der Organisierbarkeit durch Fremdkulturen innerhalb der großen, zahlenstarken alten Kulturvölker des indopazifischen Gesamtbereichs.

Aussagen darüber liegen für China, Indien und Japan vor, wie auch Proben für die Grenzen der Einstellungsfähigkeit und Einführungsmöglichkeit in dieses Problem der wichtigsten Kolonialvölker des Pazifik (Briten, Australier, U. S. Amerikaner, Russen).

Eine der wertvollsten Vergleichsebenen ist sicher durch die Juli-August-Aussprache der pazifischen Anrainer in Honolulu geschaffen worden; doch sind die Nachrichten darüber noch zu sehr vereinzelt, zu wenig in der Durcharbeitung vergleichbar, als daß schon ein Überblick gegeben werden könnte. Immerhin zeigt die Auswirkung der Konferenz schon bis jetzt, wie wertvoll die umfassende und, im Gegensatz zu den Aussprachen in Genf, rückhaltlose und aufrichtige Art des pazifischen Meinungsaustausches ist. Wie unfähig wären alle bisherigen Veranstaltungen in Genf, zu so offenen gegenseitigen Erörterungen zu gelangen, z. B. über die Fragen der Übervölkerung und der Ernährungsmöglichkeit (Japans Lebensfrage), der Ein- und Auswanderung (zwischen Japan, U. S. Amerika, Kalifornien, Australien, Neuseeland), das heikle Gebiet der Missionen (zwischen Jungchinesen und Amerikanern!) wie des Wandels in den Beziehungen von China und Britenreich zwischen diesen beiden Partnern und ähnliche! Radikalste Standpunkte fehlen nicht, wie Professor Shotwells Antrag auf die grundsätzliche Abschaffung des Krieges unter den pazifischen Völkern, des Australiers Eggleston Wunsch nach Zerstörung aller „naval bases" im Bereich oder der Nähe des Pazifik (wobei schlimmstenfalls Briten und U. S. Amerikaner von ihren atlantischen aus hinfahren könnten, die Ostasiaten aber nichts mehr hätten); die scharfe Abführung der Monroe-Doktrin (durch Kenzo Takayashi), die Shotwell ganz harmlos in seinem ewigen pazifischen Friedenstraktat hatte als Paragraphen stehen lassen wollen, so daß sich Amerikaner überall anderswo einmischen könnten, niemand anders aber in Amerika ein Wort mitzureden hätte.

Höhepunkte waren die Erklärung des greisen japanischen Erziehungswissenschaftlers Masataro Sawayanagi, daß der Pazifik „Zentrum der Welt" werde, und „daß es schon deshalb für alle seine Randvölker zur zwingenden Pflicht werde, das natürliche Recht der Einwanderung anzuerkennen" — was in Amerika, wie Australien und Kanada mit gemischten Gefühlen vernommen worden sein mag; die andere des Neuseeländischen Arbeiterführers, daß die Probleme Neuseelands Arbeitslosigkeit und ländliche Siedelung (Landüberfluß untersiedelten Landes!) seien: — der Kontrapunkt zwischen den übervölkerten Monsunländern und dem nach Siedlern rufenden menschenleeren kolonialen Hochlohngebiet fand sich also gleich als Auftakt! — und endlich die Auseinandersetzungen von Sir Frederik Whyte mit China, als Einleitung zur Behandlung der Beziehungen Chinas zu den Fremdmächten, die etwa ein Drittel der Kongreßzeit in Anspruch nahmen.

Das Leitmotiv der großen Rede von Whyte war, daß die seit dem Ende des Kriegs am Werk befindlichen Kräfte England zu einer ganz neuen Auffassung von seinen

Dauerinteressen im Fernen Osten und seiner Rolle als des größten europäischen Fremdhändlers in China gebracht hätten. Das habe einen völligen Frontwechsel von der Gewaltpolitik zur Freivertragspolitik mit neuer Initiative bedeutet, der im Grunde schon bei der Konferenz von Washington sichtbar geworden sei. „Aber einige Landrückgaben seien eine Kleinigkeit gegenüber der Wiedergewinnung der guten Meinung Chinas." Daß solche Erfahrungen, wie die der Überflügelung von Hongkong durch Singapore nur durch den chinesischen Boykott im Jahre 1926 etwas zur Beschleunigung solcher Einsichten beitrugen, mußte man mehr zwischen den Zeilen lesen. Wir beleuchten deshalb die geopolitische Erzieherkraft dieser Tatsache näher: Singapore überflügelte 1926 mit 40708979 t Verkehr zum erstenmal Hongkong, das auf 36821364 herabgesunken war, hauptsächlich durch Abwanderung des europäischen und asiatischen Trampverkehrs, der in Singapore für Niederländer, Briten, Japaner und Norweger stieg, nur für Amerikaner fiel, während in Hongkong 80% des Ausfalles auf die abwandernde fremde nichtbritische Schiffahrt traf: ein Beweis für die Wehrmittel des Wehrlosen gegen die großen Handelsvölker der Erde — durch bloße Kontingentierung der Warenabnahme —, wenn sie richtig angewendet werden, wie von den Kantonesen im Anfang, solange sie sich dabei bodenständiger, den Chinesen kongenialer Mittel (wie des Abwehrstreiks) bedienten.

Aber die China kongenialen Wege wurden von den Jungchinesen am Yangtse verloren.

Je mehr die Führer der Kuo-Min-Tang-Partei mit der Entfernung von Kanton nach Wuhan und der Militarisierung ihrer Bewegung unter den Bann ihrer russischen Berater und deren chinafremder Methoden gerieten, je weniger sie verstanden, sich die Fühlung mit den nationalen, aber auch den sozialen Grundlagen ihrer Rasse zu erhalten oder neu zu gestalten, in dem Grade verloren sie die Fähigkeit, die von ihnen anfangs gut organisierte Bewegung beim Gewinnen größerer Räume auch mit größerem organisatorischen Leben zu erfüllen, das Yangtsegebiet ähnlich zu durchbluten und dynamisch auszuwerten, wie Sun selber es mit dem Kwangtunggebiet fertiggebracht hatte. Sie hatten noch die Kraft, den genialsten unter ihren militärischen Führern, Chiang-Kai-Sheck, Prügel genug zwischen die Beine zu werfen, um seinen Zug nach Shantung zum Scheitern zu bringen, bis er sich verärgert zurückzog, aber sie lieferten sich dadurch schließlich selbst der Zersplitterung, der Vergewaltigung durch viel engere Köpfe in den eigenen Reihen, der Macht Feng-Yu-Hsiangs aus oder verdammten sich zur Flucht nach Rußland.

Es steht dahin, ob und wann dieses Grüppchen chinafremd gewordener Jungchinesen, trotz der Verbindung mit den Manen Sun-Yat-Sens wieder zu Macht und Einfluß kommt. Einstweilen haben sie sehr gegen ihren Wunsch das Spiel der großen Seemächte Eurasiens gespielt, vor allem Japans Stellung in diesem Schachspiel verbessert.

Diese Verbesserung der japanischen Stellung findet ihren äußeren Ausdruck in dem raschen Wegziehen der Truppen aus Shantung — nachdem der Zug dorthin eben seine Wirkung getan hatte, besser als der britische nach Shanghai; genau so, wie im Jahre 1924 die rasche, geräuschlose Besetzung der südmandschurischen Bahn, die ganz international plausibel aussah und dennoch ein entscheidender Schachzug zur Rettung Chang-Tso-Lins gegen seinen aufständischen Stabschef Kuo war. Ebenso — wie damals — lähmte die schnelle Besetzung von Shantung jede entscheidende Erfolgmöglichkeit des Südens wie des Nordens, brachte Chiang-

Kai-Sheck zwischen zwei Feuer (Feng und Sun Chuan Fang), jedoch ohne daß diese wirklich Entscheidendes gewinnen konnten; sie erfolgte geräuschloser als das nun gleichfalls langsam abflauende Eingreifen des Shanghai-Korps von England aus. Hier verrät sich in jeder Richtung ein erfolgreicher, blitzschneller Schachzug, wie ihn eben Japan nur seine ausgezeichnete Information durch die vielen sogenannten militärischen Berater bei den einzelnen chinesischen Kriegsherren ermöglicht: ein handgreiflicher Beweis für den Nutzen gut ausgebildeter Militärdiplomaten.

Wo sich große und erfolgreiche Konkurrenzmächte dauernd und zäh um die Abschaffung einer Einrichtung bemühen, (vgl. Transpacific, 23. 7. 27 „Military Advisers in China"), oder um ihre Hintanhaltung, wie bei den Militär- und Marine-Beobachtern Deutschlands, da kann man sicher sein, daß diese Organe des Außendienstes von ihnen gefürchtet wurden, also deren Aussendern nützlich waren. Man braucht nur z. B. die zutreffenden Berichte des deutschen Militär-Attachés Etzel vor dem russisch-japanischen Kriege mit den unzutreffenden des damaligen deutschen Gesandten zu vergleichen!

Eine weitere Frucht des gewandten japanischen Spieles auf dem Instrument der öffentlichen Meinung des pazifischen Randgebietes ist der Umschwung in der Anschauung der Verhältnisse in Korea durch führende nordamerikanische Schriftsteller, zu dem z. B. neuerdings Ireland wesentlich beigetragen hat. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung von etwa 1,4 Milliarden Goldmark auf mehr als 2,3 Milliarden Goldmark zwischen 1917 und 1923, die Verfünffachung des Wohlstandes eines zu 82 % agrarischen Landes seit der Annexion, die Verdoppelung seiner Bevölkerung, die Dauerkraft der japanischen Verwaltung des in seiner Zukunft rein auf das gegenseitige Verhältnis von China, Japan und Rußland geographisch angewiesenen Gebietes geht eben doch an der besser und besser werdenden ostasiatischen Information der Vereinigten Staaten nicht spurlos vorüber. „Unterdrückt reine Nachahmungssucht, fördert Eigenausdruck und Initiative", so klang mit Recht die erste Botschaft der neuen japanischen Ära, „Leuchtender Friede" (Showa), nachdem es zwei Geschlechter früher noch geheißen hatte: „Nützliche Kenntnisse müssen von der Außenwelt eingeführt werden, um die Grundlagen des Reiches zu stärken." Nun erkennt man im Fernen Osten auf einer höheren, gestärkten Machtebene die Notwendigkeit der Selbstbesinnung wieder, und mit ihr einen entscheidenden Rassenunterschied in der Einstellung zu Industrialisierung und Mechanisierung zwischen Rand-Inselbewohnern und Kontinentalen. Während der Industrialisierung, Mechanisierung und Überorganisation in China rassenmäßig so gut wie keine Schranken gesetzt zu sein scheinen —, wenn nicht, wie von der Wuhan-Regierung, der Zusammenhang mit der bodenwüchsigen Sozialkultur so vollständig verloren wird, daß sich die „Roten Speere", die Landfahnen gegen sie wenden, — ist das auf den Inselkränzen anders. Dort widerstrebt ein starkes Rassenelement dem Großbetrieb mit seiner mechanisierenden Wirkung. Das kommt z. B. in der Zahl von nur 1 789 618 Fabrikarbeitern unter den 27 089 000 beruflich Festgelegten der Zählung von 1920 zum Ausdruck, so daß nur 15 % sich als Fabrikarbeiter bezeichneten, und von diesen weniger als 4 % in Großbetrieben steckten. Seit der Nachkriegskonjunktur haben erhebliche Rückbildungen stattgefunden. So umfaßte der Bergbau vor dem russisch-japanischen Kriege 140 000 Köpfe, 1919 über 460 000, 1924 aber nur mehr 350 000. Dort wie in der Textilindustrie ist eine gewisse Abwanderung nach China nicht zu leugnen; und nicht nur im Widerstand gegen die Industrialisierungspläne der Seyukai und Baron Tanakas, auch in der Aktivierung des japanischen Faszismus der Koku-

suikai scheinen tiefste Rassengegensätze gegen eine Mechanisierung des Daseins aufzuspringen, die auf dem Gebiete der Industrialisierung früher Grenzen setzen, als in China, Indien oder Deutschland, den großen übervölkerten ozeanisch-kontinentalen Übergangsländern. Die Kokusuikai (im Begriff, sich aus einem Bund mit etwa 1 Mill. Mitgliedern, darunter mindestens 30000 ausgesprochene Aktivisten, zur politischen Partei zu entwickeln) trägt einen ausgesprochen völkischen, fremdenfeindlichen Zug, aber auch den der Abneigung gegen die gesteigerte Abhängigkeit von amerikanischem Kapital und industriellen, auf Schaffung von Großbetrieben, gesteigerte Mechanisierung und Rationalisierung abzielenden Arbeitsmethoden.

Der geopolitische Instinkt der japanischen Rassenkomponenten ist immer hellhöriger, scharfsichtiger und wacher in Fragen der Erhaltung der Eigenart und Selbstbestimmung der Rasse gewesen, als die Festlandmächte Eurasiens, und der gleiche Instinkt innerhalb der Kontinentalen wieder bei den ostasiatischen reger als bei den indischen Völkern. Dafür sind jüngst zwei treffliche Zeugen aufgestanden: Hsuhsi-Hsu „China and her political entity“, New York, Oxford Univ. Press. 1927, und K. M. Panikkar: „The Relations of Indian States with the Government of India“. London, Martin Hopkinson and Co., 1927, beide sehr zur rechten Stunde. „Ein wahres Repositorium von Information erster Hand vom chinesischen Standpunkt aus“, nennt das Werk Hsuhsi-Hsu's mit seinen $5^1/_2$ Seiten Bibliographie, der „North China Herald“ mit Recht. Aber gerade diesen chinesichen Standpunkt wollen wir ja kennen lernen, und zwar nicht den des seiner eigenen Staatskultur fremdgewordenen Jungchinesen, wie E. Chen, sondern dessen, der die Synthese gefunden hat zwischen Alt- und Neu-China wie Alt- und Neu-Indien. Denn, nur wer diesen Zusammenbau für sich selber fand, kann auch für sein Volkstum neue Wege bauen, auf denen es vorwärts kommt, nicht tiefer ins Elend schlittert.

Aus dieser Erkenntnis verzeichnen wir es auch dankbar, wenn sich so gründliche Kenner, wie Arthur de C. Sowerby, zur chinesischen Frage äußern und glauben, daß wertvoller ist, was er dazu zu sagen hat als z. B. Senator Binghams flüchtige Eindrücke (North China Herald, 6. August 1927, S. 258), oder Silas Strawns unfreundliche Bemerkungen, oder die einseitige Aufsatzreihe: „China in the grip of the reds“, deren XIV. Folge — neben einer ungeschminkten Darstellung der Methoden Borodins und Moskaus — doch auch die innere Zerklüftung und Unverlässigkeit der fremden Hafenkolonien entschleiert. Mit Recht sieht Sowerby die Hauptschuld an der Gleichgültigkeit, mit der die Welt den chinesischen Wirbel auf einen für ihren Frieden zerstörenden Punkt zutreiben sieht, in dem Mangel an zutreffenden Vorstellungen über China, zum Teil bedingt durch die Verschleierung der sehr geschickten geopolitischen Sowjetpropaganda, zum andern aber doch auch durch die Unehrlichkeit der großkapitalistischen Nachrichtendienste und die vielen Gesinnungsgenossen, die man den revolutionären Chinesen durch die Verelendung Mitteleuropas, des Nahen Ostens und Indiens schafft. Es ist eben immer und überall mißlich, wenn man Verzweifelten Mehrheiten schafft dadurch, daß man auch andere Massen noch durch schlechte Behandlung zur Verzweiflung und zum Verständnis für verzweifelte Umstürze treibt. Diese mangelhafte Weisheit betreiben aber die großen Kolonialmächte im größten Stil; und der ichsüchtige Beifall kleiner Neustaaten im Völkerbund entbindet sie nicht von dieser Schuld. Die neuen Aufstandspläne in Niederländisch-Indien für 1930, die vorbereitende Tätigkeit des Mischlings de Jeer dafür und die Fäden, die nach Südchina zu einem Aufstands-Heereskern von 20000 Mann führten, sind ein warnendes Symptom. Für die Vereinigten Staaten und ihre wissende



Einstellung zu ostasiatischen Fragen starb sehr zur Unzeit General Leonard Wood, der bedeutende Generalgouverneur der Philippinen, ursprünglich Naturwissenschaftler (Arzt), Freund Roosevelts, Mitorganisator von dessen Rauhen Reitern, dann Militärgouverneur von Cuba bis 1902 und der Moroprovinzen in den Philippinen auf 6 Jahre und Kommandeur der Philippinen-Division.

Wood war, unter verbindlichen Formen, bei gründlicher und vielseitiger Bildung, vielleicht der fähigste Imperialist der Vereinigten Staaten, sicher einer der besten Kenner der Philippinen, wenn auch zuletzt als Gouverneur mit seiner Philippinenpolitik so festgefahren, daß ihm der Tod als Erlöser erschienen sein mag und ihm einen politischen Zusammenbruch ersparte, den der ehrgeizige Mann (deshalb ein glühender Feind Pershings) schon einmal erlebte, als er im europäischen Krieg der Vereinigten Staaten keine Verwendung fand. Seit 1921 stand er in einem auf weite Sicht aussichtslosen Ringen als der gefährlichste Gegner der Selbstbestimmungsbewegung der Philippinen entgegen. Wood schaltete die Zukunftssicherungen (Board of control) aus und lieferte so den demokratischen Gegnern der republikanischen Partei in den U. S. selbst Waffen gegen seinen „aufgeklärten Despotismus", die seine eigne starke Stellung unterhöhlten und das Philippinenproblem in einem weit gefährlicheren Zustand seinen Nachfolgern übergaben, als er es übernommen hatte. Trotzdem war er vielleicht einer der besten Kenner des Problems in den Vereinigten Staaten, wie ihres Verhältnisses zum Fernen Osten überhaupt; daß er trotz dieser Kenntnis scheiterte, ist vielleicht ein Symptom, daß die Vereinigten Staaten überhaupt mit zu viel Einmischung in die Angelegenheiten der alten Welt bei ihrer inneren Fremdheit gegenüber deren Leitfragen nur Unheil anrichten. Aus diesem Grunde stehen wir auch ihrem Auftreten beim Weltbevölkerungskongreß in Genf v. 30. August bis 3. September mit Zweifeln gegenüber. Biologie und Bevölkerungswachstum (Pearl), Bevölkerungsoptimum (Fairchild), Verhältnis von Bevölkerung und Nahrung (East) und Wanderungsproblem (A. Thomas, Intern. Arb.-Amt) werden aus großräumigen oder einseitig sozialtheoretischen Gesichtswinkeln viel zu unhistorisch und zu wenig geopolitisch, namentlich in den U. S., gesehen, als daß altgeschichtliche Übervölkerungsräume, wie Mitteleuropa, aber auch die indopazifischen, von solcher Behandlung Heil zu erwarten hätten. Eine amerikanische, von bestem Willen getragene Einmischung in indische Verhältnisse, Miß Katherine Mayos Buch: „Mother India", hat durch die Inder selbst, u. a. Sir Tej Bahadur Sapru und Sir Atul C. Chatterjee, eine scharfe Abfuhr erfahren als „Vilifikation indischer Zivilisation und indischen Charakters". 320 Mill. hören sich nicht gern als physisch entartet, moralisch pervers, Lügner usw. bezeichnet. U. S. Amerika ist schnell mit generalisierendem Urteil zur Hand.

Unter den jüngst zur Hand gekommenen Einzelerscheinungen muß zunächst zu einer wohlunterrichteten Aufsatzreihe des Manch. Guardian Stellung genommen werden: „When Youth goes East", weil sie voll guter Ratschläge für angehende junge Leute ist, die sich in östlichen Ländern einen Start suchen wollen, und ihre Ratschläge nicht nur für Indien gelten. Darunter ist die Weisheit voranzustellen, daß der Osten nicht mehr billig ist, sondern z. B. die Rupie in Indien für den Europäer etwa nur die Kaufkraft eines Schillings und weniger als einer Mark hat. Die Küstenplätze sind wesentlich teurer als die Binnenstädte, aber sie bieten dem Durchschnitt natürlich auch mehr, weshalb auch neun Zehntel der weißen, nicht beamteten Bevölkerung Indiens in Bombay, Kalkutta, Karachi und Madras beisammenstecken. 500 Rupien monatlich, im Mitteleuropa von heute für den Einzelnen stolze Selb-

ständigkeit und Vollgenuß aller wirklich edlen Kulturgüter, freie Wahl des persönlichen Glücks bedeutend, sind dem Verfasser der Warnung nur die Bedingungen einer „einsamen und verkrüppelten Existenz, wenn er sich nicht in Schulden stürzen will".

Welcher Unterschied im Lebensanspruch und im Lebensraum-Maß spricht sich darin aus! In schroffem Gegensatz dazu steht, was wir nun über den Umfang des Elends, der Armut der Massen in den chinesischen Binnenlandschaften aus Anlaß der Erdbebenzerstörungen in Kansu, aber auch vom Mindestmaß von Lebensanspruch in den chinesisch-tibetanischen Grenzmarken durch die langsam küstenwärts fortschreitenden Nachrichten erfahren. Was über Sikkim und Tachienlu an Nachrichten herausdringt, gibt für Ost-Tibet das Bild mittelalterlicher Feudalfehden, in denen leicht erschlagen wird, wer sich hinein begibt, wie vielleicht Filchner und seine Begleiter.

Adolf Reichwein: „Chinesische Kolonisation" (Frkf. Ztg. v. 16. August 1927), mit einzelnen treffenden Beobachtungen — eine Arbeit, die gut gesehen ist und ausgeschnitten und verwahrt werden sollte —, muß hier besprochen werden, weil sie sich mit einem Buche von Ta Chen: „Chinese Migrations." U. S. Bureau of Labor Statistics, Juli 1923, auseinandersetzt, dessen Zahlen mit Recht im einzelnen angezweifelt, als Gesamtanhalt der Massenhaftigkeit chinesischer Wanderung aber empfohlen werden. Die Zahlen von Ta Chen sind fast durchgehend Mindestzahlen, geben mit etwa 8 1/4 Mill. das Außenchinesentum viel zu niedrig an, das allein nach Norden seit 1900 glaubhaft mehr als 15 Mill., nach Süden mehr als 9 Mill. ausgesendet hat, die sich eben zum Teil statistisch im fremden Volkstum verlieren und doch Chinesen bleiben und von den geistigen Bewegungen ihrer Heimat erfaßt werden. Für die Niederlande sind die Zahlen um 3/4 Mill., für Siam um 2 1/2 Mill., für die Straits um mehr als 1/2 Mill. zu klein, um nur einige besonders leicht herauszugreifende Zahlen zu fassen, die immer hinter der wirklichen Dynamik ostasiatischer Wanderung zurückbleiben.

Einige Notizen sind außerhalb des organischen Zusammenhangs anzufügen:

Australien hat sich in diesem Sommer transpazifisch um 160 Mill. M., transatlantisch nur um 140 Mill. M. bei seinem Vetternland in Wallstreet und seinem Mutterland in der City als Leihgabe bemüht. Reichsbritische Blätter stellen schmerzliche Betrachtungen über den darin zum Ausdruck kommenden Unterschied in der Wertschätzung an; das pazifische Umland sieht darin nur doppelte Verankerung der praktischen Australier, die mit Japan ein Wettpumpen bei den reichen Vereinigten Staaten antreten und — wofern nur die nötigen Leihsummen auf die Zukunft beikommen — über das so erhaltene Geld denken: Non olet!

Beim pazifischen Arbeiterkongreß in China waren im Juli — trotz der Einsperrung von 22 japanischen Delegierten von 30 und der Pässeverweigerung in Neu-Süd-Wales an führende Gewerkschafter und dem Ausfall der Latein-Amerikaner — 14 Mill. organisierte Arbeiter vertreten, wie die „Prawda" gern feststellt. Sonst wären es 15 Mill. gewesen, und der Zweck der Veranstaltung war nach der „Prawda", den Klassenkampf in den pazifischen Raum zu tragen, wo man bisher lieber den Ausgleich suchte.

Eine „Nord-Borneo"-Sonderausgabe des China Express and Telegraph v. 25. August 1927 setzt die Zukunftsmöglichkeiten dieses reichen tropischen Pflanzungs- und Bergwerksgebietes in das hellste Licht. Nicht ganz so überzeugend klingt, was neben dem Ausbeutungserfolg über die Lösung der Arbeiterfrage gesagt ist. Sie ist für die



Entwicklung noch wichtiger als die Kapitalbeschaffung gewesen, und es wird zugestanden, daß sie zunächst ohne chinesische Arbeitereinfuhr unmöglich gewesen wäre. Erst nach einer gewissen Entwicklung durch Chinesenarbeit gelang es, den Eingeborenen von seinem Kampong zu locken, aber auch dann erst in der freien Weise, in der allein der Malaiopolynesier, wie auch der von ihm stark dem Blut nach beeinflußte Japaner, zur gebundenen Arbeit heranzuholen ist. Darin liegt — wie schon betont — ein grundsätzlicher geopolitischer Unterschied zwischen dem Arbeiter der Inselbogen und dem Chinesen, der — abgesehen von seiner Spielleidenschaft — zum reinen Geldmachen auszieht und für entsprechende Bezahlung ein ganz anders idealer Arbeiter des tropischen Großkapitalismus ist als der Javane, Malaie, Polynesier, aber auch Japaner! Einen sehr interessanten Beitrag dazu liefert Dr. S. Washio „The Farm versus big business" (Transpacific, 23. Juli 1927) über die Schranken der Industrialisierung in Japan aus der Abwanderungslust der Arbeiter in eigene kleine Landbetriebe infolge von Abneigung gegen Großbetrieb-Monotonie und Unfreiheit — worin eben eine leitende Rassenkomponente der Inselbogen ihren Ausdruck findet.

OTTO MAULL:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Indianeraufstand in Bolivien. — Indianerfrage in Amerika. — Lateinamerikanischer Nationalismus. — Sozialismus, Kommunismus, Bolschewismus in Lateinamerika. — Sacco-Vanzetti-Prozeß. — Wahl Kubas und Kanadas in den Völkerbundsrat. — Wahl Guanis (Uruguay) zum Präsidenten der Bundesversammlung des Völkerbundes. — Argentinien und der Völkerbund. — Die Union und der Völkerbund (Panamafrage). — Der „Erfolg" der Marineabrüstungskonferenz.

Blitzlichtartig warf auf einmal die Kunde von dem Indianeraufstand in Bolivien einen grellen Schein auf die völkerpsychologische Struktur großer Teile der Neuen Welt; und ebenso rasch will der Vorgang nach ein paar alarmierenden, aufreizenden Nachrichten der europäischen Zeitungen wieder in Vergessenheit geraten. Trotzdem ist er, so rasch auch die lokal auftretende Bewegung der Ruhe Platz gemacht hat, Symptom für einen relativ ernsten, viel weiter verbreiteten Zustand gewesen. Freilich die Überschriften in unseren Zeitungen, wie „200000 Indianer in Aufruhr", „alle Weißen massakriert" — nach anderen Meldungen sollten es sogar 200000—300000, dann wiederum nur 50—60000 Rebellen sein — waren Übertreibungen, die sich aus einer nicht gerade von übergroßer Sachkenntnis beherrschten Übernahme der ersten Nachrichten erklären lassen. Als Herde des Aufstandes werden die Gebiete der Bezirke von Cochabamba und Potosi, um Chayanta, Colquechaca und Cocopata genannt. Schon nach wenigen Tagen las man, daß der Indianeraufstand niedergeschlagen sei. Dieser schnelle Erfolg der Regierung läßt die Kritik an der mutmaßlichen Größe des Aufstandes zu, die natürlich weit hinter allen Angaben zurückgeblieben sein muß. Das stehende Heer Boliviens besteht aus 11 Regimentern! Doch von dieser gesamten Heeresmacht war in der kurzen Zeit zwischen Aufflackern und Zusammenbruch bei dem außerordentlich weiträumigen Land mit zum großen Teile sehr zeitraubenden Verkehrsverbindungen höchstens ein Bruchteil zur Verfügung, der anscheinend zur raschen Bekämpfung der Rebellion genügt hat. In den einzelnen Departementshauptstädten bestehen sog. columnas, die je 40—100 Mann stark sind und im Kriegsfalle



den Stamm für das zu bildende Bataillon bilden. Das dürften die Kräfte gewesen sein, die die Regierung zur Herstellung der Ruhe eingesetzt hat und auch nur einsetzen konnte. Daß es demgegenüber in Wirklichkeit sich nur um höchstens Tausende und nicht um Hunderttausende oder auch nur Zehntausende Aufständischer handeln konnte, bedarf kaum eines weiteren Nachweises.

Auf der anderen Seite darf man die allgemeine Bedeutung des Vorganges keinen Augenblick unterschätzen und ihn nicht einfach damit erklärend abtun, daß Sowjetgelder hier gewirkt hätten. Mehrere Landeskenner und Zeugen früherer Bewegungen haben den Keim zu solchen Rebellionen schon längst erkannt. So hat Colin Ross in seinem „Südamerika, die aufsteigende Welt" (vgl. Literaturbericht) in nackten Worten die Bedingungen, die einer solchen Bewegung zugrunde liegen, im Kern sehr wohl analysiert: „In mancher Hinsicht ist dieses Land (Bolivien) noch so weit zurück, daß ihm gegenüber Argentinien und Chile als hochentwickelte moderne Staaten erscheinen. Das gilt vor allem von seinen sozialen Verhältnissen. Wenigstens in der Landwirtschaft ist das Arbeitsverhältnis noch rein mittelalterlich-feudal. Der Landarbeiter ist Höriger, Kolone, der Hand- und Spanndienste zu leisten hat. Aber vielleicht ist es kaum anders möglich in einem Lande, wo eine winzige weiße Oberschicht (Colin Ross gibt allerdings die ethnische Gliederung hier zu einfach) über zwei Millionen Indianer herrscht, die weder lesen noch schreiben können. Den einen Vorteil hat diese Zurückgebliebenheit: daß es in Bolivien keine soziale Frage gibt, und daß dieses Land bisher in der Hauptsache verschont geblieben ist von Arbeiterschwierigkeiten, Streiks usw., unter denen seine entwickelteren Nachbarländer ständig zu leiden haben. Eines allerdings wird notwendig sein: diese teilweise noch halbwilden indianischen Massen langsam zu erziehen und heranzubilden und gleichzeitig dem bisher ihnen gegenüber beliebten Ausbeutungssystem ein Ende zu machen. Sonst droht Bolivien zwar nicht die soziale Revolution — die in Argentinien und Chile immerhin schon zur Diskussion steht —, sondern etwas viel Schlimmeres: der blutige, erbarmungslose Indianeraufstand!" Das war schon im Jahre 1922 nur zu richtig gesehen. Wenn er nicht so blutig, so erbarmungslos verlaufen ist, so hat es seinen Grund darin: es ist keine allgemeine Erhebung gewesen. Mit einer solchen allgemeinen Erhebung, wie sie von Ross gekennzeichnet wird, wird auch niemals zu rechnen sein, weil die ethnische Struktur eine viel kompliziertere und ganz andere ist, als sie von ihm angenommen wird. Zwar läßt uns eine sichere Statistik vollkommen im Stich; doch immerhin dient es einer gewissen Veranschaulichung, wenn man die reine Indianerbevölkerung auf 50—60% einer Gesamtbevölkerung von knapp 3 Millionen veranschlagt. Daneben gibt es aber nicht nur eine „dünne weiße Oberschicht" von 10—13% (Kreolen und Europäer), sondern vermittelnd steht eine zahlenmäßig schwerer bestimmbare Zwischenschicht der Mischlinge (Mestizen) von 20—32% dazwischen, die zum allergrößten Teil ebenfalls als tragend im staatlichen Gebäude zu werten ist. So wenig damit gewisse recht störende Gegensätze zwischen den Kreolen und den Mischlingen gerade in den andinen Ländern geleugnet werden sollen, so bedeutet das Mischlingselement doch viel im Sinne des ethnischen Ausgleichs innerhalb der einzelnen Staaten, die von Bolivien bis Mexiko eine im Wesen ganz gleiche völkische Struktur aufweisen. Freilich die nur halb zivilisierten Indianer und die hochzivilisierten Kreolen, denen sich ein Teil der Mischlinge angeschlossen hat, bilden überall innerhalb dieser Staaten schwer überwindbare, ganz fundamentale Gegensätze, die viel weniger rassialer als sozialer Natur sind. Aus Bolivien sind solche Gegensätze am meisten bekannt geworden. So haben sich Aufstandsbewegungen in den neunziger

Jahren, vor fünf Jahren und jetzt wieder gezeigt: allerdings scheint jedesmal die breite Masse von außen, von einer Partei, die die Macht an sich reißen wollte — jetzt heißt es, durch Sowjetgelder —, bewegt worden zu sein. Doch gleichgültig! eins bleibt: die zu bewegende Masse ist da, und sie läßt sich stets wieder bewegen.

Es gibt eine Indianerfrage. Eine nähere Nachprüfung kann leicht erweisen, daß das Gerede vom sterbenden Indio ein recht törichtes ist. Flüchtige Erfahrungen aus den Vereinigten Staaten, wo der Kampf mit den Rothäuten allerdings zu einer weitgehenden Ausrottung geführt hat und wo nur noch geringfügige Reste der indianischen Rasse vorhanden sind, geben ihm stets wieder Nahrung. Doch selbst solcher Augenschein trügt. Denn auch in den Vereinigten Staaten nehmen die Indianer nicht ab, sondern zu. Im Jahre 1900 zählte man 270544, 1925 dagegen 349595 Indianer. Ebensowenig trifft für Kanada die Ansicht zu, daß es sich bei den Indianern um eine aussterbende Rasse handele. In Kanadas Indianerreservationen lebten 1923 110814 Indianer, eine spätere Zählung hat eine Zunahme von 5236 aufzuweisen. Unter dem Einfluß der kulturellen Anpassung, besonders der Besserung der hygienischen Verhältnisse, nimmt vor allem die Säuglingssterblichkeit wie auch die Sterblichkeit überhaupt sehr merklich ab. Von der Regierung sind Schulen und neuerdings Krankenhäuser in den Indianerterritorien selbst errichtet worden. Auch die Seßhaftigkeit, verbunden mit der Aufnahme landwirtschaftlicher Arbeit, hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Heute gibt es in den drei Prärienprovinzen nicht weniger als 2500 indianische Farmer. Diesen zivilisierten Indianern stehen die indianischen Naturvölker des kanadischen Nordens gegenüber, die im ganzen abseits von aller europäischen Kultur in einer gewissen Unabhängigkeit leben. Nur Nordkanada darf man innerhalb Germanisch-Amerika noch als Indianerland schlechthin auffassen.

Ganz anders liegen, wie der Ausschnitt Bolivien zeigte, die Verhältnisse in Lateinamerika. Während die Indianer im Norden gleichsam geduldete Staaten im Staate bilden, der ihnen nur die Möglichkeit ihrer Existenz und gesunden Weiterentwicklung gewährleistet, und gegenüber der weißen Bevölkerung auch nur einen mehr oder minder geringfügigen Bruchteil darstellen, bilden sie in den Andenländern von Mexiko (für das Stelzmann — vgl. Literaturbericht — 80% Indianer angibt, eine Zahl, die wohl doch zu hoch gegriffen ist) bis Bolivien und wiederum in Paraguay als halbzivilisierte Masse die Grundschicht der Staaten. Nur in Chile, Argentinien und Uruguay spielt infolge der leichteren Besiedlungsfähigkeit durch die Europäer und der ursprünglichen geringen Volksdichte das weiße und Mischlingselement eine ganz andere Rolle. In Brasilien und Guayana wiederum sind durch die starke Sklavenzufuhr die Mischungsverhältnisse ganz andere. Eine zahlenmäßige Abscheidung der einzelnen Rassen voneinander ist heute kaum möglich; darum weichen alle statistischen Angaben ganz ungeheuerlich voneinander ab. So viel ist aber sicher, daß die Indianer Lateinamerikas viele Millionen, in den meisten der eigentlichen andinen Indianerstaaten bis zur Hälfte oder auch bedeutend über die Hälfte der Gesamtbevölkerung ausmachen. Darum hat Hagemann im wesentlichen recht, wenn er in seinem Buche „Zwischen La Plata und Hudson" (vgl. Literaturbericht) meint: „Weit verbreitet ist in Europa die Ansicht, daß es eine Indianerfrage nicht gibt, weil das Volk das den amerikanischen Kontinent bewohnte, ausgestorben oder so völlig dezimiert ist, daß man es als eine Quantité négligeable betrachten kann. Berichte von Reisenden in Nordamerika, welche die armseligen Reste dieser Rasse in Territorien wie in einem Museumsschrank verwahrt (man vgl. damit jedoch die obigen Mitteilungen! Es

handelt sich doch noch um sehr viel lebensfähigere Gebilde!) gesehen haben, bestärken diese Meinung. Man vergißt, daß die Nordamerikaner in der Ausrottung der braunen Rasse eine sehr gründliche Arbeit geleistet haben (man vergißt jedoch auch, oder besser, man weiß es im allgemeinen nicht, daß die vorkolumbianische Bevölkerung von Nordamerika eine recht spärliche gewesen ist, daß weite Ländergebiete im Vergleich zu Lateinamerika, namentlich den andinen Regionen, sehr dünn bevölkert waren!), während durch das lateinische Kolonialsystem indianische Völkerschaften von namhafter Stärke und Bedeutung erhalten worden sind. Die offizielle Statistik gibt die Zahl der südamerikanischen Indianer auf sechs Millionen an, worunter zwei Millionen wilde und vier Millionen halbzivilisierte Indianer einbegriffen sind. Alle diejenigen aber, die außer den Küstengebieten Südamerikas auch das Landesinnere besucht haben, stimmen darin überein, daß diese Zahl bei weitem zu niedrig gegriffen ist, und daß die Menge der hier lebenden Indianer ein Mehrfaches der angegebenen Summe betragen muß." Am ehesten geht es noch, die Zahl der wilden Indianer abzuschätzen. Sie mag in der Statistik annähernd richtig angegeben sein. Diese noch abseits von der Zivilisation lebenden Indianer lassen sich noch einigermaßen scharf ausscheiden, weil sie sich selbst ausscheiden, keinen Anteil nehmen an dem Leben der lateinamerikanischen Kulturstaaten, die ihrerseits bemüht sind, die unabhängigen Stämme allmählich den Staatenorganismen einzugliedern. Das gilt von der Mehrzahl der Stämme in Amazonien, den amazonischen Andenrandgebieten, in Guayana und im inneren Chaco; dazu kommen in geringer Zahl Westpatagonier und Mittelamerikaner. Das Dasein dieser „wilden Indianer" bildet nur eine mehr oder minder bedeutsame Frage der inneren Politik der einzelnen Staaten. Schwer erfaßbar ist dagegen die Zahl, noch schwerer die Bedeutung der „zivilisierten Indianer". Denn das sichtbare Ideal für den zivilisierten Indianer ebenso wie für den Mischling ist der Weiße. Darum läuft anthropologisch wie kulturlich eine vielsprossige Stufenleiter vom Indianer zum Weißen hinauf. Auf ihr gibt es aber starke Unterbrechungen sozialer Natur, Stufen scheinen vor dem Aufwärtsschreitenden auf einmal ausgebrochen zu sein, die schwer zu überklimmen sind. Solche Lücken scheiden die Schichten heute mehr sozial als rassenmäßig, indem die Grenze zwischen der herrschenden und den Staat tragenden Schicht und der beherrschten, z. T. hörigen Schicht, die es trotz aller Freiheit auf dem Papier gibt, zwischen den Weißen und Mischlingen auf der einen Seite und den mehr oder weniger reinen Indianern auf der anderen Seite verläuft.

Das ist im Grunde die alte soziale Schichtung, wie sie aus der Kolonialzeit überkommen und durchaus durch die neuen Staatenbildungen nicht überwunden worden ist. Hier ziehen Nähte innerhalb der Masse der Bevölkerung, die leicht bei starker Beanspruchung und Belastungsproben aufreißen können. Bisher hat Lateinamerika noch keine solch übergroßen Belastungsproben durchgemacht. Doch je mehr es sich dem gesamten Weltorganismus einfügt, desto mehr werden solche einsetzen, wird es an der Lösung der Weltprobleme teilnehmen müssen. Zwei große Bewegungen, die z. T. sogar einander durchdringen können, vermögen ihre Hebel an dieser skizzierten Struktur anzusetzen. Einmal ist es der lateinamerikanische Nationalismus, ein Ausfluß des europäischen Nationalismus, ebenso sehr des wirtschaftlichen Aufstrebens der einzelnen Staaten. Dieser Nationalismus hat in Ländern mit so sehr starker und komplizierter Mischung, daß die inneren Nähte dadurch verdeckt worden sind, wie z. B. Brasilien, die Bevölkerungsmasse als ganze ergriffen. Dort dagegen, wo vor allen Dingen das indianische und Mischlingselement auf indianischer Grundlage



allein scharf ausgeprägt sind, entsteht gleichsam auf dem Boden des Nationalismus eine Indianerfrage. Das ist dort, wo Hagemanns Satz gilt: „Südamerika (muß heißen: Lateinamerika) ist im Gegensatz zu Nordamerika in einem Maße indianisch, das jeden Fremden in Erstaunen setzt. Es gibt Bergstaaten in denen der Weiße so selten ist wie beispielsweise in Indien oder in den Kongokolonien." Auch seine Folgerungen sind zutreffend: „In Ländern wie Mexiko und Chile herrscht heute der Mischling bereits unumschränkt." Man denke an die jüngere Entwicklung in Mexiko, an die Rolle, die in Mexikos Geschichte während des 19. Jahrhunderts reine Indianer gespielt haben. Dauernd kommt aus Mexiko die Kunde von Bewegungen, die sich gegen Bürger der Vereinigten Staaten richten. Sie werden durch die nationalistischen Fremdengesetze genährt. Es ist sicher so: „Die Emanzipation der braunen Rasse ist heute eines der aktuellsten Probleme Lateinamerikas. Der Weiße ist daran interessiert, daß diese in einem Sinne vor sich geht, welcher ihn nicht der letzten Ansprüche in den indianischen Ländern verlustig gehen läßt, wie es in Mexiko bereits geschehen ist" (Hagemann). Daß in der Hauptsache die Träger der nationalen politischen Bewegungen Mischlinge sind und nur in geringerem Grade Indianer, beruht auf der durchschnittlich stärkeren Zivilisierung der ersteren, die dann zudem leicht die Führung über das rein indianische Element an sich zu reißen vermögen. Zunächst bleibt freilich die soziale Grenze noch: der Mischling „ist in der Behandlung des indianischen Elements rücksichtsloser als der Weiße, denn sein Emporkömmlingsinstinkt sucht eine scharfe Grenze zwischen sich und dem armen Wilden zu ziehen. Er ist aber auch geschickter, denn er weiß die Imponderabilien der ihn nahestehenden Rasse für seine Zwecke auszunutzen" (Hagemann). So bleibt anscheinend noch weiterhin jene Grenze zwischen Indianer und Mischling bestehen; und doch neigt sich schon sehr stark die Entwicklung dem allerdings durch Mischung gehobenen farbigen Element im ganzen in Lateinamerika zu.

Allerdings muß dabei eine Klippe umschifft werden. Die Scheidung zwischen dem am Staatenleben starken Anteil nehmenden, die Staatenführung nachhaltig beeinflussenden Mischling und dem halbhörigen Indianer wird nicht auf die Dauer bestehen bleiben. Sozialismus, Bolschewismus, Kommunismus sind heute in Lateinamerika nicht mehr unbekannt. Man kennt die inneren Beziehungen zwischen der Callesregierung und diesem ganzen Ideen- und Machtkreis. Man lese bei Stelzmann (vgl. Literaturbericht S. 75) nach: „Das Übel der Latifundien, der ungleichmäßigen, ungerechten Verteilung des Grund und Bodens soll an der Wurzel gepackt werden. Die Syndikalisierung der Arbeiter Mexikos schreitet weiter. Der Generalsekretär der regionalen Arbeitervereinigung Mexikos, Dr. Treviñom, äußert sich über das Programm folgendermaßen: Wir sind ernst zu nehmen. Unsere Feinde sind die Kapitalisten, die da sagen, es fehle unserer Organisation der Ernst, die Fähigkeit und Zucht, unsere Pläne zu verwirklichen, um die Lage der arbeitenden Klasse zu verbessern. Was der vorletzte Präsident Obregon als Regierungsprogramm aufgestellt hat, deckt sich mit dem unsrigen, fällt zusammen mit dem Revolutionsprogramm, aus dem auch Calles hervorgegangen ist. Industrie und Landwirtschaft haben einen anderen Boden zu schaffen, auf dem ihre Arbeiter wirken sollen. Die Artikel 27 und 123 unserer Verfassung sind die Magna Charta unserer Reform. Allem Eigentum sind Merkmale aufzuprägen, die das Recht aller Mexikaner enthalten, Land zu haben." Die sozialistischen Bestrebungen sind nicht auf Mexiko beschränkt geblieben, sie haben sogar in manchen Teilen Lateinamerikas einen ähnlich Mexiko überaus günstigen Boden vorgefunden. Die Besitzverteilung in Argentinien,

Chile und auch in Brasilien bietet genügsam Angriffsflächen für solche Ideen. Wohl böte sich noch überall Land für den Einwanderer, das ohne weiteres an ihn zu vergeben wäre, aber es ist nicht ohne weiteres wirtschaftlich nutzbar, vor allem zu verkehrsungünstig gelegen. Die der Kulturbasis nahen Zonen sind in festen Händen, meist sind sie als Latifundien im Besitz der herrschenden Kasten. Hier hätten sozialistische Ideen allen Grund anzusetzen; umso unerwünschter ist ihr Import, besonders in den ABC-Staaten, die darum ihre Einwanderungskontrolle und die Überwachung der Arbeiterorganisationen verschärft haben. Ebenso hat das Hörigenverhältnis weiter Schichten in den Andenländern den Boden zu solcher Entwicklung vorbereitet. Wie weit unmittelbare bolschewistische Propaganda am Werk ist, ist sehr schwer zu beurteilen. Die Urteile darüber, selbst über die Möglichkeit der Einwirkung, gehen sehr weit auseinander. Dieses Fragezeichen gilt darum auch allen Bemühungen, die den Indianeraufstand in Bolivien erklären wollen. Allerdings soll die bolivianische Regierung im Senat den Beweis erbracht haben, daß die Sowjets dem Führer der bolivianischen Kommunisten eine Million Franken gezahlt haben. Ist die Nachricht zutreffend, so bestätigt sie die Meinung mancher, daß zur Zeit sozialistische Ideen in Südamerika noch keine nachhaltige Wirkung auszuüben vermögen.

Stets aufs Neue muß man allerdings den Satz wiederholen, daß sich Amerika nicht mehr als eine isolierte Staatengesellschaft betrachten darf. Das hat der Staat Massachusetts bzw. die Union überhaupt bei dem Sacco und Vanzetti-Prozeß erfahren, dessen Urteilsfällung und -vollstreckung wildeste Protestkundgebungen in den Staaten und im Auslande ausgelöst haben. Daß es offen ausgesprochen worden ist, man müsse an dem Urteil festhalten, um gegenüber den Drohungen nicht schwach und feig zu erscheinen, ist eine sehr starke Entgleisung gewesen, die mit Recht und Gerechtigkeit nicht das geringste zu tun hat. Das extremste Nationalgefühl muß sich mit Recht und Gerechtigkeit vertragen können.

Im positiven Sinne hat erst jüngst wieder die starke Verknüpfung Amerikas mit der übrigen Welt symptomatisch in der Wahl Kubas und Kanadas in den Völkerbundsrat Bestätigung gefunden. Dazu wurde Dr. Albert Guani-Uruguay zum Präsidenten der Bundesversammlung gewählt. Argentinien erweist sich gegenüber dem Völkerbund immer noch merkwürdig zurückhaltend. Die Kammer hat wiederum erst neulich beschlossen, den Antrag der Regierung auf Ratifizierung der Zugehörigkeit Argentiniens zum Völkerbund fürs erste nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Als Gründe werden folgende angegeben: das Ligastatut enthalte Bestimmungen, deren Annahme laut der Verfassung mit den Vorrechten des Kongresses nicht vereinbar sei. Sachlich wird dem Völkerbund vorgeworfen, daß er niemals Neigung gehabt habe, sich mit südamerikanischen Fragen zu beschäftigen. Immerhin hat sich aber die argentinische Regierung bereit erklärt, einen Sitz im Verkehrsausschuß des Völkerbundes anzunehmen. Nach wie vor scharf ist die Ablehnung des Völkerbundes durch die Vereinigten Staaten. Die theoretische Möglichkeit eines Anrufs des Völkerbunds durch die Republik Panama hat das vereinsstaatliche Staatsdepartement zu der Äußerung veranlaßt, daß die Vereinigten Staaten die Intervention des Völkerbundes bei einem Streit über den Kanal mit Panama nicht zulassen werden, weil der Völkerbund eine rein europäische Institution sei. Ganz allgemein wird betont, daß Verträge zwischen der Union und Völkerbundsmitgliedern durch die Völkerbundssatzung nicht berührt werden könnten. Anlaß zu dieser Äußerung hat der 1926 geschlossene Vertrag der Union mit Panama gegeben, der vor seiner Ratifizierung steht. In diesem Vertrage überläßt Panama den Ver-



einigten Staaten kleinere Gebiete zur Abrundung der Kanalzone und zur Errichtung einer Funkstation. Vor allem tritt im Falle eines Krieges der Vereinigten Staaten mit einer dritten Macht automatisch der Kriegszustand in Panama ein. Im Kongreß von Panama wurde darauf hingewiesen, daß diese Bestimmungen gegen das Völkerbundsstatut verstoßen.

Der „Erfolg" der Genfer Abrüstungskonferenz ist in einem scharfen Aufrüsten zu erblicken. Es verlautet: Japan habe seinen Werften acht Neubauten zugehen lassen, darunter drei Zehntausend-Tonnen-Kreuzer. Aus England wird von 17 Neubauten berichtet, aus Italien von 12 Neubauten; Frankreich habe den Auftrag für 4 Kreuzer und 11 andere Kriegsschiffe gegeben. Die Vereinigten Staaten endlich haben insgesamt 18 Neubauten in Aussicht genommen, darunter acht Zehntausend-Tonnen-Kreuzer; außerdem wird für 21 weitere Neubauten die erste Baurate verlangt. Ein merkwürdiger „Erfolg" einer „Abrüstungs"konferenz, der aber im Falle ihres Scheiterns vorauszusehen war und in dieser Entwicklung noch einmal zu deutlich den machtpolitischen Charakter der Verhandlungen betont!

GERHARD HERRMANN:

WELTWIRTSCHAFTLICHER BERICHT

Internationale Arbeitskonferenz. — Newyorker Notenbanktagung. — Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes. — Deutsch-japanischer Handelsvertrag. — Deutsch-französisches Handelsabkommen.

Nicht zuletzt durch die Genfer Weltwirtschaftskonferenz ist es eine Binsenwahrheit geworden, von einem Strukturwandel in der Weltwirtschaft zu sprechen. Das Zeitalter des Hochkapitalismus, das in dem Jahrfünft vor dem Weltkrieg eine letzte Aufgipfelung erfuhr und durch den Kriegsausbruch einen jähen Abschluß fand, liegt endgültig hinter uns. Das weltwirtschaftliche Gleichgewicht, das sich vor dem Kriege herausgebildet hatte und im wesentlichen auf einem Kampfe aller gegen alle auf allen Märkten beruhte — diese Kampfhaltung erfaßte Individuen und Staaten in gleichem Maße —, ist zerstört. Der durch den Weltkrieg teils verursachte, teils nur beschleunigte Strukturwandel fand seinen Ausdrnck einmal in der wachsenden Industrialisierung der überseeischen Staaten, die ihre mehr passive Rolle als Rohstofflieferanten Europas und Abnehmer seiner Industrieerzeugnisse nicht weiterspielen wollten, zum andern in dem Übergang der Weltwirtschaftshegemonie von Europa an die U. S. A. Diese Wandlung wird durch die Tatsache, daß die U. S. A. vor dem Kriege mit ca. 16 Milliarden Mark an Europa verschuldet waren, während heute umgekehrt Europa ca. 60 Milliarden Mark Schulden an die U. S. A. hat, schlagend illustriert. Europa als Einheit, nicht die einzelnen nationalen Wirtschaftskörper in ihrer Besonderheit, ist in die Defensive gedrängt, ist gezwungen, seinen weit übersetzten industriellen Apparat der neuen weltwirtschaftlichen Situation anzupassen. Durch das Auftreten neuer raumwirtschaftlicher Einheiten als Akteure, nicht mehr Objekte weltwirtschaftlichen Geschehens, ist Europa seine Einheit als Wirtschaftsraum zu Bewußtsein gekommen. Alle Bemühungen, die europäische Wirtschaft nach dem Abbau der Kriegspsychosen und dem Aufbau der Währungen wieder neu zu ordnen, gewinnen erst unter diesem Gesichtspunkt ihren vollen Sinn.

Es ist kein Zufall, wenn seit dem Jahre 1926 sich die Bemühungen um eine intereuropäische Verständigung auf den verschiedensten Wirtschaftsgebieten geradezu häufen. Hierbei ist es zunächst eine Frage zweiten Ranges, ob die Träger solcher Abmachungen oder Konferenzen private Körperschaften sind, wie beim mitteleuropäischen Stahlpakt und der Kunstseidekonvention, oder Regierungen bzw. offiziöse Organisationen wie bei der Weltwirtschaftskonferenz oder der Tagung der Internationalen Handelskammer. Der Einwand, daß die meisten solcher Verständigungsbemühungen recht formale oder rein technische Ergebnisse gezeitigt haben, ist wenig stichhaltig, denn genau so wie man in immer größeren raumwirtschaftlichen Einheiten denkt, muß man sich auch daran gewöhnen, in Jahrzehnten und nicht in Jahren zu denken. Gesinnungswandlungen können nur langsam vor sich gehen, und das Wichtigste an den meisten internationalen Wirtschaftstagungen der Gegenwart ist, daß sie überhaupt stattfinden, daß die jeweils aufgeworfenen Probleme eine breite internationale Resonanz finden.



So werden im Mittelpunkt des vorliegenden Berichtes wieder einige Tagungen zu stehen haben.

Im unmittelbaren Anschluß an die Weltwirtschaftskonferenz fand vom 25. Mai bis zum 16. Juni die Internationale Arbeitskonferenz in Genf statt. Das Zentrum der internationalen Arbeitsorganisation ist das Internationale Arbeitsamt in Genf, das auf Grund des Abschnitts XIII des Versailler Diktats ins Leben gerufen wurde, aus 24 Mitgliedern besteht und in Permanenz versammelt ist. Es erhält seine Arbeitsgrundlagen durch die alljährlich zusammentretende Internationale Arbeitskonferenz, der im wesentlichen alle Völkerbundmitglieder angehören. Rußland, U. S. A., die Türkei nehmen an der Konferenz nicht teil. Die Mitgliedstaaten werden repräsentiert durch zwei Regierungsvertreter und je einen Vertreter der betr. Arbeitnehmer- und -geberverbände. Für die Arbeitsweise der Konferenz sind zwei Punkte zu beachten: Die bei wichtigeren Gegenständen mit einer qualifizierten Mehrheit zustande gekommenen Beschlüsse können sein „Entwürfe zu internationalen Übereinkommen" oder „Vorschläge". Entwürfe und Vorschläge werden den zuständigen gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten vorgelegt, wobei die „Entwürfe" einer ausdrücklichen Ratifikation bedürfen und obligatorisch sind. Sanktionen drohen im Falle der Nichtdurchführung. Die Vorschläge sind loserer Natur und geben nur Richtlinien für die Mitgliedstaaten. Mit der diesjährigen Tagung hat man ferner eine wichtige Neuerung eingeführt: die „doppelte Beratung". Es hat sich nämlich in der bisherigen Praxis als sehr schwierig erwiesen, sich in einer kurzen Session von wenigen Wochen auf Beschlüsse zu einigen, die allgemein genug waren, um den teilweise ganz divergenten sozialen Verhältnissen der einzelnen Staaten gerecht zu werden, ohne doch inhaltsleer zu werden. Von der diesjährigen Tagung ab wird jeder Gegenstand auf zwei Sessionen beraten. Der Zweck der ersten Beratung ist lediglich die Abfassung eines Fragebogens, der an die Mitgliedstaaten versandt wird. Die darauf eingelaufenen Antworten bilden dann in der nächsten Tagung die Unterlage zur endgültigen Beschlußfassung.

Drei große Fragenkomplexe beschäftigten in diesem Jahr die Konferenz: die Krankenversicherung, die internationale Regelung der Koalitionsfreiheit und die Festsetzung von Mindestlöhnen.

Die Beratung über den ersten Punkt hatte endgültige Beschlußfassung zum Gegenstand und beanspruchte darum das größte Interesse. Bei den beiden anderen Punkten handelte es sich um die Ausarbeitung von Fragebogen. Bei der Diskussion über die Krankenversicherung machte man sich die Erfahrungen Deutschlands zunutze, was äußerlich in der Wahl von Ministerialdirektor Grieser zum Kommissionsvorsitzenden zum Ausdruck kam. Freilich konnte eine internationale Regelung der Krankenversicherung von vornherein nicht so differenziert gestaltet werden wie in den hierin führenden Ländern. Man beschränkte sich auf die Garantie von Mindestforderungen: Versicherungspflicht für möglichst breite Schichten, Beitragspflicht von Arbeitnehmern und -gebern, Selbstverwaltung des Krankenversicherungswesens usw. Spezialfragen wurden in die Form von „Vorschlägen" gekleidet.

Nach Überwindung gewisser Schwierigkeiten auf Arbeitgeberseite einigte man sich mit großer Mehrheit auf zwei Übereinkommensentwürfe, die, inhaltlich im wesentlichen gleich, den Eigentümlichkeiten überwiegend industrieller bzw. agrarischer Staaten gerecht zu werden suchten. Neben den obenerwähnten Mindestforderungen, Staatsaufsicht, Ausschluß von Gewinnzwecken usw., ist die Bestimmung wichtig, daß bei Erkrankungen Krankengeld während der ersten 26 Wochen zu zahlen ist.

Über den zweiten Punkt: einen Fragebogen über die internationale Regelung der Koalitionsfreiheit aufzustellen, konnte man sich infolge des heftigen Widerstandes der Arbeitnehmervertreter nicht einigen. Zum Bruch kam es hier bei der Klausel „der Freiheit, sich nicht zu organisieren", die die Arbeitervertreter beseitigt wissen wollten. Es ist bedauerlich, daß das Projekt schon bei der Vorbereitung zu Fall kam. Notwendig war dies in keiner Weise, denn die Gegner der Vorlage hatten bei der nächsten Tagung, wenn die Antworten der Regierungen auf den betr. Fragebogen vorgelegen und eine breitere Erfahrungsgrundlage gegeben hätten, noch genug Gelegenheit gehabt, ihre Einwände geltend zu machen. Das Scheitern der Beratungen gerade in diesem wichtigen Punkte bedeutet zweifellos eine ernste Schwächung der von dem I.A.A. vertretenen Ideen. Die grundlegenden Gegensätze zwischen den betr. Wirtschaftsgruppen scheinen noch viel zu stark zu sein, um es zu einer prinzipiellen Einigung kommen zu lassen. Die Entwicklung in Italien und das neue Gewerkschaftsgesetz in England geben wenig Hoffnung, daß hierin bald Änderungen eintreten werden.

Bei dem dritten Punkt, der Festsetzung von Mindestlöhnen, konnte es sich naturgemäß nicht darum handeln, internationale Abmachungen über die absolute Lohnhöhe zu treffen. Vielmehr sollen die einzelnen Staaten zu bestimmten Lohnfestsetzungsverfahren veranlaßt werden, „für Heimarbeiten und andere Erwerbszweige oder Teile von Erwerbszweigen, in denen keine Vorkehrungen zur wirksamen Regelung der Löhne durch Tarifvertrag oder auf andere Weise bestehen und die Löhne ausnehmend niedrig sind". Die Absendung eines betr. Fragebogens wurde beschlossen. Eine große praktische Bedeutung würde ein Abkommen über Mindestlöhne dann erlangen, wenn es gelingt, künstlich, durch Hungerlöhne, am Leben erhaltene Industriezweige abzubauen. Überhaupt gehört es ja zu den wichtigsten Aufgaben des I.A.A., das soziale Dumping zu beseitigen, da es die Wohlfahrt aller schädigt. —

Über die Konferenz der Internationalen Handelskammer in Stockholm, die Ende Juni/Anfang Juli tagte und auf Verwirklichung der Genfer Beschlüsse hinarbeitete, unterrichtet ein besonderer Aufsatz.

Eine der meist kommentierten Tagungen der letzten Monate war die Newyorker Notenbankkonferenz in der ersten Julihälfte, die Norman, Schacht und Rist als Gäste Strongs, des Präsidenten der Federal Reserve Bank, sah. Da die Beteiligten von ungewöhnlicher Verschwiegenheit waren, ist man über den Inhalt der Beratungen immer noch nicht erschöpfend unterrichtet. Die geringe Zahl der Teilnehmer, ihre hohe fachmännische und politische Qualifikation bieten mehr als bei jeder andern Tagung eine Garantie für die praktische Durchführung der gefaßten Beschlüsse. Im Mittelpunkt der Beratungen standen die Fragen der Goldverschiffung und der Diskontpolitik. Man hofft in Zukunft solche Störungen, wie sie z. B. kürzlich auf dem Londoner Goldmarkt durch die Käufe der Bank von Frankreich eintraten, durch rechtzeitige Verständigung zu vermeiden. Eine wichtige Aufgabe der Notenbanken wird es ferner sein, den übermäßigen Goldabfluß nach den U. S. A., der für alle Beteiligten nur eine Belastung bedeutet, abzubremsen, eine Aufgabe, deren Verwirklichung seit langem von Sir Josiah Stamp gefordert wird. Die Festsetzung eines gemeinsamen Schlüssels für die Diskontpolitik der einzelnen Länder würde für die Zukunft Kursschwankungen herabmindern, wenn auch natürlich stets die Interessen des einzelnen Landes im Kollisionsfalle den Vorrang haben werden. Eine internationale Fühlungnahme über die Diskontpolitik hat aber nur dann Sinn, wenn die betr. Währungen stabil sind; so ist es trotz der offiziellen Dementis, die lediglich vor Störungen durch die Spekulation bewahren sollen, als sicher anzunehmen, daß die Stabilisierung des



Franken besprochen worden ist, um so mehr, als die Anwesenheit Rists, des Vizegouverneurs der Bank von Frankreich, sehr betont worden ist und in Schacht der erste Expert auf diesem Gebiet zur Verfügung stand. —

Die Weltwirtschaftskonferenz hat Mitte Juli noch ein Nachspiel gehabt in der außerordentlichen Tagung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes, die die Verwirklichung der handelspolitischen Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz zur Aufgabe hatte. Anschließend an ein Referat des Staatssekretärs Trendelenburg einigte man sich auf die Bildung von drei Untersuchungsausschüssen über 1. die Beseitigung oder Verminderung der Zollschranken auf dem Wege autonomer Maßnahmen (in erster Linie sollen unter den Kriegsnachwirkungen getroffene Maßnahmen abgebaut werden); 2. über die z. Zt. in Kraft befindlichen Zollsysteme, insbesondere die Meistbegünstigungsklausel. Hierdurch sollen die Voraussetzungen für den Abschluß langfristiger einseitiger Handelsverträge geschaffen werden; 3. über die Vereinheitlichung der Zollnomenklaturen. Diese letzte Kommisson trägt rein technischen Charakter und ist aus fünf Sachverständigen der Zollverwaltungen Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei gebildet. Die Tätigkeit dieser Ausschüsse soll gleichzeitig die Arbeit der zu erweiternden Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes, die im Herbst zusammentreten soll, vorbereiten und erleichtern.

Am 19. Juli ist es endlich zwischen dem Botschafter Solf und dem Premierminister Tanaka zum Abschluß eines deutsch-japanischen langfristigen Meistbegünstigungs-Handelsvertrages gekommen. Gleichzeitig tritt auch das Abkommen zwischen der I. G. Farbenindustrie und der japanischen Regierung vom August 1926 in Kraft. Die Frage des deutschen Farbenexports nach Japan gestaltete die Vertragsverhandlungen überaus langwierig. Während nämlich die deutsche Farbenindustrie vor dem Kriege auf dem ostasiatischen Markt fast ein Monopol besaß, hatte Japan in den Kriegsjahren eine eigene Farbenindustrie hochgezüchtet, die es nach dem Kriege sich erhalten wollte. Hohe Schutzzölle beeinträchtigten den deutschen Farbenexport sehr. Ja, im Jahre 1924 kam es sogar zur Einführung eines Lizenzsystems für die Einfuhr von Farben, das sich praktisch nur gegen Deutschland richtete. Trotzdem gelang es nicht, die japanische Farbenindustrie beträchtlich zu fördern. Da die Qualität der japanischen Erzeugnisse sehr zu wünschen übrig ließ, wurde schließlich von der japanischen Verbraucherschaft die Forderung nach vermehrter Einfuhr der guten deutschen Farben gestellt, die in der Textilindustrie zur Wiederausfuhr Verwendung fanden, wofür Qualitätsprodukte benötigt wurden.

Das Farbenabkommen bestimmt im wesentlichen, daß in denjenigen Farbenprodukten, die Japan in gleicher Qualität wie Deutschland herstellt, keine deutsche Einfuhr stattfinden soll. Ein Schiedsgericht, das für Deutschland günstig zusammengesetzt ist, soll in Streitfällen entscheiden. Eine absolute Sicherung gegen Einfuhrverbote ist zwar nicht erreicht worden, doch ist Deutschland indirekt durch die japanischen Verträge mit Siam und Mexiko gesichert. Deutschland hat als Gegenleistung den Zollsatz auf Seide gesenkt. Japan hat weiter Erleichterungen für die Einfuhr deutscher Kammgarne zugesagt. Der verhältnismäßig plötzliche Abschluß des Handelsvertrages mag nicht zuletzt durch den japanischen Finanzkrach in diesem Frühjahr gefördert worden sein, wodurch den maßgebenden Kreisen recht hart vor Augen geführt wurde, wie schädlich es für ein Land ist, künstlich Industrien hochzupäppeln, für die keine natürlichen und sozialen Voraussetzungen gegeben sind.

Der deutsch-japanische Handelsvertrag ist, rein wirtschaftlich betrachtet, nur für einige wenige Spezialindustrien von erheblicher Bedeutung infolge des relativ geringen

Güteraustausches, betrug doch der Verkehr mit Japan (1913 bzw. 1924 nur 0,5% bzw. 0,2% der Einfuhr und 1,2% (2,2%) der Ausfuhr. Seine eigentliche Bedeutung gewinnt der Vertrag erst dadurch, daß er Ausdruck der sich neuanbahnenden kulturellen Annäherung dieser beiden in mancher Hinsicht so ähnlichen Staaten ist und, auf lange Sicht gesehen, noch Entwicklungsmöglichkeiten bietet Freilich werden diese Möglichkeiten immer wieder durch die von außerwirtschaftlichen Faktoren bewirkte Schwächung der japanischen Kaufkraft begrenzt.

Unter ganz anderen Gesichtspunkten ist das einen Monat später abgeschlossene deutsch-französische Handelsabkommen zu betrachten, dessen Zustandekommen lediglich von unmittelbaren, rein wirtschaftlichen Notwendigkeiten erzwungen wurde. Es ist ein unhaltbarer, beide Partner schädigender Zustand, wenn zwei benachbarte Volkswirtschaften von der Bedeutung der deutschen und französischen ihre wirtschaftlichen Beziehungen ohne vertragliche Grundlagen regeln müssen.

Die einseitige Meistbegünstigung auf Grund des Art. 264 des Versailler Diktats, die deutsche und später die französische Inflation, endlich die Deflationskrise beider Staaten hatten den deutsch-französischen Güteraustausch auf einen Bruchteil der Vorkriegszeit zusammenschrumpfen lassen. So betrug z. B. 1913 die deutsche Ausfuhr nach Frankreich 792 Mill. Mk. die Einfuhr 590 Mill., während die entsprechenden Zahlen 1926 237 und 294 Mill. RM. betrugen. Die Diskrepanz wird noch stärker, wenn man die allgemeine Geldentwertung berücksichtigt. Im Jahre 1924 stand sogar, unter dem Einfluß der einseitigen Meistbegünstigung, einer deutschen Einfuhr von 220 Mill. RM. eine Ausfuhr von nur 102 Mill. gegenüber. Das Jahr 1926 brachte dann die Wendung zum Besseren: Im Frühjahr kam es zum ersten Abschluß eines Handelsprovisoriums, wodurch für einen Teil der Waren Kontingente unter Meistbegünstigungssätzen festgesetzt wurden, während die Mehrzahl nach wie vor nach dem Generaltarif behandelt wurde. Dieses Provisorium wurde dann alle zwei bis drei Monate verlängert, da sich der Abschluß eines endgültigen Vertrages immer wieder verzögerte. Weitgehende Dispositionen waren für den Handel dadurch unmöglich. Nicht zuletzt unter dem Druck dieser handelspolitischen Misere schritt die Privatwirtschaft immer mehr zur Selbsthilfe: Es kam zum Abschluß des deutsch-französischen Kaliabkommens, der Rohstahlgemeinschaft und zur Einkaufskonzentrierung der deutschen und französischen Warenhäuser.

Gegenüber diesem Wirrwarr bedeutet das jetzige Abkommen, das ab 1. April 1929 gekündigt werden kann, einen großen Fortschritt, wenn es auch noch weit davon entfernt ist, den freihändlerischen Ideen von Genf zu entsprechen. Tatsächlich, wenn auch nicht juristisch, ist der Vertrag ein Meistbegünstigungsvertrag. Ab 15. Dezember 1928 gilt die unbeschränkte Meistbegünstigung. Bis zu diesem Termin ist eine ziemlich komplizierte Zwischenregelung auf Grund eines Listensystems getroffen, das eine Kombination von Meistbegünstigungs- und Reziprozitätssystem darstellt. Der Reziprozitätsgedanke besagt, daß Zollvergünstigungen nicht allen fremden Staaten zugute kommen sollen, sondern nur den Staaten, die bestimmte Gegenleistungen bieten. Der deutsche Export verteilt sich auf drei Listen: Liste B enthält einen neuen französischen Mindesttarif, der allen Staaten gegenüber gilt. Hierunter fällt zirka 75% des deutschen Exports. Die Listen A und C gelten nur für den Verkehr mit Deutschland. Die hier enthaltenen Warengattungen unterliegen dem bisherigen Tarif bzw. einem Sondertarif, der zwischen dem General- und dem Minimaltarif liegt.

Die Befürchtungen, die man anläßlich des französischen Tarifentwurfs über die Zollhöhe hegte, haben sich nicht erfüllt. So haben z. B. die französischen Maschinen-



zölle im allgemeinen nur Vorkriegshöhe. Die Chemikalienzölle betragen allerdings das Dreifache, was aber bei der geringen Zollempfindlichkeit dieser Produkte weniger ins Gewicht fällt. Deutschland ist entgegengekommen durch Senkung seiner Garn- und Kunstseidenzölle, sowie des Wein- und Gemüsezolls.

Der vorliegende Vertrag ist gewiß keine Ideallösung; man merkt ihm deutlich an, wie er Zug um Zug mühsam erhandelt worden ist. Immerhin aber macht er dem französischen Überproktektionismus ein Ende und bedeutet gegenüber der bisherigen Lage eine wesentliche Konsolidierung. Gleichzeitig bietet er eine Grundlage, um nach der Neugestaltung des französischen Zollsystems und der weiteren Befestigung beider Volkswirtschaften 1929 zum Abschluß eines langfristigen und endgültigen Handelsvertrages zu gelangen.

EGON HEYMANN:

STOCKHOLM — EIN MEILENSTEIN?

Betrachtungen zur Tagung der Internationalen Handelskammer

Das Konferenzwesen der Nachkriegszeit wird der spätere Historiker zu den wesentlichen Kennzeichen dieser Jahre zählen. Nicht als ob es vor 1914 nicht auch Konferenzen aller Art gegeben hätte; aber während sie zu jener Zeit Einzelerscheinungen waren, denen jeweils ein besonderer Anlaß zugrunde lag, ist in den Institutionen des Völkerbundes, des Internationalen Arbeitsamtes, der Internationalen Handelskammer ein Forum gegeben, dessen Verhandlungen die ganze Welt beschäftigen, da sie bis zu einem gewissen Grade als eine Überprüfung und Beeinflussung weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Vorgänge angesehen werden können. In diesen Konferenzen, Tagungen und persönlichen Begegnungen hat sich im Zeitalter des Flugwesens und der drahtlosen Telephonie gleichsam eine neue Form diplomatischen Verkehrs herausgebildet.

Die Erkenntnis und Anerkenntnis der Bedeutung internationaler Konferenzen steht nicht in Widerspruch mit der berechtigten Skepsis, die gerade Deutschland dieser Neuerung entgegenbringt. Mag auch durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund theoretisch seine Anerkennung als gleichberechtigte Großmacht vollzogen sein, tatsächlich aber statuiert der Versailler Vertrag, der am Eingang dieses Zeitabschnittes steht, eine Ungleichheit, die durch alle Diskussionen nicht aus der Welt geschafft wird. Fremdes Militär auf deutschem Boden, waffenstarrende Nachbarn ringsum und die auch dem letzten Steuerzahler fühlbaren Tributleistungen bringen diejenigen schnell auf den Boden der Tatsachen zurück, die in Resolutionen bereits eine neue Wirklichkeit lebendig zu sehen glauben.

Wir haben allen Grund, vorsichtig, ja mißtrauisch zu sein. Die Komödie der Abrüstungen mit ihrem schrittweisen Zurückweichen von der Parole des „désarmement", wie es noch im Versailler Vertrag steht, über die Interpretation zur „déduction", d. h. der Verminderung der Rüstungen, zur glatten Anerkennung des Status quo, sollte uns klar machen, daß die letzten Entscheidungen politischer Art sind, und daß die Wirksamkeit einer Idee im Leben der Völker eine direkte Funktion der hinter ihr stehenden Macht ist.

Man wird sich diesen Satz auch bei einer Betrachtung der Wirtschaftskonferenzen der letzten Zeit gegenwärtig zu halten haben. Zuzugeben ist, daß sich seit der

Pariser Konferenz des Wirtschaftskrieges im Jahre 1917 auf dem Wege zur Weltwirtschaftskonferenz ein Umschwung der Methoden gezeigt hat. Die alten Weisheiten der englischen Klassiker, daß, wer verkaufen will, auch kaufen muß, sind langsam wieder ins Bewußtsein der Welt eingegangen. Aber erst, als im Ruhrabenteuer die Bajonette unwiderleglich ihre Unfähigkeit erwiesen, als „Sitzgelegenheit" zu dienen oder, um dieses Wort Talleyrands etwas zu variieren, sich als Kohlenschaufeln verwenden zu lassen, erst der geschlossene deutsche Widerstand belehrte die militärischen Wirtschaftspolitiker über die Unsinnigkeit ihrer Methoden. Mit der Einsetzung des Sachverständigenkomitees wurde das Reparationsproblem aus der Sphäre der Politik in die wirtschaftlicher Erwägungen verlegt; man entzog den „avocats chicaneures" das Wort und gab es den „Gläubigern".

Der nächste Schritt war die Genfer Weltwirtschaftskonferenz dieses Jahres. Über dem lauten Ruhm der Herren Loucheur und Jouhaux hat man vergessen, daß Deutschland das Ursprungsland der Idee einer Weltwirtschaftskonferenz gewesen war. Ohne zu unterschätzen, daß in Genf eine „Weltmeinung gegen den Protektionismus" formuliert wurde, glauben wir doch, daß das Hauptergebnis der Konferenz die Tatsache ihres Zusammentretens war. Vielleicht wäre es günstiger gewesen, ganz im Sinne jener ursprünglichen deutschen Anregung, Neuyork als Tagungsort zu wählen; damit wäre der Bedeutung Amerikas als Wirtschaftsvormacht entsprochen worden, und man hätte zugleich das Odium des Genfer „headquarter spirit" vermieden. Genf ist nun heute mal der Sitz von Regierungsfilialen.

Das ist nun der große Vorzug der Internationalen Handelskammer, daß sie einen Zusammenschluß von freien Wirtschaftsführern darstellt, und darum kommt ihrer Tagung zu Stockholm als einer Meinungsäußerung unabhängig von regierungsseitiger Beeinflussung eine besondere Bedeutung zu. Deutschland ist seit 1925 Mitglied und ist mit seinen führenden Wirtschaftsorganisationen der Industrie, des Handels und der Banken in der I.H.K. vertreten und durch den Vorsitzenden der Berliner Handelskammer, F. von Mendelssohn, auch am Präsidium beteiligt, zu dessen Vorsitzenden in Stockholm der italienische Industrielle Dr. Pirelli gewählt wurde.

Ohne hier im einzelnen auf die gesamte Tätigkeit I.H.K. während der sieben Jahre ihres Bestehens eingehen zu wollen, sei doch der Versuch gemacht, Wesen und Erfolge ihrer Wirksamkeit kurz zu skizzieren. Als bedeutungsvollste Leistung darf man ansehen, daß hier eine Stätte zu gegenseitiger Fühlungnahme maßgeblicher Wirtschaftskreise geschaffen ist. Während Konferenzen der Handelskammern vor dem Kriege nur selten zusammentraten, verfügt die I.H.K. als eine ständige Einrichtung in ihren zahlreichen Ausschüssen über ein ausgezeichnetes Instrument zur Prüfung vornehmlich der technischen Fragen der internationalen Handelshemmnisse und Erschwerungen und ist so in der Lage, sachlich durchgearbeitete Abänderungsvorschläge den Regierungen zu unterbreiten und durch die ihr angeschlossenen Organisationen selbst Erleichterungen zu schaffen. Neben den Fragen des Fremdenrechts, der Transporthindernisse, der Zolltechnik, der finanziellen Schwierigkeiten, der Ein- und Ausfuhrverbote, der internationalen Industrievereinbarungen und der Organisation und Propaganda, wie sie in den sieben Unterausschüssen des Ausschusses zur Beseitigung der Handelshemmnisse beraten werden, neben den Bemühungen, das Wechsel- und Scheckrecht in zwei großen Gruppen des angelsächsischen und kontinentalen Rechts zu vereinheitlichen, die Dokumentenkredite zu typisieren, die Doppelbesteuerung zu bekämpfen und einen brauchbaren Modus für



den internationalen Zahlungsausgleich zu finden, neben der Bearbeitung der Fragen des internationalen Schiedsgerichtswesens und der Schiedsgerichtstätigkeit selbst, neben den Vorschlägen für eine Verbesserung des Land-, Wasser- und Luftverkehrs, hat die I.H.K. nicht versäumt, ihre Aufmerksamkeit auch den großen Leitgedanken der Wirtschaftspolitik zuzuwenden.

Wenn es ein Zufall war, daß die erste Tagung der I. H. K., an der Deutschland teilnahm, in Stockholm stattfand, so war es ein günstiger Zufall. Die Stockholmer Atmosphäre einer liebenswürdigen Gastfreundschaft ließ schnell störende Erinnerungen an vergangene Zeiten versinken, soweit sie etwa noch vorhanden waren. Man hat nicht verfehlt, die Anwesenheit der Deutschen durch eine betonte Freundlichkeit hervorzuheben. Nach der Verbeugung des Präsidenten Wallenberg (Schweden) in deutsch gesprochenen Worten bei der Eröffnungsfeier, hat Sir Alan Anderson, der Nachfolger des verstorbenen Präsidenten W. Leaf, in seine erste Rede ein Zitat aus der Hamburger Rede von Curtius eingeflochten und so recht geschickt eine Festlegung der deutschen Delegation versucht. Im ganzen hat Deutschland in Stockholm eine würdige Stellung eingenommen und durch seine Mitarbeit die Konferenz wesentlich gefördert.

Auch eine wirtschaftliche Einrichtung wie die I.H.K. konnte sich den großen politischen Fragen nicht entziehen. Von englischer wie von französischer Seite wurde uns gegenüber die Auffassung vertreten, man solle doch aus Deutschland, England und Frankreich einen antirussischen Block schmieden. Dieser Wunsch mag als der eigentliche Hintergrund der Stockholmer Veranstaltung angesehen werden. Damit war für uns eine nicht ganz einfache Lage geschaffen. Die Hilflosigkeit der deutschen Öffentlichkeit gegenüber dem russisch-englischen Problem hat sich anläßlich des Arkos-Konfliktes mit aller Deutlichkeit enthüllt. Da sich in den Stockholmer Verhandlungen eine weitgehende Übereinstimmung zwischen der deutschen und englischen Auffassung feststellen ließ, darf geschlossen werden, daß die bereits in Genf vollzogene Annäherung an England auch hier weiter verfolgt wurde, ohne daß es in Verkennung der eigentlichen deutschen Aufgabe etwa zu einer einseitigen Option für den Westen gekommen wäre. Solange Rußland aber nicht in der Lage ist, oder sich nicht in die Lage begeben will, der deutschen Wirtschaft diejenigen Garantien zu bieten, die wir brauchen, wird es sich gefallen lassen müssen, daß Deutschland seine wirtschaftlichen Bindungen mit dem Westen stärker betont, als es vielleicht seinen eigentlichen Wünschen entspricht. Die Sowjets waren in Stockholm nur durch einen Beobachter vertreten, der aber völlig im Hintergrund blieb.

Stockholm stand unter dem Zeichen von Genf. Der Grundton der Resolutionen ist darum bestrebt, die Genfer Linie fortzuführen, und zeichnet sich durch eine kluge Mäßigung der Sprache aus. Ebenso wie Professor Cassel in seinem Vortrag über Staatssubventionen davor gewarnt hatte, ein radikales Programm aufzustellen und gleich das ganze Subventionswesen beseitigen zu wollen, kommt auch der Ausschuß zur Beseitigung der Handelshemmnisse — das wichtigste Thema der Konferenz — in seiner Resolution lediglich zu sehr allgemeinen Formulierungen. Handelshemmnisse, d. h. Beschränkungen eines freien Verkehres von Gütern, Kapital und Diensten, widersprechen der Wirtschaftlichkeit und haben „unvermeidlich die Tendenz, den Lebensstandard zu drücken". Die Konferenz erklärt darum, „daß die Zeit gekommen wäre, mit der Heraufsetzung der Zölle Schluß zu machen und in entgegengesetzter Richtung vorzugehen".

Den Kleinstaaten gelang es jedoch, eine ganz wesentliche Einschränkung dieses Satzes durchzudrücken: die vorgeschlagene Änderung der Wirtschaftspolitik dürfe die lebenswichtigen Interessen der Staaten nicht berühren.

Mit diesem Satz wird der politische Charakter der Verhandlungen deutlich. Der Unruhezustand der Welt, dessen letzte Ursachen in den Bestimmungen des Versailler Vertrages liegen, gibt auch den Kleinstaaten ein gutes Recht, die Sicherung ihres Staates durch die Wirtschaft nicht außer acht zu lassen. Dasselbe gilt natürlich auch für die anderen Staaten. Eine weitere Erschwerung für den Abbau der Handelshemmnisse ist die Zurückhaltung der Amerikaner; ihnen erscheinen diese Probleme vorwiegend als eine europäische Angelegenheit. Für sie ist das Beispiel des Freihandels der freie Handel innerhalb des großen Wirtschaftsgebietes der Vereinigten Staaten; also mögen die Europäer doch auch erst einmal unter sich ein solches geschlossenes Wirtschaftsgebiet zustande bringen.

Die Reparationsfrage ist expressis verbis in Stockholm nicht behandelt worden mit Rücksicht auf die in Amerika bevorstehenden Wahlen. Der Ausschuß für „Internationalen Zahlungsausgleich", dem von deutscher Seite Geheimrat Bücher angehört, hat aber sehr deutlich ausgesprochen, daß lediglich die Auslandsanleihen bisher das Transfer ermöglicht haben und infolgedessen die erwarteten Rückwirkungen ausblieben; man müsse aber gewärtig sein, daß jener ausgleichende Kapitalzufluß über kurz oder lang aufhören werde. Auch ist die Tatsache unterstrichen worden, daß ein Anspruch auf Zahlungen zugleich die Pflicht zum Import in sich schließe. Die I.H.K. bemüht sich, auch hier technische Hilfsmittel zur Lösung des politischen Problems zu beschaffen; man beschloß, ein internationales Schema für Zahlungsbilanzen auszuarbeiten, um so internationale Vergleiche anstellen zu können, eine Arbeit, die Deutschland nur begrüßen kann.

Die mehr technisch gelagerten Aufgaben der I.H.K. waren auch in Stockholm einfacher, d. h. rein nach Maßgabe der praktischen Sachlichkeit zu behandeln. Und es steht zu erwarten, daß auf dem Gebiete des Verkehrs, gewisser finanztechnischer Angelegenheiten usw. schon in absehbarer Zeit „greifbare Erfolge" zu verzeichnen sein werden. Auch diese „Handelshemmnisse" sind nicht zu unterschätzen und ihre Beseitigung wird eine wesentliche Erleichterung sein. Nur andeutungsweise sei hierbei auch auf das Schiedsgerichtswesen der I.H.K. verwiesen, das besonders dem kleinen und mittleren Exporteur von unmittelbarem Nutzen ist. Wir haben darüber an anderer Stelle (Deutsche Bergwerks-Zeitung Nr. 151, 1. Juli) ausführlich gesprochen.

Für die Beurteilung der Stockholmer Konferenz, für die Beantwortung der Frage, ob Stockholm ein Meilenstein geworden ist auf dem Wege zu einer friedlichen Wirtschaftszusammenarbeit, ist zunächst die Scheidung in politische und technische Aufgaben der Tagung grundlegend. Sind die einen direkt durch Vereinbarung zu regeln, so haben die anderen den langen und langwierigen Weg der Bildung einer „öffentlichen Meinung" zu gehen, die als ein Machtfaktor schließlich politisches Gewicht gewinnt. Man ist versucht, an die taktische Situation zu erinnern, in der Lassalle sich befand, als er das Wort prägte: „Aussprechen dessen, was ist." Genf und Stockholm haben versucht, „auszusprechen was ist", um durch die Betonung der „Pflicht zum Kommerzium" auch die politischen Stellen zu veranlassen, Handelshemmnisse in ihrem eigenen Interesse zu beseitigen. Die I. H. K. als Vertretung des Industrie- und Finanzkapitals ist notwendig einseitig. Daß aber in ihren Konferenzen und Ausschüssen Möglichkeiten für eine politische Wirksamkeit geboten



sind, **Möglichkeiten auch für uns Deutsche im Befreiungskampf der deutschen Wirtschaft**, das ist eine unleugbare Tatsache. Ob diese Möglichkeiten ausgenutzt werden, ob, mit anderen Worten, Stockholm wirklich zum Meilenstein werden wird, das ist, wir wiederholen es noch einmal, **Frage und Aufgabe der Politik.**

MAX KRAHMANN:

KAPITAL, TECHNIK UND GEOPOLITIK

Für den flüchtigen Blick drei Begriffe, die nichts miteinander zu tun haben. Und doch hängen sie eng zusammen, eines wirkt durch das andere, immer im Kreise herum.

Kapital, das irgendwie Ersparte, das im Augenblicke Nichtverzehrte, ungeduldig im Produktions- oder Machtprozeß wieder Anlagesuchende findet nur Ruhe, wenn es irgendwie die Form der Technik, des Hebels an der Natur angenommen hat.

Technik will Natur meistern. Tecbnik ist Fortsetzung der Natur ins Geistige, dem sich die ungeistige Natur fügt. Technik ist neue Schöpfung oder Fortsetzung der Schöpfung durch den Menschen, durch das Ingenium, durch den Ingenieur. Technik ist gestaltetes Kapital, ist Handwerkszeug, Maschine, Sprengstoff, Anlage, diszipliniertes Heer, Kriegsschiff, Presse, Routine, kurz Machtmittel, Neues gegen Altes, Menschenmacht gegen Naturmacht, Herrschaft über die Erde, also — ein starker geopolitischer Faktor.

„Politik ist nicht willkürliches Handeln einzelner Menschen, Gruppen, Verbände oder Staaten", heißt es schon irgendwo in dieser Zeitschrift, sondern „ist maßgebend bestimmt durch den Erdraum des Staates mit seinen Bodenschätzen, seiner Pflanzendecke, seinem Klima." Politik ist Machtentfaltung aufgespeicherten Kapitals irgendwelcher Art in Form der Technik gegenüber widerstrebender Natur, einschließlich natürlicher, kapitalsarmer Menschheit ohne Technik; — z. B. in Form der Schiffe von Kolumbus gegenüber Amerika oder heutiger Maschinengewehre gegen die aufständischen Inkas in Bolivien oder künftiger Flugzeuge über Südamerika zur Vollendung der Idee des „Ingenieurs" Kolumbus.

Weil nun jede Politik durch den von ihr bereits beherrschten Erdraum wesentlich bedingt ist, und weil Macht in erster Linie sich erhalten will, also sich erweitern muß, wenn sie nicht von andern Machtentwickelungen überflügelt werden will, so muß jede Politik entweder nach horizontaler Erweiterung des ihr gefügigen Erdraums zielen, solange das in dem nun zu Ende gehenden „Kolonialzeitalter" noch möglich ist, oder sie muß nach vertikaler Vertiefung ihres Erdraumes streben. Die Aufgaben von Kapital und Technik verändern sich also in dem nun beginnenden Zeitalter der mehr vertikalen Machtausdehnung, nachdem



die horizontale Ausdehnung infolge Aufteilung der Erde nicht nur gebremst, sondern infolge der Verselbständigung der Kolonien sogar rückläufig geworden ist: es können nicht mehr venetianische Kauffahrer „ausgerüstet", ostindische Kompagnien „gegründet", Wörmannlinien „subventioniert" und chinesische Konzessionen „erworben" werden — obwohl größte Kapitalien und höchste Technik zur Verfügung stehen, — sondern es muß die Landwirtschaft intensiver betrieben, die Luft über uns chemisch und mechanisch erobert, der Boden unter uns immer tiefer erbohrt, durchwühlt und — dereinst! — noch tiefer erschlossen werden und endlich die in diesem begrenzten Raum lebende Bevölkerung geistiger gebildet und sozialer gepflegt werden. Hierin liegen die neuen geopolitischen Aufgaben von Kapital und Technik, auch die anders gearteten Aufgaben des neuen Staates, der sich nicht mehr horizontal auszudehnen und gegen andere Bevölkerungen zu richten hat, sondern seinen eigenen Raum tiefer zu erkunden und seine eigene Bevölkerung höher zu bilden hat. Das sollte der Sinn des „Selbstbestimmungsrechts der Nationen" sein, mit dem natürlich eine Selbstbesinnungspflicht verbunden sein muß.

Der neue, national, aber nicht nationalistisch und imperialistisch eingestellte Staat steht vor der Aufgabe, den Untergrund viel genauer als bisher erforschen und wirtschaftlich abwägen zu lassen, nicht weil Bergbau selbstverständlich notwendig und willkommen ist, sondern weil heutige Technik und heutige Kapitalien ganz andere Mittel als früher in die Hand geben und ferner für sich selbst ganz andere Ansprüche an Kraft- und mineralische Rohstoffbeschaffung stellen, nach Menge, Güte und Wirtschaftlichkeit.

Parallel mit dem Ruf nach Intensivierung der Landwirtschaft in allen ihren vielartigen Betriebsarten und Betriebsstufen — von der Düngerlehre bis zur Zuchtwahl auf Grund neuester Vererbungstheorien — geht die Forderung nach Verbesserung der Bergwirtschaft. In der anschließenden Hüttenwirtschaft sind wir wissenschaftlich schon verhältnismäßig weit vorgedrungen, — das ist das Verdienst der modernen Chemie und Metallographie —, auch in den Methoden der Massenbewegung, nicht nur der Kohlen und Erze, sondern auch des Wassers und der Luft, schreiten wir dank der entwickelten Maschinentechnik stetig fort, aber in der wirtschaftlichen Erfassung der abzubauenden Lagerstätte tappen wir wissenschaftlich noch arg im Dunkeln und benehmen uns ganz handwerksmäßig.

Wir müssen, wollen wir intensiver wirtschaften, immer näher an die ursprüngliche Natur heran mit unsern Forschungen und Bewertungen: das muß als eine allgemeine geopolitische Forderung aufgestellt werden. Freilich wirds da immer schwieriger, weil eben die reine Natur so reich und bunt, so vielartig und wechselnd und deshalb so schwer in Rechnungen und in Wertformeln zu fassen ist: in der Landwirtschaft ist es die schwierige Bodenklassifikation, die Bonitierung, — in der Bergwirtschaft die schwankende Untergrundsbewertung,



die Lagerstätteninventur. Von geringen Fortschritten auf beiden Gebieten hängen wesentliche geopolitische Erkenntnisse und damit kulturelle Fortschritte ab.

HARRY ELMER BARNES

ITALIENISCHE WIRTSCHAFTSMETHODEN DER UNTERDRÜCKUNG SÜDTIROLS

Der ausgezeichnete Artikel von Prof. Laves in der Februarnummer von „Current History“ gibt ein deutliches Bild der italienischen Bemühung um die Entnationalisierung der österreichischen Einwohner von Südtirol. Hinsichtlich der politischen, juristischen, kulturellen und pädagogischen Methoden, die die Italiener anwenden, kann man die Politik Mussolinis in diesem unglücklichen Gebiet nicht kürzer und zugleich klarer darstellen. Reisen durch Südtirol im letzten Sommer unter den günstigsten Verhältnissen gaben mir Gelegenheit, die von Prof. Laves beschriebenen Verhältnisse zu beobachten und jede Einzelheit als richtig zu bestätigen. Man hätte vielleicht noch mehr betonen können, daß in Südtirol jede Spur einer autonomen Regierung verschwunden ist; da aber die repräsentative Regierung in Italien überhaupt eine Farce geworden ist, erscheint dies von geringer Bedeutung.

Die kritische Art der italienischen ökonomischen Politik in Südtirol

Einen Punkt möchte ich in diesem kurzen Artikel ganz besonders betonen: den Umstand, daß das systematische Untergraben des wirtschaftlichen Lebens von Tirol der schwerste Schlag ist, den die Italiener gegen die Unversehrtheit und Unabhängigkeit der deutschsprechenden Tiroler führen. Männer von Bedeutung und Ansehen in Südtirol haben mir immer wieder versichert: Wie aufreibend auch der Kampf gegen unsere politische Freiheit, unsere Kultur, unsere Erziehung und unsere Religion sein mag, die Tiroler würden wahrscheinlich dieser Art von Bedrückung gegenüber schließlich doch standhalten. Verzweiflung, fast Hoffnungslosigkeit wurde erst bemerkbar, als man die wirtschaftliche Lage erkannte, die durch die Trennung von Nord- und Südtirol entstanden war, und als man die in Südtirol durchgeführten wirtschaftlichen und finanziellen Maßregeln der Italiener zu würdigen begann. Um dies zu tun, muß man einen gewissen Einblick in das Wirtschaftsleben Tirols haben.

Früher war Tirol wirtschaftlich eine Einheit

Das heutige Nordtirol, das von der bayerischen Grenze bis an den Brennerpaß reicht, und das deutschsprechende Südtirol, welches zwischen der augenblicklichen



italienischen Grenze am Brenner und Salurn liegt, ist bewohnt von einem ernsten, fleißigen Gebirgsvolk, welches durch Rasse, Sprache, Kultur, Religion, Kunst, Benehmen, Sitten und Gewohnheiten eine organische Einheit darstellte, die sich aus einem mehr als tausendjährigen Zusammenleben unter gleichen politischen Verhältnissen ergeben hat. In ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zeigen die beiden Teile des Landes jedoch bedeutende Verschiedenheiten. Südtirol, das Land der Früchte, Gemüse und des Weines, ein Gebiet des Sonnenscheines und der milden Luft, welches alljährlich Ströme von Fremden aufsuchen. Nordtirol mit seinem viel kälteren Klima beschäftigt sich mit Viehzucht, der Fabrikation von Textilstoffen, Maschinen, Zement, chemischen Produkten und Salz.

Zerstörung der wirtschaftlichen Einheit von Tirol

Vor dem Weltkrieg und dem Frieden von St. Germain fand zwischen diesen beiden Teilen Tirols, die kulturell eines, wirtschaftlich so verschieden waren, ein reger Austausch ihrer Erzeugnisse statt. Industrieprodukte des Nordens gingen hauptsächlich nach Südtirol, während der Norden der beste Abnehmer für die Früchte und den Wein des Südens war. Das Losreißen Südtirols von Österreich, seine Angliederung an Italien und die Errichtung einer hohen Zollschranke zwischen den zwei Teilen einer einstigen organischen Einheit haben diesen lebensnotwendigen Austausch von Produkten zwischen Nord- und Südtirol schwer, fast unmöglich gemacht. Der ökonomische Organismus des einstigen österreichischen Tirol war zerstört. Ganz unabhängig von speziell italienischen industriellen und finanziellen Methoden in Tirol hat der Friedensvertrag der wirtschaftlichen Blüte Südtirols einen schweren Schlag versetzt. Vor 1919 waren außerdem die Tiroler durch einen hohen Einfuhrzoll gegen die Konkurrenz von italienischem Wein und Früchten geschützt, heute müssen sie direkt mit diesen italienischen Industrien unter wenig günstigen Verhältnissen konkurrieren.

Schwierige Lage der Grundbesitzer

Durch die speziellen italienischen Methoden, die dem Landbesitzer in Südtirol aufgezwungen worden sind, leiden dieselben schwer. Der Südtiroler Bauer, bisher der uneingeschränkte Herr seines Landes, hat nun infolge des italienischen Gesetzes für die „Sicherheit der militärischen Grenze" das Recht verloren, sein Eigentum nach Belieben zu veräußern. Ein unüberlegtes Wort, von einem faschistischen Spion oder Regierungsbeamten aufgeschnappt, kann jetzt zur Konfiskation oder Sequestrierung des Besitzes, ja sogar zum Verlust der Nationalität führen. Deutsche, die nicht vorher österreichische Untertanen waren, aber in Südtirol Land besitzen, mußten zusehen, wie ihr Besitz konfisziert wurde; sie durften teilweise als von der italienischen Regierung geduldete Mieter im eigenen Hause bleiben, mit der Möglichkeit, jeden Augenblick ohne gerichtliches Verfahren außer Land geschickt

zu werden. Ich werde später noch genauer auf die Schwierigkeiten zu sprechen kommen, die man den Tiroler Grundbesitzern aufgeladen hat: den Kampf, welchen die italienische Entnationalisierungspolitik gegen die bodenständigen Finanz- und andere kooperativen Unternehmungen führt.

Steuern, Abgaben und Vergnügungen

Eine weitere wirtschaftliche Last für Südtirol als Folge der italienischen Politik ist die enorme Erhöhung der Steuern, Abgaben und anderer öffentlichen Erpressungen. Zwischen 1922 und 1924 haben die Steuern in Südtirol sich von 7 100 000 Lire auf 16 657 000 Lire erhöht. Südtirol zahlt jetzt pro Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt an Landabgaben dreimal mehr als der Rest Italiens. Die Zahl der notwendigen Lizenzen ist ungeheuerlich vermehrt worden, ihre Höhe ist ins Groteske gesteigert. Kaum die kleinste Unterhaltung kann dieser Lizenzentyrannis entgehen. Eine schwere Belastung bilden die Ausgaben durch die erzwungenen patriotischen Veranstaltungen, die den Tirolern von den Italienern aufgenötigt werden. Der von den Tirolern keineswegs erbetene Besuch des Königs von Italien in Bozen hat die nahezu weißgeblutete Stadt $1^1/_2$ Millionen Lire gekostet. Kaum ein größerer Ort Südtirols entgeht dem kostspieligen und aufreizenden Schicksal, von Zeit zu Zeit italienische Fürstlichkeiten, faschistische Größen oder italienische Vereinigungen festlich empfangen zu müssen.

Ausnutzung des Südtiroler Kapitals

Nicht nur der Landbesitzer in Südtirol ist in höchst ungerechter Weise überlastet; auch ihre Kapitalsanlagen in Eisenbahn und anderer Art werden in ähnlicher Weise angefaßt. Ein typisches Beispiel für die rücksichtslose Art, in welcher die italienische Regierung ihren Wirtschaftskrieg führt, bietet die elektrische Bahn zwischen Bruneck und Sand. Sie ist das Eigentum einer G. m. b. H., von welcher sie 1908 gebaut wurde. Nach dem Waffenstillstand übernahm die italienische Regierung die Verwaltung der Bahn und hat sie trotz immer wiederholter Gesuche bis heute behalten. Seit 7 Jahren haben die Eigentümer niemals weder eine Abrechnung noch eine Dividende zu sehen bekommen; nicht einmal ein Versuch ist gemacht worden, die Eigentümer durch die italienische Staatsbahn zu entschädigen, welche die Strecke benutzt. Das italienische Arbeits- und Eisenbahnministerium hat wiederholt erklärt, es wolle die Linie nicht behalten; man wäre froh, sie den Eigentümern zurückzugeben, weil der Betrieb sich nicht lohne. Die Ausrede ist offensichtlich unwahr und irreführend, denn die Eigentümer haben die Regierung unausgesetzt gebeten, ihnen ihre Bahn zurückzugeben oder sie wenigstens für die Benutzung ihres Eigentums zu entschädigen. Das wahre Ziel der italienischen Regierung ist, die Aktionäre solange mürbe zu machen, bis sie schließlich ihren Besitz an die Regierung oder an irgendeine italienische Gesellschaft für ein Butterbrot abtreten.



Die Genossenschaftsbanken

Der schwerste Schlag gegen das Wirtschaftsleben und den Wohlstand Südtirols, den die italienische Politik seit dem Kriege geführt hat, ist der Versuch, die Genossenschaftsbanken und die mit ihnen arbeitenden industriellen Organisationen umzubringen. Schon 1880 hat der Landeskulturrat von Tirol sich bemüht, ein Mittel zu finden, die schwere wirtschaftliche Lage des Tiroler Bauern durch verschiedene Organisationen kooperativer Art zu erleichtern. Kreditbanken, Einkaufs- und Verkaufsgesellschaften auf einer Genossenschaftsbasis wurden überall errichtet.

An der Spitze stand die Landeshypothekenbank zu Innsbruck, welche der Bauernschaft wertvolle Dienste geleistet hat, um sich von Schulden zu befreien; sie gab zu einem niederen Prozentsatz Darlehen, welche in kleinen festen Raten zurückgezahlt, aber nicht gekündigt werden konnten. Jetzt, wo Südtirol abgetrennt ist, kann die Bank in Innsbruck den Bauern hier nicht mehr helfen; sie haben weder im Lande noch in Italien irgendwelche Organisationen, die ihnen die nötigen Mittel verschaffen können.

Das Rückgrat des finanziellen und industriellen Lebens von Südtirol waren die nach ihrem Gründer genannten „Raiffeisenkassen". Dies waren genossenschaftliche Bauernbanken, welche die wichtigen kurzfristigen Darlehen gaben, ohne die der Tiroler Bauer sein Gut, seinen Obstgarten, seinen Weinberg, seinen Viehstand nicht erhalten und sein Produkt nicht auf den Markt bringen kann. Die Güte des Systems beweist die Tatsache, daß es schließlich 140 solche Kassen gab, eine fast für jede größere Gemeinde; sie repräsentieren einen Wert von zirka 30 Millionen Lire; noch in den letzten Jahren konnten Darlehen im Werte von 12 Millionen Lire an Bauern ausgegeben werden. Diese Kassen verdanken ihre starke Stellung und ihr allseits genossenes Vertrauen dem Umstand, daß die Mitglieder derselben einzeln unbeschränkt verantwortlich waren; jeder konnte Geld in diesen Kassen anlegen, aber nur Bauernmitglieder kamen für Darlehen in Frage. Wechsel oder Bürgschaften wurden als Sicherheit angenommen. Die Geschäftsleitung geschah immer unentgeltlich durch Mitglieder. Mit der Zeit entwickelte sich ein ungewöhnlich erfolgreiches Kontrollsystem. Die Mitglieder wählten ihre eigenen Bankbeamten, die den ersteren gegenüber verantwortlich waren. Alle diese Kassen waren mit einer Zentrale in Bozen verbunden, die sie gesetzlich vertrat, Rat und Kontrolle verteilte. Die Zentralbank in Bozen fungierte als Clearing-Haus für die auswärtigen Banken.

Genossenschaften in Tirol

Diese Raiffeisenkasse war nicht nur deswegen von größter Bedeutung, weil sie dem Bauern seinen Betrieb ermöglichte; sie lieferte auch den verschiedenen verwandten Organisationen Kredite, welche für die Bauern einkauften und ihre Produkte für den Verkauf und den Markt bereiteten. Wenn diese Bauernbanken ge-



schwächt werden, so leiden im gleichen Maße diese Einkaufsaufbereitungs- und Verkaufsorganisationen.

Die wichtigste Einkaufs- und Verkaufsorganisation des südtiroler Bauern ist der Landwirtschaftliche Verband. Seine 10 Filialen befinden sich in den 10 bedeutendsten Orten des Landes; mit seiner Hilfe kann jede Art Maschine gekauft, das bestbereitete Produkt auf den Markt gebracht werden.

Der Weinbau ist eine der bedeutendsten Industrien Südtirols, 17 Kellereigenossenschaften empfangen von den Mitgliedern Trauben und stellen aus denselben in der modernsten Weise Wein her. Bis 1900 waren sie unter der Aufsicht des Ackerbauinstitutes zu St. Michele; man sah darauf, daß nur die besten Schüler in diesen Kellereigenossenschaften Stellung erhielten. Nach 1900 ging die Oberleitung an den Kellereigenossenschaftsverein in Bozen über, unter seiner Leitung gewannen die Südtiroler Weine durch ihre Güte die verdiente Anerkennung; sogar in der jetzigen schwierigen Lage des Weinmarktes in Italien ist der Verkauf der ganzen südtiroler Weinernte nie auf Hindernisse gestoßen.

Die Kellereigenossenschaften gaben bei Empfang der Trauben einen Vorschuß von 70—80 % des Weinwertes. Am Ende des Jahres wurde der Rest ausbezahlt. Die Genossenschaften haben an Land und Maschinenbesitz ein Kapital von 3 Millionen Lire; sie bewältigen jedes Jahr etwa 100 000 Hektoliter Traubensaft. Die Gesamtproduktion von Südtirol ist etwa 500 000 Hektoliter. Es liegt auf der Hand, daß die ganze Weinindustrie Südtirols mit den Kellereigenossenschaften und den sie unterstützenden Raiffeisenkassen aufs engste verbunden sind; jede Schädigung der letzteren bedroht schließlich die Existenz des Tiroler Weinbauern.

Außer den obigen bestehen noch weitere 7 Genossenschaften, welche sich mit dem Sammeln, Sortieren und dem Verkauf von Äpfeln, Birnen und anderem Obst beschäftigen, im Werte von etwa 7 Millionen Lire jährlich. 12 Genossenschaften dienen ausschließlich der Milchwirtschaft mit einem Umsatz von 6 Millionen Lire im Jahr; auch sie hängen finanziell ganz von den Raiffeisenkassen ab.

Die tiroler Banken halten stand trotz des Weltkrieges

Die Solidität dieser Tiroler Bauernbanken, die Klugheit und Sparsamkeit ihrer Bewirtschaftung erhalten ein lobendes Zeugnis durch die Tatsache, daß sie trotz der enormen Anforderungen des Weltkrieges und trotz der durch den Vertrag von St. Germain geschaffenen schweren Lage nicht erschüttert werden konnten. Dazu hatten die meisten dieser Banken bedeutende Summen in österreichischer Kriegsanleihe angelegt. Als die italienische Regierung Südtirol annektierte, weigerte sie sich, die Besitzer der österreichischen Papiere zu entschädigen. Eine Garantie, daß die Zinsen für dieselben bezahlt werden würden, wurde zwar gegeben; das Versprechen ist aber nicht gehalten worden. Trotz alledem ist es den Bauernbanken, dank ihrer unausgesetzten Bemühungen, gelungen, sich über Wasser



zu halten, zum unberechenbaren Vorteil der Landwirtschaft, des Obst- und Weinbaues und der Viehzucht von Südtirol.

Italienische Angriffe gegen die Tiroler Banken

Die größte Gefahr der Tiroler Banken sind die Angriffe, die von Italien gegen sie gerichtet werden; Angriffe, die nur einen Teil des gegen Südtirol gerichteten Entnationalisierungsprogrammes darstellen und mit der allgemeinen Verwaltung des Landes durch Italien nichts zu tun haben. Kurz nachdem die Faschisten ans Ruder gekommen waren, begann die italienisch inspirierte Presse zu hetzen, daß man den deutschen Bauern ihre Banken wegnehmen müsse, indem man letztere unter italienische Aufsicht stelle. Drei verschiedene Methoden, eine so ungesetzlich wie die andere, standen zur Verfügung: Man konnte den Aufsichtsrat aufheben; man konnte den Verwalter entlassen oder auch den Mitgliedern ihr Aufsichtsrecht nehmen. Die zumeist benutzte Methode bestand darin, daß man den einen oder andern der Aufsichtsräte oder Verwalter beschuldigte, nicht genügend (italienisch) patriotisch zu sein oder gegen die faschistische Regierung zu hetzen. Im Laufe eines fingierten gerichtlichen Verfahrens wird dann meistens das Haus des Angeklagten auf belastendes Material durchsucht; meist ist es leicht genug, irgend etwas zu finden, was man zu Ungunsten des betreffenden Beamten auslegen kann, um ihn los zu werden; dann wird ein unwissender und unverantwortlicher italienischer „Regierungskommissar" an Stelle des früheren gewählten Leiters ernannt, der sofort die Rechte und Pflichten des ehemaligen Aufsichtsrates übernimmt. Im letzten Frühjahr, 1926, drohte dieses Schicksal sogar der Zentralbank in Bozen; es konnte nur durch die Absetzung des früheren Direktors und seine Ersetzung durch einen Mann, der „das Vertrauen" des italienischen Präfekten in Trient genoß, abgewendet werden.

Der Erfolg des Wechsels in der Bewirtschaftung dieser Banken mußte notwendigerweise ruinös sein. Der italienische Kommissar ist persönlich weder verantwortlich noch haftbar; er versteht nichts von den Geschäften der Bank und besitzt das Vertrauen weder der Geldgeber noch der Geldnehmer. Die unbegrenzte Haftbarkeit jedes Teilhabers für das, was die Beamten dieser Banken unternehmen, macht es zur Notwendigkeit, daß diese Beamten das Vertrauen der Aktionäre genießen. Sobald ein italienischer Kommissar an Stelle der alten Beamten ernannt wird, ziehen die geängstigten Aktionäre ihre Gelder zurück; das bedeutet den Ruin der Bank, das Verschwinden der Kredite an die Bauern und die Gefährdung aller jener Genossenschaftsinstitutionen, die das Rückgrat des Südtiroler Wirtschaftslebens darstellen.

Die Sorgen der Tiroler für die Existenz ihrer Banken erscheinen im Licht der Ereignisse während der letzten 6 Monate vollkommen berechtigt. Und eine nach der andern wird von den Faschisten übernommen, die bewährten alten Beamten



an die Luft gesetzt und durch italienische Kommissare ersetzt. Das bedeutet, daß das ganze Geschäft durch die Hände von unwissenden, oft übelwollenden Ausländern geht, denen nur die schlechteste Klasse von Tirolern zur Seite steht, Renegaten und Verräter, die sich den Italienern ausgeliefert haben, um aus dem Unglück ihrer Landsleute für sich Vorteile zu ziehen.

Dr. C. H. Herford, die leitende englische Autorität für Südtirol, urteilt auf Seite 74 bis 76 seines Werkes „Deutsch-Südtirol und Italien" wie folgt über die Bedeutung dieses italienischen Angriffs auf die Tiroler Banken:

„Ernster als alles dieses ist für die Wohlfahrt Südtirols die Einrichtung einer Bankenkontrolle in der Hand einer Regierung, die eingestandenermaßen auf Italianisierung ausgeht. Die Einrichtung einer italienischen Kreditanstalt war einer der Vorschläge des Senators Tolomei. In einem Lande voll verbitterter deutscher Bauern hätte eine solche Bank wenig zu tun. Bisher wenigstens hat der Faschismus untätig zusehen müssen, wie das Geschäft des Landes durch die 132 über das ganze Land verbreiteten Bankfilialen und die Zentrale in Bozen ging, während die mühsam unterstützten italienischen Banken nichts zu tun hatten. Das durfte natürlich nicht so fortgehen. Im Laufe des Sommers 1926 wurden sämtliche Banken unter die Aufsicht einer italienischen Kommission gestellt, welche die Ausgabe von Anleihen beaufsichtigte und damit Kapital und Wohlstand in der von ihr gewünschten Richtung verteilen konnte. Aber diese Methode war den faschistischen Heißspornen zu langsam. Gelegentlich einer Jahresversammlung nahmen sie mit Gewalt Besitz von der Zentralbank in Bozen, konfiszierten die Bücher, prügelten den Präsidenten und warfen ihn schließlich zum Fenster hinaus. Die normale Wahl eines Komitees konnte natürlich nicht stattfinden. Statt dessen wurde Dr. Steffanini, der Regierungskommissar, der zugleich eine leitende Stellung in der Venezianischen Kreditanstalt (also in einem Konkurrenzinstitut) innehatte, zum Regierungskommissar der Zentralbank ernannt. Der Sekretär der faschistischen Partei, der mit dieser Gewaltmaßregel nicht einverstanden war, wurde seines Amtes 8 Tage vor der Generalversammlung enthoben und aus der Partei gestoßen. Dieser Schlag ist natürlich nicht nur gegen eine einzelne Bank gerichtet, sein Zweck ist Untergrabung des ganzen Südtiroler Landbaukredites; der allgemeinen Verarmung wird dadurch entsprechend Vorschub geleistet und das unvermeidliche Ziel, die stetige Überfremdung des deutschen Landes, rückt immer näher".

Die verzweifelte Lage der Tiroler

Die oben beschriebene Entwicklung der faschistischen Wirtschaft in Südtirol ist gerade bei der Eigenart der tiroler Industrien besonders verderblich. In Tirol gibt es keine reichen amerikanischen Prärien, und man darf sich hier keine Weingärten von der unglaublichen Fruchtbarkeit Kaliforniens vorstellen. Ackerbau, Obst-, Weinbau und Viehzucht, sie alle kämpfen einen verzweifelten Kampf gegen eine

übersparsame Natur. Sogar mit der Hilfe des besten Kredit- und Genossenschaftswesens konnte der Bauer im Hochland nur wenig verdienen. Verschwinden diese Hilfen, so bleiben nur Hunger und Auswanderung übrig. Indem die Italiener also die Tiroler Banken übernehmen, ergreifen sie einen Hebel, mit dem sie Fügsamkeit ihren Entnationalisierungsbestrebungen gegenüber erzwingen können; sie können die deutschen Südtiroler aushungern und nach Deutschland und Österreich vertreiben, um deren Besitz in die Hände landhungriger Italiener aus dem Trentino zu spielen.

Parieren oder hungern!

Mit flammenden Augen und entschlossener Stimme hört man die Südtiroler von ihrer kulturellen und politischen Bedrückung sprechen. Darüber, daß sie ihren Kindern ihre deutsche Art so oder so vererben können, darüber herrscht kein Zweifel. Wenn man aber von ihrer wirtschaftlichen Zukunft spricht, von den Bemühungen der Italiener, ihre Banken und ihre Industrien zu zerstören, dann sieht man ihnen an, wie sie vor dem heraufsteigenden Gespenst erschrecken; denn ohne Verdienst fehlen auch die Mittel, ihre Kinder zu erziehen; sie können keine deutschen Bauern aus ihnen machen, wenn sie selbst Bettler sind.

Während der letzten Monate ist zu uns von verschiedenen Seiten die Nachricht gekommen, die Italiener hätten eine freundschaftlichere Stellung den Österreichern gegenüber eingenommen und das Resultat sei eine Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen in Südtirol. Im März dieses Jahres schrieb einer der bestinformierten Leute dem Verfasser dieser Zeilen aus Innsbruck:

„Sie haben vollständig recht. Von einer Änderung der Politik der Italiener kann nicht die Rede sein. Sie haben ihr nur ein anderes Mäntelchen umgehängt. Die Wiedereinsetzung des deutschen Direktors bei der Zentralbank in Bozen bedeutet keineswegs eine Änderung der Politik: als Resultat der italienischen Verwaltung drohte nur ein komplettes Fiasko; um dieses und die damit verbundene Blamage zu vermeiden, wurde dem Präfekten erlaubt, zur freien Wahl der Bankbeamten seine Zustimmung zu geben. Das hat vorübergehend die Lage gerettet. Das gleiche ereignete sich bei der Bank in Kastelruth; der deutsche Leiter, der von den Faschisten abgesetzt war, durfte, nachdem er von den deutschen Bauern, unter Vorsitz von Baron Sternbach, einstimmig wiedergewählt worden war, sein Amt wieder antreten. Die Behauptung, daß zwischen Tirolern und Italienern freundschaftliche Beziehungen herrschen, ist unwahr; keine Spur davon ist zu bemerken. Die führenden Deutschen haben nur bei dem neuen Präfekten ihren Pflichtbesuch abgestattet. Der Außenwelt ist erfolgreich Sand in die Augen gestreut worden, wenn sie das Gerede von einem „zunehmenden Geist der Versöhnung" wirklich glauben sollte. Den Italienern liegt nur daran, ihrer Politik ein freundlicheres Aussehen zu geben, ohne sie aber im geringsten zu ändern".



DR. MARIA CASTELLANI / OTTO OVERHOF:

ITALIEN IN AFRIKA

Wir lassen im Folgenden zwei Stimmen aus dem heutigen Italien zu Worte kommen. Selbstverständlich stimmen wir nicht mit allen Ausführungen der Verfasser überein; auch viele Leser dieser Zeitschrift werden geneigt sein, hinter manche Behauptung und Versicherung ein Fragezeichen zu setzen. Trotzdem halten wir es für unsere Pflicht, unseren Lesern dann und wann auch einmal einen unmittelbaren Einblick in die Gedankenwelt des Faschismus zu verschaffen.

„In Africa vi è posto e probabilmente gloria per tutti!"

„In Afrika ist Raum und wohl noch Ruhm für alle!" So begrüßte Benito Mussolini im April vergangenen Jahres seine tatenfrohen Schwarzhemden, die als Freiwillige in Tripolis standen, und wenn wir dieselben Worte heute hier unserer Abhandlung voransetzen, so möchten wir sie als Motto aufgefaßt wissen nicht nur für eine italienische Kolonialpolitik, sondern für die internationale Politik überhaupt im schwarzen Erdteil.

Sollte kein Arbeitsfeld für alle sein, wo von mehr als 29 Millionen qkm, einer Fläche dreimal so groß wie Europa und gleich $1/_5$ der gesamten irdischen Festlandsfläche, kaum 5 Millionen qkm bebaut sind? Man wird einwenden, ein beträchtlicher Teil sei Wüste. Gewiß, aber die Wüste umfaßt nur ungefähr ebensoviel wie die bebaute Fläche, also nochmal 5 Millionen qkm, während alles übrige von Wäldern und Steppen bedeckt wird, die zweifellos zum großen Teil eine weit reichere Ausbeute liefern würden, wenn tüchtige Kolonisatoren sie in Angriff nähmen, wozu es freilich des nötigen Mutes bedarf, um dem Klima und anderen Fährnissen zu trotzen.

Es ist interessant festzustellen, daß, obwohl das Vorhandensein Afrikas seit Urzeiten bekannt war und seine vom Mittelländischen und Roten Meer bespülten Küstenländer früher als Europa zu hoher Kultur erblühten, dennoch der ganze Rest dieses ungeheuren Erdteiles noch Jahrhunderte lang ein undurchdringliches Geheimnis blieb. War es doch erst an der Schwelle der Neuzeit, daß kurz nach der Entdeckung Amerikas Vasco de Gama, um nur diesen einen in der Reihe der kühnen portugiesischen Seefahrer zu nennen, das Kap der Guten Hoffnung umsegelte und so der Welt den Zugang zu diesem neuen fruchtbaren Arbeitsfeld erschloß.

Aber während die Erforschung Amerikas schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts keine grundlegenden Aufgaben mehr zu erfüllen hatte, lag der Koloß Afrika



mit seinen ungastlichen Küsten immer noch wie im 16. Jahrhundert unbeweglich inmitten seiner Meeresküsten und harrte der Zivilisation. Afrika war und ist der am schwersten zugängliche Erdteil; daran trägt weniger die Wildheit seiner Bewohner Schuld als die Kompaktheit seiner Küsten ohne Buchten und ohne Halbinseln.

Aber allmählich drang doch die Zivilisation siegreich ein, und während heute die unabhängigen Eingeborenen-Staaten nur noch ein Gebiet von 2150000 qkm mit ungefähr 24 Millionen Einwohnern ihr eigen nennen, umfassen die europäischen Besitzungen 27650000 qkm mit einer Bevölkerung von 115500000 Köpfen. Im einzelnen verteilen sich diese Zahlen in folgender Weise:

	Gebietsfläche in qkm	Bevölkerung
Französische Besitzungen:	10 509 000	35 180 000
Englische „	9 938 000	50 750 000
Belgische „	2 419 000	18 000 000
Portugiesische „	2 061 000	8 275 000
Italienische „	2 375 000	2 050 000
Spanische „	348 600	1 258 000

Während jedoch in anderen Weltteilen die Eingeborenen vielfach von den Weißen nahezu absorbiert wurden, ist die weiße Rasse unter den mehr als 140 Millionen zählenden Bewohnern Afrikas nur mit einem ganz geringen Bruchteil vertreten.

Was in Afrika — mit alleiniger Ausnahme der Südspitze — nie stattgefunden hat, ist eine wirkliche Volkseinwanderung seitens der weißen Rasse. Wenn man nun bedenkt, daß Europa mit ungefähr einem Drittel der afrikanischen Ländermasse mehr als das Dreifache an Bevölkerung besitzt, so erhält man einen Begriff von der Absorbierungsfähigkeit, die der schwarze Erdteil noch haben muß, selbst bei Ausscheidung der aus klimatischen Gründen unbewohnbaren Zonen — wir sagen, aus klimatischen Gründen, denn alle anderen Hindernisse können überwunden werden.

Frankreich und Großbritannien, denen die ausgedehntesten Kolonialbesitzungen im nördlichen und zentralen Afrika gehören, haben hier nie den Weg zu einer intensiven Massenübersiedlung von Weißen gefunden, obwohl sie über das nötige Kapital zu einer wirksamen Kolonisation verfügten: was an Engländern und Franzosen in Nord- und Zentralafrika ansässig ist, setzt sich fast ausschließlich zusammen aus Militärpersonen und Verwaltungsbeamten, die niemals mit der Scholle verwachsen.

Um Afrika zu bevölkern, um diesen unermeßlichen Flächen, die noch keine Pflugschar verspürt, Leben einzuhauchen, um die Flußläufe dienstbar zu machen und die im unberührten Erdreich verborgenen Schätze ans Licht zu ziehen, dazu bedarf es schaffender Arme und kühner Eroberungslust, wie sie nur aus über-



völkerten Ländern kommen. Nur auf diesem Wege können kulturlosem Neuland numerisch und qualitativ die Kräfte zugeführt werden, die für eine äußere und innere Umgestaltung des Lebens schnellen und sicheren Erfolg verbürgen.

Wie aber verhält es sich mit dem Beitrag, den die verschiedenen Nationen in der Richtung dieser Behauptung zu leisten vermögen? Am instruktivsten dürfte dafür eine Tabelle sein wie die folgende, aus der sich die Expansionsnotwendigkeit und -fähigkeit der europäischen Mächte mit kolonialer Tradition leicht ablesen läßt.

Nationen	Flächen-*) Inhalt in 1000 qkm	Bevölkerung *)		Auswanderer **) im Jahr 1925	Handelsbilanz ***) 1925 (Verhältnis der Ausfuhr zur Einfuhr)	Kolonialbesitz *)	
		Absolute Zahlen in Millionen	auf 1 qkm			Größe in 1000 qkm	Bewohner in Million.
Belgien	30,4	7,7	258	2 498	81,6 %	2 420	18,0
Frankreich	550,9	39,2	71	—	103,3 %	11 225	55,6
Deutschland	467,7	62,3	133	62 563	70,8 %	—	—
Großbritannien . . .	244,0	44,2	181	140 594	58,4 %	34 000	401,0
Italien	310,1	42,0	135	312 038	69,9 %	2 378	2,1
Niederlande	34,2	7,3	214	2 987	75,5 %	2 030	49,5
Portugal	88,7	6,0	66	21 575	32,7 %	2 080	9,3
Spanien	497,8	21,9	43	55 544	70,3 %	348	1,2

Und nun Italien im besonderen, was sucht es, was hat es geleistet und was leistet es heute in Afrika? Mit seiner in schnellem Anwachsen begriffenen Bevölkerung und unter dem Druck dieser seiner demographischen Konstitution, gespornt von dem Bedürfnis, einen Ausweg für seine hochgespannte Produktionskraft zu finden, wie ein Gas unter Druck gesetzt, eines Ventiles bedarf, um nicht zu explodieren, und beunruhigt zugleich von dem Zwange, immer noch dem alten, seit Jahrtausenden ausgesogenen Boden die zum Leben erforderlichen Rohstoffe abgewinnen zu müssen, hat Italien Luft nötig und Raum zur Ausdehnung.

Nichts irrtümlicher als die Auffassung, das Italien des Faschismus schaffe eine Atmosphäre des Krieges: nicht Imperialismus im Sinne von Eroberung ist sein Bestreben, sondern ein Werten und in die Tatumsetzen aller gesunden Kräfte der Nation. Seine stärksten Kräfte aber liegen in seinem Reichtum an Söhnen. Was also könnte mehr im Mittelpunkt italienischer Politik liegen als eine gesund betriebene und richtig geleitete Auswanderung? Über 9 Millionen Italiener leben heute außerhalb ihrer Heimat! Wie sich die Verteilung dieser italienischen Aus-

*) Die geographischen Daten sind dem „Calendario-Atlante de Agostini" von 1927 entnommen, soweit möglich unter Zugrundelegung des Jahres 1925.

**) Für Italien auf Grund des „Bollettino del Commissariato Italiano dell' Emigrazione", für alle anderen Länder nach der „Chronique Mensuelle des Migrations", Genf, Dez. 1926.

***) Nach dem Recueil Mensuel de l'Institut International du Commerce" Brüssel, Jan. 1927, bezüglich auf das Jahr 1925, nur für Portugal auf 1924.



wanderer auf die einzelnen Erdteile in den letzten 5 Jahrzehnten gestaltet hat, entnehmen wir am besten einem erst kürzlich veröffentlichten amtlichen Bericht:

ITALIENER IM AUSLAND
auf Grund der Zählungen in den Jahren:

Erdteile	1871		1881		1891		1901		1911		1924*)	
	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.	Absolute Zahlen	auf 100 Italiener im Ausl.
Europa . .	155 278	57,36	380 352	36,84	470 118	23,69	649 095	17,98	910 568	15,69	1 306 704	13,99
Asien . . .	4 016	1,48	7 531	0,73	8 595	0,43	10 470	0,29	12 245	0,21	9 102	0,10
Afrika . .	23 645	8,73	62 203	6,03	75 211	3,79	163 030	4,51	176 676	3,04	221 366	2,37
Amerika .	87 026	32,16	579 355	56,11	1 426 446	71,87	2 782 225	77,05	4 698 343	80,93	7 784 357	83,32
Ozeanien .	740	0,27	2 971	0,29	4 365	0,22	6 141	0,17	7 294	0,13	20 567	0,22
Insgesamt	270 705	100,00	1 032 392	100,00	1 984 735	100,00	3 610 961	100,00	5 805 126	100,00	9 342 096	100,00

Diese Zahlen sind sprechend und bedürfen kaum einer Erläuterung. Es ist aber interessant zu beobachten, wie Afrika immer noch einen äußerst geringen Prozentsatz aufweist bezüglich der Gesamtziffer der Auslandsitaliener. Amerika zählt 83,32 %, Afrika nur 2,37 %. Die absoluten Zahlen der in Afrika ansässigen Italiener bewegen sich wohl von Jehr zu Jahr in aufsteigender Linie, natürlich auch infolge der demographischen Aufwärtsbewegung unter den Ausgewanderten selbst, aber die Verhältniszahlen zeigen in bezug auf Afrika eine abnehmende Tendenz.

Was die gegenwärtige Auswandererbewegung selbst betrifft, so gingen im Jahre 1926 von insgesamt 283 442 italienischen Auswanderern nur 5 889 nach Afrika, davon 5 752 in die afrikanischen Mittelmeerländer. Denn um das hier gleich hervorzuheben, es handelt sich bei der ilalienischen Auswanderung nach Afrika um zwei sehr verschiedene Ströme, den einen und bei weitem größeren in die afrikanischen Mittelmeerländer und den anderen in das übrige Afrika.

Im einzelnen verteilen sich die in Afrika ansässigen Italiener, wenn wir von den italienisch-staatlichen Kolonien absehen, nach den neuesten uns zugänglich gewordenen Berichten folgendermaßen: Französisch-West-Afrika 45, Französisch-Ost-Afrika 40, Britisch-Ost-Afrika 185. Süd-Afrika 1964, Algerien 37000, Kanarische Inseln 43, Kongo 598, Ägypten 45 106, Äthiopien 107, Madeira 62, Mosambik 58, Marokko 12258, Mauritius-Insel 2, Nigeria 70, Réunion-Insel 1, Seychellen-Inseln 2, Tunis 91 000.

Italiener in größerer oder kleinerer Zahl finden sich also überall, und der bekannte italienische Verfasser von Reisebeschreibungen, Mario Appelius, hat nicht ganz Unrecht, wenn er sagt, wo er keinen Vertreter irgend einer anderen

*) Die Zählung von 1924 wird z. Zt. einer Revision unterzogen, die beträchtliche Änderungen hinsichtlich der heute im Ausland lebenden Italiener ergeben dürfte.

Nation der Welt gefunden, da habe er noch Italiener getroffen. Weit verbreitet ist die Überzeugung, daß eine Hinleitung des italienischen Auswandererstromes zum tropischen Äquatorialafrika Resultate zeitigen würde analog denen, wie sie in Biled, dem Dattelland von Tunis, in den Pampas von Argentinien oder in den Steppen Brasiliens zu verzeichnen sind. Wie dem nun sei, auf jeden Fall dürfte dieser Gedanke Utopie bleiben, denn die Kolonialpolitik der Nationen, die jene in Frage kommenden Gebiete besitzen, bietet den Italienern nicht die Garantie, deren sie in diesem Falle bedürften.

Das Gebiet in Afrika, welches sich zufolge der dort betriebenen Kolonialpolitik als das günstigste für die italienische Auswanderung bietet, ist die südafrikanische Union, in der die englische Regierung ein zu bevölkerndes Land erblickt.

Es gab eine Zeit, in der die italienische Auswanderung nach Südafrika ziemlich bedeutend war. Zum großen Teil handelte es sich dabei um Arbeiter, die durch die hohen Löhne angelockt wurden, wie sie die Bergwerksunternehmer in der ersten Zeit boten, um des anfangs herrschenden Arbeitermangels Herr zu werden. Zu ihnen gesellten sich aber auch Bauern, Fischer und Handwerker. Nach dem Burenkrieg nahm die allgemeine Entwickelung des Landes einen derartigen Aufschwung, daß immer neue Nachfrage nach Einwanderern entstand, so daß sich gegen 1905 ungefähr 5000 Italiener in den südafrikanischen Staaten befanden. Die schwere Krisis, die aber dann folgte und sich in einer furchtbaren Teuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände fühlbar machte, veränderte in unerwarteter Weise die Sachlage; was verlockend gewesen war zur Einwanderung, wurde illusorisch, und zudem setzte, wie es nicht anders sein konnte, eine starke einwanderungsfeindliche Bewegung unter dem bereits ansässigen Proletariat ein.

Die drohende Gefahr der Arbeitslosigkeit, die in vielen Zentren herrscht, läßt an eine Einwanderung von Arbeitern zur Zeit garnicht denken. Dagegen können Bauern immer noch ihr Glück machen, wofern sie über ein kleines Kapital verfügen, um eine der Ackerbauflächen zu erwerben, wie sie die Regierung zu sehr billigen Preisen abgibt.

Eine intensivere Form der Einwanderung in diese Gegend, entsprechend natürlich immer der Absorbierungsfähigkeit des Landes und dem jeweiligen Stande des Arbeitsmarktes, ist daher italienischerseits wohl wünschenswert, wünschenswert auch ein unmittelbarer Handelsaustausch, Einfuhr wie Ausfuhr, wovon man bis heute so gut wie gar nicht reden kann, obwohl doch dieses Gebiet Afrikas Stoffe, Lebensmittel, Wolle- und Holzartikel nötig hat, die zum guten Teil von Italien geliefert werden könnten, dem dafür seinerseits Kohle, Gold und anderes willkommen wäre.

Von dem allen kann nicht die Rede sein hinsichtlich der anderen englischen Kolonien in Afrika, wo als in Gebieten wirtschaftlicher Ausnützung fremde Einwanderung keine Begünstigung findet.



Wie aus der oben gebrachten Übersicht über die Verteilung der italienischen Auswanderer auf Afrika deutlich hervorgeht, gibt es, abgesehen von der Südafrikanischen Union, überhaupt kein Gebiet in ganz Zentral- und Südafrika, wo italienische Handelspolitik in Frage käme. Es handelt sich bei all den mehr oder weniger geringfügigen Zahlen fast nur um Gelegenheitsarbeiter bei größeren Bewässerungs- oder Eisenbahnanlagen.

Wo hingegen Italien durch seine ausgewanderten Söhne eine ausgiebige und verheißungsvolle Kolonisationsarbeit betreibt, das ist einzig die afrikanische Mittelmeerküste. Hier aber sollte einleuchten, daß es sich weit mehr als um irgend welche Bestrebungen nach Alleinherrschaft im Mittelmeer um Beweggründe handelt, die tief in der geographischen Lage Italiens verwurzelt sind. Man braucht nur die Karte aufzuschlagen, um auf den ersten Blick zu sehen, wie der italienischen Halbinsel in bezug auf die afrikanische Mittelmeerküste eine unleugbare Vorzugstellung eignet. Italien befindet sich im Zentrum, seine unterste Südgrenze ist gleich weit entfernt von den äußersten Enden der afrikanischen Mittelmeerküste. Dazu kommt, daß das Klima Nordafrikas demjenigen von Süditalien nahezu entspricht. In der Tat treffen wir die Sommer-Durchschnittstemperatur Afrikas zwischen 25° für Algerien und 29° für Marokko und ebenso den Winter-Durchschnitt zwischen 9°8′ in Tunis und 14°1′ in Alexandria nahezu auch z. B. in Palermo mit einer mittleren Temperatur zwischen 11°2′ im Winter und 23°8′ im Sommer.

Außerdem verdient in Betracht gezogen zu werden, daß Italien zufolge seiner stark entwickelten Küstengliederung in hervorragender Weise den Charakter eines Seestaates trägt. Ist doch schon für das alte Rom seine Tüchtigkeit und Macht zur See ein bedeutungsvoller Faktor gewesen.

Es kann hier nicht der Ort sein, die geschichtlichen Vorgänge weiter im einzelnen zu verfolgen; es braucht nur grundsätzlich hervorgehoben zu werden, wie uns die Geschichte ein ununterbrochenes Band zeigt zwischen Italien und Afrika über das Mittelmeer, am engsten natürlich zwischen den sich nahekommenden Küstenstädten, vor allem mit Tunis, das gegen die Westspitze von Sizilien gemessen die geringste Entfernung zwischen Italien und Afrika aufweist.

Solche hundertjährigen engen Berührungen konnten nicht ohne Wirkung bleiben. Und so hören wir denn schon im Jahre 1900 J. Saurin, den Sekretär des französischen Komitees zur Bevölkerung von Tunis, in seinen Vorträgen, die er damals in verschiedenen Städten Frankreichs hielt, sagen: „La Tunisie renferme 80000 Italiens et 20000 Français. Devant notre inaction, de puissantes sociétés italiennes ont acheté et alloti 18000 hectares situés autour de Tunis en faveur de 15 à 20000 colons siciliens; partout les Italiens prennent possession du sol en groupes compacts et partout ils cherchent de nouvelles terres pour créer de nouveaux centres italiens. N'ai-je donc pas raison de pousser un cri d'alarme et de



venir dire à mes compatriotes: Hâtez-vous de nous envoyer les hommes et les capitaux nécessaires, si vous voulez que la Tunisie reste française!"

Trotz der Neuorientierung der italienischen Kolonialpolitik kommt das Problem Tunis in der Tat immer wieder an die Oberfläche. Auf Tunis entfällt der größte Teil der italienischen Afrikaauswanderung mit nicht weniger als 2973 für das Jahr 1926, während auf die ganze übrige afrikanische Mittelmeerküste, die italienischen Kolonien nicht einbegriffen, nur 1798 kommen.

Was im einzelnen den Arbeitsmarkt in den afrikanischen Mittelmeerländern betrifft, so treten nahezu dieselben Vorgänge in die Erscheinung wie in Europa. Auch hier, und zwar ganz besonders in Algerien, Marokko und Tunis, ist ein Übergangszustand zu verzeichnen, bei dem zu hoffen bleibt, daß ein neuer wirtschaftlicher Aufschwung auch wieder die Nachfrage nach fremden Arbeitskräften belebt. Im Augenblick finden höchstens noch qualifizierte Arbeiter Anstellungsmöglichkeit, da die gewöhnliche leichte Arbeit den Arabern überlassen wird.

Ägypten hingegen nimmt hinsichtlich des Arbeitsmarktes eine ganz spezifische Sonderstellung unter den Mittelmeerländern ein, indem es zum Zweck der Industrialisierung der im Lande befindlichen Kräfte eine Politik strenger Schutzmaßnahmen verfolgt, die alle ausländischen Arbeitskräfte so gut wie ausschließt.

Aus diesen Schwierigkeiten, denen eine intensive italienische Auswanderung in Afrika begegnet, und aus der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika wie auch Kanada aller Einwanderung die Tür schließen, Brasilien aber und Argentinien vorerst für keinen weiteren Zustrom an Einwanderern mehr Raum haben, entstand für Italien als diejenige unter den großen Nationen, welche an Menschen und Arbeitskraft am meisten Überfluß hat, das Problem, das es mit energischer Hand anzugreifen galt: Wohin mit dem Überschuß an Kräften?

Nur eine starke Regierung mit dem begeisterten Willen einer einigen Nation hinter sich konnte das Problem lösen. Und das war und ist, wer möchte es noch bezweifeln, die faschistische Regierung. Nichts ist weniger ihr Bestreben, als die dem italienischen Volke innewohnende demographische Kraft zu dämmen, auf die sie vielmehr stolz ist als auf Italiens Reichtum, so wie etwa Nordamerika auf seinen unerschöpflichen Reichtum an Rohstoffen stolz sein kann. Aber damit ist keineswegs gesagt, daß die faschistische Regierung die Auswanderung begünstigte um der Auswanderung selbst willen. Nur eine bittere Notwendigkeit erblickt sie in ihr, die es auf ein Mindestmaß zu beschränken gilt. Sind es doch immer die besten Kräfte, die Jungen, die Mutigen, die so das Vaterland verlassen! Aber nur aus Vaterland und Kolonien vereint kann Arbeitsmöglichkeit für alle erwachsen. Bezeichnend auch in dieser Hinsicht ist die Tatsache, daß in Italien so gut wie keine Arbeitslosigkeit besteht. Und bezeichnend ist vor allem die ungeheure Kolonisationsarbeit selbst, die in den staatlich-italienischen Besitzungen in Afrika zur Entfaltung kommt.

Das erste eigentliche italienische Kolonialunternehmen datiert ja bereits vom Jahre 1885, als der damalige Minister Depretis die Sendung von einigen Kriegsschiffen ins Rote Meer beschloß, von denen die erste Besatzungstruppe an Land ging. Schon 1870 hatte die Schiffahrtsgesellschaft Rubattino ein Kohlendepot in Assab erworben. Nach und nach war Assab in den Besitz der Regierung übergegangen, die es 1882 zur italienischen Kolonie erklärte, was damals im Ausland als Erwiderung auf die französische Besetzung von Tunis aufgefaßt wurde. Der weitere Gang der italienischen Kolonialeroberung ist allgemein bekannt. Die Kämpfe waren schwer und verlustreich, aber was schlimmer für Italien, die Opfer an Blut und Geld wurden von keiner der seitherigen Regierungen durch eine rationelle Kolonialpolitik ausgenutzt. Erst der faschistischen Regierung war es vorbehalten, den italienischen Besitzungen in Afrika Sicherheit und Wert zu verleihen.

Die ausgedehnteste derselben ist Lybien mit einem Flächeninhalt von 1800000 qkm und einer Bevölkerung von 1070000. Ihm schließen sich an Somalia mit 365400 qkm Ausdehnung und 450000 Bewohnern, Erythrea mit 119000 qkm und 380000, und endlich Jubaland (Oltregiuba) mit 91000 qkm und 150000 Bewohnern.

Unter allem, was die faschistische Regierung grundlegend für das Bestehen der afrikanischen Kolonien, insonderheit zugunsten von Somalia und Cyrenaica geleistet hat, steht obenan die Besetzung von Oltregiuba, von Nord-Somalia und von Giarabub. Dies zur politischen Kräftigung der Kolonien. Nach der wirtschaftlichen Seite und für die Verwaltungsmaßnahmen scheint uns am beweiskräftigsten das stufenweise Anwachsen des Kolonialbudgets, das für das Rechnungsjahr vom 1. Juli 1927 bis zum 30. Juni 1928 vom Kolonialminister auf 391 Mill. Lire, d. h. auf 40 Mill. mehr als im Vorjahre veranschlagt wurde. Zur richtigen Beurteilung dieser Ziffern mögen einige Einzelheiten dienen.

In Erythrea, der ältesten italienischen Kolonie, die in den letzten Jahren an politischer Festigkeit, administrativem Ausbau und Produktionsorganisation derart gewonnen hat, daß die allgemeine wirtschaftliche Krisis, obwohl dieselbe durch den Durchgangsverkehr hier noch verschärft wird, nach Ansicht des Kolonialministers selbst kaum zu ernstlichen Befürchtungen mehr Anlaß bietet, — in Erythrea ist Massaua zu einer der modernsten Städte am Roten Meere geworden, und noch weitere Arbeiten zur Vergrößerung des Hafens sind schon vergeben. Der Handelsverkehr von Assab, dem natürlichen Ladeplatz für Mittelabessinien, ist zu neuem Leben erwacht, die Eisenbahn bis nach Agordat fortgeführt, der Karawanenhandel durch Wiederherstellung der Wasserstellen und Karawansereien neu belebt. Die zur Bewässerung großer Ebenen vorgesehenen Pumpanlagen am Gashfluß sind vorwärtsgebracht, die Salzwerke in beständigem Ausbau begriffen. Nimmt man dazu, daß Freundschafts- und Handelsverträge geschlossen wurden mit dem König von Yemen, wodurch sich die Beziehungen zum benachbarten Äthiopien wesentlich besser gestaltet haben, so darf man wohl sagen, das Ery-



threa heute für Italien schon weniger mehr eine Aufgabe darstellt, als eine Möglichkeit der Nutzbarmachung aller Kräfte des Mutterlandes.

Eine nicht minder fieberhafte Tätigkeit ist in Somalia zu verzeichnen, der italienischen Kolonie am Indischen Ozean, die durch die oben schon erwähnte Besetzung von Oltregiuba sowie infolge des günstigen Abschlusses der militärischen Operationen in Nordsomalia auf fast das Doppelte des alten Gebietes von Benadir angewachsen ist. Landwirtschaft wie Industrie haben in Benadir einen hohen Aufschwung genommen, wovon allein schon die weithin bekannte italienisch-somalische Ackerbaugesellschaft Zeugnis ablegt, an deren Spitze sich der Herzog der Abruzzen gestellt hat. Ein Gebiet von über 50000 ha längs des Scebeliflusses ist zur Bewässerung in Angriff genommen, davon bereits 18000 ha in den Händen von etwa 60 italienischen Unternehmern und mit Baumwolle bebaut. Dazu eine erhebliche Vermehrung des Zuckerrohrbaues und die Anlage von Zuckerfabriken. Auch die großen Salzwerke von Hafun sind schon dem Betrieb übergeben. Bei alledem aber muß man sich vergegenwärtigen, daß in Somalia, wie ja in allen äquatorialen Kolonien, eine intensive Verwertung weißer Arbeitskräfte durch das Klima ausgeschlossen, jede Unternehmung mithin von dem Umfang der vorhandenen Eigeborenenarbeitskräfte abhängig ist. Ein drohender Mangel in dieser Hinsicht macht sich schon jetzt in Benadir bemerkbar, so daß eine weitere Bebauung auch von Oltregiuba nur langsam und mit Vorsicht, jedenfalls erst nach erfolgtem Ausbau eines Eisenbahnnetzes, in Angriff genommen werden kann.

Von überragender Wichtigkeit aber für Italien bleiben die Mittelmeerkolonien, von denen Tripolis nun schon seit Jahren in ungestörtem Frieden aufblühen kann, während Cyrenaica trotz befriedigender Resultate doch immer noch nicht ganz zur Ruhe gekommen ist. Das hat ebenso seine geographischen wie seine geschichtlichen Gründe. Die Bevölkerung von Tripolis ist eine überwiegend seßhafte Ackerbaubevölkerung, was zur Folge hatte, daß die Besetzung sehr schnell auch zur Entwaffnung und Ruhe führte. Cyrenaica hingegen, durch seine hafenlos unzugänglichen Küsten sozusagen von der zivilisierten Welt abgesperrt, wozu die lange Vernachlässigung unter türkischer Herrschaft das ihrige getan hat, steht an Zivilisation weit hinter der Schwesterkolonie zurück. Von wenigen kleinen Gruppen in den Oasen abgesehen, sind die Bewohner Nomaden; denn die Einwohner der beiden, von der italienischen Okkupation angetroffenen städtischen Zentren Bengasi und Derna können nicht als Eingeborene von Cyrenaica angesprochen werden, sondern sind von Tripolitanien her eingewandert. Dieser Nomadencharakter der Bevölkerung vor allem ist der Grund, warum sich die Kolonie Cyrenaica so lange einer wirksamen italienischen Besetzung oder militärischen Unterwerfung entzieht.

Was nun eine Nutzbarmachung dieser beiden Kolonien betrifft, so ist dieselbe vor allem im Ackerbau zu suchen und wird daher von der faschistischen Regierung durch eine möglichst intensive Einwanderungspolitik erstrebt, keineswegs

jedoch zu einer Ausrottung oder Verdrängung der Eingeborenen, sondern zu einer für beide Teile segensreichen Zusammenarbeit, in der die faschistische Regierung binnen einem Vierteljahrhundert nicht weniger als 300000 Italiener beschäftigt zu sehen sich zum Ziel gesetzt hat. Planmäßige Förderung der Verkehrsmittel, Hafen-, Eisenbahn- und Straßenbau, wirtschaftliche Organisation und Verordnungen über Bodenreform, das sind die Wege, die tatkräftig beschritten werden. Für Tripolis ist das Hafenproblem mit der gleichnamigen Hauptstadt selbst gelöst, deren Hafen noch auf lange hinaus den Bedürfnissen der Kolonie genügen dürfte. Für Cyrenaica ist nichts geschehen in 16 Jahren. Aber eben darum will man hier jetzt nicht Stückwerk, sondern ein organisches Ganzes schaffen. Daher bis heute noch kein Beginn der Ausführung der in den Hauptlinien schon ausgearbeiteten und von maßgebender Seite gebilligten Pläne.

Die landwirtschaftliche Ausnützung hingegen, deren Zweckmäßigkeit schon vor dem Kriege in langen Debatten umstritten wurde und deren Möglichkeit der Faschismus nach dem Weltkriege sogar gegenüber der Neigung, die Kolonie ganz aufzugeben, zu verteidigen hatte, hat dank diesem tatkräftigen Sicheinsetzen heute bereits 66000 ha Ackerland in Tripolis und 13000 ha in Cyrenaica zu verzeichnen, was zusammen mit einer Zahl von 35000 Italienern, die in Gesamt-Lybien Lebensunterhalt finden, nach 16jährigem Bestehen der Kolonie und angesichts der schweren äußeren und inneren Krisen dieser Jahre jedenfalls eine bemerkenswerte Leistung darstellt.

Die Messe von Tripolis mit ihrer imposanten Beteiligung seitens der produktiven Kräfte Italiens ist eine neue Manifestation des festen italienischen Willens, dem liebgewonnenen Lybien einen größtmöglichen Aufschwung zu sichern.

So wetteifern denn die Kornfelder, die unter der heißen Sonne Lybiens reifen, mit denen im Tale des Po, um eine zweite Kornkammer für Italien zu werden, wie die Bedürfnisse des Mutterlandes sie so sehr erheischen.

Bis vor 15 Jahren noch konnten sich die Karawanenunternehmer von Tripolis rühmen, fast den gesamten Karawanenhandel des Sudan in ihren Händen zu haben; das hat sich sehr geändert, vor allem infolge der Verbindungen, die England durch sein Schutzland Nigeria eingerichtet hat. Durch eine Steigerung der italienischen Handelsverbindungen könnte auch dieses Prestige wiederhergestellt werden.

Damit dürfte in großen Linien veranschaulicht sein, was Italien auf Grund seiner ethnischen und geographischen Bedingungen mit seiner Kolonisationsarbeit in Afrika suchen kann, leistet und zu erreichen strebt.



A. DRESLER:

ITALIENISCHE PROBLEME

Italiens Übervölkerung

Mussolini hat kürzlich das Wort gesprochen, Italien befinde sich in einem Fieberzustand von 40°, der leicht auf 41° ansteigen könne. Zweifellos hat er bei diesem Worte in der Hauptsache mit an die starke Übervölkerung Italiens gedacht, die seit Ende des Weltkrieges zu einem politischen Faktor von größter Bedeutung geworden ist und zu einer Spannung vor allem mit dem größeren, aber volksärmeren Frankreich geführt hat, einer Spannung, die sich bisweilen geradezu zu einer Kriegsgefahr auswuchs. Betrachten wir kurz einmal die gegenwärtige bevölkerungspolitische Lage Italiens.

Die Volksdichte beträgt in Italien zur Zeit 124 Menschen auf den Quadratkilometer im Durchschnitt. Legt man die Berechnungen Pencks über das Verhältnis von Bodenfläche und Lebensbedingungen zur Bevölkerungsdichte zugrunde, so würde sich für Italien eine mögliche mittlere Dichte von 100 Menschen auf den Quadratkilometer ergeben. Italien gehört aber zu den übervölkertsten Ländern der Erde, und zwar um so mehr, als ein Drittel seiner Bodenfläche von Sümpfen und Gebirgen bedeckt ist, nach deren Abzug von der Siedlungsfläche sich schon 1910 eine Volksdichte von 178 Menschen auf den Quadratkilometer ergeben haben würde. Von 1871 bis 1901 ist die Volksdichte um nicht weniger als 15% gestiegen. 1911 zählte das Land 35959077 Einwohner, darunter freilich 1150236 zeitweise Ausgewanderte, 1921 waren es über 39000000, wobei allerdings der Land- und Bevölkerungsgewinn infolge des Weltkrieges in Betracht zu ziehen ist, am 31. Dezember 1925 waren es bereits 42115606 Einwohner, d. h. innerhalb von 4 Jahren fand eine Zunahme um 3000000 statt. Die Kriegsverluste sind also im Gegensatz zu Frankreich schon wieder eingebracht. Sie betragen nach dem kürzlich erschienenen Werk des Mailänder Professors Mortara an Verlusten des Heeres und der Zivilbevölkerung insgesamt 1500000 Menschen. 1921 ergab die Volkszählung eine Volksvermehrung um 7 auf das Tausend, 1926 erreichte der Bevölkerungszuwachs 450000 Menschen. Dieser Zustand wird um so unerträglicher. als die vor dem Kriege sehr starke Auswanderung seit 1918 ihre alte Höhe noch bei weitem nicht wieder erreicht hat und ihr eine vermehrte Rückwanderung von Auslandsitalienern in die Heimat gegenübersteht. Die Auswanderung begann kurz vor 1870 in nennenswertem Umfang und erreichte 1913 fast die Zahl 800000 oder $2^1/_2$% der Bevölkerung Italiens. 1923 waren es zwar wieder 400000 oder 1%, aber für 1926 wird ihre Zahl nur mit 300000 angegeben. Die Rückwanderung steigt vor allem aus Nordamerika. Die Agenzia di Roma rechnete am 8. Juni 1926

mit 3472457 in den Vereinigten Staaten ansässigen Italienern, so daß sie nach den Deutschen dort das zweitstärkste nichtangelsächsische Element bilden würden. Das 1924 in Kraft getretene Einwanderungsgesetz der U. S. A. hat nun aber für die meisten Länder bestimmte Einwanderungszahlen festgesetzt und dabei auch die Zahl der einwandernden Italiener sehr vermindert. Während 1914 noch 283700 Italiener einwanderten, waren es vom 1. Dezember 1924, also vom Inkrafttreten des neuen Gesetzes, bis 30. Juni 1925 nur 2678. Der Protest Italiens hat dann zwar zur Erhöhung der Zahl für einwandernde Italiener geführt, aber nach den Angaben des amerikanischen Einwanderungsbureaus für 1925/26 standen 9734 Einwanderern aus Italien 20004 Rückwanderer gegenüber. Und ganz allgemein wendet sich seit 1918 die italienische Auswanderung von Amerika ab und mehr Europa zu. Das ist von größter politischer Bedeutung.

Während die italienische Auswanderung bis 1887 vorwiegend sich nach Europa gewandt hatte, richtete sie sich seit 1887 vorwiegend nach Amerika. 1901 gab es in Amerika 2505870 Auslandsitaliener und in Europa 654053. Seit dem Weltkriege aber tritt die Auswanderung nach Europa wieder in den Vordergrund, vor allem die nach Frankreich. Unter den 2834949 in Frankreich 1925 ansässigen Fremden stehen die Italiener mit über 800000 an der Spitze. Nach den letzten Angaben des französischen Arbeitsministeriums sind von den vom 1. Januar 1920 bis 31. Dezember 1925 fast 1200000 eingewanderten Arbeitern 280000 zurückgewandert, unter den in Frankreich gebliebenen aber machten die Italiener mit 360000 Industrie- und 60000 Landarbeitern fast 50% der Gesamtzahl aus. 1901 bildeten die 291880 in Frankreich weilenden Italiener keinen Anlaß zur Besorgnis, heute dagegen weisen französische Politiker und Zeitungen mit um so mehr Grund auf die durch 800000 im Lande lebende Italiener heraufbeschworene Gefahr, als sie größtenteils, z. B. in der Gaskogne, in geschlossenen Dörfern sich niederlassen, ihre italienische Staatsangehörigkeit behalten, italienische Kirchen und Schulen bauen oder fordern, als ferner die Ansiedlung vieler Italiener in Südfrankreich das Wiederaufleben italienischer Ansprüche auf Rückgewinnung von Savoyen und Nizza begünstigt, als der Faschismus sich in viel tatkräftigerer Weise als das Italien der Vorkriegszeit der Auslandsitaliener annimmt, und als endlich die Zusammenstöße zwischen Faschisten und Antifaschisten unter den Italienern in Frankreich schon mehrmals zu politischen Verwicklungen mit Italien und zu ernster Mißstimmung zwischen beiden Ländern geführt haben. Es kommt hinzu, daß in dem französischen Protektoratsgebiet von Tunis nach eigenen französischen Angaben 1921 eine Mehrheit von 130000 Italienern einer Minderheit von nur 54000 Franzosen, das Militär und die Beamten mitgerechnet, gegenüberstand, und daß auch in Marokko 25—30000 Italiener leben. Infolgedessen wird in Italien immer wieder die Forderung nach Überlassung von Tunis an Italien laut, wobei darauf hingewiesen wird, daß Italien nicht allein 2000000 Einwohner mehr hat



als Frankreich, obwohl es 240 000 qkm weniger Bodenfläche hat, sondern daß etwa 10 000 000 Auslandsitalienern in aller Welt nur eine ganz geringe Zahl von Auslandsfranzosen gegenübersteht, die nicht im entferntesten zur Besiedlung und dauernden Behauptung des riesigen französischen Kolonialreiches ausreiche.

Das rasche Anwachsen des Auslandsitalienertums von 3 344 548 im Jahre 1901 auf etwa 10 000 000 1926 hat überhaupt wesentlich zur heutigen Weltpolitik Mussolinis beigetragen. Nach seinem „Popolo d'Italia" vom 26. Februar 1926 umfaßte der im Ausland organisierte Faschismus bereits 75 Delegationen und Unterdelegationen, 389 Fasci, 96 ihnen unterstehende Zellen, 31 in Bildung begriffene Zellen, 500 zugehörige Verbände, 51 weibliche Fasci, je 70 Jugendgruppen der „Ballila" und „Avanguardie", 20 Zeitungen, 4 Zeitschriften und 200 sympathisierende Blätter. Und zur Regelung der Auswanderung ist ein besonderes Auswanderungskommissariat geschaffen worden, das vor allem für den Schutz der Italiener im Ausland sorgen soll. Geburtseinschränkung oder Senkung der Lebenshaltung in Italien wird notwendig sein, wenn sich die Verhältnisse nicht ändern, die italienische Presse schreibt aber, daß beide Fälle nicht eintreten können und dürfen. Der Weg zur Lösung der Frage sei daher nur Erweiterung der Kolonien und vermehrte Fürsorge für die Auswanderung. Als ein Zeichen der Lebenskraft und der Ausdehnungsnotwendigkeit des italienischen Volkes wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß es zur Zeit in Italien über 20 000 Familien mit 10 und mehr Kindern gibt.

Italiens schnelle Bevölkerungszunahme bereitet vor allem Frankreich die größte Sorge. Für uns Deutsche ist dies von höchster Bedeutung, weil Frankreich seit dem Einsetzen einer geringen Zunahme oder gar Stillstand seiner Bevölkerung vor 80 Jahren immer wie gebannt auf Deutschlands Volksvermehrung geblickt hatte. 1918 gelang es Frankreich, Deutschland um mehrere Millionen Einwohner zu schwächen, es politisch zu knebeln und durch Einschränkung seines Heeres auf 100 000 Mann wehrlos zu machen. Heute blickt Frankreich dafür wie gebannt auf Italiens größere Volkszahl, auf seinen „Fieberzustand von 40°" und französische Blätter rechnen voll Sorge bereits aus, wann Italien in der Lage sein wird, ein größeres Heer auf die Beine zu bringen, als Frankreich trotz der Einstellung von 240 000 farbigen Truppen aufzustellen vermag.

Das Streben nach der Mittelmeerherrschaft

War das Streben Italiens nach Seegeltung bis 1914 in der Hauptsache auf die Herrschaft über die Adria gerichtet, so hat es sich unter der faschistischen Regierung nach Erreichung dieses Zieles zum Anspruch auf Beherrschung des ganzen Mittelländischen Meeres, zum mindesten jedenfalls auf eine Vormachtstellung in ihm erweitert. Zeugnis legt unter anderem die Rede ab, die Mussolini am 5. Oktober 1926 in Perugia vor den Hörern der italienischen Universität für Ausländer



gehalten hat über das Thema: „Die Seemacht des alten Rom." Diese Rede, über deren Inhalt die Presse seinerzeit nur auszugsweise berichtet hat, ist inzwischen gedruckt erschienen *). Da ihre Bedeutung nicht eine historisch-wissenschaftliche ist, sondern sie vielmehr die Stellungnahme des italienischen Staatsoberhauptes zu einer der wichtigsten Fragen seiner eigenen Außenpolitik wiedergibt, sei hier kurz auf sie eingegangen.

In seiner knappen und klaren Art kennzeichnet Mussolini als Grundlage des römischen Reiches überhaupt die Beherrschung des Mittelmeeres. In der römischen Geschichte unterscheidet er drei Abschnitte des Verhältnisses Roms zur See: erstens: Rom als Führerin Latiums muß die Seemacht der Etrusker, Griechen, Syrakusaner und Karthager anerkennen; zweitens: Ròm als Haupt des italienischen Bundes wird selbst Seemacht und erkämpft sich die Herrschaft über das Mittelmeer, vor allem gegen die Karthager in langen, opfervollen Kriegen; drittens: auf dieser Seeherrschaft begründet Rom sein Weltreich, und es behauptet sie so gut wie unbestritten bis zu seinem Untergang.

Was Mussolini in den Vordergrund seiner Ausführungen gestellt hat, ist der Gedanke, daß Rom durch seine geographische Lage, trotz seiner sumpfigen, zur Schiffahrt nicht geeigneten Küste und obwohl ursprünglich als Bauern- und Hirtenvolk dem Seewesen abgeneigt, gezwungen wurde, sich auf dem Meere Geltung zu verschaffen, seine Stellung in Italien durch die Beherrschung der Italien umgebenden Gewässer zu sichern, und daß es in richtiger Erkenntnis dieser Notwendigkeit keine Mittel und Mühe scheute, ein Seevolk zu werden und seine Macht auf die ganzen Küsten des Mittelländischen Meeres auszudehnen. Der sagenhafte König Ancus Martius soll Ostia als römischen Hafen errichtet und Schiffe gebaut haben, später wurden römische Schiffe in den Gewässern von Cumae durch die Griechen beschlagnahmt, 509 v. Chr. schloß Rom mit Karthago einen Handelsvertrag ab, kurz darauf einen anderen mit Tarent, 348, 343 und 306 weitere mit Karthago, in denen allen die Schiffahrt der Römer nur geduldet und auf bestimmte Gebiete beschränkt wurde, 306 wurde ihnen noch der Handel in Sardinien und Afrika untersagt. In dieser ersten Zeit, in der Rom Führerin von Latium war und damit über ein Gebiet von nur 8000 qkm verfügte, war die römische Handelsschiffahrt noch gering, eine römische Kriegsflotte gab es nicht. Die einzige latinische Stadt, die Seegeltung besaß, Antium, fiel 338 v. Chr. in die Gewalt der Römer.

Zwischen 330 und 270 v. Chr. gewinnt Rom zu seinen Seestädten Ostia und Antium weitere hinzu: Terracina, Ponza, Pästum, Brindisi, Senigallia, Rimini, es ernennt zwei Duumviri navales und bald darauf vier Quästoren der Flotte mit den Sitzen in Ostia, Brindisi und Rimini. In dieser Zeit, in der Rom 278 v. Chr. 278000 römische Bürger zählt und 282 schon über ein Gebiet von 130000 qkm

*) Benito Mussolini, Roma antica sul mare. Verlag Mondadori, Mailand 1926, 83 S.



herrscht, wird es Seemacht. Die Flotten und Schiffsmannschaften der neugewonnenen Seestädte stehen ihm zur Verfügung, es wird ein gefährlicher Rivale Tarents und kann den aus Epirus kommenden Schiffen den Zugang zur Adria schließen. Die Grundlage für das spätere Weltreich des Augustus ist gelegt, der Handel blüht auf, 260 wird die erste römische Silbermünze geprägt.

Roms Seeherrschaft mußte heiß erkämpft werden. Mit der Räumung Korsikas durch die Griechen hatte das griechische Marsilia in Südgallien seine Seemacht eingebüßt, die Etrusker wurden zur See von den Syrakusanern 474 bei Cuma geschlagen, zu Land darauf von den Römern bezwungen, aus dem langen Kampfe zwischen Syrakusanern und Karthagern gingen die Karthager am Ende des 4. Jahrh. als Sieger hervor, sie wurden die Gegner Roms im Streit um die Mittelmeerherrschaft, 280 besetzen die Karthager die Liparischen Inseln, während die Römer zu Lande das heutige Reggio in Kalabrien erreicht haben. Ausführlich schildert Mussolini sodann den langjährigen Kampf gegen Karthago, er führt die Zahlen der von Rom gebauten Kriegsschiffe, die Stärke der kämpfenden Flotten, die Verluste beider Seiten an. Rom mit einer Volkszahl von etwa 4 Millionen verlor im ersten punischen Kriege ein Sechstel seiner Bevölkerung, 700 Schiffe, und der Wert des As sank um 83%. Demgegenüber aber betont Mussolini den Erfolg dieser Opfer: Seeherrschaft und damit eine rasche Entfaltung des Seehandels und als Beginn des späteren Weltreiches der Gewinn von Sizilien, Sardinien, Korsika, nebenher die Besiegung der illyrischen Königin Teuta, erstes Fußfassen auf dem Balkan, Beherrschung der nördlichen Adria und Besetzung der Poebene. 23 Kriegsjahre brachten die Weltherrschaft für mehrere Jahrhunderte. Den zweiten punischen Krieg vermochte Karthago bereits nicht mehr zur See zu führen, nach Mussolini zog Hannibal nur deshalb an Rom vorbei rückwärts, weil er die römischen Häfen gewinnen und Rom durch Brechung seiner Seemacht auf die Knie zwingen wollte. Entscheidend für den Ausgang des Krieges sei die Einnahme von Syrakus, die Wiedereroberung von Agrigent und Tarent und die Behauptung ihrer Seegeltung durch die Römer geworden. Karthago verschwand vom Erdboden, Rom blieb Herrin des Mittelmeeres noch drei Jahrhunderte nach Christi, es wurde ein römisches Binnenmeer, darüber hinaus fuhr Germanicus mit einer Flotte von der Nordsee in die deutschen Flüsse, umschiffte Vespasian Britannien, fuhr Trajan durch das Rote Meer in den Indischen Ozean, besiegte Septimius Severus die Byzantiner zur See und Claudius II. die Gotenflotte in der Ägäis. Erst mit dem Verfall der römischen Macht zu Lande sank auch die römische Seemacht und der römische Welthandel dahin. Bis dahin war die Stadt Rom, deren Bewohnerzahl in der Zeit der Blüte zwischen 2 und 4 Millionen betragen habe, dank ihrer Kriegsflotte die Gebieterin des Erdkreises, große Opfer, unbeugsame Energie, zielbewußte Zähigkeit machten aus dem Bauernvolk der Römer ein Seevolk und die gleichen Eigenschaften würden auch in Zukunft zu den gleichen Erfolgen führen. Soweit die



Darstellung Mussolinis. Sie ist einseitig, aber gerade in ihrer Einseitigkeit läßt sie uns ihre politische Absicht erkennen.

Es lag eine wohlberechnete Bedeutung schon darin, daß Mussolini seine Rede vor Ausländern hielt. Er will das Ausland mit dem Gedanken vertraut machen, daß wie das alte Rom so das heutige Italien Anspruch auf die Seeherrschaft im Mittelmeer erhebt, daß es in der Weltwirtschaft eine führende Stellung einzunehmen trachtet, daß es wenn nötig mit den gleichen Opfern, der gleichen Zähigkeit und Entschlossenheit wie Rom um die Geltung zur See kämpfen wird.

Man hat Mussolinis Rede in dem Sinne zu deuten gesucht, als habe er beabsichtigt, mit seiner Dreiteilung der Stellung Roms zur See Vergleiche mit der Stellung des modernen Italien zur See ziehen wollen. Wie Rom die Seeherrschaft der Etrusker und Karthager zuerst habe anerkennen müssen, so Italien die Österreichs und Frankreichs, wie Rom dann die Etrusker zu Lande besiegt habe und dadurch auch ihre Seemacht vernichtete, so habe Italien ein gleiches mit Österreich getan und es gehe jetzt ebenso einem Entscheidungskampf um die Mittelmeerbeherrschung mit Frankreich entgegen wie Rom dem mit Karthago. Bei solchen Kombinationen wird darauf angespielt, daß Frankreich durch den Besitz von Tunis ja gewissermaßen auch rein geographisch der Nachfolger Karthagos geworden ist. Solche Vergleiche sind zwar nur als Spielereien zu betrachten und lagen wohl auch nicht im Sinne der Rede Mussolinis — die Rolle Englands im Mittelmeer findet z. B. keine Parallele in der Antike —, aber sie zeigen doch, wie sehr das Streben nach der Mittelmeerherrschaft im faschistischen Italien bereits Fuß gefaßt hat. Der Mangel einer Flotte und Seegeltung, wie er bei der Entsendung der sardinischen Truppensendung in den Krimkrieg sich zuerst deutlich fühlbar machte, hat sich in Erinnerung an die Seemacht des alten Rom zu dem Wunsche ausgewachsen, das Mittelmeer wie einst zu einem römischen Binnenmeer so jetzt zu einem italienischen Binnenmeer werden zu lassen. Die Verstärkung der italienischen Flotte, die Aufgabenstellung bei ihren Manövern, die argwöhnische Beobachtung der französischen Flotte, das Bemühen, den Bau einer südslawischen Flotte zu verhindern, sind Zeichen für die imperialistische Seepolitik, die das Italien Mussolinis eingeleitet hat und die es durchzuführen gewillt ist als Grundlage für eine neurömische Weltpolitik überhaupt.

Die „Getreideschlacht"

Der kriegerische Faschismus liebt es, alle seine großen Unternehmungen als „Schlachten" zu bezeichnen. So wird von einer „Schlacht der Lira" gesprochen, d. h. von dem Versuch, die italienische Währung zu stärken und vor dem auch ihr manchmal drohenden Schicksal des französischen Franken zu bewahren, weiter von einer „Schlacht der Geburten", d. h. von dem Bestreben, Italien durch seine rasche Bevölkerungszunahme zu einer Großmacht werden zu lassen und es zum



mindesten Frankreich an Volkszahl überflügeln zu lassen, was seit 1920 bereits geschehen, und endlich von einer „Schlacht des Getreides", d. h. von dem Bemühen, das bisher auf eine bedeutende Getreideeinfuhr angewiesene Italien von dieser möglichst unabhängig zu machen, sie jedenfalls durch gesteigerte Entwicklung der eigenen Landwirtschaft sehr einzuschränken.

Italien gehört seit langem zu den Ländern, deren eigene Getreideerzeugung nicht zur Deckung des Getreidebedarfes seiner Bevölkerung ausreicht. In den Jahren 1909—1914 wurde eine Durchschnittsernte von 49 272 000 Doppelzentnern Getreide erzielt, in den Jahren 1920—1925 51 053 000 Doppelzentner. Der jährliche Bedarf dagegen betrug durchschnittlich etwa 75 000 000 Doppelzentner. Mithin ist in den letzten Jahren eine jährliche Getreideeinfuhr von rund 25 000 000 Doppelzentnern, d. h. von etwa einem Drittel des Gesamtbedarfes nötig gewesen. Die verfügbare Getreidemenge, d. h. die eigene Erzeugung zuzüglich der Einfuhr und abzüglich der freilich nur geringen Ausfuhr, betrug 1921/22 79 000 000 Doppelzentner, 1922/23 73 750 000 Doppelzentner, 1923/24 79 750 000 Doppelzentner, 1924/25 72 250 000 Doppelzentner und 1925/26 83 000 000 Doppelzentner. Es ergeben sich also nicht geringe Schwankungen in den verschiedenen Jahren, was darauf zurückzuführen ist, daß der Getreideverbrauch für den menschlichen Bedarf und für die Viehfütterung sowie auch die Zurückbehaltung eines Reservevorrates in jedem Jahre wechseln.

Um nun den Getreidebedarf Italiens mehr als bisher durch die eigene Landeserzeugung zu decken, hat Mussolini die sogenannte „Getreideschlacht", la battaglia del grano, eingeleitet. Vor allem sucht die faschistische Regierung die Landwirtschaft zu heben. Etwa ein Drittel des italienischen Bodens ist unfruchtbares Berg- und Sumpfgebiet, die übrigen zwei Drittel aber sind keineswegs in modernem Sinne voll ausgenutzt. Zudem ist die Getreideerzeugung nicht gleichmäßig groß in den einzelnen Provinzen, im Norden wird der Boden besser ausgenützt als im Süden und auf Sizilien. So ist denn die Regierung darangegangen, den Getreidebau besonders im südlichen Teil der Halbinsel und auf Sizilien, der Kornkammer des einstigen Römerreiches, zu fördern. Bisher nur in geringem Maße verwandte Düngemittel sind beschafft worden, die neuesten landwirtschaftlichen Maschinen hat man besorgt, Preise für besonders gute Erträgnisse sind ausgesetzt, ein allgemeiner Wettbewerb ist eingeleitet worden, über den die faschistischen Zeitungen ausführlich laufend berichten, die Regierung stellt umfangreiche Versuche mit einzelnen Getreidesorten usw. an, kurzum die „Getreideschlacht" ist zu einer großen nationalen Sache gemacht worden.

Die Erfolge der „Getreideschlacht" lassen sich noch nicht voll übersehen infolge des recht wechselnden Bedarfes. Auch ist zu bedenken, daß der Bedarf jährlich durch die starke Volksvermehrung wächst. Immerhin sind aber seit dem Beginn der „Getreideschlacht" bedeutend erhöhte Erträgnisse in allen Landesteilen er-



zielt worden. So ergab die Provinz Mailand 1925 — allerdings einem besonders günstigen Jahre — statt des früheren Durchschnitts von 900 000 Doppelzentnern über 1 300 000 Doppelzentner und 1926 1 100 000 Doppelzentner. Statt bisher 20—25 000 Doppelzentnern besten Saatgetreides erhielt man jetzt 40 000 Doppelzentner. Der Ankauf von Traktoren überstieg den des Vorjahres um 150, was bei 300 Gemeinden mit 60 000 Familien eine bedeutende Zahl ist. Die Verwendung von Düngemitteln stieg von 183 000 Doppelzentnern 1924/25 auf 378 000 Doppelzentner. Während der Durchschnittsertrag für das gesamte Königreich 12 Doppelzentner auf den Hektar beträgt, erreichte man in der Provinz Mailand 1924/25 22 Doppelzentner und 1926 20 Doppelzentner. Durch weitere Steigerung der Intensität der Bearbeitung des Bodens hofft man 30 Doppelzentner vom Hektar zu erhalten und 1 500 000 Doppelzentner von der ganzen Provinz. In der südlichen Provinz Apulien ist in den letzten beiden Jahren der frühere Durchschnittsertrag von 12 Doppelzentnern auf den Hektar ebenfalls weit übertroffen worden, indem 17 Doppelzentner geerntet wurden. Freilich wird damit gerechnet, daß die für das Jahr 1925/26 verfügbare Getreidemenge von 83 000 000 Doppelzentnern durch den gesteigerten Bedarf völlig aufgebraucht werden wird. Für den Gesamtertrag der eigenen Erzeugung Italiens 1926 schwanken die Schätzungen zwischen 52 000 000 und 58 000 000 Doppelzentnern, so daß trotz aller Erfolge doch wieder mit einer Einfuhr von 30 000 000 Doppelzentnern gerechnet werden muß.

Infolgedessen ist nun die Regierung zu einer weiteren Maßnahme geschritten, zur Einschränkung des Verbrauchs von Getreide für Backwaren. Das früher in Italien allgemein übliche Weißbrot hat seit Anfang September einem „Schwarzbrot" Platz machen müssen, wie es ähnlich in der Kriegszeit gebacken wurde. Die Ausmahlung des Getreides für dieses Brot ist auf 82% festgesetzt worden. Die anfangs geplanten sehr strengen Bestimmungen über die Herstellung von Feingebäck sind inzwischen etwas gemildert worden. Weiter unterstützt die Regierung das Steigen der Getreidepreise, damit weniger Getreide an das Vieh verfüttert wird und auch bei dem menschlichen Verbrauch sparsamer als bisher umgegangen wird.

Wie in anderen Fällen, so verlangt der Faschismus auch in der „Getreideschlacht" Disziplin des ganzen Volkes, um sein Ziel, Italien von der Einfuhr fremden Getreides unabhängiger zu machen, erreichen zu können.

G. Springhall:

NEUSEELAND, SEIN IMPORTMARKT UND DIE „MAORIS"

Die amerikanischen und auch zentraleuropäischen Geschäftskreise, die Neuseeland als an Bedeutung zunehmenden Markt für die Ausfuhr ihrer Länder an sehen, sollten die Notwendigkeit der Förderung der Einfuhr aus diesem Lande



nicht übersehen, falls sie einen ständigen Handelsverkehr mit diesen Gebieten schaffen wollen. Neuseeland hat wahrscheinlich die höchste auf den Kopf der Bevölkerung berechnete Kaufkraft in der Welt. Auch hat kein Land eine bessere Verteilung des Nationalreichtums unter der Bevölkerung aufzuweisen. Die staatliche Sparkasse zählt über 712000 Einleger mit Guthaben von zusammen 200250000 Dollar, was einem Durchschnitt von 170 Dollar pro Kopf der Bevölkerung entspricht. Der Bildungsstand ist ungemein hoch. Der Unterricht ist obligatorisch und kostenlos, da der Staat jährlich an 12500000 Dollar oder durchschnittlich 10 Dollar pro Kopf der Bevölkerung für die Erhaltung der Erziehungsanstalten ausgibt.

Entwicklung und Fortschritt weisen in jeder Richtung ein rasches Tempo auf. Die Einnahmen betrugen im vorletzten Finanzjahre 126 Mill. Dollar, die Ausgaben 117600000 Dollar; der Einnahmenüberschuß belief sich auf 8334000 Dollars. Im Jahre 1926 war der Überschuß noch größer. Die Ausfuhr nimmt mit der fortschreitenden Entwicklung rasch zu.

Gegenwärtig stehen Waren britischer Herkunft bei der Bevölkerung von Neuseeland in besonderer Gunst, weil Großbritannien neuseeländische Erzeugnisse in größerem Maße ankauft, als der Wert seiner Ausfuhr nach Neuseeland beträgt. Amerikanische Güter erfreuen sich gleichfalls großer Beliebtheit, aber die hohe Zollmauer in den Vereinigten Staaten, die sich zum Schaden der neuseeländischen Erzeugnisse auswirkt (mit dem Ergebnis, daß die Vereinigten Staaten von Neuseeland bloß etwa die Hälfte des Wertes ihrer eigenen Ausfuhr nach diesem Lande beziehen) ist ein Hindernis für den freien Zustrom amerikanischer Erzeugnisse nach diesem Lande. Die Neuseeländer betrachten natürlich diese Zollmauer als eine einigermaßen egoistische Politik seitens Amerikas, was zur Folge hat, daß sie weiter geneigt sind, sich zugunsten von Waren britischer und zentraleuropäischer Herkunft zu entscheiden, insolange die hohen Zölle in Kraft bleiben.

Gegenwärtig beziffert sich die Einfuhr Neuseelands aus den Vereinigten Staaten auf etwa 35 Mill. Dollar jährlich, während seine Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten sich auf ungefähr 17500000 Dollar jährlich beläuft. Im Gegensatz dazu beziffern sich die Einkäufe Großbritanniens in Neuseeland auf 186 Mill. Dollars, während es an dieses Land Waren nur etwa für 112 Mill. Dollar verkauft.

Die hauptsächlichsten nach Neuseeland eingeführten Artikel sind Zuckerwaren, Zigaretten, Tabak, Spirituosen, Dörrobst, Kleidungsstücke und Textilien jeder Art, Kurzwaren, Eisenwaren und Stahl, Maschinen aller Art, Werkzeuge und Geräte, Stiefel und Schuhe, Teppiche, Linoleum, Musikinstrumente, Porzellan- und Glaswaren, Automobile, Druckpapier und Galanteriewaren, Parfümerien, Elektromaterial, Grammophone und Phonographen usw. Die hauptsächlichsten Ausfuhrartikel sind landwirtschaftliche Produkte und Wolle. In dei Tat ist Neuseeland in der Welt vorzüglich als Produzent der höchsten Qualitäten dieser Erzeugnisse bekannt.



In den letzten Jahren hat sich die Bevölkerung von Neuseeland um 18 % vermehrt und in demselben Zeitraum ist der gesamte Handel dieses Landes um 110 % gestiegen. Die Wollausfuhr ist der Menge nach um 17 % und dem Werte nach um 35 % gestiegen. Im Jahre 1924 wurden Molkereiprodukte im Werte von 83692000 Dollar, Wolle im Werte von 68692000 Dollar und Lammfleisch im Werte von 38772000 Dollar ausgeführt. Die Einfuhr stieg im vorletzten Jahr von 107280460 auf 215000000 Dollars.

Weiterhin ist die Ausgestaltung des Kreditwesens gebührend zu berücksichtigen, da der Weltmarkt auf Kredit aufgebaut ist und wahrscheinlich bis 95 % des Welthandels im Kreditwege vor sich gehen. Fernerhin ist notwendig, daß sich der Exporteur mit den Erfordernissen des neuseeländischen Zollwesens bezüglich der Wertdeklarierung vertraut mache. Neuseeland, Australien und Südafrika bestehen darauf, daß außer dem dem Kunden berechneten Preise auch der inländische Wert, d. h. der Wert im Ursprungsland der Ware, ersichtlich gemacht werde, um zu einer richtigen Bemessungsgrundlage für die Verzollung zu gelangen.

Infolge des Umstandes, daß Neuseeland sehr dezentralisiert ist — ein Umstand, auf den die Wohlfahrt des Landes zum großen Teil zurückgeführt wird — sind die ständigen Kosten des Geschäftsbetriebes in Neuseeland sehr hoch, da die Firmen in den verschiedenen Zentren Filialen errichten müssen. Die am meisten zentral gelegene Basis für den Warenvertrieb ist Wellington am unteren Ende der Nordinsel von Neuseeland. Wellington ist der Sitz der Regierung und die meisten Zentralbureaus befinden sich dortselbst. Auckland ist die größte Stadt mit einer Bevölkerung von 175000 Personen. Wellington mit etwas über 100000 Einwohnern steht an zweiter Stelle. Christchurch hat ebensoviel Einwohner; dann kommen Dunedin mit 60000 und Invercargill, am äußersten Südende von Neuseeland, mit 20000 Einwohnern. Es gibt dann noch 8—9 Städte mit etwa 20000 Einwohnern.

Bei seiner begrenzten Bevölkerungszahl hat Neuseeland keinen großen Spielraum für Industrieerzeugung. Demgemäß sind die Kräfte des Staatswesens in erster Linie den hauptsächlichsten Urprodukten gewidmet.

Gleichwohl sind 804 Fabrikbetriebe im Lande vorhanden, die sich auf etwa 100 Industrien verteilen und etwa 79000 Angestellte beschäftigen, die Erzeugnisse im Gesamtwerte von 412367845 Dollar lieferten. Der neuseeländische Markt bietet daher Anreiz nicht nur für Fabrikate, sondern auch für Rohmaterialien.

Es sind bereits über 30 wasserelektrische Betriebsanlagen in Tätigkeit.

Neuseeland ist das erste Land gewesen, das, soweit möglich, das einheitliche Einpenny-Porto eingeführt hat.

Die Steuersätze werden fortlaufend beträchtlich herabgesetzt. Seit 1921 sind die Steuern um $33^1/_3$ % herabgesetzt worden und die Steuersätze sind jetzt ungefähr so niedrig wie in irgendeinem anderen Lande.



Die Entwicklung des Landes macht rasche Fortschritte.

Die Maoris, die etwa 4 % der Gesamtbevölkerung bilden, haben einen hohen Kulturgrad erreicht. Ein freundliches und gesetzachtendes Volk, wohnen sie zumeist in eigenen Dörfern und landwirtschaftlichen Niederlassungen. Sie genießen alle Vorrechte als Neuseeländer, sind in sozialer Beziehung gern gesehen und bekleiden einige wichtige Staatsposten. Andere sind mit Erfolg in verschiedenen Gewerben tätig. So wie es bei den amerikanischen Indianern der Fall ist, werden die Rechte der Maoris entsprechend geschützt und bedeutender Grundbesitz ist für ihren Gebrauch reserviert. Ausländische Besucher, insbesondere Amerikaner, haben das Fehlen von Rassenstreitigkeiten in Neuseeland hervorgehoben. Konflikte zwischen Eingeborenen und Ansiedlern haben sich seit Jahrzehnten nicht mehr ereignet. Neuseeland und Australien sind vielleicht die einzigen Länder der Welt, in welchen Ansiedlung durch Europäer auf früher von Nichteuropäern bewohntem Boden stattgefunden hat, ohne das Rassenproblem zu einem ewigen Konfliktsstoff zu machen.

Die politischen und Erziehungseinrichtungen haben mit der materiellen Entwicklung des Landes gleichen Schritt gehalten. Kein anderes Land hat größere Fortschritte gemacht als Neuseeland in einer Politik, die auf dem demokratischen Grundsatze des größten Wohles für die größte Zahl der Menschen aufgebaut ist. Dieses Streben nach menschlichem Fortschritt ist von Forschern auf politischem industriellem und sozialem Gebiete in einer Reihe von Büchern hervorgehoben worden.

WALTER FLEMMIG:

DIE NEUE AMERIKANISCHE PETROLEUMPOLITIK.

Die gesamte Erdölpolitik der Vereinigten Staaten, die mit dem Abschluß des Konzessionsvertrages der Turkish Petroleum Co. mit der Irakregierung am 14. März 1925 und damit der Beendigung des Kampfes um das Erdöl Kleinasiens eine Neuorientierung in dem Sinne erfahren hat, daß eine Stärkung der inneren Organisation durch größere Zusammenfassung und durch eine größere Aktivität der großen Petroleumunternehmungen der Vereinigten Staaten in den anderen Petroleumgebieten der Neuen Welt angestrebt und auch erzielt worden ist, ist darauf eingestellt, die eigene nordamerikanische Erzeugung durch neue Erzeugungsgebiete, in denen ein starker Aufschwung der Förderung zu erwarten steht, zu erweitern. So wurde Mitte September 1926 von der Standard Oil of New Jersey in Verbindung mit britischen Interessenten die Trinidad Oil Fields, Inc., gegründet, um die Ausbeutung von Ölfeldern in Trinidad von einer Ausdehnung

von 27000 Acres zu betreiben. Der Umfang der vorhandenen Lager wird auf etwa 75 Mill. Barrels geschätzt. Bis zu dieser Zeit standen die auf Trinidad tätigen Petroleumunternehmungen im wesentlichen unter englischer Kontrolle. Die Beteiligung der Standard Oil an der größten Petroleumunternehmung auf Trinidad erschien namentlich im Zusammenhang mit dem Bericht des Federal Oil Conservation Board von besonderer Bedeutung. Besonders weist das amerikanische Interesse auf Venezuela, und wir werden noch später sehen, in welcher Weise es Amerika verstanden hat, seinen Einfluß auf Kosten der Briten in Venezuela zu stärken.

Die Vereinigten Staaten haben während der letzten Jahre ihre Produktion gewaltig gesteigert, und die gesamten amerikanischen Exporte in Rohöl und raffinierten Produkten waren 1924 um 200% größer als im Jahre 1913. Als der wichtigste Abnehmer für amerikanisches Öl erscheint Europa, das ca. 50% des gesamten Exportes aufnimmt, besonders Benzin und Schmieröl. In den Vereinigten Staaten liegen heute die Hauptproduktionsgebiete in Kalifornien, Oklahoma und Texas. Kalifornien steht an der Spitze mit nahezu einem Drittel der amerikanischen Gesamtproduktion. Die Sicherstellung des amerikanischen Petroleumbezuges ist den Vereinigten Staaten dadurch gelungen, daß sie im Laufe der Jahre es verstanden haben, neben der Eigenproduktion sich die Kontrolle der mexikanischen Petroleumproduktion zu sichern. So hieß es noch im Jahre 1926, daß die Standard Oil einen Fusionsvertrag mit der Pacific Oil Co. abgeschlossen habe, um ihre Rohölbasis weiter auszudehnen. Die Standard hatte bis dahin mehr Wert auf ihre Raffinerien gelegt und mußte daher bedeutende Mengen Rohöl auf dem freien Markt für ihre Raffinerien erwerben. Durch diese neue Transaktion, die die Pacific Oil Co., die Panamerican Petrol and Transport Co., die Magnolia Petroleum Co. umfaßt, soll die Rohölbasis der Standard verstärkt werden. Damit hat die Standard auch weiteren Einfluß auf die Erdölvorkommen in Mexiko gewonnen, denn die Panamerican Petrol verfügt durch eigene Besitzungen und diejenigen der wieder von ihr kontrollierten Gesellschaften über umfangreiche Länderstrecken in Mexiko. Vorher hatte die Petroleumpolitik der Vereinigten Staaten es fertiggebracht, daß die Standard Oil of Indiana die mexikanischen Interessen Dohenys übernahm, was der Anfang der aktiven amerikanischen Politik war. Sie setzte sich fort in der Angliederung der British Mexican Petroleum Co.

Die Ausbeutung der mexikanischen Ölfelder zerfällt in der Hauptsache in zwei große Gruppen, nämlich eine englisch-holländische und eine nordamerikanische. Die englisch-holländische Gruppe wird repräsentiert durch den Konzern der Mexican Eagle Oil Co., der sich im Jahre 1918/19 der Shell-Gruppe angeschlossen hat. Die Kerngesellschaft der Royal Dutch Shell für ihren unmittelbaren Besitz ist die La Corona Oil Co. Die nordamerikanische Front bildet die Standard-Gruppe, und zwar arbeitet diese unmittelbar in Mexiko mit einer Anzahl von

Tochtergesellschaften der Standard Oil Co. of New Jersey. Mittelbar dienen jedoch den Standardinteressen gleichfalls die Sinclair- und auch die Doheny-Gruppe, die entweder durch Kapitalverflechtung oder durch Arbeits- und Lieferungsverträge zum Standardkreis gehören.

Im Jahre 1922 entfielen von dem in der mexikanischen Erdölindustrie investierten Kapital auf die Vereinigten Staaten 52,8%, auf England 33,1%, auf Holland 6,8% und auf Mexiko selbst nur 1,0%. Fast hinter jeder Präsidentenwahl und auch Revolution stand der Kampf um das Petroleum und auch der britisch-amerikanische Gegensatz. Dieser Gegensatz war auch zu Anfang 1927 wieder zu beobachten, als es hieß, sich dem Artikel 27 der mexikanischen Verfassung zu unterwerfen. Die Sachlage war hier folgendermaßen: Um der befürchteten Überfremdung der mexikanischen Wirtschaft entgegenzutreten, nahm im Jahre 1917 der mexikanische Kongreß eine Verfassungsänderung an, die im wesentlichen die Vorschriften über den Landerwerb und die Ölgewinnung durch Ausländer betraf. Hinsichtlich der Ölkonzessionen besagt das Gesetz genauer, daß der mexikanische Staat das Eigentum an allen Ölvorkommen des Landes hat und daß diese nur mit Erlaubnis des Staates ausgebeutet werden können. Ausländer können diese Rechte nur dann erwerben, wenn sie den Bestimmungen des Artikels 27 der Verfassung genügen. Die britischen und holländischen Interessenten waren dieser Forderung schon längst nachgekommen, nur die Amerikaner weigerten sich, dies zu tun, weil sie nach ihren Behauptungen von Obregon, dem früheren mexikanischen Präsidenten, bindende Zusagen hinsichtlich der Ausführung und Rückwirkung des Artikels 27 erhalten hätten, durch die sich aber die neue mexikanische Regierung nicht für gebunden erachtete.

Die amerikanische Petroleumpolitik setzte sich fort in der Übernahme der Lago Petroleum Co. Letztere Gesellschaft war anfangs ein rein englisches Unternehmen und besaß die Konzessionen der British Equatorial Oil Co. in Venezuela. Durch die Übernahme seitens der Standard Oil of Indiana konnte diese Gesellschaft ihr Tätigkeitsgebiet bis nach Venezuela an das Gebiet der Koninklijken Shell ausdehnen. Im März 1926 fanden Verhandlungen zwischen Blair und der Koninklijken um den Verkauf der in der Hand der letzteren befindlichen 75% der Gesamtanteile der Colon Development statt. Blair, der an der Spitze eines amerikanischen Konsortiums stand, hatte die restlichen 25%. Die amerikanische Absicht ging darauf hinaus, die gesamten dieser Gesellschaft gehörenden Konzessionen in Venezuela, die ein einheitliches Erdölgebiet bilden, in großzügiger Weise zur Erschließung zu benutzen.

Die gegenwärtige Hauptölproduktion Venezuelas befindet sich in britischen und amerikanischen Händen, und seit dem Jahre 1925 haben es die Amerikaner verstanden, ihren Einfluß in Venezuela immer mehr zu erweitern und den britischen Einfluß zurückzudrängen. Nachdem schon im Frühjahr 1925 bei der

großen Öltransaktion in Mexiko die Lago auf die Standard Oil of Indiana übergegangen war und damit sich die Amerikaner ihren Einfluß in Venezuela gesichert hatten, kam zu Anfang 1926 die Nachricht, daß die British Controlled ihre gesamten Konzessionsgebiete der Standard Oil of New Jersey übereignet habe. Die Verhältnisse lagen hier so, daß auf Grund eines Vertrages vom Jahre 1922 zwischen der British Controlled und der Standard Oil die letztere das Recht hatte, die sog. Buchivacoa-Konzessionen der englischen Gesellschaft zu benutzen. Es war die Gründung einer neuen Gesellschaft hierfür vorgesehen, sie wurde 1924 unter dem Namen American British Oil Co. gegründet. Der andere Hauptpfeiler des britischen Einflusses ist die Venezuela Oil Concession, die besondere Lieferungsverträge mit der Shell hatte. Anfang 1926 hieß es, daß das Mitglied des Direktoriums, Gulbenkian, der Venezuela, der mit der Shell verfeindet ist, daran arbeite, die Bindung seiner Gesellschaft an die Shell als unvorteilhaft erscheinen zu lassen und daß er Anschluß bei den Amerikanern suche. Allein schon durch den Übergang der Lago und der British Controlled sind die Amerikaner in Venezuela herrschend geworden, und sie haben es verstanden, ihre Interessen besonders in Lateinamerika, aber auch in den anderen Erdölgebieten zu wahren.

Parallel mit den Bestrebungen der Standard Oil of Indiana ging die Fusionierung der Tide Water Oil Co. mit der Associated Oil Company. Die beiden Gesellschaften hatten im Jahre 1925 eine Erzeugung von 24 Mill. Barrels. Ursprünglich war die Tide Water eine Konkurrenzgründung gegen die aufkommende Shell, aber schon um die Jahrhundertwende war die Standard mit einer Aktienminderheit an der Tide Water beteiligt. Die Tide Water, die sowohl Produktions- wie auch Vertriebsgesellschaft ist, hat ihre Felder im amerikanischen Osten. Die Associated Oil ist eine Gesellschaft des amerikanischen Westens, d. h. die ganze Fusion bedeutet ölpolitisch eine stärkere Verbindung des amerikanischen Westens mit dem Osten.

Als dritter großer Zusammenschluß innerhalb der amerikanischen Erdölindustrie ist die Verbindung der Standard Oil of New York mit der General Petroleum of California zu sehen. Die Standard Oil of New York besitzt in der Hauptsache Raffinerien und hatte sich durch die Angliederung der Magnolia um die Wende 1926 eine Ölbasis geschaffen. Da die General Petroleum Co. of California eine Erzeugungsgesellschaft ist, kann der Zusammenschluß als eine wertvolle Ergänzung der beiden Unternehmungen angesehen werden und liegt nicht zuletzt in der Richtung der Konsolidierung der amerikanischen Erdölwirtschaft.

Nicht genug damit schreitet die Ausdehnung der Standard auch außerhalb der Vereinigten Staaten fort, und zwar streckt sie ihre Fühler bis nach Rußland aus. Im Juni 1926 war ein Vorvertrag als Ergebnis der russisch-amerikanischen Petroleumverhandlungen unterzeichnet, der die Gründung einer russisch-amerikanischen Gesellschaft vorsah zwecks Ausbeutung der Ölfelder im Norden Rußlands an der



Bahn Leningrad—Murmansk. Daß natürlich in den Kreisen der englischen Petroleumindustrie diesen Verhandlungen die größte Bedeutung begelegt wurde, läßt sich verstehen.

Wenn man sich das Verhältnis der Amerikaner zu der russischen Erdölindustrie in historischer Hinsicht noch einmal vergegenwärtigt, so ist festzuhalten, daß die Standard Oil ursprünglich nur mit ca. 200000 Rubel durch die Russian Standard Oil an der russischen Erdölindustrie beteiligt war. Im Jahre 1921/22 dehnte sie ihre Interessen durch eine größere Beteiligung bei der Nobelgesellschaft aus, die ihrerseits wieder einen bedeutenden Einfluß auf die Russian General Oil Corporation Ltd hat. Diese letztere Gesellschaft, die durch ihre Verbindung mit einer großen Zahl von Produktionsunternehmungen und Raffinerien die Kontrolle über eine Jahresproduktion vou weit mehr als 100 Mill. Pud Petroleum ausübt, besitzt die Majorität der Mantaschew-Gesellschaft mit einer Jahreserzeugung von 25 Mill. Pud, der Moskau-Kaukasischen, der Naphthalanskar, der Schichowo, hat ein Drittel des Aktienkapitals der „Runo", einer bekannten russischen Naphthagesellschaft, im Besitz, übt Einfluß aus auf die Tifliser Naphthaindustrie und ist dadurch in stärkstem Maße an der russischen Erdölindustrie interessiert.

Im Dezember 1926 ging durch die englische Presse die Nachricht, daß die Standard Oil mit den Russen in London über die Übernahme des russischen Ausfuhrmonopols für Petroleum unterhandele. Diese Meldung war natürlich außerordentlich wichtig, denn es war schon vorher bekannt, daß die Russen danach strebten, gegen Übertragung ihres Ausfuhrmonopols für Petroleum, soweit sich dieses Ausfuhrmonopol auf die Ausfuhr in westlicher Richtung bezog, eine große ausländische Anleihe zu erhalten.

Die Politik der russischen Regierung bestand bisher darin, die Erdölausfuhr gewaltsam zu steigern auf Kosten der Inlandsversorgung. Die Ausfuhr von Erdöl aus Rußland wird deshalb gewaltsam gesteigert, weil Erdöl einer der wenigen Ausfuhrartikel ist, mit deren Erlös Rußland seine Wirtschaft aufzubauen gedenkt. Nun begegnet aber Rußland auf dem Auslandsmarkte den vor allem von den Engländern bereiteten Schwierigkeiten, und sie müssen in sehr vielen Fällen zu Preisen verkaufen, die die Selbstkosten meistens nicht decken. Die russische Regierung hält an der Verstaatlichung der Erdölindustrie fest, und während die Engländer mit Deterding an der Spitze scharfe und offene Gegner sind, ist die Stellung der Amerikaner und Franzosen schon zweifelhafter. Im Frühjahr 1926 wurde in Paris der Plan erwogen, an eine gemischt französisch-russische Gesellschaft Erdölkonzessionen im Grosny-Gebiet zu vergeben. Aktien und Obligationen dieser Gesellschaft sollten den Besitzern von russischen Vorkriegsanleihen zur Abfindung ihrer Ansprüche ausgehändigt werden. Den Russen wollte man seitens Frankreichs eine Art Einfuhrmonopol für Petroleum einräumen, und besonders sollte der Ölbedarf der französischen Flotte aus Rußland gedeckt werden. Ein

eifriger Befürworter dieses Planes war die Banque de Paris et Pays Bas, an der auch die Amerikaner stark interessiert sind. Es kamen zwei Proteste gegen diesen Plan, und besonders Deterding, der leitende Mann der Shell, warnte die Franzosen und äußerte sich dahin, daß sie wohl nicht „früher englisches Eigentum, das ihnen gestohlen worden sei, von den Russen kaufen würden“. Im November 1926 sollten in Paris die französisch-russischen Verhandlungen wieder aufgenommen werden, wobei russischerseits darauf hingewiesen wurde, daß die Absicht bestehe, noch vor Jahresschluß den ganzen Fragenkomplex für den Fall einer prinzipiellen Einigung zur Regelung zu bringen, um sobald wie möglich von den Gegenleistungen für die Anerkennung der Vorkriegsschulden Vorteile für die russische Wirtschaft ziehen zu können. Vor der Eröffnung der Verhandlungen stellte Poincaré verschärfte Forderungen gegenüber den Russen, wodurch die nach unendlichen Mühen gefundene Verhandlungsbasis umgeworfen wurde.

Nunmehr bestand für die Russen kein Zweifel mehr, daß angesichts der Kreditnot ein Abkommen mit den Amerikanern der einzige Ausweg sei, um zu einer schnellen und befriedigenden Lösung zu kommen, zumal Amerika sich in der Haltung der internationalen Erdölindustrie gegenüber Rußland nie bedingungslos in antirussischem Sinne festgelegt hatte.

Es stand von vornherein fest, daß, wenn dieses Abkommen zustande kam, dadurch ein neuer Faktor in der internationalen Erdölpolitik geschaffen war, mit dem in Zukunft alle anderen Beteiligten rechnen mußten: in erster Linie England, dann aber auch Frankreich. Die Verwirklichung der Pläne würde ein Schlag sein, dessen Auswirkungen auf den europäischen Absatzmarkt kaum abzusehen wären. Die Standard Oil hätte damit eine Ausdehnung ihrer europäischen Absatzinteressen erreicht, und sie verfügte dann zusammen mit Rußland, gemessen an der Weltproduktion 1925, über etwa 30% der Weltproduktion, gegenüber 9,8% der Royal Dutch und 3,9% der Anglo Persian.

Die theoretischen Grundlagen einer weitgehenden Zusammenarbeit zwischen der Standard Oil und den Russen bestanden schon seit Jahren, und auch in den schwebenden amerikanisch-russischen Fragen (Vorkriegsschulden u. a. m.) waren keine prinzipiellen Differenzen mehr zu überbrücken. Während man in England auf Grund reiflicher politischer Überlegungen mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten der englischen Außenpolitik zu keiner einheitlichen Haltung kommen konnte, hatte es immer mehr den Anschein, als ob es den Russen gelingen würde, ihren letzten Trumpf gegen die englische Petroleummacht auszuspielen. Da kam in letzter Stunde, sozusagen unmittelbar vor der Unterschrift, die Nachricht, daß die amerikanisch-russischen Petroleumverhandlungen endgültig abgebrochen worden seien. Selten hat wohl eine Nachricht so überrascht wie diese, denn nach den mitgeteilten Einzelheiten war es so gut wie feststehend, daß die Vereinbarungen zwischen allen an der Welterdölwirtschaft beteiligten Ländern bzw. deren

Erdölunternehmungen über ein gemeinsames Vorgehen in der russischen Frage durchbrochen werden würden. Es hätte sich dann wieder der Zustand herausgebildet wie vor Jahren, wo sich zwei Parteien gegenübergestanden hatten. Die Amerikaner fühlten sich dagegen wohl im Hinblick auf die Ereignisse in Mexiko veranlaßt, um den Ölfrieden nicht zu brechen und die Einheitsfront gegenüber Rußland nicht zu zerstören, ihren Partnern im Groupement International, nämlich den Engländern und den Holländern, eine Beteiligung an dem abzuschließenden Vertrage anzubieten. Allein diese Forderung mußte schon von vornherein wenigstens das vorläufige Scheitern der Vereinbarung mit der Standard Oil bedeuten, da infolge der englischen Regierungspolitik eine Beteiligung der großen englischen Petroleumunternehmungen an dem Abkommen von vornherein ausgeschlossen war, auf der anderen Seite aber wieder England Frankreichs Stellung in der Schuldenfrage stärken wollte, die durch einen Abschluß bindender Vereinbarungen bedenklich ins Wanken gekommen wäre. Ebenfalls hat die Koninklijke Shell durch ihren Leiter, Deterding, erklären lassen, daß von einem Kaufkontrakt mit den Russen absolut nicht die Rede sein könne. Das Scheitern des russisch-amerikanischen Ölvertrages bedeutet einen Sieg der englisch-holländisch-französischen Front über Rußland. Wenn der Petroleumfriede vorerst wieder einmal gesichert ist und damit besonders auch die Stellung Englands und Frankreichs gegenüber Rußland, so ist einer späteren Wiederaufnahme der Verhandlungen vielleicht auf anderer Basis keineswegs die Möglichkeit genommen. Die Bestrebungen der Amerikaner, sich den Hauptteil von Rußlands Erdölreichtum zu sichern, werden wohl nicht ohne weiteres aufhören. Nun ist man auf der anderen Seite allerdings bestrebt, den vorläufigen Sieg nicht unausgenutzt zu lassen, und durch die Einreichung eines offiziellen Protestes bei allen interessierten Regierungen sucht man eine weitere Festigung der Einheitsfront gegenüber Rußland herbeizuführen, um für die Zukunft so plötzlich auftauchende Gefahren zu vermeiden. Die Durchführung dieser Aktion dürfte naturgemäß auch der Standard Oil für die Zukunft mehr die Hände binden.

Da der Aufsatz vor Abschluß der russisch-amerikanischen Petroleumverhandlungen geschrieben wurde, konnten diese noch nicht berücksichtigt werden. Diese Abmachungen, besonders aber ihre Auswirkungen auf den Petroleumfrieden zwischen der amerikanischen und englisch-holländischen Gruppe, sollen in einem späteren Aufsatz behandelt werden.

Inzwischen ist aber nun doch in der zweiten Hälfte des Jahres 1927 eine Einigung zwischen den Russen und den Amerikanern zustande gekommen. Als die Engländer die russischen Beziehungen abbrachen, da mußten die Amerikaner damit rechnen, daß die Russen ihr Naphtha, das England nicht mehr nahm, auf anderen Märkten unterbrachte, selbst auf die Gefahr hin, einen Preisnachlaß zu gewähren. Die amerikanische Petroleumindustrie mußte also auf einen Preiskampf



gefaßt sein. Deshalb schloß der amerikanische Standard Oil Konzern rechtzeitig einen Vertrag mit dem russischen Naphthasyndikat. In Wirklichkeit setzt sich dieser Vertrag aus vier Kontrakten zusammen, und zwar ist im einzelnen festgelegt:

1. Der bereits bestehende Vertrag zwischen dem Naphthasyndikat und der Vacuum Oil Company wird mit der Bestimmung verlängert, daß der Vacuum Oil der Alleinverkauf von russischen Ölerzeugnissen, hauptsächlich Benzin und Kerosin, in Ägypten bis 1930 übertragen wird.

2. Ein besonderer Vertrag verpflichtet die Vacuum Oil Co. 5 Jahre fob Baku jährlich 100 000 t Rohnaphtha abzunehmen, über dessen Verwendung und Verkauf sie freies Bestimmungsrecht hat. Diese Menge ist hauptsächlich für die Mittelmeerländer bestimmt, doch handelt es sich hier um kein Monopol, so daß das Naphthasyndikat auch selbst die Mittelmeermärkte beliefern kann. Die entsprechenden im Jahre 1926 zwischen dem Naphthasyndikat und Frankreich, Italien, Griechenland und der Türkei abgeschlossenen Verträge bleiben in Kraft. Beide Gruppen erklären sich zu engerer Zusammenarbeit bereit.

3. Die Standard Oil Company of New York verpflichtet sich für die Dauer von 5 Jahren jährlich vom Naphthasyndikat 100 000 t Bunkeröl, das für die Bunkerstationen der Standard Oil auf dem Seewege von Europa nach Ostindien, hauptsächlich Konstantinopel, Port Said, Colombo und Singapore bestimmt ist, abzunehmen.

4. Eine besondere Vereinbarung zwischen der Standard Oil Company und dem Naphthasyndikat sieht die Belieferung der Tankbootflotte des Standard Oil Konzerns mit Bunkeröl bis zu einer beliebigen Menge vor. Dieser Vertrag hat eine Laufzeit von 6 Jahren. Er bringt für die Amerikaner den Vorteil, ihre Flotte künftig in stärkerem Umfange als bisher für den Transport von hochwertigem Öl zu verwenden. Einen weiteren Vorteil bietet der Standard Oil Co. die Ausschaltung der Konkurrenz des russischen Petroleums, während andererseits den Russen durch die Amerikaner ganz neue Märkte, vor allem in Indien, erschlossen werden. Außer diesen vier Hauptverträgen wurden noch eine Reihe von Spezialvereinbarungen zwischen den Russen und den Amerikanern abgeschlossen.

Rußland hat sich also aus der Schlinge zu ziehen gewußt, die Englands Petroleummagnaten gelegt hatten, und kann dabei noch die Bestätigung buchen, daß man auf dem Weltmarkt mit seinem Erdöl rechnen muß. Da sich die Engländer eine solche Entwicklung der Dinge nicht gedacht hatten, sind sie natürlich außer sich über das russisch-amerikanische Zusammengehen in der Petroleumfrage.



P. L. Heubner:

DER KAUFMANN IN STAAT UND WIRTSCHAFT

Um unser Blickfeld klar abzustecken, Gegenstand, Umfang und Richtung unserer Betrachtung eindeutig zu bestimmen, bedarf es zunächst einer Verständigung über das, was unter „Kaufmann", „Staat", „Wirtschaft" verstanden sein soll.

Beginnen wir mit der „Wirtschaft". Nicht betrachten wollen wir an dieser Stelle Stellung und Wirken des Kaufmanns in der Betriebswirtschaft, der auf Erwerb gerichteten Einzelunternehmung, dem Industrie-, Warenhandels-, Bank-, Transport-, Versicherungs- oder Handelsvermittlungsbetrieb, das Verhältnis des Kaufmanns zu den Formen der Unternehmung, ihren Faktoren und Funktionen: Kapital, Arbeit, Produktion, Umsatz, Kosten, Ertrag, die innere Organisation der Einzelwirtschaft und die äußeren geschäftlichen Verkehrsbeziehungen der Unternehmungen untereinander. Beschränken wollen wir uns vielmehr auf die Stellung und das Wirken des Kaufmanns in der „Volkswirtschaft" als der Gesamtheit und organischen Verflechtung aller Beziehungen zwischen den einzelnen Sonderwirtschaften sowohl wie zu den öffentlichen Gemeinwesen und die Beeinflussung dieser Beziehungen durch die innere und äußere Wirtschaftspolitik, wobei der Kaufmann zugleich als Objekt und als Subjekt der volkswirtschaftlichen Entwicklung und wirtschaftlichen Politik auftritt.

Unter „Staat" soll nicht nur der Staat im engeren Sinn der verfassungsmäßigen Organisation des Volkes zu Reich und Einzelstaat, sondern der ältere, weitere Begriff der res publica, des öffentlichen Gemeinwesens, also auch Stellung und Wirken des Kaufmanns in der örtlichen Gemeinde, den engeren und weiteren kommunalen Kreis-, Bezirks- und Provinzialverbänden, in den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen und sonstigen Körperschaften und Organen des öffentlichen Rechts, der öffentlichen Verwaltung und Rechtspflege mitverstanden sein. Die Geschichte des Begriffs und Wortes Staat gibt unserer Betrachtung dabei schon von vornherein gewisse Richtpunkte. Das vom griechischen Stadtstaat abstrahierte *πόλις, πολιτεία,* die römische civitas und res publica, die nur den einzelnen konkreten Staat: Reich, Königreich, Grafschaft, Stadt usw. kennenden germanischen und romanischen Volkssprachen des Mittelalters, das seit dem Mittelalter aufkommende italienische stato, ursprünglich und lange noch im Sinn von Zustand, Verfassung, daneben als herrschender Stand, Staatsgewalt, Regierung, das ursprünglich in ähnlichem Sinn, seit dem 17. Jahrhundert jedoch im heutigen Sinn „Staat" gebrauchte französische estat, état, das in Deutschland noch im 17. und 18. Jahrhundert gebrauchte status, status publicus im Sinne von Verfassung oder Finanzzustand, „Kammerstaat", das noch in einer Gerichtsordnung von 1753 im Sinne von Staat sich findende Wort „Republik" und das erst mit dem allgemeinen

Landrecht von 1794 volles Bürgerrecht im heutigen Sinne gewinnende Wort „Staat" zeigen bereits eine Menge verschiedener Gesichtspunkte und Richtungen, die für die Stellung des Kaufmanns im und zum öffentlichen Gemeinwesen in Frage kommen. Erschöpfender und systematischer wird darauf sogleich, in Anlehnung an das Wesen des Staates und die verschiedenen Grundzüge und Seiten seines Wesens, zurückzukommen sein.

Der Begriff „Kaufmann" tritt im Sprachgebrauch mit sehr verschiedenen Bedeutungen auf. „Kaufmann" war ursprünglich jeder, der etwas kaufte, gegen ein gewisses Geld an sich brachte, so auf Märkten und Messen, sei es für den eigenen Gebrauch oder Verbrauch, sei es zu gewerblicher Verarbeitung oder zu unverändertem Weitervertrieb. Neben- und nacheinander entwickelten sich die Funktionen und Stände der kaufenden, verarbeitenden und Waren und Geld vertreibenden Handwerker, Krämer, Großhändler, Fuhrleute, Geldwechsler, Bankiers, Verleger, Manufaktur- und Fabrikherren, des neuzeitlichen Industriellen, Groß- und Einzelhändlers usw. Sie alle galten und gelten noch, mit Ausnahme der Handwerker und Kleingewerbetreibenden, im Volksmunde als „Kaufleute". Teils eine Beschränkung, teils eine Änderung und eine mehrfache Differenzierung erfährt aber dieser allgemeine Begriff durch die Wissenschaft, und zwar in dreifacher Hinsicht. Die Rechtswissenschaft, d. h. die Gesetzessprache des deutschen Handelsgesetzbuches, nimmt, behufs Unterstellung unter das Handelsrecht als Sonderrecht der Kaufleute, als „Kaufmann" und „Handelsgewerbe" ganz bestimmte Gruppen von Gewerbetreibenden und Gewerben, im wesentlichen die gesamte industrielle und fast die gesamte handwerkliche Produktion, den gesamten Groß- und Einzelhandel, Geld- und Kredithandel, Handelsvermittlung, Transport- und Versicherungsgewerbe, sonstige gewerbliche Unternehmen von bestimmter Art und Einrichtung und land- und forstwirtschaftliche Nebenbetriebe unter gewissen Voraussetzungen. Die Volkswirtschaftslehre stellt dagegen für ihre Forschungszwecke den Handel und seinen Träger, den Kaufmann, als bloßen Vermittler zwischen Erzeuger und Verbraucher und zwischen den einzelnen Stufen des Bezugs und Vertriebs von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten in Gegensatz zu der juristisch zum Handelsgewerbe zählenden industriellen und handwerksmäßigen Gütererzeugung und den übrigen nicht lediglich Einkauf und unveränderte Wiederveräußerung von Gütern umfassenden Handelsgewerben des Handelsgesetzbuches, so daß der volkswirtschaftliche Begriff in der Hauptsache nur einen Ausschnitt aus dem juristischen darstellt, während er ihn in manchem weniger wesentlichen, als in einzelnen Fällen der weitergreifende, wieder überschneidet. Zu diesem Unterschied des juristischen und des volkswirtschaftlichen Begriffs kommt als dritte Differenzierung noch die soziale, je nachdem man unter „Kaufmann" nur den selbständig ein Handelsgewerbe betreibenden Unternehmer oder auch, in Abweichung vom juristischen wie vom volkswirtschaftlichen

Begriff, aber in Übereinstimmung mit dem Sprachgebrauch und der anerkannten Übung mancher Verwaltungsstellen, auch den Handlungsgehilfen und Handlungslehrling mit verstanden wissen will. Der Zweck unserer Betrachtung heischt Anwendung der jeweils weitesten Umgrenzung des Begriffs, also volkswirtschaftlicher plus juristischer (soweit dieser weiter ist) plus sozialer Begriff im Sinne der Miteinbeziehung der kaufmännischen Angestellten und des kaufmännischen Nachwuchses. Wo in bestimmten Fällen einmal nur der selbständige Kaufmannsstand oder Kaufmann und Handelsgewerbe im besonderen volkswirtschaftlichen oder juristischen Sinn in Betracht kommt, wird dies, soweit es sich nicht aus dem Zusammenhange von selbst ergibt, besonders hervorgehoben werden.

Dem Wesen des Staates kann man, in gleichzeitiger Anlehnung an die hauptsächlichsten Staatstheorien oder an Gruppen solcher, sieben verschiedene Grundzüge oder Seiten zugrunde legen, aus deren Zusammenfassung sich das Gesamtbild des Staates ergibt. Jedes dieser sieben Kriterien wird dabei zugleich Anknüpfungs- und Gesichtspunkte abgeben, die sich auf das Verhältnis des Kaufmanns zu Staat und Wirtschaft auswerten lassen.

1. Die ältesten Staatstheorien geben dem Staat einen religiösen, priesterlichen Ursprung. Gegenstand ihrer Lehre waren die Theokratien, d. h. die Gottes- oder Priesterherrschaften der ältesten Völker aller Erdteile, insbesondere auch der alten Juden. Hierher gehören die civitas Dei Augustins und die von den Päpsten im Mittelalter angestrebte Staatsverfassung, Staatsordnungen, bei denen man Gott selbst als den Schöpfer und Regenten des Staates ansah, die geltenden Gesetze als Befehle Gottes, die Priester als Verkünder und Ausleger der göttlichen Befehle und Stellvertreter des unsichtbaren Regenten. Für die besondere Stellung des Kaufmanns zu Staat und Wirtschaft ergeben sich daraus, wenigstens für die Gegenwart, kaum fruchtbare Gesichtspunkte und Beziehungen; außerdem darf diese Theorie schon um deswillen aus einer staatswissenschaftlich eingestellten Betrachtung wie der unsrigen ausscheiden, weil der Bereich des Religiösen von der Wissenschaft überhaupt nicht erreicht wird, während die Wissenschaft in ihrem Bereich die Souveränität beansprucht, so daß beide Bereiche sich nicht berühren und von dem einen aus in den andern nicht eingegriffen werden darf.

2. Unter den eigentlich wissenschaftlichen Staatstheorien pflegt die Machttheorie an erster Stelle aufzutreten, die die Macht, die Gewalt des Stärkeren, des Eroberers, des Herrschers, der Obrigkeit über die Unterworfenen, die Schwächeren, die Untertanen, also ein tatsächliches Gewaltverhältnis als das Wesen des Staates ansieht. Ihre Vertreter finden sich, in mannigfachen Abwandlungen, von den spätern Sophisten über Spinoza und L. v. Haller bis auf M. v. Seydel und neuere. Historisch wird der Staat aus der Okkupation, der Eroberung, der Unterwerfung der Besiegten unter den Willen und die Botmäßigkeit der Herrschenden erklärt; auch die Entstehung und Differenzierung der Kasten, der Stände, der Klassen

wächst im Zusammenhang mit der Bodenverteilung, dem Lehnswesen, dem Herrschaftsverband aus tatsächlichen Gewaltverhältnissen hervor. Innere Wesensart und äußeres Gepräge als Gewaltstaat, Militärstaat, Polizeistaat („Polizei" hier im Sinne der Durchsetzung und Sicherung der Macht im Innern — auf den „Polizei"staat als Träger der Wohlfahrtspflege wird noch zurückzukommen sein) erhält dieser Staat von den der Machtentfaltung nach außen und innen dienenden Machtmitteln, der Waffengewalt der Kaiser und Könige, den stehenden Heeren und Kriegsflotten der modernen Weltstaaten, in gewissem Sinne und bis zu gewissem Grade auch schon von der Lehnsfolge und Waffengewalt der Fürsten und Herren, der Städte, Zünfte und Verbände des Mittelalters (Hansa), von den spätern Söldnerheeren des alten Reiches und seiner Territorialstaaten.

Das Verhältnis des Kaufmanns, der wirtschaftlichen Erwerbsstände zu diesem Wehrstaate oder dem Inbegriff von Machtmitteln, der jedem Staate, wenn auch in noch so bescheidenem und verkümmertem Maße (Reichswehr!), zur Erhaltung seines Lebens schließlich notwendig ist, war und ist ein doppeltes. Rechte und Nutzen gewannen Kaufmann und Wirtschaft vom Wehrwesen in Gestalt der Marktfreiheit, des freien Geleits, des Schutzes von Handel und Wandel nach innen und außen gegenüber Raub, Krieg, Invasion, Aufruhr. Auch die letzten Endes in der Militär- und Polizeigewalt ruhende Sicherung der Schaffung des Rechts durch die gesetzgebende Gewalt und seiner vollziehenden Anwendung durch die Organe der Rechtsprechung und Verwaltung kommt der Wirtschaft in erster Reihe zu gute. Unmittelbare und besondere Vorteile zog und zieht sie aber aus dem durch sie versorgten Bedarf des Heeres und der Flotte, der Mannschaften und Offiziere, aus den Heereslieferungen wie der Aufnahmefähigkeit und Kaufkraft der Residenz- und Garnisonstädte, aus der von den früheren Höfen aus gegangenen Befruchtung des Handels wie der gewerblichen Gütererzeugung, der schönen Künste, des Kunst- und des Baugewerbes. Pflichten und Lasten erwuchsen dagegen dem Kaufmann nnd den übrigen Nährständen in Gestalt persönlicher und geldlicher Leistungen, in Form der ältesten, ursprünglich nur für besondere Kriegs- und Rüstungszwecke geforderten Steuern, aus deren Bewilligung durch zusammengerufene Vertretungen der Stände sich die Verfassung und Finanzhoheit der alten Stände, der konstitutionellen und modernen demokratischen Parlamente entwickelten, so daß hier Wirkungen und Folgeerscheinungen des Gewaltstaates und Militarismus in dessen Gegenpol, in dem einer einseitigen und vorherrschenden Betonung des Gewalt- und Wehrcharakters des Staates entgegentretenden demokratischen Parlamentarismus münden.

3. Im Gegensatz zur Machttheorie steht die Rechts- oder Vertragstheorie, die den Staat (Rousseau: Contrat social) aus einer freiwilligen vertragsmäßigen Unterwerfung der einzelnen unter das aus ihrem Zusammenschluß erstandene Rechtsverhältnis ableitet. Wesen des Staates ist dieses Rechtsverhältnis, nicht ein



Gewaltverhältnis. Die Aufgabe des Staates als Rechtsstaat in diesem Sinne ist lediglich der Rechtsschutz der Person und des Eigentums, der Grundrechte, der bürgerlichen, gewerblichen und politischen Freiheit des Bürgers, während dieser im übrigen in den Grenzen des allgemeinen bürgerlichen und Strafrechtes nach jeder Richtung völlige Bewegungsfreiheit genießt und der Staat sich aller bevormundenden, hemmenden oder fördernden Einmischungen und Einwirkungen zu enthalten hat. Das Wesentliche und Bleibende an dieser Theorie, das auch dem heutigen Begriff „Rechtsstaat" noch anhaftet, die Schaffung und Sicherung des Rechtsschutzes des Bürgers gegen Willkür, heute eine Selbstverständlichkeit, bedeutete damals, für viele Länder wenigstens, noch einen großen Fortschritt und eine Haupterrungenschaft der französischen Revolution.

Dem Kaufmann und der Wirtschaft brachte die im Gefolge dieser rationalistischen, liberalen Staats- und Wirtschaftsauffassung des laisser faire einsetzende Befreiung von allen überkommenen Schranken und Vorrechten, die soziale und ökonomische Umschichtung, die Gewerbefreiheit, die freihändlerische Bewegung und Handelspolitik gar mancherlei Vorteile und Nachteile, deren Erörterung nicht hierher gehört. Zu betrachten bleibt uns hingegen, wenn auch natürlich nur ganz summarisch, das Verhältnis des Kaufmanns und der Wirtschaft zu dem heute ins Uferlose verbreiterten Rechte als der Hauptwesensseite des Rechtsstaates, und zwar einmal als Objekt, dann aber auch als mitwirkendes Subjekt der Gesetzgebung. Von dem, was in den Gesetzen geregelt wird, trifft nur ein verschwindender Bruchteil den Staatsbürger, den Staat oder seine Einrichtungen im allgemeinen, alles andere ist Sonderrecht der Wirtschaft oder findet doch weitaus überwiegend auf geschäftliche Vorgänge des kaufmännischen und gewerblichen Wirtschaftslebens Anwendung: Vertrags- und Sachenrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches, Handels- und Wechselrecht, die ganze Gewerbe-, Patent-, Steuer-, Zoll-, Verkehrs-, Versicherungs- und Bankgesetzgebung, desgleichen die meisten oder doch umfänglichsten Gebiete des Straf- und Polizeirechts, dazu, für die Arbeitgeber- wie die Arbeitnehmerseite, die gesamte Gesetzgebung über Arbeiterschutz, soziale Versicherung und Fürsorge, Arbeitsrecht, Arbeitsbedingungen, Tarif- und Schiedswesen, Kaufmanns- und Gewerbegerichte u. a. m. Die schöpferische Mitwirkung des Kaufmanns bei Bildung und Pflege des Rechts reicht bei manchen dieser Gebiete geschichtlich weit zurück; gegenwärtig erfolgt sie in vorübergehenden oder dauernden Ämtern als Sachverständiger, Handelsrichter, Schiedsrichter, Schöffe, Geschworener, Beisitzer bei Kaufmanns- und Gewerbegerichten, als Vertreter wirtschaftlicher Kreise und Belange in den Industrie- und Handelskammern als deren amtlichen Berufsvertretungen, in den Börsen, Warenprüfämtern und sonstigen der Verwaltung oder Aufsicht der Handelskammern unterstellten Anstalten, in den Körperschaften und Organen der Sozialversicherung, der Gemeinden, Kreis-, Bezirks- und Provinzialverbände, der Landtage, des Reichstages, des Deutschen

Industrie- und Handelstages, des Reichswirtschaftsrates, in Ministersesseln des Reichs und der Länder.

4. Umfassender als die Macht- und Rechtstheorien, die eine bloße Abstraktion, ein Macht- oder Rechtsverhältnis dem Staate als Inhalt und Wesen unterstellen wollen, sucht ihn eine Gruppe in sich verschieden gerichteter, aber einander verwandter Theorien zu ergründen, indem sie die den Staat bildenden Menschen, das Volk, als lebenden Körper des Staates anspricht. Diese biologische oder organische Staatslehre zählt, zum Teil auf die unter 5. zu berührende Persönlichkeitstheorie übergreifend, in ihren Vorstufen und verschiedenen Ausstrahlungen Plato, Kant, Schelling, Hegel, Gierke, Schäffle zu ihren Urhebern. Voraus- oder nebenherlaufende, anregende, aber nur Analogien bietende Anknüpfungen an den Bienen-, den Ameisenstaat überholend, erscheinen bei diesen Lehren und ihrem Ausbau der Mensch, seine Verbindungen und Beziehungen als im Gesamtorganismus aufgehende Teile, als Zellen, Zellgruppen und Zwischenorgane, die Lebensvorgänge der Wirtschaft, der Gesellschaft, der Politik als biologische, physische (und psychische) Kollektivfunktionen, die Wirtschaft und der Staat selbst als organisch aufgebaute, lebendige Einheiten. Rasse, Herkunft, Abstammung, Verschmelzung, körperliche Tüchtigkeit, Förderung der Lebensbedürfnisse und Lebenshaltung, Nahrung, Gesundheit, Wohlstand, Gütererzeugung und -verteilung, Urproduktion, Gewerbe, Handel, Wohlfahrtspflege rücken in den Bereich staatlicher Betrachtung und Betätigung, wie sie zum Teil schon von anderen, ursprünglich fiskalischen Gesichtspunkten aus in der Gewerbe- und Ausfuhrförderung des Merkantilismus und Neumerkantilismus, in der „Polizey", der Wohlfahrtspflege des alten cameralistischen Polizeystaates, in der Wirtschaftspolitik des modernen Wohlfahrts- oder Nährstaates in den Mittelpunkt traten und noch im Vordergrund stehen. Biologischer und organischer Zusammenhang waltet dabei zwischen den Individuen nicht nur vertikal, zeitlich durch die jedem Familien-, Stamm- und Ahnenforscher schon auf nur wenig zurückliegenden Generationsstufen ins Auge springende genealogische Blutsverbundenheit des Volkskörpers, sondern auch horizontal, räumlich-gleichzeitig durch die stoffliche, physische (und psychische) Lebensverbundenheit der wohl nur scheinbar selbständigen und getrennten, in Wirklichkeit ähnlich den wirbelnden Teilchen der Elektronensysteme zusammengehörigen Einzelwesen. Vielleicht gilt auch hier:

> „Was Stoff ist? Kraft, Bewegung, Trieb und Leben.
> Was starr und fest den Vätern dünkte, ist ja nichts als Streben,
> und selbst der Marmor unterm harten Meißel
> ist nichts als kleinster Weltenkörper bunt Gewirbel nnd Gekreisel!"

Welche Rolle dem Kaufmann und der Wirtschaft im biologischen Zusammenhang und organischen Aufbau und Leben des Staatskörpers zufällt, mag dem



Abschluß unseres Überblicks vorbehalten bleiben, da hierbei auch die übrigen noch zu betrachtenden Seiten des staatlichen Wesens mitsprechen.

5. Die schon mit gestreifte, zu der biologisch-organischen teils begrifflich im Gegensatz stehende, teils indessen sie ergänzende und mit ihr verwachsene Persönlichkeitstheorie setzt, von der Rechtswissenschaft, der Gesamtperson des Staates als Rechtssubjekt her orientiert (Laband, Jellinek), den Begriff einer rechtlichen Persönlichkeit mit Gesamtseele, Gesamt- und Einheitswillen als Einheit gegenüber der Vielheit der Beherrschten. Aus der Sondersphäre des Rechts auf das Gesamtgebiet der biologisch-organischen Staatsauffassung übertragen, würde dann den dem biologischen Einzelwesen übergeordneten organischen Kollektivgebilden und dem Gesamtstaate als ihrer Zusammenfassung und Gipfelung eine Kollektivseele und ein Kollektivwille eignen. Aus solcher Seele und solchem Willen lassen sich dann wiederum die Ausdehnung und Einstellung der Staatszwecke über das Stofflich-körperliche und Wirtschaftliche hinaus auf die höheren Gebiete der Ethik und Ästhetik, auf Erziehung, Bildung, Künste, Wissenschaften und Gesamtkultur ableiten. Auch an diesen Staatsbelangen haben der Kaufmann und die Wirtschaft teils mittelbar, teils unmittelbar wesentlichen Anteil, so am gesamten niedern, höhern und Hochschulwesen sowie, in noch gesteigertem Grade, an den Berufsschulen, den kaufmännischen und technischen Fachschulen, den Handels- und technischen Hochschulen als den Ausbildungsstätten des kaufmännischen und gewerblichen Nachwuchses, so ferner an der Gestaltung des kaufmännischen und gewerblichen Lehrlingswesens, an der fachlichen und staatsbürgerlichen Fortbildung der Arbeiter, Angestellten und Selbständigen, an der Förderung der Berufstüchtigkeit, der Wahrung und Pflege der Standesehre, an der Nutzbarmachung wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Forscher- und Pionierarbeit, künstlerischer und kunstgewerblicher, ethnographischer, weltwirtschaftlicher und weltpolitischer Leistung und Erfahrung. Zu Nutz und Frommen der Wirtschaft ergänzt so der „Lehrstaat“, der „Kulturstaat“ den Nähr- oder Wohlfahrtsstaat, den Rechts- und den Wehrstaat.

6. Übersehen oder vernachlässigt wird merkwürdigerweise in den Staatstheorien wenigstens der zünftigen Staatswissenschaftler und Staatsrechtler sowie in der staatswissenschaftlichen und staatsrechtlichen Literatur überhaupt, vielleicht seiner Selbstverständlichkeit wegen, aber doch zu Unrecht und mit Nachteil für die inhaltliche Gestaltung und wissenschaftliche Auswertung des Staatsbegriffs, gerade dasjenige Kriterium, ohne welches ein Staat überhaupt undenkbar ist und jede Definition bodenlos in der Luft schwebt: das Staatsgebiet, der Wurzelboden und Lebensraum des Macht- wie des Rechts-, des Wohlfahrts- wie des Kulturstaates. Streifende Nomaden-, Krieger- und Hirtenstämme mögen durch Gewalt- und Rechtsverhältnisse und primitive Wohlfahrts- und Kulturaufgaben zusammengeschlossen erscheinen, ein „Staat“ sind sie nicht, wenigstens so lange nicht, bis



sie sich in einem bestimmten, sei es auch zunächst noch weit und schwankend umgrenzten Gebiet seßhaft gemacht und mit diesem zu einer Art Einheit verwachsen sind. Obgleich der Grund und Boden, das Land, von jeher der Hauptgegenstand aller Kriege und Kämpfe, Ausgangspunkt jeder Stammesverfassung und Rechtsordnung, Grundlage jeder Nahrung und Kulturentfaltung gewesen ist, Herder und Montesquieu schon 1784 und 1748 die geographische Bedingtheit der staatlichen Bildungen und der gesetzlichen Institutionen der verschiedenen Länder erkannt und hervorgekehrt haben, ist eine Raumtheorie, eine geopolitische Auffassung des Staates doch erst viel später, von der Geographie her, seit 1882 von Ratzel, seit 1924 in Fortentwicklung und wissenschaftlicher Erweiterung und Vertiefung von Haushofer und den übrigen Herausgebern und Mitarbeitern der „Zeitschrift für Geopolitik" an die Staatswissenschaft und das deutsche Volk herangebracht worden. Die für Staat und Wirtschaft, für den Verkehr und die gesamte Kultur der Völker geltenden Bedingtheiten des Raumes, der Lage, des Klimas, der Landschaft, der Gebirgs- und Küstengliederung, der Grenzen sind zugleich auch Bedingtheiten und Möglichkeiten für den Kaufmann und seine gewerblichen Unternehmen, wie auch ihm, schon nach dem vielzitierten Goetheschen Spruche, der umfassende und weite, über enge Räume hinaus aufs Weltganze gerichtete, dem des Geopolitikers verwandte Blick eignet. Aber nicht nur erdbestimmte Symptome von Macht- und Wirtschaftsverlagerungen im indopazifischen Raum, die weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage Ungarns oder das geopolitische Gesicht Mexikos, nicht nur Probleme und Belange weltwirtschaftlicher Absatz- und Verkehrsbeziehungen verknüpfen ihn mit dem Raum als Bannkreis und Quelle geschäftlichen Wirkens, auch in den örtlichen und territorialen Bezirken und Gemeinwesen der Heimat, in der Wahl und Besiedelung, der Ausbreitung und Wanderung industrieller Standorte, in dem bodenverhafteten Bestand und Wachstum von Geschäfts- und Kundenkreisen bewahrheiten sich im kleinen gleiche und ähnliche Gesetze geopolitischen Geschehens.

7. Greifen die bisher ins Auge gefaßten Theorien analytisch je eine Seite des Staatsproblems an, um von ihr aus Ursprung und Wesen des Staates zu ergründen, so sprießen aus jeder von ihnen doch zugleich mit Keime der andern, in gesteigertem Maße bei den drei zuletzt angeführten und der geopolitischen im besonderen, die bereits eine soziologische oder universale Staatsauffassung als Synthesis aller jener in sich birgt. Als hervorragendster Vertreter dieser darf wohl Kjellén angesprochen werden, der in seinem „Staat als Lebensform" den Macht-, den Rechts-, den Wohlfahrts-, den Kultur-, den Raumstaat zum Lebensstaat erweitert und erhebt, indem er die okkupatorische, die juristische, die biologisch-ethisch-soziale, die psychologisch-linguistische und die geopolitisch-soziologische Lösung zu logischer und ethischer Einheit empor- und zusammenführt. Als ältere und jüngere Weggenossen gesellen sich ihm, neben Haushofer und den Geopolitikern, der



Geohistoriker Albert von Hofmann, Gelehrte, Politiker, Staats- und Verwaltungsmänner wie Rudolf Stammler, Leo Frobenius, Eduard David, Eduard Hamm, Friedr. Alfr. Kühne, Emil Menke-Glückert, welch letzterer in seiner soeben erschienenen Denkschrift des sächsischen Ministeriums für Volksbildung das Werden, Leben und Wesen des Volkes und Staates der Jugend aus „Sprache und Schrifttum, religiösem Empfinden und Erleben, aus Geschichte und Kunst, Boden und Landschaft, Volksart und Sitte, Arbeit und Wirtschaft" erschlossen wissen will. Nicht an letzter Stelle sind der Kaufmann und die Träger der Wirtschaft, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, als Nutznießer und Glieder der Staats- und Wirtschaftsordnung berufen, ein jeder aus seiner wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Stellung heraus, dem Gesamtwohl und der Vervollkommnung des Volkes und Staates als eines uns alle begreifenden Lebewesens zu dienen. Reichen Anlaß und fruchtbaren Boden bieten hierzu die innere Gemeinschaftsarbeit und äußere Verkehrsgestaltung der Betriebswirtschaft, die Arbeit in Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, Fach- und Zweckverbänden, Genossenschaften und Vereinen, die Mitarbeit und Hilfeleistung bei den gesetzlichen Aufgaben und Selbstverwaltungseinrichtungen der Industrie- und Handelskammern, die Bekleidung von Ämtern als Mitglied oder Hilfsorgan in diesen amtlichen Berufsvertretungen selbst sowie in der Rechtspflege, den Organen der Sozialversicherung, der Gemeinde-, Kreis- und Bezirksverwaltung, den Landtagen, dem Reichstage, dem deutschen Industrie- und Handelstage, dem Reichswirtschaftsrate, in Beiräten der wirtschaftlichen und Verkehrsverwaltungen oder Ministerstellungen in Reich und Ländern. An allen diesen Stellen der Privat- und der Volkswirtschaft, der öffentlichen Verwaltung, des politischen Lebens und der staatlichen Leitung können der Kaufmann und die Wirtschaftskreise, Selbständige wie Angestellte und Arbeiter, den Kurs der Wirtschaft und des Staatsschiffes vorwärtssteuern helfen: durch verständnisvolles, die eigenen Belange mit denen anderer Wirtschaftskreise und -zweige, der Volkswirtschaft und des Staates in Einklang setzendes Zusammenarbeiten, durch Hochhaltung der Standesehre und guter Sitte im wirtschaftlichen und politischen Verkehr, durch Mitbeachtung ethischer und staatsbürgerlicher Gesichtspunkte neben den rein geschäftlichen und wirtschaftlichen, durch Bekundung und Übertragung wirtschaftlicher Erfahrung und kaufmännischen Geistes im Verkehr und Zusammenwirken mit Behörden und Anstalten der öffentlichen Gemeinwesen, durch arbeits- und verantwortungsfreudige Teilnahme an Politik und Verwaltung von der Gemeinde hinauf bis in die Spitzen des Reichs und der Länder. Ludwigs XIV. „l'état c'est moi" setzt sich dann für jeden einzelnen um in „Der Staat bin ich und ich bin ihm", und mit solchen Staatsbürgern kann der Staat dann wahrhaftig „Staat machen". Weit schöner drückt dasselbe, um mit einem Ausspruch von ihm zu schließen, Kjellén aus, wenn er, selbst auf Kosten zu überwindender Schwierigkeiten, Hindernisse, vielleicht auch Leiden, als Ziel der wirt-

schaftlichen und staatlichen Entwicklung „das Einzige, was im Grunde den Preis des Lebens bezahlt, nämlich die Verbesserung der Persönlichkeit zu immer größerer Vollkommenheit und die Entwicklung der Anlage des Volks zu immer höherer Vollkommenheit" bezeichnet und hinzufügt, dann möge es mit dem materiellen Glück gehen wie es wolle, oder richtiger: dann komme das wirkliche Glück von selbst.

Erich Obst:

LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA

K. C. v. Loesch und A. Hillen Ziegfeld: Staat und Volkstum. Bücher des Deutschtums, Bd. II, 798 Seiten mit vielen Textkarten. Deutscher Schutzbund-Verlag, Berlin 1926.

Das Erscheinen eines neuen Bandes der Reihe „Bücher des Deutschtums" bedeutet ein Ereignis in einer Zeit, wo die Fragen des Staates und Volkstums alle Schichten unseres Volkes bewegen. Das Riesenwerk, das als Bd. II heute anzuzeigen ist, steht dem Bd. I an Fülle des Stoffs, Tiefgründigkeit der Untersuchungen und Anschaulichkeit der Darstellung (u. a. hervorragend lehrreiche Schwarz-weiß-Textzeichnungen!) in keiner Weise nach. Der erste Hauptteil behandelt Europa und seine Völkerprobleme (die europäischen Völkerunions-Ideen, der nationale Gedanke, die Minderheitenfrage, die fremden Minderheiten im deutschen Sprachgebiet, fremde Völker und Staaten); der zweite Hauptteil ist dem deutschen Volk gewidmet (Bevölkerungsbewegung, Siedlungsgeschichte und Siedlung, Wirtschaft, Volksgeschichte und Deutschtumskunde, Kulturgeschichte, Kirche, Kulturarbeit, Schutzarbeit).

Man wird schon aus diesen Kapitelüberschriften ersehen, welche Unsumme von Tatsachen und Gedanken hier verarbeitet worden ist. Es ist schlechterdings unmöglich, an dieser Stelle zu jedem einzelnen Punkt Stellung zu nehmen oder auch nur den Hauptinhalt zu kennzeichnen. Wir begnügen uns infolgedessen damit, hier nur auf die Untersuchungen der Paneuropafrage etwas näher einzugehen, weil diese Abschnitte das stärkste geopolitische Interesse erwecken. K. C. v. Loesch selbst steuert einen gedankenreichen Aufsatz „Paneuropa, Völker und -Staaten" bei; R. Riedl, der ehemalige österreichische Gesandte in Berlin, behandelt „Die Vereinigten Staaten von Europa als konstruktives Problem"; Privatdozent Dr. H. Gerber-Marburg erörtert das Problem staatsrechtlich unter dem Titel „Ein europäischer Bund?"

Der geopolitisch sehr gut unterbaute Aufsatz von v. Loesch zeigt die Voraussetzungen auf, die nach der Meinung des Autors für die Verwirklichung des Planes der Vereinigten Staaten von Europa in Frage kommen. v. Loesch verspricht sich nichts davon, etwa mit einer Zollunion zu beginnen, lehnt überhaupt einen Konstruktionsversuch ohne genügende Vorbereitung und vorausgehende Annäherung ab. Was er empfiehlt, ist organisches Wachstum unter Benutzung eines Kristallisationskernes, für den nach Lage der Dinge nur Deutschland und die ihm benachbarten Teile Mitteleuropas in Betracht kommen. Hier muß zunächst eine gewisse politische Bereinigung (Grenzkorrekturen!) erzielt werden, dann kann von diesem Zentrum aus die Idee Paneuropa nach der Peripherie aus weiter ausgreifen, indem man sich bemüht, die unterschiedlichen Kulturformen Mittel-, West- und Osteuropas gleichmäßig zu berücksichtigen. England und Rußland (bis zur Urallinie) sind für Paneuropa ebenso unentbehrlich wie das übrige Europa bis hin zum Mittelmeer (einschließlich Türkei).

Riedl wagt in seinem Beitrag den Versuch, einen Verfassungsentwurf für einen europäischen



Staatenbund zu skizzieren. Raummangel verbietet leider, im einzelnen darzulegen, wie sich Riedl das Zusammenwirken von Kongreß (Delegation der europäischen Parlamente) und Konvent (Delegation der europäischen Regierungen) denkt, welche Gedanken er sich hinsichtlich der Gewährleistung des Friedens und der äußeren Sicherheit, der Vertragsfrage, der Regelung der Wirtschafts- und Verkehrsprobleme, der Finanzen, des Schutzes der Nationalitäten u. a. m. bildet. Die ungemein ideenreiche und anregende Abhandlung Riedls sollte von jedem eingehend studiert werden, der sich mit dem Paneuropa-Problem ernsthaft auseinandersetzen will.

Den Abschluß dieser Erörterungen bildet eine vom Standpunkt des Staatstheoretikers dargebotene Studie von H. Gerber. Er empfiehlt, den europäischen Staatenbund nach den Regeln des Völkerrechtes aufzubauen. „Der Gedanke der Bildung eines europäischen Staatenbundes bedeutet die innere Durchbildung des Weltstaatensystemes unter dem Grundsatze der Selbstverwaltung solcher Staatenkreise, welche sich unter gleichen Bedingungen des Raumes als notwendige Einheiten fühlen . . . Ein Zusammenschluß der Staaten Europas für die Zukunft kann nur ein europäischer Bund souveräner Staaten sein."

Wir betonten schon oben, daß die hier skizzenhaft umrissenen Erörterungen nur einen kleinen Ausschnitt aus dem Gesamtwerk darstellen. Das Ganze verdient nach Inhalt und Form die denkbarste Empfehlung. Wenn in dem deutschen Volk die Kraft und der Wille zum Wiederaufstieg lebendig sind, dann müssen die „Bücher des Deutschtums" recht bald und in steigendem Maße Bücher jedes deutschen Hauses werden.

Richard Hennig: Freie Ströme. Wirtschaftspolitische Zeitfragen, 3. Heft, 104 Seiten. Verlag G. A. Gloeckner, Leipzig 1926.

Der Verfasser, dessen literarische Vielseitigkeit Erstaunen erwecken muß, beschäftigt sich hier mit einem ebenso interessanten wie staats- und völkerrechtlich komplizierten Thema. Ausgehend vom Begriff des „Freien Meeres" schildert er die Ansätze zu einer entsprechenden „Freiheit der Ströme". Die Internationalisierung der unteren Donau, des Kongo und des Niger (letztere nur auf dem Papier) werden verglichen mit den Bestimmungen des Versailler Diktats über die Internationalisierung der deutschen Ströme. Es ergibt sich, daß hier von einer Klarheit des Begriffs „Internationalisierung" keine Rede ist und daß es dem brutalen Machtwillen der Feindbundstaaten lediglich darauf ankam, Deutschland zu schwächen. Die gegenwärtigen Rechtsverhältnisse an Rhein, Donau, Oder, Memel und Weichsel werden ausführlicher behandelt, die Fragen des Elbe-Problems gelegentlich gestreift.

Kalender des Auslanddeutschtums 1927. Herausgegeben vom Deutschen Ausland-Institut Stuttgart.

Das Stuttgarter Institut hat sich mit diesem geschmackvollen Bilder-Kalender die Aufgabe gestellt, eine Brücke zwischen den Deutschen im Reich und den Volksgenossen jenseits der Grenzen zu schlagen; es soll das Deutschtum im Stammgebiet daran gemahnt werden, daß allenthalben in der Welt deutsche Menschen gesiedelt sind und deutsche Kultur verbreiten helfen. — Die mit kurzen, treffenden Erläuterungen ausgestatteten Bilder behandeln die deutschen Grenz- und Auslandssiedlungen: Kirche und Schule, Vereinswesen, wirtschaftliche Unternehmungen usw. Aus allen Teilen der Welt, wo immer Deutsche wohnen, sind diese Bilder zusammengetragen worden; der Kalender bietet infolgedessen eine eindrucksvolle Schau vom Deutschtum in der Fremde, und da er bei alledem sehr wohlfeil ist (1,50 Mk.), so sollte er im Interesse der Sache recht recht viele Freunde finden.

Reichsminister des Innern a. D. Dr. Külz, Deutschland. Jahrbuch für das deutsche Volk 1927. 247 Seiten mit einem Buntdruck-Titelbild des Reichspräsidenten, vielen Abbildungen und Textfiguren.

Nach dem Wunsche des Herausgebers soll das Buch dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit dienen und die Zuversicht in den Wiederaufstieg Deutschlands in allen Schichten unseres Volkes erwecken und festigen. Wir glauben, daß ein solches Ziel kaum besser erreicht werden konnte als durch die von Külz besorgte Sammlung von Aufsätzen. Männer aller Parteien, Gelehrte und Beamte, Wirtschaftler und Berufspolitiker kommen hier zu Worte und behandeln die mannigfachsten Probleme deutschen Staats- und Volks-

lebens; wir nennen von den Mitarbeitern hier nur Oswald Spengler, Prof. Herm. Kienzl, Bodo Ebhardt, Prof. Dr. Brandi, Reichstagspräsident Paul Löbe, Prof. D. Dr. Wilhelm Kahl, Prof. Dr. Philipp Zorn, General Reinhardt, Geh. Rat C. Duisberg, Reichsminister a. D. R. Wissel, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Prof. Dr. Bredt, Max Osborn, Otto Peltzer, Staatssekretär a. D. Dr. Th. Lewald. Daß auch die Fragen des Auslanddeutschtums gebührend erörtert werden, versteht sich bei der bekannten Einstellung des Herausgebers von selbst.

Gustav Braun, Deutschland: Dargestellt auf Grund eigener Beobachtung, der Karten und der Literatur. Zweite, umgearbeitete Auflage; 1. Heft, Norddeutschland. 136 Seiten mit 3 Tafeln und 25 Textabbildungen. Verlag Gebr. Borntraeger, Berlin 1926.

Der unseren Lesern wohlbekannte Greifswalder Geograph bietet hier den Anfang der Neubearbeitung seines originellen Werkes über unser Vaterland. Das in 14 natürlichen Landschaften klar, wenn auch nicht nach einheitlichen Gesichtspunkten gegliederte Norddeutschland wird in jedem Abschnitt nach seiner morphologischen, siedlungs- und wirtschaftsgeographischen Eigenart gekennzeichnet, wobei dem Verfasser vorschwebt, daß der Leser die entsprechenden Blätter der Topographischen Übersichtskarte des Deutschen Reiches 1 : 200 000 zur Hand hat. Für die Pflege einer modernen Heimatkunde hat Braun damit ein Hilfsmittel und einen Führer geschaffen, für den ihm aufrichtiger Dank gebührt. Daß bei einer so weitgespannten Untersuchung kleine Unrichtigkeiten unterlaufen sind, kann den Wert des Ganzen nicht herabsetzen. Die große räumliche Ausdehnung von Hannover auf das Vorherrschen des Einfamilienhauses (Bremen!) zurückzuführen, geht nicht gut an; in Hannover sucht man im Gegensatz zu Bremen Einfamilienhäuser — von den peripherischen Villenvororten abgesehen — leider vergeblich (siehe die Mietskasernenblöcke in Hainholz, Linden, Südstadt usw.). Die Kartenskizzen und die dort angewandten Signaturen sollten in einer Neuauflage jeweils erläutert werden. Im Literaturverzeichnis fehlen einige wichtige Arbeiten (Linde, Lüneburger Heide; Leonhardt, Hannover; Langenheim, Lüneburg; Maenicke, Magdeburg u. a. m.). Auf der anderen Seite muß doch wohl die Arbeit von H. Heins dort gestrichen werden, denn unseres Wissens behandelt Heins nicht das norddeutsche, sondern das nordwestindische (!) Flachland.

Erich Rosendahl, Geschichte Niedersachsens. XV und 936 Seiten. Helwingsche Verlagsbuchhandlung, Hannover 1926 bis 1927.

Das umfangreiche Werk stellt die einzige moderne Geschichte Niedersachsens dar, die wir besitzen. Mit der Schlacht am Teutoburger Walde beginnt die Darstellung, die uns durch die vielen Jahrhunderte bis zur neusten Zeit führt. Der Begriff „Niedersachsen“ erfährt dabei eine immer stärkere Einengung, indem sich der Verfasser, um sich nicht zu verlieren, vor allem auf die welfischen Lande beschränkt. Staaten- und Fürstengeschichte steht ganz ausgesprochen im Vordergrund. Geopolitische Gesichtspunkte treten zurück, dafür aber wird die Wechselwirkung zwischen niedersächsischer und Reichsentwicklung allenthalben klar herausgearbeitet. Kulturelle, wirtschaftliche und soziale Probleme werden gelegentlich kurz behandelt. Der Verfasser macht aus seinem welfischen Standpunkt keinen Hehl und kann daher einer Gestalt wie Bismarck schwerlich gerecht werden. Trotzdem darf der bedeutende Wert dieser Veröffentlichung nicht angezweifelt werden. Als kritisch zu benutzendes Nachschlagewerk wird das Buch von Rosendahl allen denen unentbehrlich sein, die sich mit Niedersachsen zu beschäftigen haben. Bei einer evtl. Neuauflage würde es sich dringend empfehlen, genaue Quellenangaben und ein Register beizufügen.

Karl Steinacker, Die Stadt Hildesheim: Historische Stadtbilder, Nr. 9. 142 Seiten mit zwei Karten, einer Stadtansicht, einem Stadtplan und vier Grundrißzeichnungen. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-Berlin 1927.

Die Abhandlung gliedert sich in zwei Teile: der erste bietet einen Abriß der Geschichte der Stadt Hildesheim, der zweite eine liebevolle Beschreibung der Stadt und ihrer Sehenswürdigkeiten, gleichsam als Führer durch das heutige Hildesheim gedacht. In dem geschichtlichen

Abschnitt finden sich viele geopolitische Bemerkungen von Wert. Der Verfasser bespricht z. B. die Naturbegünstigung des Raumes Hildesheim, die für die Entwicklung der Stadt in den vergangenen Jahrhunderten von Belang war. Die Vernichtung des Hochstifts, die Linienführung der Eisenbahnen u. a. m. ließen dann aber Hildesheim zurücktreten gegenüber Verkehrsknotenpunkten wie Elze und Hannover. „Hildesheim ist vom modernen Verkehr in der Tat beiseite geschoben, trotz seiner uralten verkehrsreichen Westosthandelsstraße. Das hätte beim Festhalten an Elze als Diözesanmittelpunkt mit diesem nicht in dem Umfange geschehen können. Wenn Hildesheim einen leidlichen Rang sich behauptet hat, so verdankt es das der nachwirkenden mittelalterlichen Energie seiner Bürgerschaft."

Fritz Schumacher, Zukunftsfragen an der Unterelbe. Gedanken zum „Groß-Hamburg"-Thema. 2. Aufl. 47 Seiten mit 14 ganzseitigen Textzeichnungen als Anhang. Verlag Eugen Diederichs, Jena 1927.

Der Verfasser behandelt das nämliche Problem, das Ref. in dieser Zeitschrift bereits einmal erörtert hat (Zeitschrift f. Geopolitik 1926, S. 663 f.). Schumacher legt mit Recht Wert darauf, das Unterelbegebiet als einheitlichen Wirtschafts- und Verkehrsraum gewertet zu sehen. Für ihn als Städtebauer stellt sich das Kardinalproblem etwa folgendermaßen dar: im Unterelberaum werden sich in der Folgezeit ungeachtet der politischen Grenzen immer größere Menschenmassen zusammenballen. Das zentrale Arbeitsgebiet für alle ist und bleibt das Hamburger Hafengelände, das wegen der Hochwertigkeit des Bodens (Verkehr und Industrie!) und aus Gesundheitsgründen nicht zugleich als Hauptwohngebiet in Frage kommt. Es handelt sich also darum, die in der Marsch arbeitenden Menschen (ihre Zahl soll sich nach Schumacher schließlich einmal auf rund 2 Millionen belaufen) in den angrenzenden Geestgebieten anzusiedeln. Einem solchen Vorhaben steht z. Z. die preußisch-hamburgische Rivalität entgegen. Der Verfasser befürwortet als Ausweg die Bildung einer Technischen Kommission, die alle Probleme zu klären und ein objektiv durchgearbeitetes und klar übersehbares Material zu schaffen hat. Über diese Vorschläge der Technischen Kommission müßte dann eine preußisch-hamburgische zwischenstaatliche Kommission unter dem Vorsitz eines vom Reich ernannten Präsidenten endgültig entscheiden.

Ostdeutscher Heimatkalender 1927. 6. Jahrgang, herausgegeben vom deutschen Ostbund und von den Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier. 160 Seiten mit zahlreichen Abbildungen. Verlag deutscher Ostbund E. V., Berlin.

Ein sehr gefällig ausgestatteter Kalender mit vielen volkstümlich gehaltenen Beiträgen. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Kalender nicht nur im deutschen Osten, sondern im ganzen Reich Verbreitung fände.

Leo Witschell, das Ergebnis der Sprachenzählung von 1925 im südlichen Ostpreußen. Veröffentlichungen des Geographischen Instituts der Albertus-Universität zu Königsberg, Heft VII, 8 Seiten und eine Karte in Buntdruck. Verlag L. Friederichsen & Co., Hamburg 1926.

L. Wittschell hat sich ein entschiedenes Verdienst dadurch erworben, daß er das Ergebnis der Sprachenzählung von 1925 in einer Karte 1 : 300 000 genau fixiert hat. Die sehr sorgfältige Arbeit ist gemeindeweise durchgeführt worden; der Darstellung liegt die Punktmethode zugrunde.

A. Brandenburger und Manfred Laubert: Polnische Geschichte. Zweite umgestaltete Auflage. Sammlung Göschen, Bd. 338. 167 S. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin-Leipzig 1927.

Die beiden bekannten Gelehrten haben sich in die Aufgabe in der Weise geteilt, daß Brandenburger die Geschichte des alten polnischen Reiches (Entstehung des Reiches und Erbmonarchie der Piasten, Zeitalter der Jagiellonen, Polen als Wahlreich, der Untergang) behandelt, Laubert die Geschichte der polnischen Teilgebiete unter der Fremdherrschaft und die Wiedererstehung des Reiches (die drei Teilgebiete bis zum Wiener Kongreß, die Zeit der Aufstände 1815—63, die Zeit der inneren Erneuerung 1864—1914, der Weltkrieg und die neue Republik Polen). Die Schrift, für deren Güte der hohe wissenschaftliche Ruf der Verfasser bürgt, ist als Grundlage

zum Verständnis der Geopolitik des Ostens schlechthin unentbehrlich.

Orbis Terrarum (Die Länder der Erde im Bild), England. 304 Seiten mit Aufnahmen von E. A. Hoppé, mit einer Einleitung (XXVIII. S.) von Charles F. G. Masterman. Verlag Ernst Wasmuth A.-G., Berlin 1926.

Jedesmal, wenn ein neuer Band dieses unseren Lesern nun schon wiederholt wärmstens empfohlenen Sammelwerkes erscheint, empfindet man von neuem die aufrichtigste Freude und einen berechtigten Stolz über diese deutsche Glanzleistung. Mit welch feinem Verständnis, welch tiefer Einfühlungsgabe der Verlag auch dem Lande „England" an die Arbeit gegangen ist, verrät die kleine Notiz: „England durfte nicht im Sonnenglanz gezeigt werden, wie Bilder aus Italien. E. O. Hoppés Aufgabe war vielmehr, den spezifischen Stimmungsgehalt, die neblige Atmosphäre und die dunstige Weite der englischen Landschaft in seinen Bildern festzuhalten." Und dieses Ziel wurde voll und ganz erreicht! Man erlebt beim Durcharbeiten dieses Bandes das eigentliche England (London selbst kommt etwas knapp weg), die Walliser Berglandschaft, das seenreiche Hochland von Schottland, die weiche Monotonie der irischen Insel, als ob man wieder einmal durch diese verschiedenartigen Gebiete Großbritanniens wanderte. Und wie tief spürt man die besondere Eigenart der britischen Inselwelt, wenn man nach Lektüre dieses Bandes etwa zu den entsprechenden Bänden desselben Sammelwerkes über Spanien, Italien oder Jugoslawien, Griechenland oder Nordafrika greift. Gerade das vergleichende Studium dieser Prachtbände öffnet selbst dem Laien die Augen über die grundverschiedene Natur- und Kulturausstattung der einzelnen Hauptbezirke des Abendlandes und gibt dem Fachwissenschaftler immer neue Anregungen. — Ein herzliches Glückauf zur Fortsetzung und Vollendung dieses in der ganzen Welt einzigartigen Unternehmens!

Ludwig Riess: Englische Geschichte hauptsächlich in neuester Zeit. 359 Seiten. Verlag Nauck & Jüngling, Berlin 1926.

Eine ausgezeichnete Darstellung, der wir ebenso ihres wissenschaftlichen Gehalts wie ihrer glänzenden Form wegen die weiteste Verbreitung wünschen möchten. Von der keltischen und angelsächsischen Periode handelt Riess nur kurz, um dann mit der Schilderung des anglo-normannischen Feudalstaates in breiteres Fahrwasser einzulenken. Alle nun folgenden wichtigen Perioden englischen Staatslebens erfahren eine eingehende Würdigung, wobei sowohl die machtpolitischen als auch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme behandelt werden. Das Werk von Riess führt bis in die neuste Zeit hinein und erhält gerade dadurch besonderen Wert. Mit der Rückkehr einer konservativen Parteiregierung (4. November 1924) nach dem kurzen Intermezzo eines Kabinetts der Arbeiterpartei schließt dieses bedeutsame Werk eines Gelehrten, der England und das Britische Weltreich so gründlich kennt wie wenige Deutsche.

Gg. Engelbert Graf: England am Scheidewege. Jungsozialistische Schriftenreihe. 48 Seiten mit mehreren Skizzen. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1927.

Eine knappe und nicht sonderlich originelle Darstellung der politischen und wirtschaftlichen Struktur des Britischen Weltreichs. Der Verfasser gelangt zu folgendem Ergebnis: „So würde auch eine kontinentaleuropäische vom Proletariat getragene Verständigung in logischer Folge zur Bildung der Vereinigten Staaten von Europa hinführen, würde den Kristallisationskern dazu abgeben. Ein solcher europäischer Staatenbund würde sowohl Rußland veranlassen, sein politisches Gesicht und die Hände seiner Wirtschaft wieder Europa zuzuwenden, wie er andererseits revolutionierend auf die Struktur und auf den Bestand des britischen Imperiums einwirken müßte. In diesem Sinne hängt von dem Verhältnis Deutschlands zu Frankreich die Autonomie Indiens, hängt davon der mögliche Zerfall des englischen Weltreichs ab und damit die Befreiung der Millionenvölker dieses Weltreichs vom kapitalistischen englischen Joch. Der Friede Europas bedeutet die Götterdämmerung des „British Empire."

W. Neuling: Die Stellung der drei großen Dominien im Britischen Reich nach dem Kriege. Unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftspolitik ihrer Ministerpräsidenten. Sozialwissenschaftliche Forschungen

Abt. IV, Heft 4. 108 Seiten. Verlag Walter de Gruyter & Co., Berlin-Leipzig 1927.

Eine vorzügliche Abhandlung, die in vieler Beziehung neues Material zur Klärung des Empire-Problems liefert. Der Verfasser behandelt zunächst für Kanada, Australien und Südafrika jeweils Land und Volk, Parteien und Führer, Wirtschaftspolitik und die Stellung im Reich. Ein weiterer Abschnitt ist der Verfassungspolitik gewidmet, um Londons Stellung zu den Dominien zu beleuchten. Ein letztes Kapital streift kurz den Reichswillen, d. h. die Motive, die die Dominien vorerst zur Bejahung des Reichsgedankens führen: „The British Empire grew, and still exist, because it pays!" Die Schrift verdient ernste Beachtung, weil sie eine fast lückenlose Zusammenstellung des gesamten einschlägigen Materials enthält und sehr gründlichen Aufschluß gibt. Das gilt nicht nur von den exakt zu erfassenden Tatsachen (Wirtschaftspolitik, Verfassungsentwicklung u. a. m.), sondern auch von den mehr stimmungsmäßigen Imponderabilien, die für die politischen Geschicke des Empire nicht minder bedeutungsvoll sind.

Colin Ross: Die erwachende Sphinx. Durch Afrika vom Kap nach Kairo. 310 Seiten mit 112 Abbildungen und 13 Kärtchen. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig 1927.

Das deutsche Schrifttum ist nicht sonderlich reich an guter Weltreiseliteratur. Mit einer gewissen Skepsis geht man an die Lektüre von Berichten über weitausgedehnte Reisen, weil man gewöhnlich durch mangelnden Tiefblick oder schiefe Urteile enttäuscht wird. Gerade, weil dem vielfach so ist — und wie könnte es vollends in der Nachkriegszeit angesichts der Verarmung, Abgesperrtheit und inneren Zerrissenheit des deutschen Volkes anders sein —, bereitet ein Buch wie das vorliegende herzinnige Freude. Man braucht gewiß nicht jedes Wort Colin Ross' gutzuheißen, aber man läßt sich gern in den Bann dieses klugen, ungemein fesselnd geschriebenen und glänzend ausgestatteten Buches zwingen. Und man lernt außerordentlich viel daraus, so knapp auch die einzelnen Skizzen gehalten sein mögen. Marokko, Südwest und Kapland, Mozambique, Njassaland und Rhodesien, Kongo, Tanganyika-Territorium (Deutsch-Ostafrika) und Zanzibar, Kenya und Uganda sowie endlich Ägypten werden nacheinander in ihrer ethnischen, wirtschaftlichen und geopolitschen Problematik umrissen; jedes Teilgebiet erleben wir in seiner spezifischen Individualität, und allenthalben klingt zugleich der Grundakkord durch, der die Vielheit doch wieder zur Einheit macht: Das Erwachen des Afrikaners. Den geopolitisch interessierten Lesern seien vor allem die folgenden Kapitel empfohlen, die freilich nur im Zusammenhang des ganzen Werkes recht gewürdigt werden können.

Afrikanische und amerikanische USA. (S. 83).

Die „Schwarze Gefahr" und die „Schwarze Notwendigkeit" (S. 104).

Zur geopolitischen Struktur Südafrikas (S. 159).

Die Zukunft der weißen Kolonisation (S. 234).

Die Möglichkeiten deutscher Kolonialpolitik (S. 239).

Uganda, ein Angelpunkt des afrikanischen Problems (S. 275).

Ägypten und Afrika (S. 301).

Dem überreichen Inhalt des Buches ist wegen seiner Vielseitigkeit im Rahmen einer kurzen Besprechung schwer gerecht zu werden. Wir möchten aber nicht unterlassen, hier und dort einige Sätze herauszugreifen, die für den Geist des höchst empfehlenswerten Buches bezeichnend sind: „Ich habe mir auf allen meinen Reisen Mühe gegeben, in „unerforschtes" Land zu kommen, um dann immer wieder die Erfahrung zu machen, daß längst ein anderer vor mir da war. Aber in gewissem Sinne ist heute ganz Afrika neu zu erforschen, nämlich nicht in seinen geographischen oder ethnographischen, sondern in seinen Lebensbedingungen. Afrika hat in den letzten Jahren, was Denken, Empfinden, soziale Gliederung und Lebenshaltung der Eingeborenen anbetrifft, eine alles umwälzende Revolution durchgemacht, größer vielleicht noch als jene, die Europa erschütterte. Diese Revolution ist keineswegs beendet, sie ist noch in vollem Gange, und es läßt sich noch nicht absehen, was ihr Ergebnis sein wird" (S. 277).

„Zum vollen Nutzen Europas wird sich die wirtschaftliche Erschließung Afrikas aber nur dann durchführen lassen, wenn die Frage der Behandlung der Schwarzen und der Nutzung der schwarzen Arbeitskräfte in ganz Afrika wenig-

stens einigermaßen nach gleichen Gesichtspunkten erfolgt. Heute wird nicht nur in den Kolonien jeder einzelnen Kolonialmacht, sondern in jeder einzelnen Kolonie anders regiert und verwaltet. Das war möglich, solange es in Afrika an Verkehrswegen fehlte. Heute, wo wir Arbeiterwanderungen durch den halben Kontinent haben, ist es ohne nachteilige Folgen nicht mehr möglich. Man denke nur daran, daß die Löhne für die gleiche Arbeit in den einzelnen Kolonien zwischen 6 und 100 Mark schwanken, daß in der einen Kolonie noch offiziell geprügelt wird, in der anderen inoffiziell, in der dritten überhaupt nicht, daß in manchen Gegenden Schwarze Gäste des Gouverneurs sind, in anderen kein Weißer sich mit ihnen an einen Tisch setzen würde, und dergleichen Verschiedenheiten mehr. Wenn auch die aus solchen Ungleichheiten erwachsende Unruhe und Verhetzung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten keinen gefährlichen umfassenden Aufstand der Schwarzen auslösen wird, so kann sie doch die gleichmäßige und dauernde Versorgung der weißen Farmen und Industrien mit Arbeitskräften aufs schlimmste gefährden" (S. 236/37).

„Ich habe nationales Selbstlob stets für eine wenig erbauliche Sache angesehen, allein bei uns weiß man im Grunde so wenig von unserer kolonisatorischen Tätigkeit der Vorkriegszeit, daß man ruhig ein wenig davon reden kann. Ich muß sagen, ich war immer wieder überrascht, wie ein Volk wie das Deutsche, das gar keine Vorbildung in Kolonialverwaltung hatte, so Hervorragendes leistete. Wenn man Deutsch-Ost und Britisch-Ost, die doch ungefähr gleichzeitig und unter einigermaßen gleichartigen Verhältnissen geschaffen wurden, miteinander vergleicht, dann fällt der Vergleich in jeder Hinsicht zugunsten des ersteren aus... Nach allem was ich von deutscher und englischer Kolonialverwaltung gesehen habe, halte ich die Deutschen für die weitaus begabteren Kolonisatoren. Vor allem versteht es der Deutsche ganz augenscheinlich ungleich besser, die Schwarzen richtig zu behandeln... Die koloniale Schuldlüge ein beispielloser Skandal, eine bewußte Verleumdung zu Propagandazwecken" (S. 241/42/43).

„Man kann durchaus das französische Interessengebiet in ganz Westafrika und das englische in Ägypten, im Sudan und in Uganda unangetastet lassen, ebenso wie die Südafrikanische Union, die ja bereits ein selbständiges, unabhängiger politisches Gebilde ist. Bleibt Zentralafrika. Hier könnte mit der Zeit aus dem Kongo, den portugiesischen Kolonien und Ostafrika etwas Ähnliches geschaffen werden, wie es seinerzeit der unabhängige internationale Kongostaat in der Idee war. Unter dem Stichwort einer internationalen wirtschaftlichen Ausnutzung dieses Gebiets und der gleichmäßigen Wahrung der Rechte der Europäer den Eingeborenen gegenüber könnte eine intereuropäische Organisation geschaffen werden, die dieses mächtige Rohstoffgebiet zunächst nach einheitlichen Gesichtspunkten wirtschaftlich erschließt und mit der Zeit auch politisch verwaltet" (S. 247).

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

JOSEF MÄRZ:

DIE WAHL TSINGTAUS

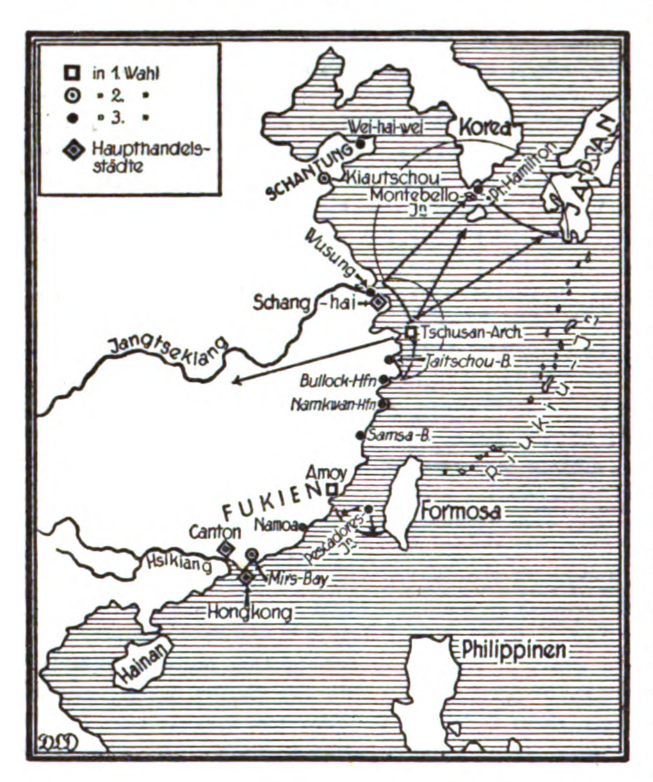
Vor 30 Jahren, am 14. November 1897, ist Tsingtau von deutschen Marinetruppen besetzt worden. Die Vorgeschichte dieses politisch bedeutungsvollen Ereignisses ist zusammenhängend noch wenig behandelt worden. Einiges darüber ist zu lesen in den Erinnerungen von Tirpitz, in der großen Aktenveröffentlichung des Auswärtigen Amtes, in dem vortrefflichen Werke von Otto Franke „Die Großmächte in Ostasien", in den Arbeiten des Hafenbautechnikers Franzius usw. Aus genauer Kenntnis der Unterlagen soll hier ein zusammenfassender Überblick über die Gesichtspunkte gegeben werden, die schließlich für die Wahl Tsingtaus maßgebend wurden. Es ist zur richtigen Beurteilung der Vorgänge zu beachten: 1. daß damals die Kenntnis Chinas noch sehr lückenhaft war, daß außer dem Monumentalwerk Richthofens kaum einwandfreie Quellen zur Verfügung standen und auch die Vermessung der chinesischen Küsten noch nicht bis in die Einzelheiten fortgeschritten war (so war die Arconabucht nicht bekannt gewesen und ihre Auffindung nach der Besetzung von Tsingtau eine Überraschung), 2. daß eben wegen dieses Mangels an Kenntnissen die europäischen Mächte eine Aufteilung Chinas erwogen und die Verhältnisse des Riesenreiches, das gerade den Krieg gegen Japan verloren hatte, falsch beurteilten (seit dem Beginn der Erschließung Ostasiens, dem Opiumkrieg, waren immerhin erst zwei Menschenalter verflossen!), 3. daß innerhalb der deutschen Marineinstanzen eine gewisse Rivalität herrschte und sich deshalb längere Zeit eine Einigung über die Wahl des Ortes für einen deutschen Stützpunkt in Ostasien nicht erzielen ließ.

Die Verhandlungen zwischen den Ressorts haben fast $2\frac{1}{2}$ Jahre gedauert, vom März 1895 bis Herbst 1897. Die deutsche Regierung erwog, sich unter Umständen einer Intervention der Großmächte anzuschließen, falls diese den Beginn der japanisch-chinesischen Friedensverhandlungen dazu benützen wollten, um Punkte oder Landstriche Chinas in der Form von Entschädigungen in Besitz zu nehmen. Mitbestimmend war dabei die Erwägung, daß der deutsche Handel in Ostasien bereits an zweiter Stelle hinter dem englischen stand und zwar Rußland und Frankreich (Tongking), aber auch Holland (Insulinde), Spanien (Philippinen), Portugal (Macao), von England ganz abgesehen, Landbesitz in Ostasien aufzuweisen hatten, Deutschland dagegen nicht.

Erörterungen über eine solche Festsetzung in Ostasien hatten schon um das Jahr 1873 zwischen der damaligen Admiralität und dem Reichskanzleramt stattgefunden, blieben aber mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse ohne Erfolg. Vorgeschlagen wurde damals an erster Stelle (und zwar von dem Chinaforscher Richthofen) die Erwerbung der Tschusan-Inseln, an zweiter die der Mirs-Bay bei Hongkong, an dritter die der kleinen Insel Kulangseu bei Amoy (Schreibweise der weniger bekannten chinesischen Namen nach damaligem amtlichen Gebrauch; siehe Kartenskizze 1). Zu Beginn der Aktion von 1895 empfahl dann der damalige Gesandte in Peking ohne nähere Begründung die „Kiao-Tsou"-Bucht und die Pescadores-

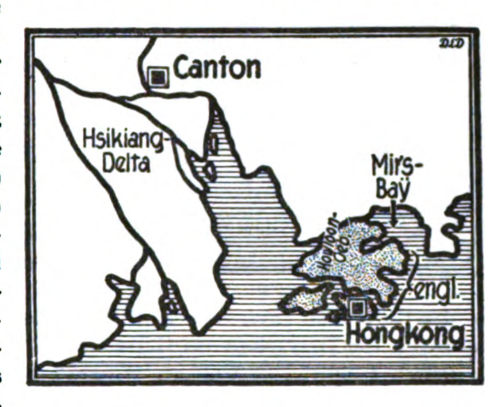


Inseln in der Formosa-Straße, die aber bald durch den Übergang an Japan aus dem Wettbewerb ausschieden. Aus dem gleichen Grunde mußte Formosa außer Betracht bleiben, das, nach dem Urteil der Marine, „zwar fruchtbar sei, aber zu wenig brauchbare Häfen besitze", und dessen Erwerbung und Festhaltung ohnehin unverhältnismäßig große Kraftaufwendungen notwendig gemacht hätte. Nach Ansicht der Marine kamen nur solche Plätze in Frage, die schon Handelsbeziehungen besaßen und bevölkert waren (die Entwicklung von Tsingtau, das darin ein Gegenstück zu Hongkong bildete, hat allerdings dann bewiesen, daß diese Voraussetzungen nicht unbedingt erfüllt sein mußten); die Frage der Verteidigungsfähigkeit komme erst in zweiter Linie in Betracht, wesentlich sei aber, daß das Gebiet unter die Landeshoheit und Gesetzgebung des deutschen Reiches zu treten habe, weil die Grunderwerbsfrage ohne die Möglichkeit der Enteignung sonst unlösbar sei. (Tatsächlich bildete Tsingtau während der chinesischen Revolution einen sicheren Zufluchtsort für chinesische Kaufleute und Würdenträger, weil das Gebiet unter die Oberhoheit einer Fremdmacht getreten war, und die Landgesetzgebung des Pachtgebietes war — was unbestritten blieb und ein Verdienst Schrameiers war — vorbildlich). Über die weiterhin noch genannten Plätze gab die Marine das Gutachten ab, daß die an sich brauchbare und geschützte Mirs-Bay zu nahe an

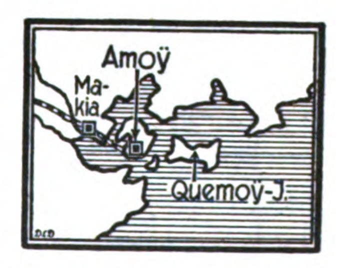


Hongkong liege (siehe Kartenskizze 2), wodurch ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis begründet werden könnte (ein zweifellos richtiges Argument), daß der Ankerplatz der Insel Namoa (bei Futschou) sicher und günstiger gelegen sei, was auch für die guten Häfen der Tschusan-Inseln zutreffe, und daß der an sich geräumige Hafen von „Kyou-Chau" (Kiao-Tsou) von Dezember bis März nicht eisfrei sei; die Häfen westlich von Hongkong kämen nicht in Betracht. Zusammenfassend betrachtet, müßten als Anforderungen berücksichtigt werden: 1. da die in Ostasien stationierten Schiffe eine Wirksamkeit von Singapore bis Hakodate entfalten müßten (also über 3000 sm weit), seien zwei Stützpunkte notwendig: einer im Norden, einer im Süden; 2. der Hafen müsse geräumig, gegen Winde und Seegang nach allen Richtungen geschützt sein und genügend Gelände für Anlagen, Docks usw. bieten, 3. an einer der Hauptverkehrsstraßen gelegen, entwicklungsfähig sein und bereits einige wirtschaftliche

Bedeutung erworben haben, 4. ohne Schwierigkeit befestigt werden können — Inseln würden dabei vorzuziehen sein, aber auch Küstenplätze seien unter Umständen ebenso geeignet —; 5. vermieden werden müsse die Nähe von anderen Stationen, die im Besitze fremder Mächte seien. Wie aus der späteren geschichtlichen Entwicklung hervorgeht, haben sich nicht alle diese Forderungen erfüllen lassen. Am Schlusse ihres Gutachtens nannte die Marine die Punkte, die ihr am geeignetsten erschienen: an 1. Stelle die Tschusan-Inseln, wegen der Nähe der Jangtse-Mündung, und Amoy-Kulangseu, an 2. Kiautschou — als Ersatz für Tschusan — und die Mirs-Bay, an 3. die Pescadores und (neu in die Debatte geworfen) die Montebello-Inseln (Crichton Harbour) an der Südspitze Koreas, nahe der Inselgruppe von Port Hamilton, die England 1885 besetzt hatte, aber rasch wieder aufgab, angeblich wegen der schlechten nautischen Eigenschaften des Punktes, in Wahrheit wegen der scharfen Proteste Rußlands und Japans, die in diesem Vorstoß Englands bis in den Norden der ostasiatischen Gewässer eine Bedrohung erblickten; eine politische Lehre, die dazu führte, daß man auf deutscher Seite den Gedanken bald wieder verließ (siehe Kartenskizze 4).

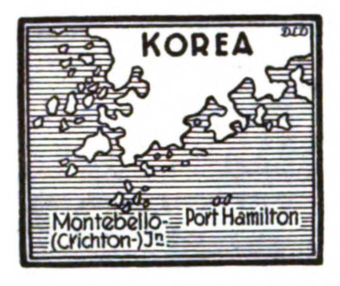


Die beiden an erster Stelle genannten Plätze waren allerdings aus politischen Gründen kaum zu haben. Auf die Tschusan-Inseln, die im Opiumkrieg und später noch einmal Basis des englischen Vorgehens gegen China gewesen sind, hatte sich England durch einen Vertrag von 1846 eine Sicherungshypothek eintragen lassen — China verpflichtete sich, die Gruppe gegebenenfalls an keine andere Macht als an England abzutreten —, und obwohl England von seinen Rechten späterhin keinen Gebrauch mehr machte, so war es doch sehr zweifelhaft, ob der Vertrag von 1846 durch spätere Friedensschlüsse überholt war, wie man an einigen Stellen der deutschen Marine anzunehmen geneigt war. Was ferner die Erwerbung von Amoy anbelangt, so hielt der langjährige deutsche Gesandte in Peking, Herr von Brandt, der die ostasiatischen Verhältnisse aus einem dreißigjährigen Aufenthalt gründlich kannte, die Schwierigkeiten für unüberwindlich, da Amoy einer der wichtigsten Vertragshäfen war. Kiautschou bot deshalb eher Aussicht auf Erfolg, weil hierbei nur mit China allein zu verhandeln war.



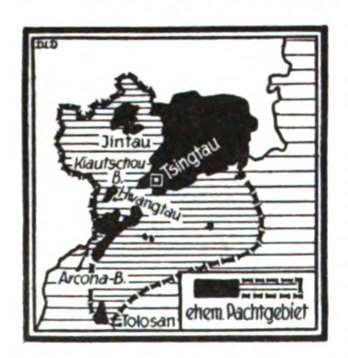
Im September 1895 hatten sich Auswärtiges Amt und Reichsmarineamt so weit geeinigt, daß der geringste Widerstand bei einer Erwerbung von Kiautschou zu erwarten sei. Andere Marinestellen, in erster Linie der Kommandeur der Ostasiendivision, legten aber viel Wert auf Amoy und suchten ihre Ansicht durchzusetzen. Kiautschou sei zu den Hauptverkehrswegen ungünstig gelegen — was im allgemeinen richtig war —, es sei nur in Verbindung mit einem zweiten im Süden gelegenen Punkt von Wert — was sich später als falsch herausstellte — und sein Hafen sei einige Monate nicht eisfrei — was ebenfalls durch die Tatsachen widerlegt wurde.

Außerdem könne man ja die auf dem Vertragshafen Amoy liegenden Pflichten mit übernehmen, wenn die Jurisdiktion der Vertragsmächte aufgehoben sei; militärisch sei gegen die Erwerbung eines Vertragshafens nichts einzuwenden, auch werde der Handel des Hafens unter Befestigungsmaßnahmen nicht leiden (eine Annahme, die sich am Beispiel von Tsingtau bestätigte).



Das Ergebnis einer Erkundung schien das Votum des Kommandeurs zu unterstützen. „Irene" untersuchte die Kiautschou-Bucht und fand sie ungeeignet, höchstens für einen vorübergehenden Versammlungsort in Betracht kommend. Das Hinterland könne sich zwar entwickeln, doch liege der Platz schon 360 sm von der Jangtsemündung und 160 vom Schantung-Vorgebirge ab, also auch zu weit vom Eingang zum Golf von Petschili. Zudem sei es gar nicht wünschenswert, einen rein militärischen und wirtschaftlich unentwickelten Punkt gerade an dieser Stelle zu besitzen, wo die einander widerstreitenden Interessen Rußlands, Englands und Japans sich im Kampf um Korea und um die Herrschaft im Gelben Meer zuzuspitzen drohten; auch seien endlich die wirklich fruchtbaren und an Mineralien reichen Landstriche der Provinz Schantung im Innern und nicht auf der Halbinsel gelegen.

Die Schiffe „Cormoran" und „Arcona" hatten zur gleichen Zeit die Samsah-Bucht und die Insel Namoa bei Swatau untersucht und als ungeeignet befunden. Weiter nach Süden wollte man nicht gehen, um nicht in die Einflußsphäre von Hongkong zu geraten. Man entschloß sich demgemäß, noch einmal Amoy sehr angelegentlich zu empfehlen und auf die der Stadtinsel vorgelagerte Insel Quemoy hinzuweisen (siehe Kartenskizze 3), falls politische Gründe der Erwerbung des Vertragshafens entgegenstehen sollten; für den Notfall wurde die Samsah-Bucht zur Wahl vorgeschlagen. Flüchtig untersucht wurden auch der Bullock-Hafen bei Wentschau und die Taitschau-Bucht, auf die der frühere Gesandte von Brandt aufmerksam gemacht hatte. Auch sie kamen nicht ernstlich in Frage, ebensowenig der Namkwan-Hafen nahe der Samsah-Bucht.



Kiautschou stand also in diesem Stadium der Angelegenheit noch ganz im Hintergrund und hatte, außer Richthofen, der aber in den Augen der Behörden Außenseiter war, kaum einen Freund. Immerhin ist es gerade Richthofen gewesen, der mit prophetischem Blick die spätere Entwicklung des zur Zeit seines Besuches (Ende der 60er Jahre) ganz unbedeutenden Küstenplatzes vorausahnte und ihm die Fähigkeit zuschrieb, Tschifu zu überflügeln, falls er dem Fremdhandel geöffnet würde.

Auf Wunsch des Kaisers wurde im Oktober 1895 die Frage untersucht, ob für den geplanten Zweck auch Wei-hai-wei an der Nordseite der Halbinsel Schantung geeignet sei. Wei-hai-wei ist bekanntlich drei Jahre später von den Engländern besetzt worden, die es solange behalten wollten, als Rußland im Besitz von Port Arthur sein werde, es aber auch nach 1905 nicht räumten und sich erst gelegentlich der Washingtoner Konferenz von 1922 dazu verstanden, ein Räumungsversprechen abzugeben. Besonders entwickelt hat sich der Platz unter englischer Herrschaft nicht; auch nach

Ansicht der deutschen Denkschrift von 1895 entsprach der Punkt nicht den Anforderungen, die gestellt werden mußten. Man kam mehr und mehr zu der Überzeugung, daß ein rein militärischer Stützpunkt zweifelhaften Wert haben würde, da seine Befestigung zu große Summen verschlingen müßte, ohne daß er dann im Kriege einen sicheren Zufluchtsort abgeben könnte, zumal die Entfernung von der Heimat sehr groß und die rückwärtige Verbindung nicht sichergestellt sei. Tatsächlich hat Tsingtau seinen militärischen Zweck insofern verfehlt, als das Ostasiengeschwader 1914 diese seine Basis verlassen mußte, um den Kreuzerkrieg zu führen; auch wurden wohl nur schwache Versuche gemacht, um eine Etappenlinie zwischen der Heimat und dem Fernen Osten zu schaffen, und die fremde, besonders die englische Presse, die Deutschland solche Absichten unterstellte (z. B. im Falle der Farisan-Inseln im Roten Meer, deren Wert in diesem beiderseits verkorkten Binnenmeer für die deutsche Flotte ohnehin äußerst problematisch gewesen wäre, und in dem anderen von Pulo Weh an der Nordspitze Sumatras), kann in diesem Punkte nicht als einwandfreie Quelle betrachtet werden.

Der Meinungskampf ging noch längere Zeit hin und her. Das Kommando der Kreuzerdivision vertrat den vernünftigen Standpunkt, daß man unmöglich einen wirtschaftlich unwichtigen Punkt zum Brennpunkt der deutschen Interessen stempeln könne, zumal die deutschen Bemühungen und Untersuchungen in Ostasien nicht unbemerkt geblieben waren und der dortigen englischen Presse Anlaß zu mehr oder weniger alarmierenden Artikeln gegeben hatten; es schlug vor, doch das deutsche Anrecht an einem zur Station geeigneten Vertragshafen so zu „heben", daß es für die Zukunft nicht angezweifelt werden könne und unter normalen Verhältnissen den sicheren Besitz eines Stützpunktes gewährleiste. Nicht das Bedürfnis der Flotte dürfe in den Vordergrund gerückt werden, sondern das Bedürfnis jener Interessen, deren Rückhalt die Flotte sein solle. Der Staatssekretär des Reichsmarineamtes schloß sich — es war inzwischen Mitte 1896 geworden — dem Standpunkt an, daß nur ein wirtschaftlich entwicklungsfähiger Platz Wert habe; sonst sei lieber auf die Verwirklichung des Planes zu verzichten.

Im Dezember 1896 trat die Kiautschou-Bucht wieder mehr in den Vordergrund, nachdem der Gesandte von Heyking gemeldet hatte, daß Rußland die Bucht, als in seine Interessensphäre fallend, beanspruche. Tatsächlich findet sich ein Passus, der eine Verpachtung auf 15 Jahre vorsieht, in dem russisch-chinesischen Geheimvertrag (Cassini-Vertrag), der später veröffentlicht wurde; auch hatten die Russen Tsingtau im Winter 1895/96 als Unterkunft benutzt. Es wurde dann im Dezember ein Sachverständiger, der Hafenbaudirektor Franzius, ausgesandt, mit dem Auftrag, Amoy, Kiautschou und die Samsah-Bucht auf ihre Eignung zu prüfen. In der Zwischenzeit hatte Tirpitz das Kommando der Kreuzerdivision übernommen und bei einer Zusammenkunft in Tschifu dem Gesandten von Heyking die Vorzüge der Kiautschou-Bucht gerühmt und die früheren ungünstigen Berichte über ihre Beschaffenheit als auf ungenügender Beobachtung beruhend bezeichnet. Auch wurden bereits Ende 1896 die nötigen Vorbereitungen für eine etwaige Besitzergreifung bis in die Einzelheiten besprochen. Tirpitz setzte sich auch in seinen Berichten sehr für Kiautschou ein, da er wie sein Vorgänger den Eindruck gewonnen hatte, daß der Erwerbung der Tschusan-Inseln kaum zu überwindende Widerstände von der Seite Englands gegenüberstehen würden. Wesentlich war, daß Tirpitz die Annahme widerlegen konnte, die Kiautschou-Bucht sei nicht eisfrei, da dieser angeblich festgestellte Nachteil bei der vorherigen Ablehnung des Platzes eine große Rolle gespielt hatte.

Von Amoy riet er ab, da dessen Handel zurückgegangen sei (der Hafen stand an 9. Stelle in China), die defensiven Eigenschaften nicht gut genannt werden könnten und England nur versuchen würde, politisch möglichst viel an Kompensationen zu fordern, falls Deutschland diesen Vertragshafen in Besitz nehmen wolle. Auch wies Tirpitz darauf hin, daß Fukien, die Provinz, in der Amoy liegt, kein Hinterland besitze und auch nach einer Festsetzung an diesem Platze die eigentlichen wirtschaftlichen Interessen der Chinadeutschen auf das Jangtse-Gebiet und auf das Gebiet des Sikiang im Süden gerichtet bleiben würden; ein Stützpunkt im Raume von Amoy würde sich also nicht mit diesen Interessen identifizieren und von vornherein einen großen Teil seines Wertes verlieren. Auch eine Besitznahme von Tschusan habe nur dann Zweck, wenn sie lediglich eine Etappe darstelle, gewissermaßen als Dokument für ein Vorkaufsrecht auf das Gebiet um die Jangtsemündung betrachtet werden könne (der Gedanke einer Aufteilung Chinas war noch nicht aus den Köpfen verschwunden); die deutschen Absichten, die mit der Erwerbung von Tschusan verknüpft würden, könnten von den Engländern durch eine Besetzung von Wusung, das kein Vertragshafen und deshalb dem Zugriff frei sei, durchkreuzt werden, denn der Verkehr zeige immer mehr die Tendenz, die Umschlagplätze möglichst weit ins Landinnere zu verlegen und nicht auf hoher See zu belassen (s. Tirpitz S. 152 ff.: Sie lagen vor Schanghai ähnlich wie Helgoland vor Hamburg „Der Handel strebte an ihnen vorbei.") Die Samsah-Bucht vollends sei erst recht nicht imstande, den Handel von Fukien an sich zu ziehen oder die Möglichkeit zu einer erfolgreichen Anknüpfung von Beziehungen mit Innerchina zu bieten.

Anfang 1897 war die Marine, nicht zum wenigsten infolge des warmen Plädoyers des Admirals Tirpitz, der sich andernfalls „vor eine unmögliche Wahl gestellt" sah, dazu gelangt, den größten Wert auf Kiautschou zu legen und nur noch die Erkundung zu empfehlen, ob Rußland diesen Platz selbst beanspruche oder seine Erwerbung durch Deutschland als Riegel gegen eine Besitznahme für England nicht ungern sehen würde. Der Verzicht Rußlands auf seine nicht sehr stark begründeten Ansprüche wurde im Laufe des Jahres 1897 noch erreicht. Daß Deutschland mit der endgültigen Wahl Tsingtaus keinen schlechten Griff gemacht hat, ist durch die ungeahnte Entwicklung in den wenigen Jahren von 1897—1914 wohl einwandfrei bewiesen worden.

LITERATUR: Tirpitz, Lebenserinnerungen, bes. S. 61 ff. — Franke, Otto, Die Großmächte in Ostasien von 1894—1914. Braunschweig und Hamburg 1923. — Franzius, Georg, Kiautschou, Deutschlands Erwerbung in Ostasien, Berlin 1898. — Franzius, Georg, Koloniales Jahrbuch XI, 1899, S. 43 ff. — März, J., Die Stützpunktpolitik der großen Mächte (in: „Zum Freiheitskampf in Ostasien", Berlin-Grunewald 1923, Kurt Vowinckel Verlag). — Richthofen, Ferd. Frh. von, Kiautschou, „Preußische Jahrbücher", Dezember 1897. — Richthofen, Schantung und seine Eingangspforte Kiautschou, Berlin 1898. — Richthofen, Tagebücher aus China, Bd. I, Berlin 1907.

HEINRICH JOHANNES:

AUSLÄNDISCHE KONZESSIONEN IN RUSSLAND

Die russische Wirtschaft braucht zur Ausbeutung ihrer Bodenschätze und zur Versorgung der Bevölkerung mit Industrieerzeugnissen Kapital und Beratung der industriell weiter vorgeschrittenen Länder. Abgesehen von dem Importbedürfnis Westeuropas an landwirtschaftlichen Erzeugnissen haben einige europäische Industrieländer und die Vereinigten Staaten von Amerika ein Interesse an der Erweiterung ihres Handels durch die Heranziehung des großen russischen Marktes. Die Vereinigten



Staaten sind zudem noch an der Investierung von Kapital interessiert, für das sich bei ihnen selbst keine Anlagemöglichkeit findet. Das Kapitalbedürfnis Rußlands nun, das sich mehr und mehr zu einem wirtschaftlichen Zwang herausbildet und sich nach allen Nachrichten und den offiziellen Erklärungen russischer behördlicher Stellen immer bedrohlicher verschärft, und das Expansions- und Investierungsinteresse des Auslandes andererseits begegnen einander seit Jahren. Heute blicken wir auf rund ein halbes Jahrzehnt russischer Konzessionspolitik zurück; es lohnt daher wohl, einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung dieser Politik zu werfen.

Das Hauptkonzessionskomitee in Moskau unterscheidet drei Arten von Konzessionen.

1. Handels- und Verkehrskonzessionen: Deruluft (Flugverkehr), Rußtransit, Eggexport, Russot u. a. Die Derutra der Hamburg-Amerika-Linie und die Konzession der Firma Otto Wolf sind bereits eingegangen. Hier ist das Risiko für den Konzessionär verhältnismäßig unbedeutend wegen der geringen Kapitalinvestierung. Trotzdem sehen wir die Liquidation von zwei bedeutenden Unternehmen dieser Art, von welchem zum mindesten die Derutra (Deutsch-russische Transport A.-G.) dem russischen Verkehrswesen eine wesentliche Stütze bot, indem sie das Vertrauen im Auslande wachhielt.

2. Produktionsunternehmen, industrielle, land- und forstwirtschaftliche: Berger & Wirth (Farbenfabrikation), Laboratorium Leo (Fabrikation kosmetischer Artikel), H. Bruck (Herstellung von Trockenapparaten), Stock & Co. (Knöpfe), H. Langmann & Söhne (Hopfenverarbeitung), Bloch & Ginsberg (Knöpfe), Schachtbau Thyssen (Ausführung von Schachtarbeiten im Donjezbecken), Paul Kossel & Co., Russgerstroy (Ausführung von Bauarbeiten), SKF. (Schwedische Kugellager-Fabrikation), Drusag (Deutsch-russische Saatbaugesellschaft), Kruppkonzession Manytsch (anfänglich Landwirtschaft auf etwa 30000 Desjatinen, neuerdings für Schafzucht geändert, weil Körnerbau sich absolut nicht rentierte), Lena-Goldfields (englisch für Goldgewinnung), Harrimann (amerikanisch für Mangangewinnung, anfänglich mit Verpflichtungen zu Bahnbauten). Mit forstwirtschaftlichen und Holzkonzessionen steht es augenblicklich am wenigsten gut: Angloljess und Hollandoljess sind seit langem eingegangen; Mologaljess, die bei weitem größte ausländische Konzession, befindet sich in Liquidation; so bleibt nur noch eine in diesem Jahre im Fernen Osten gegründete japanische Konzession, die jedoch ausschließlich auf wenige Jahre große Einschläge vornehmen und das Holz ausführen soll. Sie hat für den inneren russischen Markt nur als Arbeitsgelegenheit eine Bedeutung.

3. Technische Beratung: AEG. (abgeschlossen 1926 auf 5 Jahre mit der Aufgabe, bei dem staatlichen Elektrotrust, dem Bau von Transformatoren, Generatoren, Motoren u. a. behilflich zu sein), Motorenfabrik Deutz A.-G. (Anleitung zum Bau von Dieselmotoren), Borsig (Anleitung bei der staatlichen Gomsa beim Bau von Kühlanlagen, 1926 auf 6 Jahre), I.-G.-Farbenindustrie (Herstellung von Anilinfarben und chemischen und pharmazeutischen Produktion), Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken Ausfuhrgemeinschaft (Hilfe in der Metallindustrie bei Orgametall, einem Staatsunternehmen), endlich Siemensbauunion (Beratung bei der Überwindung der Dnjeprstromschnellen, gegründet Anfang März 1927); das amerikanische Ingenieurbüro Cooper hat einen gleichen Vertrag. Bei dieser Art von Konzessionen handelt es sich eigentlich nur um eine Verwendung ausländischer Ingenieure, Chemiker und Qualitätsarbeiter.

Die russische Regierung — vor allem als berufener Vertreter Herr Joffe — ist seit einem halben Jahre außerordentlich eifrig bestrebt, die Lage der Konzessionäre im allgemeinen günstig darzustellen und Mißerfolge aus Gründen herzuleiten, die sich einem Einfluß der Sowjetregierung entziehen. Es soll hier keineswegs bestritten

werden, daß auch von Konzessionären manche Fehler gemacht worden sind, aber im wesentlichen hängt doch der Erfolg solcher Unternehmen von den russischen Behörden und der Lage dortselbst ab.

So behauptet Herr Joffe, daß den Konzessionären die Konzessionsobjekte vor Abschluß der Verträge genau bekannt gewesen seien. Ihnen wären stets eingehende Exposés ausgehändigt worden. Das genügt durchaus nicht. Wer ein großes Unternehmen mit hohem Kapital aufziehen will, muß sich persönlich von der wirtschaftlichen Lage im Lande und an Ort und Stelle und allen anderen damit zusammenhängenden Verhältnissen durch eigene Vertrauenspersonen unterrichten können. Hier aber liegt der wunde Punkt, denn die Sowjetregierung hat eine manchmal geradezu komisch wirkende Furcht, Personen nach Rußland zu Informationszwecken die Einreise zu gestatten. Typische Beispiele für die Unmöglichkeit, sich vor Abschluß des Vertrages eingehend und ausreichend zu informieren, sind die Fälle Krupp, Manytsch, Mologaljeß und Harrimann, wenn man auch bei den beiden erstgenannten deutschen Konzessionen zugeben muß, daß diese Unternehmen etwas übereilig auf recht erhebliches Drängen von politisch damals sehr einflußreichen Persönlichkeiten ins Leben gerufen wurden. Jedenfalls mußten die Verträge dieser drei Unternehmen ein- und mehrmals abgeändert werden, ehe der Konzessionär lebensfähig wurde; die Mologa hat jetzt sogar liquidieren müssen. Die genauen Gründe dafür wird man wohl erst nach Schluß der Liquidation zu erkennen vermögen.

Herr Joffe hebt besonders hervor, wie entgegenkommend Rußland in der Kreditfrage gegenüber den Konzessionären sei, und führt nach einem Artikel in dem „Iswestija" folgende Zahlen an: 42 Mill. Rubel investiertes Kapital, rund 24,5 Mill. Rubel Kredite und „nur" 15,28 Mill. Rubel Einnahmen aus den Konzessionen im Jahre 1926. Das heißt also, daß die Konzessionäre fast drei Achtel ihres eingebrachten Kapitals bereits in Form von Abgaben verloren haben und zwei Drittel der aufgenommenen Kredite nur zur Deckung dieser Abgaben aufgenommen worden sind. Es ist auch irreführend, wenn Herr Joffe den Anschein zu erwecken sucht, als ob sich die russischen Banken aus reinem Entgegenkommen den Konzessionären weit über ihr Vermögen hinaus zur Verfügung gestellt hätten. Bei Warenbeleihungen, worin die Kredite neben Diskont von Wechseln von Staatsbetrieben sonst fast ausschließlich bestehen, werden von den russischen Banken prinzipiell nie mehr als 50% eines amtlich sehr vorsichtig festgestellten Marktpreises hergegeben. Dabei sind diese Kredite außerordentlich teuer. Sie stellen sich augenblicklich für den Konzessionär auf 15—16%; er wird dabei den Staatsbetrieben um rund 6% und den Trusts um rund 4% gegenüber ungünstiger gestellt.

Eine besondere Schwierigkeit hat der Konzessionär natürlich auch im Transfer etwaiger Verdienste. Hier ist besonders schwer abzuhelfen, soweit er auf dem inneren russischen Markt arbeitet, da der Tscherwonjez nur schwer zu halten ist und die russische Regierung mangels entsprechender Ausfuhr auf anderem Wege den Kurs halten muß.

Die Erfahrungen in diesem halben Jahrzehnt lassen sich folgendermaßen kurz zusammenfassen: Die Konzessionspolitik Rußlands ist sicherlich auf verschiedenen Gebieten nicht aussichtslos, weil der Bedarf im Inlande groß ist. Der Export ist wegen der hohen Unkosten bei vielen Materialien unmöglich. Die russische Regierung wird mithin Mittel und Wege finden müssen, das Transfer in irgendeiner Form sicherzustellen, wenn sie das Ausland für die Arbeit auf dem inneren russischen Markt interessieren will.



ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Auch dieses Mal wieder vermögen wir unserem Bericht nicht jene einheitliche Großraum-Note zu geben, die die Berichterstattung aus anderen Teilen der Welt so reizvoll gestaltet. Der eigensüchtige Triebwille der vielzähligen Staatenindividuen Europas setzt sich skrupellos über alle Gegebenheiten und Wegweiser der Natur hinweg und erzeugt ein derartig chaotisches Neben- und Durcheinander, daß eine einheitliche Linie unmöglich aufzudecken ist. Zudem hat man die Geheimdiplomatie lediglich nach dem Rezept „Le roi est mort, vive le roi!" abgeschafft, so daß die führenden Staatsmänner allenthalben ärger denn je in „zufälligen" Zusammentreffen schwelgen (Chamberlains Mittelmeerreise!), ihre Fäden spinnen, Koalitionen vorbereiten können usw. Eine Deutung und Beurteilung der politischen Vorgänge in den mittleren und kleinen Staaten wird durch diesen Umstand noch besonders erschwert, denn die meisten der dortigen Handlungen sind die Resultante zweier Komponenten: eigenen Wollens und fremder Beeinflussung.

Nicht einmal der Genfer Völkerbund macht von dieser Zwiespältigkeit eine Ausnahme. Intrigen hin, Intrigen her; große Programme und wenig Taten; hochheiliges Beteuern edelster Absichten auf Menschheitsbeglückung, und dabei im Grunde doch nur notdürftig verhüllter Egoismus und Imperialismus. Vielleicht sollten wir viel mehr Geduld aufbringen und trotz aller Enttäuschungen zum Völkerbundsgedanken stehen; aber die gegenwärtige Verkörperung dieses hehren Gedankens befriedigt eben doch gar zu wenig und treibt selbst einen Politiker vom Range Viscount Cecils zum Bruch. Einstweilen mindestens ist der Völkerbund tatsächlich für die Mehrzahl der Staaten nur Mittel zum Zweck, und jede der Großmächte versucht, auf diesem Instrument ihre eigene Melodie zu spielen.

Die Septembertagung des Genfer Völkerbundes hat nicht gerade dazu beigetragen, das obige Urteil abzuschwächen. Bezeichnend genug, daß beispielsweise die „Vossische Zeitung" ihre Kritik in die Worte kleidet „22 Außenminister suchen einen Völkerbund" und „diese Tagung mit ihrem Massenaufgebot von Ministern bietet nur äußerlich ein imposantes Bild; hinter der stolzen Fassade aber verbirgt sich ein mageres Programm". In der Tat, die Ergebnisse dieser Tagung sind alles andere denn berückend und stimmen vollends pessimistisch. Allenthalben geht man den wirklich brennenden Fragen mit allerlei schönen Redensarten aus dem Weg, scheut sich vor entscheidenden Taten und sieht hilflos zu, wie die Atmosphäre von Genf muffig und immer muffiger wird. Der Mechanismus leistet, was er leisten kann; aber Geist und Wille fehlt, ihn in einen lebendigen Organismus umzugestalten. Neuwahlen zum Rat! Man preist sich glücklich, daß man mit einem Wahlgang auskommt, und kürt Kuba (mit 40 Stimmen), Finnland (33) und Kanada (26). Der Ausgang wird in Frankreich recht peinlich empfunden, da man sich nach der Niederlage Belgiens sehr stark für Griechenland (23 Stimmen) eingesetzt hatte. England triumphiert um

so mehr, denn nachdem nun zum ersten Male ein britisches Dominion Zugang zum Völkerbundsrat gefunden hat, dürfte sich daraus recht schnell ein Gewohnheitsrecht entwickeln und zukünftig einer der Ratssitze dauernd für einen der überseeischen Reichsteile Großbritanniens freigehalten werden. Uns Deutsche interessiert an dieser Wahlhandlung nur das eine, daß Kanada das Minoritätenproblem im eigenen Hause recht großzügig zu lösen versucht hat und daher vielleicht als Fürsprecher einer gerechten Minderheitenbehandlung auch in anderen Ländern angesehen werden kann. Gar zu kühnen Hoffnungen sollten wir uns aber auch in diesem Falle nicht hingeben, denn was weiß man in Kanada von der unaussprechlichen Not der deutschen Minoritäten in vielen Staaten, und wie leicht wiegt der Aufschrei deutschen Volkstums in einem Reiche, daß sich im Interesse seiner Erhaltung vielfältig gebunden hat. — Der Versuch Polens, ein Ost-Locarno zu erzwingen, scheiterte in Genf trotz aller französischen Unterstützung an dem unerbittlichen Widerstand Englands, daß sich für den Osten unter allen Umständen Handlungsfreiheit sichern will. — Aufs äußerste zu bedauern ist die Tatsache, daß trotz des zielbewußten Auftretens des Grafen Bernstorff die allgemeine Abrüstung auch dieses Mal wieder nicht im geringsten weiter gediehen ist. Dabei weiß doch nachgerade jedes Kind, daß die Abrüstungsfrage den ernstesten Prüfstein für die Daseinsberechtigung des Völkerbundes darstellt. Sieht der Völkerbund nicht, daß er der Auflösung zutreibt, sofern er sich in diesem Punkte nicht ehestens zu entscheidenden Taten aufrafft? Gerade wir Deutsche können und wollen uns nicht mehr lange mit billigen Redensarten abspeisen lassen. Wie auch immer die bevorstehenden Wahlen ausfallen mögen, der deutsche Außenminister wird von der deutschen öffentlichen Meinung mit Recht sehr bald dazu gedrängt werden, in Genf mit der eindeutigen und bündigen Erklärung aufzuwarten: entweder sofortiger Beginn der allgemeinen Abrüstung oder Deutschland tritt aus dem Völkerbund aus. Wir wissen, daß das ganze deutsche Volk hinter einem solchen Außenminister stehen und daß gerade durch ein solches kategorisches Begehren das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt wesentlich gehoben werden würde.

Wie im Völkerbund, so kriselt es auch in dem ebenfalls in Genf tagenden Minderheitenkongreß, nur daß man dort weit größere Aktivität zeigt. Die in Deutschland lebenden Minderheiten sind unter Führung des Polen Kaczmarek aus dem Kongreß ausgetreten, weil das Plenum die Friesen nicht als Minorität im Sinne der Verbandssatzung anerkannt hat. Stürmischer Beifall von allen Seiten, als Präsident Dr. Wilfan diesen Entschluß mit Bedauern zur Kenntnis nimmt, gleichzeitig aber erklärt, die Idee des Minderheitenkongresses sei zu gesund, um durch diesen Zwischenfall begraben zu werden. Was an positiver Arbeit von dem Minderheitenkongreß geleistet worden ist, verdient ernsthafte Beachtung (Statistik der Minderheiten, Minderheitenpresse u. a. m.). Wie lange wird sich der Völkerbund, werden es sich die Einzelstaaten herausnehmen dürfen, diese starke Minderheitenbewegung zu ignorieren oder herablassend zu belächeln?

Erwähnung verdient in diesem Zusammenhang schließlich auch noch die Interparlamentarische Konferenz, die Ende August in Paris stattfand. Auch hier eine Versammlung ohne machtpolitische Befugnis, aber trotzdem bedeutungsvoll, weil das Problem der europäischen Nachkriegspolitik mit Mut und Tatkraft angepackt wurde. Gewiß, der belgische Senator Magnette konnte es sich nicht versagen, mit Bitternis und einseitig schiefer Darstellung des August 1914 zu gedenken, und auch die Rede de Jouvenels war nicht gerade erhebend. Aber was die deutschen Ver-



treter Löbe und Schücking dem mit größter Spannung horchenden Kongreß vortrugen, war wohl dazu angetan, die Atmosphäre zu entgiften und die Versammlung zu klarer Zukunftspolitik hinzuführen. Wir danken es Löbe, daß er auch an dieser Stelle mit aller zu wünschenden Deutlichkeit Frankreichs moralische und politische Verpflichtung zur Räumung des Rheinlandes unterstrich. Wir danken es Schücking, daß er in seiner klugen, überzeugenden Rede den Vorwurf der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands auf das bestimmteste zurückwies und hervorhob, wie schwer sich das ganze deutsche Volk durch diesen Vorwurf in seiner Ehre getroffen fühlt.

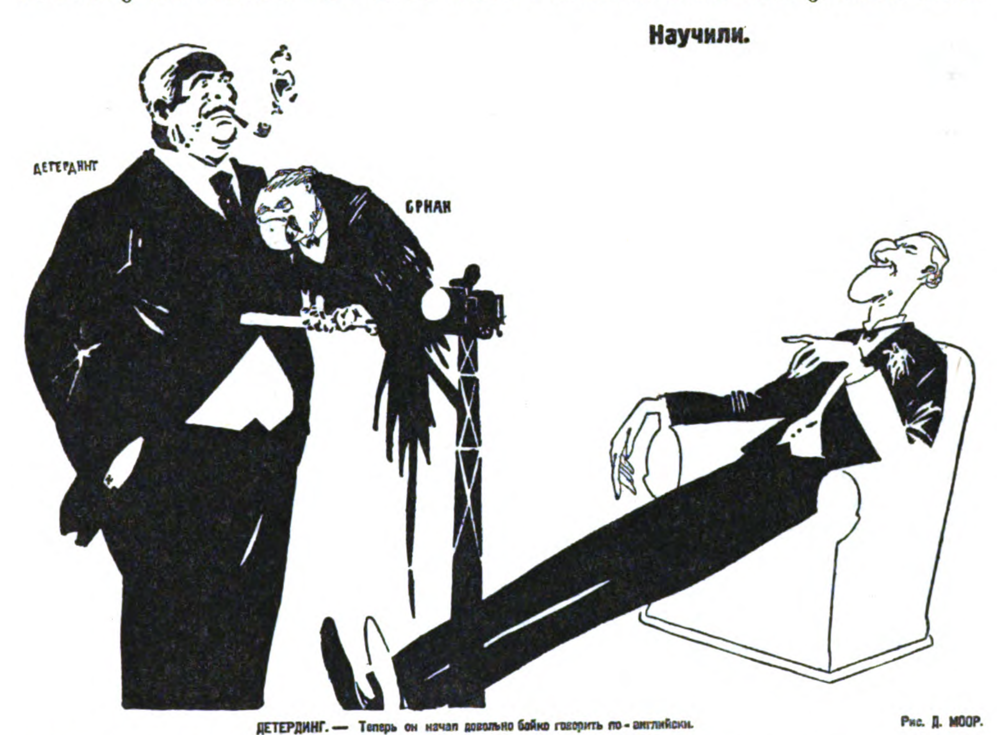


Abb. 1. Überschrift: Angelernt. Text zur Zeichnung: Deterding: „Jetzt hat er schon ziemlich gut sprechen gelernt." — Der Papagei: Briand. — Mann mit der Pfeife: Deterding

Sehr schade, daß Schücking diese Rede nicht in der Plenarversammlung des Völkerbundes halten konnte; sehr bedauerlich, daß man in Genf so viel Gefallen an „courtoisie" findet, statt endlich, wie hier, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen.

Werfen wir nach dieser Einführung einen Blick auf die wichtigsten Mächtegruppen Europas, so verdient an erster Stelle die Politik Englands hervorgehoben zu werden. Alle Parteien rüsten zum Wahlkampf, jede in ihrer Art, aber einig doch in der Absage an Rußland. Daß der englische Gewerkschaftskongreß in Edinburg mit nahezu 2 Millionen gegen 600000 Stimmen den Bruch mit den russischen Gewerkschaften beschlossen hat, ist als Tatsache und symptomatisch recht sehr bezeichnend. Die Labour Party wird aus diesem Beschluß im Wahlkampf zweifellos großen Nutzen ziehen. Den Konservativen, die ihre Stellung noch rasch durch eine Reform des Ober-

hauses zu verbessern trachten, fehlt einstweilen eine zugkräftige Wahlparole, nachdem ihre Völkerbundspolitik durch den Rücktritt Cecils entschieden an Ansehen eingebüßt hat. Sie werden vermutlich den Empiregedanken, den durch das Gewerkschaftsgesetz erzwungenen Arbeitsfrieden und die Kampfstellung gegen Rußland in den Vordergrund rücken. Von den Liberalen hört man verhältnismäßig wenig; Lloyd George scheint neuerdings seine Anhänger mit dem Gedanken einer Revision der Verträge von 1919/20 vertraut zu machen, doch ist schwer zu beurteilen, ob es sich hierbei um ein taktisches Manöver oder um ernst zu nehmende Absichten handelt. — Nachdem es der englischen Regierung nicht geglückt ist, auf Anhieb eine paneuropäische Allianz gegen Rußland zustande zu bringen, versucht sie die Einkreisung des Sowjetstaates Schritt für Schritt zu erreichen. Sicher nicht ohne Unterstützung der Regierung führt die Royal Dutch-Shell unter Herrn Deterdings geschickter Regie den erbitterten Kampf gegen das russische Erdöl. Wie sehr dabei tatsächlich die Regierung Hilfsstellung leistet, erhellt aus der Ausweisung des Hauptdirektors und Organisators der Russian Oil Products, der Vertriebsfirma für die staatlichen russischen Autobetriebsstoffe, aus England. Neben diesem Kampf mit wirtschaftlichen Mitteln gehen versteckte militärpolitische Drohungen (Gerücht einer englisch-rumänischen Flottenbasis in Constanza) und diplomatische Ränke einher. Nicht nur in Moskau, sondern auch in Paris vertritt man vielfach die Meinung, daß die erzwungene Abberufung des Sowjetbotschafters Rakowski letzten Endes auf englischen Einfluß zurückzuführen sei. Man hält diesen Schritt für ein bloßes Glied in der Kette der englischen Bemühungen, die in den Bereich der Möglichkeit gerückte französisch-russische Verständigung unter allen Umständen zu verhindern. Trifft diese Vermutung das Richtige, so kann man Chamberlains Verhandlungen mit Spanien (Tangerfrage) und Italien (Nordafrika- und Mittelmeerpolitik, Zusammengehen im nahen Orient u. a. m.) folgerichtig als einen Versuch ansprechen, Frankreich durch das Gespenst einer völligen Isolierung für eine antirussische Politik gefügig zu machen.

Welches Echo diese Politik in Rußland findet, zeigen die beigefügten Spottzeichnungen. Hinter der zynischen Ironie verbirgt sich hier aber viel Ernst und Sorge, was nicht übersehen werden darf. Rußland braucht Europa und nicht zuletzt England als Absatzmarkt für seine Rohstoffe und Nahrungsmittel. Wird ihm dieser Markt wirklich in erheblichem Umfange gesperrt, so müssen schwere wirtschaftliche Erschütterungen eintreten. Das aber wäre höchst bedenklich, weil im Inneren die Trotzki-Opposition ganz und gar nicht schweigen will und der regierenden Parteigruppe tagtäglich neue Ungelegenheiten bereitet. Allerdings hat in eben dieser Zeit eine andere Oppositionsgruppe endlich die Waffen gestreckt: das orthodoxe Patriarchat. Das Oberhaupt der russischen Kirche, der Metropolit Sergius, hat vor kurzem im Namen der alten russischen Kirche eine Proklamation erlassen, aus der wegen ihrer bezeichnenden Einstellung hier einige Sätze angeführt werden mögen:

„Wir fühlen mit wachsender Gewißheit, daß heute bereits die Möglichkeit ruhiger Arbeit und gesicherter Existenz unter der Sowjetregierung und ihren Gesetzen gegeben ist. Jetzt, wo wir in Rußland dieses erstrebenswerte Ziel nahezu erreicht haben, setzt die unterirdische Wühlarbeit des feindlichen Auslandes mit erneuter Kraft ein und tritt mit Morden, wie dem Warschauer Attentat, in Überfällen auf unsere Auslandsvertretungen, in Bombenattentaten, Diebstählen und Brandstiftungen zutage. Diese Aktivität der Feinde Sowjetrußlands ist von vernichtendem Einfluß auf den Gang unseres friedlichen Lebens und unserer Erwerbstätigkeit, und es ist deshalb



dringend notwendig, daß sich die kirchlich gesinnte Bevölkerung sowie die Geistlichen nicht auf die Seite der Feinde der Sowjetregierung stellen, sondern mit unserem gesamten Volk und unserer jetzigen Regierung zusammengehen. Die russischen Gläubigen wollen auch gegenüber der Sowjetregierung, die unser Vaterland bedeutet, orthodox bleiben. Sowjetrußlands Erfolge und Freuden sind die unseren, ebenso wie seine Niederlagen und Mißerfolge die unseren sind. Wir wollen deshalb hoffen, daß es uns mit Gottes Hilfe gelinge, diese unsere Absichten zu verwirklichen. Viele unserer Brüder betrachten zwar die Sowjetregierung als ein Produkt des Zufalls und daher als kurzlebig. Aber sie haben vergessen, daß die Hand Gottes die Menschheit stets ihrer



Abb. 2. Text rechts oben: Deterding ist nach Paris gekommen, um persönlich die neue Campagne gegen Sowjetrußland zu leiten. „Humanité". — Die Männer unter den Palmen: Briand und Poincaré. — Deterding hält die Hunde „Libertè", „Echo de Paris", „Temps", „Journal de debats"

Bestimmung zuführt. Diejenigen, die die Zeichen der Zeit nicht verstehen wollen, mögen immerhin glauben, daß es unmöglich ist, mit dem alten Regime zu brechen, ohne gleichzeitig auch die orthodoxe Kirche aufzugeben. Aber nachdem das Patriarchat nunmehr den Beschluß gefaßt hat, die Richtlinien absoluter Loyalität gegenüber der Sowjetregierung zu verfolgen, müssen diese Leute entweder ihre politischen Sympathien zu Hause lassen und lediglich im Namen unseres gemeinsamen Glaubens tätig sein, oder aber aus der Kirche austreten, damit ihrer Obstruktion ein Ende bereitet werde."

Dieses hochbedeutsame Manifest ist sicherlich nicht ohne „Mitwirkung" der Sowjetregierung entstanden, aber es ist nun einmal da und bezeugt in jedem Falle die erstaunliche Regiekunst der Sowjetmachthaber. Ob es die russische Kirche vor dem drohenden Zerfall retten wird? Ob es der Sowjetregierung wirklich treue Unter-

tanen zuführen und damit innerpolitisch die Schädigungen durch die Trotzki-Opposition aufheben wird?

Inzwischen versucht Rußland immer von neuem, dem Druck aus dem Westen (England) durch entsprechende Expansion nach dem Süden und Osten zu begegnen. Am 1. Oktober ist in Moskau unter großen Feierlichkeiten der russisch-persische Vertrag unterzeichnet worden. Es handelt sich um einen Schieds- und Nichtangriffspakt, der eventuell Persien als Mitgtied des Völkerbundes einmal vor schwere Entscheidungen stellen kann. Rußland hofft natürlich, durch diesen Vertrag seine Südflanke zu schützen und gleichzeitig auf dem persischen Markt als Rivale Englands auftreten zu können. In dem als Ergänzung geplanten Handelsvertrag wird Rußland mit gewissen Einschränkungen einen freien Warenverkehr von Persien nach Rußland zulassen und Persien das Transitrecht von und nach allen Ländern zugestehen, mit denen Rußland selbst Handelsverträge abgeschlossen hat. Von Angora über Teheran bis Kabul zieht sich jetzt die Kampfzone, wo England und Rußland — einstweilen nur mit diplomatischen Mitteln — den Entscheidungskampf vorbereiten. Zu groß sind die Gegensätze zwischen dem extrem ozeanischen England und dem ebenso extrem kontinentalen Rußland, zwischen dem Volke des Individualismus und dem Volke des Kollektivismus, zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus, als daß auf die Dauer Frieden zwischen beiden bestehen könnte.

Wir streifen nur kurz Polen, seinen neuen Konflikt mit Litauen und seine Amerikaanleihe, für die freilich ein amerikanischer Finanzkontrolleur in Kauf genommen werden mußte. Wir verweilen einen Augenblick beim Memelgebiet und stellen mit Stolz und Freude den trotz Kriegszustand und Kriegszensur errungenen vollen Sieg des Deutschtums bei den Landtagswahlen fest, ein Sieg, der hoffentlich den elenden Deutschenausweisungen ein Ende bereiten und die im Memelstatut verbürgte Autonomie zur Tat werden lassen wird. Schließlich aber wenden wir uns dem Balkan zu, wo sich die Rivalität der beiden europäischen Großmächte zweiten Ranges, Frankreich und Italien, austobt. Bei England und Rußland geht es ums Ganze, um Sein oder Nichtsein; der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien ist von minderem Format, aber auch er genügt schon, um Europa nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Von Frankreichs Versuchen, Deutschland im Osten zu umklammern und, gestützt auf Polen und die Kleine Entente, seine Hegemonie im östlichen Mitteleuropa zu errichten, ist in früheren Berichten bereits oftmals die Rede gewesen. Ebenso wurde zu wiederholten Malen davon gesprochen, daß ein allzu mächtiges Frankreich für England bedrohlich sein muß und daß infolgedessen England seinen Trabanten Italien auf dem Balkan gegen Frankreich ausspielt. Der Ausdruck „Trabant" ist vielleicht insofern nicht ganz zutreffend, als die ungeheuerliche Aktivität eines Mussolini von selbst auf eine Expansion nach Osten drängt; ein solches Ausgreifen Italiens könnte aber niemals so zielbewußt und weitreichend sein, wenn Italien dabei nicht der geheimen Unterstützung Englands gewiß wäre. Über die Adria hat Mussolini nach Albanien hinübergegriffen, und wenn sich dem weiteren Vordringen ein Hindernis entgegenstellt, so ist und muß es sein: Jugoslawien. Daher die skrupellose Hetze gegen dieses nach innerer Festigung noch ringende Südslawien, das Schüren der Konflikte Jugoslawiens mit Albanien und neuerdings Bulgarien und Griechenland. Frankreich tut, was in seinen Kräften steht, um Südslawien zu helfen und ihm weitere Demütigungen zu ersparen; aber da es die ohnedies bestehende Spannung mit Italien nicht bis zum äußersten treiben will, weicht es ersichtlich auf der ganzen Linie zurück und verliert auf dem Balkan von Monat zu Monat an Ein-



fluß. Daß man in Frankreich dieses Nachgeben gegenüber dem englisch-italienischen Block als peinlich empfindet, versteht sich von selbst. Aber man ist eben in eine Zwickmühle geraten, spürt das geheime Wirken Englands zu sehr auch in Spanien und Nordafrika, um durch ein energisches Vorgehen gegen Italien den offenen Widerstand Englands herauszufordern. Ein Zusammengehen mit Deutschland bedeutete gewiß den natürlichen Ausweg, aber zu einem solchen Entschluß wird sich ein Poincaré schwerlich jemals durchringen. Seine Blicke bleiben starr und finster nach Osten gerichtet, und die Engländer werden ihn nach Möglichkeit darin bestärken. Oder ist es nur ein grundloses Gerücht, von dem man aus Paris erfährt: Engländer verbreiten dort die Nachricht, daß die im Oktober erfolgte Gründung der „Autonomistischen Partei Elsaß-Lothringens" selbstverständlich bloß wieder ein Machwerk der Boches sei.

Derweilen sich Frankreich so von der naturnotwendigen Verständigung mit Deutschland und der nur so möglichen Wiederherstellung seiner Weltgeltung immer wieder abdrängen läßt, arbeitet Mussolini geradezu fieberhaft daran, mit oder ohne England Italien vorwärts, aufwärts zu führen, so wie er es für gut hält. Die Verständigung zwischen Quirinal und Vatikan, die teilweise Wiederherstellung des Kirchenstaates würde, wenn sie verwirklicht werden könnte, mit einem Schlage Italien ungeheure Sympathie in allen Teilen der Welt verschaffen und das Ansehen Italiens machtvoll steigern. Das faschistische Italien der Befreier und Restaurator der politischen Selbständigkeit des Papstes!, das wäre eine Losung, mit der Italien seinen Anspruch als führende Weltmacht aufs beste begründen könnte. Der Jubel der katholischen Christenheit über eine solche Tat würde gewiß all den tiefen Jammer, alles verzweifelte Aufschreien in Deutsch-Südtirol übertönen. Wir Deutsche aber, ob Katholik oder Protestant, wir spüren mit blutendem Herzen die unaussprechliche Not unserer Brüder jenseits des Brenners. In Bozen die letzte deutsche Privatschule geschlossen! In allen Volksschulen Deutsch-Südtirols von nun ab Unterricht ausschließlich in italienischer Sprache. Alle Kundmachungen, Anzeigen, Schilder, Fahrpläne, Etiketten usw. in deutscher Sprache sind so zu entfernen, daß nichts mehr von ihnen sichtbar bleibt. Die Verordnung erstreckt sich auch auf Wäsche, Bestecke, Gläser, Tassen, Flaschen und sonstige in Gasthäusern verwandte Dinge! Mit Recht sagt die „Frankfurter Zeitung": „Man wird lange nach einem zweiten so erbärmlichen Versuch geistiger Vergewaltigung suchen müssen."

Das ist nun einmal die tiefe Tragik unserer Zeit, daß unser deutsches Volkstum auf allen Fronten bedroht wird und alle politischen Vorgänge in West und Ost, Nord und Süd letzten Endes auf eine Vergewaltigung deutscher Menschheit hinauslaufen. Uns hilft kein Völkerbund, und die Waffen zur Selbstwehr hat man uns mit List und Tücke entwunden. Es bleiben uns nur die geistigen Waffen, und diese haben sich zum Glück noch immer in der Weltgeschichte stärker erwiesen als Bajonette und Kanonen. Darum verzweifeln wir trotz allem nicht und bewahren uns den Glauben an eine bessere Zukunft. Und wenn die Welt voll Teufel wär', es soll ihnen nicht gelingen!

KARL HAUSHOFER:

BERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

Der grundsätzliche geopolitische Unterschied, der zwischen dem indopazifischen Raum und den meisten atlantischen durch die weit größere Häufigkeit von Erdbeben- und Flutkatastrophen gesetzt ist, wurde im Spätsommer und Frühherbst 1927 allen neu zur Anschauung gebracht, die ihn vergessen hatten. Solche Schläge äußern sich natürlich mit den schwersten Folgen in den übervölkerten Monsunländern, deren Festlandgebiete ohnehin mit ihren Massen beständig an der unteren Grenze des Daseins-Mindestmaßes leben.

Das Erdbeben von Kansu 1927 wäre z. B. imstande gewesen, eine auf schmalen Landstrichen aufgebaute Baukultur vom Ausmaß der ägyptischen (31 000 qkm Kulturland) oder hellenischen (137000 qkm) in ihren Baudenkmalen fast völlig zu zerstören (Kansu 428400 qkm Mindest- und 675000 qkm Höchstmaß).

Die Hochwasserkatastrophe von Gujerat und Kathiawar infolge eines ungewöhnlich schweren Monsuneinbruches hat diese weiten Landstrecken verkehrstechnisch vollständig von der helfenden Zentrale, Bombay, und dem übrigen Indien abgeschnitten. Große Verwaltungs- und Industriemittelpunkte, wie Baroda und Ahmedabad sahen ihre Eisenbahnverbindungen weggewaschen. Man male sich aus, wie anders in Europa ein zweitägiges völliges Abgeschnittensein, z. B. Lancashires von London, des Ruhrgebiets von Berlin wirken würde, durch das nur Gerüchte vom Weggewaschensein von zehn oder fünfzehn menschenwimmelnden Industriedörfern und Ertrinken von ein paar Kleinstädten (Nadiad z. B.), vom Zusammenbruch zweier großer Stauanlagen und eines wichtigen Kanales hindurchdrängen.

Der seit den letzten 40 Jahren schwerste Taifun (Wirbelsturm) Japans, der in Kiushu von den häufigsten Taifunbahnen, die die Insel umgehen, landeinwärts abdrehte und bis zum 14. September früh mit seinen Ausläufern Yokohama erreichte (selbst hier mit 1 Mill. M. Schaden), hat mit einer Seebeben-Flutwelle zusammen in einem einzigen japanischen Kleingau von 7179 qkm Landraum (Kumamoto) folgende Opfer gekostet: 719 Tote und Vermißte, 2313 Verwundete, 1850 zerstörte Häuser, 28000 ha (70000 acres zu 0,40 ha) weggewaschenes Kulturland, 37 verlorene Hochsee-Fischerei-Boote, zirka 16 km zerstörte Dämme, rund 40 Mill. M.! Das war der ärgste Anprall; aber er traf ähnlich die ganze Westküste von Kiushu, auch die Industrielandschaft von Fukuoka mit rasendem Sturm und sündflutartigem Regen.

Gleichzeitig warf sich eine Flutwelle auf die pazifische Küste Mexikos bei Manzanillo und Salinas Cruz, über das 8 m hohe Flutwellen hereinbrachen.

Würde bei solchen Schlägen in Japan und Indien die gleiche Kopflosigkeit und Panikstimmung einreißen, die z. B. das annähernd gleichzeitige Erdbeben auf viel kleinerem Raum in der Krim entfesselte, so könnte man die pazifische Küste überhaupt nicht mehr organisatorisch zusammenhalten. So aber weckt die Häufigkeit der Bedrohung auch das Gemeinschaftsgefühl der Abwehr; und wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit der Schilderung eines Augenzeugen der Tokio-Yokohama-Katastrophe, dessen stärkster Eindruck die Lautlosigkeit der Menschen in den Pausen der Erdstöße und Wellenanschläge und dann ihre leidenschaftliche Hilfsbereitschaft und Güte untereinander war.



Diese für die Zukunft der Menschheit tröstliche Note mag den Herbstbericht über ein an Enttäuschungen der Menschheit durch die Natur und ihre eigene Staatskunst ungewöhnlich reiches Jahr einleiten.

Dann muß ein kurzer Hinweis auf ein besonders inhaltreiches Heft der „Deutschen Wacht" folgen, einer niederländisch-indischen Monatsschrift (Batavia, Juli 1927), weil es in dem dort wiedergegebenen Bericht über Niederländisch-Indien aus dem Handbuch der deutschen Auslandshandelskammern 1927 und der damit bewiesenen Zustimmung, der wir uns anschließen, ein auch geopolitisch bedeutsames Symptom aus Niederländisch-Indien ans Licht bringt, „das lange als das politisch ruhigste Tropenland galt", in dem die „Unruhen nun aber mehr Bedeutung als Symptom haben." Gewiß! Das ist es ja, weshalb wir die Bewegungen in den Philippinen und in Insulinde oder „Indonesia" (wie es die Eingeborenenbewegung nennt) mit soviel Aufmerksamkeit verfolgen, selbst auf die Gefahr hin, uns damit in den Ver. Staaten und den Niederlanden unbeliebt zu machen.

Der ganze Inselgirlandengürtel der südostasiatischen Zerrungsbögen ist eben von Tokio bis Singapore und Batavia von einer ungewöhnlichen anthropogeographischen Feinfühligkeit und nervösen Reizbarkeit, bei allen Zwischenspielen von scheinbar träumender Ruhe, wie der ihrer Landesnatur kongeniale Volkscharakter der Malaiomongolen, die ihn hauptsächlich bewohnen. Darum kann man die Bewegungen der ganzen indopazifischen Welt an seiner Reaktion auf sie so gut ablesen, erkennen und studieren.

„Die Eingeborenen-Bewegung in Niederländisch-Indien ist zum Teil durch den Zeitgeist geweckt, zum Teil durch die großkapitalistische Erschließung der Kolonie hervorgerufen und zum Teil von außen her in Gang gesetzt worden ..." „Man kann die Bewegung am besten als eine antikapitalistische Rassenbewegung bezeichnen." Gewiß; nun sehen es, fünf Jahre nach dem Erscheinen der Beiträge zur Geopolitik der Selbstbestimmung (Berlin, Vowinckel 1923), auch die Auslandhandelskammern so: „Bewußtwerden, Freiheitsdrang, Aufwärtsstreben ..." „Es ist ein Spiel der Geschichte, daß zu derselben Zeit, da die Generalstaaten in Holland in der Verfassung das Wort ‚Kolonie' gestrichen und das ‚Grundgebiet von Niederländisch-Indien' ‚zum untrennbaren Bestandteil des Königreiches der Niederlande' — im Namen von 7 Millionen!! — erklärt haben, die Führer der Eingeborenen-Bewegung das Wort ‚Indonesia' als Bezeichnung für ein autonomes Niederl. Indien geprägt haben" — aber nur eben im Namen der 50 Millionen, die die reiche Tropenlandschaft mit ihrer Milliarde Gulden Ausfuhrüberschuß bebauen und bewohnen! Hier liegt also eine klare Machtfrage der Zukunft, des längeren Atems und zäheren Willens vor.

Aus diesen Gedankengängen begreift man sehr schnell, warum gerade die Niederlande so schnell bereit waren, ausgerechnet Polen bei der Erhaltung des status quo der „Liegenden und Besitzenden" auf der Erde um jeden Preis beizuspringen.

Das Verhältnis zwischen den Unterdrückten, den der Selbstbestimmung und des Rechts der Freien Volkspersönlichkeit Beraubten und ihren Unterdrückern ist überall auf der Erde grundsätzlich dasselbe, nur Gradunterschiede und Machtnuancen unterscheiden darin den Sudetendeutschen, Rheinländer, Südtiroler, Czikmagyaren, polonisierten Ruthenen, den in Amerika und Australien distanzierten Japaner, den in Shanghai vom Klub und Park ausgeschlossenen Chinesen, den vom Veto bedrohten Philippino der St. Thomas-Universität, den Inder und Javanen, der seine Autonomie, dann sein „Swaraj" will. Wenn sich die Niederlande restlos in der Front der Unter-

drücker eingliedern, dann werden sie sich nicht wundern dürfen, wenn gerade eine „sachverständige und sachliche Berichterstattung" die Wahrheit nicht zu ihren Gunsten beugen will. Verlangt jemand vielleicht, daß man erkläre, die 50 Millionen der reichsten Tropeninseln stimmten begeistert ihrer Eingliederung durch eine Minderheit von 1 gegen 7 auf ewige Zeiten in das Reichsgebiet einer kleinen Nordseelandschaft zu, oder die 8 Millionen Ukrainer der Einzwängung in polnische Wirtschaft, oder die Grenzlanddeutschen der Unterjochung durch Fremde?

Das eben sind die großen Lügen, die es dem Völkerbund in seiner gegenwärtigen Verfassung unmöglich machen, zu jener großen Stelle des Ausgleichs zu werden, die ehrliche Menschen von ihm erhofft haben mögen, und die sich die pazifischen Anlieger immer mehr in ihren Sonderaussprachen tatsächlich schaffen: deshalb spricht sich der Kontrast zwischen Schein und Sein in der indopazifischen geopolitischen Berichterstattung notwendig am deutlichsten aus, auch wenn die augenblickliche Zersetzung der Kuo-Min-Tang-Bewegung in China, dem volkreichsten, unter vorwiegend pazifischen Daseinsbedingungen stehenden Gebiet, die Stärke der einmal entfachten Selbstbestimmungsbewegung aller Rassen der Erde momentan zurückfedern läßt.

Auch das erfolgreiche Ringen von Singapore mit den niederländischen Häfen, z. B. Batavia und Surabaya (auf S. 18 d. betr. Hefts d. Deutschen Wacht gezeichnet) ist eben — neben einer glänzenden, von Stamford Raffles erkannten, und von den Niederländern zu spät begriffenen geopolitischen Lagengunst — dem „Freihafen-Zauber" zu verdanken, dem großen Anteil „den das starke und kapitalkräftige chinesische Element, ein Handelsfaktor ersten Ranges" deshalb nehmen konnte. Fiskalismus, ob es nun niederländischer ist, oder französischer, oder polnischer, oder der Sowjets, Zerschneidung immerhin lebensfähiger Gebilde in abenteuerlich gezogene, sinnlos die Verkehrsbahnen abschnürende Zollgrenzen, wie bei der Vivisektion Mitteleuropas, saugen der Wirtschaft das Blut aus den Adern, hemmen die Entwicklung und treiben Menschen, die vorwärts kommen wollen, dorthin wo sie es können, wie aus der südostasiatischen Inselwelt nach Singapore.

Wenn je ein wahres Wort gesprochen wurde — wenigstens für das indopazifische Gebiet —, so ist es das von E. Helfferich: „Der privatwirtschaftliche Protektionismus ist oft stärker als der staatliche." „Überlegenheit, die ihn zwingt, trotzdem auf fremdes Erzeugnis zurückzugreifen, ist ein wandelbarer Faktor." Hongkong kann ein Lied davon singen. Aber wie angreifbar stehen solchen Wandelbarkeiten überindustrialisierte, übervölkerte Landschaften, wie Mitteleuropa gegenüber, in denen törichte Mehrheiten glauben, die heutige Weltordnung könne anspruchsvolle, vom eigenen Boden nicht ernährbare Millionen nicht verhungern lassen. „Die nationale überseeische Unternehmung wird stets die nationale Industrie fördern." „Das Auslanddeutschtum, auf das heute so stark gepocht wird, ist in manchen Teilen der Welt in Gefahr, subaltern zu werden." Was H. hier sagte, ist auf Südostasien gemünzt, gilt aber für das indopazifische Gebiet, das menschenreichste der Erde, im Ganzen. Darum haben wir ihm hier so breiten Raum gelassen. Prüfe jeder, was er zur Fernhaltung subalterner Gesinnung vom Auslanddeutschtum und den mit ihm in besonderer Beziehung stehenden binnenländischen Einzelnen und Gruppen tun kann: denn sie ist die größte Gefahr für die Zukunftsgeltung unseres Volkstums auf der Erde und seine Wiedererhebung, wie zahlenstark es bleiben möge. Innerliches Hineinfügen in das, was der greise Graf Apponyi in Genf eine unerträgliche Dauerbelastung von Völkern in ihrer Ehre nannte, wäre mit Versinken in subalterne Ge-



sinnung gleichbedeutend; und wir sahen die Träger der südostasiatischen Selbstbestimmung steigen, weil sie zuerst sich und dann ihre Millionen dieser Gesinnung entwanden, in die nun dafür Mitteleuropa zu versinken droht.

Daß die Enge und Belastung des Lebensraumes an sich zu dieser subalternen Gesinnung nicht zu führen braucht, beweist eine außerordentlich belehrende Untersuchung von Egerton Charles Grey über „The Food Problem of Japan" (Die Ernährungsfrage Japans) für Zwecke des Völkerbundes, die fortlaufend im Transpacific, Tokio, seit 30. Juli 1927 veröffentlicht wird. Sie ist ein Beweis mehr für den großen Nutzen der Darlegung von Lebensraum-Schwierigkeiten mit den wissenschaftlichen Methoden der Geopolitik vor der breiten Öffentlichkeit der angelsächsischen Welt, die doch immer mehr anerkennt, „daß natürlich das Ernährungsproblem in erster Linie das japanische Volk angeht, aber doch von den andern Ländern nicht ganz unbeachtet bleiben kann, denn es hat eine höchst wichtige Tragweite für Auswanderung, Kolonisation, Außenhandel und Auswärtige Politik ..." Zunächst wurde also deshalb von Genf die Frage nach Menge, Wert und Verbesserungsmöglichkeit der Volksernährung rein naturwissenschaftlich untersucht.

Wertvoll ist dabei schon die Feststellung für die öffentliche Meinung der Welt, daß im Gegensatz zu den meisten Bauern der Welt, namentlich den angelsächsischen, der japanische schlecht lebt, unterernährt ist, seine besseren Erzeugnisse verkaufen muß, um schlechtere zum Essen einzukaufen und von dem Spielraum zu leben. Früchte (Reis) überwiegen in der Ernährung, und der Anteil von Meer-Ernährung übertrifft z. B. den unsrer europäischen Getreidearten. Aber im ganzen genügt die knappe Ernährungsdecke in guten Jahren immer noch der Menge nach zu Autarkie. Aber der Fett- und Vitamin-Gehalt ist zu gering; Reserven für den Zuwachs von jährlich fast einer Million wachsen nicht im gleichen Tempo heran. Die größte Gefahr scheint eine langsame Minderung der Vitalität infolge der einseitigen Ernährung mit poliertem Reis und zu viel künstlicher Präparierung der wichtigsten Ernährungsbestandteile, so daß 90% der Nahrung teilweise oder ganz der Vitamine beraubt sind, ehe sie den Verbraucher erreichen.

Die durchschnittliche japanische Volksernährung hat also geringen Nährwert. Ihre Qualität läßt noch weit mehr zu wünschen übrig, als die Quantität. Die Protein-Zufuhrmöglichkeit Japans erreicht wenig mehr als ein Drittel der Proteinzufuhr der Vereinigten Staaten und Polens, nicht die Hälfte Englands, Deutschlands oder der Niederlande, etwas mehr als ein Siebentel der freilich nicht verbrauchbaren von Kanada.

Wir haben es also, ganz ähnlich, wie es Professor Goodnow klassisch für China ausdrückt, auch in Japan mit einer vorwiegenden „vegetable civilisation" (auf das „Pflanzenreich gestützte Kultur") zu tun. Der Chinese befriedigt fast alle seine Bedürfnisse aus der Pflanzenwelt. Beim Japaner kommt Meerernährung in starkem Anteil hinzu. Das ausgezeichnete Buch von H. Foster Bain: „Ores and Industry in the Far East: The influence of Key Mineral Resources on the Development of Oriental Civilisation" (Erze und Industrie im Fernen Osten. Der Einfluß von Schlüssel-Erz-Reserven auf die Entwicklung östlicher Zivilisation), mit einem Kap. über Öl von W. B. Heroy, hat uns im Gegensatz zu dem wohl immer agrikultural vorbestimmten Osten die westliche Zivilisation als jetzt auf Kohle und Eisen gestellt gezeigt. Der Westen „ißt Metalle", d. h. er bezahlt mit ihrem Raubbau seine bessere Lebenshaltung. Zwischen 1820 und 1923 stieg der Eisenverbrauch der Vereinigten Staaten um das vierhundert und zehnfache, der Ölverbrauch von 1900 bis heute um das Zehnfache! Der Kohlenverbrauch Chinas ist in seinem gegenwärtigen Umfang durch seine

Kohlenreserven nach W. H. Wong auf 2000 Jahre gedeckt, den Vereinigten Staaten würde er nur auf 70 genügen; der Kohlenverbrauch Japans, wie heute, deckt es auf 300 Jahre ein; den Vereinigten Staaten würde er nur 25 reichen, auf die Kopfzahl reduziert! Noch schlimmer steht es mit der Eisendecke; sie ist für die Vereinigten Staaten 335 mal so groß, als für China, und Japan würde mit seinem ganzen Eisenvorrat in zwei Jahren fertig, wenn es so verschwenden wollte, wie die Vereinigten Staaten. Dies alles aber muß man ineinander rechnen, wenn man fernöstlichen Ländern rät, ihr wirtschaftliches Gleichgewicht umzuwerfen, das sie in viertausend Jahren ausprobiert haben, und ihnen die flache Opportunitätsweisheit mancher amerikanischer Universitäten als der Weltplanwirtschaft letzten Schluß eintrichtert, mit dem die Studenten dann zurückkehren, des Chinesischen und seiner Soziologie unkundig geworden, um ihre Heimat mit ihrer Weisheit aus zweiter Hand zu beglücken.

Viel positiver sind natürlich die Angaben über Japan, von dem wir schon 1924 in der im Herbst in Neuauflage (Vowinckel, 1927) herauskommenden „Geopolitik des Pazifischen Ozeans" behauptet hatten, daß es mehr die Grundlagen zu einer Bronze- als zu einer Eisen- oder Schwerindustrie, Kohlen- wie Ölkultur in seiner Bodenunterlage habe. Man vergleiche nur die Zahlen von 1926 und nehme den Wert der Kupfererzeugung von rund 100 Mill. G.-M. als Vergleichsmaßstab! Davon erreicht Eisen in allen Formen eigener Erzeugung noch nicht ein Drittel, etwas über 30 Mill. G.-M., Öl etwa 30, Kohle mit rund 465 Mill. G.-M. wenig mehr als das viereinhalbfache, Zinn mit etwas mehr als 3 Mill. knapp ein Dreißigstel, Zink mit über 14 etwas über ein Siebentel, dazu kamen an Edelmetallen für etwas über 25 Mill. Gold, für etwas über 12 Mill. Silber — also im ganzen ungefähr das sparsame Verhältnis an Metallausrüstung, auf das sich in mehr als tausendjähriger Praxis das japanische Kunstgewerbe neben hochentwickelter Holzbau- und Wohnungskultur eingerichtet hatte.

Man vergleiche damit die Zahlen wirklicher Eisen- und Kohleländer, etwa die brutale Wucht der allerdings als Raubbau zu bezeichnenden Erzeugung der Vereinigten Staaten!

So wird man, wie schon im letzten Bericht angedeutet wurde, die Industrialisierungsgefahr und die Industrialisierungsmöglichkeiten der Monsunländer, aber auch alle Ratschläge zur Steigerung der Ernährungskraft und Volksdichte durch sie, mit der größten Vorsicht unter Anwendung umfassender geopolitischer Methoden prüfen müssen, ehe man auf Schlagworte von außen und innen dabei hereinfällt. Ganz so töricht also war es nicht — wie es einige angelsächsisch trainierte Jungjapaner hinstellten —, wenn Premier Tanaka bei einer plötzlichen parlamentarischen Frage nach seinen Industrialisierungsplänen antwortete, daß sie zunächst auf ergiebige Düngerverteilung hinausliefen.

Überschuß an elektrischer und an nur für das halbe Jahr voll eingesetzter Menschenkraft ist tatsächlich Japans beste Reserve; und für den zweiten Teil ist die Fähigkeit, diese Hände aus dem eignen Land zu ernähren, eine sehr notwendige Unterlage, wenn man nicht zur Ergänzung Kohle, Eisen und Öl „essen" kann. Sicher ist, daß die Überwindung der Spannung in der Weiterentwicklung des Verhältnisses von Bevölkerungsproblem zum Ernährungsproblem in Südostasien nicht auf den ausgeleierten Geleisen einer ortsfremden Kultur erfolgen und daß sie nicht einfach vom Westen auf den Osten überpaust werden kann, was jungjapanische, wie jungchinesische Theoretiker, aber auch Kolonialmächte, wie Sowjetberater zunächst immer wieder versucht haben. Entscheidend dabei wird bleiben, ob die alte Sozialkultur der Monsun-



länder berücksichtigt und vorher durchdrungen wird, oder ob die Neuerer die Fühlung mit den viertausendjährigen geopolitischen Erfahrungen der „gelben Erde" und den 2660jährigen der japanischen Inseln verlieren. Nur in diesem letzten Fall könnten auch sie durch das ganze Sturzbad hindurch müssen, das die russische Erde auszuhalten hat.

Ein so vernünftiges Buch, wie P. T. Etherton: „China: The facts" (London, Ernest Benn, 1927, 12 1/2 $), das den Entwicklungsgang von außen ähnlich sieht, tut unter solchen Verhältnissen wohl, wie auch die treffenden Bemerkungen, die Lady Hosie, die gründliche Kennerin von Szechuan, aber auch des chinesischen Gesellschaftsbaues sonst („Menschen in China", Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt, 1926) im „Observer" und der „North China Herald" daran knüpft.

„Ein chinesischer Expert hat errechnet, daß der Güterverlust infolge der Unfähigkeit der Eisenbahnen, sie zu befördern, in China etwa den Wert vom 80 Mill. £ (1,6 Milliarden M.) erreicht habe, mehr als die Eisenbahnbaukosten!" Ein solches Streiflicht zeigt die ungeheure Bedeutung des Verkehrsproblems in den übervölkerten, primitiv-agrarischen Teilen der Monsunländer, in denen, wie in Szechuan, zur Zeit der Weizenhöchstpreise inmitten des Weltkrieges der Bushel 10 Cents kostete, weil der Segen nicht wegzubringen war.

Wie weit, als Einleitung zum Massenverkehr, wenigstens eine Durchblutung solcher weiten Landschaften mit Schnellverkehr hochwertiger Güter und eiliger Menschen durch regelmäßigen Flugdienst herbeigeführt werden kann, dafür scheinen die indischen Luftverkehrserfahrungen und Hoffnungen am ehesten zu praktischen Erfahrungen zu kommen. Oberst F. C. Shelmerdine, der neuernannte Leiter der Civil Aviation von Indien, hat darüber vor der Air-League of India in Karachi einen guten Propagandavortrag gehalten. Man kann nicht sagen, daß die indische Regierung sehr temperamentvoll an das indische Flugproblem herangegangen ist; für die zwei Hauptbedingungen des Verkehrsflugdienstes, Regelmäßigkeit und Sicherheit (für die es in Monsunländern einige, anderwärts ungeahnte Hindernisse gibt, vgl. oben) in Gestalt von Flughäfen, Werkstätten, Notlandungsplätzen, Funk- und Wetterdienst hätte schon früher viel mehr geschehen können, bis das Mißverhältnis zwischen den indischen (vom siamesischen Flugdienst z. B. um das Fünffache übertroffenen) Flugstreitkräften und den Nachbarn, und das viele Pech der britischen Weltflieger die öffentliche Meinung aufrüttelte. An sich hält S. Indien für ein ideales Verkehrsfluggebiet, namentlich im Winterhalbjahr. Große Strecken, wichtige Knotenpunkte verbindend, weiten Vorsprung vor dem etwas lässigen und unbequemen Bahnverkehr sichernd, sind zahlreich. Auch für öffentliche Gefahren bietet das Verkehrsflugzeug kostbare Eingriffsmöglichkeiten, wo alle andern Verbindungen versagen. Das beweist der Gegensatz zwischen der Nichtverwendung von Fliegern bei der indischen Flutkatastrophe und der Verwertung beim japanischen Taifun in Kiushu zur ersten Feststellung des Sachverhalts. Gerade die Weiträumigkeit Indiens und Chinas zeigt, daß leicht „der Luxus von heute die Notwendigkeit von morgen" werden kann. Noch hemmt freilich der persische Einspruch die Verbindung Basra—Karachi und nötigt zu einer Umgehungslinie. Verbindungen mit Australien, dem Fernen Osten sind angebahnt; und wenn Jndien nicht das Recht auf seinen Luftverkehr an Andere verlieren will, muß es in naher Zeit wenigstens die Linien Rangoon—Calcutta—Delhi—Bombay—Karachi ausbauen.

Das Problem des Farbigen hinter der Kanone, auf der Lokomotive und im Flugzeug stellt sich dabei mit erneuter Schärfe. „Die Kommunisten haben ihren Bolzen



in China verschossen", meinte der Transpacific vom 13. August 1927. Aber im selben Atemzug oder in derselben Spalte räumte er ein: „Die Interessenten an asiatischen Fragen müßten sich nun klar werden, wo der nächste Streich gegen den Westen durch den Osten fallen werde. Dem Anschein nach liefere mindestens Indien ein fruchtbares Feld, wo politische Unzufriedenheit ganz im Stil der Philippinen gefunden werde." Ein Wink mit dem Zaunpfahl an die Vereinigten Staaten, denen einer für Japan mit Korea gewandt gesellt wird.

Stanley Rice (XIX. Century 1927) tröstet die Angelsachsen — obwohl es töricht wäre, die Geschicklichkeit Moskaus zu unterschätzen — daß Indiens religiöse Anlage, sein Hang zur Kastenscheidung „nur einen Teilerfolg in kleinem Maßstab versprächen, namentlich, wenn die indische Regierung klug genug wäre, rechtzeitig Gegenmaßregeln zur Entkräftung und Diskreditierung der gerissenen Propaganda der russischen Agenten zu treffen." Das ist nicht leicht.

Rice zieht dabei kluge Vergleiche, daß gerade die zwei gewaltsamen größten revolutionären Bewegungen der Weltgeschichte, die französische wie die russische, sich durch ihren religionsfeindlichen Zug ausgezeichnet hätten, während gerade der Inder, mit wenig Ausnahmen, leidenschaftlich religiös sei; dazu käme der Gegensatz von etwa ein Zehntel (30—32 Millionen) kriegerischer, meist streng mohammedanischer Rassen zu den unkriegerischen Mehrheiten, denen die politischen Hauptschreier angehörten; diese wieder verachten die kriegerischen Pathans, Punjabi, Baluchen usw. als „barbarisches Kanonenfutter", vor dessen Los der Hindu sich gern durch rechtzeitiges Ausreißen bewahrt. Dazu kommt, daß etwa ein Drittel des indischen Lebensraums mit fast einem Fünftel der Bevölkerung von eingebornen Fürstentümern verschiedenster staatlicher Struktur eingenommen werden, die — wenn auch zuweilen wenig geschätzt — doch ein Ausbreitungshindernis neuer Staatslehren bilden. So kommen Stanley Rice und Oberst OBrien zu ihrem tröstlichen Ergebnis, dessen Vergleich mit Carthill, Das, Gwynn, Majo, Mukerjee und Sarkar, wie dem neuerdings wieder zu Wanderreden nach Hinterindien ausgezogenen Tagore wir unsern Lesern überlassen müssen. Auch Teilbrände in vollen Scheuern sind eine Gefahr! Das gilt für Briten, wie Niederländer und andere Kolonialvölker!

Zum Schluß noch einige lose Notizen:

Der japanische Fremdenverkehr ist ins Stocken gekommen. (1913: 14100; 1926: 14020). Namentlich der lukrative Dollar-Träger, der Amerikaner, 1927 in Europa mit etwa einer halben Million bei ca. 750 Mill. $ vermutlicher Ausgaben vertreten, in Europa mit ca. 400% Steigerung gegen die Vorkriegszeit, hat sich in Japan nur um 1551 vermehrt; der ganze Ertrag der „Fremdenindustrie" wird auf 84 Mill. Goldmark geschätzt. Aber man reist eben von Amerika zu einer europäischen Massenrundfahrt für 23 Tage um 1040 Mark, bei persönlicher Führung mit Luxusunterkunft schon für 4600 Mark. Nach Japan kostet allein die Überfahrt von Amerika aus zwischen 2400 und 3000 Mark; und das Land ist teuer geworden, der gelebte Tag im Hotel nicht unter 20 bis 36 Mark zu haben. Der Amerikaner hat gelernt, die Gegenleistungen der Schweiz, Italiens, Frankreichs damit zu vergleichen. Landschaften, in denen man oft geprellt wurde, lernt die Masse auf einmal meiden; „Neppdörfer" sprechen sich herum. Auch Mitteleuropa kann von Japans bösen Erfahrungen lernen. „Teuer und schlecht" ist eine böse Bewirtungsparole, aber auch ein scharfer Gast-Dank.

Die japanische Selbstmordziffer ist mit 14000 Fällen (gegen nur 3000 der Gewalttat von fremder Hand) immer noch ungewöhnlich hoch. Die Gefolgentod-



Sitte, die Blutrache, das Harakiri sind ja erst ein Menschenalter außer Kurs; neben dem Gefolgentod Nogis und dem jüngst erfolgten Freitod eines jungen Offiziers wegen der Schändung der japanischen Sonnenflagge in Nanking waren es die Fälle zweier berühmter Literaten, Arishima und neuerdings Akutagawa, die besonders Staub aufwirbelten. Der erste hatte einen Freitodpakt zum Gefolgentod (Shinju) mit eines andern Mannes Frau gemacht; der zweite, sonst ein guter Familienvater, nahm die Selbstmordschilderung als literarisches Erlebnis mit Kritik der einzelnen Möglichkeiten vorweg. Grund: „ein unschilderbares Gefühl von Unbehagen ...“ Die nachgelassenen drei Briefe sind jedenfalls ein wertvolles Dokument zur Psychologie der eigenartigen japanischen Spielart in der Einstellung zum Ende durch eigene Hand.

Im Gegensatz zu dieser heroischeren Auffassung zeigen gute Bilder im North China Herald vom 20. August 1927 den Scharfrichtertrupp, der mit Richtschwert und „Taling“-Abzeichen (der Gewalt über Leben und Tod), getreu, wie bei uns die Feldküche, der Truppe folgt: zwei „Prügler“ mit 1 U. O.; sechs Schützen; zwei Scharfrichter und ein Offizier als „Taling“-Träger! — — Tod und Prügel als Frontpeitsche aufgefaßt!

„Neu-Delhi“ wird nicht nur von Indern, sondern auch von Dr. James H. Cousins als „häßlich“, „commonplace“, „unoriginell nnd schlampig“ bezeichnet. „Ein Alpdruck auf Indiens Brust.“ „Dumpf und schwer.“ „Eine ungeheure verlorene Gelegenheit“ — —

Wahre Liebe spricht nicht daraus!

Neu-Seeland schwankt in Samoa noch immer zwischen Kolonial-Imperialismus und dem Wunsch, seinen guten Ruf als freies Land nicht zu verlieren.

Ein Unterschied im wirtschaftlichen Verpflichtungsgefühl zu Anstand gegen in seinem Vertrauen geschädigten Kleinbesitz zwischen alten Kulturländern und neuem Reichtum macht sich in folgendem transpazifischen Gegensatz geltend: Japan, nie im Gelde schwimmend, hat die sogenannten kleinen Vermögen seiner Kriegsgegner, nachdem es schon ungern an deren Wegnahme überhaupt gegangen war, im Jahre 1920 im ungefähren Betrag von 10000 Yen freigegeben.

Die reichen Vereinigten Staaten sind nicht nur mit der Winsloe-Bill sehr zögernd gefolgt, sondern sie haben sogar noch 1927 für anständig gehalten, durch einen New Yorker Lokalgerichtshof den Witwen und Waisen, den Erben der unter der angelsächsischen Hungerblokade zugrunde gegangenen Kleinrentner das Recht auf die bescheidene Wohltat der Winsloe-Bill (Freigabe der Kleinvermögen unter 10000 $) zu bestreiten. An Witwen und Waisen hält sich das reichste Volk der Erde schadlos. Ganz vergessen wird es ihm nicht werden, wenn einmal Zuneigung und Abneigung bei transpazifischen Spannungen verteilt werden müssen. Solche Züge kühlen selbst sehr rabiate Rassen-Zusammengehörigkeitsgefühle ab, auch wenn man nicht Griffith Taylors kühne Seitensprünge für die Zukunft der Mischrassen in seinem neuen, immerhin höchst interessanten Werk: „Environment and Race“ mitzumachen geneigt ist.

Otto Maull:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Mexiko. — Vorbereitung der argentinischen Wahlen. — Chile. — Brasiliens Finanzlage. — Argentiniens Wirtschaftslage. — Mennonitenterritorium in Paraguay. — Die Ausübung der vereinsstaatlichen Militärhoheit in Nicaragua.

Im Septemberheft hatten wir die mexikanischen Präsidentschaftskandidaten Revue passieren lassen: die Generale Gomez, Obregon und Serrano. Wir wiesen darauf hin, daß sich alle drei eines nicht zu unterschätzenden militärischen Anhangs erfreuen, und daß sie gewillt seien, ihre Macht zur Beeinflussung der Wahlen zu gebrauchen. Ganz allgemein beurteilten wir die innere Machtstruktur Mexikos so: „Es ist höchst beachtenswert und spiegelt die Struktur des in sich nicht sonderlich ausgeglichenen Staatenbundes Mexiko wieder, wie die etwaige Nominierung von Kandidaten viel weniger auf dem Gegenspiel von ein paar großen Parteien beruht als auf der Tatsache einzelner Regionalgewalten basiert." Was wir so vor zwei Monaten unter Aufzeigung der ruhenden Einzelgewalten allgemein formulierten, hat sich inzwischen schon im speziellen Falle explosionsartig ausgewirkt. Auch für uns überraschend schnell haben sich die potentiellen Kräfte in kinetische — man sagt revolutionäre — Energien umgewandelt. In Wirklichkeit handelt es sich aber nur um den üblichen Kampf um die Führerstelle im Staate, die im nächsten Jahre verfassungsmäßig vakant wird. Immerhin handelte es sich um eine sicher sehr schlecht vorbereitete Militärrevolte, die zwar den Stier bei den Hörnern packen wollte, doch die Größe der Aufgabe vollkommen überschätzte. Sicher brach der Aufstand an der falschen Stelle, in Mexiko City, aus, wo der Anhang des Präsidenten Calles entschieden sehr groß ist. Unter der Führung von Serrano und Gomez sollen etwa 800 Offiziere und Mannschaften der Garnison gegen die Regierung in Aufruhr getreten sein mit dem Ziele, die Wiederwahl des früheren Präsidenten Obregon, der auf der Seite der Regierung steht, zu verhindern. Nach kurzem Kampfe mit den Regierungstruppen brach der Aufstand zusammen, die Führer flohen, Serrano fiel in die Hände der verfolgenden Truppen. Das seit der Habsburger Tragödie bekannte, schnell arbeitende mexikanische Kriegsgericht erkannte General Serrano als schuldig. Er wurde standrechtlich erschossen. Damit ist der Aufstand seiner Seele beraubt und im ganzen niedergeschlagen. Denn auch die Erhebungen außerhalb der Hauptstadt scheinen nur recht geringfügig gewesen zu sein. Die Staaten Veracruz, Coahuila und Puebla werden als gleichzeitige Erhebungszentren bezeichnet. In Puebla wird die Zahl der Aufständischen auf drei Kompagnien geschätzt. In Torreon in Coahuila sollen 500 Mann an dem Aufstand teilgenommen haben, die aber von den regierungstreuen Truppen der Garnison in einem Gefecht von wenigen Stunden zerstreut wurden, wie auch in Mexiko City die Regierung schon nach 24 Stunden Herr der Lage gewesen ist. Zahlreiche Hinrichtungen von aufständischen Offizieren, darunter der Generale Gonsales und Quijano, und der Ausschluß von 48 Abgeordneten, die sich an der Revolte beteiligt hatten, sind erfolgt. Alle Berichte aus Mexiko unterliegen der Zensur. So kommt es, daß sich sowohl über den Ausgang der Revolte wie über das Schicksal des Generals Gomez die offiziellen und privaten Mitteilungen widersprechen. Während die offiziellen Berichte vom völligen Zusammenbruch des Aufstandes, der Gefangennahme und der Hinrichtung von Gomez reden, heißt es auf der anderen Seite, daß Gomez



noch lebe, sich mit General Almada vereinigt habe, um den Kampf mit den Regierungstruppen aufzunehmen. Ihre Streitkräfte werden zahlenmäßig sehr verschieden hoch eingeschätzt. Spätere Nachrichten reden von empfindlichen Niederlagen der Aufständischen. General Gomez sei nach Guatemala geflohen. Wie die Dinge auch im einzelnen liegen mögen, so kann kaum bezweifelt werden, daß der endgültige volle Erfolg in dieser Aufstandsbewegung auf der Seite der derzeitigen Regierung sein wird. Stets überrascht im Verlauf solcher Revolutionen die elementare Wucht, die den politischen Gegner mit einem absoluten Vernichtungswillen verfolgt. Mexiko hat davon zur Genüge Beispiele gegeben, aber auch von anderwärts bei den Südvölkern ist dieser Zug der Vermengung der politischen und persönlichen Gegnerschaft wohlbekannt.

Neben der mit aller Schärfe betonten politischen Persönlichkeit fehlt es ganz selbstverständlich nicht an der Parteiung der Massen. Nur steht im Hintergrund kein für das Staatsleben wichtiges Parteiprogramm, sondern lediglich die Wahlparolen der Führer vertreten ein solches. Im Augenblick bekämpfen sich in Mexiko — wie mir ein Leser unserer Zeitschrift in Mexiko-City, Herr Peter Weber, freundlichst mitteilt — die Reeleccionisten und die Antireeleccionisten. Die ersteren streben dabei an, den früheren Präsidenten Obregon wieder zu wählen. Sie finden, wenn auch nicht die offizielle, so doch eine tatkräftige Unterstützung der Regierung. Im ganzen soll das Volk dagegen antireeleccionistisch sein. Es ist beachtenswert, daß alle Revolutionen seit Porfirio Diaz unter der Parole: „Sufragio efectivo no reeleccion" geführt worden sind. Bedauerlicherweise greift die innerpolitische Bewegung wie überhaupt vielfach in Lateinamerika, auch wenn sie keine revolutionären und aufständischen Zuckungen durchmacht, in Mexiko sehr empfindlich in den Ablauf des wirtschaftlichen Lebens ein. Die Geschäftslage wird als recht schlecht, der Handel als sehr zurückhaltend geschildert.

Daran ist freilich nicht lediglich die nach mehr denn Jahresfrist sich ereignende Präsidentenwahl schuld, sondern die schwere Krise, in der sich Mexiko schon seit längerer Zeit befindet. Es ist eine Krisis außenpolitischen Charakters, die aber tiefgreifend auf die innere Lage zurückwirkt. Schuld ist letzten Endes die exponierte Lage des Landes gegenüber den Vereinigten Staaten, in der sich Mexiko zudem als der gleichsam geographisch auf diesen Posten gestellte Sprecher der lateinamerikanischen Welt fühlt. In keinem anderen der größeren lateinamerikanischen Staaten — mit Ausnahme von Cuba — sind außerdem die wirtschaftlichen Verflechtungen mit der Union so groß wie hier. Wenn es auch einem fernen Betrachter so scheinen mag, als ob in den großen, noch immer schwebenden Fragen mit der Union eine gewisse Beruhigung eingetreten wäre, so ist das — wie mir erwähnter Gewährsmann mitteilt — keineswegs der Fall. Im Gegenteil, die Abwehrpolitik der Regierung hat eine breite Basis in der Presse und in der Volksmeinung erhalten. Tag für Tag richten die führenden Blätter der Hauptstadt, „Excelsior" und „le Universal", auf ihren Titelseiten erbitterte Angriffe gegen die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten, die an Leidenschaftlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen und zeigen, wie ernst es den Mexikanern mit der geistigen Bekämpfung der Union geworden ist. Wie erwähnt, geht es dabei nicht immer direkt um Mexiko allein, sondern die Petroleumgesetze in Venezuela und Columbien, selbst die Argentiniens, werden zum Gegenstand der Betrachtung gemacht, im Anschluß daran die Meinung geäußert, daß es dort leicht zu Konflikten von der Art der mexikanischen kommen könne. Lediglich in einem solidarischen Zusammengehen Lateinamerikas möchten diese



Blätter den einzigen Ausweg sehen. In ähnlicher Weise bringt der „Universal-Grafico“ (vom 19. August 1927) einen Artikel „Vigorosa campaña contra los Mexikanos en E. E. U. U.“ Dort werden entrüstet die Maßnahmen von Texas gegen die mexikanische Einwanderung kritisiert. Sie bestehen in einem Antrag des Deputierten des Kongresses von Texas und gleichzeitigen Mitglieds der Einwanderungskammer in Washington, John C. Box, der den Ausschluß der Analphabeten von der Einwanderung in Mexiko zum Gegenstand hat. Ganz offensichtlich wendet er sich damit gegen die Einwanderung der mexikanischen Arbeiter, die allerdings fast ausnahmslos Analphabeten sind. Daß der Antragsteller die Mexikaner wörtlich mit den „negros y chinos“ auf eine Stufe stellt, muß natürlich die kulturell höher und hochstehenden Mexikaner aufs äußerste erbittern, weil einmal bewußt Öl ins Feuer geschüttet wird, und weil auf der anderen Seite eine riesige Schwäche des mexikanischen Volkstums empfindlich getroffen wird. An sich ist allerdings die Abwehr der Union verständlich, wenn man das rasche Anschwellen des Analphabetentums dort verfolgt: 1890 zählten die Vereinigten Staaten 77 853 Analphabeten, 1920 waren es dagegen unter dem Einfluß der unerwünschten (bei weitem selbstverständlich nicht nur mexikanischen) Einwanderung 486 418 geworden. 1927 dürfte die Zahl auf etwa 650 000 angeschwollen sein. Doch nicht nur auf der Höhe des Mexikanertums ist man ganz bewußt zur Offensive gegen die Union zwecks Abwehr der Vergewaltigung von dort übergegangen, auch in der Tiefe, wenn man so will, regt es sich kräftig. So hat sich kürzlich nach dem Ausbruch des Petroleumkonfliktes eine „Liga antiimperialistica de las Americas“ gebildet, die zunächst amtlich verboten, aber dann geduldet wurde. Es soll erst eine Organisation von geringer Bedeutung sein, die nur verhältnismäßig wenige Mitglieder zählt, die sich in der Hauptsache aus den unteren Arbeiterschichten rekrutieren. Doch besonders beachtenswert ist sie, weil sich ihre Tätigkeit in erster Linie gegen die Union richtet, die in aufreizenden krassen Plakaten in der Hauptstadt die Massen für sich zu gewinnen sucht, und weil sie vermutlich der Hebelarm einer fremden und sonst Amerika nicht gerade eigenen Kraft, des sowjetrussischen Machtkreises, ist. Wo mexikanische Propaganda gegen die Union es vermag, setzt sie ein. So fand einen Tag nach der Hinrichtung von Sacco und Vanzetti im ganzen Land — wie ich ebenfalls der obengenannten Quelle entnehme — eine einstündige Arbeitspause statt von 11—12 Uhr morgens, die in mustergültiger Ordnung und Ruhe durchgeführt wurde. „Totenstille herrschte in den Straßen, was vor allen Dingen hier in der Hauptstadt mit ihrem ungeheuren Autoverkehr besonders auffiel. Das Zentrum der Stadt bildete einen einzigen riesigen Wagenpark. In Szene gesetzt und organisiert wurde dieser Proteststreik von der C. R. O. M., der einzig maßgebenden und größten Arbeitervereinigung des Landes, die“ — wie ja bekannt — „auch gleichzeitig regierungsfreundlich eingestellt ist“, und auf die sich der jetzige Präsident zum guten Teil stützt. In weitem Umfange hat die Abwehrbewegung die Arbeitermassen ergriffen, die ja zweifellos neben dem Staatsganzen auch die sachlich Nächstinteressierten an dem Streite mit den Vereinigten Staaten sind. So wird immer wieder von kleinen Revolten in den einzelnen Staaten berichtet, die sich in der Hauptsache gegen die Minengesellschaften richten. So mußten bei solcher Erhebung die Amerikaner aus dem Staate Jalisco nach Guadalajara flüchten. Solche Revolutionsherde bilden vornehmlich die von den Minengesellschaften entlassenen Arbeiter — so soll z. B. der größere Teil der Silberminen den Betrieb eingestellt haben — unter dem Einfluß von gewandten Führern. Ob unter diesen Umständen die Sanierung des Landes gelingt, mag dahingestellt bleiben. Calles hofft zwar ohne Auslands-



anleihen auszukommen und auf Grund von Sparmaßnahmen die Schulbauten und Bewässerungsprojekte durchführen zu können. Auch der Kulturkampf ist noch keineswegs vollkommen beendet. Zunächst weiß Präsident Calles freilich gegenüber jeder revolutionären Aufwallung kräftig das Staatssteuer zu handhaben; seine Position wird von der Zustimmung weiter Schichten, besonders der Arbeiter, getragen. Doch schon die Fortführung seiner Politik stößt, wie der Militäraufstand zeigte, auf Schwierigkeiten. Der Widerstand war zweifellos aus den verschiedensten Quellen genährt. Unverkennbare starke Gegenströmungen stehen in Mexiko miteinander im Kampfe. Man kann mit Fug und Recht nach wie vor von einer schweren Krisenstimmung sprechen. Sie kennzeichnet eine innere Lage, die das Land wenig geeignet sein läßt, die lateinamerikanischen Gesamtinteressen gegenüber der Union zu vertreten. So fällt die Prognose für die nächste Zukunft in Mexiko nicht so günstig aus, wie man dem Staate wünschen möchte.

Die tiefsten Gründe für die lange Serie der Zuckungen in diesem nördlichsten der lateinamerikanischen Staaten aufzuhellen, ist nicht leicht. Ihnen nachzuspüren, liegt sicher nicht im Rahmen dieses Berichts. Darf eine der aufschlußreichsten Methoden der geographischen Forschung im „Vergleich" gesehen werden, so vermag er auch der Geopolitik Erkenntnisfrüchte zu bringen. Stellt man in diesem Sinne Mexiko Argentinien gegenüber, das ebenfalls, wie wir schon früher bemerkten, seine Präsidentenwahl im Oktober des nächsten Jahres zu erwarten hat, so wird unzweifelhaft auffallen, daß die Vorbereitung der argentinischen Wahl ganz andere Bahnen einschlägt. Natürlich fehlt es auch dort nicht an hitziger Wahlpropaganda. Wir berichteten seinerzeit über die Parteigruppierung. Als Kandidat der Antipersonalisten, der Partei, die von dem gegenwärtigen Präsidenten geführt wird, wird Dr. Leopoldo Melo, als Kandidat für die Vizepräsidentschaft Vicente C. Gallo genannt. In einer Programmrede hat Melo die Durchführung des allgemeinen Stimmrechtes betont und sich zu einer pazifistischen Politik bekannt. Schutz der Industrie, namentlich der Wein- und Zuckerindustrie, ist für ihn einer der wichtigsten wirtschaftlichen Programmpunkte. Es wird behauptet, daß weder die personalistische Gruppe der Radikalen Partei noch die Sozialisten bisher Gegenkandidaten aufgestellt haben. Dagegen verlautet, daß der frühere Präsident Irigoyen wieder kandidieren werde. Die Wahlaussichten für die personalistische wie für die antipersonalistische Gruppe der Radikalen sind ziemlich gleich, so daß die Sozialisten, die ihren Anhang hauptsächlich in der Hauptstadt haben, vermutlich den Ausschlag geben werden. Nach allen Berichten, die aus Argentinien zu uns kommen, verläuft die Vorbereitung und das Betreiben der Wahlen durch die Parteien natürlich in gewohnter Weise lebhaft, aber in keiner Weise etwa beunruhigend wie in Mexiko, und auch bei früheren Wahlen sind schon seit geraumer Zeit keine solchen ernsten Aufstandsbewegungen erfolgt, wie sie Mexiko jetzt jüngst durchgemacht hat. Dieser fundamentale Unterschied hier und dort liegt an der im Grunde doch recht verschiedenen Struktur der beiden Staaten. Der unzweifelhaft starke Zentralismus Argentiniens, die mächtige Bevölkerungsansammlung und das Übergewicht der Hauptstadt über das flache Land in Argentinien machen sich gegenüber der schon rein politischen Dezentralisierung innerhalb des mexikanischen Staatenbundes dabei genau so nachhaltig geltend, wie die stark voneinander abweichende Bevölkerungsstruktur der beiden Staaten. Dem stark indianischen Mexiko steht das vorwiegend weiße, wenn auch romanisch weiße, Argentinien gegenüber mit einem Leben, in dem sich europäisches Wesen auch in den Massen doch mehr verinnerlicht hat, als das in Mexiko trotz der ebenfalls nicht un-

bedeutenden europäischen Kultureinflüsse der Fall ist. Schließlich wirkt Mexikos beunruhigende Lage in der Grenz- und Gefahrzone, unmittelbar als Anrainer der nordamerikanischen Welt, nicht sonderlich günstig auf das Innenleben des Staates zurück. Ungleich unabhängiger gestaltet sich demgegenüber die argentinische Situation.

Chiles Staatshaushalt arbeitet zur Zeit unter dem Einfluß von Aufbau-, aber auch von Sparmaßnahmen. Eine Erklärung des Präsidenten besagt, daß bisher 2000 Beamte entlassen worden seien, daß das 20 000 Mann starke Heer um 3000 Mann vermindert worden sei. Die neue Regierung begrüßt srhr die Anlage fremden Kapitals. Nur wird der Wunsch nach stärkerer Berücksichtigung der chilenischen Arbeitskräfte in ausländischen Betrieben gefordert. Die feste Währungspolitik der Zentralbank und die Reduktion des Notenumlaufs bei Aufrechterhaltung der Goldreserve hat zu einer ganz wesentlichen Besserung der privatwirtschaftlichen Verhältnisse geführt. Der Abbau der überhöhten Zölle dürfte vermutlich die Folgen des Sturzes des Salpeterpreises wieder ausgleichen. Freilich ist der Ausfuhrwert für Salpeter im Zeitraum von Januar bis Mai 1927 ganz wesentlich hinter dem der gleichen Periode des Vorjahres zurückgeblieben: 271 Mill. $ stehen 329 Mill. gegenüber. Das entspricht einer Ausfuhrmenge von 7,7 bzw. 6,3 Mill. Zentner. Günstiger liegen die Verhältnisse bei den übrigen wichtigeren Artikeln der chilenischen Ausfuhr. Die Zahlen für die genannte Periode der Jahre 1927 und 1926 sind in Mill. $ folgende: Kupfer in Barren 165 und 164, Wolle 33 und 32, Kupfererze 6 und 3; dagegen ist die Weizenausfuhr ganz bedeutend zurückgegangen: 0,6 und 13. In dem am 30. Juni abgelaufenen Salpeterjahr 1926/27 ergab sich — um weitere Angaben über dieses für den Wirtschaftshaushalt wichtigste Produkt zu machen — eine Gesamterzeugung von 1,3 Mill. t gegenüber 2,6 Mill. t im Vorjahr. Der Salpeterexport beläuft sich im letzten Jahr auf 1,5 Mill. t gegenüber 2,26 Mill. t im Vorjahr. Ausgeführt wurden nach Europa und Ägypten 0,75 (1,13 im Vorjahr) Mill. t, nach den Vereinigten Staaten 0,6 (0,9) Mill. t. So will es scheinen, wenn auch die bekannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht ohne weiteres überwunden werden können, daß Chile, das am Rande des Bürgerkrieges stand, den der vorige Präsident Alessandri nicht zu bannen gewußt hätte, unter der Diktatur des Obersten Ibañez einer auffälligen Gesundung entgegengeht. Seine anscheinend glücklich durchgeführte Aufgabe war zunächst die Ausrottung der weitverbreiteten Korruption. Der Feldzug der neuen Regierung galt auch dem alten Parteiwesen, das das Parteiinteresse über das Wohl des Landes stellte. Es scheint, daß auch hier Wandlungen eingetreten sind, die sich naturgemäß nur langsam zu vollziehen vermögen. Man wird die weitere Entwicklung abwarten und nicht zu früh die Erfolge des Diktators Ibañez, dem das Vertrauen von Heer und Marine für sein Wirken als Basis dient, als Dauererfolge buchen dürfen. Sollten sie sich als solche erweisen, so hat Chile eine sittliche Krisis überwunden, in die sie der glückliche Ausgang des pazifischen Krieges und der damit erworbene Reichtum an Salpeterschätzen gebracht hatten. Daß das Werk des Diktators angefeindet wird ist selbstverständlich. So redet eine jüngste Meldung von einer weitverzweigten Verschwörung, die Ibañez' Sturz plante, aber aufgedeckt wurde.

Recht schlecht sieht es in den Finanzen Brasiliens aus, das seine Stabilisierung nur dadurch aufrecht erhalten konnte, daß ihm London einen offenen Kredit von 650 000 £ zur Verfügung stellte. Man spricht jedoch schon von einer in Aussicht stehenden Verpfändung der brasilianischen Zentralbahn und des Lloyd Brasileiro



an englische oder amerikanische Geldgeber. Doch nicht vom Bund allein werden Anleihen aufgenommen. Es stehen große Anleihen von Minas Geraes, vom Bundesdistrikt, von Bahia und von Esprito Santo kurz vor dem Abschluß.

Im Gegensatz zu Brasilien zeigt dagegen Argentiniens Wirtschaftslage eine auffällige Besserung. Mais- und Weizenexport haben sich seit dem Vorjahr verdoppelt. Nach wie vor nimmt das Land die führende Stellung in der Mais- und Leinsaatausfuhr ein. Auch der Export der Gefrierfleischindustrie zeigt in der Periode vom Januar bis Ende Mai 1927 im Vergleich mit dem der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs eine sehr wesentliche Zunahme: Fleischkonserven 33414 (im Vorjahr 25827) t, davon nach Deutschland 1774 t; Gefrierhammel 25189 (31157), 943 t; Gefrierinnereien 13679 t (13145), 806 t; Gefrierrinder 111848 t (91796) 31589; gekühlte Rinder 207302 t (185108).

Beachtung verdient die Schaffung eines Mennonitenterritoriums in Paraguay, auf einem Boden, der in dem alten Jesuitenstaat schon einmal einen Staatsversuch getragen hat. Es heißt, daß die in Kanada und in den Vereinigten Staaten lebenden Anhänger der Sekte mit der Regierung von Paraguay einen Vertrag abgeschlossen haben, der ihnen ein großes Siedlungsgebiet zusichert, um darauf etwas wie einen Staat im Staate zu gründen. Da die Lehren ihrer Sekte, z. B. die Verweigerung des Eides, der Annahme irgendeines Amtes und des Kriegsdienstes, sie mit den europäischen Staaten in Konflikt gebracht und sie auch die erwünschte Freiheit im germanischen Nordamerika nicht gefunden haben, ist der Plan der abermaligen Auswanderung nach Südamerika aufgetaucht, das ihnen die Erfüllung ihrer Forderungen bringen soll und auch zugebilligt hat. Es sollen 1,6 Mill. ha mit der Basisstation in Puerto Casado erworben worden sein, die im Laufe der nächsten Jahre von 225000 Mennoniten besiedelt werden sollen. Neben der Intoleranz der nordamerikanischen Behörden habe vor allem auch deren seit dem Kriege deutschfeindliche Stimmung bei den Mennoniten, die zum größten Teil Deutsche sind, in den angloamerikanischen Ländern den Plan der Auswanderung genährt. Für das mit Siedlern nicht überreich bedachte Paraguy muß diese Zuwanderung der Mennoniten, die als tüchtige Farmer gelten, für die Erschließung der weiten zur Verfügung gestellten Chacogebiete von nicht zu unterschätzendem wirtschaftlichem Werte sein.

Nicaragua ist immer noch nicht befriedet. Mehrfach ist es in der letzten Zeit zu Gefechten zwischen Aufständischen und nordamerikanischen Marinesoldaten gekommen. Das hat das Marinedepartement der Union veranlaßt, aus Kalifornien Verstärkungen nach Nicaragua zu schicken, die aus zwei Flugzeugen und zwei Abteilungen Seesoldaten bestehen. Es ist zu beachten, wie energisch die Vereinigten Staaten ihre Militärhoheit in der mittelamerikanischen Republik ausüben.

OSWALD ZIENAU:

RUSSLANDS GETREIDEERNTE UND GETREIDEEXPORT-AUSSICHTEN

Bekanntlich ist die Basis des gesamten wirtschaftlichen Lebens der Sowjet-Union der Ackerbau: gute oder schlechte Ernte, Getreideausfuhrmöglichkeiten und noch viele andere und speziellere Fragen und Dinge solcher Art berühren die Wurzeln der russischen Volkswirtschaft. Weshalb verständlich ist, daß nun seit Wochen schon, vom Kleinbauern angefangen bis hinauf zu den Spitzen der Staats- und Wirtschaftsführung, nur eines im Vordergrunde des Interesses, der Unterhaltung, der öffentlichen und agrarwissenschaftlichen Erörterung und im Banne zager Hoffnungen und bitterer Sorgen steht: der Ausfall der Getreideernte.

Nach Meldungen der Sowjetpresse ist die Getreideernte im Lande bereits seit einiger Zeit mit Hochdruck im Gange; in der südlichen Ukraine, in wichtigen Getreidebauzentren des Nordkaukasus und im Kubangebiet hat sogar die Bauernschaft mit der Zufuhr von Getreide neuer Ernte begonnen, und auf der Krim und im Nordkaukasus haben die Genossenschaften den Getreideankauf aufgenommen. Darnach haben Ernte und Zufuhren in diesen Agrargebieten früher, ungefähr 2 bis 2½ Wochen, eingesetzt als im vorigen Jahre. In allernächster Zeit soll nun auch die Getreidekampagne im Zentralen landwirtschaftlichen Rayon, im Wolgagebiet und in Kasakstan — das ist eine junge autonome Sowjetrepublik, die Transkaspien rayoniert und nationalpolitisch eingeordnet hat — beginnen, während später damit der Ural und Westsibirien folgen sollen. — Die Aussichten dieser Ernte wurden am Stichtage des 1. Juli gewertet als „gut" im Mittleren Schwarzmeergebiet und als „über mittel" in der Ukraine, den Zuschußgebieten — zentralrussische und Wolgagebiete — und in Transkaukasien; „mittel" soll der Stand der Ernten im Nordkaukasus sein, während Sibirien als nahezu „mittel" gekennzeichnet ist; ausgesprochen „unter mittel" sind aber die Ernteaussichten in den mittelasiatischen Sowjetrepubliken. Dabei ist durchweg der Stand der Wintersaaten besser als der der Sommersaaten. — Von Bedeutung für die Beurteilung des zu erwartenden Ernteergebnisses ist noch, daß sich die Anbaufläche nach den Angaben der Zentralen Statistischen Verwaltung gegenüber dem Vorjahre kaum vergrößert — um weniger als 1 %! — hat, während aber in den Anbauflächen der einzelnen Kulturen starke Veränderungen zu verzeichnen sind. Beispielsweise ist im Nordkaukasus und in der Ukraine 18 bis 20 % mehr Winterweizen bei Verdrängung des Roggens und geringem Rückgange des Sommerweizens angebaut worden. Tatsächlich zugenommen hat die Anbaufläche für Weizen (14 %) und Hafer (9 %), während Roggen, Gerste und Hirse einen mehr oder minder starken Anbaurückgang aufweisen.

Nach allen diesen gesonderten Angaben der Zentralen Statistischen Verwaltung, die unter Berücksichtigung der natürlichen Mängel russischer statistischer Zusammenstellungen ein vielleicht etwas zu günstiges, aber doch gut erkennbares Bild der



Erntegegebenheiten vermitteln, ist in der Sowjet-Union mit einer durchschnittlichen Mittelernte für 1927 zu rechnen, die ungefähr in den Ausmaßen der guten Ernte 1926 liegen wird. Allerdings soll man der durchaus gegebenen natürlichen Skepsis des russischen Bauern folgen, der den guten oder schlechten Ernteertrag erst in der Scheuer feststellt: denn wohl nirgends als in Rußland sind Witterungseinflüsse selbst noch in den letzten Tagen von so ausschlaggebender Bedeutung, daß noch immer mit Veränderungen des Saatenstandes nach der einen oder andern Seite gerechnet werden kann! —

Getreide nimmt als staatliches Exportgut eine allererste Stelle ein; der Außenhandelsplan der Sowjet-Union ist in seiner Gestaltung absolut abhängig von der verfügbaren Ausfuhrmenge und den Absatzmöglichkeiten für russisches Getreide im Auslande. Die Besonderheiten agrarischer Wirtschaft in Verbindung mit der zum mindesten zurückhaltenden Einstellung des russischen Bauern gegenüber den Staatswirtschafts- und Staatshandelsgrundsätzen des Bolschewismus haben die Getreidebeschaffung für Exportbetätigung zu einem der schwierigsten, wenn nicht überhaupt dem schwierigsten Problem der bolschewistischen Staatswirtschaft werden lassen. Und nicht erst einmal ist in peinliche Erscheinung getreten, daß die unüberwindlichen Gegensätzlichkeiten der bäuerlichen Einstellung zum bolschewistischen Staatswirtschaftsprinzip die sorgfältig ausgeklügelten planmäßigen Vorberechnungen und Aufstellungen des Außenhandelskommissariats und der Staatlichen Planwirtschaftskommission ganz und gar über den Haufen warfen! Daß der russische Bauer eben doch mehr als ein bequem auflösbares Rechenexempel irgendeiner bolschewistischen Behörde war.

Der weiteren Behebung solcher natürlichen Schwierigkeiten bei der Getreideerfassung durch die Staatswirtschaftsorgane galt denn auch so gut wie ausschließlich die Vorarbeit der offiziellen Körperschaften, die tatsächlich zu bedeutungsvollen Veränderungen und auch schon teilweise Auswirkungen im russischen Getreidehandel geführt hat. Die möglichste Ausschaltung des privaten Getreideaufkaufs und die Bildung einer größtmöglichen Getreidereserve zur beliebigen Verfügung der offiziellen Organisationen sind langjährige Bestrebungen und Sorgen der bolschewistischen Innenwirtschaftspolitik. Der wichtigste und wohl auch — soweit sich bisher überblicken läßt — tatsächlich von Erfolg begleitete Schritt der sowjetischen Getreidepolitik ist die Bildung eines „Ständigen Staatlichen Getreidefonds", die laut Verordnung des Rates der Volkskommissare der UdSSR. vom 11. Januar 1927 vor sich gegangen ist. 14 Paragraphen bestimmen die Funktionen dieses Ständigen Staatlichen Getreidefonds, von denen wir als die allgemein beachtlichsten die den Zweck und Umfang erläuternden zitieren wollen: „Der Ständige Staatliche Getreidefonds bildet eine von einem Jahr auf das andere übergehende Reserve von Getreide und Futtermitteln, die für folgende Zwecke bestimmt ist: a) Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung an Getreide, Viehfutter und Saatgut im Fall einer Mißernte oder sonstiger Elementarereignisse; b) Befriedigung außerordentlicher Bedürfnisse des Staates an Getreide und Futtermitteln; c) Ausschaltung von Störungen in der Versorgung der Zuschußgebiete mit Getreide und Futter; d) Regulierung der Getreidepreise im Falle ungewöhnlicher Preissteigerungen, indem ein Teil des Fonds auf den Markt gebracht wird." Nach § 2 wird „der Gesamtumfang des Staatlichen Getreidefonds jedes Jahr nach Anhörung des Volkskommissariats für Außen- und Innenhandel der UdSSR. vom Rat für Arbeit und Verteidigung festgesetzt". Weitere Paragraphen befassen sich mit der Bildung, Lagerung und Finanzierung und den Abgaben aus dem Staatlichen

Getreidefonds. Über letztere besagt der § 12: „Die Abgabe aus dem Staatlichen Getreidefonds für die in den Punkten a und b (des Art. 1) vorgesehenen Fälle erfolgt durch Anordnung des Volkskommissariats für Handel auf Beschluß des Rates für Arbeit und Verteidigung; für Bedürfnisse entsprechend den Punkten c und d durch unmittelbare Anordnung des Volkskommissariats für Handel. Jede Verausgabung von Beständen des Staatlichen Getreidefonds ohne jedesmalige besondere Anordnung des Volkskommissariats für Handel — von der Realisierung zwecks Auffrischung des Getreidefonds abgesehen — zieht für die Verantwortlichen strafrechtliche Verfolgung auf Grund der Gesetze nach sich. Jeder Versuch einer unbefugten Einmischung in die Verfügung über den Fonds ist von dem Verwalter des Fonds unverzüglich dem Volkskommissariat für Handel zur Kenntnis zu bringen." Endlich stellt der § 14 noch fest: „Das Volkskommissariat für Handel und die Staatsbank legen dem Rat für Arbeit und Verteidigung jährlich Rechenschaft über sämtliche Operationen im Rahmen des Staatlichen Getreidefonds ab."

Verständlich, daß nach solchen einschneidenden Veränderungen die Getreidebeschaffungskampagne 1926/27 — die am 30. Juni beendet gewesen ist — ihre besondere Bedeutung erlangt hat. Um direkt anzuschließen an die eben gegebenen Darstellungen sei nun erst darauf hingewiesen, daß tatsächlich mit Beendigung der Getreidebeschaffungskampagne 1926/27 größere Getreidereserven als sonst in Händen der staatlichen Beschaffungsorgane waren, und zwar an Roggenvorräte zum 1. Juli d. J. 40 % und an Weizenvorräte sogar 61 % mehr als im Vorjahre. Die erstrebte und vor einiger Zeit gesetzlich ebenfalls neu geregelte Getreideerfassung durch direkte Staatsorgane — wobei die Beschaffung durch staatliche und autorisierte genossenschaftliche Organe als sogenannte „planmäßige" und der Getreideankauf durch nichtautorisierte Organisationen und den Privathandel als sogenannte „außerplanmäßige" charakterisiert worden ist — hat für die Konzentration des staatlichen Getreidehandels und die weitere Ausschließung des Privathandels gleichfalls zu einem Erfolge geführt. So ist der Anteil der „außerplanmäßigen" Beschaffungen gegenüber dem Vorjahre erheblich zurückgegangen, und zwar von einem Drittel Beschaffungsanteil auf ein Fünftel!

Das Soll der Getreidekampagne 1926/27 wurde entsprechend dem vorjährigen Ernteausfall auf 725 Mill. Pud festgesetzt. Dieser Beschaffungsplan ist nun zu 94,3 % durchgeführt worden, was einer Totalleistung von 683,2 Mill. Pud Getreideprodukte (gegenüber 584,3 Mill. Pud im Jahre 1925/26) entspricht. An Weizen wurden 360,6 Mill. Pud (99,6 % des Weizenbeschaffungsplanes), an Roggen 137,8 Mill. Pud (95,1 %), an Gerste 29,1 und an Hafer 63,6 Mill. Pud in der abgelaufenen Kampagne bereitgestellt. Den beschafften Gesamtmengen nach beteiligten sich die verschiedenen Organisationen wie folgt: A.-G. „Chleboprodukt" mit 257,2 Mill. Pud, ukrainische Organisationen mit 127,4 Mill. Pud, der „Zentrossojus" mit 86,7 Mill. Pud, die Staatsbank mit 86,6 Mill. Pud und „Chlebozentr" mit 59,3 Mill. Pud. Zu beachten ist in diesen Zusammenhängen noch, daß die staatlichen Beschaffungspreise nur geringen Schwankungen ausgesetzt waren und um etwa 20 % unter denjenigen der Kampagne 1925/26 lagen.

Über den möglichen Verlauf der einsetzenden Getreidekampagne 1927/28 läßt sich im einzelnen nur wenig Konkretes voraussagen. Günstig für den Staatshandel ist, daß, wie weiter oben schon hingewiesen, die Kampagne in wichtigen agrarischen Zentren frühzeitiger begonnen werden konnte bei noch vorhandenen und sogar sehr bedeutenden Getreidereserven und daß die erwähnte Beschaffungskonzen-



tration bei weiterem Ausschluß „außerplanmäßiger" Aufkäufer — so werden u. a. auch die Staatsbank und kleinere Genossenschaftsverbände von der kommenden Getreidekampagne ausgeschlossen — die Operationen übersichtlicher und beweglicher in der Ausnutzung der vorteilhaften Gegebenheiten durchzuführen sind. Auf der andern Seite darf nicht übersehen werden, daß die Gesamtmenge der von der russischen Bauernschaft abgestoßenen Getreideprodukte trotz guter Ernte gegenüber dem Vorjahre nicht zugenommen hat — man schätzt auf rund 875 Mill. Pud — und so beträchtliche Getreidevorräte auch bei der Bauernschaft vorhanden sein müssen. Bei dem bedeutenden Ausmaße der „Schere" — das ist das Verhältnis von Industrie- zu Landwirtschaftspreisindex — muß also mit weiterer Zurückhaltung landwirtschaftlicher Produkte gerechnet werden, und das um so mehr, als die auch im laufenden Wirtschaftsjahr eingeleitete Aktion zum Abbau der Industriewarenpreise so gut wie kein positives Ergebnis gezeitigt hatte. So ist denn schließlich der Ausgang der Getreidebeschaffungskampagne 1927/28 ein Preisproblem geblieben, und zwar ein Preisproblem recht unsicherer Art, da die Regierung bereits strikte erklärt hat, daß die niedrigen Getreidepreise unter allen Umständen beibehalten werden sollen, eine Erklärung, die in ihrem schroffen Gegensatz zu der Ergebnislosigkeit des versuchten Abbaus der Industriewarenpreise nicht ohne Auswirkungen auf die Stimmung der Bauernschaft bleiben kann!

Die Getreideexportaussichten für 1927/28 dürften insofern etwas schlechtere sein, als daß der Sowjetstaat von sich aus die Getreideausfuhr nach England ausschließen dürfte aus politischen Prestigegründen, und das ohne ein Äquivalent auf anderen Getreidemärkten der Welt. Zum näheren Verständnis sei auf den Importanteil der wichtigsten europäischen Länder für russisches Getreide hingewiesen: Von der Gesamtmenge des 1926/27 exportierten Getreides entfielen auf Deutschland als dem besten Abnehmer 21%, auf Holland 15%, auf England 14,8%, auf die Randstaaten 11%, Italien 9,9% und auf Frankreich 8%. Auch nach der dargestellten Lage des innerrussischen Getreidemarktes dürfte kaum mit einer wesentlichen Erhöhung des Exportquantums für die Ausfuhrzeit 1927/28 zu rechnen sein, wie überhaupt das Exportquantum sich in den letzten Jahren nur wenig verändert hat und an der Ertragssteigerung gewertet sogar unbefriedigender geworden ist. So sind aus der guten Ernte 1926/27 insgesamt nur 187 Mill. Pud gegenüber 161 Mill. Pud 1925/26 und 182 Mill. Pud 1923/24 ausgeführt worden, was mit um 26 Mill. Pud erhöhter Ausfuhr zu 1925/26 geradezu ein klägliches Ergebnis zu nennen ist. Deutlich ersichtlich ist aus dieser Vergleichszahlenreihe, daß der Getreideverbrauch in Rußland im stetigen Steigen begriffen sein muß. Dieser Sachlage nach ist es nicht angängig, die Getreideexportaussichten für 1927/28 bei so schwankenden Voraussetzungsfaktoren schon jetzt genauer analysieren zu wollen. Erst die nächsten Monate der Beschaffungskampagne werden die für die Beurteilung der Exportentwicklung notwendigen Unterlagen schaffen.

HERMANN STEINERT:

DIE WIRTSCHAFT IN DEN OSTSEERANDSTAATEN

Unter den Randstaaten versteht man im gewöhnlichen Sprachgebrauch die drei kleinen Länder, die an der Ostseeküste sich von Rußland getrennt haben, Estland, Lettland und Litauen, wogegen Finnland und Polen, obgleich sie ja auch, streng

genommen, Randstaatenbildungen des russischen Reiches sind, nicht zu den Randstaaten gerechnet werden. Das hat eine tiefere wirtschaftliche Begründung insofern, als tatsächlich die drei Randstaaten mit ihrer ganzen wirtschaftlichen Struktur weit enger an Rußland angelehnt waren als die anderen beiden Länder. Polen und Finnland haben durch eigene Kräfte und eine eigene bodenständige Industrie eine größere wirtschaftliche Daseinsberechtigung als die drei Randstaaten, die in ihrer ganzen Wirtschaft sich als Randgebilde des großen russischen Reiches und als Ausfallstor und Eingangspforte für dieses darstellen. Die drei großen Häfen von Lettland sind beispielsweise für den Bedarf dieses Landes viel zu groß und können sich nur entwickeln, wenn das russische Hinterland ihnen Transitverkehr gibt. Die Industrie der drei Randstaaten ist auf russische Aufträge angewiesen, da sie ebenfalls für den Bedarf dieses Landes allein viel zu groß ist, in Westeuropa aber nur in Ausnahmefällen konkurrenzfähig erscheint.

Alle drei Ostseerandstaaten sind in ihren wirtschaftlichen Kräften äußerst beschränkt und daher wenig entwicklungsfähig. Das beweist schon die Tatsache, daß in den letzten Jahren nennenswerte Fortschritte kaum bemerkbar sind. Äußerlich gekennzeichnet wird dies besonders klar durch die Tatsache, daß der Seeverkehr der Häfen von Lettland und Estland seit einer Reihe von Jahren einen völligen Stillstand aufweist, wie folgende Tabelle zeigt:

Eingangsverkehr der Randstaathäfen in Nettotons

Jahr	Riga	Libau	Windau	Reval
1926	913 000	327 000	184 000	667 000
1925	918 000	298 000	205 000	658 000
1924	852 000	371 000	262 000	577 000
1923	743 000	456 000	234 000	

Diese Tabelle ist gewissermaßen ein Spiegelbild der Gesamtentwicklung. Fortschritte sind nicht zu erkennen, zum Teil sogar ein deutlicher Rückgang, der auf das Fehlen der Handelsbeziehungen mit Rußland zurückzuführen ist. Zunächst dienten nach dem Kriege die Häfen noch der Einfuhr nach Rußland, die zum Teil auf Hilfsaktionen zurückzuführen war, und nachdem dann Rußland sich wirtschaftlich wieder auf eigene Füße gestellt hat, hat es die Handelsbeziehungen mit den Randstaaten und namentlich den Transitverkehr über deren Häfen stark eingeschränkt. Daher kommt es, daß der Seeverkehr der lettländischen Häfen heute knapp ein Drittel von dem der Vorkriegszeit ausmacht, der von Reval ebenfalls noch um etwa 30% kleiner ist als vor dem Kriege, obgleich Reval auch vor dem Kriege als Handelshafen nur eine bescheidene Bedeutung hatte, weil es mehr Kriegshafen war.

Verantwortlich für die geringe wirtschaftliche Bedeutung der drei Randstaaten ist außer der Aufhebung der engen Beziehungen zu Rußland auch die Tatsache, daß alle drei Länder eine durchaus bolschewistische Agrarreform durchgeführt haben, bei der die alten Großgrundbesitzer, welche die kaufkräftigste und leistungsfähigste Schicht des Landes bildeten, enteignet sind, und zwar, ohne daß durch diese Enteignung ein wirtschaftlicher Fortschritt herbeigeführt worden ist. Die Ackerflächen, die von den alten Besitzern einigermaßen rationell bewirtschaftet wurden, sind heute überhaupt nicht voll ausgenutzt, und die neue Kleinbauerschicht beginnt erst ganz allmählich sich durch Viehzucht etwas heraufzuarbeiten. Das Ergebnis ist in der Hauptsache, daß alle drei Randstaaten, die früher Getreide ausführen konnten, heute kaum genügend Brotgetreide für den eigenen Bedarf haben. Lettland muß sogar in



erheblichem Umfange Getreide einführen. Sogar Litauen, das rein Agrarstaat ist und noch nicht einmal eine einzige Großstadt besitzt, kann sich heute knapp selbst mit Getreide versorgen. Die ganze litauische Getreideausfuhr betrug 1925 nur 5600 t, was für ein Agrarland doch sehr bedenklich erscheint.

Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage der drei Randstaaten darf man auch nicht übersehen, daß die Entwicklung eng begrenzt ist durch die geringe Bevölkerungszahl. Litauen als das größte von den drei Ländern hat bei einer Fläche von 53 200 qkm eine Bevölkerung von 2 230 000 Personen, Lettland hat 65 000 qkm Fläche und eine Bevölkerung von 1 844 000 Personen und Estland hat bei 47 500 qkm Fläche 1 120 000 Einwohner. Berücksichtigt man diese geringe Bevölkerungszahl und dazu noch die schwache Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung, so ergibt sich ohne weiteres, daß der Außenhandel wenig entwicklungsfähig und die Industrie kaum lebensfähig ist.

Die Entwicklung des Außenhandels der drei Länder zeigt im Gesamtüberblick die folgende Tabelle:

Land	Einfuhr (in Millionen Goldmark)		Ausfuhr	
	1925	1926	1925	1926
Litauen	106,1	101,1	101,9	106,4
Lettland	224,9	208,1	143,7	150,7
Estland	108,1	107,0	108,2	107,9

Hiernach ist in allen drei Ländern die Einfuhr im Jahre 1926 etwas zurückgegangen, die Ausfuhr mit Ausnahme von Estland etwas gestiegen. Die Ausfuhrsteigerung ist aber so unbedeutend, daß sie praktisch nicht ins Gewicht fällt. Im Verhältnis zur Bevölkerung hat Estland die bei weitem größte Ausfuhr aufzuweisen, und es hat auch die günstigste Handelsbilanz. Dies erklärt sich daraus, daß Estland mehrere beachtenswerte Industriezweige aufweist, die die anderen Länder nicht haben und die trotz bescheidenen Umfangs leistungsfähig sind und daher auch im Ausland leicht Absatz gefunden haben. In erster Linie ist dabei zu nennen die Papierindustrie, der es ja wohl nirgends an Absatz fehlt, dann auch in Gestalt einiger großer Fabriken die Textilindustrie, die laufend nach Rußland liefert. Litauen hat Industrien, die für die Ausfuhr in Betracht kommen, fast gar nicht. Der einzige größere Industriebetrieb im litauischen Zollgebiet ist die Memeler Zellulosefabrik, die auch einen sehr wichtigen Aktivposten für die litauische Handelsbilanz liefert. In Lettland war die sehr bedeutende Industrie, von der in Riga namentlich die Gummiindustrie zu erwähnen ist, durch den Krieg fast völlig zerstört worden, da die Russen die Maschinen weggeschafft hatten. Der Wiederaufbau ist infolge des Kapital- und Absatzmangels nur langsam vor sich gegangen, und der neuen Industrie fehlt hauptsächlich der Absatz nach Rußland, mit dem ein leicht gespanntes Verhältnis bis vor kurzem bestanden hat. Erst im Sommer 1927 hat Lettland durch einen Handelsvertrag mit Rußland wesentlich bessere Aussichten für seine Industrie erlangt, die sich wahrscheinlich in der Handelsbilanz von 1927 schon bemerkbar machen werden.

Einen Weg zur Gesundung für die Randstaaten bietet die in diesem Jahre endgültig abgeschlossene Zollunion zwischen Lettland und Estland, deren Durchführung allerdings noch einige Zeit auf sich warten läßt. Da sich beide Länder in mancher Hinsicht vorteilhaft ergänzen, bedeutet die Zollunion einen erheblichen Fortschritt, namentlich für verschiedene Industriezweige. Auch Litauen hat sich mit der Frage einer Zollunion mit den anderen beiden Randstaaten beschäftigt, doch sind irgendwelche praktische Schritte in dieser Hinsicht noch nicht getan.

ANTEIL DER SEEFRACHT

AN DEN CIF- BZW. GROSSHANDELSPREISEN DER WICHTIGSTEN DEUTSCHEN EINFUHRWAREN

Errechnet nach den Durchschnittswerten bzw. Frachten von Mai 1927

Ware Herkunft Sortenbezeichnung Handelsbedingungen	Verschiffungshafen	Großhandelspreis in Hamburg*) (bei Getreide und Palmkernen Cif-Preis) in RM.		Seefracht bis Hamburg		Anteil der Seefracht an den Cif- bzw. Großhandelspreisen in %
		per handelsübliche Einheit	per 1000 kg	in Landeswährung in üblicher Einheit	in RM. per 1000 kg	
Getreide:						
Argentinien (Rosafé)	oberer La Plata	25,35 per 100 kg	253,61	28/8 per 1016 kg	28,89	11,34
Nordamerika (Hartwinter II)	U.S.A. Atl.hafen	25,50 „ 100 „	254,95	15,71 cts. per 100 lbs.	14,60	5,73
Kanada (Manitoba I)	Montreal	28,70 „ 100 „	287,15	18,04 „ „ 100 „	16,77	5,84
Baumwolle:						
Nordamerika (amer. univers.), loco frei Waggon (Bremer Notierung)	Galveston	1,61 per 1 kg	1610,—	45 cts. per 100 lbs.	41,66	2,59
Petroleum:						
Nordamerika (Leuchtpetroleum) lose, frei Bahnhof	Golfhafen	20,— per 100 kg	200,—	47/$^3/_4$ per 1016 kg	47,42	23,71
Gefrierfleisch:						
Argentinien (Rinder-Vorderviertel)	Buenos Aires	40,— per 50 kg	800,—	9/16 pence per lb.	94,34	11,79
Kaffee:						
Brasilien (Roh-Santos sup.) unverzollt, ab Freihafenlager	Santos	77,63 per 100 kg	776,—	70/— per 1000 kg	71,68	9,24
Reis:						
Indien (Burma, ungesch.)	Burma	13,50 per 50 kg	270,—	27/9$^1/_4$ per 1015 kg	28,01	10,37
Palmkerne:						
Indien	Madras-Küste	404,— per 1016 kg	398,—	28/9 per 1015 kg	28,97	7,28
Steinkohlen:						
England (Stückkohle) frei ab Bord	Tyne	25,50 per 1000 kg	25,50	3/11$^3/_4$ per 1016 kg	4,01	15,73

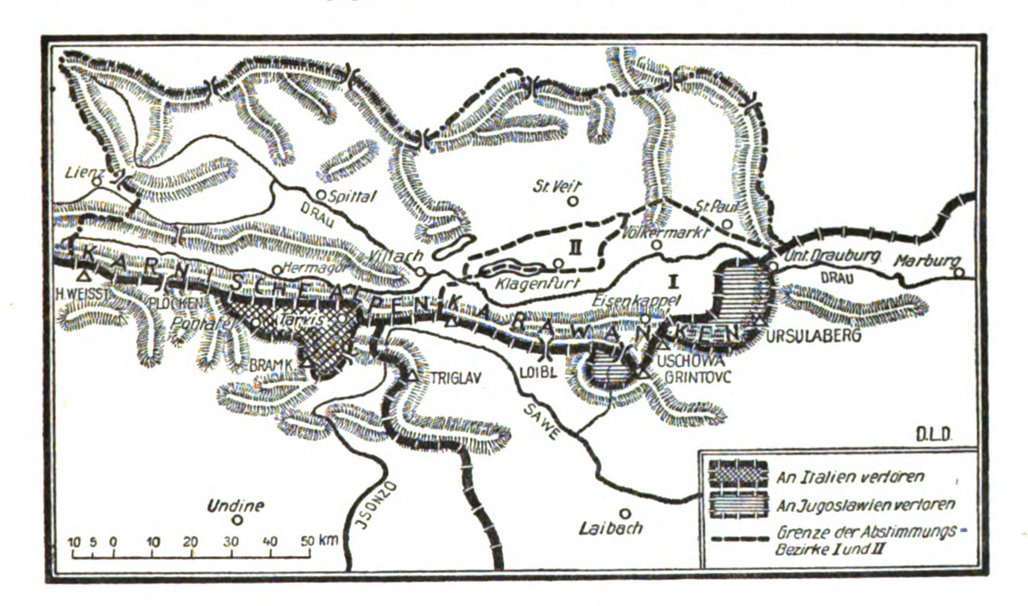
Großhandelsindex Mai 1927 = 137,1 (Wirtschaft und Statistik, Berlin).
Seefrachtenindex Mai 1927 = 129,61 (The Economist, London).

*) *Den Großhandelspreisen liegen die Hamburger Monatsdurchschnitts-Notierungen des Statistischen Reichsamts („Wirtschaft und Statistik", Berlin) zugrunde, außer bei Baumwolle (Bremer Notierung), Petroleum und Gefrierfleisch. Bei den beiden letztgenannten Gütern wurde von den Berliner Notierungen ein entsprechender Abzug für Binnenfracht und Zwischengewinn gemacht, bei Petroleum außerdem noch ein Abzug für Zoll.*

MARTIN WUTTE:

KÄRNTENS SÜDGRENZE

Kärntens geopolitische Lage ist hauptsächlich durch drei Tatsachen bestimmt: Im Westen und Norden durch Pässe mehrfach mit dem deutschen Norden verbunden, ist es politisch seit dem frühen Mittelalter deutsches Grenzland gegen Italien, seit 1919 auch gegen Südslawien. Ferner berühren sich an seinem Süd-



rande die drei Hauptvölkergruppen Europas: Germanen, Slawen und Romanen, indem im altkärntnerischen Kanaltal Deutsche, Slowenen und Italiener zusammenstoßen. Endlich ist es Durchgangsland für den Verkehr von der Adria und der Friaulischen Tiefebene nach Süddeutschland und Wien.

Infolge dieser geopolitischen Lage spielt das Land trotz seiner Kleinheit eine wichtige Rolle im südlichen Mitteleuropa. Daher ist denn auch seine Südgrenze von besonderer Bedeutung.

Sie ist in der Karnischen Hauptkette und in den Karawanken von Natur aus gegeben. Dort, wo an der Gailitz eine Lücke zwischen den Karnischen Alpen und den Karawanken klafft, schiebt sich südlich vom Kanaltal (zwischen Pontafel und Tarvis) die mächtige Bramkofelgruppe (Montaschgruppe), der nördlichste Zug der

Julischen Alpen, vor. In einer Länge von rund 200 km und mit einer mittleren Höhe von fast 2000 m ziehen sich diese Grenzgebirge vom Hochweißstein (Monte Peralba 2694 m) an der Südwestecke Kärntens bis zum Ursulaberg (1696 m) im Südosten hin, bis zu 1700 m über die Talsohle aufsteigend, oft mauerartig gegen Norden zu abfallend und nur an wenigen Stellen durch Pässe unterbrochen. Nach Paschinger[1]) beträgt die Höhe des Abfalles von der bis 1919 geltenden Grenzlinie bis zu einer Grenzferne von 5 km nach innen zu durchschnittlich 700 m, nach außen zu 785 m. Selbst die Pässe führen bis zu einer Meereshöhe von 1360 m (Plöcken), 1366 m (Loibl) und 1218 m (Seeberg) empor. Ein einziger Paß, die Talwasserscheide von Saifnitz im Kanaltale, bleibt mit einer Meereshöhe von 810 m unter der Waldregion. Doch führt der Südausgang des Kanaltales durch das 10 km lange Durchbruchstal der Fella, das hier neben der Bramkofelgruppe infolge seiner Enge und der Armut an Siedlungen als Kärntens Naturgrenze zu betrachten ist, zumal das Kanaltal schon wegen seiner geringen Entfernung von den wirtschaftlichen Mittelpunkten Kärntens, Villach und Klagenfurt, und wegen der leichten Verbindung mit dem Norden ganz zum übrigen Kärnten neigt. Ein zweiter Ausgang des Kanaltales nach Süden, der Predil, erreicht wieder eine Meereshöhe von 1160 m.

Im äußersten Osten erheben sich die Ausläufer der Karawanken noch immer bis zu einer Meereshöhe von 1700 m und darüber. Sie bilden schon dadurch eine gute Trennungszone zwischen dem altkärntischen Mießtal und den südsteirischen Tälern der Sann und der Mießling.

Zur Höhe der Grenzgebirge gesellt sich ihre stattliche Breite. Der Karnischen Hauptkette und der Montaschgruppe sind im Süden ausgedehnte Gebirgsmassen vorgelagert und die Karawanken teilen sich östlich vom Mittagskogel in der Richtung von Osten nach Westen in zwei Züge, den mehrfach durchbrochenen Nordzug und die geschlossene südliche Hauptkette. Überdies schließen sich den Karawanken im Osten die Steiner Alpen an, die die Karawanken an Höhe und Wildheit noch übertreffen.

So bilden die Karnisch-Julischen Alpen und die Karawanken durch ihre Höhe und Breite einen mächtigen Grenzwall, der bis zum heutigen Tag trotz Eisenbahnen und Autostraßen eine stark trennende Wirkung ausübt. Dazu kommt, daß der Grenzwall zum größten Teil mit Wald, Alm und Ödland bedeckt ist[2]). 43% der südlichen Grenzlinie Kärntens laufen über Wald, 20% über Almen und 35% über Fels. Nur 1% geht über Kulturland, der Rest ist Flußgrenze (Draugrenze bei Unterdrauburg)[1]). Dadurch wird der Grenzwall zu einer breiten Grenzwildnis und die trennende Kraft der Grenzgebirge noch verstärkt.

Endlich sind Grenzwall und Grenzwildnis naturgemäß entweder gar nicht oder nur sehr spärlich besiedelt. Sie werden dadurch zur Grenzeinöde, die nur an Paßfurchen etwas eingeschränkt wird[3]).



Grenzwall, Grenzwildnis und Grenzeinöde bilden die natürliche südliche Grenzzone Kärntens [1]). Innerhalb dieser Zone war die Grenzlinie durch die Wasserscheide von selbst gegeben. Nur an zwei Stellen wich die alte Landesgrenze von der Wasserscheide ab, im Kanaltal, wo sie über den Beginn des Felladurchbruches bei Pontafel, und südlich vom Seeberg, wo sie über den Beginn des Kankerdurchbruches verlief. Doch hat Österreich auf die südlich vom Seeberg gelegene Gemeinde Seeland 1919 mit Rücksicht auf ihre geographische Lage und ihre völkischen und wirtschaftlichen Verhältnisse freiwillig zugunsten Südslawiens verzichtet. Infolge des Zusammentreffens mit der Wasserscheide verlief die alte Landesgrenze Kärntens im Süden in großer Höhe. Nach Paschinger beträgt ihre mittlere Höhe 1704 m. Nimmt man den Seeberg anstatt des nur 664 m hohen Endes des Kankerdurchbruches als Grenze, wie Österreich es verlangte, so erhöht sich diese Ziffer noch beträchtlich.

Die natürlichen Schranken der südlichen Grenzzone Kärntens mußten auch politisch zur Geltung kommen. Drängen sie sich doch durch ihre Höhe und durch die Steilheit des Abfalles geradezu als Grenze auf! Sie haben daher schon seit den ältesten Zeiten staatlichen Lebens die Rolle von politischen Grenzen gespielt, bildeten in der Römerzeit die Südgrenze der Provinz Norikum, späterhin die der Karolingischen Ostmark und seit 976 fast ununterbrochen die des Herzogtums Kärnten. Die römischen Zollstätten zwischen Norikum und Italien lagen an der Plöckenstraße und im Kanaltale bei Pontafel, dort, wo 1328 nach einem Berichte Konrads von Aufenstein, des Landeshauptmanns von Kärnten, an den Patriarchen von Aquileja die Grenzsäulen standen, die das Gebiet des Herzogs von Kärnten von dem des Patriarchen von Aquileja schieden und wo Kärntens Grenze bis 1919 lief. Wohl traten zeitweise Verschiebungen ein, aber sie alle waren von kurzer Dauer. Immer wieder setzten sich die Naturgrenzen Kärntens als politische Grenzen durch [4]).

Kärntens südlicher Grenzwall war auch sein natürlicher Schutz gegen feindliche Einfälle. Im Kriege Kaiser Maximilians I. mit Venedig wurden die gegen Kärnten anrückenden Venezianer an den Karnisch-Julischen Alpen abgewehrt (1508). Maximilian stellte damals der Kärntner Landschaft das Zeugnis aus, „daß sie sich in der Gegenwehr des Krieges getreulich und ritterlich gewehrt und so wohl gehalten habe, daß sie zusamt ihrer Selbsterhaltung und Errettung vor der Feinde tyrannischer Servitut von dem heiligen Reiche billig in Ewigkeit Dank, Ehr und Lob empfangen soll“. Die Heere Napoleons wurden 1797 bei Tarvis, 1809 durch die Festungen bei Malborghet und am Predil, Österreichs heldenmütig verteidigten „Thermopylen“, so lange aufgehalten, bis die Österreicher einen genügenden Vorsprung hatten. Umgekehrt leisteten die Franzosen 1813 nach der siegreichen Befreiung Oberkärntens durch General Hiller bei Tarvis den letzten Widerstand. Und im Weltkrieg bewährten sich die Karnisch-Julischen

Alpen neuerdings als natürliche Schutzwehr gegen den treulosen Bundesgenossen. Sie waren, als Italien im Mai 1915 an Österreich den Krieg erklärte, nahezu unbesetzt. Der österreichische Generalstab trug sich, da es ihm an den nötigen Truppen fehlte, mit dem Gedanken, die Landesgrenze preiszugeben und dem Gegner erst bei Villach die Spitze zu bieten. Da waren es die eben erst aufgestellten Kärnter Freiwilligen Schützen, junge Burschen und ergraute Männer, die an die Grenzen eilten, sie neben wenigen Landsturmbataillonen mit ihrem Leibe deckten und Kärnten, gestützt auf dessen natürlichen Schutzwall, vor unsagbarem Unglück bewahrten. Und auch die Karawanken waren für Kärnten wiederholt eine kräftige Schutzmauer, wenn auch nicht in dem Maße wie die Karnisch-Julischen Alpen, da sie vor 1919 nicht Staatsgrenze waren. So wurde Kärnten, nachdem die Türken zwischen 1473 und 1490 mehrmals überraschend eingebrochen waren, schließlich durch Verrammlung und Befestigung der Karawankenpässe gegen weitere Türkeneinfälle geschützt; im Befreiungskriege von 1813 konnte der Loibl durch ein einziges österreichisches Jägerbataillon gegen eine fünffache Übermacht gehalten werden.

Die trennende Kraft der südlichen Grenzzone Kärntens wirkt sich auch wirtschaftlich aus. Die nur mit Schwierigkeiten zu überwindenden Schranken zwischen Nord und Süd hatten zur Folge, daß sich sowohl nördlich als auch südlich voneinander unabhängige Wirtschaftsgebiete entwickelten, die zu natürlichen Lebensräumen wurden. Von diesen ist der nördliche, Kärnten, besonders klar ausgeprägt.

Kärnten stellt nämlich eine geographische Einheit dar, wie man sie in Europa kaum ein zweites Mal findet[5]). Seine Grenzen sind nicht nur im Süden, sondern auch im Westen, Norden und Osten von Natur aus klar bestimmt. Denn wie im Süden, so ist auch im Westen, Norden und Osten die Grenzzone Kärntens durch Grenzwall, Grenzwildnis und Grenzeinöde gegeben. So legt sich um das Kerngebiet, das Klagenfurter Becken und die Täler der Lavant, Mieß, Gail, oberen Drau, Lieser, Möll und Gurk ein breiter, fast durchwegs geschlossener Grenzgürtel herum. Dieser nach innen zu etwa 15 km breite Grenzgürtel ist ohne den mindestens ebenso breiten Grenzgürtel nach außen doppelt so groß wie das Kernland[1]). Dazu besitzt Kärnten im Flußsystem der Drau auch ein einheitliches Fluß- und Talnetz und infolgedessen auch ein einheitliches Verkehrsnetz, dessen Adern dem zentral gelegenen Klagenfurter Becken und dessen natürlichem Mittelpunkt, der Landeshauptstadt Klagenfurt, zuströmen, ohne irgendwelchen größeren Schwierigkeiten zu begegnen. Dazu kommt, daß die wirtschaftlichen Hauptzentren Kärntens im Vergleich zu den benachbarten Wirtschaftszentren außerhalb Kärntens so günstig gelegen sind, daß sie von jedem Punkte Kärntens aus rascher oder mindestens ebenso rasch erreichbar sind als irgendeines der genannten Zentren[6]). So kommt man z. B. vom äußersten Ostpunkte des früheren Kärnten, Unterdrau-



burg, ebenso rasch nach Klagenfurt wie nach Marburg, von den südlichsten Märkten Kärntens, Ferlach und Eisenkappel, viel schneller nach Klagenfurt als nach Laibach, vom entferntesten Punkte des Kanaltales, Pontafel, rascher nach Villach als nach Udine. Die alte Landesgrenze ist daher auch die von Natur aus gegebene Verkehrs- und Wirtschaftsgrenze Kärntens, die auch das Kanaltal sowie das Mießtal und den Markt Unterdrauburg umschließt.

Die scharfe Abgrenzung Kärntens nach außen und die Schwierigkeiten, die der Verkehr mit den Nachbarländern zu überwinden hat, die verkehrsgeographische Einheitlichkeit des Landes und die Leichtigkeit des Verkehrs innerhalb der natürlichen Grenzzone haben nicht nur starke wirtschaftliche Bindungen zur Folge gehabt, sondern auch innige geistige Zusammenhänge zwischen allen Teilen des Landes geschaffen. Daraus erklärt sich die Entwicklung der kulturellen, nationalen und sprachlichen Verhältnisse des Landes. Die über die nördlichen und westlichen Grenzpässe seit dem frühen Mittelalter hereinflutende, von zahllosen Einwanderern getragene deutsche Kulturwelle ergoß sich über das ganze Land bis hinunter ins Kanaltal und ins Mießtal und zog die kulturell tiefer stehenden slawischen Schichten der Bevölkerung so stark in ihren Bannkreis, daß sie zum größeren Teil ihre Sprache und Nationalität aufgaben, ein Vorgang, der bis in die neueste Zeit andauerte. Ganz Kärnten wurde ein deutsches Kulturland und damit auch eine Kultureinheit [7]). Denn auch der Rest der slowenisch sprechenden Bevölkerung hat die deutsche Kultur, deutsche Sitten und Gebräuche, deutsche Lebensgewohnheiten und Wirtschaftsformen angenommen, wenn er auch slowenisches Nationalbewußtsein hat. Bei der letzten Zählung von 1923 haben sich im Gebiete des heutigen Kärnten 38000 Bewohner, das sind 10% der Gesamtbevölkerung, als zugehörig zur slowenischen Sprache bekannt. Kärntens Südgrenze wurde so auch zu einer Kulturgrenze. Wohl schlug die deutsche Kulturwelle zeitweise über die Karnisch-Julischen Alpen hinüber nach Friaul und über die Karawanken nach Krain, wohl schien Friaul im 14. Jahrhundert ein deutsches Land werden zu wollen und ist Krain auf Grund der durch die Jahrhunderte der Vergangenheit von den Deutschen daselbst geleisteten Kulturarbeit im Sinne Pencks als deutscher Kulturboden zu betrachten, aber der deutsche Kultureinfluß war südlich der Kärntner Grenzgebirge mit Ausnahme des Gottscheerlandes doch nur vorübergehend und nicht so nachhaltig wie in Kärnten. In Friaul war das Schicksal der deutschen Kultur bereits am Ende des Mittelalters besiegelt und in Krain trat der Rückschlag im 19. Jahrhundert ein.

Die alte Landesgrenze Kärntens war somit in Natur und Geschichte, Wirtschaft und Kultur tief begründet. Trotzdem hat sich der Pariser Friedenskongreß nicht überall an sie gehalten, sondern die neuen Staatsgrenzen Italiens und Jugoslawiens an zwei Stellen über sie hinaus nach Norden geschoben, indem er das Kanaltal mit 5600 Deutschen und 1500 Slowenen Italien, das Mießtal und

den Markt Unterdrauburg mit zusammen 3000 Deutschen und 12000, der Mehrheit nach deutschfreundlichen Slowenen ohne Volksabstimmung Jugoslawien zusprach. Dadurch wurden zwei urkärntnerische Landschaften gegen die Forderungen der Natur und der Wirtschaft von ihrem Mutterlande losgerissen und das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung, die sich in beiden Gebieten bei einer Volksabstimmung ohne Zweifel für das Verbleiben bei Kärnten ausgesprochen hätte, verletzt.

Italien hat bekanntlich vor seinem Eintritt in den Krieg überall die Wasserscheide als politische Grenze verlangt. Nach dem Vertrage, den es am 26. April 1915 in London mit England, Frankreich und Rußland abschloß, sollten die Grenzen gegen Kärnten „bis zu den Bergen von Tarvis, dann auf der Wasserscheide der Julischen Alpen, über die Höhe Predil, den Berg Mangart, den Triglav" usw. gehen. Auch der Waffenstillstandsvertrag zwischen Italien und Österreich vom 3. November 1918 zog die Grenze nach den Karnischen Alpen, über den Tarviser Berg, die Wasserscheide der Julischen Alpen, den Predilpaß, Mangart, Triglav usw. Es ist kein Zweifel, daß unter dem Tarviser Berg die Saifnitzer Wasserscheide gemeint ist. Sonst hätten statt der Julischen Alpen und des Predils die Karawanken genannt werden müssen. Die neue Grenze sollte also westlich und südlich von Tarvis verlaufen. Dennoch wurde sie im Friedensdiktat von St. Germain trotz aller Proteste der Bevölkerung, die nicht einen einzigen bodenständigen Italiener unter sich zählte, und entgegen den Forderungen der österreichischen Regierung nach einer Volksabstimmung nördlich von Tarvis über die Lücke zwischen der Karnischen Hauptkette und den Karawanken gezogen. Wie bei Toblach, so griffen die Italiener auch hier über die von ihnen früher so nachdrücklich als Grenze geforderte Wasserscheide hinaus. Als willkommene Frucht fielen Italien dadurch auch die Blei- und Zinkerze von Raibl in den Schoß.

Mit der Erwerbung des Kanaltales nicht zufrieden, wollte Italien auch noch das von ihm bereits 1919 besetzte Törl behalten, obwohl der Friedensvertrag ausdrücklich sagt, daß die neue Grenze fortan südlich von der Ortschaft und dem Bahnhof Törl zu laufen hat. Erst nach langwierigen Verhandlungen gaben sie Ende 1924 den widerrechtlich besetzten Ort heraus.

Nicht genug an dem machen sich in Italien auch Bestrebungen bemerkbar, die Grenze noch weiter nach Norden zu verschieben. Wiederholt ist dort schon der Gedanke erörtert worden, Österreich aufzuteilen und bei dieser Gelegenheit neue Besitzerwerbungen auf Kärntner Boden zu machen.

Der Grund dieses Dranges von Italien nach Norden ist in der strategischen und verkehrsgeographischen Bedeutung des Kanaltales und des „schrägen Durchganges" durch die Ostalpen zu suchen, jener großen, mitteleuropäischen Verkehrslinie, die von der Friauler Ebene längs der Fella ins Kanaltal und von da über Tarvis, Villach, Friesach, Bruck und den Semmering nach Wien führt.



Diese Straße war zu allen Zeiten wirtschaftlich und militärisch von großer Wichtigkeit. Auf ihr vollzieht sich seit der Römerzeit der Handel zwischen Oberitalien und dem Wiener Becken. Sie ist die Druck- und Stoßlinie, auf der der Angriff bald von Norden, bald von Süden, je nach der Verteilung der Macht, erfolgt. Auf ihr marschierten nicht bloß die Heere Napoleons, sondern schon die römischen Legionen gegen die Donau zu und zogen deutsche Könige und Kaiser, wie Konrad III., Heinrich IV., Friedrich I., Friedrich II. und Friedrich III. nach Italien. Auf ihr wollte Italien 1866 den Stoß ins Herz der Habsburgischen Monarchie führen. Die Schlacht von Kustozza brachte diese Pläne zum Scheitern. Auf dieser Straße liegt Villach, der wichtigste Eisenbahnknotenpunkt der Ostalpen, in dem sich der schräge Durchgang mit den Bahnlinien München—Salzburg—Rosenbach—Görz—Triest und Franzensfeste—Klagenfurt—Marburg schneidet. Von ihr zweigt bei Bruck eine andere ab, die über Graz nach Ungarn führt, das seit Ludwig Kossuth innige Sympathien gegenüber Italien hegt und für dieses heute oder morgen Bundesgenosse in einem Krieg gegen Jugoslawien sein kann. Dieser Weg, heute durch eine größtenteils zweigleisige Eisenbahnlinie gekennzeichnet, ist unabhängig von Jugoslawien und daher für Italien im Frieden wie im Kriege doppelt wertvoll.

Den Schlüssel zu diesem für Italien so wichtigen schrägen Durchgang bildet das Kärntner Kanaltal mit dem Straßenknotenpunkt Tarvis, von dem vier Straßen ausgehen; eine durch die Pforte von Törl nach Norden, eine zweite über die Saifnitzer Wasserscheide nach Oberitalien, die dritte über den Predil nach Görz und Triest, eine vierte über die Ratschacher Höhe und längs der Save nach Laibach.

Die große Bedeutung des Kanaltales hat schon Kaiser Heinrich II. erkannt. Darum hat er, der schon 1004 in Tirol erfahren hatte, was Gebirgspässe in der Hand des Feindes bedeuten, das ganze Gebiet von Villach bis Pontafel, welches die Übergänge über Drau und Gail und das ganze Kanaltal in sich schließt, in die sichere Hand seiner Lieblingsstiftung Bamberg gegeben. Aber auch Napoleon wußte nach den unliebsamen Erfahrungen von 1797 und 1809 die Bedeutung des Kanaltales wohl zu schätzen. Er ließ sich 1809 im Schönbrunner Frieden ganz Oberkärnten mit Villach abtreten, wodurch er ein gutes Stück des schrägen Durchganges mit Villach in seine Gewalt bekam, und schlug dann das Kanaltal zum Königreich Italien, um es desto sicherer in der Hand zu haben, während er das übrige Oberkärnten mit den von Laibach aus verwalteten Illyrischen Provinzen vereinte.

Die Übergabe des Kanaltales an Italien bedeutet für Kärnten einen unvergeßlichen Verlust und eine arge Gefährdung seiner Sicherheit. Frei und ungeschützt liegt jetzt Kärnten, das sich nun nicht mehr wie im Weltkrieg auf seinen natürlichen Schutzwall südlich vom Kanaltale stützen kann, vor Italien da.

Die neue Grenzlinie ist in der Natur viel weniger begründet als die alte. Die Pforte bei Törl bietet nicht im entferntesten die Verkehrsschwierigkeiten wie der Felladurchbruch südlich von Pontafel und die östlichen Ausläufer der Karnischen Hauptkette, auf welchen die Grenze jetzt verläuft, sind lange nicht so hoch wie die Bramkoflgruppe und keine Völkerscheide wie diese.

Liegen dem Drucke Italiens nach Norden strategische und handelspolitische Ziele zugrunde, so werden die Bestrebungen Jugoslawiens, sich über die Karawanken hinaus auszudehnen, durch nationale Triebfedern veranlaßt. Im Gegensatze zu Italien konnte Jugoslawien nach dem Zusammenbruche seine Forderungen gegenüber Kärnten zwar mit dem Hinweise auf eine größere Zahl von Volksgenossen begründen, die wenigstens in einem Teile des von ihm verlangten Gebietes wohnen. Aber dieser Hinweis war nicht stichhaltig. Denn das beanspruchte Gebiet ist überwiegend deutsch, im Norden sogar reindeutsch, im Süden gemischt, und die Mehrheit der slowenischen Bevölkerung lehnte die Angliederung an Jugoslawien ebenso entschieden ab wie die deutsche.

Jugoslawiens Forderungen gingen viel weiter als die Italiens und hätten, wenn sie in Erfüllung gegangen wären, das so einheitliche Kärnten vollständig zerrissen. Die von ihm verlangte Grenze läuft über Hermagor, Villach, zwischen Ossiacher- und Wörthersee, etwa 10 km nördlich von Klagenfurt und über St. Paul im Lavanttal. Sie durchschneidet ein dichtbesiedeltes, geographisch und wirtschaftlich vollkommen einheitliches Gebiet, kann also mit der Karawankengrenze nicht verglichen werden.

Den Forderungen der Jugoslawen gegenüber beharrte Kärnten auf der Karawankengrenze, gestand jedoch von allem Anfang an zu, daß der Bevölkerung des umstrittenen Gebietes allenfalls das Recht eingeräumt werde, durch eine Volksabstimmung über ihre zukünftige Staatszugehörigkeit selbst zu entscheiden. Als dann im November 1918 jugoslawische Abteilungen in Kärnten eindrangen, zeigte es sich in der Tat, daß die geographische und wirtschaftliche Einheit des Landes, die tausendjährige gemeinsame Geschichte, die vielfache Blutmischung und die Durchtränkung des ganzen Landes durch die deutsche Kultur in der Bevölkerung ein so starkes Gefühl unteilbarer Zusammengehörigkeit hatte erstehen lassen, daß nicht bloß die deutsche, sondern auch ein Großteil der slowenisch sprechenden Bevölkerung zu den Waffen griff und in mehrfachen Stößen bis Anfang Mai 1919 die unliebsamen Eindringlinge mit Waffengewalt aus dem Lande jagte[8]). Im Verlauf dieser Kämpfe kam im Jänner 1919 eine amerikanische Kommission nach Kärnten, um einen Waffenstillstand zwischen den beiden Gegnern herbeizuführen. Glücklicherweise befand sich auch ein Geograph dabei, Lawrence Martin, Professor der Wisconsin-Universität in Madison. Die Kommission lernte in mehrtägigen Forschungsfahrten durch das umstrittene Gebiet auf Grund eigener Anschauungen die geographische und wirtschaftliche Einheit



des Landes, die Wünsche der Bevölkerung und die Vortrefflichkeit seiner Südgrenze kennen. Sie arbeitete ein Gutachten aus, das der amerikanischen Friedensdelegation in Paris bei den Friedensverhandlungen als Grundlage diente. Auf Grund dieses Gutachtens traten die amerikanischen Vertreter in der Gebietskommission der Friedenskonferenz entschieden für die Aufrechterhaltung der Karawankengrenze ein. Auch die Vertreter Italiens schlugen vor, die Grenze vom Ursulaberg westwärts nach den Karawanken zu ziehen. Die Vertreter Englands empfahlen eine Grenze, die vom Hühnerkogl (nordwestlich von Unterdrauburg) nach Südwesten gegen den Grintouc (Steiner Alpen) zu und weiter nach den Karawanken verläuft. Doch war die britische Delegation geneigt, auch eine mehr südliche Grenze in Erwägung zu ziehen. Nur der französische Vertreter wollte Klagenfurt den Südslawen zuteilen.

Durch die blutigen Abwehrkämpfe von Dezember 1918 bis Mai 1919 errang sich Kärnten die Volksabstimmung, die in zwei Zonen, einer südlichen, der Mehrheit nach slowenischen Zone I, und dann allenfalls in einer nördlichen, überwiegend deutschen Zone II durchgeführt werden sollte. Obwohl die südliche Zone unter jugoslawischer Verwaltung stand, entfielen bei der Volksabstimmung vom 10. Oktober 1920 doch 22000 Stimmen (59%) auf Österreich und nur 15000 auf Jugoslawien. Dieses Ergebnis ist um so bedeutsamer, als sich bei der Volkszählung von 1910 in der südlichen Abstimmungszone 50000 Bewohner zur slowenischen Umgangssprache bekannt haben und nur 23000 zur deutschen.

So erhielt der westliche und der mittlere Teil der Karawankengrenze durch eine klare und unzweideutige Willensäußerung der Bevölkerung eine besondere Weihe. Im Osten dagegen wurde die neue Staatsgrenze von den Siegermächten willkürlich über die Karawanken hinaus nach Norden gerückt, indem das Friedensdiktat von St. Germain als Grenze eine Linie festsetzte, die von der Uschowa, einem Berge der Ostkarawanken, eine Strecke lang auf der Wasserscheide des Mießtales, dann zur Drau und von hier zur alten Landesgrenze gegen Steiermark zu läuft. Die neue Grenze ist im Gegensatz zur alten auch hier wenig begründet, denn das Mießtal ist vom Klagenfurter Becken nur durch eine niedrige, zum Teil gutbesiedelte Wasserscheide getrennt, deren niedrigster Punkt sich nur 50 m über die beiderseitigen Talsohlen erhebt.

Wie die Italiener durch die Erwerbung des Kanaltales die Bleierze von Raibl und den strategisch wertvollen Straßenknotenpunkt Tarvis in ihre Hand bekamen, so erhielten die Jugoslawen mit dem Mießtale die ungemein reichen Bleilager von Schwarzenbach und den wichtigen Straßenknotenpunkt Unterdrauburg, in dem sich die Bahnlinien Klagenfurt—Marburg und Zeltweg-Cilli kreuzen. Da die Jugoslawen überdies den Seebergpaß und die Höhen des Mießtales beherrschen, so steht auch ihnen der Eingang in das Kerngebiet Kärntens offen. Auch hier hat Kärnten durch den Verlust seiner Naturgrenze seinen natürlichen Schutzwall eingebüßt.

Auch die slowenischen Ausdehnungsgelüste nach Norden sind noch nicht zum Stillstand gekommen. Wie der jugoslawische Ministerpräsident am 18. Mai 1921 in der Skupschtina erklärte, hat die jugoslawische Regierung am 26. März d. J., wenn auch vergeblich, an die Botschafterkonferenz das Ansuchen gestellt, die Drau als Grenze zwischen Jugoslawien und Österreich festzulegen, da das ganze Gebiet südlich der Drau national, geographisch und wirtschaftlich mit dem südslawischen Staate ein Ganzes bilde. Diesmal konnten den Südslawen die Äußerungen des bekannten Südslawenfreundes Govain entgegengehalten werden, der im Journal de Debats vom 19. März 1919 erklärte, daß die Drau die wirtschaftliche Achse ihres Beckens sei und eine Grenze entlang der Drau den politischen und wirtschaftlichen Interessen widersprechen würde.

Auch heute noch ist man in gewissen Kreisen Laibachs ernstlich gewillt, die Kärntner Frage neuerdings aufzurollen, wenn Österreich sich an Deutschland anschließen sollte. Slowenische Blätter und Politiker aller Parteirichtungen haben wiederholt für den Fall des Anschlusses Österreichs an Deutschand eine Korrektur der Karawankengrenze zugunsten Jugoslawiens verlangt, und zwar ohne Rücksicht auf den Willen der Bevölkerung, denn „die Rechte Südslawiens auf den ‚slowenischen' Teil Kärntens seien notorisch, und diese Rechte müßten den Slowenen zuerkannt werden ohne alle Zeremonien, also ohne Volksabstimmung". Nach demselben Ziele streben auch ausgesprochenermaßen verschiedene nationale Vereine Sloweniens, nicht bloß chauvinistische wie die Orjuna, sondern auch ernster zu nehmende wie die jugoslawische Matica[9]). Erst 1926 hat Dr. Brejc, der erste jugoslawische Landespräsident in Slowenien, verlangt, daß Österreich, wenn es sich nicht halten könne, aufgeteilt werden solle, und zwar in der Art, daß Nordtirol, Salzburg ohne den Lungau und Oberösterreich sowie der steirische Teil des Ennstales zu Deutschland, das Lienzer Gebiet und Westkärnten bis Spittal und Hermagor zu Italien, Südkärnten ungefähr bis zu der früher angegebenen, von Jugoslawien 1919 verlangten Grenze sowie Radkersburg in Steiermark zu Jugoslawien geschlagen wird; der Rest von Österreich: Niederösterreich, das Burgenland, das restliche Steiermark und Kärnten und der Lungau soll darnach einen „Freistaat Wien" bilden. Nach diesem Plane würde also Kärnten in drei Teile zerrissen[10]).

Kärntens Südgrenze ist nach alledem von Südwesten und Südosten her bedroht. Zwar ist die Gefahr im Augenblicke nicht groß, aber sie ist vorhanden und kann heute oder morgen brennend werden. Man wird sie daher wohl im Auge behalten müssen.

Kärnten droht aber noch eine andere schwere Gefahr. Man kennt die scheinbar unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Italien und Jugoslawien. Sollte es jemals zu einem kriegerischen Zusammenstoße zwischen den beiden Staaten kommen, so kann Kärnten sehr leicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Grenzlinie zwischen Italien und Jugoslawien mißt von den Karawanken bis Fiume in der Luft



nur 120 km. Auf dieser kurzen Front könnten sich die beiderseitigen Streitkräfte nicht entfalten. Jeder der beiden Gegner würde daher versuchen, den andern nördlich von den Karawanken, also auf Kärntner Boden, zu umfassen. Italien würde ferner die Verbindung mit Ungarn suchen. Jugoslawien aber würde trachten, diese Verbindung zu verhindern. Beide Mächte würden daher bemüht sein, sich die Kärntner Durchgangslinien zu sichern. Wohl würden Kärntens Grenzen auch diesmal wie 1915 und 1919 ihre Verteidiger finden. Da aber sowohl Italien als auch Jugoslawien bereits mit einem Fuß in Kärnten stehen, so wäre die Verteidigung der gegenwärtigen, ungeschützten Landesgrenzen äußerst schwierig. Kärnten droht daher die Gefahr, entweder von italienischen oder jugoslawischen Truppen besetzt oder gar Kriegsschauplatz zu werden. Möge das schöne Land, das sich im Weltkrieg gegen die Italiener und nach dem Zusammenbruch gegen die Jugoslawen so tapfer gewehrt hat, vor diesem furchtbaren Schicksal bewahrt bleiben!

ANMEKKUNGEN. [1]) Die Kärntner Grenze in Diagrammen. Kartographische und schulgeographische Zeitschrift, X, S. 72. 1922. — [2]) Vgl. Paschingers Karte der geographischen Verteilung der Kulturen im Kärntner Heimatatlas, Tafel IV, Nr. 12. Österreichischer Verlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst, Wien 1925. — [3]) Vgl. Paschingers Karte der Verteilung und Dichte der Besiedlung. Kärntner Heimatatlas, Tafel VIII, Nr. 44. — [4]) Vgl. Wutte, Die Kärntner Landesgrenze und ihre geschichtliche Entwicklung. Carinthia I, S. 26 ff. 1919. — [5]) Vgl. Lex, Paschinger, Wutte, Landeskunde von Kärnten, S. 224 f. Klagenfurt, Gutenberghaus 1923. — [6]) Vgl. Paschingers Isochronenkarte im Kärntner Heimatatlas, Tafel IX, Nr. 43. — [7]) Vgl. Primus Lessiak, Die Einheit Kärntens im Lichte der Nemankunde und Sprache. Klagenfurt 1919. (Vergriffen.) Wutte, Deutsche und Slowenen in Kärnten. Carinthia 1, S. 1 ff. 1919. — [8]) Vgl. Wutte, Kärntens Freiheitskampf. Klagenfurt, Kleinmayr 1922. — [9]) Vgl. Wutte, Der Kampf um Südkärnten. Graz, Alpenlandbuchhandlung Südmark 1925. Wutte-Lobmeyr, Die Lage der Minderheiten in Kärnten und in Slowenen. Klagenfurt 1926. — [10]) Vgl. Deutsche Rundschau Jahrgang 53, S. 314. 1927.

PAUL OLBERG:

DIE RUSSISCHE AGRARREVOLUTION
Die geopolitischen Momente der jüngsten Entwicklung Rußlands

I.

Die russische Agrarrevolution, die man vom sozialen, vom wirtschaftlichen, vom staatspolitischen Standpunkte usw. studieren kann, liefert uns gleichzeitig ein charakteristisches Beispiel der Tragweite der geopolitischen Faktoren in der jüngsten Agrarentwicklung Rußlands. Der unendliche Raum, auf dem sich dieses Riesenreich erstreckt, und die außerordentliche Mannigfaltigkeit der geographischen Verhältnisse bestimmen seit Jahrhunderten in hohem Maße die Geschicke des russischen Volkes.

In seiner wertvollen Abhandlung „Die geopolitischen Leitlinien des Europäischen Rußlands" (vgl. „Zeitschrift für Geopolitik", Heft 1, Jahrgang 1) hat Prof. Obst die Grundzüge der geopolitischen Einwirkungen auf die allgemeine Gestaltung Rußlands eingehend dargelegt. Um die speziellen geopolitischen Vorbedingungen der Agrarrevolution, die einen Wendepunkt in der Geschichte Rußlands bildet, klarzulegen, soll hier zunächst die soziale und wirtschaftliche Evolution des Landes gestreift werden. Wir wollen dabei die westeuropäische Geschichte zum Vergleich heranziehen.

In den westeuropäischen Ländern machten die Völker eine sozusagen natürliche Wirtschaftsevolution durch. Als die ländliche Bevölkerung infolge des Nachwuchses gezwungen war, neue Existenzmöglichkeiten zu suchen, ging sie entweder zu höheren Wirtschaftsformen über oder sie ließ sich in den Städten nieder, wo sie Handel und Gewerbe betrieb. Sowohl die Entwicklung der städtischen Gewerbe als auch des Warenaustausches stand im Konnex mit der Entstehung der Städte, die — nebenbei bemerkt — eine große Anziehungskraft für die unterdrückte Bauernbevölkerung bekamen, da sie sich zu einem bedeutenden machtpolitischen Faktor konsolidierten und eine gewisse Unabhängigkeit von den Feudalen errangen. Auf diese Weise entstand die erforderliche, gleichmäßige Verteilung der produktiven Kräfte zwischen Stadt und Land, die die Voraussetzung jeder gesunden Volkswirtschaft bildet. Dieser Prozeß war hauptsächlich durch die geopolitischen Faktoren bestimmt, indem die Raumausdehnung im Verhältnis zu der Bevölkerung sehr beschränkt war. Die Bauern mußten zu höheren, intensiveren Wirtschaftsformen übergehen oder in die Städte auswandern, weil die benachbarten Gebiete (für den damaligen Stand der Kultur) restlos bevölkert waren und keine neuen Kolonisten aufnehmen konnten.

Ganz anders lagen die Dinge in Rußland. Freilich kann man auch hier schon im 17. Jahrhundert eine große Wanderung der ländlichen Bevölkerung verfolgen. Um den unerträglichen Lasten der Leibeigenschaft zu entrinnen, flüchteten die Bauern in Massen vor den Gutsbesitzern. In manchen Rayons nahm diese Bewegung einen solch enormen Umfang an, daß sie fast entvölkert wurden. Aber im Gegensatz zu Westeuropa ließen sich die flüchtenden Bauern nicht in den Städten, sondern in den Randgebieten nieder; sie bauten neue Wirtschaften auf dem flachen Lande auf. Denn dank der geographischen Lage des Reiches konnte sich die wandernde Bevölkerung nach Belieben zerstreuen. Gab es doch freies Land in außerordentlich großen Mengen. Zum Teil wurden die Bestrebungen der Bauern von der russischen Staatspolitik selbst gefördert, und zwar, um die relativ neu eroberten, fremdstämmigen Randländer zu russifizieren. So nahm die städtische Bevölkerung Rußlands fast nicht zu. Vielmehr entstanden neue Dörfer und bäuerliche Ansiedlungen. Infolgedessen hat sich in Rußland keine gleichmäßige Verteilung der produktiven Kräfte zwischen der



Landwirtschaft und den städtischen Gewerben vollziehen können. Ausschlaggebend für das Land blieb die Naturalwirtschaft. Seine geringen Bedürfnisse an Industrieerzeugnissen deckte der russische Bauer nicht wie der westeuropäische beim städtischen Handwerker, sondern beim Nachbarn, bei einem Bauern, der außer Ackerbau noch Hausindustrie als Nebenerwerb betrieb. Zerstreut in Riesengebieten, lag dem Bauern natürlich daran, seine Bedarfsartikel möglichst in der Nähe seines Dorfes zu bekommen. Man erinnere sich, daß die Verkehrsverhältnisse ganz primitiv waren. Andererseits konnte die städtische Bevölkerung für die Landwirtschaft als Absatzmarkt kaum in Betracht kommen, da erhebliche Volksschichten der Städte eigentlich Bauern waren, die landwirtschaftliche Produkte selbst erzeugten. So hat Rußland im Unterschied zu den westeuropäischen Ländern die wichtigen Phasen des Handwerks und der Manufaktur nicht durchgemacht. Dieser Umstand beeinträchtigte in der Folgezeit die ganze wirtschaftliche und nicht zuletzt die politische Entwicklung des Landes: Als um die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts, nach Aufhebung der Leibeigenschaft (1861), der moderne Kapitalismus, nämlich die Industrie, für den russischen Staat eine Notwendigkeit wurde, hatte sie in der Stadt keine einigermaßen feste Grundlage. Die Industrie entstand daher nicht, wie in Westeuropa, auf dem Wege der Evolution, als ein organisches Ergebnis des Handwerks und der Manufaktur, sondern sie wurde sozusagen von heute auf morgen, mit tatkräftiger Unterstützung des Auslandskapitals und des Staates geschaffen, für dessen Aufgaben man sie hauptsächlich ins Leben gerufen hatte. Die hohen kapitalistischen Betriebsformen des Westens wurden auf den unreifen, rückständigen russischen Agrarboden mechanisch übertragen. Weder eigenes Nationalkapital, noch eine gelernte Arbeiterschaft, noch einen aufnahmefähigen Absatzmarkt, noch die Erfahrungen der Handwerks- und Manufakturperioden hatte das Land damals. Darum eben kennzeichnet sich die Entwicklung der russischen Industrie durch krankhafte Formen. Nur verschwindend wenig vermehrte sie im Laufe von Jahrzehnten das Nationalvermögen. Erst in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts vermochte der Kapitalismus festen Fuß in Rußland zu fassen. Laut der Volkszählung von 1897 betrug die städtische Bevölkerung nur 13,4 %, dagegen die ländliche 86,6 %. (Insgesamt betrug die Bevölkerung Rußlands um diese Zeit 128,6 Millionen Menschen.) In den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege haben die russischen Städte zugenommen. 1914 betrug die städtische Bevölkerung schon 14,3 %. Immerhin ist um diese Zeit Rußland noch ein ausgesprochener Agrarstaat. Und die russischen Revolutionen des Jahres 1917 sind ihrem Wesen nach hauptsächlich Agrarrevolutionen: Die gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen, die durch die Umwälzungen auf dem flachen Lande vollzogen worden sind, waren von bestimmender Bedeutung für den neuen geschichtlichen Abschnitt Rußlands; durch die Konfiskation des Großgrundbesitzes zugunsten der Bauernschaft hat der Absolutismus seine

Hauptbasis verloren. Verschwunden ist dadurch der Adel, der die herrschende Klasse bildete, und aus deren Mitte sich die oberste Beamtenschaft rekrutierte. Die monarchistische Gegenrevolution der Koltschak, Denikin, Wrangel usw. ist hauptsächlich deshalb zusammengebrochen, weil die Bauern ihr geschlossenen Widerstand leisteten. Sie kämpften, um das errungene Land zu behalten, und vereitelten damit den Sieg der sozialen und politischen Restauration. In dieser Einstellung ist die Bauernschaft eine wichtige Stütze des sowjetistischen status quo.

II.

Der Ausgangspunkt der russischen Agrarrevolution liegt weit zurück, nämlich in der Reform, die Aufhebung der Leibeigenschaft betreffend. Sie war von bedeutender geopolitischer Natur: eine gewaltige Bodenverschiebung wurde damals vollzogen; den Bauern wurden zugunsten der Großgrundbesitzer 1342000 Deßjatin (1 Deß. gleich 1,09 ha) des besten Bodens, der ihnen vor 1861 zur Nutznießung überlassen war, entzogen; die Reform, welche die Bauern persönlich für frei erklärte, gewährte ihnen eine Landparzelle vom Boden des Grundbesitzers; die Größe dieser Parzellen war örtlich sehr verschieden; durchschnittlich erhielten sie drei Deßjatin pro Seele; für den ihnen überlassenen Landanteil waren die Bauern verpflichtet, den Grundbesitzern eine gewisse Pacht, den Obrok, zu zahlen oder für sie bestimmte Arbeiten zu verrichten. Die Höhe der Pachtzahlung hing nicht etwa von der Bodenbeschaffenheit, sondern nur davon ab, wieviel unter den allgemeinen Verhältnissen in der betreffenden Gegend aus dem Bauern herausgepreßt werden konnte. Diese Bedingungen beließen die Bauern in starker wirtschaftlicher Abhängigkeit von den Grundbesitzern, da das ihnen zugeteilte Land nicht genügte, um einen menschenwürdigen Lebensstandard zu erreichen, die Staatsabgaben zu entrichten und besonders um die Loskaufschulden zu tilgen. Die Bauern waren genötigt, beim Gutsbesitzer weiteres Land zu pachten. Diese machten sich die kritische Lage der Bauern zunutze und diktierten ihnen sehr schwere Bedingungen. Je größer die Nachfrage nach Land infolge des Nachwuchses wurde, desto höher stiegen die Pachtzinsen. Um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können, war der Bauer bestrebt, vom Grundstück den Höchstertrag (bei extensiver Bewirtschaftung) zu gewinnen, und untergrub somit die Produktivität des Kulturbodens. Es sei darauf hingewiesen, daß dieses unrationelle Vorgehen in bedeutendem Maße auf die kurzfristige Verpachtung des Landes zurückzuführen war. Unter diesen Bedingungen hatte der Bauer kein Interesse, für die zukünftige Produktivität des Grundstückes zu sorgen. Aber ebensowenig sah sich der Gutsbesitzer veranlaßt, zu höheren, intensiven Wirtschaftsformen überzugehen, weil eben die immer steigenden Pachtzinsen ihm ohnehin ein großes Einkommen sicherten. Dazu war die menschliche Arbeitskraft im Dorfe so billig, daß ihre Ersetzung durch Maschinen unrentabel gewesen wäre. Der hier kurz ge-



schilderte Prozeß mußte um so mehr die Lage breiter Bauernschichten verschlechtern, als unter den gesamten niedrigen Kulturverhältnissen des Reiches die Abhängigkeit von den Naturkräften besonders stark war. In der Tat können wir auch feststellen, wie Mißernte und Hungersnöte in den Jahrzehnten vor der Revolution zu einer üblichen Erscheinung in der Kornkammer Europas wurden. Im Anfang dieses Jahrhunderts tauchte in Rußland das Problem der Übervölkerung auf.

III.

Als Kernpunkt der kritischen Entwicklung der Landwirtschaft oder richtiger der Volkswirtschaft wurde in der demokratischen und sozialistischen Literatur Rußlands der Mangel der Bauernschaft an Grund und Boden dargestellt. Diese Behauptung war jedoch nur mit einem gewissen Vorbehalt zutreffend. Zum großen Teil war das Übel auf die extensive Bewirtschaftung, auf die hohe Besteuerung, auf den Mangel an Betriebskapital und überhaupt auf den niedrigen Kulturstand des Dorfes zurückzuführen. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Bauern ihren Besitz allmählich, im Laufe von Jahrzehnten nicht unbedeutend vergrößert haben, indem sie mit Hilfe der Bauernagrarbank das Land ankauften. Schließlich sei noch auf folgenden wichtigen Umstand hingewiesen: trotz der schweren Pachtbedingungen nahm die Pacht Jahr für Jahr zu.

Wie es auch sein mag, am Vorabend der Revolution stand im Mittelpunkt der Agrarprogramme der sozialistischen Parteien Rußlands die Forderung der Konfiskation des Großgrundbesitzes und seine Aufteilung unter die Bauernschaft. Selbst der bürgerliche Liberalismus, die Kadettenpartei von Milukoff forderte die zwangsweise Enteignung des dem Adel gehörenden Landes, allerdings gegen eine „gerechte" Entschädigung.

Ohne hier auf die Agrarpolitik der provisorischen Regierungen des Fürsten Lwow und Kerensky einzugehen, sei festgestellt, daß der Landbesitz Rußlands durch die Revolution große Veränderungen erfahren hat. Eine Vorstellung der größten sozialen Umwälzung in der jüngsten Geschichte der europäischen Völker gibt uns die nachstehende Tabelle:

	In 32 Gouvernements Sowjetrußlands		In der Ukraine	
	1922	1917	1922	1917
Bäuerliche Wirtschaften	96,3	76,3	96,0	55,4
Privat- und staatliche Wirtschaften	—	23,7	—	44,6
Kollektivwirtschaften	0,5	—	0,8	—
Sowjetwirtschaften	2,7	—	3,2	—[1])

Daraus geht hervor, daß der gesamte Kulturboden mit Ausnahme von 3,2 % für Rußland und 4 % für die Ukraine (etwa 3,5 Mill. Hektar) in den Besitz der Bauernschaft übergegangen ist. (Im europäischen Rußland schätzt man 140 Mill. Hektar Kulturboden. Waldungen nicht eingerechnet.) Was das Aufteilungs-

prinzip anbetrifft, so verfuhr man primitiv nach der Esserzahl, wie es übrigens die behördlichen Vorschriften auch forderten. In vielen Gouvernements wurden durch die elementare Bewegung nicht nur der Großgrundbesitz, sondern auch die Bauerngrundstücke zur Aufteilung herangezogen.

Die Aufteilung des Landes in der ersten Phase der russischen Revolution, die die Jahre 1918—1920 umfaßt und unter dem Namen des sog. Kriegskommunismus bekannt ist, vollzog sich unter dem Banner der Sozialisierung. Um angeblich das Ideal der sozialen Gleichheit zu verwirklichen, wurde das Land wieder und wieder aufgeteilt. Praktisch glaubte man dadurch die zunehmende Verschlechterung der Lage der Bauern zu mildern und die Erschöpfung der landwirtschaftlichen Produktion zu ersetzen. In dem in Betracht kommenden Zeitabschnitt, als Handel, Industrie usw. infolge des Kriegskommunismus zusammenbrachen, lebte die städtische Bevölkerung auf Kosten der Landwirtschaft. Mittels des Umlagesteuersystems eignete sich die Staatsgewalt die Erzeugnisse der Bauernwirtschaften an. Das Lieblingskind des Kommunismus war damals der arme Bauer, der als treue Stütze sehr begünstigt wurde. Dagegen wurde jeder einigermaßen wohlhabende Bauer als Kulak (Wucherer-Ausbeuter) gebrandmarkt. Diese Agrarpolitik war jedoch überaus verkehrt und versagte vollkommen. Unter dem Kriegskommunismus konnte der Bauernwirtschaft kein Ansporn zur produktiven Tätigkeit, sowie überhaupt zum freien Schaffen gegeben werden, da die Ergebnisse der Bauernarbeit, wie erwähnt, vom Staate ohne Gegenwert mit Beschlag belegt wurden. Der Bauer begann, nur so viel Land zu bestellen, wie er zur Deckung seines eigenen Bedarfes benötigte, und die landwirtschaftliche Produktion ging katastrophal zurück; er isolierte sich von der Stadt und ging vollständig zur Naturalwirtschaft über. Die städtische Bevölkerung, die als Wirtschaftsfaktor keine Rolle spielte, wurde dem Hunger preisgegeben. Die Sowjetregierung kapitulierte und verkündete die sogenannte neue Wirtschaftspolitik (Nep). In bezug auf die Landwirtschaft ist die Umlagesteuer durch eine Naturalsteuer ersetzt worden: von nun ab hatte der Bauer nur einen Teil seiner Erzeugnisse dem Staate abzuliefern. Im übrigen wurde ihm das Recht eingeräumt, frei über sie zu verfügen. In der Folgezeit hat die Naturalsteuer eine Geldsteuer abgelöst. Ferner ist wieder der freie Handel eingeführt worden, der während der Zeit des Kriegskommunismus untersagt war. Diese Reformen waren wieder für den Bauer ein Ansporn zur Arbeit und zur Ausdehnung seiner Wirtschaft. Er begann allmählich, von der Naturalwirtschaft zur Waren- und Geldwirtschaft zurückzukehren. Die Beziehungen zwischen Stadt und Land wurden wiederhergestellt.

Inzwischen stellte sich die sowjetistische Gesetzgebung immer mehr auf den Boden der vollzogenen Tatsachen. Das Nutzungsrecht an Grund und Boden ist aut Agrargesetzbuch vom 20. Oktober 1922, auf ewige Zeiten festgesetzt worden. Dadurch wurde das Prinzip des privaten Landbesitzes wiederhergestellt. Von



nicht weniger grundlegender Bedeutung ist die Bestimmung, wonach dem Bauer das Recht eingeräumt worden ist, seine Wirtschaftsform nach eigenem Belieben zu wählen, d. h. es wurde ihm gestattet, aus der Kollektivwirtschaft (Dorfgemeinde, Komune usw.) auszutreten und einen gesonderten Bauernhof oder Einzelwirtschaft zu bilden. In der Folgezeit erkannte die Agrargesetzgebung das Recht an, Lohnarbeit in Anspruch zu nehmen und Land zu pachten bzw. zu verpachten. Somit sind eigentlich die Grundsätze der kapitalistischen Wirtschaft im Dorfe auf der ganzen Linie gesetzlich verankert worden.

Das Ergebnis dieser Periode der Agrarrevolution war eine nicht unbedeutende Nivellierung der Bauernschaft. Dieser interessante Prozeß kam in der Gestaltung der Grundfaktoren der Landwirtschaft, d. h. des Land- und Viehbesitzes der Bauern zum Ausdruck. In den Jahren 1917—1920 kann man einen Rückgang sowohl der landlosen Bauern (ohne Anbaufläche) einerseits, als auch der reichen Bauern (mit einer Anbaufläche über 10 Deßjatin) anderseits beobachten, bei gleichzeitiger Zunahme der mittleren Wirtschaften (um etwa 19 v. H.), die bis 4 Deß. Anbaufläche bestellen. Ein gewisser Ausgleich ist auch in bezug auf den Arbeitsviehbestand erzielt worden, jedoch nicht in solchem Maße wie bei der Anbaufläche. So z. B. ist die Zahl der Wirtschaften mit 1 Pferd enorm gestiegen; die der Wirtschaften mit 2 und mehr Pferden zurückgegangen. Dagegen ist die Anzahl der pferdelosen Wirtschaften fast unverändert geblieben. Es ist sehr bemerkenswert, daß selbst in der Periode 1917—1920, als die Aufteilung des Landes, sowie des lebendigen und toten Inventars nach den Gleichheitsgrundsätzen außerordentlich intensiv und in extremen Formen durchgeführt wurde, der Prozentsatz der Wirtschaften ohne jegliches Arbeitsvieh ziemlich groß war: im Jahre 1917 betrug er durchschnittlich in der ganzen RSFSR 29,0 v. H., im Jahre 1920 — 27,6 v. H.; die Anzahl der Wirtschaften mit einem Arbeitstier erreichte im Jahre 1917 — 49,2 v. H., im Jahre 1920 — 63,6 v. H. In einzelnen Rayons war der Prozentsatz der pferdelosen Bauernwirtschaften besonders groß. In der Ukraine z. B. hatten 40 v. H. der Wirtschaften keine Pferde und 34 v. H. kein totes Inventar. Mit anderen Worten: die Nivellierung der Bauernschaft war absolut nicht universell. Auf Grund einer Erhebung, die im Auftrage des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Rußlands durchgeführt wurde, machte Prof. Strumilin folgende Ausführungen: „Wenn wir den Nivellierungsprozeß der ländlichen Bevölkerung in den Jahren der Revolution verfolgen, unterschätzen wir oft seine Bedeutung. Vielen scheint es fast, daß die ganze Bauernschaft zur Zeit (geschrieben im Jahre 1924) eine in wirtschaftlicher Hinsicht vollkommen einheitliche, mittlere Masse darstellt; indes sind zwar die extremen Gruppen einander nähergetreten, aber die arme Schicht ist keineswegs verschwunden. Im Gegenteil: sie vermehrte sich auch nach der Revolution [2]).“ Ungefähr zu demselben Ergebnis kommt der Publizist W. Katschinsky, speziell bezüglich der

Agrarverhältnisse in der Ukraine[3]). In demselben Sinne bewerten die meisten sowjetrussischen Erhebungen das Wesen des Aufteilungsprozesses. Einige authentische Urteile sollen noch hier angeführt werden: „Die enormen Grundstücke, die unter den vielen Millionen Bauern aufgeteilt worden sind, ergaben verschwindend geringe Ergebnisse; eine spezielle Erhebung der Statistischen Abteilung des Landwirtschaftsministeriums beweist, daß die Zunahme an Grund und Boden pro Esser unbedeutende Bruchteile, einen zehnten oder sogar einen hundertsten Teil eines Deßjatin erreicht hat[4]).“ Der bekannte russische Agrarpolitiker Prof. Oganowsky hat ausgerechnet, daß im Jahre 1923 die Anzahl der Bevölkerung auf je 100 Deßjatin Kulturboden fast in sämtlichen Rayons der Sowjetunion (eine Ausnahme bildet das nord-westliche Rayon) bedeutend größer war als 1913, wobei in einigen Gebieten der Unterschied sehr auffallend war: im Uralgebiet um 20,8 v. H., im Westrayon — 32,4 v. H., im nord-östlichen Rayon — 40,5 v. H., im Zentralindustrierayon um volle 70 v. H.[5]). Somit sind die sozialen Unterschiede durch die Agrarrevolution keineswegs aus der Welt geschafft. Vielmehr wird die geringe Nivellierung durch eine ziemlich intensive soziale Umschichtung abgelöst. Nach den Angaben der Volkskommissariate für Landwirtschaft und Finanzen von Anfang 1925 besitzen die Kleinbauern (bis 4 Deßjatin Anbaufläche), die 31,3 v. H. der Gesamtwirtschaften bilden, nur 11,7 v. H. des Grund und Bodens und 19,1 v. H. des Viehbestandes; die wohlhabenden Bauernschichten (8 und mehr Deß.), die nur 19,2 v. H. der Wirtschaften ausmachen, besitzen 40,0 v. H. der Anbaufläche und 34,9 v. H. des Viehbestandes; der mittlere Bauernstand (von 4—8 Deß.) bildet 49,5 v. H. der Wirtschaften und besitzt 46,3 v. H. der Anbaufläche und 46,0 v. H. des Viehbestandes.

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß der Besitz der russischen Bauernschaft sehr ungleichmäßig verteilt ist.

Überaus ungleich sind die Arbeitskräfte im russischen Dorfe verteilt: die Kleinbauern besitzen auf je einen Arbeiter um das 2,5 fache weniger Land als die mittlere Schicht und um das Sechsfache weniger als die Großbauern.

IV.

Der Sozialisierungsversuch der russischen Agrarrevolution mußte von vornherein scheitern. Trug er doch fast ausschließlich einen rein mechanischen Charakter und ignorierte die mannigfaltigen Faktoren sozialer und wirtschaftlicher Natur. Schon die verschiedene Zusammensetzung der Familienmitglieder und der Arbeitskräfte der Bauernwirtschaften bestimmte eine Ungleichheit in der Aufteilung des Landes. In der Regel sind natürlich die großen Familien mit viel Arbeitskräften mit viel Land versorgt worden. Solche Familien konnten auch relativ leicht Betriebskapital auftreiben, weil ein Teil ihrer Mitglieder außerhalb des Dorfes Verdienst fand. Von wichtiger Bedeutung sind, wie oben schon ausgeführt



wurde, die geographischen Verhältnisse für die Entwicklung der Bauernwirtschaft, namentlich bei den schlechten Kommunikationen des Riesenreiches: der Bauer, dessen Land geographisch gut, in der Nähe einer Stadt liegt, kann aus begreiflichen Gründen sein Einkommen leichter vergrößern, als das in einer Bauernwirtschaft in einem entlegenen Gebiet möglich ist. Überaus ungleich wirken die verschiedenen Fähigkeiten der Bewirtschaftung. In dieser Beziehung hat die russische Revolution eine nicht unwichtige Rolle bei der Gestaltung der Bauernwirtschaften gespielt. Unmittelbar nach dem Umsturz erließ die Sowjetregierung ein Gesetz, wonach jedem Arbeitenden das Recht auf Land zuerkannt wurde. Von diesem Gesetz machten viele aus den Städten Gebrauch. Es tauchten im Dorfe Leute auf, die seit Jahrzehnten keine Beziehungen mehr zu ihm hatten, und die nicht fähig waren, sich in die Landwirtschaft hineinzufinden. Diese Existenzen mußten zum großen Teil auf ihre neue Wirtschaft zugunsten der eigentlichen Bauern verzichten und in die Stadt zurückkehren. Ferner haben die Mißernte und die Hungersnöte der Jahre 1921—22, die besonders die schwachen, armen Wirtschaften trafen, den Umschichtungsprozeß verschärft. In den von der Hungersnot heimgesuchten Gebieten mußten $^1/_5$ der Wirtschaften emigrieren. Nicht zuletzt übt die Waren- und Geldwirtschaft, die seit der Proklamierung der neuen Wirtschaftpolitik immer ausschlaggebender auf dem Lande wird, eine Wirkung auf die soziale Umschichtung aus; sie stärkt das natürliche Streben des Bauern nach Ausdehnung seiner Wirtschaft und Vergrößerung seines Einkommens, nämlich durch Hebung des Absatzes und durch Inanspruchnahme von Lohnarbeit. Die objektiven Verhältnisse bieten dafür einen fruchtbaren Boden, wenn auch die Politik des Kommunismus gegen die wohlhabende und reiche Bauernschaft eingestellt ist. Der Mangel an Betriebsmitteln, an lebendem und totem Inventar veranlaßt die armen Bauern, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, während die mittleren und reichen Bauern durch die Anforderungen des Fiskus gezwungen sind, ihr Einkommen zu heben.

V.

Eine unmittelbare Folge der nachrevolutionären Agrarentwicklung, sowie der gesamten Wirtschaftspolitik des Sowjetstaates war die Entstehung einer erheblichen relativen Übervölkerung, die selbstverständlich die geschilderte soziale Umschichtung sehr beeinflußt. Trotz seines unendlichen Raumes, trotz seiner enormen Naturschätze hatte Rußland infolge des niedrigen Standes der landwirtschaftlichen Kultur schon vor dem Kriege an Übervölkerung zu leiden. Denn die Entwicklung der Städte vollzog sich, wie bereits erwähnt, im Verhältnis zum Zuwachs der ländlichen Bevölkerung außerordentlich langsam. Nur einen geringen Teil dieses Zuwachses, etwa 10 v. H., konnte die Industrie aufnehmen. Eine noch unbedeutendere Rolle spielte in dieser Hinsicht die Kolonisation. Die Revolution hat den Großgrundbesitz restlos konfisziert und ihn unter der Bauernschaft aufgeteilt. Sie

hat somit das Ideal der Bauern in weitgehendstem Maße erfüllt. Aber den Landmangel auf die Dauer zu beseitigen, vermochte sie doch nicht: man bedenke, daß die landwirtschaftliche Produktion seit der Revolution, also binnen zehn Jahren, kaum den Vorkriegszustand erreicht hat, und daß sich die Industrie in einem noch langsameren Tempo entwickelt.

Auf dem Territorium des heutigen Rußlands zählte man im Jahre 1914 138,5 Mill. Menschen. Im Jahre 1923 betrug die betreffende Zahl 133,9 Mill. Somit ist die Bevölkerung der Sowjetunion in den Jahren 1914—23 um 4,6 Mill. oder um 3,3 v. H. zurückgegangen. Der natürliche Zuwachs betrug vor dem Kriege 1,69 v. H. jährlich (in 50 Gouvernements des europäischen Rußlands). Bei diesem Zuwachs hätte die Bevölkerung binnen der in Frage kommenden Zeit, d. h. in neun Jahren, nicht weniger als 21 Mill. zunehmen müssen, während in Wirklichkeit, wie wir sehen, ein Rückgang von fast 5 Mill. zu verzeichnen ist. Der Gesamtverlust Sowjetrußlands an Bevölkerung beträgt also fast 26 Mill. Menschen. Dies ist auf folgende Ursachen zurückzuführen: a) direkter Verlust im Welt- und Bürgerkriege; b) Emigration; c) große Sterblichkeit und d) niedrige Geburtenzahl in den Jahren des Krieges, der Revolution und der Hungersnöte[6]).

Trotz dieses gewaltigen Verlustes hat Rußland zur Zeit schon wieder eine bedeutende relative Übervölkerung. Laut Angaben von Prof. Oranobeky erreichte Anfang 1925 der Überschuß an Arbeitskräften auf dem flachen Lande 19,9 Mill. Arbeiter oder 43 v. H. sämtlicher Arbeiter der russischen Landwirtschaft, deren Anzahl auf 45,9 Mill. geschätzt wird[7]). Diese Übervölkerung ist hauptsächlich auf die schwache Entwicklung der Wirtschaft in der Stadt und auf dem Lande zurückzuführen. Allerdings ist der natürliche Zuwachs des heutigen Rußlands ganz enorm. Nach sowjetamtlichen Angaben beträgt der Zuwachs in den Jahren 1924—26 24 auf je 1000 Einwohner oder 10 Mill. Menschen, wobei nur ein geringer Teil des Zuwachses, etwa 1,9 Mill., in den Städten Aufnahme fand, während die erdrückende Mehrheit (8,1 Mill.) in der Landwirtschaft ein Unterkommen suchen mußte. Nach Oganowskys Berechnung beträgt der jährliche Zuwachs der Bauernbevölkerung der Sowjetunion etwa 1 900 000 Menschen, davon können die Städte ungefähr 500—600 000 und die Kolonisationsgebiete 150—200 000 Menschen aufnehmen, also insgesamt nur $^{1}/_{3}$ des Zuwachses.

Nach den einzelnen Rayons ist die Übervölkerung sehr ungleichmäßig verteilt. An Übervölkerung haben besonders zu leiden: nordwestliches und Moskauer Industrierayons, Ukraine, einzelne Ortschaften der Rayons des unteren Teiles des Wolgagebietes, des nördlichen Kaukasus und der Krim.

Der heutige Landmangel nimmt von Süden und Osten ausgehend in der Richtung nach Nord-West immer mehr zu.

Die relative ländliche Übervölkerung übt einen sehr starken nachteiligen Einfluß auf die Wirtschaft der Stadt aus, indem die Bauern, die keine Existenz in



der Landwirtschaft finden können, in die Städte auswandern und dort unaufhörlich die Reihen der Erwerbslosen vervielfachen. Zur Zeit, während diese Zeilen geschrieben werden, liegen die Endergebnisse der letzten russischen Volkszählung (1926) noch nicht vor. Man kann darum das gegenwärtige Bevölkerungverhältnis nicht genau angeben. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß in den nächsten Jahren mit einer weiteren, dauernden und großen Zunahme der bäuerlichen Übervölkerung zu rechnen ist. Laut Berechnung des Staatlichen Ausschusses für Planwirtschaft der Sowjetunion soll die Bevölkerung Rußlands in fünfzehn Jahren etwa 194 Mill. Menschen erreichen, d. h. um etwa 50 Mill. zunehmen[8]). Angesichts des großen natürlichen Zuwachses, der die entsprechende Entwicklung aller anderen Länder übertrifft, stellt das Bevölkerungsproblem der Sowjetpolitik große Aufgaben. Man könnte sie folgendermaßen zusammenfassen: Ausdehnung der Anbaufläche im europäischen Rußland, Kolonisation, Übergang von den extensiven zu intensiven Wirtschaftsmethoden; Industrialisierung des Landes.

Die erste Maßnahme kann nur von geringer Bedeutung sein, da die „freien Länder" fast erschöpft sind. Gewisse Meliorationsarbeiten können wohl durchgeführt werden, aber ein nennenswertes Resultat auf diesem Gebiete ist in den nächsten Jahren kaum zu erwarten. — Sehr langsam vollzieht sich in der Sowjetunion die Kolonisierung der Randgebiete, ganz davon zu schweigen, daß für diesen Zweck geeignetes Land außerordentlich wenig vorhanden ist, und daß eine aktive Kolonisationspolitik enorme Mittel und viele Jahre in Anspruch nehmen müßte. Wie wenig in dieser Hinsicht geleistet wird, ist aus folgenden Zahlen zu ersehen: In den Jahren 1905—1914 betrug die Zahl der neuen Kolonisten in Sibirien 3 Mill., d. h. ungefähr 300000 Personen jährlich; im Jahre 1924 — 73400; im Jahre 1925 — 118500; im Jahre 1926 — 165000. Vor dem Kriege bewilligte der Staat etwa 500—600 Rubel für jede Kolonistenwirtschaft; im Jahre 1924/25 nur 20 Rubel[9]). Mit solchen finanziellen Mitteln kann natürlich keine Kolonisation betrieben werden.

Es bleiben als wirklich reale und wesentliche Mittel die Intensivierung der Landwirtschaft und die Entwicklung der Industrie. Zwischen diesen beiden Wirtschaftsfaktoren herrscht ein enger Zusammenhang; je mehr das russische Dorf zu intensiven Wirtschaftsmethoden übergehen wird, desto mehr wird es auf die Ausdehnung des Absatzmarktes bedacht sein, desto stärker wird seine Nachfrage nach Industrieartikeln sich bemerkbar machen. Zugleich werden die Anforderungen der Industrie nach Rohstoffen entsprechend zunehmen müssen. Mit anderen Worten: das intensive Gedeihen der Landwirtschaft bedingt eine erfolgreiche Entwicklung der Industrie. Leider herrscht zwischen diesen Zweigen der russischen Wirtschaft ein Mißverhältnis, das in dem relativen Preisunterschied zwischen den Artikeln der Landwirtschaft und der Industrie zuungunsten der Erzeugnisse der Bauernwirtschaft beruht. Dieser Umstand hindert die Intensivierung der Land-

wirtschaft sehr; es ist nur zu begreiflich, daß der Bauer nur dann ein Interesse an der Ausdehnung seiner Wirtschaft über den eigenen Bedarf hinaus hat, wenn er auf dem Markt einen vollen Gegenwert für seine Erzeugnisse erzielen kann. Sonst schränkt er lieber seine Produktion ein. Als charakteristisches Beispiel kann die gegenwärtige Krisis der hohen technischen Kulturen angeführt werden. In den Jahren 1922—1925 hat die Anbaufläche von Lein, Hanf, Sonnenblumen, Baumwolle, Zuckerrüben, Tabak usw. bedeutend zugenommen. Aber infolge der erwähnten Preisdifferenz ist im Jahre 1916 wieder ein Rückgang dieser Kulturen zu verzeichnen. Die Bemühungen der Sowjetpolitik, die Preisherabsetzung auf Industrieartikel durch spezielle Dekrete zu erwirken, blieben bis heute fast erfolglos, da die hohen Preise durch die ganze Wirtschaftspolitik bedingt sind.

Der Übergang zu höheren Wirtschaftsformen erfordert selbstverständlich enorme finanzielle Mittel. Nun ist aber die Politik der Sowjetunion jetzt einseitig auf die Industrialisierung des Landes eingestellt, für welchen Zweck große Summen bewilligt werden, während der Landwirtschaft relativ kleine Beträge zugewendet werden, die in keinem Verhältnis zu ihren Bedürfnissen stehen. Was die Entwicklung der Industrie anbetrifft, so kann sie nur, wie schon oben ausgeführt wurde, einem Teil der Übervölkerung Beschäftigung geben, selbst wenn man annimmt, daß die Produktion in den nächsten Jahren steigen wird.

Sowjetrußlands Agrarpolitik hat durch die Wandlungen der letzten zehn Jahre, trotz der Konfiskation und Aufteilung des Großgrundbesitzes, eine Krise der Landwirtschaft, richtiger der Volkswirtschaft nicht zu vereiteln vermocht. Diese Krise sowie die ländliche Übervölkerung werden noch Jahre hinaus ein kritisches Problem der russischen Politik bilden.

LITERATUR. [1]) „Sowremenii Sapiski" („Zeitgenössische Annalen") Nr. 14. 1923. S. 295. — [2]) „Die Bauernwirtschaft während der Revolution." Moskau 1924. (Russisch.) — [3]) W. Katschinsky: „Abhandlungen über die Agrarrevolution in der Ukraine." Heft 1. Charkoff. (Russisch.) — [4]) „Tätigkeitsbericht des Landwirtschaftsministeriums für drei Jahre." Moskau 1920. S. 9. (Russisch.) — [5]) Kondratjeff und Oganowsky: „Die Aussichten der Entwicklung der Landwirtschaft der Sowjetunion." Moskau 1924. S. 1922. (Russisch.) — [6]) Vgl. A. Peschechonoff: „Das heutige Rußland in Zahlen." Prag. (Russisch.) — [7]) „Die Planwirtschaft" Nr. 5. 1925. S. 55—56. Moskau. (Russisch.) [8]) „Ekonomitscheskaja Shisn" v. 22. I. 1927. — [9]) „Trud" („Arbeit") v. 28. XII. 1926 und „Prawda" v. 24. IV. 1925.

JURIJ SEMENOW:

DIE REVOLUTION UND DIE INNEREN GRENZEN RUSSLANDS

Das Problem der Rayonierung

Die Frage der territorial-administrativen Teilung Rußlands gehört zur Zahl jener Lebensprobleme der staatlichen Entwicklung, welche schon lange vor der



Revolution reif geworden waren, doch erst durch sie in die Reihe der unmittelbaren praktischen Aufgaben gerückt wurden. Daß die Teilung Rußlands in Gouvernements, deren Anfänge sich schon von Peter dem Großen herschreiben, daß die in einer späteren Periode entstandenen größeren Gebietseinheiten — die Kaukasische Statthalterei, das Turkestanische General-Gouvernement, das „Zarenreich Polen" usw. — einer Revision bedurften, war lange bekannt. Allein jeder Reformversuch stieß auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die frühere Teilung war historisch aus den militärisch-fiskalischen und administrativen Bedürfnissen des Reiches erwachsen. Die Hauptstädte der Gouvernements und Gebiete waren in vielen Fällen nur die Mittelpunkte der militärisch-administrativen Einrichtungen; daneben entstanden neue ökonomische Zentren. Bei dem zentralisierten Verwaltungssystem, bei der umfassenden staatlichen Reglementierung und administrativen Bevormundung, die jeden Einwohner zwang, sich ungemein häufig um „Beistand" oder „Erlaubnis" an die Regierung zu wenden, ergaben sich aus diesem Auseinanderlaufen der ökonomischen und administrativen Attraktionslinien eine Menge von Mißhelligkeiten, besonders in Anbetracht der russischen Unwegsamkeit und Verkehrsschwierigkeiten. Daher die natürliche Forderung nach einer Revision der veralteten inneren Grenzen. Indessen veranlaßte ihre Verknüpfung mit dem allgemeinen System der staatlichen Zentralisierung die Regierung, jedem derartigen Versuch mit besonderem Mißtrauen zu begegnen. Der hartnäckige Widerstand der alten Regierung erklärt sich noch aus einem anderen Grunde. Die Zarenmacht begriff die ganze politische Bedeutung der inneren Grenzen sehr wohl und verstand es vortrefflich, sie in Einklang mit ihren eigenen politischen Zielen zu bringen. Solcher Art sind z. B. die Grenzen der Gouvernements und Gebiete im Kaukasus, in Sibirien, in Turkestan usw.

Der Zerfall Rußlands im Bürgerkrieg war weder zufällig noch sinnlos: die Anarchie der Zersetzung hatte ihre Logik. Das Land zerfiel in eine Reihe ethnographischer und ökonomischer Herde, es bedeckte sich mit einer Menge ethnographisch-ökonomischer Flecken, in denen sich, ungeordnet und fast nach Gutdünken, häufig auch nur in Abhängigkeit von den Erfordernissen des Augenblicks, gewissermaßen ganz von selbst neue innere Grenzen abzeichneten. Bis zu einem gewissen Grade blieben sie dennoch den alten kongruent — sie vermochten nicht, sich mit eins von ihrem historischen Boden loszureißen. Nichtsdestoweniger ändern schon in der ersten Periode des heftigsten Bürgerkriegs viele Gouvernements ihre Grenzen und bildeten sich neu. So entstehen im Europäischen Rußland die früher nicht vorhandenen Gouvernements Brjansk, Gomel, Iwano-Wosnessensk, Murman, Nord-Dwinsk, Tscherepowjez, Zarizyn (später Stalin); in Sibirien die Gouvernements Altaisk, Nowo-Nikolajewsk, Omsk, Aktjubinsk, Kustanai.

Die Notwendigkeit, die größeren Gebiete (Gouvernements) Rußlands einer Revision zu unterziehen, war durch ethnographische und ökonomische Gründe be-

dingt. Dieselben Faktoren wirkten natürlich auch auf die Zerlegung Rußlands in kleinere („Unter"-)Distrikte. Das Problem der Teilung in Regierungsbezirke (Ujesd) und Kreise (Wolost) stammt auch nicht erst aus jüngster Zeit. Eine der wichtigsten vorrevolutionären Aufgaben des kulturpolitischen Aufbaus Rußlands war: Sjemstwos (Selbstverwaltung) für die Woloste zu schaffen, eine sogenannte „kleine Sjemstwo-Einheit" [1]). Die Schaffung von Sjemstwos für die Woloste setzte selbstverständlich auch die Möglichkeit (in vielen Fällen die Notwendigkeit) voraus, das System der territorialen Teilung in Woloste und Ujesde zu ändern. Daher war für das Problem der Teilung in „Unter-Distrikte" nicht so sehr das politisch-administrative und ökonomische Moment (wie für die Teilung in Gouvernements) ausschlaggebend, als vielmehr ein kultur-ökonomisches Moment; darauf lief die ganze Frage der Wolost-Sjemstwos hinaus.

Nach der Revolution gewinnt die Frage nach der Zweckmäßigkeit einer territorialen Teilung ausnehmende Bedeutung. Die Organe des Staates regieren, wirtschaften, richten und handeln gleichzeitig. Von der Rationalität der territorialen Einteilung hängt jetzt so gut wie alles ab: das lokale Budget, der Grad der wirtschaftlichen Selbständigkeit des Gouvernements, des „Ujesd" und des „Wolost", die Möglichkeit wirtschaftlichen Aufbaus, die Entwicklungsaussichten in Schulfragen und die Möglichkeit einer realen Verwirklichung jener lokalen Autonomie, welche die Konstitution gewährt hat. Natürlich baut sich das lokale Budget nicht nur auf lokalen Einnahmequellen auf; natürlich spielen, wie wir später sehen werden, die administrativen Aufgaben durchaus keine untergeordnete Rolle, sondern prävalieren bei wechselnden Bedingungen häufig über alle übrigen; nichtsdestoweniger ändert sich prinzipiell die Stellung des Staates zur Frage der territorialen Teilung, besonders der „unteren" (Wolost-) Teilung gegenüber; der Staat selbst (und nicht die „lokalen Kräfte der Bevölkerung") ist in erster Linie an der Gewinnung „optimaler" territorialer Rayons interessiert; die Reform der administrativen Teilung verbindet sich mit der Reform des ganzen Systems der lokalen Verwaltung; die Fragen des sogenannten „Sowjetaufbaus" stehen in einer Reihe neben rechtlichen und ökonomischen Fragen; das ganze Problem nimmt spezifisch sowjetische Züge an und verknüpft sich mit dem ganzen Sowjetsystem zu einem einzigen Knäuel von Problemen, die unter dem Begriff „Rayonierung" zusammengefaßt werden.

Schließlich verbindet sich auch noch die Idee der Planwirtschaft, die eine so große Rolle in der Wirtschaftstheorie des Kommunismus spielt, mit der Idee der Rayonierung. Die Rayons sollen auf der Basis eines gemeinsamen Wirtschaftsplanes aufgebaut werden, der eine ökonomische Spezialisierung der einzelnen Gebiete zur Voraussetzung hat. Die Rayonierung wird als eines der Elemente zur Errichtung der Planwirtschaft aufgefaßt.

Das Problem der Rayonierung zeigte sich aufs engste verbunden mit der



Herausschneidung und der Errichtung neuer national-autonomer Gebilde. Die nationale Abgrenzung ist nur ein Teil jener allrussischen Umgestaltung, die sich in grandiosem Maßstabe zur Zeit über das ganze Territorium des ehemaligen Zarenreiches erstreckt.

Die ungeheure Arbeit wird mit außergewöhnlicher Energie, mit Liebe und größter Sorgfalt in den letzten fünf, sechs Jahren von vielen Tausenden von Männern des Sowjetstaates verrichtet. Ihre Wurzeln aber reichen weit zurück und verbinden sie mit ganzen Geschlechtern bedeutender russischer Geographen und Volkswirtschaftler.

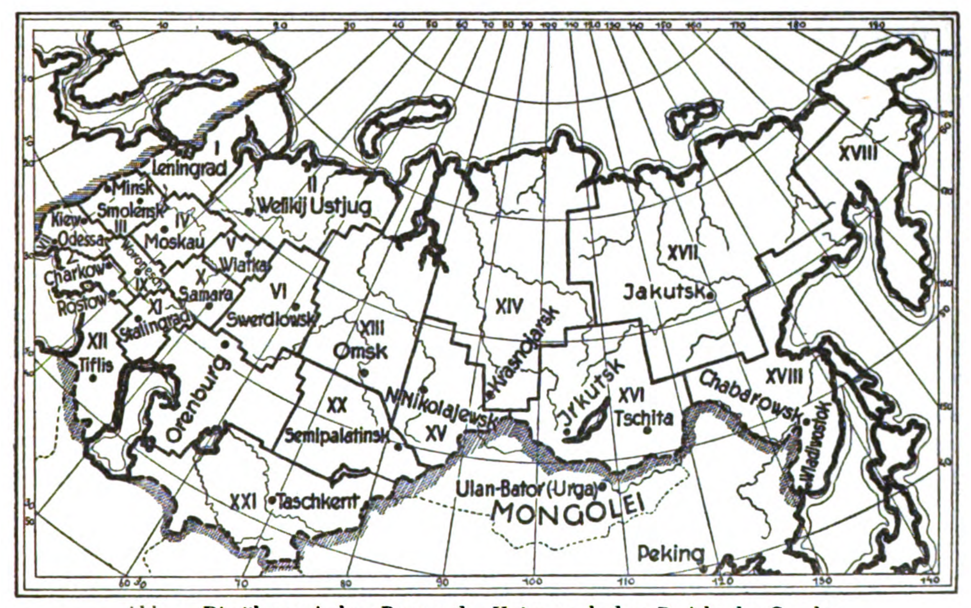


Abb. 1. Die ökonomischen Rayons der Union nach dem Projekt des Gosplan

Die Theorie der ökonomischen Rayonierung in der russischen Literatur

Sowohl die praktische wie die theoretische Wichtigkeit, in Rußland wirtschaftliche Rayons einzurichten, erklärt sich in erster Linie durch seine historisch-geographischen Besonderheiten: durch die verhältnismäßig frühe Vereinigung riesiger, ausgedehnter Räume, bei deren schwacher, wirtschaftlich-politischer Differenzierung [2]). In Europa, wo sich die ökonomischen und politischen Gebiete schon längst historisch in den festen Grenzen selbständiger Staaten abgeschlossen haben, kennt man dieses Problem, wirtschaftliche Rayons aufzufinden, nicht: sie sind durch die ganze vorhergegangene Entwicklung gegeben. Eine Analogie mit Rußland bieten die transozeanischen Länder — Nord- und Südamerika, Länder einer umfassenden inneren Kolonisation, Länder von ungeheuren Dimensionen



und Verschiedenartigkeiten in den natürlichen Bedingungen des Klimas, des Bodens usw. [3]).

Die Schwierigkeit der Lösung des Problems liegt auf der Hand. Was soll man als Rayon bezeichnen? Nach welchen Merkmalen es abteilen? Ist die Errichtung solcher Rayons überhaupt möglich? Die klassische Definition des russischen Gelehrten Fortunatow ist eine rein formale: „als Rayon hat man einen genau auf der Karte abgegrenzten Teil der Erdoberfläche zu bezeichnen, der sich von den anderen Teilen durch irgendwelche Merkmale unterscheidet". Allein, eine genaue Abgrenzung auf der Karte ist noch keine auf der Erdoberfläche; und besondere Merkmale zu finden, ist auch außerordentlich schwierig. Es ist nicht verwunderlich, daß in der Literatur die Meinung Ausdruck findet, eine genaue Rayoneinteilung sei unmöglich. Soweit die Rede von der Gewinnung sogenannter „integraler" Rayons ist, d. h. von Gebieten, die durch eine ganze Reihe gleichartiger Merkmale zu einem einzigen Wirtschaftskomplex zusammengefaßt sind — soweit ist, nach Ansicht dieser Forscher, die Aufgabe in ihrer Vollständigkeit zu lösen, ein Ding der Unmöglichkeit; möglich ist nur die Abteilung spezieller Rayons, — d. h. solcher Gebiete, die durch irgendein einziges Merkmal verbunden sind, — z. B. Weizen- oder Flachsrayons, Wald — oder Steppen —, geologische, orographische. Solche Rayons haben natürlich eine ungeheure praktische Bedeutung. und ohne ihre Einteilung wird weder eine Regierung noch sogar irgendeine größere Privatfirma auskommen können. Auch in Rußland wurden sie durch einzelne Ressorts, in der Folge aber durch Industriegesellschaften geschaffen. Indessen bleibt das Problem der Einrichtung integraler Rayons, und zwar solcher, in denen die natürlichen und ökonomischen Merkmale sich kombinieren, weiter bestehen; dasselbe Problem, das wir in der heutigen Ausdrucksweise als das Problem der „geo- und ökopolitischen Analyse Rußlands" bezeichnen würden, das Problem der Offenbarung der Vielfältigkeit seiner organischen physikalisch-ökonomischen Struktur innerhalb seiner Einheit. Man kann im voraus sagen, daß es niemals gelingen wird, einzig durch empirisch-statistische Methoden die Frage bis ans Ende zu lösen. Indessen ist auch Pessimismus hier kaum am Platz: wie die Erfahrung vieler Untersuchungen zeigt, bleibt hier noch immer Raum für eine gewisse Dosis der „phänomenologischen Methode" — eine Methode, deren Anwendung, wie wir weiter unten sehen werden, auch die heutige Sowjetpraxis bei der Rayonierung nicht umgehen kann.

Ausgangspunkt der Theorie der Rayonierung waren und sind auch heute noch die Versuche, natürliche Rayons zu bestimmen. Wir besitzen eine ganze Reihe von Arbeiten, die dahin streben, Rußland in Gebiete zu zerstückeln, welche sich vorwiegend durch die einen oder anderen natürlichen und historischen Besonderheiten unterscheiden. So ging M. M. Wiener [4]) hauptsächlich von botanischen und Bodenmerkmalen aus und teilte das Territorium des Europäischen Rußlands in



4 Gebiete: 1. Wald-, 2. Waldsteppen-, 3. Steppen-, 4. Wüstengebiet; diese zerlegt er wieder in 10 Rayons unter Berücksichtigung ihrer Eigentümlichkeiten in der Bodenbeschaffenheit und der Vegetation. Professor A. J. Skworzow[5]) geht in seiner Einteilung von den „primären“ physikalischen Merkmalen aus — der geographischen Lage, der Höhe über dem Meeresspiegel usw., denen er „sekundäre“ angliedert — Bodenbeschaffenheit, Klima und Bewaldung. Erst in dritter Linie zieht Skworzow auch die ökonomischen Merkmale in Betracht. In seiner späteren Arbeit geht A. G. Dojarenko[6]) von den Bedingungen des Klimas und des Bodens



Abb. 2. Der tatsächliche Rayon: Turkestan und seine neue politische Einteilung

aus, auf welche hin er 5 große Gebiete ausschneidet, die wiederum in 15 Rayons untergeteilt sind. Die Arbeit Prof. Dojarenkos stellt das Resümee aus den Beratungsarbeiten der Sowjetagronomen dar, welche in den Jahren 1918/19 in Moskau stattfanden, aber nicht ganz Rußland umfaßten, da dieses durch den Bürgerkrieg verhindert wurde. Alle diese Arbeiten, die kostbares Material liefern, stellen doch nur Vorarbeiten dar, da sie nicht dicht bis an die Hauptfrage nach der Schaffung integraler natürlicher und ökonomischer Rayons herangehen. Eine Antwort auf diese Frage kann nur durch den Bau eines Systems für die integrale Rayonierung gegeben werden, da praktisch sowohl wie theoretisch die physikalisch-geographischen Daten für eine Abgrenzung der Gebiete nicht ausreichen.

Rußland ist ein hauptsächlich ackerbauendes Land. Darum stellt es sich eine ganze Reihe von Gelehrten zur Aufgabe, ein System zur Errichtung integraler

landwirtschaftlicher Rayons auszuarbeiten, d. h. solcher Rayons, in denen nicht nur ein einziges, sondern eine ganze Reihe wesentlicher landwirtschaftlicher Merkmale zusammengefaßt würden. Vom ersten Versuch Arssenjews an, der in das Jahr 1818 fällt, hört die hartnäckige Arbeit in dieser Richtung für die Dauer eines ganzen Jahrhunderts nicht auf. P. P. Semjonow [7]) setzt 12 Rayons fest auf Grund der Bodenbeschaffenheit, der Bewässerung, des Wirtschaftssystems, der Entwicklungsstufe der landwirtschaftlichen Kultur, der industriellen Entwicklungsstufe, des Überflusses oder des Mangels an Korn in dem betreffenden Gebiet usw. A. J. Wassiltschikow (1876), A. S. Jermolow (1878), D. J. Richter, Prof. A. F. Fortunatow und schließlich in der neuesten Zeit A. N. Tschelinzew [8]), sie alle stellen ihre Systeme auf[*]).

Im Zusammenhang mit der gegen Ende des XIX. Jahrhunderts einsetzenden Industrialisierung Rußlands kommt das Bestreben auf, von den natürlich-historischen und landwirtschaftlichen Rayons zu Handel- und Industrierayons überzugehen. Einen derartigen Versuch machte der berühmte russische Chemiker D. J. Mendeljejew [10]). Er ging von drei Merkmalen aus: von der Entwicklung der Fabrikunternehmen und Industrien, des Transportes und den Bedingungen zur Erhaltung billigen Heizmaterials; er teilte das ganze Territorium des Zarenreiches in 14 Gebiete: 12 europäische, 1 sibirisches, 1 mittelasiatisches. Nach Mendeljejew kam eine Reihe von anderen Arbeiten, von denen ein beträchtlicher Teil aus privaten Vorkriegsorganisationen von Industriellen hervorgegangen ist (Exekutivkomitee der Kongresse der Bergindustriellen Südrußlands), deren Bestreben dahin

*) In den späteren dieser Arbeiten wird bereits den Fragen der Methodologie größere Aufmerksamkeit zugewandt. Die Theorie der Merkmale, nach denen die Rayons eingeteilt werden sollen, vertieft sich. In einer der letzten Arbeiten finden wir bereits ein wohlausgebildetes System von Merkmalen, welches die Resultate der vorangegangenen Arbeit zusammenfaßt. B. N. Knipowitsch [9]) setzt drei Arten von Merkmalen fest: 1) „Ursprüngliche Gradmesser" oder Voraussetzungen — von Anfang an bestehende statistische Gegebenheiten; nach diesen Merkmalen werden auf der Karte Rayons umrissen, und aus der Vergleichung der nach verschiedenen Merkmalen zusammengesetzten Rayons kann ein Rayon synthetisch bestimmt werden; 2) Indexe oder „Gruppengradmesser", welche die Gegebenheiten nach Art ihrer Merkmale synthetisieren und die Möglichkeit gewähren, organischere Rayons zu bilden; 3) „Fokale Merkmale" — das sind Merkmale, in denen sich, wie in einem Brennpunkt, die Gesamtheit aller Wirtschaftserscheinungen oder eines bestimmten Wirtschaftszweiges widerspiegelt: „Jede Eisenbahnstation stellt ein ganzes ökonomisches Obervatorium dar" (A. I. Tschuprow). Das Prinzip der fokalen Merkmale ist in letzter Zeit durch Professor J. G. Alexandrow erweitert worden, der ein Flußgebiet als Merkmal hinstellt, welches sowohl die natürlichen, wie die ökonomischen (Verkehrswege), wie die kulturellen (ursprüngliche Kolonisierung) Faktoren zusammenfaßt. Am vollständigsten ist in der letzten Zeit die Methode der Gruppengradmesser von Professor A. N. Tschelinzew ausgearbeitet worden; er geht bei der Errichtung seiner Rayons von dem Grade der Intensität der Landwirtschaft aus, welcher durch 5 Indexmerkmale, die statistisch genau festgestellt sind, gemessen wird. Schließlich gibt es noch einen interessanten Versuch, ein objektives und genaues ökonomisches Merkmal zu finden — den Brennpunkt. G. J. Baskin geht bei der Charakteristik der landwirtschaftlichen Rayons von der Wechselwirkung zwischen Markt und Bauernwirtschaft aus. Als Kriterium dieser Wechselwirkung soll nach seinem Vorschlag die Entfernung des Landwirtschaftsbetriebs vom Absatzmarkt angesehen werden. Wenn die Anwendung dieser Methode in bezug auf das ganze Territorium Rußlands auch gewisse Zweifel hervorruft, so ist ihre Bedeutung bei einer Rayonierung in Unterdistrikte (innerhalb der größeren natürlichen Rayons) unbestreitbar.



ging, ein System der Teilung Rußlands auf Grund industrieller Besonderheiten seiner einzelnen Teile aufzustellen.

Wir haben drei Systeme von integralen Rayons betrachtet: natürlich-historische, landwirtschaftliche und industrielle. Alle waren sie in ihren Grundzügen schon



Abb. 3. Der tatsächliche Rayon: der Nordkaukasische Gau

Erklärung der Zeichen:

——— Eisenbahnen. ——— Grenzen der autonomen Gebiete. —•—•— Grenzen der neueren Bezirke. Die Städte Wladikaukas und Grosnj stellen den Bezirken gleichberechtigte autonome Einheiten dar

von der vorrevolutionären russischen Nationalökonomie analysiert und gegeben. Charakteristisch für alle ist ihr Kausalcharakter, das Bestreben, Rußland als etwas Gegebenes zu begreifen. In vielen Fällen benützen die vorrevolutionären Arbeiten die Evolutionsmethode, bemüht die Rayons in ihrer Entwicklung

zu erfassen. Allein diese Methode gelangte nicht zur vollen Entfaltung. Die Arbeiten der russischen Nationalökonomen nach der Revolution sind von einem anderen Geiste durchdrungen. Ihr hervorstechender Vertreter ist Professor A. J. Alexandrow[11]), der Leiter der Arbeiten der „Gosplan" (Staatliche Planwirtschaftskommission) auf dem Gebiete der Ausarbeitung des Systems der ökonomischen Rayonierung. Alexandrow selbst nennt seine Methode eine teleologische. Er geht nicht davon aus, die Rayons als Resultat der vorangegangenen Wechselwirkung von natürlichen und wirtschaftlichen Faktoren zu begreifen, sondern als Ausgangspunkt der zukünftigen Entwicklung. Wesentlich für die Errichtung der Rayons sind die Ziele, die wir bei der Rayonierung im Auge haben. In Abhängigkeit davon kann man verschiedene Rayons bezeichnen. Diese Ziele selber aber kann man nur bezeichnen, indem man alle wirtschaftlichen und natürlich-historischen Besonderheiten in Anrechnung bringt, zu denen, wie weiter oben schon erwähnt wurde, Alexandrow noch einige neue hinzufügt. Hieraus ist klar ersichtlich, daß er bei der Errichtung seiner Rayons alle Ergebnisse der vorangegangenen Forschungsarbeiten benutzt, doch in einer Neubearbeitung vom Gesichtspunkt jener Ziele aus, die der Volkswirtschaft — als ein einziges organisches Ganzes aufgefaßt — gestellt werden.

Diese teleologische Richtung, die für die Mehrheit der nachrevolutionären Forschungen tief charakteristisch ist, finden wir auch bei einem anderen Leiter der Arbeiten der „Gosplan", bei ihrem Vorsitzenden G. M. Krschyschanowsky[12]). In den Arbeiten dieses letzteren wird besonders die Möglichkeit unterstrichen, die Rayons auf Grund der Ausnutzung elektrischer Quellen und jeglicher anderen Energien zu entwickeln. Die Idee energetischer Rayons widerspricht dem Gedanken Alexandrows durchaus nicht, sondern ergänzt ihn nur. In der Praxis fallen Alexandrows „teleologische" Rayons mit den „energetischen" von Krschyschanowsky zusammen. Das Pathos des Ziels, des Aufbaus, der Zukunft verbindet die Ideen dieser beiden Gelehrten, die der ganzen Arbeit, welche der Rayonierung Rußlands gilt, den Stempel ihres Geistes aufgedrückt haben.

Prinzipien und die Praxis der Rayonierung

Zum ersten Male wurde die Frage nach der Rayonierung auf dem siebenten Rätekongreß im Jahre 1919 gestellt. Als ein wichtiges Datum dieser Periode erscheint der achte Rätekongreß (Dezember 1920), auf welchem das berühmte Auftreten Lenins in der Frage der Elektrifizierung stattfand. Die Rayonierung tritt in Verbindung mit der Aufgabe der Elektrifizierung Rußlands („energetische Rayons"). Nach der Einsetzung der „Gosplan" am 1. April 1921 werden die Arbeiten der administrativen Kommission mit denen der Gosplan vereinigt. Vom November 1921 an wird die ganze Arbeit in einer Spezialkommission zur Rayonierung bei dem Präsidium des WZIK und unter dem Vorsitz M. J. Kalinins konzentriert. Die



Kommission Kalinins legte dem Präsidenten des WZIK ihre „Thesen" vor, welche am 13. April 1922 bestätigt wurden. Wir führen sie hier in den Auszügen an[18]).

I. „Die Rayonierung baut sich auf dem ökonomischen Prinzip auf. Als Rayon soll ein eigenartiges, nach Möglichkeit ökonomisch abgeschlossenes Territorium des Landes abgeteilt werden, das, dank der Kombination der natürlichen Besonderheiten, der kulturellen Errungenschaften und des Grades der wirtschaftlichen Entwicklung seiner Bevölkerung, ein Glied in der gemeinsamen Kette der Volkswirtschaft darzustellen vermag." ... „Hierbei werden (abgesehen von der planmäßigen Ausnutzung aller Möglichkeiten bei minimalsten Ausgaben) auch noch andere sehr wichtige Resultate erzielt: die Rayons spezialisieren sich bis zu einem gewissen Grade auf die Zweige, die bei ihnen am vollkommensten entwickelt werden können, der Austausch zwischen den Rayons aber wird streng auf die unbedingt notwendige Menge zweckmäßig verteilter Industrieerzeugnisse beschränkt."

II. „In Übereinstimmung mit unserer Verfassung und den allgemeinen Grundgedanken unserer nationalen Politik muß das ökonomische Prinzip der Rayonierung in solcher Gestalt in die Erscheinung treten, daß es zur materiellen und geistigen Entwicklung aller Nationalitäten und Völkerstämme der RSFSR *) beiträgt, je nach den Besonderheiten ihrer Lebensweise, Kultur und ökonomischen Verfassung.

Das von der Sowjetmacht verkündete Prinzip der Selbstbestimmung soll gewahrt werden, und die ökonomische Rayonierung soll als Basis für die allerhöchste Entfaltung autonomer nationaler Vereinigungen in wirtschaftlicher Beziehung dienen."

„... Die ökonomische Rayonierung soll das friedliche Zusammenleben und die brüderliche Mitarbeit aller Völkerstämme und Nationalitäten der RSFSR, wie auch der befreundeten und uns durch Verträge verbundenen Sowjetrepubliken sicherstellen."

Die Rayons nach dem Projekt der Gosplan:

1.	Nordwestliches	Gebiet	12.	Kaukasus-	Gebiet
2.	Nordöstliches	„	13.	Westsibirisches	„
3.	Westliches (Weißrußland)	„	14.	Jenisseisches	„
4.	Zentral-Industrielles	„	15.	Kusnezko-Altaisches	„
5.	Wjatsko-Wetlugisches	„	16.	Lensko-Baikalisches	„
6.	Ural-	„	17.	Jakutisches	„
7.	Südwestliches	„	18.	Ferner Osten	„
8.	Südliches Bergindustrielles	„	19.	Westkirgisisches	„
9.	Zentral-Schwarzerde-	„	20.	Ostkirgisisches	„
10.	Mittel-Wolga-	„	21.	Turkestan-	„
11.	Unter-Wolga-	„			

*) Die „Union" gab es damals noch nicht.

Das von der Gosplan vorgeschlagene System der Rayonierung blieb dennoch nur ein Projekt. Im weiteren Verlauf wurden verschiedene Änderungen hineingetragen[14]). Das Schema der Gosplan, wie auch die von ihr ausgearbeiteten Prinzipien der Planierung, dienten auf alle Fälle als Programm der weiteren, bereits rein praktischen Arbeit[15]).

Von der Art, wie die Prinzipien der Gosplan sich praktisch anpaßten, gibt die folgende interessante Beschreibung der Arbeit im Ural eine Vorstellung: „Für die nächsten 10 Jahre ist ein Schema der grundlegenden Eisenbahn- und Wasserwege entworfen worden. Die Gesamtheit der Distriktzentren (10—12) und der Rayonzentren, die in der Folge in Distriktzentren umgewandelt werden könnten (und noch 8—10 ergeben würden), ist bearbeitet worden. Das Gebiet ist in Produktionsabschnitte zerlegt: in industrielle — mit einer Aufteilung in Gruppen —, in landwirtschaftliche — mit einer Aufteilung in Zonen nach ihren natürlichen Bedingungen und ihren Wirtschaftssystemen. Die Dichte der Bevölkerung und ihre Zusammensetzung ist vermerkt, größere natürliche Hindernisse (wie Berge, Sümpfe, Waldmassive), die industrielle und kulturelle Anziehungskraft mit ihren wahrscheinlichen Modifikationen in den nächsten Jahren ist in Betracht gezogen, Landstriche sind bearbeitet und die Richtung der voraussichtlichen Entwicklung der Industrie sowie eine Reihe anderer Merkmale ... Gemäß den Gesamtergebnissen alles oben Ausgeführten ist das Schema der Distrikte bestimmt worden[16])." Als Resultat ergab sich, daß der Ural, statt in die früheren vier Gouvernements und 26 Ujesde, nunmehr in 15 Distrikte geteilt war.

Wir sehen, daß man tatsächlich nach integralen Distrikten sucht und dabei nicht nur die vorhandenen Bedingungen, sondern auch die Perspektiven der künftigen Entwicklung berücksichtigt. Als merkwürdiges Beispiel für die Anpassung der „teleologischen" Methode erscheint die Abtrennung des Distrikts des Sals (im nordkaukasischen Gau), der erst in Zukunft seine administrativ-wirtschaftliche Selbständigkeit zu rechtfertigen haben wird[17]). In der Praxis hat im allgemeinen die Frage nach der räumlichen Ausdehnung und der Bevölkerungsdichte der Distrikte eine große Bedeutung. In vielen Fällen ist dieses — bei der Teilung gleichartiger Raumgebiete — eines der wichtigsten Merkmale. Doch auch in jenen Fällen, wo das Territorium selbst eine Reihe mehr oder minder deutlich ausgeprägter Besonderheiten aufweist, muß dennoch mit der Zahl der Bevölkerung gerechnet werden. Dieses Moment hat bei der Rayonierung der Ukraine eine große Rolle gespielt[18]).

Es versteht sich, daß die Größe nur eines der Elemente zur Auffindung des gesuchten „optimalen" Distriktes ist. Im ganzen hängen die Schwierigkeiten der Lösung der Aufgabe von der Stufe der wirtschaftlichen und ökonomischen Differenziertheit des gegebenen Gebietes ab. So war es leicht, das Gebiet des Fernen Ostens in 9 Distrikte zu zerlegen, verhältnismäßig leicht auch war es in Nord-



kaukasien, schwieriger schon in Weißrußland (12 Distrikte, 118 Rayons), sehr schwierig in Kirgisien mit seinen gleichförmigen Steppen und seiner gigantischen Ausdehnung. Eine große Bedeutung besitzt die Arbeit, die in Turkestan nach der Durchführung der „nationalen Abgrenzung" geleistet wurde. In der Turkmenischen SSSR schlug die administrative Buntheit alle Rekorde: die Republik zerfiel in Gebiete, Ujesde, Woloste, Wilajets, Tumans, Kents usw. Nach der Bildung der Turkmenischen Republik wurde beschlossen, die Rayonierung durchzuführen, als deren Resultat die Republik augenblicklich 32 Rayons zählt. Nach der Turkmenischen wurde die Rayonierung der Usbekischen Republik vorbereitet und wird zur Zeit ausgeführt. Anstatt der jetzigen 9 Gebiete, 32 Ujesde und 264 Woloste sind hier 10 Distrikte und 87 Rayons vorgesehen. In beiden Republiken werden wirtschaftliche und nationale Merkmale der Teilung zugrunde gelegt [19]).

Die Rayonierung und das nationale Problem

Es ist, unserer Meinung nach, noch zu früh, über eine Einwirkung der in den einzelnen Gebieten Rußlands schon beendigten Rayonierung auf die wirtschaftliche Produktivität derselben zu urteilen [20]). Die positiven Wertungen, denen man häufig in der Sowjetpresse begegnet, ziehen in der Mehrzahl der Fälle nicht genügend die allgemeinen Faktoren des wirtschaftlichen Wiederaufbaues des Landes in Betracht, die auch ohne Rayonierung ihre Wirkung getan hätten [21]). Das soll nicht heißen, daß die neue administrative Teilung keine Resultate zeitigt — wir verfügen nur einfach noch nicht über genug Daten, um sie richtig einschätzen zu können.

In den Gebieten Rußlands mit gleichartigem ethnischem Bestand geht die politische Aufgabe der Rayonierung nicht über die Grenzen des rein administrativen Problems hinaus. Ist für Zentralrußland die Synthese der administrativen und ökonomischen Distrikte und Rayons gefunden worden? Auf diese Frage antwortet ein sowjetischer Erforscher der Verhältnisse: „... die Rayonierung, welche wir zur Zeit ausführen, ist eine administrative, aber keine ökonomische" [22]). Und weiterhin spricht derselbe Verfasser ein Urteil aus, das wir sogar allzu kategorisch finden: „Das Zusammenfallen administrativer und ökonomischer Grenzlinien ist zur Zeit nur in seltenen Ausnahmefällen möglich, und das Bestreben, diese Linien eine nach der anderen zu ziehen, ist in den meisten Fällen aussichtslos." Dieser übermäßige Pessimismus ist hervorgerufen durch übermäßige Erwartungen. Ein genaues Zusammenfallen „optimaler" administrativer und ökonomischer Rayons war gar nicht zu erwarten gewesen, doch ein annäherndes Zusammenfallen ist möglich und wird in den Fällen erreicht, wo die statistischen Feststellungen durch das verstärkt werden, was wir weiter oben die „Phänomenologie der Rayonierung" genannt haben, d. h. durch ein gesundes Gefühl für die geo-ökonomische Wirklichkeit.

Wir haben schon bemerkt, daß die faktischen Rayons sich erheblich von denen

der Gosplan unterscheiden. Die hauptsächliche Ursache für diese Abweichungen war der Wunsch, die neuen nationalen Gebilde zufriedenzustellen. Die Tatsache, daß in vielen nationalen Gebieten und Republiken die Grundbevölkerung häufig nur eine unbedeutende Mehrheit, ja zuweilen sogar eine Minderheit darstellte, erklärt sich hauptsächlich durch den Wunsch, ihr Territorium in der Weise „abzurunden", daß ihnen dadurch die notwendigen ökonomischen Hilfsquellen geboten wurden. Das behutsame Verhalten der Sowjetmacht gegenüber den Bedürfnissen und Ansprüchen der zu dem neuen Leben erweckten Nationalitäten war eine ausgesprochene Verletzung der Integrität des Prinzips der wirtschaftlich-administrativen Rayonierung. Dafür haben wir zahlreiche Beweise aus Sowjetquellen. Im ganzen „besaß das nationale Moment eine sehr wesentliche Bedeutung bei der Bildung einzelner administrativer Einheiten, die häufig nicht ihren ökonomischen Merkmalen gemäß, sondern geradezu denselben entgegen abgeteilt wurden" [23]).

Natürlich sind bei jeder Abgrenzung derartige Unstimmigkeiten unvermeidlich. Doch die weitere Praxis der Sowjetrayonierung beweist, daß die Überzeugung vom Primat der ökonomischen Bedürfnisse des ganzen Landes vor den überflüssigen Ansprüchen der einzelnen kleinen Völkerschaften immer mehr Anerkennung findet. Ein glänzendes Beispiel von der Versöhnung des nationalen und ökonomischen Prinzips gewährt die sowjetische nationale Abgrenzung in Mittelasien. Hier sind die national-kulturellen Bedürfnisse der lokalen Völkerschaften vollauf befriedigt, und gleichzeitig ist die Einheit der ökonomischen Regulierung gewahrt. Die durchgeführte Rayonierung der einzelnen mittelasiatischen Republiken hindert nicht ihre Zusammenfassung in ein einziges ökonomisches „Turkestaner Gebiet", das ungefähr nach dem Projekt des Gosplan abgeteilt worden war. Durch ein Dekret des WZIK vom 1. 10. 1926 wurde der „Mittelasiatische ökonomische Rat" gebildet mit Sitz in Taschkent und Kompetenz innerhalb der Grenzen von Turkestan [24]). Der Rat untersteht unmittelbar dem Rat der Volkskommissare der Union der SSR, seine Beschlüsse auf dem Gebiet der wichtigsten ökonomischen Fragen sind für alle Turkestaner Republiken und Gebiete verbindlich. Auf diese Weise ist in diesem Falle die Rayonierung mit einem dauerhaften ökonomischen Fundament unterlegt, welches nicht die geringsten Gefahren in bezug auf die Rechte der lokalen nationalen Interessen bietet. Ebenso und schon früher wurden bei der Errichtung des Nordkaukasischen Gaus die nordkaukasischen autonomen Gebiete in seinen Bestand miteingeschlossen. Eine analoge Gebietseinheit ist auch in Transkaukasien mit seinen drei autonomen Republiken und autonomen Gebieten erreicht. Alle haben sie ein einheitliches Budget und einen einheitlichen Wirtschaftsplan, welche stets beide unter voller Mitwirkung des Zentrums ausgearbeitet werden.

Eine Synthese zwischen der planmäßigen Regulierung der Wirtschaft, dem national-ethnographischen Prinzip und der zweckmäßigen Ausgestaltung der



administrativen Leitung zu finden, ist eine Aufgabe von ungeheurer Schwierigkeit. Die Arbeit vollzieht sich langsam, Schritt für Schritt in dem ganzen Territorium der Sowjet-Union. Nicht immer führt sie zu den gewünschten Resultaten, und nicht selten weicht sie von der prinzipiellen Richtlinie zugunsten lokaler oder temporärer Interessen ab. Allein aus allem, was hier gesagt worden ist, ist es nicht schwer, den Schluß zu ziehen, daß diese Aufgabe mit jenen tiefsten Prozessen der wirtschaftlich-politischen Umgestaltung Rußlands verknüpft ist, die noch auf viele Jahre hinaus seine ganze Zukunft bestimmen werden. Die Rayonierung ist eine stille, nach außen wenig bemerkbare Angelegenheit. Und dabei schafft gerade sie jene Formen, in welche sich das schäumende, fließende, zerschmelzende revolutionäre Rußland ergießt.

ANMERKUNGEN. Den drei beigefügten Karten liegen die Karten aus dem Werk „Die Ökonomische Geographie der SSSR" von N. Baransky (Moskau 1927) zugrunde. 1) Zweibändiges Sammelwerk: „Die kleine Semstwo-Einheit", St. Petersburg 1908. — 2) K. J. Arsenjew in den „Statistischen Aufsätzen über Rußland", 1848. — 3) Das Problem wurde in den Arbeiten des Vorläufigen deutschen Reichswirtschaftsrats bei der Diskussion über die Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten berührt. Ein Verzeichnis der ausländischen Literatur über diese Fragen finden wir bei H. Finer, „Representation Government and a Parliament of Industrie", London 1924. — 4) W. W. Wiener, „Organisationsentwurf zur Erforschung der Landwirtschaft in Rußland nach Rayons", St. Petersburg 1908. — 5) Prof. A. J. Skworzow, „Die Wirtschaftsrayons des Europäischen Rußlands", St. Petersburg 1914. — 6) „Die landwirtschaftlichen Gebiete nach den Materialien der allrussischen und provinziellen Konferenzen", 1919, zusammengestellt von Prof. A. G. Dojarenko, herausgegeben vom Volkskommissariat für Agrarwesen, Moskau 1920. — 7) Veröffentlicht im „Statistischen Jahrbuch des Russischen Reichs für das Jahr 1871", herausgegeben vom Statistischen Zentralkomitee. — 8) Prof. A. J. Tschelinzew, „Aufsätze über die landwirtschaftliche Ökonomie", 1910, von demselben Verfasser „Zustand und Entwicklung der russischen Landwirtschaft nach den Daten der Zählung 1916", Charkow 1918. Eine Zusammenfassung der Arbeiten Prof. Tschelinzews gibt Prof. N. Oganowsky in den „Aufsätzen über die ökonomische Geographie der SSSR", Moskau 1924. — 9) B. N. Knipowitsch, „Zur Methodologie der Rayonierung", Moskau 1921. — 10) D. J. Mendelejew, „Zur Erkenntnis Rußlands", 1906. — 11) Prof. A. J. Alexandrow, „Die Grundlagen der wirtschaftlichen Rayonierung der SSSR", Moskau und Leningrad 1924. — 12) G. M. Krschyschanowsky, „Die wirtschaftlichen Probleme der RSFSR und die Arbeiten der Gosplan", Moskau 1921. — 13) Zitiert nach dem von der Gosplan herausgegebenen Buch „Die Rayonierung der SSSR, Materialsammlung zur Frage der Rayonierung von 1917 bis 1925", Moskau 1926. — 14) „Die Rayonierung des Fernen Ostens", „Planwirtschaft" 1926, Nr. 5. — 15) Die ausführlichen Angaben über administrative Teilung der SSSR finden sich in zahlreichen offiziellen Veröffentlichungen. Siehe „Territoriale und administrative Teilung der UdSSR zum 1. Januar 1926", herausgegeben von dem Volkskommissariat des Innern; Ssulkjewitsch, „Die administrativ-politische Struktur der SSSR", Moskau 1927. — 16) „Die Rayonierung", S. 156. — 17) Prof. A. M. Ladyschnikow, „Die Rayonierung des Nordkaukasischen Gaus", „Planwirtschaft" 1926, Nr. 5. — 18) Gr. Grinko, „Planierungsprobleme der ukrainischen Ökonomik", „Planwirtschaft" 1926, Nr. 4. — 19) „Iswjestija", 4. 11. 26. — 20) L. Nikitin, „Die Rayonierung in den letzten fünf Jahren", „Planwirtschaft" 1926, Nr. 3. — 21) Ein Beispiel dieser Wertung enthält die „Iswjestija" vom 30. 12. 26, „Die ersten Ergebnisse der Rayonierung des Sibirischen Gaus". — 22) S. J. Scharow, „Zur Frage der nächsten Aufgaben der Rayonierung", „Planwirtschaft" 1926, Nr. 8. — 23) „Rayonierung", S. 61. — 24) „Iswjestija" 1926, 2. 11. 1926.

HANS F. ZECK:

U. S. A.

Die Wiederentdeckung Amerikas beim Suchen nach dem Seewege nach Indien war ein Ereignis von planetarischer Wucht und Wirkung. Seitdem hat der neue Erdteil die Entwicklung der Alten Welt ununterbrochen beeinflußt. Anfangs passiv, dann in steigendem Maße aktiv, bis sich im, besonders aber nach dem Weltkrieg das Schwergewicht des wirtschaftlichen Lebens zugunsten Amerikas verschob. Was das bei der steigenden Bedeutung des wirtschaftlichen Momentes gegenüber den politischen bedeutet, ist offenbar.

Wenn wir nach den Gründen forschen, so stellen wir einen erheblichen Einfluß geopolitischer Elemente fest. Die U. S. A. sind hineingestellt in einen Lebensraum, wie wir ihn in gleicher Einheitlichkeit nur noch in Südamerika, sonst nicht mehr in der Welt finden. Das ist vielleicht das stärkste Aktivum, das zu dem einheitlichen geschlossenen Aufbau führte. Diese günstige geopolitische Struktur ballte alle Kraft zusammen. Aber dieses geopolitische Moment hat ein doppeltes Gesicht, es wirkt nicht bloß konzentrierend nach innen, sondern in gleichem Maße schützend nach außen. Der breiten Mulde, die sich von Westen nach Osten verflacht, um im Osten gegen das Meer wieder kleinere Erhebungen zu zeigen; die auf beiden Seiten vom Meer bespült an den großen Weltstraßen liegt, die im Norden von der Arktis, im Süden durch eine Enge begrenzt wird, drohen keinerlei äußere Gefahren.

Während der nördliche Nachbar, Kanada, schon in der subarktischen, die südlichen Nachbarn in der tropischen Klimazone liegen, liegen die U. S. A. vollständig in der subtropischen und gemäßigten Zone. Wenn trotzdem gegenüber Europa eine wesentliche Klimadifferenz vorliegt, so ist das durch das freie Hereinstreichen der Winde von den drei offenen Seiten her bedingt. Kalte, trockene Nordwestwinde wechseln mit kalten, feuchten Nordostwinden und heißen Südwinden so schnell ab, daß innerhalb weniger Stunden Schwankungen von 14 bis 17 Grad Celsius zu beobachten sind.

An der Europa zugewandten atlantischen Küste, wo der Hauptstamm der Einwanderer sitzenblieb und fast $^3/_4$ der Gesamtbevölkerung ansässig ist, vermehrt die feuchte Meerluft die Reaktionsfähigkeit der Menschen auf Kälte und Hitze. Kein Wunder, wenn das Klima den Charakter dieser Menschen in Arbeit und Genuß, im Wollen und Empfinden wesentlich mitbestimmte. Zur Stetigkeit und Innerlichkeit des kontinentalischen Einwanderers trat die Neigung zur Sprunghaftigkeit und Extravaganz. Wenn wir noch hinzufügen, daß es durchweg nur lebenskräftige, zähe und arbeitsame Naturen gewesen sind, die sich in der Koloni-



sation zu behaupten vermochten, haben wir alle Elemente des zur Zeit führenden Menschentypus der U. S. A. beisammen.

Wenn Europa bis 1914 selbst Amerika gegenüber seine unbestrittene Vormachtstellung in der Welt behaupten konnte, so verdankte es das vornehmlich drei Faktoren:

1. dem politischen und wirtschaftlichen Erobererwillen, der die Erträgnisse anderer Länder in die eigenen Dienste zwang. Das heißt, Europa schuf sich für die fehlende heimische Rohstoffgrundlage Ersatz in den Kolonien und Ländern, die ihm politisch, wirtschaftlich oder finanziell hörig waren;

2. der wissenschaftlich hoch entwickelten Technik und dem Organisationstalent. Die Erschließung der Reichtümer der Welt ging unter der Leitung und mit den Hilfsmitteln Europas, insbesondere seinem Kapital, vor sich;

3. der reichlich vorhandenen Arbeitskraft, die zum Teil sehr hoch entwickelt war. Der europäische Qualitätsarbeiter hat heute seine Standardstellung noch nicht ganz eingebüßt, wenn auch Amerika in manchen Sparten ihm gleichkommt.

Gestützt auf diese Faktoren und von ihnen ausgehend, hat Europa die Wirtschaft der U. S. A. durch peripherische Einwirkung aufgebaut. Hinzu kam die Auswirkung der europäischen Kräfte innerhalb der U. S. A. durch die Einwanderer. Die Erschließung des Landes, der Bau der riesigen transkontinentalen Bahnen, die Einrichtung der gewaltigen Industrie ist von Europa finanziert worden. Das rasende Tempo der Entwicklung, gestützt auf die günstigen, natürlichen Vorteile und Reichtümer, gab dem Lande die Möglichkeit, schon um die Mitte des vorigen Jahrhunderts auch innerlich den Kolonialcharakter abzustreifen, um eine politische Großmacht eigner Prägung zu werden. Was noch fehlte, war die absolute wirtschaftliche Selbständigkeit. Bis diese Stufe erreicht war, sollten noch Jahrzehnte vergehen. Man erinnere sich nur, daß Deutschland den U. S. A. noch um die Jahrhundertwende zweimal in größter Krisis beigesprungen ist — 1895 und 1907!

Die Entwicklung zur wirtschaftlichen Selbständigkeit wird gekennzeichnet durch die drei Entschuldungsperioden. Mit Beginn der 90er Jahre, als die große Konjunktur in Amerika einsetzte, begann die finanzielle Loslösung von Europa. Nach Überwindung des Rückschlages von 1895 sind allein in den Jahren 1897/98 unter dem Schlagwort der Repatriierung für etwa 800 Millionen Dollar Wertpapiere in die U. S. A. zurückgeflossen. Die zweite Entschuldungsperiode fällt in die Jahre 1907—1912, wo die U. S. A. zum Gläubiger Lateinamerikas werden. In diesen beiden Perioden hat sich die Inlandsverwertung der Rohstoffe so weit fortgebildet, daß die U. S. A. ihren Charakter als Rohstofflieferant aufgaben und zum Warenlieferant wurden. Auf dieser Basis entwickelte sich im Weltkriege die dritte Periode: der Umschwung vom Schuldner- zum Gläubigerstaat. Heute schuldet die Welt den U. S. A. etwa 80 Milliarden Mark, davon ihren Bundes-

genossen aus dem Weltkriege allein 46 Milliarden, jene Summe also, die dem Dawesplan zugrunde liegt. Wir sehen, Amerika hat sich von Europa unabhängig gemacht, indem es jene Faktoren, auf denen einst Europas unbestrittene Vormachtstellung beruhte, in den Bannkreis seiner eigenen Arbeit und Wirtschaftspolitik zog. Jetzt streben die U. S. A. mit aller Energie danach, ihre dominierende Stellung auszubauen und zu festigen. Und auch dabei kommen ihnen geopolitische Momente in erheblichem Umfange zustatten, wenn auch andererseits wieder Momente — ebenfalls geopolitischer Prägung — das Endziel zu gefährden drohen.

Vier Probleme sind es, die heute die Weltpolitik beherrschen:

1. das Streben der Sieger um Sicherung der Macht und der Wille der Besiegten, wieder hochzukommen;

2. der Kampf um die Macht unter den Siegern selbst;

3. die politischen Macht- und Interessenkämpfe innerhalb der einzelnen Staaten, besonders die sozialen Kämpfe, und

4. der Kampf um die größten Anteile an der Weltwirtschaft.

Alle vier Probleme überschneiden sich und lassen sich nicht absolut voneinander trennen. Aber in allen vieren scheint Amerika besonders günstig zu stehen. Das bedingt seine bevorzugte Lage in einem geschlossenen Erdraum, der weit abliegt von den Kampfstätten des Weltkrieges und den direkten wie indirekten Besiegten. So ist ihm die Möglichkeit gegeben beim Fehlen sozialer Kämpfe, gestützt auf sein wirtschaftliches Übergewicht, ein vollständiges Eigenleben zu führen.

Voraussetzung aber für die Erhaltung dieser „splendid isolation" ist die Erhaltung der absoluten wirtschaftlichen Überlegenheit, als Grundlage der amerikanischen Machtstellung. Kein Wunder, daß Amerika mit aller Kraft um seinen wirtschaftlichen Vorsprung kämpft, und der Kampf scheint ihm zu glücken. Der flüchtige Beobachter sieht eitel Glanz und Sicherheit. Dennoch, wer schärfer prüft, findet brüchige Stellen. Es scheinen Gefahren für die amerikanische Vormachtstellung heraufzuziehen, deren Umfang sich noch nicht absehen, nur ahnen läßt. Diese Gefahrenquelle liegt im Lande selbst, in seiner Landwirtschaft.

Wurde dem Export der Agrarprodukte in der Schuldnerzeit der U. S. A. jede erdenkliche Erleichterung zuteil, weil mit der Ausfuhr Schulden getilgt und Zinsen bezahlt wurden, so ist das heute anders geworden. Der Krieg brachte eine industrielle Expansion unerhörten Umfangs. Weil diese Expansion traditionslos war, konnte sie ohne innere oder äußere Hemmungen neue Wege in Theorie und Praxis gehen. Ein unerschöpflich scheinendes Finanzreservoir erleichterte den Umschichtungsprozeß. Beschleunigt wurde er durch die Notwendigkeit, mit Kriegsende die inneramerikanische Produktion vor der europäischen Konkurrenz zu schützen. Starke Prohibitivzölle hielten jede fremde Konkurrenz fern und ermöglichten die Schaffung eines isolierten Wirtschaftsgebietes. Einwandererverbote, zum mindestens doch Erschwerungen, sicherten ein hohes Lohnniveau. So war die

Kaufkraft des isolierten Gebietes geschützt. In diesem hermetisch abgeschlossenen Wirtschafts- und Lebensraum begann der Kampf gegen die schon am Horizonte auftauchende, von der Seite der Überproduktion her drohende wirtschaftliche Krisis.

Während die Alte Welt sich damit begnügte, durch Erhöhung der Diskontsätze die Produktionslust einzudämmen, ging man in Amerika einen neuen Weg. Die Konsumkraft wurde der Produktionskapazität angepaßt. Der Konsum wurde ebenso finanziert, wie man in der Alten Welt die Produktion finanziert hatte. Die Verbreiterung der Konsumbasis gab die Möglichkeit, die Produktion wesentlich im Inlande unterzubringen. Das bedeutete eine eminente Steigerung der Sicherheit im ganzen Produktions- und Handelsgeschäft. Nur mußten Produktion und Konsum möglichst genau aufeinander abgestimmt sein. Zweifellos ist es gelungen, diese Gedankenfolge in ihren Hauptsätzen durchzuführen. Man kann zusammenfassend sagen, daß der Schwerpunkt der Wirtschaft der U. S. A. sich in die industrielle Produktion verschoben hat, die durch eine ungeheure Kapitalmacht gestützt, durch Absperrung von ausländischer Konkurrenz die mechanische Anpassung der Produktion an die Konsumkraft erreicht und so einen in sich geschlossenen, automatisch balancierenden Umlaufprozeß weitgehend verwirklicht hat.

Der einzige Zweig der amerikanischen Volkswirtschaft, der sich diesem System nicht eingefügt hat, ist die Landwirtschaft. Es ist unmöglich, den Umfang der Agrarprodukte irgendwie vorher zu bestimmen, weil bei der organischen Grundlage der Landwirtschaft, ihrer Abhängigkeit von Bodengestalt und Klima und den dadurch bedingten starken Schwankungen keine so absoluten Werte für die Wirtschaftspolitik herausgestellt werden können, wie bei Industrie und Handel. Diese absoluten Normen aber, besonders in der Wertung des Einkommenfaktors, sind unbedingt notwendig, um die Kaufkraft eines so bedeutenden Konsumfaktors, wie die Landwirtschaft ihn darstellt, zu bemessen. Die Unmöglichkeit, feste Werte zu finden, bringt in die Berechnung der industriellen Produktionskapazität ein außerordentlich unsicheres Element. Umfang der Ernte, Preis der Erzeugnisse und damit die Höhe des Farmereinkommens stellen dieses Moment privat- und volkswirtschaftlicher Unsicherheit dar. Dieses Moment der Unsicherheit aber wiederum stellt die Landwirtschaft außerhalb des wohlabgehobenen und genau festgelegten, in der Industrie verankerten wirtschaftspolitischen Programms der U. S. A. Jeder Versuch der Farmer, sich dennoch in das System einzugliedern, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. So muß der Farmer sich als Fremdkörper fühlen, und das um so mehr, weil jenseits der Unmöglichkeit, sich organisch in das Programm einzufügen, seine Interessen in ganz anderer Richtung laufen. Er muß seine Erzeugnisse, die er auf dem Inlandsmarkte nur zum Teil absetzen kann, exportieren. Die Notwendigkeit des Exportes aber muß sich ergänzen durch die Möglichkeit des Importes, besonders in europäische Länder. Diese aber fühlen sich durch die überspannte Prohibitivpolitik Amerikas bedroht und erschweren

nach Kräften die Einfuhr amerikanischer Agrarprodukte, weil sie hier die einzige Möglichkeit sehen, den U. S. A. beikommen zu können. Lockerung der amerikanischen Einwandererkonditionen und Entgegenkommen in der Zollfrage werden als Gegenleistung gefordert. Ein Entgegenkommen aber in diesen Punkten muß von der Industrie und der verbündeten Kapitalmacht, weil ihren Interessen zuwiderlaufend, illusorisch gemacht werden. Erleichterte Wareneinfuhr vergrößert das amerikanische Warenkontingent und erschwert die Anpassung von Produktion und Konsum. Erleichterte Einwanderung bedeutet vermehrtes Arbeitsangebot und damit Lohnsenkung, also Schmälerung der Konsumkraft. So wird auch die Erbitterung der Farmer gegen das Wirtschaftssystem der Vereinigten Staaten verständlich, eine Verbitterung, die ihren Niederschlag in der scharfen politischen Opposition der Farmer findet.

Diese Opposition stellt bei der zahlenmäßig großen Bedeutung des Farmerelementes in den U. S. A. einen politischen Faktor dar, mit dem jede Regierung ernstlich rechnen muß. Man will den Farmer mit Konzessionen aus seiner Oppositionsstellung verdrängen. So wird allen Ernstes der Gedanke erwogen, die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf gesetzlicher oder finanzieller Basis zu stabilisieren, um in das Preis- und damit Einkommenmoment ein wenigstens einigermaßen konstantes Element hineinzubringen.

Aber auch mit anderen, privatwirtschaftlichen Mitteln wird versucht, der Krisis zu Leibe zu rücken. Da die Banken die Ernte oft schon vor der Einholung beliehen haben und so die Preise bestimmen, d. h. die Gewinne einheimsen, wird versucht, die Banken auszuschalten. In den letzten Jahren sind eine Reihe von Genossenschaften gegründet worden, deren Arbeitsweise allerdings wesentlich von den in Europa üblichen Methoden abweicht. Sie haben in der Regel keine eigene Kapitalbasis, sondern beschaffen sich ihr Arbeitskapital durch die Lombardierung der von den Farmern abgelieferten Warenvorräte. Bei der großen Geldflüssigkeit und Billigkeit macht die Beschaffung der Lombardgelder keine Schwierigkeiten, und die Verzinsung bedeutet keine wesentliche Verteuerung. Dieses Genossenschaftssystem steckt noch in seinen Anfängen. Eine zentrale Zusammenfassung, wie etwa in Deutschland, fehlt. Aber die Erkenntnis, daß die Zusammenfassung eine wesentliche Machtsteigerung bedeutet, nimmt zu. Kommt sie aber zustande, genügt die bisher geübte primitive Kapitalbeschaffungsmethode nicht. So ist es denn eine der Forderungen der Landwirtschaft an die Regierung geworden, ihr die fehlenden Mittel zu stellen. Die Regierung ist auch bereit, den Genossenschaften einen 100-Millionen-Dollarkredit zu verschaffen, nur will sie ihn nicht selbst geben, sondern einen offiziellen Druck auf die Banken ausüben, um sie zur Hergabe zu veranlassen. Allem Anschein nach kommt der 100-Millionen-Kredit bestimmt, ob nun durch die Banken oder von seiten der Regierung. Ein anderes Mittel zur Bekämpfung der inneren Agrarkrisis liegt auf rein agrartechnischem



Gebiete. Während bisher ganze Distrikte mit der gleichen Frucht angesetzt waren und ein Fehlschlag das ganze Gebiet in Mitleidenschaft zog, sehen wir in den letzten Jahren eine Steigerung in der Mannigfaltigkeit der Produktion. Es wird immer seltener, daß ein einzelner Farmer oder ein ganzer Bezirk nur eine Pflanze baut. Auch die auf unseren Böden alter Kultur längst geübte Fruchtfolge setzt sich immer mehr durch. Die Edelviehwirtschaft verschafft sich ebenfalls Eingang. In einer Reihe von Bezirken hat sich auch der Großanbau von Gemüse rentabel gezeigt. Kurz und gut, wir sehen, daß, aus wirtschaftlichen Gründen und stellenweise auch durch das Schwinden der natürlichen Bodenkraft bedingt, die europäische Agrartechnik sich Eingang verschafft. Der Übergang zum gemischten Betriebe ist nach einer Statistik des Landwirtschaftsministeriums der U. S. A. im Jahre 1926 schon so weit fortgeschritten, daß die Landwirtschaft gar nicht mehr als Saisonbetrieb angesprochen werden kann, da der Farmer mit Ausnahme von zwei Monaten das ganze Jahr hindurch mit dem Eingang von Erlösen aus seinen verschiedenen Produktionszweigen rechnen kann.

Wie dem aber auch sei, alle diese Versuche, ob von der Regierungsseite in Szene gesetzt oder der eigenen Arbeit der Farmer entsprungen, müssen scheitern, denn es gibt keine Lösung der in der Agrarproduktion liegenden Unsicherheiten. Die Landwirtschaft wird immer das Moment der volkswirtschaftlichen Unsicherheit und damit die Gefahr für die amerikanische Wirtschaft bleiben. Sie wird auf die Dauer das gekünstelt ausgeklügelte Wirtschaftssystem durchbrechen müssen. Die Frage ist nur, ob dann die U. S. A. in sich stark genug sind und die Welt wirtschaftlich gefestigt genug ist, diese gewaltige Unruhewelle ohne nachhaltige Erschütterungen zu überwinden. Auf alle Fälle aber ist die amerikanische Landwirtschaft der Pionier des weltwirtschaftlichen Ausgleiches.

HANS SPETHMANN:

NEUE WEGE IN DER LÄNDERKUNDE

Die nachstehenden Ausführungen sind Zusammenfassungen einiger Abschnitte eines Buches, das der Verfasser unter dem Titel „Dynamische Länderkunde“ im nächsten Jahr erscheinen lassen wird. Sie behandeln ein methodisches Grundproblem nicht der Geopolitik, sondern der Geographie. Bei der Innigkeit der Beziehungen zwischen Geopolitik und Geographie haben diese Ausführungen jedoch auch für die erstere wesentliche Bedeutung, so daß die Veröffentlichung an dieser Stelle durchaus gerechtfertigt ist. Lautensach.

Es gibt wohl neben der Philosophie keine andere Wissenschaft, die wie die geographische Länderkunde einen derart umfassenden Stoff irdischer Erscheinun-

gen und Vorgänge jeweils in einem einzigen Brennpunkt zu sammeln trachtet. Ihr Ziel ist, die Erdoberfläche mit ihrer dinglichen Erfüllung in Form von Ländern erkenntnismäßig darzustellen. Es ist klar, daß bei einer so hohen Aufgabe sich im Laufe der Zeit ein reiches methodisches Schrifttum aufgebaut hat. Um einen Fortschritt zu erzielen, ist es aber ratsamer, unmittelbar an die vorliegenden länderkundlichen Werke anzuknüpfen, die mitunter zu den theoretischen Auslassungen in nicht geringem Widerspruch stehen, auch wenn sie von den gleichen Verfassern herrühren. In dem Entwicklungsgang einer Wissenschaft pflegen im allgemeinen die theoretischen Erwägungen, so dankenswert sie an und für sich sein mögen, nicht die erste Rolle zu spielen, sondern der Lehrende wie der Lernende greift immer wieder eher zu den Werken, in denen der Gegenstand tatsächlich abgehandelt ist, als zu jenen, die zeigen wollen, wie er abgehandelt werden sollte.

Bei einer vergleichsweisen kritischen Würdigung ergibt sich, daß die Länderkunden oft ihren Gegenstand verzerren. Die länderkundliche Betrachtung pflegt zwar mit Recht eine Reihe verschiedener Standpunkte einzunehmen, wählt aber oft den einen höher als den anderen und liest von diesem aus mit einem Vergrößerungsglas zahlreiche Kleinheiten auf, schaut aber von jenem nur flüchtig um sich und nimmt vor allen Dingen oft das Blickfeld verschieden weit. Insbesondere hat man der Morphologie eine Überwertung zuteil werden lassen. Wenn in einer Länderkunde der österreichischen Alpen die physikalischen Vorgänge an Gletschern teilweise in der historischen Entwicklung der Ansichten gewürdigt werden, so sind es gewiß wichtige Dinge, sie gehören aber nicht in eine Länderkunde. Müßte man mit demselben Rechte nicht auch den Gang der Ansichten über die Entstehung von Dolomit und Porphyr, von Gneis und Granit innerhalb einer Länderkunde der Alpen bringen? Oder müßte man in gleicher Ausführlichkeit in anderen Abschnitten nicht auch das Konstruktive der Hausformen ebenso erläutern wie das Konstruktive des Gletschereises, um nur eine einzige Folgerung zu ziehen, die man auf zahlreiche andere Gegenstände übertragen könnte?

Eine zweite Gruppe von Verzerrungen rührt daher, daß Wesentliches und Unwesentliches miteinander vermengt wird. Derart hat sich im Laufe der Jahre viel Ballast angesammelt, eine materielle Bereinigung ist dringend notwendig. Ein Unterteil dieser Gruppe ist die Behandlung des Banalen. Eine weitere Form methodischer Verzerrungen beruht darauf, daß viele an und für sich richtige geographische Tatsachen in einseitiger Beleuchtung behandelt werden. Bringe ich ausschließlich eine geographische Leitlinie und würdige sie nicht in ihrer Verbundenheit mit den übrigen, so gelange ich leicht zu einer einseitigen Überschätzung. Um ein Beispiel zu nennen: Es wird in Länderkunden als etwas ganz Natürliches angesehen, daß Berlin infolge seiner geographischen Lage dort aufwuchs und zu mächtiger Entfaltung gelangte, wo es sich heutigentags befindet. In Wirklichkeit war die ursprünglich treibende Kraft ein durchaus künstlicher



Vorgang, indem das Geschlecht der Hohenzollern seinen Herrschersitz von der Burg zu Tangermünde wegen Streitigkeiten mit den umliegenden Bauern nach Cölln an der Spree verlegte. Würde Berlin heutigentags an der Stelle von Tangermünde liegen, wieviel mehr würde man in länderkundlichen Kreisen behaupten, daß gerade dieser Punkt von Natur aus der gegebene für Deutschlands Hauptstadt gewesen ist!

Neben derartigen nicht geringen maßstäblichen Verzerrungen läuft eine zweite Welle von Unausgeglichenheiten, indem einzelne länderkundliche Zweige so gut wie gar nicht gepflegt werden und wie weiße Flecken auf einem Kartenbild erscheinen. Am wenigsten sollte man es von der Landschaftsschilderung erwarten, die in den meisten länderkundlichen Werken gänzlich fehlt — das von Lautensach ist eine der wenigen Ausnahmen —, obwohl sie mitunter theoretisch von ihren Verfassern auf das nachhaltigste gefordert wird. Es sieht heutigentags fast so aus, als will man Kunde von Ländern verbreiten und kann sie nicht mehr schildern.

In der äußeren Aneinanderreihung der einzelnen Standpunkte länderkundlicher Betrachtung legt man ebenso wie auch innerhalb der Unterabschnitte in der Regel den historischen Werdegang zugrunde, um eine Ursächlichkeit herauszuarbeiten. Es ist länderkundlich kaum einmal der Gedanke aufgeworfen, den Blick umgekehrt zu richten, von der Gegenwart in die Vergangenheit, obwohl diese Richtung sich in doppelter Hinsicht mit dem Wesen der Länderkunde deckt. Mit der historischen Betrachtungsweise hängt es zusammen, daß man fast immer die Gegenwart ganz vergißt, daß man zu sehr übersieht, daß sie selber noch Werdendes ist und nicht etwas Gewordenes, daß sie sich in steter Umbildung befindet und nicht etwas Konstantes verkörpert. Es ist geradezu Brauch geworden, sich auf einen länderkundlichen Gegenstand wie auf eine Leiche zu stürzen, um ihn mit dem Messer der Erklärung zu sezieren.

Durch die vorwiegend historische Gewinnung länderkundlicher Ergebnisse hat sich als weiterer methodischer Nachteil eingebürgert, daß in den Länderkunden viele geschichtliche Tatsachen aus der Morphologie oder Pflanzenwelt oder vom Tun und Lassen der Menschen mitgeteilt werden, die mit dem heutigen länderkundlichen Bild überhaupt nichts mehr zu tun haben. Hierbei ist einer der größten Irrtümer der heutigen länderkundlichen Methode, daß sie an jeden Gegenstand nach einem festen Schema herantritt, indem man zunächst die Oberflächenformen betrachtet, alsdann das Klima, weiter die Bewässerung, die Pflanzen- und die Tierwelt; nunmehr folgen Besiedlung, Wirtschaft und Verkehr und andere Züge menschlicher Tätigkeit. Man hat hierfür sogar eine Untersuchungstabelle entworfen. Betrachten wir die einzelnen Glieder genauer, so gelangen wir bald zu dem Ergebnis, daß viele ihrer Erscheinungen ursächlich gar nicht durch die vorher betrachteten bedingt sind. Greifen wir hier als einziges Beispiel die Würdigung von Pflanzen- und Tierwelt heraus. Sind Pflanzenwelt und Tierwelt

im Kausalzusammenhang vor den Faktor Mensch zu stellen? Wir wandern durch Norddeutschlands Felder und Wälder, über die kahlen Hänge von Wales, erfreuen uns an den üppigen Getreidefluren der Ukraine, bewundern die Baumwollplantagen der Südstaaten, wir sammeln die Teespitzen auf javanischen Hügeln, staunen über die starken Büffel Argentiniens und schätzen das Schaf, das uns in Australien, Südafrika oder in Südamerika einen wertvollen Spinnstoff liefert. Sind diese Bilder von Natur aus verständlich? Kann die Ausbreitung von Wäldern und Wiesen, kann die Grenze von Getreide oder Palmen, die Verteilung von Elefant und Kamel ursächlich vor der Würdigung des Menschen gebracht werden? Auf weiten Räumen des Erdballs sind die Lebensreiche von Pflanzen und Tieren ein ausgesprochenes Kunstprodukt des Menschen. In Mittel- und Westeuropa werden die kümmerlichen Reste der Urwüchsigkeit unter staatlichem Schutz konserviert. Den Landschaften des Mittelmeers und im Orient haben die Bewohner seit Jahrtausenden ihren Willen vorgeschrieben, Indien, China und Japan wissen ein Gleiches zu erzählen. In ganz Nord- und Mittelamerika ist man seit einem Jahrhundert mit Nachdruck an der Arbeit, dasselbe zu vollziehen, in Südafrika stehen wir am Anfang des nämlichen Prozesses. In all diesen Fällen wird es in der heutigen Methode den Tatsachen nicht gerecht, die Pflanzen und Tiere vor dem Menschen zu behandeln. Es würde aber auch nicht der Wirklichkeit entsprechen, in jedem Erdraum die menschliche Kultur den Pflanzen und Tieren überzuordnen.

Noch viel widerspruchsvoller wird die heutigentags übliche Reihenfolge in jenem länderkundlichen Teil, der den Einfluß des Menschen in den Vordergrund rückt. Man pflegt ihn mit der Darstellung von Besiedlung und Bevölkerung zu eröffnen, um dann das Wirtschaftsleben abzuhandeln. In Wirklichkeit steht die Besiedlung im Bann der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wo kein Erwerb zu finden ist, kann der Mensch nicht leben, und umgekehrt, wo sich gute und vielseitige Verdienstmöglichkeiten bieten, pflegt er sich so dicht wie nur irgend möglich niederzulassen. In konsequenter Durchführung einer „Ursachenreihe" müßten demnach die wirtschaftlichen Verhältnisse vor den Darlegungen über die Bevölkerung gebracht werden. Alsdann aber gelangen wir sofort zu einem neuen Widerspruch. Wirtschaftliche Betriebe sind ohne Menschen nicht möglich, folglich muß eine Besiedlung des Landes vorausgegangen sein. In einigen Werken hat man auch dieser Tatsache Rechnung getragen, deshalb den Abschnitt Besiedlung und Bevölkerung aufgeteilt, erst die Besiedlung gewürdigt, dann die wirtschaftlichen Verhältnisse und nunmehr die gegenwärtige Verteilung der Bevölkerung. Aber hierbei taucht sofort ein weiterer Irrtum auf. Das historische Werden der Besiedlung ist nicht ein von jeglicher Wirtschaft losgelöster Vorgang, sondern steht jeweils in engster Abhängigkeit von der Wirtschaft der jeweiligen Zeit. Deshalb kann auch eine solche Umgruppierung einer Kausalfolge nicht gerecht werden.



Weitere Irrtümer in der „Ursachenreihe“ sind, daß man die Morphologie zu einem Fixpunkt erster Ordnung erhoben hat, an den alle anderen angeschlossen werden. Die Morphologie hat gerade jene Züge, die länderkundlich am maßgebendsten wirken, recht selten in den Kreis ihrer Betrachtung gerückt, ihre Problemstellung zielt durchaus auf morphologische Erkenntnis und nicht auf länderkundliche hin. Sie hat die Ursächlichkeit der geographischen Lage, das Ausmaß von Hoch und Niedrig oder Schmal und Breit, die Verteilung von Wasser und Land kaum erklärt.

Außerdem geht mitten durch die Kausalreihe in der Regel eine scharfe Zäsur, wenn man, meistens nach Würdigung von Pflanzen- und Tierwelt, die Grenzen von Natur und Mensch überschreitet. Es wechseln auf einmal die Handelnden auf der länderkundlichen Bühne, neues Personal tritt auf. Setzt es sich zuerst lediglich aus Kräften der Naturwelt zusammen, so wirken von jetzt ab ausschließlich solche des Menschen. Dadurch wird ein Gegensatz nicht nur zwischen Organischem und Unorganischem oder zwischen Aktivem und Passivem im Willen und Wollen hineingetragen, sondern auch in der Verschiedenheit der Tempi in den Vorgängen. Auf der länderkundlichen Bühne wird aber nicht nur mit neuen Kräften weitergespielt, die andersartige Beleuchtungskörper einschalten, sondern es werden auf einmal sogar ganz andere Räume als vorher der Betrachtung zugrunde gelegt, es wird in einem neuen Stück weitergespielt. Legte man vorher fast ausnahmslos Naturlandschaften zugrunde, so jetzt auf einmal Staatenflächen.

Insgesamt ergibt sich, daß das übliche länderkundliche System weder im Inhalt noch in der Darstellung strengeren wissenschaftlichen Anforderungen, vor allem gegenüber der Wirklichkeit, gerecht wird. Die gebräuchliche Methode ist einseitig in der Erkenntnis, sie sieht vielfach ausschließlich geographische Züge, wo andere weit stärker im Spiele sind. Sie weist arge maßstäbliche Verzerrungen und bedenkliche Lücken auf und ist lediglich auf den historischen Erkenntnisweg eingestellt. Man hat wenig auf scharfe Querschnitte geachtet, stofflich, zeitlich und räumlich ist Ungleichwertiges nebeneinandergestellt. Außerdem geht in einer Zäsur ein tiefer Riß hindurch, der häufig noch mit einem weiteren verbunden ist, dem eines Raumwechsels innerhalb desselben länderkundlichen Gegenstandes. Der Hauptgesichtspunkt aber, die Ursächlichkeit, ist nur scheinbar, sie wird weder in den einzelnen Teilabschnitten noch in deren Aufeinanderfolge gewahrt. In der Gesamtheit ist das gegenwärtige Verfahren nur eine Anhäufung von Mosaiksteinen, die nicht ein Bild geben, sondern mit recht primitivem Rüstzeug in einen Schuppen getragen werden, vor dem das Schild „Länderkunde“ hängt.

Der schlimmste Fehler aber beruht darauf, daß man diese Methode in einem Schema erstarren ließ. Wenn man auch hier und da an ihm herumgefeilt hat, in der praktischen Nutzanwendung ist es nicht ein einziges Mal geändert, geschweige denn, daß man die Formel ernsthaft auf ihre Richtigkeit hin nach-

rechnete. Man hat sie einfach gleicherweise überall auf der Erde angewandt, anstatt individuell vorzugehen, man spricht ganz offen von dem „heute üblichen länderkundlichen Schema". Mancher Geograph hat sich mit vollem Recht gegen das Schema von Davis bei der morphologischen Erklärung von Landschaften gewandt. Ist es nicht ein weit größerer Schematismus, wenn dieselben Kritiker das länderkundliche Bild mit seinen vielseitigeren und verwickelteren Zügen immer nach einem gleichen Schema erklären und darstellen? Das Schema von Davis ist überdies wenigstens in sich logisch durchgeführt, was man von dem länderkundlichen nicht sagen kann.

Im vorstehenden sind einige Irrtümer der üblichen länderkundlichen Erkenntnis dargelegt worden, jener chorologischen Betrachtungsweise, wie sie auf Richthofen fußend namentlich Hettner nachdrücklich vertritt. Man könnte einen Fortschritt versuchen, indem man auf Grund der hier entwickelten Gesichtspunkte eine Reihe von Verbesserungen vornimmt. In der Tat lassen sich manche Fehler in einer Reparaturwerkstätte behandeln, aber dadurch wird das System nicht geändert! Es wird immer die Hauptsache fehlen, das der Wirklichkeit entsprechende Verbundensein. Das theoretische Nebeneinander und Hintereinander spiegelt niemals ein tatsächliches Ineinander wider, der Gesamtbau würde immer ein Speicher bleiben, anstatt ein Räderwerk zu sein. An Stelle der Zustände müssen wir zunächst die wirkenden länderkundlichen Kräfte erkennen.

Es ist eine gar bunte Fülle von Kräften, in deren Bann das Bild eines Erdraumes steht. Neben solchen, die in dieser Hinsicht schon häufig aufgeführt sind, wie der Einfluß des Klimas oder der von Bodenschätzen, oder die schief gewürdigt wurden, wie die Formenwelt der Erdoberfläche anstatt des Morphodynamischen, tritt eine Vielheit von anderen, denen man wenig Beachtung geschenkt oder die man kaum in ihrer Bedeutung erkannt hat, technische, konjunkturelle, finanzielle, politische, solche des Lebenserwerbs und der Kulturhöhe, der Religion, und nicht zuletzt spielt das Moment der Persönlichkeit eine nicht zu unterschätzende Rolle; neben weiteren ist dann noch eine Gruppe für sich vorhanden, die der Unwägbaren. Von ihnen ist nur eine einzige in letzter Zeit intensiver gepflegt worden, jene der politischen. Gerade die vorliegende Zeitschrift hat auf diesem Gebiete besonders verdienstlich gearbeitet, so daß es sich erübrigt, diese Art Kräfte an dieser Stelle näher darzustellen. Es seien hier einige wenige andere aus einem größeren Material herausgegriffen.

Zunächst aus dem Gebiet der Technik: In unserer Zeit sind die größten Fortschritte durch die Nutzung von Dampf, Öl und Elektrizität erzielt, länderkundlich nicht etwa nur in der Form, daß Plätze industriell gewachsen sind, daß man Eisenbahnschienen legte, Überlandzentralen baute oder Talsperren errichtete. Gerade flächenhaft haben sich diese drei Faktoren am stärksten bemerkbar gemacht. Die maschinelle Vervollkommnung landwirtschaftlicher Geräte hat eine



intensivere Ackerbestellung als früher ermöglicht. Heute vermag man dem Tropenwald in einer Geschwindigkeit zu Leibe zu rücken, die früher nicht möglich war. In den letzten Jahren ist es namentlich eine Reihe chemischer Erfolge gewesen, die umwälzend gewirkt haben. Die Gewinnung künstlicher Düngemittel ward von maßgebender Bedeutung. Ob im Ruhrgebiet Schiffsbleche oder Röhren fabriziert werden, wie in manchen Länderkunden steht, ist länderkundlich gänzlich untergeordnet gegenüber der Tatsache, daß hier Düngemittel in erheblichem Umfang gewonnen werden, wodurch bislang unbenutzte Flächen in Kultur genommen oder benutzte in ihrer Ertragfähigkeit bedeutend gesteigert werden, woraus wiederum die Besiedlung und der Verkehr neue Impulse empfängt. Oder ein anderes Gebiet chemischen Fortschritts, die Gewinnung des Zuckers aus der Zuckerrübe, derenthalben nicht nur weite Flächen des mittleren Deutschland vom Niederrhein über Sachsen bis nach Oberschlesien hin ein anderes Gepräge erhalten haben, sondern in gleicher Weise auch überseeische Gebiete, in denen der frühere Alleinherrscher, das Zuckerrohr, wohnte.

Oder einige Beispiele aus der Gruppe der Krisen und Konjunkturen: Der Mensch empfindet den Einfluß vom Auf und Ab des Wirtschaftslebens am stärksten in der Krisis. Sie wirkt sich länderkundlich in Stillegungen agrarer und industrieller Betriebe mehr oder minder scharf aus. Die große Kohlenkrisis der letzten Jahre zeitigte, daß der Bergbau am Fluß der Ruhr, soweit sie sich auf westfälischem Boden bewegt, fast restlos verschwand, aus jenen Gegenden, in denen Ruhrbergbau und Ruhrkohle einmal ihre Namen empfangen haben und wo der bergmännische Nachwuchs groß ward. Die Orte Wetter und Witten, Stiepel und Hörde weisen heute keine Zechen mehr auf, und bei Sprockhövel erzählt nur noch eine einzige Grube von einer regen Kohlenförderung, die dermaleinst bis zur Ennepestraße hin stattfand. Die Anlagen verfallen, nur die Halden erinnern noch an die Vergangenheit. Gleichzeitig wurden viele Tausende brotlos, die meisten verloren ihren Lebenserwerb. Stockungen und Rückgang in der Bevölkerungsbewegung sind als äußerliche Wirkungen zu verzeichnen. Größere Menschenmassen fangen an zu wandern, Siedlungen werden verlassen und gehen ein. Das ist bei tiefgreifenden Krisen das gleiche Bild in den kolonialen Plantagen der Tropen, wenn der Urwald wieder anfängt zu wachsen, oder auf den Berieselungsflächen der Trockengebiete, wenn Wind und Wüste erneut von ihnen Besitz nehmen. Hand in Hand geht die Auswanderung.

Die Vereinigten Staaten der Nachkriegszeit spiegeln typisch wider, wie umgekehrt eine Konjunktur daran arbeitet, landschaftlich umgestaltend zu wirken. Eine allgemeine Steigerung des Wohlstandes bedingt ein starkes Wachstum der Bevölkerung, die intensiver und rentabler wirtschaftet: Vorhandene Städte dehnen sich aus, neue werden gegründet, das Verkehrsnetz wird ausgestaltet, Kanäle und Eisenbahnen werden gebaut. Der Wald und die Trockenzone weichen zurück,

unerschlossene Gebiete mit Erz und Kohle öffnen sich, die bestehenden breiten sich aus.

Oder einige Hinweise aus dem Gebiet der finanziellen Kräfte: Das Kapital ist vielfach ein starker Erreger länderkundlicher Gestaltung, der Erwerbssinn treibt den Menschen in Räume, in denen es etwas zu verdienen gibt. Hiervon erzählen Plantagenanlagen und Feldbau, Entwässerung und Berieselung, die Ausbreitung von Kaffee, Tee oder Reis, von Kautschuk oder Baumwolle. Um welche Summen es sich hierbei handeln kann, vermag man daraus zu ersehen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika in der Zeit von 1914—1924 in Zentralamerika und Südamerika 15 Milliarden Mark investierten, die der wirtschaftlichen Erschließung dienen sollten, was sich länderkundlich außerordentlich stark auswirken muß. Oft wird der Geldstrom von machtvollen Regierungen oder privatwirtschaftlichen Zentren planmäßig in einzelne Gegenden gelenkt, wovon die Monopolbildung in der Bananenbewirtschaftung unter der Flagge der United Fruit Co. ein Beleg sein mag, die sich zur Aufgabe setzte, durch die Entwicklung tropischer Kulturen Zentralamerika zu erschließen, in unseren Tagen eins der vielen Beispiele wichtiger länderkundlicher Vorgänge finanzieller Herkunft. Für die nächsten Jahrzehnte wird Rhodesia eins der Zukunftsländer der führenden Kapitalwelt. Die Beherrschung der Banken reicht weiter, als man in der Regel annimmt, da in ihren Kreisen vieles mit Fleiß verschwiegen oder umgestaltet wird. Die oberste Entscheidung länderkundlich sich tief auswirkender Aufgaben liegt oft ausschließlich in wenigen Händen der Hochfinanz: Das Schlagen des Holzes in Kanada und damit zusammenhängend die Verschiebung der nordamerikanischen Waldzone hängt ab vom Ausbau des Eisenbahnnetzes, über den mächtige angelsächsische Gesellschaften entscheiden, die an den Geldmarkt gebunden sind.

Nichts wäre verfehlter, als nunmehr eine Systemreihe länderkundlicher Kräfte zu entwerfen und sie schematisch auf alle Erdräume anzuwenden. Gerade die analytische Bloßlegung führt nicht zur länderkundlichen Darstellung, da jeder einzelne Faden nur in Verbindung mit anderen da ist, in dem Augenblick aber, wo er abgetrennt wird, oft seine Hauptfunktion verliert gleich einer Arterie, die zerschnitten wird und aus der das Blut herausläuft. Keine länderkundliche Kraft kann für sich verstanden werden, sondern nur in ihrer Verflechtung mit weiteren. Allein ist sie als gebundene Energie oft gänzlich unwirksam, sie schlummert, erst in der Vergesellschaftung wird sie lebendig. Gerade diese Vergesellschaftung ist bislang zu wenig beachtet worden, indem man einzelne Zustände nacheinander abhandelte und dabei kaum nach links und rechts zu blicken wagte.

Jede Kraft bildet für sich ein Kraftfeld mit Schwingungen, das in andere und über andere greift; jedes Kraftfeld wird deshalb von vielen Wellen beherrscht, primäre können nicht nur von ihm ausgehen, sondern auch von außerhalb empfangen werden. Die ersten können an Zahl geringer sein als die zurückgeworfenen,



die durch ihre Häufigkeit oft das ursprüngliche Bild verschleiern. Das Erzeugnis der Kräfte ist deshalb nicht bloß eine Summierung, sondern eine Wertung aller einzelnen Kräfte, die sich vielfach gegenseitig verstärken oder abschwächen, ja sogar gänzlich aufheben. Auch ist das Produkt nicht in sich gleichbleibend, sondern ewig wechselnd und doch jeweils in einer Gestalt erscheinend, dem länderkundlichen Ausdruck. Bringen wir das Ergebnis auf eine kurze Formel: Länderkundliche Kräfte sind solche, die ein Erdraumbild gestalten. Die Wertung aller länderkundlichen Kräfte eines Erdraumes ist seine länderkundliche Erkenntnis.

Das ist das Wesen und das Forschungsfeld der dynamischen Länderkunde gegenüber der heute üblichen statischen, die vielfach rein statistisch ist, indem sie gern in historischem Aufbau Tatsachen anhäuft. Es wird mit der vorstehenden methodischen Entwicklung derselbe Schritt vorwärts getan, den die Geopolitik, die Meereskunde und die Meteorologie bereits hinter sich haben, man denke nur an den Gegensatz in den Arbeiten von Bjerknes und Hellmann. Der gleiche Schritt muß endlich auch in der Länderkunde getan werden, damit sie aus der Sackgasse herauskommt, in der sie seit Jahrzehnten methodisch fortschrittlos steht.

Wir können jetzt bei der Betrachtung von Erdräumen gruppieren in Hauptkräfte und Nebenkräfte, in Nahwirkungen und Fernwirkungen. Überdies läßt sich eine Kräfteskala nach Ausdrucksstärke im Landschaftsbild aufstellen und zuletzt eine länderkundliche Reihenwandlung. Durch die dynamische Länderkunde verschwindet auch die Zäsur zwischen Natur und Kultur, die so viele geplagt hat. Sie existiert in Wirklichkeit ja gar nicht! Sie ist nur eine Fiktion, eine Folgerung eines künstlichen Systems, das dem Sinn der Sache nicht gerecht wird. Außerdem geht eine stark belebende Anregung davon aus, daß jede Länderkunde bei einer individuellen Behandlung des Gegenstandes nicht nur in dem Tatsachenmaterial, sondern auch in der Wertung ein neues Bild entwirft. Die Loslösung von dem üblichen Schema ermöglicht eine unendliche Mannigfaltigkeit neuer länderkundlicher Gestaltung, wie wir ersehen aus der praktischen Durchführung von Beispielen einfachen dynamischen Baues, wie Antarktika sie bietet, bis zu jenen verwickelten Gebilden, die das Ruhrgebiet oder Teile von England verkörpern.

Auch auf andere Gebiete der Geographie wird eine dynamische Auffassung außerordentlich anregend wirken, insbesondere auf die Wirtschaftsgeographie, die fast ausschließlich nur als ein Aufzählen von Tatsachen behandelt wird. Der stärkste Einfluß wird aber auf die Methodik ausgehen. Es ist für die Zukunft notwendig, neben die Beobachtung auch die praktische Erfahrung in wirtschaftlichen Dingen zu stellen und den Satz von Penck, daß Beobachtung die Grundlage der Geographie ist, für die Länderkunde dahin zu erweitern, daß die Beobachtung zusammen mit der Erfahrung erst die richtige länderkundliche Erkenntnis ermöglicht. Wie immer geraten ist, man solle zur geographischen

Vertiefung in fremden Gegenden forschen, so möchte ich für die Länderkunde hinzufügen, auch in fremden Gebieten anderer Wissenschaften, nicht um Grenzverletzungen zu begehen, sondern zur Selbstbefruchtung. Natur und Mensch sind nun einmal nicht nach Fächern und Fakultäten geordnet. Dann stärkt und verwissenschaftlicht die dynamische Auffassung die Stellung der Länderkunde und damit die der Geographie, der sie einen neuen Gehalt gibt, der ihrem Ansehen und ihrem inneren Ausbau nur förderlich sein kann.

ERICH OBST:
LITERATURBERICHT AUS EUROPA UND AFRIKA*)

R. Karutz: Die Völker Europas. 128 Seiten. 63 Tafeln mit erläuterndem Text. Franck'sche Verlagshandlung, Stuttgart 1926.

Bei dem vorliegenden Werk handelt es sich um den Band II jener Serie, auf die wir in dieser Zeitschrift bereits früher (Jahrgang 1926**, S. 803) aufmerksam gemacht haben. Das dort gekennzeichnete System eines „Völkerkundemuseums in Buchform" wurde auch hier beibehalten. Jede Tafel enthält eine größere Anzahl meist vorzüglich gelungener Federzeichnungen, die einen Einblick in die materielle Kultur des betr. Volkes gewähren und auf der links daneben stehenden Textseite erläutert werden. Den Ausführungen ist jeweils ein knappes Literaturverzeichnis angefügt. — Auch dieser zweite Band des „Atlas der Völkerkunde" wird sicherlich und mit Recht viele Freunde finden.

G. Buschan: Illustrierte Völkerkunde. Unter Mitwirkung zahlreicher Fachgenossen herausgegeben von Georg Buschan. Verlag von Strecker und Schröder, Stuttgart 1922—1926.

Bd. I Amerika-Afrika: 686 Seiten mit 20 Tafeln, 289 Abbildungen und 4 Völkerkarten. 1922.

Bd. II* Australien, Ozeanien, Asien: 1078 Seiten mit 49 Tafeln, 587 Abbildungen und 9 Völker- und Sprachenkarten. 1923.

Bd. II** Europa und seine Randgebiete: 1154 Seiten mit 43 Tafeln, 708 Abbildungen und 6 Völker-, Sprachen- und Hausformenkarten. 1926.

*) Die am Schluß veröffentlichte Besprechung des „Jahrbuchs der Südafrikanischen Union" stammt von Herrn Fritz Lange-Berlin.

Ein einzigartiges Monumentalwerk, das hier anzuzeigen mir ein aufrichtiges Bedürfnis ist. Gewiß greift das riesige Unternehmen weit über die Grenzen meines Referats hinaus; es umfaßt ja die gesamte Welt und alle Völker der Erde. Dennoch mag es mir vergönnt sein, das Werk als Ganzes den Lesern dieser Zeitschrift vorzuführen, weil es unverantwortlich und unmöglich wäre, dieser Riesenleistung anders denn als Totalität gerecht zu werden. Was hier in emsiger Arbeit Forscher wie G. Buschan, A. Byhan, W. Volz, A. und M. Haberlandt, R. Heine-Geldern, R. Lasch und W. Krickeberg mit großem Geschick zusammengetragen haben, ein derartig grandioses Gemälde der Menschheit in ihrer unendlichen Differenzierung, das sucht man in der übrigen Weltliteratur tatsächlich vergebens. Dann und wann beschleicht einen vielleicht die Furcht, es könne gar zu viel Material geboten werden und der Leser darin ersticken; aber immer wieder verstehen es die Verfasser, aus der ermüdenden Enge der Einzeltatsachen zu Gipfelhöhen mit weiter Schau und großzügigem Überblick hinaufzuführen. Dazu eine Ausstattung, die zweifellos zu den Glanzleistungen des an sich schon als freigebig bekannten Verlages gehört und auch ihrerseits wieder noch dazu beiträgt, den Text zu beleben und die vom Wort geweckten Vorstellungen plastisch zu gestalten.

Auf den Inhalt des Riesenwerkes im einzelnen einzugehen, ist natürlich ein Ding der Unmöglichkeit. Wir haben bei der Durcharbeitung nur ganz selten einmal die Außerachtlassung des

neuesten Materials festgestellt, im allgemeinen immer nur wieder staunen müssen über diese souveräne Beherrschung des Stoffs und die kluge, vorsichtige Deutung der mannigfaltigen Erscheinungen.

E. Hantos: Das Kulturproblem in Mitteleuropa. 46 Seiten. Verlag von Ferdinand Enke, Stuttgart 1926.

Hantos, kgl. ungarischer Staatssekretär a. D., bietet in der vorliegenden Schrift den erweiterten Text eines in der kulturwissenschaftlichen Gesellschaft in Wien gehaltenen Vortrages. Er versucht Antwort zu geben auf folgende drei Fragen:

1. Ist Mitteleuropa ein selbständiger Kulturkreis, eine Kulturgemeinschaft?

2. Welches sind die geistigen Schöpfungen, die Kulturwerke, die als Erzeugnis des mitteleuropäischen Gemeinschaftslebens auf die Entwicklung der Menschheit entscheidend eingewirkt haben?

3. Welches sind die Ursachen des derzeitigen Kulturrückfalls und wie kann das wankende Kulturniveau Mitteleuropas befestigt und behoben werden?

Selbstverständlich kann es sich für Hantos nur darum handeln, die aufgeworfenen Probleme in ihren Grundzügen zu skizzieren. Er bejaht die erste Frage, nennt zu Punkt 2 Buchdruck, Reformation, Aufklärung, deutschen Klassizismus, Romantik, Liberalismus, Individualismus, Sozialismus, Naturwissenschaft und Musik und kommt im dritten Abschnitt auf die kulturpolitischen, finanzpolitischen, nationalpolitischen und organisatorischen Mängel Mitteleuropas zu sprechen. Hantos tritt ausdrücklich für die wirtschaftliche Zusammenfassung des unnatürlich und gewaltsam zerschlagenen mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes ein und empfiehlt als Mittel zur kulturellen Annäherung die Errichtung eines Mitteleuropa-Instituts.

Kletler, Paul: Nordwesteuropas Verkehr, Handel und Gewerbe im frühen Mittelalter. Deutsche Kultur, herausgegeben von W. Brecht und A. Dopsch, Historische Reihe II. 238 Seiten mit einer Karte. Österreichischer Schulbücherverlag, Wien 1924.

Die sehr gründliche Untersuchung von Kletler behandelt das Gebiet zwischen Seine und Elbe mit Einschluß des südöstlichen England und schildert die Wirtschafts- und Verkehrsverhältnisse dieses Raumes im 9. und 10. Jahrhundert. Kletler weist nach, daß schon in jener fernen Vergangenheit Nordwesteuropa einen regen Verkehr aufwies, weil — von den Pilgerfahrten nach Rom ganz abgesehen — das Gebiet wirtschaftlich stark differenziert war und bereits ausgesprochene Gewerbe- und Handelszentren enthielt. Vielleicht tritt hier und da die Dopsche Grundauffassung etwas zu stark in den Vordergrund. In jedem Falle bleibt es ein entschiedenes Verdienst von Kletler, den Fragen für einen speziellen Raum einmal gründlich nachgegangen zu sein. Nicht unerwähnt bleiben darf die beigegebene Karte, die für Geographen und Wirtschaftshistoriker sicher wertvoll sein wird.

Deutsche Siedlungsforschungen. Rudolf Kötzschke—Festschrift. IV und 297 Seiten mit 5 Karten. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1927.

Diese außerordentlich gehaltvolle Festschrift eingehend zu würdigen, begegnet einigen Schwierigkeiten, denn sie enthält 12 selbständige Aufsätze von Freunden, Fachgenossen und Schülern des Jubilars, und jede dieser Abhandlungen verdiente eine ausführliche Würdigung. Man staunt über die Fülle von Gedanken und bewundert die mannigfachen Anregungen, die offenbar der Arbeitsrichtung von Kötzschke zu danken sind. Uhlemann bietet eine sehr beachtliche programmatische Einleitung unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben vergleichender Siedlungsforschungen auf deutschem Volksboden". Martiny versucht nachzuweisen, daß aus den Siedlungsformen der Gegenwart wichtige Rückschlüsse auf den Siedlungsvorgang gezogen werden können. Walter skizziert interessante Beziehungen zwischen Bodenanbau und Siedlungsgeschichte. Frenzel schlägt auf Grund seiner Forschungen in der Lausitz eine Brücke von den vorgeschichtlichen zu den neuzeitlichen Siedlungen. Krause behandelt die volkskundliche Seite der Siedlungsforschung an Beispielen aus dem Gebiet der Haus- und Dorfformen. Beschorner betont die Nortwendigkeit eines Zusammenwirkens von Ortsnamenforschung und Untersuchung der Sachbefunde. Schmid bietet eine sehr gründliche Studie über die sozialgeschichtliche Auswertung der westslawischen Ortsnamen in ihrer Bedeutung

für die Geschichte des nordostdeutschen Koloniallandes. Schönebaum schildert den Einfluß, den die Übernahme deutscher Rechtsformen auf die verschiedenen Siedlungsschichten im ungarischen Grenzkomitat ausgeübt hat. Johansen gibt einen Überblick über die lettische und estnische Siedlung und ihre Formen. Gröger untersucht die als Schöpfung der ostdeutschen Kolonisation anzusprechende städtische Siedlung um die Burg Meißen. Curschmann erläutert die für die innere Kolonisation in Pommern bedeutsame Denkschrift Brenckenhoffs aus der Zeit Friedrichs des Großen (1776). Radig erfreut uns durch ein Lebensbild des im Weltkriege gefallenen sächsischen Siedlungsforschers Alfred Hennig.

Die Festschrift ist für jeden, der sich mit Siedlungsforschung beschäftigt, eine wahrhafte Fundgrube neuer Erkenntnisse und wird diesen Zweig der Wissenschaft ohne Frage in stärkstem Maße befruchten. Auch und gerade den Geographen sei dies Werk ans Herz gelegt.

R. F. Kaindl: Österreich — Preußen — Deutschland. Deutsche Geschichte in großdeutscher Beleuchtung. XXVIII und 321 Seiten. Verlag der Universitätsbuchhandlung Wilhelm Braumüller, Wien-Leipzig 1926.

„Dieses Buch ist als eine großdeutsche Berichtigung und Ergänzung zu jedem deutschen und österreichischen Geschichtswerke gedacht." So lautet der erste Satz des Vorwortes. Es klingt im ersten Augenblick vielleicht ein wenig anmaßend, aber wir spüren bei der Lektüre, wie sehr Kaindl mit dem Herzen bei der Sache ist, wie heilig ihm die Wegräumung der durch wie einseitig kleindeutsche Geschichtsschreibung entstandenen Mißverständnisse ist. Die Habsburger haben nach der Meinung Kaindls die universelle, kulturell so wichtige Politik der alten deutschen Kaiser fortgesetzt, haben sogar bewußt die Interessen des deutschen Volkes wahrgenommen in einer Zeit, als an keinem deutschen Fürstenhof nationales Empfinden, großdeutsches Fühlen festzustellen war. Was man als Schuld Habsburgs ausgelegt hat, ist Schuld des deutschen Partikularismus. Durch 1866 verliert das deutsche Volk die Herrschaft über den Südosten des mitteleuropäischen Raumes. Trotzdem lebt der großdeutsche Gedanke gerade in Österreich, und der Anschluß auf föderalistischer Grundlage muß mit allen Mitteln erkämpft werden. — Dies ungefähr die Gedankengänge Kaindls. Wir sind an vielen Stellen anderer Meinung und bedauern die von Kaindl befolgte Methode, sich statt auf archivalisches Quellenmaterial auf eine subjektive Auswahl von Briefstellen, Aussprüchen von Zeitgenossen, Gedichten, Trinksprüchen u. a. m. zu stützen. Wir finden es auch nicht angebracht, daß Kaindl von Friedrich dem Großen als dem Schädiger der deutschen Kaisermacht spricht, seine „undeutsche Politik" und „undeutsche Gesinnung" brandmarkt u. a. m. Daß die kleindeutsche Geschichtsschreibung dem habsburgischen Österreich nicht gerecht geworden ist, geben wir unumwunden zu. Aber warum eine Einseitigkeit mit einer anderen Einseitigkeit bekämpfen, warum alte Gegensätze aufleben lassen in einer Zeit, wo wir einig sein müssen, um als geschlossenes Ganzes in der Anschlußfrage auftreten zu können? Man würde Kaindls Buch schärfer kritisieren, wenn man nicht, wie schon oben betont, wüßte und fühlte, daß Reinheit und Streben nach Gerechtigkeit die Feder dieses Mannes führte. Wer wie Kaindl durch so viele Jahrzehnte sein herzensgutes Deutschtum durch die Tat bekannt hat, der darf es sich erlauben, im Interesse des großdeutschen Gedankens auch einmal seiner Begeisterung die Zügel schießen zu lassen.

E. Scheller: Bismarck und Rußland. Die Grundlinien der Bündnispolitik vor und nach der Reichsgründung. 115 Seiten. R. G. Elwert'sche Verlagsbuchhandlung, Marburg 1926.

Die Untersuchung Schellers zeigt, wie Bismarck es verstanden hat, Deutschlands zentrale Lage in Europa auszunutzen. Seine geradezu prinzipielle Freundschaft gegenüber Rußland verliert aber ersichtlich an Innigkeit in dem Maße, wie sich nach 1866 die Aussöhnung mit Österreich anbahnt. Der Verfasser ist der Meinung, daß Bismarck die Kraft des monarchischen Prinzips überschätzt und allgemeine Volksstimmungen und -bewegungen, wie den Panslawismus, verkannt habe. — Die Schrift schließt ab mit der Wiederherstellung des Drei - Kaiser - Bündnisses vom 18. Juni 1881.

K. Rheindorf: Die Schwarze-Meer (Pontus-) Frage vom Pariser Frieden von 1856 bis zum Abschluß der Londoner Konferenz von 1871. Ein Beitrag zu den orientalischen Fragen und zur Politik der Großmächte im Zeitalter Bismarcks. Unter Benutzung bisher unveröffentlichten amtlichen Materials. XIII und 176 Seiten. Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin 1925.

Eine vorzügliche Veröffentlichung, die den Einfluß einer geographischen Raumeinheit (das abgeschlossene Schwarze Meer) auf die Politik Europas behandelt. Der Pariser Frieden von 1856 erklärte in seinem Artikel 11 das Schwarze Meer für neutralisiert und auf ewig den Kriegsflaggen auch der Uferstaaten untersagt. Rußland hat selbstversändlich von Anfang an darnach gestrebt, sich von den Fesseln dieses Artikels 11 zu befreien, vermochte das Ziel aber erst dank Bismarcks Mithilfe 1871 zu erreichen. Das sind die nüchternen Tatsachen. Aber nicht sie bilden den Reiz des Buches, vielmehr wird man gefesselt durch die feinsinnige und gründliche Art, mit der der Verfasser den diesen Gang der Dinge begleitenden Diplomatenkampf herausarbeitet. Die politischen Sympathien und Antipathien, die später so mächtig das Weltgeschehen beeinflussen sollten, zeigen sich im Kampf um Artikel 11 z. T. erst noch im Werden: Rußlands Zuneigung zu Frankreich, Frankreichs Wohlwollen gegenüber Polen, die Gegensätze Rußland-Österreich, Panslawismus u. a. m. Prächtig auch die Gegenüberstellung des eigensinnigen und doch unsicheren Napoleon III. und der gigantischen Willensnatur Bismarck. — Die Methoden der großen Politik haben sich bis heute wenig gewandelt, aber die Akteure auf der Bühne der Welt zeigen geringeres Format als damals.

Percy Meyer: Ostland Litauen. Ein Beitrag zur deutschen Diasporakunde. 57 Seiten. Verlag Jonck und Poliewsky, Riga 1926.

Angeregt vom deutschen Ausland-Institut in Stuttgart, hat Meyer diese Studie veröffentlicht, in der wir nach dem Vorwort den Vorläufer einer allbaltischen deutschen Diasporauntersuchung vermuten dürfen. Hier verfolgen wir das Schicksal des Deutschtums in Litauen vom 14. Jahrhundert über die Schlacht von Tannenberg (1410) zur Russifizierung des Baltikums und weiter bis in die Gegenwart. Hebung des deutschen Schulwesens tut dringend not, denn nur 58,5% des litauischen Deutschtums sind des Lesens und Schreibens kundig! Ohne kulturelle Hebung des Deutschtums in Litauen ist sein wirtschaftlich-sozialer Aufstieg und damit die wünschenswerte Steigerung seines politischen Einflusses unmöglich.

G. Frantz: Rußland auf dem Wege zur Katastrophe. Tagebücher des Großfürsten Andrej und des Kriegsministers Poliwanow; Briefe der Großfürsten an den Zaren. Mit einer Stammtafel des Zarenhauses. XXII und 343 Seiten. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H., Berlin 1926.

Das Buch stellt nicht eigentlich eine Geschichte des russischen Zusammenbruchs dar, beleuchtet aber an der Hand der erstmalig ins Deutsche übersetzten Dokumente, wie sich der Zusammenbruch allmählich vorbereitete. Die einleitenden Betrachtungen (S. 1—132) des Verfassers, ehemals Major im Großen Generalstab, enthalten wertvolles Material zur Kriegschuldfrage und führen recht gut in das Verständnis der nachfolgenden, in jeder Beziehung interessanten Dokumente ein.

Illustrierte Geschichte der russischen Revolution. Erscheint in etwa 20 Lieferungen, Berlin 1927.

Die uns vorliegenden ersten 8 Lieferungen dieses Werkes enthalten eine Darstellung der revolutionären Vorgänge von 1905 bis zum Sommer 1917. Zu Worte kommen nur hervorragende kommunistische Revolutionsführer, die weder Fähigkeit noch Neigung haben, die Ereignisse objektiv zu schildern. Man ist aber ehrlich genug, dies offen auszusprechen; man erzählt eben, gleichsam tagebuchartig, nicht wie die Geschichte ablief, sondern wie Geschichte gemacht wurde. Den sehr zahlreichen Abbildungen ist entschieden kulturhistorische Bedeutung zuzusprechen. Das Werk als Ganzes wird bei aller Einseitigkeit die erste große Schilderung der russischen Revolution in deutscher Sprache darstellen. Wir behalten uns vor, nach Erscheinen der Schlußlieferung noch einmal auf dieses Unternehmen zurückzukommen.

M. L. Schlesinger: Land und Leute in Sowjetrußland. 3. Auflage. Langenscheidts Handbücher für Auslandskunde. 604 Seiten mit drei mehrfarbigen Karten und einer graphischen Darstellung. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung, Berlin-Schöneberg 1927.

Ein Nachschlagebuch (Taschenformat!), das mit seinen alphabetisch geordneten Stichwörtern das gesamte öffentliche Leben der Sowjetunion (Wirtschaft, Siedlung und Verkehr, Recht und Verwaltung, Militär, Parteiwesen, Schule, Kunst usw.) behandelt. Besonders ausführlich ist die russische Lebensweise bedacht, um den Rußland besuchenden Fremden tunlichst Lehrgeld zu ersparen. Der Verfasser bemüht sich selbstverständlich, die Dinge objektiv darzustellen, und darf sicher sein, daß viele Reisende von draußen her dankbar seiner Anleitung und Einführung in die russische Welt gedenken.

H. von Rimscha: Rußland jenseits der Grenzen 1921—1926. Ein Beitrag zur russischen Nachkriegsgeschichte. XI und 238 Seiten. Verlag der Frommannschen Buchhandlung (Walter Biedermann), Jena 1927.

Rund 2 Mill. Russen leben heute in der Emigration (davon rund 400000 in Deutschland). Von ihnen und ihrer geistigen Einstellung handelt dieses Buch, das die meisten Veröffentlichungen ähnlicher Art turmhoch überragt. Es schildert den Zerfall der alten Parteien, das Werden neuer Ideen, das allmähliche Schwinden monarchistischer Tendenzen unter den Emigranten im Zusammenhang mit dem Anwachsen der Einheitsbestrebungen. Wunderbar plastisch die Gegenüberstellung des „Rußland jenseits der Grenzen", d. i. des emigrierten und des „Rußland unter dem Joch", d. i. des bolschewistischen in der Vorstellung der Emigranten; erschütternd die Einblicke in so viele geistige Tragödien. Von dem vielen, was uns an Rimschas Schrift bemerkenswert erscheint, heben wir vor allem den Abschnitt „Altes Rußland und Intelligenz" (S. 93—107) und „Rußland und Europa" (S. 182 bis 193) hervor. Aber auch in den übrigen Kapiteln wird der Leser allenthalben vieles finden, was ihn im höchsten Maße fesselt und ihn mit der ganzen Problematik der russischen Frage vertraut macht. Das Buch verdient sehr ernsthafte Beachtung.

Karl Anton Prinz Rohan: Moskau. Ein Skizzenbuch aus Sowjetrußland. VIII und 142 Seiten, Verlag G. Braun, Karlruhe 1927.

Das Buch gibt die Eindrücke wieder, die der Verfasser während seines Aufenthaltes in Rußland (18. März bis 13. April 1927) gewonnen hat, und schließt daran tiefgründige Betrachtungen über Land und Volk, Staat, Politik und Kultur an. Geistvolle Aufsätze über die philosophische, soziologische und künstlerische Situation des neuen Rußland wechseln ab mit klugen Erörterungen über die russische Innen- und Außenpolitik. Mir will scheinen, daß Prinz Rohan auf diese Weise einen recht wertvollen Beitrag zu dem Weltbilde geliefert hat, nach dem der Bolschewismus die Menschheit zu formen sich bemüht. Aber war die in Moskau und Petersburg verlebte Zeit nicht etwas gar zu kurz, um — ohne Kenntnis der heutigen Verhältnisse auf dem Lande! — solch abschließende Urteile zu fällen? Und war Prinz Rohan nicht reichlich europamüde, als er diese eigene russische Welt auf sich wirken ließ? Auf jeden Fall ein lesenswertes Buch, selbst wenn man bei der Lektüre hier und da verführt wird, ein Fragezeichen anzubringen.

F. von Taysen: Das jugoslawische Problem. Studien zur Balkanpolitik. 120 Seiten mit einer Karte. Verlag von E. S. Mittler & Sohn, Berlin 1927.

Der Verfasser, General der Infanterie a. D., hat im Spätsommer 1926 eine kurze Reise nach Jugoslawien ausgeführt und plaudert nun in seiner Schrift behaglich und breit von der Reise selbst und den gewonnenen Eindrücken. Ein besonderer Wert ist dieser Veröffentlichung nicht zuzusprechen, wenngleich hier und da, namentlich bei der Erörterung von Wirtschaft und Verkehr, manch kluges Urteil gefällt wird. Der Verfasser befürwortet eine deutsch-jugoslawische Annäherung.

H. Wendel: Aus der Welt der Südslawen. Politisches, Historisches, Sozialistisches, nebst zwei Südslawienfahrten und Nachdichtungen südslawischer Lyrik. 282 Seiten. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Berlin 1926.

Das Buch enthält eine Reihe von Aufsätzen, die größtenteils bereits in Zeitungen und Zeitschriften erschienen sind. Wendels große journalistische Begabung ist bekannt; alle Teile dieses Buches bezeugen die außerordentliche Stilgewandtheit und Einfühlungsgabe, die dem Verfasser eigen ist. Bekannt ist auch Wendels Begeisterung für die Südslawen, eine Hinneigung, die gelegentlich zu unkritischer Verherrlichung alles dessen führt, was jugoslawisch ist. Das ist entschieden zu bedauern, denn der Wert des sonst wirklich recht interessanten Buches — ich weise namentlich auf die Aufsätze „Südslawisches Staatsproblem“, „Skuptschtinawahlen 1923“ und „Bauernbewegung“ hin — muß darunter leiden. Alles Schlechte in den ehemals österreichisch-ungarischen Teilen des jugoslawischen Staates auf die Maßnahmen der Wiener Regierung zurückzuführen, ist selbstverständlich eine historische Unrichtigkeit. Noch ärger wirken Entgleisungen wie „habsburgische Büttel“, „k. u. k. Tücken“, „schwarzgelbe Frechheit“ oder „Verbrecherkeller des Wiener Ministeriums“. Wir meinen, daß nicht nur für Jugoslawien, sondern ebenso für den alten habsburgischen Staat vielfach Schicksal ist, was Wendel kurzerhand Schuld nennt. — Auf die Erörterung der Kriegsschuldfrage durch Wendel möchte ich hier vollends nicht eingehen, denn es kann keinen Zweck haben, sich über diesen Punkt mit dem Parteimann Wendel auseinanderzusetzen. Wichtig dagegen erscheint mir ein Letztes. Wenn die jugoslawische Regierung nach Wendel die Zahl der deutschen Minderheit in Jugoslawien mit nur 513500 Seelen angibt, so hat sie sich damit gewiß wohl ebenso einen „kleinen Scherz“ erlaubt, wie es Wendel für die offizielle Zählung der makedonischen Bulgaren vermutet.

H. Louis: Albanien. Eine Landeskunde vornehmlich auf Grund eigener Reisen. Geogr. Abhandlungen, herausgegeben von A. Penck, 2. Reihe, Heft 3. 164 Seiten mit 8 Bildtafeln und 1 Karte. Verlag J. Engelhorns Nachf., Stuttgart 1927.

Das Buch verrät den gründlich geschulten Fachgeographen und ist besonders wertvoll, da wir über die landeskundliche Eigenart des jetzt politisch so bedeutsamen Albanien bislang nur dürftig orientiert waren. Der Verfasser gibt im ersten Hauptteil einen Überblick über Lage und Oberflächengestaltung, Klima, Pflanzenkleid und Tierwelt, Bevölkerung, Besiedlung und Wirtschaft (S. 4—61). Darauf folgt eine sorgfältig alle Einzelheiten berücksichtigende Darstellung der verschiedenen Landschaftsgebiete Albaniens: Niederalbanien, das albanische Epirus und seine Randlandschaften, das südliche Inneralbanien, das nördliche Inneralbanien (S. 62—153). Auf die politischen Probleme geht der Verfasser nur gelegentlich und ganz kurz ein, was entschieden zu bedauern ist. Andererseits aber bietet er mit seiner Studie ein gediegenes Fundament, das für eine geopolitische Behandlung Albaniens unentbehrlich ist. In diesem Sinne ist die Arbeit von Louis auch an dieser Stelle auf das lebhafteste zu begrüßen.

Xenophon Zolotas: Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung. 144 Seiten. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1926.

Nachdem der Verfasser kurz auf die allgemeine Industrialisierungstendenz der bisherigen Agrarländer hingewiesen hat, behandelt er im ersten Teil seiner Studie die geschichtliche Entwicklung der griechischen Volkswirtschaft seit der Türkenherrschaft und die Ansätze zu einer Industrialisierung vor dem Weltkriege. Der zweite Abschnitt ist einer eingehenden Untersuchung über die Vorbedingungen der industriellen Entwicklung in Griechenland gewidmet (Roh- und Betriebsstoffe, Verkehrsverhältnisse, Arbeiterfrage, Kapitalverhältnisse, Industriepolitik); den Naturgrundlagen wird hierbei nicht ganz dieselbe Aufmerksamkeit geschenkt wie den nationalökonomischen Problemen im engeren Sinne. Zolotas kommt zu dem Ergebnis, daß eine Industrialisierung Griechenlands durchaus möglich ist, wenngleich in bezug auf viele Rohstoffe und Halbfertigwaren eine Einfuhr vom Ausland nicht entbehrt werden kann. Der dritte Teil der Studie ist den einzelnen Industriezweigen gewidmet und zeigt, daß infolge Kapitalmangels und Fehlens genügend geschulter Arbeitskräfte die Industrialisierung Griechenlands doch nur sehr langsam vor sich geht. Die Wirtschaftszahlen leiden darunter, daß sie in Papierwert

angegeben sind und meist erst mit dem Jahr 1920 beginnen. Der Vergleich mit der Vorkriegszeit wird dadurch außerordentlich erschwert. Trotzdem ist die Untersuchung von Zolotas sicherlich verdienstvoll, da in deutscher Sprache kaum etwas Gleichwertiges vorliegt und unser Wissen von den wirtschaftlichen Verhältnissen Griechenlands entschieden einer Vertiefung bedarf.

Walter Mittelholzer — René Gouzy — Arnold Heim: Afrikaflug. Im Wasserflugzeug „Switzerland" von Zürich über den dunkeln Erdteil nach dem Kap der Guten Hoffnung. Mit einem Vorwort von Prof. Albert Heim. 235 Seiten mit 215 Abbildungen in Tiefdruck, 4 Textkarten und eine Übersichtskarte. Verlag Orell Füßli, Zürich—Leipzig 1927.

Das mit geradezu glänzenden Bildern überreich ausgestattete Reisebuch der kühnen Afrikaflieger bildet in gewisser Weise eine Ergänzung zu dem früher an dieser Stelle angezeigten Werk von Colin Ross „Die erwachende Sphinx". Beschäftigt sich Colin Ross vor allem mit politischen und soziologischen Problemen, so sind Mittelholzer und seine Genossen in erster Linie naturwissenschaftlichen und verkehrstechnischen Fragen nachgegangen. Der Flug Mittelholzers, der von Zürich über Pisa—Neapel—Athen—Ägypten—Khartum—Victoria Njansa—Tanganjika—Njassa—Beira—Durban nach Kapstadt führte, hat uns mit vielen Landschaften vertraut gemacht, von denen wir bisher nur recht dürftige Kenntnisse besaßen; er hat darüber hinaus bewiesen, daß für die weitere Erforschung Afrikas das Wasserflugzeug sehr wesentliche Dienste zu leisten vermag. Der vorliegende Reisebericht erhebt nicht Anspruch darauf, als wissenschaftliche Leistung gewertet zu werden; er gibt in flotter, packender Darstellung eine Schilderung dessen, was die drei Flieger unterwegs geschaut und erlebt haben, ist ungemein fesselnd gehalten und erfreulicherweise gänzlich frei von übertriebenem Sportenthusiasmus. Der Schlußabschnitt „Geologischer Überblick" von Arnold Heim, an sich durchaus wissenschaftlich, schildert in großen Zügen das Werden der afrikanischen Landschaft derartig plastisch, daß es auch dem Laien nur ein Genuß sein kann, in diese Probleme eingeführt zu werden. Alles in allem ein Buch, das man mit innerer Anteilnahme von der ersten bis zur letzten Seite verfolgt und das einen starken Eindruck hinterläßt. Wir können dieses hervorragende Reisewerk unseren Lesern nur aufs wärmste empfehlen.

Union of South Africa: Official Year Book of the Union and of Basutoland, Bechuanaland Protectorate and Swaziland. No. 8—1925, covering the period 1910—1925. Pretoria: Government Printing and Stationery Office, 1927. XXX, 1130 p. with maps. Preis 5 sh.

Das Jahrbuch für die Südafrikanische Union wird von dem Union Office of Census and Statistics in Pretoria herausgegeben, und seine Grundlage bildet die Statistik; es unterscheidet sich aber insofern etwa von dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, als es durch ein sehr starkes Hervortreten des verbindenden und erläuternden Textes charakterisiert wird und den Kreis des behandelten Stoffes etwas weiter faßt. Auf diese Weise nähert sich sein Charakter dem einer Landeskunde, und im ganzen kann gesagt werden, daß diese Verbindung von statistischen Tabellen mit erklärendem Text und einzelnen selbständigen Artikeln recht glücklich erscheint. So werden u. a. kurze Darstellungen der geologischen Struktur des Landes, von Klima und Meteorologie, Fauna und Flora usw. gegeben; besonders hervorzuheben ist in der diesjährigen Ausgabe ein Beitrag von Prof. Johannes J. Smith von der Universität Stellenbosch über die Entwicklung und Anerkennung des Afrikaans. Wertvoll sind auch die Angaben über Verfassung, Regierung und Verwaltung des Landes, die u. a. eine Übersicht über die Gesetzgebung der Union seit ihrer Begründung (1910) enthalten. Der Eigenart des Landes entsprechend sind der landwirtschaftlichen Produktion, der Wasserwirtschaft, dem Minenwesen und den Eingeborenenfragen besondere Abschnitte gewidmet. Großes Interesse kann ferner das Kapitel über die herstellenden Industrien beanspruchen, das ein klares Bild von dem Fortschreiten der Industrialisierung Südafrikas gibt.

Ein näheres Eingehen auf Einzelheiten oder auch nur eine Aufzählung des Inhalts verbietet sich von selbst durch die außerordentliche Fülle

des gebotenen Stoffes. Auf jeden Fall stellt das Jahrbuch ein hervorragendes und unentbehrliches Nachschlagewerk dar, dessen Benutzung durch ein ausführliches Sachregister sehr erleichtert wird. Das Papier ist von vorzüglicher Qualität, der Druck ist klar, so daß der Preis von 5 sh sehr niedrig bemessen ist, zumal das Buch durch zahlreiche graphische Darstellungen und Kartenbeigaben bereichert ist. Bei den Wirtschaftskarten ist, soweit angängig, die absolute Methode der Darstellung durch Punkte gewählt. Als wichtig hervorzuheben sind weiter die vielfachen Hinweise auf Literatur und namentlich auf die zahlreichen amtlichen Veröffentlichungen. Alles in allem kann man dem ausgezeichneten Werk, das diesmal auch in einer Übersetzung in Afrikaans erschienen ist, nur die weiteste Verbreitung wünschen.

Hermann Lautensach

LITERATURBERICHT

Meyers Historisch-Geographischer Kalender 1928. Bibliographisches Institut Leipzig, 1927. Der 31. Jahrgang reiht sich seinem Vorgänger, der Z. f. G. 1926, S. 958, besprochen ist, würdig an die Seite. Die dort hervorgehobenen Vorzüge sind sämtlich erhalten, ja ihre Zahl ist durch die rührige Schriftleitung, die keine Anstrengung scheut, um immer wieder ein Belehrungs- und Anschauungsmittel ersten Ranges zu liefern, noch vermehrt worden: das Format der hervorragend schön wiedergegebenen Bilder ist im Durchschnitt vergrößert und die Gebiete, aus denen das Anschauungsmaterial stammt, sind noch erweitert worden. Im Vordergrund stehen sorgfältig erklärte Bilder aus Geographie und Geschichte, die größerenteils den Werken des Bibliographischen Instituts selbst entstammen und damit zugleich einen Überblick über die reiche literarische Erzeugung dieser hervorragenden deutschen Verlagsanstalt geben. Dadurch, daß er die genannten Stoffgebiete mit Vorzug betont, bietet der Kalender implizite dem geopolitisch Interessierten reiche Anregung und sei daher den Lesern dieser Zeitschrift bestens empfohlen.

Politischer Almanach 1927. Jahrbuch des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft und der Organisation. 4. Jahrgang. Mit sachlicher Unterstützung von Behörden des Reiches, der Länder, der Städte und des Auslandes und vieler Verbände herausgegeben von M. Müller-Jabusch, Berlin und Leipzig 1927. K. F. Koehler. Mk. 25.—. Dieses mit gewaltigem Fleiß zusammengetragene Jahrbuch ergänzt das bekannte Gothaische Jahrbuch nach der persönlichen und verbandkundlichen Seite. Reichlich die Hälfte seines Gesamtumfangs von 620 Seiten widmet es dem Deutschen Reich (Reichsbehörden, Länderbehörden, desgl. Auslandsvertretungen, Reichsheer und -marine, Rechtspflege, Bildungs-, Bank-, Verkehrs- Gemeindewesen, Finanzen und Besoldung, Religionsgemeinschaften, politische und wirtschaftliche Organisation, Arbeitgeber- und -nehmerverbände). Es schließen sich sehr knappe entsprechende Angaben über das Ausland an, ein kurzer Abschnitt über die Organisation des Völkerbundes, ein sehr gründlicher über die deutsche Presse, ein biographischer Abschnitt über die Politiker der Welt, eine Chronik des Jahres 1926 und schließlich ein leider ebenfalls sehr kurz gefaßter statistischer Teil. Die erstaunliche Vielseitigkeit macht es selbstverständlich, daß auch der Geopolitiker das Jahrbuch mit Gewinn benutzen kann, aber bei dem Überwuchern des Persönlichen und Organisationskundlichen ist dieser Nutzen ein verhältnismäßig bescheidener. Häufig vermißt man bei Größenangaben das Jahr. So wird z. B. verschleiert, daß die Einwohnerzahlen der Vereinigten Staaten sich noch auf die Zählung vom 1. Januar 1920 beziehen.

Otto Maull:

LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Kühn, Franz: Argentinien. Handbuch zur physischen Landeskunde. 2 Bde. 1. Bd. Text 256 S. 2. Bd. (Bilder und Karten) 108 S. und 22 Tafeln. Breslau (Ferdinand Hirt) 1927. Geb. 42 M.

Unter den geographischen Büchern, die wir über Südamerika besitzen, nimmt diese „physische Landeskunde", wie sie sich nennt, eine fast einzigartige Stellung ein. Daß Argentinien sich eines solchen Buches rühmen darf, hängt mit der starken Einwurzelung europäischer, besonders deutscher Wissenschaft in diesem Lande zusammen. Ein fünfzehn Jahre langer Aufenthalt, wie ihn die Verwaltung der Geographieprofessur an der Universidad Nacional del Litoral Parana mit sich brachte, hat es den Verfasser ermöglicht, auf achtzehn längeren und kürzeren Reisen fast ganz Argentinien kennenzulernen, dabei die Anden mehrfach zu überschreiten. Nur die nördlichen Grenzgebiete im Chaco und die inneren Teile des mittleren Patagonien sind seiner eigenen Anschauung fremd geblieben. Doch auch sie bilden in der Publikation bestimmt keine Lücke; dafür sind die Auskunftsmöglichkeiten bei so langer Anwesenheit im Lande viel zu reichlich. Auf solcher Erfahrung basierend, hat der Verfasser schon im Jahre 1922 seine „Fundamentos de Fisiografia Argentina" vorzulegen vermocht. Dem rührigen Verlag Hirt ist es zu danken, daß jetzt mit einer deutschen Ausgabe jener Veröffentlichung eine sicher heute nicht besser zu fundierende physischgeographische Basis allen denen geboten wird, die sich für dieses wichtige südamerikanische Land interessieren. Es ist als Handbuch gedacht, systematisch angelegt und übermittelt nicht etwa die Ergebnisse der reichen Forschungen Kühns im einzelnen. Überall, besonders auch in den Kartenbeilagen und in den ausgezeichneten, mit einem guten Blick für das Charakteristische gesehenen Bildern erkennt man die Grundlage, die dem Verfasser aus seinen Forschungen zur Verfügung stand. So gibt es zunächst die Gliederung in die einzelnen Landschaften, richtet dabei aber sofort seinen Blick auf die morphogenetische Entwicklung. Der besondere Teil führt von der Besprechung der einzelnen tektonischen Elemente über die Orographie der Landesteile zur Betrachtung der Stromgebiete und der Meeresküste. Klima und Pflanzenwelt sind in sehr viel bescheidenerem Umfange behandelt. Sehr reiche Literaturangaben und ein langes Register erhöhen den handbuchartigen Charakter. Aber wenn auch die vom Verfasser gebrauchte Bezeichnung „Handbuch" gewählt wird, so ist es drum kein einfaches Nachschlagewerk, sondern es bietet eine wohl ausgeglichene Synthese innerhalb der einzelnen physischgeographischen Teilgebiete. Die Exaktheit der Angaben, bei aller Knappheit der Konzeption ein gewisser Reichtum an Einzelmitteilungen ist der entschiedene Vorzug des Kühnschen Buches. Zu breiterer Schilderung reicht der Raum nicht; eindringliche Anschaulichkeit liegt auch dem Verfasser nicht so sehr. Da treten aber die Bilder in die Lücke, die einen Band für sich ausmachen. Die Karten unterstreichen die Gesamtübersicht oder unterstützen das Verständnis von Einzelfragen sehr.

Guenther, Konrad: Das Antlitz Brasiliens. Natur und Kultur eines Sonnenlandes. Sein Tier- und Pflanzenleben. Mit 71 Abb. auf 32 Tafeln und 40 Zeichnungen des Verfassers im Text. X und 359 S. Leipzig (R. Voigtländer) 1927. Geb. 14 M.

Ein ganz anderes Buch ist Guenthers Brasilien. Ihm liegt die Schilderung am Herzen; es will völlig anderes. Um aber zunächst den stärksten Einwand vorauszunehmen: Der Titel, vornehmlich der Obertitel samt dem ersten Untertitel, ist viel zu umfassend. Das ist nichr „das Antlitz Brasiliens!" Sondern nur wesentliche Züge im Antlitz Brasiliens zeichnet der Verfasser. Der starke, alte Knochenbau und vieles von der Großformung im Antlitz Brasiliens wird gar nicht sichtbar, auch die zahlreichen Bilderbeigaben helfen dem Buch da nicht weiter. Denkt man aber nicht nur

an das Naturgesicht, sondern auch an das zweite, das die Kultur längst dem Lande gegeben hat, so sind auch da nur spärliche Züge zu erkennen. Was über den Brasilianer gesagt wird, ist zwar charakteristisch, aber ist doch nur so nebenhin erwähnt worden.

Das Buch in solcher Einschränkung gefaßt, muß dagegen durchaus als eine starke Erscheinung betrachtet werden. Mir ist kein zweites bekannt, das so eingehend und mit solcher Anschaulichkeit und darstellender Kraft die biologischen Verhältnisse des Landes, oft in ihren Beziehungen zur Kultur des Landes, gelegentlich geradezu als Kulturbedingungen schilderte. Als solches verlangt es seine unantastbare Stellung in der Literatur über Brasilien. Man braucht gar nicht dem Zoologen und Botaniker im einzelnen zu folgen, überall weiß der Verfasser formen- und farbenreiches Leben zu gestalten, das Brasilien als ein echtes Tropenland erscheinen läßt, gleichgültig ob er das Milieu des Mangrovewaldes und sein Tierleben schildert, die Lebensbedingungen des Urwaldes betrachtet, oder über die Lebensweise eines einzelnen Tieres spricht, oder die Lebensformen von Pflanzen, z. B. die Lianen beschreibt. Es schalten sich weiterhin Kapitel z. B. über die Schädlingsfrage bei den wichtigsten Kulturpflanzen ein, die besonders den Kolonialwirtschaftler und den tropischen Landwirt angehen, und das um so mehr, als der Verfasser auf dem Gebiete als Autorität gilt. Den Anstoß zu seiner Reise gab z. B. der Auftrag zur Bekämpfung eines Schädlings der Baumwollpflanzungen im Nordosten. In diesem Zusammenhang empfiehlt Guenther mit allem Nachdruck den Naturschutz für Brasilien. Das klingt für manchen, der das Land, in dem er ungebrochene Tropenkraft wähnt, etwas sonderbar; es ist aber wahr, es wird dort viel Naturgut zerstört, ohne daß ein vollwertiger Ersatz oder überhaupt ein solcher geschaffen wird. Freilich schützen sich auf lange Zeiten hinaus große Teile des Landes dank ihrer Riesenweite noch selbst. Eins ist aber sicher: viel größer ist die von der Kultur beeinflußte, auch die von ihr verwüstete Landschaft, als man gemeinhin glaubt. Prächtige Darlegungen rein biologischen Inhalts über die brasilianische Natur als Organismus, über das Mosaikbild der Farben, über die Blütenpracht und ihre Bedeutung, natürlich über Schlangen, folgen. Besonders anziehend sind auch die Kapitel über Bienen-, Wespen- und Ameisenstaaten. Das letzte Kapitel über den Brasilianer bietet ein paar, jedoch völlig unverarbeitete Eindrücke über die Menschen, und nicht mehr.

Stelzmann, Alexander: Mexiko. Kultur- und Wirtschaftskundliches. Mit 46 Abb. u. 3 Karten. 293 S. Lübeck, Berlin, Leipzig (Otto Quitzow) 1927.

Zu den Versuchen zusammenfassender Darstellung eines großen lateinamerikanischen Landes gehört auch Stelzmanns Mexiko. Es ist sehr viel in der letzten Zeit über Mexiko geschrieben worden, so daß es dem Buch nicht ganz leicht wird, sich eine Stellung in der Literatur über Mexiko zu erobern; man kann nicht sagen, daß diese Aufgabe zu voller Befriedigung von dem Verfasser gelöst worden sei. Sicher gibt er manches Eigene, was man anderwärts nicht findet, daneben kehrt aber in großer Breite Bekanntes wieder. Störend wirkt oft die sprunghafte Darstellung, das nicht selten Fragmentarische der Mitteilung. Daneben ist aber nicht zu verkennen, daß der kenntnisreiche Verfasser weite Gebiete des mexikanischen Lebens, namentlich im Bereich des Politischen, Wirtschaftlichen und Kulturlichen dem Leser nahezubringen vermag. Besonders eindringlich ist in drei Kapiteln das Deutschtum in Mexiko behandelt. Am ausgeglichensten erscheint das 2. Buch, das über die Seele des Mexikaners, d. h. Lebensauffassung und -art, Sitten und Gebräuche, handelt. Wenn es auch längst nicht alle Erwartungen erfüllt, so liefert sein Reichtum an Mitteilungen doch wichtige Bausteine zur Kunde von Mexiko.

Roß, Colin: Südamerika. Die aufsteigende Welt. Vierte Auflage. Mit 54 Abb. u. 2 Karten. 312 S. Leipzig (F. A. Brockhaus) 1927.

Eine vierte Auflage empfiehlt ein Buch an sich. Es hat den Geschmack der Leser getroffen. Das ist verständlich bei diesem. In ruhigem Flusse zieht sich die Darstellung hin. Sie hascht nicht nach Eindrücken, aber sie verwertet sie geschickt. Sie orientiert; sie streift überall die wichtigsten Probleme, ohne sie irgendwo zu erschöpfen. Knapp ist der Stil, formelhaft, aber

klar die Begriffsfassung. So weiß der Verfasser die einzelnen Länder nahezubringen, die er flüchtig durchreist hat: Argentinien, Chile, Bolivien, Uruguay, Brasilien. Natürlich sind es meist nur seeseitige Ansichten oder solche längs der großen internationalen Wege, die gewonnen werden: doch gelegentlich geht es auch tief in das Land hinein, so daß die Informationen selbst Einheimischen wertvoll sein können. Kolonisations- und Deutschtumsfragen kehren, z. T. in Verknüpfung miteinander, stets wieder; sie bildeten auch die wichtigste Triebfeder zur Reise des Verfassers. Auch wenn manches in einer zeitlichen Perspektive gesehen ist, die fünf Jahre zurückliegt, wird auch heute noch das Buch den vollkommen befriedigen, der eine ernste, aber leichte Lektüre liebt.

Hagemann, Walter: Zwischen La Plata und Hudson. Wanderungen durch Lateinamerika. 270 S. Berlin (Verlag der Germania) 1927. Brosch. 3.50 M., geb. 5 M.

Die Betrachtung des längst nicht genügend bekannten fundamentalen Gegensatzes zwischen Lateinamerika und Germanischamerika, im besonderen den Vereinigten Staaten von Amerika, bildete den Rahmen für die einzelnen gehaltvollen politisch- und wirtschaftshistorischen Skizzen aus dem Länderkreis zwischen La Plata und Hudson. Eine Analyse Brasiliens erkennt das aufstrebende Land in mancher Hinsicht als ein Erbe Dom Pedros. Bei Argentinien interessiert den Verfasser besonders Einwanderung und Wachstum. Mehr landschaftlich ist die Schilderung des amerikanischen Dachs der Welt. Lateinische Probleme, Fragen der Grundlagen und der Zukunftsaussichten Lateinamerikas bilden den Übergang zu der Analyse der nördlichen Ländergebiete, zu Panama und Westindien, besonders auch zu Mexiko, an dessen Beispiel der Freiheitskampf des Indio seine Darstellung findet. Eine Betrachtung nordamerikanischer Städte schließt diese Einzelskizzen ab, die volle Aufmerksamkeit verdienen.

Preisausschreiben der Marine-Rundschau.

Die Schriftleitung der Marine-Rundschau hat u. a. folgende unsere Leser interessierende Themen für eine bis zum 31. März 1928 einzuliefernde Preisarbeit zur Wahl gestellt: Kriegskunst und Staatskunst in ihren Beziehungen zueinander. — Die Schiffahrts- und Seemachtbedingungen der durch den Weltkrieg neu entstandenen Staaten. — Die Erdrosselung der deutschen Seegeltung durch den Versailler Vertrag. — Die Reichswehr als Grundlage der deutschen Staatsordnung. — Das französische Kolonialreich in Afrika, besonders unter Berücksichtigung des Nordens und seiner Bedeutung im Kriege. — In welchem Grade sind England, Japan, Italien, Frankreich, die Vereinigten Staaten, Rußland (oder ein einzelnes dieser Länder) durch Seekrieg und Wirtschaftskrieg verbundbar? — Wirtschaftskrieg und Neutralität, im Weltkriege und nach den Satzungen des Völkerbundes. — Vergleich der sozialpolitischen Bestrebungen in Deutschland, Rußland, Italien in ihrer Wirkung auf die staatliche Geschlossenheit. Die Bedingungen für die Teilnahme am Wettbewerb werden auf Wunsch von der Marine-Rundschau (Reichswehrministerium, Berlin W 10) kostenfrei übersandt.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

DUDLEY STAMP:

WANDLUNGEN IM WELTHANDELSVERKEHR

Atlantischer oder Stiller Ozean?

Es gibt heute bereits viele Leute, die behaupten, daß der Stille Ozean in nicht allzu ferner Zukunft dem Atlantischen Ozean in bezug auf die wirtschaftliche Bedeutung den Rang abgelaufen haben wird. Man weist darauf hin, daß die Hauptrouten des Weltschiffsverkehrs mehr und mehr vom Atlantischen Ozean nach dem Stillen Ozean verlegt werden. Es wird also fast allgemein erwartet, daß eine ähnliche Rangverschiebung eintritt, wie sie zwischen Mittelmeer und Atlantischem Ozean stattgefunden hat. Vor der Entdeckung Amerikas war das Mittelmeer das Zentralmeer der Welt. Die großen Weltreiche und die bedeutenden Handelsvölker des Altertums, Ägypten, Griechenland, Rom und Karthago — und später Italien und Spanien — bildeten seine Gestade. Mit der Entdeckung Amerikas änderte sich aber sofort das Bild, und die Länder, die den Atlantischen Ozean begrenzten — also Holland, Großbritannien, Spanien und Portugal auf der einen Seite, die Vereinigten Staaten, Kanada und Argentinien auf der anderen Seite — erfuhren einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung. Die um das Mittelmeer gelagerten Länder büßten sehr stark an weltwirtschaftlicher Bedeutung ein, und erst der Bau des Suezkanals im Jahre 1869 brachte ihnen wieder einen verstärkten Handelsverkehr.

Stehen wir heute vor einer ähnlichen Entwicklung? Die Frage ist von erheblicher praktischer Bedeutung, ist sie doch nicht nur rein wirtschaftlich, sondern auch in politischer Hinsicht von großem Einfluß auf die künftige Gestaltung der Völkerbeziehungen.

Für ein stärkeres Hervortreten des Stillen Ozeans im Welthandelsverkehr liegen eine Reihe von Anhaltspunkten vor. Auf der amerikanischen Seite der erstaunliche Aufschwung der gesamten Westküste der Vereinigten Staaten. Kalifornien mit seinem paradiesischen Klima muß heute bereits als der größte Fruchtgarten der Welt angesprochen werden. Es dürfte auch bald als Getreideausfuhrland großen Stils mehr und mehr hervortreten. Es besitzt die ausgedehntesten Erdölfelder der Union und wird auch schon durch seine Bodenschätze einer bedeutenden Zukunft entgegensehen können. Die Rocky Mountains mit ihrem schier unerschöpflichen Mineralreichtum liegen dem Stillen Ozean viel näher als dem Atlantischen Ozean. In einer Welt, deren Holzvorräte immerhin begrenzt sind, spielen die Staaten Washington und die Provinz Britisch-Kolumbien mit ihren ungeheuren Reserven an erstklassigen Hölzern eine wichtige Rolle. Britisch-Kolumbien hat zudem reiche Mineralvorkommen. Etwas weiter nördlich liegt Alaska, eines der größten Fischereigebiete der Welt.

Weiter südlich finden wir die überaus wertvollen Kaffee und Kakao produzierenden Gebiete Mittelamerikas und des tropischen Südamerika. Die noch unerschlossenen, aber sehr reichen Gebiete Kolumbien, Ekuador, Peru und Bolivien sind für die Welt-



wirtschaft von ebenso großer Bedeutung wie die angrenzenden Gebiete Chiles. Der für den Weltverkehr so wichtige Panamakanal und die zahlreichen transkontinentalen Eisenbahnverbindungen — ein halbes Dutzend oder mehr in Nordamerika und bereits eine in Südamerika — bringen die Westküste Amerikas am Stillen Ozean mit den großen amerikanischen Industriezentren an der Küste des Atlantischen Ozeans in enge Handelsbeziehungen.

Wie steht es nun auf der anderen Seite des Stillen Ozeans? Der erstaunliche Aufschwung Japans zu einer der führenden Industrienationen der Welt ist nur ein Vorgeschmack für die immensen Möglichkeiten des noch erheblich größeren und mit weit reicheren natürlichen Hilfsquellen ausgestatteten China. Die tropischen Gebiete der ostindischen Inselwelt sind bisher nur in unerheblichem Maße erschlossen worden, obwohl die bedeutende Gummiproduktion der Malaienstaaten, Javas und Sumatras hier bereits den Weg der Entwicklung andeuten. Für den Handelsverkehr in diesen fernen Gebieten spielt ferner Australien eine große Rolle, ein Erdteil von der Größe der Vereinigten Staaten, aber mit nur ein Achtzehntel von dessen Bevölkerung; ferner Neuseeland, beinahe ebenso groß wie Großbritannien, aber mit nur ein Dreißigstel von dessen Bevölkerung. Endlich müssen eine Reihe kleinerer Inseln im Stillen Ozean erwähnt werden, z. B. Hawai mit seinen lieblichen Erholungsorten und mit seinen Ananasfeldern, aber noch von größerer Wichtigkeit als Bunkerhafen zur Aufnahme von Kohle und Erdöl.

Trotz dieser scheinbaren Vorteile besitzt der Stille Ozean dem Atlantischen Ozean gegenüber viele Nachteile. Zunächst seine ungeheure Weite. Am Äquator entlang dehnt sich der Pazifik über mehr als ein Drittel des gesamten Erdumfanges aus. Trotz der Verbesserung der Schiffstechnik sind lange Ozeanreisen, auf deren Wege keine genügend große Anzahl von Bunkerhäfen anzutreffen sind, der Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs nicht gerade förderlich. Übermäßig große Brennstoffvorräte müssen von den Schiffen mitgeführt werden, wodurch die Möglichkeit der Aufnahme von Nutzladung verringert wird. Bunkerkohlen und Erdöl für den Bedarf der Schiffe müssen erst auf die Inseln des Stillen Ozeans von weither und infolgedessen mit großen Kosten herangeschafft werden.

Der Handelsverkehr über den Atlantischen Ozean wird aber auch seiner ganzen Natur nach kaum irgendeinen Schaden erleiden durch einen Ausbau des Stillen Ozeans. Die dichtbevölkerten europäischen Gebiete sind für die Belieferung mit Nahrungsmitteln und industriellen Rohstoffen — vor allen Dingen Fleisch, Getreide, Baumwolle, Kupfer und Erdöl — in sehr erheblichem Maße angewiesen auf die Länder der anderen Seite des Atlantischen Ozeans, besonders die Vereinigten Staaten, Kanada und Argentinien. Solange die Alte Welt noch durch Zufuhren aus der Neuen Welt gespeist werden muß, und solange Nord- und Südamerika sowie Afrika Nahrungsmittel und industrielle Rohstoffe zu diesem Zwecke exportieren, wird der Handelsverkehr zwischen diesen drei Kontinenten vorwiegend durch den Atlantischen Ozean gehen. Man kann vielleicht einwenden, daß der Aufschwung Australiens als Getreideausfuhrland den transpazifischen Handel anregen werde, doch ist der Weg von Australien nach Europa via Suezkanal noch immer der kürzeste, und falls die Fahrt durch den Panamakanal geht, muß der Atlantische Ozean ja auch überquert werden, bevor Europa erreicht wird.

Man hat oft genug das gewaltige Anwachsen des Schiffsverkehrs durch den Panamakanal als Beweis der Steigerung des Handelsverkehrs im Stillen Ozean herangezogen. Dieser Beweis ist indessen keineswegs stichhaltig. Wenn die den Panamakanal pas-



sierende Schiffstonnage in den letzten Jahren größer geworden ist als diejenige des Suezkanals, so muß man bedenken, daß von einer Gesamttonnage von 16 500 000 tons, die im Jahre 1925 den Panamakanal durchliefen, der weitaus größte Teil auf den Küstenverkehr zwischen West- und Ostküste Amerikas entfiel. Nur etwa 615 000 tons, also noch nicht ein Zwanzigstel der Gesamttonnage, kamen aus weit entfernten Gebieten des Stillen Ozeans. Und weniger als ein Sechstel der Tonnage war für Australien oder den Fernen Osten bestimmt. Betrachtet man den Gesamthandel der Vereinigten Staaten, so gingen im Jahre 1926 etwa 21 Mill. tons Waren über den Atlantischen Ozean nach Europa und weniger als 5 Mill. tons nach Australien und dem Fernen Osten. Ein erheblicher Teil dieser letzterwähnten Menge wurde nicht über den Pazifischen Ozean verschifft, sondern ging durch den Atlantischen Ozean und dann via Suezkanal.

Die sicherlich einmal eintretende Konsolidierung Chinas und die wirtschaftliche Erschließung der großen asiatischen Prärieländer in der Mandschurei und Mongolei werden dem transpazifischen Warenverkehr sicherlich einen erheblichen Impuls bieten. Aber dieser Aufschwung wird den gegenwärtig bestehenden transatlantischen Verkehr eher ergänzen als ersetzen.

KURT V. BOEHN:

UM DIE FORM DER KOLONIALWIRTSCHAFT

Vor Jahren benutzte ich den Aufenthalt auf einer südbrasilianischen Pflanzung, um dort Anbauversuche mit der japanischen Sojabohne und mit Wurmbeifuß (Artemisia cina) zu machen, jener bis jetzt nur von Turkestan exportierten, von der Medizin als unersetzlich bezeichneten Santoninpflanze. Leider war vergessen worden, die Vorarbeiter von unseren Versuchen in Kenntnis zu setzen, so daß wir eines Tages unsere Stauden als geheimnisvolles Unkraut sorgfältig ausgerodet vorfanden. Dieser Vorgang erschien dem Besitzer bedeutungsvoll genug, um die Versuche einzustellen. Nun ist solche Unkenntnis und Furcht vor allen Neuerungen durchaus zu verstehen, wenn man sich die empirische Schulung des tropischen Siedlers vorstellt. Selten betritt der Neusiedler das Land seiner Zukunft mit brauchbaren Vorkenntnissen und bleibt auf den Erfahrungsschatz mit allen Irrtümern angewiesen, den ihm seine Vorgänger überliefern. Der unerschöpfliche Formenreichtum der Tropen verbietet es geradezu, Kräfte in Versuchen zu zersplittern. Praktisch fehlt darum jede Kenntnis von den Wechselbeziehungen zwischen Bodenbeschaffenheit und Rentabilität der Pflanzung und bestenfalls übernimmt der deutsche Kolonist Begriffe aus seiner heimischen Landwirtschaft und erzählt z. B. Wunderdinge von dem Humusreichtum der Tropenländer. Die Blättermassen, die gestürzten und umgeschlagenen Bäume, die mit Hilfe der Insekten und feuchtwarmen Luft faulen und den Boden bilden, zersetzen sich aber so schnell, daß es zu einer Humusbildung gar nicht kommen kann. Nur an einer Stelle, im Urwald von Borneo, soll eine Menge Humus angehäuft sein, aber viele Reisende bestreiten die Richtigkeit dieser Nachricht und meinen, daß es sich nur um Anschwemmungen an horizontal günstig gelegenen Stellen handele. Humus wäre übrigens in den Tropen überflüssig, aber die ihr ähnliche Erde bedarf einer anderen Behandlung als der Kulturboden in Europa, um Höchsterträge liefern zu können. Das Erdreich in den Tropen ist durch Regengüsse ausgelaugt, arm an Kali, Phosphor und Kalk, dafür sehr reich an Stickstoff und Bodenbakterien.

In den Kakaoplantagen des Botanischen Gartens von Victoria in Kamerun lag über 14 Jahre lang der mehr als ein Meter starke Stamm eines Momangibaums, dessen Rinde längst zerstört, dessen Holz aber kaum einen Zentimeter tief angegriffen war. Ähnliche Harthölzer finden sich überall in den Tropen, wie das Quebracho, das die „Axt bricht" in den Siedlungsgebieten Südamerikas. Aber dem Kolonisten fehlen nicht nur die Transportmittel, sondern überwiegend auch die Kenntnisse, um jene wertvollen Harthölzer auf den Markt zu bringen. Für ihn bedeuten solche Bäume nur eine schwere Last beim Ausbrennen seiner Rodungen, und erst während des Krieges hat Brasilien angefangen, nennenswerte Mengen Harthölzer, z. B. das schön gemaserte Jakaranda, auszuführen, bezieht aber gegenwärtig noch den größten Teil seines Bauholzes aus den Vereinigten Staaten. Deutschland und Österreich haben vor dem Kriege fast den ganzen Bedarf an Spezialhölzern-Faßdauben und Furnituren im Werte von 2,6 Mill. Mk. nach Brasilien eingeführt. Das Gleiche gilt von den übrigen Staaten Südamerikas, die heute noch 80% ihres Holzbedarfs einführen, weil die Transportmittel im Lande wenig und eine Forstwirtschaft nicht andeutungsweise entwickelt ist. Bekanntlich ist das der Grund, der Edelhölzer, wie Mahagoni, maßlos verteuert und deren Verwendung in der Weltwirtschaft einschränkt.

Wurde damit bereits das Fehlen einiger Voraussetzungen angedeutet, welche die Grundlagen zu jeder rationellen Produktion sind, so krankt ferner die Kolonialwirtschaft allgemein noch an einem alten Fehler des Überseehandels. Aufkäufer bezahlen selten für unterschiedliche Qualitäten verschiedene Preise. Selten wird daher der Siedler Produkte ziehen, die größere Mühewaltung erfordern und bekannt ist das Beispiel der Baumwollkulturen in der Union, wo erst in den letzten Jahren in Arizona und Kalifornien die ägyptische Langfaserbaumwolle und in Georgia die wertvolle Sea Island Sorte angebaut wird, seitdem lokale Zentraleinkaufsgenossenschaften eine andere Preispolitik treiben.

Damit wird eine Frage angeschnitten, die jede Regierung kolonialer Freistaaten bewegt: Warum gilt Südamerika im allgemeinen als Produktionsland zweiter Klasse? — Kaffee, Tabak, Zimt, fast jedes Exportprodukt südamerikanischer Herkunft notiert auf dem Weltmarkt niedriger, meist nur mit der Hälfte des Preises, den andere Kolonialländer, Schutzgebiete oder ehemalige Schutzgebiete europäischer Staaten, für ihre Produkte durchholen. Unzweifelhaft hat der frühe Ausfall der engen kulturellen Verbindung Südamerikas mit den wirtschaftlich führenden Ländern beigetragen, das Entwicklungstempo zu bremsen und andere, vom Gesichtspunkt rationeller Leistung gesehen, weniger produktive Gebiete durch Kräfte zu fördern, die dadurch der Lösung der von Natur gegebenen Aufgaben entzogen wurden. Schon früh entstanden in Rio de Janeiro Eisengießereien, Schiffswerften, Maschinenfabriken und Spinnereien, ohne daß Rio selbst im eigenen Lande für seine Produkte eine Bedeutung gewinnen konnte. Und zur Zeit arbeiten in Argentinien 228 Maschinenfabriken, 647 Textilunternehmen und 1146 Lederfabriken hinter dem Treibhausfenster eines Schutzzollsystems, was zwar keine Industrie zu beleben vermag, dafür aber der Land- und Forstwirtschaft führende Köpfe, geschickte Hände und viel Kapital entzieht.

Ganz Südamerika steht daher seit der langsam wieder einsetzenden Ordnung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse im Zeichen schwerster Krise. Zölle als Schutzmittel gegen den brutalen Einbruch des nordamerikanischen Kapitals haben versagt und heute verbirgt sich hinter dem Schlagwort vom Schutz der nationalen Arbeit zunächst der Haß gegen den alle sozialen Bedenken beiseite setzenden Yankee, dann aber auch die endlich aufdämmernde Erkenntnis, daß im Rahmen der modernen



Weltwirtschaft das tropische Land die Rolle des ausschließlichen Rohstoffproduzenten zu spielen hat. Regierungen, die diese Entwicklung nicht übersehen, erleben Aufstände, wie Bolivien vor kurzem die Revolte seiner mittellosen und dem Verhungern nahen Indios und Mischlinge. Meistens haben aber jetzt, wie in Mexiko, Venezuela und Peru, Regierungen von straffer, nationalbetonter Tendenz Platz gegriffen. Auch das Programm des energischen peruanischen Präsidenten Leguia geht auf die Befreiung Perus von der anglo-amerikanischen Vormundschaft und die planmäßige Erschließung aller Rohstoffquellen des reichen Landes aus. Die dort vorhandenen rund 2000 Betriebsmeilen staatlicher Eisenbahn werden von der britischen Peruvian Corporation kontrolliert und finanziert, die 1890 im Interesse der ausländischen Besitzer der peruanischen Anleihen gegründet wurde. Die Konzession gilt noch bis 1956 ohne Gegenleistung und kann dann noch auf weitere 17 Jahre gegen Zahlung des halben Reingewinns verlängert werden. Ferner hat sich die Peruvian Corporation zur Sicherung ihrer Forderungen noch eine Reihe Staatsmonopole übereignen lassen.

Von diesen Fesseln will Peru frei werden und aus diesem Grunde will es kulturell hochstehende Völker, die die Gewähr bieten, landwirtschaftliche Spitzenleistungen bei der Siedlungsorganisation zu erreichen, für die Gründung geschlossener wirtlicher Kolonien interessieren. Es ist nun beachtenswert, daß Peru sich besonders darum bemüht, deutsche Siedler ins Land zu bekommen. Es hat vor einigen Monaten der deutschen Reichsregierung eine Landkonzession von der Größe des Freistaats Sachsen auf 99 Jahre angeboten, wobei als einzige Gegenleistung ausbedungen wird, daß die Reichsregierung für die tatsächlich erfolgende Besiedlung garantiert. Die Konzession liegt an der Nordostgrenze Perus am oberen Amazonas in fieberfreiem, subtropischem Klima, das jedem gesunden Europäer jede körperliche Arbeit erlaubt. (Ob das auch für die Europäerin zutrifft, vermag ich nicht zu sagen. Nach meiner Erfahrung akklimatisiert sich die über 20 Jahre alte Europäerin nur schwer in den Zonen des ewigen Frühlings.)

Jedenfalls bedarf der ehrenvolle und vielleicht auch vorteilhafte Antrag Perus vorsichtiger Überlegung. Eine Expedition zur wissenschaftlichen Erforschung des Siedlungsgebiets ist unter Führung des Amazonenstromforschers Perl bereits in Marsch gesetzt und man hat dessen Berichte zunächst abzuwarten. Indessen ist jetzt schon der durchaus neue Begriff der geschlossenen wirtschaftlichen Kolonie zu betonen im Gegensatz zu der politischen Kolonisationsform des Schutzgebiets, die endgültig einer überholten Epoche angehören dürfte, und im Gegensatz zu der freien, „wilden" Kolonisation, deren sich bisher deutsche Siedler in Übersee bedienen mußten. Hierzu eine wahrscheinlich überraschend bedeutsame Tatsachenreihe:

Es wurde bereits oben angedeutet und ist auch allgemein bekannt, daß dem Kolonisten in den Tropen die gebratenen Tauben nicht in den Mund fliegen. Er hat überall verdammt hart zu arbeiten bis er den ersten Gewinn erzielt, wobei die Kolonisationsmethoden heute fast genau dieselben sind, wie die der ersten Pioniere, der Kolonisten der Hansa in den Apriltagen des Jahres 1851. In Brasilien empfiehlt es sich für den Neusiedler, zuerst 2 bis 3 Jahre auf einer Plantage zu arbeiten, wo er jährlich bis zu 1000 RM. zurücklegen kann. Manchmal hat er dann schon genügende Erfahrungen gesammelt, um den Schritt zum selbständigen Siedler zu wagen. Vom ersten Axthieb auf eigenem Boden bis zum ersten Verkauf seiner Erträge, was ihm die Befriedigung kultureller Bedürfnisse erlaubt (worunter die Anschaffung einiger Stühle, Teller, Tassen, vielleicht auch eines Spiegels zu verstehen ist) vergehen weitere 5 Jahre. Dann legt er sich einen Obst- und Gemüsegarten zu und baut sich später

ein größeres Haus mit Stallungen und Schuppen. Dann ist er allerdings ein alter, müder, abgearbeiteter Mann, der seinen Söhnen und Enkeln sein Lebenswerk in die Hände legt. Aber er hat ungeheures Glück gehabt.

Die Unkenntnis der Handels- und Rechtsverhältnisse; die von einem angeblichen „Landsmann" gestellte Falle; das Pech, auf einem besonders schwer urbar zu machenden Felde anzufangen; die oft absolute Unmöglichkeit, in neu aufgeschlossenen Gebieten festzustellen, ob das oder jenes Feld noch frei ist, oder jemand glaubt, Ansprüche darauf zu haben; tausend Dinge, von denen der Neuling nichts ahnen kann, haben ihm oft alles, — lange Arbeitsjahre, Gesundheit und Kapital — gekostet. Heute siedelt oben im Gran Chaco ein über sechzig Jahre alter deutscher Farmer aus Südwest, den die Engländer dort vertrieben. Dieser gewiß gerissene Siedler ist in Südamerika nicht weniger als dreimal aus dem von ihm urbar gemachten Feld verjagt worden. Vor wenig mehr als einem Jahr hat er von neuem angefangen. Es gibt solche Typen. Sie sind aber selten. Häufiger sind jene, die im Hinterlande oder im Lumpenproletariat der Großstädte verschwinden. Und das sind fünf Sechstel aller Neusiedler!

Die amtliche brasilianische Einwanderungsstatistik gibt die Zahl der im Jahre 1926 mit Siedlungsabsichten ein- und durchwandernden Deutschen mit rund 5700 an. Es sind das mehr Deutsche als in allen deutschen Schutzgebieten im Jahre 1913 als Beamte, Missionare, Farmer, Handwerker usw. mit Frauen und Kindern ansässig gewesen sind! Im gleichen Zeitraum haben nach der deutschen Auswanderungsstatistik nur 3302 Deutsche mit dem Ziel Brasilien die deutschen Häfen verlassen. Selbst wenn wir einen großen Teil der nach den Nachbarstaaten Durchwandernden zu dieser deutschen Ziffer zurechnen, ist die große effektive deutsche Einwanderung nicht verständlich. Diese Differenz erklärt sich indessen dadurch, und diese Vermutung bestätigt auch das Einwanderungskommissariat in Rio, daß ständig zahllose Deutsche aus anderen Gastländern sich nach Brasilien wenden, weil man dort mit 4000 RM. gleich zum selbständigen und nach ein paar weiteren Jahren zu einem von den drückendsten Sorgen freien Kolonisten auf eigener Scholle werden könnte. Obgleich fast die Hälfte der Einwanderer auf dem Umweg über andere Stationen einen guten Teil des aus der Heimat mitgebrachten — und dem heimischen Kapitalmarkt entzogenen — Geldes bereits einbüßte, landet selten ein Neusiedler, der nur jenes Minimum in der Tasche hat. Kapitalien von 20000 RM. und darüber sind durchaus keine Seltenheit, und ich habe an anderer Stelle bereits einmal dargelegt, daß auf diesem Wege und nur auf diesem kleinen Teilgebiet der „wilden" Kolonisation der deutschen Volkswirtschaft Jahr für Jahr gering gerechnet 20 Mill. RM. verlorengehen. Kapitalisiert ist diese Summe gleich dem Wert aller Anleihen, die die deutsche Wirtschaft im letzten halben Jahr im Ausland aufnehmen mußte!

Bis zu dieser Stelle war nur von der Kolonialwirtschaft selbst die Rede. Jetzt gestatte der Leser einige Andeutungen über die Form der geschlossenen Kolonialsiedlung, die offenbar rationeller zu arbeiten imstande ist, als die wilde Kolonie des Einzelsiedlers. Schon kurz nach dem Kriege haben die Engländer die Notwendigkeit zur Umkehr von der politischen zur wirtschaftlichen Kolonie erkannt und rund 330 Mill. £ in Brasilien durch Einkäufe großer Kaffeeplantagen durch die Brasilian Warrant Company investiert. Selbst wenn wir das Geld hätten, wären m. E. deutsche Privatunternehmen nicht fähig, in diesem freien großen Stil vorzugehen. Es ist bekannt, daß der Farmer in unseren Schutzgebieten es vorzog, mit britischen Banken zu arbeiten, als sich mit deutschen Banken in end- und aussichtslose Verhandlungen



einzulassen. Darin hat sich nichts geändert. Von den jüngst zur Elektrifizierung brasilianischer Bahnen vergebenen Aufträgen fiel nicht ein Auftrag an die hervorragend leistungsfähige und -willige deutsche Industrie, weil sich deren Banken nicht in ein ihnen fremdes Finanzierungssystem hineindenken konnten.

Ist daher, wie es scheint, die Rede davon, die Durchführung eines Siedlungsprojekts, das einen Großfarmbetrieb unter Verwendung von wenigstens einer Viertelmillion deutscher Arbeitskräfte zum Gegenstand hat, einem privaten Konzern zu überlassen, so sind dagegen mit Recht Bedenken geltend zu machen. Die privatkapitalistische Kalkulation gestattet nicht, die Vorteile der Stopfung einer Verlustquelle der deutschen Wirtschaft von dem oben bezeichneten Umfang gegen den Risikofaktor in Rechnung zu stellen, der auch bei sorgfältigster Vorarbeit beim planmäßigen Aufschluß großer Gebiete beachtet werden muß. Im frischen Tropengebiet besteht keine Notwendigkeit zu einer Bodenverbesserung. Es kann aber dabei nicht gesagt werden, wann dieser Zeitpunkt eintritt und wie alsdann eine Besserung durchgeführt werden muß. Ungeklärt ist auch noch die Frage der Schädlingsbekämpfung, die erst dann brennend wird, wenn in großem Maßstab rationell Landwirtschaft betrieben werden soll. Bei der Kleinsiedlung genügt die kräftige Regenerationsfähigkeit, um Schäden auszugleichen, und die starke Mischung der Arten außerhalb des Kulturlandes scheint eine Schutzmaßregel gegen Schädlinge zu bilden, während umgekehrt der Kleinsiedler sich im aussichtslosen Kampf gegen das Unkraut aufreibt.

Tritt dagegen das Reich selbst unter Verzicht auf seinen souveränen Charakter hier als Unternehmer auf, so entfallen zunächst zahlreiche Einwände, die man gegen die Eigenschaft des Staates als Träger von Erwerbsunternehmen innerhalb seiner Hoheitsgrenzen mit Recht erheben kann. Im Reichsgebiet besteht unzweifelhaft keine Notwendigkeit zu solchen Beteiligungen, denn nach ökonomischen Grundsätzen soll sich die Macht des Staates nur in den Aufgaben betätigen, die privater Initiative unzugänglich sind. Ein Aufgabengebiet solcher Art ist aber das der kolonialen Unternehmung. Im eigenen Lande fehlt ferner dem unternehmenden Staat der politisch gleichwertige Gegenspieler, der im Machtbereich des befreundeten Souveräns in jedem Nachbarbetriebe zu finden ist. Tatsächlich gibt es heute in Peru bereits mehrere solcher Nachbarbetriebe, wie die italienische Siedlung Tomenottis, der eine Konzession von einer Million Hektar zur Verfügung steht und die angeblich Rekordleistungen erzielt, denn man hofft in der nächstjährigen Bilanz nach Ausschüttung von 10% Zinsen vom verbleibenden Reingewinn die Hälfte der Anlagewerte abschreiben zu können. Selbstverständlich kommen Gewinne aus solchen Unternehmen dem deutschen Volk nur dann zugute, wenn das Reich als Spitzenorganisation der deutschen Kulturgemeinschaft in seinem Haushalt die Überschüsse verrechnet.

Der Geldbeutel des deutschen Konsumenten verträgt es nicht, daß Rohstoffe für die deutsche Industrie eine Reise um die Welt machen. Darum ist diese, wie fast jede andere Kolonie, für die unmittelbare Versorgung der Heimat bedeutungslos. Nur mittelbar, nämlich durch Kompensation auf dem Weltmarkt würde Deutschlands Handelsbilanz ihren Rohstoffbedarf ausgleichen können und müssen, denn zu deutlich werden bei der heimischen Forst- und Landwirtschaft Grenzen der Rationalisierung erkennbar. Die intensive Ausnutzung der Forstwirtschaft während des Krieges, also die Gewinnung von Futtermitteln, Streu und Dünger aus abfallendem Laub und Nadeln, ebenso wie die Verarbeitung der Rinden auf Gerbstoffe oder das Abzapfen von Harz und Terpentin aus lebenden Bäumen und Stubben, ist als unrentabel auf-

gegeben worden. Längst sind alle diese Stoffe durch die gehaltreicheren und trotz aller Zölle und Transportkosten billigeren Produkte aus Übersee ersetzt. Der Forstmann begrüßt diese Tatsache, denn der Ausfall der düngenden Wirkung des vermodernden Laubes, der abfallenden Nadeln usw. schädigt ebenso wie die Verletzung lebender Bäume den Waldbestand, woran wir durchaus keinen Überfluß leiden. Um ferner kurz ein Beispiel aus der Landwirtschaft zu nennen: Die Menge Zuckerrüben, welche ein Hektar Land bei restloser Ausnutzung tragen kann, gibt bei Anwendung modernster Verarbeitungsmethoden etwa 5000 kg Zucker. Selbst die jüngsten Versuche mit Bodenelektrizität gewähren nicht annähernd die Erträge einer Zuckerrohrplantage gleicher Größe, die mit den primitivsten Hilfsmitteln 16 000 kg Zucker gewinnen läßt.

Nur auf einem Gebiet kommt eine unmittelbare Versorgung der Heimat in Frage: Drogen. Eine wirklich rationelle und zuverlässige Gewinnung der Rohdroge gibt es noch nicht. Bis zur Stunde gewinnt man das Carnaubawachs durch mühevolles und unrentables Handdreschen der Carnaubapalmblätter. Tagereisenweit schleppt der Indianer aus Matto Grosso seine Ipekakuanhabündel zur Küste. Massenhaft werden aus Unkenntnis Jaborandisträucher, die Pilokarpinlieferanten, ferner die Sarsaparille, die für Europa seit der Erfindung des Salvarsan allerdings an Bedeutung verlor, und Condurangolianen, welche neuerdings von Ärzten der Vereinigten Staaten wieder bei Behandlung des Magenkrebses verwendet werden, und unzählige andere Pflanzen vernichtet, deren Anbau und Pflege reiche Erträge abwerfen und für uns um so bedeutsamer sein würde, als der weitaus größte Teil der Drogenernte in Deutschland zur Verarbeitung gelangt.

Ein befreundeter Korrespondent einer amerikanischen Tageszeitung schilderte mir kürzlich seine Eindrücke von der fünfundsiebzigjährigen Gründungsfeier der Stadt Joinville im Staate Santa Catharina, die ihr Entstehen und ihre Blüte den brasildeutschen Siedlungen verdankt. Noch vor gar nicht so langer Zeit wäre es leicht gewesen, mit Hilfe solcher anschaulich vorgetragenen Tatsachen die Reihe der zahllosen Aufsätze über das Deutschtum im Auslande um einen zu vermehren. Was, indessen, würde uns in der Heimat berechtigen, bei der Rückschau auf einen Zeitabschnitt, welcher die gegebene Zukunftsform kolonialer Wirtschaft einleiten sollte, einer quantitativen Zahlenreihe von 75 Jahren einen qualitativen Charakter zu geben? —



ERICH OBST:

BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Unser deutsches Vaterland zermürbt sich leider noch immer in schweren inneren Kämpfen, anstatt das volle Gewicht seiner staatsrechtlichen und staatsbürgerlichen Einheit bei den außenpolitischen Verhandlungen in die Wagschale zu werfen. Obwohl nun endlich die mit großer Spannung erwarteten Tagebuchbekenntnisse des englischen Marschalls Wilson erschienen sind und die vielfach nur in usum delphini abgefaßten ausländischen Aktenveröffentlichungen somit ihre wohltuende Ergänzung gefunden haben, vermag sich Deutschland nicht einmal in der Kriegsschuldfrage zu einheitlicher Geschlossenheit aufzuschwingen. Auch der unglückselige Flaggenstreit loht immer wieder von neuem auf, trotzdem es sich jetzt weiß Gott auf der ganzen Linie um Wichtigeres dreht als um die Symbole der für absehbare Zeit sicher und fest verankerten deutschen Republik. Denkbarste Zerrissenheit auch in der Frage des Schulgesetzes. Der Gedanke, einen die gesamte deutsche Schuljugend einheitlich erfassenden und zur Einheit erziehenden Staatsschultypus zu schaffen, wird im Ernst kaum mehr erörtert; statt dessen willigt man aus parteipolitischen Gründen darin ein, daß die weltanschauliche Differenzierung des deutschen Volkes mit möglichster Schärfe schon den ABC-Schützen eingehämmert wird. Gänzliche Uneinigkeit nicht minder in der Reparations- und Anleihepolitik. Kann man es anders als grotesk nennen: der Präsident der deutschen Reichsbank bezichtigt in aller Öffentlichkeit die deutschen Stadtverwaltungen der verschwenderischen Luxuswirtschaft; der amerikanische Botschafter in Berlin versichert seinen Landsleuten, daß ihr nach Deutschland entliehenes Geld fast ausschließlich zur Förderung wirklich produktiver Anlagen verwendet wird! Und nun vollends die heikle Frage des deutschen Einheitsstaates, wo nur der festeste Wille der Reichslenker dem erdgebundenen Streben nach Partikularismus erfolgreich begegnen und eine Aussöhnung zwischen Unitarismus und Föderalismus herbeiführen könnte. Man muß wirklich schmerzhaft lächeln angesichts von Situationen wie dieser: der Kultusminister Preußens spricht sich mit erfreulichem Bekennermut auch im Interesse der deutschen Kultur für die Schaffung des deutschen Einheitsstaates aus; der Kanzler des Deutschen Reiches hält sich in München, umgeben von einem ihm parteipolitisch nahestehenden Kreis, für berechtigt, den Bayern gute Ratschläge zur Stärkung des Partikularismus zu erteilen!! Wir werden ewig warten müssen, wenn wir es darauf ankommen lassen wollen, daß sich ohne zielbewußte Beeinflussung durch das Reich der deutsche Partikularismus selbst überwindet und der dringend notwendigen Synthese zwischen Unitarismus und Föderalismus zustimmt. Die Schamröte steigt einem ins Gesicht bei dem Gedanken, der Wille der Gläubigerstaaten könnte uns womöglich einmal zwingen zu dem, was wir aus eigener Einsicht und ohne Zwang von außen zu tun augenscheinlich unfähig sind.

Bei dieser Gelegenheit eine kleine Zwischenfrage an die deutschen Geographen. Man kann zu dem Problem des deutschen Einheitsstaates stehen wie man will; trotz-

dem wird man zugeben müssen, daß diese Frage sobald nicht von der politischen Tagesordnung verschwinden wird, nach den in Bälde zu erwartenden Neuwahlen weniger denn je. In Erkenntnis dieses Sachverhaltes wiesen wir schon auf dem Breslauer Geographentag 1925 vorsichtig und taktvoll darauf hin, daß sich die deutschen Geographen jetzt auch und ganz besonders mit den deutschen Innengrenzen beschäftigen müßten. Warum beruft man nun nicht einen außerordentlichen Geographentag ein und bildet Kommissionen, in denen Geographen, vielleicht gemeinsam mit Wirtschaftswissenschaftlern, Staatsrechtlern und Historikern, das Problem einer Neugliederung des Reiches gründlichst bearbeiten. Handelt es sich bei dieser brennenden Lebensfrage des deutschen Staates und der deutschen Wirtschaft etwa nicht um ein eminent wichtiges Problem der wissenschaftlichen Geographie? Wir wollen als Gelehrte kein politisches Urteil abgeben und uns nicht für oder gegen den Einheitsstaat erklären; aber wir sind meines Erachtens als deutsche Geographen dazu verpflichtet, nach gründlicher wissenschaftlicher Arbeit vor unser Volk zu treten und zu erklären: „Wenn überhaupt an eine Neugliederung des Reiches gedacht wird, so liefern wir auch hier einen Entwurf, der allen billig zu stellenden wissenschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Was ihr damit macht, ist Sache der Politiker und Parlamente. Wir wollen euch mit dieser wissenschaftlichen Bearbeitung des Problems nach Möglichkeit davor bewahren, ohne einwandfreie Unterlagen zu handeln. Damit haben wir als deutsche Gelehrte getan, was wir tun können und als unsere Pflicht ansehen." Noch wäre es Zeit, in zwölfter Stunde derartige Wege einzuschlagen. Das Volk ruft! Hören die deutschen Geographen diese Stimme nicht, so dürfen sie sich hernach nicht wundern, daß man sie lebensfremd schilt und daß andere, im Grunde weniger dazu berufene Wissenschaften die Führung auf diesem Gebiet an sich reißen.

Derweilen das deutsche Volk seine Kräfte in innerem Hader und ödem Parteigezänk verpufft, bereiten sich draußen Vorgänge von schicksalhafter Schwere vor. Im ganzen Osten gärt es in höchst bedrohlicher Weise. Während man in Genf abermals über Abrüstung und Weltfrieden debattiert, sind dort die Militärs bereits auf das Äußerste gefaßt. Verlieren jetzt etwa noch die Großmächte auch nur ein wenig die Nerven, so stehen wir am Vorabend einer neuen kriegerischen Eruption. Längst wäre es hier und da zum Appell an die Waffen gekommen, wenn man die Stellung der „Großen" genauer überschauen und die Rechnung entsprechend sicher aufstellen könnte.

In Rußland hat der offizielle kommunistische Parteiapparat unter der Führung von Stalin den ihm von der Trotzki-Opposition hingeworfenen Fehdehandschuh aufgegriffen und zunächst einmal sämtliche Oppositionsführer aus der Partei ausgeschlossen. Trotzki und seine Genossen sind damit geächtet und entrechtet. Aber kann auf diesem Wege aus der Welt geschafft werden, was an Gedanken in der Opposition lebt? Nicht ganz ohne Recht hat Trotzki mit leidenschaftlichem Eifer gepredigt, daß sich die einstige Harmonie zwischen Fabrikarbeitern und Kleinbauern inzwischen zu einer nicht minder harmonischen Zusammenarbeit zwischen scharf kalkulierenden Direktoren und geschäftstüchtigen Großbauern („Kulak") entwickelt habe. An die Stelle der einstigen Gleichheit aller ist in Stadt und Land eine Differenzierung nach Einkommen und Lebensstil getreten, die die Parole von der „klassenlosen Gesellschaft" nachgerade lächerlich erscheinen läßt. In allen Sowjets ist die Zahl der „Parteilosen" in stetem Anwachsen, ein neuer „Bourgeoisgeist" verwässert und schwächt das einst so uneingeschränkte revolutionäre Wollen. Lenin hat, so meint die Opposition weiter,



bei Verkündung der „Neuen ökonomischen Politik" im Sinne gehabt, die „Ausbeuter" in gewissem Umfange und vorübergehend wieder in Erscheinung treten zu lassen, um mit Hilfe der von ihnen aufgebrachten Steuern den proletarischen Staat schnell und sicher auf feste finanzielle Grundlagen zu stellen; die Stalin-Leute aber haben die sowjetrussische Wirtschaft für immer jenem verhaßten Bourgeoistyp überantwortet und stehen im Begriff, ihm auch den Staat mehr und mehr auszuliefern. Verrat an Lenin, Verrat an dem großen Umsturz von 1917! Die Stalin-Gruppe erwidert, indem sie Lenin gegen Lenin ausspielt und jedes sie belastende Zitat des großen Meisters mit einem anderssinnigen Zitat beantwortet; sie nimmt in echt russischer Orthodoxie für sich in Anspruch, die allein seligmachende Interpretin des bolschewistischen Heros zu sein. Offenbar ahnt man in der Umgebung von Stalin, daß die von Trotzki verlangte Rückkehr zu „wahrem Marxismus-Leninismus" ein erneutes Nivellieren zu allgemeiner Armut bedeuten muß, weite Kreise des russischen Volkes aber die Wiederholung eines solchen Experimentes nicht hinnehmen würden. Also Differenzierung, freie Bahn dem Tüchtigen und Stellung der ökonomischen Belange über die sozialen. Mit allem Eifer begünstigt man das Konzessionswesen (neuerdings eine große Konzession an die Aluminium-Company of America!), fördert die Industrialisierung überhaupt und gestattet gleichzeitig auf dem Lande Pachtung, Lohnarbeit u. a. m. Durch Schaffung starker Industriezentren mit einer großen, zur Selbstversorgung nicht mehr fähigen Arbeitermasse hofft man die Großbauern in den Stand zu setzen, ihre landwirtschaftlichen Betriebe zu intensivieren, vom Dreifeldersystem und Brachebetrieb zur raumsparenden Fruchtfolgewirtschaft überzugehen. Nur so kann man auf dem Lande Platz für die gigantische Bevölkerungszunahme schaffen, nur so das gräßliche „Volk ohne Raum" überwinden und eine neue Agrarrevolution vermeiden. Das ist alles schön und gut, aber es hat mit Kommunismus wirklich fast gar nichts mehr gemein. Indem nun die Opposition ihren Finger auf eben diese Wunde legt, bekommt man schließlich doch Angst vor dem eigenen Mut und verwirklicht manches von dem, was man vor kurzem noch als Oppositionsdemagogie wütend bekämpfte. Sogar die Duldung der Großbauern will man nun, wie es heißt, wieder rückgängig machen. Aber wie dann weiter? Wird man auch mit dem amerikanischen Kapitalismus brechen, dessen Eindringen nach Rußland (Harriman-Konzession zur Ausbeutung der Manganerze in Tschiaturi, Handelsvertrag mit der Standard Oil Co., Konzession an die Aluminium-Company of America) naturnotwendig dazu beiträgt, kapitalistischen Unternehmergeist in Rußland zu verbreiten? Auf diese Frage vermag wahrscheinlich Stalin selbst keine klare Antwort zu erteilen. Ohnmächtig fühlt man die innerpolitische Spannung wachsen, ohne einen Ausweg zwischen Theorie und Praxis zu finden. Unter diesen Umständen liegt es verführerisch nahe, dem Druck im Innern ein Ventil nach außen zu schaffen. Das war immer so. Selbst wenn die oft beteuerte Friedensliebe der Sowjetunion ganz ehrlich gemeint sein sollte (Teilnahme an den Beratungen der Abrüstungskommission!), könnte unter Umständen gerade jetzt ein „natürlich" von der Gegenseite provoziertes kriegerisches Abenteuer den Machthabern des sowjetrussischen Staates nicht ganz ungelegen kommen.

Die westlichen Nachbarn des russischen Riesenreiches legen es förmlich darauf an, eine solche russische Intervention herbeizuführen. Pilsudski, der Meister im Spiel mit dem Parlamentarismus, hat durch die etwas mystische Konferenz von Wilna den polnisch-litauischen Konflikt ungemein verschärft. Man munkelt, er habe ganz große Dinge vor und trage sich ernstlich mit dem Gedanken, Litauen mit Hilfe der Emigranten zu erobern, um dann aus dem eigentlichen Polen, seinen weißrussischen

und ukrainischen Landesteilen sowie Litauen einen föderativ aufgebauten zwischeneuropäischen Großstaat zu schaffen. Das klingt reichlich phantastisch, aber dem Alleinherrscher von Polen ist manches zuzutrauen, und ein fait accompli zu schaffen, liegt durchaus in der Linie der traditionellen polnischen Politik. Auf jeden Fall hat es Sowjetrußland für gut befunden, in Warschau eine Note zu übergeben, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt. Ein Einfall polnischer Truppen nach Litauen würde danach ohne weiteres einen neuen Krieg zwischen Polen und Rußland bedeuten.

Das französisch-italienische Ringen um die Vorherrschaft auf dem Balkan führt gleichfalls fast in jedem Monat bis hart an den Rand des Krieges. Die italienische Flottendemonstration in Tanger hat Frankreich naturgemäß nicht wenig beunruhigt. Nun aber ist die Aufregung zur Abwechslung mal wieder in Italien groß, nachdem Frankreich den Vertrag mit Südslawien feierlich, um nicht zu sagen demonstrativ ratifiziert hat. Ist es wirklich nur ein harmloser Freundschaftsvertrag? Ist das Gerede von dem starken Ausbau aller Rüstungsanlagen in Jugoslawien wirklich nur Phantasie? Besteht zwischen dem französischen und dem jugoslawischen Generalstab tatsächlich keinerlei Verbindung? Und welche Folgen werden sich aus dem italienisch-albanischen Schutzbündnis ergeben, aus dem am 23. November 1927 abgeschlossenen Pakt, mit dem Mussolini das französisch-jugoslawische Bündnis beantwortet hat? Die Welt hört soviel und weiß im Grunde doch nur so wenig. Allein die Geschichte wird einmal auf alle diese Fragen Antwort geben. Wir Miterlebenden müssen derweilen mit äußerster Nervenspannung mitansehen, wie Frankreich und Italien, beide natürlich im Namen des Friedens und des ihn allein sichernden Gleichgewichtes, ihre Bündnisnetze ausspannen und immer dichter zusammenziehen. Erst im letzten Augenblick wird auch Deutschland an die Reihe kommen, weil einstweilen unser Vaterland militärpolitisch nicht gar zu schwer wiegt und jedem der Rivalen der etwa an Deutschland zu zahlende Preis im Augenblick noch zu hoch erscheint. Aber an die Reihe kommen bestimmt auch wir, wenn nicht wider Erwarten in ganz Europa mit der materiellen und geistigen Abrüstung Ernst gemacht wird.

Nicht im Entferntesten abzusehen ist im Augenblick die Entwicklung in Rumänien. Der Tod des Ministerpräsidenten und Diktators Jonel Bratianu hat die gewaltige Problematik des großen Kriegsgewinnlerstaates grell aufleuchten lassen: tiefbegründeter völkisch-kultureller und soziologisch-politischer Gegensatz zwischen Alt- und Neurumänien; Versuch der politischen Führer Altrumäniens, ihre Stellung durch Drosselung des einst zugestandenen allgemeinen Wahlrechtes zu behaupten; verhängnisvolle Folgen der übereilten Agrarreform; Unsicherheit der Währungspolitik u. a. m. Dazu nun noch der leidige Konflikt im Königshause! Wer wird in diesem Durcheinander imstande sein, das von Jonel Bratianu zielbewußt geschaffene Großrumänien zu einen, dem aufsteigenden Bauerntum dieses Landes gangbaren Weg zu weisen und den latenten Kriegszustand mit Rußland (Bessarabienfrage!) zu beendigen?

Mit äußerster Sorgfalt verfolgt die englische Presse all die unseligen Wirren der festländischen Staatenwelt. England bremst hier ein wenig, um an anderer Stelle vorwärtszutreiben, und sucht in Ruhe allenthalben seinen Vorteil wahrzunehmen. Ihm entgeht weder die schandbare Unterdrückung der autonomistischen Presse in Elsaß-Lothringen („Zukunft", „Wahrheit" und „Volksstimme" als Organe in „fremder Sprache [!]" verboten) noch die empörende Auflösung des Stadtparlaments von Groß-Kattowitz und die unerträglich herausfordernde Haltung Polens in der oberschlesischen Schulfrage; England registriert den italienisch-litauischen Schiedsgerichtsvertrag genau so, wie es die Vorgänge in Spanien verfolgt (Eröffnung und gleich-



zeitige Vertagung der von Primo de Rivera zusammengestellten „Nationalversammlung“, Erstarkung des katalonischen Regionalismus u. a. m.); England feiert in London den Besuch des Königs Faisal von Irak (Besprechungen über die Aufgabe des britischen Irakmandats, Eintritt Iraks in den Völkerbund?) und nimmt gleichzeitig die Nachricht von der Anerkennung der völligen Unabhängigkeit der Mongolei durch Sowjetrußland zur Kenntnis. Alles ist für England wichtig, alles wird zu gegebener Zeit irgendwie in Rechnung zu stellen sein; aber man hat schon räumlich einen gewissen Abstand und kann in einiger Ruhe alles bedenken. Gewiß, auch in England lebt man keineswegs sorgenlos. Indessen weder die parlamentarische Obstruktion der Labour Party noch das Drängen Lloyd Georges auf Abrüstung und Revision der Friedensverträge darf allzu tragisch genommen werden. Wenn wirklich die jetzige Opposition bei den nächsten Wahlen siegen sollte, so kann und wird auch sie nicht alles auf den Kopf stellen, sondern im wesentlichen da weiterarbeiten, wo die Tories aufhörten. Im Grunde unterschreibt eben doch die Mehrheit des englischen Volkes ungeachtet aller Parteischattierungen jene Worte, mit denen Chamberlain am 27. Oktober dieses Jahres auf die Angriffe Lord Cecils bezüglich der englischen Völkerbundspolitik antwortete: „Ich bin nicht sicher, daß England und das British Empire jemals hoffen, in den Reihen der Völkerbundsversammlung populär zu sein. Wir Engländer gehören viel zu sehr uns selbst und sind in unserem geschichtlichen Werdegang, in unseren Gedankengängen und in den Bedingungen unserer Existenz zu verschieden von allen Nationen des Kontinents, groß oder klein, um geeignet zu sein, Mitglied einer dieser Völkergruppen zu werden, die zusammen durch dick und dünn gehen.“

Dieses Gefühl, ein Staatswesen ganz eigener Art zu sein, lebt nicht nur im Kreise der englischen Konservativen, sondern erfüllt sehr wohl auch die Führer der Labour Party und der Liberalen. Man spürte es deutlich bei der Erörterung der englischen Marinepolitik, die Mitte November die Öffentlichkeit zu beschäftigen begann. Oberflächlich geurteilt, bestehen zwischen den Äußerungen Lord Wemys und denen Macdonalds unüberbrückbare Gegensätze, denn jener fordert die Aufhebung jeglicher Beschränkung des Prisen- und Blockaderechts, dieser den völligen Verzicht auf Blockade und Prisenmacherei überhaupt. Schaut man tiefer, so wird man gewahr, daß beide mit verschiedenen Mitteln und auf verschiedenen Wegen das gleiche Ziel erreichen wollen: die Verständigung mit Amerika, ohne die das Britische Weltreich heute nicht mehr gesichert ist. Ein Mitarbeiter Macdonalds, der frühere Marineoffizier Kenworthy, hat sich im „Manchester Guardian“ vom 10. November 1927 sehr offen darüber ausgesprochen, daß die traditionell englische Idee der Seekontrolle an strategisch wichtigen Punkten aufgegeben werden kann, weil sie einfach nicht mehr durchführbar ist. Der Artikel trägt die bezeichnende Überschrift: „Unsere beste Politik ist, Amerika auf halbem Wege entgegenzukommen.“ Keine Silbe von sittlichen Grundsätzen, kein Wort von Menschheitsbeglückung und ähnlichem. Statt dessen ein nüchternes: Englands Interesse gebietet eine gewisse Einschränkung der Flottenrüstung, weil wir im Kampf mit Amerika unser weit zerstreutes Weltreich und alle in Frage kommenden Seewege doch nicht schützen können; geben wir daher ruhig den amerikanischen Wünschen nach unter der Bedingung, daß eine englisch-amerikanische Zusammenarbeit gesichert wird und die „Seepolizei“ auf allen Weltmeeren künftighin von dem einigen Angelsachsenblock ausgeübt wird.

Ist so die Flottenkooperation mit U. S. A. als Mittel zur machtpolitischen Aufrechterhaltung des British Empire of the Seas gedacht, so begegnen uns auch auf wirt-

schaftlichem Gebiete Tendenzen, die aus der Lage und Struktur des englischen Reiches sehr wohl zu begreifen sind. Dann und wann allerdings erwägt man eine Zusammenarbeit mit der Industrie des Kontinents. So war es in der Eisen- und Stahlindustrie, so ist es jetzt, wo feste Abmachungen zwischen der deutschen I. G.-Farbenindustrie und den British Imperial Chemical Industries geschlossen worden sein sollen. Aber schon erhebt z. B. die „Morning Post" ihre warnende Stimme und verlangt, daß im Hinblick auf die ungeheure Bedeutung der chemischen Industrie im Kriegsfalle alle solche Arrangements, mögen sie vom finanziellen Standpunkt betrachtet noch so vorteilhaft sein, den verantwortlichen offiziellen Stellen vorgelegt werden müssen. „Wir Engländer gehören viel zu sehr uns selbst . . ."

Ohne Rücksicht auf das Reparationsproblem versteift sich England darauf, den Markt im Britischen Reich tunlichst allein beherrschen zu wollen. Die Buy British Goods-Bewegung setzt allenthalben den Hebel an und mißachtet keinerlei Reklametrick. Die schon seit 1925 bekannten Entwertungsstempel der Postämter in London und in anderen größeren Städten „British goods are the best" erscheinen immer wieder von neuem. Das im Mai 1926 gegründete Empire Marketing Board entfaltet als beratendes Organ des Kolonialministeriums eine rührige Tätigkeit zur Förderung des panbritischen Handelsverkehrs. Da der größte Teil der englischen Presse nicht müde wird, einen Verstoß gegen die oben gepredigten Grundsätze als Zeichen unpatriotischer Denkungsart zu brandmarken, so wagen selbst die grundsätzlich anders eingestellten Liberalen kaum, sich dagegen aufzulehnen, und die Behörden halten bei Erteilung von Lieferungsaufträgen die Regeln des Buy British Goods-Gesetzes mit peinlichster Genauigkeit inne. Es bleibt eben vorerst bei Chamberlains Wort: „Wir Engländer gehören viel zu sehr uns selbst . . ." Man darf gespannt sein, ob mit der im nächsten Jahr zu erwartenden politischen Umgruppierung in diesem Punkte eine entscheidende Änderung in der englischen Politik eintritt.

Daß die politischen und wirtschaftlichen Interessen Englands sich in neuerer Zeit ganz auffallend auf Vorderasien und Afrika konzentrieren, wurde bereits in einem früheren Bericht hervorgehoben. Ibn Saud, der schnell zu großer Macht gelangte König von Hedschas und Nedschd, war einst im Weltkrieg den Engländern als Bundesgenosse sehr willkommen; nun aber wird es Zeit, den Führer des Wahabitenreiches auf die Rolle zurückzudrängen, die er nach dem Willen der britischen Staatsmänner in Arabien spielen soll. Der Freundschaftsvertrag vom 17. September verpflichtet Ibn Saud, nicht nur keine Angriffe auf die angrenzenden britischen Schutzgebiete zu unternehmen, sondern auch jede unfreundliche Handlung von seinem Gebiet aus zu verhindern. Transjordanien und Mesopotamien, Kuweit, Bahrein-Inseln und Oman sind hierdurch formell gegen ein weiteres Machtbegehren Ibn Sauds geschützt. Aber das erscheint den Engländern offenbar noch nicht ausreichend. Zur Sicherheit will man Ibn Saud im Süden einen deutlicheren Riegel vorschieben; und da es bequemer ist, hierzu einen Gehilfen zu verwenden, so hat man Italien vorgeschickt. Der zwischen Italien und dem Fürsten des unabhängigen Jemen-Staates abgeschlossene Schutzvertrag trägt äußerlich das Gewand eines handelspolitischen Abkommens; es unterliegt aber kaum einem Zweifel, daß nebenher andersartige Vereinbarungen laufen. Man will sich als englisch-italienische Entente im Jemen-Gebiet etablieren, um notfalls diesen arabischen Vasallenstaat gegen einen übermächtig werdenden Ibn Saud auszuspielen. Ob der vom „Islam-Echo" am 15. September 1927 veröffentlichte Text des Geheimvertrages zwischen Italien und Jemen als authentisch angesehen werden darf, ist schwer zu sagen. Fest steht jedoch, daß die panislamisch



gesinnten Kreise Jemens über die britisch-italienische Einmischung in Jemen aufs Äußerste beunruhigt sind und ein Offensivbündnis gegen Ibn Saud als Tatsache ansprechen und bekämpfen.

In Ägypten ist den Briten der Tod Zaghlul Paschas sicherlich sehr gelegen gekommen. Ein ausgesprochener Feind Großbritanniens, der hervorragendste Nationalheld der für die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes kämpfenden Ägypter, ist mit dem greisen Zaghlul Pascha dahingegangen. Niemand kann ihn wahrhaft ersetzen, ihn, der um seiner Freimütigkeit willen und wegen seines großen Anhanges von den Engländern mehrfach des Landes verwiesen worden war: 1919 nach Malta verbannt, als er sich eben anschickte, als Vertreter Ägyptens zur Pariser Friedenskonferenz abzureisen; 1921, kaum erst wieder in sein Vaterland zurückgekehrt, erneut verhaftet und nach Ceylon bzw. den Seyschellen-Inseln deportiert, von wo er erst 1923 wieder die Heimfahrt nach Ägypten antreten konnte. Längst war er, der Sohn eines einfachen fellachischen Bauern aus dem Nildelta, wahrhaft die Seele der ägyptischen Unabhängigkeitsbewegung. Es war ihm nicht vergönnt, die Morgenröte der Freiheit zu schauen. An der Machtüberlegenheit Englands ist Zaghlul Pascha gescheitert, und wir fürchten sehr, daß es seinen Nachfolgern in absehbarer Zeit nicht viel besser gehen wird.

Gerade aber jetzt täte ein Mann wie Zaghlul Pascha Ägypten not, wo die Engländer sich im ägyptischen Sudan von Jahr zu Jahr häuslicher einrichten und ihr Machtbereich nun gar schon bis nach West-Abessinien ausdehnen. Sie brauchen die Herrschaft über den Blauen Nil, der für die Bewässerung des Sudan (Makwar-Staudamm!) von schlechthin entscheidender Wichtigkeit ist. Infolgedessen wollen sie nicht dulden, daß die Abessinier jetzt mit amerikanischer Hilfe das Nilwasser im Tana-See abfangen und sich ein eigenes Baumwollgelände schaffen. Wie aber kommen gerade amerikanische Ingenieure hierher? Gehen wir fehl, wenn wir in ihnen Agenten der amerikanischen Baumwollinteressenten vermuten? England will sich bekanntlich durch machtvolle Steigerung der Baumwollkultur im Sudan (Gezireh-Bezirk) von der amerikanischen Baumwolle mehr und mehr unabhängig machen. Liegt es da nicht nahe anzunehmen, daß die Amerikaner den Engländern ein Schnippchen schlagen möchten, indem sie ihnen das Wasser des Blauen Nils zu einem guten Teil zu entziehen versuchen? Weltwirtschaftliche Konkurrenzkämpfe, ausgetragen in der Einöde des abessinischen Hochlandes! Man muß dieses Ringen mit größtem Interesse weiterverfolgen. Im Augenblick haben die Engländer gegen die amerikanisch-abessinischen Baupläne Einspruch erhoben, aber die endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen.

In Britisch-Ostafrika zeichnet sich der kommende Zusammenschluß von Kenja, Uganda, Tanganjika (Deutsch-Ostafrika) und Sansibar zu einem neuen großen Dominion immer deutlicher ab. Auf dem Mitte Oktober stattgefundenen Jahresdiner der englischen Ostafrikakämpfer verkündete Generalmajor Sir Edward Northey, ein früherer Gouverneur von Kenja, die Bildung eines einheitlichen Dominion Britisch-Ostafrika als nahe bevorstehend. Rhodesia und Njassaland stehen dem Plan allerdings noch immer ablehnend gegenüber; aber wenn erst einmal der Zusammenschluß im Norden vollzogen sein sollte, wird der Süden schwerlich mehr lange auf seiner splendid isolation bestehen können.

Südafrika meldet mit sichtlicher Befriedigung die Beendigung des Flaggenstreites. Der Union Jack wird als Imperial Flag beibehalten und in den vier Provinzhauptstädten und den Hafenorten gehißt werden. Neben ihm wird die südafrikanische

Nationalflagge eingeführt, die aus drei horizontalen Streifen (Orange, Weiß, Blau) besteht und im weißen Mittelstreifen drei kleine Flaggenfelder aufweist: den Union Jack, die alte Freiheitsflagge und die Transvaal-Vierkleur. — Im Wirtschaftsleben auch Südafrikas beginnt das Erdöl eine immer größere Rolle zu spielen. Man verspricht sich viel von den neuen Bohrungen bei Inhaminga, etwa 150 km nördlich von Beira; bekannte Sachverständige haben sich sehr günstig darüber ausgesprochen und erwarten im Zusammenhang mit den Produktionseinschränkungen in den Vereinigten Staaten ein rasches Aufblühen dieses Reviers. In der Südafrikanischen Union ist nun der alte Plan der Errichtung großer Ölraffinerien in Durban mit neuer Leidenschaft aufgenommen worden. Natürlich will man auch Rohöl aus Ostindien importieren, um eine weiterverarbeitende Industrie großen Stils ins Leben zu rufen. Man hofft kennzeichnenderweise auf Regierungsunterstützung, da man bei Durchführung des Planes die raffinierten Öle genau zur Hälfte des jetzigen Preises zu liefern imstande sein will („African World“ 1927, Nr. 1305). — Große Sorge bereitet den Südafrikanern nach wie vor die Eingeborenenfrage. Die modern organisierte Gewerkschaft der schwarzen Arbeiter und Angestellten (I. C. U.) hat sich in einer Weise vergrößert, daß man an ihr als wichtigem politischen Faktor nicht mehr vorübergehen kann. Ob es etwas helfen wird, wenn man, wie geplant, alle zu dieser Gewerkschaft gehörenden Angestellten in Staats- und Gemeindediensten entläßt und auf die Straße schickt? Ob man das brennendste und schlechthin schicksalbestimmende Problem Südafrikas löst, indem man nach dem Rat von General Hertzog der schwarzen Arbeitnehmergewerkschaft eine weiße Arbeitgeberorganisation entgegenstellt? Man glaube doch nicht, daß man mit derartigen Mittelchen zum Ziele gelangt. Die ernsthafte Auseinandersetzung zwischen Weiß, Gelb und Schwarz ist unvermeidlich; besser durchdachte Lösungsmöglichkeiten tun not, wenn der Zusammenstoß der drei großen Menschheitsgruppen ohne neues, furchtbares Blutvergießen ablaufen soll.

K. Haushofer:

BERICHT ÜBER DEN INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Einige Hinweise auf wichtige Zeitschriftenaufsätze und periodische Veröffentlichungen aus dem indo-pazifischen Gebiet müssen diesmal an erster Stelle gegeben werden, weil sie Spannungen verraten, die den indo-pazifischen Gesamtraum durchzittern. Dazu gehören in der Far Eastern Review, Bd. XXIII, Augustnummer vier geopolitisch bedeutsame Nekrologe. Der erste gilt Leonard Wood, dem Generalgouverneur der Philippinen, und bringt in seinem Bild, in einigen letzten Äußerungen des überzeugten Imperialisten und in den Bildnissen seiner zwei wichtigsten Gegenspieler, des Senatspräsidenten Don Manuel Quezon und des Sprechers im Repräsentantenhaus, Manuel Roxas sehr unabsichtlich die ganze Philippinenfrage auf ihren letzten gemeinsamen Nenner: einen unversöhnlichen Rassengegensatz zwischen nordischen Eroberern und Malaien mit dreihundertjähriger Mittelmeerkultur, gegen den alle bewußte oder unbewußte Selbsttäuschung der Ausbeuter zuletzt nicht aufkommen wird. Ein ähnlicher Klang tönt aus George E. Sokolskys „Elimination of General Chiang-Kai-shek“, aus der an sich guten Zusammenfassung über „Communications in China“, und dem Epilog zu den zusammengebrochenen, großen Hoffnungen auf die Goldvorkommen in Heilungkiang. Was



hilft alle Technik, alles Raffinement einer hochentwickelten fremden Wachstumspitze wie Shanghai, und selbst so gute Information aus dem Hinterland, wie sie die Finanzkraft der Far Eastern Review beischafft, wenn große Erdräume in den anthropogeographischen Leitfragen hoffnungslos aneinander vorbeireden? Quezon und Roxas sehen in Leonard Wood und seinem Leichenredner James Hoek nichts anderes, als den „big stick“, den großen Stock der Vereinigten Staaten; Sokolsky kann gegen Chiang-Kai-shek nicht gerecht sein, auch wenn er es hundertmal wollte; die sozialen und soziopolitischen Notwendigkeiten, aus denen heraus ein plötzlicher Wandel des Verkehrssystems China nur in soziales Chaos stürzen konnte, bleiben dem Shanghaier Kraftwagenbesitzer ein Buch mit sieben Siegeln, an denen er nur die ärgerliche Fremdartigkeit empfindet; und der Traum von einem neuen Kalifornien der weißen Rasse in der Mandschurei ist als Luftblase zerplatzt; es wird dafür von z. Zt. jährlich ca. 3 Mill. einströmenden Chinesen-Siedlern erfüllt.

Eine ausgezeichnete Studie: „Die Bedeutung Singapores für Niederländisch-Indien“ von Rudolf Grau, und einen zutreffenden Vortrag von Dr. E. Sadowski: „Was geht in China vor?“ (Vor allem in Hankau!) enthält die Septembernummer der Deutschen Wacht (Batavia), einer Zeitschrift, in der das ganze Kraftfeld des australasiatischen Mittelmeeres von hoher Warte überschaut wird, in der auch die regelmäßigen Buchbesprechungen von E. v. Zach wertvolle Aufschlüsse geopolitischer und kulturwissenschaftlicher Art vermitteln.

In das gleiche Blickfeld gehört das Juni-Sonderheft von „Current History“, (New York, Vol. XXVI, Nr. 3), das in 18 zum großen Teil dauernd wertvollen Sonder-Aufsätzen die „Revolt against the old Order in China“ behandelt, zum Teil von ersten Kennern, wie Charles Hodges (Wirtschaftl. Lage), W. Kuo (Kultur- und Sozial-Hintergrund d. chin. Frage); Cheng (Historische Vorgeschichte der innerchines. Wirren), Kawakami (Basis der jap. Diplomatie), Chih Meng (Studentenbewegung), Williams und Wong (Frauenfrage in China), Peffer (Chinesische Lebensweisheit). Nicht alle Aufsätze stehen auf gleicher Höhe, aber als Ganzes geben sie einen so sicheren dynamischen Eindruck, daß man begreift, wie gut die leitenden Männer in den Vereinigten Staaten informiert sein können, wenn sie wollen. Einen vortrefflichen kurzen Katechismus „What about China“ gab der chinesische Studenten-Club in Pittsburg 1927 heraus. Besondere Beachtung verdient weiter, was Sir Frederic Whyte als Ergebnis seiner Vermittlungs-Sendung über China zu sagen und zu schreiben hatte. Das Wichtigste über den Vortrag vom 12. Oktober 1927 im Union Club in Shanghai findet sich auf S. 93 d. North China Herald vom 15. Oktober, seine Anschauung über nationalistische Bestrebungen in ganz Asien und die freundliche Einstellung des britischen Liberalismus zu ihnen auf S. 101 d. gl. Nr. Dazu kommt eine wertvolle Schrift: „China and Foreign Powers“ (London, Humphrey Milford, Oxford University Preß, 1927). Beider A und O ist, daß ja eigentlich nur der Handel, keine Gewaltwünsche irgendwelcher Art Britanniens Ziel im Osten gewesen sei. Nur kennt eben jetzt auch der Osten seine eigene Geschichte und ihren Leidensweg, vom Empfang demütiger Handelsboten unter Akbar und Chien Lung bis zum Raub der Selbstbestimmung! Daß gleichzeitig „Shanghais Future“ als fremde Wachstumspitze unter Völkerbundschutz in North China Herald und Manchester Guardian u. a. 4. Juni 1927 und 23. Juli, (N. Ch. H.) im Stil des in dieser Rolle bekanntlich so glücklichen Danzig erörtert wird, als ob die reiche Stadt nicht Teil des chinesischen Volksbodens wäre, wird aber den Chinesen doch auch bekannt, die ja auch Zeitungen lesen können. So erhält „Chinas Freundschaft für Britannien“

einen zweideutigen Zug; und bewußte, wie unbewußte Täuschung Wohlmeinender oder die Gefahr Erkennender ändert daran nichts.

Wenn Lady Hosie — (die Witwe des berühmten Szechuan-Forschers) sicher China eher freundlich, als abgeneigt — eine gleichzeitige Besprechung von sieben der neuesten Chinabücher einleitet: „man gewinne aus diesen sieben Büchern sieben verschiedene Gesichtswinkel, und erkenne daraus sicher besser, als zuvor, die geographische Weite des chinesischen Problems, seine internationalen Verwicklungen und seine historischen Verwurzelungen und Verzweigungen" — (was im ganzen geopolitische Einstellung ergibt) — so vermag sie doch diesen sieben Büchern nur sehr verschieden gerecht zu werden. Am meisten liegt ihr naturgemäß das am meisten anglo-zentrische darunter: L. M. Kings: „China in turmoil"; weniger schon des angelsächsischen Außenseiters Putnam Weale: „Vanished Empire", eine chinesische Reichsgeschichte für Oberflächliche, über die zuletzt in der Nordflanke „der grimmige Schatten Rußlands fällt" — wahrscheinlich, damit man die verschiedenen vom Ozean hereinfallenden Schatten weniger deutlich bemerke; stark mitbewegt wird die Kritik von Harvey J. Howards: „Ten Weeks with Chinese Bandits", dem sein Freund Palmer, ein aufrechter Philanthrop, in Nord-China an seiner Seite fiel. Unmöglich aber ist gerechte Wertung gegenüber Weng-Ching-Wai: „China and the Nations", und Tang Liang-Li: „China in Revolt", weil eben beide das geschichtliche Recht des chinesischen Volks auf seinen Volksboden behaupten. Wong wird vorgeworfen, daß er von Burma, Annam und Siam als von Vasallenstaaaten Chinas spricht. Ja, wer Tribute zahlt und erklärt, daß er sie seinem Oberherrn sende, wird wohl nicht anders zu bezeichnen sein. „England raubte Birma von China" — diese Feststellung gibt Lady Hosie Ärgernis. Tatsächlich ist es aber doch so gewesen; England zahlte sogar als Rechtsnachfolger noch eine Zeitlang das von Burma fällige Tribut-Geld weiter. Da ist es den Chinesen kaum übel zu nehmen, wenn sie das als Bestätigung ihrer Auffassung ansehen. Stephen King Hall („China of To-Day") und Abel Besnard („In China") ernten mehr Beifall, aber der Ausruf des „Transpacific" vom 1. Oktober 1927 „Historian wanted" gilt doch mindestens vom zeitgenössischen China ebensosehr, wie von dem Japan zu Beginn der Meiji-Zeit und den Fremden, die ihm halfen, wie denen, die es nicht verstanden!

Zu diesem schmerzlichen Kapitel von den Wenigen, die das Aufstreben der Monsunländer richtig verstanden, und den Vielen, die sie dabei hemmten, selbst wenn sie den guten Willen hatten, zu helfen, gehört der groteske Erfolg des Indien-Ausschusses ohne Inder in Großbritannien, und seiner Aufnahme in Indien als Beleidigung, an der alle Britenfreunde in Indien nun nichts mehr zu ändern vermögen. Dabei sind namentlich die liberalen und Labour-Mitglieder des Ausschusses über diese Aufnahme besonders betrübt, während sich die britische Rechte vielleicht weniger Illusionen darüber machte.

Die letzte, schwer überbrückbare Schwierigkeit gibt mit ihrem guten völkerpsychologischen Flair die Frkf. Ztg. vom 11. November 1927 mit dem Hinweis darauf, daß jeder indische Politiker durch Teilnahme an solchen britischen Einrichtungen oder auch nur durch öffentliche Billigung seinen politischen Einfluß in weiteren indischen Kreisen verliert — eine Gefahr, der auch Abdur Rahim und Pandit Malaviya nicht entgehen dürften, wenn Gandhi und Srinivasa Ayangar beim indischen Jahreskongreß in Madras für den Boykott der brit. Indian Commission eintreten werden. Kluge Leute, wie Sen Gupta und Sir Bahadur Sapru sind der Stellungnahme ausgewichen. Trotz dem wiederaufgelebten Mohammedaner-Hindu-Gegensatz in



Indien sind eben die indische, wie die chinesische öffentliche Meinung, mit ihrem Massendruck hinter sich, Fahrzeuge mit viel zu großer Wucht, um so wendig zu sein, wie sie sich das britische Parteienspiel aus seinen innerpolitischen Gewöhnungen heraus vorstellt.

Die verschiedene geopolitische Dynamik verhindert also hier, bei dem zweiten britischen Reformgesetz — das an sich nach der Montague-Akt erst 1929 fällig wäre — eine an sich mögliche Verständigung über den Weiterausbau der selbstverantwortlichen Regierung in Indien und weiterer Annäherung an die praktische Durchführung des Swaraj-Gedankens von beiden Seiten.

Dazu kommen natürlich die zunehmenden Schwierigkeiten, die in der äußeren Bewachung der Grenzen des indischen Lebensraums nicht nur gegen panasiatische und Sowjet-Einwirkungen, sondern auch gegen die volkärmeren Nachbarn liegen. Ein neuer anglo-ägyptischer Bündnisvertrag wie die britisch-amerikanischen Reibungen wegen des Dammbaues im Tsana-See werfen ihre Schatten tief in die anglo-indische Reichsstruktur. — Die Gefahr, daß Abessinien unter heimlicher französischer Anleitung mit Hilfe der amerikanischen Hochfinanz aus der britisch-italienischen Zange entgleitet, wäre als Präzedenzfall ganz besonders schmerzlich. Der Vorgang selbst fällt ja in das afrikanische Referat, wie das neue Anwachsen der indischen Schwierigkeiten in Ost- und Südafrika. Aber die Auswirkung auf Afghanistan, namentlich bei neuen Abschlüssen in Arabien, im Stil des Vertrages mit Ibn Saûd (Economist 3. Oktober 1927, S. 592, bringt eine zusammengefaßte Beurteilung), und auch Persien ist groß; dabei ist in Arabien die Stellung Italiens viel weniger eindeutig als bei der Kooperation mit den britischen Baumwollinteressen im Sudan.

Dafür finden sich leise Spuren in dem stets ausgezeichnet beobachtenden italienischen „L'Universo," in dessen Nr. 10 (Oktoberheft) des VIII. Jahrg. nicht nur eine vortreffliche Kostprobe aus Arnaldo Cipollas neuem Buch: „Il mio viaggio in Oceania, Australia e Insulinda" (Casa Editrice Agnelli, Mailand 1927) gegeben wird, die zeigt, wie scharf dieser Reisende gesehen hat, sondern auch Notizbuch und Bücherbesprechung die Leser geopolitisch sicher führen. Giachetti C.: „Italia e Yemen nella nuova politica arabica", Parvis E. G.: „L'impero coloniale francese e la revisione dei mandati", das erste aus der „Rivista d'Italia", das zweite aus „L'idea coloniale" treffend besprochen, sind solche Spuren. Noch bedeutsamer ist die gespannte Aufmerksamkeit auf das in Italien mit Recht so sehr in den Vordergrund gestellte überseeische Wanderproblem des kinderreichen, vorwärtsdrängenden Volkes. Australien, Brasilien, die Italiener-Verbreitung in der Welt, ihre Wanderhygiene, Nigerien, Peru, Tripolitanien und Ägypten, Angola und Yemen erhalten kluge Streiflichter in diesem einzigen Heft, dessen Erzieherwert dem Militärgeographischen Institut in Florenz und seiner wissenschaftlichen Höhe alle Ehre macht. Ähnliche Aufmerksamkeit finden wir in diesem Herbst nur von Japan aus dem Wanderdruck-Problem gewidmet, wo eben der Volksvermehrungs-Sprung der ersten drei Monate von 1927 auf 383 688 Köpfe, nach den 875 384 von 1925, den 943 671 von 1926 schwer zu denken gibt. Schroff stehen sich Ichiro Hatoyama als Befürworter der Geburten-Einschränkung (durch die sich Japan schon einmal im kleineren Rahmen des alten Stammreichs über zwei Jahrhundertelang half) und z. B. Prof. Takayuki Namai mit ihrer Ablehnung gegenüber. Unfreundlich in neuseeländische Ohren wird der Satz klingen: „Die soziale Organisation Neuseelands kann füglich als vorbildlich erklärt werden. Was die Anwendung sozialer Methoden betrifft, ist es das vollkommenste Land der Welt. Es

ist so, daß es dort keine Arbeitslosen, keine unversorgten Witwen gibt, die Alten haben ihre Pensionen, und das Lebensversicherungsystem arbeitet ausgezeichnet. Aber die Leute sind in der Regel ausschweifend — dank dem System der Geburten-Einschränkung." Ein derber Schuß, im „Transpacific" vom 10. September 1927 abgefeuert! Auch die Gründung eines internationalen Wanderungs-Amtes in Genf hat in Japan eigentlich keine gute Presse. „Tokyo Nichi Nichi" schlägt eine bedenkliche Kritik der Rede von Albert Thomas an und zeigt, daß die sich rasch mehrenden Völker der Erde von den ihren Raum oder ihre Rohstoffe für Minderheiten monopolisierenden Kolonial-Mächten nicht nur Worte hören, sondern auch Taten sehen wollen. Auch „Chugai Shogyo" und „Kokumin" gehen dem Wanderproblem zu Leibe. „Einzelne Nationen haben weiträumige Besitzungen über See außer ihren weiten Heimatlandschaften und weisen dennoch Einwanderer aus den Ländern zurück, die unter übermäßigem Volksdruck leiden. Hat ein solches Tun Berechtigung?" — So frägt mit seinen Zeitungen das japanische Volk, so das italienische. Warum schließt sich ihnen das deutsche nicht wenigstens an? Ministerpräsident Tanaka hat in einem breiten, klugen Interview mit dem amerikanischen Herrn v. Wiegand amerikanische Bedenken zu zerstreuen gesucht. Ganz lassen sie sich nicht hinwegdeuten; und am 3. November 1927 macht „The China Express and Telegraph" (S. 795) auf eine Arbeit von Baron Sakamoto über die Kontrolle des West-Pacific aufmerksam. Sie sagt uns nichts, was wir nicht schon wußten, aber sie faßt schön zusammen: „Wenn einmal Gefahr im Verzug sei, würden die lebenswichtigen Verkehrslinien Japans um Taiwan und die Westküste jählings durch feindliche U-Boote (Wessen??) bedroht sein, und Japans überseeische Zufuhr, von der es absolut abhängig sei, könnte abgeschnitten werden. Aber zum Glück seien Mandschurei und Mongolei die großen Reservoirs, aus denen Japan seinen ganzen Bedarf auch während eines langen Ringens ziehen könne, solange es einen regelmäßigen Zufluß aufrecht erhalten werde. Japans erste strategische Bewegung würde also das Abschließen der Tsugaru- und Soyastraße sein, um so die Japansee (mit ihren fast 1 Mill. qkm) in einen japanischen Teich zu verwandeln und von dort aus seine Kontrolle des West-Pazifik aufzurichten, was es von seinen nahen Stützpunkten aus leicht könne. Nur militärische Operationen großen Stils in Mandschurei und Mongolei würden an die Quellen seines Widerstandes heranführen. Aber selbst hier sei der Anfangsvorteil Japans groß, und so würde es, dank seiner Entfernung von allen möglichen Feinden, die ihm die Vormacht im West-Pazifik etwa bestreiten könnten, Aussicht haben, diese Vormacht aufrichten und in einer ganz ausreichenden Schlagweite behaupten zu können. So der Gedankengang Sakamotos.

Um darüber praktische Versuche anzustellen, diente in diesem Herbst ein großes Flottenmanöver mit i. G. 170 Fahrzeugen, besonderer Lufterkundung, Verdunkelung der großen Städte (deren Lichtermeere sonst bedenkliche Landmarken für den Anflug von See her sind), bei dem sich die Abwehrflotte (Rot), in der Ariake-Bucht am 19. Oktober sammelte, während die Angriffsflotte (Blau) am 20. Tokuyama verließ, um vom Pacific aus vorzubrechen. Am 24. Oktober trafen sich die Flotten 360 km SW. von Kii; die Übung endete bei schwerem Wetter und wurde (nach dem Zwischenspiel eines Erdstoßes im Petroleumrevier von Niigata) am 30. Oktober mit einer Flottenparade über 700000 t (8 Schlachtschiffe, 20 Kreuzer, 72 Zerstörer, 38 U-Boote und 12 Transporter) abgeschlossen. Ein Flieger-Massenaufgebot kam dazu, die das Kaiserschiff „Mutsu" umkreisten, von drei Mutterschiffen begleitet, deren größtes die am meisten beachtete Akagi mit ihren 27000 tons war. Dazu ver-



kündet Yamamoto in der Mandschurei die neue aktive Wirtschaftspolitik, will Chang-Tso-Lin für sie gewonnen haben und durch ein mächtiges Anleiheversprechen für das hochverdienende Unternehmen zugleich den New Yorker Geldmarkt. Der einzige Schatten in diesem amerikafreundlichen Bilde ist die Jap. Mission nach Rußland und Deutschland unter Kuhara, auf Gotos Anregung. Sie wird wohl das andere Eisen im Feuer zu halten haben.

Was sonst noch unter der Asche glüht, das verriet doch der für die Konstanz der bisherigen Reichshaltung überraschend günstig ausgegangene Verlauf der ersten Wahlen nach dem neuen Männerwahlrecht, bei dem die fünf untereinander hadernden Labour-Parteien im ganzen nur 30 Sitze erlangen konnten, was sicher zum Teil dem Vorwurf der Reichsfeindlichkeit zur Last zu legen ist, dem man ihnen in schwieriger Lage des Gesamtvolks machen konnte ... Und es verrät immerhin der Erfolg eines Buches, wie Inazo Nitobes „Japanese Traits and Foreign Influences“ (London, Kegan Paul, 1927), das in seiner absichtlichen Übersteigerung für Wirkung auf die angelsächsische Welt geschrieben ist, sie aber auch nicht verfehlt. Nebenbei enthält es in seinen völkerpsychologischen Anweisungen zum gerechten Studium fremder Völker geradezu eine geopolitische Fanfare.

Fanfaren ganz anderer Art in der entgegengesetzten Richtung stößt Graf Limburg Stirum in „Nord und Süd“, 1927 über die Selbstbestimmungs-Aussichten Indonesiens und Insulindes aus, über die gleichzeitig ein junger malaiischer Gelehrter an einer Geopolitik von Indonesien arbeitet, auf deren Standpunkt man gespannt sein darf. Wertvoll ist, was gerade der „China Express and Telegraph“, der umsichtigste publizistische Verteidiger kolonialer Herrenstellung im Osten, aus Limburg Stirums Arbeit heraushebt (3. November 1927, S. 759). „Nach Insulindes enormer wirtschaftlicher Bedeutung muß, bei steigender Entwicklung des eingeborenen Elements sein Anteil an der Regierung anerkannt werden. Die Jugend des Ostens ist von einem starken nationalistischen Geist durchtränkt, wie überall.“ (Stimmt das auch für Innereuropa??) „Man wird also mit steigendem Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht rechnen müssen, und dem Wunsch, das Schicksal in eigene Hand zu nehmen.“ Aber „soweit es sich dafür geschickt erweist und soweit es die Beziehungen mit Holland gestatten“. Hier eben liegt die Quelle der Meinungsverschiedenheit, wie bei den Philippinen — in einer Ermessensfrage für das Gewesene! Der gleiche Standpunkt spricht unwillkürlich aus Sir Montagu Webbs berechtigtem Lobpreis der Bewässerungsleistungen des British Raj (Times 19. August 1927 und 26. Oktober 1927) in Pendjab, Bhawalpur und Nord-Bikanir, den Wüstenrand-Staaten der Tharr und bei Sukkur (Sind).

Auch in Sirdar Ikbal Ali Shahs Begrüßungsfanfare für den Besuch von Amanullah Khan in Europa sind durchaus berechtigte Lobeserhebungen für den klugen jungen Herrscher und seine bisherigen Erfolge mit der Verschleierung der Tatsachen des dritten Afghanenkriegs als Quelle dieser freien Entwicklung wunderlich gemischt. Aber es ist begreiflich, daß man in dem stark aufstrebenden Binnenstaat Afghanistan auf die neun Jahre seit der Ermordung Emir Habibullah Khans mit Befriedigung zurückblickt und manche Kinderkrankheiten lieber nicht erwähnt sehen möchte. Eingereiht in einen größeren Rahmen wird man die jung-afghanische Bewegung innerhalb der Selbstbesinnung der Islam-Mächte zu betrachten haben, der Arnold J. Toynbee eine großangelegte Geschichte widmet: „The Islamic World since the Peace Settlement“ (Bd. I, London 1927, Oxford University Press), der auch eine unter der Presse liegende, scharfsinnige und sachkundige Untersuchung von Kohn:

„Die nationale Bewegung in Vorderasien" gilt, die demnächst bei K. Vowinckel als Buch erscheinen wird und einer gründlichen Kenntnis der schwer erreichbaren vorderasiatischen Literatur entstammt, wie einer seltenen Fähigkeit, sich in die letzten ideologischen Quellen der vorderasiatischen Volks- und Geistesbewegungen einzufühlen. Wie derb generalisierend wirkt neben Toynbee und Kohn eine amerikanische Zusammenfassung von der Art Lothrop Stoddards: „The New World of Islam" — aber allerdings wie frühzeitig, als sich ein großer Teil dieser Bewegungen noch in plastischem Zustand befand, war sie auf dem Platz! (1922!).

Neben den langen, weitausschauenden Richtfeuer-Linien, die in solchen Werken offenbar werden, wirkt die kurze, aber grelle Explosionsflamme in den Salomonen, der Aufstand auf Malaita, mit der Ermordung des Distrikt-Kommissars Bell und seiner eingebornen Polizeitruppe wie ein ganz vereinzelter Ausbruch, ebenso wie das plötzliche Hervortreten der geopolitisch überaus günstig für eine Beeinflussung der letzten Entscheidungen in China liegenden Landschaft Shansi. Dennoch gliedern sie sich —, wie die Vertreibung der westchinesischen Missionäre mit ihrem geographisch so lehrreichen Fluchtweg von Nord-Yünnan über Tseku nach Fort Hertz und Myitkyina in Burma — in die „Revolt against Europe" ein, deren Ausstrahlungen Leonard Woolf in London in seiner Vortragsreihe „Imperialismus und Zivilisations-Problem" jüngst zusammenfaßte.

Otto Maull:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Ende der Revolution in Mexiko? — Polen unter nordamerikanischer Finanzkontrolle. — Amerikas Interesse am Orient. — Amerika in Abessinien. — Amerikas Zollkonflikt mit Frankreich. — Amerikas Beachtung der Entwicklung der europäischen Wirtschaft. — Wirtschaftslage der Union. — Nationale Regungen in den Vereinigten Staaten. — Methodenwechsel in der Lösung der vereinsstaatlichen Negerfrage. — Entwicklung des Handelsluftverkehrs in der Union. — Die vereinsstaatlich-kanadischen Kanalprobleme. — Kanadische Einwanderungsfragen; nationale Umbildung der Prärienprovinzen. — Kolumbiens innere Verkehrspolitik und Ölpolitik. — Ablehnung der Teilnahme des Völkerbundes an dem 6. panamerikanischen Kongreß. — Probe-Passagierluftverkehr nach Kanada geplant. — W. Georgii über „die Meteorologie des transatlantischen Luftverkehrs."

Mit der Gefangennahme und standrechtlichen Erschießung des Generals Arnulfo Gomez hat die Revolution in Mexiko den zweiten der Hauptführer verloren. Eine größere aufständische Aktion ist darum für die allernächste Zeit nicht zu erwarten. Wie wenig der Aufstand aber im Keim erstickt ist, lehrt das Bombenattentat auf Obregon in Mexiko-City, bei dem der General leicht verletzt wurde. Auch die allgemeine Unsicherheit im Lande, die durch immer neue Raubüberfälle von starken Banden belegt wird, gibt sehr zu denken. So schwelt der Brand immer weiter, ohne daß er von Grund auf erstickt werden kann. Als innermexikanische Angelegenheit hat die Revolution in ihrer ganzen Entwicklung von außen her kaum Beachtung gefunden; besonders die Vereinigten Staaten haben sich merkwürdig ruhig gegenüber dieser Krise verhalten, die heute wohl im ganzen als überwunden zu betrachten ist.

Diese geringe Beachtung durch die Vereinigten Staaten von Amerika mag mit der derzeitigen starken politischen Engagierung der Union in aller Welt zusammenhängen. Denn abgesehen von den schweren finanziellen Verkettungen, die die Vereinigten Staaten vom Weltkrieg her mit Europa verbinden, haben diese in jüngster



Zeit ein sehr auffälliges Interesse an mehreren Punkten im Westen der Alten Welt offenbart. Das gilt in erster Linie für Polen. Gelegentlich der neuen 71-Millionen-Anleihe ist Polen — das kann man unumwunden sagen — für 18 Jahre unter eine amerikanische Finanzkontrolle gestellt worden. Denn mit der Anleihe mußte Polen einen amerikanischen „Berater", Mr. Dewey, mit in Kauf nehmen, den man neulich charakteristischerweise als den „neuen Souverän Polens" bezeichnet hat. Tatsächlich verfügt dieser Berater über die weitgehendsten Machtbefugnisse als Aufsichtsratsmitglied der Bank Polski. Als Sicherung der Anleihe werden dieser Bank die Zolleinnahmen des Staates zugeführt und in einem besonderen Zollkonto verbucht. Für dessen Rechnungsaufstellung hat der amerikanische Berater die Entlastung zu erteilen! Auch für die Verwendung des Ertrags der Anleihe bedarf es der Gegenzeichnung des Amerikaners. Darüber hinaus mußte sich der Staat verpflichten — in Analogie zu den deutschen Verhältnissen —, seine Bahnen in eine private Gesellschaft umzuwandeln und das gesamte Steuersystem zu ändern. Auch das Bankwesen war neu zu ordnen. Trotz der schweren Lasten lautet das Urteil über die Wirkungen der Anleihe sehr günstig. Die Inflation hat ihr Ende gefunden, und die wirtschaftliche Entwicklung vermag sich von einer gesunderen Basis aus zu vollziehen. Darüber darf aber nicht vergessen werden, daß der amerikanische Berater fast in den gesamten Staatshaushalt Polens Einblick hat. Das bedeutet nicht nur Prestigeverlust, sondern auch Herabminderung in der Selbständigkeit der Entschließungen Polens. Für Amerika ist es eine Ausdehnung seiner aus der mittelamerikanischen Region genugsam bekannten Finanzherrschaft über einen europäischen Staat, der zudem in einer recht kritischen Zwischenzone liegt und leicht die Union in europäische Konflikte zu verwickeln vermag. Soll man darum daraus schließen, daß Amerika mit diesem Schritt seine Isolierung und Reserviertheit gegenüber der Westhälfte der Alten Welt aufgegeben hat? Fast möchte sein Auftauchen auch an anderen Stellen dafür sprechen.

So zeigt sich in immer stärkerem Maße Amerikas Interesse am Orient. Es verlautet, daß die Verhandlungen über die Beteiligung Amerikas an der Ölausbeute des Mossulgebietes zum Abschluß gekommen sind. Die Aktien der türkischen Petroleumkompagnie befanden sich bisher in den Händen Englands, Frankreichs und Hollands und des armenischen Gründers der Gesellschaft. Von Amerika ist die Rechtmäßigkeit der Konzession der türkischen Gesellschaft angezweifelt worden. Langwierige Unterhandlungen haben dahingeführt, daß ein Viertel des Aktienbestandes in den Besitz der beiden Standard Oil Compagnien von New York und New Jersey und einer Reihe kleinerer Ölgesellschaften übergeht. Diese Regelung ist nichts anderes als die Beilegung eines jener Konflikte, die im Kampfe um die Petroleumkonzessionen zwischen Amerika und England entstanden und nur aus der Tatsache zu verstehen sind, daß die Union zwar der weitaus größte Petroleumproduzent der Welt ist, daß aber die amerikanische Petroleumförderung nicht ausreicht, um den ebenfalls stärksten Petroleumkonsum zu decken. Zur Sicherstellung seines Bedarfs sind darum die amerikanischen Petroleumgesellschaften nicht nur in Mexiko und Südamerika auf dem Plan erschienen, sondern auch in Mossul und Persien. Hier wie auch in anderen russischen Erdölgebieten arbeitet Standard Oil mit dem russischen Petroleumsyndikat zusammen. Speziell Nordpersien, das Rußland seit 1907 als seine Interessensphäre betrachtet, ist von den Sowjets im Widerstreit mit England der Standard Oil Company überlassen worden. Dieses Auftreten der Standard Oil-Gesellschaft in Rußland ist ein entscheidender Feldzug der Amerikaner gegen die englische Erdölpolitik gewesen, die sich ihrerseits die russischen Felder zu sichern suchten. Es sind

einzelne Kampfhandlungen des Petroleumkriegs, der seit 1925 ernstere Formen angenommen hat.

Die dritte Stelle, wo die Amerikaner unerwartet auf dem Plan erscheinen, ist Abessinien, das als einziger nominell unabhängiger afrikanischer Staat doch tatsächlich schon längst in der Interessensphäre von England, Frankreich und Italien liegt, immerhin sich seine Unabhängigkeit in hohem Grade zu bewahren vermochte. Wenn Abessinien im Rahmen einer enger begrenzten Territorialpolitik als kolonialer Entwicklungsraum hätte Bedeutung haben können, z. B. einst für Italien, und auch jederzeit für jede andere Kolonialmacht noch haben kann, so ist es in weltpolitischer Perspektive nichts anderes als das Nilwasserreservoir. Wer Abessinien in der Hand hat, der bestimmt das Wohl und Wehe des Nillandes. Es ist bezeichnend, wie diese Schlüsselstellung, die einst, im Altertum und Mittelalter, in Ägypten selbst lag und von den Beherrschern Ägyptens bewußt ausgenutzt wurde, mit der Entwicklung der technischen Kultur und der immer gleichmäßigeren Erschließung der ägyptischen Nachbarländer stets weiter nilaufwärts rückt. Eine Zeitlang haben die Engländer Ägypten vom Staudamm von Assuan aus beherrscht. Die nominelle Loslösung Ägyptens aus dem Verbande des Britischen Reiches hat zur Inangriffnahme des riesigen Makwardammes geführt. Nun taucht plötzlich der Plan eines Konkurrenzdammes auf abessinischem Boden am Blauen Nil und am Tsanasee auf, zu dessen Bau eine amerikanische Finanzgruppe die Konzession erhalten hat. Man vermutet, daß hinter den amerikanischen Finanzleuten amerikanische Baumwollinteressenten stehen. Es verlautet, daß die amerikanische Regierung ihre Zustimmung zu diesem Projekt gegeben habe, dessen Ausführung die Tiefbaufirma Wight in Angriff zu nehmen gedenkt. Da ein Dammbau am Blauen Nil den größten Teil der britischen Baumwollplantagen im Sudan in völlige Abhängigkeit von Abessinien und seinen Machthabern bringen müßte und durch ihn auch die Wasserverhältnisse in Ägypten empfindlich gestört zu werden vermögen, so hat dieser schwere Konflikt mit Abessinien, der sich eventuell zu einem solchen mit Amerika auswachsen kann, England und Ägypten zu einer Abwehrhandlung zusammengeschlossen, deren Wirkung abgewartet werden muß. Symptomatisch ist an dem Fall der einbruchartige Vorstoß der amerikanischen Interessen, der die Verhältnisse der Alten Welt zu stören und eine Kontrolle auch über afrikanisches Land zu errichten droht. Die Empfindlichkeit der Stelle ist von England in dem Vertrag vorausgesehen worden, den es 1902 mit Menelik II. abgeschlossen hat. Dort hat sich England versprechen lassen, daß keinerlei Werke am Blauen Nil, Tsanasee und Sobatfluß angelegt würden, die den Abfluß nach dem Nil hin zu stören vermöchten.

Zu diesen Vorstößen der Union in neue Interessensphären haben sich in der letzten Zeit störende Verwicklungen im Bereich der älteren Interessenverknüpfungen eingestellt. So wollte es eine ganze Zeitlang erscheinen, als ob sich der Zollkonflikt mit Frankreich zu einem Zollkrieg auswachsen würde. Freilich haben von Anfang an weder die amerikanischen noch die französischen Zeitungen diese handelspolitische Spannung als eine sehr ernstliche aufgefaßt, sie mehr als eine durch diplomatische Verhandlungen leicht zu behebende Mißstimmung betrachtet. Merkwürdigerweise konnte dieser Zollkonflikt gleichsam aus dem Nichts geboren werden, da Zollabmachungen zwischen Amerika und Frankreich gar nicht bestehen und infolgedessen die Staaten in ihrer Zollgesetzgebung an solche nicht gebunden waren. Damit fallen bei dem Konflikt die Rechtsfragen vollkommen fort. Er ist darum durchaus als Machtfrage aufzufassen. Der Anlaß zum Konflikt ist der französische Doppeltarif, der den ameri-



kanischen Waren keine besonderen Begünstigungen einräumte. Demgegenüber geht die amerikanische Forderung auf volle Meistbegünstigung der Waren. Daraufhin hat Frankreich sich zu Verhandlungen und zu weitgehenden Zollermäßigungen geneigt gezeigt, wenn auch Amerika solche eintreten lassen wolle. Dieser berechtigte Anspruch ist von Amerika mit dem Hinweis auf die Unantastbarkeit seiner Zollautonomie glatt abgelehnt worden. Es ist der Versuch des herrschenden Wirtschaftsimperialismus, einen wirtschaftlich viel Schwächeren sich gefügig zu machen. Trotz dieser scharfen Gegensätze scheinen nach den letzten Meldungen die Zugeständnisse Frankreichs an Amerika so weit zu genügen, daß Verhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen den beiden Mächten beginnen können.

Auch dieser Konflikt mit Frankreich ist nur Symptom für die ungleich größere, z. T. allerdings ängstliche Beachtung, die die Union neuerdings der Entwicklung der europäischen Wirtschaft schenkt. Freilich durchkreuzen sich dabei grundverschiedene Regungen. Während Amerika einmal alles Interesse an einer gedeihlichen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Europas, seines besten Marktes, hat, haben die Verhandlungen über einen eventuellen Zusammenschluß der deutschen und englischen chemischen Industrien eine erstaunliche Aufregung in Amerika hervorgerufen. Dazu kommt die ernste Diskussion über das deutsche Reparationsproblem, deren Ausgang heute noch nicht abgesehen werden kann.

Nicht in jedem Entwicklungsabschnitt deckt sich die Wirtschaftslage der Vereinigten Staaten mit ihrer Machtentfaltung und ihren Machtansprüchen. Eine kritische Zusammenstellung der Monatsberichte der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt in Leipzig lehrt z. B., daß im Vergleich des 3. Vierteljahrs 1927 mit dem 3. Vierteljahr 1926 auf dem Gebiete der Eisenerzeugung, Stahlproduktion und Autofabrikation, also von Produktionszweigen, in denen die Union führend in der Weltwirtschaft dasteht, ein unverkennbarar Rückgang zu sehen ist. Noch deutlicher zeigt sich das bei der Sichtung der Neugründungen, die ihrem Wert nach nur $^2/_3$ von dem des Vorjahres betragen, und der Zunahme der Konkurse, die sich sehr gesteigert haben.

	Eisenerzeugung (in 1000 t)	Stahlgewinnung (in 1000 t)	Autoproduktion (in 1000 Stück)	Neugründungen (in Mill. Doll.)	Konkurse (in Mill. Doll.)
3. Vierteljahr 1926	9553	11 570	1170	1541	87,8
3. Vierteljahr 1927	8673	9881	880	1030	115,2

Darin ist ohne Zweifel eine sehr empfindliche Abschwächung der Hochkonjunktur zu erkennen, die auch bestätigt wird durch den Rückgang der Verkehrseinnahmen bei den Eisenbahnen. Mit einer industriellen Konzentrationsbewegung stellt sich die Union auf eine Verringerung der Gewinnmöglichkeiten ein, die sich auch in der Geschäftstätigkeit der New Yorker Börse deutlich bemerkbar macht. Allgemein ist die Meinung verbreitet, daß die Wertpapierkurse ihren Höchststand erreicht haben. Die starke Geldflüssigkeit wird einmal auf das Nachlassen an Geldbedarf ebensosehr wie auf die sich dauernd mehrenden Goldreserven zurückgeführt; besitzt ja doch die Union heute etwa die Hälfte der Goldvorräte der Welt. Es wurde jüngst geschätzt, daß sich die privaten Auslandsinvestierungen der Nordamerikaner auf rund 50 Milliarden $ belaufen. Deutschland soll z. B. mit 4 Milliarden RM. Amerika verpflichtet sein. Hand in Hand mit diesem Rückgang in der Wirtschaftslage geht nach einer Erklärung des Einwanderungskommissars eine Auswahl innerhalb der Einwanderungsbewegung: die Abnahme der Einwanderung aus Ost- und Südosteuropa erklärt er aus einem endgültigen Bruch mit dem Grundsatz der Verwendung billiger Arbeitskräfte. Höhere Löhne schafften den besten Markt für die amerikanischen Erzeug-

nisse. Die Arbeitgeber hätten darum selbst alles Interesse daran, daß die Lebenshaltung der gelernten amerikanischen Arbeiter und das Niveau der Löhne nicht durch die Einwanderung ungelernter Arbeiter herabgesetzt werde, die auch in Amerika nicht besser lebten als in Europa. Amerika müsse sich gleichsam durch einen Tarif gegen den Einstrom billiger Arbeit schützen.

Parallel gehen diesen Bewegungen nationale Regungen in den Vereinigten Staaten. So hat der Bürgermeister von Chicago, Thompson, eine merkwürdige antibritische Propaganda entfaltet, die sich vor allen Dingen in einer Säuberung der Bibliotheken von probritischen Büchern auswirkt und sich auf alles weiterhin bezieht, was durch die Verbreitung britischer Lebensauffassung die amerikanischen Lebensideale stören konnte. Im Vergleich zu solchen spielerisch erkünstelten nationalen Fragen ist die Negerfrage nach wie vor ein mit den bisherigen Methoden kaum lösbares Problem, das sich von seiten der Neger immer mehr zu einem mit stets größeren Mitteln geführten Kampf der Farbigen um die Gleichberechtigung auswächst. Zwar anerkennt die amerikanische Verfassung in ihren Zusätzen 14 und 15 die Gleichberechtigung aller amerikanischen Bürger, unbeschadet ihrer rassialen Zugehörigkeit. Doch gerade in den Südstaaten, wo im Durchschnitt ein Drittel der Bevölkerung aus Negern und Mischlingen besteht, diese sogar in einzelnen Staaten mehr als die Hälfte der Bewohner ausmachen, vermögen sie zumeist ihr Wahlrecht nicht auszuüben und damit keinen Einfluß auf die Leitung ihrer Angelegenheiten im Staate zu erlangen, weil Gesetze der einzelnen Staaten durch Bildungs- oder Grundbesitzklauseln oder Ähnliches, meist nur angewandt auf die Farbigen, sie tatsächlich ihres Bürgerrechts, namentlich ihres Wahlrechts berauben. Hier sind sie, im Gegensatz zum Norden, gelinde ausgedrückt, der stärksten Willkür und Bedrängung, die sich gelegentlich zu unmenschlichen Roheiten steigert, ausgesetzt. So kamen noch 1919 85, im letzten Jahre 34 Lynchungen vor. Während des Weltkrieges wurden die Neger in sehr viel stärkerem Maße ausgehoben als die Weißen. Während von 100 Weißen nur 25 für kriegsverwendungsfähig erklärt wurden, war die entsprechende Zahl der Neger 36. Im ersten Aufgebot erschienen sogar 51,65 % der Neger und nur 32,53 % der Weißen. Über dieses Mißverhältnis werden von seiten der Neger schwere Klagen geführt. Das Negerproblem hat sich im Laufe des letzten Jahrzehnts zu einem schwer entwirrbaren Knoten gestaltet. Aus den bekannten Ursachen des Arbeitermangels im Norden ebenso wie aus der Suche nach besseren Lebensverhältnissen sind bekanntlich starke Wanderungen der schwarzen Bevölkerung nach den Nordstaaten, zu den Industriestätten, erfolgt. Ein Aufsatz von W. Mensching über „Afrika in Amerika" (in der Frankfurter Zeitung) bringt auf Grund neuerlicher Erkundungen auf einer Studienreise folgende bezeichnende Zahlen: In Detroit ist die Negerbevölkerung in zwei Jahren von 8000 auf 65 000 gewachsen. In New York sollen ungefähr eine Viertelmillion Neger wohnen, in Philadelphia etwa 200 000. Nach Chicago sind bei dieser Wanderung 52 000 Neger gekommen. Begünstigt durch die Lohnkämpfe der weißen Arbeiterschaft hielt auch nach dem Kriege diese Nordwanderung noch an. In Pittsburg sollen damals 12 000 Neger auf den Arbeitsmarkt geworfen worden sein. In einer Fabrik stieg die Zahl der beschäftigten Neger in einem Jahr von 30 auf 800. Es kam, weil die Neger als Streikbrecher betrachtet wurden, zu blutigen Kämpfen zwischen den Rassen. In St. Louis sollen dabei wieder 6000 Neger vertrieben, mehrere hundert erschossen, erschlagen oder gehängt worden sein. So berichtet Mensching. Viel beachtenswerter als jüngste Wandlung in der Stellung zur Negerfrage sind aber die Kompromisse,

die sich hie und da anbahnen, und die ein Ausfluß der räumlichen Verzahnung des Negerelements mit den Weißen der Nordstaaten darstellen. So hat z. B. Mitte dieses Jahres die American Federation of Labour Beziehungen zu den Farbigen gesucht, die nicht allzu begeistert von den Schwarzen begrüßt wurden, weil sie sich in ihren eigenen Organisationen schon längst gesammelt haben und von der Befürchtung geleitet werden, am Ende doch wieder als Parias betrachtet zu werden. Noch wichtiger ist es, daß die politischen Parteien beginnen, sich der mit Füßen getretenen schwarzen Staatsbürger anzunehmen. Von vornherein waren ja im Gegensatz zu den Demokraten des Südens die Republikaner des Nordens die negerfreundliche Partei, die freilich vor einigen Jahren bei der Dyer-Anti-Lynching-Bill auch versagte. Darum haben leicht die Sozialisten unter der Masse des Negerproletariats Boden zu gewinnen vermocht. Neuerdings haben jedoch die Republikaner von New Jersey wieder die Dyer-Anti-Lynching-Bill aufgegriffen, sich auch in ihrem übrigen Programm für die Gleichberechtigung der Rassen eingesetzt und mit der National Association for the Advancement of Coloured People, der größten Negervereinigung in den Vereinigten Staaten neben der National Urban League, Fühlung genommen. All das sind deutliche Zeichen, daß sich die wenigstens offiziell lange Zeit scharf eingehaltene Colourlinie in einen breiten Grenzsaum umzubilden beginnt, der Anerkennung gewinnt. Es bahnt sich ein unverkennbarer Umschwung in der Wertung der rassialen Struktur an, der der vollsten Beachtung bedarf. Man beginnt mit ganz anderen Methoden an der Lösung der Negerfrage zu arbeiten, seitdem die Neger längst nicht mehr führerlos, sondern verhandlungsreif geworden sind und die primitiven unmenschlichen Methoden, die freilich namentlich im Süden, aber auch anderwärts in absolutem gesellschaftlichen Boykott und in viel häßlicheren Formen noch fleißig geübt werden, nicht den geringsten Erfolg im ganzen zu verzeichnen hatten. Es sind Fragen, die die farbige Bevölkerung selbst zuletzt auf dem vierten panafrikanischen Kongreß in New York beschäftigt haben.

Die Riesenfläche der Vereinigten Staaten und ihrer Nebenländer löst immer wieder neue Probleme der Raumbewältigung durch den Verkehr aus. Im Gegensatz zu der hohen sportlichen Entwicklung des Luftverkehrs kann man in dem Sinne ruhig behaupten, daß die Union noch vor der Lösung vieler regionaler Fragen hinsichtlich der Entfaltung seines Handelsluftverkehrs steht. Längst nicht in dem Maße wie Mitteleuropa ist sie von einem wohlorganisierten Luftverkehrsnetz überzogen. Das hängt sehr innig mit der grundverschiedenen Anteilnahme des Staates an der Entwicklung des Luftverkehrs hier und dort zusammen. Während in Europa die staatliche Subventionierung die Ausbreitung des Luftverkehrsnetzes sehr begünstigte, hat die amerikanische Regierung von einer Subventionierung beharrlich Abstand genommen, so daß es der Privatinitiative oder der Postverwaltung vorbehalten war, Luftverkehrslinien einzurichten. Außer einigen kleineren Linien, z. B. zwischen Kuba und Florida, Victoria und Seattle, Chicago und Detroit, verfügte lediglich die Postverwaltung über regelmäßig befahrene Luftverkehrsstrecken, die aber nur ihren postalischen Zwecken dienten, und auf denen der Personenverkehr ausgeschlossen war. Erst seit dem Jahre 1926 sind durch Private größere Luftlinien in regelmäßigen Betrieb genommen worden, auf denen für Luftpostsendungen Abmachungen mit der Post bestehen. Die wichtigste Verbindung aber fehlte lange, die von New York nach San Francisco. Doch ist sie immerhin schon seit einer ganzen Reihe von Jahren eingerichtet worden und in Betrieb, gesichert durch Funkstellen, Wetterwarten, Leuchtfeuer, Landungsplätze usw. In regelmäßigem Tag- und Nachtverkehr wird diese über 4000 km lange Strecke in

30 Stunden durchflogen, während die Eisenbahn 91 Stunden braucht. Neben diesen regelmäßigen Linien ist auch in den Vereinigten Staaten der Gelegenheitsflugverkehr stark entwickelt; es sind etwa 300 Unternehmer, die über ein oder zwei Flugzeuge verfügen und bald hie, bald da tätig sind, ohne regelmäßige Verkehrslinien einzurichten. So haftet dem Luftverkehrsnetz der Vereinigten Union noch manches unvollkommene an, das vielfach eines dringenden Ausgleichs bedarf.

Die Verkehrsprobleme der Union greifen als Wasserstraßenprobleme nach Kanada über. Von alters her ist Kanada ein Land der Wasserstraßen. Ehe die Eisenbahnen den riesigen Raum erschlossen, waren die Wasserstraßen, die Flüsse und gewaltigen Seen, fast die einzigen natürlichen Verkehrswege in dem Waldland. Nur die Prärienregion war als Landfläche an sich verkehrsfreundlicher. Schon früh setzte mit der englischen Eroberung der Kanalbau zunächst aus militärisch-strategischen Gründen ein, der später auch die Handelsentfaltung förderte. Heute bestehen in Kanada sechs Kanalsysteme: die Kanäle zwischen Port Arthur—Fort William und Montreal, Montreal und Lake Champlain, Montreal und Ottawa, Ottawa und Kingston, der unvollendete Kanal von Trenton am Lake Ontario nach dem Lake Huron, der Kanal zwischen dem Atlantischen Ozean und den Bras d'Or-Seen — mit einer Gesamtlänge von 117,2 englischen Meilen. Sie verbinden ein Wasserstraßennetz von 1594 englischen Meilen zu einer Einheit. Zur Zeit steht besonders der Ausbau des St. Lorenzstromsystems, die Schaffung eines Großschiffahrtswegs von 2100 Meilen Länge nach den großen Seen, zur Diskussion, der vor allem für die Getreide-, aber auch für die Erzverschiffungen von hoher Bedeutung wäre, so daß namentlich die Prärienprovinzen an seiner Entstehung alles Interesse haben. Auf der anderen Seite hatte bisher der Lorenzmündungsstaat Quebek der Erschließung des Schiffahrtswegs energisch widerstrebt, weil damit Montreal, das bis jetzt der Getreideverschiffungshafen des Kontinents ist, seiner Stellung beraubt und lediglich einer der Sammelpunkte am Kanalweg wird. Bei der Schaffung der durchlaufenden Wasserstraße gilt es besonders die Stromschnellen oberhalb von Montreal, das zur Zeit der Endpunkt der Seeschiffahrt ist, zu überwinden und die Wasserstraße bis zum Eriesee zu vertiefen. Der Wellandkanal, der die Niagarafälle zwischen Ontario- und Eriesee umgeht, besteht, so daß innerhalb der Seenkette die Verbindung gewährleistet ist. Entsprechend der vereinsstaatlich-kanadischen Grenze, die durch die Seen läuft, ist das brennende Interesse an den Kanal den Vereinigten Staaten und Kanada gemeinsam und das Kanalprojekt von beiden Seiten aus untersucht worden. Freilich stößt das Projekt der Wasserstraße auch in den Vereinigten Staaten auf Widerstände. Während hier wie in Kanada der mittlere Westen und die Prärienprovinzen den Kanalbau fordern, erblicken New York und die Neuenglandstaaten darin eine Abzapfung der Verkehrsströme aus dem Hinterland und sehen in einem solchen Großschiffahrtsweg eine sehr unerwünschte Konkurrenz und Durchbrechung ihres Verkehrsmonopols, das ihnen bisher die Stellung an der ostamerikanischen Pforte eingebracht hat. Vor allem fürchten sie ihren Vorrang als Umschlagplatz für Getreide genau so wie Montreal einzubüßen. Deshalb drängt New York darauf, daß Hudson- und Eriekanal vertieft und zum vereinsstaatlichen Großschiffahrtsweg nach der Ostküste hin umgestaltet werden sollten. Diese Route, die den Vorteil hat, das ganze Jahr über offen zu sein, während der Lorenzweg unter Eisschluß leidet, hat aber darum nicht viel Anhänger, weil die Kosten ihres Ausbaus sehr viel größer sind als die des Lorenzweges, zudem fällt der Gewinn an elektrischer Kraft weg, den das Lorenzprojekt einschlösse. Natürlich wendet sich von Kanada aus der Widerstand in seiner ganzen Breite gegen das vereinsstaatliche



Projekt. In Konkurrenz mit dem Lorenzprojekt ist schon vor geraumer Zeit das Hudsonprojekt aufgetaucht. Je weiter west- und nordwärts sich der Getreidebau vorschiebt, desto mehr rückt die Hudsonbai als mögliche Ausgangspforte in den Vordergrund. Die Route leidet natürlich darunter, daß das Hudsonmeer eine lange Zeit im Jahr mit Eis bedeckt ist. Es ist bis jetzt noch nicht sicher bekannt, ob große Getreidedampfer während der Monate Juni bis September ohne Gefahr das Meer und die Hudsonstraße im Norden passieren können. Aus dem Weizengebiet selbst ist eine Bahn nach Port Churchil am Hudsonmeer geplant. Zugleich hätte die Route eine wesentlich erschließende Wirkung auf den kanadischen Norden. Dem gleichen Zwecke dient die Fergusonautostraße, die neuerdings von Toronto über North Bay und Cochrane zum Hudsonmeer führt. Zur Zeit ist sie bis Cochrane vollendet, das 175 Meilen vom Hudsonmeer liegt. Schon bei North Bay, halbwegs Cochrane, beginnt der jungfräuliche Urwald in riesiger Ausbreitung.

Besondere Beachtung schenkt Kanada, das in diesem Jahre die 60jährige Wiederkehr seiner nationalen Einigung, den Zusammenschluß aus vier isolierten Provinzen gefeiert hat, seinen Siedlungsfragen. Gewitzigt durch die Probleme, die sich die Vereinigten Staaten durch die Massensiedlung geschaffen haben, legt es auf die nationale Herkunft und die Eignung zum Beruf großen Wert. In erster Linie werden Briten geschätzt, weiterhin Deutsche, Skandinavier, Holländer. Im ganzen geht die nationale Bevölkerungspolitik darauf hinaus, das britische Element möglichst rein, wenigstens dem Typus nach, zu erhalten. So hat z. B. auch die Generalsynode der Anglikanischen Kirche aus diesem Bestreben heraus der Federalregierung den Vorwurf gemacht, daß sie bei der Einwanderung der römisch-katholischen Kirche in die Hände arbeite, und daß die britische Einwanderung dauernd abnehme. Beispielsweise seien in einem Distrikt von Saskatschewan von 1000 nur 12 Familien britisch. Der englische Einfluß in Westkanada sei im Schwinden. Diese Erscheinung hat z. T. wirtschaftliche Gründe. Denn gerade im Westen wird zur raschen Entwicklung des Landes die Einwanderung von vereinsstaatlichen Farmern sehr begünstigt, die natürlich nur zum Teil britischen Ursprungs sind. Darum wendet sich die jüngste Kolonisation bewußt der nationalen Umbildung der Prärienprovinzen zu. Englische und kanadische Regierung haben deshalb ein Abkommen getroffen, daß die Ansiedlung von 3000 ausgewählten englischen Familien gefördert und finanziert werden soll. 1925 sind nach diesem Plan 459, 1926 1040 Familien angesiedelt worden, und das laufende Jahr soll den Rest bringen. So sucht Kanada einen britischen Kitt für diese verschiedenartige Bevölkerung der Zonen im Bereiche der sich rege entwickelnden Provinzen zu finden. So wird im Inneren an einem Ausgleich gearbeitet, der aber mit Mitteln der Siedlungspolitik nur sehr langsam erreicht werden kann. Einer Einheit Kanadas steht heute noch die Riesenweite des Landes entgegen, die durch die Verkehrsentwicklung noch lange nicht überwunden ist. Kanada denkt heute noch in Provinzen. Die Interessen von Montreal und Vancouver, um extreme Punkte zu nehmen, haben sehr wenig miteinander zu tun. In seiner Außenpolitik prägt sich die Amerika so eigene Angst vor einer Verwicklung in außeramerikanische Wirren aus. Darauf waren die pazifistischen Erklärungen der kanadischen Staatsmänner im Völkerbund eingestellt.

Verkehrsprobleme beherrschen zur Zeit auch die Innenpolitik Kolumbiens, dessen wirtschaftliche Entwicklung in erster Linie von einer günstigen Lösung der noch wenig beantworteten Verkehrsfragen abhängig ist. Es ist bezeichnend, wie sich dieses Land seiner geographischen Struktur nach zunächst zu einem Staate heterogener

Verkehrsstruktur entwickelt. Von seiner maritimen Verkehrsbasis am Karabischen Meer wird sein eigentlicher andiner Lebensraum und wichtigster Wirtschaftsraum durch große, wenig entwickelte Flächen am Cauca und Magdalenenstrom geschieden. Beide Flüsse bilden infolge ihrer starken Wasserschwankungen keine sonderlich günstigen Naturwege. Darum hat sich hier als Verbindungsglied der Luftverkehr eingeschoben. Noch keine einzige Eisenbahn durchmißt den tiefen Raum. Lediglich eine Strecke vom Caucatal nach Cartagena ist geplant. Dagegen besitzt der andine Lebensraum schon eine Anzahl Eisenbahnen, die nun zu einem Netz von verhältnismäßig großer Dichte zusammengeschlossen werden sollen. Vom oberen Caucagebiet ist dabei auch eine Strecke bis zur Grenze von Ecuador im Sinne der panamerikanischen Bahn geplant. Nach dem Ausbau des projektierten Bahnnetzes werden auch die Landschaften der einzelnen sich in Kolumbien verzweigenden Andenstränge untereinander verbunden sein. Dagegen sind dann immer noch die Küstenprovinzen kaum mit dem eigentlichen Lebensraum eisenbahnlich verbunden.

Die Erklärung der Ölvorkommen auf staatlichen Ländereien als nationale Reserve durch ein von dem Präsidenten genehmigtes Ölgesetz ist nichts anderes als eine Abwehrbewegung Kolumbiens gegen das befürchtete Übergreifen der Union (vgl. oben). Nur vom Staate dürfen diese Ländereien ausgebeutet werden.

Im Sinne der großen internationalen Verknüpfungen hat der Völkerbund die Absicht laut werden lassen, an den Vorbereitungen der künftigen 6. panamerikanischen Konferenz in Habana und an der Konferenz selbst teilnehmen zu wollen. Dieser Wunsch soll jedoch auf energischen Widerstand des vereinsstaatlichen Staatsdepartements gestoßen sein, das die panamerikanische Konferenz ausschließlich als eine Zusammenkunft der nord- und südamerikanischen Staaten betrachtet, zu der keine europäische Vertretung zugelassen werden könne und darum eine Teilnahme des Völkerbundes abgelehnt werden müsse.

Es will scheinen, als ob England den Ozeanluftverkehr als erster Staat aufnimmt. Es heißt, daß im nächsten Sommer ein Probepassagierdienst nach Kanada eingerichtet werden solle. Die Route soll nicht den Westwinden direkt entgegenlaufen, sondern ihren Weg zunächst nach der westafrikanischen Küste und von da über die Azoren nach Kanada nehmen. Jedes Schiff soll 100 Personen tragen können und eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 70 Meilen haben. Zunächst soll freilich der Luftverkehr noch mit Flugzeugen ausgeführt werden. So hat der Direktor der zivilen Luftfahrt, Sir Sefton Brancker, ausgeführt. In schöner Übereinstimmung hatte schon $1^1/_2$ Monate vorher W. Georgii in einem Vortrag auf der Tagung der „Gesellschaft für wissenschaftliche Luftfahrt" über „die Meteorologie des transatlantischen Luftverkehrs" darauf hingewiesen, daß während der Monate Mai bis September die Route Lissabon—Azoren—Bermuda—Kap Hatteras günstigste Verhältnisse bietet, während die Route Irland—Neufundland durch unbeständige, darum ungünstige Witterungsverhältnisse ausgezeichnet werde, deshalb nur als eine Gelegenheitsroute aufzufassen sei. Etwas günstiger sei die Flugroute Lissabon—Azoren—Neufundland; im letzten Abschnitt unterläge allerdings auch sie leicht dem Einfluß von Witterungsstörungen. Beachtung verdiene besonders auch die nördlichste Route von Schottland über Island und Südgrönland nach Labrador. Sie sei verhältnismäßig kurz, biete gute Stützpunkte und werde im Frühsommer (Mai-Juni) von beständigen Witterungsverhältnissen begünstigt. Für den Verkehr von Amerika nach Europa komme infolge der Windverhältnisse in erster Linie die Route Neufundland—Azoren—Lissabon in Frage. Die Südamerikaroute biete dagegen während des ganzen Jahres günstige Verhältnisse.



WALTER HAGEMANN:

DER HEUTIGE STAND DES AFRIKANISCHEN EISENBAHNSYSTEMS

I.

Kein Kontinent ist bahntechnisch so schnell erschlossen worden wie Afrika. Gründe hierfür sind der machtpolitische Wettlauf der europäischen Kolonialvölker, der schnelle wirtschaftliche Aufstieg des Erdteils und eine Landesnatur, welche den Bahnbauten im allgemeinen geringere natürliche Widerstände als in Asien und Amerika entgegenstellte. Die Anfänge des afrikanischen Bahnsystems liegen an den Brückenköpfen europäischer Siedlung, im Nordwesten und äußersten Süden, sowie in Ägypten, wo ein weitschauender Herrscher mit europäischer Hilfe das Delta und den Unterlauf des Nil durch Bahnbauten erschloß. Den stärksten Antrieb erhielt der transafrikanische Bahnbau aber durch den englischen und den französischen Plan, ihre afrikanischen Kolonien durch eine Hauptverkehrsader untereinander zu verbinden, ein Plan, der in der Vollendung der Kap-Kairo-Route und des Transsaharien seine Verwirklichung finden soll. Nach ihrer Vollendung wird man mit Recht von einem geschlossenen afrikanischen Verkehrsnetz sprechen können, da auch alle Nebenlinien mehr oder weniger an diese Hauptlinien angeschlossen werden.

1849 begann der Bahnbau in Südafrika. In diesem Jahre wurde in Durban die erste Bahn gebaut, und bereits 30 Jahre später war die Kap-Kolonie und Natal mit einem dichten Verkehrsnetz überzogen. Aber dieses besaß nur lokale Bedeutung. An den Grenzen der Burenrepubliken endeten die Schienenwege, denn die Regierungen vom Orange-Freistaat und Transvaal erteilten keine Bahnkonzessionen. Zugleich mit der Eisenbahn mußte auch der europäische Unternehmer in das Hochland jenseits des Orange und Vaal eindringen und die Freiheit der Burenrepubliken bedrohen. In dieser Zeit war es, als Cecil Rhodes zum erstenmal die Herstellung einer großen kontinentalen Route quer durch ganz Afrika vom Süden nach Norden praktisch in Angriff nahm. Bekanntlich war sein großer Plan, der 1919 in veränderter Form verwirklicht wurde, ein zusammenhängendes englisches Kolonialreich vom Kap bis Suez zu schaffen und das ganze riesige Gebiet durch eine einzige Hauptlinie wirtschaftlich und strategisch zu verbinden. Die „all-red-route" zu schaffen, ist ein Teil des Programms, welches ihn als Minister der Kap-Kolonie zur Expedition über den Limpopo veranlaßte, und dem die englische Okkupation des Sudan unter Lord Kitchener vom Norden entgegenarbeitete. 1890 brach Rhodes mit einer Expeditionsarmee aus Betchuanaland auf, um Zentralafrika in Besitz zu nehmen, drei Jahre später wird die Bahnlinie nach Rhodesia von Vryburg aus begonnen. Es erscheint heute grotesk, daß diese Bahn statt über die aufblühenden Minendistrikte Transvaals wegen des burischen Einspruches über die Halbwüste von Betchuanaland geführt wurde. 1897 wurde Bulawayo, 1902 Salisbury erreicht. Wieder wurde Rhodes' Plan umgebogen. Anstatt nordwärts über den Sambesi zum Südufer des Tanganjika, wurde

die Bahn nordwestwärts über den neu entdeckten Kohlendistrikt von Wankie nach den Viktoria-Fällen gelenkt, nicht allein wirtschaftlichen Erwägungen folgend, sondern auch deutschem Widerstande nachgebend. Wieder nordwestwärts laufend, erreichte die Linie über Broken-Hill 1909 die Grenze des Belgischen Kongo und den wichtigen Katanga-Distrikt, der zwar inzwischen durch ein kompliziertes System von Dampferlinien und Umgehungsbahnen mit Matadi an der Kongomündung verbunden worden war, nunmehr aber eine völlig neue geopolitische Blickrichtung gewann.

Vom Norden her war inzwischen von der englischen Okkupationsarmee in Ägypten 1898 eine Wüstenbahn von Wadi Halfa nach Khartum vorgetrieben worden, und in den nächsten Jahren wurde der Oberlauf des Weißen Nil bis Rejaf an der Grenze von Uganda für Postdampfer und Passagierverkehr passierbar gemacht. Eine Urwaldstraße, welche von hier aus südwärts zum Viktoria-See führte und in der Ugandabahn ihre Fortsetzung zum Indischen Ozean bei Mombassa fand, war der provisorische Endpunkt dieser Route, solange Deutsch-Ostafrika sich als Bollwerk in diese „Ganz-Rot-Linie" schob. Da ergab sich mit Ausbruch des Weltkrieges eine Möglichkeit, das fehlende Verbindungsstück der Kap-Kairo-Route auf belgischem Gebiete zu schaffen, als nämlich von der belgischen Okkupationsarmee für Deutsch-Ostafrika die Urwaldbahn von Kabalo am Kongo nach Albertville am Tanganjika vollendet wurde, ein Seehafen, welcher über Ujiji am Ostufer und die Tanganjika-Bahn mit dem Indischen Ozean bei Daressalam in Verbindung stand. Drei Möglichkeiten ergeben sich heute, wie die Kap Kairo-Route verwirklicht werden kann: Die eine ist die Vollendung der im Bau befindlichen Zweigbahn von Tabora an den Viktoria-See, die ihre Fortsetzung über den Kioja-See oder Eldoret nach Rejaf findet, die zweite ist die Seeroute über den Tanganjika-Kivu-Edward- und Albert-See nach Nimule, die dritte und beste die Kongoroute über Kabalo-Stanleyville und auf einer inzwischen vollendeten Autostraße nach Rejaf. Diese letztere ist die einzige Route, auf der es heute feste Fahrpläne, Fahrzeiten und Fahrpreise gibt, und auf der die Beförderung ausschließlich mit mechanischen Verkehrsmitteln, Bahn, Dampfer und Auto vor sich geht, während die beiden anderen Routen noch mehrtägige Fußmärsche mit Trägerkarawanen und unsicheren Wegeverhältnissen erfordern. Die Reise von Kairo nach Kapstadt beansprucht auf der Kongoroute heute 45 Tage, auf den beiden anderen Strecken ca. eineWoche mehr.

Selbstverständlich hat dieser Reiseweg vorläufig nur sportlich-touristische Bedeutung und wäre kaum die allgemeine Aufmerksamkeit wert, die ihm in der Welt geschenkt wird, wenn er nicht nach seiner Vollendung größte strategische und wirtschaftliche Bedeutung gewinnen würde. Die Kap-Kairoroute wird die Zentralschlagader eines ausgebauten innerafrikanischen Bahnsystems werden, und schon sind südlich des Äquator die wichtigsten Anschlüsse an diese Route hergestellt oder vor der Vollendung. Am zahlreichsten nach Osten. Von der Ostküste her ist ja schon in den Zeiten der Inder, Araber und Portugiesen Zentralafrika am zugänglichsten gewesen, und hierhin tangieren die meisten Pflanzungs- und Minendistrikte des Innern. Der Bahnanschluß der Johannesburger Randminen in Durban und Lorenco Marques an das Meer fällt noch in das 19. Jahrhundert und war ein Teil des großen südafrikanischen Bahnprogramms. Schwieriger gestaltete sich die 1901 erfolgte Abzweigung der „all-red-route" von Salisbury nach Beira, wodurch Rhodesia einen nächsten Weg an das Meer erhielt. Die Bahnlinie, welche von Beira nach Blantyre in Britisch-Nyassaland führt, und deren Sambesi-Brücke vor der endlichen Vollendung steht, ermangelt heute noch der Fortsetzung zum Nordufer des Sees und zum Tanganjika und ist daher vorläufig nur von lokaler Bedeutung. Die deutsch-ostafrikanische Zentralbahn ist nach der Voll-



endung der Lukuga-Bahn fast ganz zu einer Export- und Importlinie des Belgischen Kongo geworden und wird heute in steigendem Maße auch von Passagieren nach der Katanga-Provinz in Anspruch genommen. Die Anschlußbahn von Tabora zum Viktoria-See, welche das fruchtbare Mwanza-Gebiet dem Verkehrsnetz anschließen und ein neues Teilstück der Kap-Kairo-Linie bilden soll, geht in diesem Jahre der Vollendung entgegen. Der Konkurrenzkampf zwischen der Usambara- und Uganda-Bahn ist vorläufig zugunsten der letzteren entschieden worden, denn nach Herstellung der Verbindung zwischen Voi und Moshi ist es den Engländern durch den Ausbau des Hafens von Mombassa und durch geschickte Tarifpolitik gelungen, den Hauptverkehr von Tanga nach Mombassa abzuziehen, das nach Vollendung der Oberern-Nil-Bahn und nach dem Ausbau der weißen Hochlandssiedlungen der verkehrstechnisch wichtigste Platz in Ostafrika werden soll. Zahlreiche Zweigbahnen, welche oberhalb Nairobi von der Ugandabahn südwärts und nordwärts ausstrahlen, sollen das siedlungsfähige Hochland allmählich mit einem dichten Netz von Verkehrswegen überziehen, und eine von ihnen, die über Eldoret, soll, bis Rejaf geführt, ein weiteres Teilstück der Kap-Kairo-Route bilden.

Was den Sudan betrifft, so ist es tief bedeutsam, daß nicht die Linie Kairo—Khartum, sondern Port Sudan—Khartum zum Schlußstück des transafrikanisch-sudanesischen Bahnsystems gemacht wurde. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der politisch ungewissen Lage Ägyptens. Zwar hatte Kitchener auf seinem kühnen Zuge eine Wüstenbahn von Wadi Halfa durch den Nilbogen nach Khartum geführt, aber die Strecke Halfa—Shellal blieb schienenlos und auf den zeitraubenden und streng überwachten Dampferweg angewiesen. Der eigentliche Gangway des Sudan wurde die Wüstenbahn von Khartum über Atbara zum Roten Meer, an dem man in dem 1908 mit großen Kosten vollendeten Hafen Port Sudan einen mit den modernsten Hilfsmitteln ausgestatteten Ozeanplatz schuf. Eine weitere Verbindung nach diesem Hafen wird die 1924 bis Kassala vollendete Stichbahn von Sennar aus bilden, die neben dem Export von Gummi und Baumwolle bei der Nähe der abessinischen Grenze zugleich strategischen Zwecken dient, und ihre westliche Fortsetzung in die Nubische Wüste nach El Obeid findet. Während die englische Verwaltung den Weg über Halfa mit allen Mitteln zu versperren sucht, propagiert sie die Entwicklung Port Sudans zum Welthafen. Alle englischen Dampferlinien nach Asien und Ostafrika machen heute in Port Sudan halt. So widerlegt England durch kluge Verkehrsmaßnahmen die ägyptische und auch wohl europäische Vorstellung, als wenn der Sudan eine geographische Fortsetzung Ägyptens wäre. An der Tatsache, daß der Nil das Schicksal beider Länder unauflöslich aneinander kettet, wird freilich England auch mit seiner Bahnpolitik nichts ändern, nutzt sie vielmehr als stets furchtbares Druckmittel gegen Ägypten aus. Aber die Exportziffern Port Sudans und Shellals zeigen, daß heute Bahnlinien entscheidender sind für den Verkehr der Völker als uralte Wasserstraßen, denn $^{9}/_{10}$ des sudanesischen Handelsverkehrs geht heute über Port Sudan. Allerdings hat England mit diesen von der Politik aufgezwungenen Maßnahmen auch das Projekt des genialen Cecil Rhodes umgebogen, indem es Kairo praktisch aus dem transafrikanischen Verkehrssystem ausschaltete, ganz ebenso, wie wiederum aus politischen Gründen in absehbarer Zeit die südafrikanische Union daraus ausgeschaltet werden muß. Auch die Union hat aufgehört, ein Protektoratsgebiet Englands zu sein, und ebensosehr aus strategischen wie aus politischen Gründen beginnt heute England seine Bahnpolitik auch in Südafrika zu revidieren. Nachdem die beiden Eckpfeiler Südafrika und Ägypten ins Wanken geraten sind, wird die strate-

gische Kap-Kairo-Route im besten Falle am Roten Meer und in Südwest, d. h. in Port Sudan und in Walfischbay ihren Endpunkt finden.

Die von Kapstadt bis nach Angola sich hinziehende Kette wasserloser Landstriche hat lange als bahntechnisch unüberwindbar und als wirtschaftlich unbenutzbar gegolten, und die deutsche Regierung hatte große Widerstände zu überwinden, als sie die beiden Häfen von Deutsch-Südwest, Swakopmund und Lüderitzbucht mit Windhuk und untereinander verband. Ein Menschenalter lang sind diese Südwestbahnen ohne Verbindung mit dem südafrikanischen Bahnnetz geblieben, bis der im Weltkriege erfolgte Bau der Prieska-Linie Südwest bahntechnisch und wirtschaftlich an die Union anschloß. Von großer Bedeutung kann der weitere Plan werden, die deutsche Otavi-Bahn durch die Kalahari bis zum Sambesi zu führen und auf diese Weise für die Minen und Farmprodukte Rhodesias in Walfisch einen Ausfuhrplatz zu schaffen. Die Aussicht auf Verwirklichung ist freilich gering, da nur wenige Breitengrade nördlich die 1903 begonnene Benguellabahn 1929 endlich ihrer Vollendung entgegengeht und damit der Katanga-Distrikt und Rhodesia nicht allein den denkbar kürzesten Weg an das Meer, sondern auch einen vorzüglichen Hafen, den besten der Westküste, in Lobito erhalten. Diese Bahn wurde einst als Gegenzug gegen die von deutscher Seite bekämpfte all-red-route im Auftrage Rhodes' von Richard Williams unternommen und erhielt durch den gewaltig steigenden Export der Katanga-Minen sowie durch die Zunahme der weißen Siedlung im Bihé-Hochland neben einem strategischen auch einen hohen wirtschaftlichen Wert. Die Bahn, bei deren Bau heute wieder viele deutsche Ingenieure und Techniker beschäftigt sind, ist ein rein englisches Unternehmen, dem insofern große politische Bedeutung zukommt, als sie im Falle einer möglichen Schließung des Suez-Kanals durch eine der Mittelmeermächte eine verkürzte strategische Route nach Indien und Ägypten über Katanga und Daressalam darstellt. Die Lobito-Bahn wird einer der Hochwege Afrikas werden und Lobito wegen seines vorzüglichen Hafens in nicht zu ferner Zeit vielleicht einmal der Stützpunkt einer englischen Flotte auf dem weiten Wege um das Kap nach Indien sein.

Das Verkehrswesen des Belgischen Kongo ist durch die Ausgestaltung der Kap-Kairo-Route und ihrer westlichen Seitenlinie grundlegend umgestaltet worden. Seit vier Jahrhunderten bildet die Kongomündung das Eingangstor zum tropischen Afrika, und von hier aus ist auch der Belgische Kongo erforscht und erschlossen worden. Von Matadi trieben die Belgier ihre große Verkehrsstraße nach Innerafrika vor. Freilich, dicht oberhalb Boma, der heutigen Hauptstadt des Belgischen Kongo, wird bekanntlich der Flußlauf durch Stromschnellen unterbrochen, und eine 400 km lange Umgehungsbahn mußte in den 90iger Jahren (durch General Thys) erbaut werden, um die Trägerstraße, die berüchtigte „Route des caravanes“, durch mechanische Transportmittel abzulösen. Hinter Leopoldville jedoch öffnen sich 15000 km offener Schiffahrtswege auf dem Kongo, Ubangi, Kasai und den zahlreichen Nebenflüssen, welche ein Vordringen in die entlegensten Gebiete gestatten. Bis Stanleyville am nordöstlichen Kongobogen — eine Strecke wie von Rotterdam nach Konstanz — gehen die Dampfer, dann muß eine Umgehungsbahn bis Ponthiersville (127 Kilometer) und eine zweite von Kindu bis Kongolo (355 Kilometer) den fehlenden Schiffahrtsweg ersetzen, um die südwestliche, wichtigste Provinz des Kongostaates, Katanga, an die nationale Route anzuschließen. Katangas Aufstieg warf die „Idee der nationalen Kongoroute“, die darauf basierte, allen Verkehr des riesigen Gebietes auf die kleine, von Belgien kontrollierte Küstenfront zu konzentrieren, über den Haufen. Der Weg von Boma nach Elisabethville erfordert nämlich neben einer Zeitdauer von



drei bis vier Wochen achtmaliges Umladen der Güter und damit eine für den Handel kaum tragbare Belastung. Als daher die Rhodesia-Bahn über Broken Hill im Jahre 1909 nach Katanga vordrang, zog sie automatisch einen großen Teil des Güterverkehrs an sich und nach den südafrikanischen Häfen. Weitere Exportplätze sind, wie oben erwähnt, Daressalam und demnächst Lobito. Ob unter diesen Umständen der alte Plan, Katanga über Bukama und Ilebo an den Oberlauf des Kasai und damit an die nationale Kongoroute anzuschließen, noch zur Durchführung gelangt, darf mehr als zweifelhaft erscheinen. Solche kostspieligen Experimente darf sich ein so kleines und finanziell so schwaches Land wie Belgien kaum gestatten, zumal der strategische Sinn der Strecke bei der maritimen Schwäche des Mutterlandes mehr als zweifelhaft erscheint. Wie Katanga nach dem Kaplande, so tangiert heute der Nordosten der Kolonie mehr und mehr nach Britisch-Ostafrika. Mombassa und Daressalam liegen den nordöstlichen Provinzen heute viel näher als Matadi, und mit der baldigen Vollendung des direkten Schienenweges Daressalam–Tanganjika-Trajekt–Kindu wird die wirtschaftliche Wasserscheide Äquatorial-Afrikas sogar an den mittleren Kongo bei Stanleyville verlegt. Ob durch französische Bahnprojekte ebenso eine Ablenkung des Nordwestens an die Kamerunküste stattfindet, wird von der kommenden verkehrstechnischen Entwicklung dieser Gebiete abhängen.

Nördlich des Kongo geht die Urwaldregion allmählich in Savannenlandschaft und endlich in die Sahara über, und hier endet die Macht der all-red-route. Die kleineren Westküstenkolonien, welche es bis auf Nigeria noch nicht zu einem zusammenhängenden Verkehrsnetz gebracht haben, tangieren nach Französisch-Afrika, und ihre Stichbahnen werden erst nach Vollendung der großen französischen transafrikanischen Bahnpläne an ein einheitliches Verkehrsnetz angeschlossen werden.

II.

Auch die Erschließung Französisch-Afrikas ist eine Frage seiner Verkehrsmittel: Nur vermittels Straßen und Eisenbahnen lassen sich diese riesigen Gebiete an den Weltverkehr anschließen. In dieser Hinsicht war es sehr verhängnisvoll, daß Frankreich seine Kolonialbahnen mehr im Hinblick auf strategische als auf wirtschaftliche Notwendigkeiten gebaut hat. Fast immer sind Aufstände und Militärexpeditionen der Anlaß und Vorwand neuer Bahnbauten gewesen, und die Verlegung der Routen nahm auf wirtschaftliche Notwendigkeiten nur in sehr geringem Maße Rücksicht. Immerhin haben aus dem mit großen technischen Mitteln und ungeheuren Kosten hergestellten französisch-afrikanischen Eisenbahnnetz auch die wirtschaftlichen Belange Nutzen gezogen, und der Wirtschaftsverkehr hat sich den neu geschaffenen Verkehrsstraßen allmählich angepaßt.

Ebenso wie in den meisten Teilen des östlichen Afrika, klaffen zwischen den verschiedenen lokalen Bahnsystemen noch große Lücken, vor allem ist es die Sahara, welche die nördlichen und südlichen Schienenstränge vorläufig noch weit auseinanderhält. Die drei nordafrikanischen Kolonien haben ihre verkehrstechnische Einigung nunmehr vollzogen und besitzen ein zusammenhängendes Bahnsystem, das auf afrikanischem Boden nur in Südafrika eine Parallele findet. Algier besitzt heute 4500 km, Tunis 2100 km, Marokko 1500 km Eisenbahn — gegenüber 2850 km in Westafrika und nur 170 km in Äquatorial-Afrika. Bereits im Jahre 1857 dekretierte Napoleon III. für Algier ein Eisenbahnnetz von 1357 km, im gleichen Jahre wurde die Bahn Algier-Oran begonnen und 14 Jahre später vollendet, 1888 waren Algier und Tunis verbunden, und die meisten Häfen besaßen Anschlußbahnen zu dieser Hauptarterie des

Landes. Die Ausführung des napoleonischen Projektes hat Frankreich mehr als eine halbe Milliarde Goldfranken gekostet, stellte sich jedoch als das beste Mittel heraus, das Land fest in die Hand zu bekommen. 1876, fünf Jahre vor der Besetzung von Tunis, wurde die erste tunesische Bahn begonnen, heute ist die Hauptstadt mit den Häfen Biserta und Sfax sowie mit den großen Phosphat-Vorkommen des Innern durch Bahnen verbunden. Der Bau von Bahnen in Marokko wurde durch internationale Verwicklungen lange Zeit unmöglich gemacht, und das Abkommen von 1912 sah vor, daß zunächst die Bahn Tanger-Fez gebaut werden sollte. Aber diese Linie ist wegen der Vielheit der Interessen erst im Jahre 1927 vollendet worden, während Frankreich inzwischen die große nordafrikanische Arterie von Oran über Fez und Casablanca bis Marrakesch verlängert hat. Während der Unruhen von 1911 in der Gegend von Fez wurde nämlich von Casablanca aus, das schon 1906 französischer Hafen geworden war, eine militärische Schmalspurbahn (60 cm Spurbreite) von den Genieabteilungen hinter der marschierenden Truppe gebaut, 1912 wurde Rabat, 1915 Fez erreicht, 1920 war die Verbindung nach Marrakesch einerseits und zur algerischen Grenze bei Udjida andererseits hergestellt. Diese Bahn beförderte 1920 80000 Passagiere, 1924 aber bereits trotz ihrer relativ geringen Leistungsfähigkeit eine Million Reisender und 300000 Tonnen Güter.

Ein großes Hindernis zur Vereinheitlichung des nordafrikanischen Bahnnetzes bildet die Verschiedenheit der Spurbreiten. Während die Hauptlinie Tunis-Oran in europäischer Normalspur (1,44 cm) gebaut ist, kommen auf den Nebenstrecken auch 1,055 cm, 1 m und 60 cm vor, so daß ein vielfaches Umladen der Güter nötig und der technische Betrieb wesentlich kompliziert wird. Vielleicht wäre es das beste gewesen, die südafrikanische Einheitsspur, die sogenannte „Kap-Spur“, auch in Nordafrika in Anbetracht eines künftigen Bahnanschlusses zu übernehmen, statt der kostspieligen Breitspur und der wenig leistungsfähigen Schmalspur. Heute befinden sich ca. $^{2}/_{3}$ der nordafrikanischen Bahnen in Staatsbesitz, darunter alle strategisch wichtigen.

Weniger entwickelt ist das Bahnsystem vorläufig in Westafrika. Auf Vorschlag des Gouverneurs Faidherde wurde 1885 die erste Bahn von Dakar nach St. Louis an der Mündung des Senegal gebaut, um auf diese Weise den wichtigsten Hafen Westafrikas mit seinem wichtigsten Flußlauf zu verbinden. Der zweite Schritt war die Vollendung der Bahnlinie Kayes-Kulikoro, welche die schiffbaren Unterläufe des Senegal und Niger miteinander in Verbindung brachte und damit eine inner-afrikanische Verkehrsstraße von Senegal bis Nigerien herstellte. An diese Hauptlinie wurde Guinea durch die Bahn Konakry-Bammako angeschlossen, ein gleiches Ziel verfolgt die von Abidjean an der Elfenbeinküste nordwärts vorgetriebene, noch unvollendete Bahn, sowie die Verlängerung der deutschen Togolinie nach Ouagadudu, endlich die Dahomey-Bahn, welche von Cotonu aus den Unterlauf des Niger bei Say erreichen soll. Eine Ost-West-Linie von Bammako nach Say durch das Obere-Volta-Gebiet ist ebenfalls kürzlich begonnen worden, ferner steht die Bahn Dakar-Kayes, welche den Verkehr von der unsicheren Schiffbarkeit des Senegal befreien wird, vor der Vollendung. Neben ca. 3000 km Bahnen gibt es heute in Westafrika 6000 km Autostraßen, welche vorläufig die unvollendeten Bahnrouten und unbedeutenderen Seitenlinien bedienen. Das westafrikanische Bahnsystem ist einheitlich in Kap-Spur gebaut, so daß hier einem direkten Gleisanschluß in einer späteren Zukunft nichts im Wege steht.

Alle diese bahntechnischen Anstrengungen haben jedoch nur eine lokale Bedeutung, so lange nicht die territoriale Einheit des afrikanischen Frankreich auf verkehrspolitischem Gebiete hergestellt ist. Nordafrika ist durch eine kurze und leicht zu



schützende Seelinie mit dem Mutterlande verbunden, Westafrika dagegen vorläufig nur auf dem weiten und gefährlichen Seewege um das Cap Verde zugänglich, der jederzeit von einer überlegenen Seemacht gesperrt werden kann. Außerdem dauert die Reise für Post und Passagiere, wenn man von dem noch unsicheren Luftwege absieht, von Paris nach Timbuktu heute noch fast 1 1/2 Monat, während sie durch eine direkte Bahnlinie auf vier Tage verkürzt werden kann. Das Projekt des „Transsaharien" beginnt immer faßbarere Gestalt anzunehmen, je mehr sich die technischen Mittel vervollkommenen und je leidenschaftlicher die französischen Kolonialpolitiker und die französische Öffentlichkeit danach verlangen. Bereits fünfzig Jahre alt, hat dieser Plan schon in der verschiedensten Form die französische Öffentlichkeit beschäftigt.

1875 entwickelte zum erstenmal der französische Ingenieur Duponchel den Plan eines Schienenweges durch die Sahara und unternahm 1878 eine Teilexpedition in der beabsichtigten Richtung. Drei Regierungsmissionen folgten: 1870 Pouyaume, 1879/80 Choisy und endlich 1880 Flatter, der bei seinem zweiten Versuche, die Verhältnisse des Hoggar-Massivs zu erforschen, von Tuaregs erschlagen wurde. Es tritt daraufhin eine Pause ein, bis 1899 Beaulieu einen neuen Plan für die Durchquerung der Sahara entwickelt. 1911 wurde die fragliche Route von der Mission Maître-Devallon von Norden nach Süden erforscht. Der Weltkrieg brachte einen Stillstand, bestätigte aber zugleich die dringende Notwendigkeit der baldigen Verwirklichung dieser Linie. Das 1918 unter dem Vorsitz von de Streel gegründete „Comité du rail français" schloß in sein afrikanisches Bauprogramm über 30000 km neuer Bahnlinien (für die Gesamtsumme von 4 Milliarden Goldfrancs) auch die Sahara-Bahn und ihre Verlängerung zum Belgischen Kongo ein. 1923 endlich wurde das Transsaharien-Projekt zum erstenmal in konkretester Form von Freissineuq vor die französische Kammer gebracht und das Projekt Berthelot als Grundlage aller weiteren Vorarbeiten angenommen. Das Prinzip des Baues soll demnach Kürze, Billigkeit und strategische Brauchbarkeit sein.

Die Ansichten über die Wegeführung und den Hauptzweck der Route sind naturgemäß geteilt. Während die einen in dem Transsaharien das Anfangsstück eines künftigen Transafricain von Algier nach Kapstadt sehen und demnach die Linie für Durchgangs-Expreß-Verkehr eingerichtet sehen wollen, stellen die anderen lokale wirtschaftliche Gesichtspunkte, die Erschließung fruchtbarer Landgebiete und die Vermittlung des Verkehrs der Eingeborenen, die Militärs schließlich strategische Gesichtspunkte in den Vordergrund. Es scheint, als wenn das Projekt Berthelot die drei Gesichtspunkte am glücklichsten in sich vereinigte. Diesem Projekt zufolge wäre der Ausgangspunkt der Linie Constantine, von wo aus die Bahn bereits heute weit südwärts über Tuggurt nach Ouargla tief in der Sahara läuft. Die Bahn soll von hier aus dem Tal des Saura folgen, eines ziemlich wasserreichen Wüstenflusses, der vom Atlas kommt und einmal den Niger erreicht haben soll, sich aber heute nach Bildung einer Kette von fruchtbaren Oasen im Sande verläuft. Von diesem Punkte wäre durch wasserlose Sandwüste das Hoggar-Massiv anzusteuern, wo mit Hilfe von Brunnen und Staubecken wieder Wasservorräte geschaffen werden können, während das letzte Stück bis zum Tsad-See noch einmal durch Durstland führt. Die Verlängerung vom Tsad-See südöstlich über die Steppe und durch die Kongo-Urwälder bis nach Stanleyville und damit zum geschlossenen südafrikanischen Verkehrsnetz würde weitere 2500 km Bahnbau beanspruchen, so daß die Gesamtlänge des Transafricain 5500 km betrüge. Eine im Hoggar-Massiv südwestwärts abzweigende Seitenbahn würde den Nigerbogen und damit Westafrika an diese Hauptlinie anschließen und späterhin über Ouagadudu

nach Lome an der Togoküste verlängert werden. Die Verwirklichung dieses grandiosen Planes würde für Französisch-Afrika etwa die gleiche Bedeutung haben wie die Schöpfung der Kap-Kairo-Route für das angelsächsische Kolonialreich.

Die technischen Schwierigkeiten sind nach Ansicht der Fachleute überwindbar. Starker Höhenwechsel, der durch ein Schwanken des Höhenniveaus zwischen Null und 2000 Meter bedingt wird, kann durch Umgehung vermieden werden, Kunstbauten würden nur am Niger erforderlich sein. Die Meinung, daß Sanddünen einen geregelten Bahnverkehr unmöglich machen, ist durch Wüstenbahnen, wie die von Wadi Halfa nach Khartum, bereits widerlegt worden, außerdem würde der Transsaharien, so seltsam das klingt, nach dem Projekt Berthelot nur auf einem Achtel der Strecke durch lose Sanddünen führen. Am schwierigsten wird der Mangel an Wasser und Brennstoffen sein, und die Mitführung von Kohlen- und Wassertanks wird für den ungehinderten Gütertransport eine Belastung bilden. Man rechnet damit, die Bahn nach angelsächsischem „Täglich-Zwei-Meilen-System" von Norden und Süden schrittweise in die Wüste vorzutreiben, was eine Bahndauer von ca. fünf Jahren erfordert. Die Baukosten veranschlagt man auf 100000 Goldfrancs pro Kilometer, sodaß die Gesamtanlage auf ca. zwei Drittel Goldmilliarde zu stehen käme. Man hofft, bei einem 60-km-Tempo die Strecke Constantine-Timbuktu in zwei Tagen und Nächten, Constantine-Stanleyville in $3^1/_2$ Tagen zurücklegen zu können und ist der Ansicht, daß die Strecke sich aus dem Passagierverkehr und den Bahnfrachten selbst verzinsen wird.

Ein Projekt ähnlicher Art, das den gleichen Zweck mit geringeren Kosten erreichen will, ist das vom General Calmel ausgearbeitete eines „Transmauretanien", der von Mogador oder Marrakesch durch das spanische Territorium von Rio de Oro und das französische Sahara-Territorium Mauretanien nach St. Louis und Dakar führen soll. Diese Linie würde ebenfalls die französischen Besitzungen an der westafrikanischen Peripherie durch eine Bahnlinie zusammenschließen und ferner, wenn ein durchgehender Zugverkehr Paris-Dakar mit Tunnel oder Fährboot bei Gibraltar geschaffen würde, die Einschiffung von Südafrika- oder Südamerika-Passagieren in Dakar ermöglichen. Zweifellos wäre dies Projekt viel billiger und leichter auszuführen, aber die Strecke wäre von der Seeseite aus verwundbar und würde außerdem durch spanisches Gebiet führen, so daß sein wichtigster, der strategische Zweck nur unvollkommen erreicht wäre. Denn der letzte Sinn der Sahara-Durchquerung ist und bleibt doch der, die farbigen Kampf- und Arbeitskräfte des „Größeren Afrika" rechtzeitig auf den europäischen Kriegsschauplatz, d. h. an den Rhein, zu werfen. Wir haben daher keinen Grund, der Vollendung des Transsaharien mit allzu großer Ungeduld entgegenzusehen.

GERHARD HERRMANN:

WELTWIRTSCHAFTLICHER LITERATURBERICHT

Handbuch der deutschen Reparation. Von Dr. Ernst Meier, Privatdozent a. d. Universität Erlangen. Erste Lieferung. A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Dr. Werner Scholl, Leipzig 1927.

Von den drei großen Kräftegruppen, die die Umgestaltung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge in der Nachkriegszeit bewirkten: der Hegemonie der USA., der Industrialisierung der überseeischen Wirtschaften, den einseitigen Wertübertragungen im zwischenstaatlichen Verkehr in Gestalt der interalliierten Schulden und der Reparationszahlungen, ist die Bearbeitung der Reparationsfrage, abgesehen von zahlreichen journalistischen Bemühungen, von wissenschaftlicher Seite in Deutschland am wenigsten be-



friedigend vorgenommen. Freilich erhält das Reparationsproblem durch die hier ganz besonders enge Verquickung von politischen und wirtschaftlichen Fragen eine spezifische Schwierigkeit, die durch den geringen historischen Abstand und die erst ganz allmählich beginnende praktische Auswirkung der Reparationsprobleme noch verschärft wird.

Über das in drei Lieferungen geplante Handbuch von Meier, dessen heute vorliegende erste Lieferung die Entwicklung bis zum Ende des Ruhrkampfes behandelt, kann zwar etwas Endgültiges noch nicht ausgesagt werden, doch lassen sich durch die Kritisierung der Methode die Hoffnungen und Enttäuschungen des Gesamtwerkes schon abschätzen. Leider kann darüber nur wenig Erfreuliches berichtet werden. Das Ganze stellt der Anlage nach bestenfalls eine sehr fleißige und, soweit kontrollierbar, auch zuverlässige Materialiensammlung dar. Das Notwendigste ist freilich vom Verfasser nicht geleistet worden, sondern der Arbeit des Lesers überlassen: die in der Reparationsgeschichte wirksamen Kräfte und markanten Situationen scharf herauszuarbeiten. In dem Bestreben, erschöpfend zu sein, verliert sich der Vf. immer wieder in einer Unsumme belangloser technischer Einzelheiten und Zahlenangaben. Über der fast stets an der Oberfläche haftenden, rein historischen Darstellung ist die systematische Erörterung gerade der wirtschaftlichen Probleme zu kurz gekommen. Überdies fehlen Hinweise auf die benutzten Originalquellen. Beachtet man diese Einschränkungen, so wird das Werk dem späteren Bearbeiter der Reparationsgeschichte von Nutzen sein können. Als erster, wenn auch mit nicht ausreichenden Mitteln Neuland beackert zu haben, ist ein unbestrittenes Verdienst des Verfassers. Doch liegt es im Wesen solcher Arbeiten, daß man ihnen wünschen muß, recht bald überholt zu werden.

Der Weg der Reparation. Von Versailles über den Dawesplan zum Ziel. Von Karl Bergmann, Staatssekretär a. D. Frankfurter Societätsdruckerei, GmbH. Abteilung Buchverlag, Frankfurt am Main 1926.

Das Buch von Bergmann erfüllt die Erwartungen, die es erweckt. Bergmann hat an maßgebender Stelle allen Reparationsverhandlungen beigewohnt, und so ist — im Gegensatz zu der trockenen Schreibtischarbeit Meiers — aus unmittelbarer Kenntnis und Anschauung heraus ein konkretes Stück Geschichte in lebendiger Formulierung gestaltet worden.

In vier großen Abschnitten: „Von Versailles zum Londoner Ultimatum“, „Die Politik der Erfüllung und der Kampf um das Moratorium“, „Die Besetzung des Ruhrgebietes“ und „Der Dawesplan“, wird die Reparationsgeschichte behandelt. Das Buch erhält seinen eigentümlichen Reiz dadurch, daß hier nicht einfach Fakten aneinandergereiht werden, sondern das unmittelbare Ringen von Mensch zu Mensch auf den verschiedenen Konferenzen um die Herausarbeitung von Formulierungen und Beschlüssen vom Leser nacherlebt wird. Daneben stehen knappe und sichere Charakterisierungen einzelner Politiker. Sachlich ist an den Bergmannschen Ausführungen von besonderem Wert die Kontrapunktierung der in der Reparationsgeschichte gegeneinander wirkenden politischen und wirtschaftlichen Kräfte. Es wird überzeugend gezeigt, wie von den Verhandlungspartnern oft mühsam erreichte sachliche Verständigungen immer wieder von rein politischen Erwägungen über den Haufen geworfen werden, bis es schließlich nach jahrelangem Hin und Her der Verhandlungen gelingt, im Dawesplan die Reparationsfrage vor allen politischen Störungen sicherzustellen. In der grundsätzlichen Trennung von Aufbringungs- und Transferproblem ist diese sachliche Grundlage geschaffen, die aber elastisch genug gestaltet ist, um in der Zukunft Änderungen zu ermöglichen.

Gewiß erhebt auch das Bergmannsche Buch keinen Anspruch auf Endgültigkeit — das ist heute noch unmöglich — aber die fesselnde Darstellung und die glückliche Verquickung historischer Betrachtungsweise mit der Erörterung der wirtschaftlichen Probleme stellen dieses Werk unbestritten an die Spitze der deutschen Reparationsliteratur. Eine Lektüre kann dem Wissenschaftler und dem interessierten Laien — und wer ist an diesen Fragen nicht interessiert — nur empfohlen werden.

„Das Transferproblem.“ Von Geheimrat Kastl und Prof. Dr. Liefmann. „Wirtschafts-

politische Zeitfragen", herausgegeben von Prof. Dr. Ernst Schultze. 1. Heft. G. A. Gloeckner, Leipzig 1926.

Es ist nicht ganz klar ersichtlich, warum man die beiden Aufsätze von Kastl und Liefmann in einer Broschüre zusammengefaßt hat; dazu sind sie in Methode und z. T. auch im Ergebnis zu verschieden. Es ergibt sich der etwas peinliche Eindruck, daß die Ausführungen des „Praktikers" Kastl ein wissenschaftlich wesentlich höheres Niveau haben als die des Wissenschaftlers Liefmann. Kastl gibt zunächst eine knappe klare Darstellung der Transferbestimmungen, arbeitet dann in einem kritischen Teil die entscheidenden Zusammenhänge zwischen Transferierung und Gestaltung der Zahlungsbilanz heraus und geht dann im einzelnen auf die Voraussetzungen und Wirkungen der Sachleistungen, der Ausfuhrabgaben und des Bartransfer ein. Da der nach Bezahlung der Besatzungskosten, der Verzinsung der Reparationsanleihe, der Sachlieferungen und der Ausfuhrabgabe verbleibende Rest der Aufbringungssumme infolge der ungünstigen Gestaltung der Zahlungsbilanz nur in geringem Maße wird in bar übertragen werden können, so glaubt K. — mit Recht — an die frühere oder spätere Erreichung der Fünfmilliardengrenze. Dann wird der Ankauf von Obligationen und die Begebung von Anleihen sowie die Übertragung von RM an private Angehörige der Gläubigerstaaten aus dem untransferierbaren Rest praktische Bedeutung erlangen. Doch sind die großen Gefahren gerade der letzteren Maßnahme durch Sonderbestimmungen ziemlich eingeschränkt worden. Prägnant zusammenfassend schließt K.: Das Ausmaß der Reparationsleistungen wird bestimmt 1. durch den Wunsch der Gläubiger, aus Deutschland ein Maximum an Leistungen herauszuholen, 2. den loyalen Erfüllungswillen Deutschlands, einen Höchstbetrag aufzubringen, der bestimmt wird durch die Differenz zwischen steuerlicher Höchstbelastung und dem Mindestmaß der innerdeutschen Bedürfnisse, 3. das Maximum an Transfer, das aber begrenzt wird durch die Garantie einer stabilen deutschen Währung. Die kleinste dieser drei Größen (das wird praktisch Punkt 3 sein) bestimmt das Maximum der deutschen Leistungen auf lange Sicht.

Liefmanns Ausführungen, leider immer wieder durch rein gefühlsmäßige Werturteile getrübt, stehen der Lösung der Reparationsfrage wesentlich skeptischer gegenüber. Liefmann beschäftigt sich hauptsächlich mit Fragen der Geld- und Diskontpolitik, weist mit Nachdruck auf die verschleiernde Wirkung der Auslandsanleihen hin und stellt für die Gläubigerstaaten die Alternative klar heraus: entweder deutsche Zahlungen auf Grund eines hohen Exportüberschusses, hiermit aber notwendig verbunden eine Schädigung des Absatzes der Gläubigerindustrien, oder Sicherung dieser Industriezweige, z. B. durch eine entsprechende Handelspolitik, wodurch freilich ein deutscher Exportüberschuß unmöglich gemacht wird. Nach Liefmann sind auf die Dauer ohne schwere Schädigung der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge nur Sachlieferungen — und auch diese nur in beschränktem Umfange — möglich.

Albert von Mühlenfels, Transfer. Gustav Fischer, Jena 1926.

In der Schrift von M. haben wir geradezu das Musterbeispiel einer straff disponierten und klar geschriebenen theoretischen Arbeit. Infolge der Konzentriertheit der Darstellung ist eine Inhaltsangabe unmöglich, es muß genügen, auf die M.schen Fragestellungen hinzuweisen. M. baut auf der Casselschen Theorie auf. Nach scharfer Trennung des Aufbringungs- und des Transferproblems geht M. von der Frage aus: „Wie kann Deutschland Zahlungen an das Ausland überweisen, ohne das Gleichgewicht des Haushalts und den Bestand der Währung zu gefährden?" Das Transferproblem ist in vier Fragegruppen aufgeteilt: 1. Welches sind die Voraussetzungen einer Transferierung? 2. Welches sind die Mittel ihrer Durchführung? 3. Welche Wirkungen ergeben sich daraus auf fremde Wirtschaften? 4. Welches sind die Rückwirkungen auf die deutsche Wirtschaft? Für M. spitzt sich das Transferproblem auf ein Absatzproblem zu (Erzielung eines Exportüberschusses von 2,5 Milliarden). Diese Absatzfrage erhält ein doppeltes Gesicht, je nachdem sie von Deutschland oder dem Ausland aus betrachtet wird: Sie ist ein Preissenkungsproblem oder ein Empfangsproblem. Eine Senkung des innerdeutschen



Preisniveaus würde nach der Theorie von der Kaufkraftparität eine Tendenz zur Kurssteigerung der deutschen Währung auslösen und dem Reparationsagenten den Ankauf von Devisen zur Transferierung gestatten. Erreicht werden kann diese Preissenkung von der Geldseite her durch Freisetzung der durch Besteuerung entzogenen Kaufkraft oder durch Kreditverknappung, von der Warenseite her durch eine allgemeine Erhöhung der „efficiency" der deutschen Wirtschaft. Das Empfangsproblem ist relativ einfacher gelagert. Je höher die deutschen Zahlungen sein sollen, desto größer sind die Schädigungen, die der Industrie der Gläubigerstaaten entweder auf dem Binnenmarkt oder auf dritten Märkten erwachsen. Diese Absatzschwierigkeiten wirken dann wieder auf die Struktur der deutschen Wirtschaft zurück und lösen hier das Umstellungsproblem aus, das eine quantitative und eine qualitative Seite hat. Einmal muß ein Maximum von Exporten erstrebt werden, und zweitens müssen möglichst solche Waren ausgeführt werden, die ein Maximum an deutscher Arbeitskraft enthalten, also die deutsche Zahlungs- bzw. Handelsbilanz nicht durch zu hohe Rohstoffeinfuhren belasten, und die ferner fremder Konkurrenz am wenigsten ausgesetzt sind. Die M.sche Schrift ist als eine der besten theoretischen Arbeiten über die Reparations- bzw. Transferfrage anzusprechen, und Jeder, der sich der Mühe einer Durcharbeitung unterzieht, wird reiche Anregungen erhalten, auch wenn er den Ansichten des Verf. nicht immer beizupflichten vermag.

Weltwirtschaft und Weltanschauung. Von A. Sartorius von Waltershausen. Gustav Fischer, Jena 1927.

Der Titel läßt aufhorchen. Läßt er doch eine Untersuchung darüber vermuten, inwieweit die Herausbildung einer Weltwirtschaft Ausdruck jener veränderten neuzeitlichen Haltung zum Leben ist, von der Troeltsch und Max Weber zuerst gesprochen haben, und inwieweit umgekehrt die weltwirtschaftlichen Neubildungen, einmal angekurbelt, eine Eigengesetzlichkeit entfalten und auf das Weltbild des modernen Menschen umgestaltend zurückwirken. Dies allein könnte eine sinnvolle und fruchtbare Fragestellung zu dem obigen Thema sein. Diesen Weg hat S. v. W. nicht eingeschlagen. Er ist, in den Problemstellungen seiner Generation befangen, im ausgefahrenen Gleise dogmengeschichtlicher Betrachtungen geblieben. Unter den Schlagworten des „Individualismus", des „Sozialismus" und der „Soziologie der gegliederten Totalität" werden die wichtigsten nationalökonomischen Theoretiker von den Physiokraten bis Schmoller auf ihre Einstellung zu den weltwirtschaftlichen Phänomenen und die begriffliche Fassung der Weltwirtschaft untersucht. Diese drei Begriffe stellen im wesentlichen nur eine Modifikation der Spannschen Kategorien dar. S. v. W. bekennt sich mit Nachdruck zu der „Soziologie der gegliederten Totalität", dem „Universalismus" Spanns. Die Verknüpfung der theoretischen Ansichten über Weltwirtschaft mit der jeweils zeitgenössischen Philosophie bleibt sehr an der Oberfläche haften. (Cuno Fischer wird verdächtig oft zitiert.)

Bietet der theoretische Teil des S.schen Buches wenig Neues, so ist der praktische Teil ungleich gehaltvoller. In einem Abschnitt „Arbeiterfrage und Weltwirtschaft" werden die Voraussetzungen und Abhängigkeiten von Lohnbewegungen behandelt: Ihre Bedingtheit durch die Produktivität der volkswirtschaftlichen Ganzheiten und der Weltwirtschaft. S. v. W. zeigt an Hand dieses Spezialproblems die ständige Ausformung der volkswirtschaftlichen Individualitäten: wie gerade durch die immer feinere Gliederung der Teile auch das Ganze, die Weltwirtschaft, sich als solche immer schärfer heraushebt. Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile; dies ist schließlich der Kerngedanke dieser sehr fruchtbaren „soziologischen" Methode. Ein weiterer Abschnitt behandelt die auswärtige Wirtschaftspolitik unter dem gleichen Gesichtspunkt.

Extremer Freihandel und Autarkiestreben werden gleicherweise als unmöglich bei dem heutigen weltwirtschaftlichen Entwicklungsgrad angesehen. Das allzu selten behandelte Problem der wirtschaftlichen Autarkie erfährt auf allerdings knappem Raum eine lesenswerte Darstellung. S. v. W.s eigene Stellungnahme ist vermittelnd: „Diejenige staatlich geordnete Verkehrswirtschaft steht am höchsten, die, indem sie ihr Streben nach Selbständigkeit und Vielseitigkeit nicht

einen Augenblick vernachlässigt, ihre Ausfuhrqualität in ihr Ganzes richtig eingegliedert hat." Binnenmarkt und Außenmarkt haben also in einem gesunden Verhältnis zueinander zu stehen. Was hierbei „gesund" ist, wird freilich praktisch nur von Fall zu Fall entscheidbar sein.

Leopold Ziegler, Zwischen Mensch und Wirtschaft. Darmstadt 1927, Otto Reichl Verlag.

Seit dem Erscheinen seines „Gestaltwandel der Götter" ist Ziegler auch weiteren Kreisen kein Unbekannter mehr, gehört er doch zu den recht wenigen Männern in Deutschland, die im edelsten Sinne Philosophen zu nennen sind, denen Philosophie keine abstrakte Schreibtischangelegenheit ist, denen es vielmehr in lebensnaher Verantwortungsfreudigkeit stets um die Formung von Menschen zu tun ist. Ziegler ist Philosoph, ist Metaphysiker, so beginnen also seine Ausführungen über Wirtschaft dort, wo Sombart in bewußter Selbstbeschränkung aufhört. Seine Fragestellungen richten sich also nicht auf das, was war, sondern auf die Bedeutung und Sinnhaftigkeit des Gewesenen. Im Kern ist jeder dieser Vorträge, die hier gesammelt vorliegen, bei aller Verschiedenheit des jeweiligen Ausgangspunktes auf eine Frage zentriert: Wo stehen wir heute, und welches ist die allein sinnvolle und notwendige Aufgabe dieser historischen Stunde, in der wir leben.

Diese konkrete Problemstellung verleiht diesen Aufsätzen ihren hohen Wert und gibt ihnen einen großen Vorrang vor dem obengenannten Sartoriusschen Buche, dessen verheißungsvolle Ansätze stets wieder auf weiten dogmenhistorischen Umwegen verlorengehen. Für Z. erschließt sich das Wesen der Wirtschaft nicht ideengeschichtlich. Er knüpft an den geistvollen Satz Chestertons an: „Für einen Feldherr, der einen Feind zu bekämpfen hat, ist es zwar wichtig, daß er die Truppenzahl des Feindes kenne, aber noch wichtiger ist es für ihn, daß er die Philosophie des Feindes kenne." Für Z. ist Wirtschaft kein autonomes, vom Menschen losgelöstes Geschehen, vielmehr hängt die Wirtschaftsordnung einer Zeit von dem Lebensgefühl der Menschen, die sie gestalten, ab. Und wenn es sich heute darum handelt, eine neue Wirtschaftsgestaltung zu finden, so ist dies nur möglich, wenn man die Haltung derer, die diese neue Wirtschaft tragen sollen, verändert und in neue Bahnen lenkt.

Am wichtigsten erscheint der Aufsatz „Vom Sinn und Ziel des Wirtschaftens". Ausgehend von der These, daß alles Leben nach einem Optimum strebe, sich gewissermaßen selbst transzendiere — hier liegen nahe Berührungspunkte mit Georg Simmel vor —, strebt Z. nach einer Überbrückung des Gegensatzes Kapitalismus — Sozialismus. Zwar ist aller Kapitalismus erfüllt von dieser Tendenz der „Überschrittigkeit des Lebens", aber er ist sinnlos geworden, da er sich eine autonome Stellung im Kreise der Kulturbereiche angemaßt hat. Das Verwertungsstreben eines abstrakten Kapitals vergißt den Träger der Wirtschaft, den Menschen. Umgekehrt sucht zwar der Sozialismus der Idee der Ertragswirtschaft die der Bedarfswirtschaft gegenüberzustellen. Hierbei ist aber der Begriff des Bedarfs zu physiologisch und biologisch, zu undynamisch gefaßt. Erst ein ökonomisches System, das auch die Befriedigung jener irrationalen Antriebe der Seele, die an sich bereits auf ein Optimum tendieren, sich zur Aufgabe stellt — Z. nennt es Bedürfniswirtschaft —, kann eine Lösung bringen.

Die Reihe dieser Aufsätze, mögen sie nun Ernst Abbe oder Karl Marx, amerikanische Kultur- und Wirtschaftsfragen oder eine Philosophie der Technik zum Gegenstand haben, wird im Grunde durch den leidenschaftlichen Ruf: „Rettet den Menschen vor der Eigenwucht seiner Schöpfungen in Wirtschaft (und Technik)" zur Einheit zusammengefaßt. Erste Ansätze zur Überwindung des Verwertungsstrebens eines abstrakten Kapitals als Richtpunkt wirtschaftlicher Produktion werden in der theoretischen und praktischen Leistung Ernst Abbes und gewissen Strömungen des modernen Amerika (Idee des „service", Ford, „Seine Majestät der Kunde") aufgewiesen.

Gerade weil dies Buch von einem Philosophen, noch dazu einem Outsider, geschrieben ist, ist die Lektüre jedem Nationalökonomen, der ein wenig über die Tagesfragen der Wirtschaft hinaus denkt, dringend anzuraten, begegnet er hier doch Gedankengängen und Fragestellungen, die er in der „fachwissenschaftlichen" Literatur kaum finden dürfte.

Plazikowski-Brauner:
ABESSINIENS GEOPOLITSCHE BEDEUTUNG

Abessinien ist in geopolitischem Sinne nicht als eine Einheit anzusehen. Wenn man die Karte betrachtet, so fällt eine Dreiteilung auf, deren gemeinsame Punkte sich in der Seenplatte nördlichstem Teile und im Hawaschtale befinden. Gegeben ist sie folgendermaßen: 1. Alles, was nach dem Sudan abfließt, mit der östlichen Grenze der Berge von Naïta, Kaffa, Djimma, Dendi, Entotto, Ankober in gerader Linie bis Adigrat. In Eritrea läuft diese Grenze weiter bis Massaua. 2. Das südliche Abessinien mit den drei Eckpunkten Naïta, Hawaschtal, Ganale (Doria), ein Land, das nach Britisch-Ostafrika Anschluß hat. 3. Das östliche Abessinien mit der Westgrenze Ganale, Hawaschtal, Adigrat als Hinterland der Somaliküste.

Wie immer und überall hat auch hier das engere Land jeweilig seine Bewohner in ihrer Lebensweise und in ihrem Charakter bestimmt. Sie sind ein ganz spezielles Produkt seiner Natur. Das ganze, große abessinische Reich ist wohl zusammengelötet, aber nicht zusammengeschmolzen. Der innere Kitt ist ein schwacher. Der äußere Kitt ist aber bei Völkern, bei denen die Tradition so festgewurzelt ist, eine ziemlich starke, nicht zu verkennende Macht. Diesen äußeren Kitt hat Kaiser Meneliks hohe Staatskunst geschaffen. Es ist eine konsequent durchgeführte Zentralisation der Verwaltung. Sie gibt der aus Elementen so verschiedener Art zusammengesetzten Bevölkerung den Zusammenhalt. Es gibt Herrenvolk, Bauernvölker, Sklavenvölker. Die Zugehörigkeit bestimmt im allgemeinen der Typus, doch gibt es auch hier häufige Ausnahmen.

Die über allem waltenden, alles zusammenhaltenden Kräfte sind die Provinzgouverneure mit ihrem Gefolge der Regierung direkt verpflichteter oder ihnen eigener Beamten, Richter und Soldaten, ferner ihren Dienern, Knechten und Sklaven. Ihre Tätigkeit ist sozusagen eine universelle. Sie sind Verwaltungsbeamte, Finanzbeamte, Richter, Heerführer, kurz alles in einer Person. Ihre Hand und die der ihnen angehörenden oder untergestellten Beamten und Soldaten liegt schwer auf den beherrschten Bauern- und Sklavenvölkern.

Das Herrenvolk sind die Amharas. Dieser Name hat eine Änderung seiner ursprünglichen Bedeutung erfahren. Er bedeutete eigentlich den Bewohner der Provinz Amhara. Heute werden allgemein alle christlichen Abessinier als Amharas bezeichnet. Das Herrenvolk der Amharas ist in sich wieder dreigespalten. Der eigentliche Herr, der alle Macht in der Regierung an sich gerissen hat, ist



der Schoaner. Er ist ein Mann sehr gemischten Blutes mit dem entsprechenden Charakter. Der Aristokrat unter den dreien ist der eigentliche Ambara, stolz, exklusiv, mit einem gewissen Hang zu geistiger Beschäftigung. Der dritte, der Tigreaner, ist wild, ausdauernd und zäh, ein Jäger und Räuber, was eigentlich in Abessinien gleichbedeutend ist, leidenschaftlich und aufbrausend. Diese drei so heterogenen Elemente bilden das herrschende Volk der christlichen Ambara. Ihre innere Gegensätzlichkeit ist einer der Punkte, an dem der Hebel angesetzt wird, der das Reich des Negusa Nagast aus den Angeln heben soll.

Alles Land südlich der Hawaschlinie hat erst Menelik richtig seinem Reiche angegliedert. Zum Teil Provinzen, die sich geopolitisch und so auch wirtschaftspolitisch sehr schwer eingliedern ließen. Aber seine eiserne Hand hat es zusammengehalten. Zu seiner Zeit hat das System der Zentralverwaltung des ganzen Reiches, auch der neu hinzueroberten Länder glatt ohne nennenswerte Reibungen und Störungen gearbeitet. Das lag viel an der Macht seiner Persönlichkeit über die Menschen, nicht nur über seine eigenen Untertanen, sogar über die Vertreter der auswärtigen Staaten. Sie sahen ein, daß es das Klügste war, sich dem Negus nicht offen feindlich in den Weg zu stellen. Um so rascher ging es nach seiner Erkrankung bergab. Die ganze so überaus komplizierte innere Geschichte Abessiniens seit diesem Zeitpunkte ist zum großen Teile in ihren zahlreichen Geschehnissen noch Geheimnis. Nur ist offensichtlich gewesen, daß die Politik der drei Grenzmächte und ihr stetes Eingreifen in innerabessinische Fragen das Land in diesen ganzen Jahren stets in Atem gehalten hat.

Betrachten wir die Grenzen Abessiniens, wie sie seine drei Nachbarn mit ihm gemeinsam haben, und daraus resultierend ihre Interessensphären, auf die sie Anspruch erheben und die sie sich gegenseitig wiederholt vertraglich zugesichert haben. England hat die längsten Grenzen mit Abessinien gemeinsam. Sie ziehen sich von Kassala bis Jubaland und östlich an Britisch-Somaliland hin. Es hat unbestreitbar starke Interessen in Abessinien; in allererster Linie stehen die Fragen, die von einschneidender Auswirkung auf das politische und Wirtschaftsleben des Sudans und Ägyptens sind. Das Zentrum seiner Interessen in Abessinien ist das ganze Zuflußgebiet des blauen Nil und des Atbara, ein Gebiet, das gleichzeitig die Italiener als ihre unbestreitbare Interessensphäre beanspruchen. Von diesen Wassermengen, die ja bekanntlich alljährlich Ägypten überfluten und seine Fruchtbarkeit bedingen, von der rationellen Ausnützung dieser Wassermengen für weite, fruchtbare doch wasserlose Länderstrecken im Sudan hängt Englands wirtschaftliche Stellung auf dem Baumwollweltmarkte ab. Die Quellen, die das möglich machen, sind in fremder Hand. Es war eine Lebensnotwendigkeit, ihren freien, von Keinem gestörten Nutzgenuß zu erhalten, was ihm ja auch in seinem Vertrage mit Kaiser Menelik gelang. Bekanntlich deckt sich im englischen Diplomatenlexikon der Begriff der Nutznießung mit „Besitz". Es wird wohl auch nur eine



Frage der Zeit sein. Englands Politik hat es jederzeit verstanden, sich Zügel anzulegen, wo es nötig oder zweckmäßig erschien. Die Geschichte des Mahdiaufstandes im Sudan, auch sein gemäßigtes Zurückgehen nach der Besiegung des abessinischen Königs Theodorus zeigt es. Abessinien ist ein Land, das auch heute noch, wo es doch nicht mehr das Abessinien Meneliks ist, England manche kostspielige Rätsel und Aufgaben stellen wird.

Es ist ja reichlich bekannt, mit welcher Zähigkeit England an der Schaffung der ihm so überaus wichtigen Kap-Kairo-Bahn arbeitet. Deutschland war ihm darin im Wege. Das ist nun ein gehabter Schmerz und Deutschland ist ausgeschaltet. Nun liegt ihm noch Abessinien im Wege zu seinen westlichen Provinzen. England ist seit Jahren daran, sich diesen Weg auf „friedliche" Weise zu ebnen. Das heißt ohne Krieg, der immerhin ein für England teures Unternehmen wäre, selbst, wenn er noch so kurz dauerte. Der Effekt wird derselbe sein. Englands Taktik der Aufwiegelung und der Anlockung der Grenzstämme, die es schon in den deutschen Kolonien erfolgreich geübt hat, scheint sich auch an den abessinischen Grenzen zu bewähren. Die Sache verläuft stets so: Die an der Grenze wohnenden abessinischen Bauern werden veranlaßt, mit ihren oft Tausenden von Herdentieren das abessinische Gebiet zu verlassen und sich auf der englischen Seite anzusiedeln. Auf solche Weise sind weite Länderstrecken entvölkert. Nun verbreiten die Engländer, daß die abessinischen Bauern ihre Wohnsitze verlassen mußten wegen der vielen Räuber und Sklavenjäger, die sich da herumtrieben, und Einfälle über die nun verödeten Grenzen in englisches Gebiet machten und von dort her die englischen Untertanen gefangen fortführten. Da nun die Abessinier sichtlich nicht die Macht und den Willen hatten, endlich Ordnung und Sicherheit zu schaffen, so mußte England zur Selbsthilfe greifen. Und schon schieben sie ihre zu diesem Zwecke bereitgehaltenen Posten vor ins abessinische Gebiet. So ist es auch geschehen, daß England sich im Süden in den Besitz der weit und breit einzigen Wasserplätze gesetzt hat. Die noch nach Abessinien gehörenden Bauern sollten nun ihr Vieh nicht mehr an ihren alten Wasserplätzen tränken. Es blieb ihnen also die Wahl, über die wasserlose Küste wegzuziehen oder auf englisches und neuenglisches Gebiet auszuwandern.

Im Süden ist, abgesehen von der richtigen Taktik gegen die von den abessinischen Herren als Sklavenvölker angesehenen Stämme, noch der Umstand für die Engländer äußerst günstig, daß die Grenzen nicht festgesetzt sind und somit niemand sie kennt. Das gibt eine Fülle von Kombinationen, die England stets zu seinem Vorteile ausnützt.

Daß der Westen Abessiniens geopolitisch und auch wirtschaftlich natürlicheren Anschluß an den Sudan hat als an Zentralabessinien, das zeigt ein Blick auf die Karte. Wir müssen im Westen eine Zweiteilung vornehmen. Der nördliche Teil ist von Amharas bewohnt, von denen die Engländer manche Schwierigkeit und

Feindschaft zu erwarten haben. Hat doch der Plan der Stauung nicht nur eine weite Gegend voll der besten Äcker, sondern auch traditionelle und hochgehaltene religiöse und nationale Heiligtümer in ihrem Weiterbestehen bedroht. Wer die Macht der Religion auf den Orientalen kennt, wird das begreifen. Dagegen ist der südliche und nördlichste Teil von Gallas und Negern bewohnt, auf die ja der Amhara mit Hochmut herabsieht. Hier hat England viele und starke Sympathien gewonnen. Allerdings muß man auch der Zähigkeit und Ausdauer seiner politischen Agenten alle Bewunderung zollen.

Ein in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzender Umstand ist der, daß der Amhara ausschließlich ein Hochlandsbewohner ist. Er lebt am liebsten über 2000 Meter hinaus. Tiefgelegene Gegenden widerstreben ihm wegen der Hitze, gegen die er äußerst empfindlich ist, wegen der dadurch bedingten größeren körperlichen Anstrengung, wegen der Krankheitsgefahren, die naturgemäß in heißeren Gegenden stärker sind als in kühleren und für die er sehr anfällig ist.

Wirtschaftlich sind diese zu Abessinien gehörenden Länder wertvoller als der englische Sudan. Dort machen die Sümpfe des weißen Nil das Land auf weit und breit hin unbewohnbar. In anderen Teilen macht sich eine Wasserarmut unangenehm fühlbar. Abessinien ist ein weit wasserreicheres, waldreicheres, stärker besiedeltes und besiedelbares Gebiet. Die Sümpfe des weißen Nil greifen nur an einer Stelle über und nehmen keine so erheblichen Strecken ein. Schon jetzt geht ein großer Teil des Kaffeehandels aus Innerabessinien nicht nach dem oft nähergelegenen Adis-Abeba, sondern nach dem ferner gelegenen Sudan. Die abessinische Holzausbeute im Westen ebenso (im englischen Interessengebiet in italienischen Händen). Die ganze Gegend vom Nilgebiet bis nach dem Süden ist reich an Gold, neuerdings auch Platin. Die Konzessionen dafür sind teils in italienischen Händen, teils noch in abessinischen. Das ganze Land ist zum großen Teile selbst geeignet zu dem Unternehmen, zu dem England ihm seinen Wasserreichtum entziehen, nach dem Sudan leiten und dort verwenden will: zum Baumwollbau. Selbst ohne künstliche Bewässerung. Es ist überdies reich an Wäldern mit wildem Kaffee und Nutzhölzern und an Viehherden. Das Klima ist besser als das erschlaffende des Sudan, die Bevölkerung ruhig, gutwillig, von den abessinischen Herren nicht verwöhnt. Als wirtschaftlich auszunutzendes Objekt und auch politisch und strategisch ist der Sudan erst durch die zu Abessinien gehörenden Länder ein abgerundetes Ganzes. Da England sich nie mit Halbheiten begnügt und auch zur Ausführung der Projekte gedrängt wird, sind Änderungen des politischen Status im Osthorne wohl im allgemeinen in absehbarer Zeit zu erwarten.

*

Die Geschichte Abessiniens der letzten Jahrzehnte ist eine Geschichte des Wettkampfes der englischen und der französischen Diplomatie gewesen. Das Züng-



lein an der Wage war Kaiser Meneliks mit orientalischer Schlauheit gepaarte natürliche, weitsichtige staatslenkerische Begabung. Das, was England von Norden nach Süden durch Afrika erstrebte und dem es in der Erbauung der Kap—Kairo-Bahn einen sichtbaren Ausdruck gibt, das erstrebte Frankreich von Westen nach Osten, den Durchbruch des afrikanischen Kontinents unter französischer Flagge, eben mit Hilfe Abessiniens als befreundetem Bindeglied. Somit wäre also die Durchbrechung der englischen nordsüdlichen Machtlinie gegeben gewesen. Der abessinische Kaiser war aber in seiner Vorsicht durchaus nicht so auf seinen Verbündeten eingeschworen, daß er ihn mit allem Nachdrucke gestützt hätte. Das Fiasko von Faschoda hat ihnen die Hoffnung, dieses ihr Ziel zu erreichen, ganz zugrunde gerichtet.

Frankreichs Interessen und Stellung in seinem Winkel des Osthorns sind weniger schaffender als prohibitiver Natur. Seine Interessensphäre erstreckt sich über das Tschertscher- und Gugugebirge zum Kassantal und über die Hawaschebene. Djibouti ist für Frankreich wertvoll als sichtbares Zeichen, daß England den Eingang ins Rote Meer nicht ganz allein beherrscht. Auch als Ausgangspunkt der Bahn, die nach Adis-Abeba führt und das einzige Verkehrsmittel zwischen der Küste und Abessinien darstellt. Somit leitet Frankreich den ganzen abessinischen Handel, Export und Import durch seinen Hafen und hat so eine Kontrolle über alles Ein- und Auslaufende. Sehr wichtig ist Djibouti aber mit seinem Anspruch auf das abessinische Hinterland als ein Tauschobjekt gegen andere für Frankreich weit mehr ins Gewicht fallende Interessen an irgendeinem anderen Winkel der Erde. Frankreich hat es verstanden, sich von dem kleinen Fleckchen aus zuweilen bemerkbar zu machen. Es hat Englands Machtbestreben oft Schwierigkeiten in den Weg gelegt.

Auch Italien macht es England nicht leicht. Im eigentlichen Lebensnerv des Sudan, im blauen Nilgebiete, hat es vertraglich Fuß gefaßt. England hat ihm die wirtschaftliche Interessensphäre eingeräumt auf der Linie zwischen Eritrea und Benadir. Eine wirtschaftliche Betätigung Italiens in jenen Gebieten müßte eine Schädigung der englischen Pläne bedeuten und umgekehrt. Aber selbst, wenn England Italien eine wirtschaftliche Ausnützung eben dieses Landes und einen ungestörten Bau der italienischen Bahn zu gewährleisten verspricht, so will das noch nicht mehr bedeuten als ein flüchtiges Wort. Die englische Diplomatenkunst hat noch stets in allem ein Häkchen gefunden, wenn sie es brauchte, sie hat immer abgewartet, wo sie die Zeit für noch nicht gekommen erachtete, und hat inzwischen auch ruhig einmal etwas geopfert. Italiens Rolle im Osthorn war von Beginn an von Englands Gnaden. Auf Englands Wink, mit englischer Zustimmung und auf Englands Wunsch hat es sich da betätigt oder zurückgezogen. Auch, daß England Jubaland an Italien abgetreten hat, muß in der Bewertung seiner Absichten und Interessen nicht beirren. Wenn England derlei Geschenke macht,



so dürfen sie ihm nicht schaden, noch weniger aber dem anderen nützen. Italien wird also vorläufig seine Bahn bauen, und England wird ihm dabei kaum im Wege sein. Es hat ihm ja wohl den ungestörten Bau, aber nicht den ewig ungestörten Besitz zugesichert.

Italiens Verhältnis zu Abessinien ist überhaupt ein sehr unklares. Der Abessinier hegt keinen Haß gegen den Italiener, ist sich aber wohl darüber klar, daß der Italiener ihn hasse und hassen müsse. Sein Gefühl dem Italiener gegenüber ist das einer Überheblichkeit, eines Triumphes, der sich z. B. am Feste des Jahrestages von Adua zu einem fanatischen Siegestaumel steigert. Das Feiern dieses Sieges offiziell und mit festlichen Umzügen ist sicher kein Mittel, das Verhältnis zu bessern. Daran können auch alle Freundschaftsbeteuerungen Mussolinis den Abessiniern gegenüber nichts ändern. Der Abessinier spielt leichthin mit dem Gedanken eines Krieges mit Italien, aber nicht aus Haß, sondern im Übermut. Es heißt oft, daß Italien große Anstrengungen mache, die Fürsten vom Tigre mit der abessinischen Zentralregierung zu entzweien und zum Anschlusse an Eritrea zu bewegen. Immerhin ist das ein wunder Punkt Abessiniens. Doch ist zu berücksichtigen, daß das Band zwischen den abessinischen Völkerschaften etwas Festeres ist als das mit einem noch dazu ehemaligen Feinde und rassefremdem Volke, dessen Herrsch- und Expansionsbedürfnisse Abessinien schon wiederholt zurückgeschlagen hat.

*

Besonders hervorzuheben als wichtiger Faktor in der Forderung der Dezentralisierung Abessiniens sind die religiösen Gegensätze. Der Orientale findet die Wurzel seiner Lebensbedingungen, seiner Lebensweisheit und seiner lebendigen Kraft in der Religion, gleichgültig ob Islam oder irgendein christliches Bekenntnis. Religion ist sein Lebensnerv, wenn auch nicht immer als innerliche Gewalt in dem Sinne, in dem wir den Begriff Religion fassen, so doch stets als äußerliche Macht, und steigert sich, einmal angeregt, zu einem nicht zu zügelnden Fanatismus. Der ebbt dann erst mit der Zeit oder dem Verschwinden der erregenden Ursache ab und glimmt abgeschwächt weiter, bis neuer Zündstoff ihn hochschlagen läßt. Solcher Zündstoff ist überall vorhanden bei stark unter dem Einflusse religiöser Vorstellungen lebenden Völkern, wenn solche verschiedenen religiösen Bekenntnisses durcheinander leben. So ist es in Abessinien, wo neben einer Menge orthodoxer Christen eine ebenso große oder größere von Mohammedanern lebt. Zwischen diesen beiden gibt es, wo immer sie sich begegnen, nur Haß. Als eine dritte Partei wäre zu nennen die Gallas, die einer heidnischen Religion angehören. Diese „Heiden“ sind merkwürdigerweise die Träger einer humaneren Auffassung, indem sie keinerlei religiösen Haß zur Schau tragen. Dafür sind sie aber am Fanatismus der anderen passiv beteiligt. England hat auch mit Bezug auf diesen Punkt seine reichlichen Erfahrungen. Ich erinnere nur an die religiöse Grund-



lage aller Schwierigkeiten, die England in verschiedenen seiner Kolonien hatte. Natürlich kennt es diesen wunden Punkt Abessiniens und nützt ihn wohl aus. Es arbeitet dementsprechend mit der ihm so geläufigen jeweiligen Umstellung. Je nachdem, wie es ihm vorteilhaft ist, hetzt es die christliche Bevölkerung gegen die Mohammedaner oder aber nimmt mohammedanische Völker (an den Grenzen) in seinen Schutz. Sie haben dabei noch insofern leichte Arbeit, weil die gegenseitige Verachtung der religiösen Gebräuche und Anschauungen der Anhänger der beiden Religionen keine nur theoretische und um der Sache willen ist, sondern zu einer Rassen- und begreiflicherweise beim Charakter des Orientalen zu einer persönlichen Angelegenheit gemacht wird.

*

Nun kämen wir zur Erklärung der Rassengegensätze und ihrer Einwirkung. Wie schon erwähnt, ist der Ambara der Herr des Landes. Der Galla darf das Land bebauen, das Vieh vermehren und große Steuern und Abgaben zahlen. In Geldeswert gemessen, sind sie oft größer als seine Einnahmen und Lebensbedürfnisse für sich und seine Familie. Der Umstand, daß er auf allen Gebieten seines engen Lebenskreises der Willkür ausgesetzt ist, zieht seine Sympathien zu den Engländern. An sich ist der Galla das alles aufbauende und alles erhaltende Element im Wirtschaftsleben, mag er auch nur soviel arbeiten, als er für seinen Lebensunterhalt braucht und für das, was sein Herr ihm abnimmt, er ist der Kern der Bevölkerung und kein schlechter sowie der Stützpunkt für den Herrn der Zukunft Abessiniens. Von diesen Gallas zu trennen sind die mohammedanischen Gallas, die in ihrer Abstammung stark mit arabischem resp. Somali- und Dankaliblut durchsetzt sind. Dementsprechend sind sie ganz anders geartet. Sie sind meist sehr geschickte Kaufleute.

Die Somali und Dankali sind im allgemeinen sehr gefürchtet und somit in ihren Steppen ziemlich unabhängig. Man durfte es noch nicht wagen, ihnen mit den Praktiken zu kommen, die man gegen die Gallas gebrauchte. Sie würden sie sich nicht gefallen lassen. Es kommt hinzu eine ständige Blutrache gegen die Amharas und ein armes, in seinen großen Strecken ganz unwirtliches Land, und man wird die Zurückhaltung der Amharas begreifen. Sie sind jedenfalls keine Stützpunkte der abessinischen Zentralgewalt. Ob aber für eine europäische Macht, ist doch sehr die Frage, wenn man bedenkt, daß ein einziger ermordeter Weißer den Wert von vier ermordeten Farbigen hat.

Die übrigen Völkerschaften sind tributär und meist Sklavenvölker, d. h. durch ihre Abstammung eo ipso oder als besiegte Völker zur Sklavenschaft bestimmt. Daß England da ein dankbares Feld hat, ist klar, zumal es die Forderung der Aufhebung der Sklaverei zu seinem Steckenpferde gemacht hat ohne Rücksicht auf die Forderungen des wirtschaftlichen Lebens.

Es taucht immer wieder das Gerücht auf, daß England für einen Teil seines den Franzosen zur Kriegführung im Weltkriege gewährten Darlehens Djibouti und die französische Bahn nach der Mitte Abessiniens übernehmen wolle. So hätte England mit dem Weltkriege ein gutes Geschäft mehr gemacht. Das Schicksal Abessiniens und inbegriffen das der italienischen Kolonien wäre damit besiegelt. Sie wären ein störender Punkt im ostafrikanischen Länderkomplex, den England wohl für sich allein beanspruchen würde.

Welche weiteren Probleme aber mit Rückwirkung auf Abessinien in anderen Ländern der Erde aufgerollt oder gelöst werden, bleibt abzuwarten.

LEO WITTSCHELL:

DIE TUNESISCHE FRAGE

Bereits in früher geschichtlicher Zeit hat der dem Mittelmeer östlich zugewandte, offene Teil der nordafrikanischen Atlasländer, der Raum des heutigen Tunesiens, eine bestimmte bedeutungsvolle Rolle gespielt. Hier entstanden früh phönizische Kolonien, hier blühte Karthago empor, hier lag eine der fruchtbarsten und wichtigsten römischen Provinzen, das Africa proconsularis. In diesem Raum richtete das Vandalenreich sich ein, das durch Ostrom gestürzt wurde, und schließlich ergoß sich über das Ganze die arabisch-islamitische Woge, die trotz aller mitreißenden Wucht sich in der Herausbildung eines unter türkischem Schutz stehenden, seeräuberischen Barbareskenstaates verlief. Die Eigenart der Lage, die natürliche Begrenzung durch das Meer im Norden und Osten und durch die Wüste im Süden, dann aber auch die Europa sich entgegenstreckenden östlichen Ausläufer des Gebirges, begünstigten einerseits die Entstehung selbständiger staatlicher Gebilde und lockten andrerseits fremde Völker zur Besitzergreifung und Kolonisierung an. Dies ist der geopolitische Grundakkord, der immer wieder aus der wechselvollen geschichtlichen Entwicklung des Landes herausklingt. Die Triebkräfte zu staatlicher und kultureller Entwicklung kamen allerdings fast nie aus dem Lande selbst, sondern meist über das Meer, lediglich das Arabertum gelangte ausschließlich auf dem Landwege hierher.

Das wichtigste Ereignis der neusten Zeit war hier die Errichtung der französischen Schutzherrschaft im Jahre 1881. Bereits einige Jahrzehnte vorher, seit der Besetzung Algeriens, hatte Frankreich Tunesien als eine ihm vorbehaltene Einflußzone angesehen, doch war durch seine Niederlage 1870/71 in der Folgezeit sein Einfluß stark im Schwinden, und Bestrebungen Englands und Italiens machten sich um so stärker bemerkbar. Aber trotz der von diesen Mächten drohenden Schwierigkeiten glückte infolge einiger günstiger Umstände und dank der Initiative Ferrys die Besetzung des Landes, nachdem einige Grenzzwischen-



fälle in der Khroumirie den Anlaß gegeben hatten. Über 45 Jahre hat heute Frankreich sich des Besitzes der Regentschaft erfreuen können. In dieser Zeitspanne hat die wirtschaftliche Hebung des Landes ganz außerordentliche Fortschritte gemacht, Tunesien ist eins der wertvollsten Teile des französischen Kolonialreichs geworden. Die französische Schutzherrschaft brachte dem Lande Friede, eine geordnete Verwaltung und allgemeine Sicherheit, die Vorbedingungen für den allmählichen wirtschaftlichen Aufstieg. Es folgte die Anlage von Straßen und Eisenbahnen, der Ausbau der Häfen Tunis, Biserta, Sousse und Sfax; zur Förderung des Ackerbaus wurden von Frankreich die nötigen Kapitalien bereitgestellt, allmählich lernten auch die Eingeborenen auf ihre alten Gewohnheiten in der Agrikultur zu verzichten und sich modernerer und auch maschineller Methoden zu bedienen. Fernerhin wurde die Ausbeutung der reichen Phosphatlager, der verschiedenen Erzvorkommen (Eisen, Zink, Blei) in Angriff genommen, so daß Tunesien nicht nur durch seine Agrarprodukte, sondern auch durch seine Bodenschätze für Frankreich von Bedeutung ist. Zusammen mit Algerien deckt es den Bedarf Frankreichs an Brotgetreide, den die Erzeugung des Mutterlandes nicht befriedigen kann. Die ausgedehnten tunesischen Phosphatlager stehen an Ergiebigkeit nur den nordamerikanischen nach, so daß Frankreich heute über ein Drittel der gesamten Phosphatproduktion der Erde verfügt. Des weiteren ist neben der Erzgewinnung auch die Produktion von Olivenöl von besonderer, allmählich stets anwachsender Bedeutung. Der Außenhandel Tunesiens nahm im Laufe der Jahrzehnte folgende Entwicklung:

1892	betrug	er	62	Mill.	RM.
1900	„	„	83,2	„	„
1910	„	„	180,7	„	„
1913	„	„	261,6	„	„
1920	„	„	288,9	„	„
1925	„	„	387,5	„	„

Es wäre ungerecht, die Bedeutung, die diesen Zahlen innewohnt, nicht anerkennen zu wollen. Es ist unzweifelhaft, daß für Tunesien unter französischer Herrschaft eine Zeit des Aufschwungs angebrochen ist, wie sie das Land seit der Römerzeit nicht gesehen hat. Dabei ist heute auf agrarischem Gebiete noch längst nicht jene Intensität der Bodenbebauung eingetreten, wie sie auf Grund der historischen Quellen für die Zeit des Altertums erwiesen ist. Hier sowohl, wie auf fast den meisten übrigen Gebieten der materiellen Kultur ist im Lauf der nächsten Jahrzehnte noch eine weitere steigende Entwicklung zu erwarten.

Dies günstige Gesamtbild jedoch mit seinen weiten, hoffnungsvollen Aussichten wird in neuerer Zeit, insbesondere in der Nachkriegszeit, überschattet von einem Komplex verschiedener Angelegenheiten, die hier unter dem Begriff der „tune-

sischen Frage" zusammengefaßt seien. Es handelt sich vor allem um Bevölkerungsprobleme, um Probleme einerseits der französischen Kolonisation, andrerseits um das Vorhandensein einer starken italienischen Kolonie in Tunesien und schließlich um die nach dem Kriege aufgetauchte Bewegung unter der Eingeborenenbevölkerung. In diese mehr inneren Fragen spielt dann ebenfalls neuerdings, infolge der durch den Weltkrieg veränderten Mächtekonstellationen, die mehr äußere Angelegenheit des neuen Verhältnisses zwischen Frankreich und Italien hinein.

Eine außerordentlich starke Sorge der französischen Verwaltung bildet die geringe Zahl der Franzosen im Lande. Infolge des Fehlens nennenswerten Zuzugs, sowie in Anbetracht der geringen natürlichen Vermehrung des vorhandenen französischen Volkselements und nicht zuletzt auch infolge der großen Blutopfer im Kriege, hat die Zahl der Franzosen im Norden und Nordwesten und im Süden des Landes nicht unwesentlich abgenommen und sich nur in Tunis und Sousse und in dem unmittelbar anschließenden Gebiet leicht vermehrt. Obwohl der Grundbesitz, soweit europäische Eigentümer in Frage kommen, ganz überwiegend in französischen Händen ist, hat an verschiedenen Stellen des Landes allmählich ein merkbarer Besitzwechsel stattgefunden. In der Umgebung von Sfax sind zahlreiche und weite Olivengärten in den Besitz von Eingeborenen übergegangen, zwischen Sousse und Kairuan und um Kairuan sind mehrere Tausende Hektar ebenfalls von Eingeborenen erworben worden, um Tunis und Cap Bon sind hauptsächlich Italiener die Käufer gewesen. In den Jahren 1918 bis 1920 wurde so etwa ein Siebentel des französischen Grundbesitzes in Tunesien, ca. 80000 ha, zum größeren Teil an Eingeborene, zum kleineren an Italiener und andere Europäer verkauft. Das mühsame Ergebnis langer Jahre war damit zunichte. Der Grund für diese Erscheinung liegt darin, daß der Franzose als Kolonist sich hier im Grunde fremd fühlt, ohne sonderlich starke Verbindung zum Boden bleibt und daher, sobald eine Reihe guter Ernten ihm genügenden Gewinn abgeworfen haben und durch Verdopplung oder Verdreifachung der Bodenpreise ein günstiger Verkauf möglich ist, das Land verläßt, um irgendwo in der Stadt zu leben oder nach Frankreich zurückzukehren. Nichtsdestoweniger werden neuerdings Anstrengungen gemacht, um die sog. „kleine Kolonisation" zu beleben und die Entstehung von Dörfern zu begünstigen. Doch dürften wohl trotz der bestausgearbeiteten Programme selbst die maßgebenden Stellen keinen besonderen Erfolg in dieser Beziehung erwarten; so wird die Aufgabe Frankreichs darauf beschränkt bleiben, Tunesien wirtschaftlich und kulturell zu entwickeln und zu verwalten, ohne selbst besonderen Anteil an der Agrarsiedlung zu haben.

Auf Grund der Zählungen von 1911, 1921 und 1926 lassen sich hinsichtlich der Bevölkerungszusammensetzung folgende Angaben machen:



	1911	1921	1926
Franzosen	46 000	54 477	71 000
Italiener	88 080	84 819	89 000
Malteser	11 300	13 504	8 395
Andere Europäer	3 050	3 370	4 650
Sa. der Europäer	148 430	156 170	173 281
Mohammedaner		1 891 280	1 932 184
Israeliten		47 640	54 243
Sa. der Eingeborenen	1 780 570	1 938 920	1 986 427
Gesamtbevölkerung	1 929 000	2 095 000	2 159 708

Am Ergebnis der Zählung von 1926 ist nur die Zunahme der Franzosen um 16500 bemerkenswert. Von dieser Summe entfallen jedoch nur 4800 auf natürliche Vermehrung oder Zuwanderung aus dem Mutterlande, während die übrigen 11700 auf Naturalisationen zurückzuführen sind. So sind z. B. infolge besonderer Bestimmung (Dekret vom 8. September 1921 und 20. Dezember 1923) 5000 Malteser „automatisch" naturalisiert worden; ferner wurden durch „individuelle" Naturalisation ca. 5000 Italiener offiziell zu Franzosen, die aber zu drei Vierteln auf Tunis-Stadt entfallen und von Beruf Angestellte von Transportgesellschaften (Eisenbahn, Straßenbahn) und kleine Händler sind. An der Struktur der Bevölkerung Tunesiens selbst wird durch diese statistische Arithmetik in Wirklichkeit kaum etwas geändert. Die Naturalisationen bedeuten nur ein letztes Mittel, um den zahlenmäßigen Unterschied zwischen dem französischen und dem italienischen Volkselement auf dem Papier etwas zu mindern. An eine Entnationalisierung der italienischen Kolonie in Tunesien ist nicht zu denken. Es ist im Gegenteil außer einer langsamen, aber stetigen Vermehrung der Italiener um etwa 1000 im Jahr eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage festzustellen; dies zeigt u. a. eine kleine Statistik über die Besitzverhältnisse der Weinbauern. Danach gab es

1912:	870	französische Weinbauern mit	9 090 ha	und
	1520	italienische „ „	5 658 ha	hingegen
1920:	770	französische „ „	9 908 ha	und
	1583	italienische „ „	12 688 ha.	

Von der französischen Bevölkerung waren im Jahre 1921 nur 12,3% im Ackerbau beschäftigt, 12,2% im Handel, 18,5% in der Industrie, 35,7% (!) in Verwaltung und Verkehr, 3,8% in freien Berufen und 17,9% in anderen (Rentner u. ä.). Bezeichnend ist ferner auch das Verhältnis der französischen zu der fremden und eingeborenen Bevölkerung in Tunesien im Vergleich zu Algerien. Es entfallen

im Bezirk Oran	1 Franzose auf	0,5 Auswärtige und	4,6	Eingeborene
„ „ Algier	1 „ „	0,2 „ „	7,7	„
„ „ Constantine	1 „ „	0,2 „ „	17,0	„
in Tunesien	1 „ „	2,0 „ „	38,0	„

Angesichts dieser Zahlen wird die Sorge Frankreichs über seine Lage in Tunesien verständlich.



Neben diesem Problem der numerischen Schwäche der Franzosen und des Vorwiegens der italienischen Bevölkerung (péril sicilien) in Tunesien, gibt es seit Ende des Krieges auch eine Bewegung unter den Eingeborenen. Wie überall im ganzen Orient haben der Weltkrieg und seine Folgen auch hier „aufgewühlt". Die Berührung der eingeborenen Truppen mit französischen und während der Rheinlandbesetzung auch mit deutschen Kommunisten haben ihre Wirkung gehabt, auch die Ideen Wilsons vom Selbstbestimmungsrecht der Völker fielen in Tunesien auf fruchtbaren Boden. Außer einer kommunistischen bildete sich vor allem eine nationalistische Eingeborenenpartei, die sog. Destur-Partei, die für Tunesien eine moderne Verfassung forderte, u. a. Einfluß der Eingeborenen auf die Gesetzgebung, Verantwortlichkeit der Regierung usw. Das Haupt dieser Bewegung war Sidi Abdel Aziz Taalbi, der tunesische Zaglul, wie er genannt werden könnte. Sein Programm legte er in einem Buch „La Tunisie Martyre. Ses revendications" (Paris 1920) nieder; als letztes Ziel schwebt ihm eine Unabhängigkeit des Landes nach ägyptischem Muster vor. Unter dem Eindruck des Einflusses dieser Bewegung auf die Volksmassen entschloß man sich 1922 auf französischer Seite zu einigen Reformen und schuf die sog. „Conseils de Caidat", „Conseils de Region" und den „Grand Conseil", durch Wahl zustande kommende Körperschaften, von denen jedoch in den beiden letztgenannten die Mehrheit von vornherein aus französischen Abgeordneten besteht. Es scheint, daß in den letzten Jahren unter dem Eindruck dieser Zugeständnisse und der geschickten Regierung des seit 1921 im Amt befindlichen General-Residenten Lucien Saint die inneren Verhältnisse in diesem Punkt ein wenig beruhigt worden sind, so daß die Möglichkeit einer vollständigen Angliederung Tunesiens an Frankreich, nach dem Muster Algeriens, zunächst wieder ein wenig ferner gerückt ist. Von einer direkten Gefährdung der französischen Herrschaft durch die Eingeborenenbewegung kann jedoch nie die Rede sein; sie ist nur symptomatisch für die heutige Entwicklung des Landes und kann bestenfalls von dritter Seite (Italien) zu Sonderzwecken gegen Frankreich gut benutzt werden.

Zu diesen inneren Schwierigkeiten gesellt sich nämlich noch das seit dem 9. September 1918 veränderte Verhältnis zu Italien. An diesem Tage nämlich, noch während des Krieges, wurde von Frankreich das berühmte Abkommen von 1896 nicht mehr erneuert, nach dem Italien sich verpflichtete, die seinerzeit durch Frankreich geschaffenen Machtverhältnisse in Tunesien nicht zu stören, während andrerseits Frankreich den Schutz der dort bestehenden italienischen Interessen garantierte. Von diesem Zeitpunkt ab setzte eine Französierungspolitik gegenüber dem italienischen Bevölkerungsteil ein, und diese veränderte Haltung Frankreichs, insbesondere auch das Dekret vom 8. November 1921, das die Naturalisierung von Italienern erleichtert, mußte natürlich eine Abwehr von italienischer Seite hervorrufen. So erscheint gerade neuerdings, besonders als seit



der faschistischen Revolution die italienische Außenpolitik aktiver sein konnte, die tunesische Frage immer häufiger im Vordergrund der europäischen Politik. Es kommt hinzu, daß auch der nun einmal vorhandene Bevölkerungsdruck Italiens nach wie vor weiter insbesondere auf Tunesien gerichtet sein wird, wo bereits eine zahlenmäßig starke italienische Kolonialbevölkerung vorhanden ist. So bringt sowohl die veränderte Haltung Frankreichs, wie die heute von Italien bewußt wieder aufgenommene Mittelmeerpolitik des alten Roms die hier bisher latent vorhandenen Gegensätze beider Staaten in Bewegung. Das alte Rom wurde durch Besetzung des karthagischen Raums auf den Weg zur damaligen Weltmacht gewiesen. Die Rolle Frankreichs ähnelt außerordentlich der damaligen Stellung Karthagos; auch heute ist das Land vorwiegend Handelskolonie und die Beziehungen zur eingeborenen Bevölkerung sind nicht gerade günstig. Die freundliche Haltung Italiens der Eingeborenenbewegung gegenüber entspricht durchaus dem altrömischen Bündnis mit Masinissa. So zeichnet sich heute am Horizont — mutatis mutandis — die Möglichkeit eines vierten Punischen Krieges ab.

Trotz aller Maßnahmen ist die Stellung Frankreichs heute schwächer als vor zehn Jahren, es weiß selbst auch genau, daß Tunis der wundeste Punkt seines nordafrikanischen Kolonialreichs ist. Dementsprechend ist die Lage Italiens allmählich günstiger geworden. Mit Tripolitanien ist ein wertvoller Stützpunkt gewonnen, das Mutterland innerpolitisch gefestigt und wirtschaftlich im Aufschwung. Von Wichtigkeit ist ferner, daß England einer Übernahme des tunesischen Protektorats durch Italien keinen ernsthaften Widerspruch entgegensetzen wird; die Meerenge Sizilien-Tunis hat heute an Bedeutung verloren, da im Kriegsfall der Weg nach Indien infolge der Verseuchung des Mittelmeers mit U-Booten stets um das Kap herumführen wird. Zwar dürfte es ausgeschlossen sein, daß lediglich um Tunis willen ein offener Konflikt entstehen wird, aber bei Gelegenheit einer kommenden allgemein-kritischeren Periode wird im Mittelmeer auch der Gegensatz Frankreich-Italien, wie einst zwischen Karthago und Rom, zum Austrag kommen und dabei der Kampf um den tunesischen Raum die entscheidende Rolle spielen.

LITERATUR: Rodd Balek. La Tunisie après la guerre. Paris 1922. — L'Afrique française. Bulletin mensuel. 1924, 1925, 1926. Paris. — P. d'Agostini Orsini di Camerota, L'Italia nella politica africana. Bologna 1926. — A. Bernard, Le recensement de 1926 dans l'Afrique du Nord. Annales de Géographie 1927.

KUNO WALTEMATH:

NORDAFRIKA UND EUROPA

Nichts ist größer als der Europäerhochmut, jener Hochmut der Westeuropäer, der im besten Falle mit gütiger Herablassung, oft aber mit Verachtung auf alles



herabsieht, was nicht durch und durch westeuropäisch ist oder nordamerikanisch. Der Stolz Westeuropas ist so tief gewurzelt, daß Leo Frobenius mit seiner Kulturkonislehre, die in Afrika die Objekte ihrer Forschung suchte und fand, zuerst auf spöttische Ablehnung stieß. Kultur in Afrika, im schwarzen Erdteil, außerhalb des allein erleuchteten Europa? So rief man fast entrüstet. Und man merkte erstaunt und ungläubig und widerwillig auf, als Frobenius in dicken Büchern uns Kunde von dem frischsprudelnden Quell der afrikanischen Volkspoesie gab, von den Epen von Regern, die sich neben das Nibelungenlied stellen können, von den Tausenden von Märchen, Volksliedern, Sagen und Überlieferungen des Afrikaners, als er uns so vieles brachte, was auf uraltes afrikanisches Kulturgut hindeutet. Die sich ihrer Zivilisation und Kultur rühmenden Westeuropäer vergessen oder wissen es nicht mehr, daß ihre Zivilisation und Kultur auf außereuropäischen Kulturen fußt, vor allen Dingen auf der arabischen Kultur Spaniens, zu deren Träger die Nordafrikaner mitgehörten, unter diesen auch die Berber neben den arabisierten Nachkommen der punischen und römischen Nordafrikaner, alles Menschen, die das Schicksal der Nichteuropäer mitteilen, über die Achsel angeschaut zu werden. Es ist notwendig, diese Mitarbeit nordafrikanischer Kräfte am Aufbau der arabischen Kultur und damit der europäischen Kultur richtig zu bewerten. Zeigt sie doch an, welche hohe kulturelle ursprüngliche Begabung in den Nordafrikanern steckt, die nur aufgeweckt zu werden braucht, um in ihnen das Bewußtsein ihrer selbst entstehen zu lassen.

Das scheint vielen Europäern noch nicht aufgegangen zu sein, namentlich nicht jenen Italienern, die meinen, daß sie bei ihren Plänen, die ihnen in Nordafrika vorschweben, nur mit den Franzosen zu rechnen haben, aber nicht mit den Nordafrikanern, daß sie dieses einheimische Element als quantité négligeable betrachten dürfen. Die scheinbare Leichtigkeit, mit der Frankreich in verhältnismäßig kurzer Zeit die Hand hat auf Algerien, Tunis und Marokko legen können, verlockt in hohem Maße, die Augen auf die reichen Länder zu werfen, um sie auszubeuten und mit dem Menschenüberfluß Italiens zu besiedeln. Die Absichten aber lassen von vornherein ihre Verwirklichung fast als unmöglich erscheinen. Frankreich ist als militärischer Eroberer gekommen. Wirtschaftliche Ziele leitete es nicht. Es ist militärischer Herrscher geblieben, dessen Politik ist, das Land als Rekrutierungsgebiet auszunutzen, nicht es wirtschaftlich auszubeuten. Der Franzose ist entweder Beamter oder Soldat, selten Kaufmann, nie in untergeordneter Stellung und deshalb von vornherein ein Gegenstand des Respekts. Er hat ferner den berberischen Eingeborenen große Freiheiten in ihren Dorfkommunen gewährt, die fast Republiken sind. Es ist leicht vorauszusehen, daß der Italiener, der in Nordafrika vielfach bereits jetzt als Arbeiter, Kleinbauer, Handelsmann, Handwerker tätig ist, eine viel ungünstigere Stellung einnimmt, er wird nicht mit der Achtung behandelt wie der Franzose. Italien, mit dem Gedanken, wirtschaftlich das Land



zum Nutzen seiner Landeskinder auszubeuten, wird auf ganz andere Widerstöße stoßen als Frankreich, vorausgesetzt natürlich, es wäre ihm gelungen, es zu verdrängen. Es wird sehr wahrscheinlich auf außerordentlich starke, wohl unbezwingliche Gegnerschaft der Eingeborenen stoßen.

Der Weltkrieg sollte eigentlich wie eine Offenbarung gewirkt haben, indem er drastisch zeigte, wie wenig berechtigt es ist, die militärische Kraft der Nordafrikaner nicht in Rechnung zu stellen. Mit Stolz nennen sich die Berber die Kerntruppen der Franzosen, werden von diesen auch so tituliert. Immer nahmen die Nordafrikaner westlich von Ägypten militärisch eine Stellung ein, die nicht übersehen werden durfte und oft genug den Gang der Weltgeschichte beeinflußte.

Nordafrikanisches Volkstum hatte bereits einen Namen in der Weltgeschichte, da Europa in Dunkel gehüllt war. Die alten Libyer werden zuerst vor 3500 Jahren erwähnt. Zu wiederholten Malen berichten die ägyptischen Papyrus von ihnen. Unter dem Nachfolger des berühmten Pharao Ramses II. (1300—1234 v. Chr.) Maremptah fielen libysche Stämme in das Nildelta ein. Sie waren schon früher in Ägypten eingebrochen, im Bunde mit Mittelmeervölkern, aber abgewehrt worden. Maremptah schlug sie und verjagte sie. Auf Grabgemälden des Königs sind sie abgebildet. Unter Ramses III., der 1179 starb, fielen sie wieder ein. Ramses kämpfte sie nieder. Unter seinen Nachfolgern stellten sie den Pharaos Söldner, deren Führer bald das Reich beherrschten. Einer von ihnen, Scheschonk I., konnte sich 940 v. Chr. zum König aufwerfen, er wurde der Begründer der libyschen Dynastie, die 200 Jahre lang regierte. Scheschonk, von den Griechen Sesonchis genannt, in der Bibel Sisak, trug die ägyptischen Waffen wieder nach Asien, 920 eroberte er Jerusalem, nachdem er den König Rehabeam von Juda 930 besiegte. Wenn die Nordafrikaner sich späterhin auch nicht mehr von solcher selbständigen Aktivität zeigten, sie blieben stetig von großer militärischen Stärke. Sie waren hartnäckig in der Verteidigung. Wohl mußten sie das flache Land den Phöniziern und noch mehr den Römern und Arabern räumen, in den Bergen waren sie unbesieglich. In den karthagischen, römischen und arabischen Heeren waren sie Kerntruppen, unentbehrlich für den Staat, der ihre kriegerische Kraft nutzte. Die arabische Eroberung Spaniens ist vornehmlich ihr Werk. Zur römischen Zeit galten die romanisierten Libyer viel in der Welt, errangen hohe Bedeutung im römischen staatlichen und kulturellen Leben. Der Kaiser Septimius Severus, der heilige Augustinus und andere Kirchenväter, hervorragende Juristen und Feldherren entsprossen nordafrikanischem Blute. Das Heiße und Leidenschaftliche im Wesen jenes Kaisers und des heiligen Augustinus waren nordafrikanisches Erbteil. Vom Kaiser wird berichtet, daß sein Latein Zeit seines Lebens verriet, daß das Phönizische seine Muttersprache war.

Das Bezeichnende bei den Nordafrikanern ist, was im Grunde das Problem Nordafrikas ausmacht, daß das Semitische von jeher den stärksten Einfluß auf sie

ausübte. Schon die alte berberische Sprache stammt in ihren Anfängen aus dem Ursemitischen, ebenso wie das Ägyptische. Das zeigt sich namentlich dort, wo, wie auf dem Atlas, in Marokko Antiquität in der Sprache sich erhalten hat. Tief war die Macht des Karthagertums. Bis zum Kommen der Araber lebte die phönizische Sprache fort, deren Fortbestand die ganze römische Zeit hindurch der arabischen Sprache es erleichterte, Wurzel zu fassen. Am gewaltigsten war die Einwirkung des arabischen Wesens. Auch die Kabylen, die ihre alte Sprache behaupteten, sind in ihrem Denken völlig von ihm erfüllt, von Europa abgewandt. Auch bei diesen ist die arabische Sprache unter den führenden Schichten obenauf. Was die arabisch Sprechenden in Nordafrika bewegt, bewegt auch die Kabylen. Überall spürt man den Einfluß des semitisch-mohammedanischen Arabertums, wohinter der Geist der Ablehnung Europas steckt, für Frankreich noch gefährlicher geworden, daß die Nordafrikaner ihre militärische Unentbehrlichkeit im Weltkriege kennenlernten. Mit Stolz heißen sie sich Frankreichs Kerntruppen. Es ist so weit gekommen, daß Frankreich seine Position in Nordafrika nur durch Konzessionen an die Kabylen zu behaupten vermag. Wichtige neue Rechte hat es bereits den kabylischen Dorfgemeinden in Algerien verliehen und die Gewährung weiterer Freiheiten wird begehrt.

Erschwerend wirkt, daß Frankreich, indem es fast ganz Westnordafrika seiner Macht beugte, erst den Begriff eines Nordafrika geschaffen hat. Der hat vordem nie bestanden, selbst nicht in der römischen Zeit. Wenn dieses Nordafrika von Tunis bis zum Ozean beginnt, sich zu fühlen, sich als etwas Einheitliches im Sinne des mohammedanischen Arabertums anzuschauen, dann muß es Frankreich schwer werden, sich zu behaupten, schwerer als den Engländern in Indien. Denn Nordafrika ist einheitlich in Religion und Geist, geformt unter dem Eindruck der nordafrikanischen Landesnatur und des arabischen Wesens. Je mehr Frankreich zwangsläufig dazu gedrängt wird, seinen Herrschaftsbereich auszudehnen, ganz Nordafrika westlich von Tripolis seinem Verwaltungsorganismus einzuordnen, desto dringlicher muß den Eingeborenen sich der Begriff eines Nordafrika ebenso zwangsläufig einprägen. Gegen den vom Islam und vom Semitismus durchtränkten nordafrikanischen Geist vermögen die Franzosen auf die Dauer nur durch Gewährung weitgehender politischer Rechte einer weitgehenden Selbstverwaltung sich zu halten.

Wenn nun jetzt bereits die Schwierigkeiten für Frankreich so groß sind, was soll erst werden, wenn es seinen Besitz, und sei es auch nur den von Tunis, von Aspirationen italienischer Kreise bedroht sieht? Es wird gezwungen sein, auf diesem Wege zur Darbietung politischer Rechte schneller zu gehen, als es sonst vielleicht nötig ist, die Nordafrikaner, um ihrer sicher zu sein, so zu befriedigen, daß sie de facto unabhängig sind. Das Ende vom Liede wird dann eine weitere Schwächung des europäischen Einflusses sein, ja möglicherweise wird die Rivalität der euro-



päischen Völker um die Besitzansprüche eine völlige Vernichtung dieses Einflusses mit sich bringen. Es ist hier ebenso wie überall dort, wo es gilt, die alten Belange Europas zu verteidigen. Nur eine enge Zusammenfassung Europas lassen sie unberührt. Jede Rivalität unter den Europäern selbst werden sie allmählich zerstören. Europas Macht in Nordafrika wird nur dann bestehen bleiben, wenn die europäischen Völker nicht einander den Besitz beneiden und abzujagen streben. Wenn es einmal dazu kommen sollte, was wir nicht hoffen wollen, daß Europa untereinander mit den Waffen in der Hand um diesen Besitz streiten, wird ganz sicherlich das Land Europa verlorengehen. Europa muß Nordafrika gegenüber als Ganzes auftreten, ebenso wie gegenüber ganz Afrika. Daß man das vergäß, als die Friedensbedingungen des Weltkrieges fixiert wurden, daß man Deutschland aus der Reihe der europäischen Eigner afrikanischen Bodens strich, hat dem europäischen Ansehen fast unheilbare Wunden geschlagen. Es scheint, als ob Italien solche Zusammenhängs noch nicht begriffen hat.

OTTO MOSSDORF:

CHINA IN RANDBEMERKUNGEN

Es waren nicht nur die uns räumlich und sachlich näherliegenden Begebnisse in Genf, die bei Ausgang des letzten Sommers die Nachrichten über den Fortgang der Ereignisse in China in der deutschen Presse in den Hintergrund haben treten oder ganz haben verschwinden lassen, wie jeder aufmerksame Zeitungsleser feststellen konnte. Diese Erscheinung zeigte sich ganz ähnlich in der englischen Presse, auf deren unmittelbare Berichterstattung über fernöstliche Verhältnisse wir leider zum weitaus größten Teil angewiesen sind. Überfälle wagelustiger Piraten aus der berüchtigten Biasbucht und allenfalls noch Forschungen nach Missionaren, die aus dem Inneren Chinas geflüchtet waren, bildeten den Hauptstoff, nachdem über ein Jahr die ganze Welt erwartungsvoll die überraschende Entwicklung Chinas verfolgt hatte. In der Tat durchleben wir jetzt einen Zwischenakt dieser Entwicklung, der uns willkommen sein soll, weil er Gelegenheit bietet, das Durchlebte nochmals in Ruhe zu überschauen. Diese rückschauende Betrachtung läßt Erkenntnisse festlegen, die zwar keine allgemeingültigen Grundsätze formen, künftigen Entwicklungen jedoch manche brauchbare Stütze für eine sachgemäße Beurteilung liefern können. Wir können es uns an dieser Stelle versagen, alte, oft betonte Beweismittel zu wiederholen, die die Wichtigkeit dieser Vorgänge in weltpolitischer Beziehung nachweisen und deswegen auch für das machtlose Deutschland von Bedeutung sind oder jedenfalls sein werden. Es genüge der Ausspruch eines amerikanischen Professors, „daß die Wurzeln eines künftigen Krieges tief im chinesischen Boden stecken".

Haben wir damit die weltpolitische Bedeutung der chinesischen Ereignisse an die erste Stelle gerückt, so ergibt sich daraus die zweckentsprechende Verarbeitung und Behandlung von selbst: das Hineinstellen der Vorgänge in die großen Zusammenhänge der Weltpolitik und ihre Auswertung für das große Weltgeschehen. So und nicht anders sollten sie auch nur dem intelligenten Zeitungsleser oder Vortragszuhörer vorgelegt werden unter Weglassung aller ihm unverständlichen und ihn daher kaum interessierenden Kleinigkeiten. Diese sollen deshalb nicht unterschätzt werden. Sie alle sind Steine für das große Mosaikbild, das sich formen soll, bei dessen vorwärtsschreitender Fertigstellung sie aber mehr und mehr verschwinden, um dem Auge des Beschauers nur die großen Linien deutlich erkennbar zu machen. So wertvoll für diese Arbeit die Nachrichten an Ort und Stelle befindlicher Beobachter sein mögen, wir weisen ihre Klagen zurück, daß — abgesehen von zweifelsfreien großen Irrtümern — in der fernen Studierstube die Vorgänge zumeist falsch gesehen würden. Es ist vielmehr ein alter Erfahrungssatz — und besonders, wer im Kriege an Brennpunkten der Ereignisse gestanden hat, wird ihn bestätigen können —, daß allzu große Nähe meist nicht zu dem ruhigen Urteil führt, auf das sich brauchbare Folgerungen und Entschlüsse aufbauen. Auf China angewendet, haben wir den besten Beweis dafür in dem Verhalten der englischen Schanghaier Kaufmannschaft, die, durch die Vorfälle an der eigenen Schwelle beeinflußt, ihre Heimatregierung zu kopflosen Maßregeln in der schwersten Zeit zu veranlassen suchte.

Es dürfte von keiner Seite die Unmöglichkeit angezweifelt werden, daß jemand, der heute an China und den dortigen politischen Vorgängen Gefallen gefunden hat, bereits morgen oder in Kürze sich eine eigene Meinung darüber bilden kann. Vielmehr gehört zur Beherrschung der Tagesereignisse eine immer mehr zu vertiefende Kenntnis zurückliegender Entwicklungsstufen, die bei Chinas alter Geschichte nur durch immer erneutes Studium gewonnen werden kann, ohne daß jemals ein Abschluß lückenlos erreicht werden dürfte. Hierbei müssen Geschichte, Staatswissenschaft und Geographie zusammenarbeiten, aber erst das Eindringen in die chinesische Kultur, Philosophie und Sprache wird die auch dann noch vorhandenen Spalten ausfüllen. Die bald einsetzende Erkenntnis, daß es unmöglich sein dürfte, selbst bei bester Kenntnis der Sprache und Literatur die chinesische Psyche voll zu erfassen, daß letzten Endes immer ein Grenzgraben bleibt, über den es keine Brücke gibt, darf nicht hindern, der chinesischen Mentalität so nahe wie möglich zu kommen. Es sind nun einmal zwei Welten, West und Ost, die sich zwar angezogen, mehrmals den Kontakt wieder vollkommen verloren haben, aber noch heute nicht die Frage entscheiden konnten, ob sie jemals ineinander überfließen werden. Einfaches Übertragen unserer Begriffe muß immer zu schiefen Urteilen führen. Das lehren uns augenfällig von äußerlich leicht erkennbaren Dingen die seit 15 Jahren im Gange befindlichen Streitig-



keiten und Kämpfe der rivalisierenden Generale. Man muß die Stellung des Soldaten in der Auffassung des chinesischen Volkes erkannt haben, dann wird das Erstaunen fortbleiben über den häufigen Frontwechsel der Führer, die stets mit der siegreichen Partei gehen und da kämpfen, wo der Lohn winkt. Auch ist dann nicht verwunderlich, daß der vom Schauplatz abtretende Führer an barem Geld soviel mitnimmt, als ihm erreichbar ist. Offenkundiger Verrat an dem Verbündeten aus rein egoistischen Gründen findet deswegen doch im chinesischen Volk die gleiche Verachtung wie an anderen Stellen der Welt. Dafür ist der vielgenannte „christliche" General Feng Yu-hsiang nach seinem zweimaligen Verrat bei den Kämpfen um Peking aus den letzten Jahren ein Beispiel, wodurch er zur unsympathischsten Figur unter den im Vordergrund stehenden Militärführern geworden ist. Sein Abfall von Moskau, bei dem es noch zweifelhaft ist, ob er wirklich ernsthaft gemeint war, hat ihn für diesen Fall nur von dort zum Verräter gestempelt, wenn auch sein in Moskau studierender Sohn das Tischtuch zwischen sich und dem Vater zerschnitten hat.

Vielfach ist die Behauptung, auch von besten Kennern der chinesischen Verhältnisse, aufgestellt worden, daß China in seiner Jahrtausende alten Geschichte mehrfach ähnliche Zeiten wie heute durchlebt hätte, wo sich der Norden vom Süden trennte, Dynastien stürzten, um vorübergehender Anarchie Platz zu machen, bis doch wieder ein starker Mann erstand, der das Riesenreich zusammenfaßte. So werde, sagen jene, auch jetzt China wieder seine feste Form finden. Diese Auffassung ist grundfalsch, wie die jüngsten Ereignisse schlagend beweisen. In mehrfacher Hinsicht wird die Entwicklung dabei nicht in Rechnung gestellt. Einmal hat die Revolution von 1911/12 das Ferment beseitigt, das den Staat, der ja kein nationaler in unserem Sinne, sondern eine Kulturgemeinschaft ist, zusammenhielt: die Monarchie. Landfremde Gedanken drangen herein und zerstörten einen zweiten wichtigen Kitt, den Konfuzianismus, der, an und für sich eine philosophische Lehre und erst durch kaiserliches Dekret zur Staatsreligion erhoben, das monarchische Prinzip vertrat. Nachdem außerdem in einer überstürzten Reformwut am 2. September 1905 das alte Prüfungssystem beseitigt worden war, nahm man dem Staat den festen Grund und Boden unter den Füßen weg, auf dem das Berufsbeamtentum erwachsen war. Wichtiger aber vielleicht noch als alles dieses ist die Erkenntnis, daß es sich heute nicht mehr um ein nach außen abgeschlossenes China handelt, das unbeeinflußt wie in alten Zeiten die Wege findet, die zur Wiedervereinigung und Bildung einer straffen Zentralregierung führen. Seit mit dem Jahre 1841 in immer zunehmenderem Maße fremde Einflüsse in das Land gedrungen sind, ist das Werk der inneren Konsolidierung wesentlich erschwert, ja, wie wir heute feststellen müssen, fast unmöglich geworden. Nun gilt es neben den inneren Gegensätzen und nicht endenwollenden Machtkämpfen ehrgeiziger Generale das fremde Joch abzuschütteln, um das innere und äußere Gleichgewicht wiederherzustellen.

Damit sind die beiden hauptsächlichsten Ziele des national erwachten China umrissen. Zum Träger der freiheitlichen Gedanken ist die nationale Volkspartei (Kuomintang) geworden, die Worte wie Nationalismus und Patriotismus im chinesischen Sprachschatz nicht vorfand und deshalb aus Japan entlehnte. Diese Kuomintang ist nicht etwa ein Kind der Revolution. Sie ist gut ein Menschenalter alt und entstand etwa zur Zeit, als dem großen Reformer, dem am 31. März dieses Jahres verstorbenen Kang Yu-wei, nach einem ersten vergeblichen Versuch die Möglichkeit wurde, eine Denkschrift über neue Wege der Staatsverwaltung bis zum kaiserlichen Thron gelangen zu lassen. Der große Führer der Partei wurde der erste Präsident der chinesischen Republik, der Südchinese Dr. Sun Yat-sen, der allerdings mehr Theoretiker als Praktiker die Kuomintang auf den Tag der Freiheit vorbereitete. Diesem Freiheitskampf, dessen allererste Regungen wir miterlebt haben, mußte naturgemäß eine Periode des Verlustes der früher vorhandenen Freiheit vorausgehen, deren Beginn ganz klar in das Jahr 1841/42 zu setzen ist. Von da an ging es Stufe für Stufe abwärts durch erzwungene Abgabe souveräner Rechte, Einführung fremder Zoll- und Steuereinrichtungen, Abtrennung von Grenzgebieten an allen Landesgrenzen, soweit sie nicht am Meere liegen, Einrichtung von Einflußsphären und Pachtgebieten wie endlich durch finanzielle Versklavung durch das internationale Kapital. Der tiefste Punkt der Leiter war im Jahre 1925 erreicht. Von den fremden Mächten nicht eingehaltene Versprechungen wie die sich immer mehr verschärfende Gegenwehr der national erwachten Kreise führten eine Atmosphäre herbei, die nur eines leichten äußeren Anstoßes bedurfte, um die Explosion herbeizuführen. Sie erfolgte an einem Datum, das sich fest einprägen sollte, am 30. Mai 1925, als die britischen Polizeimannschaften in Schanghai das Feuer auf chinesische Demonstranten eröffneten. Dieses Datum bezeichnet gleichzeitig den Beginn des Freiheitskampfes und damit das Hinaufsteigen, Sprosse für Sprosse, auf einer neuen Leiter, das mit dem im Juli 1926 begonnenen Vormarsch der nationalen Armee von Kanton in das Herz Chinas mit überraschender Schnelligkeit erfolgte.

Dieser Freiheitskampf litt jedoch von vornherein an einem großen Mangel. Es fehlte ihm der überragende Führer, der aus dem chinesischen Volke herauswachsen mußte. Dr. Sun Yat-sen hat den Anbruch der Morgenröte nicht mehr erlebt. Am 12. März 1925 ist er in Peking gestorben, als er noch einen letzten Versuch machte, Nord und Süd auf dem Verhandlungswege zu einigen. Es muß auch fraglich erscheinen, ob er, der große Theoretiker, wirklich der Mann großen Formats gewesen wäre, den die Bewegung benötigte. Sun selbst hat noch vor seinem Tode den Mann entdeckt und als Hüter seines politischen Vermächtnisses bezeichnet, der später mit anfänglich soviel Erfolg die Armeeführung übernahm: General Chiang Kai-shek. Wie wir wissen, hat er in dieser Beziehung enttäuscht. Als er am 18. August dieses Jahres das Oberkommando niederlegte,



nachdem er seine Truppen noch bis zur Schantunggrenze vorgeführt hatte, stellte er sich selbst das Zeugnis aus, daß man ihm voreilig den Beinamen eines chinesischen Bonaparte beigelegt hatte.

Sehr richtig hatten die chinesischen Nationalisten erkannt, daß das Recht auf Selbstbestimmung, daß sie für sich in Anspruch nahmen, sich nur auf Macht gründen konnte. Deshalb schritten sie zunächst zur Bildung einer für chinesische Verhältnisse brauchbaren Armee, deren erste Bestimmung war, das eigene Land unter ihren Willen zu zwingen. Hatten sie hierbei Erfolg, so wuchs gleichzeitig ihre Stellung gegenüber den fremden Mächten, von denen die Preisgabe der aufgezwungenen, ungleichen Verträge gefordert werden konnte. Mit überraschender Schnelligkeit sind Erfolge in beiden Beziehungen erstritten worden. Im Dezember 1926 war so gut wie ganz Südchina bis zum Yangtse der Botmäßigkeit der Nationalisten unterworfen. Nach den Januarereignissen dieses Jahres in Hankau, wo die britische Flagge von der Munizipalität und dem Konsulat heruntergeholt wurde, sah sich England veranlaßt, Verhandlungen mit der neuerstandenen Macht anzubahnen, die zur Rückgabe der Konzessionen Hankau und Kiukiang führten.

Die Fälle sind selten in der Weltgeschichte, wo ein Volk lediglich auf sich selbst gestellt, den Freiheitskampf wagt. Auch Dr. Sun Yat-sen hat sich das nicht zugetraut, sondern nach eigenen mißglückten Versuchen die Unterstützung der Engländer und dann der Amerikaner erbeten. Beide lehnten ab. So wandte sich Sun nach Moskau, wo man bereitwillig die dargebotene Hand ergriff, da sich für Sowjetrußland damit eine selten günstige Gelegenheit ergab, die seit Ende 1922 gegenüber den orientalischen Völkern eingeschlagene Taktik der Unterstützung nationaler Ziele zu verfolgen. Das südchinesisch-sowjetrussische Zusammengehen war zudem auf einen gemeinsamen Gegner, England gerichtet, in dem das nationale China die Verkörperung des fremden Imperialismus sieht, während die Sowjetregierung in England, besonders nach dem Regierungsantritt der Konservativen, das Bollwerk gegen ihre weltrevolutionären Pläne, denen die Zertrümmerung des britischen Imperialismus vorausgehen muß, erblickt. Seit 1923 hat so die Sowjetregierung hilfreiche Stütze der nationalen Kantonregierung geliehen. Militärische Berater drillten das Heer, während politische Agenten die nationalen Ziele der breiten Masse einzuhämmern bemüht waren. Die radikalste Form dieser Bemühungen ging dahin, alle Fremden, soweit deren Regierungen nicht bereits auf früher besessene Vorrechte verzichtet hatten wie Deutschland, über die Grenzen des Landes zu jagen. Es kam dem sowjetrussischen Gedankengang zugute, daß schon seit dem Sommer 1921 im Norden in der Äußeren Mongolei ein Haltepunkt geschaffen war, der sich jetzt mit dem Fußfassen in Kanton bewähren konnte. Das war um so mehr zu erwarten, als der „christliche“ General Feng Yu-hsiang als Werkzeug Moskaus gewonnen war und an der Grenze der Mongolei mit einer aus sowjetrussischen Vorräten gespeisten Armee verwendungsbereit

stand und persönlich in Moskau für seine Aufgaben unterwiesen worden war. Man könnte sich vorstellen, daß in Moskau der Gedanke reifte, mit einer fernöstlichen Dampfwalze, die an den beiden Haltepunkten Kanton und Mongolei nach Osten abrollt, die fremden Mächte mitsamt ihren Vorrechten und Verträgen in das Meer zu jagen, um dann an einem neutralen Ort auf dem Verhandlungswege einem gleichberechtigtem Wiederkommen Möglichkeiten zu eröffnen. Die gemäßigteren chinesischen Kreise würden sich mit sofortigen Verhandlungen mit den Fremdmächten über neue gleichberechtigte Verträge begnügen.

Es ist vorerst weder zu der einen noch zu der anderen Form der Lösung gekommen. Die Sowjetregierung bzw. ihre Sendboten bei der nationalen Regierung begingen selbst den größten Fehler. Daß die Sowjetregierung nicht so uneigennützig sein würde, sich mit dem Ziele der nationalen Befreiung Chinas zu begnügen, war selbstverständlich. Über die nationale Befreiung hinweg sollte China für die Weltrevolution reif gemacht werden. Es sollte bolschewisiert werden. Der gesamte Regierungsapparat in Hankau war bereits nach Moskauer Muster aufgezogen. Dann gingen die Radikalen jedoch zu rasch vor und vergriffen sich an der Person des nationalen Führers, den sie seiner politischen Stellungen in der Regierung entsetzten. Die Maske war gefallen. Nun war die Stunde da, wo sich zeigen mußte, ob diejenigen recht behielten, die immer behauptet hatten, China würde niemals dem Bolschewismus als reife Frucht in den Schoß fallen. Hier hat sich Chiang Kai-shek bewährt. Er brach mit den radikalen Hankauleuten, nahm den Bannstrahl Moskaus auf sich und gründete in Nanking eine neue nationale Regierung gemäßigter Richtung. So erfreulich die Reinigung der nationalen Bewegung von den Kommunisten durch Chiang Kai-shek war, die Befürchtung mußte doch sogleich aufkommen, ob die Trennung von der sowjetrussischen Unterstützung nicht zu früh erfolgt war. Ob man nicht besser mit der Verabschiedung der Agitatoren bis zur Erreichung des wichtigsten Zieles, bis zur Besetzung Pekings, gewartet hätte? Dann konnte ihnen eine starke Regierung über das ganze Land die Türe weisen. Chiang Kai-shek verfuhr anders. Er wird seine guten Gründe gehabt haben, schon am Yangtse mit ihnen zu brechen. Aber damit verlor die Bewegung an Schwung, weil sowohl in der Armee die sowjetrussische Hetzpeitsche wie in der Bearbeitung der Massen die sowjetrussischen Agitatoren fortfielen. Trotzdem blühte Chiang Kai-shek noch ein vorübergehender Erfolg. Nach neuen Hilfskräften sich umsehend, gelang ein Bündnis mit dem unzuverlässigen Feng Yu-hsiang, das sich wohl lediglich auf die Todfeindschaft Fengs gegenüber dem Generalissimus der Nordtruppen, Chang Tso-lin, aus früheren Feldzugsjahren gründete. Daraufhin konnte Chiang Kai-shek einen Vorstoß über den Yangtse nach Norden wagen, der ihn in neuem Siegeszug bis an die Grenzen von Schantung führte, da der Gegner durch das gleichzeitige Vorgehen Fengs von West nach Ost seine Flanke bedroht sah. Die im Mai von dem Außen-



minister der Hankauregierung, Eugen Chen, ausgesprochene Prophezeiung, daß die nationale Armee in drei Monaten Peking besetzen würde, erschien nicht mehr unglaubhaft. Da trat der Umschwung ein. Die geschlagenen Nordtruppen gingen erneut zur Offensive über. Die nationale Armee wich kampflos auf das Südufer des Yangtse aus. Chiang Kai-sheks Rücktritt vom Kommando am 18. August war das Ende. Er ließ die nationale Bewegung ohne Führer zurück.

Der Freiheitskampf hat damit zunächst in einem „impasse", in einer Sackgasse, geendet. Schon als Chiang Kai-shek mit Feng Yu-hsiang die Verbindung aufnahm, wurde die bisher klare Linie von den Nationalisten verlassen. Sie begaben sich auf das ausgetretene Geleise der Generalskämpfe, wie sie China seit der Revolution ohne Aufhören gesehen hat. Aus dem radikalen Hankau war ebenfalls ein Auszug erfolgt. Dr. Sun Yat-sens Witwe hatte bereits im Juli ihren Rücktritt von allen politischen Ämtern vollzogen und in einem ausführlichen Manifest die Begründung dazu gegeben. Sie, als treue Hüterin des politischen Testamentes ihres Mannes, ist der Ansicht, daß die Kuomintang die Grundsätze ihres Mannes besonders mit Rücksicht auf die Volkswohlfahrt aufgegeben hat. Mit ihr zugleich reiste der Außenminister Eugen Chen von Hankau ab. Beide erreichten über Wladiwostok Moskau, wo sie mit großer Feierlichkeit empfangen wurden. Bemerkenswert ist, daß die Frau von Chiang Kai-shek den Weg nach den Vereinigten Staaten von Amerika nahm in Begleitung einer größeren Zahl von Studenten, die auf Grund der von Amerika für Bildungszwecke zurückerstatteten Boxerentschädigung in Amerika ihren Studien nachgehen wollen.

Wie schon aus dem Besuch der Frau Sun und Chens in Moskau zu ersehen ist, denkt die Sowjetregierung nicht daran, nach den verschiedenen Mißerfolgen und dem teilweise sehr scharfen Hinauswurf der Kommunisten ihre Politik in China aufzugeben. Bucharin hat zu den Ereignissen ein großes Manifest losgelassen, das bezeichnenderweise den Titel trägt: „An einem jähen Wendepunkte der chinesischen Revolution". Abgesehen davon, daß diese Ausarbeitung eine Anklageschrift gegen die russische Opposition in diesem Falle bezüglich der von ihr propagierten Chinapolitik ist, gibt Bucharin die neuen Richtlinien für die chinesischen Kommunisten an. Er verlangt Trennung von den gemäßigten Nationalisten, aber Verbleiben in der Kuomintang und verweist auf die Revolutionierung der „Volkstiefen", hauptsächlich durch Förderung der Bauernbewegung. Das ist allerdings für Moskaus Taktik eine große Wendung, da damit von der im Geheimschreiben des Politischen Büros vom November 1922 verlangten Unterstützung der nationalen Bewegungen bei den orientalischen Völkern abgegangen wird, um wieder zur Parole der Revolutionierung der Massen vom Jahre 1917 zurückzukehren. Mit diesem neuen Programm ist Moskau wieder hinter Hankau getreten, wo als treue Gefolgsleute Sun Fo, Sun Yat-sens Sohn, und der besonders radikale Hsü Chien zurückgeblieben sind. In einigen

Teilen Südchinas haben sich die Bauern zu bolschewistischen Kampfmethoden bewegen lassen. Es muß aber fraglich erscheinen, ob sie weiter ein brauchbares Element im Sinne Moskaus abgeben werden, was eigentlich zweifelhaft sein dürfte, nachdem der chinesische Grund und Boden schon in kleinste Teile aufgeteilt ist. Jedenfalls dürfen die bewaffneten Bauernbünde der „Roten Lanzen" und andere nicht als bäuerliche Kampftruppe angesprochen werden, wie es von Moskau mit Vorliebe geschieht. Diese Bünde sind zunächst nichts anderes als selbstangeworbene Schutzkorps der bäuerlichen Bevölkerung, um sich sowohl gegen die plündernde Soldateska wie gegen die marodierenden Räuber zu sichern. Auch von greifbarem Industrieproletariat kann in unserem westlichen Sinne keine Rede sein, wie überhaupt von der so vielfach gepriesenen Industrialisierung Chinas noch herzlich wenig zu merken ist. Wohl sind in den letzten 25 Jahren Fortschritte gemacht worden, doch sind die großen Industrieanlagen in den Handelszentren fast durchweg in fremden, besonders englischen und japanischen Händen.

Das plötzliche Aufflammen des Freiheitskampfes hat als ersten der fremden Staaten Amerika aufhorchen lassen. Durch die am 26. Oktober 1925 nach Peking zusammenberufene Zollkonferenz wollte Amerika die Bewegung bremsen, indem die bei der Washingtoner Konferenz gemachten Versprechungen eingelöst werden sollten. Daraus wurde nichts. Die überraschenden Erfolge der Nationalisten riefen dann England auf den Plan. Aus dieser Stimmung wurde Chamberlains Manifest vom 18. Dezember 1926 geboren. Es fand nirgends Anklang. So mußte England am 3. Januar 1927 in Hankau die Demütigungen hinnehmen und sich zu Verhandlungen mit der nicht anerkannten Hankauregierung entschließen. Seine Haltung gewann es aber erst wieder mit der Entsendung des Schanghai-Verteidigungskorps, einer Maßregel aus der Rüstkammer des Imperialismus der Vorkriegszeit, der damit zu neuem Leben erweckt wurde. Und mit Erfolg! Frankreich beteiligte sich ganz offen an diesem Vorgehen, ebenso Japan, während Amerika seine Marinesoldaten auf den vor Schanghai liegenden Schiffen bereit hielt. Amerika war auch bereit, im Falle weiterer Erfolge der Nationalisten die Linie Peking—Tientsin zu halten. Das bedeutet, daß das pazifische Dreieck Amerika-England-Japan wieder in Tätigkeit getreten war, zwischen dessen Polen Frankreich hilfsbereit und im Trüben fischend schwimmt. Dieser Mächtekonstellation gegenüber vermochte sich die nationale Bewegung nicht durchzusetzen. Sie scheiterte an ihr, und so kam es zu dem Stillstand, der nach einem verheißungsvollen Jahr festzustellen war. Daher schrieb sich das Schweigen in der in- und ausländischen Presse, von dem anfangs die Rede war. Was sich seitdem zugetragen hat, die Kämpfe bei Peking, die Differenzen zwischen Hankau und Nanking, das Hin und Her in Kanton, alles das hat nichts mehr mit dem chinesischen Freiheitskampf zu tun. Es sind, wie in früheren Jahren, Machtproben ehrgeiziger Führer Das nationalistische Südchina liegt zersplittert und entkräftet am Boden.



Das pazifische Dreieck Amerika-England-Japan mit dem Irrlicht Frankreich ist sehr bald nach dem Weltkriege in Erscheinung getreten, nachdem Deutschland machtpolitisch gänzlich, Rußland unter Sichel und Hammer vorübergehend aus den Verhältnissen des Pazifik und des Fernen Ostens ausgeschieden waren. Aus dem konstruierten Bild wurde eine greifbare diplomatische Konstellation, da diese vier Mächte den Viermächte- oder Pazifikvertrag der Washingtoner Konferenz vom 13. Dezember 1921 unterschrieben haben, dessen Artikel XIX sich bezüglich der Befestigungsfragen nur auf die drei Hauptmächte unter Ausschluß Frankreichs bezieht. Die Interessen und Ziele dieser Mächte sind keineswegs konform gestaltet, sondern unterliegen einem dauernden Wechsel, so daß man — um das Bild fortzusetzen — sagen kann, das Dreieck pendelt dauernd um seinen Mittelpunkt und, was noch wichtiger ist, die Pole nähern und entfernen sich je nach der Lage. So sind England und Amerika bei der Washingtoner Konferenz sehr nahe aneinander gerückt, um den angelsächsischen Block gegen Japan zu bilden, dessen Aktivität Japan zu mildern verstand, als es Sowjetrußland, daß mit dem 26. Oktober 1922 nach dem Abzug der Japaner aus Wladiwostok wieder Anrainer des Stillen Ozeans geworden war, durch den Vertrag vom 20. Januar 1925 in die Nähe des Dreiecks zu führen verstand. Amerika legt nun aber selbst Wert darauf, den angelsächsischen Block seinem wahren Charakter nach zu definieren. Das hat der amerikanische Botschafter in London, Houghton, im Mai 1925 bei einem Frühstück der englisch sprechenden Union getan, wo er ausführte: „Wir würden, glaube ich, gut daran tun, ein wenig vorsichtig vorzugehen, wenn wir beginnen, von uns als einer Einheit zu denken, denn wir sind keine Einheit. Wir sind vielleicht Mitglieder einer Familie, aber wir sind zu allererst wir selbst." Es verschlägt auch nichts, wenn derselbe Houghton später bei einer Denkmalsenthüllung in Edinburg ausführte, daß die Zukunft der Welt zum großen Teil tatsächlich fast ganz von dem Bestand eines festen und freundschaftlichen Einvernehmens zwischen dem britischen und amerikanischen Volke abhänge. Diese Äußerung sollte wohl nur ein Pflaster auf die Wunde sein, die der Mißerfolg der Dreimächtekonferenz in Genf verursacht hatte, wo das pazifische Dreieck wieder am Verhandlungstisch vereint war. Gerade diese Konferenz stand in engem Zusammenhang mit den Vorgängen in China. Daß England zu dieser Konferenz nach langem und hartnäckigem Sträuben gegangen ist, muß als Äquivalent dafür angesehen werden, daß Amerika wenigstens etwas aus seiner Reserve herausging und Marinekontingente bei Schanghai bereit hielt. Im weiteren beteiligte es sich an der Überreichung der Nankingnote und arbeitete mit England einen Verteidigungsplan für die Linie Tientsin—Peking im Falle der Annäherung der Nationalisten aus, wozu es seinen besonders bewährten Brigadegeneral Smedley D. Butler zur Verfügung stellte.

Mit dem Aktivwerden des pazifischen Dreiecks gegenüber China trat der fremde

Imperialismus in reinster Form wieder in die Erscheinung, den die chinesischen Nationalisten als ihren größten Feind zu bekämpfen unternommen hatten, vorerst aber ihm gegenüber kläglich gescheitert sind. Dieser Imperialismus kämpft unter der abgedroschenen Devise: Schutz des Lebens und Eigentums der eigenen Bürger, was, wie letzthin in der „Geopolitik" ausgeführt wurde, „nur ein Vorwand ist, mit dessen Hilfe Regierungen gestürzt, Völker ausgebeutet und versklavt werden, unter dem Protektorate entstehen und sich Blutsauger bereichern". In dieser Hinsicht ist Amerika nicht besser wie die anderen. Hinter dieser Devise und, nicht zu vergessen, hinter dem von ihm erfundenen „Prinzips der offenen Tür" bläht sich der Imperialismus in besonders krasser Form und brüstet sich damit, daß Amerika niemals einen Fußtritt chinesischen Bodens besetzt und bis 1900 beim Boxeraufstand keine Truppen gelandet hätte. Vergessen werden zumeist die Neutralisierungspläne der chinesischen Bahnen des Staatssekretär Knox vor dem Kriege, der projektierte Bahnbau in der Mandschurei als Parallelunternehmen zur Südmandschurischen Eisenbahn, die Übernahme des Bahnbaus Hankau—Kanton, der nicht zu Ende geführt worden ist, die Bearbeitung der chinesischen Jugend durch die Verzichtleistung auf die Boxerentschädigung zugunsten der Studentenerziehung in amerikanisch-demokratischem Geiste, die vor allem politische Tätigkeit der Missionare und schließlich der Besitz der Philippinen, die das Sprungbrett nach China für Amerikas Chinapolitik darstellen. England hat sich nicht gescheut, ganz offen seinen Imperialismus durch Entsendung des Schanghai-Verteidigungs-Korps zu zeigen. Es hat ihm in der verfahrenen Lage wieder Haltung gegeben, wenn auch der Prestigeverlust schwer einzuholen ist, der sich ohne Zweifel auch in den anderen Gebieten Südostasiens ausgewirkt hat, wo um die Befreiung von fremder Herrschaft gekämpft wird.

Von besonderer Bedeutung nach Zusammenbruch der Genfer Dreimächtekonferenz war die Meldung der „Washington Post" über einen englisch-japanischen Geheimvertrag über die Flottenpolitik im Stillen Ozean. Die darauf von offizieller amerikanischer und japanischer Seite kommenden Dementis besagen nicht viel. Schon vor Beginn der Konferenz war es klar, daß es in Genf gegenüber den machtpolitischen Zielen der Amerikaner zu einer Annäherung der Engländer und Japaner kommen würde, die dann auch nicht ausgeblieben ist. In der japanischen Presse ist zwar sehr scharf gegen England wegen Singapores mit seiner deutlichen Spitze gegen Japan Stellung genommen worden. Für die japanische Regierung waren aber nähere Interessen ausschlaggebend, die in China lagen. Und so erfolgte die englisch-japanische Annäherung nicht erst in Genf, sondern sie war schon für China vorher zustande gekommen, wo beide Staaten ihre Interessen miteinander in Einklang brachten. Das heißt, England behielt sich sein altes Interessengebiet, das Yangtse-Tal, vor, für dessen Verteidigung japanische Marinesoldaten Schulter an Schulter mit den Engländern um Schanghai gestanden



hatten, während sich Japan in Wiederholung der englischen Garantie vom Februar 1917 eine solche für die Mandschurei geben ließ.

Als sich die Kämpfe der chinesischen Parteien der Schantunggrenze näherten, machte Japan von den ihm gemachten Zusicherungen Gebrauch. Zunächst wurde die 33. Brigade in Tsingtau gelandet. Auf bedrohliche Telegramme des japanischen Generalkonsuls in Tsinanfu berief der japanische Ministerpräsident Tanaka eine Chinakonferenz nach Tokio, bei deren Abschluß von Tanaka natürlich betont wurde, daß Japan nicht die Absicht habe, sich in die internen Vorgänge in China einzumischen, aber darauf bestand, daß Japan seine wohlerworbene Rechte in China von keiner Seite schmälern lassen würde. Nach Differenzen zwischen den Zivilmitgliedern des Kabinetts und dem Generalstab setzte Tanaka, der ja selbst General und für die sibirische Expedition im Jahre 1918 verantwortlich ist, durch, daß weitere 2000 Mann nach Tsingtau geschickt wurden. Infolgedessen wurde die 33. Brigade von Tsingtau nach Tsinanfu zum Schutze der dort lebenden 1300 Japaner verschoben, während über Dairen aus Japan die 8. Brigade mit einer Eisenbahn- und einer Telegraphenabteilung herangezogen wurde. Diese Truppen haben ganz bewußt dem Vormarsch der Armee Chiang Kai-sheks einen Riegel vorgeschoben, so daß dem aktiven Einschreiten Japans in Schantung der Zusammenbruch der nationalistischen Front und damit des chinesischen Freiheitskampfes überhaupt zuzuschreiben ist. Die japanische Presse macht kein Hehl daraus.

Nicht so einfach ist zu erklären, wieso Amerika dieses Eingreifen Japans stillschweigend geduldet hat. Als nicht sehr überzeugenden Grund könnte man anführen, daß in Amerika die Präsidentenwahlen bereits ihren Schatten vorauswerfen. In dieser Zeit ist zumeist ein Nachlassen der außenpolitischen Aktivität in Amerika festzustellen. Aufklärender erscheint folgende Überlegung. Amerika hat schon immer die Japaner als Puffer gegen das Vordringen des Bolschewismus in Ostasien angesehen. Es ist erwiesen, daß Amerika Japan ermutigt hat, Anfang April 1918 in Wladiwostok zu landen, um den Bolschewismus von Asien her zu bekämpfen. Ebenso ist Amerika dafür eingetreten, daß die Japaner als letzter Staat in Ostsibirien blieben, als die internationale Expedition von damals zusammenbrach. Ähnliche Gründe, von England entsprechend unterstützt, könnten auch jetzt Amerika veranlaßt haben, seine Zustimmung zu dem japanischen Vorgehen zu geben. Amerika selbst denkt nicht daran, aus dem fernöstlichen Kampffeld auszuscheiden. Die bereits erwähnte Entsendung des Generals Butler war schon dafür ein Zeichen. Ihm folgt als Führer der amerikanischen Asienflotte Kontreadmiral Bristol, bisher Highcommissoner in Konstantinopel, also eine Persönlichkeit im Botschafterrang. Zudem weiß man, wie die Vereinigten Staaten gerade aus den Kreisen des Marineoffizierkorps diejenigen Männer genommen haben, die zur Durchführung ihrer imperialistischen Vorstöße bestimmt waren.

Japan legt sich nun ganz gehörig ins Zeug. Bemerkenswert ist zunächst, daß nicht nur wie früher die Interessen in der Mandschurei betont werden, die es zu schützen gilt, sondern jetzt wird in diesem Zusammenhang immer die Mongolei erwähnt, was eine wesentliche Ausdehnung in Richtung auf die asiatischen Gebiete Sowjetrußlands bedeutet. Besonders auffallend war jedoch der Schritt des japanischen Gesandten in Peking bei Chang Tso-lin als dem Alleinherrscher in der Mandschurei und Diktator Nordchinas. Unwillkürlich tauchten Erinnerungen an die berüchtigten 21 Forderungen des Jahres 1915 auf, die damals der inzwischen verstorbene Gesandte Hioki, der spätere Botschafter in Berlin, in Peking überreichte. Bei diesen zum Teil neuen Forderungen Japans wurde sogar auf die 21 Forderungen Bezug genommen, als Japan auf das bisher nicht zur Ausführung gebrachte Recht des Landerwerbs in der Mandschurei hinwies. Das war die zweite der neuen Forderungen. Die erste wandte sich gegen Bahnbauten in der Mandschurei, die den japanischen Interessen zuwiderliefen. Im Punkt drei wurde auf die Duldung antijapanischer Propaganda durch ausgewanderte Koreaner, die sich zu Tausenden in der Mandschurei niedergelassen haben, hingewiesen. Ein Ultimatum wurde zunächst nicht überreicht. Japan dürfte in seiner jetzigen Stellung, die nach der Genfer Konferenz noch gewonnen hat, nötigenfalls davor nicht zurückschrecken.

Diese auf Sibirien gerichteten Vorstöße der Japaner müssen eine Gegenwirkung bei der Sowjetregierung auslösen, in deren Interessengebiet sie fallen. Imperialistische Tendenzen finden sich genau so bei den Sowjetleuten wie bei den Vertretern des pazifischen Dreiecks. Es zeigt sich dabei in aller Deutlichkeit, daß der sowjetrussisch-japanische Vertrag von seiten Japans nur dazu dienen sollte, die Sowjetunion nach der Washingtoner Konferenz gegen die Front der Angelsachsen als Figur auf das politische Schachbrett zu bringen. Im übrigen sind alle Differenzen zwischen Japan und Sowjetrußland bestehen geblieben. Durch die neuen Vorstöße Japans haben sie an Schärfe nur noch zugenommen. Die Mandschurei bleibt für beide Staaten das mögliche Schlachtfeld der Zukunft, weit eher wie der Pazifische Ozean zwischen Japan und Amerika.

Wie die Vorgänge in China nach Niederländisch-Indien ausgestrahlt haben infolge der regen Propaganda der Sowjets, die sich in neuster Zeit dazu ihrer sibirischen Radiostationen bedienen, ist aus den kommunistischen Unruhen auf den Inseln des niederländischen Archipels bekannt. Es hat sich gezeigt, daß die Holländer in der europäischen Heimat in keiner Weise über die umstürzenden Entwicklungen in Südostasien im Bilde waren, sondern unsanft geweckt worden sind. In diesen Zusammenhängen wird in letzter Zeit mehr und mehr Indien erwähnt, daß dabei nicht außer acht gelassen werden darf. Es zeigt sich immer wieder, wie England in Indien die lebensnotwendige Schlagader seines Imperiums sieht, dem alle Sorgen gelten. Und im Zusammenhang mit Indien werden die



Philippinen genannt, wodurch die Auffassung erhärtet wird, daß bei der Washingtoner Konferenz im wechselseitigen Einvernehmen Indien und die Philippinen von England und Amerika in Beziehung gebracht worden sind. Wie Singapore einerzeits auch dem Schutze der Philippinen dienen soll, so fällt andererseits den Philippinen eine ähnliche Aufgabe gegenüber Indien zu.

Die chinesische Freiheitsbewegung hat mit ihrem vorläufigen unrühmlichen Abschluß enttäuscht. Doch wird dieses Urteil milder ausfallen, wenn man alle hier aufgezeichneten Schwierigkeiten und Hemmungen gebührend in Rechnung stellt. Die doppelte Aufgabe der Befreiung, einmal von den dauernden Kämpfen der machtlüsternen Generale und ferner von den Sklavenfesseln der fremden Mächte, verlangt eine Bewegung, die das Volk bis in seine Tiefen erfaßt und zum Freiheitskampfe führt. Es hat sich aber gezeigt, daß entgegen den Behauptungen der chinesischen Nationalisten doch nur eine sehr dünne Schicht die Ziele der Bewegung wirklich erfaßt hat. Bis in die Tiefen des Volkes und bis in entlegene Teile des Landes ist der Sinn der Bewegung noch nicht vorgedrungen. Dazu wird es auch noch einer Reihe von Jahren bedürfen, falls die Bewegung überhaupt wieder in Schwung kommt. Wir standen — das ist kein Zweifel — erst in den allerersten Anfängen und mußten uns vor übertriebenem Optimismus hüten. Ein Vergleich mit der raschen Entwicklung der national geeinten Türkei war kaum zu ziehen. Nimmt die Bewegung ihren Fortgang, der uns dann in seinen einzelnen Phasen entsprechend unserer eigenen Unfreiheit zu besonderer Aufmerksamkeit anregt, so können die Schlußergebnisse noch keineswegs heute abgeschätzt werden. Denn dann schlägt bald die Stunde für Japan, in die ostasiatische Linie mit vollen Segeln einzuschwenken, um als Führer der Asiaten seiner politischen Grundaufgabe zuzusteuern.

W. Flemmig:

AMERIKA IN DER WELTWIRTSCHAFT

Der Wirtschaftsaufstieg der Vereinigten Staaten

Der Krieg und die Nachkriegsverhältnisse haben dazu geführt, daß eine Umschichtung der industriellen Produktionspole einsetzte, daß die Vereinigten Staaten einen immer größeren Wirtschaftsaufstieg nahmen und daß andererseits Europa wichtige Absatzmärkte teils durch Eindringen außereuropäischer Konkurrenz, teils durch eigene Industrialisierung früherer reiner Verbraucherstaaten verlorengingen. Im vergangenen Jahre konnte man in New Yorker Finanzblättern eine höchst interessante Zusammenstellung über den Anteil der Vereinigten Staaten an der industriellen Weltproduktion finden, und es stellte sich auf Grund von



statistischen Unterlagen heraus, daß die Vereinigten Staaten bei der Weltproduktion in Automobilen mit rund 90 %, an Petroleum mit 72 %, an Baumwolle mit 58, an Zink mit 56, an Kupfer mit 52, an Stahl mit 52, an Eisen mit 48 und an Blei mit 38 % beteiligt sind. Gerade im letzten Jahre hat die Roheisenproduktion wie auch die von Stahlingots in den Vereinigten Staaten wieder eine beträchtliche Zunahme gegenüber 1925 zu verzeichnen. In den letzten 11 Jahren waren die Produktionsziffern an Roheisen und Stahlingots folgendermaßen (in Millionen Tonnen):

	Roheisen	Stahlingots		Roheisen	Stahlingots
1916	39,43	41,40	1922	27,21	34,56
1917	38,62	43,61	1923	40,36	43,48
1918	39,05	43,05	1924	31,40	36,81
1919	31,01	33,69	1925	36,70	44,14
1920	36,92	40,88	1926	39,07	47,00
1921	16,68	19,22			

Trotz des Streiks in der amerikanischen Steinkohlenindustrie, der die Produktion in den beiden ersten Monaten des Jahres 1926 beträchtlich einschränkte, erreichte die Gesamtproduktion der amerikanischen Kohlenförderung im letzten Jahre den größten Umfang seit den Kriegsjahren. Besonders wurde die Produktion von Weichkohle teils durch den Streik in den Anthrazitgruben, teils durch den Bergarbeiterstreik in England gefördert, so daß die Weichkohlenproduktion die größte seit sieben Jahren war. Die nachfolgende Übersicht zeigt die Förderung von Weichkohle und Steinkohle während der letzten sieben Jahre (in 1000 Tonnen):

	Weichkohle	Anthrazit
1926	580 000	85 000
1925	522 967	62 116
1924	483 280	87 927
1923	564 565	93 339
1922	422 268	54 683
1921	415 922	90 473
1920	568 667	89 598

In wohl fast sämtlichen Industriezweigen haben die Vereinigten Staaten Fortschritte in den letzten Jahren aufzuweisen. Kein Land der Welt hat seine Rohstahlerzeugung so steigern können als die Vereinigten Staaten, denn waren sie 1913 noch mit 42,19 % an der Welterzeugung beteiligt, so hat sich ihr Anteil im Jahre 1926 auf 52,02 % erhöht. Von der gesamten Rohstahlerzeugung der Welt von 91,7 Mill. Tonnen im Jahre 1926 entfielen allein auf die Vereinigten Staaten 47,7 Mill. Tonnen. Bei der Weltroheisenerzeugung liegen die Verhältnisse ähnlich, wie nachstehende Tabelle es veranschaulicht:

	1926	1925	1913	1926 gegen 1925	1926 gegen 1913
	in 1000 Tonnen			%	%
Welterzeugung	78 015	76 021	79 283	102,62	98,40
davon die Ver. Staaten	39 843	37 284	31 464	106,86	126,63

Die Vereinigten Staaten stehen heute weit an der Spitze aller Erdölproduzenten; ihre Erzeugung betrug im Jahre 1926 rund 754 Mill. Fässer, während der nächstgrößte Produzent, Mexiko, mit 90 Mill. Fässern in sehr weitem Abstande folgt.

Erwähnt mag auch die wachsende Kunstseidenproduktion in den Vereinigten Staaten werden, zumal auch mit Rücksicht darauf, daß nach der Ansicht amerikanischer Produzenten der Verbrauch von Kunstseide innerhalb der nächsten Jahre den Verbrauch von natürlicher Seide übersteigen wird. Amerikanische Kunstseidenproduktion in Millionen Pfund:

1926	61,8	1922	24,4
1925	51,2	1921	15,0
1924	38,6	1920	10,2
1923	35,0		

Bis zum Kriege exportierten die Vereinigten Staaten in der Hauptsache Rohstoffe, wie Nahrungsmittel, Baumwolle, Metalle und Futtermittel. Die während des Krieges verminderte europäische Konkurrenz in Fertigwaren begünstigte den industriellen Aufschwung der Vereinigten Staaten, was seinerseits eine Steigerung des amerikanischen Fertigwaren-Exports zur Folge hatte. Wenn es auch im Jahre 1920 den Anschein hatte, als ob Europa seine alte weltbeherrschende Position am Fertigwaren-Exportmarkt wieder zurückgewonnen hätte, so zeigen die Ziffern der letzten Jahre über den Fertigwaren-Export seitens Amerikas und Europas, daß diese Hoffnungen getäuscht haben. Der amerikanische Export ist wertmäßig seit der Vorkriegszeit um rund 300% gestiegen. Wenn man nun berücksichtigt, daß der Rohstoff-Export von 35,5 auf 28% des Exporttotals zurückgegangen ist, obwohl wertmäßig seit der Vorkriegszeit eine Steigerung von 713 Mill. Dollar auf 1301 Mill. Dollar zu verzeichnen war, so verstärkt sich der Eindruck, daß Amerika sich mehr und mehr zum Fertigwaren-Exporteur entwickelt.

Export der Vereinigten Staaten in Millionen Dollar:

	Insges.	Rohstoffe	Unbearb. Nahrungsmittel	Bearb. Nahrungsmittel	Halbfabrikate	Fertigfabrikate
1910/14 Durchschnitt	2130	713	127	295	342	654
1921/22 Finanzjahr	3700	933	521	624	412	1211
1925/26 Finanzjahr	4654	1301	250	531	635	1937
In Prozenten des Gesamt-Exports:						
1910/14 Durchschnitt	100	35,5	5,9	13,8	16,0	30,7
1921/22 Finanzjahr	100	25,2	14,1	16,9	11,1	32,7
1925/26 Finanzjahr	100	28,0	5,4	11,4	13,6	41,6

Demgegenüber entwickelte sich die amerikanische Fertigwaren-Einfuhr in Prozenten der Gesamt-Einfuhr gemessen, stark rückläufig, obwohl wertmäßig der Fertigwaren-Import eine erhebliche Steigerung aufzuweisen hatte. Der Import der Vereinigten Staaten bezifferte sich in Millionen Dollar:

	Insges.	Rohstoffe	Unbearb. Nahrungsmittel	Bearb. Nahrungsmittel	Halb-fabrikate	Fertig-fabrikate
1910/14 Durchschnitt	1689	595	203	194	307	389
1921/22 Finanzjahr	2608	927	302	333	407	639
1925/26 Finanzjahr	4467	1906	530	401	795	835
In Prozenten des Gesamt-Imports:						
1910/14 Durchschnitt	100	35,2	12,0	11,5	18,2	23,1
1921/22 Finanzjahr	100	35,6	11,6	12,8	15,6	24,5
1925/26 Finanzjahr	100	42,7	11,8	9,0	17,8	18,7

Mit dem Einsetzen der sogenannten Dezentralisation, wie die Entwicklungstendenz in der Weltwirtschaft nach dem Kriege vielfach gekennzeichnet wird, hat sich auch eine Verschiebung auf dem Kapitalmarkte vollzogen, und zwar in der Weise, daß Amerika geradezu im Gelde schwimmt, während sämtliche europäische Länder unter Mangel an Betriebskapital leiden. Vor dem Kriege spielte New York im internationalen Kapitalverkehr nur eine untergeordnete Rolle. Die an diesem Markte vor dem Kriege aufgelegten Auslandsanleihen, darunter namentlich kanadische, lassen sich zählen. Dagegen trat die amerikanische Wirtschaft mit vielfach sehr erheblichen Kapitalansprüchen an das Ausland heran. Bevorzugt wurde wegen seiner unbegrenzten Aufnahmefähigkeit der Londoner Markt. In den Kriegsjahren erlebte New York infolge der wirtschaftlichen Kriegskonjunktur auch einen beispiellosen finanziellen Aufstieg. In den Nachkriegsjahren konnten die Vereinigten Staaten deshalb in großzügiger Weise die Finanzierung sämtlicher kapitalnehmender Länder auf sich nehmen, besonders auch die Kapitalversorgung der kriegs- und inflationsgeschädigten europäischen Staaten.

Im August 1927 veröffentlichte das Department of Commerce eine eingehende Analyse der amerikanischen Zahlungsbilanz im Jahre 1926. Diese Übersicht, die seit 1922 alljährlich herauskommt, war dieses Mal besonders interessant, weil sie weiter vervollständigt worden war und die finanziellen Ergebnisse des amerikanischen Kapitalverkehrs mit dem Auslande in jeder erdenklichen Verkehrsart aufgeführt wurden. Der Handelsminister Hoover betonte in der Einleitung, daß die Bedeutung des Warenaußenhandels gegen den sog. unsichtbaren Handelsverkehr, d. h. gegen die amerikanischen Kapitalanlagen im Auslande, erheblich zurückgegangen sei. Für das Jahr 1926 bezifferte sich die Zunahme der auswärtigen Kapitalsanlagen Amerikas auf ca. 1600 Mill. Dollar. An Zinsen brachten diese Kapitalsanlagen etwa 700 Mill. Dollar ein.

Die Vereinigten Staaten sind heute die Geldgeber der Welt. Das Jahr 1927 brachte eine weitere Steigerung der Auslandskredite. Auch hier sollen wieder die amtlichen Zahlen des Department of Commerce herangezogen werden. Die Entwicklung der Auslandsemissionen seit Anfang 1926 stellte sich in Millionen Dollar folgendermaßen:



		Gesamt	Refundierung	Neuemissionen
1926	1. Viertel	252,4	42,6	209,8
	2. Viertel	343,8	41,1	302,7
	3. Viertel	294,3	9,0	285,3
	4. Viertel	428,1	92,2	326,7
1927	1. Viertel	377,5	16,8	360,7
	2. Viertel	411,2	46,0	365,3
	3. Viertel	269,7	21,2	248,5

Allein im 3. Vierteljahr 1927 wurden 44 ausländische Anleihen im Gesamtbetrage von 269,7 Mill. Dollar aufgelegt. Unter diesen befanden sich 19 Regierungs-, Provinzial- und Stadtanleihen im Nominalbetrage von 105,4 Mill. sowie 25 Privatanleihen in Höhe von zusammen 119,3 Mill. Dollar. An der Aufnahme dieser Anleihen waren beteiligt

		In 1000 Dollar		
	Zahl	Gesamt	Refundierungen	Neuemissionen
Europa	14	93 615	—	93 615
Kanada	17	54 610	12 500	42 110
Latein-Amerika	10	77 702	7 000	70 702
Ferner Osten	1	39 730	—	39 730
USA-Besitzungen	2	4 000	1 650	2 350
	44	269 657	21 150	248 510

Die letzten Jahre zeigten, daß die amerikanischen Auslandsinvestierungen weiter im Wachsen begriffen waren. Kapitalgesuche des Auslandes in einer Höhe von nahezu einer Milliarde Dollars wurden jährlich am amerikanischen Markte befriedigt. Konnte früher die Liste der an den amerikanischen Börsen gehandelten Auslandspapiere an den Fingern abgezählt werden, so geht heute diese Liste in die Hunderte. Und dabei scheint die Bewegung keinesfalls zum Stillstand gekommen zu sein, sondern eher eine Tendenz zu weiterer Ausdehnung. Daß diese Auslandsinvestierungen großen Stils für die amerikanischen Finanzinstitute, für die Banken und Emissionshäuser einen ganz neuen Aufgabenkreis geschaffen haben, läßt sich verstehen. Wenn der amerikanische Kapitalmarkt bereit ist, Gelder für alle gesunden Industriezwecke bereitzustellen, wenn das amerikanische Investierungskapital überall Anlagemöglichkeiten sucht, so ist andererseits auch nicht zu verkennen, daß die Meinungen über den Wert der Auslandsinvestierungen sehr geteilt sind. Vielfach wird die wachsende Ausdehnung der Auslandsinvestierungen von amerikanischer Seite mit einer gewissen Besorgnis betrachtet, da man in ihr sozusagen eine Blutentziehung der Wirtschaft sieht. Auch wird die Frage der künftigen Rückzahlung aufgeworfen. Ohne diese Probleme näher zu berühren, so kann doch zu diesem ganzen Fragenkomplex gesagt werden, daß sich durch die großen Goldzuflüsse in der amerikanischen Wirtschaft Investierungsfonds in einem Maße angesammelt haben, die die amerikanische Industrie aufzunehmen nicht in der Lage ist. Solange dies der Fall ist, werden die anlagesuchenden Gelder dorthin fließen, wo eine Kapitalknappheit herrscht und wo flüssige Gelder die

beste Verzinsung erhalten. Geld pflegt nie ungenutzt herumzuliegen. Derartige Gelder suchen einen Ausweg ins Ausland selbst gegen den Willen der Bankiers, der gar nicht in der Lage ist, sie im Inlande zu halten, solange das Angebot an Kapitalien die einheimische Nachfrage übersteigt.

Während auf der einen Seite der New Yorker Kapitalmarkt einen gewaltigen Aufschwung nahm, bietet die Entwicklung des Londoner Kapitalmarktes ein ganz anderes Bild. Durch den Krieg ist die Kapitalkraft des Londoner Marktes stark geschwächt worden und verschiedentlich sah sich die englische Regierung gezwungen, mit Kapitalansprüchen an Amerika heranzutreten. Auch englische Privatunternehmungen haben in den Nachkriegsjahren den New Yorker Markt in Anspruch genommen. In dem Kampfe um die Vorherrschaft am internationalen Kapitalmarkt hat New York gesiegt. Heute ist New York auch für Deutschland der weitaus wichtigste Kapitalmarkt, denn rund 75 % der gesamten deutschen Kapitaleinfuhr seit der Stabilisierung sind amerikanischen Ursprungs. Die Kapitalemissionen, und zwar die heimischen und ausländischen in den Vereinigten Staaten, erreichten im Jahre 1924 den Betrag von insgesamt 5592 Mill. Dollar, stiegen 1925 auf 6216 Mill. Dollar und im Jahre 1926 sogar auf 6400 Mill. Dollar. Davon entfielen auf Auslandsanleihen im Jahre 1924 775 Mill., 1925 rund 1031 Mill. und im Jahre 1926 1168 Mill. Dollar. Ende 1926 wurde das im Auslande angelegte amerikanische Kapital auf fast 13 Milliarden Dollar geschätzt, gegen 11 Milliarden Ende 1925, 9,2 Milliarden Ende 1924 und 8,1 Milliarden Dollar Ende 1923. Wenn man die Kapitalexporte Großbritanniens und der Vereinigten Staaten im Jahre 1926 vergleicht, ergibt sich, daß die nominale Kapitalausfuhr Englands nur 48 % der der Vereinigten Staaten ausmachte, bei der Ausschaltung der Investierungen in den britischen Kolonien sogar nur 25 %. Nichts als diese Ziffern kann deutlicher beweisen, daß das finanzielle Zentrum der Welt im Gegensatz zur Vorkriegszeit nicht mehr der Londoner Kapitalmarkt, sondern der von New York ist. Ob es allerdings Wallstreet gelingen wird, diese finanzielle Vormachtstellung auf die Dauer zu behaupten, muß die Zukunft lehren, denn auch die Londoner City bleibt ein ebenbürtiger Konkurrent.

Zusammengefaßt ergibt sich ein Bild von der amerikanischen Wirtschaft, das folgendermaßen gekennzeichnet ist: Die wirtschaftliche Prosperität des Landes hat im Jahre 1926 durchweg wohl alle früher erreichten Rekorde übertroffen. Industrie und Handel erfreuen sich eines sehr guten Geschäftsganges, nur einzig und allein die Landwirtschaft klagt. Aber auch dies ändert nicht allzu viel an dem Gesamtbilde, denn in der Landwirtschaft, als Ganzes genommen, berechnet sich der Rückschlag im Jahreseinkommen auf ca. 7 %. Noch sind keine Tatsachen ersichtlich, die auf einen ernsten und dauernden Rückschlag in der nächsten Zukunft schließen lassen. Die seit dem Kriege ungeheuer verstärkte finanzielle Basis gibt die Möglichkeit zur vollen Ausnutzung der natürlichen Vorteile des



Landes. Das Kreditreservoir darf wohl als unerschöpflich angesehen werden, solange nicht ein beträchtlicher Teil der riesigen Geldvorräte abwandert.

Als dann im Frühsommer des Jahres 1927 die geschäftliche Konjunktur merklich nachzulassen begann, glaubte man allgemein, daß damit das vorläufige Ende der schon seit Jahren dauernden wirtschaftlichen Blütezeit in den Vereinigten Staaten gekommen sei. Die dahingehenden Befürchtungen haben sich aber zum größten Teil als unbegründet herausgestellt, denn die leichte Abschwächung der Konjunktur war nur eine vorübergehende Erscheinung, und bald besserten sich auch wieder die Aussichten. Aus zahlreichen Anzeichen ließ sich der Schluß ziehen, daß die fallende Tendenz in mehreren Schlüsselindustrien in der zweiten Hälfte des Jahres 1927 wenn nicht einen Umschwung erfahren, so doch wenigstens zum Stillstande gekommen war.

Otto Sperlich:
STRUKTURWANDLUNGEN IM WELTHANDEL

Handel und Verkehr als Ausfluß konjunktureller Schwankungen nationalwirtschaftlichen Ursprungs zu betrachten, ist nur dann angängig, wenn es sich um kürzere, bereits abgeschlossene oder vor dem Abschluß stehende Zyklen handelt, die sich unabhängig von den im wesentlichen gleichgebliebenen Grundelementen einer Wirtschaft abgewickelt haben. Für gewisse europäische Länder und für einzelne überseeische Wirtschaften dürfte dies auch heute zutreffen. Ändern sich aber die Grundelemente, und liegt überdies eine längere, durch bebestimmte Ereignisse zäsurierte Beobachtungsperiode vor, so kann von konjunkturellen Momenten nicht mehr gesprochen werden; Handel und Verkehr werden dann als äußere Merkmale struktureller Veränderungen zu gelten haben. Diese Veränderungen haben eine zwiefache Wurzel: bewußte wirtschaftspolitische Zielstrebigkeit und unbewußte naturgegebene Entwicklung. Beide zeitigen das gleiche Endergebnis, nur graduell etwas differenziert. Es ist oft unmöglich festzustellen, welches Motiv das entscheidend verursachende gewesen ist; denn viele Wechselwirkungen spielen sich, ähnlich wie im Pflanzenreich, gleichsam unter der Oberfläche ab, und nur das Resultat tritt konkret in die Erscheinung.

Ausfuhrhandel wird dann einsetzen, wenn der Inlandmarkt aus irgendwelchen Gründen keinen Bedarf an Produkten nationalen Ursprungs oder keine Verwendungsmöglichkeit hat, oder wirtschaftspolitische Erwägungen den Austausch fordern. Immer ist eine entsprechende landwirtschaftliche oder industrielle Basis nötig. Die Entwicklung dieser Fundamente wird zum handelschaffenden Faktor. Jede Strukturveränderung der Basis muß eine annähernd gleichgerichtete Strukturwandlung des Aufbaus verursachen und diese eine ähnliche des Handels nach sich ziehen. Wenn beispielsweise neben einer Roheiseneinfuhrsteigerung von rund

185% die Roheisen- und Rohstahlproduktion der Vereinigten Staaten in ständigem Wachsen begriffen ist, oder Britisch-Indien und Japan ihre Produktionen auf ein Vielfaches der Vorkriegszeit zu steigern in der Lage waren, wenn die Steinkohlenförderung in den Vereinigten Staaten, Britisch-Indien, Japan, der Südafrikanischen Union eine stete Ausweitung erfährt, so sind diese Entwicklungen auf die Veränderung des Außenhandels in Beziehung auf Volumen und Richtung von beachtlicher Tragweite. Wenn heute in Japan z. B. rund 5,5 Mill. Baumwollspindeln laufen gegen 2,3 Mill. im Jahre 1913, oder die Spindelzahl Asiens von 8,3 Mill.*) auf 17,5 Mill. stieg bei einer gleichzeitigen Steigerung des Baumwollverbrauchs, so muß sich diese Umstellung auf den Handel auswirken.

Strukturwandlungen in der landwirtschaftlichen Produktion wirken in der gleichen Richtung. So kann es nicht ohne Einfluß auf den internationalen Handel bleiben, wenn Europa mit seinen Brotgetreideernten in der Nachkriegszeit (Durchschnitt 1921/25) stets unter dem Mittel der Jahre 1909/13 geblieben ist (vgl. Z. f. G. 1927, S. 108 ff.). Kanada und die Vereinigten Staaten haben in der Weizenwirtschaft die Führung übernommen. Rußland, das früher über ein Viertel der in der Welt erzeugten Gerste lieferte, den größten Teil der europäischen Ernte bestritt und den Aufbau der Viehwirtschaft in einigen europäischen Ländern erst ermöglichte, hat seine Ausfuhr von Gerste noch immer nur auf dem Papier stehen. Und das dürfte sich in der nächsten Zeit vermutlich nicht wesentlich ändern[1]).

Auf die beiden Wurzeln Industrie und Landwirtschaft sind letztlich die Kapitalbildungen eines Landes und die Kaufkraft der Bevölkerung zurückzuführen. Diesen zwei Faktoren wohnt stärkste Aktivität bei den Veränderungen und Umgruppierungen des Handels inne. Die Kapitalverschiebung von Europa nach den Vereinigten Staaten ist sattsam bekannt, so daß hier nur darauf verwiesen sein möge[2]). Die Verteilung und Veränderung in den einzelnen Kontinenten im Vergleich zur Vorkriegszeit, die wirtschaftliche Durchdringung einzelner kontinentaler und überseeischer Länder mit amerikanischem Kapital[3]) sind ebenfalls Punkte, die in den Rahmen strukturverändernder Momente des internationalen Handels einzureihen sind. Der Handel folgt eben dem Kapital.

Mit diesen wenigen Beispielen aus der Fülle der weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen, die Prof. Harms[4]) kürzlich untersuchte, sollte nur unterstrichen werden, daß wir den Handelsbewegungen in ihrer Ganzheit durchaus strukturelle Bedeutung beimessen müssen. Erhärtet wird u. a. diese Auffassung durch die Ergebnisse des englischen Balfourberichts[5]) und die Untersuchungen Prof. Eulenburgs[6]), wonach den handelhemmenden Faktoren, vor allem der Zollpolitik, kein tiefgreifender Einfluß auf die Bewegung des Handels in der Gesamtheit zuzuschreiben ist. Es bleiben also die handelschaffenden, aktiven Faktoren bestimmten Charakters, deren Lebensäußerungen keine vorübergehenden sind.

*) Ohne China für 1913.



Die strukturellen Veränderungen des Handels mögen hier unter dreierlei Blickrichtung aufgezeigt werden: einmal vom internationalen Standpunkt aus, dann gesehen vom europäischen Wirtschaftsraum und letztlich vom Gesichtsfeld einzelner überseeischer Wirtschaftsräume aus betrachtet. Aus methodischen Gründen sollen nur Prozentzahlen als Grundlage der Untersuchung dienen, die aus der Umrechnung der wertmäßigen Einzelbeträge über den nordamerikanischen Dollar gewonnen wurden. Eine ökonomische Analyse ist hier nicht unternommen worden; sie wird in einer späteren Untersuchung durchgeführt werden.

I.

Der Anteil der einzelnen Wirtschaftsräume am Welthandel 1913, 1924 und 1925 in %[7]).

Wirtschaftsraum	Einfuhr			Ausfuhr			Gesamtaußenhandel		
	1913	1924	1925	1913	1924	1925	1913	1924	1925
Europa *)	61,6	55,6	55,1	55,2	45,2	44,7	58,5	50,4	50,0
(Mittel- u. Osteuropa **)	(21,2)	(14,7)	(16,2)	(21,5)	(12,3)	(13,4)	(21,4)	(13,5)	(14,8)
Amerika	20,0	22,8	23,7	24,9	30,7	29,8	22,3	26,7	26,6
Afrika	4,0	4,0	3,9	4,5	4,4	4,2	4,3	4,2	4,1
Asien	11,9	14,5	14,1	12,7	16,5	17,9	12,3	15,5	16,0
Ozeanien ***)	2,5	3,1	3,2	2,7	3,2	3,4	2,6	3,2	3,3
(Gesamte außereuropäische Wirtschaftsräume)	(38,4)	(44,4)	(44,9)	(44,8)	(54,8)	(55,3)	(41,5)	(49,6)	(50,0)

Der europäische Wirtschaftsraum hat seinen Anteil am Welthandel 1925 noch mehr zusammenschrumpfen lassen als im Jahre 1924, und dies trotz aller günstigen Prognosen. 1924 büßte Europa, gemessen an seinem Vorkriegsgesamthandel, 13,84% ein, 1925: 14,53%. In Wirklichkeit werden diese Zahlen noch größer sein müssen, weil ein Teil des intereuropäischen Handels infolge der Länderzersplitterung jetzt als Außenhandel in den Statistiken erscheint, der früher als Binnenhandel registriert wurde†). Als Gesamtwirtschaftsraum gesehen, hat Europa seine wirtschaftliche Erneuerung noch immer nicht erstehen sehen, wenn auch eine Umgruppierung innerhalb des Raumes zugunsten der zwölf zentralen und osteuropäischen Staaten zu verzeichnen ist. Der Verlust am Gesamtaußenhandel stellte sich für diese Wirtschaftsgebiete im Jahre 1924 auf rund 37%, während im Jahre 1925 der Prozentsatz sich auf rund 31 Punkte verringerte.

Nach wie vor hat in der Nachkriegszeit die Exportquote Europas ständig unter dem Vorkriegsanteil gestanden. Der Schrumpfprozeß vollzieht sich auch hier weiter:

*) Ausschl. Niederlande. — **) Deutschland, Österreich, Ungarn, die Tschechoslowakei, Rußland, Polen, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien für 1924 u. 1925; für 1913: Deutschland, Österreich-Ungarn, Rußland, Rumänien, Bulgarien und Serbien. — ***) Australien einschl. der Inselgruppen. — †) Die Einsetzung von Ausgleichszahlen ist hier mangels verwertbaren statistischen Materials unterblieben [8]).

1924 waren es 18,11 %, 1925: 19,02 %, die als Einbuße berechnet werden konnten. Die Zentral- und Oststaaten vermochten allerdings ihr Minus von 42,8 % (1924) auf 37,8 % (1925) zurückzuschrauben, ein Zeichen stärksten Ringens um die alte Handelsgeltung. Aber diese Bemühen stießen sich letztlich an den Gesamtraumgrenzen, der Gesamtraum scheint der alten Lebenskraft zu ermangeln, wenn man den Blick vergleichend zu den andern Wirtschaftsräumen schweifen läßt.

Der Anteil an der Einfuhr hat sich für ganz Europa nicht wesentlich verschoben. Die Rückgangsquote stieg um 0,7 % zuungunsten des europäischen Gesamtraumes. Die Importzahlen für Mittel- und Osteuropa beanspruchen eine besondere Beachtung. Hier ist die Einfuhr schneller gestiegen als die Ausfuhr. Die Importe kommen um etwa 14 Punkte dem Vorkriegsstande näher als die Exporte (Importrückgang 1925: 23,6 %; 1924: 30,7 %; Exportrückgang 1925: 37,7 %; 1924: 42,8 %), ein in Ansehung der europäischen Wirtschaftsfinanzierung mit fremdem Kapital schwer mißverständliches Anzeichen! Der Aufbau der kontinentalen Wirtschaften und die Auffüllung der Rohstofflager dürfte wohl zum größten Teil als abgeschlossen zu gelten haben, so daß dieser Einwand für 1925 nicht mehr stichhaltig sein kann.

Betrachten wir zunächst den Handel der wichtigsten europäischen Länder in seinen quantitativen Veränderungen im Vergleich zum Jahre 1913.

II.

Der Handel der wichtigsten europäischen Länder 1924 u. 1925 im Vergleich zu 1913 (Spezialhandel)[9].

Land	Einfuhr in % von 1913		Ausfuhr in % von 1913		Ausfuhr im Verhältnis zur Einfuhr in %		
	1924	1925	1924	1925	1913	1924	1925
Großbritannien *)	104	108	78	78	82,6	64,2	61,5
Frankreich	94	·	118	·	81,7	· †)	·
Deutschland	63	84	51	65	93,8	75,8	73,4
Rußland **)	23,9	35	28	25	129,6	153,5	89,9
Dänemark	130	130	134	140	82,0	84,4	88,7
Norwegen	105	105	105	110	71,2	71,2	74,5
Schweden	133	125	93	100	96,5	67,7	77,1
Finnland	99	106	113	124	81,8	92,7	95,6
Italien	102	·	119	·	68,9	80,7	·
Schweiz	87	·	88	·	73,7	74,1	·
Belgien ††)	·	·	·	·	73,6	79,2	81,6
Ungarn **)	59	·	62	·	95,6	100,6	·
Österreich ***)	125	·	106	·	·	53,2	·

*) Einschl. Irland, Generalhandel. — **) Für 1913 auch gegenwärtiges Territorium angenommen. — ***) 1922 = 100. — †) Einschl. Edelmetall und Münzen: 1913: 77,8 %, 1924: 104,2 %, 1925: 103,2 %. — ††) Einschl. Edelmetall u. Münzen.



Schweden, Dänemark, Norwegen, England, Italien und Finnland konnten 1924 und zum Teil auch 1925 ihre Einfuhr gegenüber 1913 steigern, das gleiche gilt mit Ausnahme Englands und Schwedens für den Export. Frankreich zeigt eine nicht unwesentliche Ausfuhrsteigerung. Der reine Warenverkehr ist fast ausnahmslos passiv geblieben — Rußlands Zahlen sind so verschieden angegeben, daß ein einigermaßen sicheres Urteil nicht angängig ist —, zudem ist bei England und Deutschland eine steigende Passivität, bei Schweden eine leichte Besserung zu beobachten. Etwa auf gleichem Niveau verblieb die Schweiz, die bei Einschluß von Edelmetall und Münzen jedoch eine erhebliche Verbesserung erzielen konnte.

Im reinen Warenhandel vermochten nur vier Länder das Verhältnis vom Import zum Export zugunsten des letzteren zu wenden: Dänemark, Norwegen, Finnland und Italien. Die hier nicht aufgeführte Tschechoslowakei trieb Einfuhr und Ausfuhr in den Jahren 1924 und 1925 über das als Meßjahr angenommene Jahr 1922 nicht unerheblich hinaus. Der Exportüberschuß, der 1922 mehr als 25 % ausmachte, schrumpfte aber langsam auf 10 % zusammen, wohl ein Ausfluß verstärkter Konkurrenz der älteren europäischen Industriewirtschaften.

Die Gegenüberstellung der Einfuhr- und Ausfuhrrelationen bei Einbeziehung von Edelmetall und Münzen im einzelnen möge hier unerörtert bleiben, um nicht noch mehr unsichere Faktoren in das an sich schon recht problematische Zahlensystem einzufügen.

Demgegenüber erheischen die Wandlungen in der Richtung des europäischen Handels eine genauere Analyse. Bei Auswertung der Völkerbundmaterialien unter Mitbenutzung deutscher Quellen ergibt eine Sonderuntersuchung für 26 europäische Staaten folgendes Bild:

Der Handel von 26 europäischen Ländern 1913, 1924 und 1925[10]).

	Herkunft der europäischen Einfuhr in % der Gesamteinfuhr				Richtung der europäischen Ausfuhr in % der Gesamteinfuhr		
	1913	1924	1925		1913	1924	1925
Aus:				Nach:			
Europa	75,8	70,4	66,9	Europa	77,6	78,2	77,1
Afrika	0,7	0,8	0,9	Afrika	1,5	1,1	0,8 (1,0)*)
Asien	3,4	2,4	2,3	Asien	2,2	2,5	1,8 (2,3)*)
Nordamerika	8,6	12,6	13,8	Nordamerika	4,8	6,0	5,0
Südamerika	4,1	3,8	3,8	Südamerika	3,8	2,1	2,2
Australien und Neuseeland	1,0	0,9	1,0	Australien und Neuseeland	0,9	0,8	0,8
nicht genau bestimmten Gebieten	6,4	9,1	11,3	nicht genau bestimmten Gebieten	9,2	9,3	12,3 (11,6)*)
	100	100	100		100	100	100

*) Korrigierte Zahlen.

Es erscheint allerdings recht gewagt, aus diesen durch mannigfache Umrechnung und Umwertung auf einen Generalnenner gebrachten Daten auf bestimmte Strukturwandlungen des europäischen Handels zu schließen. Jedoch führen die Untersuchungen über die Handelsbewegungen der überseeischen Gebiete zu ähnlichen Ergebnissen, so daß die hier aufgezeigten für sich in Anspruch nehmen dürfen, wenigstens annähernd die Tendenzen zu zeichnen.

Die Zusammenstellungen zeigen nach wie vor das Übergewicht der europäischen Wirtschaften im gesamteuropäischen Güteraustausch. Das Schwergewicht wirtschaftlicher Betätigung bleibt der europäische Wirtschaftsraum, und daran wird sich auch in der Zukunft nicht viel ändern können, wenn auch im einzelnen die Anteile sich etwas verschieben sollten. Beachtlich bleibt der europäische Gesamtraum als Abnehmer europäischer Güter, obgleich die Tendenz der Lockerung innerhalb des europäischen Wirtschaftsgefüges in der ganzen Nachkriegszeit bisher unvermindert angehalten hat. Nordamerika schenkt dem europäischen Markt zwar erhöhte aktive Bedeutung, aber sein passives Verhalten beim Warenbezug ist geblieben und in letzter Zeit selbst in den States als Quadratur des Zirkels empfunden worden [11]). Aus den zurückhaltenden Äußerungen im Balfourbericht [12]) spricht Englands große Sorge ob dieser Politik der Vereinigten Staaten. Südamerika vermochte die Lücke keineswegs auszufüllen; aber es besteht die Vermutung, daß Europa seine Handelsgüter mehr und mehr nach Südamerika zu lenken imstande ist, trotz der Kapital- und Güterkonkurrenz der Vereinigten Staaten. Asiens Anteil am europäischen Export ist seit 1913 langsam gestiegen. Die Zahl für 1925 bedarf jedoch einer Korrektur. Ein Rückgang in dieser Schärfe ist nicht eingetreten. Ein Teil der nicht genau bezeichneten Bestimmungsländer darf zugunsten Asiens verbucht werden. Eine sorgfältige Schätzung kommt für 1925 zu einem Anteil in Höhe von etwa 2,3 %. Die endgültigen Zahlen werden um diesen Anteilsatz oszillieren müssen. Für Afrika wird an der Ausfuhrquote eine ähnliche, allerdings weniger erhebliche Korrektur notwendig sein, die an die für 1924 errechnete nicht ganz heranreichen dürfte. Die Einfuhr aus den afrikanischen Wirtschaftsräumen stieg ganz langsam an; eine bemerkenswerte Veränderung des afrikanisch-europäischen Güterverkehrs wird sich in nächster Zeit nicht verfolgen lassen. Das gleiche gilt für die europäischen Handelsbeziehungen zum fünften Erdteil, Ozeanien.

Unterziehen wir die sechs wichtigsten europäischen Industrieländer, die 1913 zusammen 45 % (1925: 37 %) des Welthandels bewegten, einer gesonderten Betrachtung, so ergeben sich folgende Daten:



Die Richtung des Außenhandels von England, Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz 1913, 1924 und 1925 nach Wirtschaftsräumen.

Wirtschaftsraum	Einfuhr aus den Wirtschaftsräumen			Ausfuhr nach den Wirtschaftsräumen		
	1913	1924	1925	1913	1924	1925
Europa	60,7	49,8	47,8	64,6	58,2	56,2
Afrika	1,8	2,4	2,4	2,0	2,5	2,6
Asien	6,2	6,1	6,0	5,4	6,8	5,5
Nordamerika	13,7	17,9	17,7	8,5	9,2	9,0
Südamerika	7,6	7,9	6,5	6,7	5,0	5,0
Ozeanien	3,0	3,0	3,4	2,1	2,3	2,5
Nicht genau bestimmte Gebiete	7,0	12,9	16,2	10,7	16,0	19,2
	100	100	100	100	100	100

Aus dem Tabellenwerk ist deutlich zu ersehen, daß trotz bleibendem kontinentalem Schwergewicht die Lockerung der wirtschaftlichen Verflechtung der europäischen Länderräume anhält. Weder als güteraufnehmender noch als güterabgebender Raum hat Europa für die sechs Länder seine Bedeutung zu erhalten vermocht. An der Umgruppierung haben die United States den stärksten Anteil. Für die weiteren Strukturänderungen gilt im wesentlichen das gleiche, was bereits oben von ganz Europa gesagt werden konnte.

III.

Amerika und Asien sind die beiden Wirtschaftsräume, die vornehmlich die dem europäischen Wirtschaftsraum entfallenden Anteile am Welthandel an sich reißen, so ihr Handelsvolumen vergrößern konnten und damit auch dem Seeverkehr eine entsprechende, fast zwangsläufige Entwicklung geboten*). Inwieweit die einzelnen Länderräume am internationalen Güterverkehr teilnahmen, erhellt aus folgender Tabellenübersicht:

*) Die Anteile an der Welthandelsflotte stellten sich für

U.S.A.	4,3 %	der Gesamttonnage	(Juni 1914)
	18,8 %	„ „	(„ 1926)
Japan	3,9 %	„ „	(„ 1914)
	6,4 %	„ „	(„ 1926)
Großbritannien	44,4 %	„ „	(„ 1914)
	32,5 %	„ „	(„ 1926).

Anteil der amerikanischen und asiatischen Länderräume am Welthandel 1913, 1924 und 1925 in %[13]).

Länderraum	Einfuhr 1913	Einfuhr 1924	Einfuhr 1925	Einfuhr 1926*)	Ausfuhr 1913	Ausfuhr 1924	Ausfuhr 1925	Ausfuhr 1926*)	Gesamthandel 1913	Gesamthandel 1924	Gesamthandel 1925	Gesamthandel 1926*)
Ver. Staaten	9,10	12,74	13,18	13,53	13,34	16,54	16,04	16,22	11,15	14,61	14,57	14,87
Kanada	3,17	2,81	2,92	3,19	2,35	3,94	4,43	4,19	2,78	3,36	3,65	3,69
Indien	3,01	2,68	2,80	2,6	4,21	4,34	4,79	3,93	3,60	3,50	3,78	3,27
Japan	1,86	3,55	3,22	3,47	1,72	2,68	3,03	3,13	1,79	3,12	3,12	3,30
China	2,13	2,94	2,51	·	1,60	2,30	2,17	·	1,88	2,62	2,34	·
Ozeanien	2,47	3,05	3,17	3,13	2,60	3,15	3,35	3,11	2,53	3,10	3,26	3,16

Zunächst Nordamerika. Zur Illustration sollen auch hier auf knappste Formel gebrachte Daten dienen.

Richtung von Nordamerikas Einfuhr und Ausfuhr in % der Gesamteinfuhr bzw. -ausfuhr 1910/14 und 1924—1926.

Wirtschaftsraum	Einfuhr 1910/1914**)	Einfuhr 1924	Einfuhr 1925	Einfuhr 1926	Ausfuhr 1910/1914**)	Ausfuhr 1924	Ausfuhr 1925	Ausfuhr 1926
	1. Vereinigte Staaten[14])							
Europa	49,5	30,4	29,3	29,0	62,3	53,3	53,0	48,0
Asien	15,4	25,8	31,2	31,6	5,7	11,2	9,9	11,8
Nordamerika (Kanada)	20,6	27,6	23,2	22,8	23,1	23,7	23,2	24,5
Südamerika	12,2	12,9	12,3	12,8	5,6	6,8	8,2	9,2
Afrika	1,3	2,0	2,2	2,2	1,1	1,6	1,8	2,1
Ozeanien	1,0	1,3	1,8	1,6	2,2	3,4	3,9	4,4
	100	100	100	100	100	100	100	100
	2. Kanada[15])*)**							
Europa	28,8	22,6	25,4	24,1	54,5	44,8	47,9	49,3
davon England	21,4	17,2	19,0	17,6	49,9	34,5	37,0	38,6
Asien	1,8	3,4	3,4	3,5	0,7	4,8	3,7	5,9
Nordamerika (U. S. A.)	64,0	67,3	64,0	65,7	37,9	41,2	39,1	36,1
Südamerika	0,8	1,9	2,5	1,9	0,7	1,5	1,9	2,1
Afrika	0,1	0,1	0,2	0,1	0,9	0,9	1,1	1,0
Ozeanien	0,6	0,4	0,6	0,9	1,6	3,2	2,6	2,5
Unbestimmte Länder	3,9	4,3	3,9	3,8	3,7	3,6	3,7	3,1
	100	100	100	100	100	100	100	100

Vom Gesichtspunkt Nordamerikas gesehen, bleibt Europa als Lieferant und Abnehmer weit hinter der Vorkriegsbedeutung zurück, besonders als Lieferant ist das Abfallen Europas ungemein stark. Im Vorkriegsjahrfünft stammte etwa die Hälfte der Einfuhr der Vereinigten Staaten aus dem europäischen Wirtschaftsraum, im Nachkriegsjahrfünft 1921/25 nur noch rund 30 %. In Kanada ist das Abbröckeln Europas nicht im gleichen Maße vor sich gegangen. Nicht so erheblich ist das Absinken Europas als Markt für nordamerikanische Produkte. 1910/14 gingen rund 62 % aller exportierten Güter aus den Vereinigten Staaten nach Europa, 1921/25 rund 53 %, 1926 ist der Anteil noch mehr gesunken (48 %). Kanadas

*) Vorläufige Zahlen. — **) Fiskaljahre. — ***) Für Kanada ist als Vorkriegsbasis das Jahr 1913 zu Grunde gelegt. Europas Anteil wird in Wirklichkeit etwas höher liegen, da die Vorkriegsberechnungen von den Nachkriegsberechnungen abweichen.

Zahlen folgen nicht ganz der abwärts gehenden Kurve der Staaten. Eine gegenteilige Bewegung hat Asien, welches eine erhebliche dauernde Quotenverbesserung erlangen konnte. Fast auf das Doppelte stieg Asiens Anteil als einführender Wirtschaftsraum (1910/14: 15,4 %, 1921/25: 27,3 % bei den Vereinigten Staaten, ähnliche relative Steigerung bei Kanada) und überflügelte 1925 das alte Europa; über das Doppelte stieg der Anteil Asiens als Absatzraum. Kanada zeigt hier eine Steigerung für 1924/25 um rund 500 %, 1925 um rund 700 %. Für beide Wirtschaftsräume — Europa und Nordamerika — ergeben sich somit im Hinblick auf Asien außerordentlich interessante Strukturveränderungen innerhalb des Güteraustausches, auf die sich die Wirtschaftspolitik der Einzelräume wird einrichten müssen. Südamerika bietet für die Staaten wie für Kanada ein Feld wachsender wirtschaftlicher Betätigung. Die Bedeutung Südamerikas für Nordamerika als eines Rohstofflieferanten ist langsam im Wachsen begriffen; an dem güterabnehmenden Wirtschaftsraum haben sowohl die Vereinigten Staaten als auch Kanada ein ständig steigendes Interesse.

Japan, China und Indien sind die drei asiatischen Länderräume, deren Bedeutung für den Weltmarkt sich in sprunghafter Entwicklung nachdrücklichst äußert. Über die Veränderung im Volumen des Handels unterrichtete bereits eine frühere Tabelle. Betrachten wir hier nunmehr die Richtungsänderung.

Die Richtung des Außenhandels von Japan, China und Indien einschl. Siam 1913, 1924 und 1925.

Wirtschaftsraum	Herkunft der Einfuhr in % der Gesamteinfuhr			Richtung der Ausfuhr in % der Gesamtausfuhr		
	1913	1924	1925	1913	1924	1925
Europa	45,2	37,6	34,4	34,9	23,7	20,4
Asien	26,0	25,6	30,5	28,4	37,4	34,2
Afrika	0,5	0,4	0,7	0,7	2,1	1,2
Nordamerika	7,4	14,5	13,0	12,2	16,5	18,7
Südamerika	0,7	0,7	0,7	1,0	0,8	0,7
Ozeanien	0,7	1,6	1,7	1,1	1,5	1,5
Nicht genau bestimmte Gebiete	19,5	19,6	19,0	21,7	18,0	23,3
	100	100	100	100	100	100

Den hier gewonnenen Zahlen haftet die Unzulänglichkeit im besonderen Maße an. Die technischen Mängel der Statistiken, die Ungenauigkeit der Bestimmungsländer lassen nur Deutungen mit großem Vorbehalt zu, zu denen wir uns aber entschließen müssen im Hinblick auf die Wichtigkeit des Problems. Eine gewisse Stütze finden diese Zahlenreihen in der Parallelität der europäischen und amerikanischen Statistiken, so daß der Endzweck, große Entwicklungslinien zu zeichnen, letztlich auch mit diesem Material erreicht werden kann.

Die aus wirtschaftlichen und politischen Motiven heraus geborene Verflechtung Nordamerikas mit Asien tritt auch hier in ihrer ganzen nachdrücklichsten Entwicklung vor Augen, die auf Kosten der alten europäischen Industrieländer vor sich ging und noch geht. Japan z. B. führte vor dem Krieg etwa 17 % seiner Gesamteinfuhr aus Nordamerika (U.S.A. und Kanada) ein, 1925 über 27%, 1926 annähernd 30 %. Knapp ein Drittel seiner ganzen zur Ausfuhr verfügbaren Gütermenge floß 1913 nach Nordamerika, 1924/25 und 1926 schwankte die Ausfuhrquote zwischen 40 bis 45 %. China tritt als Zielpunkt des japanischen Güterverkehrs an die zweite Stelle. Seine Bedeutung für Japan als passiver Kontrahent hat sich von 1913 bis 1925/26 nicht wesentlich verändert, wenn von den beiden Jahren 1922 und 1923, als der Periode der allgemeinen Wirtschaftswirren, abgesehen wird. In den statistisch erfaßbaren Nachkriegsjahren hat China als güterabnehmender Einzelraum den Vorkriegsanteil von rund 25 % nicht erreichen können; dieser schwankte etwa um 19 und 20 %; für 1926 dürfte vorsichtige Schätzung diesen Satz leicht überhöhen, und für den weiteren Verlauf kann vermutlich mit einer ebenso gelagerten Entwicklung gerechnet werden. Indien scheint nach den vorliegenden Materialien als Japans Rohstofflieferant für die nächste Zeit nicht mehr die Rolle wie vor dem Krieg zu spielen. Bis 1926 hielt das Absinken in unverminderter Stärke an. Umgekehrt liegen die Dinge beim indischen Markt für japanische Produkte. Hier ist seit 1922 bis 1926 eine ständig nach oben sich bewegende Kurve zu beobachten (4,7 % 1913, 7,6 % 1926). Das folgende Tabellenmaterial soll zusammenfassend die Richtung des japanischen Außenhandels aufzeigen.

Richtung von Japans Außenhandel 1913, 1924—1926 in %[16]).

Wirtschaftsräume	Herkunft der Einfuhr				Richtung der Ausfuhr			
	1913	1924	1925	1926	1913	1924	1925	1926
Europa	30,3	24,3	17,8	17,5	23,4	9,5	6,5	6,3
Asien*)	48,5	40,8	47,2	42,8	43,8	41,9	43,4	44,2
davon								
China . . .	8,4	9,7	8,3	10,1	24,4	19,3	20,3	20,6
Br.-Indien .	23,7	15,8	22,3	16,5	4,7	7,5	7,5	7,6
Afrika	1,0	0,7	1,4	1,4	0,3	1,8	1,5	1,1
Amerika	17,5	29,3	27,6	32,3	30,2	42,9	45,2	44,4
davon								
Ver. Staaten	16,8	27,4	25,9	29,7	29,2	41,2	43,6	42,2
Ozeanien	2,0	4,9	5,8	5,4	1,4	2,5	2,2	2,5
Unbest. Länder .	0,1	•	0,2	0,6	0,9	1,4	1,2	1,5
	100	100	100	•	100	100	100	•

*) Uyehara S. (The Industry and Trade of Japan, London 1926, S. 72) berechnet für Export und Import andere Anteile. Die relative Bewegung bleibt aber die gleiche.

China war mit dem nordamerikanischen Wirtschaftsraum wie folgt verknüpft:

Einfuhr	1913	6,3%	Ausfuhr	1913	9,2%
	1924	19,9%		1924	13,4%
	1925	15,5%		1925	18,6%
	1926	18,0%		1926	14,5%

Die Anteile für 1926 sind nach den vorhandenen Materialen abgeschätzt. Aus den Zahlen erhellt, daß aktiv und passiv der amerikanisch-chinesische Güteraustausch wesentlich an Bedeutung zugenommen hat. Das Übergewicht hielt in allen Jahren jedoch Nordamerika, das, von sich aus betrachtet, dauernd ein Plus zu buchen in der Lage war. Die Wechselbeziehungen zwischen China und Japan nahmen auf Chinas Seite einen immer größeren, dominierenden Platz ein. 1913 stammte ein Fünftel der gesamten chinesischen Einfuhr aus Japan, 1925 und 1926 fast ein Drittel. Von China gingen vor dem Krieg rund 16% nach Japan, in den Jahren 1921 bis 1925 durchschnittlich 25%, 1926 etwa 28%. Gegenüber Indien ist eine ins Gewicht fallende Wandlung nicht nachzuweisen.

Indien hat zwar noch immer einen größeren Anteil am Welthandel als Japan und China. Aber Kriegs- und Nachkriegszeit vermochten nicht viel an der Gesamtstruktur des indischen Handels zu ändern. Der Gesamthandel hielt sich im wesentlichen an den status quo ante. Einer Aufwärtsbewegung der Ausfuhr um etwa 14% steht ein Zurückgehen der Einfuhr um etwa 7% gegenüber. Diese Prozentzahlen zeichnen erst die Stagnation Indiens, wenn ihnen z. B. die entsprechenden japanischen gegenübergestellt werden. Japan steigerte seine Einfuhr in der gleichen Periode um rund 73%, seine Ausfuhr um rund 76%. Indien blieb also scheinbar trotz aller „nationalen Erhebung" an die Kette Englands geschmiedet. Dem ist nicht ganz so. In der inneren Struktur sind nicht mißzuverstehende Wandlungen eingetreten. Betrachten wir folgende Datenkombinationen:

Richtung von Indiens Außenhandel 1913, 1924—1926.

Wirtschaftsraum	Herkunft der Einfuhr				Richtung der Ausfuhr			
	1913	1924	1925	1926	1913	1924	1925	1926
Europa	80,2	69,4	67,5	•	57,8	50,8	48,8	•
davon England	64,2	54,4	52,3	50,0	23,5	25,5	22,2	20,2
Asien	14,5	19,6	21,0	•	25,3	27,8	30,2	•
davon Japan	2,6	6,9	7,9	7,2	9,3	13,9	15,8	13,5
Nordamerika	2,8	6,2	6,6	7,3	9,5	9,5	10,4	11,0
davon Kanada	•	0,4	0,5	•	0,6	0,6	0,6	•
Ozeanien	0,5	0,5	0,4	•	1,9	2,0	2,2	•
Afrika	2,0	3,4	3,3	•	2,8	3,5	3,4	•

Die für Europa und Asien errechneten Zahlenreihen beanspruchen ganz besonderes Interesse. Europa und mit ihm England als Hauptbeteiligter werden als

Ein- und Ausfuhrgebiete sichtlich gemieden, besonders die englische Gütereinfuhr nach Indien bewegt sich in ständig absteigender Linie. Die Handelsbeziehungen zwischen Indien und den anderen asiatischen Länderräumen sind Ausdruck einer äußerst intensiven Verlagerungstendenz, deren Auswirkungen im britischen Imperium nicht ohne Widerhall geblieben sind. Japan tritt vornehmlich das Erbe Englands an. Etwa den dreifachen Anteil hat nunmehr Japan am indischen Import im Vergleich zur Vorkriegszeit, und von 9,3 % auf über 13 % stieg Japans Quote am indischen Export. Die vorläufigen Zahlen für 1926 weisen allerdings eine, besonders für die Ausfuhr, rückläufige Bewegung auf, die aber als Symptom für eine Rückorientierung vorläufig noch nicht gelten können.

Aus dem afrikanischen Wirtschaftsraum mögen die zwei wichtigsten Einzelräume, die Südafrikanische Union und Ägypten, kurz beleuchtet werden. An sich hat sich das anteilmäßige Handelsvolumen der Südafrikanischen Union im Vergleich zu 1913 etwas verringert, das ägyptische geringfügig über das Vorkriegsniveau gehoben. Beachtlich ist im Rahmen dieser Untersuchung das Abfallen des europäischen Wirtschaftsraums als Lieferant und Abnehmer in beiden Gebieten. Besonders bei der Union ist die Richtungsverschiebung eindeutig zu verfolgen. Asien und Nordamerika treten aktiv und passiv mehr und mehr in den wirtschaftlichen Kreislauf des südafrikanischen Bundesstaates. Folgende Daten illustrieren dies recht deutlich:

	Ausfuhr in % nach	
	Großbritannien	Indien
1913	88,7	0,2
1922	75,0	0,7
1923	75,5	2,5
1924	61,4	18,1
1925	56,2	17,7

	Einfuhr in % aus		
	Großbritannien	U.S.A.	Indien
1913	56,8	8,9	2,8
1924	51,5	13,9	3,3
1925	50,0	14,7	4,5

Was Ägypten anlangt, so ist auch hier der englische und festländisch-europäische Anteil an der Einfuhr für die Jahre 1924 bis 1926 im Sinken begriffen (1913: 30,5 %, 1924: 27,6 %, 1925: 25,2 %, 1926: 21,8 %). Die Quanten der ägyptischen Gesamtausfuhr lagen für die Jahre 1922 bis 1926 stets über der Meßzahl von 1913. Aber die europäischen Einzelräume in ihrer Gesamtheit haben nicht nur ihre Einfuhr-, sondern auch ihre Ausfuhranteile vermindern müssen; die Ausfuhr nach Europa bewegte sich in den Jahren 1923 bis 1925 ständig unter der Vorkriegsbasis.

Australien und Neuseeland als Haupteinzelräume Ozeaniens standen 1925 im internationalen Handel an 7. Stelle, 1913 an 10. Stelle. Der Außenhandel neigt dazu, seine Richtung von Europa weg einmal nach Nordamerika, zum andern nach den raumpolitisch günstiger gelagerten asiatischen und afrikanischen Einzelräumen zu verlegen. Eine Tabelle möge dies veranschaulichen.

Richtung im Außenhandel Ozeaniens 1913, 1924 und 1925.

Wirtschaftsraum	Herkunft der Einfuhr in % der Gesamteinfuhr			Richtung der Ausfuhr in % der Gesamtausfuhr		
	1913	1924	1925	1913	1924	1925
Europa	68,5	54,4	54,3	79,4	74,3	78,5
Asien	4,2	4,6	5,2	3,7	6,9	4,7
Afrika	0,3	0,6	1,8	1,6	1,8	1,8
Nordamerika	13,2	26,0	25,3	5,1	6,9	7,4
Südamerika	0,3	0,3	0,2	0,6	0,1	0,1

Als Markt für nordamerikanische Produkte bieten die ozeanischen Wirtschaften ein günstiges Feld. In der strukturellen Gestaltung der Ausfuhr sind hervorstechende Wandlungen nicht zu erkennen. Nur der verstärkte Güteraustausch mit den transportnahen asiatischen und afrikanischen Wirtschaften ist interessant und in gewisser Beziehung symptomatisch zu werten.

Der Rückblick auf alle hier gezeichneten Merkmale läßt den nicht unberechtigten Schluß zu, daß mit einer Fortdauer der in der Nachkriegszeit sich vollzogenen Veränderung in der Verteilung und Richtung des Welthandels gerechnet werden muß. Wohl werden manche Entwicklungslinien sich allmählich etwas korrigieren, aber im großen und ganzen handelt es sich um Strukturwandlungen, die aus wirtschaftlichen und geopolitischen Notwendigkeiten heraus ihren Ursprung nahmen und ihre Kräfte aus diesen weiter ableiten werden.

*

Anmerkungen

[1]) Über die Produktion von Grundstoffen vgl. hierzu: Mémorandum sur la production et le commerce. Genf 1926. — [2]) „Wirtschaft und Statistik", Berlin. 6 Jg. (1926), S. 674; 7. Jg. (1927), S. 37 ff.; B. Harms, Die Strukturwandlungen der Weltwirtschaft. „Weltw. Arch." Kiel. 25. Bd. (1927), S. 7 ff.; F. Eulenburg, Die handelspolitischen Ideen der Nachkriegszeit. Ebenda, S. 81 ff.; E. H. Vogel, Nordamerikas Wirtschaftsaufstieg und das panamerikanische Problem. Ebenda, S. 115 ff. — [3]) „Wirtschaft und Statistik", 6. Jg. (1926), S. 354, 673 ff.; E. H. Vogel, a. a. O., S. 115 ff., 137 f. — [4]) B. Harms, a. a. O., S. 1 ff. — [5]) Survey of Overseas Markets. London 1925. S. 541. — [6]) F. Eulenburg, a. a. O., S. 96 f. — [7]) Memorandum on Balance of Payments and Foreign Trade Balances 1911—1925. Genf 1926, I, S. 142. — [8]) Vgl. hierzu die Berechnungen von Woytinsky im „Magazin der Wirtschaft". Berlin, 2. Jg. (1926), S. 1666 ff., 3. Jg. (1927), S. 822 ff. — [9]) Memorandum, a. a. O., S. 148, 168 ff., 183 ff. — [10]) Vgl. Memorandum, a. a. O., S. 196 ff., 218 ff.; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. 1926, S. 86*, 96* ff.; „Wirtschaft und Statistik" 1926, S. 151 ff., 209 ff., 1927, S. 234 ff., 327 ff. — [11]) F. Eulenburg, a. a. O., S. 83, weist mit besonderem Nachdruck auf diesen Widerspruch hin. — [12]) Survey, a. a. O., S. 447 ff. — [13]) Memorandum, a. a. O., S. 132 f.; „Wirtschaft und Statistik" 7. Jg. (1927), S. 234 ff., 327 ff. — [14]) Commerce Reports. Washington. 1926, Nr. 7; „Wirtschaft und Statistik" 1927, S. 331, in Verbindung mit Memorandum, a. a. O., S. 213. Vgl. auch die Zahlen in: Foreign Trade of the United States in the calendar year 1926. Washington 1927. — [15]) Quelle für 1913: Memorandum, a. a. O., S. 210, 232; für 1924—1926: The Canada Year Book 1926. Ottawa 1927, S. 448. — [16]) Vgl. auch Commerce Reports 1926, Nr. 6, 1927, Nr. 21.

K. Haushofer:
LITERATURBERICHT ÜBER DEN INDOPAZIFISCHEN RAUM

Dem Herbst-Literatur-Bericht haben wir als wertvollsten Zugang voranzustellen:

F. R. E. Mauldon: „The Hunter River Valley" (New South Wales). A study in social economics. Melbourne 1927. Workers educational association in conjunction with Robertson & Mullens. 3 Karten; zahlreiche Diagramme. 12 1/2 Sh.

Diese im Sinn R. Kjelléns soziopolitische Arbeit über ein durch Wasserscheiden eingegrenztes Flußgebiet mit küstennahen, reichen Kohlenlagern und klimatischer Übergangslage, ist durch eine, bei volkwirtschaftlichen Arbeiten seltene Berücksichtigung des geologischen Unterbaus, der Oberflächenformen und klimatischen Bedingungen zur Erklärung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zugleich eine vorbildliche geopolitische Gaukunde geworden. Gerade für Australien, wo außer den Arbeiten von Griffith Taylor bei den Erwägungen über die Bundeshauptstadt-Lage wenig zusammenbauende Untersuchungen solcher Art bestanden, ist eine solche zum Vergleich mit politischen und wirtschaftlichen Gaukunden des ost- und westpazifischen Ufers außerordentlich wichtig. Sie erklärt, warum im weiträumigen Australien (6 Mill. E. in einem Weltteil, davon 2 in 2 Großstädten!) eine solche Schlüsselindustrie, wie die auf der küstennahen Kohle aufgebaute, die primitiven Land-Erwerbszweige so sehr zurückdrängt, ihnen Arbeitskräfte und Siedler entzieht, wie sehr aber alle drei Haupternährungsmöglichkeiten der Landschaft bodenbedingt sind. Man versteht daraus, wie sich in der volksdruck-freieren Staatszelle diese Daseinsbedingungen für etwa 1/4 Mill. viel leichter, klarer erklären lassen, als etwa in den benachbarten Monsunländern, wo auch viele Zellen und Gaue als reine Flußeinzugs-Gebiete zwischen Wasserscheiden wabenartig aneinandergebaut sind. Die reiche Mitgift an Bodenschätzen in Meeresnähe überschattet freilich alle andern Lebensmöglichkeiten im Hunter-Tal, das sieben Zwölftel der Kohlenvorräte von Neu-Süd-Wales umschließt (mit vier Fünfteln der Kohlen Australiens, das etwa ein Dreizehntel der Weltvorräte besitzt). Daneben macht die einseitige Stromtalentwicklung, die unsymmetrische Wasserzufuhr (bei plötzlichem Abkommen des Flusses mit 12 m Schwellhöhe-Unterschied!) australische Sonderart geltend, wie überhaupt die Hunter-Landschaft ein sehr kennzeichnender Mikrokosmus des überschnell industrialisierten und verstädterten, dennoch auf riesigen menschenleeren Flächen rein als Ackerbau- und Weideland vorbestimmten A. ist.

Von einem Distrikt (Wollombi) heißt es „nach allgemeiner Meinung sei er (in knapp einem Jahrhundert!) ausgewirtschaftet, viele Farmen verlassen, andere in größere, extensive Betriebe zusammengeschlossen. Obstkulturen und Gemüsebau geben den meisten Farmern eben gerade ihren Lebensunterhalt". So — wie ihn eben der anspruchsvolle Australier versteht! Vom chinesischen Kleinpächter schreibt man ganz kaltblütig und selbstverständlich, wenn er 10 Mow mit aller Mühe ein Jahr bestellt habe, finde er, daß er 120 Mark draufbezahlen müsse, und Ähnliches habe ich schon 1910 von japan. Kleinbesitzfamilien nachgewiesen und erst jüngst wieder bestätigt erhalten (Fehlbetrag 80 Mark). Alte Kulturlandschaften müssen aber trotzdem auch magere, schlecht bewässerte Böden bebauen, wenn sie nicht verhungern wollen. In Australien nimmt die Bevölkerung einer solchen, im Raubbau ausgesogenen Landschaft ab und begibt sich weiter fort. Auf diese Weise wird es nicht in etwa 300 Jahren zu der Verdichtung von 6 auf 145 Mill. kommen, die eine wirtschaftliche Ausnützung der übervölkerten Erde bis dahin von Australien erwartet. Eine solche Einzelarbeit, wie die über den Hunter-Gau, zeigt am deutlichsten, wie weit wir noch von der Zeit entfernt sind, wo Philosophie den Bau der Welt zusammenhält, was vorläufig Hunger und Liebe, beim Kampf um Lebensraum aber oft in Haß kontravertierte Bruderliebe bewirken. „Mutuo metu" — nach Tacitus! Raubbau im raumweiten Land,

Raubbau („Waste!") in überreichen, küstennahen Kohlenschätzen, Absperrung von Hochlohngebieten — trotz sozialen Grundsätzen auf dem Papier — Streiklust und Gegensperren der andern Staaten kennzeichnen die australischen Wirtschaftszustände von ihren geopolitischen Grundlagen an. „Japan hat nichts Gleichwertiges an Wert oder Masse in seiner Kohle gegenüber dem Hunter-Tal, aber seine Minen haben sich ein gut Teil des Kohlenhandels gesichert, der einst nach Newcastle (dem australischen) floß." Dort schaffen eben sechzig hungernde Millionen, davon etwa zwanzig bis dreißig „zu viel" im Sinne Clémenceaus; und hier ruhen satte 6 Mill. auf einem Boden, der sicher 30—60, nach extremer Rechnung 145 ernähren sollte. In dieser nicht aufgehenden Rechnung ist Mauldons Hunter-Tal ein schlüssiges Beweisstück von höchstem wirtschafts-wissenschaftlichem Wert.

Freundliche Verknüpfung will es, daß im gleichen Jahre mit der eben erwähnten, so außerordentlich charakteristischen soziologisch-geodolitischen Gaukunde des Hunter-Tales in Neu-Süd-Wales eine Neubearbeitung des ganzen Erdteils und Ozeaniens auf den Markt kommt, die allerdings im wesentlichen landeskundliche Zwecke verfolgt, aber doch die Dynamik stark dabei in den Vordergrund rückt, der Nachkriegsentwicklung gerecht werden will, Augenzeugenberichte in großer Zahl und guter Auswahl bringt, und so die beste augenblicklich erreichbare deutsche Informationsquelle für den wichtigen Erdraum als Ganzes bildet:

„Australien, Ozeanien und Antarktis", im Rahmen von H. Harms „Erdkunde" in entwickelnder, anschaulicher Darstellung, als III. Bd., IV. Teil, mit 209 Abbildungen unter Mitarbeit von Gustav Hennigs, herausgegeben v. Albin Arno Müller, Leipzig, List & von Bressensdorf, 1927. Wertvolle Originalberichte von E. Ranft, der 12 Jahre als Kaufmann, und — während des Krieges — als Landmann in Australien war, vertiefen den Wert der geschickt aufgemachten, durch Diagramme und wirklich zum Text gehörige, ausgewertete Bilder verlebendigten Darstellung. Ungern vermissen wir unter den neueren Erklärern des Wesens Australiens Gregory und Griffith Taylor, so freudig wir auf der andern Seite das Hervorheben des deutschen Anteils an der Erschließung begrüßen.

Geopolitisch sehr gut ist die Veranschaulichung in Lagenwert, Raum und Grenzen, die Darstellung der 1000 km-Strecken besonders wichtig bei einem Lande, in dem die Ergänzung des vielspurigen Eisenbahnwesens durch Fliegerverbindungen eine so große Rolle spielt, die Leere der Agrikultur-Landschaften gegenüber dem verstädterten Menschenansammlungen weniger Küstenpunkte so schmerzhaft ins Gewicht fällt, bei dem also so viel auf die Überwindung der toten Strecken ankommt, wenn Gefahr im Verzug ist. Auch das Klima als Schicksal ist herausgearbeitet, mit einer guten Schilderung nach Hassert belebt.

Scharfe, treffende Streiflichter werden in der Betrachtung über die Bevölkerung des Gesamtstaats gegeben. Die Verstädterung des am dünnsten bevölkerten Erdteils, mit ihren 46% aller Bewohner in fünf Städten, tritt hervor: das Perverse einer raumgierigen, aber nicht mehr zur wirklichen Raumfüllung befähigten Bevölkerung von wenig mehr als 6 Mill. im weit untersiedelten Gebiet des in seinem Verhältnis zur Gesamtheit der Erde unsozialsten, fälschlich sog. sozialen Erdteils. Außerbritisches Rassengemeinschaftsgefühl oder gar Dank für die von andern Zweigen der weißen, nordischen Rasse geleistete Erschließerarbeit kennt der Australier im Durchschnitt nicht; und die unsentimentale, aber ausgezeichnete Schilderung (von S. 117 bis 122) des neuen Australien nach dem Kriege und seiner Bevölkerung durch Ed. Ranft, die Darlegung der geopolitischen Gründe des krassen, australischen Opportunismus sind für uns der Höhepunkt des Buches. „Freudlose, schablonenhafte Häuser-Konglomerate" — ja, das sind die kleinen Städte, die auf dem Lande die Kulturträger sein müßten!

In einer Karte, wie der auf S. 154, dürfte eigentlich der Bundesbezirk nicht fehlen. S. 171 bis 175 bringen eine gut zusammengefaßte Entdeckungsgeschichte der Südsee; die Raumweite des dort verlorenen deutschen Inselreiches ist in ein paar gut gewählten Diagrammen klargemacht. Die für die Malaio-Polynesier verderbliche Berührung mit der weißen Zivilisation ist ungeschminkt dargestellt (auf S. 222 ff).

Das außerordentlich nützliche Buch vermittelt eine Menge von wertvollen Einzelkenntnissen, fügt sie unter großen Gesichtspunkten, mit

voller Würdigung der räumlichen Dynamik zusammen und kann als jüngste Übersicht angelegentlich empfohlen werden.

Neue Farben aus eigener Anschauung bringt Dr. Walter Geisler: „Durch Australiens Wildnis“ Forschungsreisen von Australiens Stätten der Kultur zu den Naturvölkern. 1925—1927. Halle a. d. S., 1927. Buchhandlung des Waisenhauses, mit 190 der ca. 3000 Originalaufnahmen des Verfassers — nach seinem uns bekannten Reiseplan sicher das originellste, im Augenblick in Mitteleuropa verfügbare Reisewerk mit eignem Einblick, auf das wir im nächsten Monatsbericht eingehend zurückzukommen hoffen. Leider lag es beim Abschluß dieses Lit.-Berichts noch nicht vor, doch glauben wir uns gegenüber unsern Weihnachtseinkäufern für den geopolitischen Wert der unmittelbaren Eindrücke verbürgen zu dürfen.

T'ang Leang-Li: „China in Aufruhr.“ Mit Vorworten von Dr. Tsai Yuan-Pei und Prof. Dr. H. Driesch. Leipzig—Wien, 1927. G. Weller & Co., 6.50 Mark, Leinen 8. 1 Ktc.

Nichts wäre mehr zu begrüßen, als wenn Chinesen allgemein an Stelle der bisher meist mit dieser Aufgabe befaßten Fremden treten würden, in der überstaatlichen Darstellung ihres großen Heimatlandes mit seinem Volks- und Kulturboden für 448 Mill. — ein Viertel der Menschheit von heute. Von diesem Standpunkt begrüßen wir Tang Leang-Li, wie das etwa gleichzeitige wertvolle Buch von Hsu-Hsi-Hsu „Chinas political entity“, das uns noch nicht zugegangen, aber sonst bekannt ist. Aber wir müssen — gerade aus einer sehr sorgfältigen und mit freundlichem Anteil durchgeführten Verfolgung der Ereignisse in China — die Forderung stellen, daß man da, wo man berechtigten Anspruch auf eine hohe wissenschaftliche Ebene erhebt, keine Propaganda-Literatur einschmuggele. Gerade, weil wir Gleichläufigkeiten im geopolitischen Schicksal Mitteleuropas, des Nahen Ostens, Indiens wie Chinas zwischen dem Druck der „Räuber der Steppe und der See“ nie verkannt haben und für die Bedeutung und Lauterkeit der Ideen Sun-Yat-Sens und der Kuo-Min-Tang zu einer Zeit eintraten, wo wir darin mit Gustav Aman („Im Spiegel Chinas“ Vowinckel, Berlin 1925) ziemlich allein in Mitteleuropa waren, müssen wir darauf hinweisen, daß seit dem Erscheinen der tönenden Worte in den Schlußfolgerungen „China — eine Großmacht“! Eugen Chen und Frau Sun-Yat-Sen nach Moskau, der begabteste Heerführer des Südens, Chiang Kai-Sheck in seine südchinesische Heimat „hinter Ningpo“ geflüchtet sind, und die Mittelmäßigkeiten, die sich nach endlosem Ränkespiel gegen alle überragenden Personen des Schicksals der Kuo Min Tang bemächtigten, von einem furchtbaren inneren, selbstverschuldeten, nicht vom bösen Ausland verursachten Zusammenbruch ereilt worden sind. Auch die fünffarbige Flagge erfreut sich längst nicht mehr jenes allgemeinen Ansehens, von dem die Einführung berichtet, sondern an ihre Stelle ist ein rotes Feld mit einer strahlenden Sonne im Gösch getreten. Wir haben das Geschieße von Wanhsien verurteilt, aber die Vorgänge in Nanking nicht minder, die leider bewiesen, daß die Kuo-Min-Tang nicht imstande ist, Leben und Eigentum der Ausländer zu schützen, wie das auf S. 346 so stolz betont wird. Es ist also nützlicher und richtiger, Tatsachen, als Ansprüche vor das Gewissen der Welt zu bringen. Die Tatsachen sprechen laut genug in ihrer verhalteneren Wirkung.

Der Verfasser erhebt keinen Anspruch auf die Anerkennung, unparteiisch zu sein. Das kann man bei dem tiefverletzten Selbstgefühl der chinesischen Intelligenz menschlich verstehen. Aber er würde seinem großen Vaterlande viel mehr nützen, wenn er die vielen tatsächlichen Wahrheiten, die er bringt, nicht mit so heftigen Gebärden der Leidenschaft und auch offenbarer Ungerechtigkeit nach der andern Seite begleiten würde, und vor allem, wenn er ihnen die ganze Wucht gäbe, die man ihnen aus den Boden- und Raumverhältnissen, dem Ablauf der Geschichte und den Tatsachen der Landeskunde, des Gesellschaftsbaues geben könnte, die er sicher beherrscht, aber nicht so zur Geltung bringt, wie man sie gerne zur Geltung gebracht sähe. Die Tatsachen der Opium-Aufdrängung ließen sich z. B. viel wirkungsvoller, noch dazu aus britischen Quellen darstellen, als sie in dem leidenschaftlichen Aufschrei auf S. 88—90 dargestellt sind. Daß China die alten konfuzianischen Beamtenprüfungen selbst abgeschafft und damit

dem Kulturchaos den Weg gebrochen hat, wird nicht hervorgehoben. Es waren gerade die, von Herrn Prof. Driesch gerühmten Erzeugnisse der amerikanischen Missions-Erziehung, die jene heillosen Zwittergeschöpfe hervorgebracht haben, die alte chinesische Kultur nicht mehr und fremde Halbkultur bisher nur halb beherrschen, und den Zusammenbruch der alten Bildungsauslese herbeiführten. Daß Herr Prof. Driesch seine Ausnahme nur zugunsten der amerikanischen Missionäre macht, nötigt uns, darauf hinzuweisen, daß Wilhelm in Frankfurt doch wohl aus dem Kreise der deutschen hervorgegangen ist und von Tsai-Yüan-Pei selbst rühmend genannt wird. Über den national-sozialen Charakter der jungchinesischen Bewegung sind wir mit dem Leipziger Forscher ganz einig; ein freieres Zurückfinden zur alten bodenwüchsigen konfuzianischen Kultur würden auch wir, freilich mit einiger Erneuerung, für ein Glück halten; aber vorläufig haben die meisten Führer der Kuo-Min-Tang von heute in Hankau und Nanking den Weg dazu verloren, und viele können kaum mehr die Kultursprache ihres eigenen Volkes lesen. China wird also seinen Aufruhr zunächst von innen her überwinden müssen; die Abschüttelung unwürdiger, unbilliger Verträge und Fesseln von außen erzwingt es dann von selbst, und es wird den Anteil aller freiheitsliebenden Völker dabei haben.

Daß die Gedankenwelt des alten chinesischen Kulturkreises augenblicklich in dem benachbarten Inselreich Japan und dem fernen Mitteleuropa geschätzter ist, als in weiten Kreisen des sich erneuernden China selbst, beweisen, außer den vielen Hinweisen von Prof. Wilhelms vortrefflichen „Sinica", und den rastlosen Bemühungen der japanischen Quellenforschungen zur chinesischen Kulturgeschichte auch zwei neuere Buchveröffentlichungen:

Dr. T. Uno: „Die Ethik des Konfuzianismus", Berlin, 1927. Japan-Institut, und

Alfred Forke: „Die Gedankenwelt des chinesischen Kulturkreises", München und Berlin, 1927, eine Zierde des reichen und schönen „Handbuchs der Philosophie" des Verlags R. Oldenbourg.

Professor Uno hat in seiner Erinnerungsgabe einen Vortrag über den Einfluß des Konfuzianismus auf das japanische Geistesleben mit einigen anderen zusammengefaßt. Das Wesentliche ist die auf wenige Seiten (14—16) zusammengedrängte Auffassung der Rezeption der chinesischen Staatsphilosophie als Verstärkung, wo sie der japanischen Staatsvorstellung nützte, ihr kongenial war, und der auswählerischen Ablehnung mit untrüglicher Instinktsicherheit, soweit sie Fremdes nicht brauchen konnte. Diese Instinktsicherheit in der Auswahl ist aber das Entscheidende bei der Wahl von Lebensformen zwischen evolutionärem und revolutionärem Entwicklungsgang, und wir könnten sie dem jungen China im gleichen Maße nur wünschen.

Forke behandelt auf 211 gedrängten Seiten mit der Gedankenwelt des chinesischen Kulturkreises einen so riesigen Stoff, daß leider gerade das, was für die Geopolitik in erster Linie steht, die Staatsphilosophie, bedauerlich kurz abgetan werden mußte. Eine für die heutige chinesische Bewegung so ungemein wichtige Erscheinung, wie der Staatsmann und Reformator der Sung-Dynastie, Wang An-Schi (1021—1086), der Verstaatlicher der Banken, Auflöser des Großgrundbesitzes, ein Staatsumbildner von gewaltigem Format, aber auch Bahnbereiter Lenins und Borodins, tritt als bloßer Name auf, dann mit zwei Aphorismen über Ethik und verschwindet wieder, während er uns das ganze Programm der Kuo-Min-Tang verstehen helfen könnte. Besser fährt Schang-Yang, der eiserne Kanzler!

Die rein philosophischen Darstellungen Forkes werden denjenigen unter unsern Lesern im höchsten Grad willkommen sein, die sich mit der rein abstrakten Gedankenwelt der einzigen, heute noch in einer millionenstarken Kulturgemeinschaft erhaltenen, viertausendjährigen Kultur übersichtlich vertraut machen wollen. Neben der daraus gewonnenen Einsicht wird aber sicher der Wunsch entstehen, ein solcher Kenner möge einmal die Staatsphilosophie, und zwar nicht nur die so lang herrschend gewesene des Meisters Kung, sondern eben solcher Männer, wie Wang An-Shi und Schang-Yang mit ihren praktischen Auswirkungen zu Heil und Unheil, ausführlicher darstellen, etwa so, wie es Hans Überschaar mit der japanischen Staatskultur gemacht hat, oder Mukerjee mit den Demokratien des Ostens. Daß China, und zwar unter morarchischer Führung, bei Leitung durch einen Philosophen, eben Wang

An-Shi, schon einmal im 12. Jahrhundert eine Studie im Bolchewismus in riesigstem Maßstab gemacht hat, wie Japan im 7., ist im Westen nicht so bekannt, daß man die Ergebnisse, positive Schutzimpfungen gegen innere Zusammenbrüche, wie negative Schwächungen, die z. B. Fremdherrschaft über China ins Land zogen, als überall verbreitet annehmen könnte.

Neben der rührigen Tätigkeit des Japaninstituts in Berlin, des Chinainstituts in Frankfurt begrüßen wir auch das starke Wiederaufleben der Deutschen Gesellschaft für Natur- und Völkerkunde Ostasiens mit zum Teil sehr glücklichen Leistungen. Wir erwähnen nur, als mit einem Wiederaufleben der Shinto-Pflege auch von japanischer Seite Hand in Hand gehend: W. Gundert: Der Shintoismus im japanischen No-Drama. S. 170—72 ist die Huldigung des Meerdrachenkönigs doch zugleich eine vor dem seeimperialistischen Machtgedanken des Inselreichs, u. S. 272—74 findet sich eine ausgezeichnete Zusammenfassung des Wertes der alten Shinto-Auffassung für die Erhaltung des Staatsganzen. Martin Ramming schildert (1926) kurz und gut den Anteil der Russen an der Eröffnung Japans für den Verkehr mit den westlichen Mächten; P. Klautke (1926) die Diamantberge Koreas mit eigenen Aufnahmen und treffenden Bemerkungen.

E. Rybitschka: Im gottgegebenen Afghanistan. Leipzig 1927, Brockhaus. 74 Abbildungen, 1 Karte.

Zwischen dem Reisewerk von Niedermayer und den nach dem Kriege in Afghanistan zahlreich zugezogenen Beobachtern klaffte für den geopolitischen Zusammenhang eine empfindliche Lücke, da gerade die Dynamik des kurzen, aber folgenschweren dritten Afghanenkrieges von 1919 nirgends von unbeteiligter Seite bezeugt worden ist. Die angloindischen Teilnehmer an der mehr psychischen als physisch erzwungenen Schlappe der angloindischen Glacis-Politik hatten begreiflicherweise keinen Anlaß, auf eine ihrer schwächlichsten Handlungen und ihre, in innerster Unsicherheit der damaligen indischen Lage und gefährlichen geopolitischen Dauerzügen liegenden Ursachen einzugehen; den Afghanen fehlte es an weltpublizistischer Wirkungsmöglichkeit. Diese Lücke ist für den Wissenden, der nun leicht nach rückwärts und vorwärts die Zusammenhänge herstellen kann, durch die klug beobachtende Darstellung von Rybitschka ausgefüllt. Die S. 131 bis 174, dem 3. Afghanenkrieg mit Indien geltend, sind von diesem Standpunkt für die großen geopolitischen Zusammenhänge die wichtigsten des flott geschriebenen Buches. Aber ausgezeichnete Beobachtungen finden sich über das Ganze verstreut, wie die Betrachtung über das virile Wesen der Nomaden. — Traurig kennzeichnend für die in Österreich besonders jämmerlichen Verhältnisse ist es, daß man für Persönlichkeiten mit solcher Erfahrung in der Psychologie eines doch auch wirtschaftlich über Nacht recht wichtig gewordenen Erdenwinkels nicht nur keine Verwendung, sondern in einer ungewöhnlich bornierten Bürokratie nicht einmal Verständnis hat. Daß die sämtlichen Angehörigen der Missionen, wie die wertvollen Elemente unter den nach Afghanistan geretteten Kriegsgefangenen weitaus am besten getan hätten, die Brücken hinter sich abzubrechen und, statt in eine Heimat zurückzudrängen, die ihnen doch keinen Raum bieten konnte, ihrem Volkstum durch Hilfe bei Gegnern seiner Gegner zu dienen —, das übersehen wir heute klarer, als es damals jemand sehen konnte. Aber die Möglichkeit hätte man jedem Offizier von so unbestreitbarer Begabung wie der V., vorher zeigen können. Die Hauptschuld, mit prachtvollen Kräften weltpolitisch nichts Rechtes anfangen zu können, hängt am Außendienst der Zentralmächte, gegen den Rybitschkas Buch, ebenso wie das von Niedermayer, eine indirekte Anklage bedeutet.

Sun Yat Sen: „30 Jahre Chinesische Revolution." Ins Deutsche übertragen von Tsan Wan (Ostasiat. Sem. Leipzig) — Berlin, 1927, Schlieffen-Verlag. Br. 2 Mark, Ganzleinen: 3,50 Mark.

Ist eine Stimme aus dem Grabe über die Dynamik der chin. Erneuerung, die aus den evolutionären Bahnen — deren Möglichkeiten durch den verunglückten Staatsstreich Kaiser Kwanghsü's und durch Yüan Shi Kai's Verrat entglitten — in so gründlich revolutionäre, eben durch Sun Yat Sen überführt wurde. Eine volkstümliche Darstellung des persönlichen Lebens von Sun Yat Sen zusammen mit seinen im gleichen Ver-

lag erschienenen drei nationalen Grundlehren ist ein verdienstliches Werk. Verdienstlicher noch wäre es, wenn jede deutsche Veröffentlichung über Sun sich die kleine Mühe nehmen wollte, eine Übersicht über sein verstreutes, auch englisch erreichbares Schriftwerk zu geben, weil Leser der einen Broschüre auch die Entwicklung des merkwürdigen, für die südchinesische Dynamik so bezeichnenden Mannes dann besser übersehen könnten. Denn es ist tragische Ironie, wenn er am 1. Januar 1912 schreibt: „Mein Werk war vollendet" — der positive Teil dieses Werks fing erst an; und wenn er als Organisator so groß gewesen wäre, wie er als Agitator war, so hätte er nun zeigen können, wie es positiv hätte gemacht werden müssen. Der 15 jährige Bürgerkrieg, der alle Gewähr bietet, gleichfalls dreißig Jahre zu dauern, läßt aber einige geopolitische Lücken in Neu-Chinas großem Mann erkennen, die für das ganze Jungchinesentum bezeichnend sind. Auf S. 83 ist der Nachweis belehrend, daß England den großen Zerstörer Alt-Chinas 1911 auf seinen Weg setzte, wie früher (S. 36) Japan, und (S. 49—54) Frankreich. Für das lebendige Bild der Erneuerungsvorgänge in China ist das Buch eine notwendige Ergänzung.

C. F. Andrews: „Indien und das Opium." Deutsch von Wilhelm Hubben. Berlin 1927, Neuland-Verlag. 1 Mark.

Eine handliche Schrift von 33 Seiten, aus verschiedenen Aufsätzen des Gandhi-Mitarbeiters Andrews geschickt zusammengestellt, die eine recht gute Übersicht der neuesten Lage der Opiumfrage in Südasien gibt. Der bewußten Absicht, der britischen und indischen Regierung auf dem Wege über die ortsunkundige europäisch-amerikanische Philanthropie Schwierigkeiten zu bereiten, wird der geopolitisch Geschulte von selbst Rechnung tragen. Es ist immer mißlich, große Erdräume gegen ihren Willen dadurch glücklich zu machen, daß man ihnen die wenigen Lieblingsreizgifte nimmt, die ihnen helfen, ihre Verelendung zu vergessen, wenn sie sie schon nicht wenden können. Würden die Summen, die der reichsbritische Mittelstand Indien alljährlich entzieht, auf bessere Löhne verwendet, so brauchten die in der Baumwollindustrie Bombays arbeitenden Mütter ihre Kinder nicht zu betäuben. Namentlich von den Grenzlandschaften gegen China zu gibt die Schrift furchtbare Einzelheiten, denen aber ein ostasiatischer Beobachter vermutlich ganz ähnliche über den Gebrauçh von Kokain und Rauschgiften in Euramerika entgegenstellen könnte. Von diesem Standpunkt kann man Cosgraves Unmutsausbruch (S. 14) gegen die Anti-Opium-Hysterie verstehen, die aber eben leider ein notwendiger Gegen-Ausschlag ist, um langsam wirksame Einschränkungsmaßregeln durchzusetzen und einen in China rasse-verderbenden Mißbrauch abzudämmen. Dafür muß allerdings an Stelle des Opiums für den in Ostasien viel ausgedehnteren Heilgebrauch ein anderes, ebenso leicht erreichbares Heilmittel gesetzt werden, — sonst wird der Kampf gegen das Opium zu einem ähnlichen Selbstbetrug der Menschheit, wie der gegen den Alkohol, und man hat eben im hinterindischen Urwald andere, gewiß bessere Heilmittel nicht mit der gleichen Sicherheit zur Hand, wie in der unmittelbaren Reichweite mitteleuropäischer Institute. Berücksichtigt man, daß es sich hier um eine einseitige Kampfschrift handelt, so wird die Sammlnng zur Urteilsbildung in der Opiumfrage nützlich sein; allein gelesen, gibt sie ein falsches Bild.

An Sammelwerken von geopolitischem Erziehungswert ist zunächst hervorzuheben: Franz Schnass und Rudolf Wilckens: „Erdkundliches Quellenbuch", Außer-Europa I u. II. A. W. Zickfeldt, Osterwieck am Harz 1926 und 1927.

Durch einen Zufall verhindert, selbst zu der verdienstvollen Arbeit beizutragen, aus den Schilderungen von Augenzeugen lebendigsten Stoff für die Schule zur Belebung ihres Unterrichts bereitzustellen, möchte ich doch auf eine ganze Reihe besonders glücklicher Griffe in den reichen Darstellungsstoff aus dem indopazifischen Bereich hinweisen. Neben Erschließern von Landschaftstypen, wie Drygalski, Behrmann, Niedermayer, Sven Hedin, Richthofen, Sapper, Volz, Younghusband kommen berühmte Schilderer des Auslands zu Wort, wie Demangeon, große wissenschaftliche Sammler, wie Hassert und Hettner, jüngere Reisende, wie Schmitthenner, Männer der Praxis, wie Rowland, Lokalforscher, wie Merzbacher, Arsenjew Finch, oder A. Hofmann mit der außerordentlich feinen Schilderung der Kul-

turlandschaft bei Tokio, Rummel mit seiner prächtigen Taifun-Darstellung. Gern würde man noch von Stevenson das eine oder andere Südseestück, vielleicht den ersten Inseleindruck, gern auch vou Doflein ein noch charakteristischeres Stück, von Wegener eine Probe seines „Zaubermantels" finden. Aber eine solche Sammlerleistung wird immer einen persönlichen Zug in der Auswahl ihrer Belegstücke tragen müssen; und es wäre vor allem wichtig, wenn sie weitverbreitete Anregungen zu eigenen Sammlungen in solcher Richtung in den Schulen ausstreuen würde. Wer sich ein Weltbild erhalten will, müßte sich eigentlich eine Sammlung im Stil von Schnass und Wilckens anlegen oder sie für sich selbst ergänzen. Auch das Sachverzeichnis der verdienstlichen Anregung ist ausbaufähig in solchem Sinne.

Aus der Sammlung: „Schauen und Schildern", Frankfurt a. M., Moritz Diesterweg, 1927 sei der Hefte 2, II. Reihe: Der Orient, Inner- und Nordasien; 1, III. Reihe: Die Oberflächenformen der Erde; 8, III. Reihe: Das Meer und die Entdeckungsfahrten ehrend gedacht. Auch in dieser Sammlung sind zumeist kürzere, einprägsame Bilder aneinandergereiht; und die Anordnung in kleinen, handlichen Bänden erleichtert die Auswahl, die Möglichkeit der Unterbringung für die nicht mit reichlichen Räumen und Schreinen gesegnete, am meisten nach einem Weltbild hungernde Intelligenz. Vielleicht stehen die vielen erdkundlichen Lesehefte und Sammlungen in einem ebenso herben Daseinskampf wie die Mitteleuropäer, die sie erreichen sollen. Jedenfalls beweisen sie aber den lebendigen und begrüßenswerten Wunsch, sich die Schau über „der Gottheit lebendiges Kleid" auf der ganzen Erde zu halten.

Aus Zeitschriften heben wir als geopolitisch bedeutsam rühmend hervor: In „The Chinese Social and Political Science Review", Bd. 10, Nr. 4, Okt. 1926 und Bd. XI Nr. 1, Jan. 1927 Baron von Rosthorn: „The Civilisation of Ancient China", eine Untersuchung, in deren Einleitung zu von hoher Warte gesehenen Zusammenfassungen die einschmelzende Kraft der frühchinesischen Kultur besonders schön dargestellt ist, freilich mehr im Sinne von O. Francke als von A. Forke. Rosthorn steht ganz auf dem Boden der Theorie von der nordischen, kontinentalen, zentralasiatischen Herkunft der ersten reichsbildenden Kräfte in China. Die geistreiche Schrift eines langjährigen Chinakenners — mit ihrem kühnen Vergleich des Tao te King mit dem II. Teil des Faust — würde gerade an der Stelle, wo sie erschien, eine günstige Wirkung haben, wenn sie Jungchinesen überzeugen könnte, welche Quelle nationaler Erneuerung sie mit dem Abreißenlassen ihrer Bildungs-Überlieferung verschütten könnten. Das scheint auch ein Hauptzweck der Studie.

Unter den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 171, III, scheint sehr bemerkenswert, was Walter Tuckermann über „Die Neuindustrialisierung der Erde" vom asiatischen Kontinent und von Australien zu sagen hat. Hier ist eine Übersicht mit weitem Blick und kühnen Werturteilen, wagemutigen Griffen in die Dynamik einer Umgruppierung gegeben, die erst am Anfang, noch lange nicht am Ende steht und immer wieder so übersichtlich behandelt werden sollte.

In den immer gehaltvollen „Europäischen Gesprächen" findet sich im Juli-Heft Nr. 7, V. Jahrg. auf S. 417—422 Sun-Yat-Sens panasiatisches Bekenntnis, wie er es am 28. November 1924 in Yokohama mit großem Wurfe formte. Man mag bejahend, zweifelnd oder verneinend zu ihm stehen, aber man sollte es wenigstens kennen!

„Die Deutsche Wacht", Batavia, 1927 bringt in Heft 8 auf S. 3 von Rudolf Grau sehr gute Beobachtungen über „Die Verschiebung des Handels Niederländisch-Indiens von West nach Ost", zum pazifischen Kraftfeld, reich belegt mit gut gruppierten Zahlen; von U. Gühler über die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Siam, von R. Hennig über Kolonialpolitische Schildbürgerstreiche in Australien, und zeigt auch in ihren Rundschauen und Lit.-Übersichten, daß man sich kein zutreffendes Bild des austral-asiatischen Kraftfeldes machen kann, ohne sie regelmäßig zu Rate zu ziehen.

Verantwortlich sind: Professor Dr. K. Haushofer, München O. 27, Kolberger Str. 18 / Professor Dr. E. Obst, Hannover, Scharnhorststraße 14 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstraße 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / A. Ball, Berlin W 9, Linkstr. 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Spamersche Buchdruckerei in Leipzig

REGISTER

ZUM IV. JAHRGANG 1927 DER ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Stichworte, die man unter C nicht findet, suche man unter K oder Z und umgekehrt, desgleichen Stichworte, die man unter Y nicht findet, unter J.

Müller, K. 500: auf S. 500 beginnt ein von K. Müller verfaßter Beitrag.
Müller, K. 600*: auf S. 600 wird K. Müller im Text zitiert.
Müller, K. 700**: auf S. 700 wird ein von K. Müller verfaßtes Buch im Literaturbericht angezeigt.

